This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

LELAND STANFORD JUNIOR UNIVERSITY
ORGANIZED 1891
STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES

Maria Thereſia's

letzte Regierungszeit.

Geſchichte

Maria Thereſia's

von

Alfred Ritter von Arneth.

Neunter Band.

Wien, 1879.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Univerſitätsbuchhändler.

Maria Thereſia's

letzte Regierungszeit.

1763—1780.

Von

Alfred Ritter von Arneth.

Dritter Band.

Wien, 1879.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

Institut
für Kultur- und
Universität Leipzig

DB70
A74
v. 9

Inhalt.

Erſtes Capitel.

Seite

Oeſterreich und die römiſche Curie 1
Papſt Benedict XIV. 2
Cardinal Albani 4
Das Conclave von 1758 6
Die apoſtoliſche Königin von Ungarn 8
Papſt Clemens XIII. 11
Trübung der Beziehungen zur Curie 13
Erzherzogin Caroline in Rom 16
Streit der Curie mit Parma 18
Gutachten des Fürſten Kaunitz 20
Zuſtimmung der Kaiſerin 22
Widerſtand des Papſtes 23
Verfahren des Wiener Hofes 24
Die Meinung Joſephs 27
Der Tod des Papſtes 29

Zweites Capitel.

Das Conclave von 1769 30
Die Vertrauensperſon des Kaiſerhofes 31
Cardinal Pozzobonelli 33
Inſtruction für Pozzobonelli 34
Inſtruction für Ernſt Kaunitz 35
Der Kaiſer in Rom 37
Beſuch des Conclave 38
Wahlumtriebe 40
Neue Inſtruction für Kaunitz 41
Die Wahl Ganganelli's 42
Die Haltung Clemens XIV. gegen Oeſterreich 43
Reformvorſchläge des Staatskanzlers 45
Unzufriedenheit mit Albani 48

Seite
Albani bleibt Oesterreichs Vertreter 49
Das Asylrecht der geistlichen Häuser 50
Frühere Schritte hinsichtlich des Asylrechtes 51
Anträge der Hofkanzlei 52
Entscheidung der Kaiserin 53
Widerspruch österreichischer Bischöfe 55
Dessen Fruchtlosigkeit 56

Drittes Capitel.

Verminderung der Feiertage 57
Rieggers Denkschrift 58
Anträge der geistlichen Commission 61
Entscheidung der Kaiserin 62
Einschreiten in Rom 63
Erklärungen des Papstes 64
Fernere Verhandlung 66
Erfüllung des Wunsches der Kaiserin 67
Heiligung der Feiertage 68
Termin zur Ablegung geistlicher Gelübde 70
Gutachten des Fürsten Kaunitz 71
Kundmachung des betreffenden Patentes 72
Gegenvorstellungen des Papstes 73
Meinungszwiespalt zwischen der Kaiserin und Kaunitz 74
Beschwichtigung des Staatskanzlers 76
Verhandlung mit Rom 77
Aufrechthaltung des Patentes 78
Die Einkünfte der böhmischen Salzcasse 79
Streit über die Verwendung derselben 80
Unzufriedenheit der Kaiserin 81
Nachgiebigkeit des Papstes 82
Die unirten und nicht unirten Griechen 83
Russische Emissäre in Ungarn 84
Streben nach Gründung eines unirten Bisthums 85
Widerstand der Curie 86
Nachgiebigkeit des Papstes 87
Errichtung des unirten Bisthums Munkács 88
Sonstige kirchenpolizeiliche Maßregeln 89

Viertes Capitel.

Die Aufhebung des Ordens der Jesuiten 90
ngen der bourbonischen Höfe 91
iben Karls III. an Maria Theresia 92
ort der Kaiserin 93

Seite
Erklärungen des Staatskanzlers 95
Erlassung der Aufhebungsbulle 96
Aussprüche der Kaiserin über die Aufhebung 97
Vollzug der Aufhebung 99
Anerkennung des Verfahrens des Papstes 101
Franz Graf Hrzan 102
Die Aufhebungscommission 103
Anordnungen hinsichtlich der Ordensglieder 105
Ihr Unterhalt 106
Die Lehrerstellen der Jesuiten 107
Ihre geistlichen Functionen 108
Verfügungen mit dem Ordensvermögen 109
Vorstellungen der Aufhebungscommission 110
Ablehnende Antwort der Kaiserin 112
Gründung des Studienfondes 114
Erneuerte Vorstellungen der Commission 115
Antwort der Kaiserin 118
Fernere Verwendung der Jesuiten 120
Anfrage in Rom 121
Ausweichende Erklärung des Papstes 122
Tod Clemens XIV. 124

Fünftes Capitel.

Papst Pius VI. 125
Instruction für Migazzi 126
Die Parteien im Conclave 128
Die Haltung Migazzi's 129
Cardinal Braschi 131
Parteinahme des Kaiserhofes wider ihn 132
Seine Erwählung 133
Umschlag der Stimmung in Wien 134
Verminderung der griechischen Feiertage 136
Der Beichtzettel des Fürsten Kaunitz 138
Josephs Ansichten über Toleranz 139
Deren Bekämpfung durch Maria Theresia 141
Josephs Entgegnung 142
Erneuerter Widerspruch der Kaiserin 143
Die Ehedispensen 145
Das Werk des Febronius 149
Widerruf des Weihbischofs Hontheim 151
Ausspruch der Kaiserin 152
Ihre Aeußerungen über den Priesterstand 153

Sechstes Capitel.

Seite
Gerhard van Swieten 156
Seine Beziehungen zu Maria Thereſia 157
Van Swieten als Cenſor 159
Montesquieu vor der Cenſurcommiſſion 161
Parteinahme der Kaiſerin für van Swieten 162
Van Swietens Kampf gegen die Jeſuiten 163
Van Swietens Freiſinn 164
Das Druckprivilegium der Jeſuiten 166
Van Swieten und Schrattenbach 167
Van Swietens Austritt aus der Cenſurcommiſſion 168
Van Swieten in der Studienhofcommiſſion 169
Ausſchluß der Jeſuiten aus dem Univerſitätsconſiſtorium 171
Die Jeſuitenconvicte in Wien und Prag 172
Van Swieten als Vertheidiger der Univerſität 173
Sein Einfluß auf die mediziniſchen Studien 175
Anton de Haen 177
Störck, Gaſſer und Collin 178
Jaus, Leber und Crantz 179
Nicolaus Jacquin 180
Der Unterricht in den Naturwiſſenſchaften 181
Van Swietens Tod 182

Siebentes Capitel.

Riegger, Martini, Sonnenfels 184
Riegger als Lehrer des Kirchenrechtes 185
Der jüngere Riegger 188
Joſeph Valentin Eybel 189
Rautenſtrauch 190
Karl Anton Martini 191
Die Civilgeſetzgebung 193
Die Oberſte Juſtizſtelle 196
Das Thereſianiſche Strafgeſetzbuch 198
Beibehaltung der Folter 199
Joſeph von Sonnenfels 200
Sonnenfels als Profeſſor 202
Seine Widerſacher 203
Wohlwollen der Kaiſerin für ihn 205
Sympathien Joſephs für Sonnenfels 206
Sonnenfels bekämpft die Tortur 208
Das Gutachten Blümegens 210
Abſchaffung der Intercalartortur 211
Die Meinung Joſephs 212

Seite
Unentſchloſſenheit der Kaiſerin 213
Gänzliche Beſeitigung der Folter 214
Die juridiſche Facultät in Wien 215
Erlangung des Doctorgrades durch Proteſtanten 216
Das Univerſitätsconſiſtorium 218
Die philoſophiſche Facultät 219
Joſeph von Eckhel 220
Maximilian Hell 221
Mathias Ignaz von Heß 222
Die theologiſche Facultät 223

Achtes Capitel.

Die Mittelſchulen 225
Uebler Zuſtand der Gymnaſien 226
Die orientaliſche Akademie 227
Pergens Reformplan 229
Bekämpfung desſelben 230
Pergens Vertheidigung 231
Riedels Berufung nach Wien 232
Die Meinung Blümegens und Kreßls 233
Das Gutachten Joſephs 235
Verwerfung der Vorſchläge Pergens 237
Martini's Studienplan 238
Entwurf des Profeſſors von Heß 239
Gutheißung des Planes des P. Marx 240
Die Realhandlungsakademie 242

Neuntes Capitel.

Die Volksſchulen 244
Gründung von Normalſchulen 245
Johann Ignaz Felbiger 247
Felbigers Berufung nach Wien 248
Fruchtloſe Gegenvorſtellung der Studienhofcommiſſion 249
Die allgemeine Schulordnung 250
Errichtung neuer Haupt- und Trivialſchulen 251
Anfeindung Felbigers 253
Felbigers Verbleiben in Oeſterreich 254
Einwürfe gegen ſein Verfahren 256
Unterricht für Soldaten und Soldatenkinder 257
Errichtung von Soldatenſchulen 258
Widerſpruch des Kaiſers 259
Beſeitigung dieſes Planes 260

Zehntes Capitel.

Seite
Wissenschaft und Kunst 261
Geringschätzung der Wissenschaft 262
Project einer Akademie der Wissenschaften 263
Gleichgültigkeit der Kaiserin 264
Verwerfung des Projectes 266
Vermeintliche Berufung Lessings nach Wien 267
Die „Deutsche Gesellschaft" 268
Die Theater 269
Geldverlegenheiten der Theater 270
Giuseppe d'Affliſio 271
Bedenken der Kaiserin 272
Graf Johann Kohary 273
Verfall des französischen Theaters 274
Unmuth des Fürsten Kaunitz 275
Gründung des Burgtheaters 276
Die Maler-, Bildhauer- und Baukunst-Akademie 277
Jakob Schmutzer 278
Die Kupferstecherschule 279
Vereinigung beider Akademien 280
Uebertragung der Gemäldegallerie ins Belvedere 281
Ankauf von Bildern Greiners 282
Aufschwung der Wissenschaft und Kunst 283
Geschichtsforschung in Oesterreich 284
Die Dichtkunst 285
Pietro Metastasio 286
Christoph Gluck 287
Joseph Haydn 289
Wolfgang Mozart 290
Anton Maulpertsch 291
Franz Messerschmidt 292

Eilftes Capitel.

Staatsrath und Staatskanzlei 293
Ergänzung des Staatsrathes 294
Tobias Philipp von Gebler 295
Gebrechen des Staatsrathes 296
Reformvorschläge des Kaisers 297
Entgegnung der Kaiserin 298
Neubesetzung erledigter Stellen 300
Ausscheiden Blümegens und Binders 301
Hatzfeldt wird dirigirender Staatsminister 303
Erneuerte Klagen des Kaisers 305

Seite
Denkschrift des Fürsten Kaunitz 307
Gegenäußerung Josephs 309
Gutachten des Grafen Hatzfeldt 310
Mißstimmung des Fürsten Kaunitz 311
Josephs Bitte um Enthebung von der Mitregentschaft 312
Ablehnende Antwort der Kaiserin 316
Vertheidigung der Staatskanzlei durch Kaunitz 318
Er räth zum Fortbestande des Staatsrathes 319
Statut für die Geschäftsbehandlung des Staatsrathes 320
Kaunitz als Chef der Staatskanzlei 322
Sonderbarkeiten des Fürsten Kaunitz 323
Seine geistige Richtung 324
Seine Anhänglichkeit an Maria Theresia 325
Rücksichten der Kaiserin für ihn 326
Ihre Bewunderung seiner Leistungen 327
Ihre Dankbarkeit gegen ihn 328
Ihre Fürsorge für seine Söhne 329
Beweise der Anerkennung des Kaisers 330
Die Beamten der Staatskanzlei 332

Zwölftes Capitel.

Die Verwaltung 334
Die böhmische und österreichische Hofkanzlei 335
Chotek, Hatzfeldt, Blümegen 336
Die Landesbehörden 337
Die Kreisämter 338
Bedrückte Lage des Landmannes 339
Locella's Anträge für Schlesien 340
Urbarialregulirung in Schlesien 341
Uebergriffe der Dominien in Böhmen 342
Vertheidigung der Dominien durch die Hofkanzlei 343
Verordnungen zu Gunsten der Grundholden 345
Reformvorschläge eines Unbekannten 346
Einsetzung einer Urbarialcommission für Böhmen 347
Hoyer und Blanc 348
Prälat Lambeck von Bruck 349
Graf Trauttmansdorff 350
Vergleichsanträge der böhmischen Stände 351
Denkschrift des Kaisers 353
Annahme des Hoyer'schen Systems 355
Amtliche Anordnungen 356
Unzufriedenheit der böhmischen Bauern 357
Bauernunruhen in Böhmen 358
Excesse der Bauern 359

Seite
Niederschlagung des Aufstandes 360
Rücktrittsgedanken der Kaiserin 361
Gegenvorstellungen Mercy's und Greiners 362
Fernere Berathungen über die Robotangelegenheit 363
Verlegenheit der Regierung 364
Neue Vorschläge Josephs 366
Seine Parteinahme für das Blanc'sche System 367
Das Robotpatent von 1775 368
Zwiespalt zwischen Maria Theresia und Joseph 369
Joseph will nicht Mitregent bleiben 370
Abschlägige Antwort der Kaiserin 373
Beschwichtigung des Streites 374
Neue Robotvorschriften 375
Kozian und Raab 376
Die Meinung des Fürsten Kaunitz 378
Das neue Robotpatent 380
Gründung von Theresienfeld 382
Erste Entwürfe hiezu 383
Grundsteinlegung zum Gotteshause 384
Förderung der Bodenproduction 385
Schutz gegen Wildschaden 386
Straßenbau 387
Besteuerung des Hradschiner Damenstiftes 388

Dreizehntes Capitel.

Die Polizei 389
Graf Seilern 390
Hofrath von Greiner 391
Elementarereignisse 393
Herzensgüte des Kaisers 394
Nothstand in Wien 395
Bekämpfung des Aberglaubens 396
Kirchenpolizei 397
Freimaurer 398
Die Keuschheitscommission 399
Entführung der Gräfin Esterházy 401
Maßregeln zur Verhinderung von Entführungen 403
Die öffentliche Sittlichkeit 404
Kleiderordnung 406
Das Hazardspiel 407
Das Duell 409
Die allgemeine Sicherheit 411
Vermeintliche Attentate 412
Fremde Abenteurer 414

Seite
Beaumarchais in Wien 415
Seine Audienz bei der Kaiserin 417
Schmähschrift gegen Marie Antoinette 418
Beaumarchais' Verhaftung 419
Aufdeckung seines Betruges 420
Aeußerungen der Kaiserin 421
Antwort aus Frankreich 422
Beaumarchais' Freilassung 423

Vierzehntes Capitel.

Die Finanzen 424
Ursachen der Geldverlegenheiten des Staates 425
Wohlwollende Absichten der Kaiserin 427
Vorschläge des Fürsten Kaunitz 428
Wirksamkeit des Grafen Hatzfeldt 429
Die Anträge Zinzendorfs 430
Prüfung derselben 433
Ihre Verwerfung 434
Hatzfeldts Finanzsystem 436
Berathungen über dasselbe 438
Dessen theilweise Annahme 439
Hinausgabe von Bancozetteln 440
Ueberschuß der Einnahmen 442
Erhöhung der Steuerlast 443
Die Hofrechnungskammer 445
Spezielle Entscheidungen der Kaiserin 446

Fünfzehntes Capitel.

Der Handel 447
Der Hofcommerzienrath 448
Aufrechthaltung der Einfuhrverbote 450
Josephs Ansicht über Oesterreichs Handelsverhältnisse 451
Vorkehrungen zur Förderung des Handels 452
Die Staatswirthschaftsdeputation 453
Milderung der Einfuhrverbote 454
Ihre Bekämpfung durch Zinzendorf 455
Vertheidigung derselben 456
Graf Philipp Cobenzl 457
Aufhebung verschiedener Einfuhrverbote 458
Donauregulirung 459
Einsetzung einer Navigationsdirection 460
Der Handel nach der Türkei 461
Die adriatischen Seehäfen 464

Seite
Trieſt 465
Verbeſſerungsvorſchläge des Kaiſers 466
Graf Karl Zinzendorf 468
Wilhelm Bolts 469
Sein Schifffahrtsproject nach Oſtindien 470
Privilegiumsertheilung an Bolts 471
Das Handelshaus Proli in Antwerpen 472
Bolts in Livorno 473
Joſephs Mißtrauen gegen Bolts 474
Bolts' Abreiſe von Livorno 475
Seine Ankunft in Oſtindien 476
Nachrichten von Bolts 477
Plan zu einer oſtindiſchen Handelsgeſellſchaft 478
Einwürfe des Kaiſers 479
Ankunft eines Schiffes aus Oſtindien 481
Neue Projecte Proli's 482
Deren Unterſtützung durch Kaunitz 483
Bolts auf den Nicobaren 484
Seine Rückkehr aus Oſtindien 485

Sechzehntes Capitel.

Lacy und das Kriegsweſen 486
Die Protectionen 487
Die Beförderungen 489
Prozeſſe gegen Militärperſonen 491
Subordinationsfragen 493
Conflicte mit Civilbehörden 496
Streit Lacy's mit Kolowrat 500
Beſchwichtigende Worte der Kaiſerin 501
Ihr Vertrauen auf Lacy 502
Der Krieg zwiſchen Rußland und der Pforte 503
Lacy's Einfluß auf die polniſche Theilung 504
Aeußerungen der Kaiſerin über Joſeph 506
Joſephs Vorliebe für Lacy 509
Lacy's Eiferſucht auf Andere 511
Lacy und Laudon 512
Einführung des preußiſchen Militärſyſtems 514
Die Abhaltung von Uebungslagern 515
Die Cavallerie 516
Die Infanterie und Artillerie 517
Ausgezeichneter Zuſtand der Armee 518
Joſephs Urtheil über ſie 519
Beſorgniſſe der Kaiſerin für Lacy's Geſundheit 520
Lacy's Urlaubsgeſuch 522

Seite
Widerwille der Kaiserin gegen Lacy's Entfernung 523
Lacy's Abschied von ihr 524
Seine Reise nach Südfrankreich 525
Gerüchte über die Ursachen seiner Entfernung 526
Josephs Sehnsucht nach Lacy 527
Vertrauliche Mittheilungen der Kaiserin an Lacy 528
Rücktrittsgedanken Lacy's 531
Sein Entlassungsgesuch 532
Dessen Gewährung 533
Hadik wird Präsident des Hofkriegsrathes 535
Reformvorschläge Hadiks 536
Verhandlungen über dieselben 537
Anschauungen der Kaiserin 538
Lacy's Haltung bei ihrem Zwiespalte mit Joseph 542

Anmerkungen 545

Erstes Capitel.

Oesterreich und die römische Curie.

Der passendste Uebergang von der Darstellung der äußeren Politik, welche Maria Theresia während der Zeit vom Abschlusse des Hubertsburger Friedens bis zur Erwerbung Galiziens und der Bukowina befolgte, zu derjenigen der inneren Verhältnisse ihres Reiches und der Reformen, die sie in dieser Beziehung ins Werk setzte, wird wohl in der Schilderung ihrer Thätigkeit auf confessionellem Gebiete zu finden sein. Denn insofern hiebei die katholische Kirche vorzugsweise in Betracht kommt, und dieß war ja bei der Kaiserin fast ausschließlich der Fall, muß ihr Verhältniß zu Rom und es müssen ihre Verhandlungen mit dem heiligen Stuhle gerade so wie die Maßregeln ins Auge gefaßt werden, die sie zumeist im Einverständnisse mit der Curie, jedoch auch manchmal in einem gewissen Gegensatze zu deren Anschauungen und Wünschen in Oesterreich traf.

Die eigenthümliche Vermengung der geistlichen und der weltlichen Interessen, auf welcher Jahrhunderte hindurch die Politik des heiligen Stuhles beruhte, ist schon oftmals nachgewiesen worden. Auch in dessen Beziehungen zu Oesterreich tritt sie deutlich hervor, und ganz merkwürdig ist die Ungleichheit der Haltung, welche diesem Staate gegenüber von der Curie beobachtet wurde. Um nicht allzuweit auszugreifen, sei hier nur der energischen Unterstützung, welche Innocenz XI. aus dem Hause Odescalchi dem Kaiser Leopold I. in dessen langdauerndem Türkenkriege zu Theil werden ließ, und des scharf ausgeprägten Gegensatzes gedacht, in welchem dieser Papst zu Ludwig XIV. stand. Ueberhaupt war es jener tiefgehende Zwiespalt zwischen Oesterreich und

Frankreich, der damals, so wie er ganz Europa gleichsam in zwei sich feindlich gegenüberstehende Hälften schied, auch das Oberhaupt der Kirche, je nachdem es einer der beiden Parteien sich zuwandte, durch diesen Schritt schon zum Gegner der anderen machte. Hatte Innocenz XI. sich zu Oesterreich gehalten, so stand der zweite seiner Nachfolger, Antonio Pignatelli, nachdem er als Innocenz XII. die römische Curie mit Ludwig XIV. versöhnt hatte, fortan entschieden auf französischer Seite. Man weiß jetzt, daß er Karl II. zur Abfassung jenes Testamentes rieth, durch welches Philipp von Anjou auf den Thron Spaniens berufen wurde. Noch entschiedener legte Clemens XI. aus dem Hause Albani seine Vorliebe für Frankreich und seine Freude an den Tag, als im Beginne des spanischen Erbfolgekrieges die bourbonischen Waffen im Vortheile sich befanden. Aber um so schmerzlicher traf ihn auch der Umschwung des Kriegsglückes; nur durch selbstdemüthigende Unterwerfung vermochte er noch den Sturm zu beschwichtigen, dem zu widerstehen er durchaus nicht kräftig genug war.

Die empfindliche Schädigung der Macht und des Ansehens der Curie, die hieraus hervorging, machte sich in nicht verringertem Maße während der Jahre bemerkbar, welche auf die Beendigung des spanischen Successionskrieges folgten. Ein förmlicher Wetteifer der Nichtbeachtung des Papstes schien zwischen den bourbonischen Höfen und dem Hause Oesterreich zu herrschen. Eine bessere Gestalt für die Curie gewannen jedoch die Dinge, als wenige Monate vor Maria Theresia's Thronbesteigung Prospero Lambertini als Benedict XIV. zur Regierung der Kirche gelangte. Eifrig bemühte er sich, es nicht zum Kriege zwischen den katholischen Mächten kommen zu lassen. Das Begehren um Bewilligung des Durchzuges spanischer Truppen aus Neapel nach Toscana wies er entschlossen zurück, und einen Augenblick hoffte man in Wien sogar, einen italienischen Bund zur Bekämpfung der bourbonischen Höfe unter dem Vorsitze und der Leitung des Papstes ins Leben rufen zu können. Aber mit Recht wollte Benedict XIV. von einer activen Betheiligung des römischen Stuhles an der Kriegführung nichts wissen. War es die Verstimmung über die Zurückweisung ihres Antrages, oder gab ihr der Papst wirklich ausreichende

Ursache zu der wider ihn erhobenen Anklage, daß er Karl VII. und die mit ihm verbündeten Franzosen und Spanier auffallend begünstige, gewiß ist daß Maria Theresia schon im Jahre 1742 den Papst der Feindseligkeit gegen sie selbst und ihr Haus zieh. Den Rathschlägen seines Staatssecretärs, des Cardinals Silvio Valenti legte sie diese Haltung zur Last, und an dem Letzteren nahm sie nicht gerade edelmüthige Rache, indem sie seine auf österreichischem Gebiete befindlichen Präbenden mit Beschlag belegen ließ. Die lebhaften Gegenvorstellungen des Papstes fanden in Wien nicht die geringste Beachtung. Immer gereizter wurde die Stimmung gegen die Curie; sie mochte wohl auch dazu beitragen, das Verfahren der österreichischen Truppen im Kirchenstaate zu einem noch rücksichtsloseren zu machen, als dieß die Kriegsereignisse ohnehin schon bedingen. So weit kam es, daß der Papst den König von Neapel, als Letzterer die Oesterreicher unter Lobkowitz aus der Umgegend von Rom vertrieb, als seinen Befreier begrüßte.

Der Tod Karls VII. und die Kaiserwahl des Großherzogs von Toscana waren die Ereignisse, durch welche der Papst allmälig wieder auf andere Gedanken gebracht wurde. Er suchte sich dem Wiener Hofe zu nähern, und die Königin Marianne von Portugal brachte im Jahre 1746 die Versöhnung zu Stande. Neben der gegenseitigen Zusendung diplomatischer Vertreter bildete die Zurückstellung der Abteien Valenti's von österreichischer, die früher verweigerte Ernennung des Uditore di Rota, Mario Mellini, zum Cardinal, von päpstlicher Seite die äußere Kundgebung der Beseitigung des bisherigen Zwiespaltes. Daß dieselbe zu einer nachhaltigen wurde, gereichte ohne Zweifel beiden Theilen zu gleich großem Gewinn. Vielfach war die Förderung, welche die Zwecke der Curie durch die wohlwollende Gesinnung der Kaiserin erfuhren. Und Maria Theresia konnte in dem willfährigen Entgegenkommen des Papstes, insofern es um die Einführung wohlthätiger Reformen auf kirchlichem Gebiete sich handelte, nur eine ihr hochwillkommene Erleichterung finden.

Wenn die Beziehungen zwischen Oesterreich und dem heiligen Stuhle allmälig eine immer günstigere Gestalt annahmen, so muß das

Verdienst hievon in weit höherem Maße der versöhnlichen Gesinnung der Kaiserin und des Papstes, als der etwaigen diplomatischen Geschicklichkeit des Mannes zugeschrieben werden, in dessen Händen damals die Vertretung der Interessen Oesterreichs bei der Curie lag. Schon im März 1743 hatte Maria Theresia nach dem Tode des Cardinals Giudice den Cardinal Alexander Albani zum Comprotector der österreichischen Erbländer ernannt. Nach der Abreise jenes leidenschaftlichen Gegners der Curie, des Grafen Joseph Thun, Bischofs von Gurk, welcher bis zum November 1744 als österreichischer Minister in Rom fungirte, übernahm Albani die Führung der gesandtschaftlichen Geschäfte. Allerdings wurde dieselbe später auf den Cardinal Mellini übertragen, aber Albani's Würde eines Comprotectors der österreichischen Länder brachte es mit sich, daß er noch fortwährend als des Kaiserhofes erster Vertreter in Rom galt. Und als im Jahre 1756 Mellini starb, kamen auch die Gesandtschaftsgeschäfte neuerdings in die Hände Albani's.

Es kann nicht gesagt werden, daß die Art und Weise, in der er seine Aufgabe vollzog, den Anforderungen der Kaiserin entsprach. Hochberühmt als kenntnißreicher Sammler der kostbarsten artistischen Schätze, als unermüdlicher Gönner und Förderer der Kunst, scheint dagegen Albani sein diplomatisches Amt nur lässig verwaltet, und seine eigenen Interessen weit mehr ins Auge gefaßt zu haben als diejenigen des Staates, den er vertrat. Wenigstens sind die Aeußerungen der Unzufriedenheit, ja der Mißachtung nicht selten, mit denen Maria Theresia des Cardinals Albani gedenkt. Und dessen fortwährend eintangende, mit immer steigender Begehrlichkeit vorgebrachte Bestürmungen um Gewährung materieller Vortheile konnten die Antipathie der Kaiserin gegen Albani nur noch vermehren. Als ihr im Jänner 1757 der Staatskanzler Kaunitz mehrere drängende Schreiben Albani's zur Entscheidung vorlegte, da antwortete Maria Theresia mit eigener Hand und voll sichtlicher Ungeduld:

„albani hat mehrers empfangen als er dem hof dienste und „ehre geleystet hat, mithin auf nichts in diesen zeitten nur zu ge„denckhen ist"

Damit ist jedoch die Reihe der Aufzeichnungen noch bei weitem nicht erschöpft, aus denen unzweideutig hervorgeht, wie wenig Albani der Huld der Kaiserin sich erfreute. In den ersten Monaten des Jahres 1765, als sich die Nachricht verbreitete, die kaiserliche Familie werde sich nach Innsbruck begeben, um dort die Hochzeit des Erzherzogs Leopold zu feiern, bat Albani um die Erlaubniß, sich gleichfalls daselbst einfinden zu dürfen. „gott bewahre", antwortete Maria Theresia dem Fürsten Kaunitz, „das wäre eine grausame seccatura" [2]). Wenn nun auch Kaunitz dem Cardinal diese Ablehnung durch die Versicherung zu versüßen sich bemühte, die Kaiserin sei allzusehr für seine Gesundheit besorgt, als daß sie ihm bei seinem hohen Alter eine so beschwerliche Reise zumuthen wollte, und außerdem fehle es in der kleinen Stadt Innsbruck an einer Unterkunft, die seiner hervorragenden Stellung würdig genannt werden könnte [3]), so gelang es ihm doch nicht, Albani über die wahre Ursache der erfahrnen Zurückweisung zu täuschen. Aber die Nachricht, der Cardinal fühle sich durch die Ablehnung seiner Bitte empfindlich gekränkt, stimmte die Kaiserin keineswegs milder gegen ihn, und so oft ihr gegenüber sein Name genannt wird, kann man darauf zählen, daß dieß eine ungünstige Bemerkung über ihn hervorruft.

„albani verdient so wenig von uns chargirt zu werden", schrieb Maria Theresia am 4. Jänner 1772 an Kaunitz, als es um Anbringung eines Begehrens des Kaiserhofes bei dem heiligen Stuhle sich handelte. Die Bitte Albani's um Beigebung seines Neffen Carlo zur Besorgung der österreichischen Gesandtschaftsgeschäfte wies Maria Theresia mit den Worten zurück: „dise adjungirung oder einmahlige „anstellung kan vor jetzo und niemahls keinen staatt finden; die alba- „nische famille hat wenig verdienste bey meinen haus" [4]). Und wieder ein andermal schrieb sie: „mit albani die sachen alzeit sehr schlecht, „imer nach sein interesse besorgt werden" [5]).

Aus den eigenen Worten der Kaiserin läßt sich somit ersehen, wie groß ihre Unzufriedenheit mit Albani, ihre Abneigung gegen ihn war. Aber zu dem Entschlusse, ihm den Vertrauensposten zu entziehen, dessen Pflichten er ihrer Ansicht nach in so unbefriedigendem Maße

erfüllte, raffte sie sich dennoch nicht auf. Wie es auch bei anderen Personen von vornehmer Geburt, welche ihrer öffentlichen Stellung nicht genügten, damals so häufig geschah, fügte man sich eher in den Nachtheil, der aus der Vernachlässigung ihrer Pflichten hervorging, als daß man zu energischen Schritten wider sie gelangt wäre. Ein gleiches Verfahren wurde auch gegen Albani beobachtet, und man dachte sich dadurch zu helfen, daß man zu besserer Besorgung der Geschäfte tüchtige und pflichttreue Personen ihm beigab. Anfangs war dieß mit dem Grafen Christoph Migazzi, der später als Cardinal und Erzbischof von Wien eine so bedeutsame Rolle spielte, dann mit dem Archivar Francesco Brunati, endlich mit dem Grafen Hrzan der Fall, welch Letzterer ein Jahr vor dem Tode der Kaiserin sogar zu Albani's Nachfolger ernannt wurde.

Im Mai 1758 starb Benedict XIV., welchen Maria Theresia, der früheren Mißhelligkeiten lang nicht mehr eingedenk, einmal einen großen Mann nannte, den sie sehr verehre[6]). Schon geraume Zeit vor dem Tode des Papstes hatte man sich in Wien mit der Möglichkeit dieses Ereignisses beschäftigt, denn es sollte ja den Anlaß geben zu dem ersten Conclave, das während der Regierungszeit der Kaiserin überhaupt stattfand. Schon im März und April 1750 traten Migazzi und der Abbate Antonio Valentini, welcher als Conclavist des Cardinals Giudice der letzten Papstwahl beigewohnt hatte, mit umständlichen Denkschriften über das Verfahren hervor, das der Kaiserhof bei dem nächsten Conclave beobachten sollte. Und ein Jahr später geschah von dem Grafen Beltrame Cristiani, der als Großkanzler von Mailand der bevorzugte Rathgeber der Kaiserin in allen Angelegenheiten war, die sich auf Italien bezogen, ein Gleiches. Freilich enthielten alle diese Denkschriften nicht viel Anderes als eingehende Charakterschilderungen der Cardinäle, und sorgfältig wurden die Eigenschaften derselben erörtert, durch welche die Wahl der Einen als wünschenswerth, die der Anderen als unwillkommen sich darstellte[7]).

Von all diesen Urtheilen wollen wir nur dasjenige erwähnen, welches von den genannten Berichterstattern mit ziemlicher Uebereins-

stimmung über den Bischof Rezzonico von Padua gefällt wird, weil er in der That zum Nachfolger Benedicts gewählt wurde. Alle heben seine persönliche Frömmigkeit und die Strenge seiner kirchlichen Anschauungen hervor, in Anbetracht deren er von der Partei der Eiferer gar sehr in Betracht gezogen werde, wenn es um die nächste Papstwahl sich handle. Alle betonen gleichmäßig seine unbedingte Anhänglichkeit an seine Vaterstadt Venedig. Wenn jedoch hieraus von Einigen die Folgerung abgeleitet wurde, der Kaiserhof möge gegen Rezzonico von vorneherein die Ausschließung aussprechen, so wird dieß von Cristiani lebhaft bekämpft. In der Angelegenheit der Errichtung eines Erzbisthums zu Görz und der Loslösung dieses Sprengels von dem Patriarchate von Aquileja habe Rezzonico, so läßt Cristiani sich vernehmen, all den Schaden wieder gut gemacht, der durch den Cardinal Quirini angerichtet worden sei.

In Wien schloß man dieser letzteren Anschauung sich an, und wir finden sogar Rezzonico, aber freilich erst an zwölfter Stelle in der Liste der Cardinäle, deren etwaige Wahl der Kaiserhof eine ihm angenehme nannte. Denn er werde von französischer Seite, wurde über Rezzonico gesagt, als derjenige bezeichnet, dessen Erwählung für Frankreich die erwünschteste wäre. Man kenne ihn als einen sehr frommen und auch hinlänglich begabten Mann von unparteiischer Gesinnung, welch letztere er schon mehrmals erprobt habe. Darum wolle man auch hinsichtlich seiner eine Ausnahme machen von der sonst befolgten Regel, den venetianischen Cardinälen die Ausschließung zu geben[5]).

Man sieht wohl, daß es jetzt in geradem Gegensatze zu der ehemaligen Gepflogenheit in Wien als eine gewichtige Empfehlung zur Papstwahl galt, in Frankreich willkommen zu sein. Das politische Bündniß, das zwischen den Höfen von Wien und von Versailles zu gemeinsamer Bekämpfung Preußens bestand, erstreckte seine Wirksamkeit bis nach Rom. Damit war aber auch der hauptsächlichste Anlaß zu jenem Zwiespalte aus dem Wege geräumt, auf welchen in so oft wiederholten Fällen die Papstwahl gestoßen war. Daß in dem Kampfe,

der damals Europa entzweite, die Mehrzahl der katholischen Mächte gegen die protestantischen Staaten zusammenhielt, brachte wenigstens das Gute hervor, daß die Ersteren in den Angelegenheiten ihrer eigenen Kirche sich nicht mehr befehdeten. Darum durfte man mit Sicherheit erwarten, daß die Papstwahl ungleich rascher und friedlicher vor sich gehen werde, als dieß bei dem letzten Conclave der Fall gewesen war.

Ein allerdings nur formeller, aber darum doch nicht ganz bedeutungsloser Unterschied im Vergleiche zu den früheren Zeiten lag für den Wiener Hof auch darin, daß der Träger der deutschen Kaiserkrone nicht gleichzeitig das Staatsoberhaupt der österreichischen Länder war. Für letzteres mußte daher in gewissem Sinne wenigstens dem Conclave gegenüber eine ganz neue Stellung geschaffen werden. Man meinte ihr dadurch nach Außen hin den erforderlichen Ausdruck zu verleihen, daß man zwar nicht, wie einen Augenblick vorgeschlagen worden war, zwei Wahlbotschafter nach Rom sandte, daß man jedoch den gemeinsamen Vertreter bei dem Conclave, den Marchese Clerici mit abgesonderten Creditiven des Kaisers und der Kaiserin versah. In den letzteren nannte sich Maria Theresia zum ersten Male eine Apostolische Königin von Ungarn.

Durch die von ihr geschehende specielle Beglaubigung Clerici's bei dem im Conclave versammelten Cardinalscollegium beabsichtige sie, erklärte die Kaiserin, die erste Gelegenheit zu benützen, um „die Vor„züglichkeit ihres Erzhauses und die Gleichheit der Krone von Ungarn „und Böhmen mit den vornehmsten der Christenheit in solenner Weise „öffentlich geltend zu machen". Und den Titel einer Apostolischen Königin lege sie sich im Hinblick auf Ungarn mit vollster Berechtigung bei. Mit Zuversicht hoffe sie, daß wie der König von Frankreich von dem heiligen Stuhle der allerchristlichste, der König von Spanien aber der katholische König genannt, ja wie dem Könige von Portugal erst seit wenig Jahren der Titel des getreuesten Königs gegeben werde, ihr in Zukunft die im Rechte begründete Bezeichnung einer Apostolischen Königin nicht werde vorenthalten werden. Clerici erhielt den Auftrag, diese Angelegenheit im Einverständnisse mit dem Bischofe von

Constanz, Cardinal von Rodt, welcher als Vertrauensperson des Kaiserhofes im Cardinalscollegium fungirte, mit größter Sorgfalt zu behandeln und ins Reine zu bringen. Sollten sich jedoch dabei unvorhergesehene und schwer zu beseitigende Hindernisse ergeben, so wäre es besser, die abgesonderten Beglaubigungsschreiben der Kaiserin zurückzuhalten und gar nicht zu überreichen, als sich der Gefahr eines Widerspruches und der Bekämpfung des in Anspruch genommenen Rechtes irgendwie aussetzen zu wollen[9]).

Es zeigte sich bald, daß die Besorgnisse der Kaiserin nicht aus der Luft gegriffen waren. Ihre Berechtigung, den Titel einer Apostolischen Königin zu führen, wurde zwar von Seite des Cardinalscollegiums in keiner Weise bestritten. Aber dasselbe erklärte doch auch, daß es ihm nicht gebühre, während der Zeit der Erledigung des heiligen Stuhles in dem dortigen Ceremoniell eine Aenderung oder Neuerung eintreten zu lassen und dadurch dem zu erwählenden Papste schon von vorneherein die Hände zu binden. Die Kaiserin hielt dieses Bedenken für begründet; sie glaubte jedoch dagegen anführen zu sollen, daß es nicht um eine Neuerung, sondern nur um das Wiederaufleben eines Rechtes sich handle, welches ihren Vorfahren auf dem Königsthrone Ungarns unzweifelhaft verliehen worden sei. Sie berief sich zur Erhärtung ihrer Behauptung auf die Acta Sanctorum der Bollandisten, und auf das in denselben enthaltene Breve Papst Sylvesters II. an König Stephan, worin von dem ihm übertragenen „päpstlichen Amte" ausdrücklich die Rede sei. Ja die mit dem letzteren verbundene Gewalt, mit den Kirchen und Bisthümern in Ungarn nach Gutdünken zu verfügen, werde bekanntlich noch fortwährend ausgeübt und das sichtbare Kennzeichen dieser Apostolischen Gewalt in dem ungarischen Wappen geführt[10]).

Da inzwischen die Wahl bereits vollzogen war und der neue Papst Clemens XIII., obwohl er gleich Anfangs die Kaiserin seiner vollsten Ergebenheit versicherte, ihr doch in dem Schreiben, in welchem er ihr seinen Regierungsantritt kundgab, die gewünschte Bezeichnung nicht beilegte, wurden Clerici und Rodt beauftragt, die Sache neuerdings in Anregung zu bringen. Und dießmal geschah es auch mit

erfüllte, raffte sie sich dennoch nicht auf. Wie es auch bei anderen Personen von vornehmer Geburt, welche ihrer öffentlichen Stellung nicht genügten, damals so häufig geschah, fügte man sich eher in den Nachtheil, der aus der Vernachlässigung ihrer Pflichten hervorging, als daß man zu energischen Schritten wider sie gelangt wäre. Ein gleiches Verfahren wurde auch gegen Albani beobachtet, und man dachte sich dadurch zu helfen, daß man zu besserer Besorgung der Geschäfte tüchtige und pflichttreue Personen ihm beigab. Anfangs war dieß mit dem Grafen Christoph Migazzi, der später als Cardinal und Erzbischof von Wien eine so bedeutsame Rolle spielte, dann mit dem Archivar Francesco Brunati, endlich mit dem Grafen Hrzan der Fall, welch Letzterer ein Jahr vor dem Tode der Kaiserin sogar zu Albani's Nachfolger ernannt wurde.

Im Mai 1758 starb Benedict XIV., welchen Maria Theresia, der früheren Mißhelligkeiten lang nicht mehr eingedenk, einmal einen großen Mann nannte, den sie sehr verehre[6]). Schon geraume Zeit vor dem Tode des Papstes hatte man sich in Wien mit der Möglichkeit dieses Ereignisses beschäftigt, denn es sollte ja den Anlaß geben zu dem ersten Conclave, das während der Regierungszeit der Kaiserin überhaupt stattfand. Schon im März und April 1750 traten Migazzi und der Abbate Antonio Valentini, welcher als Conclavist des Cardinals Giudice der letzten Papstwahl beigewohnt hatte, mit umständlichen Denkschriften über das Verfahren hervor, das der Kaiserhof bei dem nächsten Conclave beobachten sollte. Und ein Jahr später geschah von dem Grafen Beltrame Cristiani, der als Großkanzler von Mailand der bevorzugte Rathgeber der Kaiserin in allen Angelegenheiten war, die sich auf Italien bezogen, ein Gleiches. Freilich enthielten alle diese Denkschriften nicht viel Anderes als eingehende Charakterschilderungen der Cardinäle, und sorgfältig wurden die Eigenschaften derselben erörtert, durch welche die Wahl der Einen als wünschenswerth, die der Anderen als unwillkommen sich darstellte[7]).

Von all diesen Urtheilen wollen wir nur dasjenige erwähnen, welches von den genannten Berichterstattern mit ziemlicher Uebereins-

stimmung über den Bischof Rezzonico von Padua gefällt wird, weil er in der That zum Nachfolger Benedicts gewählt wurde. Alle heben seine persönliche Frömmigkeit und die Strenge seiner kirchlichen Anschauungen hervor, in Anbetracht deren er von der Partei der Eiferer gar sehr in Betracht gezogen werde, wenn es um die nächste Papstwahl sich handle. Alle betonen gleichmäßig seine unbedingte Anhänglichkeit an seine Vaterstadt Venedig. Wenn jedoch hieraus von Einigen die Folgerung abgeleitet wurde, der Kaiserhof möge gegen Rezzonico von vorneherein die Ausschließung aussprechen, so wird dieß von Cristiani lebhaft bekämpft. In der Angelegenheit der Errichtung eines Erzbisthums zu Görz und der Loslösung dieses Sprengels von dem Patriarchate von Aquileja habe Rezzonico, so läßt Cristiani sich vernehmen, all den Schaden wieder gut gemacht, der durch den Cardinal Quirini angerichtet worden sei.

In Wien schloß man dieser letzteren Anschauung sich an, und wir finden sogar Rezzonico, aber freilich erst an zwölfter Stelle in der Liste der Cardinäle, deren etwaige Wahl der Kaiserhof eine ihm angenehme nannte. Denn er werde von französischer Seite, wurde über Rezzonico gesagt, als derjenige bezeichnet, dessen Erwählung für Frankreich die erwünschteste wäre. Man kenne ihn als einen sehr frommen und auch hinlänglich begabten Mann von unparteiischer Gesinnung, welch letztere er schon mehrmals erprobt habe. Darum wolle man auch hinsichtlich seiner eine Ausnahme machen von der sonst befolgten Regel, den venetianischen Cardinälen die Ausschließung zu geben[5]).

Man sieht wohl, daß es jetzt in geradem Gegensatze zu der ehemaligen Gepflogenheit in Wien als eine gewichtige Empfehlung zur Papstwahl galt, in Frankreich willkommen zu sein. Das politische Bündniß, das zwischen den Höfen von Wien und von Versailles zu gemeinsamer Bekämpfung Preußens bestand, erstreckte seine Wirksamkeit bis nach Rom. Damit war aber auch der hau
zu jenem Zwiespalte aus dem Wege geräumt, au
wiederholten Fällen die Papstwahl gestoßen war.

glücklichem Erfolge. In den zuvorkommendſten Ausdrücken willfahrte der Papſt dem Begehren der Kaiſerin. Maria Thereſia war darüber beſonders erfreut, und allſogleich wurden die erforderlichen Maßregeln getroffen, um ihre Abſicht zu vollziehen, dieſen „herrlichen Ehrentitul „zur Zierde des Königreiches Hungarn" fortan öffentlich zu führen. In all ihren Ländern möge die Kaiſerin, ſchlug Kaunitz ihr vor, das an ſie ergangene päpſtliche Breve verkündigen laſſen. Und Maria Thereſia genehmigte dieſen Antrag mit den eigenhändig niedergeſchriebenen Worten: „placet, das es alſ eine ceremoniel ſache durch „dem obriſthoffmeiſter an alle ſtellen abgegeben wird, damit die publi„cation in allen ländern solemniter gemacht werde"[11]).

So leicht aber, wie die Kaiſerin es ſich gedacht haben mochte, ging die Befolgung ihres Willens doch nicht von Statten. Sowohl der Oberſthofmeiſter Graf Ulfeld als Fürſt Kaunitz hatten einige Bedenken. Der Erſtere frug ſich an, an welcher Stelle das Wort „Apoſtoliſch" in den Titel der Kaiſerin eigentlich eingeſchaltet werden ſolle. Maria Thereſia entſchied, daß es in unmittelbare Verbindung mit der Anführung Ungarns gebracht werde, „weillen wegen hungern „gegeben worden". Kaunitz aber war der Meinung, die Kaiſerin ſolle ſich des neuen Titels nur in der Art und Weiſe bedienen, in welcher Kaiſer Karl VI. denjenigen eines katholiſchen Königs geführt habe. Maria Thereſia verwarf jedoch den Vorſchlag des Staatskanzlers mit den folgenden Worten:

„Das wayland Ihro May. der Kayſer von der catholiſchen „titulatur abgegangen in privatſchreiben, iſt nicht hier anzuziehen, „weillen diſer titul von ſpanien her gekomen, welches er verlohren, „ohne hoffnung es widerumb zu erlangen. Diſer titl iſt aber wie „eine neüe concession und mus alſo gehalten werden mit aller „solemnitæt, wie le roy tres chretien, celui de tres fidel et „autres; mithin auch in allen particular ſchreiben"[12]).

Wenn man aus der Willfährigkeit, welche der Papſt in dieſer Angelegenheit gezeigt hatte, in Wien etwa die Erwartung ableiten wollte, mit ihm auch noch fortan in den denkbar befriedigendſten

Beziehungen zu stehen, so ging dieselbe doch nicht so ganz in Erfüllung. In einer Sache, die der Kaiserin besonders am Herzen lag, stieß sie gar bald auf hartnäckigen Widerstand von Seite der römischen Curie. Man weiß, daß es noch unter Benedict XIV. gelungen war, die Gründung eines neuen Erzbisthums zu Görz und die Ausscheidung seines Sprengels aus demjenigen des Patriarchates von Aquileja zu erwirken. Ohne Zweifel war es zunächst die ungenügende Dotirung des von ihr selbst gestifteten Erzbisthums zu Görz, wodurch in der Kaiserin der Wunsch nach dessen Vereinigung mit dem Laibacher Bisthume hervorgerufen wurde[13]). Zur Erfüllung desselben schien die gegen Ende des Jahres 1757 eingetretene Erledigung des letzteren den geeignetsten Anlaß zu bieten. Graf Haugwitz trat nun mit einem hierauf abzielenden Antrage hervor, Kaunitz aber meinte, die Kaiserin möge den beabsichtigten Zweck in der Weise zu erreichen bestrebt sein, daß sie ihr Ernennungsrecht für den Laibacher Bischofssitz zu Gunsten des Görzer Erzbischofs ausübe, für Letzteren aber von dem Papste die Ausfertigung einer sogenannten Retentionsbulle verlange.

Aus den mehrfachen Beweggründen, mit denen Kaunitz seinen Vorschlag unterstützte, wollen wir nur die Behauptung hervorheben, daß die Erwirkung von Unionsbullen in Rom sehr großen Schwierigkeiten unterliege, während nichts leichter sei als eine Retentionsbulle, das ist die Zustimmung zur zeitlichen Vereinigung mehrerer Bisthümer in einer und derselben Hand zu erhalten[14]). Auch Maria Theresia neigte der Anschauung des Staatskanzlers sich zu[15]); Haugwitz aber meinte, man solle zwar für den gegenwärtigen Erzbischof von Görz, Karl Michael Grafen von Attems vor der Hand eine Retentionsbulle hinsichtlich des Laibacher Bischofssitzes begehren, jedoch auch das Verlangen wegen Vereinigung der beiden Bisthümer an die Curie richten[16]). So geschah es denn auch wirklich, aber die Vorhersagung des Staatskanzlers bewahrheitete sich insofern, als Albani im Mai 1759 berichtete, all seine Bemühungen, seine Bitten und Vorstellungen, um die gewünschte Vereinigung der beiden Bisthümer zu erlangen, seien fruchtlos geblieben[17]).

War man in Wien auf dieses negative Resultat schon im voraus gefaßt, so brachte es dagegen eine um so unangenehmere Ueberraschung

hervor, daß das Begehren um eine Retentionsbulle für den Erzbiſchof von Görz in Rom gleichfalls eine Zurückweiſung erfuhr. Auch die angelegentliche Erneuerung dieſes Verlangens ſo wie die perſönliche Verwendung der Kaiſerin bei dem bisherigen päpſtlichen Nuntius Ignazio Crivelli, der nun, zur Cardinalswürde erhoben, nach Italien zurückkehrte[18]), blieben ohne den gewünſchten Erfolg. Allerdings zeigte man in Rom ſich geneigt, zu einem von Albani vorgeſchlagenen Auskunftsmittel zu greifen. In der gleichzeitigen Adminiſtration der Bisthümer Laibach und Görz durch den Erzbiſchof Attems ſollte es beſtehen, jedoch an die ausdrückliche Bedingung geknüpft werden, daß ſolches nur bis zur Beendigung des Krieges in Deutſchland, alſo bis zu dem Zeitpunkte geſchehen dürfe, in welchem der Kaiſerhof wieder über Mittel zu ausgiebigerer Dotirung des Görzer Erzbisthums zu verfügen im Stande wäre. Auf dieſe Bedingung meinte man ſich jedoch in Wien nicht einlaſſen zu dürfen. Maria Thereſia ſtand ab von ihrem Begehren, und ſie ernannte den früheren Biſchof von Neuſtadt, Grafen Johann Franz Khevenhüller zum Biſchof von Laibach[19]).

War etwa in dem Herzen der Kaiſerin einige Verſtimmung zurückgeblieben über das Scheitern eines Planes, den ſie mit perſönlicher Vorliebe verfolgt hatte, ſo kann doch nicht geſagt werden, daß dieſes Gefühl in ihren ferneren Beziehungen zu dem heiligen Stuhle Ausdruck gefunden hätte. Dieſelben waren im Gegentheile noch fortan zufriedenſtellende zu nennen, und als es im Sommer 1760 um die päpſtliche Dispens zur Eheſchließung des Kronprinzen Joſeph mit der Infantin Iſabella ſich handelte, wurde der überaus raſchen Bereitwilligkeit, mit welcher Clemens XIII. den Wünſchen der Kaiſerin willfahrte, in den rühmendſten Worten gedacht[20]).

So gut es nun auch während der erſten Jahre des Pontificates Clemens XIII. um die Beziehungen desſelben zu der Kaiſerin Maria Thereſia beſtellt ſein mochte, ſo wird dem forſchenden Auge doch im Laufe der Zeit eine leiſe Trübung derſelben bemerkbar. Die erſte Kundgebung einer Mißſtimmung des Papſtes iſt in einer Beſchwerde des Nuntius Borromeo über den Empfang zu finden, welcher aus

Anlaß der bevorstehenden Wahl Josephs zum römischen Könige dem Vertreter des heiligen Stuhles, Monsignor Oddi, von dem in Frankfurt versammelten kurfürstlichen Collegium zu Theil wurde. Persönlich wollte Borromeo der Kaiserin ein päpstliches Breve überreichen, dessen Ausdrücke jedoch Kaunitz für beleidigend erklärte. Eine Vergleichung zwischen Maria Theresia und ihren Vorfahren war darin aufgenommen[21]), deren der Verfasser des Breve nach den Worten des Staatskanzlers sich gerade so hätte enthalten sollen, wie es der Curie nicht geziemte, das Ceremoniellwesen ihrer Nuntien mit Kirchen- und Glaubenssachen zu vermengen. Es könnte hierauf nicht anders, meinte Kaunitz, als in gleichem Tone geantwortet werden. Um dieß jedoch in ihrem eigenen Interesse zu vermeiden, möge die Kaiserin das päpstliche Breve lieber nicht annehmen. Dem Nuntius Borromeo aber wäre die erbetene Audienz entweder gar nicht, oder erst später zu gewähren, um ihm in der Zwischenzeit die Bedenken mittheilen zu können, welche gegen die Annahme des Breve obwalteten[22]).

Bereitwillig ließ sich Maria Theresia zur Verschiebung der Audienz für Borromeo herbei[23]). Als sie ihm dieselbe jedoch endlich ertheilte, gab sie ihm rückhaltslos ihr Erstaunen zu erkennen, daß man sie für ein Verfahren verantwortlich machen wolle, welches nicht von ihr, sondern von den Vertretern deutscher Fürsten beobachtet worden sei, unter denen sich nicht weniger als drei hohe Würdenträger der katholischen Kirche befänden. So unumwunden sprach die Kaiserin sich aus, daß Borromeo über den gerechten Unwillen, der sie erfüllte, keinen Augenblick im Zweifel sein konnte[24]).

Der Wunsch des Staatskanzlers, daß von Rom aus eine Erklärung erfolge, durch welche der Unmuth der Kaiserin über die empfangene Beleidigung wieder beschwichtigt würde[25]), ging wenigstens insofern in Erfüllung, als Borromeo in einer zweiten Audienz den üblen Eindruck wieder zu verwischen sich bemühte, welchen seine erste Botschaft hervorgebracht hatte. Aber bei der schon früher geschehenen Zurückweisung des päpstlichen Breve blieb es auch jetzt[26]).

[illegible] Anlasse zu Reibungen zwischen Oesterreich und der [illegible] stellten von Zeit zu Zeit sich ein. So wurde in [illegible] manchmal lebhaft darüber geklagt, daß die Weiterverleihung [illegible] geistlicher Pfründen von Seite des heiligen Stuhles hie und da mit so großer Schnelligkeit geschehe, daß jede etwaige Empfehlung des Kaiserhofes unbedingt zu spät kommen müsse[27]). Dann wieder fühlte man sich durch die auffallende Bevorzugung verletzt, welche den venetianischen Unterthanen vor den Bewohnern des österreichischen Küstenlandes in den päpstlichen Häfen des adriatischen Meeres, insbesondere in Ancona zu Theil wurde. Den Papst aber mag es unangenehm berührt haben, daß sein wiederholt ausgesprochener und von Albani dringend befürworteter Wunsch, seinem Neffen Abbondio Rezzonico möge der Orden des goldenen Vließes verliehen werden, unter dem Vorwande abgelehnt wurde, der Kaiser beabsichtige vor der Hand keine solchen Ernennungen[28]).

Wie dem aber auch sein mochte, zu dauernder Verstimmung zwischen Maria Theresia und Clemens XIII. kam es während eines Zeitraumes, der sich auf etwas mehr als die ersten acht Jahre seines Pontificates angeben läßt, doch nicht. Im November 1766 trat aber ein Ereigniß ein, welches das Freundschaftsverhältniß, das zwischen ihnen bisher geherrscht hatte, empfindlich bedrohte.

Man weiß wie die Bewegung gegen die Jesuiten, von den streng katholischen Staaten Portugal, Spanien und Frankreich ausgehend, damals fast ganz Europa ergriff. Clemens XIII. nahm sich dagegen der Jesuiten aufs eifrigste an. „Mehr als je," so berichtete schon im September 1761 Brunati aus Rom nach Wien, „beharrt dieser Hof „bei der Unterstützung der Jesuiten, vielleicht weil er in Wahrheit „glaubt, daß die Kirche in ihnen bestehe. Dadurch entzweit man sich „jedoch mit fast sämmtlichen Kronen. Die gelehrtesten Cardinäle denken „anders, aber sie sind es nicht, welche regieren, da man nur die „Stimmen zählt und sie nicht wägt[29]).

Daß Clemens XIII. selbst es war, von welchem diese Begünstigung der Jesuiten eigentlich ausging, ist zwar schon allgemein bekannt,

wird aber durch Brunati's Berichte neuerdings bestätigt. So meldet er im April 1763 den Tod des Cardinals Spinelli, eines Neapolitaners, der die Würde eines Decans des heiligen Collegiums bekleidete. Er nennt ihn einen der aufgeklärtesten Männer, dessen erleuchtete Rathschläge, wenn sie nur befolgt worden wären, der Curie gewiß einen großen Theil jener Bedrängnisse erspart haben würden, in denen sie sich befinde. Die Neutralität, welche Spinelli zu beobachten bemüht war, habe ihm nichts genützt, denn wer es nicht mit den Jesuiten halte, werde als ein Gegner derselben betrachtet und verfolgt. Darum habe ihn auch zuletzt der Papst, obgleich er Spinelli seine Erwählung verdanke, gar nicht mehr angehört[30]). Und mehr als zwei Jahre später berichtet Brunati, die Gehässigkeit der in Rom herrschenden Jesuitenpartei gegen Alles, was ihr nicht anhänge, sei zu unglaublicher Höhe gediehen. Ihre Gegner fühlten sich nicht mehr sicher, indem täglich Untersuchungen, Verhaftungen und Verbannungen wider sie erfolgten. Darum sei auch Rom mit Schmähschriften gegen die Jesuiten überschwemmt[31]).

Eines dieser Libelle bot nun Anlaß zu jenem Vorgange der Curie, welcher den Wiener Hof empfindlich verletzte. Die Autorschaft der Flugschrift schrieb man in Rom dem Vertreter des Großherzogs von Toscana bei dem heiligen Stuhle, dem Baron Saint-Odile zu. Die Unzufriedenheit der Curie gab sich ihm gegenüber durch die Weigerung des Cardinal-Staatssecretärs Torreggiani kund, ihn fürder wie einen fremden Gesandten zu empfangen; man werde ihn nur mehr als eine Privatperson ansehen und behandeln[32]).

Es ist leicht begreiflich, daß der Großherzog von Toscana das Verfahren des heiligen Stuhles gegen seinen Vertreter zu Rom als eine Mißachtung empfand. Eine Beleidigung, die man gegen ihren Sohn sich erlaubte, betrachtete jedoch auch Maria Theresia, als ob sie ihr selbst widerfahren wäre. Ein strenger Auftrag erging an Albani, sich mit Nachdruck dafür zu verwenden, daß Saint-Odile in die mit seiner Stellung verbundenen Vorrechte alsbald wieder eingesetzt werde[33]).

[illegible]

„entschlossen seien, vorüber zu gehen. Freilich ist dieß Alles höchst „verletzend für den Papst, aber er verdient es, denn er und alle Cardi„näle verüben täglich neue Impertinenzen gegen uns“ [35]).

So gar arg, als man nach diesen Worten zu glauben versucht wird, scheint es jedoch in der Wirklichkeit um die Haltung des Papstes doch nicht bestellt gewesen zu sein. Wenigstens berichtet der Großherzog Leopold seiner Mutter von mehrfachen Beweisen der Aufmerksamkeit, welche er und seine Schwester von Seite des heiligen Vaters empfangen hätten, so daß er den jungen Fürsten Schwarzenberg an ihn absandte, um ihm dafür zu danken.

Wie dem aber auch sein mochte, jedenfalls wäre es unendlich viel klüger von Seite des Papstes gewesen, wenn er die sich darbietende Gelegenheit benutzt hätte, die Kaiserin, deren lebhafte Zuneigung zu ihren Kindern ihm wohl bekannt sein mußte, durch zuvorkommendes Benehmen gegen dieselben zu verpflichten, statt sie empfindlich zu verletzen. Denn gerade zu jener Zeit war die Bedrängniß des heiligen Stuhles in Folge seines Zwiespaltes mit den bourbonischen Höfen so überaus groß, daß man in Rom auf den Beistand oder doch mindestens auf die wohlwollende Gesinnung des Kaiserhofes den höchsten Werth hätte legen sollen.

Vor Allem waren es die Streitigkeiten mit Parma, welche in jenen Tagen am meisten dazu beitrugen, das ohnedieß sehr gespannte Verhältniß der Curie zu den bourbonischen Höfen noch mehr zu verbittern. Schon im Jahre 1764 hatte Herzog Philipp, von seinem ersten Minister, dem Franzosen du Tillot hiezu bewogen, ein strenges Edict erlassen, durch welches der in erschreckendem Maße zunehmenden Anhäufung beweglicher und unbeweglicher Güter in der todten Hand gesteuert werden sollte. Noch entschiedener trat du Tillot auf, als er nach dem Tode des Herzogs Philipp im Namen seines Sohnes und Nachfolgers Ferdinand die öffentlichen Angelegenheiten des Herzogthums Parma noch weit selbstständiger lenkte als zuvor.

Schon lang hatte man in Parma sich dadurch beschwert gefühlt, daß die römische Curie Rechtssachen, es mochte um Angelegenheiten geistlicher oder weltlicher Personen sich handeln, vor die päpstlichen Gerichte zog, wo sie, wie man wenigstens behauptete, zumeist in einem für die Geistlichen parteiischen Sinne entschieden wurden. Außerdem klagte man darüber, daß die in Parma gelegenen Pfründen sehr oft an Ausländer vergeben würden. In Folge dessen gingen die Einkünfte von denselben ebenfalls ins Ausland, und die Bedürfnisse des katholischen Cultus, welche aus ihnen hätten bestritten werden sollen, wurden vernachlässigt.

Diese und ähnliche Uebelstände waren es, zu deren Beseitigung im Jänner 1768 im Namen des Herzogs von Parma ein Edict erging, durch das er jedem seiner Unterthanen geistlichen oder weltlichen Standes aufs strengste verbot, sich in irgend einer Rechtssache an ein ausländisches Tribunal zu wenden. Die in Parma gelegenen Pfründen sollten künftighin, und zwar nur nach erfolgter Zustimmung des Herzogs, bloß an Inländer verliehen werden können. Die Befolgung irgend einer Anordnung, sie mochte von dem heiligen Stuhle oder einer anderen fremden Macht herrühren, war an die ausdrückliche Genehmigung der herzoglichen Regierung geknüpft, während jede ihrem Willen zuwider laufende Handlung für null und nichtig erklärt und außerdem eine strenge Ahndung in Aussicht gestellt wurde.

In Rom erkannte man sehr wohl die Tragweite dieser Beschlüsse und das Ziel, auf welches das Absehen der parmesanischen Regierung gerichtet war. Keinem Haupte der katholischen Kirche, weff' Sinnes dasselbe auch sein mochte, konnten derartige Maßregeln willkommen sein. Die dagegen anzunehmende Haltung konnte jedoch eine zweifache, eine versöhnliche und ausgleichende oder eine schroff zurückweisende sein. Hätte Benedict XIV. noch gelebt, so würde er sich wahrscheinlich zu der ersteren entschlossen haben. Vielleicht wäre ihr auch Clemens XIII. persönlich nicht gerade abgeneigt gewesen. Aber die Jesuiten, die ihn beherrschten, trieben ihn zu den äußersten Schritten. Die Edicte der parmesanischen Regierung wurden von Seite des heiligen Stuhles für

kraftlos und ungültig erklärt. Den Personen geistlichen und weltlichen Standes in Parma wurde verboten, ihnen zu gehorchen; gegen alle diejenigen aber, welche bei ihrem Zustandekommen betheiligt waren, sprach der Papst die strengsten Kirchenstrafen mit dem Beisatze aus, daß mit Ausnahme vorhandener Todesgefahr nur er selbst oder sein Nachfolger von ihnen zu dispensiren vermöge.

Wer sich die theilnahmsvolle Erregung ins Gedächtniß zurückruft, mit welcher damals gerade die kirchlichen Fragen in den katholischen Ländern Europa's verhandelt wurden, der wird sich leicht vorstellen, daß in dem Streite zwischen der römischen Curie und der parmesanischen Regierung die öffentliche Meinung sich überall auf die Seite der letzteren stellte und mit Leidenschaft für sie Partei ergriff. Die Grundsätze, die sie vertrat, waren ja dieselben, welche man in dem eigenen Lande entweder schon durchgeführt hatte oder zum Vollzug zu bringen wünschte. Hiezu kam noch daß die Häupter der großen bourbonischen Höfe, die Könige von Frankreich und Spanien es als ein sie tief verletzendes Wagniß empfanden, daß der heilige Stuhl ihren nächsten Verwandten, den Herzog von Parma mit den Kirchenstrafen belegt hatte. Sie waren nicht nur einverstanden damit, daß der Herzog die Bekanntmachung des päpstlichen Breve in seinen Ländern aufs strengste verbot, sondern die Vertreter Frankreichs, Spaniens und Neapels zu Rom richteten das gemeinsame Begehren an den heiligen Stuhl, dasselbe zu widerrufen.

Ehe letzteres geschehen war, hatte der Hof von Versailles sich nach Wien mit der dringenden Aufforderung gewendet, Oesterreich möge dem Schritte sich anschließen, welchen die bourbonischen Höfe in Rom zu thun sich vornahmen. Dieses Verlangen der französischen Regierung bot dem Staatskanzler Kaunitz zum ersten Male Gelegenheit, die ganze so außerordentlich wichtige Frage einer Erörterung zu unterziehen, die auch dießmal wieder eine sehr eingehende und umständliche war.

Vor Allem zollt Kaunitz dem Verfahren des verstorbenen Papstes Benedict XIV., welcher sich eifrig bemüht hatte, „den vorhinigen

„Rigorem in ein allgemein väterliches Bezeugen zu verwandeln und „die Untersuchung der Streitfragen entfernt zu halten", ein sehr großes Lob. Lebhaft bedauert er, daß sich die Haltung des gegenwärtigen Papstes von der seines Vorgängers so unvortheilhaft unterscheide. Freilich legt er nicht dem Papste persönlich, sondern dem Cardinal-Staatssecretär Torreggiani die Hauptschuld zur Last. Auf die Sache selbst eingehend, um deren Entscheidung es sich handelte, glaubt Kaunitz die Frage, ob Oesterreich in Rom mit den bourbonischen Höfen gemeinschaftliche Sache machen solle, bejahen zu müssen. Nach seiner Meinung schloß der gewagte Schritt des heiligen Stuhles „bei den „jetzigen aufgeklärten Zeiten eine Art von Unanständigkeit" in sich, welche in gewissem Maße auch auf die übrigen weltlichen Fürsten zurückfalle. Lasse man der römischen Curie jenen Schritt ungeahndet hingehen, dann werde sie hieraus allmälig den Muth schöpfen, auch gegen die großen katholischen Höfe „mit gleich unbefugter Schärfe" zu verfahren. Die in dem Breve angegebenen Gründe der Excommunication des Herzogs von Parma bestünden in nichts Anderem als in den Maßregeln, welche derselbe in Bezug auf die Steuerentrichtung von geistlichen Gütern so wie hinsichtlich ihrer Erwerbung getroffen habe; das seien jedoch Dinge, welche einzig und allein von der weltlichen Gewalt abhiengen und von den meisten katholischen Mächten, insbesondere von der Kaiserin selbst auf Grundlage ihrer Souveränetätsrechte geregelt würden. Wollte man also die Excommunication des Herzogs von Parma als rechtsgültig ansehen und keine Einsprache dagegen erheben, so müßte sich hieraus die Schlußfolgerung ergeben, daß alle Fürsten, welche die gleichen Befugnisse für sich in Anspruch nähmen, den Kirchenbann ebenfalls verdienten und mit solchem rechtsbeständig belegt werden könnten.

Um nun die Curie in die gehörigen Schranken zurückzuweisen, sei es nöthig, daß ihr gegenüber von den vornehmsten katholischen Höfen gemeinschaftlich eine gleichförmige Sprache geführt werde, welche allein die erwünschte Wirkung hervorbringen könnte. Wäre die letztere nicht zu erzielen, dann müsse man besorgen, daß die katholischen Regierungen, ohnedieß schon gegen die Curie ungemein aufgebracht, sich

immer weiter von ihr entfernen und zuletzt der Geistlichkeit ihrer Länder die bisherigen Verrichtungen des heiligen Stuhles größtentheils zuwenden würden. Hiedurch müßte jedoch der höchst schädliche Zwiespalt immer weiter sich ausdehnen und endlich die Religion selbst in Gefahr bringen. Zu ihrem Besten werde es daher gereichen, wenn eine so angesehene und billig denkende Monarchin wie die Kaiserin in die gemeinschaftliche Berathung eintrete und hiebei auch vielleicht zu weit gehende Absichten der bourbonischen Höfe zu mäßigen sich bestrebe.

Auf diese letztere Seite legte überhaupt Kaunitz ein sehr großes Gewicht. Darum war er auch nicht der Meinung, daß man sich in Wien dem Begehren des Herzogs von Choiseul anbequemen solle, alle Correspondenz mit dem Papste und jede diplomatische Verbindung mit dem heiligen Stuhle unbedingt abzubrechen, insofern nicht der Widerruf des gegen den Herzog von Parma gerichteten Breve allsogleich erfolge. Man möge sich vielmehr darauf beschränken, die Unzulässigkeit der geschehenen Excommunication überzeugend darzuthun und bei diesem Anlasse die Mißbräuche der päpstlichen Gewalt, die Nothwendigkeit einer Verbesserung der kirchlichen Disciplin und überhaupt die Abgrenzung der geistlichen und der weltlichen Befugnisse zur Sprache zu bringen. Hiedurch allein könne man, wenn es überhaupt möglich erscheine, zukünftigem Streite mit der Curie vorbeugen, der nur zum Aergerniß und zu großem Nachtheil der Religion gereichen würde. Ein- für allemal aber müsse man sich in Rom mit der Ueberzeugung durchdringen, daß es nicht mehr an der Zeit sei, den weltlichen Fürsten über die Glaubenssachen hinaus Gesetze vorschreiben und ihnen einen großen Theil ihrer souveränen Macht entziehen zu wollen.

Ein doppeltes Ziel war es also, wie man sieht, welches Kaunitz von allem Anfange an klar erkannte und entschieden verfolgte. Man müsse alle Vorsicht gebrauchen, so faßt er seine Ausführungen schließlich noch einmal zusammen, daß einerseits die bourbonischen Höfe sich von ihrer Leidenschaftlichkeit nicht ohne Noth allzuweit, somit vor der Zeit zu den äußersten Maßregeln hinreißen ließen. Andererseits müsse die römische Curie durch die unzweideutigste Sprache zur Erkenntniß des

Noch andere Anläſſe zu Reibungen zwiſchen Oeſterreich und der römiſchen Curie ſtellten von Zeit zu Zeit ſich ein. So wurde in Wien manchmal lebhaft darüber geklagt, daß die Weiterverleihung erledigter geiſtlicher Pfründen von Seite des heiligen Stuhles hie und da mit ſo großer Schnelligkeit geſchehe, daß jede etwaige Empfehlung des Kaiſerhofes unbedingt zu ſpät kommen müſſe[27]). Dann wieder fühlte man ſich durch die auffallende Bevorzugung verletzt, welche den venetianiſchen Unterthanen vor den Bewohnern des öſterreichiſchen Küſtenlandes in den päpſtlichen Häfen des adriatiſchen Meeres, insbeſondere in Ancona zu Theil wurde. Den Papſt aber mag es unangenehm berührt haben, daß ſein wiederholt ausgeſprochener und von Albani dringend befürworteter Wunſch, ſeinem Neffen Abbondio Rezzonico möge der Orden des goldenen Vließes verliehen werden, unter dem Vorwande abgelehnt wurde, der Kaiſer beabſichtige vor der Hand keine ſolchen Ernennungen[28]).

Wie dem aber auch ſein mochte, zu dauernder Verſtimmung zwiſchen Maria Thereſia und Clemens XIII. kam es während eines Zeitraumes, der ſich auf etwas mehr als die erſten acht Jahre ſeines Pontificates angeben läßt, doch nicht. Im November 1766 trat aber ein Ereigniß ein, welches das Freundſchaftsverhältniß, das zwiſchen ihnen bisher geherrſcht hatte, empfindlich bedrohte.

Man weiß wie die Bewegung gegen die Jeſuiten, von den ſtreng katholiſchen Staaten Portugal, Spanien und Frankreich ausgehend, damals faſt ganz Europa ergriff. Clemens XIII. nahm ſich dagegen der Jeſuiten aufs eifrigſte an. „Mehr als je," ſo berichtete ſchon im September 1761 Brunati aus Rom nach Wien, „beharrt dieſer Hof „bei der Unterſtützung der Jeſuiten, vielleicht weil er in Wahrheit „glaubt, daß die Kirche in ihnen beſtehe. Dadurch entzweit man ſich „jedoch mit faſt ſämmtlichen Kronen. Die gelehrteſten Cardinäle denken „anders, aber ſie ſind es nicht, welche regieren, da man nur die „Stimmen zählt und ſie nicht wägt[29]).

Daß Clemens XIII. ſelbſt es war, von welchem dieſe Begünſti-
g der Jeſuiten eigentlich ausging, iſt zwar ſchon allgemein bekannt,

wird aber durch Brunati's Berichte neuerdings bestätigt. So meldet er im April 1763 den Tod des Cardinals Spinelli, eines Neapolitaners, der die Würde eines Decans des heiligen Collegiums bekleidete. Er nennt ihn einen der aufgeklärtesten Männer, dessen erleuchtete Rathschläge, wenn sie nur befolgt worden wären, der Curie gewiß einen großen Theil jener Bedrängnisse erspart haben würden, in denen sie sich befinde. Die Neutralität, welche Spinelli zu beobachten bemüht war, habe ihm nichts genützt, denn wer es nicht mit den Jesuiten halte, werde als ein Gegner derselben betrachtet und verfolgt. Darum habe ihn auch zuletzt der Papst, obgleich er Spinelli seine Erwählung verdanke, gar nicht mehr angehört[30]). Und mehr als zwei Jahre später berichtet Brunati, die Gehässigkeit der in Rom herrschenden Jesuitenpartei gegen Alles, was ihr nicht anhänge, sei zu unglaublicher Höhe gediehen. Ihre Gegner fühlten sich nicht mehr sicher, indem täglich Untersuchungen, Verhaftungen und Verbannungen wider sie erfolgten. Darum sei auch Rom mit Schmähschriften gegen die Jesuiten überschwemmt[31]).

Eines dieser Libelle bot nun Anlaß zu jenem Vorgange der Curie, welcher den Wiener Hof empfindlich verletzte. Die Autorschaft der Flugschrift schrieb man in Rom dem Vertreter des Großherzogs von Toscana bei dem heiligen Stuhle, dem Baron Saint-Odile zu. Die Unzufriedenheit der Curie gab sich ihm gegenüber durch die Weigerung des Cardinal-Staatssecretärs Torreggiani kund, ihn fürder wie einen fremden Gesandten zu empfangen; man werde ihn nur mehr als eine Privatperson ansehen und behandeln[32]).

Es ist leicht begreiflich, daß der Großherzog von Toscana das Verfahren des heiligen Stuhles gegen seinen Vertreter zu Rom als eine Mißachtung empfand. Eine Beleidigung, die man gegen ihren Sohn sich erlaubte, betrachtete jedoch auch Maria Theresia, als ob sie ihr selbst widerfahren wäre. Ein strenger Auftrag erging an Albani, sich mit Nachdruck dafür zu verwenden, daß Saint-Odile in die mit seiner Stellung verbundenen Vorrechte alsbald wieder eingesetzt werde[33]).

Auf die verschiedenen Phasen, welche diese leidige Angelegenheit durchzumachen hatte, kann hier natürlicher Weise nicht näher eingegangen werden. Es genüge zu sagen, daß obwohl sie allmälig so ziemlich geschlichtet wurde, doch eine gewisse Verstimmung zwischen dem Papste und dem Großherzoge von Toscana zurückblieb, welche auch die Beziehungen des Kaiserhofes zu dem heiligen Stuhle nicht unberührt ließ. So konnte es in Rom unmöglich anders als unwillkommen sein, daß am 12. September 1767 die Kaiserin den bischöflichen Ordinariaten die Bekanntmachung päpstlicher Bullen untersagte, wenn hiezu nicht früher die landesfürstliche Genehmigung, das Placetum regium ertheilt worden sei[34]). Und als eine persönliche Verletzung mochte der Papst es ansehen, wenn Maria Theresia ihm ankündigen ließ, ihre Tochter Josepha werde auf der Reise nach Neapel zu ihrem großen Bedauern keine Zeit finden, dem heiligen Vater persönlich ihre Verehrung zu bezeigen.

Als nach dem unerwarteten Tode der Erzherzogin Josepha deren Schwester Caroline an ihre Stelle trat und mit dem Könige Ferdinand von Neapel verlobt wurde, änderte man in Wien nichts an der kühlen Zurückhaltung, die man schon der älteren Schwester dem heiligen Stuhle gegenüber vorgezeichnet hatte. Da auch Caroline bei ihrer Durchreise durch Rom es vermeiden sollte, den Papst zu sehen, verbot Clemens XIII. den Cardinälen, sich der jungen Königin von Neapel vorzustellen; ja sogar der officielle Vertreter Oesterreichs in Rom, Cardinal Alessandro Albani durfte keine Ausnahme hievon machen. Als daher Caroline, von ihrem Bruder Leopold geleitet, auf der Reise nach Neapel die Hauptstadt des Kirchenstaates berührte, ließ die beiderseitige Haltung keinen Zweifel über die vorhandene Gereiztheit mehr übrig. Die naiven Worte der blutjungen Prinzessin, an ihre frühere Erzieherin, die Gräfin Lerchenfeld gerichtet, beweisen dieß deutlicher als noch so umfangreiche Berichte es thun könnten. „Gestern kam ich", so schrieb sie ihr, „zweimal durch Rom. Ich sah den Vatican, welcher „prachtvoll ist, und alle schönen Theile der Stadt, ohne den Papst „zu begrüßen. Denn da der Legat am vorhergehenden Abende, als „wir es vorschlugen, einige Schwierigkeiten erhob, sagten wir, daß wir

„entschlossen seien, vorüber zu gehen. Freilich ist dieß Alles höchst „verletzend für den Papst, aber er verdient es, denn er und alle Cardi„näle verüben täglich neue Impertinenzen gegen uns“ [35]).

So gar arg, als man nach diesen Worten zu glauben versucht wird, scheint es jedoch in der Wirklichkeit um die Haltung des Papstes doch nicht bestellt gewesen zu sein. Wenigstens berichtet der Großherzog Leopold seiner Mutter von mehrfachen Beweisen der Aufmerksamkeit, welche er und seine Schwester von Seite des heiligen Vaters empfangen hätten, so daß er den jungen Fürsten Schwarzenberg an ihn absandte, um ihm dafür zu danken.

Wie dem aber auch sein mochte, jedenfalls wäre es unendlich viel klüger von Seite des Papstes gewesen, wenn er die sich darbietende Gelegenheit benutzt hätte, die Kaiserin, deren lebhafte Zuneigung zu ihren Kindern ihm wohl bekannt sein mußte, durch zuvorkommendes Benehmen gegen dieselben zu verpflichten, statt sie empfindlich zu verletzen. Denn gerade zu jener Zeit war die Bedrängniß des heiligen Stuhles in Folge seines Zwiespaltes mit den bourbonischen Höfen so überaus groß, daß man in Rom auf den Beistand oder doch mindestens auf die wohlwollende Gesinnung des Kaiserhofes den höchsten Werth hätte legen sollen.

Vor Allem waren es die Streitigkeiten mit Parma, welche in jenen Tagen am meisten dazu beitrugen, das ohnedieß sehr gespannte Verhältniß der Curie zu den bourbonischen Höfen noch mehr zu verbittern. Schon im Jahre 1764 hatte Herzog Philipp, von seinem ersten Minister, dem Franzosen du Tillot hiezu bewogen, ein strenges Edict erlassen, durch welches der in erschreckendem Maße zunehmenden Anhäufung beweglicher und unbeweglicher Güter in der todten Hand gesteuert werden sollte. Noch entschiedener trat du Tillot auf, als er nach dem Tode des Herzogs Philipp im Namen seines Sohnes und Nachfolgers Ferdinand die öffentlichen Angelegenheiten des Herzogthums Parma noch weit selbstständiger lenkte als zuvor.

Schon lang hatte man in Parma sich dadurch beschwert gefühlt, daß die römische Curie Rechtssachen, es mochte um Angelegenheiten geistlicher oder weltlicher Personen sich handeln, vor die päpstlichen Gerichte zog, wo sie, wie man wenigstens behauptete, zumeist in einem für die Geistlichen parteiischen Sinne entschieden wurden. Außerdem klagte man darüber, daß die in Parma gelegenen Pfründen sehr oft an Ausländer vergeben würden. In Folge dessen gingen die Einkünfte von denselben ebenfalls ins Ausland, und die Bedürfnisse des katholischen Cultus, welche aus ihnen hätten bestritten werden sollen, wurden vernachlässigt.

Diese und ähnliche Uebelstände waren es, zu deren Beseitigung im Jänner 1768 im Namen des Herzogs von Parma ein Edict erging, durch das er jedem seiner Unterthanen geistlichen oder weltlichen Standes aufs strengste verbot, sich in irgend einer Rechtssache an ein ausländisches Tribunal zu wenden. Die in Parma gelegenen Pfründen sollten künftighin, und zwar nur nach erfolgter Zustimmung des Herzogs, bloß an Inländer verliehen werden können. Die Befolgung irgend einer Anordnung, sie mochte von dem heiligen Stuhle oder einer anderen fremden Macht herrühren, war an die ausdrückliche Genehmigung der herzoglichen Regierung geknüpft, während jede ihrem Willen zuwider laufende Handlung für null und nichtig erklärt und außerdem eine strenge Ahndung in Aussicht gestellt wurde.

In Rom erkannte man sehr wohl die Tragweite dieser Beschlüsse und das Ziel, auf welches das Absehen der parmesanischen Regierung gerichtet war. Keinem Haupte der katholischen Kirche, wess' Sinnes dasselbe auch sein mochte, konnten derartige Maßregeln willkommen sein. Die dagegen anzunehmende Haltung konnte jedoch eine zweifache, eine versöhnliche und ausgleichende oder eine schroff zurückweisende sein. Hätte Benedict XIV. noch gelebt, so würde er sich wahrscheinlich zu der ersteren entschlossen haben. Vielleicht wäre ihr auch Clemens XIII. persönlich nicht gerade abgeneigt gewesen. Aber die Jesuiten, die ihn beherrschten, trieben ihn zu den äußersten Schritten. Die Edicte der parmesanischen Regierung wurden von Seite des heiligen Stuhles für

kraftlos und ungültig erklärt. Den Personen geistlichen und weltlichen Standes in Parma wurde verboten, ihnen zu gehorchen; gegen alle diejenigen aber, welche bei ihrem Zustandekommen betheiligt waren, sprach der Papst die strengsten Kirchenstrafen mit dem Beisatze aus, daß mit Ausnahme vorhandener Todesgefahr nur er selbst oder sein Nachfolger von ihnen zu dispensiren vermöge.

Wer sich die theilnahmsvolle Erregung ins Gedächtniß zurückruft, mit welcher damals gerade die kirchlichen Fragen in den katholischen Ländern Europa's verhandelt wurden, der wird sich leicht vorstellen, daß in dem Streite zwischen der römischen Curie und der parmesanischen Regierung die öffentliche Meinung sich überall auf die Seite der letzteren stellte und mit Leidenschaft für sie Partei ergriff. Die Grundsätze, die sie vertrat, waren ja dieselben, welche man in dem eigenen Lande entweder schon durchgeführt hatte oder zum Vollzug zu bringen wünschte. Hiezu kam noch daß die Häupter der großen bourbonischen Höfe, die Könige von Frankreich und Spanien es als ein sie tief verletzendes Wagniß empfanden, daß der heilige Stuhl ihren nächsten Verwandten, den Herzog von Parma mit den Kirchenstrafen belegt hatte. Sie waren nicht nur einverstanden damit, daß der Herzog die Bekanntmachung des päpstlichen Breve in seinen Ländern aufs strengste verbot, sondern die Vertreter Frankreichs, Spaniens und Neapels zu Rom richteten das gemeinsame Begehren an den heiligen Stuhl, dasselbe zu widerrufen.

Ehe letzteres geschehen war, hatte der Hof von Versailles sich nach Wien mit der dringenden Aufforderung gewendet, Oesterreich möge dem Schritte sich anschließen, welchen die bourbonischen Höfe in Rom zu thun sich vornahmen. Dieses Verlangen der französischen Regierung bot dem Staatskanzler Kaunitz zum ersten Male Gelegenheit, die ganze so außerordentlich wichtige Frage einer Erörterung zu unterziehen, die auch dießmal wieder eine sehr eingehende und umständliche war.

Vor Allem zollt Kaunitz dem Verfahren des verstorbenen Papstes Benedict XIV., welcher sich eifrig bemüht hatte, „den vorhinigen

„Rigorem in ein allgemein väterliches Bezeugen zu verwandeln und „die Untersuchung der Streitfragen entfernt zu halten", ein sehr großes Lob. Lebhaft bedauert er, daß sich die Haltung des gegenwärtigen Papstes von der seines Vorgängers so unvortheilhaft unterscheide. Freilich legt er nicht dem Papste persönlich, sondern dem Cardinal-Staatssecretär Torreggiani die Hauptschuld zur Last. Auf die Sache selbst eingehend, um deren Entscheidung es sich handelte, glaubt Kaunitz die Frage, ob Oesterreich in Rom mit den bourbonischen Höfen gemeinschaftliche Sache machen solle, bejahen zu müssen. Nach seiner Meinung schloß der gewagte Schritt des heiligen Stuhles „bei den „jetzigen aufgeklärten Zeiten eine Art von Unanständigkeit" in sich, welche in gewissem Maße auch auf die übrigen weltlichen Fürsten zurückfalle. Lasse man der römischen Curie jenen Schritt ungeahndet hingehen, dann werde sie hieraus allmälig den Muth schöpfen, auch gegen die großen katholischen Höfe „mit gleich unbefugter Schärfe" zu verfahren. Die in dem Breve angegebenen Gründe der Excommunication des Herzogs von Parma bestünden in nichts Anderem als in den Maßregeln, welche derselbe in Bezug auf die Steuerentrichtung von geistlichen Gütern so wie hinsichtlich ihrer Erwerbung getroffen habe; das seien jedoch Dinge, welche einzig und allein von der weltlichen Gewalt abhiengen und von den meisten katholischen Mächten, insbesondere von der Kaiserin selbst auf Grundlage ihrer Souveränetätsrechte geregelt würden. Wollte man also die Excommunication des Herzogs von Parma als rechtsgültig ansehen und keine Einsprache dagegen erheben, so müßte sich hieraus die Schlußfolgerung ergeben, daß alle Fürsten, welche die gleichen Befugnisse für sich in Anspruch nähmen, den Kirchenbann ebenfalls verdienten und mit solchem rechtsbeständig belegt werden könnten.

Um nun die Curie in die gehörigen Schranken zurückzuweisen, sei es nöthig, daß ihr gegenüber von den vornehmsten katholischen Höfen gemeinschaftlich eine gleichförmige Sprache geführt werde, welche allein die erwünschte Wirkung hervorbringen könnte. Wäre die letztere nicht zu erzielen, dann müsse man besorgen, daß die katholischen Regierungen, ohnedieß schon gegen die Curie ungemein aufgebracht, sich

immer weiter von ihr entfernen und zuletzt der Geistlichkeit ihrer Länder die bisherigen Verrichtungen des heiligen Stuhles größtentheils zuwenden würden. Hiedurch müßte jedoch der höchst schädliche Zwiespalt immer weiter sich ausdehnen und endlich die Religion selbst in Gefahr bringen. Zu ihrem Besten werde es daher gereichen, wenn eine so angesehene und billig denkende Monarchin wie die Kaiserin in die gemeinschaftliche Berathung eintrete und hiebei auch vielleicht zu weit gehende Absichten der bourbonischen Höfe zu mäßigen sich bestrebe.

Auf diese letztere Seite legte überhaupt Kaunitz ein sehr großes Gewicht. Darum war er auch nicht der Meinung, daß man sich in Wien dem Begehren des Herzogs von Choiseul anbequemen solle, alle Correspondenz mit dem Papste und jede diplomatische Verbindung mit dem heiligen Stuhle unbedingt abzubrechen, insofern nicht der Widerruf des gegen den Herzog von Parma gerichteten Breve allsogleich erfolge. Man möge sich vielmehr darauf beschränken, die Unzulässigkeit der geschehenen Excommunication überzeugend darzuthun und bei diesem Anlasse die Mißbräuche der päpstlichen Gewalt, die Nothwendigkeit einer Verbesserung der kirchlichen Disciplin und überhaupt die Abgrenzung der geistlichen und der weltlichen Befugnisse zur Sprache zu bringen. Hiedurch allein könne man, wenn es überhaupt möglich erscheine, zukünftigem Streite mit der Curie vorbeugen, der nur zum Aergerniß und zu großem Nachtheil der Religion gereichen würde. Ein- für allemal aber müsse man sich in Rom mit der Ueberzeugung durchdringen, daß es nicht mehr an der Zeit sei, den weltlichen Fürsten über die Glaubenssachen hinaus Gesetze vorschreiben und ihnen einen großen Theil ihrer souveränen Macht entziehen zu wollen.

Ein doppeltes Ziel war es also, wie man sieht, welches Kaunitz von allem Anfange an klar erkannte und entschieden verfolgte. Man müsse alle Vorsicht gebrauchen, so faßt er seine Ausführungen schließlich noch einmal zusammen, daß einerseits die bourbonischen Höfe sich von ihrer Leidenschaftlichkeit nicht ohne Noth allzuweit, somit vor der Zeit zu den äußersten Maßregeln hinreißen ließen. Andererseits müsse die römische Curie durch die unzweideutigste Sprache zur Erkenntniß des

Nutzens und der Nothwendigkeit gebracht werden, daß der weltlichen Gewalt nicht noch weiter vorgegriffen, sondern im Einverständnisse mit ihr für das wahre Beste der Religion gesorgt und die so nöthige Verbesserung der kirchlichen Disciplin bewirkt, hiedurch aber der Friede zwischen dem päpstlichen Stuhle und den mißvergnügten Höfen wieder hergestellt und die zu befürchtende Trennung vermieden werde.

Die Vorschläge des Staatskanzlers wurden von der Kaiserin vollständig gebilligt[36]). „Obwohl sie," sagt der venetianische Botschafter Renier bei diesem Anlasse von ihr, „eine ungemein große „Vorliebe für die religiöse Richtung besitzt, obwohl sie nicht nur von „Jesuiten, sondern auch von anderen Priestern umgeben ist, welche die „gewohnte Methode anwenden, Dinge Religionssachen zu nennen, die „es in Wahrheit keineswegs sind, sondern die nur darauf abzielen, „dem bei ihnen vorherrschenden Bestreben nach Macht und nach Reich„thum Vorschub zu leisten, so hat doch die Kaiserin trotz dieser „arglistigen und unausgesetzten Zumuthungen, von ihrem gesunden „Menschenverstande und ihrer wahrhaften Religiosität und Frömmig„keit geleitet, das Benehmen des Papstes gegen den Herzog von Parma „mißbilligt" [37]). Außerdem lag ihr die friedliche Beilegung dieser Streitsache schon aus dem Grunde gar sehr am Herzen[38]), weil damals die dereinstige Vermälung ihrer Tochter Amalie mit dem Herzoge Ferdinand von Parma bereits geplant wurde. Deßhalb erhielt Kaunitz die Ermächtigung, die Aufforderung der französischen Regierung in dem Sinne seiner Vorschläge zu beantworten. Von der Aufhebung aller Correspondenz mit dem heiligen Stuhle, wenn derselbe sich nicht allsogleich zum Widerrufe des gegen den Herzog von Parma gerichteten Breve entschließe, wollte man in Wien wenigstens für den Anfang nichts hören, sondern dieses Mittel als ein äußerstes für den Fall versparen, daß jede Vorstellung in Rom sich fruchtlos erweise. Um jedoch den Papst zur Nachgiebigkeit zu zwingen, möge man ihm die Absicht ankündigen, seinem Breve ein gemeinschaftliches Manifest der vier Höfe entgegen zu setzen, welches die Vertheidigung der Souveränetätsrechte der weltlichen Fürsten den Anmaßungen der Curie gegenüber zum Zwecke hätte[39]).

Die gemäßigten Anträge des Wiener Hofes kamen jedoch zu spät nach Paris, um noch auf das Verfahren der französischen Regierung irgendwelche Wirkung ausüben zu können. Die charakteristische Eigenschaft des Herzogs von Choiseul, seine aufbrausende Leidenschaftlichkeit bewährte sich auch jetzt wieder. Schon waren die Befehle nach Rom abgegangen, denen zufolge die dortigen Vertreter der drei bourbonischen Höfe den Papst zu unverzüglichem Widerrufe seines Breve aufzufordern hatten. Die Repressalien, mit denen man ihn für den Fall einer Weigerung bedrohte, sollten in der Besetzung des Gebietes von Avignon und des Herzogthums Benevent bestehen [40]).

Nachdem der Papst einmal so weit gegangen war, ist es begreiflich, daß er sich zur Widerrufung seines Breve so leicht nicht herbeiließ. Auf das erste Begehren, das zu diesem Ende an ihn gelangte, erwiederte er, er habe dasselbe zur Vertheidigung der Sache Gottes erlassen; für sie würde er seinen letzten Blutstropfen aufopfern. Er werde daher das Breve weder abändern noch widerrufen.

Ungemein groß war die Aufregung, welche diese Nachricht in Frankreich und in Spanien hervorrief. Allgemein wandte der Ingrimm sich gegen den Staatssecretär Cardinal Torreggiani; ja es tauchte sogar das abenteuerliche Project auf, von der neapolitanischen Grenze aus ein Detachement nach Rom abzusenden, um ihn von dort gefangen hinweg zu führen [41]). Allerdings enthielt man sich schließlich eines so gewaltthätigen Schrittes, aber die Bemerkung des Fürsten Kaunitz gegen den französischen Botschafter Durfort, es scheine ihm unedel, sich Avignons und Benevents zu bemächtigen [42]), verfing doch nicht bei den bourbonischen Höfen. Als der Papst auf seiner Weigerung trotz neuerlicher Aufforderung unerschütterlich beharrte, wurde die Wegnahme von Avignon und Benevent durch französische und neapolitanische Truppen vollzogen.

Mit Recht wurden diese Maßregeln in Wien aufs höchste mißbilligt. Denn überall werde man nun, schrieb Kaunitz nach Paris, das Verfahren der bourbonischen Höfe nicht so sehr ihrer Absicht, den Anmaßungen der römischen Curie zu widerstreben und die Souveränetäts-

rechte des Herzogs von Parma zu vertheidigen, als ihrer habsüchtigen Begierde zuschreiben, sich bei diesem Anlasse in unrechtmäßiger Weise zu bereichern[43]).

Wie man sieht, gab man in Wien den beiden streitenden Theilen gleichmäßig Unrecht. Schon von allem Anfange an hatte man die Haltung der römischen Curie aufs schärfste verurtheilt und lebhaft gewünscht, daß sie durch ein ernstes und gleichmäßiges Verfahren der katholischen Höfe in ihre Schranken zurückgewiesen werde. Nicht weniger tadelnswerth erschien jedoch auch der Vorgang, demzufolge auf Antrieb des Herzogs von Choiseul von den bourbonischen Höfen aus geistlichen Streitigkeiten weltliche Vortheile gezogen und dem Papste Zugeständnisse abgerungen werden sollten, zu denen er sich, wie Kaunitz sich ausdrückte, ohne Verletzung der bisherigen Grundsätze der römischen Curie und seiner eigenen Ehre unmöglich herbeilassen konnte[44]). Hiezu kam noch, daß jetzt auch der Herzog von Modena, durch das verlockende Beispiel der bourbonischen Höfe geködert, mit der Absicht hervortrat, die Bedrängniß des heiligen Stuhles zu benützen und sich Ferrara's und Comachio's zu bemächtigen. Obgleich das Gelingen dieses Planes in Folge des bestehenden Eheverlöbnisses des Erzherzogs Ferdinand mit der Erbprinzessin Beatrix von Este dereinst nur dem Hause Oesterreich zu Gute gekommen wäre, so war man in Wien doch keinen Augenblick im Zweifel, daß man ein solches Vorhaben weit von der Hand weisen müsse. „Nicht nur daß ich weder „mittelbar noch unmittelbar," schrieb Maria Theresia an Joseph, „hieran Theil nehmen würde, so würde ich auch erzürnt sein, wenn „der Herzog von diesem Augenblicke der Lahmlegung des römischen „Hofes Gebrauch machen wollte, um ein Stück von dessen Besitzthum „an sich zu ziehen. Das zeugt von wenig Großmuth, und niemals „könnte ich es gut heißen"[45]).

In Rom konnte man den sehr großen Unterschied, der zwischen dem Verfahren der Kaiserin und demjenigen der bourbonischen Höfe obwaltete, natürlich nur mit vieler Befriedigung gewahr werden. Hieraus den erwünschten Nutzen zu ziehen, war man eifrig bemüht,

und der Papst wandte sich sowohl an die Kaiserin als an Joseph mit der Bitte, die Vermittlung zwischen ihm und seinen Gegnern zu übernehmen. Eine solche Hineinziehung in den obwaltenden Streit war jedoch in Wien um so weniger willkommen, als man ja die erste Veranlassung hiezu, das päpstliche Breve gegen Parma und die darin aufgestellten Grundsätze über die Einmischung der geistlichen Gewalt in weltliche Dinge lebhaft mißbilligte. Im Namen der Kaiserin wurde daher erklärt, sie könne sich mit einer eigentlichen Vermittlung nicht beladen, sei jedoch zur Anwendung ihrer guten Dienste bereit, um den heiligen Stuhl mit den bourbonischen Höfen wieder zu versöhnen.

Die Worte, mit denen Maria Theresia auch dießmal die Anträge des Staatskanzlers genehmigte, sind darum von besonderem Interesse, weil aus ihnen die Meinungsverschiedenheit, welche zwischen ihr und Kaunitz doch immerhin obwaltete, ziemlich deutlich hervorgeht. Während die Sympathien des Staatskanzlers zu den bourbonischen Höfen sich hinneigten, waren diejenigen der Kaiserin mehr auf Seite des Papstes. „placet", schrieb sie eigenhändig auf das Referat, mit welchem Fürst Kaunitz den Entwurf ihrer Antwort an den heiligen Vater ihr vorlegte[46]), „nur finde die wenige unterstrichene zeillen etwas zu starck „gegen dem papst und zu günstig gegen die sich selbst recht verschafft „haben. wan dise ausbleiben oder wenigstens das wort compenso aus„bleiben kunte".

Aber die Erfahrung, die man so oft schon gemacht, daß willfähriges Entgegenkommen in Rom nur noch größeren Starrsinn, entschiedenes, ja sogar schroffes Auftreten aber fügsame Nachgiebigkeit hervorrief, sollte sich auch jetzt wiederholen. Die Antwort der Kaiserin an den Papst war von Wien aus mit einer Denkschrift begleitet worden, in welcher der Versuch gemacht wurde, die Grundlage zu einer für beide Theile befriedigenden Abgrenzung der geistlichen und der weltlichen Gewalt zu gewinnen. In so gemäßigtem Sinne solches auch geschehen war, so wenig fand doch jene Denkschrift Anklang in Rom. Die darin enthaltenen Grundsätze wurden von dem Papste in einem neuerlichen Breve an die Kaiserin für falsch und ganz unstatt-

haft erklärt. Ja er drückte sogar in einer Weise sich aus, die nicht undeutlich zu verstehen gab, Maria Theresia selbst habe die Sache nicht ausreichend geprüft, sondern unrichtigen Darstellungen ihres Ministeriums zu viel Gehör geschenkt.

Daß Kaunitz sich durch eine solche, eigentlich nur auf ihn abzielende Verdächtigung verletzt fühlen mußte, ist nicht zu verwundern. Aber dießmal theilte auch, wie es scheint, die Kaiserin die Empfindung des Staatskanzlers. Als Kaunitz sich bei ihr anfrug, ob sie dem päpstlichen Nuntius, der zur Uebergabe des Breve schon wiederholt eine Audienz verlangt habe, eine solche auch wirklich ertheilen wolle [17]), antwortete Maria Theresia:

„wan der nuntius noch einmahl an ihme komt, nicht aber von „sich selbsten, solle er ihme antworten, das mich versehen hätte gantz „eines andern betrag. vor jetzo, ohne eine zeit zu determinirn, „hätte keine zeit und gebete keine audienzen. er kunte sich bey obrist„cämerer melden".

Unter den einmal obwaltenden Verhältnissen, die man von Wien aus unmöglich zu ändern vermocht hätte, blieb nichts übrig als der anfänglich gehegten Hoffnung zu entsagen, daß man nicht nur eine Versöhnung zwischen dem Papste und den bourbonischen Höfen, sondern auch einen friedlichen Vergleich über die zwischen der Kirche und dem Staate obwaltenden Streitpunkte herbeiführen könnte. So lang Clemens XIII. sich am Leben befand, war solches kaum mehr zu erwarten. Man gab daher wenigstens vor der Hand am Kaiserhofe jeden Versuch auf, irgend welche Einwirkung auf die Haltung des heiligen Stuhles zu üben. In welcher Stimmung man dieselbe von Wien aus beobachtete, geht wohl am besten aus den Worten hervor, die um jene Zeit, im Frühling 1768 Kaiser Joseph an seinen Bruder Leopold schrieb. Allerdings darf man, indem man sie liest, nicht vergessen, daß Joseph an der Spitze der Reformpartei in Oesterreich stand, und daß insbesondere in kirchlichen Dingen nicht Jedermann am Kaiserhofe so weitgehende Gedanken hegen mochte wie er.

„Schon seit wir uns in aufgeklärteren Jahrhunderten befinden", läßt Joseph sich vernehmen, „besitzt die römische Curie nicht mehr so „viel Einfluß auf die politischen Angelegenheiten Europa's wie früher. „Gleichwohl wußten einige weise und kluge Päpste sich noch ein gewisses „Ansehen zu bewahren, indem sie nicht auf unvernünftigen Dingen „beharrten. Der gegenwärtige Papst aber, welcher von einem un„erfahrnen Neffen und einem leidenschaftlichen Minister geleitet, und „dessen Schwäche von ihnen mißbraucht wird, scheint Alles verderben „zu wollen, indem er um jeden Preis die frühere, mißbräuchliche „Autorität, von deren Anerkennung bereits Jedermann zurückkam, zu „behaupten sich bemüht. Um einen religiösen Orden aufrecht zu erhalten, „welcher von vier großen Mächten in die Acht erklärt ist, bringt sich „die Curie, statt ihn nach dem Willen jener Mächte zu säculariſiren, „in einem Augenblicke, in welchem sie dieß doch nicht mehr zu ver„hindern vermag, in die Gefahr, daß dieselben sich vielleicht ganz von „ihr trennen und sie dadurch auch des geringen Einflusses beraubt „wird, den sie in jenen Ländern noch besitzt. Die Freiheit der galli„canischen Kirche, welche Spanien nachzuahmen große Lust zeigt, ist „hiezu der erste Schritt. In den Angelegenheiten der polnischen Dissi„denten hat der römische Hof einen Nuntius gesendet, der in Gemäß„heit seiner Instructionen nichts thut als die Gemüther mit falschem „Eifer zu erfüllen und zu erhitzen, welcher, ohne das Uebel irgendwie „zu heilen, verschiedene Leute unglücklich machte und den Gedanken „hervorrief, die sehr beträchtlichen und für den heiligen Stuhl gewinn„bringenden Rechte zu beschränken, welche die Nuntiatur in jenem „Lande besaß."

„Nicht weniger unangenehm macht sich der heilige Stuhl den „anderen Mächten. Wir selbst haben dieß bei der Anwendung der „Erbschaftssteuer auf die Priester, bei der von uns beabsichtigten Ver„legung der auf Werktage fallenden kirchlichen Feste auf die Sonn„tage, bei der Vertheilung der Einkünfte der Salzkasse in Böhmen, „in den Censursachen und hinsichtlich der theologischen Lehrstühle an „unseren Universitäten, ja selbst bei den Ehedispensen erfahren. Immer „mußten wir auf einen fast unerträglichen Geist der Chicane und der

„Ungefälligkeit stoßen. Bis auf den gegenwärtigen Augenblick ertrugen „wir dieß Alles mit Geduld, aber nicht ohne zu wissen, daß die „einfachste Verkehrsweise mit dem römischen Hofe darin besteht, ihn „Anfangs aus kindlichem Gehorsam um seine Zustimmung zu den „Maßregeln zu bitten, die man treffen will, ihn jedoch gleichzeitig zu „versichern, daß wenn er nicht einwilligt, man Alles gethan zu haben „glaubt, was man ihm schuldig ist, und sich um deßwillen nicht zurück„halten lassen wird, das zu verwirklichen, was dem Wohle des Staates „entspricht."

„Unter der jetzigen schwachen Regierung ist der römische Hof „dahin gelangt, sich mit allen Fürsten ohne eine einzige Ausnahme, „insbesondere aber mit seinen Nachbarn zu entzweien, sich fast ver„ächtlich zu machen und dadurch der Religion ungemein zu schaden. „Im Innern des Kirchenstaates aber ist das Volk in das größte Elend ver„sunken, alle Welt unzufrieden, der Handel ganz ins Stocken gerathen, „die Finanzen aber sind ohne Credit und gänzlich zerrüttet. Bei diesem „Zustande der Dinge warten alle Mächte, um es nicht aufs Aeußerste „zu treiben, fast wie auf gemeinschaftliche Verabredung auf den wahr„scheinlicher Weise nicht mehr weit entfernten Tod des heiligen Vaters, „um hierauf durch die Wahl seines Nachfolgers Alles wieder gut zu „machen, was man bisher nicht zu erreichen vermochte. Die Ernennung „der Kroncardinäle wird gegenwärtig erörtert, und man beeilt sich mit „ihrem Vollzuge, um desto mehr gesicherte Stimmen in dem Conclave „zu besitzen. Ohne Zweifel wird die Aufhebung des Ordens der „Jesuiten, welche den Mächten, die ihn bei sich schon ausgewiesen „haben, so sehr am Herzen liegt, daß sie sogar verlangten, wir sollten „hierin mit ihnen bei dem römischen Hofe gemeinsame Sache machen, „eine der nicht zu umgehenden Bedingungen bei der neuen Papstwahl „bilden."

„Was uns betrifft, so wollten wir in die Angelegenheit der „Jesuiten, und zwar weder für noch gegen sie uns nicht mischen, in„dem wir keine genügenden Gründe besitzen, ihre Aufhebung zu wünschen, „und deren auch keine finden, um ihr Fortbestehen für so nothwendig „zu halten, daß wir sie schützen[48])."

Auch aus den Worten des Kaisers läßt sich, wie man sieht, die Spannung entnehmen, in welcher damals die ganze katholische Welt dem etwaigen Tode des Papstes entgegensah. Aufs höchste stieg sie, als Clemens XIII., ohne daß Anzeichen einer Krankheit an ihm bemerkbar geworden wären, am 2. Februar 1769 plötzlich verschied.

Zweites Capitel.

Das Conclave von 1769.

So unerwartet auch der Tod des Papſtes Clemens XIII., welcher noch am Morgen ſeines Sterbetages einer kirchlichen Feierlichkeit beigewohnt hatte, Jedermann gekommen war, ſo hatte doch der Kaiſerhof ſchon ſeit längerer Zeit die Eventualität einer dereinſtigen Papſtwahl ins Auge gefaßt. Wieder war es Brunati, der bereits in den erſten Tagen des Jänner 1766 einen ausführlichen Bericht nach Wien ſandte, in welchem er das wahrſcheinliche Reſultat einer ſolchen Wahl einer eingehenden Erörterung unterzog. So großes Intereſſe bot dieſelbe dar, daß Kaunitz in dem Augenblicke, in welchem er den Tod des Papſtes erfuhr, Brunati beauftragte, ſeine Ausarbeitung auf Grundlage der inzwiſchen eingetretenen Aenderung der hiebei in Betracht zu ziehenden Verhältniſſe ſo raſch als möglich zu ergänzen [49]).

Ehe noch Brunati dieſen Auftrag erhielt, hatte er bereits in deſſen Sinne gehandelt. Schon wenige Tage nach dem Tode des Papſtes ſandte er einen neuen Bericht nach Wien [50]), in dem er die Zuſammenſetzung des Collegiums der Cardinäle zu ſchildern und die Ausſichten darzulegen unternahm, welche verſchiedene ſeiner Mitglieder auf die Tiara beſaßen. Freilich kann nicht geſagt werden, daß er hiebei eine weitreichende Vorausſicht an den Tag gelegt hätte. Die Bemerkungen wenigſtens, mit denen er des Cardinals Ganganelli gedenkt, wurden durch die nachfolgenden Ereigniſſe ziemlich bald widerlegt. An den theologiſchen Streitigkeiten jener Zeit habe derſelbe, berichtet Brunati über ihn, eifrigen Antheil g-

Bestreben, beide einander gegenüberstehende Parteien für sich zu gewinnen, sich beide entfremdet. Als man seine Doppelzüngigkeit gewahrte, sei er den Einen verhaßt geworden wie den Anderen, und so groß sei seine Mißachtung bei Allen, daß es ihm unmöglich sein werde, sich vor ihnen zu rechtfertigen. Man halte ihn für einen Anhänger der bourbonischen Höfe, und er werde wohl mit der Partei der falschen Eiferer gehen [51]).

So lautete das gewiß nicht schmeichelhafte Urtheil Brunati's über den Mann, welcher in späterer Zeit, und zwar in Folge jener bedeutsamen Maßregel, die er während seines Pontificates ergriff, der Aufhebung des Ordens der Jesuiten, von den Einen des höchsten Lobes für würdig gehalten wurde, von den Anderen aber auch heut zu Tage noch mit dem bittersten Hasse verfolgt wird. Auf die Charakteristik, welche Brunati von den übrigen Cardinälen lieferte, kann hier natürlich nicht näher eingegangen, sondern nur gesagt werden, daß ein genauer Kenner der italienischen Angelegenheiten, der Referent für dieselben in der Staatskanzlei, Joseph von Sperges, die Denkschrift Brunati's dem Fürsten Kaunitz mit den Worten zurückstellte, Brunati sei ein glücklicher Maler im Helldunkel, und seine Berichte stimmten so ziemlich mit den Nachrichten überein, die schon früher über die Mitglieder des Cardinalscollegiums nach Wien gelangt seien [52]).

Besondere Aufmerksamkeit wendete Brunati der doppelten Frage zu, welcher Cardinal bei dem Conclave als Vertrauensperson des Kaiserhofes fungiren und daher mit dem sogenannten Geheimnisse betraut werden, und gegen wen das Haus Oesterreich die Ausschließung aussprechen solle?

Diese beiden Punkte waren es denn auch, mit denen man sich vor der Hand in Wien eifrigst beschäftigte. Aus dem Berichte, welchen Kaunitz der Kaiserin über die Wahl des Cardinals erstattete, der mit dem besonderen Vertrauen des Kaiserhofes beehrt werden sollte, geht die ganz eigenthümliche Lage, in der man sich befand, unzweideutig hervor. Gerade die Personen, die durch ihre Stellung am festesten an das Haus Oesterreich hätten gekettet sein sollen, wurden als die

am wenigsten verläßlichen betrachtet. Vor Allem war dieß hinsichtlich des officiellen Vertreters Oesterreichs in Rom, des Cardinals Alexander Albani der Fall. Sein „zweideutiges Betragen bei früheren Con„claven" und seine „sonst bekannte Denkungsart" schlossen ihn nach der Meinung des Fürsten Kaunitz schon von vornherein von der Stellung einer Vertrauensperson des Wiener Hofes vollständig aus. Ein Gleiches war auch mit dem Erzbischofe von Wien, Cardinal Graf Christoph Migazzi der Fall, von welchem Kaunitz zu der Kaiserin sagte, daß auf ihn ihre Wahl „wegen seiner erst jüngst bezeigten wenigen Ergebenheit „und Eurer Majestät selbst scheinenden Bedenklichkeit" kaum fallen könne. Die Cardinäle von Rodt und von Hutten, Bischöfe zu Constanz und zu Speyer, von denen der Erstere bei dem letzten Conclave ganz vorzügliche Dienste geleistet, würden sich, so meinte Kaunitz, dießmal wohl kaum nach Rom begeben. Sein Vorschlag fiel daher auf den Cardinal Joseph Pozzobonelli, Erzbischof von Mailand, welchen er Maria Theresia gegenüber ihren wohldenkenden Vasallen nennt, „der nicht allein im Herzogthume Mailand als würdiger Erzbischof „geehrt, sondern auch zu Rom selbst als ein mit allen besten Eigen„schaften begabter Prälat allgemein geachtet und beliebt" sei [53]).

Wie ein in Wien lebender Zeitgenosse, der venetianische Botschafter Renier behauptet, that Migazzi alles Mögliche, um die Wahl des Kaisers und der Kaiserin auf sich zu lenken. Aber Joseph erklärte ihm in trockenen Worten, daß es völlig gleichgültig erscheine, ob er nach Rom reise oder nicht, denn es liege nichts daran, auf wen immer die Papstwahl falle. „Wir wissen", soll der Kaiser zu Migazzi gesagt haben, „daß die Dogmen geglaubt werden müssen, und wir „glauben auch an sie. Wenn aber der neu zu wählende Papst, wer „er auch sein möge, den Versuch machen wollte, unsere Rechte anzu„tasten, dann werden wir sie aufrecht zu erhalten wissen, wie wir es „nicht allein bei den vergangenen, sondern auch bei den jüngsten An„lässen gethan haben" [54]).

Kaunitz aber, gegen Migazzi ebenfalls ungünstig gestimmt, meinte auch, die Wahl der Kaiserin auf Pozzobonelli lenken zu sollen,

weil er der Meinung war, derselbe werde sich gleich nach der Nachricht von dem Hinscheiden des Papstes zum Conclave nach Rom begeben haben. Groß war daher die Enttäuschung des Staatskanzlers, als er erfuhr, Pozzobonelli sei an der Ausführung dieses Vorhabens durch eine plötzliche Erkrankung gehindert worden. Es galt nun an seiner Statt einen anderen Cardinal zu finden, der einerseits ein Unterthan des Hauses Oesterreich war und andererseits die Eigenschaften besaß, welche ihn des Vertrauens des Wiener Hofes würdig erscheinen ließen. Oesterreichische Staatsangehörige waren noch Durini, Bischof von Pavia, der aber wegen körperlicher Gebrechen nicht nach Rom gehen konnte, dann die Cardinäle Giuseppe Castelli, Giovan Francesco Stoppani, Fabrizio Serbelloni und Vitaliano Borromeo. Castelli und Borromeo galten als eifrige Anhänger der Jesuiten und sollten daher nach der Meinung des Staatskanzlers schon aus diesem Grunde nicht in Betracht kommen. Stoppani[55]) besitze, fuhr Kaunitz fort, selbst so viel Aussicht, zur Tiara zu gelangen, daß er einen Auftrag, der ihm hiebei ihm Wege stehen könnte, wahrscheinlich ablehnen würde. Es bleibe somit nur Serbelloni[56]), für welchen zwar gleichfalls einige, aber doch nur geringe Aussicht zur Papstwahl vorhanden sei. Um seiner persönlichen Eigenschaften willen wie als Bruder eines um das Haus Oesterreich wohl verdienten Feldmarschalls eigne er sich zu dem ihm zugedachten Auftrage[57]).

Maria Theresia wollte jedoch in einer Sache, hinsichtlich deren sie sich wenigstens im Allgemeinen einer gewissen Meinungsverschiedenheit mit ihrem Sohne bewußt war, die Entscheidung nicht auf sich nehmen. Der Kaiser aber hatte erst vor Kurzem Wien verlassen, um sich nach Italien zu begeben und dort seinen Bruder Leopold, so wie Rom und Neapel zu besuchen. Ihm stellte Maria Theresia die Auswahl des Cardinals anheim, welcher für den Fall, daß Pozzobonelli wirklich nicht nach Rom zu gehen vermöchte, dort als Vertrauensperson des Kaiserhofes im Conclave fungiren sollte[58]).

Durch Pozzobonellis Ankunft in Rom wurde jedoch Joseph der Nothwendigkeit überhoben, die ihm von seiner Mutter überlassene

Entscheidung zu treffen[59]). Uebrigens waren die Aufträge, welche Pozzobonelli von Wien aus erhielt, in einem Sinne abgefaßt, daß sie der ihm eingeräumten Stellung die Wichtigkeit größten Theils benahmen, die sie in früheren Zeiten besaß. Denn Maria Theresia befahl, aus Anlaß der bevorstehenden Papstwahl Niemand irgend welche geheime Aufträge zu ertheilen[60]) und somit auch hinsichtlich keines einzigen Mitgliedes des Cardinalscollegiums dessen förmliche Ausschließung zu begehren. Auf nichts möge das Bestreben der Vertreter Oesterreichs in Rom gerichtet sein, als daß die Papstwahl auf einen Mann falle, der durch wahrhaft christliche Tugend, durch Reinheit des Charakters und durch weise Mäßigung vor den Uebrigen hervorrage. Dem Eifer für die Interessen der Religion möge die Klugheit gesellt sein, auf daß es gelinge, die beklagenswerthen Stürme, welche der Streit der kirchlichen mit der Staatsgewalt hervorgerufen, wieder zur Ruhe zu bringen. Hiezu sei jedoch ein Mann nöthig, von väterlicher Gesinnung, gleichmäßig frei von Parteisucht wie von Eigennutz, mit Milde und Sanftmuth begabt, auf daß er die aufgeregten Gemüther zu beschwichtigen, dem Kampfe seine Bitterkeit zu benehmen und der Kirche den Frieden wieder zu geben vermöge. Nicht nur den Würdigsten, mit der Tiara geschmückt zu werden, sondern auch den Geeignetsten zur Wiederherstellung der Eintracht zwischen Kirche und Staat solle Pozzobonelli bei der Papstwahl im Namen des Wiener Hofes unterstützen. Dem Cardinalscollegium aber möge er mittheilen, daß der Kaiser und die Kaiserin von dem durch ihre Vorfahren ausgeübten Rechte, irgend einen Cardinal mit ihren geheimen Instructionen zu betrauen und durch Ausschließung des Einen oder des Anderen die Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, dießmal keinen Gebrauch machen würden. Der Ueberzeugung gäben sie sich hin, daß die Cardinäle von keinem anderen Bestreben beseelt seien, als ohne jede Nebenrücksicht den Mann auf den Stuhl des heiligen Petrus zu erheben, welcher der schweren Aufgabe, die ihn erwarte, am meisten gewachsen sei[61]).

In dem gleichen Sinne wie für Pozzobonelli lautete auch die Instruction für den österreichischen Botschafter bei dem Conclave, den Grafen Ernst Kaunitz, des Staatskanzlers ältesten Sohn; auf Wunsch

seines Vaters hatte ihn Maria Theresia mit diesem Amte betraut. Auch ihm wurde bedeutet, man wünsche daß die Papstwahl auf einen Mann falle, welcher diese erhabene Würde wahrhaft verdiene und insbesondere die Eigenschaften der Mäßigung und der Unparteilichkeit so wie jene Gesinnung besitze, die das göttliche Wort, man möge dem Kaiser geben, was des Kaisers, und Gott, was Gottes sei, zur Geltung bringen wolle.

Trotz dieser Uebereinstimmung der Instructionen für Pozzobonelli und den Grafen Kaunitz führte doch dem Letzteren gegenüber dessen Vater, der Staatskanzler eine weniger zurückhaltende Sprache. Er theilte ihm mit, daß von Madrid aus der Wunsch geäußert worden sei, die Papstwahl möge auf den Cardinal Antonio Serfale [62]) gelenkt werden, während man dem Cardinal Andrea Negroni [63]) das Amt eines Staatssecretärs zuwenden wolle. Allerdings wurde von Serfale behauptet, daß er keine besonderen geistigen Vorzüge besitze; auch komme die große Anzahl seiner Neffen gegen ihn in Betracht. Da man ihm jedoch eine billige, mäßige und unparteiische Gesinnung zuschreibe, so möge Kaunitz seine Wahl, und wenn mit ihm nicht durchzudringen wäre, diejenige eines Mannes von den schon näher bezeichneten Eigenschaften in Uebereinstimmung mit den Vertretern der bourbonischen Höfe unterstützen. Allerdings werde deren Hauptaugenmerk ohne Zweifel darauf gerichtet sein, daß ein Gegner der Jesuiten zur Tiara gelange. „Und da uns dieser Punkt", schreibt der Staatskanzler wörtlich an seinen Sohn, „völlig gleichgültig ist, so können wir unserer „Seits ganz leicht darüber hinausgehen, und haben sich Eure Excellenz „deßfalls lediglich passiv und dergestalt zu verhalten, wie es dem Esprit „des von Ihro Majestät hierwegen gefaßten Systems gemäß ist, welches „in einer billigen Unpartheylichkeit und überhaupt hierinnen bestehet, „weder sich zu Aufrechthaltung des Jesuiten-Ordens an Laden zu „legen, noch auch dessen Aufhebung durch eifrige Bearbeitungen zu „befördern".

Dieser Entschluß des Kaiserhofes war ohne Zweifel die Frucht eines gewissen Compromisses zwischen den Gegnern und den Anhängern

der Jesuiten, welch beide Parteien in Oesterreich sehr zahlreich vertreten waren. Auf Seite der Ersteren standen alle diejenigen, die in religiösen Dingen der freisinnigeren Richtung sich hingaben, außer ihnen aber noch Viele, die um politischer Rücksichten willen auch in dieser Angelegenheit Hand in Hand gehen wollten mit den bourbonischen Höfen. Die Sache der Jesuiten aber wurde hingegen nicht nur von den eifrigen Anhängern des Ordens, und deren gab es in Oesterreich in Menge, sondern auch von Vielen vertreten, welche früher nicht zu dessen Freunden gehört hatten. Insbesondere galt dieß von den übrigen Priestern. Ehemals von Neid erfüllt wegen des Uebermaßes von Macht, Ansehen und Glücksgütern, das dem Orden zu Theil geworden war, begannen sie jetzt zu besorgen, daß wenn nur einmal ein Stein aus dem Gebäude der Hierarchie gewaltsam herausgebrochen würde, dieß allmälig den gänzlichen Zusammensturz desselben herbeiführen könnte [64]).

Die somit völlig parteilose Instruction für den Grafen Kaunitz [65]) wird noch durch die schließliche Bemerkung vervollständigt, daß er nur so lang im Einvernehmen mit den Vertretern der bourbonischen Höfe zu handeln habe, als sie den von ihnen jetzt kundgegebenen gemäßigten Gesinnungen treu bleiben würden. Sollten sie sich hingegen zu irgendwelchen leidenschaftlichen Kundgebungen oder Maßregeln hinreißen lassen, dann müsse Kaunitz sich jeder Theilnahme an denselben und jeder Einmengung in ihre besonderen Streitigkeiten mit der römischen Curie sorgfältigst enthalten.

Der Richtschnur, welche Maria Theresia ihren Vertretern bei dem Conclave vorzeichnen ließ, entsprachen durchgehends auch ihre persönlichen Aeußerungen, von denen wir überhaupt wissen. Als es noch um die Bezeichnung ihrer Vertrauensperson bei der Papstwahl sich handelte, sagte die Kaiserin zu dem Nuntius Visconti, man traue Migazzi zu wenig Klugheit zu, um ein solches Geschäft mit Beruhigung in seine Hände legen zu können. Außerdem würde seine bekannte Parteilichkeit für die Jesuiten bei den bourbonischen Höfen gar leicht den Verdacht erwecken können, man meine es in Wien nicht ernst mit der gegebenen Versicherung, sich in Bezug auf die Gesellschaft Jesu gleichgültig verhalten zu wollen.

Ausführlicher erging sich die Kaiserin in der Darlegung ihrer Gesinnung bei der Audienz, welche sie am 2. April 1769 dem Nuntius ertheilte. Nicht um ihretwillen, sagte sie ihm, sondern wegen der Denkungsweise der übrigen Höfe wäre es gut, wenn der neue Papst nicht aus der jesuitischen Partei gewählt würde, um jenen Höfen nicht wieder Anlaß zur Erbitterung gegen den heiligen Stuhl zu gewähren. Wünschenswerth wäre es auch, daß er einige Kenntniß von der Welt besäße und wenigstens einige nicht italienische Länder gesehen habe, so wie daß er bei der Behandlung der Geschäfte den Zeitverhältnissen sich füge [66]).

Aus den Worten der Kaiserin geht der Standpunkt des Wiener Hofes in der Frage der Papstwahl deutlich hervor. Diese Auffassung wird auch durch den Bericht eines Zeitgenossen, des venetianischen Botschafters Renier vollkommen bestätigt. Man besitze guten Grund zu der Annahme, schrieb derselbe an den Senat, daß der Wiener Hof sich zu einem ungemein zweckmäßigen Verfahren entschlossen habe. Es bestehe darin, die Ausfechtung des zwischen der Kirche und der Staatsgewalt entbrannten Streites den drei bourbonischen Höfen zu überlassen. In solcher Weise setze man sich in Bereitschaft, dereinst die Früchte dieses Kampfes zu ernten, ohne doch die Gefahren bestehen zu müssen, die derselbe immerhin mit sich bringe [67]).

Diesem Systeme des Wiener Hofes entsprachen, wie gezeigt worden, auch dessen Instructionen für Pozzobonelli und Kaunitz. Aber freilich, die Wirksamkeit dieser beiden Repräsentanten Oesterreichs bei dem Conclave wurde gar sehr durch das Auftreten eines Mannes in Schatten gestellt, dessen plötzliches Erscheinen zu Rom damals das außerordentlichste Aufsehen erregte. Es war kein Geringerer als Joseph II., der, ohne etwas über seine Absicht zu verlautbaren, am Abende des 3. März 1769 Wien verlassen und sich direct nach Rom begeben hatte, wo sein Bruder, der Großherzog von Toscana schon seit einigen Tagen weilte. Am Morgen des 15. März traf Joseph unerwartet und unerkannt in Rom ein, wo die Cardinäle seit einem Monate im Conclave versammelt waren.

wollte, so berührte es unangenehm, daß man den Repräsentanten Oesterreichs in Rom, Alexander Albani, und die Vertrauensperson des Kaiserhofes im Conclave, Cardinal Pozzobonelli, auf der Gegenseite erblickte, zu deren eifrigsten Mitgliedern insbesondere die beiden Albani gehörten. Nicht nur der Wahlbotschafter Kaunitz berichtete dieß nach Wien[75]), auch von Seite Frankreichs wurde hierüber lebhafte Beschwerde erhoben. Letzteres ließ noch überdieß die schädliche Wirkung betonen, welche Pozzobonelli durch die Versicherung, die Gesinnung der Kaiserin sei von derjenigen ihres Sohnes merklich verschieden, überall hervorbrachte. Graf Kaunitz wurde ermächtigt, jene Behauptung für unwahr zu erklären, und bei diesem Anlasse wurde ihm der Standpunkt des Wiener Hofes neuerdings erläutert. Gleich bei der ersten Verhandlung über die Papstwahl habe Frankreich sich anheischig gemacht, dem Conclave jede nur immer mögliche Wahlfreiheit zu gestatten und nichts anderes zu verlangen, als daß ein für das Heil der Religion und für die obwaltenden Zeitumstände geeignetes Oberhaupt der Kirche gewählt werde. Dieß sei auch der Wille des Kaiserhauses; an ihm werde es festhalten, selbst wenn Frankreich im Verein mit den zwei anderen bourbonischen Höfen sich hievon entfernen und jetzt schon die Zusicherung der dereinstigen Aufhebung der Gesellschaft Jesu begehren sollte.

„Was die gänzliche Vertilgung des Jesuitenordens als den Haupt-
„gegenstand beyderseitiger Partheylichkeit des Conclave betrifft, so sind,"
fährt der Staatskanzler wörtlich fort, „der Kayserin Königin Majestät
„nicht gesinnt, dieselbe von ihrer Seite eigentlich zu beförderen, werden
„jedoch selbige allenfalls gleichgültig ansehen. Wenn diese Vertilgung
„aber auch von den, wider besagten Orden aufgebrachten Höfen nicht
„sollte bewirket werden, so scheinet jedoch heilsam, daß kein für den-
„selben zu geneigter Mann zu der ersten Würde der Kirche gelange,
„weil ein solcher von erwähnten Höfen nicht anerkannt werden würde,
„mithin leichtlich zu einer schädlichen Trennung, deren Folgen nicht zu
„übersehen wären, Anlaß geben könnte."

Alle dem Hause Oesterreich ergebenen Mitglieder des Conclave sollten daher, so schloß der Staatskanzler die Depesche an seinen Sohn,

mit vereinten Kräften und mit Zuziehung der Kroncardinäle, insbesondere der Anhänger der bourbonischen Höfe zusammenwirken, einen Mann auf den heiligen Stuhl zu erheben, dessen Wahl sowohl allen katholischen Mächten genehm als der Kirche heilsam sein werde, und der somit seine Erhöhung zu der ersten kirchlichen Würde der Christenheit auch dem Kaiserhause verdanke[76]).

Noch konnte diese Depesche nicht in die Hände des Grafen Kaunitz gelangt sein, als plötzlich Lorenzo Ganganelli, der noch am 17. Mai nur den vierten Theil der Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht hatte, zwei Tage später, am 19. Mai als einmüthig gewählt aus der Urne hervorging. Nur Ganganelli selbst hatte seine Stimme seinem Hauptgegner Rezzonico gegeben, die einzige, welche auf denselben während der ganzen Dauer des Conclave überhaupt gefallen war.

Es scheint fast als ob Maria Theresia im ersten Augenblicke nicht recht gewußt habe, wie sie dieß überraschende Ereigniß aufnehmen, ob sie sich dessen freuen oder darüber beklagen solle. Eine eigentliche Kundgebung der Kaiserin fehlt zwar, aber wie sich oft aus absichtslos hingeworfenen Aeußerungen die Stimmung der Menschen am besten beurtheilen läßt, so ist dieß auch jetzt wieder der Fall. Als Kaunitz der Kaiserin Entwürfe für eine Medaille, welche zur Erinnerung an die Anwesenheit ihrer Söhne in Rom geprägt werden sollte, zur Auswahl vorlegte[77]), antwortete Maria Theresia mit eigener Hand: „bin „vor das erstere, weillen simpler und weillen erst mus die erfahrenheit „lehrnen, ob die wahl glicklich oder unglicklich gewesen ist".

Ebenso wenig lautete der erste Ausspruch Josephs, nachdem er die Nachricht von dem Ergebnisse der Wahl erhalten, unbedingt günstig für Clemens XIV. „Dieser neue Papst", schrieb der Kaiser schon am 22. Mai[78]) seiner Mutter, „welcher von der niedrigsten Herkunft ist, „indem sein Bruder noch gegenwärtig als Schreiner und sein Neffe „als Violinspieler in den Wirthshäusern lebt, wird dem ganzen römi„schen Adel unendlich mißfallen, insbesondere aber den Jesuiten, deren „geschworener Feind er allzeit war. Er ist ein Mann von Geist

„und ein großer Casuist. Sein Staatssecretär Cardinal Pallavicini „ist ebenfalls ein Mann von Geist, der viel auf Reisen, und zwar in „Deutschland, in Spanien und in Frankreich war. Man darf hoffen, „daß er gemäßigter als sein Vorgänger sein wird."

Wie sehr dem Papste daran lag, in eine ihm günstige Stellung zu dem Kaiserhofe zu gelangen, bewies er durch einen eigenhändigen Brief in italienischer Sprache, den er schon am Tage nach seiner Wahl und mit Hinwegsetzung über die sonst übliche Form an Joseph richtete. Vor Allem sprach er ihm seinen lebhaften Dank aus für die Versicherungen der Zuneigung, die er durch Vermittlung der Cardinäle Pozzobonelli und Alexander Albani, sowie des Botschafters Kaunitz erhalten habe. Er bat ihn um seinen kräftigen Schutz für die katholische Kirche, und legte ihm den Wunsch nahe, der Kaiser möge von Florenz, wo er sich damals befand, wieder nach Rom kommen, um die feierliche Krönung durch seine Gegenwart zu verherrlichen. Mit lebhaften Versicherungen persönlicher Anhänglichkeit an den Kaiser und an das Haus Oesterreich schloß das päpstliche Schreiben[79]), von welchem Joseph erklärt, daß es ihn in große Verlegenheit versetzt habe. Aber er wußte sich geschickt aus derselben zu ziehen. Den vertraulichen Brief des Papstes beantwortete der Kaiser in gleicher Weise, jedoch in französischer Sprache. An die Glückwünsche zur Wahl knüpfte Joseph den Ausspruch, es sei wohlthuend und ruhmvoll, Alles seinem eigenen Verdienste zu danken. Darum hege man auch mit Recht die Hoffnung, ein Statthalter des Erlösers auf Erden wie der neugewählte Papst werde keinen Augenblick verkennen, daß in der Aufrechthaltung der weltlichen Souveränetätsrechte die einzige und sicherste Stütze der Religion gelegen sei. Gleichzeitig möge der Papst in allen Fürsten den in ihrem eigenen, sogar zeitlichen Interesse gelegenen Wunsch hervorrufen, in ihren Staaten jene Reinheit der katholischen Religion aufrecht zu erhalten, welche nur in der wahren Hierarchie fortbestehen könne, die in dem Papste selbst ihre Wurzeln besitze. Seine persönlichen Grundsätze, fuhr Joseph fort, befänden sich in Uebereinstimmung mit denjenigen seiner erhabenen Mutter, deren Frömmigkeit und Religionseifer Jedermann kenne; er werde unerschütterlich an ihnen festhalten. Die auf den Wunsch des

Papstes, den Kaiser bei seiner Krönung in Rom zu sehen, bezügliche Andeutung überging Joseph mit Stillschweigen[80]). Maria Theresia aber war entzückt über den Brief ihres Sohnes, und wie so oft schon, so spendete sie auch dießmal wieder seinem Talente und seiner Gewandtheit die wärmste Lobpreisung[81]).

So wie dem Kaiser, suchte der neue Papst[82]) auch dessen Mutter gegenüber bei jedem sich darbietenden, wenn auch noch so geringfügigen Anlasse sich willfährig zu bezeigen, wie er denn mit besonderer Sorgfalt darauf ausging, sich gut mit den katholischen Monarchen zu stellen. So ließ er die Dispensation für die Erzherzogin Amalie zu ihrer Vermälung mit dem Herzoge von Parma unverzüglich ausfertigen, und ein gleiches fand hinsichtlich eines Ablaßbriefes statt, den die Kaiserin für ihre Hofkapelle verlangte[83]). Auch bei dieser Gelegenheit richtete der Papst mit eigener Hand ein höchst verbindliches Schreiben an Maria Theresia.

Aus was immer für Beweggründen auch Clemens XIV. ein solches Verfahren beobachten mochte, mit der Sache selbst konnte man in Wien natürlich nur äußerst zufrieden sein. Denn das Bedürfniß nach eingreifenden Reformen auf kirchlichem Gebiete hatte sich auch in Oesterreich allmälig mit solcher Stärke geltend gemacht, daß man sogar einem Papste wie Clemens XIII. gegenüber, auf dessen Entgegenkommen doch in keiner Weise zu rechnen war, mit einer ganzen Reihe höchst wichtiger Begehren hervortreten wollte. Die Aufzählung und Begründung derselben hatte dem Staatskanzler eine umfangreiche und mühevolle Arbeit verursacht; am 10. Februar 1769 legte er sie der Kaiserin vor. Nur wenige Tage, ja vielleicht nur einige Stunden konnten seitdem verflossen sein, als man in Wien die Nachricht von dem plötzlichen Tode Clemens XIII. erhielt. Es verstand sich von selbst, daß man vor Einsetzung eines neuen Oberhauptes der Kirche in der Sache nicht weiter vorgehen konnte. Als aber die Papstwahl vollzogen, als sie sogar auf einen Mann gefallen war, von dem man auf größere Nachgiebigkeit hoffen durfte als sie von seinem Vorgänger auf dem heiligen Stuhle jemals zu erwarten gewesen wäre, da kam man mit weit günstigeren Aussichten als zuvor auf die frühere Absicht zurück.

Und fürwahr, eine ganze Reihe von Begehren konnte in der That die Aufzählung all jener Punkte genannt werden, hinsichtlich deren der Staatskanzler noch bei Lebzeiten Clemens XIII. eine tiefgehende Veränderung des bisherigen Zustandes herbeiführen wollte. An allgemeine Bemerkungen über die im Laufe der Jahrhunderte eingetretenen Uebergriffe der kirchlichen Gewalt auf das Gebiet der weltlichen Souveränetät, und über die Nothwendigkeit, die erstere wieder zurückzuweisen in ihre Schranken, knüpfte er eine Anzahl von Fragen, bei deren Stellung er auch schon die Lösung andeutete, die er ihnen gegeben zu sehen wünschte. Will man, so läßt Kaunitz sich vernehmen, die Gesetze fortbestehen und beobachten lassen, welche auf die Erwerbungen der todten Hand sich beziehen und jenem Gleichgewichte des Besitzes, das zur Aufrechthaltung der menschlichen Gesellschaft nothwendig ist, so sehr widerstreben? Will man die zeitlichen Güter kirchlicher Personen besteuern, welche dem Rechte und der Vernunft nach allen übrigen Unterthanen und Staatsbürgern gleichstehen? Will man ihnen den Antheil oder den Einfluß wieder abnehmen, den sie sich in Zeiten der Schwäche und der Unwissenheit auf polizeiliche oder rein weltliche Dinge anzumaßen oder zu verschaffen gewußt haben? Oder will man nur die Mißbräuche abstellen, indem man z. B. in gerechter Weise den Einfluß beschränkt, den sie sich auf die Censur der Bücher zu erwerben verstanden, und will man hiedurch verhindern, daß sie fortfahren können, alle diejenigen zu ächten, die aufklärend zu wirken vermöchten, und die zu unterstützen und ihnen Eingang zu verschaffen, welche, wie sie es in den verflossenen Jahrhunderten gethan, Lehren verbreiten, die gegen die Macht des Staatsoberhauptes gerichtet sind? Will man die Mittel anwenden, welche zur Verringerung der Anzahl und der übertriebenen Reichthümer der geistlichen Personen nothwendig erscheinen, oder will man nur ihre weiteren Fortschritte aufhalten, um wenigstens den gänzlichen Ruin der menschlichen Gesellschaft abzuwenden, der die traurige Folge sein müßte, wenn man diesen ungeheuren Mißbräuchen nicht steuert? Will man die Disciplin und die Ordnung im Regularclerus wieder herstellen? Will der Landesfürst auf Grundlage seines Protectoratsrechtes die Uebelstände bei der Verwaltung oder schlechten Anwendung von Kirchengütern oder frommen Stiftungen

hintanhalten? Will man durch Verminderung der übergroßen Anzahl der Feiertage hindern, daß von Seite des Papstes Unterthanen, die nicht die seinigen sind, verboten werde, während so vieler Tage des Jahres zu arbeiten und sich dadurch selbst in die Lage zu bringen, die Concurrenz auf dem Gebiete der Handarbeit und der Industrie mit allen akatholischen Ländern nicht ertragen zu können? Will man dagegen sich auflehnen, daß sich der Clerus das Recht anmaßt, sich in die Angelegenheiten der Ehe, nicht nur insofern sie ein Sacrament ist, sondern auch in Bezug auf ihre bürgerlichen Wirkungen, wie Verlassenschaften und Testamente zu mengen, wie dieß z. B. in Ungarn noch vorkömmt? Will man endlich das schreckliche Inquisitionstribunal abschaffen oder nur dessen Macht einschränken oder regeln?

Gewiß ist die einfache Anführung dieser Fragen und der Bemerkungen, welche Kaunitz an sie knüpft, mehr als ausreichend, um über den Sinn, in dem er sie gelöst zu sehen wünscht, nicht den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen. Aber nicht minder bezeichnend ist das, was der Staatskanzler im Anschlusse hieran über die Stellung des Clerus und über den Widerstand desselben gegen die Einführung als nothwendig erkannter Reformen sagt. Wohl muß man sich hiebei ins Gedächtniß zurückrufen, daß in dem Augenblicke, in welchem Kaunitz diese Worte zu Papier brachte, Clemens XIII. noch am Leben war oder wenigstens der Staatskanzler von dessen Tode noch nichts wußte. „Unternimmt es endlich der Landesfürst," so schrieb Kaunitz an die Kaiserin, „von den mit seiner souveränen Macht verknüpften Rechten „in Bezug auf Dinge Gebrauch zu machen, welche sich auf die ver„meintlichen Rechte, sei es der Unabhängigkeit, sei es der Autorität „beziehen, die sich der Clerus allmälig angemaßt hat, dann hört man „von allen Seiten unabläßig schreien über frevelhaften Angriff, über „Ungerechtigkeit, über Gottlosigkeit und Entweihung. Wie fern auch „die Dinge, um die es sich handeln kann, dem Priesteramte liegen, „so findet man doch in Bezug auf alles Gerechte und Vernünftige, „das man anordnet, auf alles Unrechte und Unvernünftige, das man „verhindern will, den Papst und den Clerus auf seinem Wege. Mit „jedem Augenblicke steigert sich die Erbitterung, und obgleich es in

„unserem aufgeklärten Jahrhunderte weniger zu besorgen ist, daß wie „in vergangenen Zeiten dieser Zwiespalt in offenen Religionskrieg aus„arten werde, so ist doch darum nicht weniger zu befürchten, daß wenn „man nicht, und zwar unverzüglich und ein für alle Male diese ver„meintlichen Zweifel und Ungewißheiten über die Grenzen der souve„ränen Macht und der Autorität des Clerus beseitigt, in denen alle „Streitigkeiten und Widersprüche wurzeln, zum mindesten Glaubens„spaltungen entstehen werden, und man wird vielleicht binnen kurzem „ganze Königreiche und Länder zum größten Schaden der katholischen „Kirche von dem heiligen Stuhle sich lostrennen sehen."

„Dieß sind die Beweggründe, welche mich veranlassen, es nicht „länger zu verschieben, Eurer Majestät meine ernsten Betrachtungen „über diesen wichtigen Gegenstand hiemit vor Augen zu legen. Für „die ungeheure Arbeit, die es mir verursachte, eine Frage, welche bis„her ohne den gewünschten Erfolg durch die geschicktesten Leute von „Europa in tausenden von Bänden behandelt worden ist, auf einen so „engen Raum zusammenzudrängen, werde ich mich reichlich belohnt „fühlen, wenn es mir gelang, diesen Gegenstand vor den erleuchteten „Augen Eurer Majestät ebenso klar und ebenso entscheidend erscheinen „zu lassen, als er es in den meinigen ist. Als Christ und als Staats„bürger kann ich solches für das Beste der Religion und der Mensch„heit nur aufs lebhafteste wünschen [94])."

So lauten die Worte, mit denen Kaunitz seine Denkschrift der Kaiserin vorlegte; sie sind gleichmäßig bezeichnend für ihn selbst wie für sie, denn deutlich lassen sie durchschimmern, daß er auf ihre Zustimmung zu seinen Anschauungen hoffte. Leider besitzen wir die Ausarbeitung nicht mehr, in die er sie kleidete, aber nach dem, was er selbst über sie sagte, kann kein Zweifel über deren Inhalt bestehen. Wir wissen auch nichts von Berathungen oder Verhandlungen, welche zu jener Zeit, sei es von Maria Theresia und Joseph, sei es von sonst hervorragenden Personen über die Vorschläge des Staatskanzlers gepflogen worden wären. Die schon oben angedeutete Vermuthung, daß man vorerst die Papstwahl abwarten und nach deren Vollzuge

über die Haltung sich klar werden wollte, welche der Nachfolger Clemens XIII. auf dem heiligen Stuhle beobachten würde, wird wohl die richtige sein. Sobald man aber Beweise von der willfährigen Gesinnung des neuen Papstes empfangen zu haben glaubte, da meinte man auch nicht länger mehr zögern zu sollen, wenigstens mit einzelnen der geplanten Reformvorschläge heranzutreten an die römische Curie.

Aber freilich, um nicht jeden Erfolg schon von vorneherein selbst zu vereiteln, schien es ganz unerläßlich, daß der Kaiserhof sich in Rom eines geschickteren und gefügigeren Werkzeuges als seines bisherigen Vertreters bei dem heiligen Stuhle bediene. Wenn es in der That noch irgend eines Anlasses bedurft hätte, um die Unzufriedenheit mit dem Cardinal Alexander Albani und das Mißtrauen gegen ihn aufs höchste zu steigern, so hatte er denselben durch sein Benehmen im Conclave im reichlichsten Maße geboten. Alles, was man in Wien nicht wollte, war von seiner Seite geschehen; Alles, was man wünschte, hatte er zu hintertreiben gesucht. Maria Theresia beschloß daher, Albani seines Amtes zu entlassen und ihn durch einen Vertreter weltlichen Standes zu ersetzen, der jedoch nicht als Botschafter, sondern nur als Gesandter bei dem heiligen Stuhle zu beglaubigen wäre. Fürst Kaunitz, dem Cardinal weniger abgeneigt als die Kaiserin, bat sie, seiner Entlassung eine so glimpfliche Form zu geben, als dieß nur immer möglich erscheine, und ihm daher auch eine Pension von achttausend Gulden jährlich zu bewilligen. Maria Theresia setzte jedoch diesen Betrag mit den Worten: „Albani, der es zwar nicht verdient hat, „eine pension von 4000 fl. zu lassen", auf die Hälfte herab [85]).

Von sehr großer Bedeutung war natürlich die Wahl des Mannes, der von nun an mit der Vertretung Oesterreichs beim heiligen Stuhle betraut werden sollte. Je mehr Gewicht Kaunitz auf die Aufgaben legte, die demselben zu übertragen sein würden, um so wichtiger war es für ihn, daß wer jenen Posten einzunehmen bestimmt war, nicht nur die hiezu erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnisse besaß, sondern daß er auch persönlich zu den Grundsätzen sich bekannte und von ihnen erfüllt war, um deren Geltendmachung in Rom es sich handelte. Er

glaubte diese Eigenschaften in Gottfried van Swieten, dem Sohne des berühmten Leibarztes der Kaiserin zu finden. Van Swieten, der damals erst fünfunddreißig Lebensjahre zählte, hatte sechs Jahre zuvor seine diplomatische Laufbahn als österreichischer Resident in Warschau begonnen. Schon im Juli 1764 mit Mercy nach Wien zurückgekehrt, beschäftigte sich van Swieten hier vorzugsweise mit Arbeiten, welche auf confessionelle Fragen und auf den öffentlichen Unterricht sich bezogen. Bei den freundschaftlichen, ja man darf wohl sagen, innigen Beziehungen, welche zwischen Maria Theresia und ihrem Leibarzte bestanden, und bei dem lebhaften Antheil, den die Kaiserin auch an den Familienverhältnissen und den Angehörigen der ihr nahestehenden Personen nahm, läßt sich wohl mit Bestimmtheit behaupten, daß auch sie den jungen van Swieten aufs genaueste kannte. Daraus wird aber noch weiter geschlossen werden dürfen, daß sie die Anschauungen, von denen sie wußte, daß van Swieten sich zu ihnen bekannte, ebenfalls guthieß oder daß sie es zum mindesten nicht mißbilligte, wenn sie die Richtschnur abgeben sollten für sein Verfahren in Rom.

Um so auffallender erscheint es, daß es zu der beabsichtigten Mission van Swietens gar nicht kam. Ueber die Gründe, in Anbetracht deren sie unterblieb, befinden wir uns vollständig im Dunkeln, und es mag wohl sein, daß die Ursache hievon in Vorstellungen lag, die von dem Cardinal Migazzi und anderen Mitgliedern der zelotischen Partei gegen die Absendung eines Freidenkers wie van Swieten nach Rom gemacht worden sein mochten. Am erstaunlichsten ist es jedoch, daß man von dem Gedanken der Beglaubigung eines eigenen Gesandten bei dem heiligen Stuhle überhaupt wieder abging und die Vertretung Oesterreichs daselbst neuerdings in den Händen des Cardinals Albani ließ, obgleich man mit ihm seit dem Verlaufe des letzten Conclave unzufriedener war als je, und sich in gerechtem Zweifel befinden mußte, ob die verschiedenen Begehren, die man an die Curie zu richten sich anschickte, von ihm auch in dem Sinne vorgebracht und vertreten werden würden, in welchem man in Wien sie auffaßte.

Eines dieser Begehren würde um seiner geringen Bedeutsa willen hier gar nicht erwähnt werden, wenn es nicht zu einem

charakteristischen Ausspruche der Kaiserin Anlaß gegeben hätte, der nicht leicht mit Stillschweigen übergangen werden kann. Es handelte sich um die Einverleibung der Decanate von Hermannstadt und Kronstadt in Siebenbürgen in das Bisthum dieses Landes, und daher um Ausscheidung derselben aus der Diöcese des Erzbisthums Gran, der sie bis dahin angehört hatten. Man braucht sich nur die geographische Lage der beiden Decanate und ihre Entfernung von Gran zu vergegenwärtigen, um über die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßregel vollkommen im Klaren zu sein. Aber das hinderte das Graner Domcapitel nicht, im Namen seines Erzbischofs, dessen Stuhl damals unbesetzt war, dagegen zu protestiren. Maria Theresia schrieb jedoch auf den Bericht, mit welchem Kaunitz diese Verhandlung ihr vorlegte[56]), eigenhändig die Worte: „das capitel von grann kan protestirn, nicht „der bischoff; der bin ich". Das Begehren der Kaiserin wurde an die Curie gebracht und hatte dort den gewünschten Erfolg.

Kaum weniger bemerkenswerth ist die Erwiederung der Kaiserin auf eine Mittheilung des Staatskanzlers über bedenkliche Beschwerden, welche von Seite des Domcapitels zu Freising gegen den von Wien aus empfohlenen neuen Domdechant Freiherrn von Bodmann eingelaufen waren[57]). „vor niemanden", antwortete Maria Theresia ebenfalls eigenhändig, „noch weniger aber vor einen Domherren in „reich wolte gutt stehen. ich habe selbsten vor langen jahren nicht „gutt von ihme sprechen hören. wo ist aber einer der anderst handelt „und würdiger wäre? ich wüntschte das impegno zu evitirn."

An und für sich von weit größerer Bedeutung waren die Punkte, welche Kaunitz in der Denkschrift aufgezählt hatte, die er schon im Februar 1768 der Kaiserin überreichte. Unter den Uebergriffen, deren er die Kirche in Dingen beschuldigte, welche einzig und allein dem Gebiete der Polizei angehören sollten, scheint er vor Allem die Asylfrage verstanden zu haben. Daher mag es auch in Folge der von Kaunitz ausgegangenen Anregung geschehen sein, wenn Maria Theresia am letzten Tage des Jahres 1768 dem Obersten Kanzler Grafen Rudolph Chotek befahl, ihr verläßliche Auskünfte vorzulegen, wie es

glaubte diese Eigenschaften in Gottfried van Swieten, dem Sohne des berühmten Leibarztes der Kaiserin zu finden. Van Swieten, der damals erst fünfunddreißig Lebensjahre zählte, hatte sechs Jahre zuvor seine diplomatische Laufbahn als österreichischer Resident in Warschau begonnen. Schon im Juli 1764 mit Mercy nach Wien zurückgekehrt, beschäftigte sich van Swieten hier vorzugsweise mit Arbeiten, welche auf confessionelle Fragen und auf den öffentlichen Unterricht sich bezogen. Bei den freundschaftlichen, ja man darf wohl sagen, innigen Beziehungen, welche zwischen Maria Theresia und ihrem Leibarzte bestanden, und bei dem lebhaften Antheil, den die Kaiserin auch an den Familienverhältnissen und den Angehörigen der ihr nahestehenden Personen nahm, läßt sich wohl mit Bestimmtheit behaupten, daß auch sie den jungen van Swieten aufs genaueste kannte. Daraus wird aber noch weiter geschlossen werden dürfen, daß sie die Anschauungen, von denen sie wußte, daß van Swieten sich zu ihnen bekannte, ebenfalls guthieß oder daß sie es zum mindesten nicht mißbilligte, wenn sie die Richtschnur abgeben sollten für sein Verfahren in Rom.

Um so auffallender erscheint es, daß es zu der beabsichtigten Mission van Swietens gar nicht kam. Ueber die Gründe, in Anbetracht deren sie unterblieb, befinden wir uns vollständig im Dunkeln, und es mag wohl sein, daß die Ursache hievon in Vorstellungen lag, die von dem Cardinal Migazzi und anderen Mitgliedern der zelotischen Partei gegen die Absendung eines Freidenkers wie van Swieten nach Rom gemacht worden sein mochten. Am erstaunlichsten ist es jedoch, daß man von dem Gedanken der Beglaubigung eines eigenen Gesandten bei dem heiligen Stuhle überhaupt wieder abging und die Vertretung Oesterreichs daselbst neuerdings in den Händen des Cardinals Albani ließ, obgleich man mit ihm seit dem Verlaufe des letzten Conclave unzufriedener war als je, und sich in gerechtem Zweifel befinden mußte, ob die verschiedenen Begehren, die man an die Curie zu richten sich anschickte, von ihm auch in dem Sinne vorgebracht und vertreten werden würden, in welchem man in Wien sie auffaßte.

Eines dieser Begehren würde um seiner geringen Bedeutsamkeit willen hier gar nicht erwähnt werden, wenn es nicht zu einem sehr

Mitteln zu greifen, welche auch schon von anderen Mächten in gleicher Lage angewendet worden seien. Jedoch auch diese Drohung sei in Rom erfolglos geblieben.

Ihre eigenen Anschauungen über diese Frage faßt die Hofkanzlei in die Wiederholung ihrer schon vor vierzig Jahren ausgesprochenen Behauptung zusammen, daß die Asylfreiheit nur in der Souveränetät des Landesfürsten und in keinem göttlichen oder natürlichen Rechte wurzle. Die in dem alten Testamente erwähnten Zufluchtsorte seien bloß bürgerliche Anstalten der damaligen Regierungsgewalt gewesen, in dem neuen Testamente aber finde sich kein Wort über sie. Sie seien nur eingeführt worden, um die Tödtung Unschuldiger zu hindern. Heut zu Tage aber schwinde diese Besorgniß, da es keinen Bluträcher mehr gebe und Niemand zum Tode verurtheilt werde, der seiner Missethat nicht überführt sei. Darum könne einerseits nicht der geringste Zweifel obwalten, daß es der weltlichen gesetzgebenden Macht allein zustehe, hierüber bindende Vorschriften zu erlassen und selbe je nach Bedürfniß zu ändern. Und andererseits müsse zugegeben werden, daß die Asyle nicht nur überflüssig, sondern bei Verweigerung der Auslieferung der Verbrecher an ihren ordentlichen Richter auch der Rechtspflege nachtheilig seien. Denn durch die Hoffnung, daß dem Verbrecher eine Zufluchtsstätte bleibe, werde die Vermehrung der Verbrechen nur gefördert.

Die Hofkanzlei rieth daher der Kaiserin zur Aufhebung der Asyle. Sie möge befehlen, daß wo immer hin ein Missethäter sich flüchte, derselbe von der Geistlichkeit unweigerlich auszuliefern sei. Sollte der Clerus dem zuwider handeln und einen Verbrecher verbergen, dann wäre er mit strengen Strafen nachsichtslos zu belegen. Ob jedoch die Kaiserin dieß selbstständig anordnen, oder ob sie früher noch einen Versuch machen wolle, mit Rom zu einer Verständigung zu gelangen, glaubte die Hofkanzlei ihrer eigenen Entscheidung anheimstellen zu sollen.

Würde sie zu Letzterem sich entschließen, dann möge die Sache in anderer Weise eingeleitet werden, als dieß früher geschehen sei. Der römischen Curie wäre zu erklären, daß die Kaiserin sich kraft der ihr

von Gott verliehenen Macht für berechtigt ansehe zur Aufhebung der Asyle, indem das Wohl des Staates und die Handhabung der Gerechtigkeit aufs dringendste fordere, daß keine Verbrecher mehr von der Geistlichkeit in den Kirchen und Klöstern aufgenommen, verborgen gehalten und bei Fluchtversuchen unterstützt würden. Aus bloßer Verehrung für das Oberhaupt der Kirche wünsche sie jedoch, daß dieß einverständlich mit demselben geschehe. Würde die Zustimmung des Papstes zu ihrem Vorhaben verweigert, dann wäre sie gezwungen, ihre Regentenpflicht auf eigene Gefahr hin zu erfüllen.

Vier Mitglieder der Hofkanzlei, und zwar der oberste Kanzler selbst, der Vicekanzler Graf Leopold Kolowrat, der Referent Freiherr Franz Karl Kreßl von Qualtenberg, endlich der Hofrath Johann Bernhard von Zencker waren jedoch der Meinung, daß bei allen mit Religionssachen zusammenhängenden Gewohnheiten und Gebräuchen, für welche das Volk eine Art Ehrerbietung hege, während der wenig unterrichtete größere Theil der Geistlichkeit fast einen Bestandtheil der Religion in ihnen erblicke, einerseits rasch und andererseits behutsam vorgegangen werden müsse. Sie riethen daher zwar gleichfalls, daß der Clerus zur Auslieferung jedes wo immer hin sich flüchtenden Missethäters bei schärfster Ahndung verpflichtet sein solle. Wenn dieß jedoch wirklich geschehe, dann möge die Kaiserin, außer in den eigens auszunehmenden Fällen, jedesmal die Hinrichtung des Verbrechers nachsehen und deren Umwandlung in eine der begangenen Missethat angemessene Leibesstrafe befehlen.

Bei der Entscheidung, welche Maria Theresia fällte, blieb sie jedoch ziemlich weit hinter den Anträgen der Hofkanzlei zurück. Sie entschloß sich weder zur Aufhebung der Asyle noch zu selbstständigem Handeln ohne vorläufige Verständigung mit Rom. An die Verbrechen, deren Verübung schon nach den bestehenden Vorschriften von dem Genusse des Asylrechtes ausschloß, wurde eine sehr große Anzahl anderer Missethaten gereiht, auf die es künftighin gleichfalls nicht Anwendung finden sollte. Als Orte, für welche das Asylrecht noch gelten dürfe, wurden einzig und allein die Kirchen, jedoch auch nur diejenigen

Gotteshäuser bezeichnet, in denen die Seelsorge geübt und das Allerheiligste aufbewahrt wurde; Klöster, Pfarrhöfe und sonstige Wohnungen der Geistlichen sollten ausdrücklich hievon ausgeschlossen sein. Nähere Bestimmungen über das Verfahren, welches in derlei Fällen dem Clerus gegenüber zu beobachten wäre, zeichnete die Kaiserin ebenfalls vor, und sie befahl, ein Patent zu entwerfen und ins lateinische übersetzen zu lassen, um es vor seiner Publizirung dem heiligen Stuhle mittheilen und dessen Zustimmung erlangen zu können [89]).

Diese letztere Anordnung der Kaiserin ist jedoch, wie es scheint, niemals zu wirklicher Ausführung gelangt. Ihr selbst lag daran, daß die Frage des Asylrechtes von österreichischer Seite in einer gewissen Uebereinstimmung mit der Art und Weise geregelt werde, in welcher dieß in Toscana geschehen sollte. Darum theilte Fürst Kaunitz den Entwurf des zu erlassenden Patentes eher als in Rom, in Florenz mit, dort aber begegnete er mannigfachen Bedenken. Allerdings waren sie weniger gegen die Sache selbst als gegen die Form gerichtet, in welcher sie der Curie gegenüber vorgebracht werden sollte. Graf Rosenberg, der damals in Toscana die Stelle eines ersten Ministers bekleidete und bekanntlich sehr viel bei der Kaiserin galt, sprach sich mit Lebhaftigkeit dafür aus, daß man die Durchführung der beabsichtigten Anordnungen nicht von der Zustimmung des heiligen Stuhles abhängig mache. Man möge nicht weiter gehen, als daß man dem Papste einige Tage vor der amtlichen Kundmachung des Patentes dessen Inhalt als einen unabänderlich gefaßten Beschluß mittheile.

Nachdrücklich unterstützte Kaunitz diesen Vorschlag bei der Kaiserin und es gelang ihm auch, ihre Zustimmung zu erwirken [90]). Dennoch finden wir nicht, daß das längst schon entworfene und genehmigte Patent in Rom vorläufig mitgetheilt, oder daß es ohne einen solchen Schritt in den österreichischen Erbländern als Gesetz publizirt worden wäre. Geheime, aber mächtige Einflüsse müssen den schon gefaßten Beschluß wieder rückgängig gemacht haben. Nichts geschah mehr in der Sache, bis endlich im Jahre 1775 ein ziemlich auffallendes Er

ß dieselbe neuerdings in Fluß brachte. Zu einer unbedeutenden

Ortschaft der österreichischen Vorlande hatten zwei Priester einen wegen Diebstahl verhafteten Bürger nächtlicher Weile, theils mit List und theils mit Gewalt, aus dem Gefängnisse befreit. Dieser Vorfall gab der Kaiserin Anlaß, sich der Verhandlung wegen theilweiser Aufhebung des Asylrechtes wieder zu erinnern, und sie frug den obersten Kanzler Grafen Blümegen, wie es um dieselbe stehe? Nachdem sie die entsprechende Auskunft empfangen, befahl Maria Theresia die unverzügliche Kundmachung des Patentes in allen ihren Ländern[91]). Kaunitz aber erhielt den Auftrag, nachdem dieser Schritt geschehen sei, in Rom hievon nachträgliche Mittheilung zu machen[92]).

Ohne allen Widerspruch von geistlicher Seite konnte jedoch auch jetzt diese Angelegenheit nicht ins Reine gebracht werden. Nicht von Rom aus, sondern von Seite österreichischer Bischöfe wurde derselbe erhoben, welche auch dießmal wieder Miene machten, päpstlicher sein zu wollen als der Papst. Gegen Ende des Jahre 1775 überreichte der Erzbischof von Wien, Cardinal Migazzi, der Kaiserin eine Denkschrift gegen das Gesetz, welches wegen Beschränkung des Asylrechtes erlassen worden war. Durch dasselbe würden die Bischöfe und die Priester, so behauptete der Cardinal, zur Uebertretung der aus den ältesten Zeiten herrührenden geistlichen Gesetze und Anordnungen genöthigt, ja sie würden hiedurch den entsprechenden Kirchenstrafen verfallen. Immer sei es ein gottgefälliges Werk gewesen, für das Asylrecht kirchlicher Gebäude einzustehen und die weltlichen Fürsten um Begnadigung der dahin geflüchteten Missethäter zu bitten. Darum möge auch jetzt dem Clerus nicht die einfache Auslieferung solcher Unglücklicher auferlegt, sondern gestattet werden, sich in derlei Fällen ganz unthätig zu verhalten und weder für den einen noch für den anderen Theil Partei zu ergreifen[93]).

Ungleich weiter als Migazzi ging Graf Karl von Herberstein, Fürstbischof von Laibach. Während der Erstere sich wenigstens des Begehrens enthalten hatte, daß das erst vor Kurzem erlassene Gesetz wieder rückgängig gemacht werde, scheute der Letztere sich nicht, darum ohne alle Umschweife zu bitten. Allerdings bestritt er auch seinerseits

nicht, daß das Asylrecht nur aus freiwilligen Zugeständnissen der Landesfürsten herstamme. Aber er meinte doch auch, man habe es als ein der Kirche gemachtes Geschenk zu betrachten und möge es darum nicht einseitig zurücknehmen. Ja er verstieg sich bis zu der Behauptung, den Mitgliedern des Clerus, welche dem Asylrechte, statt es zu vertheidigen, zuwider handeln könnten, drohe der Kirchenbann. Er bat daher, man möge Alles beim Alten belassen.

Es versteht sich wohl von selbst, daß die Hofkanzlei sich gegen die Erfüllung dieses Begehrens mit Lebhaftigkeit erklärte [94]). Milder beurtheilte sie jedoch die Anschauung Migazzi's, und sie meinte, daß derselben eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen sei. Es möge ihm geantwortet werden, den Geistlichen stehe es frei, bei der Ver haftung eines Missethäters, der in einem Asyle Zuflucht gesucht habe, die Erklärung abzugeben, sie nehme in gar keiner Weise Theil an einem solchen Vorgange.

Dießmal war jedoch Maria Theresia selbst weniger nachgiebig gegen die Begehren der Bischöfe als ihre Behörden. „Dem hiesigen „Cardinal-Erzbischof," so lautete ihre Entscheidung, „sowohl als dem „Bischof von Laybach ist lediglich in Antwort Meine Gesinnung zu „bedeuten, bey der in Sachen erflossenen Anordnung unabänderlich „zu beharren" [95]).

Ein ganz anderer Vorgang wurde hinsichtlich einer zweiten, seiner Zeit gleichfalls von Kaunitz in Anregung gebrachten Angelegenheit beobachtet. Die Verringerung der Anzahl der katholischen Festtage schien dem Kaiserhofe noch weit mehr als die Regelung und Ein schränkung des Asylrechtes am Herzen zu liegen.

Drittes Capitel.

Verminderung der Feiertage.

Man kennt die Verhandlung, durch welche schon im Jahre 1753 Papst Benedict XIV. bewogen wurde, dem Wunsche der Kaiserin zu willfahren und die Anzahl der Feiertage um vierundzwanzig zu vermindern. Allerdings sollte an diesen Tagen der Gottesdienst besucht werden, nach demselben aber jede Arbeit erlaubt sein. Man kennt auch den Widerstand, der von geistlicher Seite gegen die Durchführung dieser Neuerung, obgleich der Papst sie gebilligt, erhoben wurde, und die Energie, mit der ihn Maria Theresia beseitigte[96]). So werthvoll übrigens auch dieses Zugeständniß sein mochte, so wurde es doch im Laufe der Zeit als unzureichend erkannt. Am 11. März 1770 fand die erste Sitzung der aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern zusammengesetzten Commission statt, welche die Kaiserin zur Berathung aller auf kirchliche Dinge bezüglichen Geschäfte niedergesetzt hatte. Der Oberste Kanzler Graf Rudolph Chotek war ihr Präsident, der geheime Rath Freiherr von Kreßl, die Hofräthe Karl Anton von Martini und Franz Joseph von Heinke, endlich die beiden Domherren Simon Ambros von Stock und Johann Peter Simen fungirten als Beisitzer. Der jüngste Hofsecretär bei der Hofkanzlei, Franz Greiner, der sich in späteren Jahren des besonderen Vertrauens der Kaiserin erfreute, war Secretär.

Eine umfassende, aus der Feder des berühmten Kirchenrechtslehrers Paul Joseph von Riegger stammende Abhandlung wurde der Berathung zu Grunde gelegt. In sechs Theile war sie getheilt; der

erste handelte von der Einsetzung der Sonn- und Feiertage und von ihrer festlichen Begehung vom Anfange der christlichen Kirche bis zum zehnten Jahrhundert. In dem zweiten wurde das übergroße Anwachsen der Zahl der Feiertage in der Zeit vom elften bis zum siebzehnten Jahrhundert geschildert. Die dritte Abtheilung enthielt eine Darlegung der Klagen, welche schon vom Beginn des dreizehnten Jahrhunderts in den verschiedensten Ländern gegen die Ueberzahl und die Entheiligung der Feiertage laut wurden. In der vierten bewies Riegger den Nutzen, der aus einer Verringerung dieser Zahl für die Kirche und für den Staat hervorgehen müßte. In der fünften erörterte er die Art und Weise, in welcher die von ihm vorgeschlagene Verminderung der Anzahl der Feiertage am besten zu bewerkstelligen wäre, und in der sechsten bemühte er sich im voraus die Einwendungen zu widerlegen, welche gegen seinen Antrag erhoben werden könnten.

Der historische Theil der Ausführungen Rieggers, obgleich er nicht geringes Interesse darbietet, wird hier wohl mit Stillschweigen übergangen werden können. Die Gründe, mit denen er für die Verringerung der Anzahl der Feiertage streitet, sind theils national-ökonomischer, theils religiöser und moralischer Natur. Er zeigt die Schwierigkeiten, mit denen der Einzelne kämpfen müsse, um für sich und seine Familie durch Arbeit den Lebensunterhalt zu gewinnen, wenn während eines ungemein beträchtlichen Theiles des Jahres seine Arbeit völlig unterbleibe. Der Versuch, diesen Abgang durch Erhöhung des Arbeitslohnes zu ersetzen, ziehe die Wirkung nach sich, daß Jedermann sich mit ausländischen Waaren zu versehen trachte, weil die inländischen zu theuer zu stehen kämen und noch überdieß wegen der geringeren Fertigkeit und Geschicklichkeit der Arbeiter auch weit schlechter ausfielen. In Folge dessen liege die Industrie und der Handel darnieder; alle Begierde, sich durch Fleiß hervorzuthun, werde erstickt; Dürftigkeit herrsche und die Verarmung nehme immer mehr überhand. Wie sollten, wenn dem nicht gesteuert werde, die Unterthanen noch die nöthigen Geldsummen aufbringen können zur Leistung der Abgaben an den Staat? Man möge doch nur den Nachtheil berechnen, den ein einziger arbeitsloser Tag dem Staate verursache, und man werde

begreifen, wie es allmälig zur Unmöglichkeit werden müsse, in irgend welcher Beziehung gleichen Schritt mit dem Auslande zu halten.

Die übermäßige Vervielfältigung der Feiertage liefere einen traurigen Beweis, wie sehr der Mensch Dinge, welche ihm unnöthiger Weise aufgelastet würden, endlich zu mißbrauchen sich gewöhne. Leicht hätte man vorhersehen können, daß Hang zum Müßiggang und zu tausend Ausschweifungen die nothwendige Folge des gezwungenen Nichtsthuns sein würde. Nur in dem, was sich über das Alltägliche erhebt, finde der Mensch auch geistige Anregung; allzu häufige Vornahme von Andachtsübungen trage nur dazu bei, daß dieß lau und gleichsam mechanisch geschehe. Die Aufhebung einer beträchtlichen Anzahl von Feiertagen erscheine daher nicht als das einzige, wohl aber als ein sehr ausgiebiges Mittel, die Frömmigkeit zu fördern, dem Müßiggang und den mit ihm verknüpften Ausschweifungen zu steuern, eifrigere Betreibung des Feldbaues, Hebung der Industrie, Belebung des Creditwesens im Inlande, größere Wohlfeilheit der Producte, Antrieb zur Arbeitsamkeit, „billige Achtung für das Nützliche und verdiente Geringschätzung unnützer Beschäftigung" zu bewirken. Dadurch werde aber auch der Staat nach Innen erstarken und nach Außen hin seine politische Freiheit und Unabhängigkeit um so kräftiger zu wahren im Stande sein.

Was die Art und Weise betraf, wie in dieser Sache vorzugehen sei, um den gewünschten Endzweck zu erreichen, so meinte Riegger, aus den eingelangten Berichten der Bischöfe könne man ersehen, daß dieselben allzusehr von vorgefaßten Meinungen eingenommen seien, als daß sie sich so bald eines Besseren überführen lassen würden; es bleibe daher nichts übrig, als sich vorerst nach Rom zu wenden. Würde jedoch, wie es im Jahre 1753 geschehen, von Seite des heiligen Stuhles gegen den Einspruch des Kaiserhofes an der Obliegenheit festgehalten, daß die Katholiken an einem aufgehobenen Feiertage dem Gottesdienste beiwohnen müßten, dann wäre in der Sache nur wenig gewonnen. Denn die Erfahrung lehre, daß die niederen Stände der Bevölkerung, wenn sie einmal zur Anhörung der Messe verpflichtet

würden, hiedurch auf den Gedanken eines Feiertages geriethen und sich dann nicht mehr zur Arbeit entschlössen. Nur zweckmäßige Belehrung durch die Geistlichkeit und in der Schule könnte allmälig einer gesünderen Anschauung Bahn brechen und die Bevölkerung heilen von dem thörichten Wahne, daß Gott Gefallen finde an der häufigen Unterlassung der Arbeit. An Zwangsmittel zur Durchsetzung der Absichten der Regierung möge man von vorneherein nicht denken, vielleicht aber denjenigen Belohnungen zukommen lassen, welche sich an abgebrachten Feiertagen zur Arbeit willig zeigen würden.

Alles wohl erwogen, kömmt Riegger zu dem Vorschlage, daß es bei verschiedenen Feiertagen belassen werde, während andere auf die nächsten Sonntage übertragen, andere endlich völlig aufgehoben würden. Der ersteren Kategorie zählt er die Festtage bei, welche von Anbeginn des Christenthums zum Gedächtnisse der Geheimnisse der Religion eingesetzt worden seien und Feste des Herrn genannt würden. Hiezu rechne man die Geburt und die Beschneidung Christi, die Himmelfahrt und das Fronleichnamsfest, obgleich letzteres erst im Jahre 1624 von Papst Urban VIII. eingesetzt worden sei. Ostern und Pfingsten fielen ohne dieß auf Sonntage, wobei es auch für die Zukunft unabänderlich bleiben solle. Die Feier der Montage und Dienstage nach Ostern und Pfingsten möge für die Zukunft hinwegfallen. Von den Marienfesten wären die Heimsuchung, die Himmelfahrt, die Geburt, unbefleckte Empfängniß füglich auf die Sonntage [illegible] Opferung aber sollte nicht mehr gefeiert werden. [illegible] der Apostel, mit alleiniger Ausnahme desjenigen [illegible] Petrus und Paulus wären mit den Sonntagen [illegible] Aufrechthaltung des Festtages Aller Heiligen und [illegible] so wie des Patrons jedes einzelnen Landes sich [illegible] Riegger darauf an, die meisten noch übrigen F[illegible] Uebertragung auf Sonntage und ohne Verpflicht[illegible] der Messe einfach zu beseitigen.

So lauteten im Wesentlichen die Vorschl[illegible] fangs die beiden geistlichen Mitglieder der Co[illegible]

wollten. Denn sie glaubten, es würde dem unleugbar vorhandenen Bedürfnisse genügt werden, wenn man es nur durch verschärfte Erneuerung der schon getroffenen Anordnungen, hauptsächlich aber durch eifrige Mitwirkung der Pfarrer und Prediger dahin brächte, daß an den früheren, jedoch durch die Bulle Benedicts XIV. abgeschafften Feiertagen wirklich gearbeitet würde. Im Laufe der Erörterung aber, welche stattfand, wurde auch diese anfänglich abweichende Meinung allmälig modifizirt. Denn Niemand vermochte der wirklich vorhandenen und durch die Erfahrung bewiesenen Thatsache sich zu verschließen, daß die übergroße Anzahl der Feiertage den Müßiggang allmälig zur Gewohnheit erhebe und dadurch zahlreiche Uebelstände hervorrufe. Daß aber der Verminderung der Feiertage, wenn sie an und für sich als nothwendig erkannt werde, von kirchlicher Seite kein prinzipielles Hinderniß im Wege stehe, sei durch den Vorgang Benedicts XIV. sattsam bewiesen. Hiezu komme noch, daß „die gemeinsame Kirche Deutsch-„lands" in dieser Richtung den ersten Schritt schon gethan habe. Denn von Seite des Kurfürsten von Mainz als Primas Germaniae und nach seinem Beispiele von den geistlichen Kurfürsten von Köln und von Trier sei die Verringerung der bisherigen Anzahl der Feiertage schon vorgenommen, und die Verpflichtung, an diesen Tagen die Messe zu hören, aufgehoben wo[illegible]

Ent[illegible] [illegible]ch die [illegible]schlagene [illegible] [illegible]über [illegible]t werde[illegible] [illegible]hrung [illegible]ch in[illegible] [illegible]hen, den [illegible] halten [illegible] [illegible]och mittelbar [illegible]gton g[illegible] [illegible]achsen. Die Com-[illegible]eßlich [illegible] dreiundzwanzig bis-[illegible] [illegible]ge, durch Zusammen-[illegible] [illegible]tigen, fünfzehn aber zu [illegible] Seite die Heiligung der [illegible]age strenger zu handhaben [illegible]die Commission vor, welche [illegible] setzen wären. Ja sie fügte

hinzu, daß sie auch gern den Antrag gestellt hätte, an diesen Tagen die Musik in den Gasthäusern und das Schauspiel vollständig zu verbieten. Nur die Betrachtung halte sie davon ab, daß nach Verminderung der Anzahl der Feiertage den geringeren Ständen fast nur die Sonntage zur Erholung und Belustigung übrig blieben. Endlich sei im Schauspiel weniger Anlaß zu sträflichen Handlungen als anderwärts und bei geheimen Zusammenkünften geboten.

Bedauerlicher Weise entsprach jedoch die Entscheidung der Kaiserin den an sie gelangten Anträgen nicht. Nachdem sie sich die Sache reiflich überlegt[97]), befahl sie, daß die Frage wegen Verringerung der Anzahl der Feiertage fallen zu lassen und in Rom nur das Begehren anzubringen sei, es möge die bisherige Verpflichtung der Katholiken, an den durch Benedict XIV. abgeschafften Feiertagen die Messe zu hören, aufgehoben werde. Die Anträge auf bessere Heiligung der Feiertage wurden genehmigt.

Obgleich es an einem eigentlichen Beweismittel hiefür gebricht, so wird doch mit ziemlicher Bestimmtheit für Kaunitz das Verdienst in Anspruch genommen werden dürfen, daß Maria Theresia binnen kurzem von ihrem Entschlusse wieder abging. Aus Anlaß des ihm zugekommenen Auftrages, in Rom keine Verringerung der Anzahl der Feiertage zu begehren, scheint Kaunitz der Kaiserin hiegegen mündlich sehr nachdrückliche Vorstellungen gemacht zu haben. Nur so läßt es sich erklären, daß er ihr etwa sechs Wochen später den Entwurf eines Schreibens vorlegen konnte[98]), das sie selbst an den Papst richten sollte, um nicht nur die Beseitigung der Verpflichtung, an den von Benedict XIV. abgeschafften Feiertagen die Messe zu hören, sondern auch eine neue Verminderung der kirchlichen Festtage von ihm zu erlangen.

Man kann wohl sagen, daß auch bei diesem Anlasse wieder Kaunitz als hervorragender Staatsmann sich bewährte. Jedem nicht unumgänglich nothwendigen Conflicte mit Rom aus dem Wege zu gehen und das Gewollte in der freundschaftlichsten und friedfertigsten Weise, aber darum mit nicht geringerer, sondern mit um so größerer

Sicherheit zu erreichen, darauf war sein eifriges Bestreben von allem Anfange an gerichtet. Darum mag er auch Maria Theresia bestimmt haben, persönlich und in eben so verbindlicher als vertraulicher Weise, somit auch in italienischer Sprache dem Papste zu schreiben. Sowohl der Brief der Kaiserin als die Denkschrift, welche ihm beigeschlossen wurde, waren von Sperges entworfen. Die letztere enthielt nach einer ausführlichen Entwicklung der Gründe, die für Verringerung der Anzahl der Festtage sprachen, die Bitte an den Papst, sie um dreiundzwanzig zu vermindern [99]).

Um ja keine Rücksicht gegen das Oberhaupt der Kirche zu vernachlässigen, schrieb Kaunitz an Brunati — der Cardinal Alexander Albani wurde gar nicht in das Vertrauen gezogen — und befahl ihm, den Papst um Gewährung einer Privataudienz zu bitten. In derselben möge er ihn vorläufig von dem aus Wien erhaltenen Auftrage unterrichten und ihn befragen, welche Aufnahme er dem Briefe der Kaiserin und dem darin gestellten Begehren zu bereiten gedenke. Nur im Falle einer günstig lautenden Antwort des Papstes sei ihm das Schreiben der Kaiserin wirklich zu übergeben. Sollte er in unbestimmter oder gar in ablehnender Weise sich aussprechen, dann möge Brunati hievon nach Wien Meldung erstatten und sich fernerer Schritte in Rom einstweilen enthalten [100]).

Man durfte es als gute Vorbedeutung ansehen, daß Clemens XIV. einen früheren Brief der Kaiserin, den sie aus Anlaß der Ertheilung der päpstlichen Dispensation zur Vermälung ihrer Tochter Amalie mit dem Herzoge von Parma an ihn richtete, mit allen äußeren Zeichen unbegrenzter Verehrung für Maria Theresia aufnahm. Wie Brunati berichtet, hatte er es in seiner Gegenwart erbrochen, geküßt, gelesen und wieder gelesen. In die lebhaftesten Kundgebungen der Befriedigung über die huldvollen Ausdrücke, deren die Kaiserin sich gegen ihn bediente, brach er aus. Er fürchte nur, fügte er hinzu, daß er die allzu günstige Meinung, die sie von ihm hege, nicht werde rechtfertigen können, und er erklärte, daß er sich ihrem Schutze unbedingt vertraue [101]).

Unter solchen Umständen konnte man in Wien auf die Willfährigkeit des Papstes wohl mit einiger Zuversicht zählen. Die Erwartung, der man sich hingab, wurde auch in keiner Weise getäuscht. Gleich die erste Eröffnung, die ihm gemacht wurde, nahm Clemens XIV. mit Wohlwollen auf, und als ihm nun Brunati die Abschriften des Briefes der Kaiserin und des Memorandums mittheilte, welches demselben beigeschlossen war, antwortete er, er sei wenigstens im Allgemeinen geneigt, den Wünschen der Kaiserin zu willfahren. Aber freilich behalte er sich eine nähere Prüfung der einzelnen Punkte noch vor, und müsse jetzt schon bemerken, daß für die österreichischen Besitzungen in Italien nicht die gleichen Zugeständnisse gemacht werden könnten, wie für die übrigen Länder der Kaiserin. Und als er die Namen der Heiligen las, deren Feste in Oesterreich künftighin nicht mehr gefeiert werden sollten, und unter ihnen seinen eigenen Patron fand, da meinte er scherzend, daß er in die Aufhebung dieses Festes wohl kaum werde willigen können. Im übrigen ließ er die Kaiserin neuerdings seiner größten Bereitwilligkeit versichern, ihren Wünschen zu willfahren. Maria Theresia aber schrieb auf den Bericht [102]), mit welchem Kaunitz ihr die Meldung Brunati's vorlegte und seine Freude über dieselbe zu erkennen gab, eigenhändig die etwas kühleren Worte: „dient zur nach„richt; der effect mus es weisen".

Und in der That, „der Effect", wie Maria Theresia sich ausdrückte, zeigte sich wenigstens für den Anfang nicht so günstig, als man nach den ersten Aeußerungen des Papstes erwarten mochte. Unter mancherlei Vorwänden verzögerte er es, sich definitiv zu erklären. Als aber Brunati in Folge neuer Aufträge aus Wien immer entschiedener in ihn drang, antwortete er ihm, daß er durch das Begehren des Kaiserhofes so wie durch die in gleicher Absicht von allen Seiten an ihn gelangenden Vorstellungen der geistlichen Reichsfürsten und anderer deutscher Bischöfe sich in große Verlegenheit gebracht sehe. Denn so abweichend seien ihre Begehren von einander, daß sie sich nicht selten geradezu widersprächen und er nicht wisse, wie es anfangen, um zu einem gleichförmigen Systeme zu gelangen [103]).

Bemerkenswerth ist der Unterschied des Eindruckes, den diese Nachrichten aus Rom auf Kaunitz und auf Maria Theresia hervorbrachten. Der Staatskanzler meinte in der Haltung des Papstes Kennzeichen ängstlicher Unentschlossenheit oder allzugroßer Schlauheit, und die Absicht, Jedermann zufrieden zu stellen, erblicken zu sollen. Die Sache selbst leide jedoch, fügte Kaunitz hinzu, durchaus keinen Aufschub, und er billigte es daher, daß Brunati den Papst nachdrücklich zu rascher Entscheidung gedrängt hatte [104]). Maria Theresia aber antwortete dem Fürsten: „es wäre noch einige zeit abzuwarten, dan es „wohl gutt wäre, wan durchaus die gleichheit deren feüertagen kunte „eingeführt werden".

Wie sorgsam der Papst es vermeiden wollte, in dieser Angelegenheit persönlich eine bindende Erklärung abzugeben, ging aus seiner Antwort an die Kaiserin ebenfalls deutlich hervor. Indem er sie im Allgemeinen auch hinsichtlich dieses Punktes seiner willfährigen Gesinnung versicherte, sprach er ihr doch seinen Wunsch aus, daß die Verhandlung hierüber nicht in Rom, sondern in Wien weitergeführt werden möge. Nur in der Hauptstadt der österreichischen Monarchie sei man so genau mit den überaus verschiedenen Verhältnissen und Zuständen der einzelnen Diözesen bekannt, daß man die Sache mit gehöriger Berücksichtigung dieser Eigenthümlichkeiten zu regeln vermöge [105]).

In hohem Grade bemerkenswerth sind die Aeußerungen, mit denen Kaunitz die Meldung an die Kaiserin begleitete, daß der Nuntius Visconti sich um die Erlaubniß bewerbe, ihr das Schreiben des Papstes in einer ihm zu gewährenden Audienz überreichen zu dürfen. Dringend warnte er sie vor der Zulassung irgendwelcher Verschiedenheit in den neu zu treffenden Einrichtungen. Ueberall sei das Bedürfniß nach denselben gleich, also möge auch die zu erlassende Anordnung eine gleichförmige sein. Maria Theresia aber setzte den Staatskanzler von dem Verlaufe der Audienz des Nuntius und von ihren eigenen Ansichten mit folgenden Worten in Kenntniß:

„bin in allen verstanden, was hier errinert wird. der Fürst „wird aus einen schreiben von nuntio ersehen, was in der audienz

„passirt. mus bekennen, das selben tag noch nicht gantz wohl ware; „mich nicht längers auffhalten können, mithin auch wegen ausnahm „einiger länder und besonders italien keine frag ware, nur von denen „zwey frauenfesten, die in martij und decembre fallen, welche in „solchen monathen sein, wo der bauersman nichts besonders zu thun „hat, die accordirt habe, sonsten ihme in allen an fürsten gewisen, „und wegen lassung der aposteln in calendre kein bedenken; es müsten „alle missal, alle brevier geändert werden. wan nur die bischöffe „die hand halten, das kein predig und besonderer gottesdienst und die „vigillien transportirt und dise täge auffgehoben werden, dann die „transportirung an die sonntäge keineswegs gestatten mögte; herent„gegen müsten auch künftig selbe besser geheiligt werden als jetzo, „welches wir schonn vor acht jahren einführen wollen, wan sich der „fürst errinert, wie der staattsrath errichtet worden. disen sommer „nach ostern man schonn anfangen kunte, die feüertag nicht mehr zu „halten, obwohlen die calendre schonn darauffen sind [106])."

Diese Mittheilung der Kaiserin lieferte dem Staatskanzler die Grundlage zur Fortführung der Verhandlung mit dem Nuntius. Schon in der ersten Hälfte des Jänner 1771 war er im Stande, die einzelnen Begehren und Anträge desselben zur Kenntniß der Kaiserin zu bringen und sie um ihre Entscheidung zu bitten. Statt dreiundzwanzig sollten nur zwanzig Festtage hinwegfallen, weil der Nuntius auf dem Begehren beharrte, daß zu Weihnachten, zu Ostern und zu Pfingsten auch noch der Tag nach dem Hauptfeste ein Feiertag sei. An den abgeschafften Festtagen hätte eine Verpflichtung zur Anhörung der Messe nicht mehr zu bestehen und jegliche Arbeit sollte erlaubt sein. Eine Uebertragung der Feiertage auf die Sonntage fände nicht statt, und in den Kalendern wäre keine andere Veränderung vorzunehmen, als daß die abgeschafften Feiertage darin nicht mehr mit rother Farbe und mit größeren Buchstaben als die gewöhnlichen Werktage gedruckt würden. Die Beibehaltung des St. Josephsfestes wurde als ein persönlicher Wunsch des Papstes hingestellt und schließlich begehrt, daß die bisherigen Vigilfasten von den zu reduzirenden acht Festtagen der Apostel und dem Laurentiustage auf ebensoviele Mittwoche

Bemerkenswerth ist der Unterschied des Eindruckes, den diese Nachrichten aus Rom auf Kaunitz und auf Maria Theresia hervorbrachten. Der Staatskanzler meinte in der Haltung des Papstes Kennzeichen ängstlicher Unentschlossenheit oder allzugroßer Schlauheit, und die Absicht, Jedermann zufrieden zu stellen, erblicken zu sollen. Die Sache selbst leide jedoch, fügte Kaunitz hinzu, durchaus keinen Aufschub, und er billigte es daher, daß Brunati den Papst nachdrücklich zu rascher Entscheidung gedrängt hatte [104]). Maria Theresia aber antwortete dem Fürsten: „es wäre noch einige zeit abzuwarten, dan es „wohl gutt wäre, wan durchaus die gleichheit deren feüertagen kunte „eingeführt werden".

Wie sorgsam der Papst es vermeiden wollte, in dieser Angelegenheit persönlich eine bindende Erklärung abzugeben, ging aus seiner Antwort an die Kaiserin ebenfalls deutlich hervor. Indem er sie im Allgemeinen auch hinsichtlich dieses Punktes seiner willfährigen Gesinnung versicherte, sprach er ihr doch seinen Wunsch aus, daß die Verhandlung hierüber nicht in Rom, sondern in Wien weitergeführt werden möge. Nur in der Hauptstadt der österreichischen Monarchie sei man so genau mit den überaus verschiedenen Verhältnissen und Zuständen der einzelnen Diözesen bekannt, daß man die Sache mit gehöriger Berücksichtigung dieser Eigenthümlichkeiten zu regeln vermöge [105]).

In hohem Grade bemerkenswerth sind die Aeußerungen, mit denen Kaunitz die Meldung an die Kaiserin begleitete, daß der Nuntius Visconti sich um die Erlaubniß bewerbe, ihr das Schreiben des Papstes in einer ihm zu gewährenden Audienz überreichen zu dürfen. Dringend warnte er sie vor der Zulassung irgendwelcher Verschiedenheit in den neu zu treffenden Einrichtungen. Ueberall sei das Bedürfniß nach denselben gleich, also möge auch die zu erlassende Anordnung eine gleichförmige sein. Maria Theresia aber setzte den Staatskanzler von dem Verlaufe der Audienz des Nuntius und von ihren eigenen Ansichten mit folgenden Worten in Kenntniß:

„bin in allen verstanden, was hier errinert wird. der Fürst „wird aus einen schreiben von nuntio ersehen, was in der audienz

Es ist bereits früher gezeigt worden, in welch innigen Zusammenhang die Kaiserin die Verringerung der Anzahl der Feiertage mit einer eifrigeren Heiligung derselben brachte. Es scheint fast, als ob sie vor ihrem Gewissen die erstere Maßregel nur dann verantworten zu können geglaubt hätte, wenn gleichsam als Ersatzleistung hiefür in der zweiten Richtung Gottgefälliges geschehe. Darum ging nicht lange Zeit vorüber, bis sie diesen letzteren Punkt aus eigenem Antriebe neuerdings in Anregung brachte. Im November 1771 befahl sie dem Statthalter von Niederösterreich, Grafen Christian August von Seilern, ihr ein reiflich durchdachtes Gutachten vorzulegen über die Frage, ob künftighin in den öffentlichen Gast- und Schankhäusern in und vor der Stadt Wien, wie es bisher üblich gewesen, die Musik gestattet oder verboten sein solle. Als aber Seilern, dem Auftrage der Kaiserin entsprechend, die Gründe ausführlich entwickelte, welche sowohl für als wider den bisherigen Gebrauch in Betracht kamen, und er schließlich Alles der Entscheidung der Kaiserin anheimstellte [109]), antwortete Maria Theresia mit eigener Hand:

„die theater wären an denen sonntägen zu sperren, auch all „ander spectacles bis auff die hetz, die umb 4 uhr kan gehalten „werden. die würthshaüser, gasthaüser, cafeé, billiard wären zu „sperren bis 4 uhr vorbey ist, nachgehends wie jetzund selbe zu er„öffnen und zwar bis 10 oder 11 abends. der cardinal*) aber solle „eingeben, was vor andachten in denen pfarren nominatim umb „3 uhr gehalten werden. auff dem land wären die wirthshaüser und „music umb 3 uhr zu eröffnen."

Gegen das von der Kaiserin ausgehende Gebot, an Sonntagen die Theater zu schließen, erhob jedoch der oberste Kanzler Graf Blümegen nachdrückliche Vorstellung [110]). Die Antwort, welche Maria Theresia hierauf ertheilte, ist aus doppeltem Grunde beachtenswerth, und zwar ebensowohl wegen der Sache, um die es sich handelte, als um des neuen Beweises willen, den sie liefert, wie wohlwollend die Kaiserin

*) Der Erzbischof von Wien, Graf Migazzi.

auch die entschiedenste Einsprache aufnahm, wenn sie ihr nur begründet erschien.

„so vill ich gewuntschen hätte", schrieb Maria Theresia eigenhändig auf Blümegens Bericht, „das die theatre wenigstens die sonn„täge geschlossen wurden, so bündig finde die vorstellung der cantzley, „selbe zu gestatten, aber mit disen expressen beysätzen, das allein in „denen haubt- oder grösseren stätten selbe erlaubt sein sollen, nicht „aber vor 7 uhr, das all andere comödien in Vorstätten, auff dem „land nicht allein vor die sonntäge, sondern vor alzeit eingestelt sein „sollen, ausgenohmen sie hätten von denen gubernijs expresse erlaubnus, „welche nur accordirt werden sollen, wan selbe nutzlich gefunden werden, „welches alzeit hieher zu berichten wäre. das vor 3 uhr auff dem „land und 4 uhr in stätten keine music angefangen wird, solle ernst„lich befohlen werden und die creüshaubleüthe ernstlich darüber sorgen. „wan dargegen gefält wurde, es gleich nominatim anzuzeigen, beson„ders hier wohl acht zu haben in anfang, besonders in cafeé haüsern „und billiards. bin in übrigen mit allen sehr wohl eingenohmenen „und vorgeschlagenen mitteln verstanden".

Durch die Zustimmung der Kaiserin angespornt, legte ihr Blümegen schon binnen wenig Tagen den Entwurf der allgemein zu erlassenden Kundmachung vor. Welch großes Interesse Maria Theresia der Sache zuwandte, wird auch aus dem Umstande klar, daß sie den Entwurf nicht sogleich genehmigte, sondern noch einige Veränderungen an demselben anordnete. „kunte nicht," schrieb sie an Blümegen, „in „anfang gesetzt werden, nachdem der hl. Vatter die mehreren feüertag „nach unsern begern auffgehoben, umb dem publico mehr verdienste zu „gewinnen, so hat er beygesetzt, daß desto mehr die sonn- und das alle „feüertäge solen geheiligt werden, dessenthalben also dis weiter zu setzen, „creüshaubtleüthe und vorstehere selbsten mit ihren exempel dem vor„und nachmitagigen Gottesdienste beywohnen sollen, keine gastmahle, „commissionen oder noch weniger landreisen, was sonsten Nahmen „hat, an disen Gott geweiheten tägen zu halten wären, und mit dem „eygnen beyspill denen untergebenen beyspringen sollen, auch berichten,

Unter solchen Umständen konnte man in Wien auf die Willfährigkeit des Papstes wohl mit einiger Zuversicht zählen. Die Erwartung, der man sich hingab, wurde auch in keiner Weise getäuscht. Gleich die erste Eröffnung, die ihm gemacht wurde, nahm Clemens XIV. mit Wohlwollen auf, und als ihm nun Brunati die Abschriften des Briefes der Kaiserin und des Memorandums mittheilte, welches demselben beigeschlossen war, antwortete er, er sei wenigstens im Allgemeinen geneigt, den Wünschen der Kaiserin zu willfahren. Aber freilich behalte er sich eine nähere Prüfung der einzelnen Punkte noch vor, und müsse jetzt schon bemerken, daß für die österreichischen Besitzungen in Italien nicht die gleichen Zugeständnisse gemacht werden könnten, wie für die übrigen Länder der Kaiserin. Und als er die Namen der Heiligen las, deren Feste in Oesterreich künftighin nicht mehr gefeiert werden sollten, und unter ihnen seinen eigenen Patron fand, da meinte er scherzend, daß er in die Aufhebung dieses Festes wohl kaum werde willigen können. Im übrigen ließ er die Kaiserin neuerdings seiner größten Bereitwilligkeit versichern, ihren Wünschen zu willfahren. Maria Theresia aber schrieb auf den Bericht [102]), mit welchem Kaunitz ihr die Meldung Brunati's vorlegte und seine Freude über dieselbe zu erkennen gab, eigenhändig die etwas kühleren Worte: „dient zur nach„richt; der effect mus es weisen".

Und in der That, „der Effect", wie Maria Theresia sich ausdrückte, zeigte sich wenigstens für den Anfang nicht so günstig, als man nach den ersten Aeußerungen des Papstes erwarten mochte. Unter mancherlei Vorwänden verzögerte er es, sich definitiv zu erklären. Als aber Brunati in Folge neuer Aufträge aus Wien immer entschiedener in ihn drang, antwortete er ihm, daß er durch das Begehren des Kaiserhofes so wie durch die in gleicher Absicht von allen Seiten an ihn gelangenden Vorstellungen der geistlichen Reichsfürsten und anderer deutscher Bischöfe sich in große Verlegenheit gebracht sehe. Denn so abweichend seien ihre Begehren von einander, daß sie sich nicht selten geradezu widersprächen und er nicht wisse, wie es anfangen, um zu einem gleichförmigen Systeme zu gelangen [103]).

Bemerkenswerth ist der Unterschied des Eindruckes, den diese Nachrichten aus Rom auf Kaunitz und auf Maria Theresia hervorbrachten. Der Staatskanzler meinte in der Haltung des Papstes Kennzeichen ängstlicher Unentschlossenheit oder allzugroßer Schlauheit, und die Absicht, Jedermann zufrieden zu stellen, erblicken zu sollen. Die Sache selbst leide jedoch, fügte Kaunitz hinzu, durchaus keinen Aufschub, und er billigte es daher, daß Brunati den Papst nachdrücklich zu rascher Entscheidung gedrängt hatte [104]). Maria Theresia aber antwortete dem Fürsten: „es wäre noch einige zeit abzuwarten, dan es „wohl gutt wäre, wan durchaus die gleichheit deren feüertagen kunte „eingeführt werden".

Wie sorgsam der Papst es vermeiden wollte, in dieser Angelegenheit persönlich eine bindende Erklärung abzugeben, ging aus seiner Antwort an die Kaiserin ebenfalls deutlich hervor. Indem er sie im Allgemeinen auch hinsichtlich dieses Punktes seiner willfährigen Gesinnung versicherte, sprach er ihr doch seinen Wunsch aus, daß die Verhandlung hierüber nicht in Rom, sondern in Wien weitergeführt werden möge. Nur in der Hauptstadt der österreichischen Monarchie sei man so genau mit den überaus verschiedenen Verhältnissen und Zuständen der einzelnen Diözesen bekannt, daß man die Sache mit gehöriger Berücksichtigung dieser Eigenthümlichkeiten zu regeln vermöge [105]).

In hohem Grade bemerkenswerth sind die Aeußerungen, mit denen Kaunitz die Meldung an die Kaiserin begleitete, daß der Nuntius Visconti sich um die Erlaubniß bewerbe, ihr das Schreiben des Papstes in einer ihm zu gewährenden Audienz überreichen zu dürfen. Dringend warnte er sie vor der Zulassung irgendwelcher Verschiedenheit in den neu zu treffenden Einrichtungen. Ueberall sei das Bedürfniß nach denselben gleich, also möge auch die zu erlassende Anordnung eine gleichförmige sein. Maria Theresia aber setzte den Staatskanzler von dem Verlaufe der Audienz des Nuntius und von ihren eigenen Ansichten mit folgenden Worten in Kenntniß:

„bin in allen verstanden, was hier errinert wird. der Fürst „wird aus einen schreiben von nuntio ersehen, was in der audienz

„passirt. mus bekennen, das selben tag noch nicht gantz wohl ware;
„mich nicht längers auffhalten können, mithin auch wegen ausnahm
„einiger länder und besonders italien keine frag ware, nur von denen
„zwey frauenfesten, die in martij und decembre fallen, welche in
„solchen monathen sein, wo der bauersman nichts besonders zu thun
„hat, die accordirt habe, sonsten ihme in allen an fürsten gewisen,
„und wegen lassung der aposteln in calendre kein bedenken; es müsten
„alle missal, alle brevier geändert werden. wan nur die bischöffe
„die hand halten, das kein predig und besonderer gottesdienst und die
„vigillien transportirt und dise täge auffgehoben werden, dann die
„transportirung an die sonntäge keineswegs gestatten mögte; herent-
„gegen müsten auch künftig selbe besser geheiligt werden als jetzo,
„welches wir schonn vor acht jahren einführen wollen, wan sich der
„fürst errinert, wie der staattsrath errichtet worden. disen sommer
„nach ostern man schonn anfangen kunte, die feüertag nicht mehr zu
„halten, obwohlen die calendre schonn darauffen sind[106])."

Diese Mittheilung der Kaiserin lieferte dem Staatskanzler die Grundlage zur Fortführung der Verhandlung mit dem Nuntius. Schon in der ersten Hälfte des Jänner 1771 war er im Stande, die einzelnen Begehren und Anträge desselben zur Kenntniß der Kaiserin zu bringen und sie um ihre Entscheidung zu bitten. Statt dreiundzwanzig sollten nur zwanzig Festtage hinwegfallen, weil der Nuntius auf dem Begehren beharrte, daß zu Weihnachten, zu Ostern und zu Pfingsten auch noch der Tag nach dem Hauptfeste ein Feiertag sei. An den abgeschafften Festtagen hätte eine Verpflichtung zur Anhörung der Messe nicht mehr zu bestehen und jegliche Arbeit sollte erlaubt sein. Eine Uebertragung der Feiertage auf die Sonntage fände nicht statt, und in den Kalendern wäre keine andere Veränderung vorzunehmen, als daß die abgeschafften Feiertage darin nicht mehr mit rother Farbe und mit größeren Buchstaben als die gewöhnlichen Werktage gedruckt würden. Die Beibehaltung des St. Josephsfestes wurde als ein persönlicher Wunsch des Papstes hingestellt und schließlich begehrt, daß die bisherigen Vigilfasten von den zu reduzirenden acht Festtagen der Apostel und dem Laurentiustage auf ebensoviele Mittwoche

und Freitage vor Weihnachten übertragen würden. Kaunitz rieth der Kaiserin zur Annahme all dieser Vorschläge, nur meinte er, daß in Bezug auf den Unterschied, den man von päpstlicher Seite zwischen den österreichischen Ländern in Italien und den übrigen Staaten der Kaiserin gemacht zu sehen wünsche, nicht nachzugeben sei [107]).

„bin verstanden," antwortete Maria Theresia dem Staatskanzler, „das wan es möglich, auch die italienischen landen sollen begriffen „werden, doch nicht also, das das gantze werck dardurch auffgehalten „würde; wegen deren feüertagen wäre noch der anderte oster- und „pfingstfeüertag, wie auch josephi, die schonn vorhin abolirt waren, „noch beyzusetzen, wegen deren vigillien aber dem papst überlassen, „wie vill und was vor fasttäge er in advent vorschreiben wird."

„Maria Theresia."

Bei der besonderen Verehrung, welche die Kaiserin zu allen Zeiten dem heiligen Joseph gezollt, derzufolge sie auch ihrem ältesten Sohne den Namen dieses Heiligen gegeben, ist es zu verwundern, daß sie auf Unterdrückung des ihm gewidmeten Festtages bestand. Dieses Begehren jedoch und ihr ferneres Verlangen, daß zu Ostern und zu Pfingsten nur ein einziger Festtag aufrecht erhalten werden solle, fanden in Rom keine willfährige Aufnahme. Neuerdings sprach man dort den lebhaften Wunsch aus, es möge hinsichtlich dieser beiden Punkte von einer Aenderung abkommen. Nun gab auch Maria Theresia nach, und Kaunitz erhielt den Auftrag, dieß dem Nuntius mitzutheilen, um die unverzügliche Ausfertigung der päpstlichen Breve an die verschiedenen Bischöfe zu veranlassen [108]).

Trotz dieser Erzielung eines völligen Einverständnisses mit der Curie dauerte es noch mehrere Monate, bis endlich durch die Ankunft der päpstlichen Breven die Sache, wenigstens insofern der heilige Stuhl an ihr betheiligt war, gänzlich beglichen wurde. „es pressirt", erwiederte Maria Theresia auf die bezügliche Mittheilung des Staatskanzlers vom 6. August 1771, „es in die länder ergehen zu lassen, das es gewis „mit dem advent anfangen kan."

Es ist bereits früher gezeigt worden, in welch innigen Zusammenhang die Kaiserin die Verringerung der Anzahl der Feiertage mit einer eifrigeren Heiligung derselben brachte. Es scheint fast, als ob sie vor ihrem Gewissen die erstere Maßregel nur dann verantworten zu können geglaubt hätte, wenn gleichsam als Ersatzleistung hiefür in der zweiten Richtung Gottgefälliges geschehe. Darum ging nicht lange Zeit vorüber, bis sie diesen letzteren Punkt aus eigenem Antriebe neuerdings in Anregung brachte. Im November 1771 befahl sie dem Statthalter von Niederösterreich, Grafen Christian August von Seilern, ihr ein reiflich durchdachtes Gutachten vorzulegen über die Frage, ob künftighin in den öffentlichen Gast- und Schankhäusern in und vor der Stadt Wien, wie es bisher üblich gewesen, die Musik gestattet oder verboten sein solle. Als aber Seilern, dem Auftrage der Kaiserin entsprechend, die Gründe ausführlich entwickelte, welche sowohl für als wider den bisherigen Gebrauch in Betracht kamen, und er schließlich Alles der Entscheidung der Kaiserin anheimstellte [109]), antwortete Maria Theresia mit eigener Hand:

„die theater wären an denen sonntägen zu sperren, auch all „ander spectacles bis auff die hetz, die umb 4 uhr kan gehalten „werden. die würthshaüser, gasthaüser, cafeé, billiard wären zu „sperren bis 4 uhr vorbey ist, nachgehends wie jetzund selbe zu er„öffnen und zwar bis 10 oder 11 abends. der cardinal*) aber solle „eingeben, was vor andachten in denen pfarren nominatim umb „3 uhr gehalten werden. auff dem land wären die wirthshaüser und „music umb 3 uhr zu eröffnen."

Gegen das von der Kaiserin ausgehende Gebot, an Sonntagen die Theater zu schließen, erhob jedoch der oberste Kanzler Graf Blümegen nachdrückliche Vorstellung [110]). Die Antwort, welche Maria Theresia hierauf ertheilte, ist aus doppeltem Grunde beachtenswerth, und zwar ebensowohl wegen der Sache, um die es sich handelte, als um des neuen Beweises willen, den sie liefert, wie wohlwollend die Kaiserin

*) Der Erzbischof von Wien, Graf Migazzi.

auch die entschiedenste Einsprache aufnahm, wenn sie ihr nur begründet erschien.

„so vill ich gewuntschen hätte", schrieb Maria Theresia eigenhändig auf Blümegens Bericht, „das die theatre wenigstens die sonn„täge geschlossen wurden, so bündig finde die vorstellung der cantzley, „selbe zu gestatten, aber mit disen expressen beysätzen, das allein in „denen haubt- oder grösseren stätten selbe erlaubt sein sollen, nicht „aber vor 7 uhr, das all andere comödien in Vorstätten, auff dem „land nicht allein vor die sonntäge, sondern vor alzeit eingestelt sein „sollen, ausgenohmen sie hätten von denen gubernijs expresse erlaubnus, „welche nur accordirt werden sollen, wan selbe nutzlich gefunden werden, „welches alzeit hieher zu berichten wäre. das vor 3 uhr auff dem „land und 4 uhr in stätten keine music angefangen wird, solle ernst„lich befohlen werden und die creüshaubleüthe ernstlich darüber sorgen. „wan dargegen gefält wurde, es gleich nominatim anzuzeigen, beson„ders hier wohl acht zu haben in anfang, besonders in cafeé haüsern „und billiards. bin in übrigen mit allen sehr wohl eingenohmenen „und vorgeschlagenen mitteln verstanden".

Durch die Zustimmung der Kaiserin angespornt, legte ihr Blümegen schon binnen wenig Tagen den Entwurf der allgemein zu erlassenden Kundmachung vor. Welch großes Interesse Maria Theresia der Sache zuwandte, wird auch aus dem Umstande klar, daß sie den Entwurf nicht sogleich genehmigte, sondern noch einige Veränderungen an demselben anordnete. „kunte nicht," schrieb sie an Blümegen, „in „anfang gesetzt werden, nachdem der hl. Vatter die mehreren feüertag „nach unsern begern auffgehoben, umb dem publico mehr verdienste zu „gewinnen, so hat er beygesetzt, daß desto mehr die sonn- und das alle „feüertäge solen geheiligt werden, dessenthalben also dis weiter zu setzen, „creüshaubtleüthe und vorstehere selbsten mit ihren exempel dem vor„und nachmitagigen Gottesdienste beywohnen sollen, keine gastmahle, „commissionen oder noch weniger landreisen, was sonsten Nahmen „hat, an disen Gott geweiheten tägen zu halten wären, und mit dem „eygnen beyspill denen untergebenen beyspringen sollen, auch berichten,

„wie es überall in jeder haubtstatt oder creüs gehalten werde. bey„läuffig also, wan er nichts dargegen findet, mir eine copie der „expedition zu schicken."

Schon am folgenden Tage, dem 2. Jänner 1770 befand sich der nach ihren Andeutungen umgearbeitete Entwurf der Kundmachung in den Händen der Kaiserin. Mit zwei leichten Veränderungen, die sie auch jetzt noch vornahm, wurde er von ihr genehmigt [111]).

Neben der Beschränkung des Asylrechtes und der Verminderung der Feiertage bildeten noch andere, das Gebiet der kirchlichen Angelegenheiten berührende Maßregeln den Gegenstand lebhafter Correspondenz mit dem heiligen Stuhle. Eine derselben bezog sich auf die Festsetzung eines bestimmten Termines, vor dessen Erreichung die Ablegung bindender geistlicher Gelübde nicht mehr gestattet sein sollte.

Die erste Veranlassung zur Erörterung dieses Gegenstandes war ohne Zweifel in den allgemeinen Betrachtungen gelegen, in denen man sich zu jener Zeit über die Frage erging, ob die Anzahl der Ordensgeistlichen nicht zu groß, und ob deren allmälige Verringerung nicht im Interesse des Staates geboten sei?

Das Gutachten, welches wir hierüber von Kaunitz besitzen, bejaht diese Fragen mit sehr großer Lebhaftigkeit. Nicht nur erklärt er die damalige Zahl der Ordensgeistlichen für bei weitem zu groß, sondern er behauptet auch, daß wenn diesem Uebelstande in Oesterreich so wie in den übrigen katholischen Staaten nicht nach und nach abgeholfen würde, dieselben hiedurch allein schon immer tiefer sinken müßten, während hingegen die akatholischen Länder an Macht und Reichthum stets zunehmen würden. Der Cölibat des katholischen Clerus und der Umstand, daß sich derselbe zu jener Zeit aus den auserlesensten Jünglingen ergänzte, wodurch sie den bürgerlichen Beschäftigungen und dem Staatsdienste entzogen würden, die verhältnißmäßig weit geringere Besteuerung seiner reichen Besitzthümer, endlich die Stabilität der letzteren in einer Hand wurden von dem Staatskanzler als ebensoviele Beweise für die Richtigkeit seiner Anschauung angeführt. Er bemühte sich

außerdem darzuthun, daß die Verringerung der Anzahl der Ordensgeistlichen nach gar keiner Seite hin Nachtheil verursachen könnte. Und als eines der anzuwendenden Mittel, zu dieser Verminderung zu gelangen, bezeichnete er die zu erlassende Anordnung, daß künftighin die Ablegung von Ordensgelübden vor Erreichung eines bestimmten Alters nicht mehr statthaft sein solle.

Auch von den inneren Staatsbehörden war diese Frage bereits in Betracht gezogen worden, und die böhmische und österreichische Hofkanzlei hatte sich dafür ausgesprochen, daß zum Eintritte in ein Kloster die Vollendung des einundzwanzigsten, und zur Ablegung bindender Gelübde diejenige des zweiundzwanzigsten Lebensjahres nothwendig sein solle. Mit sehr großem Nachdrucke erklärte sich jedoch Kaunitz gegen diesen Vorschlag, und er meinte, vor Erreichung der bürgerlichen Großjährigkeit, somit vor Vollendung des vierundzwanzigsten Jahres solle Niemand in ein Kloster treten, Jedermann aber dasselbe vor Vollendung des dreißigsten Jahres nach seinem Belieben verlassen dürfen. Nicht nur der Staat werde aus einer solchen Bestimmung den unleugbaren und sehr großen Vortheil der Verringerung der Anzahl der Ordensgeistlichen ziehen, indem vorzeitige und unbesonnene Ablegungen von Gelübden nicht mehr vorkommen könnten. Auch der Religion müsse eine solche Neuerung zum Heile gereichen, weil in Zukunft nur Männer zum Klosterleben sich entschlössen, welche die Wahl dieses Berufes in voller Reife des Alters und nach genauer Erwägung der ihnen hieraus erwachsenden Pflichten vollziehen, die daher auch Gott um so würdiger dienen, der ihnen obliegenden Seelsorge eifriger sich hingeben, und deßhalb im Volke mehr Achtung und Ansehen genießen würden.

Daß die Kaiserin das unbestreitbare Recht habe, in dieser Sache selbstständig und ohne vorhergehende Verständigung mit dem heiligen Stuhle Gesetze für ihre Unterthanen zu erlassen, wurde von Kaunitz eifrigst bejaht. Denn es handle sich nur um Vorschriften für Angehörige ihres Staates, welche noch nicht in ein Kloster getreten seien und kein bindendes Gelübde abgelegt hätten. Sie seien daher noch nicht als geistliche Personen zu betrachten, und die Kirche besitze kein Anrecht auf sie [112]).

Dieser letzteren Anschauung des Staatskanzlers scheinen wohl, vielleicht mit alleiniger Ausnahme der Kaiserin selbst, all die Personen beigepflichtet zu haben, welche in dieser Sache überhaupt ein Gutachten abzugeben hatten. Wie es so oft schon geschehen, fügte sich Maria Theresia auch dießmal, wenngleich nicht gerade bereitwillig, den Wünschen ihres Sohnes und ihrer vertrautesten Räthe. Was aber die Festsetzung des Termines betraf, an dessen Erreichung die Ablegung der Ordensgelübde von nun an gebunden sein sollte, so schlug sie zwischen den einander entgegenstehenden Ansichten einen Mittelweg ein. Am 18. August 1770 genehmigte sie einen Antrag der böhmischen und österreichischen Hofkanzlei, demzufolge die Ablegung bindender geistlicher Gelübde vor Erreichung der gesetzlichen Großjährigkeit, somit vor Vollendung des vierundzwanzigsten Lebensjahres Niemand mehr gestattet sein sollte. Von einer Nullität der Gelübde, welche etwa im Widerspruche mit dieser Anordnung und trotz derselben abgelegt würden, dürfe jedoch, befahl Maria Theresia ausdrücklich, in dem kundzumachenden Patente keine Erwähnung geschehen [113]). Dagegen wäre den Vorstehern oder Oberinnen geistlicher Orden für jeden Fall der Uebertretung jener Anordnung eine Geldbuße von dreitausend Gulden aufzuerlegen. Die Wiederholung eines solchen gesetzwidrigen Vorganges aber würde die Verbannung des Ordensvorstehers aus sämmtlichen deutschösterreichischen Erbländern, und für das Ordenshaus je nach der Größe des Vergehens dessen gänzliche Aufhebung nach sich ziehen [114]).

Die Ursache, weßhalb Maria Theresia sich so ungern zur Erlassung dieser Kundmachung entschloß, lag ohne Zweifel in dem Wunsche, um ihretwillen nicht mit dem Papste, der sich dem Kaiserhofe in wichtigen Angelegenheiten willfährig bewiesen hatte, in Conflict zu gerathen. Denn leicht war vorherzusehen, daß man in Rom das selbstständige Vorgehen der österreichischen Regierung, ohne daß von Wien aus nur der geringste Schritt gethan worden wäre, sich früher mit dem heiligen Stuhle zu verständigen, recht bitter empfinden werde. Und so geschah es denn auch in der That. So eifrig Papst Clemens XIV. fortwährend bestrebt war, das befriedigendste Einvernehmen mit dem Kaiserhofe aufrecht zu erhalten, so sah er es doch als seine Pflicht an,

sich in ein so auffallendes Verfahren desselben nicht stillschweigend zu ergeben. Vor kurzem erst hatte er Brunati sein Absicht eröffnet, sich in wichtigeren Angelegenheiten nicht mehr der Vermittlung seines Nuntius in Wien zu bedienen, sondern direct an Kaunitz zu schreiben und ihn um seine Verwendung bei der Kaiserin zu bitten [115]). Jetzt schien dem Papste der Augenblick gekommen zu sein, in welchem er diesen Entschluß zum ersten Male ausführen sollte. Am 19. Februar 1771 berief er Brunati zu sich und übergab ihm unter vielen Lobsprüchen für Kaunitz ein an denselben gerichtetes Schreiben [116]), während ein zweites, für die Kaiserin bestimmtes an den päpstlichen Nuntius in Wien zur Ueberreichung an Maria Theresia abging [117]). In äußerst verbindlichen, aber darum doch nicht weniger drängenden Worten wurde von Seite des Papstes gegen die von Wien aus verfügte Feststellung des Termines zur Ablegung der Gelübde Vorstellung erhoben. Er gebe zwar zu, ließ Clemens XIV. sich vernehmen, daß die Bestimmung des Concils von Trient, derzufolge schon die Vollendung des sechzehnten Lebensjahres zur Ablegung der Gelübde befähige, mancherlei Uebelstände veranlassen und den berechtigten Wunsch nach einer Aenderung hervorrufen könne. Zur Herbeiführung einer solchen möge man daher auch auf seine Mitwirkung zählen, die er unter der Bedingung zu gewähren bereit sei, daß sie die Grenzen nicht überschreite, deren Einhaltung das Bedürfniß der katholischen Kirche erheische. Und niemals könne er glauben, daß die Kaiserin beabsichtige, das Recht sich beizulegen, über die Gültigkeit oder Ungültigkeit bereits abgelegter kirchlicher Gelübde einen für ihre Unterthanen verpflichtenden Ausspruch zu thun.

Wie Maria Theresia über diese ganze Angelegenheit dachte, geht aufs deutlichste aus den von ihr eigenhändig niedergeschriebenen Worten hervor, die sie an Kaunitz richtete, als er ihr die beiden Schreiben des Papstes mit dem Antrage vorlegte, sie möge vor deren Beantwortung das Gutachten des Staatsrathes einholen. „wan es noch eine sache „wäre", so lauten sie, „die noch gantz wäre, so hätte die meinung des „fürsten adoptirt. die sache aber ist nur gahr zu verdorben mit der „unzeittigen kundmachung. niemahls werde zulassen, das die nullitaett

„deren gelübdern von mir solle erkennt werden. Das concilium „tridentinum ist durchaus bei uns angenohmen; dises decidirt alles. „der papst will sich verstehen, dan ich auch bereit wäre, zu widerruffen, „was geschehen unbilig. allein weillen der papst selbst dem güttlichen „weeg einschlagt, so glaube selbsten das man noch besser aus der sach „wird komen können; ist also die question, ob man einige bischöfe „vernehmen will, oder directe mit selben oder dem nuntio oder zu „rom durch herzan die sach will tractirn lassen. der fürst wird also „mir die zwey antworten an papst vorlegen und zugleich mir ein„rathen dem weeg, durch wem dises geschäfft und wie solle tractirt „werden?"

Der scharf ausgeprägten Eigenliebe des Staatskanzlers war es jederzeit äußerst empfindlich, wenn er aus den Worten der Kaiserin eine Nichtübereinstimmung mit seinen eigenen Ansichten, oder gar eine Mißbilligung derselben herausfinden zu sollen glaubte. Ein neuer Beweis der Gereiztheit, der er in solchen Fällen wohl allzu leicht sich hingab, liegt auch jetzt wieder vor. Nach einer mehr als zwei Monate hindurch andauernden Bemühung, eine Antwort an den Papst zu Stande zu bringen, in welcher einerseits die Anschauungen der Kaiserin ihren Ausdruck erhalten, und andererseits doch die bisher von der österreichischen Regierung ins Auge gefaßten Zielpunkte nicht gänzlich aufgegeben werden sollten, legte ihr Kaunitz am 16. Mai 1771 den Entwurf eines solchen Schreibens vor. Die Randglossen, welche Maria Theresia zu demselben machte, zeigten jedoch, wie wenig sie mit seinem Inhalte zufrieden war. „ist ein particular höfliches schreiben, kein „manifest"; „all übriges vor ein erstes particularschreiben finde zu „vill, wie es dem fürst schon selbsten vorgekomen"; „der papst kan in „dises nicht eingehen, also auszulassen": so lauteten die mehrfachen Bemerkungen der Kaiserin über verschiedene Sätze des beabsichtigten Briefes an den Papst. Und das Ganze sendete sie dem Staatskanzler mit den Worten zurück: „habe einige sachen ausgelassen, die in einer „particularcorrespondenz mir nicht geschonnen sich zu schicken. in „der antwort des fürstens kann etwas mehr, aber glimpflich ange„bracht werden. der courir wird künfftige wochen nach Florentz

„abgehen; der briff ist also zu ständen zu schreiben, das ihme nur „signirn könne, und all dis mir wieder mit selben zuruck schicken."

Indem Kaunitz dem Auftrage der Kaiserin nachkam, erklärte er ihr, er würde dieß ohne jegliche Bemerkung über die Veränderungen gethan haben, die sie an dem Entwurfe ihres Schreibens an den Papst vornahm, wenn sie ihm nicht die Ursachen derselben, und wie es ihm scheine, mit Bezeigung einigen Mißfallens zu erkennen gegeben hätte. Da er sich jedoch schmeicheln zu dürfen glaube, nicht ohne alle Erfahrung in Aufsätzen jeder Gattung zu sein, und der Kaiserin nie etwas vorgelegt zu haben, was ihrer Würde oder ihrem Dienste nachtheilig gewesen wäre, so müsse er auch jetzt die anstößig befundenen Stellen seines Entwurfes mit wenig Worten vertheidigen.

Indem er dieß thut, bemüht Kaunitz sich zu beweisen, daß seine Vorschläge nur im Interesse der Kaiserin gelegen gewesen seien, daß jedoch durch dieselben auch denen des Papstes nicht zu nahe getreten wurde. Empfindlicher noch als durch den Tadel, den seine Arbeit erfahren, scheint jedoch Kaunitz durch das Begehren der Kaiserin verletzt worden zu sein, er möge den von ihr abgeänderten Entwurf gleichzeitig mit der Reinschrift neuerdings vorlegen. Er könne nicht glauben, erwiederte er ihr, daß sie zu diesem Auftrage durch die Befürchtung veranlaßt worden sei, ihr Befehl würde nicht pünktlich vollzogen werden. Er wolle also lieber annehmen, sie habe hiezu eine andere, und zwar eine solche Ursache gehabt, welche sich mit seiner ihr seit dreißig Jahren bewährten Treue und Redlichkeit vereinbaren lasse. Und indem er schließlich, ihrem Wunsche zufolge, ihr auch den Entwurf seines eigenen Schreibens an den Papst vorlegt, fügt er hinzu, er habe es absichtlich nur in ganz allgemein lautenden Ausdrücken verfaßt, weil es unschicklich wäre, wenn der Diener sich tiefer in die Sache einlassen würde als der Herr [118]).

„ich hätte besser gethan", antwortete hierauf Maria Theresia mit eigener Hand, „es nicht zu setzen. niemand weis besser als er „fürst, wie wenig seith 30 jahren was errinert, wie alles was aus „seiner so tief als einsichtigen feder geflossen, alzeit bewundert. in

„dieser sache allein fande das der eyffer vor mein dienst zu weit „brachte, und in jetzigen zeitten mehr als niemahls sich zu hütten in „geistlichen sachen, wie es leyder in diser sache schonn geschehen, nichts „zu erneüren, es bey dem alten lieber zu lassen, wan der papst nicht „angenehmers vorschlagt. bis in die Seelle hat mir wehe gethan, „was er wegen seiner 30jährigen diensten meldet und mich taxirt „eines mistrauens, weillen die papir wider zuruck begerte. ich wäre „dis nicht capable vor dem letzten meiner diener zu haben, noch „weniger vor einem, der bilig der erste und als mein besten freünd „haltete, mich also mistrauisch zu halten. ich mus wohl repetirn „die nembliche wort, das unglicklich bin, das eine 30jährige kantschafft „mit mir ihme keine bessere idee und zutrauen zu mir persuadirt. „ich schicke hier zernichtet das schreiben; er mögte selbes samt diser „note ins feüer werffen, das keine spuhr über bleibe. aprobire beede „brieff, die dem Kayser samt dem klein referat vorlegen werde, sie „darumb zuruck behalte."

Es scheint daß Fürst Kaunitz, durch diese huldvolle Kundgebung der Kaiserin gerührt, sich persönlich zu ihr verfügte, um jeden Schatten eines Zwiespaltes zwischen ihnen wieder zu verscheuchen. Hiebei mag es zu gegenseitigen Erklärungen gekommen sein, welche jedoch durch ein plötzliches Hinderniß, vielleicht einen Besuch des Kaisers abgebrochen wurden. Hierauf deutet wenigstens ein in französischer Sprache verfaßtes, ebenfalls eigenhändig geschriebenes Billet der Kaiserin, welches folgender Maßen lautet:

„Mein Stern ist nicht glücklich. Seit vielen Monaten glaubte „ich den Augenblick gefunden zu haben, Ihnen mein mehr als darnieder „gedrücktes Herz zu eröffnen und Ihre Rathschläge zu empfangen, deren „ich so sehr bedarf. In dem interessantesten Momente sind wir unter„brochen; ich bin darüber in Verzweiflung. Inzwischen werde ich „bemüht sein, so viel als es in meiner mehr als delicaten Lage möglich „ist, Nutzen zu ziehen und mich mehr nach meinem eigenen Gefühl zu „entscheiden. Wenn ich Sie öfter in der Nähe hätte, um meine Ent„schlüsse zu bestimmen, gienge Alles gut, aber mir selbst überlassen,

„bin ich unentschlossen, da ich meine Unzulänglichkeit kenne und nichts „besitze als einen wahrhaften und guten Willen, den man jedoch leicht „ins Schwanken bringen kann, und welchen mein Alter und mein „Kummer täglich noch schwächer machen. Ich bedarf Ihres Rathes, „ich rechne darauf, und bitte Sie diesen ganzen kleinen Zwist voll„ständig zu vergessen" [119]).

In dem von Kaunitz entworfenen Schreiben, welches Maria Theresia nun wirklich an den Papst abgehen ließ [120]), beschränkte man sich auf eine Beleuchtung der unbestreitbar vorhandenen Gesichtspunkte, in Anbetracht deren die allzu frühzeitige Ablegung bindender geistlicher Gelübde sich als nachtheilig darstellt. Die Festsetzung des hiefür erforderlichen Termines auf das Lebensjahr, an dessen Erreichung die bürgerliche Großjährigkeit geknüpft war, wurde gleichfalls vertheidigt, die Behauptung aber, daß in dem erlassenen Patente die vorzeitig abgelegten Gelübde für ungültig erklärt worden seien, als eine irrthümliche bezeichnet. Nichts habe die Kaiserin beabsichtigt, als ihre Unterthanen und insbesondere die Ordensvorstände von ihrem Willen zu unterrichten, daß künftighin solche Gelübde nicht vor Vollendung des vierundzwanzigsten Lebensjahres abgelegt werden sollten.

Mit der Bitte an den Papst, der bereits vollzogenen Maßregel auch seinerseits beipflichten zu wollen, und mit der Versicherung, daß sie jederzeit bereit sei, etwaigen Begehren des Papstes zu willfahren, in denen das geistige und das zeitliche Wohl der ihr anvertrauten Völker gleichmäßige Berücksichtigung fänden, schloß das Schreiben der Kaiserin, welches gleichwohl in Rom nicht den erwarteten Eindruck hervorgebracht zu haben scheint. Denn der Papst ging nicht weiter als bis zu der Erklärung, er wolle den Termin zur Ablegung bindender geistlicher Gelübde auf Vollendung des achtzehnten Lebensjahres feststellen, niemals aber sich zu dessen Fixirung auf das vierundzwanzigste Jahr herbeilassen. So lautete wenigstens seine Instruction für den Nuntius Visconti [121]), und in diesem Sinne waren auch die Schreiben verfaßt, welche Clemens XIV. an Maria Theresia und an Kaunitz erließ [122]). Freilich berichtete Visconti nach Rom, er sei von der

Kaiserin huldvollst empfangen worden, und sie habe ihm wenigstens einige Aussicht auf Erfüllung der Wünsche des Papstes eröffnet [123]). Aber thatsächlich kam es hiezu nicht, und das Patent der Kaiserin blieb in ungeschwächter Kraft.

Wie Maria Theresia gegen den heiligen Stuhl gesinnt war, und welche Haltung sie ihm gegenüber fortwährend beobachtet sehen wollte, geht aus ihren hier wiedergegebenen Aeußerungen wohl deutlich hervor. Um einen neuen Beweis hiefür zu liefern, mag noch eines Antrages Erwähnung geschehen, welchen Kaunitz in den ersten Tagen des Jänner 1772 an die Kaiserin richtete. Er machte sie auf die Zurücksetzung aufmerksam, welche der Person des Kaisers dadurch widerfahren sei, daß der Papst auf Begehren des Königs von Frankreich den Erzbischof von Rheims, und zwar ihn einzig und allein zum Cardinal ernannt habe, ohne ein Gleiches auch für einen von dem Kaiser Empfohlenen zu thun. Kaunitz schlug vor, als Genugthuung hiefür von dem Papste zu verlangen, daß er auch dem Bischofe von Passau, Grafen Leopold Firmian unverzüglich den Cardinalshut verleihe. Maria Theresia möge entscheiden, ob nicht, wenn der Papst sich dessen weigere, mit Ernst auf dieser Forderung bestanden, und nöthigen Falles sogar die Correspondenz mit dem römischen Hofe, wie es in ähnlichen Fällen schon öfter geschehen sei, abgebrochen werden solle. Außerdem werde man schon noch andere Mittel zu finden im Stande sein, die Curie zur Willfährigkeit zu vermögen [124]).

„ich habe kein bedencken", antwortete hierauf Maria Theresia mit eigener Hand, „beyzustimmen was man vorschlagt; wüntsche das „es geschehe; wo aber nicht, so kunte niemahl eingehen, das man mit „drohungen, noch weniger aber mit anderen werkthätigern mitteln „jemahls dem papsten mehr zubringete; lieber die sache fallen zu lassen."

Als ob der Papst von der Absicht der Kaiserin gewußt hätte, nicht ohne Rücksicht gegen ihn zu verfahren, zeigte er sich hartnäckiger, als Maria Theresia erwartet haben mochte. Sei es daß sie zuletzt selbst ungeduldig wurde oder daß es ohne ihr Vorwissen geschah: Kaunitz wies den Nuntius doch leise auf die Möglichkeit hin, der

Kaiser könnte die Wahl eines Patriarchen für ganz Deutschland veranlassen, der an die Spitze aller Bischöfe des Reiches gestellt werden würde [125]). Endlich begriff der Papst, von welchem ein Zeitgenosse bei diesem Anlasse schreibt, daß er durch seine Langsamkeit und seine Bedenklichkeiten sich jederzeit selbst des Verdienstes beraube, das ihm eine rasche Gewährung gestellter Begehren erwerben würde [126]), das Unpassende fernerer Weigerung. Gegen Ende des Jahres 1772 erhielt Bischof Firmian den Cardinalshut.

Auch in anderen, viel wichtigeren Angelegenheiten gab schließlich der Papst den Wünschen der Kaiserin nach. Einer derselben bezog sich auf die Verfügungen, welche mit den Einkünften der böhmischen Salzkasse getroffen werden sollten, die schon seit längerer Zeit den Gegenstand ernstlichen Zwiespaltes zwischen dem Kaiserhofe und dem heiligen Stuhle gebildet hatten.

In seiner Willfährigkeit gegen die Kirche war Kaiser Ferdinand II. so weit gegangen, daß er dem Papste Urban VIII. das Recht einräumte, über die Einkünfte der böhmischen Salinen zu kirchlichen Zwecken für Böhmen zu verfügen; der Papst aber ließ diese Einkünfte durch die Congregation der Propaganda im Einverständnisse mit dem Erzbischofe von Prag verwalten. Es scheint wohl, daß die finanziellen Bedrängnisse des Kaiserstaates während des siebenjährigen Krieges denselben zwangen, die Einkünfte der Salzkasse wenigstens zum Theile der ihr von Ferdinand II. und dem heiligen Stuhle zugewiesenen Bestimmung zu entziehen. Aber kaum war der Hubertsburger Friede zum Abschlusse gelangt, so finden wir die österreichische Regierung mit einem Plane beschäftigt, von welchem man hätte annehmen sollen, daß er von der päpstlichen Curie aufs freudigste würde begrüßt werden. Die Einkünfte der böhmischen Salzkasse wollte man zur Gründung eines Fondes verwenden, aus welchem man die Errichtung von mehr als hundert neuen Pfarreien und Localcaplaneien, endlich die Entsendung einer größeren Anzahl von Missionären nach Böhmen zu bestreiten gedachte. Wie man dem heiligen Stuhle die Sache darstellen ließ, beabsichtigte man hiedurch vor Allem den Bestand der katholischen

Religion in Böhmen zu befestigen und das zu besorgende Eindringen des Protestantismus aus den benachbarten Ländern zu verhindern [127]). Alles Drängen des Kaiserhofes, in Rom eine zustimmende Erklärung zu erhalten, blieb jedoch fruchtlos. Die nothwendigsten Bedürfnisse der Kirchen und des Clerus in Böhmen fanden keine Berücksichtigung bei der Congregation der Propaganda; dagegen nahm sie Zahlungen vor, welche man wenigstens in Wien für ganz überflüssig hielt. Darum sah sich endlich Maria Theresia durch die Berichte, welche sie hierüber aus Böhmen empfieng, und durch die Vorstellungen der Hofkanzlei zu der Erklärung veranlaßt, daß sie zwar die Berechtigung des heiligen Stuhles, über die Einkünfte der böhmischen Salzkasse zu verfügen, vollständig anerkenne und ihr keineswegs zu nahe treten wolle. Aber sie sei doch „als christliche Königin von Böhmen und Schutzfrau der „Religion" in ihrem Gewissen verpflichtet, für die pünktliche Ausführung der Absichten ihres Vorfahrs, des Kaisers Ferdinand II. eifrigst zu sorgen. Wie dieß in Böhmen geschehen solle, könne sie selbst und der Erzbischof von Prag viel besser als die so weit entfernte Congregation der Propaganda beurtheilen. Die Wahrheit dieser Behauptung werde durch die verkehrten Verfügungen der letzteren am besten bewiesen. Sie schlage daher vor, daß sie durch den Erzbischof von Prag alljährlich eine Liste derjenigen Ausgaben anfertigen lasse, welche den wirklich vorhandenen Bedürfnissen entsprächen. Diese Liste solle dem heiligen Stuhle zur Auswahl und Zustimmung so wie zur entsprechenden Verfügung vorgelegt werden. Würde dieser Vorschlag in Rom gleichfalls nicht angenommen, dann sähe sie sich gezwungen, dem Papste mit ferneren Vorstellungen nicht mehr lästig zu fallen, sondern die ihr nothwendig scheinenden Maßregeln zur Beseitigung unerträglich gewordener Uebelstände selbst zu ergreifen [125]).

So energisch diese Erklärung der Kaiserin auch lautete, welche Albani in ihrem Namen dem heiligen Stuhle gegenüber abzugeben hatte [126]), so blieb sie doch fruchtlos. Man mußte die Angelegenheit der Salzkasse in Böhmen zu denjenigen rechnen, hinsichtlich deren es, so lang Clemens XIII. noch lebte, unmöglich sein würde, zu einem Abkommen mit dem heiligen Stuhle zu gelangen. Nach dem Tode

des Papstes aber, und als die Congregation der Propaganda fortfuhr, die von der Kaiserin so sehr mißbilligten Zahlungen anweisen zu lassen, kam man neuerdings und mit gesteigertem Eifer auf die Sache zurück. „das geld liget todt", schrieb Maria Theresia am 26. Jänner 1770 eigenhändig an Kaunitz, „die pfarrer seith der reduction haben ihren „unterhalt nicht mehr, keine schullmeister werden angestellt, glaubte also „nach der cantzley meinung vor dies mahl und zwar zum letzten mahl „die 14000 Gulden von rom aus angewisene zu erfolgen, vor künfftig „aber nichts mehr. Maria Theresia."

Dieses Schreiben der Kaiserin veranlaßte den Staatskanzler, das Begehren hinsichtlich der Salzkasse, welches er seit der Thronbesteigung Clemens XIV. in Rom schon einmal hatte erneuern lassen [130]), jetzt nochmals, und zwar mit verdoppeltem Nachdrucke in Anregung zu bringen. Am 1. Februar 1770 geschah dieß, und der Propaganda wurde ein Termin bis zur Hälfte des März eingeräumt. Verstreiche er neuerdings fruchtlos, dann werde die Kaiserin von selbstständigem Vorgehen durch nichts mehr sich abhalten lassen [131]).

Diese entschiedene Sprache blieb wenigstens insofern nicht ganz wirkungslos, als nun der Papst gegen Albani und der Nuntius Visconti gegen Kaunitz die Bereitwilligkeit des heiligen Stuhles erklärten, den Wünschen der österreichischen Regierung Folge zu leisten. Als aber der Staatskanzler hierüber von dem Nuntius vorsichtiger Weise eine schriftliche Mittheilung verlangte, fiel sie keineswegs so aus, wie man dieß in Wien erwarten zu dürfen geglaubt hatte. Man wollte von Seite der Kirche zwar zustimmen, daß der Erzbischof von Prag und die zwei anderen böhmischen Bischöfe ihre Vorschläge wegen Verwendung der Einkünfte der Salzkasse nach Rom gelangen lassen dürften. Ja man dachte sich sogar anheischig zu machen, künftighin keine Zahlung mehr anzuordnen, ohne früher das Gutachten jener Bischöfe eingeholt zu haben. Endlich werde der Papst selbst darüber wachen, daß Alles von der Kaiserin Empfohlene vorzugsweise Berücksichtigung finde. Aber eine Verpflichtung zur Genehmigung der nach Rom gelangenden Anträge wollte man doch keineswegs eingehen,

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Jahrhunderts anlegt, nur begreiflich finden, daß Maria Thereſia die Union der griechiſchen mit der katholiſchen Kirche mit wohlwollenden Blicken betrachtete und ſie in jeder Weiſe zu fördern ſich bemühte. Nicht nur ihr Eifer für den Katholizismus und ihr ſehnſüchtiger Wunſch, zur Ausbreitung desſelben nach Kräften beitragen zu können, kamen hiebei ins Spiel; auch politiſche Rückſichten von nicht geringem Gewichte wirkten beſtimmend mit ein auf ihre Anſchauung. Nicht ohne allen Grund hatte ſie ihre Unterthanen griechiſchen Glaubens im Verdachte einer übergroßen Hinneigung zu Rußland, und das Verfahren des Hofes von St. Petersburg war ganz dazu angethan, die Beunruhigung der Kaiſerin noch zu mehren. Gar häufig wurden ruſſiſche Emiſſäre in Ungarn betreten, und man behauptete von ihnen, daß ſie ein doppeltes Ziel verfolgten: die Ackerbau treibende und gewerbsfleißige Bevölkerung griechiſch-nichtunirten Glaubens zur Auswanderung nach Rußland zu bereden, die Zurückbleibenden aber aus confeſſionellen Gründen zu eben ſo viel Anhängern Rußlands zu machen, deren Sympathien ſich ſodann der Hof von St. Petersburg im Falle eines Conflictes mit Oeſterreich zu ſeinem Nutzen bedienen könnte.

So lang die Zarin Eliſabeth noch lebte und Rußland mit Oeſterreich verbündet war, glaubte man von Wien aus in dieſer Angelegenheit ſo glimpflich als nur immer möglich verfahren zu ſollen. Nach der Auflöſung jener Allianz überwachte man jedoch das Treiben der ruſſiſchen Emiſſäre in Ungarn mit verdoppelter Sorgfalt. Maria Thereſia war es, welche dieſem Gegenſtande ihre beſondere Aufmerkſamkeit zuwandte, und die Aeußerungen, die ſie in Fällen der Anhaltung und Ausweiſung ruſſiſcher Emiſſäre oder zum mindeſten von Perſonen abgab, welche hiefür angeſehen wurden, laſſen ihre Anſicht hierüber in deutlichem Lichte erſcheinen. Als ihr im September 1762 eine Vorſtellung des ruſſiſchen Botſchafters Fürſten Galitzin gegen die Verhaftung des ruſſiſchen Gardecapitäns Eſernoevich vorgelegt wurde, ſchrieb ſie eigenhändig auf das Referat der Staatskanzlei [134]): „es iſt „alles gantz wohl abgeleinet worden und mus man disen herren nicht „zu weit ihr jurisdiction erweitern laſſen, ſonſten alle gesätze und „laſter bei ihnen ſchutz und übertretten wurden. diser czernowitz iſt

„just diser schlechte man, der unsern dienst verlassen, vill zu der emi-
„gration beredet, schonn längstens von hier gern weeghaben wollen, der
„allezeit impertinent begert die perenalitætt auff seine erkauffte gütter,
„welches keinesweges zu thun ist".

Bezeichnender noch sind die Aeußerungen, welche auf die Aus-
weisung des russischen Majors Scholoboff aus Tokay und aus ganz
Ungarn sich bezogen. „die sach deren russen in hungarn," schrieb
Maria Theresia gleichfalls eigenhändig auf den Bericht des Staats-
kanzlers vom 21. October 1762, „ist so important, das die gefährlichsten
„folgen darauß entstehen können. die nation ist sehr intriguante und
„falsch; hat sie einen hinterhalt zu hoffen, so können grosse übel ent-
„stehen. zwey regirungen in einen land können nicht bestehen oder
„protectionen, wan wir auch alzeit so freündlich beharreten wie mit
„der Kayserin Elisabeth. dis ist wohl nicht mehr zu vermuthen und
„doch wissen wir was vor unheil sie uns procurirt mit depopulirung
„unserer landen, mit anlegung neü servien und was noch alzeit unter
„der asche klimmet. mithin mus ein solider Plan formirt werden und
„Mercy mus von der Kayserin wenigstens dis erhalten, weillen doch
„in anderen grossen weltgeschäfften alda nichts solides zu hoffen ist,
„das nicht allein all dise colonien abberuffen werden, sondern auch
„alle emissarij, unter was prætext es immer sein kan, nicht mehr
„zu dulten sein. hätten noch einige forderungen, so sollen sie selbe
„jetzund gleich herausgeben und die de ministre en ministre zu
„tractirn, nicht aber selbsten leüte, schlechte subjecta schicken, die jahr-
„weis in land herum vagirn und nichts ausrichten als dem emi-
„grationsgeist zu suscitirn."

Zwei Individuen werden bei diesem Anlasse von der Kaiserin
als besonders gefährlich bezeichnet; sie hießen Kallinich und Mikassino-
vich. „diser mentsch," sagt sie von dem Letzteren, „hatt schon dreymahl
„religion changirt, nachdeme es ihme convenirt. er ware der chef
„von drey revolten, hat durch seine arglistigkeit sich alzeit gewust
„herauszuwickeln, weilen er die andere sacrificirt und sich herüber
„gewendet, wan er gesehen, das die Sachen übel ausschlagen kunten.

„er ist capable, weis sich zu verstellen; ich habe die copien in handen, „das er durch Keyserling dienst gesucht. der Kallinich, der jetzt in „carlstatt cassirt ist, ist das nembliche subjectum, beede die schlaueste, „kekeste und falscheste leüt, mithin Mercy zu prevenirn, das er macht, „das man solche leüte nicht annehme, und müsten wir es empfinden, „wan solche leüt bey ein alijrten angenohmen wurden, die sich so ver„gangen haben bey uns. wan aber auch andere in dienste komen „wolten, so erwarteten wir uns zu dem treuen und glauben, was „zwischen nachbarn und alijrten sich finden mus, das man keine ohne „unsern vorherigen agremens annehmen wurde, und alle abzuweisen „und also disen geist der emigration zu verhindern; die sach ist sehr „wichtig."

Je geringer der Grad der Civilisation, welche irgend ein Volksstamm besitzt, um so größer ist gewöhnlich der Werth, den er auf eine glanzvolle äußere Stellung seiner kirchlichen Oberen legt, und um so höher darf man die politische Bedeutung des Einflusses anschlagen, den diese Oberen auf ihn ausüben. Darum begreift es sich leicht, daß seit langer Zeit schon die unirten Ruthenen in Ungarn die Errichtung eines eigenen Bischofssitzes und dessen Unabhängigkeit von dem römisch-katholischen Clerus aufs sehnlichste wünschten. „Die unglückliche „Eifersucht des lateinischen Episcopates und des Adels," sagt ein geistlicher Gewährsmann [135]), „hatte jedoch bisher, gerade so wie in Polen, „alle Anstrengungen des ruthenischen Clerus, für seine Kirche eine „unabhängige und ihrer würdige Stellung zu erlangen, obwohl er „nachwies, daß eine solche nur ihre Vereinigung mit dem heiligen „Stuhle befestigen und die Bemühungen der Schismatiker zu nichte „machen würde, zu vereiteln gewußt. Der lateinische Clerus ging in „seiner Unwissenheit und aus elendem Privatinteresse so weit, daß er „behauptete, die Ruthenen wünschten nur in der Absicht einen Bischof „zu erhalten, um dann desto leichter mit der katholischen Kirche brechen „und zum Schisma zurückkehren zu können."

Nicht nur die Päpste, auch die eigenen Landesfürsten trachtete man durch solche Behauptungen abzuhalten von der Gewährung des

Wunsches der ungarischen Ruthenen. Maria Theresia war die Erste, welche die Union in anderem Lichte betrachtete, und schon im Jahre 1767 wandte sie sich an Papst Clemens XIII. mit der Erklärung, dass der ihr als Königin von Ungarn innewohnenden Machtvollkommenheit nahe sie die Errichtung eines fünfundvierzigsten unierten Bisthums in Munkács beschlossen, in welcher Gesinnung sie auch stehe.

Der siebente Bischof der griechisch-unierten Kirche in Munkács war durch Consecration des apostolischen Visitors von Erlau [93] in eine gewisse Abhängigkeit von demselben gerathen; dieser machte der letztere, Graf Carl Eszterhazy, die äußersten Anstrengungen in Rom, das Project der Kaiserin zum Scheitern zu bringen. Er erreichte es wirklich, dass Clemens XIII., statt dem in den letzteren Tagen seines Pontificates [94] noch vorgenommenen Acte seine Bestätigung zu ertheilen, jedwede Begutachtung oder dasselbe ganz. Die Absicht der Kaiserin wurde jedoch trotz nicht erfüllt [95], weil man fürchtete, dass sie diesem Papste ferneren Schritte erfolglos bleiben würden. Wann unter den Umständen, ist leicht vor der Hand zu errathen [96].

Wie schon einleitend mehrere Male angedeutet worden, wurde nun eine neue Aera mit der Thronbesteigung Clemens XIV., und zwar zur Anregung der Kaiserin nicht [97] neuerdings in die Curie getragen. Den Umständen der Kaiserin, welches in der am geraden [98] meinenden Weise zu thun, konnte mit dem Vorschlage, sie möge, um ihrem Wunsche grösseren Nachdruck zu verleihen, dem Papste noch darüber schreiben. Dies schien dem nun wirklich [99], oder ohne den erwarteten Erfolg. Wiederholt erachtete Alban von der Gesinnung des Papstes, den Wunsch der Kaiserin zu erfüllen [100], ins innigst meinte er, das päpstliche Breve müsse in den in ihren Händen befinden. Nur die Meldung des Staatskanzlers, dass ihm von allem nichts bekannt geworden [101], entlockte Maria Theresia: „Ich habe mich eines Empfindens, in welchem mir stehe, nicht schämen dürfen“

Um den Widerstand der Curie zu überwinden, sah man sich nun Maria Theresia zu einigen Zugeständnissen veranlasst. Sein

haltend an der Absicht, ein griechisch-unirtes Bisthum zu Munkács zu gründen und dasselbe von dem Erlauer Bischofe unabhängig zu stellen, gestattete sie, daß er, wie man in Rom jetzt vorschlug, wenigstens dem Erzbischofe von Gran als Primas von Ungarn untergeordnet würde [143]). Aber auch die Hoffnung, auf dieser Grundlage zu einer Vereinbarung mit dem heiligen Stuhle zu gelangen, ging vor der Hand noch nicht in Erfüllung. Denn als endlich das langerwartete Breve in Wien eintraf, enthielt es nicht viel Anderes als neue und sehr lebhafte Vorstellungen des Papstes gegen die beabsichtigte Maßregel. Er erklärte sich bereit, die Machtsphäre des bisherigen griechischen Vicars zu Munkács ansehnlich zu erweitern, ohne ihn jedoch der Jurisdiction des Bischofs von Erlau ganz zu entziehen. Sollte die Kaiserin hiemit nicht zufrieden sein, dann möge sie wenigstens zulassen, daß von beiden Seiten Alles an den heiligen Stuhl gebracht werde, was für das eine wie für das andere Begehren spreche. Erst dann werde man mit der Gnade Gottes diese Angelegenheit einer ersprießlichen Erledigung zuführen können.

Um dem Papste eine Brücke zur Nachgiebigkeit zu bauen, fügte sich Maria Theresia seinem Wunsche und ließ ihm die Verhandlungsacten über die Errichtung des neuen Bisthums übersenden. Jedoch geschah dieß nicht ohne daß sie in einem neuerlichen Schreiben ihren festen Entschluß, auf der Durchführung ihrer Absicht zu beharren, mit Entschiedenheit kundgethan und das ruthenische Volk gegen die wider dasselbe erhobenen Beschuldigungen mit Nachdruck vertheidigt hätte [144]).

Der Papst war noch nicht in den Besitz des Schreibens der Kaiserin gelangt, als er sich entschloß, ihrem Begehren zu willfahren. Indem er dieß erklärte [145]), bat er sie, ihm einen würdigen ruthenischen Priester zu bezeichnen, dem die Bischofswürde übertragen werden könnte. Er willigte ein, daß derselbe jeder Abhängigkeit von dem Bischofe zu Erlau enthoben und nur dem Erzbischofe von Gran als Primas von Ungarn untergeordnet werde. In die Hände eines römisch-katholischen Bischofs müsse er jedoch, so verlangte jetzt der Papst, zweimal im Jahre und in feierlicher Weise das Glaubensbekenntniß ablegen.

Wenn auch Maria Thereſia im Allgemeinen befriedigt war durch die endliche Nachgiebigkeit des Papſtes, ſo mißbilligte ſie doch höchlich die Bedingung, an welche dieſelbe geknüpft werden ſollte. Die dem neuen Biſchof von Munkács zuzumuthende Verpflichtung, ſich zweimal im Jahre zur Ablegung des Glaubensbekenntniſſes an den Sitz eines römiſch-katholiſchen Biſchofs zu begeben, bezeichnete ſie nicht nur als hart, ſondern ſogar als verletzend; unmöglich erſcheine es, ihm eine ſolche aufzuerlegen. Man könne ſich damit begnügen, daß er, da ihn ohnedieß die Geſchäfte ſeiner Kirche alle zwei oder drei Jahre nach Wien führen würden, bei ſeinem Aufenthalte in dieſer Stadt das Glaubensbekenntniß in die Hände des päpſtlichen Nuntius ablege. Außerdem möge er ſolches auch jedesmal thun, ſo oft der Erzbiſchof von Gran die Diöceſe von Munkács amtlich viſitire [146]). Schließlich machte ſie dem Papſte den Vorſchlag, der Biſchof von Munkács ſolle bei ſeiner Conſecration die Ablegung des Glaubensbekenntniſſes ſchriftlich, mit Siegel und Unterſchrift verſehen, dem Nuntius einſenden und dieſen Vorgang alljährlich erneuern [147]). Hierauf ging man denn zuletzt auch in Rom ein, und die Errichtung des griechiſch-unirten Bisthums zu Munkács wurde durch die Ernennung des Johann Bradács zu dieſer Würde eine vollendete Thatſache [148]).

Nur der Vollſtändigkeit wegen ſei hier noch erwähnt, daß auch der Wunſch der Kaiſerin, das kleine und überaus dürftige Bisthum von Syrmien mit dem von Bosnien vereinigt zu ſehen, vom Papſte erfüllt wurde. Allerdings bedurfte auch dieſer Entſchluß der Curie der geraumen Zeit von faſt drei Jahren, bis er zur Reife gelangte. Und ſelbſt als dieß endlich geſchah, fand Kaunitz noch das Bedenken dabei, daß in dem päpſtlichen Decrete nicht nur über die zu dem Bisthume Syrmien gehörigen Stiftungsgüter, ſondern auch über den Betrag verfügt wurde, welchen der öſterreichiſche Staatsſchatz zu Gunſten des Bisthums Bosnien leiſtete [149]). Maria Thereſia ging jedoch hierüber mit den Worten hinaus: „umb die ſach einmahl zu endigen, wäre die „expedition anzunehmen wie iſt, obwohlen die reflexiones des fürſten ganz trifftig ſind".

Wenn hier eine Reihe von Angelegenheiten zur Sprache gebracht wurde, zu deren Schlichtung man sich von Wien aus mit der römischen Curie ins Einvernehmen setzen zu sollen glaubte, so ist doch hieraus noch keineswegs zu folgern, daß man nicht auch in vielen ähnlichen Fragen selbstständig vorging. Um wenigstens einige dieser Maßregeln anzuführen, mögen hier die Aufhebung des Beichtkreuzers [150]), der Befehl, eine Excommunication nicht ohne Beiziehung des Kreisamtes vorzunehmen [151]), die Vorschriften für die Geistlichen in ihren Vermögensangelegenheiten [152]), die Aufhebung der Klosterkerker [153]), die Verbote für Geistliche, Testamente als Zeugen zu unterfertigen oder Geld außer Land zu versenden [154]), endlich die strenge Untersagung aller jener Handlungen, die mit ihrem Ansehen unvereinbarlich wären [155]), wenigstens im Vorbeigehen erwähnt werden.

Viertes Capitel.

Die Aufhebung des Ordens der Jesuiten.

So wichtig die Mehrzahl der bisher zur Sprache gebrachten kirchlichen Fragen auch an und für sich sein mochte, so trat doch ihre Bedeutung weit in den Hintergrund vor jenem Ereignisse zurück, welches damals die ganze katholische Welt in höchste Spannung und Aufregung versetzte, vor der Aufhebung des Ordens der Jesuiten.

Die Worte der Kaiserin, des Kaisers und des Staatskanzlers sind angeführt worden, aus denen ihre gemeinschaftliche Absicht hervorleuchtet, sich in dieser Angelegenheit neutral zu verhalten, nichts für und nichts gegen die Jesuiten zu thun und sich einfach der Entscheidung zu fügen, welche von Seite des Papstes über das Schicksal des Ordens gefällt werden würde. In Wahrheit kann man sagen, daß dieser Vorsatz auch ohne die geringste Abweichung von demselben thatsächlich durchgeführt wurde. Wir besitzen zwar einzelne Aufzeichnungen von der Hand der Kaiserin, aus denen mit Bestimmtheit hervorgeht, daß sie den Jesuiten nicht nur nicht feindlich gesinnt war, sondern vielmehr große Vorliebe für sie hegte [156]). Von Joseph hingegen wird sich wohl annehmen lassen, daß er die ziemlich allgemeine Abneigung wider sie theilte, während Kaunitz ohne Zweifel zu ihren ausgesprochenen Gegnern gehörte. Gleichwohl beobachteten alle drei nach Außen hin das gleiche Verfahren, und wie Maria Theresia sich jeder Dazwischenkunft zu Gunsten der Jesuiten enthielt, so schlossen sich andererseits Joseph und Kaunitz den Schritten nicht an, durch welche schließlich der Sturz des Ordens herbeigeführt wurde.

Man weiß daß Portugal mit der Vertreibung der Jeſuiten den Anfang gemacht hatte, und daß die bourboniſchen Höfe dieſem Beiſpiele binnen kurzem gefolgt waren. Der Reihe nach drangen ihre Geſandten zu Rom in Clemens XIII., ihn zu völliger Aufhebung des Ordens zu bringen. Der plötzliche Tod dieſes Papſtes entzog ihn der Nothwendigkeit, ſich entweder, ſeinen eigenen Ueberzeugungen entgegen, dem ſtürmiſchen Begehren der bourboniſchen Höfe zu fügen, oder mit ihnen in offene Feindſchaft zu gerathen. Aber es verſtand ſich gewiſſer Maßen von ſelbſt, daß mit der Thronbeſteigung Lorenzo Ganganelli's die Beſtrebungen der Gegner des Ordens nur neue Nahrung erhielten. Wenn ſich auch Clemens XIV. nicht vor ſeiner Wahl, und um dieſelbe zuwege zu bringen, zur Aufhebung des Ordens verpflichtet haben mochte, ſo knüpfte ſich doch an ſeine Erhebung vielleicht ganz ohne ſein Zuthun die beſtimmte Erwartung, daß ſolches geſchehen werde. War er jedoch, wie wir dieß bei minder bedeutenden Dingen geſehen haben, nicht gerade raſch in ſeinen Entſchlüſſen, ſo kam er natürlicher Weiſe in einer Sache von ſo unermeßlicher Wichtigkeit noch ſchwerer zu einer Entſcheidung. Aber es half nichts, wenn er bemüht war, durch den Plan einer Umgeſtaltung des Ordens dem täglich drängender werdenden Begehren nach deſſen Aufhebung zu entgehen. Insbeſondere war es Karl III. von Spanien, der ſich in dieſer Beziehung am beharrlichſten erwies.

Als dem Papſte kein anderer Ausweg mehr blieb, erklärte er, er könne nur im Einverſtändniſſe mit allen katholiſchen Monarchen Europa's die Aufhebung des Ordens der Jeſuiten verfügen, ſonſt laufe er Gefahr, daß ſeine Bulle in verſchiedenen Ländern zurückgewieſen werde [157]). Bei der feindſeligen Haltung, welche jedoch gerade die katholiſchen Staaten gegen die Jeſuiten beobachteten, konnte es ſich ihm nur um Oeſterreich handeln, welches nach wie vor in ſeiner wirklichen oder wenigſtens ſcheinbaren Theilnahmsloſigkeit verharrte. Da man die innere Geſinnung der Kaiſerin kannte, mochten die Freunde des Ordens auf ſie ihre letzten Hoffnungen bauen. Aber bald ſollten ſich dieſelben als trügeriſch erweiſen. Der König von Spanien nahm es der Curie gegenüber auf ſich, die Zuſtimmung des Kaiſerhofes zu der beabſichtigten Maßregel zu erwirken. Schon in den erſten

Tagen des März 1773 befand er ſich im Beſitze des Breve, welches Clemens XIV. entworfen hatte, um die Aufhebung des Ordens zu verfügen. Der zu Paris befindliche ſpaniſche Geſchäftsträger Magallon überbrachte am 13. März dem kaiſerlichen Botſchafter Grafen Mercy ein vom 5. desſelben Monates datirtes Schreiben ſeines Königs an Maria Thereſia. Die Beweggründe gab Karl III. ihr kund, in Anbetracht deren er ſchon vor ſechs Jahren die Ausweiſung der Jeſuiten aus ſeinen Staaten veranlaßt und ſeither immer die völlige Aufhebung eines Ordens gewünſcht habe, der ſeiner urſprünglichen Einrichtung untreu geworden und deſſen Fortdauer für die Kirche wie für den Staat gleich nachtheilig ſei. Der gegenwärtige Papſt, von den jetzigen Grundſätzen der Jeſuiten unterrichtet, und mehr als ein Anderer im Stande, ein Urtheil über ſie zu fällen, habe zu wiederholten Malen verſichert, daß die Aufhebung ihres Ordens dem Wohle der Religion und der Kirche entſpreche. Durch dieſe gewichtige Erklärung in ſeiner Anſicht beſtärkt, habe der König von Spanien in Gemeinſchaft mit den gleichgeſinnten Königen von Frankreich, von Neapel und Portugal ſchon im Jahre 1770 die Anſchauung der Kaiſerin zu erfahren geſucht, deren Ausſpruch von dem größten Einfluſſe auf die römiſche Curie ſein mußte. Damals habe Maria Thereſia erwiedert, daß ſie ſich der Aufhebung des Ordens der Jeſuiten nicht widerſetzen würde, wenn der Papſt ſie für nothwendig anſehen ſollte, unter der Vorausſetzung jedoch, daß er den Kaiſerhof hievon vorläufig benachrichtige. Der heilige Vater, welcher von dieſer Antwort in Kenntniß geſetzt wurde, habe gleichwohl noch ſehr lange Zeit damit zugebracht, die Angelegenheit der Jeſuiten zu prüfen. Jetzt ſei er von der Nothwendigkeit der Aufhebung des Ordens durchdrungen, und er habe im höchſten Geheimniß den Entwurf eines Breve mit der Bitte nach Spanien geſendet, daß er von dort aus in Wien mitgetheilt werde, indem früher nichts in dieſer Sache verfügt werden ſolle. Der König von Spanien ſchloß ſein Schreiben an die Kaiſerin mit dem Ausdrucke der zuverſichtlichen Hoffnung, ſowohl Maria Thereſia als Joſeph würden ſich zu einer Erklärung herbeilaſſen, welche dem Vorhaben des Papſtes entſpräche und dadurch geeignet erſchiene, die der gleichen Anſchauung huldigenden Monarchen zu beruhigen [158]).

Die Kürze der Zeit, welche zwischen der Ankunft des Briefes des Königs von Spanien in Wien und dem Tage verlief, an welchem Kaunitz der Kaiserin den Entwurf der hierauf zu ertheilenden Antwort vorlegte [159]), läßt nicht darauf schließen, daß über die Art, in welcher die letztere abzufassen war, eine sehr große Meinungsverschiedenheit zwischen den betheiligten Personen am Kaiserhofe bestand. Maria Theresia erklärte sich auch bereit, den von Kaunitz verfaßten Brief an den König von Spanien zu richten, aber im letzten Augenblicke noch ersetzte sie dessen Entwurf durch ein anderes Schreiben, das in einem weniger förmlichen, einem vertraulicheren Tone abgefaßt war. Außerdem nahm die Kaiserin eine den Jesuiten günstige Stelle darin auf, während in dem früheren Entwurfe weder zu ihrem Lobe noch zu ihrem Tadel irgend etwas gesagt war.

„Durch Mercy erhielt ich," so lauten die Worte der Kaiserin an den König von Spanien, „den Brief Eurer Majestät vom 5. März, „und dieser wird Ihnen auf dem gleichen Wege zukommen. Eure „Majestät erinnern mich an das, was im Jahre 1770 der Kaiser und „ich Ihrem Minister Fuentes und demjenigen Frankreichs hinsichtlich „der Jesuiten erklärten. Da seither nichts geschah, was unsere damali„gen Gesinnungen zu ändern vermocht hätte, so werden wir trotz der „Hochschätzung, die ich für diese Gesellschaft jederzeit empfand und „welche sie auch durch ihren Eifer und ihre gute Aufführung in meinen „Ländern verdiente, ihrer Aufhebung kein Hinderniß in den Weg legen, „wenn der Papst sie als zweckmäßig und nützlich ansieht für die Einig„keit unserer heiligen Religion. Er hätte keine bessere Wahl treffen „können als uns seine Absichten durch Eure Majestät mitzutheilen, „indem die Anhänglichkeit und die Hochachtung bekannt sind, die ich „für Ihre Person hege, und ich mich freue, Ihnen in einer Sache „willfährig sein zu können, die Ihnen so sehr am Herzen liegt."

„Ohne hierin ein Hinderniß bereiten zu wollen, muß ich Ihnen „jedoch im Vertrauen mittheilen, daß ich dem Papste das Recht nicht „zuerkennen kann, über die Güter und über die Personen, welche dem „Orden angehören, zu verfügen. Niemals werden wir diese Clausel

[illegible]

[illegible]

[illegible] Widerstand [illegible] Ausspruche [illegible] als [illegible] Staaten [illegible] Man werde zu dem Aus[illegible] in der Bulle der Absatz, in welchem von der

zukünftigen Bestimmung der Güter des Ordens die Rede sein sollte, gänzlich hinwegbleibe und nur in ganz allgemein lautenden Worten gesagt werde, mit den Gütern der Jesuiten gedenke man die Verfügungen zu treffen, welche den Absichten der Stifter und den canonischen Gesetzen am meisten entsprächen [162]).

„Wenn man sich," erwiederte hierauf Kaunitz wörtlich, „in die „Stelle Seiner päpstlichen Heiligkeit setzt, so ist es in der That schwer, „daß Sie das Recht der weltlichen Fürsten, in Ihren Staaten über „geistliche Güter und Stiftungen zu verfügen, selbst ausdrücklich anerkennen und desfalls eine Sprache führen sollen, die den seit vielen „Jahrhunderten zu Rom eingewurzelten Grundsätzen widerspricht. Demungeachtet ist gedachtes Recht der Souveräne so sehr außer allem „Zweifel, daß Ihre Majestät demselben unmöglich Abbruch thun können. „Wie also immer die päpstliche Bulle über diesen Punkt abgefaßt „werden mag, so wird, ohne sich in wörtliche oder schriftliche Protestationen einzulassen, dennoch ipso facto nicht mehr und nicht weniger „geschehen, als was die Jura majestatica Ihrer Majestät offenbar „mit sich bringen. Uebrigens würde es unserem Hofe sehr lieb sein, „wenn es die Zeit noch zuläßt, wenigstens einige Wochen zum voraus „den Tag zu wissen, wann seine päpstliche Heiligkeit mehrgedachte „Bulle publiciren zu lassen Willens sind, um hiernach verschiedene „höchst nöthige präparatorische Maßnehmungen unverzüglich treffen zu „können [163])."

Wie Mercy nach Wien berichtete, war in der Zwischenzeit die ganze Angelegenheit, und zwar nicht etwa wegen eines kirchlichen, sondern wegen eines sehr weltlichen Streitpunktes ins Stocken gerathen. Der Papst habe verlangt, erklärte der Herzog von Aiguillon dem Grafen Mercy, daß ihm vor Kundmachung der Aufhebungsbulle Avignon und Benevent wieder zurückgestellt würden. Die bourbonischen Höfe widersetzten sich jedoch diesem Begehren mit der Behauptung, ein solcher Vorgang müßte für die Curie selbst die übelste Auslegung nach sich ziehen, denn es gewänne den Anschein, als ob der heilige Stuhl seiner Begierde, in den Wiederbesitz von Avignon und Benevent zu gelangen, den Orden der Jesuiten aufgeopfert hätte [164]). Sei es daß Clemens XIV.

das Gewicht dieser Betrachtung erkannte oder daß er selbst nun die Entscheidung nicht länger mehr hinausschieben wollte, am 21. Juli 1773 vollzog er die so berühmt gewordene Bulle Dominus ac Redemptor, durch welche er die Aufhebung aussprach.

Ganz eigenthümlich ist der Vorgang, welchen der Papst auch noch fortan der Kaiserin gegenüber beobachtete. Fünfzehn Tage vor der Unterzeichnung des Breve richtete er ein vertrauliches Schreiben an sie, in welchem er ihr seine Entschließung kundgab. Aber auch diesen Brief übersendete er dem Könige von Spanien mit der Bitte, das leer gelassene Datum mit dem Tage ausfüllen zu wollen, an welchem binnen Kurzem das Breve ausgefertigt werden würde [165]). In seinem Schreiben an Maria Theresia gab Clemens XIV. der Erwartung Ausdruck, er werde an ihr eine Stütze und ausgiebigen Schutz finden für die Verfügungen des heiligen Stuhles. Fern liege ihm der Gedanke, auch nur in der unbedeutendsten Sache die legitimen Rechte der Souveräne, am allerwenigsten aber diejenigen der Kaiserin schmälern zu wollen, in der er eine unüberwindliche Vertheidigerin der katholischen Religion erblicke. Als solche werde sie, wie sie es bereits versprochen, gewiß beitragen, daß die Häuser, Collegien und Güter der Gesellschaft Jesu gleichmäßig zum Besten der Religion wie des Staates verwendet würden. Hierauf vertrauend, habe er sich enthalten, in seine Entscheidung Anderes aufzunehmen als die ganz allgemein lautende Hinweisung auf diese Verpflichtung [166]).

Obwohl der Papst ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen hatte, der König von Spanien möge der Kaiserin dieses Schreiben erst dann übersenden, wenn er von der Vollziehung der Aufhebungsbulle Kenntniß erlangt haben würde, so meinte doch Karl III., er könne ihr dasselbe nicht vorenthalten, und er theilte es ihr daher einstweilen abschriftlich mit. Etwa vier Wochen später, am 13. August 1773 übersendete er ihr die päpstliche Bulle vom 21. Juli. Sie werde aus ihr ersehen, fügte er hinzu, daß dem Wunsche, den sie hinsichtlich ihrer Berechtigung zur Verfügung mit den Gütern der Jesuiten ausgesprochen habe, von Seite des heiligen Vaters Rechnung getragen worden sei [167]).

Sowohl dem Papste als dem Könige von Spanien dankte Maria Theresia in den verbindlichsten Ausdrücken für die ihr gewordene Mittheilung. Den Ersteren versicherte sie, sie werde ganz im Sinne seines Briefes diejenigen Verfügungen mit den Gütern des Ordens treffen, welche in der von ihm selbst angedeuteten, angemessenen Combinirung der Interessen der Kirche und des Staates gelegen seien [168]).

Diese Verfügungen hatten in der That schon seit geraumer Zeit den Gegenstand der sorgfältigsten Erwägungen der Kaiserin, ihres Sohnes Joseph und ihrer einflußreichsten Rathgeber gebildet. Bevor wir jedoch auf dieselben eingehen, sei es gestattet, zweier vertraulicher Aeußerungen der Kaiserin Erwähnung zu thun, aus denen der Eindruck hervorgeht, welchen die Aufhebung des Ordens der Jesuiten auf sie hervorbrachte. Die eine derselben ist an ihren getreuen Cabinetssecretär Cornelius Freiherrn von Neny, der sich damals zum Besuche seiner Familie nach Brüssel begeben hatte, die andere an die vertraute Freundin der Kaiserin, die Gräfin Enzenberg gerichtet, welche in Innsbruck weilte.

„Das Schicksal der Jesuiten ist jetzt entschieden", schrieb Maria Theresia an Neny. „Ich bedauere sie aufs tiefste, aber es gibt kein „Heilmittel mehr; man muß sich bemühen, die günstigste Wirkung für „unsere heilige Religion und den Staat daraus zu ziehen." Und in dem gleichen Briefe noch einmal auf die Jesuiten zurückkommend, fügt die Kaiserin hinzu: „Ich kann Ihnen nicht schildern, wie ich ins„besondere durch diese unglückliche Aufhebung beschäftigt und überladen „bin. Niemals habe ich mich so verlassen gefunden. Kaunitz, Blümegen, „Kreßl, Kolowrat sind abwesend; ich habe Niemand als den Cardinal „und Wrbna, und Sie wissen, wie wenig die Denkungsweise dieses „Letzteren mit der meinigen übereinstimmt" [169]).

Deutlicher noch rückt Maria Theresia mit der Sprache in einem etwas später geschriebenen Briefe an die Gräfin Enzenberg heraus. „Wegen der Jesuiten", so sagt sie ihr, „bin ich untröstlich und in „Verzweiflung. Mein ganzes Leben habe ich sie geliebt und hoch„geachtet und nichts als Erbauliches von ihnen gesehen. Aber ich habe

„diese ganze Leitung einer Commission überlassen, an deren Spitze sich „der Staatsrath Kreßl und Andere befinden. Ihnen allein sage ich „daß ich für sie fürchte, denn man entdeckt viel häßliche Dinge in „Geldsachen, welches sie sowohl in den Niederlanden als hier und „insbesondere in Böhmen bei Seite geschafft haben. Die Fonds, die „sie besitzen, genügen nicht, um auch nur der Hälfte von ihnen den „Unterhalt zu sichern, und die Finanzen können den Ausfall nicht „auf sich nehmen. Der Gedanke, jedem der angestellten Mitglieder „des Ordens 350 Gulden und den Anderen 200 Gulden zu Theil „werden zu lassen, kann nicht ausgeführt werden. Das Haus bei „St. Anna allein hat, indem es Heilmittel und Wein verkaufte, „monatlich 3000 Gulden gewonnen zum Nachtheil der Gastwirthe und „Chokolademacher, denn sie verkauften diese Dinge und ebenso ganz „fertige Kleider im Profeßhause. Wenn ich all dieß zudecken könnte, „so wäre ich glücklich, aber ich fürchte daß noch viel andere Sachen „ans Licht kommen werden. Man spricht sogar von vierzig Millionen, „welche seit dem Jahre 1757 nach England, Holland und Leipzig „gesendet worden sein sollen“ [170]).

Wenn Maria Theresia dem Freiherrn von Neny gegenüber in bittere Klage darüber ausgebrochen war, daß sie in dem überaus wichtigen Augenblicke der Aufhebung des Ordens der Jesuiten sich so verlassen fühle, so trug wohl die Abwesenheit des Kaisers von Wien hieran hauptsächlich Schuld. Bekanntlich war Joseph schon in der ersten Hälfte des Mai 1773 nach Südungarn und Siebenbürgen abgereist, von wo er sich nach dem neuerworbenen Königreiche Galizien begab. In diesen weit entfernten Ländern verweilte er länger als vier Monate, und wer sich der Langsamkeit und Schwerfälligkeit erinnert, mit welcher damals briefliche Verbindungen bewerkstelligt wurden, der wird leicht einsehen, wie schwer Maria Theresia den Rath und die Hülfe des Kaisers entbehrte, und wie sehr sie bei Allem, was sie insbesondere in kirchlichen Angelegenheiten verfügte, von der Besorgniß gequält wurde, hinterher den Widerspruch und die Mißbilligung Josephs erfahren zu müssen. Darum geschah es auch, daß die Kaiserin, als die Aufhebungsbulle nach Wien kam, ihre Veröffentlichung verbot und sie bis zur

Ankunft ihres Sohnes verschob [171]). Joseph aber, durch die Angelegenheiten Galiziens und die Rundreise, die er durch jenes Land unternahm, daselbst vorläufig festgehalten, dachte noch nicht an eine baldige Rückkehr. Inzwischen wurde natürlicher Weise die Nachricht von der geschehenen Aufhebung des Ordens der Jesuiten auf anderen Wegen überall bekannt, und man konnte es nicht länger verzögern, ihretwegen die nothwendigsten Vorkehrungen zu treffen. Maria Theresia ließ daher die Jesuiten einstweilen verständigen, daß sie die Aufhebungsbulle angenommen habe und ihnen nichts übrig bleibe, als sich ihr gleichfalls zu unterwerfen [172]). Am 7. September aber erging an die böhmische und österreichische Hofkanzlei, an den ungarischen Hofkanzler Grafen Franz Esterházy und an den Freiherrn von Bruckenthal wegen Siebenbürgen ein Handschreiben der Kaiserin als Richtschnur für die Kundmachung der päpstlichen Bulle. Ueberall sollte diese Publication durch die Bischöfe im Beisein von Regierungscommissären vorgenommen werden. Letztere hatten gleich nach der Kundmachung den Mitgliedern des nunmehr aufgehobenen Ordens den Schutz und die Gnade der Kaiserin zu versprechen, wenn sie fortan als treue Diener der Kirche und des Staates sich benähmen [173]). Dann sollten die Commissäre, und zwar gleichfalls im Namen der Kaiserin, Beschlag legen auf alle Güter des Ordens, dessen Archive und sonstige Schriften an sich nehmen und über alles Vorhandene genaue Verzeichnisse anfertigen.

So geschah es denn auch wirklich, natürlicher Weise zuerst in Wien. Am Abende des 10. September 1773 verkündigte Cardinal Migazzi in den Häusern der Jesuiten zu Wien und dann im Theresianum, welches bekanntlich ihrer Leitung anvertraut war, die Aufhebungsbulle. Gleichzeitig erschien der Vicepräsident der Hofkammer, Graf Wrbna, bei den Jesuiten und ließ sich die in ihren Cassen befindlichen Geldsummen so wie die Schriften ausliefern, die sich auf ihre Besitzthümer bezogen [174]). Alles ging in Ruhe, mit Würde und Anstand vor sich; nicht die geringste Ausartung nach irgend einer Seite kam vor [175]). Das Wienerische Diarium vom 15. September aber brachte eine von dem Freiherrn von Binder herrührende Anzeige, deren Abfassung ihm Maria Theresia aus eigenem Antriebe mit der ausdrücklichen

Bemerkung anbefohlen hatte, daß sie „convenabel, gut und wahr sein „müßte“ [176]). Sie lautete folgender Maßen:

„Se. Päbstliche Heiligkeit haben für gut befunden, den Jesuiten-„Orden gänzlich aufzuheben.“

„Die hierwegen in Form eines Breve erlassene Anordnung ist „den hiesigen Gliedern dieses Ordens von Sr. hochfürstl. Eminenz „Herrn Cardinal Erzbischoffe in Gegenwart der k. k. Kommissarien „behörig kundgemacht, und desfalls alles mit der größten Anständigkeit „und Ordnung vollbracht worden. Man stehet nun allerseits im Be-„griffe, diese päbstliche Anordnung zur gänzlichen Vollziehung zu bringen, „und gleichwie Se. päbstliche Heiligkeit in erwehntem Breve in Ansehung „der einzelnen Mitglieder dieses aufgehobenen Ordens bereits solche „Vorkehrungen getroffen haben, die derjenigen Liebe vollkommen ent-„sprechen, mit welcher Sie jedem insbesondere zugethan sind, so können „gedachte einzelne Mitglieder auch von Ihrer kais. und kön. apostol. „Maj. nicht geringere Merkmale Ihrer landesmütterlichen Hulden und „Gnaden, und jene Allerhöchste Zufriedenheit anhoffen, deren sie sich „durch ihre geleisteten Dienste würdig gemacht haben.“

Was hier von Wien gesagt wurde, kann im Allgemeinen auch auf sämmtliche österreichische Provinzen angewendet werden. Ueberall fügten die Jesuiten sich widerstandslos in ihr Schicksal, und nirgends kam ihrerseits ein Versuch vor zur Aufregung des Volkes. Aber freilich ging es an einzelnen Orten, insbesondere in größeren Städten wie Graz und Linz nicht ab ohne Zeichen der Unzufriedenheit, welche man im Volke über die Aufhebung des Ordens empfand [177]).

Noch muß eines Zwischenfalles Erwähnung geschehen, der bei diesen Ereignissen sich zutrug. Von Rom aus wurde die Aufhebungsbulle den österreichischen Bischöfen zur Kundmachung und Durchführung mit einer Encyclica der aus fünf Cardinälen und zwei anderen geistlichen Personen bestehenden Congregation mitgetheilt, welche der Papst zur Durchführung aller auf die Aufhebung des Ordens bezüglichen Maßregeln eingesetzt hatte. In der Encyclica befand sich jedoch eine

Stelle, durch welche die Bischöfe den Auftrag erhielten, von den Gütern der Jesuiten im Namen des heiligen Stuhles Besitz zu ergreifen und sie bereit zu halten zu dessen Verfügung. Eine solche Bestimmung stand aber im entschiedensten Widerspruche mit der vorläufigen Verabredung, welche Maria Theresia durch Vermittlung des Königs von Spanien mit dem Papste getroffen hatte; durch sie war ja die Verfügung mit den Gütern des Ordens der Kaiserin gänzlich anheimgestellt worden. Allsogleich unternahm der Fürsterzbischof von Wien, Cardinal Migazzi den Versuch, Nutzen aus jener Bestimmung zu ziehen und das Recht zur Verfügung mit den Besitzthümern des Ordens in seiner Diöcese für die kirchlichen Behörden in Anspruch zu nehmen [178]). Der Papst aber wartete die Gegenvorstellungen nicht ab, die ihm hinsichtlich dieses Punktes aus Wien bevorstehen mußten. Er entschuldigte das unterlaufene Versehen mit dem Umstande, daß die Encyclica an die österreichischen Bischöfe nach dem Muster derjenigen ausgefertigt wurde, welche an die Bischöfe Italiens erlassen worden war. Unverzüglich ertheilte er seinem Nuntius Visconti den Auftrag, die erste Encyclica durch eine andere zu ersetzen, in welcher die verfängliche Stelle sich nicht mehr befand [179]). Maria Theresia aber schrieb auf den Bericht, den ihr Kaunitz hierüber erstattete [180]), mit eigener Hand: „ich ersehe mit freüden, das der papst ohne hinterhalt, „wie man schier urtheillen kunte, gerad und billig zu werk gehe, wo „wenig exempel vorhanden sind".

Der Kundgebung lebhafter Zufriedenheit, welche die Kaiserin über das Verfahren des Papstes empfand, folgte binnen wenig Wochen eine Aeußerung entgegengesetzten Sinnes über Albani. Derselbe war bisher weder von der einen noch von der anderen Seite in die Verhandlung gezogen worden, welche zwischen dem Kaiserhofe und der römischen Curie über die Frage der Aufhebung des Ordens der Jesuiten gepflogen wurde. Nachdem endlich die Sache selbst zur Entscheidung gelangt war, dachte Kaunitz, dem Cardinal allzeit günstiger gesinnt als Maria Theresia, ihm einen Auftrag von geringer Bedeutung zu ertheilen, der jedoch mit der Angelegenheit der Jesuiten zusammenhing. Die Kaiserin aber wies dieß mit den Worten zurück: „dem cardinal

Bemerkung anbefohlen hatte, daß sie „convenabel, gut und wahr sein „müßte“ [176]). Sie lautete folgender Maßen:

„Se. Päbstliche Heiligkeit haben für gut befunden, den Jesuiten-„Orden gänzlich aufzuheben.“

„Die hierwegen in Form eines Breve erlassene Anordnung ist „den hiesigen Gliedern dieses Ordens von Sr. hochfürstl. Eminenz „Herrn Cardinal Erzbischoffe in Gegenwart der k. k. Kommissarien „behörig kundgemacht, und desfalls alles mit der größten Anständigkeit „und Ordnung vollbracht worden. Man stehet nun allerseits im Be-„griffe, diese päbstliche Anordnung zur gänzlichen Vollziehung zu bringen, „und gleichwie Se. päbstliche Heiligkeit in erwehntem Breve in Ansehung „der einzelnen Mitglieder dieses aufgehobenen Ordens bereits solche „Vorkehrungen getroffen haben, die derjenigen Liebe vollkommen ent-„sprechen, mit welcher Sie jedem insbesondere zugethan sind, so können „gedachte einzelne Mitglieder auch von Ihrer kais. und kön. apostol. „Maj. nicht geringere Merkmale Ihrer landesmütterlichen Hulden und „Gnaden, und jene Allerhöchste Zufriedenheit anhoffen, deren sie sich „durch ihre geleisteten Dienste würdig gemacht haben.“

Was hier von Wien gesagt wurde, kann im Allgemeinen auch auf sämmtliche österreichische Provinzen angewendet werden. Ueberall fügten die Jesuiten sich widerstandslos in ihr Schicksal, und nirgends kam ihrerseits ein Versuch vor zur Aufregung des Volkes. Aber freilich ging es an einzelnen Orten, insbesondere in größeren Städten wie Graz und Linz nicht ab ohne Zeichen der Unzufriedenheit, welche man im Volke über die Aufhebung des Ordens empfand [177]).

Noch muß eines Zwischenfalles Erwähnung geschehen, der bei diesen Ereignissen sich zutrug. Von Rom aus wurde die Aufhebungs bulle den österreichischen Bischöfen zur Kundmachung und Durchführung mit einer Encyclica der aus fünf Cardinälen und zwei anderen geist-lichen Personen bestehenden Congregation mitgetheilt, welche der Papst zur Durchführung aller auf die Aufhebung des Ordens bezüglichen Maßregeln eingesetzt hatte. In der Encyclica befand sich jedoch eine

Stelle, durch welche die Bischöfe den Auftrag erhielten, von den Gütern der Jesuiten im Namen des heiligen Stuhles Besitz zu ergreifen und sie bereit zu halten zu dessen Verfügung. Eine solche Bestimmung stand aber im entschiedensten Widerspruche mit der vorläufigen Verabredung, welche Maria Theresia durch Vermittlung des Königs von Spanien mit dem Papste getroffen hatte; durch sie war ja die Verfügung mit den Gütern des Ordens der Kaiserin gänzlich anheimgestellt worden. Allsogleich unternahm der Fürsterzbischof von Wien, Cardinal Migazzi den Versuch, Nutzen aus jener Bestimmung zu ziehen und das Recht zur Verfügung mit den Besitzthümern des Ordens in seiner Diöcese für die kirchlichen Behörden in Anspruch zu nehmen [178]). Der Papst aber wartete die Gegenvorstellungen nicht ab, die ihm hinsichtlich dieses Punktes aus Wien bevorstehen mußten. Er entschuldigte das unterlaufene Versehen mit dem Umstande, daß die Encyclica an die österreichischen Bischöfe nach dem Muster derjenigen ausgefertigt wurde, welche an die Bischöfe Italiens erlassen worden war. Unverzüglich ertheilte er seinem Nuntius Visconti den Auftrag, die erste Encyclica durch eine andere zu ersetzen, in welcher die verfängliche Stelle sich nicht mehr befand [179]). Maria Theresia aber schrieb auf den Bericht, den ihr Kaunitz hierüber erstattete [180]), mit eigener Hand: „ich ersehe mit freüden, das der papst ohne hinterhalt, „wie man schier urtheillen kunte, gerad und billig zu werk gehe, wo „wenig exempel vorhanden sind".

Der Kundgebung lebhafter Zufriedenheit, welche die Kaiserin über das Verfahren des Papstes empfand, folgte binnen wenig Wochen eine Aeußerung entgegengesetzten Sinnes über Albani. Derselbe war bisher weder von der einen noch von der anderen Seite in die Verhandlung gezogen worden, welche zwischen dem Kaiserhofe und der römischen Curie über die Frage der Aufhebung des Ordens der Jesuiten gepflogen wurde. Nachdem endlich die Sache selbst zur Entscheidung gelangt war, dachte Kaunitz, dem Cardinal allzeit günstiger gesinnt als Maria Theresia, ihm einen Auftrag von geringer Bedeutung zu ertheilen, der jedoch mit der Angelegenheit der Jesuiten zusammenhing. Die Kaiserin aber wies dieß mit den Worten zurück: „dem cardinal

„albani mögte in nichts, was die jesuiten angehet, mengen, dessent-
„halben auch künfftig dises und wegen galizien herzan alles comittirn."

Franz Graf Hrzan, im Jahre 1770 zum Uditore der Rota in Rom ernannt, stand zur Zeit seiner Absendung dorthin im fünfunddreißigsten Lebensjahre. Die ihm zu Theil gewordene Bevorzugung, schon in jungen Jahren eine so wichtige Stellung zu erlangen, verdankte er nicht allein seiner adeligen Geburt; die Aufmerksamkeit der Kaiserin war auch durch Frauen, die ihm verwandt waren und zu ihrer nächsten Umgebung gehörten, auf ihn gelenkt worden. Als daher, man weiß nicht aus welchen Gründen, der Gedanke wieder fallen gelassen wurde, an Albani's Stelle einen Mann weltlichen Standes mit der diplomatischen Vertretung des Kaiserhofes in Rom zu betrauen, dachte man daran, zwar Albani noch fortan auf seinem Posten zu belassen, wichtigere Geschäfte mit dem heiligen Stuhle aber durch Hrzan verhandeln zu lassen. Diese Thätigkeit desselben begann jedoch erst dann, als Maria Theresia sie ihm durch die eben citirten Worte eigentlich zuwies. Und erst längere Zeit nachher, im März 1775 wurde er förmlich zum österreichischen Geschäftsträger in geistlichen Angelegenheiten in Rom ernannt.

Vor der Hand boten übrigens die Fragen, welche mit der Aufhebung des Ordens der Jesuiten zusammenhingen, und die Maßregeln, die in Folge dieses Ereignisses ergriffen werden mußten, weit weniger Anlaß zu Verhandlungen mit Rom als zu umfassenden und tief eingehenden Berathungen am Kaiserhofe selbst. Die Richtung, nach der sie sich erstreckten, kann eine zweifache genannt werden, insofern sie sich auf die Personen und auf die Besitzthümer des Ordens bezog. Und in ersterer Hinsicht waren dessen bisherige Mitglieder ebensowohl als Priester wie als Männer zu betrachten, deren Mehrzahl im österreichischen Unterrichtswesen, und zwar in sämmtlichen Zweigen desselben oft die wichtigsten Stellungen einnahm.

Nichts wäre weniger gerecht als die etwaige Anklage, man habe sich in Oesterreich nicht zeitlich genug mit diesen Maßregeln beschäftigt. Schon am 3. April 1773, also einen Tag vor Beantwortung des

Schreibens des Königs von Spanien durch Maria Theresia übergab ihr Joseph eine Denkschrift, in welcher er vorerst die Punkte der Reihe nach aufzählte, denen nach seiner Meinung das Hauptaugenmerk zuzuwenden war. Von besonderer Wichtigkeit schien es dem Kaiser, einen Entschluß über die Frage zu fassen, ob man vor der Hand den Inhalt des Entwurfes der zu erlassenden Aufhebungsbulle vollständig geheim halten oder die förmliche Berathung über dasjenige, was zu geschehen habe, jetzt schon eröffnen solle. Letzteres schien ihm wohl zunächst aus der Ursache nöthig, um die Jesuiten an heimlicher Hinwegschleppung ihres Vermögens aus Oesterreich zu hindern.

Ihrer so oft schon beobachteten Gewohnheit auch dießmal wieder treu bleibend, theilte Maria Theresia die Denkschrift ihres Sohnes dem Staatskanzler mit. „Der Kaiser will", schrieb sie gleichzeitig an Kaunitz, „daß ich Ihnen diese Betrachtungen sende, die er mir gab. „Ich glaube wir sollten mindestens noch durch einen Monat das „Geheimniß bewahren. Unsere Vorsichten werden vergeblich sein, denn „Zeit genug war ihnen gegönnt" [181]).

Auch Kaunitz theilte die Meinung der Kaiserin wegen fernerer Geheimhaltung der durch den König von Spanien empfangenen Mittheilung der bevorstehenden Aufhebungsbulle. Aber er glaubte, daß sich hiemit der unverzügliche Beginn der Berathungen über die zu ergreifenden Maßregeln recht wohl vereinigen lasse. Und auch über die einzelnen, von Joseph aufgestellten Fragepunkte, sie mochten sich auf die Bergung des Ordensvermögens, auf die geistlichen oder die Unterrichtsangelegenheiten beziehen, gab er das verlangte Gutachten ab [182]). Eine wahrhaft bewunderungswürdige Vertrautheit mit Dingen zeigte er hiebei, die seinem eigentlichen Geschäftskreise vollkommen fernlagen. Neben Kaunitz aber stand bei den Berathungen, die bald darauf begannen, in erster Reihe der Staatsrath Freiherr von Kreßl. Er war der Präsident der Commission, welche Maria Theresia, an ihrem ursprünglichen Gedanken festhaltend, im Mai 1773 einsetzte, um alle mit der Aufhebung des Ordens der Jesuiten im Zusammenhange stehenden Geschäfte in den Kreis ihrer Berathungen und Vorschläge zu ziehen [183]).

Einem alten böhmischen Adelsgeschlechte entstammend, hatte Kreßl in verschiedenen Verhältnissen, meist als Beamter bei der böhmischen und österreichischen Hofkanzlei, die Welt kennen gelernt. Von seiner Gattin, die er für seine Ideen zu gewinnen wußte, hatte er eine gute Unterstützung bei seinen Bestrebungen zu erwarten, welche das Unterrichtswesen betrafen. Sein ganz besonderes Augenmerk aber richtete er auf die Lehrerinnen-Angelegenheiten, die zu jener Zeit von allen Seiten der neuen Einrichtung am meisten im Vordergrunde standen. Wir sehen ihn daher in jener denkwürdigen Session des Ausschusses, welche zur Konstituierung des Wirkungskreises der Commission führte, als Beisitzer in der Sitzung vom 15. Februar 1775, in welcher die Frage des Vorhandenseins der Lehrerinnen zur Sprache kommen sollte. Daß Maria Theresia gerade ihn in die Zahl der von der engeren Commission wählte, daß sie ihn sogar zu eine der Personen ernannte, deren vor übergehende Anwesenheit von Wien ihr besonders empfindlich war, wird wohl zu sehr Beweis dienen dürfen, daß sie sich gegen Personen auf vertrauten Fuß, denn sie ihnen nicht gerade sonst vor dem Hofstaate so sichtbar gewann, so man dieß gewöhnlich annehmen zu sollen glaubt.

Nach der soeben Zusammensetzung der Commission konnte recht deutlich dem eigentlichen großen Gegner Maria Theresia auf deren Antrag eine Dame zu wählen in der That nur Personen ihres vollsten Vertrauens die sie in Vorschlag brachte. Es war der Erste auch Kreßl der Bruder des Stifters der regulierten Lateranenser zu St. Dorothee in Wien, Johann Wilder, welcher schon vor der schweren Erkrankung der Kaiserin im Jahre 1767 seine Lehrerinnen und erbinden von Klosterneuburg des Lateran Canon Kreßl sammelte diese Stelle bei ihr [illegible] und so von Jahre 1777 [illegible]. Es war ferner der [illegible] Hofrath an der Wiener Universität, damals noch Professor [illegible] Wiener Universität Hofrath bei der [illegible] Referent und Verfasser der Studienhofcommission. Das [illegible] dem Vertrauen der Kaiserin war sie das letzte Mitglied [illegible] Commission war der Hofrath bei der Hofkanzlei, Franz Greiner, welcher sie [illegible] fünf Jahren mit einer der genannten Dienerinnen

solcher Individuen auf geistlichen Pfründen betreffendes Referat der Hofkammer schrieb sie: „praeferenter vor diese im benefiziis zu „gedenckhen“ [illegible].

Hinsichtlich der ungemein großen Anzahl der Stellen, welche Mitglieder des aufgehobenen Ordens im österreichischen Studienwesen bekleideten, wurde zwischen den Universitäten und den Mittelschulen ein Unterschied gemacht. In Bezug auf die Ersteren meinte die Hofkanzlei, daß den Jesuiten die von ihnen bisher innegehabten Lehrkanzeln der Moral oder Ethik, der Theologie, der Kirchengeschichte und der Metaphysik entzogen werden sollten. Die Kaiserin stimmte dem mit der Ausdehnung bei, daß vorzüglich darauf zu sehen sei, ob nicht irgendwo außer den Universitäten auch noch die Kirchengeschichte von den Jesuiten gelehrt würde; wäre dieß der Fall, dann müßte auch hierin eine Aenderung geschehen [illegible]. Für die theologischen Fächer aber, welche bisher auf allen Universitäten neben den Jesuiten auch von den Augustinern und den Dominikanern gelehrt worden seien, würden für die Zukunft die zwei letzteren Orden genügen.

Ganz andere Vorkehrungen wurden in Bezug auf die Mittelschulen getroffen, hinsichtlich deren Maria Theresia wünschte, daß wenigstens für das bevorstehende Schuljahr keinerlei Veränderung eintrete: darum sollte auch keiner der bisherigen Lehrer von seinem Posten sich entfernen. Die Hofkanzlei wurde beauftragt, sämmtliche Provinziale und Procuratoren des Ordens in den deutschösterreichischen Erbländern nach Wien zu berufen, ihnen die Absicht der Kaiserin mündlich zu eröffnen und sie um Bezeichnung derjenigen Individuen anzugehen, welche für die verschiedenen Lehrstühle die geeignetsten wären. Jeder hätte für seine Provinz einen förmlichen Plan auszuarbeiten, aus dem man die Namen der wenigstens für das nächste Schuljahr noch im Amte zu belassenden Professoren und Lehrer, sowie die ihnen zu gewährenden Bezüge entnehmen könne.

Was endlich die bisherigen kirchlichen Functionen der Jesuiten anging, so wurde den Bischöfen mitgetheilt, die Kaiserin würde es gern sehen, wenn sie die Individuen, welche zu den verschiedenen Zweigen

Wer auch noch so entschieden der Meinung sein mag, daß die Jesuiten ihr für sie selbst gewiß trauriges Schicksal verdient hatten, wird doch zugestehen müssen, daß sogar für die damalige Zeit der monatliche Unterhalt von sechzehn Gulden für ein Mitglied des Ordens ein wahrhaft erbärmlicher war und wohl nimmermehr, wie die päpstliche Bulle es verlangte und Maria Theresia durch Annahme derselben zugesagt hatte, ein hinreichender genannt werden konnte. Und in grellstem Contraste stand dieser Betrag zu den Gerüchten, welche im Augenblicke der Aufhebung des Ordens über das Vermögen verbreitet waren, das er in Oesterreich besaß. Auf einen Gesammtwerth von vierhundert Millionen Gulden wurde es veranschlagt, von welchem jedoch ein sonst verläßlicher Gewährsmann nur eine jährliche Rente von eins vom Hundert berechnet. Laut einer ferneren Angabe desselben belief sich die Zahl der Ordensmitglieder in Oesterreich auf fünftausendsechshundert [187]). Wären diese Zahlen genau, dann hätte das Einkommen des Ordens, auf dessen einzelne Mitglieder vertheilt, für jedes etwas mehr als siebenhundert Gulden jährlich ergeben. Aus dem schon früher erwähnten vertraulichen Briefe der Kaiserin an die Gräfin Enzenberg geht jedoch hervor, daß diese Berechnung weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, und daß man die Einkünfte des Ordens unzureichend fand, um jedem seiner angestellten Mitglieder nur dreihundertfünfzehn Gulden, den übrigen aber gar nur zweihundert Gulden jährlich zu Theil werden zu lassen. Diese letztere Bestimmung war es denn auch, welche Maria Theresia, obgleich sie sich Anfangs zu deren Genehmigung hatte bewegen lassen, lebhaft beunruhigte. Als sich binnen wenig Monaten Bedenken gegen die Durchführung der Anordnung erhoben, alte und gebrechliche Mitglieder des Ordens noch länger in den Collegien gemeinschaftlich fortleben zu lassen, indem dadurch die fernere Verfügung mit den Ordenshäusern unmöglich gemacht wurde, da meinte die Hofkammer, auch ihnen wäre eine Pension von zweihundert Gulden jährlich zu geben. Auf ein Gutachten, das sie hierüber von dem Freiherrn von Kreßl verlangte, schrieb jedoch die Kaiserin, dessen Anschauung beipflichtend [188]): „umbmöglich können jene „alte gebrechliche leben mit denen 16 f., also ihnen, die jetzt zusam „gelebt haben, 25 f. zugesagt". Und auf ein die Unterbringung

solcher Individuen auf geistlichen Pfründen betreffendes Referat der Hofkammer schrieb sie: „praeferenter vor dise in beneficijs zu „gedenckhen" [189]).

Hinsichtlich der ungemein großen Anzahl der Stellen, welche Mitglieder des aufgehobenen Ordens im österreichischen Studienwesen bekleideten, wurde zwischen den Universitäten und den Mittelschulen ein Unterschied gemacht. In Bezug auf die Ersteren meinte die Hofkanzlei, daß den Jesuiten die von ihnen bisher innegehabten Lehrkanzeln der Moral oder Ethik, der Theologie, der Kirchengeschichte und der Metaphysik entzogen werden sollten. Die Kaiserin stimmte dem mit der Ausdehnung bei, daß vorzüglich darauf zu sehen sei, ob nicht irgendwo außer den Universitäten auch noch die Kirchengeschichte von den Jesuiten gelehrt würde; wäre dieß der Fall, dann müßte auch hierin eine Aenderung geschehen [190]). Für die theologischen Fächer aber, welche bisher auf allen Universitäten neben den Jesuiten auch von den Augustinern und den Dominikanern gelehrt worden seien, würden für die Zukunft die zwei letzteren Orden genügen.

Ganz andere Vorkehrungen wurden in Bezug auf die Mittelschulen getroffen, hinsichtlich deren Maria Theresia wünschte, daß wenigstens für das bevorstehende Schuljahr keinerlei Veränderung eintrete; darum sollte auch keiner der bisherigen Lehrer von seinem Posten sich entfernen. Die Hofkanzlei wurde beauftragt, sämmtliche Provinziale und Procuratoren des Ordens in den deutschösterreichischen Erbländern nach Wien zu berufen, ihnen die Absicht der Kaiserin mündlich zu eröffnen und sie um Bezeichnung derjenigen Individuen anzugehen, welche für die verschiedenen Lehrstühle die geeignetsten wären. Jeder hätte für seine Provinz einen förmlichen Plan auszuarbeiten, aus dem man die Namen der wenigstens für das nächste Schuljahr noch im Amte zu belassenden Professoren und Lehrer, sowie die ihnen zu gewährenden Bezüge entnehmen könne.

Was endlich die bisherigen kirchlichen Functionen der Jesuiten anging, so wurde den Bischöfen mitgetheilt, die Kaiserin würde es gern sehen, wenn sie die Individuen, welche zu den verschiedenen Zweigen

des Gottesdienstes und der Seelsorge erforderlich wären, allsogleich aus den Jesuitencollegien austreten ließen, da ihnen, so lang sie in denselben verweilten, dem päpstlichen Breve gemäß die Berechtigung zu solchen geistlichen Functionen nicht innewohne. Nach geschehenem Austritte wäre ihnen jedoch auf Grundlage der in dem Breve enthaltenen Ermächtigung die Bewilligung zu diesen Functionen gleich wieder zu ertheilen, so daß sie dieselben in den Kirchen der Jesuiten nach wie vor ununterbrochen ausüben könnten. Und da schließlich die Jesuiten hie und da auch Pfarren besaßen, so wurde, um einerseits die Gemeinden nicht ohne Seelsorger zu lassen, und andererseits dem Patronatsrechte, welches nach der Aufhebung des Ordens der Kaiserin anheimgefallen war, nicht zu nahe zu treten, den Bischöfen aufgetragen, solche Pfarren provisorisch mit einem Administrator zu besetzen.

Endlich wird noch eine ganz eigenthümliche Verfügung nicht mit Stillschweigen übergangen werden können, welche sich auf die Aufzeichnungen über den Orden selbst bezog, die man im Besitze der Jesuiten zu finden gewärtig war. „Weil sich aber", so heißt es wörtlich in dem Handbillete der Kaiserin an den Grafen Wrbna vom 17. September 1773[191]), „bey den Jesuiten verschiedene Manuscripte und „Vormerkungen finden dürften, die lediglich de moribus, disciplina et „correctione ihrer Geistlichen handeln, und derley Bücher derzeit ohne„hin von keinem Nutzen sind, es auch nicht räthlich wäre, solche in „andere Hände verfallen zu lassen, so ist zu Vermeidung aller hieraus „etwa entspringen mögenden Unanständigkeiten, zugleich aber auch zu „Hindanhaltung deren aus der blossen, ab Seiten der Jesuiten „beschehenden Angabe eines solchen Buchs oder Manuscripti sich ergeben„den Unterschleifen hierwegen dergestalten sich zu benehmen, daß derley „Bücher jedesmal dem geistlichen Commissario vorgewiesen, von solchem „mit einem flüchtigen Auge, um sich nur überhaupt des Inhaltes zu „versichern, durchgangen, und sodann in Gegenwart der beyden welt„lichen Commissarien verbrennet werden sollen".

Dieß war im Wesentlichen die Richtschnur, welche unmittelbar nach der Aufhebung des Ordens der Jesuiten für das gegen sie zu

beobachtende Verfahren vorgezeichnet wurde. Ueberall befolgte man sie pünktlich, und so wie er es zuerst hinsichtlich des Vorganges sagen konnte, der in Wien beobachtet worden war, so schrieb Kaunitz etwa einen Monat später nach Rom, daß auch in allen Staaten der Kaiserin die Aufhebung still, mit dem größten Anstande und in rücksichtsvollster Weise vor sich gehe[192]).

Fast gleichzeitig mit dieser Aeußerung des Staatskanzlers, am 9. October 1773 erschien ein kaiserliches Patent, welches sich jedoch ausschließlich auf die Verfügungen mit dem Ordensvermögen bezog. Dasselbe sei, so wurde jetzt feierlich erklärt, in Folge der Aufhebung des Ordens an die Kaiserin gefallen; ihre Pflicht erheische, den wirklichen Stand des Vermögens zu erforschen und jedem Unterschleife sowie jeder Verhehlung zu begegnen. Wer somit eine Forderung an das Ordensvermögen zu stellen habe, möge sie anmelden, und ein Gleiches habe derjenige zu thun, in dessen Händen irgend ein Eigenthum des Ordens sich befinde. Wer solches unterschlage oder verheimliche, werde auf Grundlage der bestehenden Gesetze bestraft, wer aber verheimlichtes Ordensvermögen entdecke, durch zehnjährigen Fruchtgenuß von demselben belohnt werden.

Allerdings waren der unter dem Vorsitze Kreßls tagenden Commission diese Anordnungen durchaus nicht genügend erschienen. Schon durch das Protokoll über ihre Sitzung vom 30. September hatte sie die Kaiserin auf eine Anzeige des Landeshauptmannes in Oberösterreich, Grafen Thürheim aufmerksam gemacht. Ihr zufolge sollten die dortigen Jesuiten am 6. September, somit gerade an dem Tage, an welchem von Wien aus der Befehl nach Linz abging, die Jesuiten an der Aufkündigung ihrer Capitalien und der Umsetzung ihrer Werthpapiere zu verhindern, ihre gesammten Landschaftscapitalien im Betrage von 11.100 Gulden, welche auf das Jesuitencollegium in Linz vinculirt waren, in Coupons verwandelt haben, welche lediglich auf den Ueberbringer ausgestellt seien. Ein solcher Vorgang sehe einer Veruntreuung nicht ganz unähnlich, und bestätige die Vermuthung, daß der aufgehobene Orden sich mit dem Gelde der Katholiken den Schutz der

protestantischen Staaten England, Holland und Preußen zu erkaufen gedenke[193]).

Binnen wenigen Wochen kam die Commission der Kaiserin gegenüber auf diesen Gegenstand zurück. Bedauernd wies sie darauf hin, daß man in den deutschösterreichischen und den ungarischen Provinzen mit ebensoviel „Ordnung, Gleichförmigkeit und Behendigkeit" hätte verfahren sollen, als dieß in der Lombardie und in den österreichischen Niederlanden geschehen sei. In der ersteren habe man schon seit zwei Jahren den Activ- und den Passivstand des Vermögens jedes Jesuiten collegiums genau gekannt und daher mit voller Zuverlässigkeit zu Werke gehen können. In den Niederlanden sei ein eigenes Judicium delegatum eingesetzt worden. In dem erlassenen Aufhebungspatente habe man die päpstliche Bulle zwar angenommen, aber gegen das, was darin den Rechten der Krone nachtheilig sein könnte, Protest eingelegt. Die Mitwirkung der Bischöfe bei dem Aufhebungsacte habe man darauf beschränkt, daß sie den ehemaligen Jesuiten das Predigen, Beichthören und Messelesen untersagen, die Ablegung ihrer Ordenskleidung befehlen und die Abhaltung des Gottesdienstes in ihren Kirchen durch andere Priester veranlassen sollten. Die bisherigen Convicte und Seminarien der Jesuiten wurden unverzüglich in die Hände anderer Geistlicher gelegt, schon am 15. September die Patente wegen Ausfindigmachung des Vermögens der Jesuiten erlassen und sofort den Commissären die erforderlichen Instructionen wegen genauester Sicherstellung dieses Vermögens ertheilt. Auf den Antrag der Commission, daß soweit es noch angehe, auch in den deutschösterreichischen und den ungarischen Provinzen ebenso verfahren werden möge, erwiederte jedoch Maria Theresia:

„Ich aprobire zwar die Vorkehrungen in Niederland und Italien, „obwohlen die ersteren etwas zu weit gegangen mit Sperrung deren „Kirchen u. s. w. Was hätte dieses hier vor ein Aufsehen gemacht? „Sobald man also den milderen Weg ergriffen, muß man in selbem „fortfahren" [194]).

Trotz dieser abweisenden Antwort der Kaiserin schien jedoch der Commission das Verfahren der niederländischen Behörden viel zu nach-

ahmungswerth, als daß sie es nicht binnen sehr kurzer Zeit neuerdings hätte zur Sprache bringen sollen. Sie wies darauf hin, daß dort sehr beträchtliche Entdeckungen verborgenen und unterschlagenen Vermögens vorgekommen seien. Einige Jesuiten hätten nachträglich Bekenntnisse hierüber gemacht, und Verdachtsgründe lägen vor, daß eine Theilung ansehnlicher Geldsummen zwischen den ehemaligen Ordensmitgliedern stattgefunden habe. In Tournay sei in einem Zimmer des Collegiums ein großer Haufe verbrannter Schriften, eingestandenermaßen die Correspondenz mit dem Ordensgeneral, vorgefunden worden. Endlich habe man aus einigen mit Beschlag belegten Briefen ersehen können, daß es noch verborgene Kleinodien gebe.

Auch jetzt kam die Commission auf ihren früheren Antrag zurück, die Maßregeln, denen man in den Niederlanden die Entdeckung all dieser beachtenswerthen Umstände verdanke, auch in den übrigen Ländern der Kaiserin, insoweit dieß noch ausführbar wäre, in Anwendung zu bringen. Denn es würde wie eine Schmach für die Regierung der Kaiserin erscheinen, wenn alle anderen europäischen Mächte einen viel größeren Theil des Jesuitenvermögens sich aneignen würden, ihr aber aus ihrer „grenzenlosen Milde" nur der Nachtheil erwüchse, vielleicht aus den Geldmitteln des Staates die Kosten für die Kirchen und Schulen des Ordens, und zwar bloß darum bestreiten zu müssen, weil man ihm die Verbergung und Verschleppung seines Vermögens gar so leicht gemacht habe. Die Commission könne daher nur inständigst bitten, die Provinziale, Procuratoren und Rectoren des ehemaligen Ordens der Jesuiten in andere Klöster verweisen und sie dort genau überwachen zu lassen, auf daß sie an jeder Verständigung mit Anderen in Vermögenssachen gehindert würden.

Aufs eifrigste bemühte sich die Commission, die Kaiserin zu überzeugen, daß eine solche Maßregel nicht nur im Interesse des Staates, sondern auch in dem der Jesuiten gelegen sei. Wären sie wirklich von jeder Verheimlichung, von allem Unterschleife entfernt, dann hätten sie Ursache, jede Vorkehrung zu wünschen, durch welche sie schon von vorneherein vor allem Verdachte sichergestellt würden.

Beabsichtigten sie jedoch eine Unterschlagung, dann wären sie wohl einer ganz anderen Einsperrung werth. So eindringlich jedoch auch die Commission zu der Kaiserin sprach, so wenig erreichte sie ihren Zweck. Denn daß Maria Theresia auch jetzt noch auf ihrer früheren Meinung beharrte, darüber ließ ihre Antwort an die Commission Niemand im Zweifel.

„Die schärffe wird nicht fällen", so lautete sie, „wan überzeigt „seyn würde, daß würcklich solche große betrügereien geschehen wären. „bis dato seind es nur noch supposita; wegen diser nicht noch nöthig „finde, meinen eingeschlagenen weege zu ändern, indeme durch selben „und publicirung des edicts eher zur wahrheit kommen werde als „durch zu große schärffe, mithin alles nach dem eingeleiten weeg noch „gehen zu lassen" [195]).

Der Beharrlichkeit der Kaiserin gegenüber ließ es jedoch auch die Commission an der gleichen Eigenschaft nicht fehlen. Schon wenige Tage nach Empfang des letzten ablehnenden Bescheides brachte sie diese Angelegenheit neuerdings zur Sprache. Die Kühnheit der Jesuiten hob sie nun hervor, die den Schutz des Königs von Preußen in einer Sache in Anspruch genommen hätten, welche die ganze katholische Kirche so nahe berühre. Nicht nur den Vorkehrungen aller katholischen Mächte, sondern auch dem gemessenen Befehle des obersten Hauptes der Kirche hätten sie hiedurch offen getrotzt. Klar könne man hieraus ersehen, daß sie sich um den wider die Ungehorsamen verhängten Kirchenbann gar nicht kümmerten und sich nicht scheuten, zu einer der traurigsten Kirchenspaltungen die Veranlassung zu geben. Immer sei die Unfehlbarkeit des Papstes in derlei Dingen ein Hauptlehrsatz der Jesuiten, aber freilich nur durch so lange Zeit gewesen, als sie die Curie nach ihren Absichten zu lenken vermochten. Niemand dürfe daran zweifeln, daß im Falle der Aufhebung eines anderen Ordens die Jesuiten sich beeifert haben würden, eine solche Maßregel überall zu rechtfertigen und zu loben. Da aber der Papst die Aufhebung des Ordens der Jesuiten als nothwendig angesehen habe für die Ruhe der katholischen Kirche, werde seine Autorität von ihnen für nichts mehr geachtet und

sogar wider sie der Beistand eines protestantischen Fürsten begehrt. Die Religion sei gewiß nicht die Triebfeder, durch die der König von Preußen bewogen worden sei, den Jesuiten seinen Schutz angedeihen zu lassen. Er hoffe eben ein gutes Geschäft dabei zu machen und einen großen Theil ihres Vermögens in seine Länder zu ziehen [196]).

Mit der Hinweisung auf die Person und das Verfahren des der Kaiserin so verhaßten Königs von Preußen meinte vielleicht die Commission eine sicher treffende Kugel abgeschossen zu haben, aber wider Erwarten verfehlte sie dießmal ihr Ziel. „Wann gleich zu An„fang dieses wie allda geschehen wäre," so lautete die Antwort der Kaiserin, „hätte nichts dagegen zu sagen; vor jetzo aber die gähe Ab„änderung hätte mehr übels als gut gethan." Und beschwichtigend setzte Maria Theresia noch die Worte hinzu: „dise comission ist völlig „von den folgen außer Verantwortung".

Auch was die formelle Behandlung der Geschäfte betraf, welche sich auf die Vermögenssachen und die übrigen Angelegenheiten der Jesuiten bezogen, stimmte Maria Theresia den Anträgen der Staatsbehörden nicht immer bei. So schlug ihr der Präsident der Hofkammer, Graf Leopold Kolowrat, wohl ebenfalls um die Kaiserin gefügiger für die Anträge zu stimmen, welche sich auf diese Geldangelegenheiten bezogen, die Bildung einer eigenen Hofcommission vor; unter dem Präsidium des Obersten Kanzlers hätte sie aus Repräsentanten der böhmischen und österreichischen, der ungarischen und der siebenbürgischen Hofkanzlei, und wenn die Kaiserin es so wolle, auch der Obersten Justizstelle zu bestehen [197]). Maria Theresia antwortete jedoch hierauf mit eigener Hand: „placet; nur aber keine comission „mit villen räthen, allein blümegen, seine zwey räthe heincke und „greiner, und er; litschka*), deme zu dem werck a parte benent, und „wem er noch will; weder die hungarische und 7bürgische canzley".

Eine Zeit lang kam die Commission, welche für die Besorgung der mit der Aufhebung des Ordens der Jesuiten in Verbindung

*) Hofcommissionsrath Lischka.

stehenden Angelegenheiten eingesetzt war, auf ihre so oft schon zurückgewiesenen Anträge wegen Ergreifung strengerer Maßregeln zur Bergung des Ordensvermögens nicht mehr zurück. Inzwischen faßte Maria Theresia, sei es aus eigenem Antriebe oder in Folge der Eingebung von Personen ihres besonderen Vertrauens einen Entschluß über die zukünftige Bestimmung und Verwendung jenes Vermögens, der ihr immerdar zu hoher Ehre gereichen wird. Am 25. Jänner 1774 erließ sie ein Handbillet, kraft dessen sie erklärte, durch die Aufhebung des Ordens der Jesuiten, der den Unterricht der Jugend seit zweihundert Jahren fast allein besorgt habe, sei sie veranlaßt worden, auf den für die Zukunft nothwendigen Unterricht all ihrer Unterthanen und auf das gesammte Studienwesen ihr besonderes Augenmerk zu richten. Zu diesem Zwecke habe sie das ganze, nach Versorgung der Mitglieder des Ordens und nach Bedeckung der frommen Stiftungen noch verbleibende Vermögen der Societät bestimmt. Die Hofkammer wurde beauftragt, dessen Vermengung mit anderem Staatsgute hintanzuhalten und vierteljährig die Ausweise über den Vermögensstand sowie über die Einkünfte und die Ausgaben des neuen Studienfondes ersichtlich zu machen.

Ein Mann, der so begeistert war für die Förderung des österreichischen Unterrichtswesens wie Kreßl, konnte natürlicher Weise durch die Bestimmung, welche Maria Theresia dem Jesuitengute gab, nur noch mehr angeeifert werden in seinem Bestreben, dessen widerrechtliche Verringerung mit allen Kräften hintanzuhalten. Einen Anlaß, hierauf wieder zurückzukommen, gewährte die aus St. Petersburg eingelangte Anzeige, derzufolge ein Abbé Namens Cigale sich anheischig gemacht haben sollte, der russischen Regierung ein Darlehen von zwei Millionen Dukaten zu verschaffen. Eine so ansehnliche Summe könne nur, wurde behauptet, aus den von den Jesuiten aufgehäuften Reichthümern herrühren. Dieß vermochte die Kaiserin, die Commission zur Erstattung von Anträgen aufzufordern, um einer derartigen Verschleppung des Ordensgutes, insofern es etwa aus den österreichischen Provinzen käme, vorbeugen zu können.

Die Commission antwortete hierauf zunächst mit der Hinweisung auf die sehr großen Geldsummen, welche erst vor kurzem nach England

und nach Holland gebracht worden sein und von den Jesuiten herstammen sollten. Neuerdings erinnerte sie an die Begünstigung, welche denselben in Preußen zu Theil wurde, während jetzt Aehnliches auch aus Rußland verlaute. Was aber Oesterreich angehe, so gebe es auch hier noch gar manche ehemalige Mitglieder des Ordens, von denen man die Behauptung vernehmen könne, derselbe bestehe noch fort und werde demnächst eine glorreiche Auferstehung feiern. Sie seien in ihrem Innern überzeugt, daß sie, da ihr Orden einer Reform nicht unterliegen könne, durch Uebertragung seines Vermögens nach den vier akatholischen Staaten, in denen er noch ungehindert fortbestehe, auch ihr eigenes Vaterland dorthin verpflanzt hätten. Da sie in Oesterreich als Jesuiten fortan nicht mehr existirten, werde dieses Land von ihnen nur mehr wie ein fremdes betrachtet, aus welchem sie, wie sie es vordem aus den indischen und amerikanischen Goldminen gethan, ihr Vermögen nach ihrem neuen Vaterlande absenden könnten. Die Mittel, dieß ungestraft zu thun, befänden sich noch fortwährend in ihrem Besitze. „Ihr Anhang", sagt die Commission, „ist über die Maßen „groß; sie haben Bisthümer, Propsteien, Pfarreien, Predigtstühle, „Beichtstühle, und also ebensoviele Wege, die Gewissen ihrer Anhänger „zu den verborgensten Kunstgriffen zu lenken, geschweige daß deren eine „große Anzahl von Feldpatern bei einem allenfalls mit Preußen aus„brechenden Kriege dem Könige als ihrem dermaligen Schutzgotte die „gefährlichsten Entdeckungen machen könnte, und sich nicht scheuen „würde, sich hiezu sogar der Beichte zu bedienen".

„Eure Majestät haben nie zu erlauben geruht, daß dero Unter„thanen sich aus den so häufig gedruckten Beweisen hätten überzeugen „mögen, wie sehr sie bisher von ihnen getäuscht worden, und daß oft „zuletzt sie, ihre Kinder oder arme Verwandte das Opfer des schänd„lichsten Eigennutzes geworden sind. Da nun diese Mittel der Grund „der Gefahr sind, so erhellet, was sonst allerdings verwunderlich „scheinen könnte, warum, da alle katholischen Staaten die Aufhebung „des Jesuitenordens als nützlich ansehen, die Mitglieder desselben in „England, Holland, Rußland und Preußen aufgenommen werden. Weil „alsdann diese Staaten nur lediglich Nutzen von ihnen ziehen, da sie

„dort keine Prediger, keine Beichtväter sind, die Jugend nicht unter-
„richten, das Volk ihnen nicht anhängt, die Protestanten ihr Betragen
„beobachten und also ihnen alle Mittel zu schaden benommen, und alle
„Wege, nutzbar zu sein, offen gelassen sind."

Trotz der so oft an sie gerichteten Vorstellungen habe doch das großmüthige und tugendhafte Herz der Kaiserin, so läßt sich die Commission weiter vernehmen, fortwährend an der Schädlichkeit der Absichten der Jesuiten gezweifelt und die hiefür angeführten Beweise nur für Voraussetzungen gehalten, welche keineswegs hinreichend seien, um sie abgehen zu machen von dem bisher eingeschlagenen Verfahren. „Eure Majestät konnten sich nämlich nicht überzeugen, daß Leute, die
„Sie mit den ausnehmendsten Gnaden überhäuft, des Allerhöchsten
„Schutzes versichert, die als Bürger und als Diener der geheiligten
„Religion eine doppelte Pflicht auf sich hatten, an dem Staate zum
„Verbrecher werden könnten. Sie glaubten sie unschuldig, weil Sie
„es wünschten, und hielten sie für tugendhaft, weil sie es sein sollten,
„und daher wollten Eure Majestät zuvor inländische Beispiele einer
„solchen Untreue abwarten. Aber nach Maß als diese vorhanden, hört
„auch die Wirksamkeit der Gegenmittel auf."

Die Commission geht nun daran, neuerdings und in noch überzeugenderer Weise, als es ihrer Ansicht nach ohnehin schon geschehen war, der Kaiserin darzuthun, daß auch in den österreichischen Provinzen die Jesuiten in Bezug auf ihr Ordensvermögen kein redliches Verfahren beobachtet, sondern sich bemüht hätten, dasselbe der Beschlagnahme durch die Staatsbehörden zu entziehen und es heimlich bei Seite zu schaffen. So hätten die Jesuiten in Trient ihre Habseligkeiten, Möbel und sogar das kostbare Kirchengeräth insgeheim fortgeschleppt, so daß selbst der dortige Bischof erklärte, es habe einer allgemeinen Plünderung geglichen. In Steiermark zeige sich bei dem Einkommen der Jesuiten ein Abgang von jährlich zehntausend, somit eine Vermögensverringerung von 250.000 Gulden. In Böhmen sei noch jetzt von fast einer Million, welche der Orden seit 1760 gekündigt, ein großer Theil unausgewiesen, und selbst die Ausweise würden sich, wenn man

sie näher zu untersuchen gedächte, kaum jedesmal stichhältig zeigen. In den Niederlanden hätten einige Exjesuiten falsche Eidschwüre abgelegt, und selbst in dem Wiener Profeßhause, „wo gleichsam der „Mittelpunkt aller geheimen Unterhandlungen von Europa war, würde „sich bei einem unvorhergesehenen Ueberfalle und genauerer Unter„suchung gewiß ein mehreres Licht verbreitet haben."

Ausführlich beleuchtet nun die Commission das Verfahren, welches in den anderen katholischen Staaten bei der Aufhebung des Ordens gegen dessen Mitglieder beobachtet worden war, aber sie gibt doch auch zu, daß es nach Verlauf eines so langen Zeitraumes zur Anwendung der gleichen Mittel in Oesterreich zu spät sei. Um jedoch wenigstens nicht auch das zu vernachlässigen, was noch überhaupt geschehen könne, räth sie dazu, den Jesuiten zwar das Abhalten von Predigten noch zu gestatten, ihnen jedoch die Beichtstühle nach und nach zu entziehen. Die Ertheilung von Privatunterricht an die Jugend wäre ihnen nicht mehr zu erlauben, alle Verbindung mit dem Orden sollten sie abschwören und keine Correspondenz mit dem Auslande unterhalten. Ihre Häupter, die Provinziale, Procuratoren und Consultoren sollten in einer einzigen Stadt sich aufhalten und dort genau überwacht, oder wenigstens zu dem gleichen Zwecke in andere Abteien und Klöster vertheilt werden. Jedem Einzelnen aus ihnen wären die aus England, Holland und Rußland eingelangten Nachrichten zu eröffnen. Würden sie sich mit gutem Erfolge zur Erwirkung der Rücksendung des in solcher Weise verschleppten Vermögens nach Oesterreich gebrauchen lassen, so könne man ihnen ihre frühere Freiheit und eine ansehnliche Vermehrung ihrer Pensionen versprechen, im Gegentheile aber sie mit noch schärferer Beschränkung und mit Verminderung ihres Einkommens bedrohen.

Mit emphatischen Worten beschwört die Commission am Schlusse ihrer Vorstellung die Kaiserin, dieselbe nicht auch dießmal unberücksichtigt zu lassen. Genug Güte sei von ihr geübt worden; es sei endlich an der Zeit, nach dem Beispiele Gottes, das allen Monarchen zur Richtschnur dienen müsse, dem geheiligten Rechte den Weg nicht

länger zu versperren. Die Commission verkenne durchaus nicht, wie hart ein solches Verfahren der Milde der Kaiserin fallen müsse, aber alle großen Thaten bedürften besonderer Ueberwindung und fester Entschlüsse. Habe sie nicht während ihrer Regierung zur Vertheidigung und Sicherheit ihrer übrigen Unterthanen viele hunderttausende von Menschen aufbieten, ihre Habe und ihr Blut hinopfern müssen? So schwer solches auch fiel, so sei es doch durch die Nothwendigkeit, größerem Uebel vorzubeugen, vor Gott und der Welt gerechtfertigt worden. Im gegenwärtigen Falle sei es weder um das Gut noch um das Blut eines einzigen Menschen zu thun. Es komme auf nichts anderes als auf die nähere Verwahrung einiger hundert Personen an, welche von dem päpstlichen Stuhle und allen katholischen Mächten als schuldig erkannt worden seien. Jedoch auch sie wolle man im Genusse eines anständigen Unterhaltes, in bequemer Wohnung und in der Möglichkeit belassen, ihre sonstigen Bedürfnisse zu befriedigen, während man ihnen zum Heile ihrer Seelen die erwünschte Gelegenheit gewähre, von dem bisher eingeschlagenen irrigen Wege auf die richtige Bahn gewiesen zu werden[198]).

So überaus bezeichnend für sie selbst und für ihre Anschauungen ist die Antwort, welche Maria Theresia hierauf gab, daß sie wohl zum größeren Theile hier wird Aufnahme finden dürfen. Sie lautet folgender Maßen:

„Alles was hier angemerkt wird wegen denen übrigen katholischen „Höfen, macht bei mir nicht den mindesten Eindruck, und habe mit „Verlangen erwartet, daß von Rom nach so langer Zeit uns was „mehrers und positiveres würde communicirt werden, nach welchem „mein Gemüth beruhigen könnte wegen der künftigen Maaßreglen; „leyder aber niemals als Worte, supposita und keine reele facta „mir vorgelegt worden. Ich erwarte mit Verlangen jenes, was in „Niederland hat sollen geschehen sein, ich habe noch keine Nachricht „davon, und ist dis die Ursach, warum so lang auf dise note nicht „geantwortet. Ich ware seit langen Jahren schon nicht so eingenommen „von der Societät; mich selbsten und meine Kinder entzohe selber sowohl

„in der Erziehung als des Beichtstuhls. Niemand als ich allein trachtete „bei Aufhebung der Societät so nachdrücklich, ihnen alle Professuren „der Theologie gleich zu benehmen; wo die Stellen es unmöglich „findeten, hielt ich so genau darauf, daß lieber ein ganzes Jahr allen „Studien wollte Inhalt thun, als selbe zu gestatten. Nach all diesem „kann ich nicht, weder zu prævenirt vor selbe, noch zu gütig passiren, „wohl aber getrauete ich mich niemals gegen meine Ueberzeugung was „zu thun oder zuzulassen. Was schicklich ware gleich von Anfang der „Bulla, ist itzund nicht mehr das nämliche; neues scandale und Auf„sehen wurde verursacht. Ich habe Kaunitz erlaubt zu schreiben nach „Rom, um mehrere Facta zu wissen, auch wegen der Erneuerung des „Verbotts, Beicht zu hören und zu predigen, des Pabsten näheren „Rath zu wissen, doch nicht anders als so weit die Bischöfe in ihrer „Diöces es werden nützlich, zum besten der Religion und so vieler „Menschen Heyl finden."

Auf die sonstigen Maßregeln übergehend, welche die Commission anrieth, bemerkt die Kaiserin, daß sie die genaueste Prüfung der Rechnungen angeordnet habe, um zu erfahren, ob eine Spur einer unberechtigten Veräußerung gefunden werden könne. Sie genehmige auch daß dort, wo wirkliche Verdachtsgründe vorlägen, wie in Steiermark und in Böhmen, die Betheiligten zur Rede gestellt, und daß diejenigen, deren Beaufsichtigung geboten erscheine, nach Krems geschickt würden. Wegen Ueberwachung der Correspondenz sei bereits das Nöthige geschehen, doch sei man auf nichts Verdächtiges gestoßen. Den Antrag wegen Abschwörung aller Verbindung mit dem Orden genehmige sie; was jedoch wegen des Privatunterrichtes gesagt worden, verstehe sie nicht recht; es könne wohl nur das Theresianum darunter gemeint sein. „Wenn einige Summen", mit diesen Worten beendigt Maria Theresia ihre Entscheidung, „aus unseren Ländern gegangen, glaube nicht daß „sie mehr zurückzuhaben sind, doch Alles anzuwenden, was billig wäre. „Alle diese Nachrichten, die selbsten communicirt habe, sind grosse „præsumption, aber keine Ueberweisung, mithin nach einen solchen „Grund selbe nicht können condemnirt, noch zu Rede als mit Gelinde „gestellet werden. Ich genehmige den Eifer der Commission, mir ihre

„Meinungen so klar zu geben. Sie möchte sich nicht ermüden, also „zu continuiren und dem Staat in ein so gefährlichen Zeitpunkt zu „schützen und meine schwache Kräften und guten Willen zu unter„stützen" [199]).

Die von der Kaiserin selbst ausgehende Ableugnung der ihr zugemutheten Sympathie mit dem Orden der Jesuiten, und die huldvollen Ausdrücke, deren sie gegen die Commission sich bediente, konnten dieselbe natürlicher Weise nur in dem Festhalten an den von ihr aufgestellten Grundsätzen und den hieraus gefolgerten Anträgen bestärken. Aber es liegt doch nichts vor, woraus mit Bestimmtheit entnommen werden könnte, die Kaiserin habe den von ihr gleich Anfangs eingeschlagenen Weg wieder verlassen. Auch aus Rom scheinen keine Nachrichten eingegangen zu sein, welche Maria Theresia zu einer solchen Sinnesänderung zu bringen vermocht hätten. Und nicht allein in Sachen, welche sich auf das Vermögen der Jesuiten bezogen, hatte Kaunitz dorthin geschrieben; auch die eigenthümliche Auslegung, welche der Cardinal-Erzbischof Migazzi in anderer Beziehung der Aufhebungsbulle gab, nöthigte den Staatskanzler zu einem Einschreiten in Rom. Während den ehemaligen Jesuiten, welche sich früher mit der Seelsorge befaßt hatten, die Fortsetzung dieses Wirkens in den bisherigen Kirchen des Ordens von der Curie gestattet wurde, ging Migazzi noch viel weiter und verwendete von nun an nicht nur ehemalige Jesuiten, welche früher nichts mit der Seelsorge zu thun gehabt hatten, zu derselben, sondern es geschah solches auch in Kirchen, die dem Orden niemals angehört hatten. Migazzi rechtfertigte dieß mit der Behauptung, daß der Säculerclerus seiner Diözese den Bedürfnissen derselben schon seiner Zahl nach nicht genüge, und daß der Regularclerus zur Ausfüllung dieser Lücke weit weniger tauge als die ungleich vertrauenswürdigeren Jesuiten.

Es scheint wohl daß die Meinung des Cardinals, zu deren Gunsten sich in der That gewichtige Gründe anführen ließen, auch der Anschauung der Kaiserin entsprach. Als Bischof Kerens, der ehemals Jesuit gewesen und von der Kaiserin im Jahre 1773 unter

gleichzeitiger Ernennung zum apostolischen Vicar der österreichischen Armee von Ruremonde nach Neustadt berufen worden war, an sie eine Anfrage stellte, welche sich auf die Verwendung der in Neustadt befindlichen Exjesuiten und den Fortgenuß ihrer Pensionen bezog, antwortete Maria Theresia mit eigener Hand: „sollen künfftig in der „domkirchen ihre meessen lesen und sich zum nutzen der Seellen heyl „brauchen lassen; also gedencke ihre pensionen zu continuirn[200])".

Aber es läßt sich doch auch wieder nicht leugnen, daß diese und ähnliche Verfügungen den Tendenzen, welche der Aufhebung des Ordens der Jesuiten ursprünglich zu Grunde lagen, nur wenig entsprachen. Allerdings war von österreichischer Seite zu einer Austreibung der Jesuiten, wie die bourbonischen Höfe sie in ihren Ländern vorgenommen hatten, niemals die Hand geboten worden. Aber die in Oesterreich geschehende Belassung derselben in ihren bisherigen Stellungen, Aemtern und Functionen unterschied sich doch gewaltig von einer so beträchtlichen Ausdehnung ihrer bisherigen Wirksamkeit, wie Migazzi sie herbeizuführen bestrebt und die Kaiserin selbst zuzulassen geneigt war. Allzu grell widersprach sie, wenn nicht schon dem Wortlaute, so doch ganz gewiß dem Sinne des päpstlichen Breve, als daß nicht die auch in Oesterreich recht zahlreichen Feinde der Jesuiten sich hiegegen hätten auflehnen sollen. Aufs nachdrücklichste wurde auf Maria Theresia in dieser Richtung gewirkt, aber sie wollte in einer rein kirchlichen Angelegenheit eine Entscheidung nicht fällen. Der Papst allein sei berufen, so meinte die Kaiserin, einen Ausspruch zu thun. Kaunitz aber beauftragte wohl Brunati, die von Maria Theresia gewünschte Anfrage an Clemens XIV. zu richten. Er brachte es jedoch nicht über sich, nicht gleichzeitig einfließen zu lassen, ihm scheine das Verfahren des Cardinals in entschiedenem Gegensatze zu der Aufhebung des Ordens zu stehen. Er hoffe daß der Papst die Sache ebenso ansehen und sich demgemäß aussprechen werde[201]).

Clemens XIV. that jedoch dem Fürsten Kaunitz nicht den Gefallen, sich in dem Sinne zu äußern, den ihm derselbe durch Brunati's Vermittlung hatte in den Mund legen lassen. In seinem Gespräche mit

Brunati tadelte er zwar das Verfahren Migazzi's mit lebhaften Worten, aber meinte doch, eine erneuerte öffentliche Erklärung könnte ihn selbst nur allzu sehr bloßstellen. Er könne nicht mehr thun als der Kaiserin antworten lassen, je mehr Verwendung in der Seelsorge und in anderen Functionen der österreichische Clerus mit Ausschluß der Jesuiten fände, desto willkommener würde es ihm sein und desto mehr würde es dem Buchstaben und dem Geiste seines Breve entsprechen. Brunati aber fügte hinzu, daß es nun der Kaiserin freistehe, dasjenige zu thun, was ihr gut dünke. Denn es gewinne den Anschein, als ob der Papst den fremden Fürsten den Einfluß auf das Wirken der in ihren Ländern befindlichen Bischöfe einräume, den er selbst hinsichtlich derjenigen des Kirchenstaates übe. Hiedurch werde jeder Monarch ermächtigt, sie für die Wahl der Personen verantwortlich zu machen, denen sie die Seelsorge oder andere geistliche Functionen übertrügen [202]).

So unwillkommen es dem Staatskanzler sein mochte, daß seine eigene Anschauung nicht, wie er sich wohl geschmeichelt, durch ein päpstliches Breve bekräftigt und den Bischöfen als Richtschnur vorgezeichnet worden war, so lebhaft stimmte er doch wenigstens der Ansicht Brunati's bei, der Papst stelle durch seine Worte es den weltlichen Fürsten anheim, den Bischöfen dasjenige vorzuschreiben, was sie in dieser Sache zu thun hätten. Maria Theresia hingegen war nicht dieser Meinung. „ich bekenne", schrieb sie eigenhändig auf des Staatskanzlers Referat [203]), „das in dem punct wegen deren jesuiten decidirt sein mögte, nicht „es mein arbitre überlaßen haben möate, indem in der gantzen sache „gahr nicht klar sehe."

Bei der ausweichenden Erklärung des Papstes und der Unentschlossenheit der Kaiserin wußte Kaunitz sich nicht anders zu helfen, als daß er Brunati beauftragte, genau Acht zu haben auf den Erfolg der Bemühungen des Cardinals Bernis, welcher in Rom die gleiche Auslegung des päpstlichen Breve erwirken sollte, wie sie Kaunitz so lebhaft gewünscht hatte [204]. Denn auch in Frankreich hatten einzelne Bischöfe, gerade so wie Migazzi, die Aufhebung des Ordens der Jesuiten und Bewilligung, sie noch ferner in der Seelsorge zu verwenden, dazu

benützt, dieser Thätigkeit ehemaliger Mitglieder des Ordens eine weit größere Ausdehnung zu geben, statt sie zu beschränken. Und wirklich vermochte Brunati binnen Kurzem zu melden, nach einer vertraulichen Mittheilung des Cardinals Bernis habe Clemens XIV. demselben ein Breve ausfertigen lassen, demzufolge die Exjesuiten in Frankreich von der Seelsorge sowohl als von den theologischen Lehrstühlen auszuschließen seien[205]). Aber wir finden nicht, daß Brunati dieses Breve, wenn es wirklich ausgestellt worden, auch dem Staatskanzler eingesendet hätte. Und andererseits würde die völlige Ausschließung der Jesuiten von allen geistlichen Functionen so wie von den theologischen Lehrkanzeln der österreichischen Regierung wegen Mangels an tauglichen Individuen zur Ausfüllung dieser Lücken vielleicht manche Verlegenheit bereitet haben. Darum sah man sich wohl veranlaßt, die Sache einstweilen auf sich beruhen zu lassen; in der diplomatischen Correspondenz mit Rom wenigstens ist von ihr nicht mehr die Rede.

Eine andere Angelegenheit war es dagegen, welche zu jener Zeit zwischen dem Wiener Hofe und der römischen Curie eifrig verhandelt wurde. Bei der Rundreise, welche Joseph im Herbste des Jahres 1771 durch Böhmen unternahm, hatte er sich unter Anderem auch von dem schlechten Zustande der Seelsorge in jenem Lande überzeugt, und dringend rieth er seiner Mutter zur Errichtung zwei neuer Bisthümer. Maria Theresia aber, welche mit Schrecken gewahr zu werden glaubte, daß in Böhmen und theilweise auch in Mähren der alte hussitische oder wenigstens antikatholische Geist wieder rege zu werden beginne, ging bereitwillig auf den Vorschlag ihres Sohnes ein. Denn auch sie bekannte sich zu seiner Ansicht, daß die ungeheure Ausdehnung der Prager Erzdiözese es schwer, wenn nicht unmöglich mache, den dortigen Clerus gehörig zu überwachen. Und bei ihr gesellte sich noch die Furcht vor dem Eindringen unkatholischen Wesens aus den benachbarten protestantischen Ländern hinzu; daher trachtete sie auch eine völlige Loslösung ihres eigenen Gebietes von der Jurisdiction auswärtiger Bischöfe herbeizuführen. Deßhalb nahm sie die Mitwirkung des Papstes in Anspruch, daß Böhmen statt wie bisher in drei, künftighin in fünf Diözesen getheilt werde. Außer in Prag, Leitmeritz

Brunati tadelte er zwar das Verfahren Migazzi's mit lebhaften Worten, aber meinte doch, eine erneuerte öffentliche Erklärung könnte ihn selbst nur allzu sehr bloßstellen. Er könne nicht mehr thun als der Kaiserin antworten lassen, je mehr Verwendung in der Seelsorge und in anderen Functionen der österreichische Clerus mit Ausschluß der Jesuiten fände, desto willkommener würde es ihm sein und desto mehr würde es dem Buchstaben und dem Geiste seines Breve entsprechen. Brunati aber fügte hinzu, daß es nun der Kaiserin freistehe, dasjenige zu thun, was ihr gut dünke. Denn es gewinne den Anschein, als ob der Papst den fremden Fürsten den Einfluß auf das Wirken der in ihren Ländern befindlichen Bischöfe einräume, den er selbst hinsichtlich derjenigen des Kirchenstaates übe. Hiedurch werde jeder Monarch ermächtigt, sie für die Wahl der Personen verantwortlich zu machen, denen sie die Seelsorge oder andere geistliche Functionen übertrügen [202]).

So unwillkommen es dem Staatskanzler sein mochte, daß seine eigene Anschauung nicht, wie er sich wohl geschmeichelt, durch ein päpstliches Breve bekräftigt und den Bischöfen als Richtschnur vorgezeichnet worden war, so lebhaft stimmte er doch wenigstens der Ansicht Brunati's bei, der Papst stelle durch seine Worte es den weltlichen Fürsten anheim, den Bischöfen dasjenige vorzuschreiben, was sie in dieser Sache zu thun hätten. Maria Theresia hingegen war nicht dieser Meinung. „ich bekenne", schrieb sie eigenhändig auf des Staatskanzlers Referat [203]), „das in dem punct wegen deren jesuiten decidirt sein mögte, nicht „es mein arbitre überlassen haben mögte, indem in der gantzen sache „gahr nicht khlar sehe."

Bei der ausweichenden Erklärung des Papstes und der Unentschlossenheit der Kaiserin wußte Kaunitz sich nicht anders zu helfen, als daß er Brunati beauftragte, genau Acht zu haben auf den Erfolg der Bemühungen des Cardinals Bernis, welcher in Rom die gleiche Auslegung des päpstlichen Breve erwirken sollte, wie sie Kaunitz so lebhaft gewünscht hatte [204]). Denn auch in Frankreich hatten einzelne Bischöfe, gerade so wie Migazzi, die Aufhebung des Ordens der Jesuiten und die Bewilligung, sie noch ferner in der Seelsorge zu verwenden, dazu

benützt, dieser Thätigkeit ehemaliger Mitglieder des Ordens eine weit größere Ausdehnung zu geben, statt sie zu beschränken. Und wirklich vermochte Brunati binnen Kurzem zu melden, nach einer vertraulichen Mittheilung des Cardinals Bernis habe Clemens XIV. demselben ein Breve ausfertigen lassen, demzufolge die Exjesuiten in Frankreich von der Seelsorge sowohl als von den theologischen Lehrstühlen auszuschließen seien[205]). Aber wir finden nicht, daß Brunati dieses Breve, wenn es wirklich ausgestellt worden, auch dem Staatskanzler eingesendet hätte. Und andererseits würde die völlige Ausschließung der Jesuiten von allen geistlichen Functionen so wie von den theologischen Lehrkanzeln der österreichischen Regierung wegen Mangels an tauglichen Individuen zur Ausfüllung dieser Lücken vielleicht manche Verlegenheit bereitet haben. Darum sah man sich wohl veranlaßt, die Sache einstweilen auf sich beruhen zu lassen; in der diplomatischen Correspondenz mit Rom wenigstens ist von ihr nicht mehr die Rede.

Eine andere Angelegenheit war es dagegen, welche zu jener Zeit zwischen dem Wiener Hofe und der römischen Curie eifrig verhandelt wurde. Bei der Rundreise, welche Joseph im Herbste des Jahres 1771 durch Böhmen unternahm, hatte er sich unter Anderem auch von dem schlechten Zustande der Seelsorge in jenem Lande überzeugt, und dringend rieth er seiner Mutter zur Errichtung zwei neuer Bisthümer. Maria Theresia aber, welche mit Schrecken gewahr zu werden glaubte, daß in Böhmen und theilweise auch in Mähren der alte hussitische oder wenigstens antikatholische Geist wieder rege zu werden beginne, ging bereitwillig auf den Vorschlag ihres Sohnes ein. Denn auch sie bekannte sich zu seiner Ansicht, daß die ungeheure Ausdehnung der Prager Erzdiözese es schwer, wenn nicht unmöglich mache, den dortigen Clerus gehörig zu überwachen. Und bei ihr gesellte sich noch die Furcht vor dem Eindringen unkatholischen Wesens aus den benachbarten protestantischen Ländern hinzu; daher trachtete sie auch eine völlige Loslösung ihres eigenen Gebietes von der Jurisdiction auswärtiger Bischöfe herbeizuführen. Deßhalb nahm sie die Mitwirkung des Papstes in Anspruch, daß Böhmen statt wie bisher in drei, künftighin in fünf Diözesen getheilt werde. Außer in Prag, Leitmeritz

Brunati tadelte er zwar das Verfahren Migazzi's mit lebhaften Worten, aber meinte doch, eine erneuerte öffentliche Erklärung könnte ihn selbst nur allzu sehr bloßstellen. Er könne nicht mehr thun als der Kaiserin antworten lassen, je mehr Verwendung in der Seelsorge und in anderen Functionen der österreichische Clerus mit Ausschluß der Jesuiten fände, desto willkommener würde es ihm sein und desto mehr würde es dem Buchstaben und dem Geiste seines Breve entsprechen. Brunati aber fügte hinzu, daß es nun der Kaiserin freistehe, dasjenige zu thun, was ihr gut dünke. Denn es gewinne den Anschein, als ob der Papst den fremden Fürsten den Einfluß auf das Wirken der in ihren Ländern befindlichen Bischöfe einräume, den er selbst hinsichtlich derjenigen des Kirchenstaates übe. Hiedurch werde jeder Monarch ermächtigt, sie für die Wahl der Personen verantwortlich zu machen, denen sie die Seelsorge oder andere geistliche Functionen übertrügen [202]).

So unwillkommen es dem Staatskanzler sein mochte, daß seine eigene Anschauung nicht, wie er sich wohl geschmeichelt, durch ein päpstliches Breve bekräftigt und den Bischöfen als Richtschnur vorgezeichnet worden war, so lebhaft stimmte er doch wenigstens der Ansicht Brunati's bei, der Papst stelle durch seine Worte es den weltlichen Fürsten anheim, den Bischöfen dasjenige vorzuschreiben, was sie in dieser Sache zu thun hätten. Maria Theresia hingegen war nicht dieser Meinung. „ich bekenne", schrieb sie eigenhändig auf des Staatskanzlers Referat [203]), „das in dem punct wegen deren jesuiten decidirt sein mögte, nicht „es mein arbitre überlassen haben mögte, indem in der gantzen sache „gahr nicht khlar sehe."

Bei der ausweichenden Erklärung des Papstes und der Unentschlossenheit der Kaiserin wußte Kaunitz sich nicht anders zu helfen, als daß er Brunati beauftragte, genau Acht zu haben auf den Erfolg der Bemühungen des Cardinals Bernis, welcher in Rom die gleiche Auslegung des päpstlichen Breve erwirken sollte, wie sie Kaunitz so lebhaft gewünscht hatte [204]). Denn auch in Frankreich hatten einzelne Bischöfe, gerade so wie Migazzi, die Aufhebung des Ordens der Jesuiten und die Bewilligung, sie noch ferner in der Seelsorge zu verwenden, dazu

benützt, dieser Thätigkeit ehemaliger Mitglieder des Ordens eine weit größere Ausdehnung zu geben, statt sie zu beschränken. Und wirklich vermochte Brunati binnen Kurzem zu melden, nach einer vertraulichen Mittheilung des Cardinals Bernis habe Clemens XIV. demselben ein Breve ausfertigen lassen, demzufolge die Exjesuiten in Frankreich von der Seelsorge sowohl als von den theologischen Lehrstühlen auszuschließen seien[205]). Aber wir finden nicht, daß Brunati dieses Breve, wenn es wirklich ausgestellt worden, auch dem Staatskanzler eingesendet hätte. Und andererseits würde die völlige Ausschließung der Jesuiten von allen geistlichen Functionen so wie von den theologischen Lehrkanzeln der österreichischen Regierung wegen Mangels an tauglichen Individuen zur Ausfüllung dieser Lücken vielleicht manche Verlegenheit bereitet haben. Darum sah man sich wohl veranlaßt, die Sache einstweilen auf sich beruhen zu lassen; in der diplomatischen Correspondenz mit Rom wenigstens ist von ihr nicht mehr die Rede.

Eine andere Angelegenheit war es dagegen, welche zu jener Zeit zwischen dem Wiener Hofe und der römischen Curie eifrig verhandelt wurde. Bei der Rundreise, welche Joseph im Herbste des Jahres 1771 durch Böhmen unternahm, hatte er sich unter Anderem auch von dem schlechten Zustande der Seelsorge in jenem Lande überzeugt, und dringend rieth er seiner Mutter zur Errichtung zwei neuer Bisthümer. Maria Theresia aber, welche mit Schrecken gewahr zu werden glaubte, daß in Böhmen und theilweise auch in Mähren der alte hussitische oder wenigstens antikatholische Geist wieder rege zu werden beginne, ging bereitwillig auf den Vorschlag ihres Sohnes ein. Denn auch sie bekannte sich zu seiner Ansicht, daß die ungeheure Ausdehnung der Prager Erzdiözese es schwer, wenn nicht unmöglich mache, den dortigen Clerus gehörig zu überwachen. Und bei ihr gesellte sich noch die Furcht vor dem Eindringen unkatholischen Wesens aus den benachbarten protestantischen Ländern hinzu; daher trachtete sie auch eine völlige Loslösung ihres eigenen Gebietes von der Jurisdiction auswärtiger Bischöfe herbeizuführen. Deßhalb nahm sie die Mitwirkung des Papstes in Anspruch, daß Böhmen statt wie bisher in drei, künftighin in fünf Diözesen getheilt werde. Außer in Prag, Leitmeritz

Fünftes Capitel.

Papſt Pius VI.

Das Ableben des Papſtes gab Anlaß zu dem dritten und letzten Conclave, welches während der Regierungszeit der Kaiſerin Maria Thereſia überhaupt ſtattfand. Es beſaß inſofern geringere Wichtigkeit als das vorhergegangene, weil ſich ſeither die Beziehungen der Curie zu den fremden Mächten gar ſehr gebeſſert hatten. Durch die vollzogene Aufhebung des Ordens der Jeſuiten war die Verſöhnung Roms mit den bourboniſchen Höfen und mit Portugal zu einer vollendeten Thatſache geworden und die Zurückſtellung der dem Kirchenſtaate in jüngſter Zeit entriſſenen Gebietstheile wieder erfolgt. Aber freilich beſaß der Orden noch überall und insbeſondere im Cardinalscollegium ſo mächtige Anhänger, daß der Gedanke nicht fern lag, dieſelben könnten darauf ausgehen, die Wahl eines Papſtes zu Stande zu bringen, der die gegen die Jeſuiten getroffenen Maßregeln rückgängig machen und den Orden, ſo viel es noch überhaupt möglich war, in ſeine verlorne Stellung wieder einſetzen könnte.

Das äußere Verfahren, wenn man ſo ſagen darf, das von öſterreichiſcher Seite beobachtet wurde, glich ſo ziemlich demjenigen, welches bei dem vorigen Conclave ſtattgefunden hatte. Wieder war es der unermüdliche Brunati, der ſchon ſechs Tage nach dem Tode des Papſtes ein Verzeichniß der Cardinäle mit einer eingehenden Charakterſchilderung eines Jeden von ihnen nach Wien ſandte[208]). Nachdem man, ſo wurde damals geglaubt, es dem letztverſtorbenen Papſte zum Vorwurfe gemacht, daß er den fremden Höfen zu viel, ſeinem Vorgänger aber,

daß er ihnen zu wenig Rückſicht bezeigt habe, werde die Wahl jetzt wohl auf einen Mann fallen, welcher weder ein unbedingter Anhänger noch ein Gegner jener Höfe ſei. Unter den einmal obwaltenden Umſtänden werde der Papſt die Eigenſchaften haben müſſen, von guten Sitten, ein Italiener, nicht zu jung, allgemein beliebt, insbeſondere der ſtarken Partei Rezzonico nicht verhaßt, den fremden Höfen nicht unangenehm und kein bekannter Jeſuitenfreund zu ſein. Dieß vorausgeſetzt, würden Serſale, Caracciolo, Negroni, Simone und Visconti die meiſte Hoffnung haben. Möglicherweiſe könnten jedoch auch Branciforte, Braſchi oder Caſali gewählt werden.

Für den Kaiſerhof handelte es ſich vorerſt um die Bezeichnung des Cardinals, der bei der Papſtwahl als ſein Vertrauensmann fungiren ſollte, und um die Ernennung ſeines Botſchafters bei dem Conclave. Daß in erſterer Beziehung an Alexander Albani nicht gedacht werden könne, darüber waren Maria Thereſia, Joſeph und Kaunitz gewiß einig. Aber ohne Zweifel fühlten die beiden Letzteren ſich unangenehm berührt, als die Kaiſerin ſich bewegen ließ, dem Cardinal Migazzi, der ſich freiwillig dazu anbot und der Einzige unter den deutſchen Cardinälen zur Papſtwahl nach Rom ging, die Zuſage zu ertheilen, daß er mit dem Secretum betraut werden würde. Unumwunden erklärte Kaunitz der Kaiſerin, daß dieſer Entſchluß vorausſichtlich einen ſehr ungünſtigen Eindruck auf die bourboniſchen Höfe hervorbringen werde. Um ſie zu beſchwichtigen, wäre ihnen zu erklären, daß Migazzi mit ſo poſitiven Befehlen für ſein ganzes Verfahren verſehen werden würde, und daß er deren pünktlichſte Befolgung ſo feierlich gelobte, daß Maria Thereſia ſelbſt Bürgſchaft für ihn leiſte [209]). So geſchah es denn auch wirklich; die von Kaunitz entworfene Inſtruction für Migazzi erhielt die Zuſtimmung der Kaiſerin. Sehnlichſt wünſche ſie, war darin geſagt, daß der katholiſchen Kirche ein Oberhaupt vorgeſetzt werde, deſſen chriſtliche Tugenden ihm die allgemeine Verehrung, deſſen Sanftmuth und Mäßigung ihm die allgemeine Liebe, deſſen Klugheit und Unparteilichkeit ihm den allgemeinen Beifall ſo wie das Vertrauen aller katholiſchen Mächte zuziehen würden. Denn nur von einem ſolchen Manne könne man hoffen, daß es ihm gelingen werde,

der Kirche die von dem verstorbenen Papste mit so vieler Mühe wieder hergestellte Ruhe auch fortan zu erhalten.

Migazzi brauche es gegen Niemand zu verhehlen, daß, obschon der Kaiserhof nicht mitgewirkt habe zur Aufhebung des Ordens der Jesuiten, er schon damals dem heiligen Stuhle erklären ließ, er werde die von demselben für gut befundene Verfügung unbedingt annehmen. Dieß habe er nach dem Erscheinen der Aufhebungsbulle auch gethan. Darum könnte er nimmermehr zugeben, daß diese einmal getroffene Maßregel, sei es mittelbar oder unmittelbar, wieder umgestoßen oder angefochten und dadurch alle und jede nicht allein in Oesterreich, sondern in der ganzen katholischen Christenheit getroffene Vorkehrung entkräftet, hiedurch aber allenthalben die bedenklichste Verwirrung angerichtet würde.

Sollte es wider besseres Vermuthen wahrscheinlich werden, daß die Papstwahl auf ein Mitglied des Cardinalscollegiums falle, von welchem entweder eine Störung der mühsam wieder hergestellten Ruhe, ein Widerstreben gegen die von den katholischen Höfen in Folge der Aufhebungsbulle getroffenen Verfügungen, oder eine für Oesterreich ungünstige Gesinnung zu besorgen wäre, dann möge Migazzi einer solchen Wahl mit allem Nachdrucke entgegenwirken. Das freundschaftlichste Zusammengehen mit den Vertretern der bourbonischen Höfe, ohne sich jedoch in irgendwelche Abhängigkeit von ihnen zu begeben, wurde ihm schließlich noch besonders empfohlen [210]).

Zum gemeinschaftlichen Botschafter des Kaisers und der Kaiserin bei dem Conclave wurde der Chef einer der vornehmsten römischen Familien, der sich bisher durch besondere Anhänglichkeit an das Haus Oesterreich hervorgethan hatte, Fürst Bartolomeo Corsini ernannt. Ihm wurden die einzelnen, schon im Voraus von dem Kaiser und der Kaiserin unterzeichneten Schreiben übersendet, kraft deren sie Corsini ermächtigten, für den Fall, daß sich dem darin genannten Cardinal sehr nahe Aussicht eröffne, zur Tiara zu gelangen, die österreichisch gesinnten Cardinäle darauf aufmerksam zu machen, die Unterstützung dieser Wahl durch sie würde dem Kaiserhofe angenehm sein [211]). So

viele italienische Mitglieder des Cardinalscollegiums existirten [212]), so viele dieser Schreiben wurden ausgefertigt, diejenigen für Orsini, die beiden Brüder Karl und Johann Rezzonico und die beiden Albani aber von Joseph, dem Kaunitz zuerst sie vorlegte, nicht unterzeichnet. Wo Joseph seine Unterschrift verweigert hatte, that Maria Theresia deßgleichen, ja bei dem Schreiben für Alexander Albani fügte sie eigenhändig hinzu: „von mir noch weniger". Bei Borromeo, hinsichtlich dessen Joseph unterzeichnet zu haben scheint, bemerkte sie: „von mir „nicht, zu bekannt"; bei Giraud: „kann ausbleiben"; bei Pozzobonelli: „wird es auch nicht", und bei Stoppani: „desgleichen" [213]).

Wie man richtig vorhergesehen und auch aus den Berichten Migazzi's und Corsini's hervorging, theilte sich das Cardinalscollegium in zwei Parteien, in die der Royalisten oder der Anhänger der katholischen Höfe, und in die der Eiferer, welch letztere wieder in zwei Unterabtheilungen zerfiel, die Partei Rezzonico und diejenigen, die überhaupt mit dem letzten Pontificate unzufrieden waren und nun unter der Führung des ehemaligen Staatssecretärs Torreggiani zur Erreichung gemeinsamer Zwecke zusammenhielten. Zwischen ihnen bewegte sich eine sogenannte fliegende Schaar unter der Leitung der beiden Albani. Man wußte noch nicht, wohin dieselbe sich wenden werde; doch konnte es leicht geschehen, daß sie nach der einen oder der anderen Seite hin den Ausschlag zu geben vermochte.

Als Corsini hierüber dem Kaiserhofe berichtete [214]), verfiel er in einen Irrthum, der hier nur aus dem Grunde erwähnt wird, weil er Aeußerungen der Kaiserin und des Staatskanzlers hervorrief, welche immerhin bemerkenswerth genannt werden dürfen. Unter den sechs Cardinälen, deren Wahl er als wünschenswerth bezeichnete, befanden sich auch Borromeo und Serbelloni. Kaunitz erklärte jedoch, Corsini könne hiezu nur durch den Umstand veranlaßt worden sein, daß beide als Mailänder Unterthanen der Kaiserin seien. Gerade diese zwei Mailänder aber, und ein dritter, Castelli, seien wegen ihres bekannten Eigensinnes und ihrer unverträglichen und heftigen Gemüthsart, insbesondere aber als Gegner der Royalisten und als Gönner der Jesuiten

ernstlich zu fürchten. Man müsse darauf gefaßt sein, daß sie auf die Wahl eines Papstes ausgiengen, der all dasjenige wieder vernichte, was unter dem vorigen Pontificate geschehen sei. Man möge sie daher eindringlich warnen, und wenn sie gleichwohl auf dem eingeschlagenen Wege beharren würden, solche Maßregeln wider sie ergreifen, daß sie ihr Verfahren zu bereuen Ursache hätten. Die Einziehung der reichen Abteien und Präbenden, welche sie im Mailändischen besäßen, würde sich als das geeignetste und ausgiebigste Mittel hiezu darstellen [215]).

Maria Theresia entgegnete hierauf dem Staatskanzler mit eigener Hand: „es zu thun habe kein bedencken, wan einige so vergessen handeln „solten, nicht aber es zu drohen, noch dem bottschaffter noch dem car„dinal es zu überschreiben".

Was den Letzteren, den Erzbischof Migazzi betraf, so scheint er, seines verpfändeten Wortes sich erinnernd, im Conclave eine bessere Rolle gespielt zu haben als Kaunitz erwartet hatte. Uebereinstimmend meldeten die Berichte aus Rom, daß Bernis, der Führer der bourbonisch gesinnten Cardinäle, Migazzi dringend gebeten habe, er möge sich an die Spitze der royalistischen Partei stellen und sich bemühen, nicht nur deren Anhänger zu gemeinsamem Vorgehen zu vereinigen, sondern auch die Gegenpartei allmälig herüberzuziehen [216]). Mit großer Befriedigung vernahm man in Wien, daß Migazzi diesem Begehren gefolgt und daß ihm daher eine sehr einflußreiche Stellung im Conclave zugefallen sei [217]). Aber gar bald sollte man gewahr werden, daß darum doch das Wahlgeschäft nicht die günstige Wendung nahm, auf welche der Kaiserhof gehofft hatte.

Ohne Zweifel gab es ausreichende Gesichtspunkte genug, die Migazzi als den geeigneten Mann erscheinen ließen für die Rolle eines Vermittlers, welche Bernis und die Vertreter der übrigen bourbonischen Höfe ihm zudachten. Der Wortlaut seiner Instructionen, sein noch in Wien gegebenes Versprechen, sich gewissenhaft an dieselben zu halten, die Abhängigkeit seiner Stellung vom Kaiserhofe endlich ließen mit Bestimmtheit erwarten, er werde das ihm geschenkte Vertrauen in keiner Weise täuschen. Andererseits war jedoch auch die an ihm bekannte

ſtreng kirchliche Richtung und ſeine Vorliebe für die Jeſuiten ganz dazu geeignet, ihm die Sympathien der Partei der „Eiferer" zu gewinnen, ſo daß er vielleicht, wie es im Conclave des Jahres 1769 geſchehen, auch jetzt wieder eine einſtimmige Wahl herbeizuführen vermocht hätte. Die Ausſicht hierauf, kaum aufgetaucht, verſchwand jedoch eben ſo raſch wieder, und aufs ſchroffſte ſtanden die beiden Parteien ſich gegenüber. Ja es kam bald ſo weit, daß man befürchten mußte, die feſtgeſchloſſene Partei der Eiferer werde die Oberhand über die unter ſich uneinigen Royaliſten gewinnen. Migazzi frug ſich in Wien an, was er thun ſolle, wenn der Candidat der Gegenpartei zum Papſte gewählt würde?

„diser iſt der erſte bricff, dem vom megazzi gelesen", ſchrieb Maria Thereſia eigenhändig an Kaunitz[218]; „die vorige gahr nicht „eingeſehen, weillen mir an der gantzen wahl nichts liegt, gott bitte, „einen gutten chef ſeiner Kirche zu geben, alle übrigen intriguen „von dort abſcheüe. ob megazzi andern leüten ſchreibt, das weis ich „nicht, habe aber nichts von ihme geſehen, gehört noch geredet. dem „Kayſer und fürſten iſt an beſten bekant, das ihme abgerathen, ſich „dahin zu begeben, mithin gantz in keiner conexion bin. allein dis „scandalose ſchreiben gehet zu weit; durch ſolche ſchlechte falſche leüte „wird alles verdorben. wan man alſo hier redet, was wird können „zu rom geſchehen! mahoni und ſein secretaire ſeind ſchändliche „leüte; wäre auf ihre abruffung zu gedencken."

Die letzteren, ſo entrüſteten Worte der Kaiſerin ſcheinen ſich auf einen dem Cardinal Migazzi nachtheiligen Brief zu beziehen, welcher über deſſen Wirken in Rom von dem ſpaniſchen Botſchafter, Grafen Mahoni, und deſſen Secretär Anduaga in Wien verbreitet wurde. Wie es nun auch um die Wahrheit der wider Migazzi erhobenen Anklagen beſtellt ſein mochte, das iſt gewiß, daß ſeine Verſuche, eine Einigung anzubahnen, fruchtlos blieben, und daß dieſelben nun von dem Decan des Cardinalscollegiums, Giovan Francesco Albani neuerdings aufgenommen wurden. In einer längeren Conferenz mit Migazzi bezeichnete er ihm neun Candidaten, auf deren Einen die Papſtwahl

gelenkt werden könnte; unter ihnen nicht weniger als sechs aus der Partei der Eiferer. An fünfter Stelle wurde von ihm der Cardinal Johann Angelo Braschi aus Cesena genannt [219]).

In seiner Charakteristik der einzelnen Cardinäle hatte sich Brunati ziemlich kurz über Braschi gefaßt. Gleichsam von nichts sei er durch Clemens XIII. zu der bemerkenswerthen Stelle eines Schatzmeisters erhoben worden, einem Posten, von dem aus die Vorrückung zur Würde eines Cardinals so ziemlich bestimmt sei. Hiezu auch von Clemens XIV. ernannt, gelte er gleichwohl als eifriger Anhänger der beiden Rezzonico. Seine Lebensweise sei tadellos und seine Ergebenheit für die Interessen des heiligen Stuhles ganz unermeßlich. Man behaupte von ihm, daß er ein hartes und abstoßendes Benehmen, ungleiche Laune und eine leicht zu entzündende Einbildungskraft besitze [220]).

Angesichts des Wortlautes seiner Instructionen durfte Migazzi wohl keinen Augenblick einem Zweifel sich hingeben, daß die Wahl eines Mannes wie Braschi, eines Mitgliedes der Partei der Zelanti und eines eifrigen Anhängers der in Wien mit Recht so scheel angesehenen Brüder Rezzonico dem Kaiserhofe unmöglich willkommen sein könne. Dennoch scheint er dem Vorschlage, der zu Gunsten Braschi's gemacht wurde, durchaus nicht energisch widerstrebt, sondern im Gegentheile nicht geringe Sympathien für ihn an den Tag gelegt zu haben. Der Bericht, den er hierüber nach Wien erstattete, gibt Zeugniß von dieser Stimmung. Vorerst macht Migazzi darauf aufmerksam, daß die Schilderungen des Charakters der Cardinäle, die man an die Höfe gelangen lasse, durchaus keinen Anspruch auf unbedingte Glaubwürdigkeit besäßen. Persönliche Neigung und Feindschaft, Eigennutz und Mißgunst, ja selbst Unkenntniß der wirklich obwaltenden Verhältnisse spielten hiebei eine größere Rolle als man glaube. Braschi habe sich schon der Hochachtung Benedicts XIV. erfreut und sei von diesem Papste sehr viel gebraucht worden. Alle seine Aemter habe er in lobenswerther Weise versehen. Wohl sei er dem hohen Adel nicht genehm, denn bei manchen Gelegenheiten habe er sich unberechtigten Zumuthungen desselben standhaft widersetzt. Seine einsame und mäßige Lebensweise

„ich Ihnen hinsichtlich der Protestanten zu schreiben wagte, die in „Mähren entdeckt wurden, mich derart erstaunte und ergriff, daß ich „mich im Augenblicke gar nicht zu erinnern wußte, ob Aehnliches aus „Irrthum meiner Feder entfloß, während ich doch weit davon entfernt „bin es zu denken. Glücklicherweise entriß mich das Wort Toleranz, „welches Sie die Güte gehabt haben mir zu wiederholen, meinem „Zweifel, und verwandelte meinen ganzen Schrecken in eine zärtliche „und lebhafte Erkenntlichkeit für die wahrhaft rührende, heroische, „männliche und kräftige Güte, mit der Sie mir die Schlußfolgerungen „enthüllten, die Sie daraus ziehen. Das Wort Toleranz allein ist es „jedoch, welches das Mißverständniß verursachte. Sie haben es in einem „ganz anderen Sinne genommen. Gott bewahre mich davor zu denken, „daß es gleichgültig sei, ob die Staatsangehörigen protestantisch werden „oder Katholiken bleiben, und noch weniger, ob sie dem Cultus anhängen „oder ihn wenigstens beobachten, den sie von ihren Vätern überkamen. „Alles was ich besitze, würde ich darum geben, wenn sämmtliche Pro„testanten Ihrer Staaten zum Katholizismus übertreten würden."

„Bei mir will das Wort Toleranz nur sagen, daß ich in allen „bloß irdischen Dingen Jedermann ohne Unterschied der Religion „anstellen würde, ihn Güter besitzen, Gewerbe ausüben, Staatsbürger „sein ließe, wenn er hiezu befähigt und dem Staate und seiner In„dustrie zum Vortheile wäre. Diejenigen, welche unglücklicher Weise „einem falschen Glauben anhängen, sind viel entfernter von ihrer „Bekehrung, wenn sie in ihrem Lande verbleiben, als wenn sie in ein „anderes übersiedeln, wo sie die überzeugenden Wahrheiten des katho„lischen Glaubens hören und sehen. Ebenso macht die ungestörte „Ausübung ihres Cultus sie zu viel besseren Unterthanen und läßt „sie die Religionslosigkeit vermeiden, welch letztere für die Verführung „unserer Katholiken weit gefährlicher ist, als wenn man Jene ihren „Cultus ungehindert beobachten läßt. Wenn die Protestanten diese „Methode in ihren Staaten nicht allgemein annehmen, so geschieht „dieß, weil ihre Leitung die Klarheit und den Scharfblick der unsrigen „flieht, und weil es für Republiken schwieriger ist, ähnliche Aenderungen „zu unternehmen. Wenn ich endlich die Muße hätte, die ein Brief

Der Erstere stand in Wien, wo er lange Zeit hindurch Nuntius gewesen, in besonders gutem Andenken, und Corsini erhielt den Auftrag, sich zu dessen Gunsten nachdrücklichst zu verwenden. Bei weitem weniger willkommen wäre dem Kaiserhofe die Wahl Pallavicini's gewesen, eines Genuesen, von dem man sich nichts Gutes versprechen zu dürfen glaubte. Gleichwohl hätte man sich, um nur mit den bourbonischen Höfen nicht zu zerfallen, auch noch in die Erhebung dieses Letzteren gefügt [225]).

Gar bald sollte es sich jedoch zeigen, daß man zu dem Mittel, durch welches die katholischen Staaten ihre Wünsche durchsetzen zu können meinten, entweder zu spät gegriffen hatte, oder daß es sich als zu machtlos erwies. Binnen kürzester Frist kamen aus Rom die Meldungen nach Wien, daß die Partei der Zelanti im Conclave allmälig die Oberhand erhalte, und daß sie neuerdings mit der Candidatur des Cardinals Braschi hervorgetreten sei. Auch jetzt wieder erging sich Migazzi in Lobpreisungen desselben [226]); der Kirche würde er nützlich sein, den Regierungen aber keinen gerechten Anlaß geben zu Beschwerden; seine Wahl könnte somit nur als erwünscht angesehen werden [227]).

So beunruhigt fühlte sich Kaunitz durch diese Berichte Migazzi's, daß er ihm neuerdings die Bedenken des Kaiserhofes gegen Braschi ins Gedächtniß zurückrief und den Auftrag wiederholte, dieser Wahl so viel als nur immer möglich, jedoch nicht mit einer förmlichen Ausschließung Braschi's entgegen zu wirken. Wenn er sie verhindere und die Erhebung eines Candidaten, der dem Kaiserhofe besonders genehm sei, auf den päpstlichen Stuhl zu Stande bringe, dann werde er ein großes Verdienst sich erwerben und eine ruhmvolle Probe, sowohl seiner ausnehmenden Geschicklichkeit als seines wirksamen Diensteifers ablegen [228]).

An demselben Tage jedoch, an welchem Kaunitz in solchem Sinne an Migazzi schrieb, am 13. Februar 1775 ging aus dem Conclave zu Rom Cardinal Braschi als neugewählter Papst hervor.

Nach den Schriftstücken, welche zwischen dem Kaiserhofe und seinen Vertretern in Rom über die Papstwahl gewechselt worden waren,

sollte man wohl die Behauptung aussprechen dürfen, daß die Erhebung Braschi's auf den heiligen Stuhl in Wien nicht willkommen erschien. Aber auch bei diesem Anlasse wird man der doppelten Strömung gewahr, welche daselbst herrschte. Wie ein Zeitgenosse und Augenzeuge, der venetianische Botschafter Contarini berichtet, traf die Nachricht von dem Ausgange der Papstwahl zu einer Stunde in Wien ein, in welcher der gesammte Hofstaat zu einem glänzenden Ballfeste versammelt war, das die Kaiserin gab. Mit heiterem Angesichte wendete sich Maria Theresia, nachdem sie die Nachricht erhalten, zu den Repräsentanten der katholischen Mächte. Die Papstwahl sei, so theilte sie ihnen mit, auf einen Mann gefallen, der all die seltenen Eigenschaften besitze, welche sein Amt in so schwierigen Zeitverhältnissen fordere. Sie hoffe, auch die anderen katholischen Fürsten würden das Ergebniß der Wahl in gleichem Sinne auffassen und dem neuen Papste diejenige Hochachtung beweisen, die er verdiene und welche der Religion nur zu größerem Nutzen gereichen könne[229]).

In dieser Haltung der Kaiserin wird wohl auch der Schlüssel des Räthsels zu finden sein, weßhalb Migazzi, der wenigstens zu dem Verdachte Anlaß gegeben hatte, er habe die Intentionen seiner Regierung nicht mit dem Nachdrucke und in der Richtung vertreten, wie es von ihm erwartet worden war, darum doch keineswegs die Mißbilligung des Kaiserhofes erfuhr. Gerade das Gegentheil geschah, und mit nicht geringer Verwunderung sehen wir, daß wenn irgend Jemand in dieser Sache Unrecht bekam, Kaunitz sein eigenes bisher beobachtetes Verfahren zu tadeln, dasjenige Migazzi's aber eifrigst zu beloben sich beeilte.

„Eurer Eminenz", so schrieb ihm der Staatskanzler wörtlich am 27. Februar 1775, „habe ich nicht verhehlt, wie und warum ich „die ganze Sache bis jetzt anders angesehen habe. Mit der gleichen „Freimüthigkeit bekenne ich Ihnen, daß nach den besonderen Umständen „der letzten Wochen, welche nicht allein mir in der Entfernung nicht „zeitlich genug, sondern auch zu Rom selbst niemand so genau als „Eurer Liebden bekannt sein konnten, sehr klug und weislich geschehen

„sei, daß sich von Eurer Eminenz mit den übrigen Herren Kron-
„cardinälen auf den nunmehr zum Papste erwählten Herrn Cardinal
„Braschi, der ungeachtet des unsererseits gehabten Anstandes gleichwohl
„von der Gegenpartei der unbedenklichste war, verstanden, zumal aber
„die Sache also eingeleitet worden sei, daß er seine Erhebung Ihrer
„klugen Verwendung und dadurch unserem Hof am meisten zu ver-
„danken habe. Es haben daher auch Ihre Majestäten dero aller-
„höchste Zufriedenheit über das Betragen Eurer Eminenz zu äußern
„geruht."

Ob Kaunitz wirklich in Folge der Aufklärungen, die er durch Migazzi's Berichte erhielt, seine Ansichten geändert, und ob nicht vielmehr die Lobsprüche, welche dem letzteren ertheilt wurden, auf Rechnung der Kaiserin zu setzen sind, welche Migazzi immerdar wohlwollte, ist jetzt schwer zu entscheiden. Gleichwohl wird letzteres als das wahrscheinlichere anzusehen sein, wie denn die ganze Auffassung der kirchlichen Verhältnisse von Seite der Kaiserin ihr die Richtung, welche der neue Papst Pius VI. vertrat, wohl bei weitem nicht so widerwärtig erscheinen ließ, als dieß bei Joseph und Kaunitz der Fall war. Aber freilich, nicht auf das, was man bisher von ihm gesagt und geglaubt, sondern auf dasjenige kam es an, was der Papst jetzt thun werde. Und darum sah man auch mit Spannung seinen ersten Regierungshandlungen entgegen.

Noch zu Lebzeiten des Papstes Clemens XIV. und dann während der Dauer des Conclave hatte man sich in Wien eingehend mit der Frage beschäftigt, ob nicht in ähnlichem Maße, wie es für die Katholiken geschehen, auch für die Bekenner der griechischen Religion, und zwar ebensowohl für die unirten als die nichtunirten Griechen eine Verminderung der übergroßen Anzahl ihrer Feiertage anzustreben sei. Selbstverständlich konnte nur hinsichtlich der Ersteren eine Vereinbarung mit Rom am Platze sein, während in Bezug auf die Letzteren die Absicht der Kaiserin in anderer Weise, und zwar durch Mitwirkung der nichtunirten Bischöfe erreicht werden mußte.

Kaunitz, von der Kaiserin beauftragt, in ersterer Beziehung das erforderliche Rescript nach Rom zu erlassen, frug sich bei ihr an, ob

es nicht wünschenswerth wäre, früher den Streit auszugleichen, der über diese Frage zwischen den beiden unirten Bischöfen Johann Bradács von Munkács und Basilius Bosichkovics von Swidnicz obwaltete. Allerdings sei es auch ausführbar, die Entscheidung dieses Streites ausschließlich dem heiligen Stuhle zu überlassen. Aber durchaus nothwendig erscheine es ihm, Gleiches oder Aehnliches wie bei den unirten, auch bei den nichtunirten Griechen, solches jedoch nur im Einverständnisse und mit Zustimmung ihrer Bischöfe zu thun. Denn sonst könnten die nichtunirten Griechen hierin leicht eine Verletzung der ihnen zugesicherten Freiheit der Religionsübung erblicken[230]).

Ueberaus charakteristisch ist die Antwort, welche Maria Theresia hierauf dem Staatskanzler eigenhändig ertheilte. Sie lautete folgender Maßen:

„es wäre generaliter dises schreiben nach rom abzuschicken, ohne „zu benenen, wie vill feuertage bleiben oder abolirt werden sollen; „nur die concession generaliter ingeheim zu begern, damit, wan „wir die umbstände vor gutt finden, damit würcken können. die jetzige „umbstände seind keinesweegs also, das man damit fortgehen kunte. „mit aller angewendeten mühe bey dem congreß seind wir nicht weiter „komen als die feuertäge nach diser liste zu vermindern, und wird dises „noch hart halten zu bewerckstelligen. nebst der großen ignorantz ist der „aberglauben in diser nation extreme; sie begehen alle laster, wan „nur fasten und feuertäge halten; sie in disen choquirn, so seind „sie alles capable. ehe als man sie will zu was nutzlichen machen, „mus man sie zu überdenckende êtres machen, ihnen nach- und „stofe geben, was anders zu begreiffen; sie heurtirn de front, seind „sie verlohren. wan wir bey denen unirten wolten insistirn auff „die 16 feuertage, wo die schismatische 39 haben, wäre alles ver„lohren. weiter hat man in congress ohne gewalt, der mehr schädlich „als nützlich gewesen wäre, nicht komen können, mithin müssen wir mit „denen unirten auch noch mit grosser vorsicht gehen. das beste wäre „indessen, welches auch der cantzley verordne, ohne in dise weitläuffig„keit einzugehen, das ein jeder bischoff indessen sein directorium in

„sein kirchensprengel mache, ohne weiters in dem disput zwischen mun-
„gatscher und swidnizer einzugehen."

„die expedition mit der instruction wäre herzan zu schicken, der
„in solchen sachen, und alles was geistliche einrichtungen angehet,
„künfftig allein zu gebrauchen wäre."

Es konnte in Wien nur angenehm berühren, daß Pius VI., so verschieden auch sonst seine Richtung von der seines Vorgängers sein mochte, doch hinter demselben an Willfährigkeit gegen den Kaiserhof nicht zurückstehen zu wollen schien. Bald empfing man von Rom aus zwei päpstliche Breve an die griechisch-unirten Bischöfe. In dem einen wurden sie aufgefordert, die Feiertage zu bezeichnen, deren Aufhebung sie wünschten, um dieselbe sodann von Seite des heiligen Stuhles vornehmen zu können. In dem anderen aber wurde ihnen die Ermächtigung ertheilt, diese Aufhebung selbst nach eigenem Gutdünken vorzunehmen. In einem dritten, an die Kaiserin gerichteten Schreiben stellte ihr der Papst es frei, welches der beiden Breve sie den griechischen Bischöfen zusenden wolle[231]).

„die breve mit danck anzunehmen", antwortete Maria Theresia auf den Bericht des Staatskanzlers, „noch zur Zeit aber kein Gebrauch
„davon kan gemacht werden, bis nicht die feüertage bey denen schisma-
„tischen zugleich noch vermindert wurden."

In Gemäßheit des zuvorkommenden Benehmens des Papstes wurde ein gleiches auch von der Kaiserin, so oft sich nur immer die Gelegenheit hiezu ergab, bereitwilligst beobachtet. So ging sie, um nur ein Beispiel zu erwähnen, in verbindlichster Weise auf einen Wunsch des Papstes ein, als es um ihre Zustimmung zur Erhebung eines österreichischen Unterthans, des bisherigen päpstlichen Nuntius in Spanien, Monsignore Valenti, zur Cardinalswürde sich handelte. „auff
„alle weis es zu accordirn", erwiederte Maria Theresia auf die Anfrage des Fürsten Kaunitz, „mit solchen kleinigkeiten erhaltet man die
„freündschafft und ist jetzt wohl indiferent, was vor cardinæls sind."

Wenn von charakteristischen Aussprüchen der Kaiserin die Rede ist, die sich auf kirchliche und religiöse Dinge beziehen, darf einer nicht ganz mit Stillschweigen übergangen werden, der auf den Werth, den sie auf strenge Beobachtung kirchlicher Vorschriften legte, und auf die Anforderungen, welche sie in dieser Beziehung auch an Andere stellte, ein ganz eigenthümliches Licht wirft. So weit gingen die letzteren, daß sogar Kaunitz, als er am Gründonnerstage des Jahres 1774 durch Krankheit verhindert war, Theil zu nehmen an der bei Hofe stattfindenden Spendung der Sacramente, sich veranlaßt sah, der Kaiserin den Beichtzettel vorzulegen, der ihr beweisen sollte, daß er am Vortage seiner religiösen Pflicht genügt habe [232]). Maria Theresia antwortete dem Fürsten hierauf mit eigener Hand:

„Sie dienen mir viel zu gut, als daß ich zweifeln könnte, daß „Sie ein Gleiches unserem gemeinsamen Herrn gegenüber thun, indem „sie Ihre Pflichten mit eben so viel Treue als Anhänglichkeit erfüllen. „Ich gestehe, ich hätte zu meinem Troste an diesem großen Tage und „für das Publicum gewünscht, daß Ihre Gesundheit Ihnen erlaubt „hätte, so wie in anderen Jahren daran Antheil zu nehmen. Ich bin „Ihnen dankbar, daß Sie mir den Beichtzettel geschickt haben, und „ich hoffe, daß wenn wir im künftigen Jahre noch leben, wir uns „dort wiederfinden werden" [233]).

So wie auf Ablegung der österlichen Beichte und auf Empfang des Altarssacramentes hielt die Kaiserin auch mit Strenge auf Beobachtung des Fastengebotes, und nur in ganz unabweislichen Fällen entschloß sie sich, hierin Nachsicht zu üben. Im Februar 1772 bat sie der oberste Kanzler Graf Blümegen, sie möge in Anbetracht der herrschenden Epidemien, der ungewöhnlichen Theuerung des Brodes und aller übrigen Lebensmittel, endlich der großen Armuth und des Mangels an barem Gelde gestatten, daß das Fleischessen zur Fastenzeit allgemein zugestanden werde. „bey missflich und trünglichen umbständen erlaube", antwortete hierauf Maria Theresia, „das man „die dispens von cardinalen anbegert, doch ohne folg auff ein „anderes jahr."

Welch großes Zugeständniß die Kaiserin mit der Nachsicht des Fastengebotes für die Dauer des Nothstandes im Jahre 1772 gemacht zu haben glaubte, geht aus späteren Kundgebungen derselben überzeugend hervor. „künfftige quatembre und alle folgende, auch gebotene „fasttäge", schrieb sie am 2. Juni 1775 an den Statthalter von Niederösterreich, Grafen Seilern, „solle dem traiteur im augarten „befohlen werden, niemanden, wer es wäre, auch von anderen reli„gionen, das mindeste zu essen oder zu trinken zu geben, keine rinfreschi, „nichts abgeben. die Sälle auch in garten von aller music sollen „gesperrt, untersagt seyn all dise täge."

Der Denkungsweise, welche in diesen und ähnlichen Aussprüchen der Kaiserin sich kundgibt, verlieh sie auch bei jedem anderen Anlasse einen gleich entschiedenen Ausdruck. Als ihr über eine im Jahre 1770 zu Wetzlar vorgekommene Störung einer katholischen Prozession Bericht erstattet wurde[234]), antwortete sie: „unsere glaubensgegner machen „uns überal zu schande, indem sie nichts klein finden, was nur im „mindesten in ihr exercitium einschlagen kunte".

Bei diesen Ansichten der Kaiserin kann man sich denken, wie nah es ihr ging, wenn ihr die Gefahr vor Augen trat, daß die confessionellen Grundsätze der „Glaubensgegner", wie sie sich ausdrückte, in Oesterreich um sich greifen könnten und dem Katholizismus hiedurch Benachtheiligung widerführe. Nicht nur als berechtigt, sondern als verpflichtet betrachtete sie sich, all diesen Bestrebungen mit einer Strenge entgegenzutreten, die sich manchmal von Härte nur schwer unterscheiden ließ.

In ihrer nächsten Nähe fand jedoch Maria Theresia den eifrigsten Widersacher ihrer Meinung. Joseph faßte die seinige der Kaiserin gegenüber in die Worte zusammen: politisch gesprochen sei der Unterschied der Religionsbekenntnisse in einem Staate nur dann ein Uebel, wenn Fanatismus, Zwiespalt und Parteigeist daraus hervorgingen. Er falle von selbst hinweg, wenn man die Anhänger der einen wie der anderen Confession vollständig gleich behandle, und wenn man demjenigen, der allein die Herzen regiere, das Uebrige anheimstelle[235]).

In einem zweiten, ausführlicheren Briefe an seine Mutter stellt Joseph völlige Freiheit des Glaubens als seinen Grundsatz hin; es werde dann nur mehr eine einzige Religion geben, welche darin bestehe, die gesammte Bevölkerung gleichmäßig anzuleiten zum Besten des Staates. „Ohne sich zu dieser Methode zu bequemen", fährt der Kaiser fort, „wird man nicht mehr Seelen erretten, hingegen weit „mehr nützliche und nothwendige Körper verlieren. Die Dinge nur „halb thun, stimmt nicht zu meinen Prinzipien; man bedarf entweder „einer völligen Freiheit des Cultus, oder Sie müssen Alle aus Ihren „Ländern vertreiben können, die nicht dasselbe glauben wie Sie, und „die nicht die gleiche Form annehmen, um den gleichen Gott anzu„beten und dem gleichen Nächsten zu dienen. Wenn man aber, auf „daß ihre Seelen nach dem Tode nicht verdammt werden, vortreffliche „Arbeiter und gute Unterthanen während der Zeit ihres Lebens ver„treibt und sich dadurch aller Vortheile beraubt, die man von ihnen „zu ziehen vermöchte, welche Macht maßt man sich dadurch an? Kann „man sie so weit ausdehnen, daß man über die göttliche Barmherzigkeit „urtheilen, die Menschen gegen ihren Willen erretten, ihrem Gewissen „befehlen will? So lang der Dienst des Staates besorgt, das Gesetz „der Natur und der Gesellschaft beobachtet wird, so lang Euer höchstes „Wesen nicht entehrt, sondern respectirt und angebetet wird, was habt „Ihr zeitliche Verwalter Euch in andere Dinge zu mischen? Der „heilige Geist soll die Herzen erleuchten; Eure Gesetze werden nie „etwas anderes erreichen, als seine Wirkungen zu schwächen. Das ist „meine Gesinnung; Eure Majestät kennen sie, und ich besorge, daß „meine vollständige Ueberzeugung mich mein ganzes Leben hindurch „hindern wird, sie zu ändern" [236]).

In so vielen Punkten auch Maria Theresia ihrem Sohne Joseph weit überlegen war, in dieser Hinsicht nahm sie, es läßt sich dieß nicht leugnen, einen unendlich viel tieferen Standpunkt ein als er. Auch aus ihrer Entgegnung wird dieß ersichtlich; sie sandte ihm dieselbe nach der Schweiz, indem Joseph auf der Rückkehr aus Frankreich sich gerade daselbst befand. „Dieser Brief wird Dich", so antwortete sie

Juli 1777, „in der Schweiz treffen; diese Leute erkennen

„nicht den Werth Deiner Gegenwart. Allen Ausſchweifenden und
„Verbrechern ein Aſyl, beherbergt ſie auch einige unſerer Frauen, welche
„Du, wie ich hoffe, nicht ſehen wirſt. Sie wären unverſchämt genug,
„darnach zu trachten, und zu meinem großen Schmerze muß ich ſagen,
„in Bezug auf die Religion wäre nichts mehr zu verderben, wenn
„Du auf dieſer allgemeinen Toleranz zu beharren gedenkſt, von der
„Du behaupteſt, daß ſie ein Grundſatz von Dir ſei, von dem Du
„niemals abgehen wirſt. Ich hoffe es dennoch, und ich werde nicht
„aufhören zu beten und würdigere Menſchen als ich bin, beten zu
„machen, daß Gott Dich vor dieſem Unglück bewahre, dem größten,
„welches die Monarchie jemals zu ertragen gehabt hätte. In dem
„Glauben, Arbeiter zu beſitzen, ſie zu erhalten, ja ſie ſogar heranzu-
„ziehen, wirſt Du Deinen Staat zu Grunde richten und Schuld ſein
„an dem Verderbniſſe ſo vieler Seelen. Wozu würde es Dich führen,
„die wahre Religion zu beſitzen, wenn Du ſie ſo wenig ſchätzeſt und
„liebſt, wenn Dir ſo wenig daran liegt, ſie zu erhalten und zu ver-
„mehren? Ich ſehe dieſe Gleichgültigkeit an den Proteſtanten nicht;
„ich wünſchte im Gegentheile, daß man ſie nachahme, indem gar kein
„Staat eine ſolche Gleichgültigkeit bei ſich zuläßt. Du wirſt dieß in
„dieſer häßlichen Schweiz ſehen; man beobachtet dort täglich und ver-
„ſucht das, was ſich im deutſchen Reiche, in England, in Sachſen,
„Baden, Holland u. ſ. w. mit Ausnahme von Preußen zuträgt, iſt
„aber das Land darum glücklicher? Beſitzt es jene Arbeiter, jene
„Leute, welche dem Staate ſo nothwendig ſind, um ihn blühend zu
„machen? Es gibt keine weniger glücklichen Länder, keine, die in dieſer
„Beziehung weiter zurück ſind als jene Provinzen. Des guten Glaubens
„bedarf man und unverrückbarer Regeln; wo willſt Du ſie finden
„oder erhalten?“ [237])

Unmöglich iſt es der Verſuchung zu widerſtehen, dieſem Aus-
tauſche der Meinungen zwiſchen Mutter und Sohn noch weiter zu
folgen. „Um Ihren langen und gütigen Brief zu beantworten“, ſchrieb
Joſeph der Kaiſerin aus Freiburg im Breisgau am 20. Juli 1777,
„müſſen Sie mir geſtatten Ihnen zu ſagen, daß das Gemälde und
„die Schlußfolgerungen, welche Eure Majeſtät aus dem ableiteten, was

In einem zweiten, ausführlicheren Briefe an seine Mutter stellt Joseph völlige Freiheit des Glaubens als seinen Grundsatz hin; es werde dann nur mehr eine einzige Religion geben, welche darin bestehe, die gesammte Bevölkerung gleichmäßig anzuleiten zum Besten des Staates. „Ohne sich zu dieser Methode zu bequemen", fährt der Kaiser fort, „wird man nicht mehr Seelen erretten, hingegen weit „mehr nützliche und nothwendige Körper verlieren. Die Dinge nur „halb thun, stimmt nicht zu meinen Prinzipien; man bedarf entweder „einer völligen Freiheit des Cultus, oder Sie müssen Alle aus Ihren „Ländern vertreiben können, die nicht dasselbe glauben wie Sie, und „die nicht die gleiche Form annehmen, um den gleichen Gott anzu„beten und dem gleichen Nächsten zu dienen. Wenn man aber, auf „daß ihre Seelen nach dem Tode nicht verdammt werden, vortreffliche „Arbeiter und gute Unterthanen während der Zeit ihres Lebens ver„treibt und sich dadurch aller Vortheile beraubt, die man von ihnen „zu ziehen vermöchte, welche Macht maßt man sich dadurch an? Kann „man sie so weit ausdehnen, daß man über die göttliche Barmherzigkeit „urtheilen, die Menschen gegen ihren Willen erretten, ihrem Gewissen „befehlen will? So lang der Dienst des Staates besorgt, das Gesetz „der Natur und der Gesellschaft beobachtet wird, so lang Euer höchstes „Wesen nicht entehrt, sondern respectirt und angebetet wird, was habt „Ihr zeitliche Verwalter Euch in andere Dinge zu mischen? Der „heilige Geist soll die Herzen erleuchten; Eure Gesetze werden nie „etwas anderes erreichen, als seine Wirkungen zu schwächen. Das ist „meine Gesinnung; Eure Majestät kennen sie, und ich besorge, daß „meine vollständige Ueberzeugung mich mein ganzes Leben hindurch „hindern wird, sie zu ändern" [236]).

In so vielen Punkten auch Maria Theresia ihrem Sohne Joseph weit überlegen war, in dieser Hinsicht nahm sie, es läßt sich dieß nicht leugnen, einen unendlich viel tieferen Standpunkt ein als er. Auch aus ihrer Entgegnung wird dieß ersichtlich; sie sandte ihm dieselbe nach der Schweiz, indem Joseph auf der Rückkehr aus Frankreich sich gerade daselbst befand. „Dieser Brief wird Dich", so antwortete sie ihm am 5. Juli 1777, „in der Schweiz treffen; diese Leute erkennen

„nicht den Werth Deiner Gegenwart. Allen Ausſchweifenden und
„Verbrechern ein Aſyl, beherbergt ſie auch einige unſerer Frauen, welche
„Du, wie ich hoffe, nicht ſehen wirſt. Sie wären unverſchämt genug,
„darnach zu trachten, und zu meinem großen Schmerze muß ich ſagen,
„in Bezug auf die Religion wäre nichts mehr zu verderben, wenn
„Du auf dieſer allgemeinen Toleranz zu beharren gedenkſt, von der
„Du behaupteſt, daß ſie ein Grundſatz von Dir ſei, von dem Du
„niemals abgehen wirſt. Ich hoffe es dennoch, und ich werde nicht
„aufhören zu beten und würdigere Menſchen als ich bin, beten zu
„machen, daß Gott Dich vor dieſem Unglück bewahre, dem größten,
„welches die Monarchie jemals zu ertragen gehabt hätte. In dem
„Glauben, Arbeiter zu beſitzen, ſie zu erhalten, ja ſie ſogar heranzu-
„ziehen, wirſt Du Deinen Staat zu Grunde richten und Schuld ſein
„an dem Verderbniſſe ſo vieler Seelen. Wozu würde es Dich führen,
„die wahre Religion zu beſitzen, wenn Du ſie ſo wenig ſchätzeſt und
„liebſt, wenn Dir ſo wenig daran liegt, ſie zu erhalten und zu ver-
„mehren? Ich ſehe dieſe Gleichgültigkeit an den Proteſtanten nicht;
„ich wünſchte im Gegentheile, daß man ſie nachahme, indem gar kein
„Staat eine ſolche Gleichgültigkeit bei ſich zuläßt. Du wirſt dieß in
„dieſer häßlichen Schweiz ſehen; man beobachtet dort täglich und ver-
„ſucht das, was ſich im deutſchen Reiche, in England, in Sachſen,
„Baden, Holland u. ſ. w. mit Ausnahme von Preußen zuträgt, iſt
„aber das Land darum glücklicher? Beſitzt es jene Arbeiter, jene
„Leute, welche dem Staate ſo nothwendig ſind, um ihn blühend zu
„machen? Es gibt keine weniger glücklichen Länder, keine, die in dieſer
„Beziehung weiter zurück ſind als jene Provinzen. Des guten Glaubens
„bedarf man und unverrückbarer Regeln; wo willſt Du ſie finden
„oder erhalten?“ [237])

Unmöglich iſt es der Verſuchung zu widerſtehen, dieſem Aus-
tauſche der Meinungen zwiſchen Mutter und Sohn noch weiter zu
folgen. „Um Ihren langen und gütigen Brief zu beantworten“, ſchrieb
Joſeph der Kaiſerin aus Freiburg im Breisgau am 20. Juli 1777,
„müſſen Sie mir geſtatten Ihnen zu ſagen, daß das Gemälde und
„die Schlußfolgerungen, welche Eure Majeſtät aus dem ableiteten, was

„ich Ihnen hinsichtlich der Protestanten zu schreiben wagte, die in „Mähren entdeckt wurden, mich derart erstaunte und ergriff, daß ich „mich im Augenblicke gar nicht zu erinnern wußte, ob Aehnliches aus „Irrthum meiner Feder entfloß, während ich doch weit davon entfernt „bin es zu denken. Glücklicherweise entriß mich das Wort Toleranz, „welches Sie die Güte gehabt haben mir zu wiederholen, meinem „Zweifel, und verwandelte meinen ganzen Schrecken in eine zärtliche „und lebhafte Erkenntlichkeit für die wahrhaft rührende, heroische, „männliche und kräftige Güte, mit der Sie mir die Schlußfolgerungen „enthüllten, die Sie daraus ziehen. Das Wort Toleranz allein ist es „jedoch, welches das Mißverständniß verursachte. Sie haben es in einem „ganz anderen Sinne genommen. Gott bewahre mich davor zu denken, „daß es gleichgültig sei, ob die Staatsangehörigen protestantisch werden „oder Katholiken bleiben, und noch weniger, ob sie dem Cultus anhängen „oder ihn wenigstens beobachten, den sie von ihren Vätern überkamen. „Alles was ich besitze, würde ich darum geben, wenn sämmtliche Pro- „testanten Ihrer Staaten zum Katholizismus übertreten würden."

„Bei mir will das Wort Toleranz nur sagen, daß ich in allen „bloß irdischen Dingen Jedermann ohne Unterschied der Religion „anstellen würde, ihn Güter besitzen, Gewerbe ausüben, Staatsbürger „sein ließe, wenn er hiezu befähigt und dem Staate und seiner In- „dustrie zum Vortheile wäre. Diejenigen, welche unglücklicher Weise „einem falschen Glauben anhängen, sind viel entfernter von ihrer „Bekehrung, wenn sie in ihrem Lande verbleiben, als wenn sie in ein „anderes übersiedeln, wo sie die überzeugenden Wahrheiten des katho- „lischen Glaubens hören und sehen. Ebenso macht die ungestörte „Ausübung ihres Cultus sie zu viel besseren Unterthanen und läßt „sie die Religionslosigkeit vermeiden, welch letztere für die Verführung „unserer Katholiken weit gefährlicher ist, als wenn man Jene ihren „Cultus ungehindert beobachten läßt. Wenn die Protestanten diese „Methode in ihren Staaten nicht allgemein annehmen, so geschieht „dieß, weil ihre Leitung die Klarheit und den Scharfblick der unsrigen „fliehe, und weil es für Republiken schwieriger ist, ähnliche Aenderungen unternehmen. Wenn ich endlich die Muße hätte, die ein Brief

„nicht gewährt, so würde ich wohl den Beweis führen können, daß „wie ich die Sache betrachte, ich mich unmittelbar darauf vor dem „verehrungswürdigen Richterstuhle einzufinden vermöchte, der über „mein ewiges Schicksal entscheiden wird. Gewiß würde dann Niemand „Lutheraner oder Calvinist werden; in allen Religionen würde es „weniger Ungläubige geben, der Staat würde viel dabei gewinnen, „und ich kann nicht glauben, daß Alles dieß vereinigt mich vor den „Augen Gottes schuldig erscheinen ließe. Mir wenigstens schiene es „weder mit seiner Vollkommenheit noch mit dem Amte vereinbar, „welches er mir übertrug, indem er mich zum Diener von fünfzehn „Millionen Menschen gemacht hat“ [238]).

Wie sehr man auch in diesem Zwiespalt der Meinungen zwischen Mutter und Sohn der Seite des Letzteren sich zuneigen mag, so läßt sich doch nicht leugnen, daß er für die seinige nicht mit der vollen Tapferkeit stritt, die er selbst an seiner Gegnerin so belobte. Im Vergleiche zu seiner ersten Aeußerung schien er in der zweiten schon wesentliche Zugeständnisse zu machen, und darin fand Maria Theresia, wenn sie dessen überhaupt bedurfte, nur neue Ermuthigung, auf ihrer Ansicht unerschütterlich zu beharren. „Ohne herrschende Religion?“ so begann die Antwort der Kaiserin an Joseph. „Die Toleranz, die „Gleichgültigkeit, das sind gerade die wahren Mittel, Alles zu unter„graben, auf daß nichts mehr sich halte; wir Anderen werden dann „am schlimmsten dabei fahren. Nicht das Edict von Nantes ist es, „welches jene Provinzen zu Grunde gerichtet hat; in Bordeaux gab „es niemals ein solches Edict, und das Land ist darum nicht reicher. „Jene unglücklichen Pachtungen sind es, die schlechte Verwaltung, die „schwachen oder ränkesüchtigen Minister, die das Land ruinirten, welches „eine so überaus günstige Lage besitzt, der Mangel an Religion bei „jenen Beamten, die nur mit ihren eigenen Interessen oder Leiden„schaften beschäftigt sind; dadurch wird Alles zu Grunde gerichtet. „Welchen Zügel gibt es noch für diese Art von Leuten? Keinen, „weder den Galgen noch das Rad, außer der Religion oder indem „man grausam gegen sie wird, kein Menschenfreund, wie diese jetzt so „gewöhnliche Phrase heißt, wobei Jeder seinen Gedanken sich überläßt.

„Ich sage nur in politischem Sinne, nicht als Christin: nichts ist so „nothwendig und heilsam als die Religion. Willst Du zugeben, daß „Jeder sich eine solche nach seiner eigenen Phantasie entwerfe? Keinen „festgestellten Cultus, keine Unterordnung unter die Kirche, was soll „dann aus uns werden? Die Ruhe, die Zufriedenheit werden nicht „daraus hervorgehen, das Faustrecht und andere unglückliche Zeiten, „wie man deren bereits gesehen, werden hieraus folgen. Eine solche „Kundgebung von Deiner Seite kann das größte Unglück hervorrufen „und Dich verantwortlich machen für viele tausende von Seelen. Was „aber habe ich erst zu leiden, wenn ich Dich in so irrigen Meinungen „befangen sehe? Es handelt sich nicht bloß um das Glück des Staates, „um Deine Erhaltung, um die eines Sohnes, der seit seiner Geburt „der einzige Zielpunkt meiner Handlungen ist; es handelt sich um das „Heil Deiner Seele. Indem Du überallhin blickst und horchst, indem „Du Deinen Geist des Widerspruches mit dem gleichzeitigen Bestreben „vermengst, irgend Etwas zu schaffen, richtest Du Dich zu Grunde „und ziehst zugleich mit Dir die Monarchie in den Abgrund, vernichtest „das Resultat all der schweren Sorgen Deiner Vorfahren, die uns „mit großer Mühe diese Provinzen hinterlassen und ihren Zustand „gar sehr verbessert haben, indem sie, nicht gleich unseren Gegnern „mit Kraft und mit Grausamkeit, sondern mit Sorgfalt, Mühe und „Auslagen unsere heilige Religion daselbst einführten. Kein Geist der „Verfolgung, aber noch weniger einer der Gleichgültigkeit oder des „Tolerantismus; hieran hoffe ich mich zu halten so lange ich lebe, „und ich wünsche nur so lang zu leben, als ich hoffen darf, mit dem „Troste hinabzusteigen zu meinen Ahnen, daß mein Sohn so groß, „so religiös sein wird wie seine Vorfahren, daß er zurückkehren wird „von seinen irrigen Anschauungen, von jenen schlechten Büchern, deren „Verfasser ihren Geist glänzen lassen auf Kosten alles dessen, was das „heiligste und das verehrungswürdigste auf der Welt ist, welche eine „eingebildete Freiheit einführen wollen, die niemals zu existiren vermag, „und die in Zügellosigkeit umschlägt und in gänzlichen Umsturz“ [239]).

Es wird an diesen Proben der gegenseitigen Meinungsäußerungen genügen, um zu zeigen, wie groß der Unterschied zwischen den

Anschauungen der Kaiserin und denjenigen ihres Sohnes war, und wie es da eine Vereinigung, eine Ausgleichung nimmermehr geben konnte. Zu tief eingewurzelt waren ihre Ueberzeugungen, als daß Eines von Beiden hätte nachgeben können. Beide gingen daher ihren eigenen Weg, und mit tiefer Bekümmerniß sah Maria Theresia, daß der ihrige immer weiter abwich von dem ihres Sohnes. Aber sie ließ sich dadurch doch keinen Augenblick irre machen in dem, was sie einzig und allein als das Richtige ansah und das Wahre.

Nach dieser Abschweifung zu den Beziehungen des Wiener Hofes zur römischen Curie zurückkehrend, darf wohl gesagt werden, daß sie auch während der letzten Regierungsjahre der Kaiserin Maria Theresia fortan nur befriedigend waren. Die Loslösung galizischer Gebietstheile von der Krakauer Diözese, die Errichtung vier neuer Bisthümer in Ungarn, und zwar zwei katholischer zu Stein am Anger und zu Stuhlweissenburg, zwei griechischer aber zu Großwardein und zu Kreutz; die Gründung eines neuen Bisthums zu Brünn und die hiedurch möglich gemachte engere Begrenzung der früher allzu ausgedehnten Olmützer Diözese, die Erhebung des letzteren Bischofssitzes zu einem Erzbisthum endlich waren die wichtigeren Angelegenheiten, welche zu jener Zeit, wenn auch nicht ganz ohne Anstände, aber doch immer in freundschaftlichem Einvernehmen mit der Curie zu befriedigender Erledigung gebracht wurden.

Geringere Willfährigkeit von Seite des heiligen Stuhles versprach man sich in Wien, als man den Wunsch hegte, die Befugnisse der österreichischen Bischöfe bei Ertheilung von Dispensationen in Ehesachen ausgedehnt zu sehen. Es war unangenehm aufgefallen, daß die Anzahl der Personen, welche sich, um derlei Dispensationen zu erlangen, entweder selbst nach Rom begaben oder mit Umgehung ihres Bischofs unmittelbar dorthin wandten, von Tag zu Tag zunahm. Insbesondere war es der hiedurch verursachte, nicht unbeträchtliche Abfluß an Geld, was die österreichische Regierung zur Erwägung von Maßregeln veranlaßte, diesem Uebel so viel als möglich zu steuern. Die Prüfung der Vollmachten, durch welche der heilige Stuhl die Bischöfe autorisirte,

derlei Dispensationen in Fällen des dritten und vierten Verwandtschaftsgrades zu ertheilen, lieferte den Beweis, daß jene Ermächtigung gleichzeitig die Beschränkung in sich schloß, sie nur auf Arme Anwendung finden und sie von fünf zu fünf Jahren neu erbitten zu lassen. Als Kaunitz hierüber an Hrzan zum ersten Male schrieb [240]), verschwieg er nicht, daß eigentlich die Bischöfe, um in den von der Kirche erlaubten Fällen von deren Satzungen dispensiren zu können, der Bewilligung des Papstes gar nicht bedürften. Die Gewalt hiezu hätten sie, gleich wie für die sonstige Ausübung ihres Hirtenamtes, von Gott unmittelbar empfangen. Erst etwa tausend Jahre nach Gründung der Kirche sei sie von den Päpsten durch Reservationen und in anderer Weise zur Erweiterung ihrer eigenen Autorität und zur besseren Versorgung der römischen Datarie eingeschränkt worden.

Obgleich man dieß wisse, beabsichtige man doch keineswegs die Herbeiführung einer Veränderung der seitdem wirklich bestehenden Verfassung der Kirche und des Verhältnisses der Unterordnung der Bischöfe unter den heiligen Stuhl. Man wolle nur verhindern, daß durch allzu weitgehende Beschränkung der bischöflichen Gewalt der Staat nicht zu empfindlich geschädigt, und daß er insbesondere gegen die Verschleppung so großer Geldsummen, wie sie für Ehedispensen nach Rom giengen, sichergestellt werde.

Zu diesem Ende beabsichtige die Kaiserin, sich an die Curie zu wenden, auf daß die österreichischen Bischöfe von Seite des Papstes die Ermächtigung erhielten, künftighin auch bei dem zweiten Grade der Verwandtschaft, und nicht allein an Arme, sondern an alle Mitglieder ihres Sprengels die kirchliche Dispensation zu ertheilen. Hrzan wurde angewiesen, einstweilen verläßliche Nachrichten einzuziehen, wie es mit den Bischöfen anderer katholischer Länder gehalten werde, ob auch dort der so anstößige Unterschied des Verfahrens gegen Reiche und gegen Arme bestehe, und ob jene Bischöfe die Ermächtigung zur Dispensation gleichfalls nur für einen beschränkten Zeitraum, oder für immer besäßen?

Noch ehe dieses Rescript nach Rom abging, hatte Maria Theresia, um dem gerügten Uebelstande wenigstens theilweise zu steuern, den Befehl erlassen, die Einholung von Ehedispensen in Rom dürfte künftighin nicht mehr direct, sondern nur durch Vermittlung des betreffenden Bischofs geschehen; diese Anordnung solle den zum Gottesdienste versammelten Gemeinden zu drei verschiedenen Malen von den Kanzeln verkündigt werden.

Nicht gegen dieses Gebot der Kaiserin, sondern gegen die Form seiner Kundmachung wurde jedoch von dem päpstlichen Nuntius Garampi und den Cardinälen Migazzi und Firmian lebhafte Einsprache erhoben. Sie stellten vor, daß durch eine solche Verkündigung von den Kanzeln das Volk zu dem Irrthum verleitet werden könnte, es sei Zwiespalt ausgebrochen zwischen der Kaiserin und dem Papste. Leicht könnte durch eine solche Meinung der Religion selbst Nachtheil zugefügt werden.

Auch der Oberste Kanzler Graf Blümegen theilte diese Ansicht und er schlug vor, jene Kundmachung zu unterlassen und die Anordnung der Kaiserin nur durch die Bischöfe den Seelsorgern mitzutheilen[241]). Mit Lebhaftigkeit ging Maria Theresia auf seinen Antrag ein, der ihren eigenen Anschauungen offenbar vollständig entsprach. „dises wäre „umb so geschwinder abzuändern", schrieb sie an Blümegen, „da ich „eben heut mitag ihme ein zettul vom nuntio geschickt, welcher mir „auch geschunen, attention zu verdienen. die sache zwar befolgen zu „machen und an alle consistoria ernstlich geben und auff die Er„folgung wohl acht zu geben, doch die modalitæett, es auff der cantzel „zu promulgirn, ich vor anstössig und nicht nöthig finde. freüet „mich also, das er auch also es einsihet, mithin mit grösserer ruhe es „anbefohlen."

In gleichem Sinne wurde denn auch nach Rom geschrieben[242]), und es ist schwer zu entscheiden, ob man sich mit dieser Anordnung begnügen und von dem früheren Plane, Zugeständnisse des Papstes zur Erweiterung des Dispensationsrechtes der Bischöfe zu erlangen, wieder abgehen wollte oder nicht. Wenigstens findet sich keine Spur

von Schritten, welche Hrzan in solcher Richtung bei der Curie gethan hätte, und auch der Kaiserhof kam nicht mehr auf die Sache zurück, bis endlich der Erzbischof von Salzburg sie neuerdings in Anregung brachte. Er stellte das Begehren, daß den Bischöfen die Ermächtigung zur Ertheilung der Dispensation in Fällen des zweiten Verwandtschaftsgrades zuerkannt werde[243]).

Die Aussichten, welche Graf Hrzan auf Gewährung dieses Wunsches eröffnete, waren jedoch keineswegs erfreulich. Er erkannte zwar an, daß den Bischöfen als Nachfolgern der Apostel alle Befugnisse, welche die nützliche Verwaltung ihres Hirtenamtes erfordere, unmittelbar zu Theil geworden seien. Aber eben so gewiß sei es auch, daß die Ausübung dieser Gewalt durch Gesetze oder Gebräuche der allgemeinen Kirche, welcher jeder Bischof untergeordnet sein müsse, beschränkt werden könne. In solcher Weise sei es gekommen, daß sich jetzt der heilige Stuhl allein im Besitze jenes Lossprechungsrechtes befinde, und man dürfe eine Verzichtleistung hierauf nicht als wahrscheinlich ansehen. Auch sei der hiedurch verursachte Abfluß des Geldes keineswegs bedeutend. Wollte man ihn gleichwohl noch mehr verringern, so würde der günstigste Zeitpunkt hiezu der einer neuen Papstwahl sein: inzwischen möge man die Sache auf sich beruhen lassen[244]). Hiezu bequemte man sich schließlich auch in Wien, und wirklich ist von ihr in der Correspondenz des Kaiserhofes mit Rom, wenigstens so lang Maria Theresia am Leben war, nicht mehr die Rede.

In den letzten Tagen des Jahres 1778, in welchem diese Erörterung ihren Abschluß gefunden hatte, erstatteten Hrzan und Brunati eine Meldung, welche in Wien großes Aufsehen erregte.

Jedermann kennt den unermeßlichen Eindruck, den in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts der berühmte Weihbischof von Trier, Johann Nicolaus von Hontheim durch das Buch, das er unter dem Pseudonym Justus Febronius, und dem Titel: „Von dem „Zustande der Kirche und der gesetzlichen Macht des römischen Papstes" herausgab, in der gesammten katholischen Welt hervorbrachte. Er

leugnete die Berechtigung der monarchischen Einrichtung der Kirche, und behauptete die Gleichheit der Befugnisse aller Bischöfe in Ausübung ihres Amtes, die Unterordnung der Päpste unter die Concilien. Er bewies die übergroße Ausdehnung der päpstlichen Gewalt, und ihren Widerspruch gegen den Geist, der in der alten Kirche geherrscht habe. Die Einschränkung der Papstgewalt und die Wiedergewinnung der kirchlichen Freiheit stellte er als ein Gebot dringender Nothwendigkeit hin.

Unter dem Pontificate Clemens XIII. erschienen, rief dieses Werk einen wahren Sturm des Unwillens bei der römischen Curie hervor. Ueberall hin, und natürlich auch nach Wien ergingen die Begehren, ein dem heiligen Stuhle so nachtheiliges Buch zu unterdrücken, und dessen Verfasser, wenn er entdeckt würde, streng zu bestrafen. Insbesondere war es Migazzi, der darauf drang, man möge das Buch schon aus Achtung vor dem heiligen Stuhle verbieten. Maria Theresia wandte sich um Rath an ihren Leibarzt van Swieten, den damaligen Präsidenten der Censurcommission. In der letzteren war das Werk Hontheims schon zweimal, sowohl von Martini als den theologischen Censoren geprüft und gutgeheißen worden; van Swieten nahm sich aufs eifrigste dieser Entscheidung der Censurcommission an, und er schlug vor, es bei derselben zu belassen. So geschah es auch wirklich, bis plötzlich ein Auszug aus dem Werke des Febronius in deutscher Sprache erschien und nun gleichfalls der Censurcommission vorgelegt wurde. Jetzt sprachen die geistlichen Mitglieder derselben sich gegen das Buch aus, weil es, in einer allgemein zugänglichen Sprache abgefaßt, den Leuten von geringerer Bildung und Erfahrung leicht anstößig sein könnte. Freilich bestritt van Swieten die Richtigkeit dieser Ansicht, und er vertheidigte den Satz: wenn man das lateinische Hauptwerk gestattet habe, könne man die deutsche Uebersetzung nicht verbieten. Zudem trete es ein für die Rechte der Souveräne, und insbesondere für diejenigen der Fürsten des Reiches[215]). Der Cardinal drang jedoch neuerdings in die Kaiserin, und er stellte ihr vor, daß man in einer Zeit, in welcher die wahre Religion ohnehin so wenig echte Verehrung erfahre, unmöglich zugeben könne, daß man das Haupt der Kirche

von Schritten, welche Hrzan in solcher Richtung bei der Curie gethan hätte, und auch der Kaiserhof kam nicht mehr auf die Sache zurück, bis endlich der Erzbischof von Salzburg sie neuerdings in Anregung brachte. Er stellte das Begehren, daß den Bischöfen die Ermächtigung zur Ertheilung der Dispensation in Fällen des zweiten Verwandtschaftsgrades zuerkannt werde[243]).

Die Aussichten, welche Graf Hrzan auf Gewährung dieses Wunsches eröffnete, waren jedoch keineswegs erfreulich. Er erkannte zwar an, daß den Bischöfen als Nachfolgern der Apostel alle Befugnisse, welche die nützliche Verwaltung ihres Hirtenamtes erfordere, unmittelbar zu Theil geworden seien. Aber eben so gewiß sei es auch, daß die Ausübung dieser Gewalt durch Gesetze oder Gebräuche der allgemeinen Kirche, welcher jeder Bischof untergeordnet sein müsse, beschränkt werden könne. In solcher Weise sei es gekommen, daß sich jetzt der heilige Stuhl allein im Besitze jenes Lossprechungsrechtes befinde, und man dürfe eine Verzichtleistung hierauf nicht als wahrscheinlich ansehen. Auch sei der hiedurch verursachte Abfluß des Geldes keineswegs bedeutend. Wollte man ihn gleichwohl noch mehr verringern, so würde der günstigste Zeitpunkt hiezu der einer neuen Papstwahl sein; inzwischen möge man die Sache auf sich beruhen lassen[244]). Hiezu bequemte man sich schließlich auch in Wien, und wirklich ist von ihr in der Correspondenz des Kaiserhofes mit Rom, wenigstens so lang Maria Theresia am Leben war, nicht mehr die Rede.

In den letzten Tagen des Jahres 1778, in welchem diese Erörterung ihren Abschluß gefunden hatte, erstatteten Hrzan und Brunati eine Meldung, welche in Wien großes Aufsehen erregte.

Jedermann kennt den unermeßlichen Eindruck, den in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts der berühmte Weihbischof von Trier, Johann Nicolaus von Hontheim durch das Buch, das er unter dem Pseudonym Justus Febronius, und dem Titel: „Von dem „Zustande der Kirche und der gesetzlichen Macht des römischen Papstes" herausgab, in der gesammten katholischen Welt hervorbrachte. Er

leugnete die Berechtigung der monarchischen Einrichtung der Kirche, und behauptete die Gleichheit der Befugnisse aller Bischöfe in Ausübung ihres Amtes, die Unterordnung der Päpste unter die Concilien. Er bewies die übergroße Ausdehnung der päpstlichen Gewalt, und ihren Widerspruch gegen den Geist, der in der alten Kirche geherrscht habe. Die Einschränkung der Papstgewalt und die Wiedergewinnung der kirchlichen Freiheit stellte er als ein Gebot dringender Nothwendigkeit hin.

Unter dem Pontificate Clemens XIII. erschienen, rief dieses Werk einen wahren Sturm des Unwillens bei der römischen Curie hervor. Ueberall hin, und natürlich auch nach Wien ergingen die Begehren, ein dem heiligen Stuhle so nachtheiliges Buch zu unterdrücken, und dessen Verfasser, wenn er entdeckt würde, streng zu bestrafen. Insbesondere war es Migazzi, der darauf drang, man möge das Buch schon aus Achtung vor dem heiligen Stuhle verbieten. Maria Theresia wandte sich um Rath an ihren Leibarzt van Swieten, den damaligen Präsidenten der Censurcommission. In der letzteren war das Werk Hontheims schon zweimal, sowohl von Martini als den theologischen Censoren geprüft und gutgeheißen worden; van Swieten nahm sich aufs eifrigste dieser Entscheidung der Censurcommission an, und er schlug vor, es bei derselben zu belassen. So geschah es auch wirklich, bis plötzlich ein Auszug aus dem Werke des Febronius in deutscher Sprache erschien und nun gleichfalls der Censurcommission vorgelegt wurde. Jetzt sprachen die geistlichen Mitglieder derselben sich gegen das Buch aus, weil es, in einer allgemein zugänglichen Sprache abgefaßt, den Leuten von geringerer Bildung und Erfahrung leicht anstößig sein könnte. Freilich bestritt van Swieten die Richtigkeit dieser Ansicht, und er vertheidigte den Satz: wenn man das lateinische Hauptwerk gestattet habe, könne man die deutsche Uebersetzung nicht verbieten. Zudem trete es ein für die Rechte der Souveräne, und insbesondere für diejenigen der Fürsten des Reiches[215]). Der Cardinal drang jedoch neuerdings in die Kaiserin, und er stellte ihr vor, daß man in einer Zeit, in welcher die wahre Religion ohnehin so wenig echte Verehrung erfahre, unmöglich zugeben könne, daß man das Haupt der Kirche

in Verachtung zu bringen trachte. Viele Dinge, die von den Gelehrten oft ohne Schaden gelesen würden, seien dem gemeinen Volke zum Aergerniß, weil demselben die nöthige Urtheilskraft mangle. Maria Theresia entschied nun zu Gunsten Migazzi's, und sie erließ den Befehl, das Buch des Febronius in deutscher oder lateinischer Sprache sei überall zu vertilgen[246]).

Noch einen letzten Versuch wagte van Swieten, das Verdammungsurtheil über das Werk des Febronius ungeschehen zu machen. Er stellte der Kaiserin vor, daß sich nichts darin finde, was dem katholischen Glauben, der Kirche, dem Papste zum Nachtheil gereiche. Was Febronius gegen die Curie vorbringe, sei von dem heiligen Bernhard dem Papste Eugen mit noch viel stärkeren Worten gesagt worden und dennoch sei Bernhard überall bekannt gewesen wegen der Milde seiner Schreibart. Aber weiter vermochte van Swieten die Kaiserin nicht zu bringen, als daß sie die angeordnete Vertilgung des Buches in ein Verbot desselben verwandelte. Van Swieten fühlte sich so verstimmt über diesen Vorgang, daß er der Kaiserin schrieb: „Seit dreizehn „Jahren schleppe ich mich mit der peinlichen Last der Censur, aber „dieser Fall und derjenige Kollars zeigen mir deutlich, daß es einer „ganz anderen Geistesrichtung bedarf, um damit unter den gegenwärtigen Umständen noch fortfahren zu können". Begütigend antwortete ihm hierauf Maria Theresia: „Ich wollte daß die Anderen Ihre „Richtung annähmen und jene Geradheit, welche bei Leuten im Amte „sonst kaum vorkömmt"[247]).

Das Werk des Febronius blieb gleichwohl, und zwar noch durch mehr als vier Jahre verboten. Erst im Jahre 1769, nachdem das Censurcollegium es zum dritten Male geprüft hatte, wurde es neuerdings, jedoch mit der ausdrücklichen Beschränkung freigegeben, daß es nur an Gelehrte oder „sonst bescheidene Käufer" verabfolgt werden dürfe[248]).

Mehr als neun Jahre später, in den ersten Tagen des Jahres 1779 wurde der Kaiserhof durch die Meldung aus Rom überrascht, der Papst habe am Weihnachtstage ein feierliches Consistorium gehalten

und dort unter großen Lobsprüchen für den Kurfürsten von Trier verkündigt, daß der Weihbischof Hontheim sein vielbesprochenes Werk förmlich widerrufe[249]).

Hontheim besaß in Wien ungemein viele Anhänger und Verehrer; hier nahm auch sein vielgeliebter Freund Andreas Adolph von Krufft als Hofrath bei der Staatskanzlei eine sehr hervorragende Stellung ein. Er mag nicht ganz ohne Einfluß darauf geblieben sein, daß Kaunitz an Brunati die Aufforderung ergehen ließ, er möge ihm anzeigen, welches Urtheil von den vernünftigen Leuten in Rom über jenen Vorfall gefällt werde[250]).

Bei der freisinnigen Richtung Brunati's kann man sich wohl denken, in welcher Weise er der Aufforderung des Staatskanzlers entsprach[251]). Aber andererseits wurde von der Curie und allem, was mit ihr zusammenhing, das Signal gegeben zu Freudenbezeigungen über den Triumph, den die Kirche errungen habe. Ja der Papst selbst ging so weit, durch den Cardinal Alexander Albani als Protector der deutschen Nation bei geistlichen Kurfürsten und Fürsten des Reiches das förmliche Begehren anbringen zu lassen, es möge ihm durch eigene Schreiben der Glückwunsch zu dem Widerrufe Hontheims dargebracht werden.

Durch den Kurfürsten von Mainz, der in dieser Sache eine Richtschnur für das von ihm zu beobachtende Verfahren von dem Kaiserhofe verlangte, kam das Begehren des Papstes an Kaunitz und durch ihn an Maria Theresia. In hohem Grade beachtenswerth sind die Aeußerungen, welche der Staatskanzler der Kaiserin gegenüber abgab. Die Absicht jenes Schrittes der Curie gehe zweifellos dahin, durch die verlangten Glückwünsche eine indirecte Gutheißung des von Hontheim geleisteten Widerrufes, und dadurch eine Verdammung der in seinem Werke enthaltenen Behauptungen zu erlangen. Was es mit diesem sogenannten freiwilligen Widerrufe für eine Bewandtniß habe, und ob das Werk Hontheims nicht auch Sätze enthalte, welche zu wenig bestimmt oder vielleicht etwas zu weit ausgedehnt seien, komme

hiebei gar nicht in Betracht. Unzweifelhaft sei es dagegen, daß die Lehrsätze, welche Hontheim jetzt widerrufe und die der Papst für die verderblichsten Irrthümer, ja für Erdichtungen erkläre, welchen die Lehre Christi entgegenstehe, auf sämmtlichen österreichischen Universitäten öffentlich gelehrt und von der ganzen vernünftigen katholischen Welt, die römische Curie und ihre Anhänger allein ausgenommen, für wahr und richtig erkannt würden.

Es sei ferner gewiß, daß in jenem Widerrufe Grundsätze und Ausdrücke vorkämen, welche mit dem unbestreitbaren Rechte der Souveräne sich in Widerspruch befänden. Dem Kurfürsten von Mainz wäre daher zu rathen, dasselbe zu thun, was die Kaiserin für ihre Erbländer festgesetzt habe. Es bestünde darin, weder ein beglückwünschendes Schreiben nach Rom noch sonst irgend eine Kundgebung ergehen zu lassen, aus der eine Gutheißung der Grundsätze und Absichten der Curie gefolgert werden könnte. Andererseits möge er sich jedoch auch jeden Schrittes enthalten, der ihn zu directem Widerspruche gegen den Papst führen, ein der Ehre und Würde Seiner Heiligkeit nachtheiliges Aufsehen veranlassen, oder sonst im deutschen Reiche bedenkliche Auftritte und Irrungen nach sich ziehen könnte[252]).

Maria Theresia entgegnete hierauf dem Staatskanzler mit eigener Hand:

„ich hätte gewuntschen, das disc gantze sache wäre unterbliben. „nachdeme aber selbe schonn geschehen, je weniger man daraus macht, „je eher wird sie fallen, und habe mich des fürsten anrath bey deren „jesuiten sachen so wohl befunden, das auch in diser sache anbefohlen, „weder pro noch contra was zu schreiben, drucken oder passirn zu „lassen, alß vor die gelehrte gegen einen zettul. dis kan churfürsten in „vertrauen gemeldet werden, nicht aber alß ein rath an die hand zu „geben, indeme er wissen mus, was er gegen das oberhaupt der „Kirchen zu thun hat. Febronij ist ein mit villen verworffenen sätzen, „die nicht zu entschuldigen sein, hier verworffen worden und nur denen „gelehrten passirt worden, mithin ist die widerruffung auch selben

„passirt. mir scheint, churfürst mögte sich mit uns bey rom ent-
„schuldigen, und dises ist just zu evitirn. mir scheint die sache nicht
„so wichtig alß man sie vorstelt."

Mit der tiefreligiösen Gesinnung, welche die Kaiserin beseelte, mit ihrer Hochachtung vor dem Oberhaupte und den Dienern der Kirche verband sie, wie man sieht, ein offenes Auge für deren Mängel und Gebrechen, und den lebhaften Wunsch, denselben abgeholfen zu sehen. Darum nahm sie in den confessionellen Streitfragen jener Zeit einen vermittelnden Standpunkt ein, der in seinen Wirkungen ohne Zweifel ein äußerst nutzbringender war. Als ihr im Jahre 1776 der Hofrath von Greiner einen längeren Aufsatz vorlegte, in welchem er gegen die Anschauungen Migazzi's nachzuweisen suchte, daß der Papst nicht für sich allein unfehlbar sei, und daß er auch nicht höher als ein allgemeines Concil stehe, antwortete ihm Maria Theresia: „mir ligt
„unendlich an hertzen dises werck, welches mit aller vorsicht kan tractirt
„werden, und alles scandale zu verhindern. bin ihme obligirt wegen
„diser note" [253]). Ihre Achtung vor dem Priesterstande aber legte die Kaiserin hauptsächlich dadurch an den Tag, daß sie nicht nur für eine bessere Ausbildung desselben Sorge zu tragen sich bemühte, sondern auch bei jedem Anlasse darthat, wie viel sie auf eine tadellose Aufführung seiner Mitglieder halte. Als sie für einen Priester, der sich zwar früher nicht vorwurfsfrei benommen, seit längerer Zeit aber nichts mehr hatte zu Schulden kommen lassen, um die Bewilligung zum Aufenthalte in Wien gebeten wurde, antwortete sie: „nicht gerne; priester,
„die ohne mackel sind, müssen angewandt werden; wan die schlechten
„protection finden, wird niemahls dis corp rein werden" [254]).

Wie sehr Maria Theresia auch Priestern gegenüber nur Gerechtigkeit und nicht Begünstigung geübt zu sehen wünschte, geht aus einer anderen ihrer Aufzeichnungen, welche gleichzeitig als ein neuer Beweis dient, wie hoch sie offene Meinungsäußerungen schätzte, deutlich hervor. Der Cardinal-Erzbischof Migazzi hatte einen Priester Namens Dionys Kaltner wegen einer ihm unschicklich scheinenden Predigt von seinem geistlichen Amte suspendirt. Von der Kaiserin um seine Meinung

befragt, gab Greiner dieselbe mit jenem Freimuthe ab, den er immer und überall bewährte. „Ich habe Alles gesagt", schrieb er an Maria Theresia, „was mein Gewissen von mir fordert, als ein wahrer treuer „Rath, wie ich es vor meinem Gott sagen und dem Cardinal vor „Eurer Majestät in das Gesicht betheuern würde, ohne aller zeitlichen „Rücksicht. So denkt mein Herz und so hat es mein Mund ge„sprochen."

Die Kaiserin war offenbar nicht der Meinung Greiners, sondern derjenigen des Cardinals; doch ließ sie dieß ihren treuen Rathgeber, den sie selbst um seine Ansicht befragt hatte, in keiner Weise entgelten. „. . ich sehe alzeit gerne", antwortete sie ihm eigenhändig, „das man „mir mit freyheit spricht, und habe es nöthig, das man mich öffters „erwecke. in diser sache habe schon prævenirt. wan beede geistliche „zu dem weihbischoff geheten, ihme ihre soumission machen, so würde „er vielleicht sie wieder restituirn. keine gnad oder protection aber „wolte nicht selben extra versprechen; haben starck gefält."

„schicke dise zwey rechtschaffene, ihme ehr machende schrifften „zurück. getraue mich jetzo nichts beyzubehalten, was anderen schaden „kunte" [255]).

An die böhmische und österreichische Hofkanzlei [256]) aber erließ Maria Theresia, gleichfalls mit eigener Hand, die folgende Entscheidung [257]):

„Zu sehr grosser Unzeit und mit wenig Judicium vor die Zeit „und Anhörer ist diese Predig gehalten worden, wo in vollen Begrif „bin, die noch unausgemachte Irrungen in das klare zu setzen, daß „einmal diese so schädliche als unangenehme Irrungen zwischen Sacer„dotio und Imperio klar ausgemacht werden. in diesem fall kann „kein Zweifel seyn, daß allein dem Bischof der Gewalt zustehe, die „Kanzel und Beichtstühle zu sperren und zu öfnen, habe allso Obrist „Canzler befohlen, den Geistlichen kommen zu lassen, ihme ernstlich „zu melden, daß er sich soumitire seiner Obrigkeit und seine Entschuldi-

„gung mache, keinen Schutz von mir zu hoffen habe, künfftig ſich alſo „eingezohen aufführe, wie es einen Religiosen gebühre, und mich nicht „zwinge, ihme von hier wegſchicken zu laſſen.“

„Ich vernehme in dieſem Augenblick, daß der Geiſtliche bey dem „Weihbiſchof ware, ſelber Ihme wieder restituirt. Es freyt mich, „alſo fallt alles weitere hinweg.“

Sechstes Capitel.

Gerhard van Swieten.

Weit mehr noch als in rein kirchlicher Hinsicht kam, wenigstens insofern es Oesterreich anging, die Anstellung des Ordens der Jesuiten in Bezug auf das Studienwesen in Betracht. Vor Allem war solches, wenn man den öffentlichen Unterricht in seiner dreifachen Gliederung, den Hochschulen, den Mittelschulen und den Volksschulen ins Auge fasst, bei den zwei ersteren der Fall.

Bekanntlich war es Kaiser Ferdinand II., unter dessen Regierung die österreichischen Universitäten fast ganz in die Hände der Jesuiten gelangten. Mit der Wiener Hochschule geschah dies durch die sogenannte Pragmatische Sanction vom 13. October 1623: in der theologischen und der philosophischen Facultät herrschten von nun an die Jesuiten fast unbeschränkt, während die juridische und die medizinische Facultät auch noch fortan weit größere Unabhängigkeit von ihnen bewahrten. Dennoch kann nicht behauptet werden, daß dieser Umstand wenigstens im Laufe des siebzehnten Jahrhunderts den beiden zuletzt genannten Facultäten sonderlich zum Heile gereicht hätte. Im Gegentheile; die Begünstigungen, deren die Jesuiten unter den beiden Ferdinanden und unter Leopold I. am Kaiserhofe sich erfreuten, konnten nicht ohne fördernde Rückwirkung auf diejenigen Fächer des Unterrichtes bleiben, mit denen sie sich vorzugsweise befaßten, während die übrigen arger Vernachlässigung anheimfielen. Aber auch die Jesuiten genügten ihrer Aufgabe in immer unbefriedigenderem Maße, so daß die Nothwendigkeit durchgreifender Reformen sich von Tag zu Tag fühlbarer machte.

Unter Karl VI. wurde eine ſolche im Jahre 1735, jedoch nur mit geringem Erfolge verſucht. Erſt unter Maria Thereſia erſtand wenigſtens der Wiener Hochſchule ihr Retter in der Perſon des berühmten Leibarztes der Kaiſerin, Gerhard van Swieten.

Was van Swieten in der Zeit, welche dem ſiebenjährigen Kriege voranging, für die Wiener Univerſität im Allgemeinen und insbeſondere für die mediziniſche Facultät gethan, iſt ſchon an einem früheren Orte wenigſtens in leichten Umriſſen dargeſtellt worden[258]). Um das bereits Geſagte zu ergänzen, ſoll jetzt dasjenige erwähnt werden, was von dem Augenblicke an, in welchem die Univerſität in ihrem neuen, von Maria Thereſia erbauten Palaſte untergebracht wurde, bis zum Tode van Swietens, und über denſelben hinaus bis zu dem Ableben der Kaiſerin ſich zutrug. Um jedoch das, was geſchah, auch richtig zu beurtheilen, wird es nöthig ſein, die ganz eigenthümliche Stellung van Swietens zu Maria Thereſia und ſeine Denkungsweiſe etwas näher zu betrachten.

Van Swieten ſtand als Menſch und als Arzt bei der Kaiſerin in einem Anſehen, wie es höher und feſter gewurzelt unmöglich gedacht werden kann. Maria Thereſia beſaß eben die Eigenſchaft, welche für Monarchen wohl die größte und glücklichſte, aber vielleicht gerade deßhalb ſo ſelten bei ihnen zu finden iſt: dem offenen und ungeſchminkten Ausdrucke der Meinung derer, die ihr dienten, in hohem Grade zugänglich zu ſein. Ihr eigener edler und wahrhaftiger Sinn ließ ſie nicht einen Augenblick darüber im Zweifel, daß nur wer ſich ſelber unverbrüchlich treu bleibe, dadurch auch dem Oberhaupte des Staates die rechte Treue zu leiſten vermöge. Wer ſeiner tief eingewurzelten Ueberzeugung, ſelbſt wenn deren Kundgebung nicht immer willkommen klingt, jederzeit furchtlos Worte verleiht, von dem läßt ſich auch für das Beſte des Monarchen und des Staates ganz Anderes erwarten als von jenen kleindenkenden, bei den Höfen freilich meiſt hochwillkommenen Seelen, die auf nichts anderes ausgehen als dasjenige zu thun und zu ſagen, wovon ſie im voraus erwarten dürfen, daß es von den Höchſtgeſtellten im Leben auch am liebſten vernommen wird. Wie

überaus vortheilhaft ſich jedoch Maria Thereſia auch in dieſer Beziehung von den Fürſten gewöhnlichen Schlages unterſchied, das zeigt am deutlichſten die Stellung, welche Männer wie Kaunitz, wie van Swieten zu ihr einnahmen. Wie oft ſchon iſt im Verlaufe dieſer Darſtellung der offenen Sprache Erwähnung geſchehen, die der Erſtere jederzeit, und zwar nicht nur aus eigenem Antriebe, ſondern auf ausdrückliche Aufforderung der Kaiſerin gegen ſie führte. Und das Gleiche geſchah auch von Seite van Swietens. Mit einer Offenheit und Geradheit ſprach er ſich jederzeit ihr gegenüber aus, welche einerſeits das glänzendſte Zeugniß ablegt für die Tüchtigkeit ſeines Charakters, andererſeits aber ihr ſelbſt zum höchſten Lobe gereicht. Denn niemals entdecken wir, daß ſie van Swieten je eine ſeiner manchmal recht unumwundenen Aeußerungen verübelt, während ſie ihn nicht ſelten gerade um ihretwillen mit Wärme belobt.

Zur Befeſtigung der Stellung van Swietens bei der Kaiſerin mag übrigens auch die außerordentlich günſtige Meinung, die ſie von ſeinen Kenntniſſen und ſeiner Tüchtigkeit als Arzt hegte, ſo wie die tiefe Dankbarkeit beigetragen haben, zu der ſie ſich ihm gegenüber für verpflichtet anſah. Es kann zwar nicht geſagt werden, daß van Swietens ärztliche Praxis in der kaiſerlichen Familie eine beſonders glückliche geweſen wäre. Gleich der erſte Fall in derſelben ging ungünſtig aus, indem die Schweſter der Kaiſerin, die Erzherzogin Marianne, auf deren Geneſung van Swieten gehofft hatte, gleichwohl ſtarb. Dasſelbe war auch bei Maria Thereſia's zweitgebornem Sohne, dem Erzherzoge Karl, bei ihren Töchtern Johanna und Joſepha, bei beiden Gemalinnen Joſephs, endlich bei deſſen Töchterchen der Fall. Aber all dieſe ſchmerzvollen Ereigniſſe erſchütterten Maria Thereſia nie auch nur einen Augenblick in ihrem Glauben an van Swietens ärztliche Kunſt. Was ſie von derſelben hielt, wird wohl am beſten durch die Worte bewieſen, die ſie am 12. October 1767, als die Erzherzogin Joſepha an den Blattern erkrankt war, an Lacy ſchrieb:

„Meine Hoffnungen für meine Tochter," ſo lauten ſie, „haben „ſich ſeit dieſem Morgen beträchtlich gehoben, obgleich wir noch viel

„zu überwinden haben, indem ihr Zustand sehr gefahrdrohend ist. Noch „gestern zwischen Mittag und drei Uhr sah ich, was doch die Kunst „vermag; van Swieten hat sie mit den Heilmitteln, die er ihr gab, „wieder aufleben gemacht. Alle meine guten Symptome, die meine „Hoffnung gebildet, die Kräfte, die Stimme, das Athemholen waren „verschwunden; jeden Augenblick glaubte ich sie in die Agonie eintreten „zu sehen. Jetzt sind sie, Gott sei Dank, alle wieder zurückgekehrt" [259]).

Obgleich nun die Hoffnung der Kaiserin sich keineswegs erfüllte und die Erzherzogin schon drei Tage später von den Blattern hinweggerafft wurde, so änderte doch auch dieses Unglück ihr Urtheil über van Swieten durchaus nicht. Wie in diesem, so hegte sie in allen anderen Fällen die höchste Meinung von seinem ärztlichen Wissen und Können, und bis zu seinem Tode hat sie ihm das gleiche Vertrauen, die gleiche Anhänglichkeit unverändert bewahrt.

Was van Swieten angeht, so muß neben der so eben an ihm gerühmten Geradheit und Tüchtigkeit des Charakters, neben der hervorragenden Stellung, die er als Gelehrter wie als Lehrer, die er endlich als ausübender Arzt einnahm, noch zwei seiner hervorragendsten Eigenschaften gedacht werden. Die eine bestand in einer für jene Zeit wenigstens und die Verhältnisse, in denen er lebte, immerhin bemerkenswerthen freieren Auffassung der Fragen geistigen Inhalts, die er insbesondere in den ihm übertragenen Censurgeschäften zu bethätigen häufig Gelegenheit besaß. Als die zweite aber darf seine strengkatholische Gesinnung genannt werden, welche ihn gleichwohl nicht hinderte, sondern vielleicht sogar antrieb, der ausgesprochenste Feind des Ordens der Jesuiten zu sein.

Auf beiden Gebieten, auf welchen van Swieten, ganz abgesehen von der Ausübung seines ärztlichen Berufes, vorzugsweise thätig war, auf dem der Censur und des Unterrichtswesens tritt diese Gesinnung gleichmäßig und immer ganz unverhüllt an den Tag.

Was zunächst die Censur betrifft, so muß man bis auf das Jahr 1749 zurückgreifen, um den ersten Schritten van Swietens auf

diesem Boden zu begegnen. Schon die früheste Aeußerung, auf welche wir hier von seiner Seite stoßen, ist gegen die Wirksamkeit der Jesuiten in Censursachen gerichtet. Graf Haugwitz schlug der Kaiserin vor, die der Censur zu unterziehenden Bücher je nach ihrem Fache in besondere Abtheilungen zu bringen. Die Censur der theologischen und der philosophischen Werke solle wie bisher in den Händen der Jesuiten verbleiben. Zur Prüfung der juridischen Schriften möge die betreffende Facultät der Wiener Hochschule zwei ihrer Mitglieder bestellen; zur Censur der medizinischen Bücher habe sich van Swieten bereit erklärt. Die Werke historischen und politischen Inhaltes wären den Professoren Pöck, Riegger und Justi zu übergeben [260]).

In welch hohem Grade van Swieten schon zu jener Zeit das Vertrauen der Kaiserin besaß, wird wohl aus dem Umstande ersichtlich, daß sie von ihm, ehe sie an eine Entscheidung über die Vorschläge des Grafen Haugwitz schritt, ein Gutachten über dieselben verlangte. Van Swieten vollzog den Befehl der Kaiserin ganz in der Weise, wie es von ihm nur immer erwartet werden durfte. Obwohl er die große Vorliebe kannte, mit welcher Maria Theresia den Jesuiten, und zwar zu jener Zeit noch mehr als in späteren Jahren zugethan war, so trat er doch in nachdrücklichster Weise gegen die Absicht des Grafen Haugwitz auf, ihnen die Censur der philosophischen und theologischen Werke allein zu überlassen. Die ersteren entriß er ihnen durch das Anerbieten, deren Prüfung selbst zu übernehmen, und Maria Theresia entschied zu seinen Gunsten mit den Worten: „kann nicht „in bessere Händ kommen". Die Censur der theologischen Bücher aber wünschte er dem Wiener Erzbischofe Grafen Trautson anheimgegeben zu sehen, welcher wegen seiner freisinnigeren, den Jesuiten abgeneigten Gesinnung bekannt war. Die Prüfung von Büchern, die nicht zu einer der vier genannten Kategorien gehörten, wäre den Beamten der Hofbibliothek zu übertragen.

Man sieht, daß durch die Vorschläge van Swietens die Jesuiten von der Censur vollständig ausgeschlossen worden wären. Maria Theresia aber ging keineswegs so weit, als van Swieten es gewollt.

Indem sie seinen Anträgen im Allgemeinen beipflichtete, befahl sie, daß zur Beurtheilung der Bücher allgemeinen Inhalts je ein Jesuit zugezogen werde.[261]). Sämmtliche Censoren, die Jesuiten mit eingeschlossen, hatten von nun an eine Revisionscommission zu bilden, bei welcher ein Rath der niederösterreichischen Landesbehörde, Graf Saurau, die Direction und Oberaufsicht führte. So konnte in dem Kampfe zwischen van Swieten und dem Orden der Jesuiten weder der eine noch der andere Theil eines vollständigen Sieges sich rühmen. Da dieser Streit jedoch im Allgemeinen unentschieden geblieben war, so setzte er sich in den vorkommenden einzelnen Fällen nur um so lebhafter fort.

Der bemerkenswertheste unter ihnen ist wohl derjenige, in welchem es um Montesquieu's so berühmt gewordenes Werk: „L'esprit des lois" sich handelte. Zwei Jahre nach seinem Erscheinen war es in Oesterreich auf Andringen der Jesuiten unterdrückt worden. Montesquieu's Schritte, eine Aufhebung dieses Verbotes zu erwirken, blieben fruchtlos. Da kam mehr als zwei Jahre später — im Dezember 1752 — durch einen Zufall sein Buch neuerdings vor die Revisionscommission. Einstimmig verlangten die Censoren der historischen und politischen Literatur, die Professoren Riegger, Justi und Pöck dessen Zulassung. Die beiden Jesuiten de Biel und Pol erklärten sich jedoch dagegen; sie wollten höchstens die Verabfolgung des Buches an besonders vertrauenswürdige und gelehrte Männer gestatten. Van Swieten und die übrigen Mitglieder fielen dem Gutachten der Fachcensoren bei und stimmten für die Freigebung des Werkes. In so lebhafter Weise und mit so triftigen Gründen unterstützte van Swieten der Kaiserin gegenüber diese Anschauung, daß endlich Maria Theresia in seinem Sinne entschied[262]).

Schwieriger wurde die Lage van Swietens, als im Jahre 1753 an Saurau's Stelle Graf Schrattenbach trat, ein eifriger Gönner der Jesuiten und daher ein entschiedener Widersacher van Swietens. Aber der letztere ließ sich dadurch keinen Augenblick irre machen in der Ausübung seiner Pflicht. Ja er schien den Eifer, mit dem er dieß that, noch verdoppeln zu wollen, und das Bewußtsein des Ansehens, in welchem er bei der Kaiserin stand, und ihrer Anhänglichkeit

an ihn stählte wohl noch seine Kraft. „Gott sei Dank, daß Sie besser „sind," schrieb sie ihm, als er ihr am 27. März 1756 seine Wiederherstellung von einer Krankheit anzeigte, „aber ich befehle Ihnen „ernstlich, sich zu schonen und zu Hause zu bleiben und sich zu hätscheln. „Ihre Lebenstage sind mir zu kostbar; all meine Ruhe hängt davon „ab und die Erhaltung meiner ganzen Familie so wie des öffentlichen „Wohles [illegible]".

Das gleiche Interesse an dem Wohlergehen van Swietens bekundete Maria Theresia während der ganzen Dauer seines Lebens. [illegible] zu [illegible] die [illegible] 1765, von [illegible] Maria Theresia [illegible]

[illegible] mir [illegible] Sie [illegible] Sie [illegible] Ihre [illegible] die [illegible]

[illegible]

schon hochbejahrten Manne: „Ich bin getröstet, Sie wieder so voll-
„kommen hergestellt und immer bereit zu sehen, mir zu dienen und
„dem Gemeinwesen Gutes zu erweisen. Welches Vergnügen für mich,
„Ihren Namen an der Spitze des Protokolls wieder zu finden“[266]).

Zu den Kämpfen zurückkehrend, die van Swieten in der Revisions-
commission den Jesuiten und dem mit ihnen verbündeten Präsidenten
Grafen Schrattenbach lieferte, wollen wir hier nur einen einzigen Fall
erwähnen, in welchem der bestehende Zwiespalt in besonders schroffer
Weise hervortrat. Anfangs November 1758 brachte der Jesuiten-
censor P. Schetz einen Ordensbruder, der bisher noch nicht in der
Sitzung gesehen worden war, zu derselben mit. Graf Schrattenbach
stellte ihn als neuen Censor vor. Als aber van Swieten sich weigerte,
ihn als solchen anzuerkennen, ehe er nicht von der Kaiserin hiezu
ernannt sei, erklärte Schrattenbach, es genüge, daß P. Schetz ihn als
Censor vorschlage. Nun stellte van Swieten den Antrag, die Sitzung
zu vertagen, bis die Entscheidung der Kaiserin erfolgt sei. Schrattenbach
wurde heftig und erklärte das Verfahren van Swietens für eine
Beleidigung, die ihn nöthige, das Präsidium der Revisionscommission
niederzulegen. Van Swieten berichtete über den Vorfall an die
Kaiserin. An ihre eigene Absicht erinnerte er sie, die übermäßige
Gewalt, welche die Jesuiten sich allenthalben angemaßt hätten, wieder
zu beschränken. Die Censur der theologischen Werke sei eine ungemein
wichtige Sache und gehöre ohne Zweifel dem Geschäftskreise des Erz-
bischofs an, der wachen müsse über die Reinheit der Doctrin. Sei es
nun passend, einen theologischen Censor aufzustellen, ohne zuvor das
Gutachten des kirchlichen Oberhirten zu vernehmen?[267])

In einem zweiten Berichte an die Kaiserin erklärte sich van
Swieten zur Anerkennung des neuen Censors bereit, wenn sie dessen
Zulassung ausspreche. Maria Theresia aber verweigerte dieselbe und
mißbilligte das Benehmen Schrattenbachs und der Jesuiten. Hiedurch
mag wohl auch der Anlaß gegeben worden sein, daß der Erstere von
dem Präsidium der Revisionscommission zurücktrat und van Swieten
an dessen Stelle gesetzt wurde[268]).

Mit dieser Veränderung kam natürlicher Weise auch ein ganz neuer Geist in die Censurcommission. Aber freilich, wie an Alles im Leben, so kann und muß auch an den Freisinn van Swietens ein doppelter Maßstab gelegt werden. Wenn man seine Beurtheilung der Bücher, über welche die Revisionscommission ihren Ausspruch zu fällen hatte, mit derjenigen der Jesuiten vergleicht, dann besitzt die Auffassung van Swietens vollen Anspruch darauf, daß man sie eine freisinnige nenne. Wollte man aber diese Dinge von einem Standpunkte aus betrachten, der dem heutigen näher käme, dann müßte das Urtheil über die Anschauungen van Swietens ein bei weitem ungünstigeres sein.

Da früher erwähnt wurde, daß die Freigebung von Montesquieu's Esprit des lois auf van Swietens eifrige Verwendung erfolgte, so soll dagegen auch nicht verschwiegen werden, daß er wider eine Reihe von Schriften Voltaire's ein Verdammungsurtheil hervorrief. Der geistvolle und boshafte Franzose rächte sich hiefür durch satyrische Verse, welche nicht wenig dazu beitragen mochten, das Verfahren van Swietens im Lichte noch größerer Unduldsamkeit erscheinen zu lassen, als es verdiente. Aber auch Crebillon, Rousseau, Machiavelli und Fielding verfielen dem verwerfenden Spruche der Revisionscommission[269]). Um bei der Beurtheilung dieses Verfahrens nach keiner Seite hin ungerecht zu werden, darf man nicht aus den Augen verlieren, daß van Swieten, um sich in dem Vertrauen der Kaiserin zu erhalten, gegen Werke schlüpfrigen oder irreligiösen Inhaltes streng sein mußte, um dann mit verdoppeltem Nachdrucke für rein wissenschaftliche Schriften eintreten zu können. Aber manchmal kam es doch auch zu einem Zwiespalte der Meinungen zwischen ihm und der Kaiserin selbst. „In „Baiern," schrieb er ihr am 9. März 1765, „beginnen die Wissen„schaften Lebenszeichen von sich zu geben. Als Merkmale hievon hebt „man dort hervor, daß man seit dem October 1764 jeden Monat „ein kleines Bändchen in Form einer periodischen Schrift herausgibt, „in welcher man in ganz angenehmer, aber doch zugleich nachdrücklicher „Weise den dortigen Dialekt und die Lächerlichkeiten der Bevölkerung „verspottet. Ich habe vier Bändchen für die Censur gelesen und

„darin mehrere mit sehr lebhaften Farben aufgetragene Charakter-
„schilderungen gefunden" [270]).

„Die Welt ist jetzt so leichtfertig", antwortete hierauf Maria Theresia mit eigener Hand, „so wenig wohlwollend; Alles wird ins „Lächerliche gezogen und als Bagatelle hingestellt. Unsere Deutschen „verlieren hiedurch die beste Eigenschaft, die sie besaßen: ein wenig „schwerfällig und rauh zu sein, aber gerade, wahrhaft und fleißig" [271]). Wenn jedoch Maria Theresia hieraus Anlaß schöpft, die erwähnte Zeitschrift zu verbieten, so schreckt dieß van Swieten nicht ab, neuerdings für dieselbe in die Schranken zu treten. Er führt ihr zu Gemüthe, daß man zu allen Zeiten, selbst im graueſten Alterthum sich des Sarcasmus bedient habe, um das menschliche Geschlecht von seinen Irrthümern zu heilen. Auch die kirchlichen Autoren hätten die Anwendung von Fabeln und der Ironie für nothwendig angesehen, um den Menschen den verdienten Tadel fühlbar zu machen [272]).

Maria Theresia blieb jedoch auch jetzt noch bei ihrer früheren Ansicht. „Ich für meine Person", erwiederte sie, „liebe alles das nicht, „was man Ironie nennt. Niemals wird irgend Jemand durch sie „gebessert, wohl aber geärgert, und ich halte sie für unvereinbar mit „der Liebe des Nächsten. Wozu dieser Zeitverlust für diejenigen, die „derlei schreiben und lesen? Es gibt ja noch so viele gute Dinge, „welche uns abgehen; auf sie könnte und sollte man sich verlegen. „Die Nachbarschaft Baierns ist mir verdächtig. Unsere Sprache ist „zu dieser Art leichten Scherzes nicht geeignet. Gar leicht könnte man „sich unter dem Deckmantel verbergen, daß dieß aus Baiern komme, „und die Geschichtchen von hier fortsetzen, was ich nicht zu dulden „vermöchte" [273]).

So wie auf die Schriften, denen Maria Theresia aus der Ursache gram war, weil deren Inhalt mit ihren Moralitätsbegriffen nicht im Einklange stand, so hielt sie auch auf diejenigen, welche kirchliche Dinge betrafen, jederzeit ihr ganz besonderes Augenmerk gerichtet. Es lag in der Natur der damaligen Verhältnisse, daß so wie die Gemüther der Menschen, so auch ihre Schriften auf kirchlichem Gebiete

von der Jesuitenfrage beherrscht wurden. Obgleich ein Gegner des Ordens, hielt Kaunitz es doch schon für einen Erfolg, daß er die Kaiserin so wie auf dem Felde der Politik, so auch auf dem der Literatur zu vollständiger Neutralität zu bewegen vermochte. Auf seinen Antrag wurde befohlen, daß in Oesterreich kein Buch, sei es für oder wider die Jesuiten gedruckt oder eingeführt werden dürfe[274]).

Man tritt wohl van Swieten nicht zu nahe, wenn man annimmt, er sei ungestümeren Sinnes gewesen als der diplomatisch feingeschulte Kaunitz, und ihm habe das von der Kaiserin adoptirte Neutralitätsprinzip in keiner Weise genügt. Wenigstens geschah es gerade zu der Zeit, als Kaunitz jenen Antrag der Kaiserin vorlegte, daß van Swieten Sturm lief gegen den Mißbrauch, welchen die Jesuiten nach seiner Meinung von dem ihnen von den Vorfahren der Kaiserin verliehenen Druckprivilegium machten. Offen beschuldigte er den Orden, daß derselbe von gar keiner anderen Absicht ausgehe, als sich zu bereichern, und daß das Beste der Religion ihm jederzeit nur als Vorwand gedient habe, den frommen Sinn der Kaiserin und ihrer Vorfahren irre zu leiten und zu mißbrauchen. Dringend verlangte er die gleiche Unterordnung der Jesuiten unter die allgemeine Censur, wie sie für alle übrigen österreichischen Staatsangehörigen bestand[275]).

Ein Mann von der Ueberzeugungstreue und der Beharrlichkeit van Swietens ließ sich auch durch einen Mißerfolg nicht abschrecken, nach dem Ziele zu streben, das er für das richtige ansah. War es ihm das erste Mal nicht gelungen, die völlige Entfernung der Jesuiten aus der Censurcommission zu erreichen, so kam er doch immer wieder hierauf zurück. Eine allgemein lautende Entscheidung, durch welche die Ausschließung der Jesuiten aus der Commission festgestellt worden wäre, wurde freilich von ihm nicht erwirkt, ja vielleicht gar nicht mehr gesucht. Aber er erreichte dadurch seinen Zweck, daß so oft ein Jesuit aus der Commission schied, er nicht mehr durch einen Ordensbruder ersetzt wurde, so daß sich im Jahre 1764 kein Jesuit mehr in derselben befand.

Inzwischen war jedoch van Swieten ein anderer, kaum minder gewaltiger Gegner, als die Jesuiten es gewesen, in der Person des

Wiener Erzbischofes Grafen Migazzi erstanden. Ungleich seinem milderen Vorgänger Trautson, hielt Migazzi sich für berufen, in all den Streitfragen, welche damals die katholische Welt bewegten, immer die strengsten, die unduldsamsten Ansichten, und zwar in einer Kampfweise zu verfechten, welche auf die Vermuthung bringt, daß der Streit selbst es war, in dem Migazzi seine eigentliche Befriedigung fand. Was wegen des Werkes des Weihbischofes Hontheim zwischen ihm und van Swieten vorging, ist bereits erwähnt worden. Aehnliches wiederholte sich noch öfter, aber so lebhaft auch in den meisten Fällen Migazzi gegen die Anträge van Swietens protestirte, so blieb ihnen doch in den meisten Fällen der Sieg.

Aber nicht unter den Priestern allein fand van Swieten seine Gegner, auch unter den Leuten weltlichen Standes besaß er solche, und unter ihnen muß Schrattenbach in erster Linie genannt werden. In die ansehnliche Stellung eines Statthalters von Niederösterreich gelangt, nahm Schrattenbach seine frühere Gereiztheit gegen van Swieten auf seinen neuen Posten mit sich. Bei jeder sich darbietenden Gelegenheit bekundete er diese unversöhnliche Stimmung gegen van Swieten, und er übertrug sie auch auf die Revisionscommission überhaupt. Da er in solchen Fällen dem ganzen Ungestüm seines Wesens die Zügel schießen ließ, ging van Swietens Geduld allmälig zur Neige. Insbesondere war es die Censur der periodischen Schriften, welche häufigen Anlaß zum Zwiespalte darbot, indem Schrattenbach als Statthalter zugleich die Handhabung der Polizeigewalt in Wien und Niederösterreich oblag. So weit kam es, daß van Swieten die Kaiserin im März 1765 aufs dringendste bat, ihn wenigstens dieses Geschäftes zu entheben, das er nicht länger versehen könne, ohne sich der üblen Laune des Statthalters und all jenen Folgen derselben auszusetzen, deren Vermeidung durch die Klugheit und das Bedürfniß nach Ruhe dringend geboten erscheine[276]).

„Ich erwarte", antwortete hierauf Maria Theresia, „daß Sie „mir irgend Jemand vorschlagen, der mit diesem Geschäfte be„traut werden könnte und dem Sie Ihren Beistand nicht versagen

„würden, indem ich Sie gern eines Theiles Ihrer Arbeiten entheben „möchte“ [277]).

Und in der That, wie dieß bei zunehmendem Lebensalter immer der Fall ist, wurde auch van Swieten einer Erleichterung der auf ihm lastenden Arbeitsbürde immer mehr und mehr bedürftig. Seit 1767 machte sich eine starke Abnahme seiner Kräfte bemerkbar, und mit Beginn des Jahres 1771 forderte eine nahezu vollständige Erschöpfung derselben aufs dringendste Ruhe. Van Swieten bat die Kaiserin um Enthebung von den Pflichten des Amtes, das ihm die meiste Anstrengung verursachte, des Vorsitzenden und Mitarbeiters der Censurcommission. Nach Gewährung seiner Bitte theilte er den Mitgliedern der Commission seinen Rücktritt von diesem Posten mit [278]). Maria Theresia aber schrieb auf das Protokoll, in welchem dieser Vorfall ausführlich geschildert wurde:

„der censurs commission verspreche all meinen schutz, so lang „sie wird fortfahren in den principiis des so werthen vansuiten. „ich ersehe mit vergnügen, in was bilige betrübnis sein urlaub selbe „versetzt; ich selbsten kunte dis wohl verfasste protocol nicht ohne „starck gerührt zu sein, lesen. niemand kan und solle bessere zeignus „geben als ich von seinen unermüdeten eyffer und arbeit, von seiner „wahr- und klarheit ohne scheü, ohne leydenschafften: er verfolgte das „böse, nicht aber hassete er denjenen, der daran ursach ware. ville „grosse exempel kunte von disen vorgeben. sein eyffer und exempel „in der religion waren so rein als seine treüe vor meine person und „famille: was bin ich ihme nicht wegen selber schuldig, wegen der „einrichtung deren studien, welche man ihme allein zuschreiben mus, „und was verbessert worden. was hat er nicht grosse sachen in der „medicin hier vorgenohmen: ich endigte nicht, wan nur von allen „was anerkennen wolte. weillen es aber scheint, das gott uns disen „grossen man noch eine zeit schencken will, so ist er mit aller sorgfalt „zu erhalten“ [279]).

Wir folgen nur dem Winke der Kaiserin selbst, wenn wir auch einen Blick werfen auf die Thätigkeit van Swietens im höheren

Unterrichtswesen überhaupt und insbesondere auf das, was er zur Hebung der medizinischen Studien in Oesterreich that.

Was nach beiden Richtungen hin bis zum Ausbruche des siebenjährigen Krieges geschah, wurde schon anderwärts flüchtig berührt[280]). Durch die Einsetzung der Studienhofcommission wurde die seit längerer Zeit verfolgte Absicht, die Leitung des gesammten Unterrichtswesens in den Händen der Staatsbehörden zu concentriren, vollständig erreicht. Freilich befanden sich auch geistliche Personen, wie der Erzbischof Migazzi und die Domherren Stock und Simen in der Commission. Aber es waren doch wenigstens keine Jesuiten in derselben, und einem Ueberwuchern des geistlichen Einflusses war durch Männer wie van Swieten und die beiden hervorragenden Rechtsgelehrten Bourguignon und Martini schon von vorneherein vorgebeugt. Freilich konnte dem gegenüber die Besorgniß auftauchen, eine so buntscheckige Zusammensetzung der Commission werde gleichsam von selbst dazu führen, ein einheitliches Wirken derselben gar sehr zu erschweren. Aber der überwiegende Einfluß van Swietens, welcher in der Commission als Stellvertreter des Vorsitzenden fungirte, ein Einfluß, den er theils seiner überragenden Begabung und seinem scharf ausgeprägten Charakter, theils aber der ihm in so reichem Maße zu Theil werdenden Gunst der Kaiserin verdankte, mochte auch diese Besorgniß so ziemlich entkräften. Und wirklich sehen wir die Studienhofcommission, wenig beirrt durch die bekannte Richtung ihres Vorsitzenden, des Erzbischofs Migazzi, mit vieler Consequenz den Zweck verfolgen, das Unterrichtswesen immer unabhängiger von der Kirche, und es dem Staate immer dienstbarer zu machen. Gleichzeitig trachtete man auf dem Wege der Schule den Boden vorzubereiten und empfänglicher zu gestalten für die Aufnahme der Reformen, deren Durchführung im Interesse des Staates sowohl als seiner Bewohner immer nothwendiger wurde.

Auch auf diesem Gebiete sehen wir van Swieten, wie wir es auf dem der Censur beobachten konnten, in stetem und unabläßigem Kampfe gegen den Orden der Jesuiten. Schon im August 1756 hatte er den Antrag gestellt, den Rector des Jesuitencollegiums aus dem

Consistorium der Wiener Universität zu entfernen, denn er besitze kein Recht auf einen Platz in demselben und noch weniger ein solches auf den Vorrang vor den Facultätsdirectoren. Durch allerlei Schleichwege sei man dahin gelangt, daß sich nicht weniger als fünf Jesuiten in dem Consistorium befänden. Man sehe recht wohl, daß es ihnen um nichts anderes als um Befriedigung ihrer Herrschsucht zu thun sei. Der Weihbischof Marxer, welcher das Kanzleramt innehabe, komme nicht immer zu den Sitzungen des Consistoriums; wohne er jedoch denselben bei, so beuge er sich demüthig vor dem Willen des Rectors der Jesuiten. Die Erhaltung der Universität und ihrer unbestreitbaren Rechte verlange dringend die Beseitigung solchen Mißbrauches[281]).

Für den Anfang erreichte van Swieten nur so viel, daß Maria Theresia die Nothwendigkeit erkannte, diese Verhältnisse zu regeln. Aber unverdrossen kam er immer wieder auf dieselbe Sache zurück. Im November 1757 richtete er ein neues Schreiben an die Kaiserin, durch welches er sie von den Nachtheilen der Einwirkung des Ordens der Jesuiten auf die Wiener Universität zu überzeugen sich bemühte. Der Effect habe bewiesen, stellte er ihr vor, wie tief die Studien an der Universität seit deren Vereinigung mit der Gesellschaft Jesu gesunken seien. Jedermann kenne den bedauerungswürdigen Zustand, in welchem sich die Wiener Universität zur Zeit der Thronbesteigung der Kaiserin befunden habe; nichts sei also klarer, als daß die Jesuiten den Absichten der Kaiser Ferdinand I. und Ferdinand II. in gar keiner Weise entsprochen hätten. Im Gegentheile, alle Universitäten seien verfallen, die man in die Hände der Jesuiten gelegt habe: Graz, Olmütz, Tyrnau böten hiefür die traurigsten Beispiele dar. Ueberall sehe man offene oder wenigstens versteckte Unbotmäßigkeit der Jesuiten gegen die Befehle der Kaiserin; überall werde der Fortschritt der Wissenschaften von dem Orden nur mit scheelem Auge betrachtet. Ohne Zweifel besitze der Letztere gelehrte Männer in seiner Mitte, aber er wolle jede Concurrenz hintanhalten und auch das Gebiet der Wissenschaft für sich monopolisiren[282]).

Wenn van Swieten das von ihm Gesagte auch jetzt wieder zu dem Vorschlage zuspitzte, dem Rector des Jesuitencollegiums sei der

Zutritt zum Universitätsconsistorium nicht mehr zu gestatten, so war er nun so glücklich, seinen Zweck zu erreichen. Am 12. November 1757 erging das Decret, durch welches der Antrag van Swietens die Genehmigung der Kaiserin erhielt[283]).

Van Swieten wurde hiedurch, wie es scheint, nur neuerdings ermuthigt zur Fortsetzung seines Kampfes gegen die Jesuiten. Daß zwei Mitglieder dieses Ordens als Directoren der theologischen und der philosophischen Facultät fungirten, war ihm ein Dorn im Auge. Beide Männer, die Patres Debiel und Franz waren früher bei der Kaiserin in hohem Ansehen gestanden; dem Ersteren hatte sie die Leitung des Theresianums, dem Letzteren diejenige der orientalischen Akademie und den philosophischen Unterricht bei ihrem Sohne Joseph übertragen; jetzt wurden beide Männer durch van Swieten der Vernachlässigung ihrer amtlichen Pflichten beschuldigt. Dem Letzteren legte er noch überdieß zur Last, daß er die Anordnungen der Kaiserin, statt sie zu befolgen, in listiger Weise umgehe[281]). Und da er die Genehmigung seines Antrages nicht durchzusetzen vermochte, bewog van Swieten etwa anderthalb Jahre später, im Juni 1759 die Studienhofcommission, die Enthebung der beiden Directoren von diesen Aemtern und die Vergebung ihrer Plätze im Wege des Concurses von der Kaiserin förmlich zu begehren. Durch diese letztere Maßregel sollte der Orden seines bisherigen Rechtes verlustig werden, die von ihm an der Universität zu besetzenden Stellen selbstständig zu vergeben. Nach längerem Zögern willfahrte endlich Maria Theresia dem an sie gestellten Begehren. Das Decret vom 10. September 1759 enthob die beiden Jesuiten ihrer Aemter; das eines Directors der theologischen Facultät wurde dem Domherrn Stock, das der philosophischen Wissenschaften dem Domherrn Simen verliehen; Physik und Mathematik wurden hievon getrennt und van Swieten erhielt die Ueberwachung dieser Lehrkanzeln. Endlich setzte er es durch, daß der dem Orden der Jesuiten angehörige Professor des Kirchenrechtes gleichfalls aus dem Universitätsconsistorium entfernt wurde, weil nur weltliche Rechtshändel darin vorkämen[295]).

Es verdient wohl nicht ganz unbemerkt zu bleiben, daß an all diesen Schritten gegen die Jesuiten die geistlichen Mitglieder der Studienhofcommission Wagen natürlich ausgenommen, sich kaum minder lebhaft betheiligten als ihre weltlichen Collegen. In dieser Beziehung muß insbesondere der Domherr Stock genannt werden, [illegible] Gegner der Jesuiten, der es im August 1761 eine [illegible] Beschwerdeschrift wider sie verfaßte, weil die Studienhofcommission [illegible] Maria Theresia von solch nicht [illegible] Neue Jesuiten dieser Art sollte sie vielmehr [illegible] Der Domherr Stock [illegible]

„wachen sollten, thun nichts, schließen die Augen und kommen mit „einer Rüge davon" [288]).

Van Swieten erlebte die Freude, auch in diesem Falle seinen Vorschlag wenigstens der Hauptsache nach von der Kaiserin gebilligt zu sehen. „die inquisition", antwortete ihm Maria Theresia, „solle „die studiencommission wie in disem casum fortführen, alle jahre „aber ad notitiam der stifftungscommission übergeben. wan einmahl „alles wird festgesetzt und in dem khlaren sein, alsdan höret die „influenz der studiencommission auff, nicht aber ehender."

Ungerecht wäre es jedoch, wenn man dem Glauben sich hingeben wollte, van Swieten habe immer nur gegen die Jesuiten gekämpft und als ein Anhänger der Lehre von der Omnipotenz der Staatsgewalt nichts anderes beabsichtigt, als auch sie und alle übrigen Organe der Kirche unter dieselbe zu beugen. Im Gegentheile, mit nicht geringerer Furchtlosigkeit trat van Swieten auch gegen die Staatsbehörden auf, wenn er sie im Unrechte glaubte und sie sich seiner Meinung nach ungerechtfertigte Willkür zu Schulden kommen ließen. Niemals aber geschah dieß von seiner Seite mit größerem Eifer, als gerade in Sachen der Universität. Die Rechte und die den Gesetzen entsprechende Selbstständigkeit derselben konnten an Niemand einen unerschrockeneren Vertheidiger finden als an van Swieten. Insbesondere war dieß seinem alten Widersacher, dem Statthalter Schrattenbach gegenüber der Fall, und ein an und für sich ziemlich geringfügiges Ereigniß gab van Swieten Gelegenheit, sich über das Verfahren desselben in entschiedenster Weise mißfällig zu äußern.

Es war im Jänner 1764, daß aus Anlaß des Streites eines Schülers der niederen Classen mit einer Wache ein unbedeutender Auflauf entstand. Eine Anzahl von Knaben, welche an demselben sich betheiligten, ließ der Statthalter festnehmen; einige aus ihnen wurden, wie es den Gesetzen und den Privilegien der Universität entsprach, der letzteren ausgeliefert, andere aber mit allerlei Gesindel ins Stockhaus gesperrt. Statt sie jedoch, wie nach der Meinung van Swietens die

Geringfügigkeit ihres Vergehens es vollkommen gerechtfertigt hätte und wohl auf seinen Antrieb von der Kaiserin ausdrücklich befohlen wurde, gegen Bürgschaft ihrer Eltern alsbald in Freiheit zu setzen, wurde nicht nur ihre Gefangenschaft verlängert, sondern auch noch die Auslieferung derjenigen begehrt, die sich in Gewahrsam der Universität befanden; ja einer der gefangenen Knaben wurde auf Schrattenbachs persönliche Anordnung grausam gepeitscht.

Die böhmische und österreichische Hofkanzlei, von der Kaiserin mit der Untersuchung der Sache beauftragt, hielt es mit Schrattenbach und meinte, man solle den Vorfall der Vergessenheit anheimgeben. Hiegegen erhob jedoch van Swieten im Namen der Universität nachdrückliche Vorstellung bei Maria Theresia, und er verlangte für die Hochschule eine Genugthuung, welche zu der ihr widerfahrnen Verletzung ihrer Privilegien in richtigem Verhältnisse stehe. In eindringlichen Worten erinnerte er die Kaiserin, daß sie diese Privilegien nicht nur bestätigt, sondern die Universität dem lethargischen Zustande entrissen habe, in welchem sie sich vor ihrer Thronbesteigung befand. Während sie selbst so handle, unterstünden sich ihre Minister, die Universität zu unterdrücken und sie verächtlich zu machen[289]).

Daß hierauf das Bestreben der Behörden auch wirklich abziele, glaubt van Swieten durch verschiedene Beispiele darthun zu können. „Welche Ansprüche," schreibt er der Kaiserin, „erhob nicht der Oberste „Kanzler in Bezug auf das Ceremoniell? Er verlangte Ehrenbe„zeugungen, welche die Universität mit überströmendem Herzen ihren „erlauchten Souveränen darbringt, die sie jedoch niemals Anderen „erzeigte. Damals ward mir die Ehre zu Theil, Eurer Majestät den „klaren Beweis liefern zu können, daß die Universität keine „„unter„„gebene Stelle"" sei; auch wurde der Oberste Kanzler mit seinen „Begehren zurückgewiesen. Dennoch kehrt man jetzt neuerdings zu dem „gleichen Grundsatze zurück, wenn man sich thatsächliche Angriffe auf „die Gerichtsbarkeit der Universität erlaubt, die das schönste ihrer „Privilegien bildet, welches gleichzeitig für ihre Erhaltung so noth„wendig ist."

Nachdem er in beredten Worten die Leistungen der Universität für den Staat und das allgemeine Wohlergehen gepriesen, erklärt van Swieten der Kaiserin, daß nur auf ihrem mächtigen Schutze allein noch die Hoffnung derselben beruhe[290]). Maria Theresia aber erwiederte hierauf die folgenden Worte:

„Ich habe befohlen, daß man für die Universität ein Decret „mache, nicht so sehr für diesen Fall als für die Zukunft. Die erste „Verhaftung muß nothwendig durch die Regierung geschehen, nach„dem sie sich jedoch der Schuldigen bemächtigt, muß sie sie binnen vier „und zwanzig Stunden den competenten Richtern ausliefern, welche „dafür einzustehen haben, daß sie nicht entwischen und daß Gerechtig„keit geübt werde"[291]).

In ganz gleichem Sinne beantwortete Maria Theresia, und zwar ebenfalls eigenhändig den Bericht, der ihr über diese Angelegenheit von der böhmischen und österreichischen Hofkanzlei erstattet worden war[292]). „das die erste captur," schrieb sie auf denselben, „der „regirung zustehet in einen tumult, ist nach allen verordnungen. nach „24 stunden und noch eher hätte aber sollen selbe die studenten der „universitætt alsogleich ausliffern, damit selbe nach der ordnung selber „examinire, bestraffe und nicht ehender entlasse, bis nicht ihrem bericht „directe nach hoff geben habe und dem entschlus erwarte. dis wäre „in der regul gewesen und keinem zu nahe getretten worden, welches „auch künfftig also zu halten, indeme die universitætt stehen mus vor „jene, die man ihr übergebt, und in disen bubenfall all dise rigueur „nicht gebraucht hätte. also ein decret an die regierung und uni„versitætt auffzusetzen, das mir eher noch vorzulegen wäre."

Noch tiefer eingreifend als auf das höhere Unterrichtswesen im Allgemeinen war der Einfluß, welchen van Swieten auf die medizinischen Studien in Oesterreich überhaupt und insbesondere auf diejenigen an der Wiener Hochschule übte. Dieß geschah sowohl durch die Einrichtungen, die er der medizinischen Facultät gab, als durch seine eigenen Werke und Vorträge, und endlich durch die Berufung und

Anstellung hervorragender Professoren und Aerzte, welche auf van Swietens Anregung und Vorschlag geschah.

Was van Swieten zur Umgestaltung der medizinischen Facultät that, ist bereits an einer früheren Stelle wenigstens andeutend erwähnt worden[293]). Was seine wissenschaftlichen Werke betrifft, so ist hier wohl nicht der geeignete Ort, sie eingehend zu würdigen. Nur das kann gesagt werden, daß seine bedeutendste Arbeit, seine Commentarien, auf den Vorlesungen seines berühmten Lehrers Boerhave fußend, zugleich die Ergebnisse seines eigenen gründlichen Studiums, seines reiflichen Nachdenkens und seiner langjährigen Erfahrung enthielten. Dieses hervorragende Werk wurde daher auch mit Recht von berufenster Seite als das Gesammtergebniß der pathologischen Gelehrsamkeit des achtzehnten Jahrhunderts bezeichnet[294]).

Ueber van Swieten als Lehrer wird berichtet, daß er gleich nach seiner Uebersiedlung nach Wien als solcher auftrat, um durch seine Vorträge den Unterschied recht anschaulich zu machen, der zwischen einer trockenen, pedantischen, und einer geistvollen, anregenden Lehrart obwaltet. In dem Vorsaale der kaiserlichen Bibliothek trug er zuerst Methodologie der ärztlichen Wissenschaft vor. Dann hielt er durch eine Reihe von Jahren Vorlesungen über Boerhave's Institutionen, und eine große Anzahl von Gelehrten sowohl als von Schülern hing mit gespanntester Aufmerksamkeit an seinen Worten[295]). Sein Wirken zu Gunsten der medizinischen Studien in Oesterreich aber krönte er durch die Einsetzung von Lehrern, die sich seiner Empfehlung in jeder Beziehung würdig erwiesen.

An hervorragendster Stelle unter ihnen wird wohl Anton de Haen genannt werden müssen, welcher im Jahre 1754 aus Holland nach Wien berufen wurde und daselbst der klinischen Lehranstalt, welche ebenfalls van Swieten ihre Gründung verdankte, mit sehr großer Auszeichnung und ungewöhnlichem Erfolge vorstand.

„Wenige Lehrer hat Wien gesehen", sagt ein competenter Beurtheiler[296]), „die mit so geistvollem Eifer wie de Haen, ja man kann „sagen, mit so glühender Leidenschaft ihre Zuhörer zur Naturbeobachtung

„angeregt hätten. Den Genüssen und Vergnügungen abhold, fand er „seine Befriedigung nur in herkulischer Arbeit. Sein mühevolles Amt „wurde ihm leicht, und über die Schätze des Wissens, die sein Fleiß „aufgehäuft hatte, gebot er mit nie untreuem Gedächtniß und großer „Gewandtheit. Aber die Formen der großen Welt waren ihm fremd; „nie bequemte er sich, seine rauhe Außenseite abzulegen, unbekümmert „um den Anstoß, den seine Reizbarkeit, seine Gallsucht, ja selbst sein „Zorn, der von geringer Ursache rege wurde, in guter Gesellschaft „geben mußten. Er konnte sich rühmen, Alles durch sein Verdienst „geworden zu sein, er erhob dieß aber nicht wie van Swieten durch „Bescheidenheit. Seine Erfolge und die Höhe seiner Stellung machten „ihn schwindlig. Er nahm ein dictatorisches Wesen an und hörte auf „keinen Einwurf, keine Gründe; seine Aussprüche sollten allein gelten. „Das Lob seiner Gegner verletzte ihn tief, das seiner Freunde, selbst „zuletzt van Swietens, war ihm widerwärtig, und wie ein fanatischer „Priester schleuderte er den Bannfluch der ewigen Verdammniß, als „hätte er ihn zu verhängen, auf alle seine vermeintlichen und wirklichen „Feinde."

So zügellos war der Ehrgeiz und so hartnäckig der Eigensinn de Haens, daß dort, wo diese bösen Eigenschaften ins Spiel kamen, auch sein ärztliches Wirken beeinträchtigt wurde. Niemals geneigt zur Anerkennung fremden Verdienstes, war er von vorneherein ein unbeugsamer Gegner der Einimpfung der Pocken, und hielt bei der Behandlung dieser Krankheit an den häufigen Blutabzapfungen fest. Trotz dieser und mancher anderen Irrthümer war er einer der größten Aerzte seiner Zeit und ein ganz unvergleichlicher Lehrer. Nicht nur so lang er lebte, übte er den gewaltigsten Einfluß auf das Emporblühen der Wiener medizinischen Schule, sondern noch viele Jahre nach seinem Tode, der am 5. September 1776 erfolgte, waren die Nachwirkungen seiner unermüdlichen Thätigkeit fühlbar [297]).

Neben de Haen muß vor Allem Anton Störck genannt werden, der wohl als van Swietens Lieblingsschüler und vornehmster Gehülfe bezeichnet werden darf. Durch van Swieten lernte ihn auch die

Kaiserin kennen, und er erwarb sich um sie und ihre Familie hervorragende Verdienste. Van Swietens Nachfolger in dessen Lehramt, wurde Störck dieß auch in der Censurcommission und als Leibarzt der Kaiserin. Seine verdienstvollen Forschungen über die Gifte, insbesondere über den Schierling brachten ihn schon frühzeitig in heftige Conflicte mit de Haen, der nach seiner Gewohnheit die neuen Entdeckungen Störcks nicht gelten lassen wollte. Selbst van Swieten nahm an diesem Streite, und zwar auf der Seite Störcks einigen Antheil, wie er denn seinem begabten Schüler und Nachfolger jederzeit ein liebevoller Gönner blieb [298]).

Weniger vom Glücke begünstigt als Störck, insofern dessen Laufbahn in Betracht kommt, aber weit größer als Arzt war Maximilian Stoll, ein Schüler de Haens, und dessen Nachfolger als Lehrer der praktischen Arzneikunde. Anfangs in Allem und Jedem ein getreuer Nachbeter seines Meisters, war jedoch Stoll von der Natur mit zu viel Scharfblick und Sinn für Selbstständigkeit begabt, als daß er nicht durch eigene Beobachtung dessen Irrthümer zu erkennen und sich von ihnen loszusagen vermocht hätte [299]). Die Glanzzeit Stolls fiel jedoch in die Jahre, welche dem Tode Maria Theresia's folgten; daher möge hier die Anführung seines Namens genügen.

Zu den Aerzten zurückkehrend, welche durch van Swieten zum Lehramte gelangten, ist der Professor der Anatomie, Lorenz Gasser hervorzuheben, dem eine seltene Geschicklichkeit in seinem Fache nachgerühmt wurde. Auch berichtet man von ihm, daß er der medizinischen Facultät seine eigene Sammlung werthvoller anatomischer Präparate zum Geschenke gemacht habe [300]). Als aber durch Gassers Tod die Lehrkanzel der Anatomie erledigt wurde, verlieh Maria Theresia dieselbe auf Antrag van Swietens im Mai 1765 einem jungen aus Luxemburg gebürtigen Arzte, Mathäus Collin [301]). Gleich ihm muß auch Chenot genannt werden, der schon im Jahre 1755 in Siebenbürgen seine ärztlichen Kenntnisse und seine muthvolle Besonnenheit erprobte. Er machte die Pest zum Gegenstande seiner eingehendsten Forschungen; während zwei Pestseuchen leistete er dem Staate die aus-

gezeichnetsten Dienste, und seine Erfahrungen waren es, auf deren Grundlage unter der Oberleitung van Swietens im Jahre 1770 die österreichischen Pestgesetze zum größten Theile entworfen wurden[302]).

Geringeren Aufschwung als die Lehre von der Heilung der Krankheiten vermochte van Swieten den chirurgischen Studien zu verleihen. Aus Wien gebürtig, war Joseph Jaus noch unter Karl VI. nach Paris geschickt worden, um dort unter berühmten Chirurgen seine Studien zu machen. Bei seiner Anstellung als Professor wurden auch die nöthigen Apparate und Instrumente gekauft, aber weder Jaus noch sein Nachfolger Ferdinand Leber waren die geeigneten Männer, die Chirurgie auf jene Stufe zu heben, welche sie in anderen Ländern, insbesondere in Frankreich einnahm. Der geringe Grad ihrer Ausbildung machte sich in den häufigen Kriegen besonders fühlbar, und diese Erfahrungen waren es zunächst, durch welche Anton Brambilla, Leibchirurg Josephs II., den Kaiser fünf Jahre nach dem Tode seiner Mutter zur Stiftung der militär-chirurgischen Akademie bewog, welche nach ihrem Stifter das Josephinum genannt wurde[303]).

Erfolgreicher als auf dem Gebiete der eigentlichen Chirurgie waren die Bemühungen van Swietens auf demjenigen der Geburtshülfe. Er brachte es bei der Kaiserin dahin, daß sie seinen vielversprechenden Schüler Heinrich Crantz auf ihre Kosten nach Paris sandte, um dort des Unterrichtes von Levret theilhaft zu werden. Crantz entsprach den Erwartungen, die man von ihm hegte, vollkommen. Nach seiner Rückkehr wurde er im Jahre 1754 als Lehrer der Geburtshülfe angestellt. Er bekämpfte vor Allem die herkömmliche Rohheit im Gebrauche der scharfen Instrumente, führte manche zeitgemäße Verbesserung ein und gewann allmälig einen so großen Ruf, daß auch aus dem Auslande zahlreiche Schüler herbeiströmten, ihn zu hören. Später trat er zu dem Fache der Physiologie über, in welchem er gleichfalls Vorzügliches leistete[304]).

Aber nicht nur die rein medizinischen Fächer, die Naturwissenschaften überhaupt erfreuten sich der ganz besonderen Aufmerksamkeit und Fürsorge van Swietens. Vor Allem waren es Chemie und Botanik,

auf die er sein Augenmerk richtete. Lange Zeit hindurch war Robert Laugier Professor dieser beiden Fächer an der Wiener Universität, aber man kann nicht sagen, daß er sich in diesem Amte den Beifall van Swietens errang. Wir kennen vielmehr einen langen Bericht von dessen Hand[305]), in welchem van Swieten nicht ohne einen gewissen Anschein von Leidenschaftlichkeit Laugier vollständiger Unbrauchbarkeit zeiht. Nicht nur in seinen beiden Lehrfächern, sondern auch in der lateinischen Sprache sei er durchaus unwissend, und doch bedürfe er der Kenntniß der letzteren, um seine Vorträge zu halten. Seiner unbeschreiblichen Trägheit könne nichts als seine Selbstüberhebung an die Seite gestellt werden. Van Swieten trägt darauf an, ihn ohne Pension zu entlassen, und Maria Theresia genehmigt dieses Begehren mit dem Auftrage, ihr einen Anderen in Vorschlag zu bringen[306]). Van Swieten beeilte sich, dem Befehle der Kaiserin zu gehorchen, und er empfahl ihr seinen Landsmann Nicolaus Joseph Jacquin.

Gleich van Swieten war auch Jacquin zu Leyden geboren. Frühzeitig widmete er sich mit glühendem Eifer dem Studium der Botanik, und im Jahre 1752 kam er, damals fünf und zwanzig Lebensjahre zählend, auf Antrieb van Swietens nach Oesterreich. Kaiser Franz I., ein warmer Freund der Gartencultur, sandte ihn zur Erwerbung schöner und seltener Pflanzen nach Westindien. Mit kostbarer Ausbeute beladen kehrte Jacquin nach vier Jahren nach Oesterreich zurück. Nicht nur den kaiserlichen Gärten, auch der Wissenschaft kam diese Reise zu Gute, und ebenso zahlreich als überaus wichtig waren von nun an die Arbeiten Jacquins auf dem Felde der Botanik. Als es sich daher um die Wahl eines Nachfolgers für Laugier handelte, konnte dieselbe nicht zweifelhaft sein.

Schon im Jahre 1754 hatte Maria Theresia auf den Rath van Swietens den Garten des ehemaligen Reichshofagenten von Heunisch am Rennwege um den Preis von neuntausend Gulden gekauft und ihn der Universität zur Anlage eines botanischen Gartens überlassen[307]). Mit der Ernennung Jacquins zum Professor der Chemie und Botanik kam selbstverständlich auch der botanische Garten unter seine Leitung.

Vielbewundert waren die Einrichtungen, die er ihm gab. Durch dieselben, durch seine Thätigkeit als Lehrer, insbesondere aber durch seine Epoche machenden Werke wurde Jacquin eine der glänzendsten Zierden der Wiener Universität.

Van Swietens eifriges Interesse an dem Emporblühen der Naturwissenschaften geht auch aus einem Berichte hervor, den er im Mai 1760 über den Unterricht in der Physik und der Mechanik erstattet[308]). Drastisch ist das Bild, welches er der Kaiserin von der Art und Weise entwirft, in welcher die beiden Jesuiten, denen diese Fächer anvertraut waren, die Pflichten ihres Lehramtes erfüllten. Von dem Einen derselben, dem Pater Franz behauptet er, daß sein Collegium gar nicht von Studirenden besucht werde, indem ihnen der Zutritt nicht freistehe. Er habe daselbst keinen einzigen Studenten, wohl aber junge Jesuiten und einige Cavaliere gefunden, welch letztere die Vorträge gleich Unterhaltungen, etwa wie ein Marionettentheater besuchten. Dringend bat van Swieten die Kaiserin, diesen Uebelständen ein- für allemal ein Ende zu machen, und Maria Theresia genehmigte seine Anträge mit folgenden Worten:

„Außer so vielen anderen Verpflichtungen, welche ich und das „hiesige Publicum Ihnen gegenüber haben, werde ich Ihnen besonders „dankbar dafür sein, wenn Sie auch dieses so nothwendige Werk „ohne ferneren Zeitverlust in Vollzug bringen wollen. Für den Fall, „daß Sie noch etwas mehr, vielleicht auch von Pater Franz bedürfen „sollten, habe ich Johann Chotek schon von Allem unterrichtet, auf „daß er in all diesem Ihnen helfe; Sie brauchen sich nur an ihn zu „wenden" [309]).

Fast im Uebermaß sind hier Aeußerungen der Kaiserin citirt worden, aus denen ihre seltene Vorliebe, ihre unbegrenzte Hochachtung und Dankbarkeit für van Swieten unzweifelhaft hervorgehen. Der lebhafte Antheil, den sie an dem Zustande seiner Gesundheit nimmt, die tiefe Besorgniß, die sie bei jedem Unwohlsein, bei jeder Krankheit van Swietens empfindet, und die ungemein große Freude, mit der sie

jederzeit seine Wiederherstellung begrüßt, lassen auf die Betrübniß schließen, mit der es sie erfüllt haben muß, als endlich im Juni 1772 eine schwere Krankheit van Swietens keine Hoffnung auf seine Genesung mehr übrig ließ. „Ich verliere van Swieten", schrieb Maria Theresia in jenen Tagen der Gräfin Enzenberg, „er stirbt als christlicher „Philosoph den Tod eines Heiligen, und darin liegt für mich ein sehr „großer Trost" [310]).

Auch gegen ihre Tochter Marie Antoinette muß die Kaiserin in diesem Sinne sich ausgesprochen haben; wir besitzen jedoch den Brief nicht mehr, in welchem dieß geschah. Die Antwort der Dauphine aber, die übrigens in dem Augenblicke ihrer Abreise von Wien und wohl auch noch zwei Jahre später über einen Mann wie van Swieten ein selbstständiges und zutreffendes Urtheil kaum zu fällen vermochte, hielt sich von einem ungünstigen Beigeschmack nicht vollständig frei. „Ich bin äußerst betrübt", schrieb Marie Antoinette an ihre Mutter, „über die Krankheit van Swietens. Obgleich nicht Jedermann ebenso „denkt, betrachte ich ihn doch als einen Mann von großem Verdienste, „welchem unsere ganze Familie Dankbarkeit schuldet. Er ist aber schon „einmal von dieser Krankheit genesen, und ich hoffe daß es auch „jetzt wieder geschehen wird. Es wäre dieß ein großer Verlust für „meine liebe Mutter und für unsere ganze Familie" [311]).

Die Hoffnung der Dauphine ging jedoch nicht in Erfüllung. Lang bevor Maria Theresia das Schreiben ihrer Tochter erhielt, hatte sie den Verlust van Swietens zu beklagen, der am 19. Juni 1772 [312]) im Schlosse zu Schönbrunn verschied. Auch der Brief, in welchem die Kaiserin dieses Ereigniß der Dauphine mittheilte, ist leider verloren gegangen, doch muß er ein treues Spiegelbild des tiefen Schmerzes gewesen sein, den sie über den Tod van Swietens empfand. „Ich „kann mir vorstellen", antwortete Marie Antoinette, „was Alles „meine zärtliche Mutter um van Swieten gelitten haben mag" [313]).

Wie sehr Maria Theresia das Andenken des Verstorbenen ehrte, sie dadurch allgemein zu erkennen, daß auf ihren Befehl eine

Medaille geprägt wurde, welche ſein Bruſtbild trägt. Und noch viel bedeutungsvoller war es, daß ſie ihm in der Grabkapelle bei den Auguſtinern ein Denkmal errichten ließ, wie ſie dieß auch für Daun gethan hatte. Im Laufe der Zeit iſt es jedoch, um dem Monumente für Kaiſer Leopold II. Platz zu machen, von dort entfernt und nirgends wieder aufgeſtellt worden.

Siebentes Capitel.

Riegger, Martini, Sonnenfels.

Wenn von dem Emporblühen gesprochen wird, dessen die Wiener Universität während der Regierung der Kaiserin Maria Theresia sich erfreute, so ist es schwer zu entscheiden, ob der medizinischen oder der juridischen Facultät hiebei die Palme gebührt. Wirkten in der Ersteren Männer von höchster wissenschaftlicher Bedeutung, wie van Swieten, de Haen und in den späteren Jahren Jacquin, so besaß auch die Letztere an Paul Joseph Riegger und an Karl Anton Martini Celebritäten des vornehmsten Ranges. Und da dieselben nicht bloß als Rechtslehrer fungirten, sondern auch in Sachen der Gesetzgebung gebraucht wurden und maßgebenden Einfluß hiebei übten, so versteht es sich von selbst, daß sie für das Staatsleben eine noch größere Bedeutung als ihre medizinischen Collegen erlangten.

Paul Joseph Riegger war am 29. Juni 1705 zu Freiburg im Breisgau, somit als österreichischer Staatsangehöriger geboren. Frühzeitig that er sich in den Rechtswissenschaften hervor, so daß er schon im Jahre 1733 die an der Universität zu Innsbruck neu errichtete Lehrkanzel des Natur- und Völkerrechtes erhielt. Gleichzeitig trug er öffentliches Recht des deutschen Reiches und deutsche Geschichte vor. Sein Hauptfach aber war Kirchenrecht, und für dieses wurde er denn auch nach Wien, und zwar zuerst an die theresianische und die savoyische Ritter-Akademie, dann aber, ohne diese Doppelstellung aufzugeben, auch noch an die Hochschule berufen. Außerdem war Riegger Hofrath bei der böhmischen und österreichischen Hofkanzlei, und wir sehen daher

in seiner Person das Lehramt und den unmittelbaren Staatsdienst in wahrhaft eminenter Weise vereinigt.

Gerade sein Fach war es, welches bei der allgemeinen Gährung der Meinungen über kirchenrechtliche und confessionelle Fragen nach beiden Richtungen hin zu ganz besonderer Bedeutung gelangte. Entfaltete Riegger als Lehrer und als Schriftsteller die Wirksamkeit eines Reformators, so trug er als Staatsbeamter nicht wenig dazu bei, seine theoretischen Lehrsätze in praktische Wirklichkeit gelangen zu lassen. Bei der Erörterung der Schritte, welche zur Herbeiführung einer Verringerung der übergroßen Anzahl der Feiertage geschahen, ist nachgewiesen worden, wie seine umfassende Gelehrsamkeit dem Wohle des Staates dienstbar gemacht wurde. Auch in einer Reihe von anderen nicht minder wichtigen Angelegenheiten war das Gleiche der Fall. Mit Herz und mit Muth vertrat Riegger die freiheitlichen Anschauungen, welche mit dem aufgeklärteren Geiste seines Zeitalters im Einklange standen, gegen die frühere Allmacht des heiligen Stuhles. Unerschrocken trat er ein für das Recht des Staates, auch auf kirchlichem Gebiete in Sachen, welche das katholische Dogma nicht berührten, seine Angelegenheiten, sei es im Einverständnisse mit der Curie, sei es selbstständig zu ordnen. Rieggers kirchenrechtliche Lehrbücher und seine Schriften und Vorträge über die Zauberei, über die Kirchenstrafen, über die Concilien, über die Rechte der päpstlichen Nuntien und über diejenigen der weltlichen Macht in geistlichen Dingen, über die Beziehungen des Staates zur Kirche, über die Grenzen der päpstlichen Gewalt brachten überall den tiefsten Eindruck hervor und erweckten ihm ebenso begeisterte Anhänger als erbitterte Feinde. Glücklicher Weise waren die Ersteren, wenn nicht der Zahl, so doch der Macht nach den Letzteren überlegen. Sie brachten es zu Wege, daß schon im November 1766 den Jesuiten die zweite, bisher mit einem Priester besetzte Lehrkanzel des Kirchenrechtes entzogen wurde. Auch die Studierenden der Theologie sollten in Zukunft gemeinschaftlich mit denen der Rechte die Vorlesungen Rieggers aus diesem Fache besuchen[314]).

Auch von Maria Theresia kann gesagt werden, daß wenn sie gleich mit Rieggers Ansichten sehr oft nicht einverstanden sein mochte,

sie ihn doch persönlich hoch hielt und ihm ihre Gunst und ihren Schutz niemals entzog. Aus dem Zwiespalte zwischen seinen Meinungen und denen der Kaiserin mag auch die Erzählung entstanden sein, Maria Theresia habe, als es mit Riegger zu Ende ging, einen Prälaten, unter welchem wohl ihr Beichtvater, der Propst von St. Dorothee zu verstehen sein wird, mit dem Auftrage zu ihm gesendet, ihn zu bewegen, zur Beruhigung seines Gewissens Einiges von seinen Lehren zurückzunehmen. Heiter und gelassen habe jedoch der sterbende Greis erwiedert, soeben sei er durch den Gebrauch der Sacramente mit seinem Erlöser versöhnt worden. Sein Gewissen mache ihm keine Vorwürfe und darum widerrufe er auch keinen Buchstaben von dem, was er geschrieben und gelehrt habe. Man möge der Kaiserin hinterbringen, er sterbe in der Treue zu Gott, zu ihr und zu sich selbst[315]).

Man wird leicht erkennen, daß diese Erzählung, unverbürgt wie sie ist, auch insofern an einer gewissen Unwahrscheinlichkeit leidet, als ja Maria Theresia, wenn sie auch in gar manchen Punkten den Ansichten Rieggers kaum beipflichtete, doch in oft wiederholten Fällen seine Lehrsätze zur Grundlage der von ihr erlassenen Anordnungen machte. Ja noch mehr, von ihr selbst besitzen wir ein unwiderlegliches Zeugniß, aus welchem der hohe Werth zu ersehen ist, den sie auf das Zustandekommen der Lehrbücher Rieggers legte. Es seien, schrieb sie im Frühjahr 1769 an den damaligen obersten Kanzler, Grafen Rudolph Chotek, dem Hofrathe von Riegger zwar in wichtigeren Sachen, und insbesondere in solchen, welche in das Kirchenrecht einschlügen, Referate zu übertragen; doch nehme sie wenigstens vor der Hand noch Anstand, ihn mit einem solchen bleibend zu belasten. Denn es könnte ihm hiedurch die erforderliche Zeit zur Vollendung der von ihm begonnenen, für den Staat so nützlichen Arbeiten, insbesondere der Institutionen des Kirchenrechtes im Allgemeinen und des ungarischen Kirchenrechtes geraubt werden[316]).

Auch die schon im Jahre 1764 erfolgte Erhebung Rieggers in den Ritterstand mag immerhin als ein Kennzeichen erscheinen, daß

ihm die Kaiserin wohlwollend gesinnt war. Wie dem aber auch sein mochte, daß ist gewiß, daß sein Wirken als Lehrer und als Beamter des Staates aufs Tiefste eingriff in die Anschauungen, welche auf dem Gebiete der kirchlichen Angelegenheiten in immer weiteren Kreisen zur Geltung gelangten, und daß in ihnen die Mehrzahl der Maßregeln wurzelte, welche in dieser Beziehung während der Regierung der Kaiserin Maria Theresia ergriffen wurden.

Freilich blieb der Umstand, daß das Kirchenrecht nicht von Priestern, sondern von Laien gelehrt werden sollte, auch nach Rieggers Tode noch ein Dorn in den Augen der Ultramontanen. Insbesondere waren es die Vorkämpfer derselben in Oesterreich, die Cardinäle Migazzi und Firmian, welche mit Ungestüm dagegen ins Feld zogen. Und nicht bloß die weltlichen Lehrer des Kirchenrechtes, auch deren Lehrsätze erfuhren von ihrer Seite gar lebhafte Anfeindung. Von Firmian rührt eine Vorstellung her, bei deren Durchlesung man sich wahrhaftig in das Mittelalter zurückversetzt glaubt. Er beschwert sich über die Anordnung, derzufolge die auf den Universitäten vorgetragenen Lehrsätze aus dem Kirchenrechte auch in den Klöstern gelehrt und die Candidaten nicht zu Priestern geweiht werden sollten, wenn sie kein hinreichendes Zeugniß über die Grundlehren des Kirchenrechtes aufweisen konnten. So weit ging Firmian, daß er für die Kirche sogar in Disciplinarsachen den Grundsatz der Unfehlbarkeit aufstellte und sich beklagte, daß derselbe nicht auch in den Lehrbüchern sich finde. Das Recht nahm er für die Kirche in Anspruch, ohne Zustimmung der weltlichen Macht öffentliche Sünder auch mit öffentlichen Leibesstrafen zu belegen. Es versteht sich von selbst, daß seine Vorstellung, welche übrigens die Hofkanzlei[317]) nicht dem persönlich sehr würdigen Cardinal, sondern dessen Rathgebern zuschrieb, unberücksichtigt blieb.

Unter den Männern, welche nach dem Tode Rieggers in seinem Sinne fortwirkten, müssen dessen Sohn Joseph Anton, und Rieggers Nachfolger auf dem Lehrstuhle des Kirchenrechtes an der Wiener Universität, Joseph Valentin Eybel, in erster Linie genannt werden.

jederzeit seine Wiederherstellung begrüßt, lassen auf die Betrübniß schließen, mit der es sie erfüllt haben muß, als endlich im Juni 1772 eine schwere Krankheit van Swietens keine Hoffnung auf seine Genesung mehr übrig ließ. „Ich verliere van Swieten", schrieb Maria Theresia in jenen Tagen der Gräfin Enzenberg, „er stirbt als christlicher „Philosoph den Tod eines Heiligen, und darin liegt für mich ein sehr „großer Trost" [310]).

Auch gegen ihre Tochter Marie Antoinette muß die Kaiserin in diesem Sinne sich ausgesprochen haben; wir besitzen jedoch den Brief nicht mehr, in welchem dieß geschah. Die Antwort der Dauphine aber, die übrigens in dem Augenblicke ihrer Abreise von Wien und wohl auch noch zwei Jahre später über einen Mann wie van Swieten ein selbstständiges und zutreffendes Urtheil kaum zu fällen vermochte, hielt sich von einem ungünstigen Beigeschmack nicht vollständig frei. „Ich bin äußerst betrübt", schrieb Marie Antoinette an ihre Mutter, „über die Krankheit van Swietens. Obgleich nicht Jedermann ebenso „denkt, betrachte ich ihn doch als einen Mann von großem Verdienste, „welchem unsere ganze Familie Dankbarkeit schuldet. Er ist aber schon „einmal von dieser Krankheit genesen, und ich hoffe daß es auch „jetzt wieder geschehen wird. Es wäre dieß ein großer Verlust für „meine liebe Mutter und für unsere ganze Familie" [311]).

Die Hoffnung der Dauphine ging jedoch nicht in Erfüllung. Lang bevor Maria Theresia das Schreiben ihrer Tochter erhielt, hatte sie den Verlust van Swietens zu beklagen, der am 19. Juni 1772 [312]) im Schlosse zu Schönbrunn verschied. Auch der Brief, in welchem die Kaiserin dieses Ereigniß der Dauphine mittheilte, ist leider verloren gegangen, doch muß er ein treues Spiegelbild des tiefen Schmerzes gewesen sein, den sie über den Tod van Swietens empfand. „Ich „kann mir vorstellen", antwortete Marie Antoinette, „was Alles „meine zärtliche Mutter um van Swieten gelitten haben mag" [313]).

Wie sehr Maria Theresia das Andenken des Verstorbenen ehrte, gab sie dadurch allgemein zu erkennen, daß auf ihren Befehl eine

Medaille geprägt wurde, welche ſein Bruſtbild trägt. Und noch viel bedeutungsvoller war es, daß ſie ihm in der Grabkapelle bei den Auguſtinern ein Denkmal errichten ließ, wie ſie dieß auch für Daun gethan hatte. Im Laufe der Zeit iſt es jedoch, um dem Monumente für Kaiſer Leopold II. Platz zu machen, von dort entfernt und nirgends wieder aufgeſtellt worden.

wurde[320]). Dort hat er ſich durch ſeine Wirkſamkeit zur Zeit der Aufhebung der Klöſter unter Joſeph II. gerade kein ehrenvolles Andenken erworben.

Wo von den Männern die Rede iſt, die einer gänzlich veränderten Richtung der Anſchauungen auf kirchenrechtlichem Gebiete die Bahn brachen und gleichzeitig an den Maßregeln theilnahmen, welche in dieſer Beziehung während der beiden letzten Jahrzehnte der Regierung der Kaiſerin Maria Thereſia von Staatswegen getroffen wurden, darf Franz Stephan Rautenſtrauch nicht unerwähnt bleiben, der ſich von den beiden Riegger und von Eybel hauptſächlich dadurch unterſchied, daß er nicht gleich ihnen dem weltlichen, ſondern dem geiſtlichen Stande angehörte. Im Jahre 1734 in Böhmen geboren, trat er in dem dort noch beſtehenden Stifte Braunau in den Orden der Benedictiner. So wie Eybel in Wien, ſo gerieth Rautenſtrauch in Prag wegen ſeiner freiſinnigen kirchenrechtlichen Schriften in Zwieſpalt mit dem Erzbiſchofe, aber gleich dem jüngeren Riegger wurde auch er von Wien aus beſchützt. Ja es wird behauptet, daß er von der Kaiſerin mit einer goldenen Medaille beſchenkt und der Erzbiſchof von Prag beauftragt worden ſei, ſie ihm mit den Worten zu überreichen, Maria Thereſia würde die Vollendung ſeines Werkes mit Freude begrüßen[321]).

Rautenſtrauch, der inzwiſchen — und auch das iſt ein charakteriſtiſches Kennzeichen jener Zeit — von ſeinem Stifte zum Abte erwählt worden war, erhielt im Jahre 1774 den Poſten eines Directors der theologiſchen Facultät an der Univerſität zu Prag. Auf Befehl der Kaiſerin entwarf er einen Plan zur Verbeſſerung des theologiſchen Studiums, das einer ſolchen nach ihrer Meinung ebenfalls dringend bedurfte. So beifällig war die Aufnahme, welche derſelbe fand, daß Rautenſtrauch ihn nicht nur in Prag ins Werk zu ſetzen hatte, ſondern daß ſolches bald darauf auch in Wien geſchah, wo er ebenfalls zum Director der theologiſchen Facultät[322]), dann aber auch zum Beiſitzer der Studienhofcommiſſion und der Cenſurcommiſſion ernannt wurde[323]).

Umfassender noch, wenn man nicht das einzelne Fach, sondern das österreichische Rechtsleben überhaupt in Betracht zieht, als die Leistungen Paul Rieggers und seiner Schüler und Gesinnungsgenossen waren diejenigen eines anderen Professors an der juridischen Facultät der Wiener Hochschule, Karl Anton Martini's. Am 15. August 1726 zu Revò im südtirolischen Nonsberg geboren, studirte Martini Anfangs zu Innsbruck, dann aber in Wien die Rechte. Er trat hierauf längere Reisen an; nach seiner Rückkehr wurde er im Jahre 1754 zum Professor des Naturrechtes und des römischen Rechtes an der Wiener Hochschule ernannt. Seit dem Jahre 1759 gehörte er der Censurcommission, seit 1760 der Studienhofcommission an. Im Jahre 1764 wurde er, ohne seiner anderen Stellungen enthoben zu werden, Hofrath bei der Obersten Justizstelle, und vier Jahre später Mitglied der Commission in geistlichen Geschäften. Im Jahre 1774 endlich wurde er als Hofrath zur böhmischen und österreichischen Hofkanzlei versetzt, von welcher Stellung er jedoch gegen Ende des Jahres 1779 wieder in seine frühere bei der Obersten Justizstelle zurückkehrte.

Wird von dieser vielseitigen Wirksamkeit Martini's vorerst bloß die Seite derselben ins Auge gefaßt, welche dem österreichischen Rechtsleben zu Gute kam, so war er gleich Riegger als Lehrer, als Schriftsteller und als Beamter des Staates hiefür thätig.

Martini's mündlicher Vortrag war weit entfernt von dem Feuer und der hinreißenden Beredtsamkeit etwa eines de Haen; seine streng logisch gegliederten Sätze brachte er vielmehr in murmelndem Tone und mit italienischer Aussprache des allerdings classischen Latein vor, das er sprach und schrieb. Aber einer der Schüler Martini's, der sich später am meisten hervorthat, sagte von ihm, daß Martini's gedrängter und überzeugender Vortrag ihn zuerst wahrhaft denken gelehrt habe [324]). Zahlreiche Citate aus den verschiedensten Werken zeugten für die große Belesenheit Martini's, und was unendlich viel wichtiger war, der Inhalt seiner Vorträge ließ sie zwar als maßvolle, aber doch auch als ununterbrochene Angriffe auf tief eingewurzelte Mißbräuche und Vorurtheile erscheinen. Auch in seinen Werken über

Natur-, über Staats- und Völkerrecht kämpfte Martini diesen Kampf mit Freimuth und Standhaftigkeit.

Von sehr großer Bedeutung war auch der Einfluß, welchen Martini auf das österreichische Unterrichtswesen im Allgemeinen und insbesondere auf die juridischen Studien nahm. An ihm wurde gelobt, daß er die Professoren gegen die sie oft schwer bedrückende Willkür der Facultätsdirectoren schütze und ihnen dadurch die zu höherem Aufschwunge der Studien unerläßliche Freiheit der Bewegung nicht völlig verkümmern lasse. Seiner Einwirkung schrieb man es zu, daß die Jesuiten im Jahre 1766 die geistliche Lehrkanzel des Kirchenrechtes verloren, weil eine dem Staate annehmbare Behandlung desselben von einem Priester nicht erwartet werden könne. Und als das Ergebniß seines Einflusses wurde es betrachtet, wenn allmälig auch in der theologischen und der philosophischen Facultät die eine und die andere Lehrkanzel den Jesuiten entzogen und in andere Hände gelegt wurde.

Das gewöhnliche Schicksal der Männer von gemäßigter Gesinnung wurde übrigens auch Martini zu Theil; weder der einen noch der anderen der sich feindlich gegenüberstehenden Parteien konnte er es vollkommen recht machen. Die Jesuiten und ihre Anhänger sahen in ihm einen Gegner und bekämpften ihn als solchen; ein Gleiches geschah aber auch von jenen ungestümen Drängern nach vorwärts, als deren eigentliche Repräsentanten der jüngere Riegger und Eybel anzusehen waren.

Um dieß recht anschaulich zu machen, wird die Anführung eines einzigen Beispiels genügen. Als der ältere Riegger gestorben war, wollte man von Staatswegen eine zweite Auflage seines Lehrbuches des Kirchenrechtes veranstalten, in welcher, ohne die Richtung des Werkes zu ändern, doch allzu harte Ausdrücke, die in demselben vorkamen, gemildert werden sollten. Man wollte die erst so mühsam erstrittenen landesfürstlichen Rechte nicht gefährden und doch der geistlichen Behörde keine gegründete Veranlassung geben zu Beschwerden. Martini erschien als der geeignete Mann, einen so

schwierigen Auftrag zu erfüllen. Anfangs wollte er ihn ablehnen; dann aber bat er, daß wenigstens die theologischen Professoren Gazzaniga und Bertieri zu Censoren seiner Bearbeitung des Riegger'schen Lehrbuches bestimmt würden. Hiegegen erhob jedoch Rieggers Nachfolger Eybel, es erhoben sämmtliche Anhänger des Letzteren stürmische Einsprache. Es sei nun, behaupteten sie, um das reine katholische Kirchenrecht geschehen, denn nimmermehr würden italienische Mönche mit dessen wahren Grundsätzen einverstanden sein. Noch ehe der erste Theil des Compendiums erschien, wurde dessen Inhalt so arg verdächtigt, daß der Befehl erging, vorläufig die frühere Auflage des Riegger'schen Lehrbuches für den Unterricht beizubehalten. Martini aber fühlte sich durch diesen Vorgang empfindlich verletzt, und er führte über denselben bittere, jedoch erfolglose Beschwerde [325]).

Die langjährige Wirksamkeit eines Mannes von der umfassenden Gelehrsamkeit und gleichzeitig der milden und maßvollen Gesinnung Martini's an der Obersten Justizstelle konnte natürlich auf die Anschauungen, welche an diesem vornehmsten Gerichtshofe allmälig zur Geltung gelangten, nicht ohne nachhaltige Einwirkung bleiben. Insbesondere war dieß in peinlichen Rechtsfällen fühlbar; auf die eigentliche Legislation aber erhielt Martini erst im Jahre 1773, in welchem er in die schon zwanzig Jahre früher zur Ausarbeitung eines neuen Civilgesetzbuches für sämmtliche deutschösterreichische Provinzen niedergesetzte Commission trat, unmittelbaren Einfluß.

An einer früheren Stelle wurde gesagt, daß dieses Gesetzbuch, der Codex Theresianus, im Jahre 1766 zur Vollendung gelangte [326]). Aber trotz der unermeßlichen Zeit und Mühe, welche die Ausarbeitung der acht Folianten, aus denen das neue Civilgesetzbuch bestand, in Anspruch genommen hatte, erhielt es vorläufig noch nicht die Zustimmung der Kaiserin. Woran Maria Theresia sich stieß, und ob ihre eigenen Bedenken oder diejenigen Anderer es waren, welche sie noch zögern ließen mit dem entscheidenden Entschlusse, wird nirgends ersichtlich. Nur das wissen wir, daß die Staatsräthe Binder und Gebler gegen die Arbeit sich aussprachen, und daß Kaunitz die Kaiserin

aufmerksam machte, ein so umfangreiches und schwerfälliges Werk könne kein brauchbares Gesetzbuch sein[327]). Man begann nun eine umständliche Revision der gesammten Arbeit und verbrachte mit ihr wieder unendlich viel Zeit, bis endlich im Februar 1773 Kaunitz der Kaiserin vorstellte, daß die baldige Vollendung des Civilgesetzbuches um so nothwendiger sei, als das neu gewonnene Königreich Galizien mit Gesetzen versehen werden müsse. Maria Theresia erließ nun an den Grafen Hatzfeldt als dirigirenden ersten Staatsminister in inländischen Geschäften ein Handbillet, in welchem sie erklärte, sie erwarte von dem Diensteifer des Staatsrathes, daß er ohne Rücksicht auf das bisher beobachtete Verfahren neue und solche Maßregeln in Anwendung bringe, durch welche der Codex Theresianus binnen anderthalb oder längstens zwei Jahren unfehlbar zu Stande gebracht werde. Jede Entschuldigung einer längeren Säumniß werde im Voraus verbeten und Hatzfeldts gutächtliche Aeußerung binnen Kurzem erwartet[328]).

Nachdem diesem letzteren Begehren der Kaiserin Genüge geschehen war, erließ sie am 31. März 1773 ein neues Handbillet an Hatzfeldt, in welchem sie wiederholt auf beschleunigte Ausarbeitung des Civilgesetzbuches drang und alles verwarf, was nochmals zur Verzögerung Anlaß geben konnte. Und es mag wohl sein, daß vornehmlich in diesem Sinne die zu jener Zeit geschehende Berufung Martini's in die Gesetzgebungscommission erfolgte.

Der in so dringender Weise geäußerte Wunsch der Kaiserin ging jedoch auch dießmal nicht in Erfüllung. Ja es kam schließlich so weit, daß die Arbeiten der Compilationscommission im August 1776 vollständig abgebrochen wurden. Die Ursache hievon wird wohl darin zu suchen sein, daß allmälig die Gegner einer einheitlichen und codificirten Gesetzgebung überwiegenden Einfluß gewonnen hatten. Hiefür spricht auch der Umstand, daß man die mit Bestimmtheit in Aussicht gestellte Sanction der Gerichtsordnung, welch letztere der Kaiserin fast gleichzeitig mit dem Abschlusse der Berathungen über das Civilgesetzbuch vorgelegt worden war, hintertrieb.

Welcher Art die Strömungen waren, welche gegen Ende der Regierungszeit der Kaiserin sich geltend zu machen wußten, geht auch aus zwei Berichten hervor, die ihr im Jahre 1780 erstattet wurden. Die Veranlassung hiezu bot die an den Präsidenten der Obersten Justizstelle, Grafen Christian August von Seilern gerichtete Aufforderung, über vier in Preußen erlassene Verordnungen des verschiedensten Inhaltes sein Gutachten abzugeben. Ueber die ihm gestellte Aufgabe hinaus verbreitete sich jedoch Seilern in seiner Antwort über die Art, in welcher Gesetze abzufassen seien. Er bekämpfte die nach seiner Meinung schädliche Neigung zum Universalisiren, und er nannte es eine weise und bescheidene Vorsicht eines Monarchen, welcher mehrere ausgedehnte Länder beherrscht, wenn er nicht in allen zugleich ein neues System einführt, sondern dasselbe zuerst in einem einzelnen Lande verwirklicht, um die dabei gemachten Erfahrungen bei dessen Ausdehnung auf seine übrigen Länder benutzen zu können.

Maria Theresia wurde hiedurch veranlaßt, über die durch Seilern angeregte Frage ein Gutachten der Obersten Justizstelle zu verlangen. In dem letzteren wurde nun die Abfassung vollständiger Gesetzbücher als zu kostspielig verworfen, mit besonderem Nachdrucke aber die Erlassung allgemeiner Gesetze über einzelne Fragen bekämpft. Meistens geschehe dieß ohne drängende Nothwendigkeit und ohne die hiezu erforderliche Vorbereitung, so daß bald Erläuterungen und Modificationen nachfolgen müßten. Vor Allem sei es jedoch schädlich, daß diese Gesetze für sämmtliche deutschösterreichische Länder eingeführt würden. Dem Geiste des einzelnen Volksstammes, seiner Denkungsart und moralischen Beschaffenheit, der Lage des Landes und den sonstigen Eigenschaften der Bevölkerung sollten sie entsprechen. Vernachlässige man dieß, dann verfalle man in ein gewaltsames, gekünsteltes Verfahren, das selten von längerer Dauer sei. Das Volk müsse behandelt werden wie es wirklich sei und nicht wie es vielleicht sein sollte, und vor einer Verallgemeinerung habe man sich insbesondere in Oesterreich zu hüten, wo die Verschiedenheit der Verhältnisse so groß sei, daß selbst die Majestätsrechte auf ungleichen Quellen beruhten. Die Gesetzgebung möge sich daher auf Entscheidung einzelner Fälle beschränken,

den Organen der verschiedenen Länder die maßgebende Stimme bei legislativen Verhandlungen einräumen, und Gesetze niemals für den gesammten Staatscomplex erlassen.

Maria Theresia hätte das von ihr seit einer langen Reihe von Jahren mühsam Geschaffene selbstmörderisch zerstört, wenn sie Anträgen, wie sie von der Obersten Justizstelle ausgingen, ihre Zustimmung gab. Aber so weit wirkten diese Vorstellungen doch, daß durch sie alle Schritte, welche bisher zur Herbeiführung einer einheitlichen Civilgesetzgebung gethan worden waren, fruchtlos gemacht wurden [329]).

Man würde übrigens irregehen, wenn man aus diesen gewiß verfehlt zu nennenden Anträgen der Obersten Justizstelle ein ungünstiges Urtheil über deren Wirksamkeit im Allgemeinen ableiten wollte. Im Gegentheile, dieselbe kann wohl Anspruch darauf erheben, eine heilsame genannt zu werden, und zu wiederholten Malen sprach die Kaiserin, welche auch diesem Zweige des öffentlichen Lebens sehr große Aufmerksamkeit zuwandte, in solchem Sinne sich aus. „gereicht „mir gefälig die wohlmeinende vorschläge, die hier zur beförderung „und erleuterung der justitz geschehen. versehe mich also, das was „hier versprochen wird, genau gehalten und in diesem jahr ausgeführt „werde." So schrieb Maria Theresia, und zwar Anfangs Dezember 1752 auf einen jener Berichte [330]), durch welche die Oberste Justizstelle bei Ablauf jedes Jahres über ihre Wirksamkeit während desselben Rechenschaft gab und hie und da auch Anträge auf Verbesserungen vorlegte. „höchst nöthig an die appelation zu prag anzubegern eine „norma," so lautet eine zwei Jahre später niedergeschriebene Bemerkung der Kaiserin, „was und wie besser und geschwinder die crimi„nalia kunten ausgearbeitet werden, mit einzihung etwelcher kleineren „halsgerichtern in die stätte, und alda einige besser besoldete subjecta „anzustellen; einen ordentlichen Plan dessentwegen zu verfassen und „herzuschicken" [331]).

„placet und bin sehr wohl zufriden mit dem fleis aller räthen," antwortete Maria Theresia auf den Rechenschaftsbericht der Obersten Justizstelle vom 22. November 1759 [332]), „und künftig die consigna-

„tiones nach dem formulare der appellation einzurichten mit bey-
„fügung einer specification jeglicher in rückstand bleibender sache.
„desgleichen auch aus denen ländern, besonders aus Kärnthen es
„ehestens erwarte."

Daß übrigens Maria Theresia über dem wohlerworbenen Lobe auch die verdiente Mahnung nicht außer Acht ließ, geht aus ihrer Erledigung des Rechenschaftsberichtes der Obersten Justizstelle vom 5. Februar 1761 deutlich hervor. „Mir gereicht zu besonderem Trost", so lautet sie, „das amts- und pflichtmässige Betragen meiner obristen
„Justizstelle in Verwaltung der Gerechtigkeit, worüber derselben andurch
„meine höchste Zufriedenheit zu erkennen gebe. Die erstere sechs
„Consignationes wären in Zukunft in eine Haupttabelle zusammen
„zu setzen, sodann aber die besondere Consignationes von denen in
„denen böheim- und österreichischen Ländern noch anhängigen Processen
„beyzulegen und bei selben anzumercken, wann jeder Proceß angefangen
„worden und wie weit jeder gekommen seye? Die vorjährige, die
„zurückgebliben, glaube das werden alle erledigt worden sein. pölser
„und haan[333]) wären doch zu pressirn, die noch bleibende zu be-
„schleünigen. kunten einem jeden zwei abgenohmen werden, zwischen
„serau, hittner[334]) und perlas[335]) zu vertheillen." „hofer und
„nell[336]) wären doch zu errinern, das sie die acten, die sie in
„handen haben, suchen sollen in 3 monathen gewis zu referirn."
„holger[337]) endigt nichts; wan seine arbeit aus sein wird? allent-
„halben seind gantze process; nicht vill ausgearbeit worden gegen
„andere jahren"[338]). Und außer den eben Genannten wird auch Hofrath von Bourguignon von der Kaiserin zu eifrigerer Thätigkeit gemahnt[339]).

Insbesondere war es jedoch die Unzulänglichkeit des Hofrathes von Hoffer, auf welche Maria Theresia am häufigsten tadelnd zurückkam. „Die angezeigte gute beförderung der Justiz", antwortete sie dem Präsidenten Grafen Breuner auf den Rechenschaftsbericht vom 9. Februar 1773, „gereichet mir zu gnädigstem Wohlgefallen, und
„versehe mich, daß die zurück verbliebenen Stücke, so weit es nicht

„bisher ſchon geſchehen, nach Thunlichkeit werden erledigt werden, „besonders des hoffer seine. weillen doch ein abgang eines böhmiſchen „referenten ſich findet, ſo transportire von der cantzley dem heincke [340]) „zu der obriſten juſtizſtelle, wo ſelbe einen ſehr gutten arbeiter bekomt, „der von allen wohl erfahren iſt, welcher aber noch die lauffende jahr „bey ſelber beyſitzen und arbeiten ſolle."

Von günſtigerem Erfolge begleitet, wenigſtens inſofern es um die Erreichung eines Reſultates ſich handelte, als die Arbeiten zur Zuſtandebringung eines Civilcodex waren diejenigen zur Abfaſſung eines Geſetzbuches für Verbrechen. Am 31. Dezember 1768 wurde dasſelbe, die Constitutio criminalis Theresiana, kundgemacht und hiedurch der gewiß nicht hoch genug anzuſchlagende Gewinn erreicht, daß von nun an ein und dasſelbe Strafgeſetz für ſämmtliche deutſch-öſterreichiſche Länder Geltung beſaß. Dieß betont auch die Einführungsverordnung, indem ſie ſagt, daß „nichts natürlicher, billiger „und ordentlicher, auch juſtizbeförderlicher ſein kann, als daß zwiſchen „verbrüderten Erblanden unter einem nämlichen Landesfürſten ein „gleiches Recht feſtgeſtellt werde".

Aber freilich, was den Inhalt des neuen Strafgeſetzbuches betrifft, ſo war derſelbe durchaus nicht dazu angethan, den damals allmälig ſich Bahn brechenden aufgeklärteren Anſchauungen auch nur von fern zu entſprechen. Wer den fünften Artikel der Thereſiana durchlieſt, der von der Todesſtrafe handelt, wird ſich des Schauderns unmöglich erwehren können. Nicht daß ſie die Todesſtrafe beibehielt, ſoll ihr zum Vorwurfe gemacht werden, denn es ſind ja auch noch heut zu Tage die Meinungen der einſichtsvollſten Juriſten über dieſe Frage getheilt, und man kann ſich auch jetzt noch recht gut in die Stimmung verſetzen, welche die Kaiſerin beſeelte, als ſie am 6. September 1768 aus Anlaß eines ſpeciellen Falles an Kaunitz ſchrieb: „ein mörder pardonire nicht leicht". Aber die Verſchärfung der Todesſtrafe und die Art, in der ſie eintrat, ließen das Urtheil und deſſen Vollzug zur Grauſamkeit herabſinken. Bei lebendigem Leibe verbrannt, geviertheilt oder durch Zermalmung der Glieder getödtet,

gespießt, zur Richtstatt geschleift, mit glühenden Zangen gezwickt, durch Abschneiden oder Ausreißen der Zunge gepeinigt zu werden, das waren die härteren Todesstrafen und die Verschärfungen derselben, welche die Theresiana enthielt.

Mit dem achtzehnten Artikel begann die eigentliche Strafproceßordnung, aus welcher nur hervorgehoben werden soll, daß darin die Folter als rechtliches Zwangsmittel, um einen stark verdächtigen, aber doch leugnenden Uebelthäter bei Abgang eines vollständigen Beweises zum Bekenntnisse zu bringen oder ihn allenfalls von dem wider ihn bestehenden Verdachte zu reinigen, beibehalten wurde. Daumschrauben, Zusammenpressen des Körpers durch Schnürung nach vor- oder nach rückwärts, Emporziehung mit oder ohne Anhängung von Gewichten, endlich der spanische Stiefel waren die vorgeschriebenen Arten der Tortur. Doch sollte sie nur bei todeswürdigen Verbrechen in Anwendung gebracht und ein in solcher Weise erzwungenes Geständniß nur dann rechtsbeständig sein, wenn der Beschuldigte es nach Ueberstehung der Tortur wiederholte.

Wohl erschien die Strenge der neuen Halsgerichtsordnung dadurch etwas verringert, daß dem Richter eingeschärft wurde, er solle auf mildernde Umstände Bedacht nehmen. Und außerdem mußte in den meisten Fällen, in denen es um schwere Verbrechen sich handelte, an die Kaiserin berichtet werden, so daß ihrer Gnade ein weites Feld eröffnet und daher die Praxis durchaus keine so grausame wurde, als es in der Theorie des Gesetzes gelegen war[341]). Die letztere aber konnte den Männern, welche in Oesterreich an der Spitze der Aufklärungspartei standen, und vor Allen ihrem hervorragendsten Mitgliede, dem Fürsten Kaunitz unmöglich gefallen. Seinem Einflusse schrieb man es zu, daß zwei Tage nach der kaiserlichen Genehmigung des neuen Strafgesetzbuches Maria Theresia wieder ein Handbillet erließ, durch welches die fernere Veröffentlichung einstweilen sistirt wurde. Kaunitz hatte darauf aufmerksam gemacht, daß Präcision und Deutlichkeit, die ersten Eigenschaften einer Gesetzgebung, welche über Leben und Tod der Menschen zu entscheiden habe, dem neuen Gesetz-

buche abgiengen. Außerdem sei allzuviel der Willkür der Richter überlassen, und die Brandmarkung, welche es dem Bestraften unmöglich mache, sich durch Ergreifung eines ehrlichen Unterhaltsmittels zu bessern, so wie die Verbannung beibehalten worden, die ungerecht sei gegen die Nachbarn wie gegen das eigene Land. Von der Zauberei und ähnlichen abergläubigen Dingen werde gesprochen, welche eher zum Gelächter dienen als den Gegenstand einer strengen Bestrafung abgeben könnten; endlich bleibe die Folter noch aufrecht. Zu allem Ueberflusse erscheine die hiebei nöthige scharfrichterliche Manipulation in Bildern dargestellt, und das noch dazu in einem Werke, das den verehrungswürdigsten Namen der Kaiserin an seiner Stirn trage[342]).

Je eifriger man dieser Gegenvorstellung des Staatskanzlers beipflichtet, um so lebhafter wird man bedauern, daß er dieselbe in Folge von Einflüssen, deren Natur wir nicht kennen, unter dem Vorwande, er habe nicht gewußt, daß die Verfasser der Constitutio criminalis nicht die Aufgabe gehabt hätten, ein neues Gesetz zu entwerfen, sondern daß sie nur die bestehenden, von einander abweichenden Strafbestimmungen zusammenfassen und ausgleichen sollten, bald wieder fallen ließ. Mit dem Widerspruche des Staatskanzlers verstummte jedoch nicht auch derjenige eines so aufgeklärten Rechtslehrers wie Martini. Wenn er insbesondere die Beibehaltung der Folter eifrigst bekämpfte, so ging er hiebei Hand in Hand mit einem Manne, dessen Name mit der Geschichte der Aufhebung der Tortur in Oesterreich unauflöslich verknüpft ist.

Joseph von Sonnenfels war im Jahre 1733 in dem mährischen Städtchen Nikolsburg geboren, wo sein Vater wohnte, welcher ursprünglich Perlin Lippmann hieß und dem jüdischen Glaubensbekenntnisse angehörte. Wer an die damalige Stellung der Juden in Oesterreich zurückdenkt, wird zugeben, daß sie für einen reichbegabten und hochstrebenden Geist nicht ungünstiger gedacht werden konnte. Allerdings ließ Perlin Lippmann mit seinen damals noch in zartem Alter stehenden Söhnen sich taufen, wobei er den Namen Sonnenfels annahm. Aber die jüdische Abstammung und Familie — denn Lippmanns

Gattin blieb bis zu ihrem Tode dem Glauben ihrer Väter treu — bildete doch immer ein nur schwer zu übersteigendes Hinderniß bei Allem, was der junge Sonnenfels unternahm. So kam es daß er, nachdem er in Nikolsburg einige Gymnasialstudien zurückgelegt, in seinem sechzehnten Lebensjahre als gemeiner Soldat in das Infanterie-Regiment Deutschmeister trat. Lernbegierig wie er war, benützte er den Umgang mit französischen und italienischen Deserteuren, ihre Muttersprachen zu erlernen. Mit Heißhunger verschlang er alle Bücher, deren er nur immer habhaft werden konnte, und als endlich sein Regiment nach Wien kam, wurde der Drang in ihm immer stärker, sich völlig den Studien zu weihen. Die Fürstin von Trautson, Gemalin des zweiten Obersthofmeisters der Kaiserin und hochangesehen bei ihr, dann Josephs Kammerherr und vertrauter Freund Graf Johann Karl Dietrichstein nahmen sich des strebsamen Jünglings an. Sie bewirkten seine Entlassung aus dem Militärdienste, und mit Feuereifer warf sich nun Sonnenfels auf die juridischen Studien. Aber bald wurde er ihnen durch seinen unwiderstehlichen Drang, sich durch Aneignung eines tadellosen Styls zum Schriftsteller auszubilden, wieder mehr und mehr entfremdet. Er wollte den Gelehrten im außerösterreichischen Deutschland zeigen, daß es auch in Oesterreich Männer gebe, deren literarische Arbeiten den ihrigen an die Seite gesetzt zu werden verdienten. Bald gelang es ihm auch, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken; weniger glücklich war er jedoch in seiner Bemühung, eine Stelle zu finden, die ihn mindestens vor Nahrungssorgen schützte. Endlich wurde er, da er einen seinen Bestrebungen angemessenen Posten durchaus nicht zu erlangen vermochte, Rechnungsführer bei der kaiserlichen Leibgarde. Was ihm jedoch damals fast wie eine Demüthigung erschien und worauf er nur nothgedrungen einging, gereichte ihm nach seinem eigenen Geständnisse zum Glücke. Er wurde mit dem General von Petrasch und dem Staatsrathe von Borié bekannt und gewann die Achtung und die Zuneigung dieser beiden hervorragenden Männer. Borié stellte bei der Kaiserin den Antrag, Sonnenfels zum Lehrer der Staatswissenschaften an der Wiener Hochschule zu ernennen. Gerade in der Zeit geschah dieß, in welcher der siebenjährige Krieg zu Ende ging und man mit

sehr großem Eifer sich mit Planen beschäftigte, die Wunden wieder zu heilen, die der langdauernde und blutige Kampf dem Staate geschlagen hatte. Der Volkswohlstand sei zu fördern und dadurch auch das Einkommen des Staates zu mehren, so lautete das damals herrschende Schlagwort, und die Entwicklung des Handels stand hiebei in vorderster Reihe. Borié war der Meinung, daß eine periodische Schrift, den Handelsinteressen gewidmet, und eine Lehrkanzel zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse im Commerzwesen von sehr großem Nutzen sein könnten. Auf seinen Antrieb entwarf Sonnenfels eine Denkschrift, die wohl kein Anderer als Borié selbst der Kaiserin übergab. Sie sandte dieselbe dem Präsidenten des Hofcommerzienrathes Grafen von Andlern mit dem Auftrage zu, Sonnenfels über sein Vorhaben näher zu vernehmen. Er sei zu veranlassen, einige Probestücke zu entwerfen, aus denen man sehen könnte, in welcher Weise er in der beabsichtigten Zeitschrift die österreichischen Handelsinteressen zu besprechen gedächte [343]).

Hiebei blieb es jedoch nicht; das Hauptgewicht wurde auf die zu errichtende Lehrkanzel gelegt, welche Sonnenfels im Spätherbste des Jahres 1763 wirklich erhielt. Und im folgenden Jahre setzte ein anderes Mitglied des Staatsrathes, Freiherr von König es durch, daß man mit dieser Stelle auch das zu einer gesicherten Existenz erforderliche Einkommen verband.

Nun sah sich Sonnenfels plötzlich in sein eigentliches Lebenselement versetzt. Mit einem gewinnenden Aeußeren und einem glänzenden Vortrage begabt, machte er sich zum Dolmetsch der Ideen, welche damals mit unwiderstehlicher Gewalt ganz Europa überströmten und denen insbesondere die heranwachsende Generation mit Enthusiasmus sich hingab. Darum ward denn auch bald der Einfluß ein gewaltiger, welchen Sonnenfels auf seine Zuhörer gewann. Mit Freimuth und Furchtlosigkeit begann und führte er den Kampf gegen die Einrichtungen des Staates, die ihm unvereinbar zu sein schienen mit dem allgemeinen Wohle. Die Frage des Asylrechtes der geistlichen Häuser, der Abschaffung der Tortur und der Todesstrafe wurden von

ihm in einem Sinne erörtert, der zwar den neu sich Bahn brechenden Anschauungen, aber durchaus nicht den in Oesterreich bestehenden Gesetzen und Gewohnheiten entsprach.

Gewiß waren es mächtige und einflußreiche Gegner, welche sich Sonnenfels dadurch erweckte. Aber man würde doch fehlgehen, wenn man die Anfeindungen, die er erfuhr, und die Hindernisse, welche man wider ihn aufthürmte, lediglich als Symptome persönlicher Gehässigkeit gegen ihn ansehen wollte. Es soll nicht behauptet werden, daß es an ihr vollständig gebrach, und seine jüdische Abstammung mochte nicht weniger beitragen, ihm dieselbe zu erregen, als er durch unbescheidenes Auftreten und allzu große Selbstüberschätzung Andere nicht selten empfindlich verletzte. Aber der Hauptsache nach ging der Widerstand, welchen der Erzbischof Migazzi, der Oberste Kanzler Graf Rudolph Chotek und Andere seinen Lehren entgegensetzten, aus den tief eingewurzelten Ueberzeugungen dieser Männer hervor und kann ihnen daher nicht zum Tadel gereichen. So stellte, um nur ein Beispiel zu erwähnen, Chotek der Kaiserin die Einwendungen Sonnenfels' gegen die Todesstrafe als etwas äußerst Verwerfliches dar. Gott selbst habe in seinem alten Gesetze den Todtschlag mit dem Tode verpönt und kein gesittetes Volk werde in der Welt zu finden sein, welches nicht den vorsätzlichen Todtschläger mit dem Tode bestrafe. Er bat die Kaiserin um den strengen Befehl an Sonnenfels, künftighin in seine Vorlesungen nichts von Religion einzumengen, keine Einwendungen gegen die bestehenden Gesetze zu erheben, sondern ihnen vielmehr seine Lehrsätze anzupassen, überhaupt aber mehr Vorsicht, Behutsamkeit und Bescheidenheit anzuwenden als bis jetzt in seinen Schriften wahrzunehmen war [344]).

Obwohl Maria Theresia nicht umhin konnte, den Anträgen Choteks wenigstens im Allgemeinen ihre Zustimmung zu ertheilen, so geschah dieß doch nur in einem Tone, aus welchem ihr Wohlwollen für Sonnenfels recht deutlich hervorblickt. Und von dem verlangten Gebote, daß er seine Lehrsätze den in Oesterreich bestehenden Einrichtungen anpassen müsse und nichts gegen die letzteren vorbringen

dürfe, ist in der Entscheidung der Kaiserin[345]) mit keinem Worte die Rede.

Auch Migazzi vermochte sie zu keiner solchen Kundgebung gegen Sonnenfels zu bringen, obgleich seine Aussprüche über ihn von noch weit glühenderem Eifer dictirt waren als diejenigen Choteks. Mit all der Leidenschaftlichkeit eines Fanatikers erklärte er der Kaiserin, die katholischen Monarchen hätten zu allen Zeiten Lehrer wie Sonnenfels und ihre Lehren verabscheut; dem Staate wie der Jugend gereichten sie gleichmäßig zum Nachtheil und zum Verderben. „Es kommt mir sehr hart an", so schließt Migazzi seine Anklageschrift gegen Sonnenfels, „Eurer Majestät wider Jemand Vorstellungen zu machen, da ich mit „heiterer Stirne sagen kann, Viele vertheidigt, Niemand aber wenig„stens vorsätzlich geschadet zu haben. Allein ich bin in so betrübte „Umstände versetzt, daß ich keinen Ausweg mehr finde, entweder Gott „oder den Menschen zu mißfallen" [346]).

Trotz dieser emphatischen Worte Migazzi's wurde Sonnenfels das Festhalten an seinen Lehrsätzen nicht nur nicht untersagt, sondern ihm sogar deren Drucklegung, allerdings nur mit einigen von der Hofkanzlei und der Censurcommission vorgeschlagenen Veränderungen gestattet. Eine Abhandlung aber, in welcher Sonnenfels eigenthümlicher Weise auf eine von Staatswegen vorzunehmende Verringerung der Bevölkerungszahl der Stadt Wien drang, wurde von der Kaiserin als unschicklich platterdings verworfen [347]).

Der wichtigste Streitpunkt bestand, wie man sieht, ohne Zweifel darin, ob Sonnenfels gehalten sein sollte, in seinen Vorträgen die in Oesterreich bestehenden Einrichtungen auch dann, wenn es seinen Ueberzeugungen widerspreche, als die richtigen und zweckmäßigen erscheinen zu lassen, oder ob er Abänderungen derselben als nothwendig oder nützlich hinstellen dürfe. Die Kaiserin hatte es bisher vermieden, hierüber einen entscheidenden Ausspruch zu thun. Als aber Sonnenfels selbst auf einen solchen drang und als er gleichzeitig hinzufügte, es sei unmöglich, schon im Voraus für all die Folgerungen, die er im Verlaufe der einen oder der anderen Vorlesung aus den von ihm

aufgestellten Lehrsätzen zu ziehen im Falle sein werde, sich der höheren Genehmigung zu versichern, befahl Maria Theresia, ihm zu eröffnen, daß er auch in Zukunft nach den Grundsätzen, die er als die echten betrachte, arbeiten solle. Was aber den zweiten Punkt angehe, so habe zwar die Schulfreiheit einzutreten, doch solle der Lehrer jederzeit eine vernünftige Mäßigung beobachten[348]).

Eine größere Ermuthigung für Sonnenfels, als in der Ermächtigung lag, bei seinen Vorträgen und in seinen Schriften festzuhalten an den von ihm für richtig erkannten Prinzipien, konnte es in der That gar nicht geben. Aber darum war es ihm doch gewiß nicht weniger willkommen, auch auf anderen Wegen Beweise zu erhalten, daß Maria Theresia an der Begeisterung, mit der er seinem Lehrberufe nachkam, an der Treue seiner Ueberzeugungen, und in gewissem Maße wenigstens auch an den Anschauungen Gefallen fand, die er zur Geltung zu bringen sich bemühte. So wurde er bereits im Jahre 1769, also in seinem sechsunddreißigsten Lebensjahre, zum niederösterreichischen Regierungsrathe ernannt. Dem Einflusse des Grafen Seilern, der später Schrattenbachs Nachfolger als Statthalter von Niederösterreich wurde, schrieb Sonnenfels es zu, daß er in diese Stellung gelangte, die er selbst in einem Briefe vom Jahre 1775 seinen „jetzigen glücklichen Zustand" nennt[349]).

Daß Sonnenfels sich nicht nur des persönlichen Wohlwollens der Kaiserin erfreute, sondern daß sie von seinen Vorlesungen heilsame Früchte erwartete, wird wohl auch aus den im Jahre 1769 getroffenen Anordnungen ersichtlich, durch welche nicht nur das Studium der Polizei- und Cameralwissenschaften zur Vorbedingung für Staatsanstellungen gemacht[350]), sondern hiezu auch der höhere Adel[351]) und sogar der Clerus[352]) veranlaßt wurde. In letzterer Beziehung erging noch außerdem der Befehl, daß künftighin die Bewerber um landesfürstliche Patronatspfarren sich wenigstens mit den Grundsätzen der Polizeiwissenschaft bekannt machen und bei der mit ihnen abzuhaltenden Concursprüfung hierüber befragt werden sollten. Und als Chotek hiegegen verschiedene Bedenken erhob, hielt darum Maria

Thereſia doch nicht weniger an der von ihr geäußerten Anſchauung feſt. Chotek wurde beauftragt, den Univerſitäten und insbeſondere den theologiſchen Facultäten zu eröffnen, daß die Kaiſerin es gern ſähe, wenn auch ihre Unterthanen geiſtlichen Standes nebſt den für ihren eigentlichen Beruf nothwendigen Studien Kenntniſſe in den Polizei- und Cameralwiſſenſchaften zu erlangen ſich beſtrebten. Dieß möge daher entweder durch Anhörung der öffentlichen Vorleſungen oder durch Privatfleiß geſchehen [353]).

Ganz ausgeſchloſſen iſt übrigens die Möglichkeit nicht, daß Maria Thereſia zu dieſer Anordnung nicht ſo ſehr aus eigenem Antriebe, als auf Anregung des Kaiſers gelangte, der ein eifriger Protector all der Maßregeln war, von deren Durchführung er eine günſtige Rückwirkung auf die Förderung des allgemeinen Wohlſeins erwartete. Und noch in demſelben Jahre lieferte Joſeph einen noch viel ſprechenderen Beweis für die Sympathien, mit denen er die Beſtrebungen Sonnenfels' begleitete. Derſelbe hatte die von der Kaiſerin ſelbſt als unſchicklich bezeichnete Abhandlung über die Verminderung der Bevölkerung Wiens und über die hiedurch zu erreichende Wohlfeilheit unter verändertem Titel und mit Hinweglaſſung der am meiſten getadelten Sätze, aber mit einer „ſehr ſtachlichten" Vorrede in Leipzig abdrucken laſſen. In derſelben war geſagt, daß ſein Werk in Wien von der Cenſur unterdrückt worden ſei. Vielleicht habe der Deſpotismus der Cenſoren dieß verurſacht, indem es nicht erlaubt ſei, anderer als ihrer Meinung zu ſein.

Es war nicht ſehr zu verwundern, daß hierüber ſowohl die ſo hart angegriffene Cenſurcommiſſion, als auch die mit ihr in ſo enger Verbindung ſtehende Hofkanzlei in arge Entrüſtung geriethen. Die letztere trug auf Unterdrückung der neu erſchienenen Schrift an, indem es ein ſehr keckes und unbedachtſames, deßhalb aber ſtrafwürdiges Betragen, zumal für einen öffentlichen Lehrer ſei, ein von ſeinem Souverän verworfenes Werk in fremden Landen drucken zu laſſen, und noch dazu deſſen Urtheil darüber zu Jedermanns Aergerniß öffentlich anzutaſten.

Joseph theilte jedoch diese Entrüstung der Hofkanzlei und der Censurcommission nicht ganz. „Das Sonnenfelsische Buch", so lautete seine Entscheidung, „ist mit Hinweglassung der anstößigen Vorrede zu passiren". Und als Sonnenfels noch in demselben Jahre die beiden ersten Theile des von ihm verfaßten Lehrbuches vorlegte, da erging am 25. November 1769 folgendes Handbillet des Kaisers an Chotek:

„Dem Sonnenfelß ist mein gnädigstes Wohlgefallen über die „von ihm mit gleicher Gründlichkeit und Deutlichkeit verfasten beyden „ersten Theile seines von Mir allen Kanzeln der Policey- und Cameral- „Wissenschafften vorgeschriebenen Lehrbuchs durch ein Decret zu erkennen „zu geben, mit dem Beysaz, wie Ich Mich zu Ihm versehe, daß er „ebenfalls den dritten und lezten Theil, das Finanz-Weesen betrefend, „in dem eingetretenen academischen Lehr-Jahr zu Stand zu bringen „beflissen seyn werde. Joseph Corr." [354]).

Nur wenige Wochen später erließ Joseph ein neues Handbillet an Chotek, in welchem er ihn zur Aeußerung aufforderte, ob ein Hinderniß obwalte, Sonnenfels, da er ohnehin der Censurcommission beigezogen werde, künftighin auch den Sitzungen der Studienhof-commission beiwohnen zu lassen. An der energischen Gegenvorstellung der letzteren scheint jedoch die Absicht, die in den Worten des Kaisers ausgedrückt war, wenigstens vor der Hand gescheitert zu sein [355]).

Zu weit größerer Wichtigkeit erhob sich der stete Conflict, der zwischen den Lehrsätzen, welche Sonnenfels an der Universität vortrug und dort wie in seinen Schriften vertheidigte, und den wirklich bestehenden Staatseinrichtungen obwaltete, als am letzten Tage des Jahres 1768 das neue Strafgesetzbuch erschien und in demselben nicht nur die Todesstrafe, und zwar in ihren grausamsten Gestaltungen, sondern auch die Tortur beibehalten war. Mit solcher Lebhaftigkeit setzte Sonnenfels seinen Kampf gegen diese gesetzlichen Bestimmungen fort, und so groß war hierüber der Unmuth derjenigen, von denen ihre Beibehaltung herrührte, daß Maria Theresia endlich dazu gebracht wurde, durch ein Decret vom 22. August 1772 zu befehlen, Sonnenfels solle künftighin in seinen Vorträgen und Schriften die Folter und

die Todesstrafe nicht mehr berühren. Er wurde hiedurch zu einer an die Kaiserin gerichteten Gegenvorstellung veranlaßt, welche ihm, was man auch sonst hie und da, und vielleicht nicht ganz mit Unrecht gegen ihn einwenden mag, immerdar zu hoher Ehre gereichen wird[356]).

Mit ebenso beredten als überzeugenden Worten führt Sonnenfels vor Allem den Nachweis, daß der Gehorsam gegen das bestehende Gesetz und die Erörterung seiner Irrthümer und Mängel zwei von einander gänzlich verschiedene Dinge seien. So unbedingt der erstere geboten, so zweifellos müsse auch die letztere erlaubt sein, weil ohne sie ein Fortschritt auf dem Gebiete der inneren Einrichtungen des Staates undenkbar erschiene. Wenn ihm also zum Vorwurfe gemacht werde, daß seine Lehren sich mit den bestehenden Gesetzen nicht in Uebereinstimmung befänden, so gebe er das nicht nur ungescheut zu, sondern er glaube gerade dadurch dasjenige zu thun, was der Absicht der Uebertragung einer Lehrkanzel an ihn entspreche und wozu er durch den Befehl der Kaiserin ausdrücklich angewiesen sei. Habe sie ja doch selbst ihn ermächtigt, seine Vorlesungen nicht nach dem, was er in der Ausübung vor sich sehe, sondern nach den Grundsätzen abzufassen, die er als die echten betrachte, ohne sich darum zu kümmern, ob sie mit den gegenwärtigen Vorschriften übereinstimmten oder ihnen widersprächen.

Auf die spezielle Beschuldigung wegen Bekämpfung der Todesstrafe und der Tortur übergehend, bestreitet Sonnenfels, daß er die Berechtigung der ersteren unter allen Umständen abgeleugnet habe. Er citirt die von ihm gebrauchten Worte: „wo immer die Vertheidigung „der öffentlichen Sicherheit den Tod des Missethäters unumgänglich „macht, da kann die Gerechtigkeit gegen ihn das Schwert zücken“[357]). Aber Niemand werde es wagen, diesen Satz in sein Gegentheil verkehren und die Kaiserin überreden zu wollen, daß auch dann der Tod des Verbrechers eintreten solle, wenn dessen Hinrichtung durch die Vertheidigung der öffentlichen Sicherheit nicht nothwendig gemacht werde. Und schon ein Mann, dem Jeder die tiefste Rechtskenntniß zugestehe, Martini habe erklärt, nur dann dürfe eine Hinrichtung stattfinden,

wenn das allgemeine Wohl nicht auch durch andere Mittel sichergestellt werden könne[358]). Er habe also, sagt Sonnenfels von sich selbst, „wie „nicht die Folter in allen Fällen, so auch nicht alle Todesstrafen „mißbilligt;" ja er habe sogar das Recht des Regenten, einen Verbrecher hinrichten zu lassen, gegen Beccaria vertreten.

Scheint Sonnenfels mit diesen Worten, wie in Bezug auf die Todesstrafe, so auch hinsichtlich der Tortur wenigstens in gewissen Fällen deren Anwendbarkeit zuzugeben, so geht er doch allsogleich zu einer eifrigen Bekämpfung derselben über. Auch hier nimmt er Martini's mächtigen Beistand in Anspruch, und er beruft sich auf den von ihm aufgestellten Satz, daß wenigstens im Allgemeinen die Tortur ein ungeeignetes und daher unerlaubtes Mittel sei, die Wahrheit zu erforschen[359]). Dennoch sei das Werk Martini's, welches im Auslande nicht weniger Beifall gefunden habe als in Oesterreich selbst, auf allen erbländischen Universitäten als Lehrbuch vorgeschrieben worden. Er glaube daher, sagt Sonnenfels in etwas überschwänglichen Worten zur Kaiserin, sie sei schon mit dem Entschlusse beschäftigt, die Folter dereinst aus einem Gesetzbuche zu verbannen, dessen nothwendige Strenge ihrer grenzenlosen Güte so viele Ueberwindung gekostet habe. „Ich „denke Theresien", ruft er emphatisch aus, „und meine Muthmaßung „wird zur Gewißheit, und ich fühle mich in dem Entschlusse bestätigt, „neben meiner Verantwortung nun noch für die seufzende Menschheit „das Wort zu nehmen und die Beschleunigung dieser Veränderung „herbeizuwünschen."

In eindringlichster Sprache faßt Sonnenfels jetzt noch einmal die Gründe zusammen, welche nach seiner Meinung und wohl auch nach der aller vorurtheilsfreien Menschen mit siegender Gewalt für die Aufhebung der Tortur sprachen. Nicht für den Bösewicht, schreibt er der Kaiserin, sondern für den Unschuldigen führe er das Wort, den oft schon der Anblick der Folter, ja der Gedanke an sie zu unwahren Aussagen treibe, durch die er sein Leben verwirke. Dringend bat Sonnenfels um Anordnung einer Untersuchungscommission, welcher die Vertheidiger der Folter und der Todesstrafe ihre Beweggründe

vorlegen sollten, wogegen ihm selbst zu gestatten wäre, deren Beibehaltung zu bekämpfen. Unterliege er, dann gelobe er vor den Augen der Welt das zu widerrufen, was er bis jetzt geschrieben. Siege er aber, dann könne Niemand zweifeln an dem Entschlusse, welchen Maria Theresia in ihrer Gewissenhaftigkeit und ihrer Herzensgüte fassen werde.

Der Oberste Kanzler Graf Blümegen, den die Kaiserin aufgefordert hatte, ihr persönlich und mit Umgehung der Hofkanzlei ein Gutachten über die Rechtfertigungsschrift Sonnenfels' zu erstatten, schlug vor, es sei ihm zu bedeuten, daß seine Darlegung in Gnaden aufgenommen worden sei. Er brauche seine Lehrsätze weder aus seinem Buche auszuscheiden noch sie zu widerrufen, aber er dürfe sie in öffentlichen Vertheidigungen niemals berühren. Die von Sonnenfels gewünschte neuerliche Untersuchung seiner Lehrsätze sei aus der Ursache nicht räthlich, weil das Strafgesetzbuch erst vor wenigen Jahren erlassen wurde und daher nicht schon jetzt in so wesentlichen Punkten abgeändert werden dürfe. Aber freilich könne das, was Sonnenfels über die Tortur sage, nicht in Abrede gestellt werden. Denn es sei leicht möglich, daß viele Unschuldige, welche die Qual der Folter nicht zu ertragen vermöchten, lieber stürben als sie noch länger zu erdulden, so daß sie, ohne ein Verbrechen begangen zu haben, ihr Leben verlören, während die ärgsten Böswichte, wenn sie nur Kraft genug besäßen, die Schmerzen zu überstehen, sich durch hartnäckiges Schweigen der wohlverdienten Strafe entzögen.

Man sieht wohl daß Blümegen, obgleich er in seinem Herzen den Anschauungen Sonnenfels', wenigstens insofern sie sich auf die Folter bezogen, vollständig beipflichtete, es doch nicht wagte oder für zeitgemäß ansah, für sie vor der Kaiserin einzustehen. Darum wurde auch die auf ihre Schädlichkeit hindeutende Bemerkung, die er gleichwohl einzustreuen sich erlaubte, unbeachtet gelassen. Maria Theresia beschränkte sich darauf, die Eröffnung zu genehmigen, welche nach Blümegens Vorschlage an Sonnenfels gerichtet werden sollte. Und ausdrücklich fügte sie auch jetzt wieder hinzu, es sei ihm bei diesem Anlasse vor-

zuschreiben, daß weder diese noch andere Sätze, welche mit den bestehenden Anordnungen sich nicht im Einklange befänden, künftighin öffentlich gelehrt und noch weniger vertheidigt werden dürften.

Unwiderleglich wird hiedurch dargethan, daß die Vorstellungen Sonnenfels' gegen die Tortur bei der Kaiserin keinen so unmittelbaren Eindruck hervorbrachten, als man dieß insgemein annimmt. Aber ganz ohne Nachwirkung mögen dieselben doch nicht geblieben sein, und sie wurde ohne Zweifel durch die zahlreichen und höchst bedeutsamen Schriften, welche sich über den gleichen Gegenstand und in dem gleichen Sinne verbreiteten, noch beträchtlich verstärkt. Das berühmte Werk eines anderen österreichischen Unterthans, des Mailänders Beccaria muß hiebei in erster Reihe genannt werden. Diese Schrift und diejenige Voltaire's über den Justizmord Calas trugen wohl am meisten dazu bei, wenn nicht die Todesstrafe, so doch ganz gewiß die Folter allmälig kaum mehr haltbar erscheinen zu lassen. Und so kam es denn auch, daß schon am 19. November 1773 die Kaiserin, und zwar zunächst auf Anregung der medizinischen Facultät in Wien, die Abschaffung der sogenannten Intercalartortur [360]) und die Wiederaufnahme der Verhandlung über die Fragen befahl, ob die Tortur nicht gänzlich aufzuheben oder wenigstens zu beschränken, und durch welche andere Vorkehrungen sie zu ersetzen sei [361]).

Die Landesregierungen von Böhmen, Mähren und Oesterreich unter der Enns, dann das innerösterreichische Gubernium waren von der Kaiserin als die Behörden bezeichnet worden, welche zunächst ihr Gutachten abzugeben hatten. Als die Sache bei der niederösterreichischen Regierung zur Verhandlung kam, sprach sich Sonnenfels mit all dem Feuer und der tiefen Ueberzeugung, mit denen er schon seit Jahren für die Aufhebung der Tortur eingetreten war, für ihre gänzliche Beseitigung aus. So selbstverständlich dieß auch an und für sich erschien, so befremdete es doch in sehr hohem Grade, daß bald darauf das von Sonnenfels in der amtlichen Sitzung abgegebene Gutachten in Form einer Broschüre veröffentlicht wurde. Auf Befehl der Kaiserin zur Rechtfertigung aufgefordert, erklärte Sonnenfels, die Drucklegung

sei ohne sein Vorwissen und gegen seinen Willen, wahrscheinlich durch einen seiner Freunde geschehen[362]). Er konnte jedoch dadurch nicht verhindern, daß er auf Antrag der Obersten Justizstelle und mit Gutheißung der Kaiserin für seinen „übereilten, ruhmsüchtigen und unanständigen Vorgang", durch welchen das Amtsgeheimniß verletzt worden sei, eine scharfe Rüge erhielt[363]).

Schon ehe dieß geschehen war, wurden im Staatsrathe die Berathungen über die Berichte der Landesregierungen und der Obersten Justizstelle eröffnet. An dem Althergebrachten hängend, hatten die genannten Behörden sich wenigstens in ihrer Mehrzahl für die Beibehaltung der Tortur ausgesprochen; höchstens daß einige Milderungen beantragt wurden, und nur wenige waren für gänzliche Abschaffung. Im Staatsrathe aber erklärten sich die meisten Mitglieder und vor Allen deren Wortführer Baron Kreßl für Aufhebung der Folter. Die Staatsräthe Löhr und Gebler stellten den vermittelnden Antrag, daß nur für Hoch- und Landesverrath, insbesondere in Kriegszeiten, wenn es darauf ankomme, Mitschuldige zu entdecken, dann bei besonders qualifizirtem Straßenraube, endlich bei Falschmünzung die Folter noch beibehalten werden könne. Unbedingt für letztere waren Hatzfeldt und Stupan. Schon war im Sinne ihrer Anschauung die kaiserliche Entscheidung vorbereitet, als die Sache in die Hände des Kaisers gelangte. Am 12. August 1775 brachte Joseph die folgenden Zeilen zu Papier:

„Ich muß bekennen, daß ich in meiner Ueberzeugung die Auf„hebung der Tortur nicht allein für ein billiges und unschädliches, „sondern als ein nothwendiges Mittel ansehe. Ich wäre also ohne „Scheu, mit Auslöschung derselben aus der Nemesi Theresiana vor„zugehen, einverstanden. Ich muß aber zugleich eine andere mit dieser „nothwendig verbundene Handlung anzeigen, nämlich daß zugleich die „Todesstrafe viel mehr restringirt werde und hinfüro, ausgenommen „an in flagrante delicto Eingezogenen oder patenten und eingestandenen „Verbrechern, nicht zu vollziehen sey; alle Uebrigen sollen ad poenas „extraordinarias verdammt werden, wozu freilich andererseits andere

„opera publica ersonnen und die Delinquenten ganz anders gehalten „werden müßten, da sie jetzt besser dabey sich befinden als wenn sie „frey wären."

Die Kaiserin fühlte sich diesen widersprechenden Meinungen gegenüber von tausend Zweifeln bestürmt. Ihr Herz sprach für Aufhebung der Folter, ihre Aengstlichkeit für das Wohl des Staates ließ sie jedoch in einem solchen Schritte vielfache Gefahr für die öffentliche Sicherheit erblicken. Sie übertrug daher die Entscheidung, und zwar mit folgenden Worten ganz ihrem Sohne:

„Ich ersuche den Kayser, der die jura studirt hat, noch mehr „auf dessen billigkeit, einsicht und menschenlieb trauend, er möge dieses „werck decidirn ohne meine consilia, da ich es gar nicht verstehe und „nur nach denen mehren stimmen decidirn könte. dieß verhindert „nicht, daß ein oder andere fremde Rechtsgelehrter noch könte consultirt „werden, wenn dem Kayser zweyfel übrig bleiben."

Letzteres schien in der That der Fall zu sein, denn trotz der ihm von seiner Mutter ertheilten Ermächtigung fällte Joseph auch jetzt noch nicht die ihm anheimgestellte Entscheidung. Eine neuerliche Berathung in einer gemischten Commission ordnete er an, zu welcher Hatzfeldt und drei andere Mitglieder des Staatsrathes, Kreßl, Gebler und Löhr, mit dem Vicepräsidenten der Obersten Justizstelle, Grafen Johann Wenzel Sinzendorff, und drei Räthen derselben, Graf Stampach, Franz Wenzel von Cronenfels und Mathias Wilhelm Haan zusammenzutreten hatten. Ein Ergebniß wurde jedoch auch jetzt nicht erzielt, indem die Stimmen sich gleichmäßig theilten. Hatzfeldt und die drei Räthe der Obersten Justizstelle waren für Beibehaltung, Sinzendorff und die drei Mitglieder des Staatsrathes aber für Abschaffung der Tortur [364]).

Dem Obersten Kanzler Grafen Blümegen gebührt der Ruhm, in diesem Widerstreite der Meinungen zu Gunsten der Aufhebung der Folter den Ausschlag gegeben zu haben. Von der Kaiserin neuerdings um seine Ansicht befragt, stimmte er der Anschauung Josephs bei,

derzufolge endlich mit Handbillet vom 2. Jänner 1776 für die deutsch-österreichischen Erbländer, das Temeswarer Banat und Galizien die Aufhebung der Tortur angeordnet wurde. Es folge daraus, war darin weiter gesagt, daß künftighin der Richter in Criminalfällen den Inquisitionsprozeß in dem Augenblicke zu schließen habe, in welchem er nach den gegenwärtigen Vorschriften ausreichende Inzichten zur Tortur vorhanden zu sein glaube und kein anderes Ueberweisungsmittel mehr übrig sei. Doch könne bei einem solchen Schlusse der Inquisition durch das Enderkenntniß lediglich eine außerordentliche Strafe verhängt werden, bei deren Ausmaß es auf die Erwägung ankomme, in wie fern die vorhandenen Indicien erheblich genug seien, um sich mehr oder weniger der vollständigen Beweiskraft zu nähern[365]).

An den Befehl, welchen die Oberste Justizstelle von der Kaiserin erhielt, die Veränderungen zu bezeichnen, die in Folge dessen in dem Strafgesetzbuche vorzunehmen wären, reihte sich der fernere Auftrag, die Frage in reifliche Erwägung zu ziehen, ob nicht auch nach und nach die Todesstrafe, wo nicht gänzlich, so doch zum größten Theile aufzuheben und nur auf die gräßlichsten Verbrechen zu beschränken wäre*). Allerdings könnte dieß nur unter der Voraussetzung geschehen, daß in allen Ländern zur angemessenen Züchtigung und Strafe die erforderlichen Vorkehrungen getroffen, eigene Häuser zur Zwangsarbeit errichtet und daselbst gegen die Verbrecher mit solcher Härte und Schärfe verfahren, ihre Züchtigung aber öffentlich vollzogen würde, daß dieser öftere Anblick in der Bevölkerung mehr Abscheu als die Todesstrafe erwecke, während durch die Arbeit der Sträflinge auch dem Gemeinwesen einiger Nutzen erwachse.

In dieser letzteren Andeutung liegt ein neuer Beweis für die Richtigkeit der Behauptung, daß die Kaiserin in diesen Fragen nicht so sehr ihrem eigenen Ermessen als der Eingebung Josephs folgte. Denn wir finden darin die Anschauungen wieder, welche der letztere kundgab, als er zu dem Entschlusse, die Todesstrafe zu beseitigen, endlich

*) Delicta atrocissima.

gelangte. Nicht um eine Milderung des schrecklichen Schicksals der Verbrecher war es ihm hiebei zu thun, sondern seiner Ansicht nach mußte der ewige Kerker, mit welchem vorbedachter Mord bestraft werden sollte, derart durch alles nur immer erdenkliche Ungemach verschärft werden, daß der Verbrecher im Gefängnisse elend zu Grunde gehe. Das werde, meinte Joseph, weit abschreckender wirken als die Todesstrafe selbst [366]).

Ist es gestattet, von den Gesetzgebungssachen noch einmal auf die Angelegenheiten der Wiener Universität im Allgemeinen und insbesondere auf diejenigen der juridischen Facultät zurückzukommen, so wird anzuführen sein, daß bei der letzteren nach Bourguignons Austritt der durch seine hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete des österreichischen Staatsrechtes bekannte Hofrath in der Staatskanzlei, Franz Ferdinand von Schrötter zum Director ernannt wurde [367]). Aber schon nach anderthalb Jahren bat Schrötter um seine Enthebung von diesem Posten; sie wurde ihm von der Kaiserin mit den Worten gewährt: „habe angenohmen die resignation des schröders, der zu „wichtigeren sachen gebraucht wird". Franz Joseph von Heinke, Hofrath bei der Hofkanzlei, erhielt nun die Stelle eines Directors der juridischen Facultät an der Hochschule zu Wien [368]).

Von den so vielfachen Angelegenheiten dieser Facultät, welche zur Kenntniß und Entscheidung der Kaiserin gebracht wurden, möge hier nur diejenige erwähnt werden, die sich auf Erlangung des Doctorgrades durch Protestanten bezog. Schon im Februar 1760 hatte die Studienhofcommission den Antrag gestellt, daß Protestanten die Doctorswürde in der juridischen und der medizinischen Facultät sollten erlangen können; nur wäre in den Diplomen die bisher übliche Formel „au„toritate pontificia et caesarea" durch Hinweglassung des Wortes „pontificia" zu verändern. Schon hatte dieser Vorschlag die Zustimmung der Kaiserin erhalten, aber im letzten Augenblicke zog Maria Theresia dieselbe plötzlich wieder zurück [369]).

Mehr als achtzehn Jahre später kam diese Angelegenheit neuerdings zur Sprache. Die allmälige Aenderung der Zeitverhältnisse

machte auch hier ihre Rechte geltend, und es ließ sich an dem bisherigen Standpunkte nicht länger mit Starrheit festhalten. Die Kaiserin ordnete daher an, daß den Protestanten das Doctorat der Rechte und zwar in der Weise zu Theil werden könne, daß sie lediglich zur Erlangung der Doctorswürde zugelassen, und ihnen hiebei Dinge, welche mit ihren Religionsgrundsätzen unvereinbarlich wären, nicht aufgetragen würden. Von der juridischen Facultät sollten sie hingegen ausgeschlossen und ihnen auch die Ausübung ihres Amtes an Orten nicht gestattet werden, an denen überhaupt ein Akatholik keine Duldung genieße. Wenige Wochen später wurde die gleiche Verfügung auch in Bezug auf das medizinische und das philosophische Doctorat getroffen[370]).

Daß Migazzi gegen diese Anordnung der Kaiserin Vorstellung erhob und gegen die Zulassung der Protestanten zur Doctorswürde sich lebhaft erklärte, wird kaum Jemand Wunder nehmen können. Auch daß Blümegen nicht weiter als bis zur Ausfertigung schriftlicher Zeugnisse über die Ablegung der Prüfungen gehen wollte, und daß nach seiner Meinung, wenn schon durchaus Diplome zu geben wären, dieselben nicht von der Universität, sondern von der Hofkanzlei ausgestellt werden sollten, kann man begreifen. Daß sich jedoch die Universität selbst mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, gegen die Zulassung von Protestanten zur Doctorswürde aussprach, wird mit um so tieferem Bedauern erfüllen müssen, als die von der Universität eingebrachte Gegenvorstellung wohl in Jedermanns Augen als ein Muster einer beschränkten und unduldsamen Gesinnung erscheinen wird.

„Es mag sein", wird darin gesagt, „daß an den protestantischen „Universitäten auch Katholiken graduirt werden. Allein die prote„stantischen Universitäten haben keine solchen Statuten und Gesetze, „mit denen die katholischen vor der Kirche und dem Staate prangen. „Die ersteren suchen durch die auch den Katholiken gestattete Erlangung „des Doctorgrades unsere Jugend an sich zu locken, um dieselbe desto „leichter zu der von uns verworfenen Lehre zu verführen, welches die „katholischen Universitäten wegen der Unfehlbarkeit der römischen „Glaubenslehre vorzukehren keine Ursache haben."

Im Verlaufe ihrer Vorstellung gibt die Universität zwar zu, daß auch Juden als Aerzte graduirt worden seien; es walte jedoch hiebei, so erklärt sie, ein zweifacher und wichtiger Unterschied ob. Vorerst sei ein Jude der römisch-katholischen Religion bei weitem nicht so gefährlich als ein Protestant, und außerdem habe die medizinische Wissenschaft gar keinen Einfluß auf die Gemüther und die Religion der Menschen, während dieß bei den übrigen, insbesondere aber den juridischen Fächern in sehr hohem Grade der Fall sei. Dieß weitläufiger ausführend, gelangt die Universität zu dem Schlusse, die Kaiserin möge nach dem Beispiele ihrer Vorfahren und nach Anleitung ihres eigenen apostolischen Eifers für die katholische Religion die Protestanten von der Erlangung des Doctorgrades auch noch fernerhin ausschließen [371]).

Maria Theresia war jedoch dießmal freisinniger als die Universität, ja sogar als die Studienhofcommission, welch letztere insbesondere darüber erschrak, daß die Kaiserin bei den Feierlichkeiten, unter denen die Ertheilung der Doctorswürde vorzunehmen war, gar keinen Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten zulassen wollte. Nur in einem einzigen Punkte stimmte Maria Theresia dem Gutachten der Majorität der Studienhofcommission bei; im Uebrigen hielt sie an ihren früheren Beschlüssen fest, indem sie ihre Entscheidung mit folgenden Worten abgab:

„nach denen majoribus solle denen protestanten der gradus „nicht von der universitætt, sondern nur von der facultætt ertheilt „und das disfählige diploma auch blos von der facultætt director „ausgefertigt und in selber die clausul eingeschaltet werden, das der „graduirte protestant niemahls in die facultætt eintretten, weder „in denjenigen meiner staatten, wo denen acatholicis ein officium „regium vel publicum zu haben verbotten ist, umb ein solches sich „bewerben könne. von dem diserwegen abzulegen angetragenen jura„ment hat es sein abkomen, und das für den gleichen zu graduirenden „protestanten auszufertigende diploma ist mir noch zu einsicht und „aprobation vorzulegen" [372]).

Ueberhaupt läßt sich nicht leugnen, daß die Wiener Universität, oder richtiger gesagt, deren oberste Behörde, das Consistorium nicht selten in recht unvortheilhaftem Lichte sich zeigte. Komisch ist es zu lesen, wie im Jahre 1773 aus Anlaß der Fronleichnamsprozession, welcher die Vorstände der Universität beizuwohnen hatten, der damalige Rector Johann Anton von Bernhard, Doctor der Philosophie und der Medizin, um die Ermächtigung bat, für sich ein neues feierliches Amtskleid, die sogenannte Epomis anfertigen lassen zu dürfen, indem die vorhandene durch dreißigjährigen Gebrauch vollständig abgenützt sei. Alle Mitglieder des Consistoriums mit einziger Ausnahme des Leibarztes von Störck stimmten diesem Vorschlage bei und die Epomis wurde gekauft. Wie groß war aber der Schrecken des Consistoriums, als in einer späteren Sitzung Störck im Auftrage der Kaiserin erklärte, sie sei keineswegs gewillt, dieser Ausgabe ihre Genehmigung zu ertheilen. Sie wolle vielmehr die bisherige Amtskleidung des Rectors abschaffen und ihm dafür eine goldene Kette verleihen, die er bei festlichen Anlässen tragen möge.

Hiegegen erhebt nun die Universität eine ebenso umständliche als eindringliche Vorstellung, und sie vertheidigt die althergebrachte Amtskleidung des Rectors wie das köstlichste Gut. Dringend bittet sie um die Bewilligung, sie beibehalten zu dürfen, und um die nachträgliche Gutheißung der schon gemachten Ausgabe.

„ich habe der universitætt", antwortete hierauf Maria Theresia, „eine gnad erweisen wollen; sie kan also bey ihrer kleidung bleiben, „aber in selber niemahls bey hoff erscheinen, sondern wie all andere „dicasterien in ihren und zwar schwartzen kleidern. der rector kan „sich wegen bezahlung mit denen vier facultætten verstehen, ich bezahle „nichts vor solche unnutze sachen. keine weitere remonstration will „nicht mehr haben" [373]).

Es versteht sich wohl von selbst, daß durch solch kleinere Zwischen- wenn auch Maria Theresia durch sie hie und da zum Unmuthe werden mochte, ihr Wohlwollen und ihre Fürsorge für die

Wiener Universität in gar keiner Weise eine Verringerung erfuhren. Außer den schon erwähnten, zu deren Nutz und Frommen getroffenen Vorkehrungen gab die Kaiserin hievon auch durch die Gründung der Universitätsbibliothek einen sprechenden Beweis. Schon am 28. März 1774 erließ sie an den Präsidenten der Hofkammer, Grafen Kolowrat ein Handbillet, demzufolge aus den drei ehemaligen Jesuitenbibliotheken in Wien eine neue, zum öffentlichen Gebrauche der Universität bestimmte Bibliothek gebildet werden sollte [374]). Es scheint daß hiezu auch noch die Bücherſammlungen der Jesuiten zu Neustadt und zu Krems gezogen wurden, und am 13. Mai 1777, dem Geburtstage der Kaiserin fand die Eröffnung der neuen Universitätsbibliothek in den Räumen statt, welche sie auch heut zu Tage noch inne hat [375]).

Ein eigenthümliches Mißverständniß wurde durch die Zeilen veranlaßt, welche Maria Theresia im Jänner 1780 an Blümegen richtete. „ich finde so überhäufft die professores an allen universitætten", so lauten sie, „das mögte, das die cantzley mir einen Vortrag machete „samt der studiencommission, wie selbe nur auff das wesenthliche „und nöthigste zu versetzen wären."

Anfangs konnte man vermuthen, Maria Theresia glaube die einzelnen Professoren mit Amtspflichten überhäuft und sie sinne auf Mittel, die auf ihnen ruhende allzu schwere Bürde etwas zu erleichtern. Die Worte der Kaiserin aber hatten gerade den entgegengesetzten Sinn. Nicht die Geschäftslast, sondern die Anzahl der Professoren schien ihr bei weitem zu groß, und eine Verringerung der letzteren wünschte sie herbeigeführt zu sehen. Dagegen erhoben natürlich die einzelnen Facultäten, insbesondere die juridische und die medizinische eifrigen Widerspruch, und nur die philosophische gab die Richtigkeit der von der Kaiserin erhobenen Bedenken wenigstens theilweise zu [376]).

Die in wissenschaftlicher Beziehung hervorragendsten Mitglieder der zuletztgenannten Facultät waren zu der Zeit, in welcher diese Verhandlung gepflogen wurde, außer Sonnenfels noch Eckhel und Hell.

Joseph von Eckhel war am 13. Jänner 1737 zu Enzesfeld bei Baden in Niederösterreich geboren. Schon mit vierzehn Jahren trat er in den Orden der Jesuiten, und im Jahre 1764 wurde er zum Priester geweiht, hierauf aber als Lehrer in den Collegiatschulen des Ordens zu Leoben, Steyr und schließlich zu Wien verwendet. Im Jahre 1767 wurde er Professor der Rhetorik an der Wiener Universität, welche Stelle er durch vier Jahre bekleidete. Während dieser ganzen Zeit widmete er sich unter der Leitung seines Mitbruders Joseph Khell mit sehr großem Eifer numismatischen Studien. Zur Erweiterung seiner Kenntnisse von der Gesellschaft Jesu nach Italien gesendet, arbeitete Eckhel zu Bologna, Florenz und Rom. Der Großherzog Leopold übertrug ihm das Ordnen der werthvollen Sammlung von Münzen, welche von dem Cardinal Leopold Medici herrührte. Nach dem Sturze der Jesuiten kehrte Eckhel nach Wien zurück, wo ihn Maria Theresia auf Empfehlung des Großherzogs im Jahre 1774 zum Director der Abtheilung der antiken Münzen des großen kaiserlichen Münzcabinetes ernannte, das damals noch unter Duvals Oberleitung stand. Gleichzeitig befahl sie, die der Wiener Universität gehörige Münzsammlung in das kaiserliche Cabinet zu übertragen [377]). Im Jahre 1775 wurde Eckhel Professor der „Kunde der Alterthümer" an der Wiener Universität, und ein Jahr später, nach Duvals Tod, dessen Nachfolger. Beide Aemter, das des Directors des Münzcabinetes und die Professur versah er bis zu seinem im Jahre 1798 erfolgten Tode. Durch seine epochemachenden Schriften, die sich fast alle auf die griechische und die römische Münzkunde bezogen, wurde Eckhel der Begründer der wissenschaftlichen Numismatik des classischen Alterthums. Sonst wird von ihm erzählt, daß er die ihm von Seite der Kaiserin zu Theil gewordene Ernennung zu dem hervorragenden Amte, das er bekleidete, Zeit seines Lebens wie eine Rettung aus der kümmerlichen Existenz betrachtete, die ihm nach der Aufhebung des Ordens der Jesuiten bevorstand. Der tiefempfundenen Dankbarkeit für diese Wohlthat trachtete er durch unermüdliche Anstrengungen auf dem Gebiete der Wissenschaft, das er bearbeitete, Ausdruck zu verleihen, so daß in gewissem Sinne das Große, das er geleistet, auf seine Gönnerin Maria Theresia zurückzuführen ist [378]).

Wie Eckhel war auch Maximilian Hell ein Mitglied des Ordens der Jesuiten, in den er, 1720 zu Schemnitz in Ungarn geboren, im Jahre 1738 trat. Frühzeitig erkor er sich die Mathematik und die Astronomie zu seinem Lieblingsstudium. Als im Jahre 1755 der Hofastronom Marinoni starb, wurde Hell nach Wien berufen, wo eben der Bau der neuen Sternwarte zugleich mit dem des Universitätspalastes, in welchem sie sich noch heut zu Tage befindet, seiner Vollendung entgegen ging. Hell wurde ihr erster Director und gleichzeitig Professor an der Universität. Vor Allem war es die erstere Stellung, die seine ganze Thatkraft in Anspruch nahm und in der er sehr große wissenschaftliche Erfolge errang. So weit verbreitete sich sein Ruhm, daß Hell durch König Christian VII. von Dänemark eingeladen wurde, auf der Insel Wardoehuus im Polarmeere den am 3. Juni 1769 stattfindenden Durchgang der Venus zu beobachten. Mit Bewilligung der Kaiserin entsprach Hell dieser Aufforderung, und im October 1768 traf er nach einer äußerst beschwerlichen, ja gefahrvollen Reise in Wardoehuus ein, wo er fast durch neun Monate verweilte. Erst im August 1770, nach einer mehr als zweijährigen Abwesenheit kam Hell mit reicher wissenschaftlicher Ausbeute wieder nach Wien. Nur mit seinem im Jahre 1792 erfolgten Tode erlosch seine rastlose Thätigkeit, der er einen der vordersten Plätze unter den Gelehrten jener Epoche verdankt [379]).

Wenn von den Männern die Rede ist, die unter der Regierungszeit der Kaiserin Maria Theresia zu den Zierden der Wiener Hochschule zählten, soll schließlich ein Name nicht unerwähnt bleiben, dessen Träger der Wiener Universität wohl nur durch zwei Jahre angehörte, jedoch während dieses allzukurzen Zeitraumes sich große Geltung errang. Im Jahre 1746 zu Würzburg geboren, kam Mathias Ignaz von Heß im Jahre 1773, wie es scheint, nach Wien, und hielt einstweilen provisorisch Vorträge über allgemeine und Literaturgeschichte an der Universität. Wie Kreßl an die Kaiserin berichtete, hatte er selbst sich von den „ausnehmenden Fähigkeiten" des jungen Lehrers überzeugt. Er rühmte dessen genaue Kenntniß der ausgezeichnetsten katholischen und protestantischen Universitäten, seine Reisen durch ganz Deutschland

und Italien, hauptsächlich aber seinen „besonders angenehmen und „feurigen Vortrag, ohne welchen die Lehrkanzel der Geschichte nie über „die Mittelmäßigkeit erhoben werden könne". Er fügte hinzu, daß die Studienhofcommission einer tüchtigen Feder bedürfe, um durch sie einen Codex der erbländischen Universitäten nebst der Geschichte aller seit 1752 im österreichischen Studienwesen vorgenommenen Verbesserungen zu immerwährendem Ruhm der Kaiserin verfassen und sodann in Druck legen zu lassen. Kreßl schlug daher der Kaiserin vor, Heß zum wirklichen und ordentlichen Lehrer für allgemeine und Literaturgeschichte an der Wiener Universität mit einem Gehalte von jährlich sechshundert Gulden, oder wenigstens mit jener Besoldung zu ernennen, welche die übrigen Professoren erhielten.

Aus der Antwort der Kaiserin sieht man, daß sie, wahrscheinlich durch ungünstige Nachrichten beeinflußt, die Eigenschaft eines glänzenden Vortrages, welche Kreßl an Heß so sehr gerühmt hatte, etwas anders beurtheilte. „placet", schrieb sie zurück, „wie die andern lehrer „zu halten, ihme aber einbinden, in seinen reden bescheydener alß jetzo „zu sein, indeme vor einen lehrer keine imprudentz noch spässmacher „haben will" [380]).

Mit Decret vom 28. Mai 1774 wurde Heß definitiv an der Wiener Hochschule angestellt; sein Wirken an ihr konnte jedoch die erwarteten Früchte nicht tragen, indem er schon zwei Jahre später, am 9. Juni 1776 starb. Für das österreichische Unterrichtswesen aber hat er trotz dieser kurzen Zeit aus dem Grunde eine außergewöhnliche Bedeutung erlangt, weil der Plan zur neuen Einrichtung der Gymnasien, welche durch die Aufhebung des Ordens der Jesuiten nothwendig geworden war, zunächst von ihm herrührte.

An den Hochschulen war es neben der philosophischen auch die theologische Facultät, die der Natur der Sache nach durch diese Aufhebung am meisten betroffen wurde. Schon an einer früheren Stelle ist der Lehrkanzeln an diesen beiden Facultäten Erwähnung geschehen, welche auf ausdrücklichen Befehl der Kaiserin nicht mehr in den Händen der ehemaligen Jesuiten belassen werden durften. Diese Anord-

nung war an die Commission ergangen, welche unter dem Vorsitze Kreßls alle Angelegenheiten, die mit der Aufhebung des Ordens im Zusammenhange standen, in den Kreis ihrer Berathungen und Vorschläge zu ziehen hatte. Sie machte die Kaiserin auf die Nothwendigkeit aufmerksam, einen Plan entwerfen zu lassen, nach welchem nicht nur die beiden hier genannten Facultäten, sondern auch die Mittelschulen und die höheren Volksschulen, die man Normalschulen nannte, einer durchgreifenden Reorganisirung unterzogen werden sollten. Die Commission bot sich an, solche Vorschläge auszuarbeiten und sie zur Entscheidung der Kaiserin zu bringen. Die Antwort, welche Maria Theresia hierauf ertheilte, lautet folgendermaßen:

„Wie diese Commission zusammengesetzt, ware es nicht allein, „daß selber guten Rath in Jesuitensachen allein verlangte, wohl aber „hauptsächlich, daß nach selber Aufhebung sowohl die Einrichtung „großer als kleiner Schulen, die Formirung der Jugend, aber beson„ders deren Geistlichen in Errichtung von Seminarien und Vor„schreibung, wie und was selbe alda zu erlernen und wie zu formiren. „Dessenthalben ich auch noch erwarte von der Commission, wie sie zu „mein gröſten Trost sich antragte, selbes mit Nutzen mir vorlegen zu „können, hingegen selber all mein Schutz versprechend, ein so heilsames, „höchst nothwendiges Werk zu Standen zu bringen, und ist kein „Augenblick zu versaumen, um all nöthiges vorzukehren, besonders „aber vor all meine Landen ein eigenes Buch zu verfertigen vor die „Theologie und Jus Canonicum. Wegen deren Kosten hat sich die „Commission in nichts aufzuhalten, indem Alles, was nöthig sein „wird, mit Trost und Freuden verwenden werde. Vor einigen Jahren „ist ein Plan von der Universität von Turin ausgegangen, der mir „scheint viel Gutes in sich zu haben. Ich schreibe selber nichts vor „als kein Aufenthalt in nichts zu dulden, mir Alles, was selbe von„nöthen, an die Hand geben solle, damit dies heilsame Werk noch zu „Stand bringe“ [391]).

Daß der Gedanke einer Umarbeitung des Riegger'schen Lehrbuches über Kirchenrecht schließlich wieder fallen gelassen wurde, ist

bereits erwähnt worden. Die Kaiserin selbst kündigte diesen Entschluß dem Hofrathe von Greiner mit den Worten an: „indessen der un„corrigirte riegger bleiben wird“ [382]). Die Reorganisation der theologischen Facultät aber wurde, wie gleichfalls schon gesagt worden, in Rautenstrauchs Hände gelegt. Und segensreich waren die Früchte, die aus dieser Maßregel hervorgingen. Denn Priester wurden herangezogen, welche durch milde und versöhnliche Denkart, vereint mit frommer Gesinnung und musterhaftem Wandel, zu wahren Zierden ihres Standes geworden sind.

Achtes Capitel.

Die Mittelschulen.

Weit größere Wirkung noch als auf die Universitäten, von denen sie, wie wir gesehen haben, ohnedieß allmälig verdrängt worden war, übte die Aufhebung der Gesellschaft Jesu auf die Gymnasien in Oesterreich, denn eine sehr beträchtliche Anzahl dieser lateinischen Schulen befand sich zu jener Zeit in den Händen des Ordens. Ueber ihren damaligen Zustand hat sich erst vor kurzem eine lebhafte literarische Fehde erhoben[383]). Wie es in derlei Fällen fast immer räthlich erscheint, wird man auch dießmal gut thun, bei seinem Urtheile die Mitte zu halten zwischen den Anklagen, welche nicht ohne eine gewisse Leidenschaftlichkeit vorgebracht werden, und der Vertheidigung, die sich in überschwenglicher Lobpreisung gefällt und ihr Auge den unleugbar vorhandenen Mängeln und Gebrechen verschließt. Daß es deren nicht nur ungemein viele, sondern auch äußerst wichtige gab, wird wohl in keiner Weise bestritten werden können. Ein Beweis dafür liegt schon in dem Umstande, daß im Jahre 1763 die Vorsteher des Ordens der frommen Schulen, welchem gleichfalls viele Gymnasien anvertraut waren, freiwillig zusammentraten, um zu berathen, auf welche Art der Lehrplan und die Lehrart, die sie von den Jesuiten angenommen hatten, verbessert werden könnten. Denn was die Piaristen in dieser Richtung bereits gethan hatten, wurde von ihnen als unzureichend erkannt[384]).

Die Piaristen standen übrigens mit ihrer Ansicht von der Unzulänglichkeit und der Fehlerhaftigkeit der bisherigen Einrichtungen der Gymnasien keineswegs allein. Ungefähr zu derselben Zeit, in welcher

sie den Entschluß gefaßt hatten, an deren Verbesserung zu schreiten, wurde dieselbe auf Befehl der Kaiserin von Seite des Staates in Angriff genommen. Der Director der niederen Schulen, Professor Gaspari erhielt den Auftrag zur Ausarbeitung einer Instruction, welche nach ihrer Vollendung, ohne auf die von den Piaristen beabsichtigten Reformen Rücksicht zu nehmen, für alle Gymnasien in Kraft trat.

Eine durchgreifende Beseitigung der bestehenden Mängel wurde jedoch durch diese neue Instruction nicht erreicht, ja vielleicht gar nicht beabsichtigt, denn sie behielt den bisherigen Lehrplan im Allgemeinen bei und beschränkte sich auf Vervollständigung und Verbesserung desselben. Sie verlangte vor Allem, daß namentlich in den größeren Städten nur wirkliche Priester und nicht ganz junge und unerfahrene Leute zum Unterrichte verwendet werden sollten. Sie ordnete außerdem an, daß der deutschen Sprache mehr Aufmerksamkeit geschenkt und nicht aller Fleiß auf das Latein verwendet werden möge. Geschichte, Geographie und Arithmetik seien in den Unterricht einzubeziehen, wie dieß schon zu wiederholten Malen, aber immer erfolglos vorgeschrieben worden war.

Weit größere Wichtigkeit besaß es, daß gleichzeitig der Versuch gemacht wurde, die Gymnasien in das Verhältniß strengerer Unterordnung unter die Staatsbehörden zu bringen. Jede Aenderung im Lehrpersonal sollte dem speziell für die Gymnasien aufzustellenden Studiendirector angezeigt werden, der nicht dulden dürfe, daß ohne sein Wissen künftighin Jemand zum Lehramte verwendet oder von demselben entfernt werde: die Anstellung wie die Entlassung müsse als von Seite des Staates geschehen angesehen werden. Der Director solle die ihm anvertrauten Gymnasien genau überwachen, sich von der Art der Unterrichtsertheilung und deren Erfolgen persönlich überzeugen und allmonatlich seine Wahrnehmungen der Studiendirection vorlegen. Gleichzeitig habe er Meldung zu erstatten, wenn irgendwo die Jesuiten den ihnen ertheilten Befehlen nicht nachkämen, auf daß man hierüber an die Kaiserin berichte und sich ihre Entscheidung erbitte [345]).

Die Wahrheit der gegen die Jesuiten erhobenen Anklage, daß sie so wie früher, so auch jetzt wieder die Anordnungen der Staatsregierung ganz unbeachtet ließen und unbekümmert um dieselben bei ihrem bisherigen Unterrichtssystem blieben, ist wohl nicht leicht in Abrede zu stellen. Dieser Umstand scheint es vor Allem gewesen zu sein, weßhalb man von Seite des Staates schon binnen sehr kurzer Frist auf den Plan einer Verbesserung des Unterrichtswesens, welcher dießmal nicht allein die Gymnasien, sondern auch die Volksschulen umfaßte, neuerdings zurückkam. Graf Johann Anton von Pergen war es, der jetzt mit einem hierauf abzielenden umfassenden Entwurfe hervortrat. Er selbst aber wurde, wie es scheint, auf diese seinem eigentlichen Berufe fernliegenden Dinge durch den Umstand gebracht, daß er, nachdem er im Jahre 1766 als Staatsminister und Gehülfe des Fürsten Kaunitz nach Wien berufen worden war, drei Jahre später die Oberleitung der orientalischen Akademie erhielt, welche unter der Direction eines Jesuiten, des P. Franz, in sehr große Schulden gerathen war.

Auch bei dieser Anstalt hatte der Orden, oder wenigstens dessen Mitglied, welches daselbst als Director fungirte, sich weit selbstständiger gestellt und viel größere Willkür angemaßt als der Stifterin genehm war. Dieß geht unzweifelhaft aus den Worten hervor, mit denen die Kaiserin den Gebrauch mißbilligte, demzufolge P. Franz nach seinem Gutdünken Kostzöglinge aufnahm und dann verlangte, daß ihnen der Reihe nach die in Erledigung kommenden Freiplätze verliehen werden sollten. „der pater frantz hat dise einrichtung gemacht", so lauten die eigenhändig niedergeschriebenen Worte der Kaiserin, „und durch „dise wird dem hoff benohmen alle benenung in die academie, und „wie er die Kostgeher auffnimbt, sie einrucken. also wäre vor das „künfftige zu verbietten, das kein Kostgeher mehr angenohmen wird „ohne vorläuffigen vortrag, auch künfftig man sich bey vacanzen „nicht nach dem rang mehr halten wird, sondern die würdigste aus„suchen" [386]).

Als nun fünf Jahre später die Schuldenlast, welche P. Franz sich selbst und der ihm anvertrauten Anstalt unvernünftiger Weise

auflud, seine Enthebung von diesem Amte herbeiführte, beließ zwar Maria Theresia die unmittelbare Leitung der Akademie noch den Jesuiten, die Oberaufsicht aber vertraute sie der Staatskanzlei und speziell dem Grafen Pergen. „placet", schrieb sie auf den Bericht des Staatskanzlers, in welchem diese Angelegenheit und die Frage der acht Freiplätze in der orientalischen Akademie näher erörtert wurden, „placet; „kunte pergen alle 3 monath einen bericht abfordern und nachsehen, „wie dise 8 alumni profitirn, und der mir nachgehends durch die „staattscantzley vorgelegt werde, die auch alle vacanzen mir alzeit „solle vortragen, und Kiemayr[387]), deme zu dieser gantzen einrichtung „gebraucht, solle dis werck übergeben werden, es einzurichten unter der „obsicht der staattscantzley"[388]).

Der Nachfolger des P. Franz, der Jesuit Johann Negrep erhielt nun den Auftrag, einen neuen Lehrplan für die orientalische Akademie auszuarbeiten; er war jedoch nicht so glücklich, diese Aufgabe in einer Weise zu erfüllen, welche den Anforderungen des Grafen Pergen irgendwie genügt hätte. Letzterer, der sich gleichzeitig Kenntniß von der Organisation des Theresianums verschafft hatte und mit ihr ebenfalls unzufrieden war, machte sich nun persönlich an die Arbeit. In ihrem Verlaufe erweiterte sich der Umkreis immer mehr, den er sich Anfangs vorgezeichnet hatte, und schließlich brachte er einen umfassenden Plan über die Verbesserung des Schul- und Erziehungswesens in den kaiserlichen Erblanden zu Stande[389]).

Ehe jedoch auf denselben hier näher eingegangen wird, mag noch erwähnt werden, daß Maria Theresia im April 1775 aus eigenem Impulse neue Vorschriften für die der orientalischen Akademie zu gebende Einrichtung ertheilte. „mit aller benenung", schrieb sie auf einen Vorschlag Binders zur Besetzung erledigter Freiplätze[390]), „mit „aller benenung wäre noch zurück zu halten, bis nicht ein gantzes aus „diser accademie gemacht wurde, und mögte er binder mit negrep „noch vor seiner abreyse dem gantzen plan ausarbeiten und mir vor- „legen. wir brauchen jährlich einige dolmetsch; wan auch keine vacantz „wäre, kunten selbe indessen zu denen besten, um die praxis zu lehrnen,

„adjungirt werden. ich will keine neue accademie, convict errichten; „es seind nur zu vill hier und wenig frucht. ich will die 14 junge „leüte, die zu disen allein sollen erzohen werden, fundirn, keine kost„geher, wohl aber erlaubt seyn, das particulares ihre Kinder, um „die sprachen zu erlehrnen, wohin wie in die offentliche schullen und „universitætt schicken könen, nicht aber alda essen noch wohnen. Keiner „solle unter die 14 angenohmen werden, der nicht eher die philosophie „zurückgelegt, der gute attestata seiner Sitten und capacitætt mit„bringt, das zu hoffen ist, das er in 2, höchstens 3 jahr kan gutt „emploirt werden. künfftig keinen solle erlaubt sein, wo anderst sich „zu destinirn als zu welchen er erzohen worden. wan selbe kein lust „noch capacitætt darzu hätten, kunten sie*) und sollen mir alle „6 monath die specification heraufgeben, wie sie sich aufführen und „ob einer heraustretten will, damit er seine Zeit nicht umsonst**) „und die kosten von den staatt genossen habe."

Zu dem allgemeinen Studienplane Pergens zurückkehrend, der sich großentheils auch auf die Gymnasien bezog, werden hier wenigstens die Hauptgrundsätze erwähnt werden müssen, auf welche seine Vorschläge gebaut waren. Er stellte deren vornehmlich drei in den Vordergrund; nach dem ersten sollte „ein möglichst vollkommen ausgearbeiteter „Plan durch landesherrliches Ansehen festgestellt werden, welcher in „allen seinen Theilen auf den großen Endzweck gerichtet ist, wahre, „aber zugleich aufgeklärte und zu den Diensten des Vaterlandes so „fähige als willige Christen zu ziehen". Der zweite Grundsatz lautete: „die Aufsicht und Leitung über das Schul- und Erziehungswesen „in ganzer Ausdehnung und über alle Theile desselben muß völlig „und beständig der Staat an sich ziehen". Der dritte aber: „Unterricht „und Erziehung müssen den Händen der Ordensgeistlichen, denen sie „bisher mit Ausnahme der medicinischen Wissenschaften fast aus„schließend anvertraut gewesen, durchaus abgenommen und die Schulen „nur mit weltlichen oder doch weltgeistlichen bewährten Lehrern besetzt „werden."

*) Hier scheinen einige Worte in der Feder der Kaiserin geblieben zu sein.
**) Hier fehlt wohl das Wort: „verliere".

Wer den von dem Grafen Pergen herrührenden Lehrplan durchliest, wird wahrscheinlicher Weise nicht in allen Punkten den Ansichten des Verfassers beistimmen, aber gewiß mit hoher Achtung für ihn erfüllt werden. Auch damals erntete er mit demselben sehr großes Lob. Am werthvollsten für ihn war ohne Zweifel dasjenige, das aus dem Munde des Fürsten Kaunitz kam. Die ebenso mühsame als gründliche Ausarbeitung mache ihrem Autor, ließ der Staatskanzler sich vernehmen, vorzügliche Ehre und sie verdiene, daß ihm hiefür die ganz besondere allerhöchste Zufriedenheit ausgesprochen werde.

Die lebhafte Anerkennung, welche den Vorschlägen Pergens im Allgemeinen zu Theil wurde, verstummte jedoch allmälig, als die einzelnen Punkte in Berathung gezogen wurden, um die Mittel und Wege zu ihrer Durchführung ausfindig zu machen. Mehrere derselben, und vor Allem der Antrag, die Leitung der Mittelschulen dem Ordensclerus zu entziehen, begegneten bald nur mehr ebenso einmüthigem Widerspruche, als früher das Lob des Lehrplanes einmüthig gewesen war. Wenn es Gebler in Zweifel stellte, ob nicht ein der Erziehung der Jugend sich widmender Orden dem Staate wesentliche Vortheile gewähre, so erklärte Stupan die Ausschließung der Jesuiten und Piaristen von allen Schulen, und auf diese beiden Orden komme es ja doch hauptsächlich an, für äußerst gefährlich. Denn wie könne man vernünftiger Weise das beseitigen, was man besitzt, um eine ganz ungewisse Hoffnung auf etwas Unbekanntes zu setzen? Am entschiedensten aber bezeichnete Blümegen die Ausschließung der geistlichen Orden vom Unterrichte der Jugend als eine Unmöglichkeit. Woher solle man die Geldmittel zur Anstellung so vieler weltlicher Lehrer, woher die Räumlichkeiten zur Unterbringung der Lehranstalten nehmen? Die den geistlichen Orden gemachten Vorwürfe seien nicht gerecht, die ihretwegen ausgesprochenen Befürchtungen nicht gegründet. Am besten würde es sein, den verbesserten Lehrplan gerade durch die geistlichen Orden verwirklichen zu lassen.

Günstiger als das Urtheil Stupans und Blümegens lautete dasjenige des Kaisers und des Fürsten Kaunitz über die Ausführbar-

keit der Vorschläge Pergens. Joseph war der Ansicht, man solle mit deren Durchführung in einem der Collegien beginnen, welche zur Erziehung der adeligen Jugend gewidmet waren. Nun erst, am 16. April 1771 erfolgte die Entschließung der Kaiserin. Wie Kaunitz es gewünscht, sprach sie dem Grafen Pergen für seinen rühmlichen Eifer ihr besonderes Wohlgefallen aus. Sie versehe sich von ihm, fuhr sie fort, daß er, um seine Anträge zur Ausführung zu bringen, sich der Ausarbeitung eines abgekürzten Planes unterziehen und dabei die Mittel an die Hand geben werde, wie seine Vorschläge am leichtesten und sichersten verwirklicht werden könnten. Inzwischen möge hiemit in der orientalischen Akademie der Anfang gemacht werden [391]).

Die Antwort, welche Pergen hierauf ertheilte, gereicht seiner Ueberzeugungstreue zur Ehre. Von einer Abänderung in einzelnen Punkten, von einer bloß stückweisen Durchführung seines Planes wollte er nichts hören. Aber er vermochte es darum doch nicht zu erreichen, daß seine Anträge ihrem ganzen Umfange nach die Zustimmung der Kaiserin erhielten. Sie gab ihm zwar ihren Entschluß kund, das bisherige Erziehungs- und Unterrichtssystem zu verbessern und hiebei seinen Plan zu Grunde zu legen. Sie ging auch auf seinen Gedanken der Errichtung eines Schuloberdirectoriums ein und ernannte nicht nur ihn selbst zum Präsidenten desselben, sondern beauftragte ihn auch, ihr die übrigen Mitglieder vorzuschlagen. Aber sie fügte hinzu, und damit war wenigstens in den Augen des Grafen Pergen alles Uebrige fast zu nichte gemacht: der Antrag wegen Besetzung aller Lehrstellen mit Laien oder wenigstens mit Weltgeistlichen habe vor der Hand und bis nach gänzlich zu Stande gebrachter Schuleinrichtung auf sich zu beruhen; erst nach deren Vollendung werde sie ihren Willen kund geben.

Rückhaltslos erklärte nun Pergen, er könne sich ohne Verletzung seines Gewissens und seiner Pflichten unmöglich entschließen, den Vorsitz bei einem Directorium zu übernehmen, das gegen seine Ueberzeugung zu Werke gehen müßte. Höchst strafbar würde er vor Gott und der Kaiserin sich machen, wenn er solches verhehlen wollte. Denn von der

Wer den von dem Grafen Pergen herrührenden Lehrplan durchlieſt, wird wahrſcheinlicher Weiſe nicht in allen Punkten den Anſichten des Verfaſſers beiſtimmen, aber gewiß mit hoher Achtung für ihn erfüllt werden. Auch damals erntete er mit demſelben ſehr großes Lob. Am werthvollſten für ihn war ohne Zweifel dasjenige, das aus dem Munde des Fürſten Kaunitz kam. Die ebenſo mühſame als gründliche Ausarbeitung mache ihrem Autor, ließ der Staatskanzler ſich vernehmen, vorzügliche Ehre und ſie verdiene, daß ihm hiefür die ganz beſondere allerhöchſte Zufriedenheit ausgeſprochen werde.

Die lebhafte Anerkennung, welche den Vorſchlägen Pergens im Allgemeinen zu Theil wurde, verſtummte jedoch allmälig, als die einzelnen Punkte in Berathung gezogen wurden, um die Mittel und Wege zu ihrer Durchführung ausfindig zu machen. Mehrere derſelben, und vor Allem der Antrag, die Leitung der Mittelſchulen dem Ordensclerus zu entziehen, begegneten bald nur mehr ebenſo einmüthigem Widerſpruche, als früher das Lob des Lehrplanes einmüthig geweſen war. Wenn es Gebler in Zweifel ſtellte, ob nicht ein der Erziehung der Jugend ſich widmender Orden dem Staate weſentliche Vortheile gewähre, ſo erklärte Stupan die Ausſchließung der Jeſuiten und Piariſten von allen Schulen, und auf dieſe beiden Orden komme es ja doch hauptſächlich an, für äußerſt gefährlich. Denn wie könne man vernünftiger Weiſe das beſeitigen, was man beſitzt, um eine ganz ungewiſſe Hoffnung auf etwas Unbekanntes zu ſetzen? Am entſchiedenſten aber bezeichnete Blümegen die Ausſchließung der geiſtlichen Orden vom Unterrichte der Jugend als eine Unmöglichkeit. Woher ſolle man die Geldmittel zur Anſtellung ſo vieler weltlicher Lehrer, woher die Räumlichkeiten zur Unterbringung der Lehranſtalten nehmen? Die den geiſtlichen Orden gemachten Vorwürfe ſeien nicht gerecht, die ihretwegen ausgeſprochenen Befürchtungen nicht gegründet. Am beſten würde es ſein, den verbeſſerten Lehrplan gerade durch die geiſtlichen Orden verwirklichen zu laſſen.

Günſtiger als das Urtheil Stupans und Blümegens lautete dasjenige des Kaiſers und des Fürſten Kaunitz über die Ausführbar-

keit der Vorschläge Pergens. Joseph war der Ansicht, man solle mit deren Durchführung in einem der Collegien beginnen, welche zur Erziehung der adeligen Jugend gewidmet waren. Nun erst, am 16. April 1771 erfolgte die Entschließung der Kaiserin. Wie Kaunitz es gewünscht, sprach sie dem Grafen Pergen für seinen rühmlichen Eifer ihr besonderes Wohlgefallen aus. Sie versehe sich von ihm, fuhr sie fort, daß er, um seine Anträge zur Ausführung zu bringen, sich der Ausarbeitung eines abgekürzten Planes unterziehen und dabei die Mittel an die Hand geben werde, wie seine Vorschläge am leichtesten und sichersten verwirklicht werden könnten. Inzwischen möge hiemit in der orientalischen Akademie der Anfang gemacht werden [391]).

Die Antwort, welche Pergen hierauf ertheilte, gereicht seiner Ueberzeugungstreue zur Ehre. Von einer Abänderung in einzelnen Punkten, von einer bloß stückweisen Durchführung seines Planes wollte er nichts hören. Aber er vermochte es darum doch nicht zu erreichen, daß seine Anträge ihrem ganzen Umfange nach die Zustimmung der Kaiserin erhielten. Sie gab ihm zwar ihren Entschluß kund, das bisherige Erziehungs- und Unterrichtssystem zu verbessern und hiebei seinen Plan zu Grunde zu legen. Sie ging auch auf seinen Gedanken der Errichtung eines Schuloberdirectoriums ein und ernannte nicht nur ihn selbst zum Präsidenten desselben, sondern beauftragte ihn auch, ihr die übrigen Mitglieder vorzuschlagen. Aber sie fügte hinzu, und damit war wenigstens in den Augen des Grafen Pergen alles Uebrige fast zu nichte gemacht: der Antrag wegen Besetzung aller Lehrstellen mit Laien oder wenigstens mit Weltgeistlichen habe vor der Hand und bis nach gänzlich zu Stande gebrachter Schuleinrichtung auf sich zu beruhen; erst nach deren Vollendung werde sie ihren Willen kund geben.

Rückhaltslos erklärte nun Pergen, er könne sich ohne Verletzung seines Gewissens und seiner Pflichten unmöglich entschließen, den Vorsitz bei einem Directorium zu übernehmen, das gegen seine Ueberzeugung zu Werke gehen müßte. Höchst strafbar würde er vor Gott und der Kaiserin sich machen, wenn er solches verhehlen wollte. Denn von der

ganzen von ihm vorgeschlagenen Einrichtung sei gar nichts zu erwarten, wenn die besten und wichtigsten Plätze in den Akademien und den Schulen, wenn all die reichen Fonds in den Händen der Ordensgeistlichen blieben [392]).

So wie kein Oberhaupt, so konnten für das neue Schuldirectorium lange Zeit hindurch auch keine auswärtigen Mitglieder gefunden werden. Denn lebhaft hatte Pergen gewünscht, daß in dasselbe neben mehreren Oesterreichern auch Männer berufen würden, welche durch ihre bisherige Stellung mit dem weit vorgeschrittenen Schulwesen in Sachsen, Hannover oder Preußen aufs innigste vertraut wären. Zahlreich waren die Vorschläge, welche in dieser Beziehung gemacht wurden. Ramler, Büsching oder Sulzer in Berlin, Weiße in Leipzig wurden genannt, dann aber Wieland, Meusel, Bahrdt und Riedel besonders in Erwägung gezogen. Obgleich nun Maria Theresia im November 1771 den Antrag des Fürsten Kaunitz genehmigt hatte, daß Riedel, welcher damals als Lehrer der schönen Wissenschaften in Erfurt sich befand, mit einem Gehalte von fünfzehnhundert Gulden nach Wien berufen werde, so änderte sie doch etwa eine Woche später ihren Entschluß. „ich muß ihme avertirn", schrieb sie am 21. Dezember 1771 an Pergen, „das keinen von disen 4 „benannten niemahls gestatten kunte, hieher komen zu lassen, mithin „seinen secretario zu avertirn, und wan schon einen zugeschriben „worden wäre, abzusagen" [393]). Und auf eine neuerliche Eingabe Pergens, in welcher er selbst von der Berufung Wielands, Meusels und Bahrdts abrieth und nur gegen diejenige Riedels keine Einwendungen vorbrachte, schrieb Maria Theresia abermals: „dise 4 seind „gantz auszuschliessen" [394]).

Dadurch wurden jedoch diejenigen, welche für die Anstellung Riedels sich interessirten, und unter ihnen standen Kaunitz und Gebler in vorderster Reihe, noch keineswegs entmuthigt. Riedel war inzwischen persönlich nach Wien gekommen, seine Anstellung zu betreiben. So eifrig gingen ihm seine Gönner hiebei an die Hand, daß er das gewünschte Ziel endlich auch wirklich erreichte.

Inzwiſchen dauerte jedoch der Kampf um den Pergen'ſchen Lehrplan ungeſchwächt fort. Immer wieder behauptete Pergen, ſein Project müſſe entweder vollſtändig angenommen und durchgeführt, oder ganz und gar bei Seite gelegt werden. Er würde Gefahr laufen, die Gnade der Kaiſerin, die Ehre bei dem Publicum, ſeine eigene Gewiſſensruhe zu verlieren, wenn er zur Ausführung einer Halbheit die Hand bieten wollte, von der er ſich günſtige Wirkungen niemals verſprechen dürfe. Blümegen konnte dagegen nicht begreifen, weßhalb Pergen nicht an ſeinem Plane fortarbeiten wolle, wenn er hiebei auch nur allmälig und ſtückweiſe zu Werke gehen müßte. Ein einſtweiliger Verſuch könne der Sache, wenn ſie die ihr geſpendeten Lobpreiſungen wirklich verdiene, unmöglich zum Schaden gereichen. Wolle jedoch Pergen durchaus auf einzelne Verſuche nicht eingehen, dann möge man deſſen Plan lieber vollſtändig fallen laſſen, als einen ſo bedenklichen Schritt thun.

Ein mächtiger Alliirter erwuchs dem Grafen Blümegen an dem Staatsrathe Freiherrn von Kreßl. Er war zwar einverſtanden mit Pergen in der Erkenntniß der jeder Beſchreibung ſpottenden Mängel der beſtehenden Schulverfaſſung. Ja er ſagte von ſich ſelbſt, daß er noch in ſeinem einundzwanzigſten Jahre nicht im Stande geweſen ſei, auch nur den gewöhnlichſten lateiniſchen Schriftſteller zu verſtehen, während doch die ſechs Schuljahre am Gymnaſium zu nichts Anderem als zur Erlernung dieſer Sprache verwendet worden ſeien. Aber er theilte durchaus nicht die Meinung Pergens über die Art und Weiſe, in welcher die unerläßlich gewordene Verbeſſerung ins Werk geſetzt werden ſollte. Er war vielmehr der Anſicht, daß Reformen von ſo großem Umfange ſelten gelängen, wenn man nicht Schritt für Schritt hiezu die nöthigen Vorbereitungen treffe. Er rieth, die alten Schulen in ihrem bisherigen Zuſtande zu belaſſen und nur neue und beſſere neben ihnen zu errichten; dann würden von ſelbſt die erſteren allmälig verlaſſen werden und Alles den letzteren ſich zuwenden. Es ſei jedoch auch nicht unmöglich, daß, um dieß zu vermeiden, die Ordensſchulen von ſelbſt die erforderlichen Verbeſſerungen annehmen würden. Gelänge es ihnen dann die weltlichen Lehranſtalten ſogar zu überflügeln,

so sollten die letzteren nur wieder zu Grunde gehen; es wäre ja der ins Auge gefaßte Zweck mit wenig Unkosten und ohne alles Aufsehen gleichfalls erreicht.

Statt also mit Pergen die Einführung des neuen Schulplanes von der Vorfrage abhängig zu machen, ob alle Schulen künftighin mit weltlichen oder doch mit weltgeistlichen Lehrern versehen werden sollten, wollte Kreßl, daß vorerst weltliche Lehrer vorhanden seien und mit ihnen die Probe gemacht werde, ehe man sich über die Durchführung des Pergen'schen Planes entscheide. Die Heranbildung solcher Lehrer könne am besten durch Vorlesungen über Erziehungskunde an den Universitäten geschehen. Außerdem möge man, zuerst in Wien und in Prag, versuchsweise mit der Anstellung weltlicher Lehrer an den Gymnasien beginnen und es den Eltern vollkommen freistellen, ob sie ihre Kinder in die geistlichen oder die weltlichen Schulen schicken wollten. Nach einigen Jahren werde man sich dann leicht über den Vorrang entscheiden können, welcher den einen oder den anderen zuzuerkennen wäre.

Durch das Gutachten Kreßls wurde Maria Theresia vermocht, die letzten Bedenken fallen zu lassen, durch welche sie bisher abgehalten worden war, sich über den wichtigsten Punkt der Vorschläge Pergens definitiv zu erklären. Vom 15. Jänner 1772 ist ihr Ausspruch datirt, der fast durchgängig auf die Vorschläge Kreßls basirt war. Ohne daß eine Ausschließung der Ordensgeistlichen von dem Unterrichte der Jugend im voraus stattfinde, möge Pergen fortfahren in der Ausarbeitung seines Planes; die Kaiserin beabsichtige dann dessen Befolgung den Jesuiten und den Piaristen anzubefehlen, das Theresianum aber der Leitung eines weltlichen Directors unterzuordnen. Gleichzeitig seien schon jetzt zur Probe und ohne allen Zwang für die Eltern in Wien und in Prag weltliche oder weltgeistliche Lehrer für die unteren Schulen zu bestellen. Endlich hätten der Lehrer der schönen Wissenschaften in Prag und Sonnenfels in Wien öffentliche Vorlesungen über die Erziehungskunde und die Unterrichtsertheilung zu halten, wodurch denjenigen, welche sich dem Lehramte widmen wollten, Gelegenheit gegeben würde, sich hiezu auszubilden.

Durch diese Entscheidung der Kaiserin sah Pergen seine Hoffnungen ein zweites Mal vernichtet. Voll Bestürzung eilte er zu ihr und erbat sich eine Audienz. Theilnahmsvoll hörte Maria Theresia die Ergießungen seiner Trostlosigkeit mit an; ja sie suchte ihn aufzurichten und anzueifern zur Fortsetzung seiner Arbeit. Sie versprach ihm, daß sie, sobald nur das Oberdirectorium errichtet und die Lehrerseminare in Gang seien, dem ersteren die Consolidirung der Normal- und der Realschule anvertrauen und die savoyische Akademie einräumen werde. Erprobe sich da die neue Einrichtung, so werde das Theresianum allsogleich nachfolgen [395]).

Aber all diese Zusagen waren kein Balsam für Pergens tief verwundetes Gemüth. Er erklärte auch jetzt wieder die Errichtung des Oberdirectoriums für ganz unausführbar, wenn Maria Theresia nicht seinen Plan vollständig gutheiße. Da aber hieran nicht zu denken war, so bedurfte es wohl kaum noch der Worte, mit denen kein Geringerer als Joseph über die Vorschläge Pergens, ohne ihre Verdienstlichkeit ganz zu verkennen, dennoch den Stab brach, um ihre Durchführung zu vereiteln. Bemerkenswerth ist es dabei, daß Joseph nicht so sehr auf den Kernpunkt der Frage, die Ersetzung des Ordensclerus durch weltliche Lehrer, als auf die gleichfalls in Vorschlag gebrachte Berufung Fremder, um sich ihres Beistandes zur Umgestaltung des österreichischen Schulwesens zu bedienen, sich einließ. Trotzdem möge das, was der Kaiser am 15. Juli 1772 über diese Frage zu Papier brachte, schon aus dem Grunde hier einen Platz finden, weil es einen werthvollen Beitrag liefert zur Kenntniß seiner eigenen Anschauungen so wie der Zustände, welche damals in Oesterreich herrschten.

„Dieser wichtige Gegenstand der Erziehung", so lauten die Worte des Kaisers, „erfordert Meines Erachtens alle Sorge und Aufmerk„samkeit. Die Bildung der Jugend gibt in das zukünftige dem Staat „die Hoffnung, taugliche Befolger und würdige, ja einsehende Befehls„geber zu überkommen. Niemand wird leider in Abred stellen, daß „beyder Anzahl dergestalten bey uns gebricht, daß die beste Anordnung „nicht zum Vollzug gebracht und die reinesten Absichten vereitelt

„werden. Da man nicht alles selbst thun, wirken, und auf dessen „weitere Befolgung selbstständig sehen kann, so muß man nothwendig „in dem so großen Umfang unserer Monarchie mehrere vertraute, „aber auch geschickte Beihelfer haben. Deren vorhandenen Werth lasse „dahingestellt, daß deren Ersetzung aber im Abgehungsfall ohnmöglich „seye, da gar kein Nachzügel vorhanden ist, läßt sich leicht beweisen; „etwas muß also geschehen. Der Vorschlag des Grafen Pergen (obwolen „Ich ihn nie gelesen) enthielte nach allgemeinen Ruf viel gutes, ja „ähnliches mit denjenigen Landen, wo die Erziehung in dem werk- „thätig besser ist, daß man in selben noch Männer findet und die „öffentlichen Stellen mit selben leicht und tüchtig besetzt werden, derweil „als man hier, im mindesten Fall, in der größten Verlegenheit ist, nicht „in der Auswahl zwischen mehreren Guten des Besten, aber nur in „Antreffung eines Individui, so zu selben Dienst einen Anschein der „Fähigkeit gibt. Ich kann also über diesen Gegenstand, der eine Folge „des Graf Pergischen Vorschlags ist, nichts als dieses wenige erinnern, „daß die Anheroberufung ein oder mehreren Gelehrten, wie hier an- „getragen wird, mir ein sehr nutzbarer, aber sehr zur Unzeit noch „angebrachter Vorschlag scheinet. Vor Allem müssen wir trachten, daß „alle Unterthanen schreiben, lesen und etwas rechnen lernen; dazu „sind alle Gelehrte unnütz. Schulen und die Vermehrung der Saganischen „Lehrart, sammt Bezahlung tüchtiger Meister aus von mir schon „angezeigten fundis, Unterwerfung des geistlichen Unterrichts und deren „wesentliche Verbindung mit dem Besten des Allgemeinen, nach diesem „die Verbesserung aller Grammatical-Lehren und Verminderung der „Latinitäts- unnothwendigen Subtilitäten, hierauf Stipendia für aus- „nehmend geschickte Subjecta cujuscunque classis, welche nach Unter „schied ihres Genie zu Ergründung der ihnen am mehresten einleuchten- „den Wissenschaften auf selbe sich vollkommen zu verwenden die Mittel „erhielten: Waisenhäuser, Fundationen, Collegia, Academien, aus welchen „auf die nemliche Art das ohnnutzbare verbannt und die wahrhaft „fleißige und von sich Hoffnung gebende Jünglinge allein beybehalten „würden, wohl zu verstehen von selben, die nicht um ihr eigenes Geld „darinnen sind, sondern von fundis publicis oder Fundationen erhalten „werden. Auf dieses folgete die Verwendung der jungen Leute nach

„vollendeten Studiis. Die mindere Klasse findet im Handelstand, in „Particulardiensten, endlich im militari, wo die Unteroffiziers nur „gar zu sehr mangeln, ihr Unterkommen, wenn es gebildet ist. Vor „die Cavaliers hat man letzthin schon Vorschläge gemacht, deren „Befolgung doch zu etwas wirken solte. Ueberhaupt aber solte kein „Unterschied in Civilbedienstungen zwischen dem Herrn- und anderen „Stand, so wenig als im geistlichen und Militärstand ist, hinführo „bestehen, all die unterschiedene Bänke aufgehoben werden und das „Senium das Vorrecht nur geben. Nach allen diesen Einrichtungen „wäre es erst Zeit, Gelehrte kommen zu lassen, und ich wünsche daß „der Erfolg dieser meiner Wünsche so geschwind sich erreichet befinde, „daß der hier so zahlreich Beschriebenen nur Einige nur noch beim „Leben sich befindeten. Dieses könnte dann meines Erachtens lediglich „erliegen bleiben, ausgenommen man wolte Einem von Leipzig oder „Halle, der, wenn er eine Einsicht besitzt, gewiß das Nämliche sagen „wird, mehr Glauben beymessen als uns selbst, die wir täglich leider „spüren die Nothwendigkeit einer Veränderung. Wir können oder sollten „unsere Länder, unsere Verfassung, unsere Gebrechen, unsere fundos „wohl besser kennen als jeder noch so einsichtige fremde Gelehrte, der „hieher berufen würde. Was würde daraus entstehen als Unkosten, „nichts Gutes, oder wenigstens daß in einem sehr kleinen Theil dieser „Mann seine Geschicklichkeit mit wenigen Lehrern zeigete, und das „Hauptwerk der National-Erziehung verschlafen würde".

Mit den Worten: „bin völig verstanden" ratifizirte Maria Theresia die in den vorstehenden Zeilen niedergelegten Ansichten ihres Sohnes. Der umfangreiche Actenstoß aber, der über die Vorschläge des Grafen Pergen sich angehäuft hatte, wurde am 26. October 1772 mit der Aufschrift hinterlegt: „Diese sammetliche Acta sind auf „allerhöchsten Befehl reponirt worden [396])."

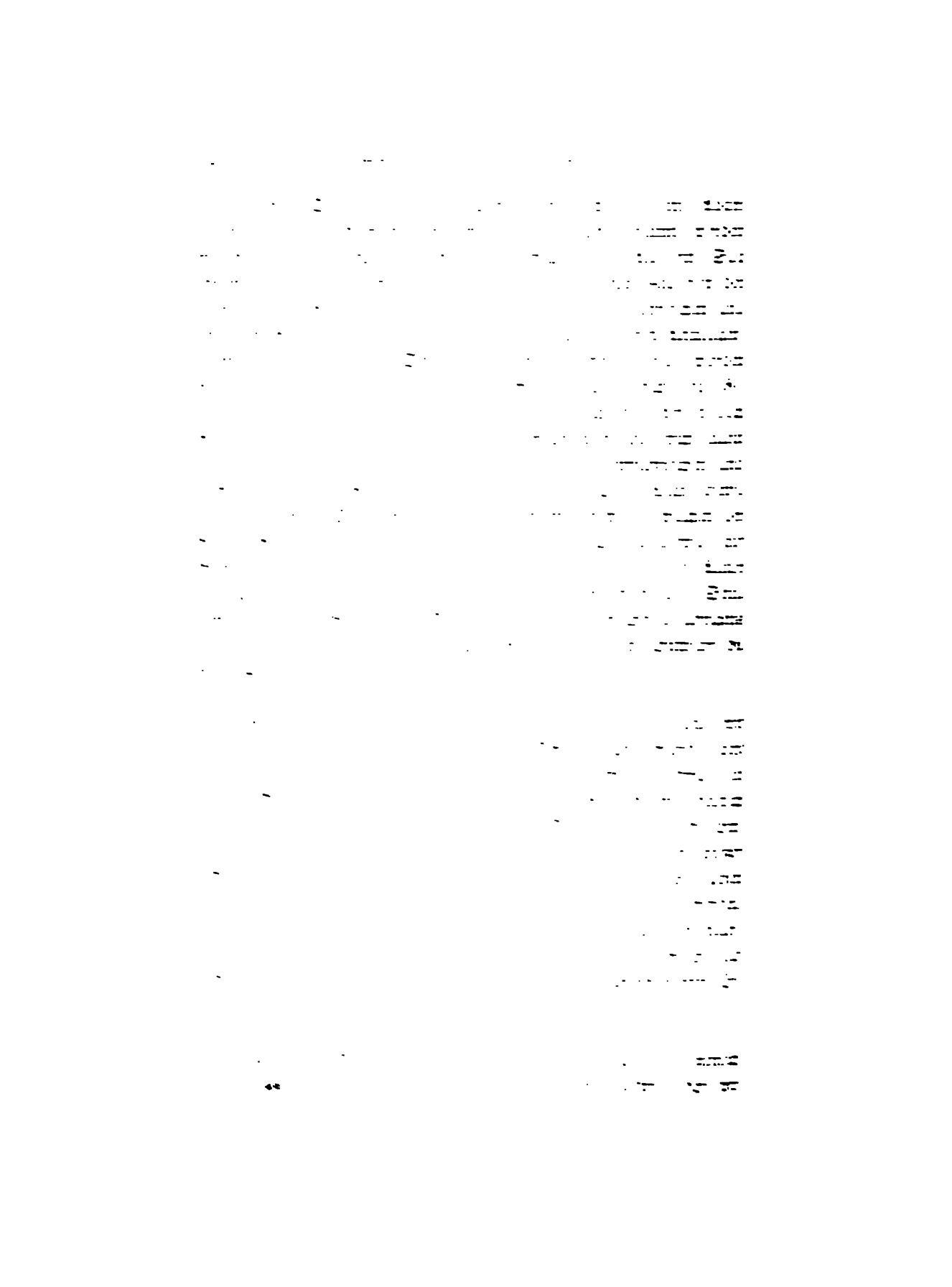
Noch ehe dieß geschah, war Pergen nach Galizien abgesendet worden, um als bevollmächtigter Commissär und Statthalter die Regierung der von Polen abgetrennten Landstriche zu übernehmen. Von dem durch ihn ausgearbeiteten Schulplane war von nun an nicht

mehr die Rede. Aber die Gedanken, die er demselben zu Grunde gelegt hatte, waren mit der Reponirung der Akten nicht gleichfalls schlafen gegangen. Denn das allseitig anerkannte, dringende Bedürfniß einer durchgreifenden Reform des österreichischen Schulwesens war an und für sich schon so ganz unabweisbar, daß neue Vorschläge zur Einführung der durchaus nothwendigen Verbesserungen nicht lang auf sich warten ließen. Durch die in jener Zeit geschehende Aufhebung des Ordens der Jesuiten wurden sie vollends unentbehrlich gemacht. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, legte die Commission, welche zur Berathung der durch Aufhebung der Gesellschaft Jesu verursachten Geschäfte eingesetzt worden war, schon Anfangs Dezember 1773 durch Martini ausgearbeitete Grundzüge zur Entwerfung eines allgemein verbesserten Planes in Studiensachen vor. Glänzendes Lob wurde dieser Arbeit von Allen gespendet, die über sie ein Gutachten abzugeben hatten, und mit Ausnahme eines einzigen unwesentlichen Punktes erhielt sie die Genehmigung der Kaiserin [397]).

Drei Hauptgrundsätze stellte der Lehrplan Martini's als Basis des gesammten Unterrichtswesens auf. Jedem Unterthan müsse nach seinem Stande und Berufe der nöthige Unterricht ertheilt werden. Ueberall seien taugliche Lehrer anzustellen und heranzubilden. Endlich müsse eine gleichförmige, vollständige, practische und dauerhafte Studieneinrichtung getroffen werden. Gleichförmig sollte sie hinsichtlich des gesammten Unterrichtes sein, weil dadurch eine gleiche Denkungsart aller Unterthanen und ein wahrer Nationalgeist wachgerufen werde. Vollständig hatte sie sowohl hinsichtlich der Personen, welche den Unterricht erhielten, als der Sachen zu sein, die gelehrt werden müßten. Sie praktisch zu machen, wollte man durch Verbannung aller noch übrigen Pedanterie und der unnützen, bloß spitzfindigen Streitfragen, durch wirkliche Anwendung und Ausübung der erlernten Grundsätze erreichen. Dauerhaft aber war sie durch einen sicheren und doch mit der genauesten Wirthschaft zu verwaltenden Fond, und durch beständige Beaufsichtigung und Leitung des Schulwesens in allen seinen Abstufungen zu machen [398]).

Es war wohl nichts anderes als die nähere Ausführung des von Martini herrührenden allgemeinen Lehrplanes, wenn der neu berufene Professor Mathias Ignaz von Heß einen solchen für die Gymnasien entwarf. Daß Martini ihn im Mai 1774 bei der Studiencommission überreichte, wird wohl als verläßliches Kennzeichen dienen, daß er mit der Arbeit vollkommen einverstanden war und sie nur als Fortsetzung seiner eigenen ansah. Nach den darin enthaltenen Anträgen sollte die dogmatisch-mechanische Lehrweise, das trockene und geistlose Auswendiglernen einer belebenden und anregenden Methode weichen. Die letztere nannte Heß die „sokratische", und er verstand unter ihr die dialogische Form der Mittheilung und Erörterung beim Unterricht. Mit der gleichzeitig von ihm als nothwendig betonten Individualisirung des Unterrichtes bezeichnete er es als Pflicht des Lehrers, die Natur und die Individualität der Schüler kennen zu lernen und ihnen so viel als möglich die Unterweisung des Einzelnen anzupassen. Was die Lehrgegenstände anging, so wünschte Heß den Unterricht in den classischen Sprachen, welcher bisher den Kernpunkt alles Studiums an den Gymnasien gebildet hatte, erst in die zweite Linie zu stellen. Der Geschichtsunterricht hatte in den Vordergrund zu treten, und außerdem waren Geographie, Physik und Mathematik weniger stiefmütterlich zu behandeln, als es bisher geschehen war. Auf Verbesserung des Unterrichtes in der deutschen Sprache, der an den Jesuitenschulen unglaublich vernachlässigt worden war, legte Heß sehr großen Werth. Insbesondere drang er jedoch auf Beseitigung des bisherigen Unterrichtsmonopols des Ordensclerus und auf freie Concurrenz aller Stände bei Besetzung der Lehrstellen. Doch wollte er die letzteren auch nicht für weltliche Personen ausschließlich in Anspruch nehmen, sondern den Ordensclerus und die ehemaligen Jesuiten nach Maßgabe ihrer Fähigkeit noch fortan verwenden [399]).

Die Haupteinwendung gegen diese Vorschläge bestand ohne Zweifel darin, daß durch ihre Annahme und Durchführung die Gymnasien zu etwas ganz Anderem, als sie bisher gewesen waren und auch noch fortan sein sollten, zu Realschulen gemacht worden wären. Darum sprachen sich auch einsichtsvolle Männer, unter denen der



„nicht bei dem alten Schlendrian werden stehen bleiben, wie uns die „Gegenpartei vorwirft. Die Kinder sollen alles Nöthige hinlänglich „und Latein gewiß lernen."

„Allein ob ich schon nun für die Hauptsache nicht mehr ängstig „zu sein Ursache habe, so fürchte ich mich doch vor dem Hasse, den „Martini und Baron Krösel, der Erste aber weit heftiger, ziemlich „öffentlich gegen mich zeiget."

„Wenn man mir nur Eurer Majestät Gnade nicht entreißt; „alles übrige, Glück, Vermögen und auch mein Leben mag man mir „nehmen. Den Verlust des allergnädigsten Zutrauens, diesen allein „könnte ich nicht verschmerzen. Man wird es versuchen, und vielleicht „auf vielerlei Arten. Eure Majestät allein können mich schützen. „Mein Herz ist redlich. Mit Willen habe ich niemahlen eine Un„wahrheit vor den Allerhöchsten Thron gebracht, und bei aufrichtigstem „Diensteifer gewiß nie eine eigennützige Absicht für mich gehabt. Aus „diesen wenigen aber wahrhaften Rücksichten hoffe ich den Allerhöchsten „Schutz zu verdienen, und unter diesem verachte ich zwar meine Feinde „nicht, aber ich fürchte sie auch nicht" [402]).

Die entscheidenden Beweggründe, durch welche Maria Theresia zur Gutheißung der Vorschläge des P. Gratian Marx vermocht wurde, mögen wohl darin gelegen gewesen sein, daß dieselben mehr als die anderen Entwürfe der bisherigen Einrichtung sich näherten, derzufolge der Unterricht im Latein den Kernpunkt der Gymnasialstudien bildete. Wichtiger noch mag in den Augen der Kaiserin der Umstand gewesen sein, daß die dem Regularclerus angehörenden Priester von den Gymnasien keineswegs ausgeschlossen, sondern daß sie nach wie vor zum Unterrichte an denselben verwendet werden sollten, ja daß er fast einzig und allein in ihren Händen blieb. Und schließlich legte Maria Theresia auf die enge Verbindung der neu errichteten Normalschulen mit den Gymnasien einen sehr hohen Werth. Auch noch in späterer Zeit war auf diesen letzteren Punkt ihr Augenmerk vorzugsweise gerichtet. Als ihr am 11. Mai 1776 die Hofkanzlei hierüber eingehend berichtete, antwortete sie mit eigener Hand:

„bin gantz verstanden und ist höchst an der zeit, was entliches „zu machen. die verbindung der normal schull mit denen gymnasien „und selber mit denen höchern ist ein wahrer nutzlicher grundsatz, doch „nicht also das ein oder anders in der würcklichen ausübung gemischet „werde. das jene, die in die gymnasien komen, attestata von der „normalschulle mitbringen sollen, ist nöthig, die examina aber oder „prüffung beeder vorsteher ein auffenthalt. es wäre nur genau zu „halten, das in keiner schull nicht leicht attestata geben werden als „nach der wahrheit des fleis und talenten, nichts mittelmässiges ge„lobt werde; durch dis hat der grosse van suite hier sein Fach so weit „gebracht. weilen wir da zu ende, und jetzo in Oesterreich verstanden „sind, so ist es höchst nöthig, als ein model es vor die andere länder „zu adaptirn; aus böhmen und mähren höre gar nichts. ob nicht „nutzlich wäre, wan 3 oder 4 von denen dortigen piaristen hieher „beruffen wurden, umb von pater gratian abgerichtet zu werden, da„mit doch künfftiges jahr überall kan angefangen werden? wan die „nachrichten von diesen landen einkomen, selbe gratian zu comunicirn. „wan was vor dise hieher zu schickende junge geistliche zu zahlen wäre, „wurde ich es gern bezahlen“ [103].

Alles in Allem betrachtet, wird man sich übrigens des Sieges, welchen Greiner und Marx über Kreßl, Martini und Heß errangen, nicht freuen können. Ja man wird sich nicht täuschen, wenn man annimmt, daß die Reform des Studienwesens in Oesterreich unter der Regierung der Kaiserin Maria Theresia die Gymnasien am wenigsten in ihren Bereich zog und daher auch auf sie bei weitem nicht die heilsamen Wirkungen hervorbrachte, wie es einerseits bei den Universitäten und andererseits bei den Volksschulen der Fall war.

Wo von den Mittelschulen in Oesterreich die Rede ist, kann schließlich eine Schöpfung der Kaiserin nicht ganz mit Stillschweigen übergangen werden, die Real-Handlungsakademie in Wien. Im Jahre 1770 errichtet, wurde sie fünf Jahre später in dem ehemaligen Profeßhause der Jesuiten bei St. Anna untergebracht. Ihre Bestimmung war, junge Leute, welche das fünfzehnte Lebensjahr schon überschritten

hatten, zur Erlangung von Dienstposten in commerziellen und Fabriksgeschäften vorzubereiten. Die Anstalt, deren Leitung dem Director Johann Georg Wolf anvertraut war, wird von einem Zeitgenossen, dessen Feder nur selten ein anerkennendes Wort spendet, sondern meistens überfließt von bitterem Tadel, die nützlichste genannt, die er in Wien gesehen habe [404]).

[illegible]

[illegible]

[illegible]

dieß der Fall, als ja der Hauptstein des Anstoßes, die Forderung Pergens, den Unterricht der Ordensgeistlichkeit zu entziehen und ihn in die Hände weltlicher Lehrer zu legen, viel weniger für die Volksschulen, bei denen sich ohnedieß weit mehr weltliche Schulmeister als geistliche Lehrer befanden, als für die Gymnasien galt. Ein Gleiches war natürlicher Weise auch hinsichtlich der von Pergen beantragten Berufung fremder Lehrer der Fall. Dennoch verstand es sich gewissermaßen von selbst, daß die schließliche Verwerfung des Pergen'schen Lehrplanes sich auch auf denjenigen Theil desselben erstreckte, der sich auf das Volksschulwesen bezog.

So wie hinsichtlich der Gymnasien, so fehlte es auch in Bezug auf die Volksschulen nicht an Männern, welche die Lücke auszufüllen suchten, die durch den Mangel eines geeigneten Lehrplanes verursacht war. Der niederösterreichische Regierungsrath Franz Karl Hägelin, der von unermüdlichem Eifer für die Hebung des Volksschulwesens beseelt war, hatte schon im Jahre 1770 die Gründung einer Normalschule in Wien durchgesetzt, zu deren erstem Director der wackere Schulmann Joseph Meßmer bestellt wurde, von dem ihr Organisationsplan herrührte; am 2. Jänner 1771 wurde sie im Kurhause bei St. Stephan feierlich eröffnet. Ermuthigt durch die ersten glücklichen Erfolge dieser Normalschule legte Hägelin der Kaiserin in den letzten Monaten des Jahres 1772 den Entwurf eines Lehrplanes für die Volksschulen vor. Die zu lehrenden Kenntnisse theilte er in *unentbehrliche*, in *nützliche* und in *zierliche*, die Schulen aber in *Dorfschulen* und in *Pflanzschulen*; in jedem Kreise sollte eine der letzteren errichtet und die Schule in den Landstädten oder Marktflecken ihnen gleichgestellt werden. In jeder Landeshauptstadt endlich sei eine *Musterschule* zu gründen und an dieser der ganze Umfang der Kenntnisse zu lehren, welche überhaupt in den Volksschulen ihren Platz finden könnten. In den Pflanzschulen wollte Hägelin die unentbehrlichen und die nützlichen, in den Dorfschulen aber bloß die ersteren Kenntnisse gelehrt sehen.

Maria Theresia vernahm über die Vorschläge Hägelins den Grafen Blümegen, welcher dieselben jedoch noch für verfrüht erklärte.

Vorerst solle das Volksschulwesen in Wien in Ordnung gebracht werden, ehe man hieran in allen Ländern gleichzeitig schreite. Die Kaiserin billigte zwar diese Anschauung, aber sie gab dem Vorschlage Blümegens doch eine etwas weitere Ausdehnung. Sie befahl, ihr wegen Einführung von Normalschulen in jedem Kreise Niederösterreichs und wegen Errichtung neuer Dorfschulen in dieser Provinz die nöthigen Anträge zu stellen [406]). Die letzteren wurden auch wirklich genehmigt, doch kann man nicht sagen, daß in dieser Beziehung Erwähnenswerthes geschehen wäre, bis endlich die Aufhebung des Ordens der Jesuiten auch den Gedanken, welche sich auf die Reorganisirung der Volksschulen, insbesondere in ihrer höchsten Kategorie, der Normalschule bezogen, neuen Aufschwung verlieh. Denn einerseits erwartete man in dem mit Beschlag belegten Eigenthum des Ordens die nöthigen Geldmittel zur Bestreitung der Kosten zu finden, welche die Durchführung der beabsichtigten neuen Einrichtungen verursachen würde. Andererseits war vorherzusehen, daß die übergroße, das wirkliche Bedürfniß ziemlich weit übersteigende Anzahl lateinischer Schulen, welche die Jesuiten bisher unterhalten hatten, verringert und nicht wenige derselben in Normalschulen umgewandelt werden würden. Und endlich durfte, wenn man die Verbesserung des Unterrichtswesens überhaupt ins Auge faßte, die Grundlage desselben, die Anfangsschule nicht außer Acht gelassen werden. Gleichzeitig wie P. Gratian Marx für die Gymnasien, arbeitete ein anderer Priester, P. Leonhard Gruber, ein Schützling Pergens, in dessen Hause er den Unterricht der Kinder geleitet hatte, einen neuen Lehrplan für die Volksschulen aus. Aber ehe noch über denselben ein definitiver Beschluß gefaßt worden war, hatte man endlich der wohlbegründeten Ansicht sich nicht länger verschlossen, daß es vorläufig genug sei mit den unablässig auf einander folgenden Planen, und daß es vor Allem einer sicheren und erfahrenen Hand bedürfe, um die Einrichtungen wirklich ins Leben zu rufen, die man benöthigte.

Johann Ignaz Felbiger, Probst zu Sagan in Preußisch-Schlesien, war damals einer der ersten Schulmänner in ganz Deutschland. Für so musterhaft galt der von ihm ausgearbeitete und zur Durchführung

gebrachte Lehrplan, daß es nichts Seltenes war, wenn Männer vom Fache sich nach Sagan begaben, um unter den Augen und der Leitung Felbigers seine Methode zu studiren. Auch in Wien war man lang schon auf ihn und seine Schöpfungen aufmerksam geworden; so hatte man sich, als es im Jahre 1771 um die Einführung neuer Schulbücher und insbesondere eines passenden Katechismus sich handelte, an Felbiger um Ueberlassung des seinigen gewendet. „Aus Eifer für die „Religion und für das Wohl katholischer Unterthanen, sowie aus „augenscheinlicher Liebe zu seiner ehemaligen österreichischen Landes„herrschaft" hatte Felbiger sich mit edler Uneigennützigkeit bereit finden lassen, dem ihm ausgesprochenen Wunsche zu willfahren: nur bat er sich zu seiner Belehrung die Anmerkungen des Wiener erzbischöflichen Ordinariates zu seinem Katechismus aus [107]).

Der saganische Katechismus, die saganische Unterrichtsmethode waren von nun an in Aller Munde, und einer der Lehrer an der Normalschule zu Wien, Namens Felkel, allerdings ein unruhiger Kopf, that sich nicht wenig darauf zu Gute, sie an Ort und Stelle bei Felbiger studirt zu haben [108]). Es erklärt sich somit leicht, daß bei der Bezeichnung der Männer, deren Berufung in das neu zu bildende Schuldirectorium in Vorschlag gebracht wurde, Staatsrath Gebler hervorhob, daß Felbigers Gewinnung als ein besonderes Glück anzusehen wäre. Auch Maria Theresia ging auf diesen Gedanken ein, und sie befahl, ihn näher zu erwägen [109]). Aber vor der Hand kam es noch nicht zu dessen Durchführung, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß Greiner es war, welcher die Kaiserin neuerdings auf die Idee brachte, Felbiger nach Oesterreich zu berufen, um ihm die Organisirung des Volksschulwesens anzuvertrauen oder wenigstens seinen Rath hierüber zu hören.

Anfangs geschah, um leichter die erforderliche Bewilligung des Königs von Preußen zu Felbigers Reise nach Wien zu erwirken, nur der letzteren Absicht Erwähnung. Im Jänner 1774 eröffnete Maria Theresia dem Fürsten Kaunitz ihren Wunsch, den Prälaten von Sagan einige Zeit hindurch in Wien zu besitzen, um ihn über verschiedene

auf das Schulwesen bezügliche Fragen zu Rathe zu ziehen. Um seine Zustimmung zu einem kurzen Aufenthalte Felbigers in Wien angegangen, antwortete Friedrich II., daß er den Abt von Sagan bereits angewiesen habe, in Wien so lange Zeit zu verweilen, als die Kaiserin es zur Erfüllung ihrer lobwürdigen Absicht für nützlich betrachte. Der König wünsche nur noch mehrere Gelegenheiten zu erhalten, sich Ihrer Majestät gefällig erweisen und sie von seiner wahren Freundschaft überzeugen zu können.

„ist recht galante," schrieb Maria Theresia auf den Bericht, den ihr Kaunitz hierüber erstattete, „mögte nichts davon hier melden, „bis er da ist." Obwohl jedoch Felbiger sich mit Freude bereit erklärt hatte, dem an ihn ergangenen ehrenvollen Rufe zu folgen, so verzögerte sich doch seine Ankunft in Wien noch durch einige Monate. Ungeduldig harrte die Kaiserin seiner; sie ließ nichts mehr in Volksschulsachen entscheiden, und auf Anfragen, die sich hierauf bezogen, schrieb sie: „nur dem prelath zu erwarten". Am 1. Mai 1774 kam endlich Felbiger nach Wien und sofort erhielt die Studienhofcommission den Auftrag, ihm alle auf die Normalschule bezüglichen Acten, sowie den Plan Grubers über das Volksschulwesen zur Prüfung zu übergeben. Ueber den letzteren äußerte sich Felbiger im Allgemeinen günstig. Aber er hob doch auch, und gewiß mit Recht hervor, daß ein so umständlicher und sich in philosophischen Betrachtungen ergehender Entwurf nicht leicht als Gesetz kundgemacht werden könne. Bei einem solchen müsse man sich vielmehr nur an das Wesentliche und Allgemeine halten.

Hiemit war denn auch das Schicksal des von Gruber ausgearbeiteten Lehrplanes schon so ziemlich entschieden und an eine Genehmigung desselben von Seite der Kaiserin kaum mehr zu denken. Gleichwohl gab Hägelin, der eifrige Vertheidiger Grubers, dessen Sache noch nicht für verloren, und er fand eine mächtige Verbündete an der Studienhofcommission, welche schon von allem Anfange an Felbigers Schritte, so vorsichtig dieselben auch waren, mit Mißgunst verfolgt hatte. Um den unwillkommenen Fremden bald wieder zu

entfernen, stand der Studienhofcommission kein ausgiebigeres Mittel zu Gebote, als ihr eigenes Gewicht in die Wagschale zu werfen. Sie gebe die Hoffnung auf, berichtete sie der Kaiserin, daß Felbiger gemeinschaftlich mit Gruber das Volksschulwesen in Ordnung bringen werde. Es müsse daher entweder das ganze Werk der Studienhofcommission zur Ausführung nach den Vorschlägen Grubers anheimgegeben und in diesem Falle Felbiger nach Hause entlassen werden. Oder der letztere hätte es allein zu übernehmen; doch dürfe dabei nicht vergessen werden, daß der Abt von Sagan zwar in dem Unterrichte gewöhnlicher Landleute sehr erfahren, hingegen in Bezug auf die weitläufigeren Kenntnisse, deren die gesitteteren Bürger bedürften, ganz ohne System sei.

In keiner Weise entsprach die Antwort der Kaiserin den Erwartungen der Studienhofcommission. So viel Vertrauen sie ihr auch, erklärte Maria Theresia, in Universitätssachen schenke, so gering denke sie von dem, was Gruber in Bezug auf die Normalschulen verstehe. Wohl aber genieße, und zwar in unumschränktem Maße, der Abt von Sagan ihr Zutrauen; ihm sei daher die Normalschule unter Oberleitung der Studienhofcommission vollständig zu übergeben. Und eine erneuerte Vorstellung der letzteren führte ebenfalls zu keinem anderen Resultate, ja die Kaiserin befahl jetzt, Felbiger ohne Vorschrift seine eigenen Wege gehen zu lassen. Auch auf diesem Gebiete, so wie es auf dem der Gymnasien der Fall gewesen war, unterlagen die Matadore der Studienhofcommission, Kreßl und Martini. Eine vertrauliche Mittheilung der Kaiserin an Greiner beseitigt wohl jeden Zweifel hierüber. „bey der heüntigen information, gantz kurtz, die „K. (Kreßeln) gemacht, das saganer citirt worden, ich ihme hier „fixirt, ist er gantz entferbt worden und gewuntschen, ihme weg zu „sehen als ein brouillon, der nichts gemacht, verdorben, was gruber, „der abbée von pergen, gutt gemacht. dis allein vor ihme. ihme „das widerspill kurtz gezeigt, nicht aber glaube persuadirt zu haben [410]).

Auch aus anderen Verfügungen konnte auf einen vollständigen Sieg Felbigers über seine Gegner geschlossen werden. Hägelin verlor

das Referat über das Schulwesen und es wurde in die Hände seines Collegen Gaya gelegt. Greiner aber erhielt binnen Kurzem Sitz und Stimme bei der niederösterreichischen Schulcommission[411]) und so war denn auch jetzt wieder, wie bei den Gymnasien, Alles nach seinen Wünschen und Rathschlägen entschieden, glücklicher Weise mit besserem Erfolge als dort. Denn so wenig Pater Gratian Marx der geeignete Mann war, zur Reform der österreichischen Gymnasien Ersprießliches zu leisten, so Hervorragendes hat Felbiger für die Volksschulen gethan.

Die ersten Früchte der ebenso einsichtsvollen als unermüdlichen Thätigkeit Felbigers traten gar bald an das Licht. Am 1. September 1774 übertrug ihm Maria Theresia „die Einrichtung des deutschen „Schulwesens sowohl in Absicht auf die hiesige Normalschule als die „weitere Verbreitung des Institutes im Lande". Die Abfassung angemessener Schulbücher, die Anwerbung tauglicher Lehrer waren Felbigers erste Sorge. Und schon wenige Monate nach seiner Ankunft in Wien überreichte er der Schulcommission den von ihm ausgearbeiteten Entwurf der allgemeinen Schulordnung für die deutschen Normal-, Haupt- und Trivialschulen in sämmtlichen kaiserlichen und königlichen Erblanden. Am 6. Dezember 1774 erhielt derselbe die Zustimmung der Kaiserin[412]).

Rasch und energisch wurde nun Hand angelegt zur Durchführung der neuen Schulordnung in allen österreichischen Ländern, in welchen Schulcommissionen, aus Staatsbeamten, Geistlichen und Schulmännern gebildet, eingesetzt wurden. Vorerst schritt man an die Gründung von Normalschulen in den Hauptstädten der einzelnen Provinzen; zumeist wurden sie in Gebäuden untergebracht, welche früher den Jesuiten gehört hatten. Besondere Sorgfalt widmete man der Auswahl tüchtiger Directoren, und binnen sehr kurzer Frist konnte man schon an den meisten Orten, an denen Normalschulen errichtet worden waren, ungemein günstige Erfolge verzeichnen.

Für die Hauptschulen wurde zunächst durch die Beseitigung vieler lateinischer Schulen Raum geschaffen, welche theils bei der Aufhebung des Ordens der Jesuiten, theils in den darauf folgenden

Jahren aufgelassen wurden. Nicht allein ehemalige Jesuitengymnasien traf dieses Schicksal, sondern auch solche, die sich in den Händen der Piaristen, Benedictiner, Prämonstratenser und anderer geistlicher Orden befanden. So erbärmlich war nicht selten ihr Zustand, daß der Unterricht an allen vier Classen eines Untergymnasiums hie und da nur von zwei Lehrern, ja manchmal sogar von Einem besorgt wurde. Die Umwandlung eines solchen Gymnasiums in eine Hauptschule, an welcher eine verhältnißmäßig große Anzahl von Kindern den nöthigen Unterricht erhielt, war daher eine Wohlthat, welche freilich von den Betheiligten nicht immer gehörig gewürdigt wurde. Aber auf die Vorstellungen der einzelnen Gemeinden, von denen jede behauptete, durch Aufhebung eines Gymnasiums, das oft nur von sehr wenig Knaben besucht wurde, in ihrer Existenz gefährdet zu sein, wurde glücklicher Weise nur geringe Rücksicht genommen. Auch was die Gründung der Hauptschulen betraf, setzte die Regierung unbeirrt ihren Weg fort, und die heilsamen Wirkungen der von ihr getroffenen Anordnungen ließen nicht lang auf sich warten.

Ein Gleiches war auch hinsichtlich der Verbesserung der schon bestehenden Land- oder Trivialschulen und der Errichtung neuer der Fall. Wie überall ging auch hier Maria Theresia selbst mit dem besten Beispiele voran. Wo sie das Kirchenpatronat besaß, ließ sie neue Schulen erbauen oder widmete entbehrliche Gebäude zu diesem Zwecke. In oder bei ihren Lustschlössern zu Schönbrunn und Hetzendorf, zu Laxenburg und Schloßhof errichtete sie Schulen für die Kinder der niederen Schloßbediensteten; mehrmals besuchte sie selbst diese Schulen, ließ sich die Handschriften der Schüler, die Verzeichnisse der ihnen ertheilten Preise vorlegen, spornte Lehrer und Schüler durch anerkennende Worte sowie durch Geschenke zum Fleiße an und dictirte Strafen für Eltern, welche ihre Kinder der Schule entzogen.

Der Kaiserin zu gefallen, ahmten einzelne Besitzer ausgedehnter Güter ihr Beispiel nach. Ausgiebiger noch war die Wirksamkeit mehrerer Bischöfe: wo sie den Anstoß dazu gaben, entwickelte auch die Geistlichkeit rühmlichen Eifer zur Hebung des Volksschulwesens.

Die ansehnlichsten Resultate wurden jedoch in den Provinzen erreicht, in welchen die Staatsbehörden sich die Förderung der Sache besonders angelegen sein ließen und wo sie hiebei von tüchtigen Schulmännern unterstützt wurden. Als solche werden vor Allen Ferdinand Kindermann, Dechant zu Kaplitz in Böhmen und hierauf Referent bei der böhmischen Schulcommission, dann Ignaz Mehoffer, Director der Normalschule in Brünn, und der Amtsrath Anton Joseph a Sole in Schlesien zu nennen sein. Auf ein von dem letzteren eingereichtes Project, wie das Schulwesen in Schlesien auf einen guten und dauerhaften Fuß gesetzt werden könnte, schrieb Maria Theresia mit eigener Hand:

„aprobire dem wohl verfaßten plan des a sole und sollen ihm „dessenthalben ad personam allein die 400 fl. beständig bleiben, die „er jetzo nur ad tempus genossen. bin auch gantz verstanden mit „denen anordnungen der cantzley. zu teschen aber soll gleich, wie „vorgeschlagen wird, die höchere schull anfangen; die kosten von schull„fond nehmen, können nicht besser als darzu verwendet werden. mir „errinern von zeit zu zeit, was in diser sache geschehen."

Besonderen Eifer, die wohlthätigen Absichten der Kaiserin durchzusetzen, entwickelte auf einem der Sache wenig günstigen Boden der Landrath Graf Emanuel Torres in Görz. Ihm wurde die Freude zu Theil, seine Anträge mit den folgenden Worten der Kaiserin genehmigt zu sehen:

„placet alles was vorgeschlagen wird. weillen mir aber so am „Herzen lieget, das die normalschulle einmahl recht festgesetzt werde, „so will das selbe alsogleich in das alvarezische stifftungshaus versetzt „werde, bis das wegen der aldaigen werdenburgischen stifftung es „ausgemacht werde, was wohl noch trainirn kunte. Dem torres ist „mein wohlgefallen wegen seinen eyffer zu bezeigen, und benene ich „ihme als comissarij zu triest und laibach, wo die sache auch noch „in stocken ist. accordire ihme 1000 fl. extra, umb dise zwey „länder zu besorgen, und verdient er es schon, was bisher gethan" [413]).

Waren in Böhmen, in Mähren, in Schlesien, in Niederösterreich die Erfolge der Anordnungen und Maßregeln zur Hebung des Volksschulwesens wahrhaft erstaunliche zu nennen, so blieben sie in den der Cultur unzugänglicheren Ländern der österreichischen Monarchie, insbesondere in Ungarn und in Galizien sehr weit hinter den Wünschen der Kaiserin zurück. Gleichwohl verfolgte sie auch dort ihre Absicht mit ungeschwächtem Eifer. Unermüdlich wurde sie in diesen Bestrebungen durch Felbiger unterstützt, und so wie es für ihn ein Glück war, daß Maria Theresia seine Pläne und Entwürfe so thatkräftig förderte, so betrachtete sie es als eine günstige Fügung des Schicksals, an Felbiger ein so geeignetes Werkzeug zur Durchführung ihrer heilsamen Absichten gefunden zu haben. Wie immer und gegen Jedermann, so ging sie auch jetzt wieder von dem richtigen Grundsatze aus, daß man dem, der sich des Vertrauens würdig beweise, dasselbe auch im vollsten Maße bezeigen müsse. Und je genauer es ihr bekannt war, daß Felbiger in Wien, und insbesondere in der Studienhofcommission zahlreiche und mächtige Gegner besaß, um so sorgsamer hielt sie ihre schützende Hand über ihn ausgestreckt. Jeden Versuch eines Anderen, sich in den ihm zugewiesenen Wirkungskreis zu drängen, wies sie zurück. Als einmal Felbiger in Ausübung der ihm obliegenden Pflichten für einige Zeit von Wien abwesend sein sollte, erließ Maria Theresia den eigenhändigen Befehl: „wan der „prelath abgehet, der cantzley als commission anzubefehlen, genau „die hand darauff zu halten, das keine änderung auch in's bessere „vorgenohmen werde“ [414]). Und als die niederösterreichische Schulcommission sich bei der Kaiserin beklagte, daß Felbiger sich ihr gegenüber das Ansehen geben wolle, als gebühre ihm einzig und allein alles Verdienst des Aufschwunges, den das Volksschulwesen genommen, antwortete Maria Theresia ebenfalls mit eigener Hand:

„Der prelath als urheber bey denen catholischen Schullen hat „mein biliges vertrauen. seine so grosse gedult, sich hier so lang „dessenthalben auffzuhalten, verdient all mein erkentlichkeit; erwarte „also von der commission eyffer alle Mitwürkung, einmahl zu dem „vollständigen ende zu kommen“ [415]).

Man würde jedoch fehlgehen, wenn man glauben wollte, Maria Theresia habe sich in Allem und Jedem der Ansicht Felbigers blindlings gefügt. Um einen Beweis des Gegentheils zu liefern, wollen wir uns auf ein einziges Beispiel beschränken. Die Kaiserin hegte den Wunsch, dem Katechismus die beweisenden Stellen aus der heiligen Schrift und Beispiele aus der biblischen Geschichte beigefügt zu sehen. Auch sollte derselbe nach ihrer Meinung eine Einleitung erhalten, in welcher die allgemeinen Begriffe von dem Dasein Gottes, von der Offenbarung und der Tradition, von der Echtheit und Glaubwürdigkeit der Bibel auseinandergesetzt wären. Felbiger bestritt diese Ansicht und meinte, daß das, was die Kaiserin wünsche, in das Lesebuch und nicht in den Katechismus gehöre. Maria Theresia gab jedoch seinen Bedenken nur hinsichtlich der Katechisation in der Kirche nach; was den Unterricht in der Schule betraf, verharrte sie bei ihrem Gedanken, indem sie ihm in den folgenden Worten Ausdruck verlieh:

„der katechismus kan zwar, wie ihme dermahlen der cardinal „restringirt hat, gedrukt werden, damit einmahl die gleichförmigkeit „in all meinen ländern eingeführt seye und für die öffentliche christen„lehr nach dem willen deren bischöff von den pfarrern diser gebraucht „werde. vor die schullen aber solle er gleich jetzt so herausgegeben „werden, wie er hier für das lesebuch angetragen wird. diserwegen „erlasse ich an die cantzley mein befehl und wäre dise nota in ori„ginali ihr zu behändigen“ [416]).

Bei dem Vertrauen der Kaiserin zu Felbiger und bei ihrer Zufriedenheit mit seinen Leistungen war es begreiflich, daß sie ihn dauernd in Oesterreich festzuhalten suchte. Denn bisher war er noch immer preußischer Unterthan und von König Friedrich, wenn man so sagen darf, nach Oesterreich nur geliehen. Auch Felbiger selbst scheint lebhaft gewünscht zu haben, in Oesterreich zu bleiben. Hierauf deuten wenigstens die Worte, welche Greiner an Maria Theresia schrieb und die folgender Maßen lauten:

„Heute kam der Abt von Sagan ganz betroffen zu mir und „erzählte mir, daß ihn der Abt von St. Dorothee gestern ganz

„ängstlich gefragt habe, was er sich denn habe zu Schulden kommen „lassen, daß nach der allgemeinen Rede Eure Majestät die größte „Ungnade auf ihn geworfen hätten. Andere, fuhr er fort, hätten „ihm sogar gesagt, daß er von hier ehestens werde abgeschafft werden. „Ich erzählte ihm hierauf im Vertrauen, daß ich von keiner Ungnade, „und vielmehr im Gegentheil wüßte, daß Eure Majestät ihn gern „behalten und ihm vielleicht einen Gehalt von fünf- bis sechstausend „Gulden bestimmen dürften. Da ward der Mann auf einmal roth „bis unter die Augen, zeigte eine solche Freude, daß ich fast sagen „kann, er wußte nicht was er that. So viel, sagte er öfters, so viel „Gnade und eine so große Besoldung hätte ich wohl nie gehofft."

„es ist nicht erlaubt," antwortete hierauf Maria Theresia, „was „alles herum gehet, was man mich denken machet. das komt gewis „von dietrigstein, philip sinzendorf und sein Bruder her, die schon „lang also K. (Kaiser) in ohren liegen. wan er indessen sich ein- „richten will, will ihme die 500 dug. (Dukaten) geben lassen."

Noch war jedoch Greiner mit seinen Mittheilungen über diesen Gegenstand nicht zu Ende. „Es muß," fügte er hinzu, „Jemand „diesen widrigen Ruf mit Fleiß ausgebracht haben, um vielleicht den „Abt zu intimidiren und zu verleiten, daß er mit seinem Könige ein „neues Engagement nehmen und sich also in den Staud setzen möchte, „nicht hier bleiben zu können. Denn die Widersacher wissen wohl, „daß wenn der Abt hier bleibt, die Normalanstalt nicht so leicht zu „zerstören sei, welches sie doch noch immer wünschen" [417]).

„alles dies ist wahr," erwiederte Maria Theresia, und sie mochte in der ihr durch Greiner zugekommenen Mittheilung nur noch ein weiteres Motiv erblicken, die Verhandlungen mit dem Könige von Preußen wegen Erlangung seiner Zustimmung zu dem Verbleiben Felbigers in Oesterreich noch lebhafter zu betreiben. Im Dezember 1777 scheint König Friedrich seine Einwilligung gegeben zu haben. Wenigstens erging am 18. dieses Monates an Blümegen ein Handschreiben der Kaiserin, demzufolge dem Abte Felbiger von nun an die Leitung

des gesammten Normalschulwesens als Oberdirector mit einem Gehalte von jährlich sechstausend Gulden übertragen wurde.

Wenn Felbigers segensreiche Wirksamkeit in Oesterreich und der ganz außerordentliche Nutzen, den die Monarchie aus der Einführung eines geordneten Volksschulwesens und aus seiner Ausdehnung bis an die äußersten Grenzen des Reiches zog, hier in verdienter Weise gewürdigt wurden, so soll doch auch das Tadelnswerthe nicht verschwiegen werden, das in Felbigers Charakter und Verfahren bemerkbar wurde. Schon ist des Vorwurfes Erwähnung geschehen, den man ihm machte, daß er Alles was erreicht worden, nur seiner eigenen Thätigkeit zuschrieb. Denn das ist gewiß: hätte Felbiger bei der Kaiserin selbst nicht so energische Förderung seiner Bestrebungen, hätte er nicht an einer Reihe aufgeklärter und pflichttreuer Männer eine so ausgiebige Unterstützung gefunden, nimmermehr würden auch nur annähernd die glänzenden Ergebnisse erreicht worden sein, die schon nach wenigen Jahren verzeichnet werden konnten. So betrug, um nur ein Beispiel zu erwähnen, drei Jahre nach Erlassung der allgemeinen Schulordnung, im Jahre 1777 die Zahl der Kinder, die in Wien die niederen öffentlichen Schulen besuchten, das dreifache von der, welche im Jahre 1767 nachgewiesen worden war[418]). Wenn jedoch Felbiger all dieß und noch viel Anderes sich zu alleinigem Verdienste anrechnete, so verletzte er hiedurch diejenigen, die hieran nicht viel weniger Antheil hatten als er selbst, auf's Empfindlichste. Aus derselben Quelle stammte es her, daß er Männer, welche mit einer gewissen Selbstständigkeit auftraten, nicht emporkommen lassen wollte, dagegen aber auch Unbedeutende hervorzog, wenn sie ihm nur schmeichelten und Unterwürfigkeit bezeigten. Sogar Greiner, sonst sein eifriger Lobredner, mußte diese Fehler, insbesondere aber manche Eigenmächtigkeit tadeln, die Felbiger sich herausnahm. Einmal riß Greinern die Geduld und er bat die Kaiserin, Felbiger die nöthigen Ausstellungen in einem eigenen Handschreiben zu machen. Maria Theresia aber konnte sich nicht hiezu entschließen. Obwohl sie der Sache nach mit Greiner übereinstimmte, wollte sie doch auch Felbiger nicht durch einen von ihr selbst kommenden Tadel verletzen und ent-

muthigen. „wan er in mein nahmen zum prelath gehete," antwortete sie Greiner, „und ihme dise remarquen sagen mögte, denen völig „beystime" [419]).

Von weit größerer Bedeutung war der Zwiespalt, welcher durch das Project Felbigers, seine Unterrichtsmethode auch auf die Soldatenkinder auszudehnen, herbeigeführt wurde.

Es ist leicht begreiflich, daß das in jener Zeit mit solcher Regsamkeit erwachte Bestreben der Verbesserung und Verbreitung des Volksunterrichtes auch an den meist gänzlich verwahrlosten und daher höchst bedauernswerthen Kindern der Soldaten nicht achtlos vorüberging. Schon das am 1. Juli 1769 erlassene Militärreglement schrieb vor, jeder Regimentscaplan solle wenigstens einmal wochentlich Kinderlehre halten, auf daß die Soldatenkinder nicht wie Unmenschen aufwüchsen. Auch sei in Friedenszeiten ein des Lesens und Schreibens kundiger dienstfreier Mann des Regimentes aufzustellen, der die Soldatenkinder in diesen Fertigkeiten und in der christlichen Religion unterrichte. Dem gegenüber begünstigte jedoch Kaiser Joseph die frühere Uebung, die Soldatenkinder in die Ortsschulen zu schicken. Im October 1772 traf er zunächst für Wien die Einrichtung, die in den Kasernen befindlichen Kinder durch Soldaten in die nächste Schule geleiten und sie von dort wieder abholen zu lassen. Nur die Reiterkaserne in der Leopoldstadt und später auch die in der Josephstadt erhielten eigene Schulen mit je einem Lehrer [420]).

Alsbald fand man jedoch, und gerade in militärischen Kreisen, daß der verbesserte Unterricht nicht allein auf die Soldatenkinder, sondern auch auf die Soldaten selbst, insbesondere auf die jüngeren unter ihnen auszudehnen sei. Die Commandanten einzelner Truppenkörper begannen ihre Soldaten in die Ortsschulen zu senden; andere wieder gingen auf eigene Gefahr mit der Errichtung von Regimentsschulen vor. Endlich griff Maria Theresia, durch Felbiger hiezu veranlaßt, diesen Gedanken ernstlich auf. Der Commandant von Wien, Fürst Karl Liechtenstein erhielt den Befehl, aus allen in der Hauptstadt garnisonirenden Regimentern taugliche Leute auswählen zu lassen.

Nachdem man sie einer vorläufigen Prüfung unterzogen, wurden sechs- unddreißig, welche am besten bestanden hatten, an der Normalschule zu St. Anna von den dortigen Lehrern in einem eigenen Kurse weiter unterrichtet, um sodann den zu errichtenden Soldatenschulen vorstehen zu können. Am 3. August 1780 fand in persönlicher Gegenwart der Kaiserin, ihres Sohnes Maximilian und ihrer Töchter Marianne und Elisabeth die feierliche Prüfung der militärischen Lehramtskandidaten statt. Maria Theresia theilte die Wahrnehmungen, die sie hiebei gemacht, und den Eindruck, welchen ein von den Soldaten gesungenes Lied, das mit den Worten schloß: „O Gott, nimm uns Theresia „nicht", auf sie hervorgebracht hatte, dem Hofrathe von Greiner mit folgenden Zeilen mit: „mir ist leyd, das er nicht da ware; touchant „dise leüte zu sehen, wie gutt alles gemacht. bauer[421]) hat nicht „brillirt; in der mathematic war er anderst; er ist sehr übel daran, „fürchte er stirbt. aber der catechet, übler kann man sich nicht „producirn; habe auff dem gall[422]) gedacht, der es anderst gemacht. „das lied ist touchante"[423]).

Das günstige Ergebniß dieser Prüfung entschied die Kaiserin, das Institut der Soldatenschulen auf die ganze Armee auszudehnen. Felbiger legte einen Plan hiezu vor und Greiner war ganz Feuer und Flamme für die Sache; er erklärte der Kaiserin, für die Möglichkeit der Einführung dieser Schulen mit Ehre und Vermögen einstehen zu wollen. Es galt nun auch die Militärbehörden und vorerst den Fürsten Karl Liechtenstein dafür zu gewinnen. Gegen die Errichtung der Kasernenschulen hatte er bisher keine Einwendung erhoben; ob er sich jedoch die viel weiter gehenden Vorschläge Felbigers werde gefallen lassen, schien noch höchst zweifelhaft zu sein; Maria Theresia hielt daher die äußerste Vorsicht für dringend geboten. „mache er mir also eine resolution, aber süss" schrieb sie an Greiner. Und auch als derselbe ihr den Entwurf eines solchen Handschreibens vorlegte, konnte sie sich noch nicht zu dessen Genehmigung entschließen, sondern sie antwortete:

„ich werde damit noch zurück halten, bis fürst mir sein plan „gibt; er ist sehr jaloux."

Bei all der Rücksicht, welche Maria Theresia auf hervorragende Staatsdiener zu nehmen gewohnt war, ist es doch nicht wahrscheinlich, daß sie so große Scheu getragen hätte, dem Fürsten Liechtenstein einen ihm unwillkommenen, jedoch ihrer eigenen Ueberzeugung entsprechenden Befehl zu ertheilen, wenn sie nicht besorgt hätte, auf ganz anderen Widerstand zu stoßen, den zu besiegen sie sich nicht mehr stark genug fühlte. Es ist schon eine Aeußerung der Kaiserin erwähnt worden, aus welcher hervorgeht, daß es an Männern nicht fehlte, die Joseph gegen Felbiger und seine Bestrebungen einzunehmen suchten. Ganz resultatlos scheinen in der That diese Einflüsterungen nicht gewesen zu sein. So lang übrigens Felbiger seine Thätigkeit auf das Gebiet der bürgerlichen Schulen beschränkte, finden wir nicht, daß Joseph ihm irgendwie hemmend entgegentrat. Anders gestaltete sich die Sache, als er Dinge in den Bereich seiner Wirksamkeit zog, welche nach der Ansicht des Kaisers und seiner militärischen Rathgeber mit dem Kriegswesen in innigem Zusammenhange standen. Man darf sich daher nicht wundern, daß der Hofkriegsrath seine Meinung über die Vorschläge Felbigers in einem für dieselben durchaus ungünstigen Sinne abgab. Gleichwohl ermannte sich Maria Theresia noch zu folgender eigenhändiger Resolution:

„da die normalschullen bey der garnison zu wien mit gutten „erfolg bestehen, so sind solche bey dem militaire in all übrigen „größern stätten, wo mehr militaire ist, einzuführen und mit grund„legung des probst felbinger vorschlag mir dem plan vorzulegen."

Nun erst erhob Joseph seine Stimme gegen die von seiner Mutter bereits getroffene Anordnung. In einem Tone, der eine gewisse Gereiztheit gegen Felbiger und dessen Uebergriffe auf ein ihm fremdes Gebiet nicht verbarg, stellte der Kaiser jene Vorschläge als unpraktisch dar; man sehe aus ihnen, meinte er, daß ihr Verfasser keinen Begriff von der Armee und von dem Verhältnisse der Soldatenkinder zu den Truppenkörpern habe. Ganz unvereinbar seien Felbigers Anträge mit der für das Militärwesen unentbehrlichen Ordnung und Disciplin, sowie mit seiner inneren Verfassung. Man könne nur die

Worte Chriſti auf ſie anwenden: „Verzeih' ihnen, o Herr, denn ſie „wiſſen nicht, was ſie thun!“ [424]).

Ob dieſes harte Urtheil des Kaiſers als ein ausreichend begründetes anzuſehen ſei, oder ob es nur in der bei Militärperſonen ſo häufig anzutreffenden Vorliebe wurzelte, in Dingen, welche mit ihrem Stande in irgend welchem Zuſammenhange ſtehen, ſich allein als urtheilsfähig zu betrachten, mag hier unerörtert bleiben. Gewiß iſt nur, daß durch dieſen verdammenden Ausſpruch Felbigers Project, auch die Soldatenkinder der Wohlthat eines beſſeren Unterrichtes theilhaft werden zu laſſen, der Vernichtung preisgegeben wurde.

Zehntes Capitel.

Wissenschaft und Kunst.

Gewiß ist es ein beschämendes Geständniß, und doch muß es, da es nur der Wahrheit entspricht, abgelegt werden, daß Oesterreich sich niemals als ein besonders günstiger Boden für die Pflege der Wissenschaft erwies. Die Ursache hievon liegt wohl nicht in einer geringeren geistigen Begabung seiner Bewohner, welche, wenigstens insofern es um die deutschen Erbländer sich handelt, hinter derjenigen der Einwohner des außerösterreichischen Deutschland nicht zurückbleibt, ja sie vielleicht sogar übertrifft. Wir müssen das Verschulden wenigstens zum Theile in dem geringen persönlichen Interesse erblicken, welches von Seite Derer, die an der Spitze des Staates sich befanden, wissenschaftlichen Leistungen, und wären sie noch so hervorragender Art, allzeit entgegengebracht wurde. Waren die Träger der Krone schon an und für sich geneigt, nur wirklichem oder vermeintlichem kriegerischem oder staatsmännischem Verdienste ihre Anerkennung zu zollen, so wurden sie in diesem Irrthume durch ihre fast ausschließliche Umgebung, den höheren Adel nur noch bestärkt. Denn ein Gebiet, auf welchem er selbst keine Lorbeern zu pflücken vermochte, da er die hiemit verbundene andauernde und anstrengende Geistesarbeit scheute und ihr auch sonst nicht gewachsen war, mußte der Adel schon von vorneherein und in seinem eigenen Interesse als ein solches darstellen, auf welchem auch die glänzendsten Leistungen keinen Anspruch auf Belohnungen erwarben, wie sie im Feldlager und in der Rathsstube selbst mittelmäßigem Verdienste reichlichst zu Theil wurden. In einem autokratisch regierten Staate geschieht es jedoch nur zu häufig, daß

die Bevölkerung selbst sich die Anschauungen aneignet, von der sie die höchsten Kreise beseelt sieht. Nur so läßt sich die Erscheinung erklären, daß in Oesterreich die Wissenschaft und diejenigen, die mit Erfolg sich ihr widmeten, niemals das Ansehen und die Werthschätzung genossen, die ihnen in anderen civilisirten Ländern zu deren Ruhm und Nutzen so bereitwillig gezollt wurden. Ja es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn man die Behauptung ausspricht, daß es Männern, welche im Staatsdienste standen, in den Augen der Höhergestellten zum Nachtheile gereichte, wenn sie neben ihrer amtlichen auch noch einer literarischen Beschäftigung sich hingaben. Die letztere, statt wie anderwärts zur Auszeichnung zu gereichen und zur Anerkennung zu verhelfen, wurde in Oesterreich als ein erschwerender Umstand betrachtet, und man mußte froh sein, wenn er mit Milde beurtheilt, wenn er nachsichtig verziehen wurde.

Es mag sein daß diese Bemerkungen, deren Richtigkeit wenigstens im Allgemeinen wohl von keiner Seite wird bestritten werden können, nicht in voller Schärfe auf die Regierungszeit der Kaiserin Maria Theresia Anwendung finden, aber viel besser war es auch damals nicht beschaffen. Allerdings fehlte es nicht ganz an Männern in hervorragenden amtlichen Stellungen, die ihre Muße mit literarischen Arbeiten ausfüllten, aber man kann wohl behaupten, daß sie nicht durch sie, sondern trotz derselben emporkamen und eine glänzende Laufbahn zurücklegten. Von Borié, von Binder, von Gebler und von noch manchem Anderen wird dieß gesagt werden können. Und wenn auch Männern, deren Lebensberuf ihnen die Pflege der Wissenschaften vorschrieb, glanzvolle Leistungen auf diesem Gebiete selbstverständlich nur zum Verdienste angerechnet werden konnten, so genügt doch ein Blick auf die Taxirung, wenn man so sagen darf, welche dieselben von Staatswegen erfuhren, um als Maßstab zu dienen für die Beurtheilung des Werthes, den man in den entscheidenden Kreisen ihnen beilegte.

Wie wenig man daselbst ein richtiges Verständniß hiefür besaß, wird klar ersichtlich, wenn man die amtlichen Schriften durchliest, welche sich auf die hie und da geschehene Berufung hervorragender Gelehrter an die Wiener Hochschule beziehen. Um die Kaiserin zu

den hiezu nöthigen materiellen Opfern zu bewegen, wird ihr nicht etwa von dem Werthe der Wissenschaften überhaupt, von der veredelnden Wirkung, welche ihre Pflege auf den Culturzustand der Bevölkerung hervorbringt, und von dem idealen Nutzen derselben gesprochen. In nüchternster Weise rechnet man ihr dagegen vor, daß durch den weitverbreiteten Ruf eines angesehenen Lehrers zahlreiche Schüler aus dem Auslande herbeigezogen, und daß die Summen, welche sie ins Land brächten, Oesterreich zu Gute kommen würden. Und wer sich die Aeußerungen Josephs, in denen er sich für beträchtliche Schmälerung der Gehalte der Universitätsprofessoren ausspricht[425]), ins Gedächtniß zurückruft, der wird zugeben, daß er den Werth der Wissenschaft, die ihren Jüngern gestellte Aufgabe und die den Leistungen derselben zu zollende Anerkennung noch viel falscher beurtheilte als seine Mutter.

Es lag in dem Geiste jener Zeit und in den damals herrschenden Anschauungen, daß man sich die Pflege der Wissenschaften in einem Lande kaum anders als durch Gründung einer hiezu eigens gewidmeten Akademie vorzustellen vermochte. Man weiß, wie oft dieser Gedanke während des vergangenen Jahrhunderts in Oesterreich angeregt wurde und wie er doch niemals zur Ausführung kam[426]). Was Gottsched, durch den zuvorkommenden Empfang, den er im Jahre 1749 bei seiner Anwesenheit in Wien von Seite der Kaiserin gefunden, zu allzu glänzenden Hoffnungen verleitet, in Antrag gebracht, blieb ebenso fruchtlos als die bald darauf durch Haugwitz veranlaßten Vorschläge des Freiherrn Joseph von Petrasch. Mehr als zwanzig Jahre hindurch ruhte nun die Sache, bis endlich die Aufhebung des Ordens der Jesuiten eine neue Anregung zu ihrer Wiederaufnahme gewährte.

Wir wissen nicht, durch welche Betrachtung oder durch welche Person Maria Theresia vermocht wurde, in ihre Entschließung vom 25. Jänner 1774, in der die Grundzüge für die Reorganisirung des Unterrichtswesens vorgezeichnet wurden, die Andeutung aufzunehmen, daß bei der neuen Einrichtung der Studien endlich auch auf die Akademie der Wissenschaften, deren Gründung in Wien eine bereits beschlossene Sache sei, Rücksicht genommen werden solle. Und drei

Monate später, am 4. Mai 1774 erklärte die Kaiserin ausdrücklich, daß sie von der Studienhofcommission den Plan der Akademie der Wissenschaften erwarte. Doch müßten, um sie ins Leben zu rufen, Maßregeln ergriffen werden, ihren Fortbestand zu sichern, auf daß es nicht wie in anderen Ländern geschehe, wo Akademien mit großem Gepränge gestiftet wurden, um bald darauf wieder zu Grunde zu gehen. Denn nichts wünsche sie mehr, als die Wissenschaften nicht zu Triebfedern des Verderbens werden, sondern sie zu wahrem sowohl geistlichem als weltlichem Nutzen gereichen zu sehen [427]).

Die Gesichtspunkte, welche hier die Kaiserin hervorhob, dienten der Studienhofcommission zur Veranlassung, ihr zu erklären, daß sie, um den beabsichtigten Zweck nicht zu verfehlen, sich eine längere Frist zur Erstattung der anbefohlenen Vorschläge ausbitten müsse. „das „hat wohl zeit, ligt mir nicht so an herzen," erwiederte hierauf Maria Theresia, und sie zeigte hiedurch wohl am besten, daß sie persönlich weit geringeren Werth auf die Gründung einer Akademie der Wissenschaften legte, als man aus der von ihr unterschriebenen, aber augenscheinlich von einer anderen Feder entworfenen Resolution zu schließen berechtigt gewesen wäre. Eine zweite und eine dritte Bemerkung der Kaiserin bestätigen diese Vermuthung. Als ihr die Studienhofcommission am 1. August 1774 anzeigte, daß der von dem Professor Ignaz Mathias von Heß entworfene Plan zur Errichtung einer Akademie der Wissenschaften an Hofrath Kollar abgegeben worden sei und ihr nächstens sammt dem von Maximilian Hell bearbeiteten physikalischen und mathematischen Theile einer solchen Akademie werde vorgelegt werden, antwortete sie: „hat gutte weill". Fünf Monate später aber befahl sie die baldigste Erstattung der erforderlichen Vorschläge wegen Errichtung der beabsichtigten Priesterseminarien, deren schleuniges Zustandekommen sie aufs lebhafteste wünschte. Jetzt fügte sie noch die Bemerkung hinzu: „keine accademie oder weltliche „lehrhäuser zu gedencken in kein land, ehe nicht erstere fundirt sind" [428]).

Inzwischen arbeiteten beide Gelehrte, welche sich mit dem Plane r Gründung der Akademie beschäftigt hatten, unermüdlich an dessen

den hiezu nöthigen materiellen Opfern zu bewegen, wird ihr nicht etwa von dem Werthe der Wissenschaften überhaupt, von der veredelnden Wirkung, welche ihre Pflege auf den Culturzustand der Bevölkerung hervorbringt, und von dem idealen Nutzen derselben gesprochen. In nüchternster Weise rechnet man ihr dagegen vor, daß durch den weitverbreiteten Ruf eines angesehenen Lehrers zahlreiche Schüler aus dem Auslande herbeigezogen, und daß die Summen, welche sie ins Land brächten, Oesterreich zu Gute kommen würden. Und wer sich die Aeußerungen Josephs, in denen er sich für beträchtliche Schmälerung der Gehalte der Universitätsprofessoren ausspricht [125]), ins Gedächtniß zurückruft, der wird zugeben, daß er den Werth der Wissenschaft, die ihren Jüngern gestellte Aufgabe und die den Leistungen derselben zu zollende Anerkennung noch viel falscher beurtheilte als seine Mutter.

Es lag in dem Geiste jener Zeit und in den damals herrschenden Anschauungen, daß man sich die Pflege der Wissenschaften in einem Lande kaum anders als durch Gründung einer hiezu eigens gewidmeten Akademie vorzustellen vermochte. Man weiß, wie oft dieser Gedanke während des vergangenen Jahrhunderts in Oesterreich angeregt wurde und wie er doch niemals zur Ausführung kam [126]). Was Gottsched, durch den zuvorkommenden Empfang, den er im Jahre 1749 bei seiner Anwesenheit in Wien von Seite der Kaiserin gefunden, zu allzu glänzenden Hoffnungen verleitet, in Antrag gebracht, blieb ebenso fruchtlos als die bald darauf durch Haugwitz veranlaßten Vorschläge des Freiherrn Joseph von Petrasch. Mehr als zwanzig Jahre hindurch ruhte nun die Sache, bis endlich die Aufhebung des Ordens der Jesuiten eine neue Anregung zu ihrer Wiederaufnahme gewährte.

Wir wissen nicht, durch welche Betrachtung oder durch welche Person Maria Theresia vermocht wurde, in ihre Entschließung vom 25. Jänner 1774, in der die Grundzüge für die Reorganisirung des Unterrichtswesens vorgezeichnet wurden, die Andeutung aufzunehmen, daß bei der neuen Einrichtung der Studien endlich auch auf die Akademie der Wissenschaften, deren Gründung in Wien eine beschlossene Sache sei, Rücksicht genommen werden soll

„geſchehen, ſolle mit denen andern ländern eingeleitet werden, nemblich „von denen armen buchführern und buchbindern ein pauſch quantum „zu erhalten, das ihnen nicht dem gewinn auff ſo weniges herabſetzt „und ein monopolium wider errichten; man ſchreyt ſo wider die „oeconomie comissionen; dis iſt das nembliche. die accademie „hat alſo eher noch wegen fundo, ohne die burger ſo zu drucken, ein „fond ausmachen, nachgehends erſt mir ein ordentlichen plan vorlegen, „wie dise accademie mit frucht und ehre und mit was subjecten „und was objecten tractirn ſolle. abbée hell finde nicht ſtarck „genug; was ſchlechters als andere ſchonn existirende accademieen „lohnte weder deren koſten noch Mühe“ [430]).

Dieſe ablehnende Antwort der Kaiſerin erregte bei der Studienhofcommiſſion große Beſtürzung. Die Mitglieder derſelben überboten ſich in Vorſchlägen, die erforderliche Dotation für die Akademie gleichwohl aufzubringen. Rautenſtrauch wies darauf hin, daß man als Erträgniß des Zeitungsſtempels bereits fünftauſend Gulden in Händen habe, welche zur Beſtreitung der vorbereitenden Maßregeln verwendet werden könnten. Greiner und Störck ſtimmten ihm bei, der Präſident Freiherr von Kreßl war jedoch der entgegengeſetzten Anſicht. Da weder die erforderlichen Geldmittel noch eine hinreichende Anzahl geeigneter Individuen vorhanden wären, um an die Errichtung einer Akademie zu ſchreiten, möge man der Kaiſerin rathen, die Sache einſtweilen auf ſich beruhen zu laſſen.

Aus dem Eifer, mit welchem Maria Thereſia dieſen Gedanken ergriff, wird man wohl ſchließen dürfen, daß ſie innerlich froh war, endlich einmal den ganzen Plan definitiv beſeitigt zu ſehen. „wegen „der accademie“, antwortete ſie mit eigener Hand, „hat allein „Baron Krösel meine intention gegeben, das jahr auff keine mehr „gedencke. keineswegs auch dise 5000 fl. unter dise wenige auszu„theillen wären; disen fond destinire vor was anderes; eheſtens „graff blümegen es erinnern wird“ [431]).

So lang die Kaiſerin noch am Leben war, und auch viele zehnte nachher war von der Gründung einer Akademie der

Wiſſenſchaften nicht mehr die Rede. Es iſt daher auch nicht wahrſcheinlich, daß Joſeph derjenige geweſen ſei, auf deſſen Veranlaſſung Maria Thereſia im Jahre 1774 zum erſten Male von der Errichtung der Akademie als von einer bereits beſchloſſenen Sache ſprach. Hätte der Kaiſer dieſen Gedanken gehegt, ſo würde er wohl, wie es ſonſt ſeine Gewohnheit war, zu Gunſten desſelben ſchon bei ſeiner Mutter gewirkt, gewiß aber ihn nach ihrem Tode zur Ausführung gebracht haben, während er doch nie auch nur das Geringſte in dieſer Richtung unternahm. Gleichwohl fehlte es nicht an Leuten, welche ſchon zu Anfang der Siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts der Ueberzeugung ſich hingaben, der Kaiſer beſchäftige ſich eifrig mit der Abſicht, in Wien eine Akademie der Wiſſenſchaften zu gründen. Der Gedanke einer Berufung Leſſings nach Oeſterreich wurde hiemit in Verbindung gebracht [432]).

Es iſt ſchwer, ſich auch nur annähernd ein richtiges Urtheil über das Stadium zu bilden, bis zu welchem dieß letztere Project gedieh; die greifbare Geſtalt directer Verhandlungen ſcheint es jedoch niemals angenommen zu haben. Allerdings wurde Leſſing, als er im Jahre 1775 in Wien war, nicht nur überhaupt ſehr gefeiert, ſondern auch von der Kaiſerin und dem Kaiſer mit Zuvorkommenheit empfangen. Unter den Fragen, welche Maria Thereſia an ihn richtete, war auch die, wie er mit Wien, mit den öffentlichen Anſtalten in dieſer Stadt, wie er mit dem Theater und den Verdienſten der Wiener Gelehrten um die deutſche Literatur zufrieden ſei? In den allgemein gehaltenen Antworten Leſſings glaubte die Kaiſerin ein ungünſtiges Urtheil desſelben erblicken zu ſollen. Sie meine ihn zu verſtehen, erwiederte ſie ihm; ſie wiſſe wohl, daß es in Oeſterreich mit dem guten Geſchmacke nicht recht vorwärts gehen wolle. Er möge ihr ſagen, woran die Schuld liege, denn ſie habe Alles gethan, was ihre Einſicht und ihre Kraft ihr erlaubten. Aber ſie denke oft, ſie ſei nur eine Frau und als ſolche könne ſie in derlei Dingen nicht viel ausrichten [433]).

Von einem Wunſche, Leſſing dauernd an Wien zu feſſeln und ſchon gar von einem hierauf abzielenden Antrage ſagte jedoch Maria

„geſchehen, ſolle mit denen andern ländern eingeleitet werden, nemblich „von denen armen buchführern und buchbindern ein pauſch quantum „zu erhalten, das ihnen nicht dem gewinn auff ſo weniges herabſetzt „und ein monopolium wider errichten; man ſchreyt ſo wider die „oeconomie comissionen; dis iſt das nembliche. die accademie „hat alſo eher noch wegen fundo, ohne die burger ſo zu drucken, ein „fond ausmachen, nachgehends erſt mir ein ordentlichen plan vorlegen, „wie dise accademie mit frucht und ehre und mit was subjecten „und was objecten tractirn ſolle. abbée hell finde nicht ſtarck „genug; was ſchlechters als andere ſchonn existirende accademieen „lohnte weder deren koſten noch Mühe“ [130]).

Dieſe ablehnende Antwort der Kaiſerin erregte bei der Studienhofcommiſſion große Beſtürzung. Die Mitglieder derſelben überboten ſich in Vorſchlägen, die erforderliche Dotation für die Akademie gleichwohl aufzubringen. Rautenſtrauch wies darauf hin, daß man als Erträgniß des Zeitungsſtempels bereits fünftauſend Gulden in Händen habe, welche zur Beſtreitung der vorbereitenden Maßregeln verwendet werden könnten. Greiner und Störck ſtimmten ihm bei, der Präſident Freiherr von Kreßl war jedoch der entgegengeſetzten Anſicht. Da weder die erforderlichen Geldmittel noch eine hinreichende Anzahl geeigneter Individuen vorhanden wären, um an die Errichtung einer Akademie zu ſchreiten, möge man der Kaiſerin rathen, die Sache einſtweilen auf ſich beruhen zu laſſen.

Aus dem Eifer, mit welchem Maria Thereſia dieſen Gedanken ergriff, wird man wohl ſchließen dürfen, daß ſie innerlich froh war, endlich einmal den ganzen Plan definitiv beſeitigt zu ſehen. „wegen „der accademie“, antwortete ſie mit eigener Hand, „hat allein „Baron Krösel meine intention gegeben, das jahr auff keine mehr „gedencke. keineswegs auch dise 5000 fl. unter dise wenige auszu„theillen wären; disen fond destinire vor was anderes; eheſtens „graff blümegen es erinnern wird“ [131]).

So lang die Kaiſerin noch am Leben war, und auch viele Jahrzehnte nachher war von der Gründung einer Akademie der

Wiſſenſchaften nicht mehr die Rede. Es iſt daher auch nicht wahrſcheinlich, daß Joſeph derjenige geweſen ſei, auf deſſen Veranlaſſung Maria Thereſia im Jahre 1774 zum erſten Male von der Errichtung der Akademie als von einer bereits beſchloſſenen Sache ſprach. Hätte der Kaiſer dieſen Gedanken gehegt, ſo würde er wohl, wie es ſonſt ſeine Gewohnheit war, zu Gunſten desſelben ſchon bei ſeiner Mutter gewirkt, gewiß aber ihn nach ihrem Tode zur Ausführung gebracht haben, während er doch nie auch nur das Geringſte in dieſer Richtung unternahm. Gleichwohl fehlte es nicht an Leuten, welche ſchon zu Anfang der Siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts der Ueberzeugung ſich hingaben, der Kaiſer beſchäftige ſich eifrig mit der Abſicht, in Wien eine Akademie der Wiſſenſchaften zu gründen. Der Gedanke einer Berufung Leſſings nach Oeſterreich wurde hiemit in Verbindung gebracht [432]).

Es iſt ſchwer, ſich auch nur annähernd ein richtiges Urtheil über das Stadium zu bilden, bis zu welchem dieß letztere Project gedieh; die greifbare Geſtalt directer Verhandlungen ſcheint es jedoch niemals angenommen zu haben. Allerdings wurde Leſſing, als er im Jahre 1775 in Wien war, nicht nur überhaupt ſehr gefeiert, ſondern auch von der Kaiſerin und dem Kaiſer mit Zuvorkommenheit empfangen. Unter den Fragen, welche Maria Thereſia an ihn richtete, war auch die, wie er mit Wien, mit den öffentlichen Anſtalten in dieſer Stadt, wie er mit dem Theater und den Verdienſten der Wiener Gelehrten um die deutſche Literatur zufrieden ſei? In den allgemein gehaltenen Antworten Leſſings glaubte die Kaiſerin ein ungünſtiges Urtheil desſelben erblicken zu ſollen. Sie meine ihn zu verſtehen, erwiederte ſie ihm; ſie wiſſe wohl, daß es in Oeſterreich mit dem guten Geſchmacke nicht recht vorwärts gehen wolle. Er möge ihr ſagen, woran die Schuld liege, denn ſie habe Alles gethan, was ihre Einſicht und ihre Kraft ihr erlaubten. Aber ſie denke oft, ſie ſei nur eine Frau und als ſolche könne ſie in derlei Dingen nicht viel ausrichten [433]).

Von einem Wunſche, Leſſing dauernd an Wien zu feſſeln und ſchon gar von einem hierauf abzielenden Antrage ſagte jedoch Maria

Theresia kein Wort. Zu dieser Zurückhaltung mag wohl die an und für sich schon vorhandene Abneigung der Kaiserin vor einer Berufung fremder Gelehrten und Schriftsteller, und schon gar, wenn sie nicht dem katholischen Glauben angehörten, das Meiste beigetragen haben. Aber es kann leicht sein, daß hierauf auch das gespannte Verhältniß Lessings zu Sonnenfels, der trotz allen Ausstellungen, die ihm die Kaiserin machte, und trotz allen Tadels, den er sich nicht selten von ihrer Seite zuzog, bei ihr doch in Gunst stand, nicht ganz ohne Einfluß blieb.

Wenn Maria Theresia zu Lessing von ihren Bemühungen sprach, den guten Geschmack in Oesterreich zu verbessern und zu läutern, so kann sie hiebei wohl nicht viel Anderes als den Schutz ins Auge gefaßt haben, welchen sie den auf das gleiche Ziel gerichteten Bestrebungen Sonnenfels' und einer Anzahl seiner Meinungsgenossen zu Theil werden ließ. Von dem älteren Riegger ins Leben gerufen, trat schon im Jahre 1761 die sogenannte „Deutsche Gesellschaft" in Wien zusammen, mit dem ausgesprochenen Zwecke, die deutsche Literatur in den österreichischen Ländern zu fördern und darauf hinzuwirken, daß man sich im Sprechen größerer Reinheit, im Schreiben eines besseren Styls als bisher befleiße. Zwar löste diese Gesellschaft binnen Kurzem sich wieder auf, aber ihre Mitglieder verfolgten auch später, wenngleich jedes auf eigene Faust, ihren Zweck.

Im Jahre 1762 begründete Christian Gottlob Klemm, bis dahin Corrector in der Trattner'schen Buchdruckerei, die erste Wochenschrift in Wien, welche den Titel „Die Welt" führte und der er bald darauf ein ähnliches Blatt „Der österreichische Patriot" folgen ließ. Herzhaft trat er für das Recht der Muttersprache ein und er geißelte die Gelehrten, welche glaubten, die Wissenschaften könnten nur in der lateinischen Sprache vorgetragen werden[434]). Er bemühte sich außerdem, die besten Producte der deutschen Literatur, insbesondere die Schriften Lessings in Oesterreich zu verbreiten. Endlich schrieb er gleichzeitig mit Franz Heufeld die ersten Originallustspiele für das deutsche Theater in Wien, von denen einige die Runde auch über die außerösterreichischen Bühnen machten[435]).

Klemm wurde jedoch bald durch eine begabtere und schärfere Feder verdrängt. Im Jahre 1766 trat Sonnenfels mit seiner Wochenschrift „Der Mann ohne Vorurtheil" auf. Gewiß wollte auch er den Fortschritt, aber gleichzeitig trachtete er seine dereinstigen Streitgenossen zu vernichten, denn er allein sollte glänzen. Aber freilich, an Präcision des Ausdruckes, an Glätte des Styls, an Schärfe der Dialektik war Sonnenfels seinen Nebenbuhlern weit überlegen. Im Jahre 1767 veröffentlichte er seine „Briefe über die Wienerische Schaubühne", welche überall einen für ihren Verfasser sehr günstigen Eindruck hervorbrachten.

Gewiß war es kein unrichtiger Weg, den man einschlug, indem man den Geschmack der Bevölkerung durch die Verbesserung des deutschen Schauspiels zu läutern sich bemühte. Ueberhaupt trat die Theaterfrage, wenn man so sagen darf, zu jener Zeit gar sehr in den Vordergrund, und sie bildete den Kernpunkt von Bestrebungen, bei denen es sich wohl der Mühe lohnt, einen Augenblick zu verweilen.

Am 11. März 1741, zwei Tage vor Josephs Geburt, hatte Maria Theresia ihre Zustimmung ertheilt, daß dem Unternehmer Karl Joseph Selliers das an die Hofburg anstoßende Ballhaus zur Errichtung eines Theaters eingeräumt werde. Im Jahre 1743 erfolgte eine Erweiterung desselben, und im Jahre 1748 übernahm Freiherr Lo Presti auf eigene Gefahr dessen Leitung. Er war mit derselben jedoch keineswegs glücklich und mußte im Jahre 1752 wegen Geldmangels zurücktreten.

Die finanzielle Lage des Theaters, so ungünstig dieselbe auch schon an und für sich war, wurde noch wesentlich durch eine im Jänner 1752 ergangene Verordnung der Kaiserin verschlechtert, durch welche die Tage festgesetzt wurden, an denen aus religiösen Rücksichten im Theater nicht gespielt werden durfte. Jeden Freitag und Sonnabend, die ganze Fasten- und Adventzeit, die Frohnleichnamswoche hindurch war solches untersagt, so daß die verbotenen Tage fast die Hälfte des ganzen Jahres ausmachten. Ein böses Omen war dieß für die neu eingesetzte Hofdirection, welcher die Kaiserin nun die

Leitung der beiden Theater, des bei der Hofburg und des zweiten beim Kärntnerthor anvertraute; in dem ersteren befand sich das französische, in dem letzteren das deutsche Schauspiel. Graf Franz Esterházy wurde der Director beider Theater, und in der Person des Grafen Jakob Durazzo, eines Genuesen von Geburt, der mit Kaunitz befreundet war, erhielt er einen Gehülfen.

Auch jetzt wieder gestalteten sich die Geldverhältnisse, insbesondere um des beträchtlichen Aufwandes willen, den das französische Theater verursachte, keineswegs günstig. Dringend bat Graf Durazzo im Jahre 1759 um einen ausgiebigeren Zuschuß. Die Kaiserin erwiederte hierauf, daß die Gesammtauslage der beiden Theater sich künftighin nicht höher als auf 150.000 Gulden belaufen dürfe. Was hievon durch die Einnahmen der Theater nicht gedeckt würde, wolle sie aus dem Staatsschatze zuschießen, aber nicht mehr; darum müsse mit äußerster Sparsamkeit vorgegangen werden. Es sei ja gar keine Schande, wenn Jedermann sehe, daß auch am Theater so viel als möglich gespart werde.

Da man jedoch vorhersah, daß man mit der angegebenen Summe das Auslangen nicht werde finden können, ertheilte die Kaiserin den beiden Theatern das Privilegium, öffentliche Bälle und Concerte zu veranstalten; gleichzeitig wies sie ihnen auch den Ertrag der Spielcasse zu. Denn es durften im Theater bei der Burg, so wie in Mailand sogar verbotene Spiele, jedoch nur unter der ausdrücklichen Bedingung gespielt werden, daß dieß blos um bares Geld und nicht durch längere Zeit als während der Dauer der Comödie geschehe. Endlich durften nur jene Personen zum Spiele zugelassen werden, welche das Vorrecht genossen, die Redoute zu betreten. Eine eigene Spielordnung wurde vorgeschrieben, kraft deren zum „Tailliren" nur Kämmerer und Offiziere vom Obersten aufwärts ermächtigt wurden. Jedesmal mußten zehn Ducaten an die Spielcasse entrichtet werden, und diese Abgabe betrug jährlich zwischen fünfzig- und hunderttausend Gulden. So ausgiebig war dieser Zuschuß, daß vom Jahre 1761 angefangen gar keine Beisteuer für die Theater aus

Staatsmitteln in Anſpruch genommen wurde, ja ſogar der Neubau des in dieſem Jahre durch Brand zerſtörten Theaters nächſt dem Kärntnerthore aus der Theatercaſſe beſtritten werden konnte[136]).

Dieſe günſtigen Verhältniſſe dauerten übrigens nicht lang, und ein ſehr harter Schlag traf die Theater, als die Kaiſerin nach dem Tode ihres Gemals die Beobachtung allgemeiner Landestrauer befahl. Erſt nach acht Monaten wurde das Theater nächſt dem Kärntnerthore wieder geöffnet; das Burgtheater, deſſen franzöſiſche Schauſpielgeſellſchaft entlaſſen worden war, ſollte jedoch „aus höheren Rückſichten" durch wenigſtens zwei Jahre geſchloſſen bleiben. In den Kreiſen des Adels entbehrte man aber das franzöſiſche Theater ungemein ſchwer. Als daher der Oberſtlieutenant Giuſeppe d'Affliſio ſich anbot, die Leitung des Burgtheaters zu übernehmen und daſelbſt eine ausgezeichnete franzöſiſche Geſellſchaft und ein ſolches Ballet auftreten zu laſſen, handelte es ſich vor Allem um die Frage, ob er dieſe Leiſtungen auch ohne irgend welchen Zuſchuß von Seite des Hofes oder des Staates zu erfüllen gewillt ſei. Wider eine ſolche Beiſteuer ſprach ſich insbeſondere Joſeph mit ſehr großer Lebhaftigkeit aus. Gleichſam als Gegenleiſtung zu Gunſten des Unternehmers wünſchte er jedoch, daß man ihm die größte Freiheit in Bezug auf die Wahl der darzuſtellenden Stücke, ſo wie der Sprache vergönne, in welcher geſpielt und geſungen werden ſollte[137]).

Wenn nun auch Affliſio auf jeden Zuſchuß aus öffentlichen Geldern verzichten zu wollen erklärte, ſo waren damit wohl die Bedenken Joſephs, aber noch keineswegs diejenigen ſeiner Mutter beſchwichtigt. „Ich bin äußerſt niedergeſchlagen", ſchrieb ſie damals an Kaunitz, über die Angelegenheit des Theaters, „Sie allein können mir helfen. Machen „Sie mir einen Artikel, wie Sie mir vorgeſtern ſagten, daß der Pacht „null und nichtig ſein ſoll, wenn er nicht alle Schicklichkeit ſowohl „hinſichtlich der Schauſpiele als der Perſonen beobachtet, die er dabei „verwendet und für welche er mir gutſtehen muß. Ich hege jedoch „ein anderes Bedenken, welches Sie allein zu beſeitigen vermögen. Es „beſteht darin, daß Sie ſelbſt mir verſprechen, keine dieſer Frauen

„und keines dieser Mädchen weder zu besuchen noch bei sich zu sehen. „Ich bin freilich Ihrer sicher, aber ein solches Beispiel würde die „Anderen ermuthigen, welche weniger honnett sind als Sie. Ich „verlange von Ihnen dieses Opfer für meine Ruhe, und daß Affligio „nie als Director erscheine und niemals dem Kaiser sich nähere; dann „unterschreibe ich, wenn gleich zitternd, den Contract“ [438]).

Am 16. Mai 1767 kam der Vertrag mit Affligio zu Stande; da aber Maria Theresia ihm nur wenig Vertrauen schenkte, so handelte es sich um die Wahl eines Mannes, welcher, wenn nicht die Leitung des Theaters, so doch die Ueberwachung Affligio's und seiner Geschäftsführung auf sich nehmen sollte. Wie tief die Kaiserin bei solchen Dingen in Vorurtheilen befangen war, zeigte sich bei diesem Anlasse ganz deutlich. „Was auch geschehen mag“, schrieb sie an Kaunitz, der sich für diese Angelegenheit sehr interessirte, „so will ich doch nicht, daß „Sie an der Spitze der Theater sich befinden. Einen honnetten Mann „von hier will ich haben, der mich über diese schlechte Brut zu beruhigen „vermöchte. Aber niemals soll dieß unter Ihrem oder Starhembergs „Namen vor sich gehen; diese zwei Namen sind mir zu achtbar und „zu lieb, um sie mit dem Verworfensten zu vermengen, das es in der „Monarchie gibt“ [439]).

Der Hofmusikdirector Graf Sporck wurde bestimmt, den Posten zu übernehmen, für welchen Kaunitz und Starhemberg der Kaiserin zu gut waren. Mit einem Glanze, der in Wien noch nicht gesehen worden, traten das neue französische Schauspiel und die Oper ins Leben, aber nur kurz dauerte die Freude; schon binnen weniger als zwei Jahren waren die Geldverlegenheiten Affligio's und seine Schulden so groß, daß ihm nichts übrig blieb als sich schleunigst von Wien zu entfernen. Als Maria Theresia erfuhr, Affligio beabsichtige sich nach Venedig zu begeben, befahl sie dieß für so lange Zeit zu vereiteln, als Joseph, der sich gerade damals in Italien befand und auch Venedig zu besuchen gedachte, dort anwesend sein werde. Man sieht, daß sie ein Zusammensein des Kaisers mit Affligio durchaus zu verhindern bestrebt war [440]).

Unsägliche Mühe gab sich Kaunitz, die so sehr in Verwirrung gerathenen Angelegenheiten des französischen Theaters wieder in Ordnung zu bringen. Endlich nahm sich, wohl zunächst auf seine Verwendung, ein ungarischer Magnat, Graf Johann Kohary der beiden Theater an. Durch eine Abfindung mit Affliſio trat er in die demselben contractlich zugesicherten Rechte, und ein Kennzeichen, wie sehr ihm die Hebung des Theaterwesens in Wien am Herzen lag, wird wohl darin gefunden werden, daß er seine Wirksamkeit mit der Einsetzung eines artistischen Ausschusses begann, in welchem die Directoren der beiden Theater und Männer von Geschmack Sitz und Stimme haben sollten. Der Hervorragendste unter den Letzteren war Sonnenfels. Aber gleich sein erstes Auftreten konnte, wenigstens insofern dessen Erfolg in Betracht kommt, kein glückliches genannt werden. Am 14. August 1770 veröffentlichte Sonnenfels im Namen des Grafen Kohary eine „Nachricht von der neuen Theaterdirection". Sie beschäftigte sich vorzugsweise mit dem deutschen Schauspiel, und gerade dadurch lud Sonnenfels den Zorn des Fürsten Kaunitz und derer auf sich, welche das französische Theater bevorzugten. Interessirte sich doch Kaunitz so sehr für das letztere, daß eine von ihm selbst dictirte Eingabe Kohary's an die Kaiserin existirt, in welcher sie dringend gebeten wird, den Staatskanzler zum Protector der Theater zu ernennen[441]). Außerdem liegen zahlreiche Schreiben von Kaunitz vor, welche sich auf das Engagement französischer Schauspieler beziehen und an die verschiedensten Personen gerichtet sind. Daher erregten natürlicher Weise ganz besonders die Stellen, in denen Sonnenfels von dem Gegensatze der deutschen und der fremden Bühne in einem für die letztere nicht gerade günstigen Sinne sprach, während er für die erstere gleichfalls die Aufführung Noverre'scher Ballette in Aussicht stellte, den Ingrimm des Staatskanzlers.

In dem Augenblicke, in welchem Kaunitz auf dem Punkte stand, sich von Austerlitz nach Neustadt zur Zusammenkunft des Kaisers mit dem Könige von Preußen zu begeben, in einer Zeit also, in der man hätte glauben sollen, daß er von ganz anderen Gedanken vollständig in Anspruch genommen gewesen wäre, schrieb er über die von Sonnen-

fels verfaßte Kundgebung einen ausführlichen Brief an Kohary[442]. Er machte es ihm zu bitterem Vorwurfe, daß er, ohne sich zuvor seiner Zustimmung versichert zu haben, eine Schrift veröffentlicht habe, die ganz so unbesonnen sei, wie ihr Autor es zu sein pflege, wenn er nicht durch verständigere und urtheilsfähigere Personen, als er selbst, geleitet und in Schranken gehalten werde.

Unbarmherzig zergliedert nun Kaunitz die Schrift, welche er das schöne Product der Beredsamkeit des Herrn von Sonnenfels nennt. Als ein Gewebe nutzloser, böswilliger und nachtheiliger Behauptungen bezeichnet er sie. Dem Grafen Kohary aber erklärt er, er werde Niemand verhehlen, ganz ohne Schuld an dieser Albernheit zu sein. Und wenn unter seiner Direction auch nur ein einzigesmal wieder eine solche Eigenmächtigkeit vorkomme, werde er ihn einfach im Stiche lassen und sich nicht weiter um ihn kümmern[443].

An der Gereiztheit des Tones, welchen Kaunitz anschlug, kann man wohl sehen, wie viel ihm an der Beibehaltung des französischen Theaters in Wien und an dessen Aufschwung gelegen war. Aber so groß auch die Macht des Staatskanzlers in Oesterreich sein mochte, manchmal mußte er sich doch darein finden, daß die Verhältnisse stärker waren als er und nicht Alles nach seinem Willen geschah. Gar bald konnte er inne werden, daß er mit seinem Begehren, einige Geschmacksgenossen im höheren Adel etwa abgerechnet, so ziemlich allein stand. Die Kaiserin, durch und durch deutsch gesinnt und den französischen Schauspielern wegen der Leichtfertigkeit ihrer Sitten ohnedieß abhold, der Kaiser, der sich ebenfalls weit mehr für den Aufschwung des deutschen Schauspiels als für die französische Comödie interessirte, die gebildeten Classen des Publicums endlich, die keineswegs unberührt blieben von dem frischeren Geiste, der die ganze deutsche Literatur durchdrang, sie alle zeigten stets abnehmende Theilnahme für das französische Theater. Dasselbe wurde immer weniger besucht, und endlich zwang das Mißverhältniß zwischen den Einnahmen und den Ausgaben den Grafen Kohary zu der Bitte an den Kaiser, welchem Maria Theresia die Entscheidung aller Angelegenheiten, die sich auf die Theater bezogen, ausschließlich anheim gegeben hatte, die französischen Schau-

spieler entlassen zu dürfen. Joseph stimmte zu, und am 29. Februar 1772 fand ihre letzte Vorstellung in Wien statt.

Kaunitz war durch all diese Ereignisse mit tiefem Unmuthe erfüllt worden. Seine Briefe an Kohary[444]) athmen eine Bitterkeit des Tones, der man in den sonst so maßvollen Kundgebungen des erfahrenen Staatsmannes fast niemals begegnet. Noch griff er, um den Geldverlegenheiten des Theaterunternehmers ein Ende zu machen, zu dem Mittel einer Subscription in den Kreisen des höheren Adels, und er wollte daß Maria Theresia und Joseph sich, wenn schon nicht öffentlich, so doch insgeheim an die Spitze stellen sollten. Aber er empfing hierauf als Antwort von der Kaiserin die folgende Mittheilung über ein Gespräch mit ihrem Sohne:

„Meine Unterhandlung ist mißlungen, und ich möchte niemals „aus eigener Macht über das hinweggehen, was man mir einwendete. „Darin ist man so weit gegangen, zu sagen, daß man nicht wüßte, „wie man noch vor dem Publicum sich zeigen und reden könnte, daß „man von diesem Augenblicke den Fuß nicht mehr ins Theater setzen „würde, daß ich ihm diese Leitung übergeben hätte, und wie er glaube „zu verdienen, daß ich sie ihm auch noch ferner belasse, ohne die „Dinge zu verwirren. Er bat endlich, sprach sehr gut, mit Kraft, „ohne übrigens den Respect aus den Augen zu verlieren, aber ich „gestehe, daß ich auf so viel Widerstand nicht gefaßt war. Anscheinend „haben wir uns als gute Freunde getrennt. Ich gestehe daß ich Mühe „genug hatte, meine Bewegung nicht zu zeigen. Ich will noch einmal „auf die Sache zurückkommen, aber ich hoffe nichts mehr für sie; ich „thue es nur, um nicht allsogleich nachzugeben. Ich rathe, wenn man „die französische Comödie beibehalten will und kann, die Subscription „eifrig zu betreiben, denn wenn ich mich an ihr nicht öffentlich be- „theiligen kann, so werde ich es niemals insgeheim thun. Ich habe „zwei Zeugen zu meinem Gespräche berufen, die mich wacker unter- „stützten, aber Alles blieb fruchtlos[445]).

Man wird sich wohl nicht täuschen, wenn man annimmt, daß Maria Theresia mehr aus Rücksicht auf Kaunitz als aus Interesse

für die Sache, für die sie sich persönlich nicht im Geringsten erwärmte, bei dem Kaiser für sie eintrat. Aber von dem Letzteren war nichts zu erreichen, und so fiel denn das französische Theater in Wien seinem Schicksale anheim. Als endlich dessen Auflösung zu einer vollendeten Thatsache geworden war, sehen wir den Fürsten Kaunitz eifrig beschäftigt, den entlassenen Schauspielern anderswo, insbesondere in einer der italienischen Hauptstädte Unterhalt zu verschaffen. Ja er gab noch immer die Hoffnung nicht auf, sie bald wieder nach Wien zurückkehren zu sehen. In Briefen des Staatskanzlers an Mitglieder der französischen Schauspielgesellschaft wird die Wahrscheinlichkeit betont, daß im Jahre 1773 eine solche wieder in Wien sich zusammenfinde [446]). Und als diese Erwartung nicht in Erfüllung ging, verfaßte Kaunitz im Jahre 1775 eine Denkschrift, in welcher er die Wiedereinführung des französischen Schauspiels in Wien dringend empfahl. Als den hauptsächlichsten Beweggrund hiefür gab er an, daß das französische Theater das erste der Welt sei, und auch das deutsche Nationaltheater, welches jetzt bessere Wege eingeschlagen habe als zuvor, noch weit lebhafteren Aufschwung nehmen werde, wenn es nach jenem sich bilde [447]).

Allerdings verschwieg Kaunitz auch nicht, daß insbesondere die Mitglieder der vornehmen Gesellschaft die Rückkehr der französischen Schauspieler aufs lebhafteste wünschten. Aber weder die eine noch die andere Betrachtung vermochte seinem angelegentlichen Begehren Gewährung zu verschaffen. Hiedurch wahrscheinlicher Weise verletzt, scheint er von nun an die Angelegenheiten des Theaters viel geringerer Aufmerksamkeit gewürdigt zu haben als zuvor. Aber man kann nicht sagen, daß es um deßwillen schlechter bestellt gewesen wäre um sie. Die Leitung des Grafen Koharry konnte sich allerdings nicht lang mehr halten, aber im Jahre 1776 wurde der deutschen Schauspielgesellschaft das Burgtheater eingeräumt, dessen Gründung daher von jenem Zeitpunkte angefangen wohl mit Recht datirt werden darf. Das deutsche Schauspiel sollte von nun an unter der alleinigen Leitung des Hofes stehen: das Burgtheater wurde zum Nationaltheater erklärt und nahm als solches, durch Josephs lebhafte Theilnahme ermuthigt, einen

wung, den man kurz vorher noch in keiner Weise geahnt hatte.

Nach der Schärfe des Conflictes, der sich in den Angelegenheiten des Theaters zwischen Kaunitz und Sonnenfels ergab, sollte man nicht glauben, daß diese beiden Männer zwar auf einem anderen, aber doch verwandten Gebiete einmüthig und friedfertig zusammenwirkten.

Man kann nicht sagen, daß Maria Theresia während ihrer ersten Regierungszeit der von ihrem Vater, dem Kaiser Karl VI. im Jahre 1725 wiederbegründeten Maler-, Bildhauer- und Baukunst-Akademie besondere Beachtung zugewendet hätte. Als van Swieten im Jahre 1745 nach Wien kam, mußte die Akademie die Localitäten räumen, welche sie seit einigen Jahren in nächster Nähe der Hofbibliothek innegehabt hatte, weil sie zu van Swietens Wohnung gemacht wurden. Längere Zeit hindurch blieb nun die Akademie obdachlos, bis man endlich den Bitten ihres greisen Directors van Schüppen nachgab und sie im Jahre 1748 in dem Hofstallgebäude vor dem Burgthore unterbrachte. Welchen Sinn und welches Verständniß man für die Aufgaben der Kunstakademie besaß, mag daraus hervorgehen, daß man dem hochbetagten Director den Hofvergolder und Spaliermaler Ferdinand Astorffer als Vicedirector beigab und ihm sogar Anwartschaft auf die Directorstelle verlieh. Ein energischer Protest van Schüppens, welchem sämmtliche Mitglieder der Akademie sich anschlossen, vereitelte jedoch noch rechtzeitig die Ausführung dieser Absicht. Als van Schüppen im Jahre 1751 starb, wurde ein alle drei Jahre wechselndes Rectorat eingeführt. Die Männer, welche zunächst die Wahl traf, die Maler Michael Unterberger und Paul Troger waren ohne Zweifel wackere Künstler und der ihnen an der Akademie zu Theil gewordenen Stellung gewachsen. Dennoch machte sich das Bedürfniß, die Akademie der Leitung eines ständigen Directors unterzuordnen, immer lebhafter geltend. Der vortheilhaft bekannte Porträtmaler Martin von Meytens erhielt im Jahre 1759 diesen Posten.

So günstige Erwartungen man nun auch davon hegte, daß ein tüchtiger Künstler bleibend zur Leitung der Akademie berufen worden war, so kann man doch nicht sagen, sie seien in Erfüllung gegangen. Auch die schon im Jahre 1756 verfügte Unterbringung der Akademie

[illegible] Überzeugung in Wien, [illegible] im Jahre 1770 durch, mit Lebhaftigkeit [illegible] der Akademie nothwendig [illegible] vor der Akademie selbst, [illegible] gefährlichen Gegner [illegible]

[illegible] Sonnenfels, Sohn eines [illegible] lange [illegible] Unterricht [illegible] gewidmet. Zu [illegible] im Jahre 1762 [illegible] zurück, [illegible] Zeichnung einer Zeichen- [illegible] Einrichtung [illegible] Lehrer neuerdings [illegible], und [illegible] Lehrer [illegible] Zeichnen [illegible] Schüler [illegible] Sonnenfels [illegible] Jahre [illegible] Schule [illegible] Akademie [illegible] Schule [illegible] Akademie [illegible] Schule [illegible] Schule [illegible]

[illegible] Jahre [illegible] Schule [illegible] Jahre [illegible] Schule [illegible] Akademie [illegible] Schule [illegible] Schule [illegible] Schule

diese Stelle auf, und Kaunitz rühmte, sein Ansuchen unterstützend, der Kaiserin gegenüber hauptsächlich seine kleineren Schriften, indem in ihnen nebst der zierlichen Schreibart auch ein feiner Geschmack und ein glücklicher Schwung des Geistes sich zeigten. Seit einiger Zeit gebe er aus eigenem Antriebe und mit besonderem Eifer der Bemühung zur Erlangung theoretischer Kenntnisse in der Maler- und Bildhauerkunst sich hin. Sonnenfels erhielt, und zwar im Jänner 1769 die gewünschte Stelle. Gleichzeitig wurde ihm bedeutet, daß sich die Kaiserin von seiner bekannten „Geschicklichkeit, Einsicht, Genie und „Anwendung" im voraus viel Gutes für die Akademie verspreche.

Das überraschende Emporblühen dieser Anstalt brachte übrigens der älteren Maler-Akademie viel Schaden. Je mehr Schüler der ersteren zuströmten, um so ärger wurde die zweite vernachlässigt. Immer dringender machte das Bedürfniß einer Aenderung sich geltend, und in den Tagen, in denen es mit Meytens zu Ende ging, trat der kunstsinnige Director des physikalisch-mathematischen Cabinetes, Abbé Marcy, einer der Lieblinge des verstorbenen Kaisers Franz und daher auch bei Maria Theresia in hoher Gunst, mit einem Plane hervor, der die Vereinigung sämmtlicher Kunstschulen in Wien zum Gegenstande hatte. Als solche waren außer den beiden Akademien auch noch die Manufactur- und die Graveurschule anzusehen. Maria Theresia forderte den Fürsten Kaunitz zu einem Gutachten über die Anträge Marcy's auf, und am 25. März 1770, zwei Tage nach dem Tode des Akademie-Directors Meytens wurde es erstattet.

In hohem Grade beachtenswerth ist diese Schrift des Fürsten Kaunitz; er leitet sie mit einer Darstellung des Nutzens der Künste für den Staat ein. Unter Berufung auf das Beispiel Frankreichs unter Ludwig XIV. stellt er die Behauptung auf, daß die großen Künstler Poussin, Lebrun, Girardin, Mansard und Andere dem Staate dauerndere Vortheile gebracht hätten als alle großen Feldherren wie Condé, Turenne, Vauban zusammengenommen. Durch die Letzteren ohne die Ersteren würde Frankreich wegen seiner durch die Kriege verursachten unerschwinglichen Schuldenlast verarmt sein, während es

auf dem Gebiete der Kunst und des Geschmackes die Gebieterin aller übrigen Völker geworden sei. In den österreichischen Ländern gleichwie in dem größten Theile Deutschlands besäßen die Einwohner mehr Fleiß als natürliche Anlagen, und die letzteren seien mehr auf die mechanischen als auf die schönen und freien Künste gerichtet. Daher seien die österreichischen Künstler im Copiren und Nachahmen sehr geschickt, aber selbstständig Neues zu ersinnen und zu schaffen, dazu fehle es ihnen an Erfindungskraft. Die Ursache dieses Mangels an Originalität erkennt Kaunitz in der unzureichenden Bildung und Schulung der Künstler. Durch die Errichtung der älteren Akademien sei zwar viel Gutes, aber nichts Ganzes und Vollkommenes gethan worden. Die Vereinigung der bestehenden Kunstanstalten werde die Scheelsucht unter ihnen beseitigen und an ihre Stelle heilsamen Wetteifer setzen. Indem daher Kaunitz die Anträge Marcy's gutheißt, geht er noch viel weiter als Jener. Er denkt an eine Akademie, die den theoretischen Theil der Kunst mit dem praktischen Kunstunterrichte in sich vereinigen und den Titel einer Akademie der schönen Wissenschaften und Künste führen sollte.

Es fand sich zwar Niemand, der dem Plane des Fürsten Kaunitz entgegengetreten wäre; derselbe wurde vielmehr allseitig gebilligt. Aber an seine Verwirklichung wagte man darum doch nicht zu schreiten; die Ausdehnung der gestellten Anträge und die Kosten, welche dadurch verursacht worden wären, mochten sie vereiteln. Trotz seiner ausdrücklichen Genehmigung durch die Kaiserin[450]) kam der Plan des Fürsten Kaunitz nicht zur Ausführung; endlich brachte ein neuer Entwurf, der von dem aus Wien gebürtigen, damals in Rom lebenden trefflichen Porträtmaler Anton Maron herrührte, die Sache wieder in Fluß. Die Vereinigung der beiden Akademien wurde beschlossen und Kaunitz als Protector der einen hiezu auch bei der anderen und älteren Anstalt ernannt. Auf Marons Vorschläge gestützt, legte er nun neue Anträge zur Organisirung der Akademie vor, und Maria Theresia gte ihrer Genehmigung die Worte hinzu: „erwarte nun den eintzigen zutten effect von der einsicht und aufsicht des fürsten, deme in llem gerne secundirn werde".

Im Jänner 1773 war die Vereinigung der Akademien in eine einzige Anstalt vollzogen; Graf Joseph Kaunitz sollte als Stellvertreter seines Vaters das Präsidium in den Rathsversammlungen führen. Und gerade so wie der Staatskanzler vom Protector der Kupferstecher-Akademie der des nun vereinigten Institutes geworden war, so vollzog sich der gleiche Prozeß bei Sonnenfels als Secretär. Die Leitung der einzelnen Abtheilungen der Akademie wurde von den bisherigen Directoren der früheren Schulen fortgeführt. Sperges, der Rathgeber des Fürsten Kaunitz in Kunstangelegenheiten, der wissenschaftlich gebildete Birkenstock, mit Sonnenfels verschwägert, endlich der kunstbegeisterte Paul Anton Gundel, dessen gestiftete Preise noch heut zu Tage alljährlich vertheilt werden, sie waren die bemerkenswerthesten Mitglieder des akademischen Rathes, welche dem Kreise der Kunstfreunde und nicht dem der Künstler angehörten. Noch im Jahre 1773 entstand die Bibliothek der Akademie, und bald darauf unternahm die Letztere die Herausgabe der Kunstgeschichte von Winckelmann, freilich in einer Weise, die vieles zu wünschen übrig ließ[451]).

Wir thun wohl der Kaiserin nicht Unrecht, wenn wir dasjenige, was unter ihrer Regierung zur Hebung des Kunstsinnes im Allgemeinen und insbesondere für die neu gegründete Akademie der bildenden Künste geschah, nicht so sehr ihrem Interesse für die Kunst, welches an und für sich nicht groß war, als ihrer Willfährigkeit für Alles zuschreiben, was Kaunitz wünschte und ihr vorschlug. Etwas mehr Eifer als Maria Theresia zeigte Joseph für die Kunst, und auf seine Anregung scheint es geschehen zu sein, daß die kaiserliche Gemäldegalerie in den Jahren 1776 und 1777 aus der Stallburg, wo sie sich bis dahin befand, in das Belvedere übertragen wurde. Der Kunsthändler und Kupferstecher Christian von Mechel wurde von Basel nach Wien berufen, die neue Einrichtung der Gallerie zu organisiren. Wie sehr übrigens Maria Theresia in allen diesen Dingen ihrem Sohne und Kaunitz freie Hand ließ, dafür findet sich in einem kurzen Billet, das sie an den Letzteren schrieb, ein bezeichnender Beleg. „Mechel geht in diesem Augenblicke von mir", so lautet dasselbe, „er „kam sich für meine Großmuth zu bedanken. Sie werden mir sagen,

„was an der Sache ist und ob Sie ihm irgend eine Summe, und „welche gegeben haben?“ [452]).

Charakteristisch ist auch die Correspondenz, welche zwischen der Kaiserin und dem Hofrathe von Greiner wegen des Ankaufes von Bildern, die derselbe noch von seinem Vater her besaß, für die kaiserliche Gemäldegalerie stattfand. Mit der eigenthümlichen Erklärung, daß ihm an „Mahlereyen“ gar nichts gelegen und er vielmehr sehr zufrieden sei, sie an Mann bringen zu können, verband Greiner die Anzeige, daß man nach einer Mittheilung Mechels ihm die Bilder abkaufen wolle, und die Anfrage an die Kaiserin, wie er sich in dieser Sache benehmen solle.

„bin ihme obligirt“, antwortete hierauf Maria Theresia, „sich „zu mir zu wenden, wan er in was anstehet; das vertrauen ist meine „recompens. ich bin völig mit ihme verstanden, das er ganz glatt „mechtel declarire, das er sich auf ihme allein verlasset, was sie „werth sind, wären sonst nicht feil; wan sie aber dem K. (Kaiser) an„ständig, mit dausend freüden; er möchte also alles ihme über sich „zu nehmen überlassen. ich repondire nicht ob sie genohmen werden, „ob ein biliger preis davor wird angetragen werden, und ob es nicht „eine probirung seye, dan jetzo kan man vor nichts gutt stehen. wan „er von Zeit zu Zeit was neues vernimbt, mögte er es mir comuni„cirn; ich mus aber in nichts erscheinen, auch nicht bey mechel. Kaunitz „sucht auch bilder, vielleicht ist er es.“

Der Aufforderung der Kaiserin nachkommend, berichtete ihr Greiner über den ferneren Verlauf dieser Angelegenheit. Er theilte ihr mit, daß Mechel die Bilder bald zu erhalten wünsche, indem die Zimmer, in denen sie aufgehängt werden sollten, ihrer Vollendung entgegengingen. Mechel habe hinzugefügt, der Kaiser glaube, seine Mutter würde die Sache mit Greiner ins Reine bringen, worauf Letzterer erwiederte, daß seines Wissens die Kaiserin sich nicht in diese Angelegenheit zu mischen gedenke. Den Preis für die Bilder, für welche sein Vater nach den noch vorhandenen Kauflisten dereinst viertausend zweihundert Gulden bezahlt habe, setze er mit zweitausend Gulden

gewiß sehr mäßig fest. Absichtlich thue er das, denn er wünsche, daß der Hof mit dem Ankaufe seiner Bilder ein gutes Geschäft mache. Eher als das Gegentheil zu thun, würde er sie zerschneiden.

„von all disen weis nichts und werde auch nichts wissen", entgegnete hierauf Maria Theresia; „seine gedenkensarth ist ganz „schönn, mit uns aber mus man niemahls dem generosen machen, „man bleibt sitzen."

Unter den gegebenen Verhältnissen mußte Greiner es wie eine Demüthigung empfinden, als ihm die Botschaft zukam, wenn die acht Bilder, welche Mechel gewählt, um fünfzehnhundert Gulden feil wären, würden sie für die kaiserliche Galerie gekauft werden. Allsogleich erwiederte Greiner, dem Hofe stünden die Bilder um jeden Preis zu Befehl, und sie wurden nun auch in die Galerie übertragen. Maria Theresia aber beantwortete Greiners Mittheilung über diesen Vorgang mit folgenden Worten:

„ich habe die confusion vorgesehen, darumen mich nicht darein „mengen wollen; ihme selbst es gesagt, das er es zu wohlfeil gibt; „kein Dank jemahls davor haben wird. ich kenne meine leüt; vor „die 2000 f. bin ich Schuldner; werde weiters mit ihme reden" [453]).

Wenn nun auch Maria Theresia, wie aus all dem bisher Gesagten wohl deutlich genug hervorgeht, sich persönlich für Wissenschaft und Kunst nur sehr wenig interessirte, so wird doch bereitwillig zugegeben sein, daß sie auf deren Aufschwung in Oesterreich mindestens mittelbar gewaltigen Einfluß übte. Denn die ungemein rege Thätigkeit, die sie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens entwickelte, vor Allem aber die Zusammenfassung der früher so heterogenen Bestandtheile der Monarchie in einen einzigen festgegliederten Staat, und endlich der Zauber der ebenso mächtigen als gewinnenden Persönlichkeit der Kaiserin selbst und der glorreichen Ueberwindung all der Hemmnisse, welche sich ihr seit dem Augenblicke ihrer Thronbesteigung in den Weg gestellt hatten, all das konnte nicht verfehlen, ihre Unterthanen mit größerem Selbstgefühl als bisher, mit gerechtem Stolze auf ihre

Kaiserin und auf ihr Vaterland zu erfüllen. Die schönen Worte, die freilich erst etwa ein halbes Jahrhundert später geschrieben wurden:

„Auf, gemeiniges Oesterreich!
Vermärts, thu's den Andern gleich"

waren schon zu der Zeit, als Maria Thersia noch auf dem Throne saß, und vielleicht mehr als je früher oder später zur Devise der Oesterreicher geworden. Auch auf dem Gebiete des geistigen Schaffens diente ihnen dieses Gefühl, das sie aufs lebhafteste durchdrang, zu befruchtender Anregung, die ohne Zweifel in erster Linie der Kaiserin verdankt werden muß.

Selbstverständlich kann es uns nicht in den Sinn kommen, hier all die Männer namentlich aufzählen zu wollen, welche während der langen Regierungszeit der Kaiserin auf dem Felde der Wissenschaft und der Kunst sich irgendwie hervorthaten. Aber die beabsichtigte Schilderung der damaligen Zustände würde doch allzu unvollständig bleiben, wenn nicht der Männer, welche um Wissenschaft und Kunst sich ganz besondere Verdienste erwarben, insofern sie nicht im Laufe dieser Darstellung schon genannt wurden, wenigstens im Vorbeigehen Erwähnung geschähe. So kann vor Allem die Thätigkeit nicht völlig ignorirt werden, welche auf dem Gebiete der österreichischen Geschichtsforschung und Geschichtschreibung sich entwickelte: zum Theile ragt sie noch in die Zeit Karls VI. hinein. Den großen geistlichen Corporationen und insbesondere den Benedictinerstiftern gebührt unleugbar das Verdienst, daß in ihren Kreisen und von ihren Mitgliedern die Geschichte am eifrigsten und erfolgreichsten gepflegt wurde. Der Abt des Benedictinerstiftes Göttweih in Niederösterreich, Gottfried Bessel, Herausgeber des Prodromus des berühmten Chronicon Gottvicense, dann die Brüder Bernhard und Hieronymus Pez, gleichfalls dem Benedictinerorden, und zwar dem niederösterreichischen Stifte Melk angehörig, müssen hiebei in erster Linie genannt werden. Ein anderer Benedictiner, Marquard Herrgott, Mitglied des Stiftes St. Blasien im Schwarzwalde, schrieb seine hervorragenden Werke über das Haus Oesterreich, welche an dem Fürstabte des gleichen Stiftes, Martin Gerbert von Hornau einen so berufenen Fortsetzer fanden.

Während die historischen Studien und Arbeiten in solcher Weise in den deutschösterreichischen Ländern emporblühten, lagen sie auch in Ungarn nicht brach. Der Jesuit Georg Pray that sich dort als unermüdlicher Sammler besonders hervor, und Stephan Katona, gleichfalls Jesuit, eiferte ihm erfolgreich nach. Ein dritter Jesuit endlich, der Steiermärker Erasmus Frölich, der Lehrer des noch größeren Eckhel, muß vor Allen genannt werden, wenn es um die historischen Hülfswissenschaften, insbesondere um die Münzkunde sich handelt.

Den passendsten Uebergang zu den schönen Wissenschaften bietet ohne Zweifel der Jesuit Johann Michael Denis dar. Obgleich auch Verfasser mehrerer bibliographischer Werke, wurde er doch nicht durch diese, sondern durch seine poetischen Schriften allgemein bekannt. Insbesondere war es seine Uebersetzung der Gedichte Ossians, welche großes Aufsehen erregte. Ihr folgten unter dem Titel: „Die Lieder Sineds des Barden" seine eigenen Gedichte, von denen viele die Verherrlichung der Kaiserin Maria Theresia und ihres Sohnes Joseph zum Gegenstande haben. In dem gleichen Sinne wie Denis schrieben und dichteten die Jesuiten Karl Mastalier und Lorenz Leopold Haschka, welch letzterer in späterer Zeit die österreichische Volkshymne schrieb. Und auf dem Felde der dramatischen Dichtkunst nahm Cornelius von Ayrenhoff, der im Kriegsdienste stand, 1776 zum Obersten und im Jahre 1794 zum Feldmarschall-Lieutenant ernannt wurde, einen ehrenvollen Platz ein.

Es mag eine Meinungsverschiedenheit darüber obwalten, ob Pietro Metastasio ein österreichischer Dichter genannt werden kann oder nicht. Aber das läßt sich nicht bestreiten, daß er, im Jahre 1698 in Rom geboren und 1729 auf Empfehlung des kaiserlichen Hofmusikgrafen Fürsten Ludwig Pio[454]) als Hofpoet nach Wien berufen, sich seit seiner Ankunft im Juli 1730 bis zu seinem im Jahre 1782 erfolgten Tode, also durch mehr als fünfzig Jahre in Oesterreich aufhielt. Seine Stellung brachte es mit sich, daß er insbesondere während der Regierungszeit Karls VI., als noch das fremdländische

Weſen am Wiener Hofe ungleich mehr Boden als ſpäter beſaß, in fortwährender Verbindung mit den einflußreichſten Perſonen, ja ſogar mit den Gliedern der kaiſerlichen Familie ſtand. So beſtellten im Auguſt 1735 die beiden Erzherzoginnen Maria Thereſia und Marianne zum Geburtstage ihres Vaters ein Feſtſpiel: „Le grazie vendicate“, das ſie in der Favorita, dem heutigen Thereſianum, aufführen wollten. Mit Entzücken äußert ſich Metaſtaſio in einem vertraulichen Briefe an ſeinen Bruder über die Erzherzoginnen, mit denen er bei den Proben ſeines Stückes in vielfachen Verkehr kam. Und als dasſelbe endlich zur Aufführung gelangte, ſpricht Metaſtaſio nicht nur voll Lobeserhebungen von dem erreichten Erfolge, ſondern auch voll inniger Rührung von den Beweiſen perſönlicher Güte und Liebenswürdigkeit, mit denen ihn die Erzherzoginnen überhäuften. So groß war die Anhänglichkeit an Maria Thereſia, welche hiedurch und durch ihre ſpäteren Gunſtbezeugungen in dem Gemüthe Metaſtaſio's großgezogen wurde, daß er jeden Ruf zur Rückkehr nach ſeiner Heimat, ſo verlockend derſelbe auch an und für ſich ſein mochte, zurückwies [455]).

Von dieſen Beweiſen ihrer Huld, mit denen Maria Thereſia ihren Hofpoeten beehrte, wollen wir nur wenige hervorheben. Der eine beſtand in einem überaus herzlichen Briefe, den ſie an Metaſtaſio richtete, nachdem er zur zweiten Vermählung ihres Sohnes Joſeph eine komiſche Cantate, „Il Parnaso confuso“, gedichtet hatte, welche am 24. Jänner 1765 [456]) mit Muſik von Gluck von den Erherzoginnen Eliſabeth, Amalie, Joſepha und Caroline in Schönbrunn vorgetragen wurde. Und dritthalb Jahre ſpäter, am 19. Auguſt 1767, als Metaſtaſio ihre Wiedergeneſung durch ein ſchönes Gedicht gefeiert hatte, ließ ihn Maria Thereſia zu ſich rufen, dankte ihm in herzgewinnender Weiſe und übergab ihm eine mit ihrem Bildniſſe in Brillanten geſchmückte Doſe von ſeltenem Kunſtwerthe. In einem Handſchreiben endlich, das ſie im Jahre 1776, nach Ueberreichung eines Gedichtes auf Schönbrunn an ihn richtete, nannte ihn die Kaiſerin mit etwas überſchwänglichen Worten nicht nur den Stolz ſeines Jahrhunderts, ſondern mehr noch derjenigen, deren Dienſt er ſich gewidmet [457]).

Es begreift sich leicht, daß Kundgebungen solcher Art Metastasio's Herz unauflöslich an Maria Theresia fesselten. Nichts glich daher dem Schmerze, den er, der zweiundachtzigjährige Greis, bei ihrem Hinscheiden empfand. In einem Briefe an seinen Bruder nennt er den Tod der Kaiserin einen Schlag, der stumm macht, aber nicht beredt. Sein hohes Alter habe ihn vor der Besorgniß geschützt, noch Zeuge dieses Trauerspieles zu sein; darum habe er nie daran gedacht, sich auf dasselbe vorzubereiten. „Seit mehr als fünfzig Jahren daran ge„wöhnt, mich von einer so unvergleichlichen Monarchin, welche unserem „Jahrhundert ihren Namen gegeben, beschützt, fortwährend mit Beifall „belohnt und mit Wohlthaten überhäuft zu sehen, kann ich mich noch „nicht darein finden, ihrer beraubt zu sein" [458]).

Mit keinem anderen Namen wurde derjenige Metastasio's so oft zusammen genannt als mit dem des Tondichters Christoph Gluck. Der Sohn eines im Dienste österreichischer Adelsfamilien stehenden Forstmannes, war Gluck zwar in der Oberpfalz geboren, brachte jedoch seine ganze Jugendzeit in Böhmen zu, wo er auch seine musikalische Ausbildung erhielt; 1736 kam er nach Wien, wo er bei Fux und Caldara studirte. Durch den Fürsten Melzi nach Mailand gerufen, trat er dort im Jahre 1741 mit der von Metastasio gedichteten Oper „Artaxerxes" zum ersten Male auf die Bühne. Rasch folgte diesem Werke, das sich viel Beifall errang, eine Reihe von Opern, von denen nicht wenige gleichfalls von Metastasio verfaßt waren. Immer weiter verbreitete sich sein Ruf, und derselbe war schon ein wohl befestigter zu nennen, als Gluck sich im Jahre 1750 in Wien vermälte und ein Jahr später bleibend hier niederließ. Im Jahre 1754 zum Capellmeister der Oper ernannt, schrieb er rastlos für die Feste des Hofes, für die einheimische Bühne und für die fremden Theater. Es war daher natürlich, daß er gleich Metastasio nicht selten mit der Kaiserin und ihrer Familie in Berührung kam, ja die Gelegenheiten hiezu mochten bei ihm noch viel häufigere sein, indem man am Hofe ungemein musikliebend war. Die schönen Werke „Orpheus und Eurydice", „Alceste", „Paris und Helena" folgten nun bald auf einander. Den Höhepunkt seines Ruhmes erreichte jedoch

Gluck, als im Jahre 1774 seine Oper „Iphigenie in Aulis" in Paris zur Aufführung kam und dort enthusiastischen Beifall fand. Von nun an theilte sich Gluck gewissermaßen zwischen Wien und Paris. Von der Kaiserin zum Kammermusikus mit einem Gehalte von zweitausend Gulden ernannt, versah sie ihn gegen ihre sonstige Gewohnheit mit einem Empfehlungsschreiben für Paris[459]), wo Gluck von der Königin Marie Antoinette gleichzeitig eine Pension von sechstausend Franken erhielt.

Man erinnert sich des ungeheuren Aufsehens, welches der Vorfall erregte, als die Königin von Frankreich am Abend des 13. Jänner 1775 in der Pariser Oper der Aufführung von Glucks „Iphigenie" beiwohnte. Bei den huldigenden Versen, die darin für Marie Antoinette vorkamen, brach das ganze Publicum in so frenetischen Beifall aus, daß niemals Aehnliches erlebt worden war. Die Grazie, mit welcher die Königin für diese Beweise der allgemeinen Bewunderung dankte, steigerte den Enthusiasmus nur noch mehr[460]). Schon ehe sich dieß zutrug, war Maria Theresia auf den Gedanken gerathen, zur Feier der Anwesenheit ihres Sohnes Ferdinand und seiner Gemalin in Wien Glucks „Iphigenie" von den französischen Sängern aufführen zu lassen. Da sie auch ihren Sohn Joseph hiemit überraschen wollte, wurde über die Sache nur insgeheim verhandelt[461]). An der Schwierigkeit, die hervorragendsten Mitglieder der französischen Oper längere Zeit hindurch in Paris zu entbehren, und an den überaus großen Kosten, welche ihre Reise nach Wien und ihr Aufenthalt daselbst verursacht hätten, scheiterte jedoch dieses Project, auf welches Maria Theresia aus eigenem Antriebe sehr bald verzichtete[462]). Gleichwohl wurde binnen kurzem, und zwar Anfangs October 1775 eine komische Oper von Gluck, „La Cythère assiégée", auf dem Schönbrunner Schloßtheater gegeben[463]) und es scheint, daß sie der Kaiserin zum Vergnügen gereichte. Eine Stelle in einem Briefe der Königin von Frankreich an ihre Mutter deutet wenigstens darauf hin[464]).

Nachdem Gluck im Mai 1779 mit seiner neuen Oper „Iphigenie auf Tauris" in Paris einen wo möglich noch glänzenderen

Triumph gefeiert, als er früher errungen hatte, kehrte er nach Wien zurück, auszuruhen auf seinen Lorbeern und den von ihm gesammelten Reichthümern. Sieben Jahre hindurch wurde ihm dieses Glück zu Theil; am 17. November 1787 verschied er[465]).

Die äußeren Verhältnisse brachten es mit sich, daß Glucks jüngerer und noch weit größerer Zeitgenoß Joseph Haydn mit der Kaiserin viel weniger in Berührung kam, als es mit Gluck der Fall war. Im Jahre 1732 zu Rohrau in Niederösterreich geboren, zeigte der kleine Haydn schon frühzeitig ein ganz außerordentliches musikalisches Talent. Auch er trat, wie Gluck, in Beziehungen zu Metastasio, wenn sie gleich völlig verschiedener Natur von denjenigen waren, in denen Gluck zu dem Verfasser einer Reihe seiner Opern stand. Haydn bewohnte als mittelloser Jüngling ein Dachstübchen in dem Michaelerhause am Kohlmarkte in Wien, wo auch Metastasio wohnte. Aus den unabläßigen Uebungen des jungen Musikers erkannte Metastasio dessen seltene Tüchtigkeit, und er wählte ihn, dem Fräulein Marianne Martinez, das er in der Musik ausbilden ließ, Gesangsunterricht zu ertheilen. Nach und nach wurde Haydn bekannter und erhielt für seine Lehrstunden bessere Bezahlung, bis er endlich im Jahre 1759 bei einem Grafen Morzin, und ein Jahr später bei dem kunstliebenden Fürsten Nikolaus Esterházy als Capellmeister angestellt wurde, ein Posten, den er durch dreißig Jahre bis zum Tode des Fürsten ununterbrochen bekleidete.

Man weiß wie gern Maria Theresia, insbesondere so lang ihr Gemal noch lebte, die Mitglieder der vornehmsten Adelsgeschlechter auf ihren Besitzungen besuchte, wenn nur dieselben nicht allzu weit von Wien entfernt waren. In ihren späteren Jahren kam sie freilich immer mehr davon zurück und die Wohnsitze ihrer Tochter Marie, Preßburg und Schloßhof bildeten fast nur mehr die einzigen Zielpunkte ihrer Ausflüge. Gleichwohl entschloß sie sich, einen solchen in den ersten Septembertagen des Jahres 1773 nach Esterházy zu unternehmen. „Ich gestehe," schrieb sie ihrer Tochter Marie Antoinette, „diese Vergnügungspartie kostet mich ein sehr großes Opfer; ich bin

„zu derlei Dingen nicht mehr gemacht“ [466]). Nachdem sie sich aber einmal hiezu entschlossen, war sie ganz zufrieden mit dem Erfolge. Am meisten mochte sie eine von Haydn componirte, durch Marionetten zur Darstellung gebrachte Operette: „Philemon und Baucis“ belustigen. Auch eine andere Burleske Haydns: „L'infedeltà delusa“ scheint hier zur Aufführung gebracht worden zu sein [467]). Maria Theresia kehrte von Esterház über Oedenburg nach Wien zurück und sie sah wohl Haydn nicht wieder; eine Andeutung hierüber konnte zum mindesten bisher nicht aufgefunden werden. Dieß begreift sich um so leichter, als ja die eigentliche Glanzepoche Haydns erst in die Zeit nach dem Tode der Kaiserin fiel.

Mit noch größerer Berechtigung wird diese Bemerkung auf einen Anderen Anwendung finden, dessen Genius sogar den Joseph Haydns noch überstrahlte, auf Wolfgang Mozart. Nicht in Oesterreich, sondern in der damals erzbischöflichen Stadt Salzburg geboren, kam Mozart als sechsjähriges Wunderkind im Herbste 1762 nach Wien, wo er vor Maria Theresia, ihrem Gemal und dem versammelten Hofe zu wiederholten Malen sich auf dem Clavier hören ließ und von der Kaiserin und dem Kaiser mit Beweisen ihrer Huld überhäuft wurde. Sechs Jahre später befand sich der kleine Mozart neuerdings in Wien und am 7. Dezember 1768 gelangte bei der Einweihung der neuerbauten Waisenhauskirche auf dem Rennwege in Gegenwart der Kaiserin ein von ihm componirtes Hochamt unter seiner persönlichen Leitung zur Aufführung.

Das Wienerische Diarium vom 10. Dezember 1768 sagt hierüber wörtlich Folgendes:

„Die ganze Musik des Waisenchor bey dem Hochamte wurde „von dem wegen seinen besonderen Talenten bekannten Wolfgang „Mozart, zwölfjährigen Söhnlein des in fürstlich salzburgischen Diensten „stehenden Kapellmeisters Herrn Leopold Mozart zu dieser Feyerlich „keit ganz neu verfasset, mit allgemeinem Beyfalle und Bewunderung „von ihm selbst aufgeführet, mit der größten Richtigkeit dirigiret und „nebst deme auch die Motteten gesungen.“

Wahrscheinlicher Weise nahm unter denen, welche dem jugendlichen Componisten und Dirigenten „Beifall und Bewunderung" aussprachen, die Kaiserin selbst den vordersten Platz ein; in dem allerdings ziemlich lakonischen Berichte, den wir über jene Feierlichkeit besitzen, ist jedoch nichts hierüber gesagt. Seither traf Maria Theresia mit Mozart, der erst im Dezember 1781, und zwar jetzt zum dritten Male nach Wien kam, um sich hier endlich bleibend niederzulassen, nicht mehr zusammen. Aber sie war doch seiner noch fortwährend eingedenk. Als im October 1771 die Vermälung ihres Sohnes Ferdinand mit der Erbprinzessin Beatrix von Modena stattfand, erhielt Mozart durch Vermittlung des Grafen Firmian den Auftrag der Kaiserin, zu diesen Festlichkeiten ein passendes Musikstück zu liefern. Ihrem Wunsche wurde vollständig entsprochen; Mozart componirte die von dem Abbate Giuseppe Parini verfaßte dramatische Serenade: „Ascanio in Alba" und er erntete mit ihr außerordentlichen Beifall. Maria Theresia aber machte ihm eine kostbare mit Diamanten besetzte Uhr zum Geschenke[468]).

Um endlich an der bildenden Kunst nicht ganz stillschweigend vorüberzugehen, mag zum Schlusse noch zwei ihrer talentvollsten Vertreter, des Malers Anton Maulpertsch und des Bildhauers Franz Xaver Messerschmidt Erwähnung geschehen. Ersterer, im Jahre 1724 zu Langenargen am Bodensee geboren, kam schon in früher Jugend nach Wien und wurde hier im Jahre 1759 unter die Mitglieder der Malerakademie aufgenommen. Ihm eine Lehrerstelle anzutragen, hielt man jedoch nicht für räthlich, weil man besorgte, sein allzu kühner, ungebundener Geist werde den jungen Akademikern mehr schädlich als nützlich sein[469]). Zahlreiche Fresken, unter denen die in der Piaristenkirche zu Wien wohl den ersten Platz einnehmen, und eine vielleicht noch längere Reihe von Oelgemälden, meist Altarblättern, verdanken seinem unermüdlichen Pinsel ihre Entstehung.

Läßt sich schon Maulpertsch eine gewisse Genialität nicht absprechen, so darf diese Eigenschaft wohl in noch höherem Maße dem Bildhauer Messerschmidt zuerkannt werden. 1732 zu Wiesensteig in

Baiern geboren, kam Messerschmidt vorerst nach München, dann nach Graz in die Lehre, endlich aber nach Wien, wo er in den maßgebenden Kreisen durch sein ungewöhnliches Talent bald allgemeine Aufmerksamkeit erregte. Die noch heut zu Tage im Belvedere befindliche Statue der Kaiserin Maria Theresia rührt von ihm her. Mit einer ihm durch Meytens erwirkten Unterstützung des Hofes ging er im Jahre 1765 nach Rom, wo seine seltene Begabung immer mehr sich entwickelte. Nach Wien zurückgekehrt, verfertigte er hier eine Statue des Kaisers Franz, das Gegenstück zu dem früher von ihm ausgeführten Bildnisse der Kaiserin Maria Theresia. Die Büsten Josephs II., Gerhards van Swieten und andere Arbeiten folgten, aber durch das Erscheinen des berühmten Werkes von Lavater über die Physiognomik wurde Messerschmidt in ganz andere Bahnen gelenkt. Von jeher ein Sonderling, nahm er sich vor, eine große Anzahl Büsten, nicht weniger als hundert zu verfertigen, welche die verschiedenen menschlichen Leidenschaften darstellen sollten. Er brachte es jedoch nur auf neunundvierzig, denn schon im Jahre 1783, im einundfünfzigsten seines Lebens, starb er auf dem sogenannten Zuckermantel bei Preßburg, wo er sich, der bedürfnißlose Mann, die einfachste Behausung hergerichtet hatte, die nur immer gedacht werden kann.

Elftes Capitel.

Staatsrath und Staatskanzlei.

Wer die lebhafte, ja theilweise sogar schöpferische Thätigkeit, welche Maria Theresia auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichtes entwickelte, mit dem ziemlich geringen Interesse vergleicht, das sie für Kunst und für Wissenschaft hegte, der wird über die Ursache dieser Handlungsweise kaum in Zweifel sein können. Die ausgiebige Verbesserung des Unterrichtes erschien eben der Kaiserin, und gewiß mit Recht, als ein dringendes Bedürfniß des Staates, während sie, und gewiß mit eben so viel Unrecht, die hohe Bedeutung, welche die Pflege der Wissenschaft und der Kunst für das Staatsleben gleichfalls besitzt, nicht nach ihrem wahren Werthe beurtheilte.

Wie sehr die Sorge für das Wohl des Staates das ganze Sinnen und Denken der Kaiserin in Anspruch nahm, trat sowohl im Hinblick auf die Geschäfte, um die es sich handelte, als auf die Personen, die mit deren Besorgung betraut waren, gleichmäßig zu Tage. Und was die letzteren anging, so brachte schon ihre äußere Stellung und diejenige der Aemter, bei denen sie dienten, auch einen Unterschied in den Beziehungen hervor, in denen sie sich zu der Kaiserin befanden. Der Staatsrath und die Staatskanzlei standen ihr natürlicher Weise am nächsten.

Die Geschichte der Gründung des Staatsrathes und seiner ersten Zusammensetzung ist schon an einer früheren Stelle erzählt worden [470]). Auch das wurde gesagt, daß im Jahre 1766 Starhemberg,

Pergen und Binder zu Mitgliedern des Staatsrathes ernannt wurden [471]), obgleich alle drei ihre dienstliche Verwendung auch noch fortan mehr in den ausländischen als in den inländischen Geschäften fanden, für welch letztere eigentlich der Staatsrath ausschließlich bestimmt war. Starhemberg, nach Kaunitz das vornehmste Mitglied des Staatsrathes, führte den Titel eines Conferenz- und Staatsministers, während Pergen, wie es gleich Anfangs bei Haugwitz, bei Daun und bei Blümegen der Fall gewesen war, den Titel eines Staatsministers erhielt. Ein nicht ganz bedeutungsloser Unterschied wird jedoch dadurch bemerkbar, daß während noch in dem Staatshandbuche von 1763 die Staatsminister und Staatsräthe mit dem ausdrücklichen Beisatze „in Teutsch-Inländischen Geschäften" angeführt erscheinen, in dem nächstfolgenden Staatshandbuche von 1765 das Wort „Teutsch" überall wegbleibt und auch nie wieder erscheint. Ohne Zweifel sollte hiedurch angedeutet werden, daß die Geschäfte des Staatsrathes sich auch auf solche österreichische Provinzen zu erstrecken hätten, welche nicht zu den deutschen gerechnet werden konnten.

Wie dem übrigens auch sein mochte, durch die erwähnten Ernennungen war dem Staatsrathe kaum irgendwelche Verstärkung zu Theil geworden, während die Lücke, die der Tod des Grafen Haugwitz verursachte, eine solche dringend verlangt hätte. Seit dem Hinscheiden Dauns besaß auch das Militär keinen Vertreter mehr im Staatsrathe. Und als Lacy, von der Absicht unterrichtet, ihn zum Nachfolger Dauns im Präsidium des Hofkriegsrathes zu erheben, dieß auch im Staatsrathe werden wollte, antwortete ihm Joseph die folgenden, freilich nicht gerade ermuthigenden Worte:

„Ich habe Ihre Gründe gelesen; es ist jedoch nicht an der Zeit, „Gebrauch von ihnen zu machen; ich werde sie für eine günstige „Gelegenheit aufbewahren. Unser System ist allzusehr in Fetzen ge„gangen; man muß es ausflicken, da man weder den Muth noch die „Schneider besitzt, es neu verfertigen zu lassen. Noch mehr Verwirrung „wird die Geister aufklären. Sie durch Unordnung darniederdrücken „und dahin bringen, daß sie nicht mehr wissen was sie thun sollen,

„bessert und überzeugt mehr als alle noch so gut ausgedachten Di-
„lemma's, doch ist dieß nur für Sie allein" [172]). Auch die zu Anfang des Jahres 1766 geschehende Ernennung des Grafen Rosenberg zum Staatsminister in inländischen Geschäften und seine Einreihung in den Staatsrath blieb für den Letzteren ohne Bedeutung. Denn sie geschah nur um Rosenberg, der gleichzeitig nach Florenz abgesendet wurde, um bei dem Großherzoge Leopold den Posten eines Obersthofmeisters zu bekleiden, auch in Oesterreich einen sehr hohen amtlichen Rang zu Theil werden zu lassen.

So kam es und ist nicht zu verwundern, daß nachdem sich schon im Jahre 1765 eine gewisse Unzufriedenheit mit den Leistungen des Staatsrathes bemerkbar gemacht hatte, die Klagen hierüber immer lebhafter wurden. Einmüthig drangen im Jahre 1766 Joseph und Kaunitz darauf, man möge den Staatsrath von der großen Masse wenig bedeutender Geschäfte befreien, die man ihm auflud, und Zeit und Kraft seiner Mitglieder für die wichtigsten Dinge versparen [173]). Aber erst zwei Jahre später that man die ersten Schritte zur Abhülfe. Wie es jedoch so häufig geschieht, suchte man auch jetzt wieder das Gebrechen in der inneren Einrichtung dieser obersten berathenden Behörde; man trachtete daher durch Abänderungen in derselben dem Uebel zu steuern. Aber man konnte sich doch auch der Wahrnehmung nicht entziehen, daß die Personen gleichfalls nicht frei waren von aller Schuld, indem es gerade den später ernannten Mitgliedern des Staatsrathes an der nöthigen Erfahrung in inländischen Geschäften gebrach. Um diesem Mangel abzuhelfen, wurde noch im Jahre 1768 der Hofrath bei der Hofkanzlei, Tobias Philipp von Gebler zum Staatsrathe ernannt. Gleichzeitig erhielt er den Stephansorden und wurde in den Freiherrnstand erhoben.

Im Jahre 1726 zu Zeulenroda im Fürstenthum Reuß geboren, hatte sich Gebler mit äußerster Sorgfalt den Studien zu Jena, Göttingen und Halle gewidmet. Im Jahre 1748 wurde er Secretär bei der holländischen Gesandtschaft in Berlin, und dort soll König Friedrich an ihm einen jener Bestechungsversuche zur Erforschung diplomatischer

Geheimnisse gemacht haben, wie sie ihm bekanntlich nicht fern lagen [171]). Gebler widerstand jedoch den Versuchungen des Königs, und er trat im Jahre 1753 als Hofsecretär bei dem Commerzdirectorium in den österreichischen Staatsdienst. Allerdings mußte er, um hier Carriere zu machen, das protestantische mit dem katholischen Glaubensbekenntnisse vertauschen, was er denn auch that, und nun fand er kein Hinderniß mehr für die glänzende Laufbahn, auf welche seine seltene Befähigung ihm Anspruch verlieh. Uns Späteren ist er nicht bloß dadurch, daß er in allen öffentlichen Angelegenheiten die freisinnigere Auffassung und den Fortschritt vertrat, sondern insbesondere durch den Schutz und die Förderung werth geworden, die er den literarischen Bestrebungen und denen, die sich ihnen widmeten, zu Theil werden ließ. Mit den bedeutendsten Männern des Auslandes stand er in ununterbrochener Verbindung, und wenn fremde Gelehrte und Schriftsteller Wien besuchten, so konnten sie zuversichtlich darauf zählen, bei Gebler zuvorkommende Aufnahme zu finden. Endlich beschäftigte er sich selbst mit dramatischen Arbeiten, welche an verschiedenen Bühnen und manchmal nicht ohne Beifall aufgeführt wurden. Höherer Werth wird ihnen jedoch nicht leicht zuerkannt werden.

Weder die Veränderungen, welche in der Geschäftsführung des Staatsrathes vorgenommen worden waren, noch die Berufung Geblers zeigten sich jedoch als ausreichend zur Beseitigung der Uebelstände, über die man so sehr geklagt hatte. Als einer der auffallendsten erschien der Gebrauch, daß die von dem Staatsrathe entworfenen kaiserlichen Entschließungen, ehe sie noch von Maria Theresia oder Joseph genehmigt waren, schon in Reinschrift auf das zu erledigende Actenstück gesetzt wurden. Hiedurch erstanden dem Willen der Kaiserin und des Kaisers an und für sich ganz unscheinbare, aber darum doch nicht minder lästige Schranken. In einer recht drastischen Schilderung bewies Joseph seiner Mutter, daß jetzt die Leitung der inneren Staatsgeschäfte nicht etwa in ihrer oder seiner, sondern in der „zwar grundehrlichen, aber „dennoch einzigen" Hand des Grafen Blümegen ruhe. Er sei es, von dem die Bildung der Majoritäten im Staatsrathe abhänge, nach seinen Andeutungen würden die Resolutionen verfaßt, und ihre nachträgliche

Abänderung unterliege jederzeit nicht geringen Bedenken. Joseph erbot sich, die Entwürfe derselben vor ihrer Reinschrift zu prüfen, und wenn er Aenderungen wünsche, die Entscheidung der Kaiserin einzuholen[475]). „Es wird das", schrieb er nach erhaltener Zustimmung seiner Mutter an den Großherzog von Toscana, „keine Kleinigkeit sein; ich werde „alle Resolutionen mit den Gutachten vergleichen, mein eigenes Salz „dazu geben und meine Meinung so wie meine Gründe erklären „müssen. Wenn sie, wie ich nicht zweifle daß es oft geschehen wird, „von dem Vorgeschlagenen abweichen, werde ich andere Resolutionen „zu entwerfen und hierüber Ihrer Majestät zu berichten haben. Und „hiezu kommen noch die übrigen laufenden Geschäfte, die insbesondere „für die militärischen Einrichtungen schrecklich sind. In diesem Augen- „blicke, da nur ich, die Kaiserin und Kaunitz das Ganze übersehen, „ist es nothwendig, daß ich alle Entscheidungen niederschreibe und „jenes richtige Gleichgewicht beobachte, weder zu viel noch zu wenig „zu thun, und auch," setzte er im Hinblick auf die politischen Begeben- heiten hinzu, „nicht zu viel auszugeben, aber doch genug, um auf alle „Ereignisse vorbereitet zu sein" [476]).

Gleichzeitig machte Joseph seine Mutter darauf aufmerksam, daß die Absendung Starhembergs als bevollmächtiger Minister nach den Niederlanden, dann diejenige Borié's als österreichischer und burgundischer Comitial- und Directorialgesandter bei der Reichsversammlung zu Regensburg, endlich die lange und schwere Krankheit Stupans die An- werbung frischer Kräfte für den Staatsrath verlangten. Ganz unerläßlich sei es vor Allem, einen in sämmtlichen Zweigen der Verwaltung, ja sogar auch im Kriegswesen und in den auswärtigen Geschäften wohl erfahrenen, unparteiischen und arbeitsamen Mann zu finden, welcher den Staatsrath und alle Stellen und Minister in Wien und in den Provinzen dirigire [477]).

Aber Maria Theresia konnte sich wenigstens vor der Hand zu einem solchen Schritte so rasch nicht entschließen. Immer lebhafter und bitterer wurden die Klagen ihres ebenso wohlmeinenden als ungeduldigen und sich überstürzenden Sohnes über die vermeintliche Unthätigkeit seiner

Mutter. Da Joseph mit seinen Anschauungen nur selten zurückhielt, konnte es nicht fehlen, daß die Kaiserin in Kenntniß kam von seinen Beschwerden über sie. Durch die Erfahrung gewitzigt, daß mündliche Erörterungen zwischen ihr und ihrem Sohne meistens zu noch größerem Zwiespalte führten, suchte Maria Theresia sich auch dießmal schriftlich mit ihm zu verständigen. Kurz nachdem er aus Böhmen zurückgekehrt war, wohin er sich wegen der daselbst herrschenden Hungersnoth im Herbste 1771 begeben und von wo aus er ihr umfassende Vorschläge zur Umgestaltung einer sehr großen Anzahl öffentlicher Einrichtungen gemacht hatte, richtete Maria Theresia an Joseph das folgende Schreiben:

„Mein lieber Sohn! Ich ziehe es vor, die Feder zur Hand zu „nehmen, denn mein Herz ist zu gedrückt von allen Arten verschiedener „Gefühle, als daß ich mich, ohne davon allzusehr ergriffen zu werden, „mit Klarheit auszusprechen vermöchte. Und in der That ist Ursache „genug dazu vorhanden. Diese Reise, die Du soeben beendigt hast, „wird für Dich sowohl hier als in der anderen Welt gewiß immer „eine sehr glorreiche Epoche bilden. Aber machen wir sie auch zu einer „glücklichen für diese Tausende von Menschen, für welche Du deine „Bequemlichkeit und Deine Unterhaltungen aufgeopfert und Deine „Gesundheit preisgegeben hast. Deine Absichten können nicht zweifel„haft sein, sie sind immer von sehr überzeugenden Handlungen begleitet. „Die meinigen sind Dir bekannt und ich wage zu behaupten, daß „Gott, der das Innere meiner Seele kennt, sieht daß ich nie eine „andere Absicht als das öffentliche Wohl habe, selbst auf meine Kosten „und auf die von Euch Anderen. Woher kommt es dann, daß trotz „unserer wahrhaften und sich gleichenden Absichten die Dinge einen „ganz anderen Ausgang nehmen, daß wir oft in unseren Meinungen „von einander abweichen, daß wir uns streiten, daß sogar Unzufrieden„heit hieraus hervorgeht. Dieser Punkt beschäftigt mich schon seit langer „Zeit; er macht mich noch mehr niedergeschlagen und schwankend, als „ich es gewöhnlich schon bin. Hat das Uebel nicht etwa in uns selbst „seinen Sitz, indem wir allzusehr von unseren eigenen Meinungen „eingenommen sind? Warum wollen wir, daß die Anderen so denken

„und handeln wie wir, während wir selbst in unseren Grundsätzen
„und in den Wegen, zu ihrer Durchführung zu gelangen, von einander
„abweichen? Jedes von uns kennt und befolgt nur seine eigene Neigung.
„Wir beschäftigen uns mit den Fehlern des Anderen, ohne unsere
„eigenen zu erforschen und zu verbessern. Wir unterhalten und ver-
„blenden uns damit, das angenommene System allgemein zu machen,
„indem wir alle Zweige mit einander verbinden und die Dinge zu
„dem gleichen Zwecke vereinfachen. Wir wollen daß alle von uns
„angestellten Minister ebenso denken und arbeiten, daß die Ausgaben
„sich verringern. Das sind unsere Ideen, mit denen wir Tag und Nacht
„uns beschäftigen, und warum entspricht die Wirkung unseren Ab-
„sichten nicht? Du wirst mir Freude bereiten, mein geliebter Sohn,
„wenn Du mir die Augen öffnest über diese traurige Lage, und mir
„mit Deinen Rathschlägen und Deiner Thätigkeit beistehst. Mich
„beginnt der Muth zu verlassen; Du hingegen bist von ihm erfüllt.
„Du stehst erst am Anfange Deiner Laufbahn, während die meinige
„noch unglücklicher endigt als sie begann. Das Drückende unserer Lage
„will ich mit Dir theilen. Meine Erfahrung wird Dir als Rath
„nützlich sein können; doch soll sie Dich nicht hindern, dasjenige durch-
„zuführen, was Du nach reiflicher Prüfung für nützlich erkannt haben
„wirst. Stellen wir also für unsere Ruhe und unser eigenes Verfahren
„Grundsätze auf, um unsere Völker glücklicher zu machen als sie es
„sind. Hiezu ist es aber nothwendig, daß wir selbst einig seien und
„daß wir uns mit der größten Gleichförmigkeit und Aufrichtigkeit, mit
„dem größten Vertrauen begegnen. Hievon hängt alles Uebrige ab;
„unsere guten und eifrigen Minister und Beamten werden sich auf
„den gleichen Fuß stellen und mit Zuversicht und Behaglichkeit arbeiten.
„Die Art, in der dieß jetzt von ihrer Seite geschieht, ist hievon äußerst
„verschieden."

„Sag' mir aufrichtig, sei es schriftlich oder mündlich, wie ich
„Dich immer darum bat, meine Fehler, meine Schwächen. Ein
„Gleiches will auch ich thun, aber daß Niemand außer uns glauben
„oder auch nur ahnen könne, daß eine Meinungsverschiedenheit zwischen
„uns herrscht. Im ersten Jahre 1768 ging Alles aufs beste; erst

„seither gehen die Dinge anders, und zwar weil wir Beide an jenem „Grundsatze nicht festhielten. Du bist so geeignet, Prinzipien auf„zustellen; gib Dir diese Mühe, mein theurer Sohn, für das öffent„liche Wohl und unsere Ruhe. Schreiben wir uns selbst leitende „Grundsätze und Regeln vor: gib Dir die Mühe, sie zu Papier zu „bringen; wir werden sie dann mit einander erörtern, um hieraus „eine unveränderliche Richtschnur zu gewinnen: ich werde meinerseits „daran denken."

„Ich vermochte meinem bedrückten und mit unserer gegenwärtigen „Lage beschäftigten Herzen diese Aufklärung nicht zu versagen. Voll„ständig niedergeschlagen wäre ich, wenn ich nicht einen Sohn hätte „wie Dich, den die Vorsehung mir gab. Und so lang Du nicht in „Laster verfällst und unserer heiligen Religion den Glauben und die „Treue bewahrst, kann ich nur hoffen, daß Du der Retter Deiner „Völker sein wirst. Dieser Gedanke ermuthigt mich, Alles anzuwen„den, was ich nur immer vermag, um Dir beizustehen, denn ich wäre „hocherfreut, meinen Sohn glücklicher zu sehen als ich es bin, da er „es ja auch mehr verdient als ich" [478].

Aller Groll, welchen etwa Joseph über den nach seiner Meinung allzu schleppenden Gang der Regierungsgeschäfte empfand, mußte wohl vor so herzgewinnenden Worten seiner Mutter in Nichts sich auflösen. Wir finden übrigens nicht, daß er der Kaiserin auf ihren Brief eine schriftliche Antwort ertheilt hätte. Mündlich mag ihre Auseinander setzung erfolgt sein und sie war wohl, wie es scheint, ganz zufrieden stellender Art. Wenigstens legte Joseph binnen kurzem der Kaiserin die Vorschläge vor, die sich auf die Neubesetzung einer Anzahl der wichtigsten Posten im Staate bezogen. Einstweilen soll hier nur von den Stellen im Staatsrathe die Rede sein, auf deren Besetzung der Kaiser antrug. Zu Starhembergs Nachfolger wollte er den Grafen Karl Friedrich von Hatzfeldt gemacht sehen, welcher durch eine Reihe von Jahren als Präsident an der Spitze der Hofkammer und der Ministerial Banco Deputation gestanden und erst im Juni 1771, nach dem Tode Rudolph Choteks, zum Obersten Kanzler von Böhmen

und Oesterreich ernannt worden war. Dessen Talente seien bekannt, sagte Joseph von ihm, und er kenne genau alle Theile der Monarchie. Die ersprießlichsten Dienste dürfe man sich von ihm und zwar um so gewisser versprechen, da er von seinen jetzigen Rathgebern, die vielleicht nicht die glücklichsten waren, entfernt werden würde.

Den Grafen Blümegen und den Freiherrn von Binder wollte Joseph nicht mehr im Staatsrathe belassen. Dem Ersteren sollte an Hatzfeldts Stelle der Posten eines Obersten Kanzlers verliehen werden. Hiezu sei er, sagte der Kaiser von ihm, sozusagen aufgewachsen, denn alle Provinzen kenne er gründlich und ebenso das Steuerwesen, welches sammt den Studien-, den Polizei- und den staatswirthschaftlichen Angelegenheiten wieder mit der Hofkanzlei zu vereinigen wäre. Für Binder hingegen schlug Joseph vor, daß er zum geheimen Rathe und zum Director des Hausarchives ernannt werde. In der Staatskanzlei wäre er nach Belieben des Fürsten Kaunitz noch fortan zu verwenden, aber nicht mehr im Staatsrathe. Im Letzteren sollten Stupan und Gebler verbleiben, zu denen Kreßl und Festetics neu hinzuzutreten hätten [479]).

Man weiß wohl, wie sehr Maria Theresia allzeit davor zurückschrak, einen Mann zu verletzen, dem sie sich zu Dank verpflichtet fühlte. Dieß war aber Binder gegenüber in sehr hohem Maße der Fall, und man kann außerdem sagen, daß er die Rücksichten, welche die Kaiserin ihm zollte, auch in vollem Umfange verdiente. Denn er war wirklich die Vertrauensperson und die rechte Hand des Fürsten Kaunitz, der ihn zu den wichtigsten Geschäften fast ausschließlich verwendete. Wie sehr sie dieß anerkenne, legte Maria Theresia bei jeder Gelegenheit an den Tag. Als im Juli 1763 Kaunitz bei ihr die Bitte des Majors Christian von Binder befürwortete, daß nicht nur ihm als Theresienritter, sondern auch seinem älteren Bruder Johann von Binder der Freiherrnstand verliehen werde, bewilligte Maria Theresia dieß mit den Worten: „wan nicht dise binder eygne „Verdienste hätten, so hatt unser binder genug vor selbe, das also „alles selben accordire [480]). Im Jahre 1764 war Binder unter den

Pergen und Binder zu Mitgliedern des Staatsrathes ernannt wurden [471]), obgleich alle drei ihre dienstliche Verwendung auch noch fortan mehr in den ausländischen als in den inländischen Geschäften fanden, für welch letztere eigentlich der Staatsrath ausschließlich bestimmt war. Starhemberg, nach Kaunitz das vornehmste Mitglied des Staatsrathes, führte den Titel eines Conferenz- und Staatsministers, während Pergen, wie es gleich Anfangs bei Haugwitz, bei Daun und bei Blümegen der Fall gewesen war, den Titel eines Staatsministers erhielt. Ein nicht ganz bedeutungsloser Unterschied wird jedoch dadurch bemerkbar, daß während noch in dem Staatshandbuche von 1763 die Staatsminister und Staatsräthe mit dem ausdrücklichen Beisatze „in Teutsch-Inländischen Geschäften" angeführt erscheinen, in dem nächstfolgenden Staatshandbuche von 1765 das Wort „Teutsch" überall wegbleibt und auch nie wieder erscheint. Ohne Zweifel sollte hiedurch angedeutet werden, daß die Geschäfte des Staatsrathes sich auch auf solche österreichische Provinzen zu erstrecken hätten, welche nicht zu den deutschen gerechnet werden konnten.

Wie dem übrigens auch sein mochte, durch die erwähnten Ernennungen war dem Staatsrathe kaum irgendwelche Verstärkung zu Theil geworden, während die Lücke, die der Tod des Grafen Haugwitz verursachte, eine solche dringend verlangt hätte. Seit dem Hinscheiden Dauns besaß auch das Militär keinen Vertreter mehr im Staatsrathe. Und als Lacy, von der Absicht unterrichtet, ihn zum Nachfolger Dauns im Präsidium des Hofkriegsrathes zu erheben, dieß auch im Staatsrathe werden wollte, antwortete ihm Joseph die folgenden, freilich nicht gerade ermuthigenden Worte:

„Ich habe Ihre Gründe gelesen; es ist jedoch nicht an der Zeit, „Gebrauch von ihnen zu machen; ich werde sie für eine günstige „Gelegenheit aufbewahren. Unser System ist allzusehr in Fetzen ge„gangen; man muß es ausflicken, da man weder den Muth noch die „Schneider besitzt, es neu verfertigen zu lassen. Noch mehr Verwirrung „wird die Geister aufklären. Sie durch Unordnung darniederdrücken „und dahin bringen, daß sie nicht mehr wissen was sie thun sollen,

„bessert und überzeugt mehr als alle noch so gut ausgedachten Di„lemma's, doch ist dieß nur für Sie allein" [472]). Auch die zu Anfang des Jahres 1766 geschehende Ernennung des Grafen Rosenberg zum Staatsminister in inländischen Geschäften und seine Einreihung in den Staatsrath blieb für den Letzteren ohne Bedeutung. Denn sie geschah nur um Rosenberg, der gleichzeitig nach Florenz abgesendet wurde, um bei dem Großherzoge Leopold den Posten eines Oberstthofmeisters zu bekleiden, auch in Oesterreich einen sehr hohen amtlichen Rang zu Theil werden zu lassen.

So kam es und ist nicht zu verwundern, daß nachdem sich schon im Jahre 1765 eine gewisse Unzufriedenheit mit den Leistungen des Staatsrathes bemerkbar gemacht hatte, die Klagen hierüber immer lebhafter wurden. Einmüthig drangen im Jahre 1766 Joseph und Kaunitz darauf, man möge den Staatsrath von der großen Masse wenig bedeutender Geschäfte befreien, die man ihm auflud, und Zeit und Kraft seiner Mitglieder für die wichtigsten Dinge versparen [473]). Aber erst zwei Jahre später that man die ersten Schritte zur Abhülfe. Wie es jedoch so häufig geschieht, suchte man auch jetzt wieder das Gebrechen in der inneren Einrichtung dieser obersten berathenden Behörde; man trachtete daher durch Abänderungen in derselben dem Uebel zu steuern. Aber man konnte sich doch auch der Wahrnehmung nicht entziehen, daß die Personen gleichfalls nicht frei waren von aller Schuld, indem es gerade den später ernannten Mitgliedern des Staatsrathes an der nöthigen Erfahrung in inländischen Geschäften gebrach. Um diesem Mangel abzuhelfen, wurde noch im Jahre 1768 der Hofrath bei der Hofkanzlei, Tobias Philipp von Gebler zum Staatsrathe ernannt. Gleichzeitig erhielt er den Stephansorden und wurde in den Freiherrnstand erhoben.

Im Jahre 1726 zu Zeulenroda im Fürstenthum Reuß geboren, hatte sich Gebler mit äußerster Sorgfalt den Studien zu Jena, Göttingen und Halle gewidmet. Im Jahre 1748 wurde er Secretär bei der holländischen Gesandtschaft in Berlin, und dort soll König Friedrich an ihm einen jener Bestechungsversuche zur Erforschung diplomatischer

Geheimnisse gemacht haben, wie sie ihm bekanntlich nicht fern lagen [171]). Gebler widerstand jedoch den Versuchungen des Königs, und er trat im Jahre 1753 als Hofsecretär bei dem Commerzdirectorium in den österreichischen Staatsdienst. Allerdings mußte er, um hier Carriere zu machen, das protestantische mit dem katholischen Glaubensbekenntnisse vertauschen, was er denn auch that, und nun fand er kein Hinderniß mehr für die glänzende Laufbahn, auf welche seine seltene Befähigung ihm Anspruch verlieh. Uns Späteren ist er nicht bloß dadurch, daß er in allen öffentlichen Angelegenheiten die freisinnigere Auffassung und den Fortschritt vertrat, sondern insbesondere durch den Schutz und die Förderung werth geworden, die er den literarischen Bestrebungen und denen, die sich ihnen widmeten, zu Theil werden ließ. Mit den bedeutendsten Männern des Auslandes stand er in ununterbrochener Verbindung, und wenn fremde Gelehrte und Schriftsteller Wien besuchten, so konnten sie zuversichtlich darauf zählen, bei Gebler zuvorkommende Aufnahme zu finden. Endlich beschäftigte er sich selbst mit dramatischen Arbeiten, welche an verschiedenen Bühnen und manchmal nicht ohne Beifall aufgeführt wurden. Höherer Werth wird ihnen jedoch nicht leicht zuerkannt werden.

Weder die Veränderungen, welche in der Geschäftsführung des Staatsrathes vorgenommen worden waren, noch die Berufung Geblers zeigten sich jedoch als ausreichend zur Beseitigung der Uebelstände, über die man so sehr geklagt hatte. Als einer der auffallendsten erschien der Gebrauch, daß die von dem Staatsrathe entworfenen kaiserlichen Entschließungen, ehe sie noch von Maria Theresia oder Joseph genehmigt waren, schon in Reinschrift auf das zu erledigende Actenstück gesetzt wurden. Hiedurch erstanden dem Willen der Kaiserin und des Kaisers an und für sich ganz unscheinbare, aber darum doch nicht minder lästige Schranken. In einer recht drastischen Schilderung bewies Joseph seiner Mutter, daß jetzt die Leitung der inneren Staatsgeschäfte nicht etwa in ihrer oder seiner, sondern in der „zwar grundehrlichen, aber „dennoch einzigen" Hand des Grafen Blümegen ruhe. Er sei es, von dem die Bildung der Majoritäten im Staatsrathe abhänge, nach seinen Andeutungen würden die Resolutionen verfaßt, und ihre nachträgliche

Abänderung unterliege jederzeit nicht geringen Bedenken. Joseph erbot sich, die Entwürfe derselben vor ihrer Reinschrift zu prüfen, und wenn er Aenderungen wünsche, die Entscheidung der Kaiserin einzuholen[475]). „Es wird das", schrieb er nach erhaltener Zustimmung seiner Mutter an den Großherzog von Toscana, „keine Kleinigkeit sein; ich werde „alle Resolutionen mit den Gutachten vergleichen, mein eigenes Salz „dazu geben und meine Meinung so wie meine Gründe erklären „müssen. Wenn sie, wie ich nicht zweifle daß es oft geschehen wird, „von dem Vorgeschlagenen abweichen, werde ich andere Resolutionen „zu entwerfen und hierüber Ihrer Majestät zu berichten haben. Und „hiezu kommen noch die übrigen laufenden Geschäfte, die insbesondere „für die militärischen Einrichtungen schrecklich sind. In diesem Augen„blicke, da nur ich, die Kaiserin und Kaunitz das Ganze übersehen, „ist es nothwendig, daß ich alle Entscheidungen niederschreibe und „jenes richtige Gleichgewicht beobachte, weder zu viel noch zu wenig „zu thun, und auch," setzte er im Hinblick auf die politischen Begebenheiten hinzu, „nicht zu viel auszugeben, aber doch genug, um auf alle „Ereignisse vorbereitet zu sein" [476]).

Gleichzeitig machte Joseph seine Mutter darauf aufmerksam, daß die Absendung Starhembergs als bevollmächtiger Minister nach den Niederlanden, dann diejenige Borié's als österreichischer und burgundischer Comitial- und Directorialgesandter bei der Reichsversammlung zu Regensburg, endlich die lange und schwere Krankheit Stupans die Anwerbung frischer Kräfte für den Staatsrath verlangten. Ganz unerläßlich sei es vor Allem, einen in sämmtlichen Zweigen der Verwaltung, ja sogar auch im Kriegswesen und in den auswärtigen Geschäften wohl erfahrenen, unparteiischen und arbeitsamen Mann zu finden, welcher den Staatsrath und alle Stellen und Minister in Wien und in den Provinzen dirigire[477]).

Aber Maria Theresia konnte sich wenigstens vor der Hand zu einem solchen Schritte so rasch nicht entschließen. Immer lebhafter und bitterer wurden die Klagen ihres ebenso wohlmeinenden als ungeduldigen und sich überstürzenden Sohnes über die vermeintliche Unthätigkeit seiner

Mutter. Da Joseph mit seinen Anschauungen nur selten zurückhielt, konnte es nicht fehlen, daß die Kaiserin in Kenntniß kam von seinen Beschwerden über sie. Durch die Erfahrung gewitzigt, daß mündliche Erörterungen zwischen ihr und ihrem Sohne meistens zu noch größerem Zwiespalte führten, suchte Maria Theresia sich auch dießmal schriftlich mit ihm zu verständigen. Kurz nachdem er aus Böhmen zurückgekehrt war, wohin er sich wegen der daselbst herrschenden Hungersnoth im Herbste 1771 begeben und von wo aus er ihr umfassende Vorschläge zur Umgestaltung einer sehr großen Anzahl öffentlicher Einrichtungen gemacht hatte, richtete Maria Theresia an Joseph das folgende Schreiben:

„Mein lieber Sohn! Ich ziehe es vor, die Feder zur Hand zu „nehmen, denn mein Herz ist zu gedrückt von allen Arten verschiedener „Gefühle, als daß ich mich, ohne davon allzusehr ergriffen zu werden, „mit Klarheit auszusprechen vermöchte. Und in der That ist Ursache „genug dazu vorhanden. Diese Reise, die Du soeben beendigt hast, „wird für Dich sowohl hier als in der anderen Welt gewiß immer „eine sehr glorreiche Epoche bilden. Aber machen wir sie auch zu einer „glücklichen für diese Tausende von Menschen, für welche Du deine „Bequemlichkeit und Deine Unterhaltungen aufgeopfert und Deine „Gesundheit preisgegeben hast. Deine Absichten können nicht zweifel„haft sein, sie sind immer von sehr überzeugenden Handlungen begleitet. „Die meinigen sind Dir bekannt und ich wage zu behaupten, daß „Gott, der das Innere meiner Seele kennt, sieht daß ich nie eine „andere Absicht als das öffentliche Wohl habe, selbst auf meine Kosten „und auf die von Euch Anderen. Woher kommt es dann, daß trotz „unserer wahrhaften und sich gleichenden Absichten die Dinge einen „ganz anderen Ausgang nehmen, daß wir oft in unseren Meinungen „von einander abweichen, daß wir uns streiten, daß sogar Unzufrieden„heit hieraus hervorgeht. Dieser Punkt beschäftigt mich schon seit langer „Zeit; er macht mich noch mehr niedergeschlagen und schwankend, als „ich es gewöhnlich schon bin. Hat das Uebel nicht etwa in uns selbst „seinen Sitz, indem wir allzusehr von unseren eigenen Meinungen „eingenommen sind? Warum wollen wir, daß die Anderen so denken

„und handeln wie wir, während wir selbst in unseren Grundsätzen
„und in den Wegen, zu ihrer Durchführung zu gelangen, von einander
„abweichen? Jedes von uns kennt und befolgt nur seine eigene Neigung.
„Wir beschäftigen uns mit den Fehlern des Anderen, ohne unsere
„eigenen zu erforschen und zu verbessern. Wir unterhalten und ver-
„blenden uns damit, das angenommene System allgemein zu machen,
„indem wir alle Zweige mit einander verbinden und die Dinge zu
„dem gleichen Zwecke vereinfachen. Wir wollen daß alle von uns
„angestellten Minister ebenso denken und arbeiten, daß die Ausgaben
„sich verringern. Das sind unsere Ideen, mit denen wir Tag und Nacht
„uns beschäftigen, und warum entspricht die Wirkung unseren Ab-
„sichten nicht? Du wirst mir Freude bereiten, mein geliebter Sohn,
„wenn Du mir die Augen öffnest über diese traurige Lage, und mir
„mit Deinen Rathschlägen und Deiner Thätigkeit beistehst. Mich
„beginnt der Muth zu verlassen; Du hingegen bist von ihm erfüllt.
„Du stehst erst am Anfange Deiner Laufbahn, während die meinige
„noch unglücklicher endigt als sie begann. Das Drückende unserer Lage
„will ich mit Dir theilen. Meine Erfahrung wird Dir als Rath
„nützlich sein können; doch soll sie Dich nicht hindern, dasjenige durch-
„zuführen, was Du nach reiflicher Prüfung für nützlich erkannt haben
„wirst. Stellen wir also für unsere Ruhe und unser eigenes Verfahren
„Grundsätze auf, um unsere Völker glücklicher zu machen als sie es
„sind. Hiezu ist es aber nothwendig, daß wir selbst einig seien und
„daß wir uns mit der größten Gleichförmigkeit und Aufrichtigkeit, mit
„dem größten Vertrauen begegnen. Hievon hängt alles Uebrige ab;
„unsere guten und eifrigen Minister und Beamten werden sich auf
„den gleichen Fuß stellen und mit Zuversicht und Behaglichkeit arbeiten.
„Die Art, in der dieß jetzt von ihrer Seite geschieht, ist hievon äußerst
„verschieden."

„Sag' mir aufrichtig, sei es schriftlich oder mündlich, wie ich
„Dich immer darum bat, meine Fehler, meine Schwächen. Ein
„Gleiches will auch ich thun, aber daß Niemand außer uns glauben
„oder auch nur ahnen könne, daß eine Meinungsverschiedenheit zwischen
„uns herrscht. Im ersten Jahre 1768 ging Alles aufs beste; erst

„seither gehen die Dinge anders, und zwar weil wir Beide an jenem „Grundsatze nicht festhielten. Du bist so geeignet, Prinzipien auf„zustellen; gib Dir diese Mühe, mein theurer Sohn, für das öffent„liche Wohl und unsere Ruhe. Schreiben wir uns selbst leitende „Grundsätze und Regeln vor; gib Dir die Mühe, sie zu Papier zu „bringen; wir werden sie dann mit einander erörtern, um hieraus „eine unveränderliche Richtschnur zu gewinnen; ich werde meinerseits „daran denken."

„Ich vermochte meinem bedrückten und mit unserer gegenwärtigen „Lage beschäftigten Herzen diese Aufklärung nicht zu versagen. Voll„ständig niedergeschlagen wäre ich, wenn ich nicht einen Sohn hätte „wie Dich, den die Vorsehung mir gab. Und so lang Du nicht in „Laster verfällst und unserer heiligen Religion den Glauben und die „Treue bewahrst, kann ich nur hoffen, daß Du der Retter Deiner „Völker sein wirst. Dieser Gedanke ermuthigt mich, Alles anzuwen„den, was ich nur immer vermag, um Dir beizustehen, denn ich wäre „hocherfreut, meinen Sohn glücklicher zu sehen als ich es bin, da er „es ja auch mehr verdient als ich" [478]).

Aller Groll, welchen etwa Joseph über den nach seiner Meinung allzu schleppenden Gang der Regierungsgeschäfte empfand, mußte wohl vor so herzgewinnenden Worten seiner Mutter in Nichts sich auflösen. Wir finden übrigens nicht, daß er der Kaiserin auf ihren Brief eine schriftliche Antwort ertheilt hätte. Mündlich mag ihre Auseinandersetzung erfolgt sein und sie war wohl, wie es scheint, ganz zufriedenstellender Art. Wenigstens legte Joseph binnen kurzem der Kaiserin die Vorschläge vor, die sich auf die Neubesetzung einer Anzahl der wichtigsten Posten im Staate bezogen. Einstweilen soll hier nur von den Stellen im Staatsrathe die Rede sein, auf deren Besetzung der Kaiser antrug. Zu Starhembergs Nachfolger wollte er den Grafen Karl Friedrich von Hatzfeldt gemacht sehen, welcher durch eine Reihe von Jahren als Präsident an der Spitze der Hofkammer und der Ministerial-Banco-Deputation gestanden und erst im Juni 1771, nach dem Tode Rudolph Choteks, zum Obersten Kanzler von Böhmen

und Oesterreich ernannt worden war. Dessen Talente seien bekannt, sagte Joseph von ihm, und er kenne genau alle Theile der Monarchie. Die ersprießlichsten Dienste dürfe man sich von ihm und zwar um so gewisser versprechen, da er von seinen jetzigen Rathgebern, die vielleicht nicht die glücklichsten waren, entfernt werden würde.

Den Grafen Blümegen und den Freiherrn von Binder wollte Joseph nicht mehr im Staatsrathe belassen. Dem Ersteren sollte an Hatzfeldts Stelle der Posten eines Obersten Kanzlers verliehen werden. Hiezu sei er, sagte der Kaiser von ihm, sozusagen aufgewachsen, denn alle Provinzen kenne er gründlich und ebenso das Steuerwesen, welches sammt den Studien-, den Polizei- und den staatswirthschaftlichen Angelegenheiten wieder mit der Hofkanzlei zu vereinigen wäre. Für Binder hingegen schlug Joseph vor, daß er zum geheimen Rathe und zum Director des Hausarchives ernannt werde. In der Staatskanzlei wäre er nach Belieben des Fürsten Kaunitz noch fortan zu verwenden, aber nicht mehr im Staatsrathe. Im Letzteren sollten Stupan und Gebler verbleiben, zu denen Kreßl und Festetics neu hinzuzutreten hätten [479]).

Man weiß wohl, wie sehr Maria Theresia allzeit davor zurückschrak, einen Mann zu verletzen, dem sie sich zu Dank verpflichtet fühlte. Dieß war aber Binder gegenüber in sehr hohem Maße der Fall, und man kann außerdem sagen, daß er die Rücksichten, welche die Kaiserin ihm zollte, auch in vollem Umfange verdiente. Denn er war wirklich die Vertrauensperson und die rechte Hand des Fürsten Kaunitz, der ihn zu den wichtigsten Geschäften fast ausschließlich verwendete. Wie sehr sie dieß anerkenne, legte Maria Theresia bei jeder Gelegenheit an den Tag. Als im Juli 1763 Kaunitz bei ihr die Bitte des Majors Christian von Binder befürwortete, daß nicht nur ihm als Theresienritter, sondern auch seinem älteren Bruder Johann von Binder der Freiherrnstand verliehen werde, bewilligte Maria Theresia dieß mit den Worten: „wan nicht dise binder eygne „Verdienste hätten, so hatt unser binder genug vor selbe, das also „alles selben accordire [480]). Im Jahre 1764 war Binder unter den

ersten, denen die Kaiserin den neugegründeten Stephansorden verlieh. Als ihr im Mai 1765 Kaunitz eine plötzliche und gefahrdrohende Erkrankung Binders mittheilte und hinzufügte, der zum Beistande herbeigerufene Arzt Keßler habe ihm allsogleich Blut genommen, antwortete die Kaiserin: „er kan sich einbilden, wie betroffen worden wegen des „Zufalls des binder; sein ausgearbeiteter cörper, der so delicate ist, „macht noch mehr sorgen. er ist in gutten händen des Kessler; dis „beruhigt mich etwas, so vill als es sein kan“ [481]). Im folgenden Jahre sprach Maria Theresia es unumwunden aus, daß sie Binder „ihre ganze Erkenntlichkeit schulde“. Kurz darauf ernannte sie ihn zum Staatsrathe, und auch bei jedem sich später ergebenden Anlasse, insbesondere bei Erkrankungen Binders[482]) zeigte sie den lebhaften und herzlichen Antheil, den sie an seinem Schicksale nahm[483]).

Allerdings dachte Joseph dem Freiherrn von Binder die damals noch sehr seltene und daher hochgehaltene Ernennung zum geheimen Rathe zu, und auch der Posten des Directors des Hausarchives war gewiß nur als ein höchst ehrenvoller zu bezeichnen. Dennoch lag die Absicht, welche den Kaiser bei seinem Vorschlage leitete, Binder von der activen Betheiligung an den Staatsgeschäften möglichst auszuschließen, allzusehr auf der Hand, als daß nicht eine Verwirklichung dieses Antrages eine Kränkung für Binder hätte herbeiführen müssen. Eine solche aber wollte Maria Theresia sowohl um Binders, als vielleicht noch mehr um des Fürsten Kaunitz willen, der an Binder mit innigster Freundschaft hing, um jeden Preis vermeiden.

Ein zweiter Stein des Anstoßes lag in dem Vorschlage des Kaisers, den Hofrath bei der Hofkammer, Paul Festetics von Tolna, in den Staatsrath zu berufen. Der Letztere war bekanntlich seiner Zeit zur Besorgung der deutsch-inländischen Geschäfte gegründet worden. Wenn man auch, wie bereits gesagt wurde, schon nach einigen Jahren das Wort „deutsch“ weggelassen hatte, so war dieß zunächst wohl nur geschehen, um anzudeuten, daß sich der Wirkungskreis des Staatsrathes auch auf solche Provinzen der österreichischen Monarchie erstrecke, deren Bevölkerung in überwiegender Anzahl eine nichtdeutsche war.

Auch Ungarn darunter zu verstehen, daran hatte man wenigstens damals kaum gedacht, wenngleich die Fälle manchmal vorkamen, in denen hervorragende Mitglieder des Staatsrathes um ihre Meinung über ungarische Angelegenheiten von besonderer Wichtigkeit angegangen wurden. So ist schon bei der Darstellung der Verhandlungen des ungarischen Landtages von 1764 erzählt worden, daß Graf Blümegen und der Staatsrath Anton König von Kronberg von der Kaiserin den Auftrag erhielten, im Vereine mit dem ungarischen Hofkammerrathe von Cothmann die Gravamina des Landtages und die schon entworfenen Antworten auf dieselben neuerdings zu prüfen und die letzteren einer geeigneten Umarbeitung zu unterziehen[484]). Einen ähnlichen Vorgang zur Regel zu machen und auch die auf Ungarn bezüglichen Geschäfte dem Staatsrathe anzuvertrauen, darauf hatte der Kaiser sein Absehen gerichtet und auch Maria Theresia schien diesem Gedanken nicht abhold zu sein. Wenigstens gab sie den Vorsatz kund, dem Wunsche des Kaisers gemäß Festetics zum Staatsrathe zu ernennen. Ehe sie dieß jedoch wirklich that, wollte sie die Meinung Hatzfeldts vernehmen, den sie, wie Joseph gerathen, an die Spitze des Staatsrathes zu stellen beschloß.

Daß Maria Theresia dieß wollte und dem Staatsrathe in der Person des Grafen Hatzfeldt ein neues Oberhaupt zu geben gedachte, bewies schon der Titel eines „dirigirenden ersten Staatsministers „in inländischen Geschäften", den ihm die Kaiserin verlieh. Und das Handschreiben, das sie am 30. November 1771 an ihn erließ, gibt über die Gesichtspunkte, von denen Maria Theresia bei diesen Verfügungen ausging, und über die Erwartungen, die sie von Hatzfeldt hegte, so wichtige Aufschlüsse, daß es wenigstens zum Theile hier Aufnahme finden muß.

„Die betrübten Umstände," so lautet dessen Anfang, „in welchen „sich die meisten Länder Meiner Monarchie befinden, ja welche noth„wendig auf Mein Aerarium stärkest einfließen, machen Mir die „Zusammenziehung aller Theile unter einer Aufsicht, und die Ver„bindung aller einseitigen Vortheile zu dem allgemeinen Besten als

„das einzige Rettungsmittel betrachten. So sehr des Grafen auf „Meinen Befehl gemachtes System sich dieser bei Mir zur Ueber- „zeugung gewordenen Vollkommenheit näherte, so konnte er doch wegen „Meiner übrigen innerlichen Verfassung nicht alle Theile in sich fassen. „Ungarn, Siebenbürgen, das ganze Militare, das Sanitätswesen und „die illyrischen Sachen waren immer von selbem getrennt, ja wie er „sehr wohl einsah, wäre alle Vereinigung nicht vollkommen gewesen, „wenn er nicht in den Staatsrath, wie er es selbst verlangte, bei- „gezogen worden wäre. Dieses schien mir so überzeugend, daß ich „also zu der wahren Uebersehung, Leitung und Beiwirkung aller „Theile, Länder und Branchen der Monarchie zum allgemeinen Besten „Meinen Staatsrath allein, so Alles sieht, aufzutragen möglich finde."

„Bei selbem aber brauche Ich einen Minister en chef, der „denselben durch die von mir vorgeschriebene Ordnung und Leitung „zu führen wisse. Für selben ist die Kenntniß aller Theile der „Monarchie unentbehrlich, ja die erprobteste Redlichkeit, Diensteifer, „bestbestellter Ruf und Genie höchst nothwendig, da er von mir ein „unumschränktes, und von allen Unterthanen ein hoffnungsvolles Zu- „trauen nothwendig erfordert. Diese Wahl, so schwer als sie ist, ist „doch bei mir ohne Zweifel getroffen. Die Ueberzeugung seiner mir „durch so viele Jahre in allen Theilen ersprießlichst erprobten Dienste, „ja die allgemeine Gerechtigkeit, so ihm von Jedermann geleistet wird, „machen, daß ich den Grafen zu dem Amte Meines Ersten Staats- „ministers, wie es Fürst von Starhemberg bekleidete, ernenne, nicht „zweifelnd, daß diese neue und öffentliche Bezeugung Meines unum- „schränkten Vertrauens zur neuen Probe Meiner vollkommenen Zu- „friedenheit und weiteren Aneiferung Meines in diesem wichtigen Amte „zu befördernden Dienstes dienen wird."

Wir kennen den Wortlaut der Antwort nicht, welche Hatzfeldt der Kaiserin auf ihr Handschreiben ertheilte. Aber das kann wohl mit Bestimmtheit gesagt werden, daß er ihr die Ausdehnung des Geschäftskreises des Staatsrathes auf die ungarischen Länder dringend widerrieth. Da auch Joseph der Meinung Hatzfeldts sich anbe-

quemte [485]), blieb es bei der früheren Einrichtung. Auch der Gedanke, Festetics zum Staatsrathe zu ernennen, wurde fallen gelassen und die Wahl traf den Hofrath Johann Friedrich von Löhr.

Hinsichtlich Binders hingegen geschah der Sache nach so ziemlich dasjenige, was der Kaiser gewollt, während man jedoch gleichzeitig jede Hintansetzung dieses hochverdienten Staatsmannes glücklich vermied. Zum geheimen Rathe ernannt, trat er wieder zur Staatskanzlei zurück, wo er den Platz unmittelbar nach Kaunitz einnahm.

Aber freilich, die einfache Rückkehr zu dem alten Zustande war doch eigentlich dasjenige, was Joseph am wenigsten gewünscht hatte. Bald begannen seine Klagen über die in den inneren Geschäften herrschende Unthätigkeit aufs Neue. „In internis", schrieb er seinem Bruder Leopold im Juni 1772, „geht fortwährend Alles den gleichen „Gang. Man sagt, daß man Aenderungen vornehmen will, aber es „geschieht nicht. So intriguirt alle Welt, Niemand aber arbeitet; das „Herz blutet, wenn man es mit ansieht" [486]). Und drei Monate später schrieb er gleichfalls an Leopold: „Wenn man um meine Meinung „mich frägt über die hundert und fünfzigtausend Bagatellen, mit „denen der Staatsrath alljährlich sich umbringt, so antworte ich jeder„zeit, daß so lang die Grundlage keine andere, alles Beiwerk ganz „nutzlos ist. Mir kommt dieß gerade so vor, als wenn ich einem „Heiden Rath ertheilen müßte, ob er für sein Seelenheil entweder „Jupiter oder den Mond oder Fitzliputzli anbeten solle. Mit Recht „würde ich sagen, so lang er kein Christ wird, so lang wird er nie „zur Rettung seiner Seele gelangen. Denn unter an und für sich „üblen Dingen ist es gleichgültig, welches man wählt" [487]).

Von Tag zu Tag steigerte sich die Bitterkeit dieser Klagen des Kaisers, und wenn sich auch annehmen läßt, daß ihre Veranlassung zum Theile in der ihm eigenen ungeduldigen Hast gesucht werden muß, derzufolge er nichts ruhig erwarten und allmälig heranreifen lassen konnte, so werden sie doch auch nicht als ganz unbegründet zu bezeichnen sein. „Hier ist", schrieb Joseph seinem Bruder Anfangs April 1773 [488]), „die Ungewißheit zu einem unglaublichen Grade

„gestiegen; ich schwöre Dir, daß ich darüber ganz erstarrt bin. Täglich „vermehren sich die Arbeiten und man thut nichts. Ich versichere „Dich, daß ich Tag für Tag von fünf Uhr Morgens bis sechs Uhr „Abends, eine Viertelstunde ausgenommen, während der ich ganz allein „speise, fortwährend bei der Arbeit bin und dennoch geschieht nichts. „Kleinliche Ursachen, Intriguen, durch die ich lange Zeit hindurch „getäuscht wurde, halten Alles auf und vereiteln Alles, und inzwischen „geht Alles zum Teufel. Tauschen wir, mein Freund! Meiner Treu, „ich trete Dir mein Erstgeburtsrecht ohne Linsengericht ab, denn ich „bin von der düstersten Melancholie und ohne Hoffnung für die „Zukunft, indem die Dinge sich nach jeder Richtung hin verschlechtern, „so daß es bald kein Mittel, vorwärts zu kommen, und keine Hoff„nung mehr geben wird, im Leben jemals noch irgend etwas Gutes „zu schaffen. Lebt wohl, Ehre und Ruhm! Gegen meinen Willen „nehme ich Theil an dieser Zerstörung, und mein patriotisches Herz „wird dadurch zerrissen."

Und in der That, waren es die unablässigen Klagen des Kaisers, war es ihre eigene Unzufriedenheit mit den thatsächlich vorhandenen Zuständen, gewiß ist nur, daß Maria Theresia auch dießmal, wie in jeder Bedrängniß, in der sie sich befand, zu ihrem erprobten Rathgeber, dem Fürsten Kaunitz ihre Zuflucht nahm. Mündlich und schriftlich forderte sie ihn auf, ihr seine Meinung über die Art und Weise zu eröffnen, in der den Gebrechen, welche in der „inländischen Staatsverfassung" sich bemerkbar machten und allmälig ihren Verfall herbeizuführen drohten, noch rechtzeitig abgeholfen werden könne.

Weitwendig und methodisch wie immer, aber auch gewissenhaft und einsichtsvoll wie immer entledigte sich Kaunitz auch dießmal wieder der ihm von der Kaiserin gestellten Aufgabe. Nach seinen Andeutungen verfaßte Binder ein umfangreiches Werk, von dem übrigens Kaunitz behauptete, daß er es nicht als das seinige ansehen könne, indem es größtentheils aus verschiedenen Schriften des Kaisers zusammengetragen und nur in eine andere Ordnung gebracht, sowie hie und da mehr erläutert worden sei. Um so bereitwilliger gestehe er dieß ein, als er

„kannst, Regierungsgrundsätze festzustellen, ohne Aenderungen vorzu-
„nehmen in den Aemtern und den Personen. Ich wüßte Dir Nie-
„mand hiezu in Vorschlag zu bringen. Da Kaunitz und Blümegen
„an dem Staatsrathe seit seiner Gründung Antheil genommen haben,
„könnten sie Dich am besten unterrichten. Zur Grundlage nehme ich
„Dein Werk über eine vortheilhaftere Organisirung, so wie das andere
„über die Länderstellen und die bessere Einrichtung der Kreisämter.
„Wenn Du mich erhalten zu sehen wünschest, so ist dieß das einzige
„Mittel hiezu, das ich Dir hiemit vorschlage. Ich verspreche Dir
„mein ganzes Vertrauen, und ich verlange sogar von Dir, daß Du
„mich allsogleich aufmerksam machst, wenn Du findest, daß ich darin
„fehle; es könnte dieß nur durch einen Mißgriff und nie absichtlich
„geschehen. Du hast einst den Staat geliebt; Du widmetest Dich
„ihm ganz allein; was ist denn jetzt aus diesem so berechtigten Ehr-
„geize geworden? Oft habe ich darüber geseufzt, daß dieser einzige
„Zielpunkt Deiner Gedanken Dich Deiner Familie, Deinem häuslichen
„Glücke entzog. Sollte ich jetzt dieses Unglück von neuem erfahren,
„in einem Augenblicke, in welchem ich meinem Verstande Gewalt auf-
„erlegt, und mein Herz über alles das, was es zu wünschen vermochte,
„zum Schweigen gebracht habe? In diesem Augenblicke, sage ich, der
„mir fast das Leben gekostet, finde ich Dich wenigstens mehr mit dem
„Staate beschäftigt. Hilf also einer Mutter, die seit drei und dreißig
„Jahren keinen anderen Gegenstand ihrer Sorge kennt als Dich, die
„in Trostlosigkeit lebt und ebenso sterben wird, wenn sie all ihre liebe-
„vollen Sorgen und Mühen verloren sieht. Sag mir was Du willst
„daß ich thue; nichts wird mir ein zu schweres Opfer sein in der
„grausamen Lage, in der ich mich seit mehr als sechs Jahren befinde“ [497]).

Es existirt keine schriftliche Antwort des Kaisers auf diesen Brief seiner Mutter. Da er aber, wie wir wissen [498]), um jene Zeit in versöhnlichem Sinne an Kaunitz schrieb, so darf der Zwiespalt zwischen Joseph und dem Staatskanzler wohl als ausgeglichen angesehen werden. Kaunitz zögerte nun nicht länger, sein Gutachten über die Vorschläge des Kaisers zu Papier bringen zu lassen. Aber man sieht wohl, daß ihm gar nichts so nahe ging als der Gedanke Josephs, auch für

die auswärtigen Angelegenheiten sei ein geheimes Cabinet zu errichten, um die Geschäftsführung der Staatskanzlei zu leiten und zu überwachen.

Die Letztere wurde nun nach all ihren Richtungen hin von dem Fürsten Kaunitz lebhaft vertheidigt[499]). Er bemühte sich den Nachweis zu führen, daß kein Monarch der Welt von den Ereignissen im Auslande und von dessen politischen Verhältnissen besser unterrichtet werde, als dieß bei der Kaiserin und ihrem Sohne der Fall sei. Auf die Organisation der Staatskanzlei übergehend, bemerkte Kaunitz, daß er, um die unverbrüchliche Bewahrung des Amtsgeheimnisses sicher zu stellen, bei jeder Aufnahme eines neuen Beamten vorerst dessen Charakter und Lebenswandel, und dann erst seine Fähigkeiten in Betracht ziehe. Jedem Mitgliede der Staatskanzlei werde „mit anständiger Achtung" begegnet, und er bemühe sich, seine Beamten nicht nur zufrieden zu stellen, sondern sie auch bei „einem erlaubten Ehrgeize", und in wahrem „Esprit du corps" zu erhalten. Darum genieße er auch seit mehr als zwanzig Jahren das seltene Glück, daß sogar während der gefährlichsten Kriegszeiten, in denen man bekanntlich auf Bestechungen sehr große Geldsummen zu verwenden pflege, nicht die geringste Indiscretion, geschweige denn irgendwelche Verrätherei bei der Staatskanzlei vorgekommen sei; alle ihr allein anvertrauten Geheimnisse seien für Jedermann unerforschlich geblieben. Und ebenso herrsche bei ihr ein so tüchtiger Gemeingeist, daß niemals irgend welche ernste Mißhelligkeit zwischen ihren Mitgliedern vorgekommen sei.

Was die Thätigkeit der diplomatischen Agenten im Auslande anging, so wies Kaunitz darauf hin, daß sie, um sie für ihren Posten tüchtig zu machen, gleich bei dessen Antritt mit einer sehr ausführlichen Instruction versehen würden. Nach Vorausſendung historischer Nachrichten über die früheren Begebenheiten und über die Verhältnisse der Staaten zu einander würden darin die Absichten des Kaiserhofes, insofern dieß erforderlich wäre, näher erläutert, worauf eine vollständige Aufklärung über die obwaltenden besonderen Angelegenheiten und Geschäfte, so wie eine kurze Charakteristik der fremden Minister folge. So lang keine neuen Verhandlungen mit dem betreffenden Hofe

angeknüpft würden, habe es bei dieser allgemeinen Instruction sein Bewenden. Kämen jedoch solche aufs Tapet, dann würden die österreichischen Gesandten im Auslande mit noch viel umständlicheren Vorschriften versehen, als dieß von anderen Höfen gewöhnlich geschehe.

Wenn nun, meint Kaunitz, die Kaiserin und der Kaiser in genauester Kenntniß der auswärtigen Verhältnisse und Geschäfte sich befänden, wenn die Staatskanzlei ihre Pflicht mit größter Gewissenhaftigkeit erfülle und ein Gleiches auch von den diplomatischen Agenten im Auslande gesagt werden könne, wozu solle die in Antrag gebrachte Errichtung eines geheimen Cabinetes zur Leitung und Ueberwachung der Staatskanzlei überhaupt dienen? Er glaube sie daher der Kaiserin dringend widerrathen zu sollen.

Des Staatsrathes und seiner Reorganisirung hatte Kaunitz in seiner Denkschrift fast mit keinem Worte gedacht. Maria Theresia machte ihn jetzt auf diesen Mangel aufmerksam, und sie fügte hinzu, daß sie das ganze große Werk dem Kaiser zu übergeben gedenke, auf daß er es mit Kaunitz, oder mit wem er wolle, einrichte und in Gang bringe. Sie setze ihr unbegrenztes Vertrauen in den Kaiser und werde ihn nicht eher von Wien abreisen lassen, als bis die Sache zu Stande gekommen sei [500]).

Dem Wunsche der Kaiserin gemäß arbeitete nun Kaunitz seine Denkschrift um, und am 10. März 1774 übergab er ihr diese Arbeit. Jetzt standen darin die auf den Staatsrath bezüglichen Fragen im Vordergrunde. Der Fortbestand desselben wurde als nothwendig dargestellt; der Staatsrath vereinige alle Vortheile eines Premierministers in sich, ohne an dessen Nachtheilen zu kranken. Nichts fehle ihm als eine genaue Instruction und feste Grundsätze, an die er sich unwandelbar halten müsse; die Kaiserin möge sie vorzeichnen. Noch niemals habe der Staatsrath die Initiative zu Verbesserungen ergriffen. Der Grund davon sei darin gelegen, daß er allzusehr mit kleinlichen Geschäften überhäuft sei; man müsse ihn von ihnen befreien. Um sich von dem Zustande der einzelnen Provinzen und der Befolgung der

erlassenen Befehle zu unterrichten, hätten die Staatsräthe die Länder zu bereisen und den Zustand der Behörden zu untersuchen. Auch noch andere, auf die Geschäftseintheilung des Staatsrathes bezügliche Reformvorschläge machte Kaunitz. Maria Theresia aber theilte sowohl diese Denkschrift als alle Gutachten, die ihr zugekommen waren, ihrem Sohne mit den folgenden Worten mit:

„Indem ich Dir alle Schriften und Aeußerungen über Dein „großes Werk zurücksende, wirst Du sehen, daß die von Kaunitz, der „besser als alle Anderen in die Sache eingehen konnte und gewohnt ist, „seine Ansicht mit jener Zuversicht und Klarheit zu sagen, die wir lieben „und begehren, mit der Deinigen fast übereinstimmt. Ich bitte Dich also „das zweite Project für die Verbesserung des Staatsrathes in Aus„führung zu bringen, auf daß er uns hülfreich und nützlich sei, denn „ich muß gestehen, daß ich dem ersten Vorschlage wegen Errichtung „eines Cabinetes nicht beistimmen könnte. Alles was Du thun wirst, „wird mir angenehm sein; ich bitte Dich nur keine Verhandlung, „keine Circulation mehr. Wenn Du mit Kaunitz allein oder mit „Hatzfeldt oder selbst mit Blümegen als einem alten Mitgliede des „Staatsrathes reden und Dich berathen willst, habe ich nichts dagegen; „ich bitte Dich nur, Alles noch vor Deiner Abreise in Gang zu bringen, „denn ich gestehe Dir offen, daß diese Last mir zu schwer wird, und „daß ich vielen Dingen ihren Lauf lasse, da ich nicht mehr kann. „Ich sehe die Unzukömmlichkeiten ein, die daraus entstehen, und ich „mache mir verdiente Vorwürfe darüber. Diese Aufregung macht mich „aber dann noch unfähiger, die Pflichten meines schweren Amtes zu „erfüllen. Wenn Du den Staat, wenn Du mich liebst, dann komm' „uns zu Hülfe; Du bist so sehr dazu geeignet und darin besteht für „den Augenblick mein einziger Trost" [501]).

Die Folge all dieser Berathungen war die am 12. Mai 1774 geschehende Erlassung eines neuen Statuts für die Geschäftsbehandlung des Staatsrathes. Die daselbst vorkommenden Angelegenheiten wurden je nach ihrer Bedeutung in vier verschiedene Kategorien getheilt und demgemäß auch der Grad der Sorgfalt abgemessen, die ihnen

zugewendet wurde. Nur die Gegenstände der vierten und höchsten Kategorie, unter denen das, was sich auf sämmtliche österreichische Erbländer bezog, und somit alle Gesetzes- und Organisationsvorschläge verstanden wurden, sollten bei den Mitgliedern des Staatsrathes in Circulation gesetzt und erst nach deren Beendigung in den wochentlichen Sitzungen vorgetragen werden. Auch sonst wurden mancherlei Erleichterungen und Vereinfachungen durchgeführt, und das jetzt erlassene Statut hat sich denn auch eine lange Reihe von Jahren hindurch als tüchtig erprobt [502]).

Als neu hinzukommendes Mitglied des Staatsrathes ist für den Rest der Regierungszeit der Kaiserin Maria Theresia außer dem Feldmarschall Grafen Lacy, von dem später die Rede sein wird, nur mehr der Präsident der Hofrechnungskammer, Graf Ludwig Zinzendorf, und auch er eigentlich nur dem Namen nach zu verzeichnen. Als Maria Theresia im Februar 1773 die bisher selbstständige Hofrechenkammer aufhob und an ihre Stelle eine der Hofkammer untergeordnete Rechenkammer setzte, enthob sie Zinzendorf seines Amtes und ernannte ihn zum Staatsminister in inländischen Geschäften, wie dereinst Pergen und Rosenberg es gewesen. Sie thue dieß, schrieb sie an Kaunitz, in Anbetracht der guten Dienste, die ihr Zinzendorf geleistet, und seines Eifers, denn sie karge sonst sehr mit dieser Auszeichnung [503]). Aber es zeigte sich gar bald, daß es nicht eigentlich auf eine Auszeichnung für Zinzendorf, sondern auf seine Entfernung von den Geschäften abgesehen war. Denn Zinzendorf trat niemals wirklich in den Staatsrath, und er nahm an dessen Verhandlungen nicht den mindesten Antheil [504]).

Wenn also auch nicht von Zinzendorf, der übrigens keine Schuld trug an seiner Fernhaltung vom Staatsrathe, so kann doch von dessen übrigen Mitgliedern gesagt werden, daß sie dem Gedanken, der ihrer Berufung in diese oberste Behörde für die inneren Geschäfte zu Grunde lag, nur wenige, aber die auserwähltesten Diener des Staates zu einer berathenden Versammlung zu vereinigen, in glänzender Weise entsprachen. Neben Hatzfeldt waren es insbesondere Stupan, Gebler

und Kreßl, welche die edelsten Eigenschaften hochgestellter Beamten, tiefe Gründlichkeit des Wissens, Unbestechlichkeit des Urtheils und rückhaltlosen Freimuth in seltenem Grade besaßen.

Fast so wie der Staatsrath, war auch die Staatskanzlei und ihre Zusammensetzung jederzeit ein Gegenstand besonderer Fürsorge der Kaiserin.

Was zunächst das Haupt dieser Behörde, was Kaunitz anging, so ist im Verlaufe dieser Darstellung schon zu oft wiederholten Malen des überaus rücksichtsvollen, von den Gefühlen der Dankbarkeit, des Vertrauens und der Bewunderung eingegebenen Benehmens der Kaiserin gegen ihn Erwähnung geschehen. So einzig war seine Stellung im österreichischen Staatsleben, daß es wohl gestattet sein wird, einen Augenblick bei ihr zu verweilen.

Daß Kaunitz, der seit seinem Eintritte in das Mannesalter bis zu dem Augenblicke, in welchem er die Leitung der auswärtigen Geschäfte übernahm, fast nur im Auslande gedient und sich nahezu ununterbrochen daselbst aufgehalten hatte, eine seltene Kenntniß von den politischen Verhältnissen der fremden Staaten und von ihren Beziehungen zu einander und zu Oesterreich besaß, ist keineswegs erstaunlich. Daß diese Kenntniß durch einen ganz unermeßlichen Schatz von Erfahrungen bereichert wurde, welche Kaunitz während der langen Reihe von Jahren, die er an der Spitze der auswärtigen Geschäfte stand, zu sammeln vermochte, war gleichfalls nur in der Natur der Sache gelegen. Die den wahrhaft großen Staatsmann bekundende Art und Weise, in der Kaunitz diese Kenntnisse und diese Erfahrungen zum Besten der Monarchin und des Staates, denen er diente, zu verwerthen verstand, ist es jedoch, welche unsere ganze Bewunderung erregt. Und aufs höchste wird dieselbe durch die Wahrnehmung gesteigert, daß Kaunitz auch in allen inneren Fragen von irgend welcher Bedeutung, sie mochten die confessionellen Angelegenheiten oder das Unterrichtswesen, die Verwaltung des Staates, die Gesetzgebung und die Handhabung der Justiz, die Finanzen und den Handel, ja sogar das Kriegswesen angehen, so erleuchtete Ansichten aussprach, so tief durch-

dachte und so zweckmäßige Rathschläge ertheilte, daß auch auf diesen, seinem eigentlichen Geschäftskreise so fern liegenden Gebieten seine Meinung fast immer zur Richtschnur der zu ergreifenden Maßregeln wurde.

In hohem Grade bemerkenswerth ist es, daß eine in geistigem Sinne so großartig angelegte Persönlichkeit wie Kaunitz den mächtigen Eindruck, den sie auf Jeden, der ihr nahte und mit ihr verkehrte, hätte hervorbringen müssen, durch kleinliche, oft ans Kindische streifende Eigenschaften und Gewohnheiten so sehr beeinträchtigte. Die Länge der Zeit und die Sorgfalt, die er auch noch in hohem Alter auf seinen Anzug verwendete, die Wichtigkeit, die er der Form, den Farben und den Stoffen seiner Kleidungsstücke beimaß, waren sprichwörtlich geworden und gaben ihn oft dem Spotte preis. In noch höherem Maße geschah dieß durch seine überängstliche Sorgfalt für seine Gesundheit, durch seine unglaubliche Furcht vor ansteckenden Krankheiten, durch seinen Schrecken vor dem Tode. Und wie es so oft geschieht, daß Männer von wahrhaft bewunderungswürdiger geistiger Begabung weniger auf diese als auf irgend eine Geschicklichkeit von verhältnißmäßig geringer Bedeutung sich einbilden, so war dieß auch bei Kaunitz der Fall. Er hielt sich für den ersten und besten Reiter der Welt. Täglich brachte er einige Stunden auf seiner Reitbahn zu, die er für die vorzüglichste in Deutschland erklärte. Er liebte es, bei seinen Reitübungen Zuschauer zu haben, die übrigens von den gekünstelten Bewegungen des Fürsten zu Pferde mehr belustigt als in Bewunderung versetzt wurden, wovon sie sich freilich nicht das Geringste merken lassen durften.

Es versteht sich wohl von selbst, daß all diese Sonderbarkeiten dem einfachen und natürlichen Sinne der Kaiserin durchaus nicht sympathisch sein konnten. Aber wie gering wogen sie in ihren Augen im Vergleiche zu sonstigen Bedenken, die sie bedrückten? Davon waren es namentlich zwei, welche an Wichtigkeit für sie alle anderen überboten. Der freie Verkehr, den Kaunitz, seit dem Jahre 1749 verwittwet, mit Frauen unterhielt, sagte ihr durchaus nicht zu, und ebenso bereitete

„dieses Papier nicht Raum hat, kann ich Sie versichern, daß Sie nie „einen Irrthum begingen, wenn Sie aus eigenem Antriebe handelten. „Stammen aber jene Beweggründe aus getheiltem Vertrauen, dann „sind sie irrig, denn Sie besitzen zu viel Verstand, um sich so weit „zu verblenden, meine Unerfahrenheit auf die gleiche Stufe zu stellen „mit dem wohlerworbenen Rufe, den Talenten und den Hülfsmitteln „anderer Minister, die seit einer so langen Reihe von Jahren Ihr „Vertrauen verdienten und sich dasjenige Europa's erwarben. Wenn „Sie sich fürchten, mir weh zu thun, dann mögen Sie überzeugt sein, „daß ich, keineswegs starrköpfig auf meiner Meinung beharrend, nichts „will als das Gute und mir selbst gegenüber vorwurfsfrei zu sein. „Verwerfen Sie also immerhin meine Ideen; ich versichere Sie, daß „mich das nicht im Geringsten verletzen wird. Verlangen Sie aber „meine Anschauung zu vernehmen, dann müssen Sie mir erlauben, „mich von meiner Ueberzeugung und meiner Einsicht allein leiten „zu lassen."

„Um Sie nicht länger mit Gefühlen zu langweilen, deren „Wirkungen Sie täglich gesehen haben müssen, mögen Sie mir ge„statten, Sie um des Wohles des Staates, um seiner Ruhe, um „meines Glückes und um aller derjenigen willen, die es angeht, um „eine Gnade zu bitten. Sie besteht darin, daß Sie mich und alle „Ihre Minister nur als Ihre Räthe und Ihre Diener betrachten, „und daß wir für nichts Anderes zu gelten haben als Ihre Befehle „einzuholen und sie zur Ausführung zu bringen. Darin besteht unsere „alleinige und einzige Pflicht. Alles was in irgend einer Richtung „geschieht, soll von Ihnen ausgehen. Sie allein können der gemein„schaftliche Mittelpunkt sein; dorthin soll Alles zuströmen und wieder „abfließen. So wie wir nur eine Meinung und keinen Willen haben „können, so sollen Sie nur einen Willen und keine Meinung haben. „Sie werden es selbst einsehen, welche Verwirrung es hervorbringt, „wenn man annimmt oder Sie sogar sagen hört, daß Dinge ohne „Ihr Wissen oder gegen Ihren Willen und Ihre Ansicht geschehen, „daß Sie sich in irgend ein Departement nicht mischten, oder ähn„liche Reden. Wenn die Personen, die Ihnen gegenwärtig, mich nicht

„ausgenommen, zur Verfügung stehen, aus irgend einer Ursache nicht „in der Lage wären, Ihnen in solcher Weise zu dienen, so wechseln „Sie doch mit denselben. Bin ich in Anbetracht meiner Geburt und „der Rechte, welche die Natur und mein Glück mir noch mehr auf „Ihr Herz als auf Ihre Länder verleihen, Ihnen unbequem, oder „halten Sie es für gefährlich, meine Ansichten zu vernehmen, oder für „unpassend, mich zu verwenden, entfremdet Ihnen meine Persönlichkeit „Leute, die hundertmal nützlicher oder fähiger sind als ich, dann ge„stehen Sie mir um Gottes und Ihres eigenen Ansehens, um Ihrer „Pflicht willen und aus Liebe zu mir die von mir so sehr gewünschte „Entfernung zu. Keiner von Allen, die mir als präsumtive Thronerben „vorhergingen oder meine Zeitgenossen und Collegen sind, ist in solcher „Weise verwendet, warum soll denn ich es sein? Ueberlassen Sie mich „meinen Reichsgeschäften, den Büchern und anständigen Vergnügungen; „ich wünsche nichts weiter. Warum mich des angenehmen Lebens be„rauben, welches ich da zu führen vermöchte, warum mich vor der „Zeit in all die Verlegenheiten der Regierung stürzen und mich noch „überdieß dem grausamen und schrecklichen Zweifel preisgeben, daß „vielleicht ich Unglückseliger es bin, der, ohne es zu wollen, indem ich „mir selbst durch meine Beschäftigung mit den unangenehmsten Dingen „das Leben verhaßt mache, gleichwohl das Werkzeug und die Ursache „ist, wodurch Ihnen Kummer verursacht und Verwirrung, Unordnung, „Unzufriedenheit und Ueberdruß, ja vielleicht der Verlust Ihrer Minister „herbeigeführt wird? Ich liebe nichts auf dieser Welt als Sie und „den Staat; entscheiden und handeln Sie! Dächte ich nur an mich, „so wüßte ich wohl was ich thun würde. Für die Dauer meines „Lebens bin ich zu Ihrem Befehle“ [496]).

Man kann sich wohl denken, mit welchen Gefühlen Maria Theresia dieses Schreiben ihres Sohnes durchlas, und welch tiefen Eindruck es auf sie hervorbrachte. Den Ausdruck dessen, was sie hiebei empfand, und gleichzeitig ein Kennzeichen ihres Bestrebens, von der weicheren Stimmung des Kaisers Vortheil zu ziehen für den Staat, wird man in der Antwort erblicken, die sie binnen kurzem an Joseph ergehen ließ. „Seit dem Billet, das Du mir neulich geschrieben,“

die auswärtigen Angelegenheiten sei ein geheimes Cabinet zu errichten, um die Geschäftsführung der Staatskanzlei zu leiten und zu überwachen.

Die Letztere wurde nun nach all ihren Richtungen hin von dem Fürsten Kaunitz lebhaft vertheidigt[199]). Er bemühte sich den Nachweis zu führen, daß kein Monarch der Welt von den Ereignissen im Auslande und von dessen politischen Verhältnissen besser unterrichtet werde, als dieß bei der Kaiserin und ihrem Sohne der Fall sei. Auf die Organisation der Staatskanzlei übergehend, bemerkte Kaunitz, daß er, um die unverbrüchliche Bewahrung des Amtsgeheimnisses sicher zu stellen, bei jeder Aufnahme eines neuen Beamten vorerst dessen Charakter und Lebenswandel, und dann erst seine Fähigkeiten in Betracht ziehe. Jedem Mitgliede der Staatskanzlei werde „mit anständiger Achtung" begegnet, und er bemühe sich, seine Beamten nicht nur zufrieden zu stellen, sondern sie auch bei „einem erlaubten Ehrgeize", und in wahrem „Esprit du corps" zu erhalten. Darum genieße er auch seit mehr als zwanzig Jahren das seltene Glück, daß sogar während der gefährlichsten Kriegszeiten, in denen man bekanntlich auf Bestechungen sehr große Geldsummen zu verwenden pflege, nicht die geringste Indiscretion, geschweige denn irgendwelche Verrätherei bei der Staatskanzlei vorgekommen sei; alle ihr allein anvertrauten Geheimnisse seien für Jedermann unerforschlich geblieben. Und ebenso herrsche bei ihr ein so tüchtiger Gemeingeist, daß niemals irgend welche ernste Mißhelligkeit zwischen ihren Mitgliedern vorgekommen sei.

Was die Thätigkeit der diplomatischen Agenten im Auslande anging, so wies Kaunitz darauf hin, daß sie, um sie für ihren Posten tüchtig zu machen, gleich bei dessen Antritt mit einer sehr ausführlichen Instruction versehen würden. Nach Vorausſendung historischer Nachrichten über die früheren Begebenheiten und über die Verhältnisse der Staaten zu einander würden darin die Absichten des Kaiserhofes, insofern dieß erforderlich wäre, näher erläutert, worauf eine vollständige Aufklärung über die obwaltenden besonderen Angelegenheiten und Geschäfte, so wie eine kurze Charakteristik der fremden Minister folge. So lang keine neuen Verhandlungen mit dem betreffenden Hofe

angeknüpft würden, habe es bei dieser allgemeinen Instruction sein Bewenden. Kämen jedoch solche aufs Tapet, dann würden die österreichischen Gesandten im Auslande mit noch viel umständlicheren Vorschriften versehen, als dieß von anderen Höfen gewöhnlich geschehe.

Wenn nun, meint Kaunitz, die Kaiserin und der Kaiser in genauester Kenntniß der auswärtigen Verhältnisse und Geschäfte sich befänden, wenn die Staatskanzlei ihre Pflicht mit größter Gewissenhaftigkeit erfülle und ein Gleiches auch von den diplomatischen Agenten im Auslande gesagt werden könne, wozu solle die in Antrag gebrachte Errichtung eines geheimen Cabinetes zur Leitung und Ueberwachung der Staatskanzlei überhaupt dienen? Er glaube sie daher der Kaiserin dringend widerrathen zu sollen.

Des Staatsrathes und seiner Reorganisirung hatte Kaunitz in seiner Denkschrift fast mit keinem Worte gedacht. Maria Theresia machte ihn jetzt auf diesen Mangel aufmerksam, und sie fügte hinzu, daß sie das ganze große Werk dem Kaiser zu übergeben gedenke, auf daß er es mit Kaunitz, oder mit wem er wolle, einrichte und in Gang bringe. Sie setze ihr unbegrenztes Vertrauen in den Kaiser und werde ihn nicht eher von Wien abreisen lassen, als bis die Sache zu Stande gekommen sei[500]).

Dem Wunsche der Kaiserin gemäß arbeitete nun Kaunitz seine Denkschrift um, und am 10. März 1774 übergab er ihr diese Arbeit. Jetzt standen darin die auf den Staatsrath bezüglichen Fragen im Vordergrunde. Der Fortbestand desselben wurde als nothwendig dargestellt; der Staatsrath vereinige alle Vortheile eines Premierministers in sich, ohne an dessen Nachtheilen zu kranken. Nichts fehle ihm als eine genaue Instruction und feste Grundsätze, an die er sich unwandelbar halten müsse; die Kaiserin möge sie vorzeichnen. Noch niemals habe der Staatsrath die Initiative zu Verbesserungen ergriffen. Der Grund davon sei darin gelegen [illegible] sehr m[illegible] Geschäften überhäuft sei; man müsse [illegible] von dem Zustande der einzelnen [illegible]

die auswärtigen Angelegenheiten sei ein geheimes Cabinet zu errichten, um die Geschäftsführung der Staatskanzlei zu leiten und zu überwachen.

Die Letztere wurde nun nach all ihren Richtungen hin von dem Fürsten Kaunitz lebhaft vertheidigt[499]). Er bemühte sich den Nachweis zu führen, daß kein Monarch der Welt von den Ereignissen im Auslande und von dessen politischen Verhältnissen besser unterrichtet werde, als dieß bei der Kaiserin und ihrem Sohne der Fall sei. Auf die Organisation der Staatskanzlei übergehend, bemerkte Kaunitz, daß er, um die unverbrüchliche Bewahrung des Amtsgeheimnisses sicher zu stellen, bei jeder Aufnahme eines neuen Beamten vorerst dessen Charakter und Lebenswandel, und dann erst seine Fähigkeiten in Betracht ziehe. Jedem Mitgliede der Staatskanzlei werde „mit anständiger Achtung" begegnet, und er bemühe sich, seine Beamten nicht nur zufrieden zu stellen, sondern sie auch bei „einem erlaubten Ehrgeize", und in wahrem „Esprit du corps" zu erhalten. Darum genieße er auch seit mehr als zwanzig Jahren das seltene Glück, daß sogar während der gefährlichsten Kriegszeiten, in denen man bekanntlich auf Bestechungen sehr große Geldsummen zu verwenden pflege, nicht die geringste Indiscretion, geschweige denn irgendwelche Verrätherei bei der Staatskanzlei vorgekommen sei; alle ihr allein anvertrauten Geheimnisse seien für Jedermann unerforschlich geblieben. Und ebenso herrsche bei ihr ein so tüchtiger Gemeingeist, daß niemals irgend welche ernste Mißhelligkeit zwischen ihren Mitgliedern vorgekommen sei.

Was die Thätigkeit der diplomatischen Agenten im Auslande anging, so wies Kaunitz darauf hin, daß sie, um sie für ihren Posten tüchtig zu machen, gleich bei dessen Antritt mit einer sehr ausführlichen Instruction versehen würden. Nach Voraussendung historischer Nachrichten über die früheren Begebenheiten und über die Verhältnisse der Staaten zu einander würden darin die Absichten des Kaiserhofes, insofern dieß erforderlich wäre, näher erläutert, worauf eine vollständige Aufklärung über die obwaltenden besonderen Angelegenheiten und Geschäfte, so wie eine kurze Charakteristik der fremden Minister folge. So lang keine neuen Verhandlungen mit dem betreffenden Hofe

angeknüpft würden, habe es bei dieser allgemeinen Instruction sein Bewenden. Kämen jedoch solche aufs Tapet, dann würden die österreichischen Gesandten im Auslande mit noch viel umständlicheren Vorschriften versehen, als dieß von anderen Höfen gewöhnlich geschehe.

Wenn nun, meint Kaunitz, die Kaiserin und der Kaiser in genauester Kenntniß der auswärtigen Verhältnisse und Geschäfte sich befänden, wenn die Staatskanzlei ihre Pflicht mit größter Gewissenhaftigkeit erfülle und ein Gleiches auch von den diplomatischen Agenten im Auslande gesagt werden könne, wozu solle die in Antrag gebrachte Errichtung eines geheimen Cabinetes zur Leitung und Ueberwachung der Staatskanzlei überhaupt dienen? Er glaube sie daher der Kaiserin dringend widerrathen zu sollen.

Des Staatsrathes und seiner Reorganisirung hatte Kaunitz in seiner Denkschrift fast mit keinem Worte gedacht. Maria Theresia machte ihn jetzt auf diesen Mangel aufmerksam, und sie fügte hinzu, daß sie das ganze große Werk dem Kaiser zu übergeben gedenke, auf daß er es mit Kaunitz, oder mit wem er wolle, einrichte und in Gang bringe. Sie setze ihr unbegrenztes Vertrauen in den Kaiser und werde ihn nicht eher von Wien abreisen lassen, als bis die Sache zu Stande gekommen sei [500]).

Dem Wunsche der Kaiserin gemäß arbeitete nun Kaunitz seine Denkschrift um, und am 10. März 1774 übergab er ihr diese Arbeit. Jetzt standen darin die auf den Staatsrath bezüglichen Fragen im Vordergrunde. Der Fortbestand desselben wurde als nothwendig dargestellt; der Staatsrath vereinige alle Vortheile eines Premierministers in sich, ohne an dessen Nachtheilen zu kranken. Nichts fehle ihm als eine genaue Instruction und feste Grundsätze, an die er sich unwandelbar halten müsse; die Kaiserin möge sie vorzeichnen. Noch niemals habe der Staatsrath die Initiative zu Verbesserungen ergriffen. Der Grund davon sei darin gelegen, daß er allzusehr mit kleinlichen Geschäften überhäuft sei; man müsse ihn von ihnen befreien. Um sich von dem Zustande der einzelnen Provinzen und der Befolgung der

erlassenen Befehle zu unterrichten, hätten die Staatsräthe die Länder zu bereisen und den Zustand der Behörden zu untersuchen. Auch noch andere, auf die Geschäftseintheilung des Staatsrathes bezügliche Reformvorschläge machte Kaunitz. Maria Theresia aber theilte sowohl diese Denkschrift als alle Gutachten, die ihr zugekommen waren, ihrem Sohne mit den folgenden Worten mit:

„Indem ich Dir alle Schriften und Aeußerungen über Dein „großes Werk zurücksende, wirst Du sehen, daß die von Kaunitz, der „besser als alle Anderen in die Sache eingehen konnte und gewohnt ist, „seine Ansicht mit jener Zuversicht und Klarheit zu sagen, die wir lieben „und begehren, mit der Deinigen fast übereinstimmt. Ich bitte Dich also „das zweite Project für die Verbesserung des Staatsrathes in Aus„führung zu bringen, auf daß er uns hülfreich und nützlich sei, denn „ich muß gestehen, daß ich dem ersten Vorschlage wegen Errichtung „eines Cabinetes nicht beistimmen könnte. Alles was Du thun wirst, „wird mir angenehm sein; ich bitte Dich nur keine Verhandlung, „keine Circulation mehr. Wenn Du mit Kaunitz allein oder mit „Hatzfeldt oder selbst mit Blümegen als einem alten Mitgliede des „Staatsrathes reden und Dich berathen willst, habe ich nichts dagegen; „ich bitte Dich nur, Alles noch vor Deiner Abreise in Gang zu bringen, „denn ich gestehe Dir offen, daß diese Last mir zu schwer wird, und „daß ich vielen Dingen ihren Lauf lasse, da ich nicht mehr kann. „Ich sehe die Unzukömmlichkeiten ein, die daraus entstehen, und ich „mache mir verdiente Vorwürfe darüber. Diese Aufregung macht mich „aber dann noch unfähiger, die Pflichten meines schweren Amtes zu „erfüllen. Wenn Du den Staat, wenn Du mich liebst, dann komm' „uns zu Hülfe; Du bist so sehr dazu geeignet und darin besteht für „den Augenblick mein einziger Trost" [501]).

Die Folge all dieser Berathungen war die am 12. Mai 1774 geschehende Erlassung eines neuen Statuts für die Geschäftsbehandlung des Staatsrathes. Die daselbst vorkommenden Angelegenheiten wurden je nach ihrer Bedeutung in vier verschiedene Kategorien getheilt und demgemäß auch der Grad der Sorgfalt abgemessen, die ihnen

zugewendet wurde. Nur die Gegenstände der vierten und höchsten Kategorie, unter denen das, was sich auf sämmtliche österreichische Erbländer bezog, und somit alle Gesetzes- und Organisationsvorschläge verstanden wurden, sollten bei den Mitgliedern des Staatsrathes in Circulation gesetzt und erst nach deren Beendigung in den wochentlichen Sitzungen vorgetragen werden. Auch sonst wurden mancherlei Erleichterungen und Vereinfachungen durchgeführt, und das jetzt erlassene Statut hat sich denn auch eine lange Reihe von Jahren hindurch als tüchtig erprobt [502]).

Als neu hinzukommendes Mitglied des Staatsrathes ist für den Rest der Regierungszeit der Kaiserin Maria Theresia außer dem Feldmarschall Grafen Lacy, von dem später die Rede sein wird, nur mehr der Präsident der Hofrechnungskammer, Graf Ludwig Zinzendorf, und auch er eigentlich nur dem Namen nach zu verzeichnen. Als Maria Theresia im Februar 1773 die bisher selbstständige Hofrechenkammer aufhob und an ihre Stelle eine der Hofkammer untergeordnete Rechenkammer setzte, enthob sie Zinzendorf seines Amtes und ernannte ihn zum Staatsminister in inländischen Geschäften, wie dereinst Pergen und Rosenberg es gewesen. Sie thue dieß, schrieb sie an Kaunitz, in Anbetracht der guten Dienste, die ihr Zinzendorf geleistet, und seines Eifers, denn sie karge sonst sehr mit dieser Auszeichnung [503]). Aber es zeigte sich gar bald, daß es nicht eigentlich auf eine Auszeichnung für Zinzendorf, sondern auf seine Entfernung von den Geschäften abgesehen war. Denn Zinzendorf trat niemals wirklich in den Staatsrath, und er nahm an dessen Verhandlungen nicht den mindesten Antheil [504]).

Wenn also auch nicht von Zinzendorf, der übrigens keine Schuld trug an seiner Fernhaltung vom Staatsrathe, so kann doch von dessen übrigen Mitgliedern gesagt werden, daß sie dem Gedanken, der ihrer Berufung in diese oberste Behörde für die inneren Geschäfte zu Grunde lag, nur wenige, aber die auserwähltesten Diener des Staates zu einer berathenden Versammlung zu vereinigen, in glänzender Weise entsprachen. Neben Hatzfeldt waren es insbesondere Stupan, Gebler

und Kreßl, welche die edelsten Eigenschaften hochgestellter Beamten, tiefe Gründlichkeit des Wissens, Unbestechlichkeit des Urtheils und rückhaltlosen Freimuth in seltenem Grade besaßen.

Fast so wie der Staatsrath, war auch die Staatskanzlei und ihre Zusammensetzung jederzeit ein Gegenstand besonderer Fürsorge der Kaiserin.

Was zunächst das Haupt dieser Behörde, was Kaunitz anging, so ist im Verlaufe dieser Darstellung schon zu oft wiederholten Malen des überaus rücksichtsvollen, von den Gefühlen der Dankbarkeit, des Vertrauens und der Bewunderung eingegebenen Benehmens der Kaiserin gegen ihn Erwähnung geschehen. So einzig war seine Stellung im österreichischen Staatsleben, daß es wohl gestattet sein wird, einen Augenblick bei ihr zu verweilen.

Daß Kaunitz, der seit seinem Eintritte in das Mannesalter bis zu dem Augenblicke, in welchem er die Leitung der auswärtigen Geschäfte übernahm, fast nur im Auslande gedient und sich nahezu ununterbrochen daselbst aufgehalten hatte, eine seltene Kenntniß von den politischen Verhältnissen der fremden Staaten und von ihren Beziehungen zu einander und zu Oesterreich besaß, ist keineswegs erstaunlich. Daß diese Kenntniß durch einen ganz unermeßlichen Schatz von Erfahrungen bereichert wurde, welche Kaunitz während der langen Reihe von Jahren, die er an der Spitze der auswärtigen Geschäfte stand, zu sammeln vermochte, war gleichfalls nur in der Natur der Sache gelegen. Die den wahrhaft großen Staatsmann bekundende Art und Weise, in der Kaunitz diese Kenntnisse und diese Erfahrungen zum Besten der Monarchin und des Staates, denen er diente, zu verwerthen verstand, ist es jedoch, welche unsere ganze Bewunderung erregt. Und aufs höchste wird dieselbe durch die Wahrnehmung gesteigert, daß Kaunitz auch in allen inneren Fragen von irgend welcher Bedeutung, sie mochten die confessionellen Angelegenheiten oder das Unterrichtswesen, die Verwaltung des Staates, die Gesetzgebung und die Handhabung der Justiz, die Finanzen und den Handel, ja sogar das Kriegswesen angehen, so erleuchtete Ansichten aussprach, so tief durch-

dachte und so zweckmäßige Rathschläge ertheilte, daß auch auf diesen, seinem eigentlichen Geschäftskreise so fern liegenden Gebieten seine Meinung fast immer zur Richtschnur der zu ergreifenden Maßregeln wurde.

In hohem Grade bemerkenswerth ist es, daß eine in geistigem Sinne so großartig angelegte Persönlichkeit wie Kaunitz den mächtigen Eindruck, den sie auf Jeden, der ihr nahte und mit ihr verkehrte, hätte hervorbringen müssen, durch kleinliche, oft ans Kindische streifende Eigenschaften und Gewohnheiten so sehr beeinträchtigte. Die Länge der Zeit und die Sorgfalt, die er auch noch in hohem Alter auf seinen Anzug verwendete, die Wichtigkeit, die er der Form, den Farben und den Stoffen seiner Kleidungsstücke beimaß, waren sprichwörtlich geworden und gaben ihn oft dem Spotte preis. In noch höherem Maße geschah dieß durch seine überängstliche Sorgfalt für seine Gesundheit, durch seine unglaubliche Furcht vor ansteckenden Krankheiten, durch seinen Schrecken vor dem Tode. Und wie es so oft geschieht, daß Männer von wahrhaft bewunderungswürdiger geistiger Begabung weniger auf diese als auf irgend eine Geschicklichkeit von verhältnißmäßig geringer Bedeutung sich einbilden, so war dieß auch bei Kaunitz der Fall. Er hielt sich für den ersten und besten Reiter der Welt. Täglich brachte er einige Stunden auf seiner Reitbahn zu, die er für die vorzüglichste in Deutschland erklärte. Er liebte es, bei seinen Reitübungen Zuschauer zu haben, die übrigens von den gekünstelten Bewegungen des Fürsten zu Pferde mehr belustigt als in Bewunderung versetzt wurden, wovon sie sich freilich nicht das Geringste merken lassen durften.

Es versteht sich wohl von selbst, daß all diese Sonderbarkeiten dem einfachen und natürlichen Sinne der Kaiserin durchaus nicht sympathisch sein konnten. Aber wie gering wogen sie in ihren Augen im Vergleiche zu sonstigen Bedenken, die sie bedrückten? Davon waren es namentlich zwei, welche an Wichtigkeit für sie alle anderen überboten. Der freie Verkehr, den Kaunitz, seit dem Jahre 1749 verwitwet, mit Frauen unterhielt, sagte ihr durchaus nicht zu, und ebenso bereitete

er ihr durch seine Denkungsweise in Glaubenssachen gar tiefen Kummer. Obwohl er sich äußerlich der Beobachtung der Pflichten nicht entzog, welche die katholische Kirche ihren Bekennern vorschreibt, so verhehlte er doch nicht, wie lebhaft und innig er den antikirchlichen Ideen sich anschloß, wie sie damals durch die Schriften Voltaire's und seiner Gesinnungsgenossen in ganz Europa verbreitet wurden.

Ueberhaupt muß die geistige Richtung, die Kaunitz schon in seiner Jugend — recht im Gegensatze zu seiner durch und durch deutschgesinnten Mutter — einschlug, und welche er später immer mehr bei sich ausbildete, eine vorzugsweise französische genannt werden. An französischen Büchern, an französischen Stücken fand er das größte Gefallen, und deutsche Producte dieser Art konnten sich nach seiner Meinung niemals mit französischen messen. Darum stritt er auch, wie wir gesehen haben, mit so viel Hartnäckigkeit für die Beibehaltung des französischen Theaters in Wien, und Alles, was aus Frankreich kam und französisches Gepräge an sich trug, konnte schon im voraus seines lebhaften Beifalls gewiß sein, während Maria Theresia hingegen Allem, was deutschen Ursprunges war, bei weitem den Vorzug gab.

Trotz dieses so häufigen Zwiespaltes zwischen den beiderseitigen Anschauungen herrschte doch zwischen Maria Theresia und Kaunitz, und zwar von dem ersten Augenblicke angefangen, in welchem er in nähere Beziehungen zu ihr trat, bis zu ihrem Tode eine persönliche Innigkeit und ein Geist des unerschütterlichsten Vertrauens, wie sie zwischen Monarchen und Dienern des Staates nur selten zu finden sind. Man wird nicht Anlaß zu einem Mißverständnisse geben, wenn man die Behauptung aufstellt, daß Kaunitz die Kaiserin wahrhaft liebte und ihr mit einer Tiefe des Gefühls ergeben war, dem er sonst gegen Niemand sich zugänglich zeigte. Auch daß er — im Februar 1711 geboren — um mehr als sechs Jahre älter war als sie, daß er außerdem in den schwierigsten Lagen ihres Lebens — ihre erste Regierungszeit ausgenommen — ihr als Rathgeber zur Seite gestanden war und sie zu muthvollem Ausharren bestimmt hatte, Alles das machte daß

Kaunitz, voll Selbſtgefühl wie er war, die Machtſtellung der Kaiſerin faſt wie ſein eigenes Werk anſah und als ſolches vielleicht noch mehr hochhielt, als er dieß ſonſt wohl gethan hätte. Maria Thereſia aber ließ ſich das Alles bereitwillig gefallen. Es ſchien als ob ſie ſich nicht ungern in eine gewiſſe Unterordnung unter Kaunitz, in eine Art Bevormundung von ſeiner Seite gefügt hätte. In den offenſten, freimüthigſten Ton ſeiner Vorſtellungen wußte ſie ſich zu finden. Vielleicht manchmal durch Vorwürfe, die er ihr machte, gekränkt, war ſie doch niemals durch die Rückhaltloſigkeit ſeiner Meinungsäußerungen beleidigt. Ja gerade in ſolchen Fällen geſchah es am öfteſten, daß ſie ihn mit Lobeserhebungen überhäufte und ihn aufs dringendſte bat, nur immer mit ſo unbegrenzter Offenheit zu ihr zu ſprechen und ſie nie zu verlaſſen.

Die üble Gewohnheit der Kaiſerin, ihren Briefen und Billeten, insbeſondere aber den letzteren faſt niemals ein Datum beizuſetzen, macht es oft ſchwer, wenn nicht unmöglich, die Angelegenheit näher zu bezeichnen, auf welche die Worte ſich beziehen, die ſie an Kaunitz ſchreibt, und in denen faſt immer Verſicherungen des Dankes, der Anerkennung, der Bewunderung ſich finden. „Gott vergelte es Ihnen", ſo heißt es einmal; „Sie haben mir das Leben wiedergegeben; ich „kann Ihnen nicht genug dafür danken. Welcher Unterſchied mit „allem Uebrigen! Ich beſchwöre Sie, mich für die Zukunft in dieſer „Angelegenheit zu leiten, denn man muß Vortheil daraus ziehen und „ich bedarf gar ſehr Ihrer Hülfe" [505]).

„Hier iſt", ſchreibt ſie ein andermal, „die Abſchrift des Originals, „welches ich ſogleich dem Kaiſer zuſenden will. Ich theilte es Ihnen „nicht früher mit, um ſagen zu können, daß Sie es nicht ſahen; ich „werde ihm ſagen, daß ich Ihnen die Abſchrift ſchicke. Ich habe nichts „weiter hinzuzufügen; ich habe Alles geſagt. Ich brauche Sie nicht „zu ermuntern, mir zu rathen und zu helfen; ich beſitze ja zu viele „Proben Ihrer Anhänglichkeit und Ihrer Gefühle. Gern möchte ich „Ihren Rath vernehmen, denn dieß Alles iſt nur ein wenig „Entwurf. Ich befand mich immer ſo gut bei Ihren!

„daß ich mich denselben vollständig überlasse, und ich würde nebst viel „anderer Dankbarkeit auch noch die Verpflichtung gegen Sie haben, „daß Sie das Wohl meiner Familie wie dasjenige des Staates „begründeten" [506]).

„In diesem Augenblicke habe ich", so lautet ein drittes Billet der Kaiserin an Kaunitz, „die Durchlesung Ihres großen Werkes „beendigt, welches ich sehr gut finde und das mir ein wenig zum „Troste und zur Ermuthigung diente, obgleich viel dazu gehört. Ich „wünsche daß es auf meinen Sohn ebenso wirke, aber nicht um ihn „noch mehr aufzustacheln, sondern um ihn von der Wahrheit zu über„zeugen und die Lust in ihm zu erwecken, eher dem Beispiele seiner „Vorfahren als dem eines fremden Tyrannen zu folgen. Ich bin „Ihnen sehr für dieses bedeutsame Werk verbunden, welches große „Dinge enthält; man muß es mehrmals lesen. Ich wünsche daß mein „Sohn es lese wie er soll, und damit sich beschäftige. Ich werde es „ihm erst morgen oder vielleicht sogar später geben, ohne ihm meine „Meinung zu sagen" [507]).

Besonders mag es Kaunitz, der ja fortwährend mit seiner Gesundheit beschäftigt war, geschmeichelt haben, daß auch Maria Theresia so viel an sie dachte. Alle Augenblicke war dieß der Fall, und unabläßig erhielt er hievon neue Kennzeichen von ihr. „Ich hoffe, „Ihre Gesundheit ist gut; ich sehne mich Sie zu sehen und kann mich „an das Gegentheil nicht gewöhnen" [508]). „Aus Dankbarkeit wie aus „Freundschaft liegt mir Ihre Erhaltung gar sehr am Herzen. Ich „freue mich daß Ihnen Ihr kurzer Landaufenthalt wohlgethan; mir „schien er lang. Morgen ist ein Tag, der meinem Herzen sehr theuer, „jetzt aber um so empfindlicher für mich ist, als er einst glänzend „war. Ich werde von elf bis fünf Uhr in der Stadt sein, für die „Uebrigen unsichtbar; selbst meine Kinder werde ich nicht sehen und „daher um so bereitwilliger sein, Sie zu empfangen, denn ich kann „mir das Vergnügen, Sie wiederzusehen, nicht versagen" [509]).

So wie in diesen Billeten, so führte Maria Theresia eine gleich rücksichtsvolle Sprache gegen Kaunitz bei allen, wenn auch noch so

geringfügigen Vorkommnissen des Lebens. „Ich habe", schrieb er ihr am 12. Mai 1762, „auf Eure Majestät von Mittag bis zwei Uhr „gewartet, und ich hoffe daß Sie in Ihrer Güte es nicht mißbilligen „werden, wenn ich nach Hause gehe mich zu wärmen." „Ich bedaure „unendlich", antwortete ihm sogleich die Kaiserin, „daß ich Sie verfehlte, „und noch mehr, daß ich Sie so lange Zeit frieren ließ. Ein andermal „will ich Sie im Vorüberkommen in Kenntniß setzen lassen, wenn ich „in der Stadt bin." Und bei einem ähnlichen Anlasse schrieb Maria Theresia an Kaunitz: „In diesem Augenblicke komme ich in mein „Cabinet, da ich bis jetzt Leute bei mir hatte. Es war mir ungemein „leid, daß Sie bei diesem schlechten Wetter ausgingen und ich Sie „nicht zu sehen vermochte. Ich wünschte sehr daß Sie mir sagen ließen, „ob Ihnen der Ausgang nicht geschadet".

Unendlich viel wichtiger war es freilich für Kaunitz, daß Maria Theresia bei jeder sich nur immer darbietenden Gelegenheit seinen amtlichen Leistungen die höchsten Lobsprüche zollte. Als er ihr im Juli 1755 eine Instruction für den kaiserlichen Gesandten in London, Grafen Karl Colloredo zur Genehmigung vorlegte, schrieb sie auf dieselbe: „placet, und ist unvergleichlich verfasset". Als es im Juli 1760 nothwendig war, dem Hofe von Versailles die mißlichen Verhältnisse in Sachsen in nicht allzudüsterem Lichte erscheinen zu lassen, sandte Maria Theresia dem Staatskanzler seine Ausarbeitung mit den Worten zurück: „es ist alles unverbesserlich und ein sehr habiler pensel, „eine sehr schändliche affaire so vill möglich aufgebutzt und vorgestelt". „dise piecen seind so schönn", sagt sie ein andermal, „das sie alle „gern in mein cabinet beybehalte." „placet; behalte die instruc- „tiones zurück zu meiner erfrischung des geists", so lautet die Entgegnung der Kaiserin auf eine Mittheilung des Staatskanzlers[510]). Und auf die Beilegung der Streitfragen über die Reorganisirung der Verwaltungsbehörden beziehen sich die folgenden Worte der Kaiserin:

„Ich bin ungemein zufrieden mit der raschen Beendigung der „großen und traurigen Angelegenheit, die mich fast vernichtete. Gott „sei dafür gelobt, sie ist zu Ende; darin besteht einer der größten

„Dienste, welche das Ministerium des Fürsten mir geleistet. Ohne „ihn wäre ich nicht aus der Sache gekommen; mit ihm und mit „seinem Beistande hoffe ich Alles“ [511]).

Aber nicht nur in Worten bewies Maria Theresia dem Fürsten Kaunitz unabläßig ihre Dankbarkeit und ihre Huld. Man weiß mit welch verschwenderischer Hand sie nicht nur die höchsten Ehren und Auszeichnungen auf ihn häufte, sondern wie sie auch mit Geld und Geldeswerth nicht kargte, ihm ihre Anerkennung seiner Dienste zu zeigen. Und auch jeden kleineren Anlaß, der sich ergab, ihm eine Gefälligkeit zu erweisen, benützte sie freudig. Als er ihr im November 1772 eine größere Anzahl von Pferden zum Gebrauche des Hofes für den Gesammtpreis von achttausend Gulden anbot, antwortete ihm Maria Theresia: „Ich werde mit meinem treuen Freunde „nicht schachern. Sie werden mir für die achttausend Gulden nur das „geben, was Sie wollen, denn ich bin überzufrieden, wenn ich Ihnen „durch diese Kleinigkeit, in der es um Ihr Vergnügen sich handelt, „beweisen kann, wie meine Seele von Dank für Sie erfüllt ist und „wie Ihnen mein Herz ganz gehört“ [512]).

Von besonderem Werthe waren natürlich diese Gunstbezeugungen der Kaiserin für Kaunitz, wenn sie seiner Familie, insbesondere seinen Söhnen zu Gute kamen. Vier der Letzteren erreichten das Mannesalter; der dritte aus ihnen, Franz Wenzel [513]), widmete sich dem Kriegsdienste. Im Jahre 1742 geboren, wurde er 1759 Fähnrich und im Jahre 1760 bei Torgau verwundet. Nach vierjähriger Dienstleistung [514]), somit erst einundzwanzig Jahre zählend, wurde er 1763 Oberst beim Infanterie-Regimente Baden. Daß er diese wohl allzu rasche Laufbahn nicht seinen eigenen Verdiensten, sondern denen seines Vaters verdankte, braucht kaum noch nachgewiesen zu werden. Im April 1773, also einunddreißig Jahre alt, zum Generalmajor ernannt, sollte er im folgenden Jahre auch noch das damals in Erledigung gekommene wallonische Infanterie-Regiment d'Aynse erhalten; wenigstens scheint es, daß sein Vater um dasselbe für ihn einschritt.

„Ich habe", antwortete ihm hierauf die Kaiserin mit eigener Hand, „Ihre Note gleichzeitig mit dem Briefe des Kaisers erhalten, der „sich folgender Maßen ausspricht: (als das Wallonenregiment vacant „wurde, hatte ich ihm d'Arberg empfohlen). Nun kommen seine eigenen „Worte: „„Was das erledigte Regiment d'Aynse betrifft, kann ich Eurer „„Majestät nicht verhehlen, daß ich für Ihren Dienst und für das „„Regiment selbst den General Clerfayt für den Geeignetsten hielte. „„Wenn sie aber die langen und großen Dienste, welche der Fürst „„Kaunitz Ihnen geleistet, als Gegengewicht hinstellen, dann kann ich „„zustimmen, daß um ihm ein Kennzeichen Ihres Wohlwollens zu geben, „„sein Sohn, dem es an gutem Willen nicht mangelt, von Ihnen „„als der Passendste angesehen werden könnte. Ja ich wage sogar „„als eine Gunstbezeigung für den Vater jene Abwägung bei Seite „„zu setzen, die nur die persönlichen Eigenschaften in Anschlag bringt, „„und Ihnen Kaunitz für das Regiment zu empfehlen."" „Das sind „die eigenen Worte des an mich gerichteten Briefes. Sie kennen mich „gut genug, um zu wissen, daß ich mit vollem Herzen unterschreibe „und daß die Sache jetzt sicher ist. Um sie öffentlich kundzugeben, „muß man jedoch die Befehle des Kaisers abwarten, dem ich diesen „Morgen Ihre Note zusandte" [515]).

Nicht viel geringere Bevorzugung erfuhr auch des Staatskanzlers jüngster Sohn Graf Joseph Kaunitz von Seite der Kaiserin. Im Jahre 1743 geboren, wurde er gleich nach Vollendung seiner Studien im Mai 1766 zum Hofrathe bei der Rechnungskammer ernannt. Im Jahre 1771, wie es scheint, wurde er als Hofrath zu der Staatskanzlei versetzt, im Dezember 1774 aber erhielt er den Gesandtschaftsposten in Schweden, und so großmüthig war die Kaiserin bei der Festsetzung der Bezüge, die ihm dort zu Theil werden sollten [516]), daß Kaunitz ihr dafür in den wärmsten Ausdrücken seinen Dank zu erkennen gab [517]). „ich verdiene in diser occasion gahr kein lobe", antwortete ihm Maria Theresia, „indeme ich nur justiz geleystet der „situation des sohne, der, ich hoffe, hundertfältig wird einbringen, „wan er seine talenta recht wird emploirn und würdig machen des „großen Vatter, deme er seine existenz schuldig ist. ich bin aber

„wohl vergnügt, wan occasionen haben kan, meine dankbahrkeit „reele bezeigen zu können und meiner freundschafft lauff lassen zu „können. die reservation des platzs in der staatscanzley ist mit „großen bedacht geschehen; meine 58 jahre machen dise vorsicht „nöthig vor meine treüe freind, ohne das das mindeste mich melan- „cholisch oder aprehensive finde. Gott Lob, das kenne ich nicht, „erwarte ruhig, was und wan die providentz meiner disponirn „werde; bin nur bekümmert um meine Nachlasser."

Im September 1777 schlug Kaunitz der Kaiserin vor, ein ihr von dem Großmeister zu Malta zur Verfügung gestelltes Kreuz des Ordens der Johanniter der ältesten Tochter seines zweiten Sohnes Dominik Andreas, der damals als kaiserlicher Botschafter in Spanien stand, somit seiner eigenen Enkelin zu verleihen, welche sich später mit dem Grafen Rudolph Wrbna vermählte. „Alles genehmige ich", erwiederte hierauf die Kaiserin, „was den Namen Kaunitz angeht; „wenn Sie es annehmen wollen, biete ich es aus ganzem Herzen „an" [518]). Und auch noch ein anderes Mal sagte sie: „Ueberall „bringt der Name Kaunitz mir Ehre und Glück" [519]).

So wie Maria Theresia, so war auch Joseph jederzeit bereit, dem Fürsten Kaunitz durch Gunstbezeigungen, welche ihm selbst oder seinen Angehörigen zu Theil wurden, Dank und Anerkennung zu beweisen. So oft auch der Kaiser einer ganz anderen Meinung als Kaunitz sein mochte, auf das Gebiet der Erkenntlichkeit übertrug er den häufig zwischen ihnen bestehenden Zwiespalt doch nie. Ein eifriger Gegner der übertriebenen Bevorzugung, welche Maria Theresia entweder den Mitgliedern vornehmer Adelsfamilien oder den Söhnen von Männern, denen sie sich zu Dank verpflichtet glaubte, ohne Rücksicht auf deren persönliche Befähigung zu Theil werden ließ, machte doch Joseph bei Kaunitz eine Ausnahme. Schon ist seiner Zustimmung zur Verleihung eines erledigten Regimentes an einen der Söhne des Staatskanzlers Erwähnung geschehen. Und wie gern der Kaiser jede Gelegenheit benützte, den Fürsten Kaunitz durch eine seinen Söhnen erwiesene Gunst zu erfreuen, ist auch aus dem eigenhändigen Schreiben zu ersehen, das er am 15. Juni 1772 an ihn erließ.

„Welche Genugthuung, mein Fürst", so lautet es, „durch Ihre „Majestät die Kaiserin ermächtigt zu sein, Ihnen eine Nachricht zu „geben, die Ihnen als unzweideutiges Kennzeichen des Werthes, den „sie auf Ihre Dienste zu legen weiß, Vergnügen bereiten wird. Ich „meinerseits schmeichle mir, daß Sie mich für so gerecht, sie gleich- „falls zu würdigen, und für so scharfsinnig ansehen, um Ihre Zurück- „haltung bewundert zu haben. Ihre Majestät hat beschlossen, in die „Ernennung der Ritter des Goldenen Vließes, welche heute kund- „gemacht werden soll, auch Ihren Sohn aufzunehmen. Ich weiß „daß Sie Philosoph genug sind, um wenig Gewicht auf bloße Titel „oder Auszeichnungen zu legen, wenn sie erbettelt werden müssen. „Aber wenn die Dankbarkeit und das innere Gefühl ihre Ver- „leihung herbeiführen, dann werden wohl auch Sie deren Werth nicht „verkennen. Ich wenigstens höre auf, dagegen gefühllos zu sein, „wenn ich einen Mann wie Sie zu verpflichten vermag, und ich „glaube dem Staate gut zu dienen, wenn ich ein Beispiel gebe, das „die ganze Welt anreifern soll, das Ihrige zu befolgen" [520]).

Trotz der Lobeserhebungen, welche Joseph hier der bescheidenen Zurückhaltung des Staatskanzlers spendet, läßt sich doch nicht leugnen, daß Kaunitz nicht eben blöde war, Begehren zu stellen, deren Erfüllung ihm und seiner Familie zu Gute kam. Aber man darf dabei keines- wegs verschweigen, daß er fast das gleiche Interesse, das er für seine eigenen Angelegenheiten an den Tag legte, auch für diejenigen der unter ihm dienenden Beamten bewies.

Der innigen Freundschaft des Fürsten Kaunitz für Binder, seiner stets sich gleichbleibenden, fast zärtlich zu nennenden Fürsorge für ihn ist schon früher mehrmals Erwähnung geschehen [521]). Auch darauf ist hingewiesen worden, wie tief und wie schmerzlich Kaunitz es empfand, wenn treue und bewährte Staatsdiener, wie etwa Dorn und Giusti, durch den Tod ihrer bisherigen Wirksamkeit entrückt wurden [522]). Die Kaiserin selbst wetteiferte in solcher Gesinnung mit Kaunitz, und wie es fast immer der Fall ist, ging die Anschauungs- weise, von welcher die höchststehenden Personen sich beseelt zeigten,

allmälig auch auf diejenigen über, die unter ihnen dienten. Zahlreich sind die Beweise, aus denen das von Kaunitz persönlich hervorgehobene, überaus befriedigende Verhältniß hervorgeht, das in der Staatskanzlei nicht nur zwischen dem Vorgesetzten und den Untergebenen, sondern auch zwischen diesen Letzteren herrschte. Als Mercy's vertraulicher Bericht an die Kaiserin vom 15. Jänner 1775 eintraf[523]), in welchem die schon erwähnte Aufführung der Oper von Gluck „Iphigenie in Aulis" in Paris, und die enthusiastische Huldigung erzählt wurden, die das versammelte Publicum der jungen Königin darbrachte, schrieb Binder der Kaiserin:

„Habe mich unterstanden, dieses Schreiben dem alten Hochstätter „lesen zu lassen; ich hätte ihm auch keine größere Freude verursachen „können, und da man sich auf seine Verschwiegenheit verlassen kann, „so lebe der allerunterthänigsten Hoffnung, daß Eure Majestät mir „diese Eigenmächtigkeit nicht in Ungnaden vermerken werden"[524]).

„er kan disen bericht", antwortete hierauf Maria Theresia, „Kaunitz schicken, der sehr vergnüglich ist. mit freuden habe gesehen „unsern ehrlichen hochstätter sein vergnügen, dem er alles, was von „mir komt, comunicirn kan, wan es nur alzeit solche objecte wären, „die ihme auffmuntern könen und sein treües eyffriges hertz erquicken." Und als ihr Kaunitz zwei Jahre später Hochstetters Tod mit den Worten anzeigte, sie habe an ihm einen geschickten, treuen und eifrigen Diener verloren[525]), da erwiederte ihm Maria Theresia mit eigener Hand: „obwohlen sein grosses alter das hat fürchten machen, so bin „doch recht betroffen über dem verlurst, dan ein würdiger man ist, „und auch wegen Binder erwarte vom Fürsten, was wegen seiner „frau und kindern vor gnaden haben kunte."

Nicht geringerer Anerkennung von Seite des Staatskanzlers als Hochstetter erfreuten sich dessen jüngere, aber geistig weit bedeutendere Collegen, die Hofräthe Anton Spielmann und Franz Ferdinand Schrötter. Die hervorragenden Arbeiten des letzteren auf dem Gebiete des deutschen und des österreichischen Staatsrechtes wurden von Kaunitz nach ihrem vollen Werthe gewürdigt, und zu wiederholten Malen

empfahl er ihn der Kaiserin zu Kundgebungen ihrer Huld. Als jedoch Schrötter am 3. Juli 1780 noch im besten Mannesalter starb, da hob Kaunitz seine „vorzüglichen Kenntnisse, seine unermüdete Arbeits-„kraft und seine übrigen höchst schätzbaren moralischen Eigenschaften" mit ganz besonderer Wärme hervor[526]). Maria Theresia aber theilte die Anschauung des Staatskanzlers. „ich betaure", so antwortete sie ihm, „disen wahren verlurst. der fürst wird wie gewöhnlich dem „besten finden. vor die frau und kinder ist wohl zu sorgen."

Wo von den Männern die Rede ist, welche zu jener Zeit der Staatskanzlei zu besonderer Zierde gereichten, muß wohl der Name des Hofrathes Joseph von Sperges vor jedem anderen genannt werden. Schon wurde erzählt, daß ihm nach dem Tode des Abbate Giusti die Führung der Geschäfte des italienischen Departements in der Staatskanzlei anvertraut wurde. In dieser Stellung leistete er dem Staate die trefflichsten Dienste. Aus Südtirol gebürtig, von feinster classischer Bildung, von ungewöhnlichen Kenntnissen in der Geschichte seiner Heimat, von gründlicher Gelehrsamkeit und seltenem Verständnisse für die bildende Kunst, wurde Sperges der Reformator des Unterrichtswesens in der Lombardie. Ihm zunächst gebührt das Verdienst der Herausgabe von Winckelmanns Geschichte der bildenden Kunst durch die Wiener Akademie. Wo es um eifrige Unterstützung wissenschaftlicher und künstlerischer Bestrebungen sich handelte, durfte man auf Sperges mit Bestimmtheit zählen.

Man weiß daß Sperges aus dem geheimen Hausarchive, welches Maria Theresia etwa um die Zeit des Abschlusses des Hubertsburger Friedens dem Fürsten Kaunitz untergeordnet hatte[527]), in die Staats-kanzlei übergetreten war. Minder glücklich und wohl auch minder begabt als er war sein daselbst zurückbleibender älterer College, der Archivar Ferdinand Freyßleben. Nur aus dem Grunde soll dessen Name hier erwähnt werden, weil der Antrag des Staatskanzlers, ihm nach langer Dienstleistung die volle Besoldung eines Hofrathes zu verleihen[528]), von der Kaiserin mit den charakteristischen Worten genehmigt wurde: „ihme alß einen alten diener und wahren staats-„martyrer bey bartenstein die gantze 4000 fl. accordire".

Zwölftes Capitel.

Die Verwaltung.

Wenn in großen Staaten nach gewaltigen Krisen, die sie bestanden, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens der Drang nach heilbringenden Reformen zur Geltung gelangt, wenn neue Projecte in beträchtlicher Anzahl entworfen und so manche derselben im festen Glauben an den von ihnen zu erwartenden Nutzen in rasche Ausführung gebracht werden, da macht sich nicht selten schon binnen kurzer Frist ein unstetes Schwanken in den gefaßten Beschlüssen bemerkbar. Einrichtungen, von denen man auf die ersprießlichsten Wirkungen gehofft, erfüllen in weit geringerem Maße als man es geglaubt, das was man sich von ihnen versprach. Solches erkennend, schreitet man bald wieder, und manchmal wohl viel zu schnell an die Beseitigung oder wenigstens die Veränderung dessen, was man noch kurz vorher als ein fast unfehlbares Mittel zur Erreichung der günstigsten Resultate angesehen hatte.

Der Vorwurf solchen Schwankens kann auch der Regierungsthätigkeit der Kaiserin Maria Theresia nicht vollständig erspart werden. Allzu sanguinische Aufnahme eines Planes, der ihr von Männern ihres Vertrauens ans Herz gelegt wurde und ihren eigenen Anschauungen entsprach, dagegen aber auch allzu große Entmuthigung, wenn die beabsichtigte Wirkung sich entweder gar nicht oder doch nur in geringerem Grade und ungleich langsamer einstellte als sie es gemeint hatte, sie beide wurzelten so tief in dem leicht erregbaren Temperamente der Kaiserin, daß es hätte Wunder nehmen müssen, wenn dem anders

gewesen wäre. Man braucht sich nur der Worte, mit denen sie die Einführung der bleibenden Militärcontribution, die Errichtung des Directoriums in publicis et cameralibus, die Gründung des Staatsrathes begrüßte, so wie derjenigen zu erinnern, in welchen sie sich zu oft wiederholten Malen über die Mängel und die Gebrechen der von ihr getroffenen Einrichtungen beklagte, um sich von der Wahrheit jener Behauptung zu überzeugen.

Neben der ungemein weitgehenden Beschränkung der früheren Rechte der Landstände bezweckten bekanntlich die nach Abschluß des Friedens von Aachen eingeführten Reformen die Loslösung der Administration von der Justiz, wenigstens in der obersten Instanz, und die gleichmäßige Verwaltung der österreichischen und der böhmischen Provinzen. Darum wurden die Hofkanzleien, welche bis dahin für diese beiden Ländergruppen abgesondert bestanden hatten, zu einer einzigen Administrativbehörde, dem Directorium umgestaltet, während man der neu errichteten obersten Justizstelle die Leitung aller Rechtsangelegenheiten übertrug. Aber man beging dabei den Fehler, daß man dem Directorium, indem man ihm die Verwaltung der Justizsachen entzog, dagegen die Finanzgeschäfte, somit Dinge auflud, welche seiner ursprünglichen Bestimmung kaum weniger fremd als die Rechtssachen waren. Es dauerte nicht lang und man erkannte den begangenen Irrthum; das Directorium verlor mit seinem bisherigen Namen auch die Führung der finanziellen Geschäfte. Während es von nun an als böhmische und österreichische Hofkanzlei fortbestand, wurde die Verwaltung der Finanzen an drei Centralbehörden, die Hofkammer, die Creditsdeputation und die Hofrechnungskammer vertheilt.

Den Namen der Männer, die nach einander als Oberste Kanzler an der Spitze der böhmischen und österreichischen Hofkanzlei standen, sind wir bei der Schilderung der Ereignisse, welche während der Regierungszeit der Kaiserin Maria Theresia sich zutrugen, schon zu wiederholten Malen begegnet. Der Erste aus ihnen, Graf Rudolph Chotek war schon ziemlich betagt, als er, nicht nach seinem eigenen Wunsche, wie es scheint, die Leitung der Bancodeputation mit derjenigen der Hofkanzlei vertauschte. „Chotek war bei mir", schrieb

Maria Thereſia damals an Lacy; „er betrachtet die mit ihm geſchehene „Veränderung als das Werk von Zinzendorf und Kaunitz. Wie man „ſich doch irren kann! Er hat mich verſichert, daß er durch vier „Stunden mit Ihnen ſprach und daß in zwei Jahren Alles in ſich „zuſammenbrechen wird; ich hoffe das Gegentheil" [529]).

Auch Maria Thereſia deutet hiedurch an, daß wie dieß bei vorgerücktem Alter ſo häufig der Fall iſt, Chotek zu jener Zeit tiefer eingreifenden Veränderungen nur wenig geneigt war. Dieſem Umſtande mag es zuzuſchreiben ſein, daß ſeine Thätigkeit an der Spitze der Hofkanzlei minder bemerkbar wurde, als es von einem Manne mit ſeinen Kenntniſſen und Erfahrungen ſonſt wohl hätte erwartet werden können. Als er im Jahre 1771 zum Tode erkrankt war, trat Hatzfeldt an ſeine Stelle, der jedoch nur etwa ein halbes Jahr in der ſelben blieb. Ihm folgte Blümegen, ein Mann, der nicht ſchon durch ſeine Geburt den Kreiſen angehörte, denen damals die höheren Poſten im Staatsdienſte faſt ausſchließlich zufielen. Wenn gleich, wie es ſcheint, nicht gerade von hochfliegendem Geiſte, war doch auch Blümegen ein in langjähriger Erfahrung geſchulter, durch und durch pflichttreuer Beamter, der ſich des ganz beſonderen Vertrauens der Kaiſerin erfreute. In welch hohem Maße er dasſelbe genoß, geht aus einer ihrer vertraulichen Aeußerungen gegen die Gräfin Enzenberg aufs klarſte hervor. Als in der zweiten Hälfte des Jänner 1766 Graf Leopold Daun in jene Krankheit verfiel, welche binnen kurzem ſeinen Tod herbeiführte, ſchrieb Maria Thereſia an ihre Freundin: „Ich bin in „ſehr großer und gerechter Beunruhigung für den Feldmarſchall Daun. „Wenn ich dieſen würdigen Miniſter und Vertrauensmann verliere, „habe ich Niemand mehr als Blümegen, und ich ſehe daß Gott in „Allem mich vorbereitet auf meinen Rücktritt, nach welchem ich mich „aufs heißeſte ſehne" [530]). Und als in den letzten Tagen des December 1771 Hatzfeldt zum dirigirenden erſten Staatsminiſter und Blümegen zum Oberſten Kanzler ernannt wurden, ſchrieb Maria Thereſia an Lacy, ſie erleide durch Blümegens Austritt aus dem Staatsrathe einen ſehr großen Verluſt. Doch ſei ſie bereit, dem Wohle ihrer Länder auch dieſes Opfer zu bringen [531]).

Unter der in Wien befindlichen obersten Verwaltungsbehörde standen diejenigen in den sogenannten deutscherbländischen Provinzen. Nach dem Muster des Directoriums in publicis et cameralibus führten sie lange Zeit hindurch die Benennung: „Repräsentation und „Cammer"; später wurden sie in Böhmen und in Mähren, in Innerösterreich und in Tirol „Gubernium", in Niederösterreich „Regierung", in Oberösterreich, Kärnten und Krain „Landeshauptmannschaft" genannt. Ihre Einrichtung blieb, so lang Maria Theresia am Leben war, insofern unverändert, als man die Gliederung der bei ihnen angestellten Räthe je nach ihrem Stande, dem Herrenstande, dem Ritterstande und dem Gelehrtenstande beibehielt, obgleich man sie bei den sogenannten Hofstellen oder Ministerien als widersinnig und unzweckmäßig aufgab. Denn man braucht die Namenslisten nur durchzusehen und sie mit den wirklich geleisteten Arbeiten zu vergleichen, um sich davon zu überzeugen, daß die dem Herrenstande angehörigen Räthe zwar das Recht des Vorranges für sich in Anspruch nahmen, daß sie aber die Pflicht der Arbeit ihren von dem Zufalle der Geburt minder begünstigten Collegen bereitwilligst überließen.

Die Kreisämter waren es, durch deren Vermittlung die verschiedenen Landesbehörden ihre Wirksamkeit eigentlich ausübten. Der Bestimmung, welche die Kaiserin ihnen zudachte, und der Instructionen, die sie ihnen ertheilte, ist bereits an einem früheren Orte Erwähnung geschehen[532]). Zwei Hauptpunkte waren es, auf welche hiebei das entscheidende Gewicht gelegt wurde; die Veranlassung und Ueberwachung einer pünktlichen Durchführung der von der Centralregierung und den Landesbehörden ausgehenden Anordnungen, und der Schutz der Unterthanen gegen jede Willkür und Bedrückung von Seite ihrer Herrschaften. Die entschieden volksfreundliche Tendenz der Regierungsmaßregeln der Kaiserin Maria Theresia kam hiedurch zu ersprießlichster Geltung, und daher ist auch nicht leicht irgend eine von der Kaiserin ergriffene Maßregel von größerer Bedeutung und von heilsameren Folgen gewesen als die Einsetzung der Kreisämter es war. Das früher fast unbeschränkte Regiment des Adels auf dem Lande wurde hiedurch beseitigt und eine vom Staate abhängige, deßhalb aber wenigstens im Vergleiche

das Robotpatent vom Jahre 1738 eine ansehnliche Erleichterung des Bauernstandes herbeizuführen gesucht. Aber einerseits waren die von ihm vorgezeichneten Bestimmungen noch immer drückend genug, und andererseits hatten seit jener Zeit die Grundherren sich so viel neue Ansprüche angemaßt, daß die Ueberlastung der Robotpflichtigen hiedurch eine wahrhaft unerträgliche wurde. Als im Jahre 1769 eine Schilderung derselben an den Staatsrath gelangte, schrieb der menschenfreundliche Gebler die bezeichnenden Worte nieder: „Mit Erstaunen, ja „mit wahrem Grausen und peinlich innerster Rührung ersieht man „das äußerste Elend, in welchem der arme Unterthan durch die „Bedrückungen seiner Grundherren schmachtet". Und auch Borié, obgleich weniger fortschrittlich gesinnt als Gebler, rief bei diesem Anlasse aus: „Das ist ja noch ärger als in Ungarn", und er meinte mit diesen Worten das schärfste Verdammungsurtheil ausgesprochen zu haben, das nur überhaupt gefällt werden konnte[534]). Und daß auch Maria Theresia selbst der Meinung dieser beiden hervorragenden Mitglieder ihres Staatsrathes beipflichtete, wird durch das ganze Verfahren, das sie beobachtete, unwiderleglich bewiesen.

Für den königlichen Amtsrath in Oesterreichisch-Schlesien, Ernst Freiherrn von Locella wird man, wie es scheint, das Verdienst in Anspruch nehmen dürfen, diese für das Wohl der Bevölkerung des österreichischen Kaiserstaates so ungemein wichtige Angelegenheit zuerst in Fluß gebracht zu haben. „Es hat mir der Locella", schrieb Maria Theresia am 17. Dezember 1767 an Rudolph Chotek, „den hier bey „gehenden Vorschlag übergeben, wie denen Beschwerden deren Schlesischen „Unterthanen am füglichsten abgeholfen werden könnte." Die Hofkanzlei erhielt den Auftrag, gemeinschaftlich mit der Obersten Justizstelle und unter Zuziehung Locella's dessen Anträge zu prüfen und sodann das Gutachten hierüber zu erstatten[535]).

Die Vorschläge Locella's liefen auf Einsetzung einer Urbarialcommission in Schlesien hinaus, welche wegen der großen Verschiedenheit der dortigen Verhältnisse nicht ein allgemeines Urbarium für das ganze Land, sondern abgesonderte Urbarien für die einzelnen Dominien

zu Stande zu bringen hätte. Dieselben sollten sodann als unverrückbare Richtschnur für beide Betheiligte, die berechtigten Grundherren und die verpflichteten Grundholden dienen. Das Ausmaß der Leistungen wollte Locella nicht gerade den Bestimmungen des Robotpatentes von 1738, welches übrigens für Schlesien ohnedieß keine Gültigkeit besaß, angepaßt, sondern überall nach Recht und Billigkeit festgestellt wissen [536]).

Locella's Anträge erhielten in ihren wichtigsten Punkten die Billigung der Hofkanzlei und sodann auch die Zustimmung der Kaiserin. Er selbst wurde zum Präsidenten der in Schlesien neu einzusetzenden Urbarialcommission ernannt; außer ihm war ihr hervorragendstes Mitglied der königliche Amtsrath Franz Anton von Blanc. Wo Dominium und Unterthanen sich über das neue Urbar freiwillig zu verständigen vermochten, sollte diese Vereinbarung von der Urbarialcommission einfach gutgeheißen werden. Komme ein solcher Ausgleich binnen einer entsprechenden Frist nicht zu Stande, dann habe die Urbarialcommission die erforderliche Vorschrift zu entwerfen, welche von beiden Theilen künftighin beobachtet werden müsse [537]).

Eifrig schritt die Commission an die ihr übertragene Arbeit; sie fand jedoch bald, und darin lag eine neue und sehr große Schwierigkeit, die Klagen der Unterthanen nicht so sehr gegen das Ausmaß der ihnen auferlegten Verpflichtungen, als gegen die Art und Weise gerichtet, in welcher sie dieselben nach dem Begehren der Gutsherren erfüllen sollten. Ausdrücklich befahl Maria Theresia, daß dem ein Ende gemacht und der Bauer vor jeder ungebührlichen Zumuthung in Schutz genommen werde. Und bei allen einzelnen Punkten, die in Anregung kamen, zeigte sich das Wohlwollen der Kaiserin für den Bauernstand und ihre Sorgfalt für dessen Wohlergehen von neuem.

Es würde zu weit führen, alle Anträge der schlesischen Urbarialcommission und der Hofkanzlei hier aufzuzählen und näher zu erörtern; darum seien, um die Anschauung der Kaiserin zu kennzeichnen, deren nur einige erwähnt. Vor Allem ward festgestellt, daß weder ein Urbar noch ein Vertrag, und eben so wenig ein wenn auch noch so altes

Herkommen aufrecht erhalten werden solle, durch welches der Bauer derart überlastet würde, daß er sich und seine Familie nicht mehr ernähren und in Kriegs- wie in Friedenszeiten die Landessteuern nicht zahlen könne. Da es aber dennoch nothwendig zu sein schien, sich über dasjenige klar zu werden, was künftighin als altes „Herkommen" anzusehen sei, wollte die Hofkanzlei anordnen, ein nachweisbar seit dreißig Jahren beobachteter Gebrauch habe dafür zu gelten. Maria Theresia genehmigte diesen Vorschlag, jedoch nur mit dem eigenhändig beigefügten Zusatze: „wann die erhaltung des unterthan nicht entgegen „stehet". Und zu dem ferneren Antrage, daß sowohl Zug- als Handrobot unter gar keinem Vorwande über das jetzt bestehende Ausmaß zu erhöhen, sondern der Billigkeit gemäß herabzusetzen seien, bemerkte die Kaiserin gleichfalls mit eigener Hand: „ich kan nicht wie in böhmen „die zug und fus roboth auff 3 tag auff einen gantzen bauren, und „2 tage auff einen halben festsetzen; die beneficia seind zu weit unter„schiden. in böhmen selbsten seind selbe in vill orthen zu beschwärt, „mithin decidire 2 tag vor einen gantzen bauren und ein tag vor „einen halben".

Ein Hauptgebrechen erblickte man auch darin, daß seit einer langen Reihe von Jahren immer mehr Rusticalgrundstücke zu den Gütern geschlagen worden waren, wodurch die Naturalrobot verringert und der Bedarf der Dominien nach derselben im gleichen Verhältnisse vermehrt wurde. Dem sollte jetzt nicht nur für die Zukunft gesteuert, sondern den Grundherren noch überdieß kundgemacht werden, die Kaiserin wünsche die allmälige Zurückstellung solcher Rusticalgründe und ihre Wiederbesetzung mit Grundholden. Die Landesältesten aber hätten alljährlich Ausweise über dasjenige vorzulegen, was in dieser Beziehung geschehen sei.

Auch dieser Antrag wurde von der Kaiserin nicht bloß genehmigt, sondern sie dehnte denselben mit den folgenden Worten noch weiter aus:

„an diser zuruckgabe ligt villes daran. damit selbe nicht in das „weite und vergessenheit gespilt wird, so solle alle 6 monath mir eine „a parte specification vorgelegt werden, was geschehen; alle jahr

„wenigstens ein hoff einen zurück ersetzen würden“ [538]). Und als die von der Kaiserin herrührenden Bemerkungen der Hofkanzlei nicht deutlich genug schienen und sie hinsichtlich derselben um neue Aufklärung bat, ertheilte sie Maria Theresia mit den folgenden Worten:

„ich habe mich übel explicirt, habe es also vermeint: nur die „2 und respective 1 handrobothen anstatt 3 und 2 täge; die zug „roboth bleibet nach denen fassions. der alte usus solle gahr nicht „mehr in nichts angesetzt oder citirt werden und solle man mir „anstatt dem vorjährigen patent ein neuen aufffatz nach disen prin„cipiis khlärer und kürtzer vorlegen chestens“ [539]).

Viel weniger leicht als in Schlesien ging die gleiche Angelegenheit in Böhmen von statten. Nirgends aber waren auch die Uebelstände, deren Beseitigung von der Kaiserin so dringend gewünscht wurde, so arg als in Böhmen. Herzerschütternde Klagen über die Bedrückungen, denen die Unterthanen dort überhaupt, und insbesondere von Seite einzelner Dominien preisgegeben waren, gelangten bis nach Wien. Sechs solcher Herrschaften, auf denen die Gefahr nahe lag, daß die Bauern zum Aeußersten getrieben würden, wenn ihnen nicht rasche Abhülfe zu Theil werde, wurden besonders namhaft gemacht. In allen Theilen des Königreiches lagen sie, und zwar Manetin im Pilsener Kreise, dem Grafen Lazansky, Dobrziez im Berauner Kreise, dem Fürsten Mannsfeld, Strakonitz im Prachiner und Oberliebich im Leitmeritzer Kreise, beide dem Großpriorate des Johanniterordens gehörig, die markgräflich badische Herrschaft Lobositz, ebenfalls im Leitmeritzer, und schließlich Benatek, eine Herrschaft des Grafen Klenau im Bunzlauer Kreise. Die Kaiserin sandte das Verzeichniß dieser Dominien an Rudolph Chotek mit dem Befehle, über das dort Geschehene strenge Untersuchungen einleiten zu lassen. Doch seien dieselben nicht den betreffenden Kreishauptleuten anzuvertrauen, sondern von einem Gubernialrathe aus Prag mit Zuziehung eines Appellationsrathes oder auch eines Kreishauptmannes aus einem anderen Kreise zu führen. Bewahrheite sich die Beschwerde über erlittene Bedrückung, und sei ihr von dem Kreishauptmanne, in dessen Amtsbezirk sie

geschah, nicht Abhülfe zu Theil geworden, dann müsse er unverzüglich seines Amtes entsetzt werden [540]).

Es liegt kein ausreichender Grund vor, die Hofkanzlei, deren „rühmlichen Eifer in Beförderung ihrer auf die Aufrechthaltung des „armen Unterthans gerichteten Absichten" Maria Theresia aus Anlaß der Verhandlungen über die schlesischen Urbarialangelegenheiten mit „ausnehmender Zufriedenheit" anerkannt hatte [541]), jetzt plötzlich einer sträflichen Parteilichkeit für die Sache der angeklagten Herrschaften zu verdächtigen. Aber mit sehr großer Wärme trat sie für dieselben bei der Kaiserin ein, und sie erklärte, daß die gegen böhmische Dominien erhobenen Beschwerden wenigstens in der Mehrzahl der Fälle nicht ausreichend begründet befunden worden seien. Die in Strakonitz, Oberliebich und Benatek vorgekommenen tadelnswerthen Handlungen seien Eingriffe in die Contributions- und die Kirchencasse, nicht aber Bedrückungen der Unterthanen in Robotsachen gewesen. Nicht in übertriebenen Anforderungen der Herrschaft an den Unterthan, sondern in der geschehenen Erhöhung der Contribution und in der übergroßen Zahl anderer Steuern, welche von Staatswegen gefordert würden, sei die Ursache der allmälig fühlbar werdenden Entkräftung der einzelnen Provinzen gelegen. Man möge doch nicht aus dem Auge verlieren, daß man zur Zeit der Einführung des neuen Contributionssystems, und als die Dezennalrecesse abgeschlossen wurden, die völlige Befreiung des Contribuenten von jeder anderen Leistung zu Gunsten des Staates als die unerläßliche Bedingung ansah und anerkannte, um ihn im Stande zu erhalten, den übernommenen Verpflichtungen zu genügen. Aber man habe sich darum doch nicht gescheut, gleich nach Abschluß des Friedens nicht nur die Contribution beträchtlich zu erhöhen, sondern dem Contribuenten noch überdieß viele andere Lasten aufzuerlegen, deren Gesammtbetrag denjenigen der Contribution wohl noch übersteige. Den Unterthan von den letzteren wieder zu befreien, darauf sollte das Augenmerk der Staatsregierung vor Allem gerichtet sein.

Die Anträge und Vorschläge wegen Abänderung der noch in Kraft befindlichen Bestimmungen des Robotpatentes vom Jahre 1738

wurden von der Hofkanzlei für unpassend, für unausführbar und auch als unvereinbar mit der böhmischen Landesverfassung erklärt. Jenes Robotpatent spreche ohnedieß überall den Contribuenten das Wort, wozu also ein neues erlassen? Ueberdieß wisse man aus Erfahrung, daß derlei tief einschneidende Veränderungen in Dingen, von denen die Bevölkerung so nahe berührt werde, stets den größten Bedenken unterworfen und nicht selten dem Staate ungemein nachtheilig seien. Die Ereignisse bei der Einführung des Robotpatentes von 1738 könnten hiefür als unwiderleglicher Beweis gelten. Trotz seiner dem Bauernstande so günstigen Bestimmungen habe es überall Unruhen und Aufstände desselben hervorgerufen, welche nur durch Waffengewalt und Blutvergießen unterdrückt werden konnten. Die äußerste Vorsicht sei unbedingt nöthig, und insbesondere in Böhmen möge man es vermeiden, neue Gesetze in Robotangelegenheiten zu erlassen, da die dort bereits bestehenden durchaus zweckmäßig und für den Contribuenten vortheilhaft seien. Nicht in der Anhäufung der Gesetze, sondern nur in ihrer gewissenhaften Anwendung liege das Heil [542]).

Der Standpunkt, von welchem die Hofkanzlei ausging, war jedoch keineswegs derjenige des Staatsrathes und der Kaiserin selbst. Vor der Hand verzichteten zwar auch sie auf die Erlassung eines neuen Robotpatentes, und die Anträge der Hofkanzlei wurden, jedoch nur mit einigen, eine größere Schonung des Bauernstandes beabsichtigenden Einschränkungen genehmigt. Aber die eingeleitete Untersuchung bewies doch, daß in der That sehr arge und nicht zu entschuldigende Bedrückungen stattgefunden hatten. Um ihretwillen wurde Fürst Mannsfeld zu entsprechender Ersatzleistung an die Grundholden und zu einer Geldstrafe von zweitausend Dukaten verurtheilt, welche dem Prager Findelhause zufielen. Die Verwaltung seiner Herrschaft Dobrzicz wurde ihm für einige Jahre entzogen und gegen mehrere seiner Beamten die strafgerichtliche Verhandlung eingeleitet. Der Kreishauptmann, welcher jene Vorgänge geduldet, erhielt einen scharfen Verweis und mußte eine Geldbuße von hundert Dukaten zu Gunsten der Armen von Dobrzicz bezahlen [543]).

Am 14. April und 12. Mai 1770 erschienen neue Verordnungen, durch welche eine Reihe von Uebergriffen der Gutsherren beseitigt wurden. So das angebliche Recht, daß Niemand früher als der Grundherr Bodenerzeugnisse kaufen oder verkaufen dürfe, oder daß die Unterthanen dem Gutsherrn ihre Feldfrüchte unter dem Marktpreise überlassen, daß sie ihm seine Producte theurer bezahlen, bestimmte Quantitäten von Wein oder Bier ihm abnehmen mußten. Ebenso wurden die zwangsweise Dienstleistung der jungen Leute, die Abforderung von Gebühren für die Erlaubniß, sich außerhalb des Herrschaftsgebietes zu verdingen, ein Gewerbe zu treiben, eine Ehe zu schließen, die Auferlegung willkürlicher Geldstrafen, die beliebige Abstiftung und die Nöthigung der Eltern, wider ihren Willen ihre Ansäßigkeiten den Kindern abzutreten, sowie manche ähnliche Mißbräuche beseitigt. Und am 12. Juli 1770 erließ die Kaiserin ein neues Handbillet an die Hofkanzlei, mit welchem sie erklärte, die so harten und mannigfachen Bedrückungen der Unterthanen, welche mehrere Jahre hindurch auf der Herrschaft Dobrzicz ungestraft ausgeübt wurden, hätten ihr zu der Besorgniß Anlaß gegeben, daß sich auch auf anderen böhmischen Dominien gleiche Ungebühr eingeschlichen haben könnte. Sie befahl nun, die wichtigsten Punkte der Beschwerden, welche gegen den Fürsten Maunsfeld erhoben und als begründet dargethan worden waren, allen böhmischen Kreisämtern mitzutheilen. Aufs genaueste und von Punkt zu Punkt hätten sie nachzuforschen, ob nicht ähnliche Uebergriffe auch auf den in ihren Amtsbezirken gelegenen Dominien vorkämen. Wäre dieß der Fall, dann müßten sie allsogleich Abhülfe treffen und außerdem Anzeige an das Gubernium erstatten. Dem letzteren wäre überdieß binnen zwei Monaten ein erschöpfender Bericht vorzulegen über den Stand, in welchem sich die Robotangelegenheiten in jedem Kreise befänden. Die Mittheilungen der Kreisämter habe das Gubernium, von seinem Gutachten begleitet, nach Wien einzusenden [544]).

Mit Bestimmtheit läßt sich behaupten, daß insbesondere Kaiser Joseph es war, welcher diesen Angelegenheiten, und gewiß mit vollstem Rechte, die höchste Wichtigkeit beimaß. Ihm übergab auch im Früh-

jahr 1771 ein Ungenannter eine ausführliche Denkschrift über die sichtliche Abnahme des Wohlstandes im Königreiche Böhmen und über die Mittel, dem überhand nehmenden Uebel kräftig zu steuern. So sehr interessirte sich der Kaiser für die Sache, daß in Folge seiner Aufforderung der Verfasser noch einen Nachtrag zu seiner Arbeit lieferte. Wie tief einschneidend seine Vorschläge waren, kann man aus den Fragen ersehen, zu deren gemeinschaftlicher Beantwortung nun die Hofkanzlei und die Hofkammer aufgefordert wurden. Durch welche Mittel wäre das Eigenthumsrecht auf die mit dem Unterthansbande behafteten Grundstücke in Böhmen und in Mähren allgemein zu machen? Erscheine die völlige Aufhebung der Leibeigenschaft nützlich für den Staat und nicht unausführbar? Könne die Robotleistung auf gleichen Fuß eingerichtet werden oder sei sie in eine verhältnißmäßige Abgabe an Geld oder an Naturproducten zu verwandeln? Sei es räthlich, daß nach Abschaffung der Robot die Dominien die Feldarbeit auf ihren eigenen Grundstücken durch gedungene Arbeiter bewerkstelligen ließen, oder sollten sie diese Grundstücke neuen Unterthanen gegen Geld- und Arbeitsleistungen übergeben, wodurch nicht nur ihre eigenen Einkünfte, sondern auch die Erträgnisse des ganzen Landes ansehnlich vermehrt würden? Ob es nicht den Contribuenten zu großer Erleichterung, dem Staate aber zum Vortheil gereichen würde, wenn die Contribution wo nicht ganz, so doch zum Theile in Getreide entrichtet und Letzteres zur Verpflegung der Armee verwendet würde? Ob und in welcher Weise in den einzelnen Ländern Hauptmagazine für das Getreide errichtet werden sollten, um dasselbe in gleichmäßigem Preise zu erhalten? Ob nicht endlich mehrere Steuern in eine zusammengezogen und dadurch zur Erleichterung der Contribuenten viele Beamte und große Kosten erspart werden könnten?

Mit den hier aufgezählten Fragen ist noch nicht einmal die Reihe derjenigen, zu deren Beantwortung die Hofkanzlei und die Hofkammer aus Anlaß der bei dem Kaiser eingebrachten anonymen Denkschriften aufgefordert wurden, vollständig erschöpft. Jedenfalls waren sie von so großer Bedeutung, und für den einen wie für den anderen Standpunkt ließen so schwerwiegende Gründe sich anführen, daß

die Sache unmöglich „am grünen Tische", wie man zu sagen pflegt, im Wege der Berathung zweier Centralstellen zur Entscheidung gebracht werden konnte. Der Wille stand jedoch fest, den Contribuenten zu helfen und ihre Lage gründlich zu verbessern. In welcher Weise dieß am füglichsten und ausgiebigsten geschehen könnte, darüber werde man, so glaubte man nun, im Lande selbst sich am leichtesten klar werden; von dorther meinte man somit auch die besten Vorschläge erwarten zu dürfen. Eine eigene Urbarialcommission für Böhmen wurde eingesetzt und Graf Franz Khevenhüller zu ihrem Präsidenten ernannt. Die Gubernialräthe Franz Anton von Blanc und Johann von Streeruwitz, der ungarische Hofkammerrath Achatsch, der Beisitzer des größeren böhmischen Landrechtes, von Karwinsky, und der Commissionsrath von Hoyer waren ihre Mitglieder. Außerdem sollten die böhmischen Stände durch einen Delegirten aus ihrer Mitte theilnehmen an den Arbeiten der Urbarialcommission [545]).

Hoyer und Blanc waren ohne Zweifel diejenigen Mitglieder der Commission, denen die Verhältnisse, um die es sich handelte, am genauesten bekannt waren und welche sich am eingehendsten mit den zu lösenden Fragen vertraut gemacht hatten. Aber sie vertraten Jeder ein anderes System und dadurch war von vorneherein ein hemmender Zwiespalt in die zu leistende Arbeit gebracht. Hoyer folgte den Andeutungen Borié's, der sich über das Wesen der Robot eine eigene Theorie gebildet hatte. Die Robot der unbehausten Inleute, nach Landesgebrauch dreizehn Arbeitstage im Jahre, betrachtete er als Entgelt für den Schutz des Grundherrn, während die Robot der grundbesitzenden Bauern außerdem auch noch als Entgelt für das ihnen von dem Grundherrn überlassene emphyteutische Eigenthum anzusehen sei. Man nehme daher, schlugen Borié und Hoyer vor, das reine Einkommen, wie es bei der Rectification der Grundsteuer ermittelt worden war, und ziehe den Betrag der Grundsteuer davon ab. Der Rest werde dann den Geldbetrag darstellen, welchen der Bauer durch die Frohne abzudienen habe. Man brauche nur den Geldeswerth eines Robottages zu ermitteln — die Frohne möge mit Pferden, mit Ochsen oder durch Handarbeit stattfinden — um genau

die Anzahl und die Art der Robottage zu wissen, welche der grundbesitzende Bauer noch über jene dreizehn Handarbeitstage der Inleute hinaus zu leisten habe. Einer Ueberlastung der Grundholden werde durch die Bestimmung vorgebeugt, daß drei Zug- und drei Handarbeitstage wochentlich das Maximum der Leistung betrügen. Und um nicht in allzu kleinliche Berechnungen eingehen zu müssen, wurden Classen festgesetzt, in welche die robotpflichtigen Grundbesitzer je nach dem Betrage der von ihnen zu entrichtenden Steuer eingereiht wurden; jeder Classe wurde die Zahl sowie die Art der wochentlich auf sie fallenden Robottage bestimmt.

Wider dieses System wurde jedoch von anderer Seite lebhafte Einsprache erhoben; so zählten Kaunitz und Gebler zu dessen entschiedenen Gegnern. Sie warfen ihm vor, daß es von einer ungerechten, durch nichts bewiesenen Theorie ausgehe, denn es nehme an, daß der Bauer sein Reineinkommen, wie es der Steuerrectification zur Basis diene, dem Grundherrn verdanke, während doch darin die Zinsen des von dem Landmanne bezahlten Kaufschillings und der Summe für Anschaffung der Fahrnisse, der Betrag für Abnutzung der letzteren, die Assecuranz für Mißjahre und ähnliche Auslagen durchaus nicht begriffen seien. Außerdem würden durch die vielen Abstufungen in der zukünftigen Robotleistung Unterschiede unter den Robotpflichtigen entstehen, die es bisher nicht gab; Mißtrauen und Unzufriedenheit müßten die Folge davon sein.

Blanc, der eifrigste Wortführer der Widersacher des Hoyer'schen Systems in der böhmischen Urbarialcommission, stellte ihm gegenüber, auf seine in Schlesien gemachten Erfahrungen gestützt, ein anderes auf. An die uralte, auch bei der Steuerrectification beobachtete Eintheilung der Landbevölkerung in Ganz-, Zweidrittel-, Halb-, Viertel- und Achtelbauern, in Häusler und Inleute schloß er sich an. Für jede dieser Classen setzte er, an das Patent vom Jahre 1738 anknüpfend, das Maximum der Robotleistung fest. Drei Zugrobottage in der Woche waren das höchste, wozu nach seinem System ein Frohnpflichtiger verhalten werden konnte.

Eine dritte Partei endlich, an deren Spitze sich Kreßl befand, hielt jedes allgemeine System, es möge von Hoyer oder von Blanc aufgestellt oder von einem Dritten und Vierten ersonnen werden, für ganz unanwendbar. Unmöglich sei es, ein System zu finden, welches sich den von Herrschaft zu Herrschaft wechselnden Verhältnissen anpasse. Durch die Anträge Hoyers würden die Gutsherren, durch diejenigen Blancs die Grundholden zu sehr begünstigt[546]).

Ungleich einiger als die Beamten des Staates über die zu ergreifenden Maßregeln waren die böhmischen Stände über das Widerstreben, das sie ihnen gegenüber beobachten wollten. Ein leuchtendes Beispiel ist allerdings verzeichnet, welches freilich kein böhmischer, sondern ein mährischer Prälat, Gregor Lambeck von Kloster-Bruck bei Znaim, seinen weltlichen und geistlichen Standesgenossen gab, indem er im Einvernehmen mit seinem Ordenscapitel freiwillig den Anfang machte mit der Verbesserung der Lage des Bauernstandes auf den Gütern des Stiftes. Entzückt über dieses Verfahren des würdigen Abtes und seiner Ordensbrüder bat Kaunitz die Kaiserin, daß sie dem Ersteren das Ritterkreuz des Stephansordens, jedem der Letzteren aber eine Medaille verleihen möge, um Andere zu gleichem Entschlusse zu vermögen[547]). Maria Theresia aber antwortete mit eigener Hand:

„wegen auffhebung der leibeygenschafft, die das eintzige noch „wäre, mich bey dem staattsruder zu erhalten, habe heüt blanc gemelt, „das er davon sowohl alß dem 5ten punct prescindirn solle. wan „allein und en vigeur wäre, hätte er nicht allein all dis bekomen, „hätte ihme noch zum fürst gemacht zu gedächtnus des stiffts."

Die vorstehende Aeußerung der Kaiserin verdient in doppelter Beziehung besondere Beachtung. Vorerst geht aus ihr hervor, daß sie eigentlich nicht bloß mit Erleichterung der den Landmann so schwer bedrückenden Robot, sondern mit dem Gedanken an völlige Aufhebung der Leibeigenschaft sich trug, dem letzteren jedoch Angesichts der gegen dessen Ausführung sich erhebenden Hindernisse mit sehr schwerem Herzen entsagte. Und außerdem scheint ihr oft schon ausgesprochener Vorsatz, sich von den Regierungsgeschäften zurückzuziehen und dieselben ihrem

Sohne Joseph ausschließlich zu überlassen, sie neuerdings lebhaft beschäftigt zu haben.

Wenn Kaunitz bei dem Antrage, daß dem Abte und den Ordensgeistlichen des Stiftes Kloster-Bruck für den von ihnen gefaßten Entschluß, aus eigenem Antriebe die Lage ihrer Unterthanen wesentlich zu erleichtern, Merkmale der besonderen Anerkennung der Kaiserin verliehen werden sollten[548]), von der Hoffnung geleitet wurde, ihr Beispiel werde dann bei den übrigen Mitgliedern der böhmischen und mährischen Stände Nachahmung finden, so erwies eine solche Erwartung sich sehr bald als irrig. Ein einziger böhmischer Grundherr, Franz Norbert Graf Trauttmansdorff brachte, so viel wir wenigstens wissen, auf seiner Herrschaft Teinitz eine freie Vereinbarung mit seinen Unterthanen über deren zukünftige Frohnleistung zu Stande. „mit grossen „wohlgefallen", schrieb Maria Theresia auf die bezügliche Meldung der Hofkanzlei[549]), „confirmire dises urbarium; erwarte auch noch „die übrige von seinen anderen herrschafften." Auch auf den letzteren geschah ein Gleiches, und nur auf einer einzigen Herrschaft des Grafen Trauttmansdorff weigerten sich die Unterthanen, die Vorschläge ihres Grundherrn anzunehmen, weil sie durch die künftigen Urbarial-Commissionen noch weiter gehende Erleichterungen zu erlangen hofften. Maria Theresia aber, die wohlwollende Gesinnung Trauttmansdorffs anerkennend, erließ am 22. September 1773 ein Handbillet[550]), in welchem sie anordnete, daß sämmtliche Grundholden der Trauttmansdorffischen Dominien den Anträgen ihres Grundherrn nachzukommen hätten. „mus das publicum", fügte sie eigenhändig hinzu, „und ich „ihme alezeit die ehre lassen, daß er der erste so wohl und christlich „gedacht."

Außer dem Abte von Bruck und dem Grafen Trauttmansdorff ist jedoch Niemand, keine Corporation und kein Einzelner verzeichnet, der aus diesem Anlasse mit gleicher Lobeserhebung erwähnt werden könnte. Im Gegentheile, jedem Vorschlage zur Verbesserung der Lage ihrer Unterthanen widersetzten die Stände sich hartnäckig, und sie erreichten hiedurch wenigstens so viel, daß die Entscheidung der Sache

fortwährend verzögert wurde. Aber die Kaiserin abzubringen von ihren wohlwollenden Absichten für den Bauernstand in Böhmen, gelang ihnen doch nicht. „Nachdeme Meine Entschliessung über das „böhmische Robottwesen", so lautete ein Handbillet, welches Maria Theresia am 4. Juni 1773 [551]) an Blümegen erließ, „noch nicht „ertheilen kann, so ist jedoch Mein ernstlicher Willen, daß dem be„drückten böhmischen Unterthan wenigstens durch ein Provisorium „ohne Zeitverlust wirksam geholfen werde. Es wird also die Canzley „solche Maßregeln, durch welche der Unterthan in jenen Orten, wo „er durch die Robotten oder andere Urbarialprästationen gedrücket „wird, erleichtert werden könte, Mir vorschlagen und hiebey in reife „Ueberlegung nehmen, ob nicht etwa selbst in dem Robottpatent von „1738 und in den noch älteren Robottverordnungen solche adminicula „zu finden seyen, aus welchen die vermuthlich bloß durch Außeracht„lassung dieser Patenten eingeschlichene Robottübermaas durch eine „Declaratoriam entweder provisorie, oder gar für beständig behoben „werden könnte."

Es lag wohl so ziemlich auf der Hand, daß bei der Einführung provisorischer Maßregeln kaum geringere Schwierigkeiten zu überwinden waren, als bei der Erlassung definitiver Gesetze. Um diese Hindernisse noch zu häufen, wagten es die böhmischen Stände am 27. October 1773, jede vom Staate ausgehende Regelung der Leistungen ihrer Grundholden sich ernstlich zu verbitten. Als sie sich jedoch von der Nutzlosigkeit dieses Widerspruches überzeugten, traten sie mit Vergleichsanträgen hervor. Die Grundherren und ihre Unterthanen sollten freiwillig zu Vereinbarungen schreiten; vermöchten sie nicht zu solchen zu gelangen, so sollten die Kreisämter auf Grund der alten Urbarien, der Gesetze, des Herkommens und der Gepflogenheit auf den benachbarten Gütern entscheiden. Alle diese Vereinbarungen und Entscheidungen sollten im ganzen Lande gleichzeitig verkündigt werden, auf daß nicht durch das vorzeitige Bekanntwerden von Feststellungen, welche den Bauern günstiger wären, dieselben anderwärts abgehalten würden, auf die Vorschläge ihrer Grundherren einzugehen. Als gesetzliches Maximum, bis zu welchem die Frohne ausgedehnt werden könne, seien

sechs Hand- und sechs Zugrobottage wochentlich anzunehmen. Die nicht eingekauften, d. i. diejenigen Bauern, welche nicht durch eine besondere Abgabe an den Grundherrn dessen ausdrückliche Anerkennung ihres emphyteutischen Eigenthums sich erworben hatten, sollten noch einen Hand- und einen Zugrobottag wochentlich mehr leisten. Endlich sollte den Grundherren das Recht eingeräumt werden, über jene unentgeltlichen Leistungen hinaus von ihren Unterthanen gegen fixe Preise so viele andere Arbeitstage zu fordern, als sie eben wollten. Als solche Preise sollten für einen Arbeitstag mit zwei Pferden ein und zwanzig, für einen solchen mit zwei Ochsen fünfzehn, und für einen Handarbeitstag sechs Kreuzer festgesetzt werden.

Hatten die Vorschläge der böhmischen Stände in ihren ersten Sätzen ganz annehmbar gelautet, so zeigten sie sich in den letzteren Punkten, auf die es eigentlich ankam, als absolut verwerflich. Darum erklärte sich schon die Hofkanzlei, und umsomehr der Staatsrath mit Entschiedenheit für die Zurückweisung dieser Anträge. Sie trugen auf Erlassung eines Gesetzes an, durch welches die Grundsätze festgestellt würden, nach denen auf jedem Gute, wenn auch im Wege freiwilliger Vereinbarung, die Robotleistungen der Grundholden zu regeln wären. Als Hauptpunkte hätten zu gelten, daß Niemand höher belastet werden dürfe als bisher und daher mehr als drei Tage der Woche zum Frohndienste verpflichtet werden könne. Jede Vereinbarung zwischen den Grundherren und den Unterthanen sei dem Kreisamte vorzulegen und von demselben zu prüfen, ob sie auf der Basis der Gesetze, ohne Anwendung von List oder Zwang zu Stande gekommen sei. Ebenso habe das Kreisamt nach dem Gesetze zu entscheiden, wenn binnen einer gegebenen Zeit eine Vereinbarung nicht erzielt werde [552]).

Aber auch diejenigen, welche einig waren über diese Prinzipien, gingen, wie bereits gesagt worden, in Bezug auf ihre Anwendung ziemlich weit auseinander. Unvermittelt standen die Systeme von Blanc und von Hoyer, die Anhänger und Vertheidiger des einen und des anderen sich gegenüber. Nur darin vereinigten sich Alle, daß die rasche Beendigung der durch so lange Zeit schwebenden Verhandlungen

Noth thue. Gebler wies auf die steigende Unzufriedenheit des böhmischen Bauernstandes hin, dessen Erwartungen durch die bereits geschehenen Schritte wachgerufen worden seien. Kreßl betonte die Unsicherheit, welche die lange Verzögerung der Entscheidung auch im gutsherrlichen Besitze herbeigeführt habe; Niemand wolle Güter kaufen, über deren Berechtigung Zweifel beständen. Und Kaunitz drang auf definitive Beschlüsse; jedes Provisorium werde vom Uebel sein[553]).

An Maria Theresia und an Joseph, welch Letzterer in dieser ganzen Angelegenheit eine besonders hervorragende Rolle spielte, trat nun die Nöthigung heran, eine Entscheidung zu treffen. So rasch zugreifend Joseph in derlei Fällen auch sonst war, dießmal schrak er bei der Verschiedenheit der sich entgegenstehenden Interessen vor einer solchen zurück. Von seinem Schwanken und seiner Zögerung, einen feststehenden Ausspruch zu thun, legt seine Denkschrift vom 23. Februar 1774 Zeugniß ab, und es verlohnt sich darum wohl bei ihr etwas länger zu verweilen.

„Nichts Beschwerlicheres", schreibt der Kaiser an seine Mutter, „als über eine Sache seine Wohlmeinung zu eröffnen, welche in so „wichtigen und dunklen Umständen sich befindet, wie das hier vor„liegende Urbarialgeschäft. Dessen Wichtigkeit beweiset das Wort selbst, „nämlich das Ausmaß der Schuldigkeiten, Zahlungen und Dienste „der Unterthanen gegen ihre Grundherren."

Das Vermögen des Unterthans wie des Grundherrn, fährt Joseph fort, und das Einkommen, welches der Staat von Beiden beziehe, seien abhängig von der richtigen Lösung dieser Fragen. Denn wenn die Bauern ihre Contribution, die Grundherren ihre Abgaben, die Städte und Bürger ihre Steuern nicht länger bezahlen könnten, dann würden die Einnahmen des Staates so beträchtlich vermindert, daß er entweder seine Ausgaben nicht mehr zu bestreiten vermöchte, oder sie auf einen so geringen Betrag herabsetzen müßte, daß seine Schwäche nur allzubald offenkundig und dadurch seinen zahlreichen Feinden neue Anregung zu Angriffen auf ihn dargeboten würde.

So überaus wichtig, so dunkel sei jedoch auch noch die Sache, um deren Entscheidung es sich handle. Denn es fehle an jeder „verläßlichen Cynosur" zur Beurtheilung der Art und Weise, in welcher die sich diametral entgegengesetzten, aber gleich bedeutsamen Interessen sich auch gleichmäßig schonen und vereinigen ließen. Der Eine behaupte, daß ohne Regulirung der Robotpflicht und ohne Verringerung derselben Böhmen zu Grunde gehen müsse, weil sonst der Landmann nicht mehr im Stande sei, seine Lasten zu tragen, seine Grundstücke gut zu bebauen und außerdem auch noch einiger landwirthschaftlicher Industrie nachzugehen. Der Andere dagegen erkläre, daß durch die Verminderung der Robot der Wohlstand des Grundherrn vernichtet und er in seiner Verarmung weder seine bisherigen Abgaben an den Staat zu entrichten, noch auch wie bisher im Falle des Bedarfes seinen Unterthan zu unterstützen vermöchte. Seine weitausgedehnten Grundstücke würden aus Mangel an Arbeitskräften unbebaut bleiben, die Zahl der Bevölkerung wegen Abschaffung des Gesindes sich verringern, der Viehstand abnehmen. Der Wohlstand des Landes, der Werth des ganzen Königreiches Böhmen würde in bedauerlichster Weise zurückgehen.

Schwer sei es, den richtigen Mittelweg zwischen diesen zwei Extremen zu finden. Die hiezu gemachten Vorschläge rührten einerseits von Staatsbeamten her, welche zwar einsichtsvolle und redliche Leute seien, denen jedoch ohne Zweifel die erforderliche Detailkenntniß abgehe. Und schon die Meinungsverschiedenheit, die zwischen ihnen herrsche, müsse Mißtrauen erregen wider ihre Anträge. Die Gegenpartei sei zwar ausreichend vertraut mit der Sache, und sie zähle gleichfalls patriotische und ehrlich gesinnte Männer in ihren Reihen. Da aber ihr eigenes Interesse hiebei im Spiele sei, müßten sie insgesammt als parteiisch angesehen werden.

Obwohl er dieß nicht bestreiten könne, sagt Joseph weiter, und trotz der geringen Kenntnisse, die er selbst von dem Lande Böhmen, von der Lage der dortigen Grundherren und des Landmannes so wie von den zwischen ihnen bestehenden Verhältnissen besitze, so sei er doch von der Unmöglichkeit überzeugt, am Rathstriche einen auf alle Fälle,

auf alle Umstände passenden und für alle Individuen billigen, möglichen und nützlichen Maßstab zu finden. Nach einem solchen zu suchen, wäre somit eine „Absurdität". Unverantwortlich aber müßte es genannt werden, wenn man verwegen genug sein sollte, einen annähernden Maßstab, den man etwa gefunden zu haben glaubte, ohne Rücksicht auf die hievon zu erwartenden Wirkungen einführen zu wollen. Experimente anzustellen, sei im Staatsleben jederzeit schädlich, in diesem Falle aber würde es unersetzlichen Nachtheil nach sich ziehen.

Nachdem Joseph seine Bedenken gegen die einzelnen Vorschläge noch weiter erörtert und immer wieder die vermeintliche Unmöglichkeit der Aufstellung eines allgemeinen Systems betont hatte, gelangte er zu dem Antrage, jedes Dominium solle mit seinen Unterthanen ein Urbarium in freier Vereinbarung nach Recht und Billigkeit zu Stande bringen. Wo dieß binnen sechs Monaten nicht durchgeführt werde, habe es von Seite des Kreisamtes zu geschehen [551]).

Wie man sieht, war es eigentlich der erste Punkt der Vorschläge der böhmischen Stände, welcher die Zustimmung des Kaisers erhielt. Aber nicht so sehr auf die Art, in der die neue Bemessung der Robotleistung ins Leben gerufen, als auf das Ausmaß kam es doch an, das ihr von nun an zu Grunde gelegt werden sollte. Hierüber ließ jedoch Joseph Alles im Dunklen, während der klare Blick seiner Mutter es allsogleich erkannte, daß gerade in dieser Richtung eine Entscheidung erwartet werde und auch getroffen werden müsse. Schon für den 25. Februar 1774 ordnete sie daher mit Zustimmung des Kaisers eine neue Berathung unter ihrem eigenen Vorsitze an. Hiebei wurde endlich das den Grundherren günstigere System Hoyers, jedoch mit einigen Aenderungen adoptirt. Die Hofkanzlei wurde beauftragt, einen „Unterricht" zur Regulirung der Robot ausarbeiten zu lassen; das Verfahren bei ihrer Durchführung sollte nach des Kaisers Vorschlage vorgezeichnet werden. Letzterer war aber nichts weniger als klar; zwischen der freien Vereinbarung und der Festsetzung eines Maximalbetrages der Leistungen lag ein schwer zu umgehender Widerspruch. Gebler meinte ihn durch die Auslegung zu lösen, daß weder

das gesetzliche Maximum der Frohnleistungen überschritten, noch die Lage der einzelnen Grundholden verschlimmert werden dürfe. In diesem Sinne entwarf er die von der Kaiserin zu unterzeichnende Entschließung; so wurde sie auch von ihr unterschrieben. Aber zwei Tage später erhob Joseph gereizten Widerspruch gegen deren Wortlaut. Durch die in ihr enthaltene Anordnung, daß „nach Anleitung des „Patentes" vorgegangen werde, mußte nach seiner Behauptung jede freie Vereinbarung schon von vornherein unmöglich gemacht werden.

Mit jenem ruhmvollen Freimuthe, in welchem damals die hochgestellten Staatsdiener wetteifernd ihre Ehre erkannten und ihre Pflicht, vertheidigte jedoch Hatzfeldt die aus dem Staatsrathe hervorgegangene Arbeit gegen den Kaiser. Er erklärte, daß ohne jene Worte jede den Grundsätzen der Billigkeit entsprechende und der Unzufriedenheit der Landleute gegenüber aufrecht zu haltende Vereinbarung unmöglich werde. Joseph bestand jedoch auf seiner Meinung, und da ihm Maria Theresia die Entscheidung anheimstellte, wurde sie in seinem Sinne gefällt.

Vom 7. April 1774[555]) war die Verordnung datirt, durch welche den Dominien eine Frist von sechs Monaten eingeräumt wurde, um binnen derselben ohne Zwang, Bedrohung oder sonstige Verleitung entweder über neue, oder über die alten, bisher beobachteten Urbarien eine freie Vereinbarung zu Stande zu bringen. Wo dieß nicht stattfinde, hätte es nach Ablauf der gegebenen Frist durch eigene Urbarialcommissäre, und zwar auf der Basis des nachfolgenden „Unterrichtes" zu geschehen.

An die Spitze des letzteren war ebenfalls der Grundsatz gestellt, daß keinem Bauer eine größere als die ihm bisher obliegende Robotleistung zugemuthet werden solle. Außerdem wurden dem Wesen nach die von Hoyer herrührenden Ansätze als das Maximum dessen bezeichnet, was ein Dominium künftighin einem Bauer auferlegen dürfe. Aber wir finden doch auch Aenderungen darin, welche die Bevölkerung noch schwerer belasten mußten. Ein sogenannter „Inmann" sollte jährlich sechs und zwanzig, ein „Häusler", der wohl ein Haus, aber keine Grundstücke besaß, neun und dreißig Tage Frohndienste leisten. Bei

Grundbesitzern konnte die Robot bis auf drei Tage wochentlich als Hand- und ebensoviel als Zugrobot mit zwei, ja mit drei und mit vier Stück Zugvieh gesteigert werden. Hinsichtlich der Entrichtung der beständigen (standhaften) Grundzinse wurde die Landbevölkerung in acht Classen getheilt, von denen die niedrigste gar keinen, die höchste aber einen Grundzins von jährlich zwölf Gulden an den Gutsherrn zu zahlen hatte.

Die freie Vereinbarung ging jedoch nur sehr langsam und mit großen Schwierigkeiten vor sich. Die Robotpflichtigen hofften noch immer auf eine günstigere Bemessung ihrer Obliegenheiten von Seite des Staates, die Grundherren dagegen hielten fest an den von ihnen usurpirten Rechten, und sie zählten mit Zuversicht darauf, die zwangsweise Entscheidung, welche der Unterricht vom 7. April 1774 für die Fälle in Aussicht stellte, in denen eine spontane Vereinbarung nicht zu Stande komme, vereiteln zu können. Und in der That, so mächtig war ihr Einfluß in Wien, daß sie im Juni 1774 eine kaiserliche Entschließung erwirkten, derzufolge das Resultat der Vergleichsverhandlungen, wenn sie nur in redlicher und friedlicher Weise geführt worden waren, auch dann aufrechterhalten werden sollte, wenn eine Ueberschreitung der gesetzlich festgestellten Maximalbeträge stattgefunden hätte. Die Revision des Unterrichtes vom 7. April wurde gleichzeitig befohlen[556]).

Waren schon die Bestimmungen dieser letzteren Vorschrift weit zurückgeblieben hinter den Erwartungen der Robotpflichtigen in Böhmen, so war der Eindruck, welchen die Nachricht daselbst hervorbrachte, es werde nicht einmal dabei bleiben, sondern der „Unterricht" solle zurückgenommen und vorkommenden Falles sogar über das Maximum des bisherigen Ausmaßes der Robotleistung hinausgegangen werden, ein wahrhaft furchtbarer zu nennen. Das Schwanken in den Entschlüssen der Regierung, und die eigensüchtigen Umtriebe der Grundherren, durch die es herbeigeführt worden, riefen in dem Bauernstande die Befürchtung hervor, daß die Partei der Unterdrückung gesiegt habe und alle Hoffnungen auf bessere Zustände vergeblich gewesen seien.

Gerüchte verbreiteten sich, die Kaiserin habe die gänzliche Aufhebung der Frohne befohlen, der Adel und die Beamten hätten jedoch das Freigebungspatent unterschlagen. Die Vergleichsverhandlungen geriethen vollends ins Stocken, und an sehr vielen Orten wurden alle Leistungen an die Grundherren verweigert. Ja es wurde sogar das Ackerland nicht mehr bestellt, und wo dieß bereits geschehen war, die reife Frucht nicht geerntet. Immer höher stieg die Aufregung unter dem Landvolke, und endlich rotteten sich, zuerst in Oberweckelsdorf und Smirzitz im Königgrätzer Kreise, die Bauern tumultuarisch zusammen. In so trauriger Weise wurde die Warnung der Hofkanzlei gerechtfertigt, derzufolge die Einführung von Neuerungen in Verhältnissen von so tief einschneidender Bedeutung für das Volkswohl jederzeit nur mit der äußersten Vorsicht bewerkstelligt werden sollte.

Maria Theresia war aufs tiefste bekümmert über die unheilvollen Nachrichten, die sie aus Böhmen erhielt. Einerseits schmerzte es sie, ihre wohlwollenden Absichten so verkannt und gescheitert zu sehen, und innig bedauerte sie das böhmische Landvolk wegen des Mißgeschickes, das es durch seine aufrührerische Haltung über sich selbst heraufbeschwor. Andererseits mißbilligte die Kaiserin höchlich das Verfahren der Bauern, und gleich von Anfang an war sie der Ansicht, daß es durchaus nicht geduldet werden dürfe. „das gehet zu weit, „solche zusam rottirung", schrieb sie an Kaunitz, als sie wie gewöhnlich zuerst an ihn sich wandte, seine Rathschläge zu vernehmen [557]). „Ich bin traurig und niedergeschlagen", sagte sie ein zweites Mal zu ihm, als sie nach näherer Kunde aus Böhmen sich sehnte [558]). Nicht lang sollte ihr dieselbe vorenthalten bleiben, und es war für Maria Theresia besonders schmerzlich, daß ihre Berichterstatter aus jenem Lande in dem Aufstande der Bauern nicht bloß eine Auflehnung gegen die Grundherren und die Behörden des Staates, sondern einen Abfall vom katholischen Glauben, eine in hussitischem Sinne unternommene Bewegung erblicken zu sollen meinten [559]).

Bei dem Mißtrauen, welches in Wien fortwährend gegen den König von Preußen herrschte, wurde es besonders bemerkt, daß der

Aufstand gerade in einem Kreise Böhmens ausgebrochen war, der an die preußische Provinz Schlesien und an die Grafschaft Glatz grenzte. Man hielt es für wahrscheinlich, daß König Friedrich der Sache nicht fremd sei und daß er für sich vielfachen Nutzen aus ihr zu ziehen wissen werde. Man erzählte, daß in Schlesien die Häuser schon fertig seien, in welchen die Abtrünnigen vom katholischen Glauben bei ihrer Auswanderung aus Böhmen Aufnahme finden sollten. Und man bemühte sich mit allen Mitteln, ja sogar durch Aufstellung eines Grenzcordons eine solche Auswanderung zu verhüten [560]).

Freilich kam es nicht zu derselben, aber was in Böhmen geschah, war darum nicht besser. Immer zahlreicher wurden zu jener Zeit, im März 1775, die Ansammlungen der Bauern, deren eine sogar auf fünfzehntausend Köpfe berechnet wurde. Gegen die Schlösser des Adels, die Städte, ja sogar gegen befestigte Plätze wie Königgrätz und Prag zogen sie heran. In die letzteren wurden sie freilich nicht eingelassen, aber ungehindert zerstreuten sie sich auf dem Lande; überall verübten sie grobe Excesse, verwüsteten die Kirchen [561]) und plünderten die Schlösser, mißhandelten die Geistlichen so wie die Grundherren, ihre Familien und Dienstleute, und verkündigten die gänzliche Aufhebung der Robot [562]).

Allerdings hätte es nicht gerade schwer fallen können, die Bauern, welche ohne eigentliche Bewaffnung waren, durch Absendung von Truppen gegen sie auseinander zu treiben und ihren Ausschweifungen ein Ende zu machen. Aber gerade die religiösen Beweggründe, mit denen sie ihr Verfahren zu rechtfertigen sich bemühten, der zu erwartende Schutz von Außen her, mit welchem sie prahlten, endlich ihre Drohung, aus einem Lande auszuwandern, das durch die Ereignisse der vorangegangenen Jahre als theilweise entvölkert erschien, alles dieß mahnte zur äußersten Vorsicht. Man bot daher wohl die Truppen in Böhmen, etwa vierzigtausend Mann an der Zahl, gegen die aufständischen Bauern auf, und verstärkte diese Streitmacht noch durch vier Regimenter Cavallerie, die man dahin absandte. Aber man trug den Commandanten der Truppen doch auch gleichzeitig die äußerste Schonung gegen die zusammen gerotteten Landleute auf.

Die letzteren wurden hiedurch, wie es in derlei Fällen fast immer geschieht, nur noch zuversichtlicher und übermüthiger gemacht. Immer frecher und grausamer wurden ihre Gewaltthaten, über den größten Theil Böhmens verbreitete sich der Aufstand, und endlich blieb nichts übrig als zu strengen Maßregeln zu schreiten[563]). Man mußte gegen die Aufständischen von den Waffen Gebrauch machen. Eine nicht ganz unbeträchtliche Anzahl derselben verlor hiebei das Leben[564]). Viele wurden gefangen genommen und einzelne Rädelsführer aufs strengste bestraft, andere aber noch länger in Haft behalten; doch ist hiebei nicht zu übersehen, daß allzu harte Urtheile des delegirten Gerichtes von Wien aus eine oft sehr weitgehende Milderung erfuhren[565]). Durch Anhäufung von Truppen in den Gegenden, in denen der Aufstand am meisten Anklang gefunden hatte, wurde ihm allmälig ein Ende gemacht.

Andererseits wird jedoch auch nicht verschwiegen werden dürfen, daß sogar in den Districten, in denen der Geist des Aufruhrs am meisten verbreitet war, einzelne Ortschaften an demselben nicht Theil nahmen, sondern sich ihm sogar nachdrücklich widersetzten. So wurde als Belohnung der bewiesenen Treue den Bewohnern des ehemaligen Jesuitengutes Miltschowes ein Betrag von fünfzig Dukaten verabfolgt[566]).

Ungemein bezeichnend für die Kaiserin selbst ist ein vertraulicher Brief, den sie zu jener Zeit, im Mai 1775 an Mercy schrieb. Sie kündigte ihm ihren Entschluß an, endlich zu dem von ihr so sehr gewünschten und jetzt dringend nothwendig gewordenen Rücktritte zu schreiten. „Für die wenigen Tage", so lauten ihre Worte, „die mir „noch bleiben, könnte man mir wohl einige Ruhe vergönnen. Fünf „und dreißig Jahre habe ich der Gesammtheit geopfert; ich bin so „abgespannt, so niedergeschlagen, daß ich mehr Uebles als Gutes voll„bringe. In dem letzten Tumulte in Böhmen, der zwar unterdrückt, „aber noch bei weitem nicht verlöscht ist, liegt eine der Ursachen, „welche meine Entschlüsse beschleunigen, nicht aus Furcht, denn ich „kenne dieses Gefühl nicht, wohl aber weil ich nicht Abhülfe schaffen

„kann und durch meine Gegenwart großes Unheil stifte. Der Kaiser,
„der das Streben nach Popularität allzuweit treibt, hat, ohne zwar
„diesen Leuten auf seinen verschiedenen Reisen förmliche Versprechungen
„zu machen, doch allzu viel über ihre Freiheit in Religionssachen sowohl
„als ihren Grundherren gegenüber gesagt. Hiezu kommt noch die
„Conscription, bei welcher die Offiziere ebenfalls zu viel geredet und
„versprochen und die Leute aufgemuntert haben. Alles dieß hat seit
„1770 in unseren sämmtlichen deutschen Provinzen eine Verwirrung
„hervorgerufen, von welcher man jetzt die Folgen sieht, die man schon
„damals und seither voraussagte; aber das wurde immer nur als
„Bagatelle, Feigheit und dergleichen behandelt. Nicht in Böhmen
„allein ist der Bauer zu fürchten; auch in Mähren, Steiermark,
„Oesterreich; an unseren Thoren, hier bei uns, wagen sie die größten
„Frechheiten zu begehen; die Folgen davon für sie selbst und für viele
„andere Unschuldige sind zu fürchten. Die Keckſten und die Schlech-
„testen haben jetzt leichtes Spiel. Sie werden mich verdammen, daß
„ich nicht Ordnung darin schaffe, und es ließe sich viel darüber sagen.
„Mein Alter, meine Krankheit, meine Abspannung nach dem Tode
„meines angebeteten Herrn und Meisters haben mich zwei Jahre hin-
„durch ganz passiv gemacht. Seither aber, da ich fast alle Minister
„meines Vertrauens, fast alle meine Freunde verlor, habe ich nicht
„mehr in jenes Gleichgewicht zu gelangen vermocht, aus welchem mein
„persönliches Unglück mich gebracht hat. Die Zärtlichkeit und die
„Schwäche einer alten Frau haben das Uebrige gethan; der Staat
„hat darunter nur allzu sehr gelitten und ich kann dieß nicht länger
„so fortbestehen lassen. Allein die Regierungslast tragend, wird er*)
„auch die Schwierigkeiten sehen und sich nicht mehr hinter mir zu ver-
„stecken vermögen. Er besitzt zu viel Geist, und auch seine Urtheils-
„kraft ist noch nicht so sehr geschwächt, daß er auf die Länge nicht
„die Wahrheit erkenne. Sein Herz ist noch nicht ganz verdorben,
„obwohl es in Bezug auf diesen letzteren Punkt Zeit ist, zu einem
„Heilmittel zu greifen. Sie werden vor Allem diesen Brief verbrennen;
„gegen Mercy allein, den ich als meinen Freund und Minister hoch-

*) Kaiser Joseph.

„schätze, hat mein allzu bedrücktes Herz sich geöffnet. Ich bitte Sie „mir nichts über den Entschluß zu schreiben, den ich für den einzigen „ansehe, welchen ich fassen muß. Ich weiß was sich Alles hierüber „sagen läßt und Ihre Freundschaft für mich könnte Sie verblenden. „Aber ich bin gewiß, daß wenn Sie durch sechs Monate hier wären, Sie „mir nichts Anderes zu sagen vermöchten als ich mir selbst sage“ [567]).

Den Entschluß, sich von den Regierungsgeschäften völlig zurückzuziehen, muß die Kaiserin auch ihrer nächsten Umgebung angekündigt haben, denn so wie Mercy, so machte ihr auch Greiner die lebhaftesten Vorstellungen gegen ihn. Der Erstere unterstützte dieselben mit Betrachtungen, die er dem Gebiete der Politik und der nothwendigen Rücksichten auf die Lage der Königin von Frankreich entnahm [565]), während Greiner der Kaiserin gegenüber mehr die Gefühlssaite anschlug. „Ach Allergnädigste Monarchin“, so schrieb er ihr, „verlassen Eure „Majestät Ihre armen Unterthanen nicht. Ihre mildeste Leitung war „unser größtes Glück, das größte Glück der Welt. Sollten nun vielleicht diese Geschäfte verworrener werden, sollten ausländische Unruhen „die inländischen gefährlicher machen, und dann keine Maria Theresia! „O mein Gott, mein Herz zittert bei diesem Gedanken ärger als es „in dem Augenblicke zittern wird, da meine Seele aus der Welt den „schrecklichen Schritt in die Ewigkeit machen wird. Meine Dienste, „Allergnädigste Frau, sind nichtsbedeutend, aber mein Wille, meine „Ergebenheit, mein treuer Eifer für die Allerhöchste Person Eurer „Majestät ist gewiß so groß als irgend eines Menschen am Throne, „bis auf den ärmsten Bauer. Stünde es in meiner Gewalt zu verhindern, daß Eure Majestät nirgends die Hand von der Leitung „der Geschäfte abzögen, ich wollte es gern mit allem meinem Blute „hindern. Verzeihen Eure Majestät diesen in den Allerhöchsten Augen „vielleicht zu vermessenen Wunsch; er ist gewiß treu gemeint. Könnte „ich Eure Majestät beruhigen! Allein mit Verlassung der Geschäfte, „wozu dieses vielleicht der erste Schritt sein könnte, wird Eurer Majestät „großes Herz nicht ruhig werden.“

„ich erkenne aus diesen“, antwortete Maria Theresia dem Hofrathe von Greiner mit eigener Hand, „sein wahres **attachement**

„vor mich und dem ſtaatt. ich erwarte mit ihme weiters zu reden, „dan ſo kan nicht continuirn, weder vor mein Sellenheyl noch „nutzen des ſtaatts, und iſt nichts ſo arges als mein gegenwärtige „situation“ [569]).

Wir ſind nicht unterrichtet über den Eindruck, welchen die mündlichen Vorſtellungen Greiners, zu denen ihn Maria Thereſia autoriſirte, auf das Gemüth der Kaiſerin hervorbrachten. Doch ſcheint es daß er beſchwichtigend auf ſie zu wirken verſtand. In dieſem Sinne möchten wir wenigſtens die Antwort auffaſſen, die ſie dem Grafen Mercy gab. Nachdem ſie ihm für ſeine Theilnahme gedankt, fügte die Kaiſerin hinzu, ſehr oft ſeien Uebelſtände vorhanden, für welche die Heilmittel nicht ausreichten. Dann liege das beſte darin, ſich den Fügungen der Vorſehung in Demuth zu unterwerfen [570]).

Durch eine ſolche Fügung der Vorſehung ſei ſie, das war jederzeit der feſte Glaube der Kaiſerin, an den erhabenen Platz geſtellt worden, welchen ſie einnahm. In dem Ausharren auf demſelben mag ſie denn auch die ihr obliegende Unterwerfung unter einen höheren Willen erblickt haben. Zu jener Zeit wenigſtens kam ſie auf die von ihr noch vor kurzem ſo lebhaft verfolgten Rücktrittsgedanken nicht mehr zurück. Aber ſie gab ſich gleichfalls keinem Zweifel darüber hin, daß die bloß gewaltſame Unterdrückung des Aufſtandes des böhmiſchen Landvolkes nicht genüge, ſondern daß man in der That eifrig darauf ausgehen müſſe, die Urſachen hinwegzuräumen, welche berechtigten Grund zur Beſchwerde und zur Unzufriedenheit gegeben haben mochten. Die erſt vor kurzem erlaſſenen Vorſchriften hinſichtlich der Robotleiſtung in Böhmen wurden daher neuerdings eindringlichen Berathungen unterzogen. Aber auch jetzt wieder ſtanden die früheren Parteien, und wo möglich mit noch ſteigender Erbitterung einander gegenüber. Auf der einen Seite die Vorkämpfer für die Intereſſen der Grundherren, jedes ausgiebigere Zugeſtändniß zu Gunſten der Robotpflichtigen verweigernd. Auf der anderen aber die Wortführer für die Erleichterung des überaus ſchwer bedrückten Landmannes, wobei nur zu bedauern war, daß auf dieſer Seite keine Uebereinſtimmung über die

zu ergreifenden Maßregeln, sondern die größte Verschiedenheit der Ansichten herrschte.

Die Schwierigkeit, aus einer so peinlichen Lage den Ausweg zu finden, ohne die verschiedenen, einander diametral entgegengesetzten Interessen allzu hart zu schädigen, wurde noch durch die Nachrichten erhöht, die man aus Mähren erhielt. Auch dort gab eine sehr bedenkliche Gährung unter dem Landvolke sich kund, auch dort kam es zu Auflehnungen, wenn sie auch keinen so drohenden Umfang annahmen wie in Böhmen. Und das bedenkliche dieser Vorgänge wurde dadurch noch vermehrt, daß die Erntezeit herannahte und die Bauern sich weigerten, an die Einsammlung der Feldfrüchte zu gehen. Fast mit Gewalt mußte man sie hiezu zwingen, und in der Gegend von Znaim soll es vorgekommen sein, daß die Soldaten, um durch ihr Beispiel die Landleute anzuspornen zur Ernte, sich gemeinschaftlich mit ihnen dieser Arbeit unterzogen [571]).

In welcher Verlegenheit man in Wien sich befand, geht recht deutlich aus einem Briefe des Kaisers an den Großherzog von Toscana vom 20. Juli 1775 hervor. „Die Urbarialeinrichtungen", schrieb er ihm, „schwimmen noch immer in der Ungewißheit, zu großem Nachtheil „der Unterthanen und der Grundherren, und die kleinen Wallungen, „die man noch hie und da wahrnimmt, sind nichts als die natürlichen „Folgen der Unentschlossenheit der Regierung, welche seit fünf Jahren „den Unterthan mit Erleichterungen ködert, ohne sie ihm jemals zu „Theil werden zu lassen, und den Grundherrn mit Herabsetzung der „Robot bedroht, ohne daß sie es wagt, sie ihm wirklich aufzuerlegen. „Die Ungeduld erfaßt die Einen, die Intrigue bemächtigt sich der „Anderen; diese drängen, jene verhindern, und so schwankt man in „der Sache selbst hin und her. Man macht die Kaiserin verwirrt und „bedient sich, indem man sich beklagt, wahrhaft ungeziemender Aus„drücke. In dem Augenblicke, in welchem ein Beschluß gefaßt und „sogar veröffentlicht ist, widerruft und ändert man ihn, kurz es ist „eine ganz abscheuliche Sache, und da ich zur Standhaftigkeit rathe „und mich der Intrigue widersetze, werde ich unbarmherzig zerfleischt.

„Ja Personen thun dieß, mit denen ich aufs freundschaftlichste umgehe. „Ich aber spotte darüber und verfolge meinen Weg, sowohl was die „Geschäfte angeht als in geselliger Beziehung, als ob es um gar nichts „sich handelte“ [572]).

Noch eingehender und ernster spricht Joseph sich etwa drei Wochen später gegen seinen Bruder über diese Angelegenheit aus. „Ueber unsere inneren Geschäfte werde ich Dir nichts Anderes sagen, „als daß die Dinge, welche da vorgehen, ebenso unglaublich als „unbeschreiblich sind. Das Herz blutet, wenn man sie mit ansieht, „und in meiner Lage besäße ich, wenn nicht etwas Philosophie mich „aufrecht erhielte, Ursache genug, um wahnsinnig zu werden. Solltest „Du es für möglich halten, daß die Kaiserin irgend etwas in diesen „verdammten Urbarialangelegenheiten beschlösse? Mehr als zehn Mal „hat sie es über sich gewonnen, den Befehl zur Entscheidung der „Dinge zu geben, aber niemals hat dieß lang genug gedauert, daß die „Anordnungen und Patente ins Reine geschrieben und gedruckt werden „konnten. Immer haben andere Personen, welche hinzu kamen, sie „schwanken, zurückhalten und sogar widerrufen gemacht; so befinden „wir uns auf demselben Punkte wie früher. Lang schon hätte ich dem „ein Halt geboten und mich angetragen, selbst dorthin zu gehen und „Alles ins Reine zu bringen. Aber das ist unmöglich, so lang ich „nicht gewiß bin, daß man mich gewähren läßt und nicht selbst wieder „den Vorschriften entgegenwirkt, die man mir gibt. In einer anderen „Weise werden sie aus der Sache nicht herauskommen. Ein Mann „muß mit Vollmacht nach Böhmen sich verfügen und dort handeln „wie er es für nothwendig ansieht, von seinem Verfahren aber „erst am Ende seiner Mission Rechenschaft ablegen. Er muß ein „unparteiischer thätiger Mann sein, der sich in seinen Maßregeln durch „das, was man über dieselben reden und schreiben wird, nicht irre „machen läßt, und sollte dieß selbst von Ihrer Majestät und dem „ganzen Publicum geschehen. Muthvoll muß er sein gegen die An„strengungen der Menge, und wenig bekümmert um das, was der „ganze Adel über ihn sagen wird. Aber es gibt nicht viel solche „Männer in einer Monarchie, und darum fürchte ich sehr, daß von

sechs Hand- und sechs Zugrobottage wochentlich anzunehmen. Die nicht eingekauften, d. i. diejenigen Bauern, welche nicht durch eine besondere Abgabe an den Grundherrn dessen ausdrückliche Anerkennung ihres emphyteutischen Eigenthums sich erworben hatten, sollten noch einen Hand- und einen Zugrobottag wochentlich mehr leisten. Endlich sollte den Grundherren das Recht eingeräumt werden, über jene unentgeltlichen Leistungen hinaus von ihren Unterthanen gegen fixe Preise so viele andere Arbeitstage zu fordern, als sie eben wollten. Als solche Preise sollten für einen Arbeitstag mit zwei Pferden ein und zwanzig, für einen solchen mit zwei Ochsen fünfzehn, und für einen Handarbeitstag sechs Kreuzer festgesetzt werden.

Hatten die Vorschläge der böhmischen Stände in ihren ersten Sätzen ganz annehmbar gelautet, so zeigten sie sich in den letzteren Punkten, auf die es eigentlich ankam, als absolut verwerflich. Darum erklärte sich schon die Hofkanzlei, und umsomehr der Staatsrath mit Entschiedenheit für die Zurückweisung dieser Anträge. Sie trugen auf Erlassung eines Gesetzes an, durch welches die Grundsätze festgestellt würden, nach denen auf jedem Gute, wenn auch im Wege freiwilliger Vereinbarung, die Robotleistungen der Grundholden zu regeln wären. Als Hauptpunkte hätten zu gelten, daß Niemand höher belastet werden dürfe als bisher und daher mehr als drei Tage der Woche zum Frohndienste verpflichtet werden könne. Jede Vereinbarung zwischen den Grundherren und den Unterthanen sei dem Kreisamte vorzulegen und von demselben zu prüfen, ob sie auf der Basis der Gesetze, ohne Anwendung von List oder Zwang zu Stande gekommen sei. Ebenso habe das Kreisamt nach dem Gesetze zu entscheiden, wenn binnen einer gegebenen Zeit eine Vereinbarung nicht erzielt werde [352]).

Aber auch diejenigen, welche einig waren über diese Prinzipien, gingen, wie bereits gesagt worden, in Bezug auf ihre Anwendung ziemlich weit auseinander. Unvermittelt standen die Systeme von Blanc und von Hoyer, die Anhänger und Vertheidiger des einen und des anderen sich gegenüber. Nur darin vereinigten sich Alle, daß die rasche Beendigung der durch so lange Zeit schwebenden Verhandlungen

Schärfe traten die letzteren bei den Berathungen hervor, welche gegen Ende des Jahres 1775 über den Vorſchlag gepflogen wurden, in den Niederlanden eine beträchtliche Geldſumme aufzunehmen und ſie zur Hebung des Wohlſtandes in Böhmen und zur Wiederherſtellung des dortigen Privatcredites zu verwenden.

Es lag wohl in der Natur der Sache, daß bei der Erörterung dieſes Gegenſtandes all die Anſichten neuerdings zur Sprache gelangten, welche bei der Feſtſetzung der Beſtimmungen über die Robotverpflichtungen einander ſo ſchroff gegenüber geſtanden waren. Insbeſondere zwiſchen Mutter und Sohn, zwiſchen Maria Thereſia und Joſeph ſcheint dieß der Fall geweſen zu ſein. Nur ſo läßt es ſich erklären, daß die Kaiſerin plötzlich, im Dezember 1775 einige Worte zu Papier brachte, durch die ſie die Regierungsgrundſätze Joſephs in drei Punkte zuſammenzufaſſen ſuchte. Freie Religionsübung, welche zu gewähren doch keinem katholiſchen Fürſten unter ſchwerer Verantwortung erlaubt ſei, Vernichtung des Hochadels unter dem Vorwande, daß dieß der Mehrzahl der Bevölkerung zum Heile gereichen werde, während doch weder die Nothwendigkeit und noch weniger die Billigkeit eines ſolchen Verfahrens einzuſehen ſei. Endlich die fortwährend wiederkehrende Betonung der Freiheit in Allem, wodurch ſie ſich weit mehr zu Beſorgniſſen als zu Hoffnungen angeregt fühle. „Ich bin zu alt", fügte Maria Thereſia hinzu, „mich ſolchen Principiis jemals zu fügen, wünſche aber und bitte Gott, daß mein Nachfolger ſelbe niemals nur probire. Weder er, noch weniger ſeine Nachfolger würden glücklicher" [578]).

Man weiß aus den Briefen Joſephs an Leopold, welch hohen Grad die Verſtimmung des Erſteren über den ſteten Meinungszwieſpalt mit ſeiner Mutter und über die Schwierigkeit erreicht hatte, ſeinen Anſichten zur Geltung zu verhelfen. So wie Maria Thereſia ſelbſt, fügte ſich auch Joſeph nur mit dem äußerſten Widerſtreben in dieſes Verhältniß. Hatte ſich die Erſtere durch ihr Leidweſen über dasſelbe erſt vor Kurzem zu Rücktrittsgedanken beſtimmen laſſen und denſelben nur ſehr ungern entſagt, ſo nahm Joſeph jetzt aus der von

nach Prag abgesendet worden war, um den Stand der Dinge an Ort und Stelle zu erforschen, drang gleichfalls auf Erlassung eines definitiven Robotpatentes. In einem Privatbriefe an die Kaiserin vom 11. August 1775 schilderte er die allgemeine Aufregung in Böhmen und die Nachtheile derselben für das Land. Die Ursachen der Verwirrung erblickte er in den unbestimmten, oft getäuschten Erwartungen des Landvolkes, in der Uneinigkeit und Schwäche des böhmischen Guberniums, bei welchem die alte und die neue Zeit im Streite mit einander lägen. Er rieth, gegen die Tumultuanten nicht allzu streng zu verfahren; nicht Galgen und Kerker hätten gegen sie in Anwendung zu kommen, sondern die Abstiftung einiger Bauern, welche die Leistungen an die Grundherren geradezu verweigerten. Die Einreihung einiger Widerspänstiger in das Heer, die nicht allzu scharfe körperliche Züchtigung Anderer werde den Widerstand allmälig beseitigen, eine Ansprache an das Volk dasselbe endlich vollends beruhigen. Und der Oberstburggraf von Böhmen, Fürst Karl Egon zu Fürstenberg schrieb in dem gleichen Sinne nach Wien [576]).

Ganz so wie Joseph laut seines Berichtes an die Kaiserin und seiner Briefe an den Großherzog Leopold es gewünscht, entschied nun Maria Theresia. Am 19. August befahl sie die feierliche Kundmachung des neuen Robotpatentes in Böhmen, welches schon vom 13. August datirt wurde [577]). Der Generalmajor Graf Olivier Wallis wurde als kaiserlicher Commissär dorthin abgesandt; mit militärischem Pompe sollte er durch das Land ziehen, bei allen Kreisämtern Repräsentanten des Landvolkes versammeln, ihnen das Patent vorlesen und erklären. Solches ging denn auch ohne die geringste Unordnung vor sich: binnen Kurzem konnte die frühere Aufregung in Böhmen als beschwichtigt angesehen werden.

Von der Hofburg in Wien kann man jedoch ein Gleiches durchaus nicht sagen. Lange noch und in sehr starken Schwingungen zitterten daselbst die Gemüthsbewegungen, in welche man durch die Ereignisse in Böhmen versetzt worden, und die Meinungsverschiedenheiten nach, in die man um ihretwillen gerathen war. Mit erneuerter

Schärfe traten die letzteren bei den Berathungen hervor, welche gegen Ende des Jahres 1775 über den Vorschlag gepflogen wurden, in den Niederlanden eine beträchtliche Geldsumme aufzunehmen und sie zur Hebung des Wohlstandes in Böhmen und zur Wiederherstellung des dortigen Privatcredites zu verwenden.

Es lag wohl in der Natur der Sache, daß bei der Erörterung dieses Gegenstandes all die Ansichten neuerdings zur Sprache gelangten, welche bei der Festsetzung der Bestimmungen über die Robotverpflichtungen einander so schroff gegenüber gestanden waren. Insbesondere zwischen Mutter und Sohn, zwischen Maria Theresia und Joseph scheint dieß der Fall gewesen zu sein. Nur so läßt es sich erklären, daß die Kaiserin plötzlich, im Dezember 1775 einige Worte zu Papier brachte, durch die sie die Regierungsgrundsätze Josephs in drei Punkte zusammenzufassen suchte. Freie Religionsübung, welche zu gewähren doch keinem katholischen Fürsten unter schwerer Verantwortung erlaubt sei, Vernichtung des Hochadels unter dem Vorwande, daß dieß der Mehrzahl der Bevölkerung zum Heile gereichen werde, während doch weder die Nothwendigkeit und noch weniger die Billigkeit eines solchen Verfahrens einzusehen sei. Endlich die fortwährend wiederkehrende Betonung der Freiheit in Allem, wodurch sie sich weit mehr zu Besorgnissen als zu Hoffnungen angeregt fühle. „Ich bin „zu alt", fügte Maria Theresia hinzu, „mich solchen Principiis „jemals zu fügen, wünsche aber und bitte Gott, daß mein Nachfolger „selbe niemals nur probire. Weder er, noch weniger seine Nachfolger „würden glücklicher" [578]).

Man weiß aus den Briefen Josephs an Leopold, welch hohen Grad die Verstimmung des Ersteren über den steten Meinungszwiespalt mit seiner Mutter und über die Schwierigkeit erreicht hatte, seinen Ansichten zur Geltung zu verhelfen. So wie Maria Theresia selbst, so fügte sich auch Joseph nur mit dem äußersten Widerstreben in dieses Verhältniß. Hatte sich die Erstere durch ihr Leidwesen über dasselbe erst vor Kurzem zu Rücktrittsgedanken bestimmen lassen und denselben nur sehr ungern entsagt, so nahm Joseph jetzt aus der von

„all dem nichts geschehen wird, und dennoch kann ich nicht begreifen, „was man Anderes thun könnte, um zum Ziele zu gelangen. Die „Unterthanen sind unverschämt und ganz außer Rand und Band, „aber die Regierung hat sie durch so viele Versprechungen, welche „niemals erfüllt, und durch so viele Drohungen, die niemals vollzogen „wurden, mit eigener Hand dahin gebracht. Das aber ist das sicherste „Mittel, sich selbst verachten zu machen" [573]).

Drei Tage bevor Joseph sich in dem Briefe an seinen Bruder in solchen Klagen erging, hatte er der Kaiserin seine Ausarbeitung über dasjenige vorgelegt, was in Böhmen zunächst geschehen solle [574]). Nach seiner Meinung bestand die dringendste Aufgabe der Regierung darin, den Geist der Insubordination zu bannen, der sich in Böhmen in so erschreckender Weise kundgegeben hatte. Das ausgiebigste, ja das einzige Mittel hiezu bestehe in der deutlichsten Aufklärung des Landmannes über die ihm obliegenden Pflichten, und daher sei die baldigste Erlassung eines neuen, diese Leistungen klar und unzweideutig feststellenden Robotpatentes ganz unvermeidlich. Auf die „billigsten „und vernünftigsten" Grundsätze müsse es sich stützen und allmälig die Bahn ebnen zu wenigstens theilweiser, im Wege des Einvernehmens zwischen Grundherren und Bauern zu Stande kommender Aufhebung der Naturalrobot, deren Beseitigung durch einen Machtspruch unmöglich erscheine.

Stand die Frage der Erlassung eines neuen Patentes einmal fest, so handelte es sich vor Allem um die Wahl des Systems, welches durch dasselbe zur allgemeinen Richtschnur erhoben werden sollte. Mit Entschiedenheit sprach Joseph sich jetzt gegen das System von Hoyer und für dasjenige von Blanc aus. Die Herabsetzung der Robot auf drei Tage in der Woche sei das Losungswort, die Forderung gewesen, deren Nichterfüllung den Bauer überall zu den größten Ausschweifungen verführte. Das Aeußerste wäre zu besorgen, wenn man der Billigkeit so geringe Rechnung tragen und in Gemäßheit des Hoyer'schen Systems ein höheres Ausmaß als Gesetz aufstellen wollte. Nur für den außerordentlichen Wirthschaftsbedarf, wie etwa für die Erntezeit

dürfe dieß, wie Blanc es ebenfalls wollte, geschehen. Es sei auch keineswegs den Grundherren so ungünstig, als man dieß gewöhnlich behaupte. Denn durch Erhöhung des Grundzinses werde ihnen so ziemlich vergolten, was ihnen an Robot entgehe. Mit der Verbesserung der Lage der Bauern werde auch der Absatz des herrschaftlichen Bier- und Weinschankes sich steigern und die Nothwendigkeit, fortwährend Steuernachlässe zu gewähren, ein Ende erreichen, hiedurch aber das Einkommen der Grundherren ein gesicherteres werden. Unzweifelhaft sei es, daß der Wohlstand der Unterthanen auch den des Grundherrn erhöhe.

Schließlich kommt Joseph noch einmal auf den großen Vorzug des Blanc'schen Systems zurück, daß es den Gutsherren und den Grundholden die Mittel erleichtere, allmälig im Wege gütlicher Vergleiche die persönliche Robot ganz zu beseitigen und sie nach dem Beispiele der cultivirtesten Länder in eine Abgabe an Geld- und Naturproducten zu verwandeln.

Fürst Kaunitz, welchem die Kaiserin die Anträge ihres Sohnes mittheilte, um seine Meinung über sie zu vernehmen, stimmte ihnen nicht zu. In die Frage, welchem Systeme bei der Bemessung der künftigen Robotleistungen der Vorzug zu geben sei, ließ er sich allerdings nicht ein. Aber er erklärte sich wenigstens vor der Hand gegen die von Joseph als so dringend bezeichnete Erlassung eines neuen Patentes; eine solche sei weder der Würde der Kaiserin noch den Umständen angemessen. Es gezieme sich nicht für das Oberhaupt des Staates, den Unterthanen, welche durch ihr aufrührerisches Betragen eine Züchtigung verdient hätten, statt derselben Belohnungen zu Theil werden zu lassen, gewissermaßen als Preis für ihren zukünftigen Gehorsam. Man möge daher sowohl die Absendung eines bevollmächtigten Commissärs nach Böhmen als die Erlassung eines Patentes bis auf den Augenblick verschieben, in welchem Alles in Böhmen ruhig geworden und in das gesetzmäßige Geleise zurückgekehrt sein würde [575]).

Dießmal errang jedoch die Meinung Josephs einen vollständigen Sieg über diejenige des Staatskanzlers. Freiherr von Kreßl, der

Schärfe traten die letzteren bei den Berathungen hervor, welche gegen Ende des Jahres 1775 über den Vorschlag gepflogen wurden, in den Niederlanden eine beträchtliche Geldsumme aufzunehmen und sie zur Hebung des Wohlstandes in Böhmen und zur Wiederherstellung des dortigen Privatcredites zu verwenden.

Es lag wohl in der Natur der Sache, daß bei der Erörterung dieses Gegenstandes all die Ansichten neuerdings zur Sprache gelangten, welche bei der Festsetzung der Bestimmungen über die Robotverpflichtungen einander so schroff gegenüber gestanden waren. Insbesondere zwischen Mutter und Sohn, zwischen Maria Theresia und Joseph scheint dieß der Fall gewesen zu sein. Nur so läßt es sich erklären, daß die Kaiserin plötzlich, im Dezember 1775 einige Worte zu Papier brachte, durch die sie die Regierungsgrundsätze Josephs in drei Punkte zusammenzufassen suchte. Freie Religionsübung, welche zu gewähren doch keinem katholischen Fürsten unter schwerer Verantwortung erlaubt sei, Vernichtung des Hochadels unter dem Vorwande, daß dieß der Mehrzahl der Bevölkerung zum Heile gereichen werde, während doch weder die Nothwendigkeit und noch weniger die Billigkeit eines solchen Verfahrens einzusehen sei. Endlich die fortwährend wiederkehrende Betonung der Freiheit in Allem, wodurch sie sich weit mehr zu Besorgnissen als zu Hoffnungen angeregt fühle. „Ich bin „zu alt", fügte Maria Theresia hinzu, „mich solchen Principiis „jemals zu fügen, wünsche aber und bitte Gott, daß mein Nachfolger „selbe niemals nur probire. Weder er, noch weniger seine Nachfolger „würden glücklicher" [578]).

Man weiß aus den Briefen Josephs an Leopold, welch hohen Grad die Verstimmung des Ersteren über den steten Meinungszwiespalt mit seiner Mutter und über die Schwierigkeit erreicht hatte, seinen Ansichten zur Geltung zu verhelfen. So wie Maria Theresia selbst, so fügte sich auch Joseph nur mit dem äußersten Widerstreben in [redacted] Verhältniß. Hatte sich die Erstere durch ihr Leidwesen über [redacted]e erst vor Kurzem zu Rücktrittsgedanken bestimmen lassen und [redacted]en nur sehr ungern entsagt, so nahm Joseph jetzt aus der von

nach Prag abgesendet worden war, um den Stand der Dinge an Ort und Stelle zu erforschen, drang gleichfalls auf Erlassung eines definitiven Robotpatentes. In einem Privatbriefe an die Kaiserin vom 11. August 1775 schilderte er die allgemeine Aufregung in Böhmen und die Nachtheile derselben für das Land. Die Ursachen der Verwirrung erblickte er in den unbestimmten, oft getäuschten Erwartungen des Landvolkes, in der Uneinigkeit und Schwäche des böhmischen Guberniums, bei welchem die alte und die neue Zeit im Streite mit einander lägen. Er rieth, gegen die Tumultuanten nicht allzu streng zu verfahren; nicht Galgen und Kerker hätten gegen sie in Anwendung zu kommen, sondern die Abstiftung einiger Bauern, welche die Leistungen an die Grundherren geradezu verweigerten. Die Einreihung einiger Widerspänstiger in das Heer, die nicht allzu scharfe körperliche Züchtigung Anderer werde den Widerstand allmälig beseitigen, eine Ansprache an das Volk dasselbe endlich vollends beruhigen. Und der Oberstburggraf von Böhmen, Fürst Karl Egon zu Fürstenberg schrieb in dem gleichen Sinne nach Wien [576]).

Ganz so wie Joseph laut seines Berichtes an die Kaiserin und seiner Briefe an den Großherzog Leopold es gewünscht, entschied nun Maria Theresia. Am 19. August befahl sie die feierliche Kundmachung des neuen Robotpatentes in Böhmen, welches schon vom 13. August datirt wurde [577]). Der Generalmajor Graf Olivier Wallis wurde als kaiserlicher Commissär dorthin abgesandt; mit militärischem Pompe sollte er durch das Land ziehen, bei allen Kreisämtern Repräsentanten des Landvolkes versammeln, ihnen das Patent vorlesen und erklären. Solches ging denn auch ohne die geringste Unordnung vor sich; binnen Kurzem konnte die frühere Aufregung in Böhmen als beschwichtigt angesehen werden.

Von der Hofburg in Wien kann man jedoch ein Gleiches durchaus nicht sagen. Lange noch und in sehr starken Schwingungen zitterten daselbst die Gemüthsbewegungen, in welche man durch die Ereignisse in Böhmen versetzt worden, und die Meinungsverschiedenheiten nach, in die man um ihretwillen gerathen war. Mit erneuerter

Schärfe traten die letzteren bei den Berathungen hervor, welche gegen Ende des Jahres 1775 über den Vorschlag gepflogen wurden, in den Niederlanden eine beträchtliche Geldsumme aufzunehmen und sie zur Hebung des Wohlstandes in Böhmen und zur Wiederherstellung des dortigen Privatcredites zu verwenden.

Es lag wohl in der Natur der Sache, daß bei der Erörterung dieses Gegenstandes all die Ansichten neuerdings zur Sprache gelangten, welche bei der Festsetzung der Bestimmungen über die Robotverpflichtungen einander so schroff gegenüber gestanden waren. Insbesondere zwischen Mutter und Sohn, zwischen Maria Theresia und Joseph scheint dieß der Fall gewesen zu sein. Nur so läßt es sich erklären, daß die Kaiserin plötzlich, im Dezember 1775 einige Worte zu Papier brachte, durch die sie die Regierungsgrundsätze Josephs in drei Punkte zusammenzufassen suchte. Freie Religionsübung, welche zu gewähren doch keinem katholischen Fürsten unter schwerer Verantwortung erlaubt sei, Vernichtung des Hochadels unter dem Vorwande, daß dieß der Mehrzahl der Bevölkerung zum Heile gereichen werde, während doch weder die Nothwendigkeit und noch weniger die Billigkeit eines solchen Verfahrens einzusehen sei. Endlich die fortwährend wiederkehrende Betonung der Freiheit in Allem, wodurch sie sich weit mehr zu Besorgnissen als zu Hoffnungen angeregt fühle. „Ich bin „zu alt", fügte Maria Theresia hinzu, „mich solchen Principiis „jemals zu fügen, wünsche aber und bitte Gott, daß mein Nachfolger „selbe niemals nur probire. Weder er, noch weniger seine Nachfolger „würden glücklicher" [578]).

Man weiß aus den Briefen Josephs an Leopold, welch hohen Grad die Verstimmung des Ersteren über den steten Meinungszwiespalt mit seiner Mutter und über die Schwierigkeit erreicht hatte, seinen Ansichten zur Geltung zu verhelfen. So wie Maria Theresia selbst, so fügte sich auch Joseph nur mit dem äußersten Widerstreben in dieses Verhältniß. Hatte sich die Erstere durch ihr Leidwesen über dasselbe erst vor Kurzem zu Rücktrittsgedanken bestimmen lassen und denselben nur sehr ungern entsagt, so nahm Joseph jetzt aus der von

seiner Mutter ausgehenden Verwerfung seiner Grundsätze die Veranlassung, sie um Enthebung von seiner Stellung als Mitregent zu bitten.

„So wie die wahre Pflicht", schrieb er ihr am Weihnachtsabende 1775, „die mich gegen Gott, mein Vaterland und Eure „Majestät verpflichtet, allzeit das reinste und einzige Augenmerk meiner „Handlungen und Rathschlüsse ausgemacht hat, so finde mich endlich „verbunden, zu Dero Füßen diese meine wohlüberlegten Gedanken zu „bringen. Ich sehe in so vielen Gelegenheiten ohne mindestem Vor„urtheil, Furcht noch anderer Leidenschaft, daß ich ein schier unüber„windliches Mißtrauen von Eurer Majestät Seiten in denjenigen „Meinungen, so ich hege, mir entweder durch meine Principia ver„dienet oder durch meine Schreib- und Redeart zugezogen habe. „Da ich mir wahrhaft nichts vorzuwerfen habe, so sehe ich dieß Alles „als ein Schicksal mit gelassener und stiller Unterwürfigkeit an. Dessen „Folgen aber sind diejenigen, die mich zur Rede und diesem Schritt „zwingen."

„Was ist Eurer Majestät ein Mensch nütze, dessen Principia „Eure Majestät nicht für echt, sowohl in der reinen Schuldigkeit gegen „Gott, in der Gerecht- und Billigkeit gegen den Nächsten, in den „wahren Staatsprincipiis, hitzig, übereilt, eingenommen, unüberlegt, „voll falscher Sätze, so er aus Büchern oder gefährlichen Gesellschaften „gesammelt u. s. w. ansehen?*) Nichts als Eurer Majestät Geduld so „oft auf die Probe zu setzen, als sich die Gelegenheit ereignet, daß er „nach selben seine Meinung als ehrlich, aber vielleicht irrig Denkender „abgeben muß. Ich finde mich wirklich in diesen Umständen. Eure „Majestät haben mir sowohl münd- als schriftlich darüber die un„zweifelhaftesten Beweise gegeben. Also was bleibt zu thun übrig? „Meine Principia ändern? Das thäte ich von Herzen gern, wenn „man mich nur eines Andern überführt. So fort arbeiten? So be„schwerlich, so sauer als es ist, so schreckte es mich dennoch nicht ab, „wenn nur auch mir die Aussicht benommen würde, daß ich wirklich

*) Dieses oder ein ähnliches Wort ist in der Feder geblieben.

„dem Vaterland schade und Eurer Majestät Gemüth beleidige. Diese „zwei Sachen übersteigen meine standhafte Gelassenheit. Wenn ver„dient oder unverdienter Maßen Eure Majestät diese Meinung schon „von mir hegen, so bin ich nicht allein platt unnütz, aber auch schäd„lich. Sehen Eure Majestät in allen meinen schriftlichen oder münd„lichen Meinungen so gefährliche Principia, so muß auch alles Gute, „was ich vielleicht dennoch unter selben untermischen könnte, erloschener „verworfen werden. Oder könnten dennoch in einem unerwarteten „Augenblicke solche angenommen werden und zum Theile alle diejenigen „üblen Folgen, so Eure Majestät in selben vorsehen, sich offenbaren? „Ueberdieß sind in meinem Amt so gegen einander gesetzte Principia „nichtsnutz und machen, so sehr als ich mich in Obacht nehme, nur „Unordnungen und Wankelmüthigkeit."

„Es können auch zur Vermeidung meiner Sätze von Eurer „Majestät die ihnen entgegenstehenden Extreme ergriffen und mit „nicht geringem Nachstand des allgemeinen Besten in Ausübung ge„bracht werden. Nebstdem setze ich mich beständig, und das wegen „Geschäften, bei denen ich von Rechtswegen nichts zu thun habe, einer „schweren Verantwortung und dem Verlust oder wenigstens starker „Verminderung Eurer Majestät mir durch fünf und dreißig Jahre „gegönnter so außerordentlicher Gnade aus. Ist das nicht unsinnig „gehandelt? Könnte ich länger verweilen, sobald als ich mich unnütz, „hierauf gar gefährlich und schädlich für das allgemeine Beste über„wiesen? Bei diesen Umständen sehe ich kein Mittel zur Abhülfe vor„handen. Ueberdieß, je länger es so fortdauert, ja je gefährlicher es „für mich, der ich um Eurer Majestät gnädiges Wohlwollen buhle, „beständig wird, also daß ich die Feder ansetze, hier Eurer Majestät „mein Herz ausschütte, und das einzige Mittel vorhanden ist, welches „ich von Anbeginn her vorgesehen und mehrere Jahre im Busen „trage, ja das bei mir zu einem solchen Grade der Ueberzeugung und „des Verlangens geworden ist, daß ich von solchem nicht abzubringen „seyn werde."

„Kurz, entheben mich Eure Majestät, Ihren Sohn, einen jungen „Menschen ohne Erfahrung, von der grausamen Last, so nirgends in

„der Welt gebräuchlich, nicht einmal bei Particuliers, der Stelle eines „Corregenten. Eine Frau wie Eure Majestät, die so viele Jahre „glorreichst regiert hat, braucht und kann kein solches Ens brauchen. „Alles geht schlechter seitdem, und ich leide in allem Anbetracht dabei. „Lassen mich Eure Majestät seyn Ihren gewiß treuen Diener und „Sohn, lösen Eure Majestät mir dieses Band auf, so mich von „Amtswegen zur Vertheidigung meiner Principiorum bindet, so wer „den Selbe kein Wort mehr von mir hören, Alles wird besser und „einfacher gehen und ich werde glückseliger, ruhiger und vielleicht nutz„barer als jetzo leben. Von der Modalität brauchen sich Eure Majestät „nicht zu bekümmern. Sobald als ich Dero Loslassung werde schrift„lich haben, so stehe ich gut, daß es ohne Historie und besonderes „Aufsehen werde bewerkstelligt werden. Dankbarkeit wird mein Herz „erfüllen und ich werde hoffentlich Dero Gnade mir doppelt ver„dienen."

„Eure Majestät verzeihen, daß ich nur noch Eines hinzusetze. „Ueberzeugt, wie ich bin, von allen diesen Wahrheiten, und welche „mich diesen Schritt zu machen veranlassen, können wohl Selbe glau„ben, daß ein Mensch, der so seinen Stand betrachtet und häßlichst „verabscheut, in selbem, wenn er doch bleiben müßte, weiters nützliche, „ersprießliche und angenehme Dienste leisten könnte? Ich finde mir „zwar den Willen und die Kräfte zu gehorsamen, nicht aber die Mög„lichkeit, meine Principien und Ueberzeugungen abzuändern. Sollten „Eure Majestät diese Zeilen mit den Augen betrachten, wie ich sie „empfinde, so bin ich so vergnügt als sicher der Erhaltung meines „Begehrens" [579]).

Daß Joseph diese letzteren Worte wirklich ernst gemeint haben sollte, wird jedoch billig bezweifelt werden müssen. Allzu gut kannte er wohl seine Mutter, um zu glauben, daß sie ihn so leichten Kaufes loslassen, seiner kräftigen Beihülfe sich berauben und bei herannahen dem Alter und der damit verbundenen Abnahme ihrer Kräfte die ganze Last aller Regierungsgeschäfte sich wieder allein aufbürden werde. Er hatte wohl den ganzen Schritt nur gethan, um seine Grundsätze

zu vertheidigen, über sein Festhalten an denselben seiner Mutter jeden Zweifel zu benehmen und sie durch die Bitte um ihre Zustimmung zu seinem Rücktritte zu bewegen, daß sie ihm freiere Hand lasse als bisher zur Verwirklichung seiner eigenen Ideen. Um diese letzteren handelte es sich hiebei natürlich vor Allem, und auf diesem Gebiete nahm denn auch Maria Theresia unverzüglich den Kampf auf. Aber freilich führte sie ihn, wie es wenigstens ihrem Sohne gegenüber ihre Art war, mit den mildesten Waffen und in schonendster Weise.

„Es ist fürwahr ein großes Unglück", antwortete sie ihm noch an demselben Abende, an welchem er ihr geschrieben, „mit dem besten „Willen verstehen wir uns nicht. Es kann sein daß ich allzu befangen „bin von dem Schmerze, an Dir nicht jenes Vertrauen und jene „Offenheit mir gegenüber zu sehen, welche ich verdient zu haben meinte, „und das bildet die Qual meines Lebens. Ich bin es wohl, welche „sagen kann, daß ich seit sechs und dreißig Jahren mit nichts beschäftigt „bin als mit Dir. Sechs und zwanzig davon waren glücklich, aber „ich kann ein Gleiches nicht heut zu Tage sagen, indem ich niemals „Grundsätzen beizupflichten im Stande bin, welche sowohl hinsichtlich „der Religion als der Sitten zu wenig streng sind. Zu sehr zeigst „Du deine Antipathie gegen die althergebrachten Gewohnheiten und „gegen den ganzen Clerus, zu sehr allzufreie Ansichten in Bezug „auf Aufführung und Moralität. Mit Recht beunruhigt dieß mein „Herz über Deine schwierige Lage, und läßt mich zittern für die „Zukunft. All dieß ist nur zu sehr bekannt geworden, und man weiß „Vortheil daraus zu ziehen. Diese Nacht und diese Tage sind zu „glorreich um sich mit einem Entschlusse zu beschäftigen, wie Du einen „von mir verlangst; ich werde ihn Dir nach dem Neujahr mittheilen. „Du kannst wohl glauben, daß mein Herz hievon mehr als bewegt „ist, indem es das Deinige so wenig in Uebereinstimmung mit ihm „sieht, und daß Du ihm Deine alten Vorurtheile vorziehst. Ich „wünsche daß sie Dich glücklicher machen mögen als ich es bin" [580]).

Obgleich Joseph die Kaiserin seiner Bereitwilligkeit versicherte, während der von ihr näher bezeichneten Frist ihrer Entscheidung zu

harren, so kam er doch schon in den nächsten Tagen wiederholt auf sein Begehren zurück. Das Wohl des Staates, behauptete er auch jetzt wieder, das der Kaiserin und sein eigenes hänge ab von der Gewährung seiner Bitte. Sie sei Sache ihres beiderseitigen Gewissens und ihres guten Rufes. Sie möge ihn dem Privatleben zurückgeben und werde dann gewiß fortwährend Ursache haben, mit ihm vollauf zufrieden zu sein [581]).

Außer einer Correspondenz mit Lacy, von der später die Rede sein wird, kennen wir nur die Zeilen, mit denen Maria Theresia die Briefe ihres Sohnes dem Fürsten Kaunitz übersandte. „Da sind", schrieb sie ihm, „die traurigen Reste von dem was vorging. Die heutige „Berathung verlief übrigens besser als ich gehofft hatte, aber man „sieht in Allem die Aufregung und den Aerger. Ich bin gar sehr „herabgestimmt" [582]). Weiter verlautete nichts mehr in der Sache, und die Stellung Josephs als Mitregent blieb dieselbe wie zuvor.

Inzwischen gingen die Verhandlungen über den Vorschlag, zu Gunsten des Königreiches Böhmen eine Anleihe aufzunehmen, noch fort. Vornehmlich war es die Absicht, den Grundherren, welche durch den Aufstand der Bauern oder die neue Robotregulirung in Geldverlegenheiten gerathen sein mochten, hülfreiche Hand darzubieten. Es handelte sich also vorzugsweise um eine Unterstützung des grund besitzenden Adels, und dieser Umstand mag nicht ganz ohne Einfluß darauf geblieben sein, daß Kaunitz sich der Sache mit vieler Lebhaftigkeit annahm und Joseph sich gegen sie erklärte. Nach dem, was soeben vorgefallen war, wagte Maria Theresia es offenbar nicht, eine Entscheidung zu treffen, welche den Ansichten ihres Sohnes widersprach. Sie fügte sich, wenn gleich nicht ganz ohne inneres Widerstreben, dem Willen des Kaisers, und gab dieß dem Staatskanzler mit den Worten kund:

„weillen keine gelder oder aushillffen nach böhmen mehr sollen „abgegeben werden, so fält dise gantze idée hinweeg, und bin dem „fürsten wohl obligirt, sich so ville mühe damit gegeben zu haben, „ohne das die arme böhmen was davon profitirt" [583]).

Man weiß wie übel Kaunitz es jederzeit aufnahm, wenn in Dingen von großer Bedeutung nicht seine Ansicht, sondern die eines Anderen durchdrang. Die Gereiztheit seiner Stimmung und wohl auch der Umstand, daß der Kaiser manchmal die Rücksichten allzusehr außer Acht ließ, auf welche der erprobte Rathgeber seiner Mutter mit Recht Anspruch erheben zu dürfen glaubte, gaben Anlaß zu einer neuen Entzweiung zwischen Joseph und Kaunitz, welche so weit ging, daß der Letztere seinen Entschluß ankündigte, sich von seinen Aemtern zurückzuziehen. So war man glücklich dahin gekommen, daß binnen wenig Monaten alle drei Personen, welche im Staatsleben Oesterreichs die vordersten Plätze einnahmen, Maria Theresia, Joseph und Kaunitz ausscheiden wollten aus ihrer bisherigen Stellung. Aber so wenig als bei den zwei Ersteren, kam es auch bei dem Letzteren wirklich hiezu. Maria Theresia, durch die Erklärung des Staatskanzlers aufs Aeußerste beunruhigt, that alles Mögliche, um ihn wieder abzubringen von diesem Gedanken. Sie erreichte auch ihren Zweck, aber Kaunitz wurde krank in Folge der Aufregung, in welche diese Ereignisse ihn versetzt hatten [584]).

Der letztere Umstand und der Wunsch der Kaiserin, dem Fürsten Kaunitz einige Genugthuung zu gewähren, mögen nicht ganz ohne allen Einfluß auf die Entscheidung geblieben sein, welche sie fällte, als ein neuer zu Gunsten der böhmischen Stände gestellter Antrag an sie gelangte. Bei Durchführung der Regulirung der Robot wurden Anfangs die Steuerbekenntnisse der Grundherren über die Zahl der Ansässigkeiten benützt, von denen sie die zu versteuernden Giebigkeiten bezogen; bald aber zeigte es sich, daß diese Angaben viel zu gering waren. Weit mehr als die Grundherren durch die Fälschungen, die sie sich hatten zu Schulden kommen lassen, früher an Steuern ersparten, würden sie nun an Frohnen verloren haben. Auf ihr Ansuchen wurde von der Kaiserin entschieden, die Grundherren sollten durch eine Steuerverkürzung nicht leiden, welche nicht sie, sondern ihre Vorfahren im Gutsbesitze begangen hätten. Nur dann möge auf deren Steuerbekenntnisse zurückgegriffen werden, wenn es an anderen verläßlichen Urkunden zur Bestimmung der Zahl der Ansässigkeiten fehle. Auf den

Unterschied zwischen den Steuerbekenntnissen und den thatsächlich obwaltenden Verhältnissen solle nicht weiter eingegangen werden [585]).

Mit diesen Maßregeln war jedoch die Robotangelegenheit noch durchaus nicht als abgethan zu betrachten. Obgleich die äußere Ruhe in Böhmen wieder hergestellt zu sein schien, so glimmte doch das Feuer sowohl dort als in Mähren noch fort unter der Asche, und ein plötzlich einfallender Funke konnte es neuerdings auflodern machen. Dieß zu verhüten, war so wie Graf Wallis nach Böhmen, der Generalmajor d'Alton nach Mähren abgesendet worden. Er sollte dort ebensowohl die militärischen Vorkehrungen zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe ins Werk setzen, als auch die Streitigkeiten zwischen Grundherren und Unterthanen schlichten und den ihm vorkommenden berechtigten Beschwerden Abhülfe schaffen. Denn man war ja keinen Augenblick im Zweifel, daß wenn man auch für jetzt zur Zähmung der Widerspänstigen der bewaffneten Macht nicht entbehren konnte, doch nicht durch sie, sondern nur durch Gerechtigkeit und Billigkeit des zu beobachtenden Verfahrens, so wie durch Vorzeichnung angemessener gesetzlicher Vorschriften die fernere Veranlassung zu so bedauernswerthen Erscheinungen allmälig aus dem Wege geräumt werden müsse.

Welch lebhaftes Interesse Maria Theresia fortwährend dieser Angelegenheit zuwandte, geht aus ihren eigenen Worten deutlich hervor. „vor jetzo ist es ernst", schrieb sie einmal an Greiner, „alle urbarialisten „versammeln sich, raab und hoyer sind schon hier, Kotzian desgleichen. „Walis, d'Alton und strerowitz werden komen, mithin ist die consulte „der böhmischen cörper vorhanden. mit denen ständen ist nichts zu „thun; haben keine Köpf und kein willen; man mus vorschrifftlich „vorgehen" [586]).

Zwei Namen tauchen in dieser Mittheilung der Kaiserin zum ersten Male für uns auf, der des Hofrathes bei der Hofkanzlei, Franz Anton von Raab, und der des Hofrathes bei der Hofkammer, Anton Kozian. Der Erstere war nach Böhmen abgesendet worden, um auf den dortigen Gütern des Staates und des aufgehobenen Ordens der Jesuiten ein von ihm erdachtes System einzuführen, durch welches

die Robot und die Leibeigenschaft unter neuen, zwischen den Dominien und den Grundholden freiwillig zu vereinbarenden Bedingungen abgeschafft wurden, und seine dort entfaltete Wirksamkeit hatte bisher die günstigsten Resultate erzielt[587]). Dieses Umstandes wegen, und weil man ihm die genaueste Kenntniß der böhmischen Urbarialverhältnisse zutraute, wurde er zu den abzuhaltenden Berathungen berufen, während Kozian hiebei Mähren vertreten sollte. Leider wurde der Betheiligung des Letzteren rasch ein Ende gemacht, indem er, im Kreise seiner Familie vom Schlage getroffen, plötzlich verschied. Sehr zur Unzeit für den Dienst der Kaiserin und zu großem Schaden für das mährische Urbarialgeschäft sei er gestorben, mit diesen Worten meldete ihr Greiner das traurige Ereigniß. Maria Theresia aber erwiederte: „ich betaure unendlich disen verlurst; es will mir nichts „mehr gerathen. raab fürchtet das nembliche“[588]).

Daß auch bei diesen Berathungen die Meinungen manchmal stark aufeinander platzten, geht aus der vertraulichen Correspondenz der Kaiserin mit Greiner gleichfalls hervor. Jetzt war es zunächst Raab, welcher die Interessen der Grundholden energisch und mit Ausdauer vertrat. Aber hart war der Kampf, den er bestehen, und heftig die Anfeindung, die er erfahren mußte. „Gott im Himmel“, schrieb Greiner an Maria Theresia, „wie wird dieses System an„gefochten! Nur jetzt, allergnädigste Frau, verlassen Eure Majestät „den Raab und die gute Sache nicht. Durch diesen letzten Angriff „hofft die Gegenpartei zu siegen und die ganze Sache zu stürzen.“

„raab sein syste me hat mir alezeit zu schönn geschunen vor die „herrn“, so lautete die Antwort der Kaiserin; „werde noch halten, „aber ich mus khlar sehen“[589]).

Während diese Berathungen noch dauerten, und es läßt sich nicht leugnen, daß man allzuviele Zeit mit ihnen hinbrachte, lauteten die Nachrichten aus Böhmen und Mähren über die dortigen Agrarverhältnisse stets weniger günstig[590]). Noch immer begehrten die Robotpflichtigen eine weit größere Unabhängigkeit von ihren Grund-

herren, als ihnen bisher zugestanden worden war, ja sie wollten von einer Leistung an sie überhaupt nichts mehr wissen. Der grundbesitzende Adel aber mäkelte fortwährend an den Zugeständnissen, zu denen er bereits gezwungen war und welche man ihm auch außerdem aufzuerlegen für nothwendig hielt. Und am meisten erschreckte es in Wien, daß die Auswanderung aus Böhmen trotz aller Vorsichtsmaßregeln, die man dagegen traf, jetzt weit größere Dimensionen annahm, als dieß früher geschehen war. Ganz unausführbar erscheine eine so sorgfältige Bewachung der Grenze, als zu deren Verhinderung nothwendig gewesen wäre. Eine noch weiter gehende Entvölkerung jenes Landes, als sie ohnedieß schon vorhanden war, meinte man um jeden Preis verhindern zu müssen[591]).

Durch diese Nachrichten aus Böhmen und aus Mähren schon aufs höchste beunruhigt, empfand Maria Theresia eine von Tag zu Tag sich steigernde Sehnsucht nach einem befriedigenden Ende der Berathungen, welche über diese Angelegenheiten noch fortwährend gepflogen wurden. Bei der Schroffheit der einander entgegengesetzten Standpunkte war jedoch hieran noch immer nicht zu denken. Aufs äußerste getrieben, nahm endlich die Kaiserin wieder zu ihrem bewährten Rathgeber Kaunitz ihre Zuflucht. Er rieth ihr vor Allem zur Zurückberufung der beiden Generale Wallis und d'Alton aus Böhmen und Mähren, denn ihr Wirken daselbst schien ihm keineswegs ersprießliche Folgen nach sich gezogen zu haben. Damit wollte er jedoch keine Verringerung der in beiden Ländern befindlichen bewaffneten Macht herbeiführen. Im Gegentheile, sie wurde auf seinen Rath noch vermehrt, aber ihre Befehlshaber sollten sich nach der Meinung des Fürsten Kaunitz auf die ihnen zustehende Aufgabe beschränken, Unruhen hintanzuhalten, oder sie, wo sie wirklich ausgebrochen waren, zu unterdrücken. In der Sache selbst, auf die es eigentlich ankam, in den Differenzen zwischen Grundherren und Robotpflichtigen sollten sie nicht mehr gleichsam als Richter fungiren[592]).

Bei weitem nicht so rasch als mit diesen Rathschlägen kam jedoch Kaunitz mit seinem ferneren Gutachten über dasjenige zu

Stande, was von Seite der Regierung im Wege der Verwaltungsgesetzgebung geschehen sollte, um den in Böhmen und in Mähren herrschenden, so überaus traurigen Zuständen ein Ende zu machen. Maria Theresia konnte es gar nicht mehr erwarten, daß er die ihr versprochene Arbeit auch wirklich vorlege[593]), und als er ihr deren Vollendung anzeigte, antwortete sie ihm: „Sie haben mein tief dar„niedergedrücktes Herz wieder aufgerichtet, indem Sie mir sagten, daß „Ihr Werk für Böhmen beendigt sei und Sie den Kaiser darüber „sprechen werden. Die Zeit drängt; da wir heute ungünstiges Wetter „haben, wird der Kaiser nicht ausgehen und Sie könnten ihn um so „eher sehen" [594]).

Zwei Hauptzielpunkte habe er bei seiner Arbeit, erklärte Kaunitz der Kaiserin, ganz besonders vor Augen gehabt: die völlige Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe in Böhmen und in Mähren sowie die Verbürgung ihrer Dauer für die Zukunft, und außerdem die allmälige Abschaffung der Robot und Leibeigenschaft, wie sie durch Raab auf den böhmischen Staats- und Jesuitengütern bereits durchgeführt worden sei. Zu diesem Ende legte er der Kaiserin den Entwurf eines zu erlassenden Patentes vor. In demselben sollte sie den Einwohnern Böhmens vorerst ihre Unzufriedenheit zu erkennen geben, daß die für die Grundholden so günstigen Bestimmungen des Robotpatentes vom Jahre 1775 daselbst nicht jene dankbare Befolgung gefunden hätten, als sie verdienten. Doch erwarte sie von nun an die pünktliche Beobachtung derselben sowohl von Seite der Dominien als der Grundholden, und werde eine erneuerte Widerspänstigkeit mit Strenge bestrafen müssen. Durch jenes Robotpatent sei zu Gunsten des Bauernstandes Alles erschöpft, was aus landesfürstlicher Gewalt nur immer für ihn geschehen könne. Sich ein Mehreres zu versprechen, würde vergebens sein, weil die Regierung dem gesetzmäßigen Eigenthumsrechte keines Staatsbürgers zuwider handeln könne und wolle. Eine neue Veränderung des Maßstabes seiner Giebigkeiten dürfe sich der Bauer daher nur mehr von dem freien Entschlusse der Grundherren versprechen. Das im Wege gemeinschaftlichen Einverständnisses geschehende Zustandekommen solcher Vereinbarungen werde jedoch die

Kaiserin jederzeit mit vielem Vergnügen begrüßen und den Dominien, welche die Hand hiezu böten, Beweise ihres Wohlgefallens geben [595]).

So wenig Kaunitz sich früher für die Bestimmungen des Patentes vom Jahre 1775 erwärmt hatte, in welchen er immer eine ungerechte Schmälerung der Rechte der Grundherren erblickte, so entschieden stimmte er doch jetzt für die Beibehaltung dieses einmal erlassenen Gesetzes. Aber freilich wies er auch jede noch weiter gehende Begünstigung des Bauers, insofern nicht der Grundherr sich freiwillig zu ihr herbeiließ, durchaus zurück. So sehr auch der Kaiserin persönlich die allgemeine Durchführung des von Raab entworfenen Systems am Herzen liegen möge, und so lebhaft sie wirklich zu wünschen sei, so könne dieß doch, meinte der Staatskanzler, nie anders als freiwillig geschehen. Denn bei gesitteten Völkern dürfe man Niemand durch einen Machtspruch zumuthen, über sein Eigenthum anders als es ihm gefalle, zu verfügen, wenn er mit demselben nur nicht auf eine dem Gesetze zuwiderlaufende Art verfahre [596]).

Der Kaiser, an welchen Maria Theresia den Fürsten Kaunitz mit dem von Letzterem herrührenden Entwurfe eines neu zu erlassenden Patentes gewiesen hatte, schien dasselbe wenigstens im Ganzen und Großen zu billigen: nur einige minder bedeutende Veränderungen wollte er daran vorgenommen sehen [597]). Dennoch tauchten gleich wieder neue Bedenken auf, sei es daß sie vom Kaiser ausgingen und er nur Kaunitz durch deren Kundgebung nicht wieder kränken wollte, sei es daß sie von anderer Seite erhoben wurden. Man kam zuletzt zu dem Beschlusse, nichts Anderes sund zu thun als das Mißfallen der Kaiserin über die aufständischen Bewegungen in Böhmen und Mähren, und die strikte Aufrechthaltung der im Jahre 1775 vorgezeichneten Grundsätze. Um das nach den letzteren entfallende Ausmaß der Robotleistungen auf eine feste Basis zu stellen, sollten durch die Kreishauptleute überall genaue Verzeichnisse angelegt werden. In diesem Sinne war das neue Patent vom 1. März 1777 abgefaßt. Karte und Akten, welche wegen des Staatskanzlers Wunsch in den ihnen früher angewiesenen Stellungen vom verbliebenen, wurden mit der Durchführung der erforderlichen Maßregeln betraut.

Wenn man gar nichts Anderes auszudenken wußte als die einfache Aufrechthaltung der vor zwei Jahren erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, so hätte es wohl keiner so lang dauernden Berathungen bedurft. Denn durch sie konnten nur große Erwartungen erregt werden, welche dann empfindlich getäuscht wurden. Aber so war es einmal zu jener Zeit und zwar zunächst in Folge der schwankenden Haltung der Kaiserin selbst in Oesterreich beschaffen. Unmöglich wäre es gewesen, wohlwollender zu denken für das Los der Bewohner ihrer Staaten, als es von ihrer Seite geschah. Wahre Sehnsucht empfand sie darnach, das Schicksal derselben ausgiebig zu verbessern. Aber sie besaß die frühere Kraft des Entschlusses, die ehemalige Energie des Handelns nicht mehr. Zwischen der Maria Theresia, welche vor dreißig Jahren mit kraftvoller Hand und unbekümmert um den Widerspruch der Stände das Regiment der Letzteren gebrochen und überall ihre eigene Regierungsgewalt als die erste und oberste, als die allein maßgebende hingestellt hatte, und der gealterten, durch Unglücksfälle und Krankheiten hart mitgenommenen Kaiserin, welche sich jetzt nicht mehr dazu aufraffte, noch weiter zu gehen in Zugeständnissen an das Landvolk und dadurch die Interessen der Grundherren noch mehr zu schädigen, als das Patent vom Jahre 1775 ohnedieß schon gethan hatte, waltete eben ein sehr großer Unterschied ob. Und daß dieß nicht geschah, dazu mag auch der Widerspruch des Fürsten Kaunitz nicht wenig beigetragen haben.

Doch darf man darüber auch nicht aus den Augen verlieren, daß schon durch das Gesetz vom Jahre 1775, durch das Festhalten an dessen Bestimmungen[598]) und durch die Ueberwachung seiner gewissenhaften Durchführung ein sehr ausgiebiger Schritt zur Verbesserung der Lage der Landbevölkerung gethan worden war. Schon an und für sich waren diese Vorschriften den Robotpflichtigen günstiger als diejenigen des Gesetzes vom Jahre 1738. Und der Hauptvortheil für sie lag noch überdieß in der Abschaffung der Eigenmächtigkeiten, welche sich die Gutsherren in den seither verflossenen vierzig Jahren allmälig angemaßt hatten und die zumeist drückender waren als die Robotpflichten selbst. Aber freilich konnte all dieß nichts Anderes als

der vorläufige Abſchluß einer Angelegenheit ſein, welche wohl mit Recht eine der allerwichtigſten auf dem Gebiete der inneren Verwaltung genannt werden mußte.

Der Name des Hofrathes von Raab, der bei der Regulirung der Robot in Böhmen ſo ehrenvoll genannt wurde, ſtand auch mit einem anderen Werke der Kaiſerin in Verbindung, das hier wohl nicht ganz mit Stillſchweigen wird übergangen werden dürfen. Es iſt dieß die Gründung von Thereſienfeld im Erzherzogthume Oeſterreich unter der Enns.

Man kann faſt ſagen, in dem Augenblicke des Abſchluſſes des Hubertsburger Friedens, und zwar mit Handbillet vom 26. Februar 1763[599]) theilte Maria Thereſia dem Grafen Rudolph Chotek einen ihr zugekommenen Vorſchlag zur Urbarmachung der bis dahin nur ſehr wenig bebauten Neuſtädter Haide mit. Vier Hauptgeſichtspunkte waren es, welche zur näheren Begründung dieſes Planes angeführt wurden. Vielen arbeitsloſen und in Noth befindlichen Menſchen ſollte durch deren Beſchäftigung bei der Durchführung des beabſichtigten Werkes Unterhalt zu Theil werden. Durch die Bodenproducte, die man daſelbſt künftighin zu gewinnen hoffte, meinte man eine größere Wohlfeilheit der Lebensmittel in Wien zu erzielen und durch die zu entrichtenden Steuern das Einkommen des Staates zu mehren. Endlich erwartete man in anderen Theilen des Kaiſerſtaates, wo ähnliche Verhältniſſe obwalteten, Nachahmung zu erwecken.

Die Lebhaftigkeit des Wohlgefallens, welches Maria Thereſia an dieſem Projecte gefunden hatte, gab ſie dem Grafen Chotek in deutlichſter Weiſe kund. Als ihr die Hofkanzlei allzu lang zögerte mit der Erſtattung der erwarteten Vorſchläge, ſchrieb ſie ihm am 26. Juli: „Da man einmal angefangen, iſt es nothwendig, nicht innezuhalten „auf dem eingeſchlagenen Wege. Sie werden daher ſorgen, daß all „dieß geſchehe“[600]).

Nun trat endlich auch die Hofkanzlei, und zwar im Auguſt 1763, mit dem Berichte über das in dieſer Angelegenheit Geſchehene hervor.

Die Prüfung der in Betracht zu ziehenden Umstände, die Untersuchung des Bodens und die Erwägung der Art und Weise, in welcher die Bewässerung desselben, auf die es hauptsächlich ankam, bewerkstelligt werden könnte, waren vorgenommen worden. Der Ingenieuroberst Brequin, der Hofcommissionsrath Franz Paul von Stegner und der bekannte Physiker Abbé Marcy hatten hiebei die vorzüglichsten Dienste geleistet, während die Vorschläge des Neustädter Arztes Andreas Furlani und des damaligen Wirthschaftsinspectors im Dienste des Grafen Harrach, Anton Kozian, sich als die beachtenswertheften dargestellt hatten. Die Hofkanzlei gelangte nach all dem zur Ueberzeugung von der Ausführbarkeit und der Nützlichkeit des ganzen Unternehmens, doch meinte sie, es sei nicht auf Staatskosten, sondern durch Private ins Leben zu rufen [601]).

Maria Theresia war zwar einverstanden, daß die Durchführung der Urbarmachung der Neustädter Haide von Privaten vorgenommen werde, wenn sich welche fänden, die dazu bereit wären. Inzwischen sollten jedoch die erforderlichen Vorbereitungen von Staatswegen eifrigst fortgesetzt werden. Stegner und Marcy erhielten den Befehl, einen Plan zu entwerfen, welchen die Hofkanzlei, die Hofkammer und der Commerzienrath prüfen sollten. Die Entscheidung behielt die Kaiserin sich persönlich vor [602]).

Stegner und Marcy ließen mit der Erfüllung des ihnen gegebenen Auftrages nicht lang auf sich warten. Sie schlugen vor, man möge sich einstweilen auf die Urbarmachung der etwas über eine deutsche Meile langen Strecke zwischen Solenau und Neustadt beschränken. Nahezu in deren Mitte solle „ein schönes Dorf" mit etwa vierzig Ansäßigkeiten, jede zu fünfzig Joch, sowohl Ackerfeld als Wiesen angelegt werden. Waldanpflanzungen würden allerdings Schutz gewähren gegen den allzu heftigen Wind, dessen unbehinderter Einwirkung eigentlich die Unfruchtbarkeit des dortigen Bodens zugeschrieben werden müsse. Aber diese wohlthätige Wirkung des Waldes erstrecke sich nur auf dessen nächste Umgebung, und außerdem erfordere dessen Anlegung sehr viel Zeit, Mühe und Kosten. Darum

„der Welt gebräuchlich, nicht einmal bei Particuliers, der Stelle eines „Corregenten. Eine Frau wie Eure Majestät, die so viele Jahre „glorreichst regiert hat, braucht und kann kein solches Ens brauchen. „Alles geht schlechter seitdem, und ich leide in allem Anbetracht dabei. „Lassen mich Eure Majestät seyn Ihren gewiß treuen Diener und „Sohn, lösen Eure Majestät mir dieses Band auf, so mich von „Amtswegen zur Vertheidigung meiner Principiorum bindet, so wer„den Selbe kein Wort mehr von mir hören, Alles wird besser und „einfacher gehen und ich werde glückseliger, ruhiger und vielleicht nutz„barer als jetzo leben. Von der Modalität brauchen sich Eure Majestät „nicht zu bekümmern. Sobald als ich Dero Loslassung werde schrift„lich haben, so stehe ich gut, daß es ohne Historie und besonderes „Aufsehen werde bewerkstelligt werden. Dankbarkeit wird mein Herz „erfüllen und ich werde hoffentlich Dero Gnade mir doppelt ver„dienen."

„Eure Majestät verzeihen, daß ich nur noch Eines hinzusetze. „Ueberzeugt, wie ich bin, von allen diesen Wahrheiten, und welche „mich diesen Schritt zu machen veranlassen, können wohl Selbe glau„ben, daß ein Mensch, der so seinen Stand betrachtet und häßlichst „verabscheut, in selbem, wenn er doch bleiben müßte, weiters nützliche, „ersprießliche und angenehme Dienste leisten könnte? Ich finde mir „zwar den Willen und die Kräfte zu gehorsamen, nicht aber die Mög„lichkeit, meine Principien und Ueberzeugungen abzuändern. Sollten „Eure Majestät diese Zeilen mit den Augen betrachten, wie ich sie „empfinde, so bin ich so vergnügt als sicher der Erhaltung meines „Begehrens" [579]).

Daß Joseph diese letzteren Worte wirklich ernst gemeint haben sollte, wird jedoch billig bezweifelt werden müssen. Allzu gut kannte er wohl seine Mutter, um zu glauben, daß sie ihn so leichten Kaufes loslassen, seiner kräftigen Beihülfe sich berauben und bei herannahen dem Alter und der damit verbundenen Abnahme ihrer Kräfte die ganze Last aller Regierungsgeschäfte sich wieder allein aufbürden werde. Er hatte wohl den ganzen Schritt nur gethan, um seine Grundsätze

Ein Jahr später wurde die Kirche vollendet und am 22. October in Gegenwart der Kaiserin eingeweiht; damit kann denn auch die Gründung von Theresienfeld als ein vollzogenes Werk angesehen werden. Aber die Beschäftigung der Kaiserin mit demselben nahm hiemit noch keineswegs ein Ende. Noch wenige Monate vor ihrem Tode, im April 1780 ertheilte sie einem Plane ihre Zustimmung, welchen auf ihren Wunsch Hofrath von Raab, nachdem er mit dem Obersten Brequin und dem Kreishauptmanne Schick an Ort und Stelle die obwaltenden Verhältnisse geprüft, entworfen hatte, um der Colonie Theresienfeld rascheres Emporblühen zu sichern. Damals befanden sich dort ein und siebzig Häuser und vierhundert sechzehn Bewohner.

Die Sorgfalt der Kaiserin für die Landescultur machte sich auch noch durch viele andere Maßregeln geltend, von denen hier der Gründung von Landwirthschaftsgesellschaften in den meisten Provinzen Erwähnung geschehen muß. Im Jahre 1766 ging sie in Niederösterreich, und zwar nach einem Plane vor sich, welchen Graf Wenzel Breuner der Kaiserin überreichte. Und im Juli 1769 befahl Maria Theresia dem Grafen Chotek, daß in all den Ländern, in denen Landwirthschaftsgesellschaften noch nicht bestünden, insbesondere in Böhmen noch vor Ablauf des Jahres solche errichtet werden sollten [605]). Im Jahre 1770 kam die Landwirthschaftsgesellschaft in Böhmen auch wirklich zu Stande.

Wird noch hinzugefügt, daß am 16. August 1763 ein Patent wegen Förderung der Seidencultur [606]), am 8. April 1775 ein solches zu Gunsten der Bienenzucht [607]) erging, und daß insbesondere durch Erlassung von Waldordnungen auf bessere Schonung der Forste hingewirkt wurde, so ist dadurch freilich noch bei Weitem nicht Alles erschöpft, was während der Regierung der Kaiserin Maria Theresia zur Förderung der Bodenproduction geschah. Aber es ist doch der Beweis geliefert, wie sehr sie der Kaiserin am Herzen lag und wie viel ihrerseits in dieser Richtung gethan wurde.

In innigem Zusammenhange mit diesen Maßregeln standen die Vorkehrungen, welche man traf, um die Grundstücke des Landmannes

harren, so kam er doch schon in den nächsten Tagen wiederholt auf sein Begehren zurück. Das Wohl des Staates, behauptete er auch jetzt wieder, das der Kaiserin und sein eigenes hänge ab von der Gewährung seiner Bitte. Sie sei Sache ihres beiderseitigen Gewissens und ihres guten Rufes. Sie möge ihn dem Privatleben zurückgeben und werde dann gewiß fortwährend Ursache haben, mit ihm vollauf zufrieden zu sein [581]).

Außer einer Correspondenz mit Lacy, von der später die Rede sein wird, kennen wir nur die Zeilen, mit denen Maria Theresia die Briefe ihres Sohnes dem Fürsten Kaunitz übersandte. „Da sind", schrieb sie ihm, „die traurigen Reste von dem was vorging. Die heutige „Berathung verlief übrigens besser als ich gehofft hatte, aber man „sieht in Allem die Aufregung und den Aerger. Ich bin gar sehr „herabgestimmt" [582]). Weiter verlautete nichts mehr in der Sache, und die Stellung Josephs als Mitregent blieb dieselbe wie zuvor.

Inzwischen gingen die Verhandlungen über den Vorschlag, zu Gunsten des Königreiches Böhmen eine Anleihe aufzunehmen, noch fort. Vornehmlich war es die Absicht, den Grundherren, welche durch den Aufstand der Bauern oder die neue Robotregulirung in Geldverlegenheiten gerathen sein mochten, hülfreiche Hand darzubieten. Es handelte sich also vorzugsweise um eine Unterstützung des grundbesitzenden Adels, und dieser Umstand mag nicht ganz ohne Einfluß darauf geblieben sein, daß Kaunitz sich der Sache mit vieler Lebhaftigkeit annahm und Joseph sich gegen sie erklärte. Nach dem, was soeben vorgefallen war, wagte Maria Theresia es offenbar nicht, eine Entscheidung zu treffen, welche den Ansichten ihres Sohnes widersprach. Sie fügte sich, wenn gleich nicht ganz ohne inneres Widerstreben, dem Willen des Kaisers, und gab dieß dem Staatskanzler mit den Worten kund:

„weillen keine gelder oder aushillffen nach böhmen mehr sollen „abgegeben werden, so fält dise gantze idée hinweeg, und bin dem „fürsten wohl obligirt, sich so ville mühe damit gegeben zu haben, „ohne das die arme böhmen was davon profitirt" [583]).

„geliffert werden, ob man nicht vor dismahl, wan alles ruhig, eine „amnestie geben kunte, auch die würklich arrestirte zu entlaſſen oder „nur einige“ [609]).

Auch die öffentlichen Bauten, insbeſondere die Anlegung von Straßen und Brücken, dann die Regulirung der Flüſſe bildeten einen Zweig der Geſchäftsthätigkeit der oberſten Verwaltungsbehörde; beſonders fruchtbringend ſcheint ſie jedoch hierin nicht geweſen zu ſein. Im Juli 1773 erſtattete Fürſt Kaunitz der Kaiſerin die Anzeige, daß Graf Wilczek, aus Italien zurückgekehrt, ein ſehr ungünſtiges Bild von dem Zuſtande der Straßen in den öſterreichiſchen Provinzen entworfen habe; dringend bat er ſie, hierin Abhülfe zu ſchaffen. Maria Thereſia aber antwortete ihm mit eigener Hand:

„Sehr ſchwer würde es mir beifallen, irgend Etwas zu miß„billigen, was von Ihnen an mich kommt. Wir ſind davon unter„richtet, aber woher in der Jetztzeit die Geldmittel nehmen? Darin „liegt der Uebelſtand und die Verlegenheit, und außerdem iſt auch „Niemand vorhanden, der die Sache recht verſteht“ [610]).

Um als Gegenſtück zu dieſen und zu ſo vielen anderen überaus wichtigen Angelegenheiten, welche dem Geſchäftskreiſe der Hofkanzlei angehörten, auch die unbedeutenden Dinge nicht ganz mit Stillſchweigen zu übergehen, mag hier noch einer Entſcheidung der Kaiſerin Erwähnung geſchehen, welche das Damenſtift auf dem Hradſchin zu Prag anging. Denn auch ſie iſt für ihre Charakteriſtik von nicht gering anzuſchlagendem Werthe.

Im März 1768 empfing Maria Thereſia durch Chotek die von dem Grafen Adam Sternberg erſtattete Auskunft, derzufolge der Beitrag zur Staatsſchuldenſteuer von ſämmtlichen Präbenden der Hradſchiner Stiftsdamen ſich nur auf dreihundert Gulden belief. Sternberg trug darauf an, dieſe kleine Summe umſomehr aus der Stiftscaſſe zu bezahlen, als ſie im vergangenen Jahre neuerdings einen Ueberſchuß von zehntauſend Gulden gehabt habe; ja er bat,

daß dieß auch auf die letztverflossenen vier Jahre ausgedehnt werde. Maria Theresia aber entgegnete hierauf:

„man mus die sach ansehen alß eine besondere gnad. nachdem „jeder, sogahr der ärmste was beytragt zu dem algemeinen besten, so „werden wohl damen, die allein aus denen gnaden des souvrains „und also des public ruhig, gemächlich leben, sich nicht entzihen „wollen, mithin allein vor heüer erlaube, daß er die 300 fl. vor sie „bezahle, nichts aber vor das vergangene noch künfftige“ [611]).

Bezeichnend ist es, daß Chotek in der Verständigung, die er von dieser Entscheidung der Kaiserin an Sternberg erließ, ihre bedeutungsvollen Worte „und also des public“ mit Stillschweigen überging.

Dreizehntes Capitel.

Die Polizei.

In den Händen der Behörden, denen die Verwaltungsgeschäfte des Staates anvertraut waren, lag auch die Leitung der Polizei, wobei dieses letztere Wort wohl in dem weiteren Sinne, den man ihm damals beilegte, wird genommen werden müssen. Nach Sonnenfels wurden zu jener Zeit die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, guter Ordnung und Zucht, die Aufsicht über Maß und Gewicht, über die Märkte und die Reinlichkeit der Städte, die Anstalten zur Verhinderung von Gefahren und Unglücksfällen, endlich diejenigen Vorkehrungen, welche von Seite der Executivorgane augenblicklich getroffen werden mußten, als Verrichtungen der Polizeibehörden betrachtet.

War nun auch das Directorium in publicis et cameralibus, und nach ihm die böhmische und österreichische Hofkanzlei die oberste Polizeibehörde des Staates, so lag es doch in der Natur der Sache, daß in Bezug auf polizeiliche Angelegenheiten, welche Niederösterreich und insbesondere Wien betrafen, gerade um der Nothwendigkeit willen, die erforderlichen Maßregeln mit möglichster Raschheit treffen zu lassen, Maria Theresia in sehr häufig sich wiederholenden Fällen mit dem Statthalter von Niederösterreich in unmittelbaren Verkehr trat. Von dem Zeitpunkte des Abschlusses des Hubertsburger Friedens angefangen bis zum Tode der Kaiserin wurde dieser Posten zuerst von dem Grafen Franz Ferdinand von Schrattenbach und dann von dem Grafen Christian August von Seilern bekleidet. Ihm folgte im Jahre 1779, als Seilern zum Präsidenten der Obersten Justizstelle ernannt wurde, Graf Joseph von Herberstein.

herren, als ihnen bisher zugestanden worden war, ja sie wollten von einer Leistung an sie überhaupt nichts mehr wissen. Der grundbesitzende Adel aber mäkelte fortwährend an den Zugeständnissen, zu denen er bereits gezwungen war und welche man ihm auch außerdem aufzuerlegen für nothwendig hielt. Und am meisten erschreckte es in Wien, daß die Auswanderung aus Böhmen trotz aller Vorsichtsmaßregeln, die man dagegen traf, jetzt weit größere Dimensionen annahm, als dieß früher geschehen war. Ganz unausführbar erscheine eine so sorgfältige Bewachung der Grenze, als zu deren Verhinderung nothwendig gewesen wäre. Eine noch weiter gehende Entvölkerung jenes Landes, als sie ohnedieß schon vorhanden war, meinte man um jeden Preis verhindern zu müssen[591]).

Durch diese Nachrichten aus Böhmen und aus Mähren schon aufs höchste beunruhigt, empfand Maria Theresia eine von Tag zu Tag sich steigernde Sehnsucht nach einem befriedigenden Ende der Berathungen, welche über diese Angelegenheiten noch fortwährend gepflogen wurden. Bei der Schroffheit der einander entgegengesetzten Standpunkte war jedoch hieran noch immer nicht zu denken. Aufs äußerste getrieben, nahm endlich die Kaiserin wieder zu ihrem bewährten Rathgeber Kaunitz ihre Zuflucht. Er rieth ihr vor Allem zur Zurückberufung der beiden Generale Wallis und d'Alton aus Böhmen und Mähren, denn ihr Wirken daselbst schien ihm keineswegs ersprießliche Folgen nach sich gezogen zu haben. Damit wollte er jedoch keine Verringerung der in beiden Ländern befindlichen bewaffneten Macht herbeiführen. Im Gegentheile, sie wurde auf seinen Rath noch vermehrt, aber ihre Befehlshaber sollten sich nach der Meinung des Fürsten Kaunitz auf die ihnen zustehende Aufgabe beschränken, Unruhen hintanzuhalten, oder sie, wo sie wirklich ausgebrochen waren, zu unterdrücken. In der Sache selbst, auf die es eigentlich ankam, in den Differenzen zwischen Grundherren und Robotpflichtigen sollten sie nicht mehr gleichsam als Richter fungiren[592]).

Bei weitem nicht so rasch als mit diesen Rathschlägen kam jedoch Kaunitz mit seinem ferneren Gutachten über dasjenige zu

Thereſia, nachdem ſie ihn verſichert, daß ſie ihn ſehr gern zum Nachbar gehabt hätte[615]), die folgenden Worte:

„Ich bin ebenſo erbaut durch Ihre Moral als zufriedengeſtellt „durch Ihre Dienſte. Ich ſende Ihnen dieſes Andenken, welches Sie „in Anbetracht der Umſtände, die ebenſo traurig für mich als glor„reich für Sie ſind, dieſen Monat hindurch noch Niemand werden „ſehen laſſen. Für den künftigen Monat hege ich jedoch keine Be„denken mehr, da man hinzufügen kann, daß Sie es ſchon vor einiger „Zeit von mir bekamen, und Sie können es dann wie eine nicht „ganz neue Nippe tragen, ohne ſie beſonders zu zeigen, aber auch „ohne ſie zu verbergen. Ich ſetze einen Ruhm darein, daß man meine „Hochachtung für Sie gewahr wird" [616]).

Auch ein anderer Vertrauensmann der Kaiſerin, der Hofrath von Greiner wurde in Polizeiſachen ſehr viel von ihr gebraucht. Insbeſondere war dieß in Dingen der Fall, welche ſich auf die Stadt Wien, ihre Verſehung mit Lebensmitteln, die Regulirung der Marktpreiſe, die Pflaſterung und ähnliche Dinge bezogen. „In Brod- und „Fleiſchſatzungsſachen", ſchrieb er ihr einmal, „haben Eure Majeſtät „mich bisher des Allerhöchſten Vertrauens zu würdigen geruht, und „Gott lobe! hat das Publicum durch nun faſt ſieben Jahre darüber „nicht zu klagen gehabt, und Eure Majeſtät ſind wenig behelliget „worden. Schenken mir Eure Majeſtät dieſes unſchätzbare Allerhöchſte „Vertrauen noch ferners und es wird gewiß fortan gut gehen. Glauben „Eure Majeſtät gewiß, diejenigen, die dagegen ſprechen, verſtehen es „entweder nicht oder haben böſe Abſichten, einen treuen Knecht zu „verkleinern. So lang ich des Allerhöchſten Vertrauens und in meinen „gerechten Handlungen dero mächtigſten Schutzes mich getröſten kann, „werde ich auch in den härteſten Umſtänden den Muth nicht ver„lieren und mit Luſt mich durcharbeiten. Eure Majeſtät wiſſen, daß „Alles, was ich bisher unternommen habe, noch nicht ſtecken ge„blieben iſt."

„Da kan ich am beſten die Zeugnus geben und das publicum", antwortete ihm hierauf Maria Thereſia, „und diſe prob hat ihme

Kaiserin jederzeit mit vielem Vergnügen begrüßen und den Dominien, welche die Hand hiezu böten, Beweise ihres Wohlgefallens geben[595]).

So wenig Kaunitz sich früher für die Bestimmungen des Patentes vom Jahre 1775 erwärmt hatte, in welchen er immer eine ungerechte Schmälerung der Rechte der Grundherren erblickte, so entschieden stimmte er doch jetzt für die Beibehaltung dieses einmal erlassenen Gesetzes. Aber freilich wies er auch jede noch weiter gehende Begünstigung des Bauers, insofern nicht der Grundherr sich freiwillig zu ihr herbeiließ, durchaus zurück. So sehr auch der Kaiserin persönlich die allgemeine Durchführung des von Raab entworfenen Systems am Herzen liegen möge, und so lebhaft sie wirklich zu wünschen sei, so könne dieß doch, meinte der Staatskanzler, nie anders als freiwillig geschehen. Denn bei gesitteten Völkern dürfe man Niemand durch einen Machtspruch zumuthen, über sein Eigenthum anders als es ihm gefalle, zu verfügen, wenn er mit demselben nur nicht auf eine dem Gesetze zuwiderlaufende Art verfahre[596]).

Der Kaiser, an welchen Maria Theresia den Fürsten Kaunitz mit dem von Letzterem herrührenden Entwurfe eines neu zu erlassenden Patentes gewiesen hatte, schien dasselbe wenigstens im Ganzen und Großen zu billigen; nur einige minder bedeutende Veränderungen wollte er daran vorgenommen sehen[597]). Dennoch tauchten gleich wieder neue Bedenken auf, sei es daß sie vom Kaiser ausgingen und er nur Kaunitz durch deren Kundgebung nicht wieder kränken wollte, sei es daß sie von anderer Seite erhoben wurden. Man kam zuletzt zu dem Beschlusse, nichts Anderes kund zu thun als das Mißfallen der Kaiserin über die aufständischen Bewegungen in Böhmen und Mähren, und die stricte Aufrechthaltung der im Jahre 1775 vorgezeichneten Grundsätze. Um das nach den letzteren entfallende Ausmaß der Robotleistungen auf eine feste Basis zu stellen, sollten durch die Kreishauptleute überall genaue Verzeichnisse angelegt werden. In diesem Sinne war das neue Patent vom 1. März 1777 abgefaßt. Wallis und d'Alton, welche gegen des Staatskanzlers Wunsch in den ihnen früher angewiesenen Stellungen noch verblieben, wurden mit der Durchführung der erforderlichen Maßregeln betraut.

auf den Unglücksstätten zu erscheinen und selbst Hand anzulegen an die Maßregeln, welche ergriffen werden mußten, um den Bedrängten Hülfe und Rettung zu Theil werden zu lassen.

Um von vielen hier nur einige Fälle zu erwähnen, sei des Erdbebens gedacht, welches in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1768 über Wien kam. Kurz vor drei Uhr Morgens erschütterten drei gewaltige Erdstöße die Gebäude der Stadt Wien in ihren Grundfesten; gleichzeitig ergossen sich die Fluthen des Donaustromes, der sich gerade zu jener Zeit vom Eise freizumachen begann, über die nächstliegenden Theile der Stadt und der Vorstädte. Die Brücken wurden durch den Andrang des Eises und des Wassers zertrümmert und stürzten in den Strom. Die Verbindung mit der Leopoldstadt war dadurch unterbrochen und die dortige Bevölkerung aufs Aeußerste bedroht. Persönlich begab sich Joseph auf den Schauplatz des Unglückes, und um diejenigen, welche Rettung bringen sollten nach der schwer bedrängten Vorstadt, anzueifern zu dem ihnen obliegenden Wagnisse, bestieg der Kaiser zuerst einen leichten Kahn. Nicht achtend der Gefahr, der er sich aussetzte, daß derselbe von den mit großer Gewalt heranströmenden Eisschollen zertrümmert werden könnte, setzte er über den Arm der Donau, welcher die Stadt von der Leopoldstadt trennt.

Weit stärker noch als in Wien wurde das Erdbeben an anderen Orten, insbesondere in Neustadt verspürt. So hart wurde die dortige Militärakademie von den Erdstößen mitgenommen, daß große Summen auf die Ausbesserung der erlittenen Schäden verwendet werden mußten [619]).

Ungefähr elf Jahre später, am Morgen des 26. Juni 1779 trug sich ein ähnliches Ereigniß zu. Das in der Nähe von Nußdorf, etwa eine halbe Stunde vor den Linien Wiens gelegene Pulvermagazin ging in die Luft. Groß war die Zerstörung, welche hiedurch nicht nur an den benachbarten Gebäuden, sondern in einem ziemlich weiten Umkreise angerichtet wurde. Viele Menschen verloren ihr Leben oder wurden gefährlich verwundet. Auch jetzt wieder zeigten Maria Theresia

und Joseph sich hülfreich; auch jetzt wieder begab sich der Letztere an die Stelle des Unglücks und ließ die Verwundeten nach dem Hospital transportiren. Und Beide, die Kaiserin und der Kaiser gewährten reiche Beiträge, das Schicksal der Verunglückten zu mildern [620]).

Hier mag auch der geeignete Ort sein, einen Zug der Herzensgüte des Kaisers zu erzählen, der unseres Wissens bisher unbekannt blieb. Im Juli 1775 kam Erzherzog Ferdinand, Generalgouverneur der Lombardie, mit seiner Gemalin Beatrix von Este nach Wien. Die Kaiserin sah bei dieser Gelegenheit ihre Schwiegertochter, der sie bis über Neustadt hinaus entgegenfuhr, zum ersten Male, und obgleich ihr dieselbe nicht sonderlich wohlgefiel, trachtete sie doch, ihr den Aufenthalt in Wien so angenehm als nur immer möglich zu machen. Glänzende Feste wurden der Erzherzogin gegeben, und Maria Theresia überschüttete sie mit den reichsten Geschenken. Joseph schöpfte daraus den Anlaß, von seiner Mutter auch ein solches für sich zu erbitten, und als ihm die Wahl bereitwilligst freigestellt wurde, verlangte er die Nachsicht der Kopfsteuer für die untersten, am schwersten von ihr bedrückten Classen. Mit Freude ging Maria Theresia auf diesen Wunsch ihres Sohnes ein und persönlich trug er das Handbillet seiner Mutter nach dem betreffenden Amte, um es dort regelrecht protokolliren zu lassen [621]). Man kann sich denken, wie durch diese und ähnliche Handlungen zum Besten des Volkes Joseph den Grundstein legte zu der Vergötterung, die er noch bei Lebzeiten erntete und welche im Volke ungeschwächt fortbesteht bis auf den heutigen Tag.

Nach dieser Abschweifung zu den polizeilichen Anordnungen für Wien zurückkehrend, sei hier nur noch der Numerirung der Häuser gedacht, welche nach preußischem Muster im November 1770 eingeführt wurde. Joseph trachtete mit derselben eine Volkszählung in Verbindung zu bringen; es ist jedoch bezeichnend für den damaligen Bildungsgrad der Bevölkerung Wiens, daß sie bei ihr auf ernstliche Hindernisse stieß; gleichwohl wurde sie durchgeführt [622]).

Die Unfruchtbarkeit des Jahres 1771, durch welche Böhmen Mähren in Hungersnoth geriethen, erstreckte ihre verderblichen

Wirkungen auf ganz Oesterreich, insbesondere auf Wien, das zu jener Zeit empfindlichen Mangel an Lebensmitteln litt. Ansteckende Krankheiten waren die Folge davon, und großes Elend herrschte unter dem niederen Volke [623]). Um der Noth zu steuern, wurde auf Befehl des Kaisers eine neue Art billigen Brodes gebacken und an verschiedenen Orten an die ärmere Bevölkerung verkauft. So groß war der Zudrang derselben, daß man sehr starke Wachen aufstellen mußte, um Unordnungen zu verhüten [624]).

Aber dieses und andere Mittel, die ergriffen wurden, dem Nothstande abzuhelfen, fruchteten nur wenig. Am 14. Februar 1772 trat die Hofkanzlei mit der Bitte an die Kaiserin heran, daß die Bevölkerung an Fasttagen Fleisch essen, und die Bewilligung hiezu bei dem Erzbischofe Migazzi nachgesucht werden dürfe. Da der Eintritt der Fastenzeit binnen wenig Wochen bevorstand, war Maria Theresia ungehalten, daß das Anliegen der Hofkanzlei so spät an sie gelangte. Nachdem sie ihr Ansuchen bewilligt, fügte sie in ziemlich ungnädigem Tone hinzu: „4 wochen zuvor solle künfftig der Vortrag geschehen, nicht nur „14 tage, sonsten ein anders mahl wegen der spätte nicht mehr „angenohmen werden wird" [625]).

Auch andere Dinge, welche in irgend einem Zusammenhange mit religiösen Angelegenheiten standen, wurden nicht selten zum Gegenstande polizeilicher Maßregeln gemacht. So fromm Maria Theresia auch war, und so wenig sie sogar von dem Vorwurfe einer gewissen Bigotterie freigesprochen werden kann, so sehr war sie doch eine Feindin des Aberglaubens; sie suchte ihn auszurotten im Volke, und Alles, was dazu führen konnte, ihn zu erhalten und zu fördern, wurde von ihr eifrig verfolgt. Schon im Dezember 1754 hatte sie befohlen, abergläubige Erzählungen aus den Kalendern wegzulassen, und den Verkauf derjenigen, in welchen solche enthalten waren, zu verbieten [626]). Drei Monate später, am 1. März 1755 aber traf Maria Theresia eine noch bei weitem wichtigere Verfügung. Es komme häufig vor, ließ sie verkünden, daß man in der Leichtgläubigkeit so weit gehe, dasjenige, was durch einen Traum oder die eigene Einbildungskraft, oder endlich

vor übermäßiger Beschädigung durch das Wild zu bewahren. Auf die Anzeige, daß Fürst Schwarzenberg auf seiner Herrschaft Frauenberg in Böhmen einen so zahlreichen Wildstand unterhalte, daß hieraus seinen Unterthanen übergroßer Nachtheil erwachse, befahl die Kaiserin die Beseitigung dieses Uebelstandes sowohl in Frauenberg als auf den anderen Gütern des böhmischen und des österreichischen Adels[605]. Und als im Jahre 1769 der Oberstjägermeister Graf Clary Klage darüber führte, daß mehrere Gemeinden an der Donau sechs Schuh hohe Umzäunungen zum Schutze ihrer Felder errichtet hätten, da fiel die Entscheidung gar sehr gegen seinen Wunsch aus. Statt seiner Bitte um Abstellung dieser „Eigenmächtigkeit" zu willfahren, erklärte die Kaiserin, daß die Erhaltung der „Contribuenten" bei Weitem die meiste Rücksicht verdiene. Vor Allem müsse ihnen daher mehr Sicherheit als bisher gegen den Schaden zu Theil werden, den das Wild an den Feldfrüchten anrichte und durch welchen sie „zu einer Art „Verzweiflung" getrieben würden. Insbesondere waren es die Herrschaften Gravenegg und Sierndorf, von woher die lautesten Klagen erschollen. Nun wurde angeordnet, daß das Schwarzwild nur mehr in wohlverwahrten Thiergärten gehalten, außerhalb derselben aber „gleich anderen schädlichen Raubthieren" ausgerottet werden solle. Was hingegen das Rothwild betreffe, so sei es den Unterthanen gestattet, ihre Grundstücke gegen dasselbe durch Gräben, Hecken und sonstige Umzäunungen gehörig zu verwahren. Dem Jagdeigenthümer wurde untersagt, sich künftighin, wie es bisher nicht selten geschehen, das Recht anzumaßen, der Landbevölkerung die Zeit vorzuschreiben, zu der sie ihre Arbeiten in Wald und Feld vorzunehmen hätte. Endlich dürfe bei Bestrafung eines Wilddiebes nie mehr seine Verbannung außer Landes ausgesprochen, ihren Familien aber das Verbleiben in ihren Häusern und auf ihren Grundstücken nicht verweigert werden. Und am 18. Februar 1771 richtete Maria Theresia die folgenden eigenhändigen Zeilen an den Statthalter von Niederösterreich, Grafen von Seilern:

„eine andere sache ligt mir an hertzen. er mögte mit vice „statthalter überlegen, nachdeme so ville wegen wildschützen herein-

„geliffert werden, ob man nicht vor dismahl, wan alles ruhig, eine „amnestie geben kunte, auch die würklich arrestirte zu entlaſſen oder „nur einige“ [609]).

Auch die öffentlichen Bauten, insbeſondere die Anlegung von Straßen und Brücken, dann die Regulirung der Flüſſe bildeten einen Zweig der Geſchäftsthätigkeit der oberſten Verwaltungsbehörde; beſonders fruchtbringend ſcheint ſie jedoch hierin nicht geweſen zu ſein. Im Juli 1773 erſtattete Fürſt Kaunitz der Kaiſerin die Anzeige, daß Graf Wilczek, aus Italien zurückgekehrt, ein ſehr ungünſtiges Bild von dem Zuſtande der Straßen in den öſterreichiſchen Provinzen entworfen habe; dringend bat er ſie, hierin Abhülfe zu ſchaffen. Maria Thereſia aber antwortete ihm mit eigener Hand:

„Sehr ſchwer würde es mir beifallen, irgend Etwas zu miß„billigen, was von Ihnen an mich kommt. Wir ſind davon unter„richtet, aber woher in der Jetztzeit die Geldmittel nehmen? Darin „liegt der Uebelſtand und die Verlegenheit, und außerdem iſt auch „Niemand vorhanden, der die Sache recht verſteht“ [610]).

Um als Gegenſtück zu dieſen und zu ſo vielen anderen überaus wichtigen Angelegenheiten, welche dem Geſchäftskreiſe der Hofkanzlei angehörten, auch die unbedeutenden Dinge nicht ganz mit Stillſchweigen zu übergehen, mag hier noch einer Entſcheidung der Kaiſerin Erwähnung geſchehen, welche das Damenſtift auf dem Hradſchin zu Prag anging. Denn auch ſie iſt für ihre Charakteriſtik von nicht gering anzuſchlagendem Werthe.

Im März 1768 empfing Maria Thereſia durch Chotek die von dem Grafen Adam Sternberg erſtattete Auskunft, derzufolge der Beitrag zur Staatsſchuldenſteuer von ſämmtlichen Präbenden der Hradſchiner Stiftsdamen ſich nur auf dreihundert Gulden belief. Sternberg trug darauf an, dieſe kleine Summe umſomehr aus der Stiftscaſſe zu bezahlen, als ſie im vergangenen Jahre neuerdings einen Ueberſchuß von zehntauſend Gulden gehabt habe; ja er bat,

daß dieß auch auf die letztverflossenen vier Jahre ausgedehnt werde. Maria Theresia aber entgegnete hierauf:

„man mus die sach ansehen alß eine besondere gnad. nachdem „jeder, sogahr der ärmste was beytragt zu dem algemeinen besten, so „werden wohl damen, die allein aus denen gnaden des souvrains „und also des public ruhig, gemächlich leben, sich nicht entzihen „wollen, mithin allein vor heüer erlaube, daß er die 300 fl. vor sie „bezahle, nichts aber vor das vergangene noch künfftige“ [611]).

Bezeichnend ist es, daß Chotek in der Verständigung, die er von dieser Entscheidung der Kaiserin an Sternberg erließ, ihre bedeutungsvollen Worte „und also des public“ mit Stillschweigen überging.

Dreizehntes Capitel.

Die Polizei.

In den Händen der Behörden, denen die Verwaltungsgeschäfte des Staates anvertraut waren, lag auch die Leitung der Polizei, wobei dieses letztere Wort wohl in dem weiteren Sinne, den man ihm damals beilegte, wird genommen werden müssen. Nach Sonnenfels wurden zu jener Zeit die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, guter Ordnung und Zucht, die Aufsicht über Maß und Gewicht, über die Märkte und die Reinlichkeit der Städte, die Anstalten zur Verhinderung von Gefahren und Unglücksfällen, endlich diejenigen Vorkehrungen, welche von Seite der Executivorgane augenblicklich getroffen werden mußten, als Verrichtungen der Polizeibehörden betrachtet.

War nun auch das Directorium in publicis et cameralibus, und nach ihm die böhmische und österreichische Hofkanzlei die oberste Polizeibehörde des Staates, so lag es doch in der Natur der Sache, daß in Bezug auf polizeiliche Angelegenheiten, welche Niederösterreich und insbesondere Wien betrafen, gerade um der Nothwendigkeit willen, die erforderlichen Maßregeln mit möglichster Raschheit treffen zu lassen, Maria Theresia in sehr häufig sich wiederholenden Fällen mit dem Statthalter von Niederösterreich in unmittelbaren Verkehr trat. Von dem Zeitpunkte des Abschlusses des Hubertsburger Friedens angefangen bis zum Tode der Kaiserin wurde dieser Posten zuerst von dem Grafen Franz Ferdinand von Schrattenbach und dann von dem Grafen Christian August von Seilern bekleidet. Ihm folgte im Jahre 1779, als Seilern zum Präsidenten der Obersten Justizstelle ernannt wurde, Graf Joseph von Herberstein.

Schrattenbachs ist schon mehrfach, insbesondere während der Darstellung seiner Conflicte mit van Swieten in Censursachen gedacht worden, und es darf wohl angenommen werden, daß dieser Zwiespalt mit einem Manne, der unter die von Maria Theresia am meisten bevorzugten Personen gehörte, nicht dazu beitragen konnte, sie für Schrattenbach einzunehmen. Wir finden auch kein Anzeichen, daß er ihres besonderen Vertrauens, ihrer Vorliebe irgendwie theilhaft gewesen wäre.

Ganz anders stand es dagegen um die Beziehungen der Kaiserin zu Seilern. Er wird als ein patriotisch gesinnter, diensteifriger Mann von strenger und bewährter Rechtschaffenheit geschildert. Ernsten und stillen Charakters, grau geworden im Dienste des Staates, hielt er die Erfüllung seiner Pflicht für die erste Aufgabe seines Daseins. Er galt als ein besonderer Gönner, Schützer und Freund von Sonnenfels; seiner warmen Empfehlung soll derselbe zunächst seine günstige Stellung zur Kaiserin verdankt haben [612]).

Wie groß das Wohlwollen, welches Maria Theresia für Seilern hegte, und das Zutrauen war, das sie in ihn setzte, geht aus wiederholten Aeußerungen der Kaiserin deutlich hervor. Als ihr einmal Seilern aus Gründen, die wir nicht kennen, seinen dringenden Wunsch zu erkennen gab, sich von seinem Posten zurückzuziehen, da antwortete sie ihm mit eigener Hand:

„graff seilern. ich weis seine intention, desaprobire selbe „gar nicht, indeme ein jeder christ also gedencken solle; allein in diser „situation, wo anjetzo bin, so ist er mir und dem publico noch „nothwendig. verspreche ihme aber, wan er bey disen gedancken „beharrt, das in jahr und tag und villeicht zu anfang des künfftigen „seinem verlangen genug thun werde; bis dahin schenke er mir noch „seine dienste. er wird sich dopelte meriten dessentwegen machen" [613]). Und als Seilern im November 1779 eine der Kaiserin sehr am Herzen liegende Differenz mit dem Cardinal Migazzi wegen des Ankaufes des Gutes St. Veit bei Wien zu ihrer lebhaften Befriedigung mit großer Uneigennützigkeit [614]) geschlichtet hatte, schrieb ihm Maria

Thereſia, nachdem ſie ihn verſichert, daß ſie ihn ſehr gern zum Nachbar gehabt hätte[615]), die folgenden Worte:

„Ich bin ebenſo erbaut durch Ihre Moral als zufriedengeſtellt „durch Ihre Dienſte. Ich ſende Ihnen dieſes Andenken, welches Sie „in Anbetracht der Umſtände, die ebenſo traurig für mich als glor„reich für Sie ſind, dieſen Monat hindurch noch Niemand werden „ſehen laſſen. Für den künftigen Monat hege ich jedoch keine Be„denken mehr, da man hinzufügen kann, daß Sie es ſchon vor einiger „Zeit von mir bekamen, und Sie können es dann wie eine nicht „ganz neue Nippe tragen, ohne ſie beſonders zu zeigen, aber auch „ohne ſie zu verbergen. Ich ſetze einen Ruhm darein, daß man meine „Hochachtung für Sie gewahr wird" [616]).

Auch ein anderer Vertrauensmann der Kaiſerin, der Hofrath von Greiner wurde in Polizeiſachen ſehr viel von ihr gebraucht. Insbeſondere war dieß in Dingen der Fall, welche ſich auf die Stadt Wien, ihre Verſehung mit Lebensmitteln, die Regulirung der Marktpreiſe, die Pflaſterung und ähnliche Dinge bezogen. „In Brod- und „Fleiſchſatzungsſachen", ſchrieb er ihr einmal, „haben Eure Majeſtät „mich bisher des Allerhöchſten Vertrauens zu würdigen geruht, und „Gott lobe! hat das Publicum durch nun faſt ſieben Jahre darüber „nicht zu klagen gehabt, und Eure Majeſtät ſind wenig behelliget „worden. Schenken mir Eure Majeſtät dieſes unſchätzbare Allerhöchſte „Vertrauen noch ferners und es wird gewiß fortan gut gehen. Glauben „Eure Majeſtät gewiß, diejenigen, die dagegen ſprechen, verſtehen es „entweder nicht oder haben böſe Abſichten, einen treuen Knecht zu „verkleinern. So lang ich des Allerhöchſten Vertrauens und in meinen „gerechten Handlungen dero mächtigſten Schutzes mich getröſten kann, „werde ich auch in den härteſten Umſtänden den Muth nicht ver„lieren und mit Luſt mich durcharbeiten. Eure Majeſtät wiſſen, daß „Alles, was ich bisher unternommen habe, noch nicht ſtecken ge„blieben iſt."

„Da kan ich am beſten die Zeugnus geben und das publicum", antwortete ihm hierauf Maria Thereſia, „und diſe prob hat ihme

„auch mein biliges zutrauen erworben, weillen seine arbeithsamkeit „samt eyffer mit klugheit gefunden“ [617]).

Ein gleiches Lob von Seite der Kaiserin erntete Greiner in einer anderen Angelegenheit, welche Wien betraf. Es handelte sich um die auch von Kaunitz eifrig betriebene Verbesserung des Pflasters der Straßen. Greiner versicherte, daß er das Verdienst der zu diesem Zwecke mit so großer Mühe ins Leben gerufenen Maßregeln, obwohl er dasselbe mit Fug und Recht für sich in Anspruch nehmen könnte, gern dem Regierungsrathe von Wallenfeld überlasse, um ihn desto mehr anzuspornen zu verdoppelter Thätigkeit. „Ich bin ganz ruhig“, fügte Greiner hinzu, „wenn ich nur weiß, daß das Gute, das ich „wünsche und vorschlage, geschieht; Ehre und Nutzen mag auf die „Exequenten kommen. Mir ist ein stilles Bewußtsein einer recht„schaffenen Handlung ein angenehmeres Vergnügen als das laute Lob „der vielleicht oder vielmehr der gewiß neidischen Welt. Nur das „Glück, Eurer Majestät wohl zu dienen und von Allerhöchstderselben „nicht verkannt zu werden, ist mein einziger innigster Wunsch.“

Auch hierauf antwortete Maria Theresia in dem gleichen Sinne wie früher. „es ist wirklich also“, schrieb sie an Greiner, „daß er „in nichts scheint, doch das gutte allein aufsucht und bewirkt“ [618]).

Das „Gute“ war in dem gegebenen Falle nach dem Sinne der Kaiserin offenbar alles das, was geeignet erschien, das Los ihrer Unterthanen zu verbessern, deren Wohlfahrt zu sichern, ihnen Nutzen oder doch mindestens Annehmlichkeit zu gewähren. Mit reger Sorgfalt und großem Interesse verfolgte sie Alles, was hiezu führen konnte, und bei jedem sich ergebenden Anlasse legte sie dieses Gefühl neuerdings an den Tag. Sie wetteiferte hierin mit ihrem Sohne Joseph, und es lag in der Natur der Sache, daß bei unglücklichen Ereignissen, von welchen die Bevölkerung heimgesucht wurde, seine Theilnahme noch erkennbarer für die Menge hervortrat als die nicht minder lebhaft empfundene seiner Mutter. Denn seine Jugendkraft und sein Thatendrang trieben ihn dazu, in derlei Fällen persönlich

auf den Unglücksstätten zu erscheinen und selbst Hand anzulegen an die Maßregeln, welche ergriffen werden mußten, um den Bedrängten Hülfe und Rettung zu Theil werden zu lassen.

Um von vielen hier nur einige Fälle zu erwähnen, sei des Erdbebens gedacht, welches in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1768 über Wien kam. Kurz vor drei Uhr Morgens erschütterten drei gewaltige Erdstöße die Gebäude der Stadt Wien in ihren Grundfesten; gleichzeitig ergossen sich die Fluthen des Donaustromes, der sich gerade zu jener Zeit vom Eise freizumachen begann, über die nächstliegenden Theile der Stadt und der Vorstädte. Die Brücken wurden durch den Andrang des Eises und des Wassers zertrümmert und stürzten in den Strom. Die Verbindung mit der Leopoldstadt war dadurch unterbrochen und die dortige Bevölkerung aufs Aeußerste bedroht. Persönlich begab sich Joseph auf den Schauplatz des Unglückes, und um diejenigen, welche Rettung bringen sollten nach der schwer bedrängten Vorstadt, anzueifern zu dem ihnen obliegenden Wagnisse, bestieg der Kaiser zuerst einen leichten Kahn. Nicht achtend der Gefahr, der er sich aussetzte, daß derselbe von den mit großer Gewalt heranströmenden Eisschollen zertrümmert werden könnte, setzte er über den Arm der Donau, welcher die Stadt von der Leopoldstadt trennt.

Weit stärker noch als in Wien wurde das Erdbeben an anderen Orten, insbesondere in Neustadt verspürt. So hart wurde die dortige Militärakademie von den Erdstößen mitgenommen, daß große Summen auf die Ausbesserung der erlittenen Schäden verwendet werden mußten [619]).

Ungefähr elf Jahre später, am Morgen des 26. Juni 1779 trug sich ein ähnliches Ereigniß zu. Das in der Nähe von Nußdorf, etwa eine halbe Stunde vor den Linien Wiens gelegene Pulvermagazin ging in die Luft. Groß war die Zerstörung, welche hiedurch nicht nur an den benachbarten Gebäuden, sondern in einem ziemlich weiten Umkreise angerichtet wurde. Viele Menschen verloren ihr Leben oder wurden gefährlich verwundet. Auch jetzt wieder zeigten Maria Theresia

und Joseph sich hülfreich; auch jetzt wieder begab sich der Letztere an die Stelle des Unglücks und ließ die Verwundeten nach dem Hospital transportiren. Und Beide, die Kaiserin und der Kaiser gewährten reiche Beiträge, das Schicksal der Verunglückten zu mildern[620]).

Hier mag auch der geeignete Ort sein, einen Zug der Herzensgüte des Kaisers zu erzählen, der unseres Wissens bisher unbekannt blieb. Im Juli 1775 kam Erzherzog Ferdinand, Generalgouverneur der Lombardie, mit seiner Gemalin Beatrix von Este nach Wien. Die Kaiserin sah bei dieser Gelegenheit ihre Schwiegertochter, der sie bis über Neustadt hinaus entgegenfuhr, zum ersten Male, und obgleich ihr dieselbe nicht sonderlich wohlgefiel, trachtete sie doch, ihr den Aufenthalt in Wien so angenehm als nur immer möglich zu machen. Glänzende Feste wurden der Erzherzogin gegeben, und Maria Theresia überschüttete sie mit den reichsten Geschenken. Joseph schöpfte daraus den Anlaß, von seiner Mutter auch ein solches für sich zu erbitten, und als ihm die Wahl bereitwilligst freigestellt wurde, verlangte er die Nachsicht der Kopfsteuer für die untersten, am schwersten von ihr bedrückten Classen. Mit Freude ging Maria Theresia auf diesen Wunsch ihres Sohnes ein und persönlich trug er das Handbillet seiner Mutter nach dem betreffenden Amte, um es dort regelrecht protokolliren zu lassen[621]). Man kann sich denken, wie durch diese und ähnliche Handlungen zum Besten des Volkes Joseph den Grundstein legte zu der Vergötterung, die er noch bei Lebzeiten erntete und welche im Volke ungeschwächt fortbesteht bis auf den heutigen Tag.

Nach dieser Abschweifung zu den polizeilichen Anordnungen für Wien zurückkehrend, sei hier nur noch der Numerirung der Häuser gedacht, welche nach preußischem Muster im November 1770 eingeführt wurde. Joseph trachtete mit derselben eine Volkszählung in Verbindung zu bringen; es ist jedoch bezeichnend für den damaligen Bildungsgrad der Bevölkerung Wiens, daß sie bei ihr auf ernstliche Hindernisse stieß; gleichwohl wurde sie durchgeführt[622]).

Die Unfruchtbarkeit des Jahres 1771, durch welche Böhmen und Mähren in Hungersnoth geriethen, erstreckte ihre verderblichen

Wirkungen auf ganz Oesterreich, insbesondere auf Wien, das zu jener Zeit empfindlichen Mangel an Lebensmitteln litt. Ansteckende Krankheiten waren die Folge davon, und großes Elend herrschte unter dem niederen Volke [623]). Um der Noth zu steuern, wurde auf Befehl des Kaisers eine neue Art billigen Brodes gebacken und an verschiedenen Orten an die ärmere Bevölkerung verkauft. So groß war der Zudrang derselben, daß man sehr starke Wachen aufstellen mußte, um Unordnungen zu verhüten [624]).

Aber dieses und andere Mittel, die ergriffen wurden, dem Nothstande abzuhelfen, fruchteten nur wenig. Am 14. Februar 1772 trat die Hofkanzlei mit der Bitte an die Kaiserin heran, daß die Bevölkerung an Fasttagen Fleisch essen, und die Bewilligung hiezu bei dem Erzbischofe Migazzi nachgesucht werden dürfe. Da der Eintritt der Fastenzeit binnen wenig Wochen bevorstand, war Maria Theresia ungehalten, daß das Anliegen der Hofkanzlei so spät an sie gelangte. Nachdem sie ihr Ansuchen bewilligt, fügte sie in ziemlich ungnädigem Tone hinzu: „4 wochen zuvor solle künfftig der Vortrag geschehen, nicht nur „14 tage, sonsten ein anders mahl wegen der spätte nicht mehr „angenohmen werden wird“ [625]).

Auch andere Dinge, welche in irgend einem Zusammenhange mit religiösen Angelegenheiten standen, wurden nicht selten zum Gegenstande polizeilicher Maßregeln gemacht. So fromm Maria Theresia auch war, und so wenig sie sogar von dem Vorwurfe einer gewissen Bigotterie freigesprochen werden kann, so sehr war sie doch eine Feindin des Aberglaubens; sie suchte ihn auszurotten im Volke, und Alles, was dazu führen konnte, ihn zu erhalten und zu fördern, wurde von ihr eifrig verfolgt. Schon im Dezember 1754 hatte sie befohlen, abergläubige Erzählungen aus den Kalendern wegzulassen, und den Verkauf derjenigen, in welchen solche enthalten waren, zu verbieten [626]). Drei Monate später, am 1. März 1755 aber traf Maria Theresia eine noch bei weitem wichtigere Verfügung. Es komme häufig vor, ließ sie verkünden, daß man in der Leichtgläubigkeit so weit gehe, dasjenige, was durch einen Traum oder die eigene Einbildungskraft, oder endlich

durch betrügerische Leute vorgespiegelt werde, als die Wirkung von Gespenstern oder Hexerei anzusehen. Ja man messe sogar Leuten, welche sich als vom Teufel besessen ausgäben, allsogleich Glauben bei, und werde hierin von einigen vorurtheilsvollen Geistlichen noch bestärkt. Sei doch erst vor kurzem in Mähren die Sache so weit getrieben worden, daß Geistliche verschiedene Leichen unter dem Vorwande, daß sie mit der „Magia posthuma" behaftet gewesen, aus dem Friedhofe ausgegraben und verbrannt hätten, während durch die später eingeleitete Untersuchung dargethan wurde, daß hiebei gar nichts Uebernatürliches vorgekommen sei. Aufs strengste wurde der Geistlichkeit für die Zukunft ein so eigenmächtiges Verfahren untersagt. Wenn ein Fall vorkommen sollte, in welchem es um Gespenster, um Hexerei, Schatzgräberei oder einen angeblich vom Teufel Besessenen sich handle, dann müsse die Anzeige an die betreffende weltliche Behörde erstattet werden. Mit Beiziehung eines vernünftigen Arztes habe dieselbe die Sache zu untersuchen und nachzuforschen, ob ein und welcher Betrug darunter verborgen und wie der Betrüger zu strafen sei [627]). Gleichzeitig wurde der fernere Verkauf der sogenannten Traumbücher verboten [628]).

Im November 1766 kam Maria Theresia noch umständlicher hierauf zurück. In ausführlicher Belehrung suchte sie vor allem die Bevölkerung aufzuklären über das Thörichte des Wahnglaubens an Zauberer und an Hexen. Das Verfahren gegen diejenigen, welche solch geheimer Künste sich berühmten, wurde mit Genauigkeit vorgeschrieben und ihr Verschulden mit strenger Bestrafung belegt [629]). Und gewissermaßen als eine Ergänzung hiezu kann das Edict der Kaiserin vom 23. Juni 1775 angesehen werden, durch welches die Beschäftigung mit Alchymie aufs strengste untersagt wurde. Den Uebertretern dieser gesetzlichen Vorschrift wurde nicht nur mit der Einziehung all ihrer Güter gedroht, sondern sie sollten, was ihre sonstige Bestrafung anging, den Räubern gleichgeachtet werden [630]).

Diesen Gesinnungen und Anschauungen blieb Maria Theresia auch in ihren späteren Lebensjahren treu. Noch ein Jahr vor ihrem Tode ließ sie dem obersteierischen Landvolke dessen abergläubige Gebräuche in der Johannisnacht bei schwerer Strafe untersagen [631]).

Solche Vorfälle bildeten denn auch nicht selten den Gegenstand der Correspondenz zwischen der Kaiserin und Seilern. „Dises Zettul", schrieb sie ihm am 16. März 1774, „ist von ein geistlichen auff der „gassen ausgetheilt worden; das ist wohl sehr verkleinerlich unserer „grossen wahren religion mit solchen possen zu vermängen." „er wird „aus disen einfaltigen, ja wohl gar indecenten lidern ersehen", so lautet ein anderes Billet der Kaiserin an Seilern[632]), „wie bilig man „darüber spottet, und weillen noch vill andere in denen kirchen gesungen „und vertheilt werden, mögte ohne publicität von allen alt und „neüen ein exemplar haben in und vor der statt".

Noch ein Paar andere Zuschriften der Kaiserin an Seilern mögen hier Aufnahme finden, nicht des an und für sich ziemlich unbedeutenden Gegenstandes willen, auf den sie sich beziehen, sondern weil sie Zeugniß geben von der stets regen Aufmerksamkeit, die sie den Dingen zuwandte, welche in irgend einer, wenn auch nur entfernten Verbindung mit kirchlichen Angelegenheiten standen. „die leüt", schrieb sie ihm am 27. März 1773, „bey der thür der kirchen von hernals „sollen offentlich allerhand sachen verkauffen, und zwar lezthin an „frauentag, auch sonntägen, welches ernstlich einzuhalten; morgen „eygne comissarij schicken es einzustellen. ausgenohmen an sonn- „tägen ist erlaubt, krapfen, brod, aber kein fleisch auch auff dem „weeg zu verkauffen, niemahls aber an der kirchenthür." Und am 15. März 1776 richtete Maria Theresia die folgenden Zeilen an Seilern:

„das hier beyschliessende jubileumbüchel war in beschlag ge- „nohmen worden, wäre wieder zu erlauben zu verkauffen, auch von „denen weibern auff der strassen, nicht aber bey denen kirchenthüren, „wo allein jenes von cardinal solle ausgetheilt werden. es ist sehr „indecent, daß sowohl durch die kirchen zu st. stephan als minoriten „und villeicht noch in andern ein öffentlicher durchgang ist, wo die „leüte mit butten waaren durchtragen; in der wien statt ist alles nahe; „diser wenige detours kan kein objet machen und sehr indecent. „wie es abzustellen wäre?"

Es wird hier wohl der geeignete Platz sein, wenn auch nur im Vorbeigehen der tief eingewurzelten Abneigung zu gedenken, welche Maria Theresia der Freimaurerei entgegenbrachte. Schon in den ersten Jahren nach ihrer Thronbesteigung, 1743 soll in Wien eine Freimaurerloge auf Anordnung der Regierung unvermuthet erbrochen worden sein. Ihre Mitglieder wurden verhaftet und einzeln verhört, jedoch bald wieder auf freien Fuß gesetzt [633]).

Kam es nun zwar in späterer Zeit nicht mehr zu solchen Maßregeln der Strenge, so blieb doch Maria Theresia der Freimaurerei Zeit ihres Lebens feindlich gesinnt. Um dieß durch Anführung eines speziellen Falles zu beweisen, möge hier einer Anzeige des Oberstburggrafen in Böhmen, Fürsten zu Fürstenberg Erwähnung geschehen. Im Juni 1776 meldete er nach Wien, daß an den Kreishauptmann zu Klattau, Grafen Künigl, aus Dresden ein Paket mit Büchern freimaurerischen Inhaltes angekommen sei, aber man habe darin nichts wider den Staat, die Religion oder die Sittlichkeit gefunden. Doch ersehe man, daß es in Böhmen zwei Freimaurerlogen gebe; Vorstand der einen scheine Graf Künigl, der anderen aber Oberlieutenant Clement vom Regimente Ferraris zu sein. Beiden wäre, so meinte Fürstenberg und mit ihm die Hofkanzlei, die Abhaltung solcher Versammlungen zu untersagen [631]).

„der fürst hat sehr wohl gethan", antwortete hierauf Maria Theresia, „alles eingeschickt zu haben, und sehet man wie unglücklich „in böhmen gros und klein in solche irrwege, ausschweyffungen und „ungehorsam verfallen. dem creüshaubtmann es ernstlich zu verweisen „und obachtsames aug zu halten, ob nicht nach einer zeit wider in „Klattau oder anderstwo einige Versammlungen sich fündeten, selbe, „ohne in die sache einzugehen, gleich alzeit zu zerstöhren und mir „berichten, wo und wer dabey waren. nichts von freymaurern zu „sagen: als verbottene conventicula nicht zu gestatten".

Ganz anders als Maria Theresia dachte Joseph über die Freimaurerei. Alle Maßregeln, meinte er, welche man gegen derlei Gesell-

schaften ergreife, führten nur dazu, sie noch interessanter und anziehender zu machen. Da überdieß jeder vernünftige Mensch sie als unschädlich ansehe, diene ihre Verfolgung von Seite der Regierungen nur dazu, die letzteren lächerlich erscheinen zu lassen. Den Verboten wider sie möge daher Einhalt geschehen. Es würde genügen, darauf zu halten, daß ihre Versammlungen nicht öffentlich stattfänden[635]). Aber auch in diesem Falle gelang es dem Kaiser durchaus nicht, seine Mutter zu seinen eigenen Anschauungen zu bekehren.

Ein Punkt war es besonders, auf welchen Maria Theresia unendlich viel Werth legte und dem sie fortwährend gespannte Aufmerksamkeit zuwandte, die Aufrechthaltung der öffentlichen Sittlichkeit. Weil sie selbst Zeit ihres Lebens von tadellosester Aufführung gewesen, meinte sie ein Gleiches auch von allen anderen Menschen gebieterisch verlangen zu dürfen. Sie besaß dabei kein Auge für die Verschiedenheit der obwaltenden Verhältnisse, keine Nachsicht für die Schwäche der menschlichen Natur; ja es war dieß fast der alleinige Punkt, hinsichtlich dessen sie wirklich manchmal hart genannt werden mußte.

Gar Manches wurde schon über die von der Kaiserin Maria Theresia eingesetzte „Keuschheitscommission" geschrieben und gefabelt. Sehr ernste und eingehende Nachforschungen, Näheres über sie zu ergründen, sind so ganz erfolglos geblieben, daß man sich versucht fühlen würde, an ihre Existenz gar nicht zu glauben, wenn nicht durch ein einziges, aber vollgültiges Zeugniß der Beweis hergestellt erschiene, daß sie einmal wirklich bestand. Am 19. Mai 1753 erstattet der venetianische Botschafter Corer seiner Regierung Bericht über die bedeutsamen Aenderungen, welche die Kaiserin sechs Tage zuvor, an ihrem Geburtstage, in den obersten Staatsämtern vorgenommen hatte. Ulfeldt war Oberstthofmeister, Kaunitz Staatskanzler, Haugwitz Oberster Kanzler von Böhmen, Johann Chotek zweiter böhmischer Kanzler, Bartenstein Vicekanzler geworden. Den Posten eines Vicepräsidenten bei der Obersten Justizstelle erhielt Graf Michael Johann von Althan, und statt ihm wurde Heinrich Wilhelm Freiherr von Haugwitz Präsident der Repräsentation und Kammer in Oesterreich unter der Enns, wie

damals die Landesregierung noch genannt wurde. Johann Joseph Freiherr von Mannagetta erhielt die Stelle eines Vicepräsidenten bei dieser Behörde, und die bisherige „Sicherheits- und Keuschheitscom- „mission" wurde mit ihr vereinigt[636]). Wird hiedurch einerseits bewiesen, daß die Keuschheitscommission wirklich einmal existirte, so wird andererseits aus jenem Berichte wohl mit einiger Bestimmtheit gefolgert werden können, daß dieselbe nicht viel anderes war und sein konnte als einer der beiden Bestandtheile eines Polizeidepartements, in dessen Amtskreise die Handhabung der öffentlichen Sicherheit und Sittlichkeit lag.

In der Correspondenz der Kaiserin mit Seilern wird dieses unerquicklichen Gegenstandes glücklicher Weise nur selten gedacht. Ereignet es sich dennoch, so geschieht es in keinem anderen Sinne als daß Maria Theresia entweder im Allgemeinen größere Strenge gegen die öffentlichen Dirnen empfiehlt und darauf dringt, daß sie zu längerer Haft nach dem Zuchthause zu Wartberg bei Preßburg in Ungarn gebracht würden[637]), oder daß sie die Anwendung dieser Maßregel gegen einzelne Personen verlangt, deren besonders schlechte Aufführung ihr bekannt geworden war[638]).

Daß Maria Theresia in ihrer Sorge für die Aufrechthaltung der öffentlichen Sittlichkeit und in ihrem Bestreben, dasjenige auszurotten oder mindestens sehr zu beschränken, was ihrem keuschen Sinne als grauenvolles Unrecht erschien, sich manchmal hinreißen ließ, sich unberufen in Privatverhältnisse und in Dinge zu mengen, die entweder zu kleinlich waren für ihre erhabene Stellung, oder denen sie als Frau von so reinem Charakter besser fern geblieben wäre, ist gewiß kein unverdienter Vorwurf. Seine Berechtigung darzuthun, wird die Anführung der Worte genügen, die sie zu zwei verschiedenen Malen an Seilern richtete.

„die poggi und paglioni sollen in dem parterre noble gehen", schrieb sie ihm am 30. August 1773, „welches allemahl verbotten „ware, mithin künfftig genau zu halten, das keine acteurs noch tantzer „jemahls in disen platz komen. er könte es ohne villen auffsehen „goutier befehlen, das es nicht mehr geschehe."

„Ich habe erfahren", so lautet ein Brief der Kaiserin an Seilern vom 30. April 1771, „daß Palm eine gewisse Weißin, „Sängerin am deutschen Theater, durch sehr große Versprechungen zu „bewegen versuchte, sich ihm hinzugeben, und daß er, da er seinen „Zweck nicht zu erreichen vermochte, das Gleiche ihrem Gatten gegen„über that, indem er ihm zusagte, ihn für den Rest seiner Tage zu „versorgen. Lassen Sie diesen Mann ausfindig machen und suchen „Sie ohne irgendwelche Compromittirung die Wahrheit zu erfahren, „indem Sie ihm Schutz versprechen. Schrecklich wäre so etwas von „Palm, der den Heuchler spielt, aber es wäre auch schrecklich, wenn „man ihn so verleumdete" [639]).

Eifriger noch war die Dazwischenkunft der Kaiserin und reger der Antheil, den sie an derlei Angelegenheiten nahm, wenn die Frau, die hiebei im Spiele war, zu den höheren Gesellschaftskreisen, ja sogar zu ihren persönlichen Bekannten gehörte. Um ihr Verhalten in solchen Fällen zu kennzeichnen, soll hier vor Allem ihres Verfahrens Erwähnung geschehen, als es um die Entführung einer jungen Gräfin Esterházy, gebornen Gräfin Starhemberg, durch einen Grafen Schulenburg sich handelte. Das Liebespaar flüchtete sich nach Zürich; Maria Theresia aber wünschte lebhaft, daß die Gräfin durch Vermittlung der schweizerischen Behörden von Schulenburg getrennt und zur Rückkehr nach Oesterreich vermocht werde; hier dachte sie dieselbe der Obhut ihrer Mutter, der Gräfin Starhemberg [640]) anzuvertrauen. Obgleich rechtlich hiezu keineswegs verpflichtet, erklärte sich doch die Regierung des Cantons Zürich bereit, einem Wunsche der Kaiserin zu willfahren, auf dessen Erfüllung dieselbe ganz ungewöhnlichen Werth legte [641]).

„die freüd der mutter ist unbeschreiblich", antwortete Maria Theresia mit eigener Hand auf den Bericht, mit welchem Kaunitz diese Nachricht ihr mittheilte [642]), „ich habe ihr dem brieff gelassen, „deme sie morgen frühe selbst binder einhändigen wird, mit welchem „sie das weitere abreden wird."

Was das Verfahren anging, welches nach der Rückkehr der Gräfin Esterházy gegen sie beobachtet werden sollte, so rieth Kaunitz

ihr jede Beſtrafung nachzuſehen. Zu ihrer Beſſerung jedoch, und um einige Genugthuung zu leiſten für das von ihr gegebene Aergerniß, möge ſich die Gräfin in ein Kloſter verfügen und dort bis auf ferneren Befehl der Kaiſerin verweilen [643]).

Maria Thereſia erwiederte hierauf, daß ſie dem Antrage des Fürſten Kaunitz vollkommen beipflichte, aber freilich kam es zu deſſen Ausführung nicht. Die bevorſtehende Niederkunft der Gräfin Eſterházy verhinderte vorläufig deren Rückkehr nach Oeſterreich. Es wurde ihr vielmehr auf ihre Bitte geſtattet, ſich von Zürich nach Waldshut zu begeben und dort ihre Niederkunft abzuwarten. Als jedoch dieſelbe vorüber war, verſchwand plötzlich, und zwar in der Nacht vom 29. auf den 30. Dezember 1774 die Gräfin Eſterházy mit Hinterlaſſung ihres Kindes aus Waldshut. Man vermuthete, ſie habe ſich mit Schulenburg den Rhein hinab nach Holland geflüchtet [644]).

Man kann ſich wohl denken, wie ſehr Maria Thereſia aufgebracht wurde durch dieſes ihr ganz unerwartete Ereigniß. Sie kündigte ihre Abſicht an, die beiden Schuldigen nach der Strenge der Geſetze nachſichtslos zu beſtrafen und dadurch auch für Andere ein abſchreckendes Beiſpiel zu geben. Blümegen erhielt den Befehl, über dasjenige zu berichten, was ſowohl in Bezug auf die Gräfin Eſterházy und auf Schulenburg als auch ſonſt geſchehen ſolle, um für die Zukunft derlei Entführungen zu verhindern. In erſterer Beziehung hätte, um den Entſchluß der Kaiſerin zu vollziehen, vorerſt der Strafproceß eingeleitet werden, und da man den Aufenthalt der beiden Miſſethäter nicht kannte, deren öffentliche Vorladung erfolgen müſſen.

Mit ſehr großer Entſchiedenheit erklärte ſich Kaunitz gegen ein ſolches Verfahren. Nach den beſtehenden Geſetzen würde, ſo ließ er ſich vernehmen, wo nicht gegen Beide, ſo doch ganz gewiß gegen Schulenburg die Todesſtrafe und zwar die Hinrichtung mit dem Schwerte und die Flechtung des Körpers auf das Rad ausgeſprochen werden. Sei der Vollzug dieſes Urtheils wegen Abweſenheit des Verbrechers nicht möglich, ſo müßte er wenigſtens in effigie geſchehen. Denn das Urtheil ſprechen und es dann nicht vollziehen laſſen, würde nur ein

neues und öffentliches Beispiel der Strafloſigkeit hochgeſtellter Perſonen geben und überall die ſchlechteſte Wirkung hervorbringen. Da aber Maria Thereſia ohne Zweifel in Anbetracht ihrer gewöhnlichen Milde und aus Rückſicht auf die Familien und die ſonſtigen Verwandten jener beiden „Unglücklichen" das Urtheil doch niemals in Vollzug treten ließe, ſo wäre es weit beſſer, gleich von vorneherein den Proceß gar nicht einzuleiten.

Ebenſo wenig könne er, fährt Kaunitz fort, den von Blümegen vorgeſchlagenen Maßregeln beipflichten, welche zur Verhütung ähnlicher Entführungen für die Zukunft getroffen werden ſollten. Der Antrag, den Poſtmeiſtern in den Städten, wo Landesregierungen oder Kreisämter ſich befänden, zu befehlen, ihnen verdächtig vorkommende Reiſende nicht eher paſſiren zu laſſen, als bis ſie ſich bei der dortigen Behörde legitimirt hätten, ſei von vorneherein verwerflich. Würde eine ſolche Vorſchrift von den Poſtmeiſtern pünktlich beobachtet, ſo könnte ſie nur eine ſchädliche, im Falle des Gegentheils aber gar keine Wirkung hervorbringen. Schädlich wäre ſie deßhalb, weil es der Willkür oft indiscreter Poſtmeiſter anheimgeſtellt würde, manchmal ſehr dringende Reiſen beträchtlich zu verzögern. Und außerdem könnten weder Regierungen noch Kreisämter derlei Unterſuchungen ſo raſch zu Ende führen, als die Natur des Poſtweſens und die Aufrechthaltung eines beſchleunigten Verkehrs es nothwendig mache.

Alles was überhaupt in der Sache geſchehen könnte, beſtände, meinte Kaunitz ſchließlich, in erneuerter Kundmachung der hiefür ohnedieß ſchon vorhandenen ſtrengen Geſetze. Aber auch von ihr dürfe man ſich keine ſonderliche Wirkung verſprechen, denn die Hintanhaltung eines Verbrechens hänge weniger von der Schärfe des wider dasſelbe erlaſſenen Geſetzes als von der Gewißheit ab, daß dasſelbe in allen Fällen ſicher und unvermeidlich zur Anwendung gelange [645]).

Maria Thereſia wurde jedoch durch dieſe Ausführungen des Fürſten Kaunitz keineswegs bewogen, in der Sache gar nichts zu thun und ſie einfach auf ſich beruhen zu laſſen. An ihrer Abſicht, ein abſchreckendes Beiſpiel zu geben, hielt ſie vielmehr noch fortan feſt,

und zuletzt beschloß sie einem neuerlichen Antrage des Staatskanzlers zufolge gegen die Gräfin Esterházy nach dem Auswanderungspatente vorgehen, wider Schulenburg aber den Strafproceß einleiten zu lassen.

Ueber das Resultat dieses zweifachen Verfahrens ist uns nichts Näheres bekannt, wohl aber kennen wir einen eigenhändigen Brief, welchen Maria Theresia offenbar im Sommer oder Herbste des Jahres 1776 an Seilern richtete, und der folgender Maßen lautet:

„in dem augenblick komt der prelath von neustatt zu mir, „meldet mir, das ein bott gestern zu ihme gekomen, meldend, das „die esterhasi wenig posten von hier ist, völig zerrissen wie eine „bettlerin; wolte der groshertzogin zu füssen fallen in neustatt, umb „ihre gnad zu bitten. er hat dem botten abgewisen, meldend, er kunte „nichts darzu sagen noch thun. in der nacht kame ihme der scrupel, „ließe einspannen, komete es mir melden. er hofft noch dem bott zu „finden oder einhollen zu lassen, muste aber dessenthalben alsogleich „wider zuruck. habe ihme gemeldet, das ich ihme wem heüt nach„schicken werde, der sehet die sach in gröster geheim auszumachen und „das wir entlich ihr habafft werden könen, wo sie alsogleich nach grätz „zu denen dominicanerinen zu führen wäre, alda sie zu behalten, „bis weitere befehle, aber nicht ausgehen, in kein parlatorium, noch „mit andern umbzugehen. die sach weis niemand als er der prelath „und ich und eine vertraute person; hoffe bleibt verschwigen. die gnad „kan er ihr versprechen, nicht aber die freyheit. der geschickt wird, „mus ein gantzer man sein und heüt noch."

Leider kennen wir nicht den weiteren Verlauf einer Angelegenheit, die insbesondere dadurch eine gewisse Bedeutung gewinnt, daß ihr Maria Theresia so großes Interesse zuwandte und ihr Verfahren in derselben ein für sie selbst so charakteristisches war. Die gleiche Gesinnung gab die Kaiserin in allen ähnlichen Fällen kund, und immer spiegelt die Entrüstung, von der sie beseelt war, in den drastischen Ausdrücken sich wieder, deren sie sich bediente. Als sie erhielt, daß sich ein Graf Arco mit einer angeblichen E

nach Chur in der Schweiz geflüchtet habe, antwortete sie auf die Frage, was in dieser Sache zu thun sei, die folgenden Worte:

„diser arco ist ein abscheulicher mentsch; er meldete hier, dise „reitzenstein wäre seine stiefftochter. dise hat hier vill bruit gemacht, „weillen sie sehr gelehrt und savante ware, auch vill bey hoff bey denen „ayen gewesen, ich aber habe sie niemahls vorgelassen und schunn „sie mir in allen sehr suspect. vor dise leüt bin frohe, lieber in der „schweitz als in mein ländern zu haben."

Am 5. Februar 1775 theilte Kaunitz der Kaiserin eine Meldung ihres Gesandten in München, Grafen Hartig mit, daß ein Oesterreicher von bekannter und vornehmer Familie dort nicht allein die größten Verschwendungen, sondern auch noch andere bedenkliche Handlungen verübe. Er sei im Begriffe, Gattin und Kind zu verlassen und sich mit einem Frauenzimmer, das er schon früher bei sich gehabt, auf Reisen zu begeben. Maria Theresia aber entgegnete hierauf:

„er ist der schlechteste mentsch, eben solche sachen hier angestellt. „wan der fürst mit Kevenhüller sich verstehete, ihme dem schlüssel zu „benehmen; er verdient es auff alle arth. in jetzigen zeiten mus die „rigeur die religion ersetzen."

Wenn die Kaiserin in der Aufrechthaltung der öffentlichen Sittlichkeit und in der schonungslosen Verfolgung alles dessen, was ihr mit derselben nicht im Einklang zu stehen schien, eine ihrer wichtigsten Aufgaben erkannte, so wollte sie dieser Pflicht nicht nur den höheren Ständen, sondern dem ganzen Volke gegenüber gerecht werden. Schon im Mai 1753 erließ sie ein strenges Edict, vorzugsweise für Oberösterreich gültig, wo das Uebel am dringendsten einer Abhülfe bedürftig sein mochte. Außer scharfer Bestrafung des Lasters der Unzucht wurde die Abschaffung der in einem Theile des Landes gebräuchlichen, jedoch unehrbaren Tracht der weiblichen Bevölkerung befohlen. Binnen Jahresfrist mußten die Röcke beträchtlich verlängert, „die unartig Lieder aber ebenfalls nach und nach auf sittsamere

„Art abgeändert werden.“ Die Geistlichen durften eine in der früheren leichtfertigen Tracht erscheinende Person nicht trauen, sie zu keiner Prozession oder anderen kirchlichen Handlung zulassen[646]). In den Jahren 1756[647]) und 1767[648]) ergingen eindringliche Erinnerungen an diese Gebote. Und wenn gleich nicht im Interesse der Sittlichkeit, so doch zur Hintanhaltung der Verschwendung wollte Maria Theresia, wie sie im Mai 1762[649]) durch ein Handbillet an Chotek es kundgab, für alle Beamten vom Rathe abwärts, dann für die Bürger, Bauern und Dienstboten eine eigene Kleiderordnung erlassen. Hiedurch sollte auch die übermäßige Anwendung des Schmuckes, es sei in Edelsteinen oder Perlen hintangehalten werden. Aber zu der von der Kaiserin beabsichtigten Kleiderordnung kam es doch nicht. Sie begnügte sich damit, eine Vorschrift zu erlassen, durch welche den Frauen genau vorgezeichnet wurde, wie viel Geschmeide sie tragen dürften; binnen fünf Jahren wolle sie jedoch, fügte die Kaiserin hinzu, auch dieses Zugeständniß zurücknehmen und die Anwendung des Schmuckes gänzlich verbieten[650]). Aber von dieser Androhung bis zu ihrer wirklichen Durchführung war noch ein sehr großer Schritt; unseres Wissens wurde er von Maria Theresia niemals gethan.

Weniger streng als Alles, was ihr wie ein Vergehen, oder auch nur wie ein Verstoß gegen die Sittlichkeit erschien, wurden von der Kaiserin zwei andere Dinge beurtheilt und verfolgt: das allzu hohe Spiel und das Duell. Ersteres war ihr zwar selbst in ihrer Jugend zum Vorwurfe gemacht worden[651]), und man weiß wie sehr ihr Gemal, Kaiser Franz, bis an das Ende seines Lebens es liebte. Aber das Schädliche des Hazardspieles sah Maria Theresia doch jederzeit ein, und schon in den Jahren 1744 und 1752 wurde es der Bevölkerung untersagt[652]). Noch weit schärfer lautete die Verordnung, welche hierüber am 20. Februar 1753 erging[653]). Mit einer Geldbuße von tausend Dukaten sollte derjenige, der bei solchen verbotenen Spielen die Bank hielt, und mit ebensoviel der Besitzer des Hauses belegt werden, in welchem man eine Spielgesellschaft betrat. In den Jahren 1758, 1765 und 1769 wurden diese Verbote unter den schärfsten Drohungen erneuert[654]).

Eigenthümlich ist es jedoch, daß so streng die Ausdrücke auch sein mochten, in welchen sie ergingen, gleichwohl Ausnahmen zugelassen wurden. Im Jahre 1754 erhielt Graf Joseph Thun in Prag gegen Erlag von tausend Dukaten, wovon die eine Hälfte dem Invalidenhause, die zweite aber dem Stifte der Englischen Fräulein in Prag zugewendet wurde, die Erlaubniß, bei den geselligen Zusammenkünften des Adels die Pharaobank zu halten. Graf Thun spielte jedoch unglücklich und machte von dem durch ihn erkauften Vorrechte bald keinen Gebrauch mehr. Nun erlangte Graf Nostitz im Jahre 1761, obgleich erst drei Jahre zuvor alle Hazardspiele mit dem schärfsten Verbote belegt worden waren, die Ermächtigung, in Gesellschaften und auf Bällen, endlich bei öffentlichen Theatervorstellungen in Prag die Pharaobank unter der Bedingung zu halten, daß er von jedem Tische, auf welchem gespielt werde, sechs Dukaten für das dort neu zu errichtende Findelhaus erlege. Graf Thun glaubte hiedurch in seinem erworbenen Rechte beeinträchtigt zu sein und er bat dasselbe neuerdings ausüben zu dürfen. Der damalige Präsident der Repräsentation und Kammer in Böhmen, Graf Joseph Pachta war der Meinung, daß beide Bewerber gleichgehalten und die von Thun schon erlegten tausend Dukaten auch von Nostitz bezahlt werden sollten. Dann wäre Beiden zu gestatten, bei Festhaltung an dem ermäßigten Satze von zwei Dukaten für den Point in Gesellschaften, Schauspielen und Redouten gegen jedesmaligen Erlag von sechs Dukaten für den Tisch zu Gunsten des Findelhauses die Pharaobank zu halten.

Die Hofkanzlei schloß sich jedoch dem Gutachten des Grafen Pachta in keiner Weise an. Sie betrachte das Pharao, berichtete sie der Kaiserin, gleich allen anderen Hazardspielen als eine für „Sitten „und Seelen" verderbliche, dem Staate höchst nachtheilige Sache. Wenn auch der Satz auf zwei Dukaten für den Point beschränkt werde, so befinde sich doch der größte Theil der Bewohner der österreichischen Länder in dem gegenwärtigen Augenblicke — der Beendigung des siebenjährigen Krieges — in so schlechten Vermögensverhältnissen, daß sie sich durch öftere Wiederholung eines solchen, wenn auch begrenzten Spieles gar leicht in die verzweiflungsvol[illegible] uten.

Die Hofkanzlei vermöge daher zu nichts Anderem als zur Erneuerung des absoluten Spielverbotes zu rathen. Wolle jedoch die Kaiserin nicht so weit gehen, dann möge weder Nostitz noch Thun ein Privilegium, sondern jedes Mitglied des Adels die Bewilligung erhalten, unter der gleichen Bedingung, d. i. gegen Erlag von sechs Dukaten für das Findelhaus zu Prag die Pharaobank zu halten [655]).

Dieser allein richtige Antrag der Hofkanzlei erlangte jedoch eigenthümlicher Weise die Zustimmung der Kaiserin nicht. Offenbar scheute sie sich, dasjenige für durchaus verwerflich zu erklären, wovon Jedermann wußte, daß es am Hofe und insbesondere vom Kaiser selbst fortwährend und im weitesten Umfange geübt wurde. Und andererseits schrak sie doch wieder vor dem Gedanken zurück, dem Spiele durch Ertheilung einer Ermächtigung an Alle eine noch größere Ausdehnung zu geben, als ihm ohnehin schon zu Theil geworden war. Durch dieses Schwanken zwischen zwei einander entgegengesetzten Erwägungen kam sie zu einer Entscheidung, welche wohl kaum eine glückliche genannt werden kann.

„es solle kein pharaon", so lautet ihre eigenhändig niedergeschriebene Antwort an die Hofkanzlei, „erlaubt sein als des Nostiz „seines, und werde es wohl villeicht gahr widerumb verbitten, mithin „ernstlich darauff zu halten, das kein anderer spillt, auch nicht in „particular haüsern, wo es schonn öffters geschehen. in dem fall mit „aller rigeur die straffen vor die armen einzubringen, sonsten die „representation selbst selbe erlegen wird."

Weniger schwankend als bei diesem Anlasse zeigte sich Maria Theresia in der Verurtheilung des Zweikampfes, den sie, und gewiß mit Recht, jederzeit verdammte. Auch hier nur einen einzigen Fall hervorhebend, wollen wir dessen gedenken, in welchen gleichfalls ein Mitglied der Familie Esterházy verwickelt war. Wir kennen die Ursache nicht genau, um derentwillen ein Neffe des ungarischen Hofkanzlers Grafen Franz Esterházy in den ersten Monaten des Jahres 1774 zu Paris, wo er sich längere Zeit hindurch aufhielt, mit dem Prinzen

von Nassau, der durch seine späteren abenteuerlichen Erlebnisse vielbekannt wurde, in heftigen Streit gerieth. Eine Herausforderung zum Duell war die Folge davon. Nachdem zwei Versuche, einen Ausgleich herbeizuführen, gescheitert waren, kam die Sache vor das Tribunal der Marschälle, vor welches in Frankreich derlei Ehrenhändel gehörten. Doch konnte auch dieses von den beiden Gegnern nicht mehr als das Versprechen erlangen, daß sie sich auf französischem Boden nicht schlagen würden[656]).

Maria Theresia wurde durch diese Nachrichten aufs höchste gegen Esterházy erbittert. Auf die Anfrage des Staatskanzlers, ob Mercy mit einem Auftrage wegen Verhinderung eines Duells zwischen Esterházy und dem Prinzen von Nassau versehen werden solle[657]), erwiederte sie mit eigener Hand: „ich habe dem hungerischen cantzler vor „3 wochen schreiben machen, das er esterhasi gleich zurückkome. dises „seind die profit, die unsere junge leüte machen; umb eines andern „weibs sich zu rauffen, selbe zu unterhalten, 100000 f. aus dem land „depensirn. er solle ihme also ohne weitern anstand befehlen, gerad „hieher zu komen".

In ganz gleichem Sinne und fast mit denselben Worten schrieb Maria Theresia hierüber auch an ihre Tochter Marie Antoinette, welche sich zu Gunsten Esterházy's bei ihrer Mutter verwendet hatte. „In jeder Beziehung hat sich Esterházy", so lautete die Antwort der Kaiserin an die Dauphine, „sehr schlecht benommen. Ich will nicht „davon reden, daß er gegen die göttlichen Gebote und diejenigen seines „Landesherrn sich schlug, aber die Sache ist noch viel ärger. Obgleich „verheiratet, hat er die Frau eines Anderen unterhalten und zu diesem „Zwecke hunderttausend Gulden verschwendet; das ist nicht zu ent„schuldigen. Schon vor vierzehn Tagen hat ihm der Kanzler den „Befehl zugesendet zu unverzüglicher Rückkehr, denn in den Nieder„landen wäre die gleiche Gelegenheit zum Duell vorhanden, und es „ist Zeit, daß er seiner Pflicht nachkomme. Ich weiß von der Güte, „die Du für ihn gehabt hast, und sie kennzeichnet Dein gutes Herz. „Aber unglücklicher Weise dürfen gekrönte Häupter sich ihren Neigungen

„nicht hingeben, sie müssen vielmehr in den meisten Fällen wider „dieselben handeln. Dieß ist meine höchst peinliche und unangenehme „Lage, welche auf die Länge unser Handwerk unerträglich und selbst „gefährlich macht“ [658]).

Es verdient nicht ganz unbemerkt zu bleiben, daß die Antwort auf diese Zeilen der Kaiserin in dem Briefe enthalten ist, in welchem Marie Antoinette ihrer Mutter den Tod Ludwigs XV. und die Thronbesteigung ihres Gemals anzeigt. Mitten in diesen Ereignissen findet die junge Königin Zeit und Stimmung, auf Esterházy zurückzukommen. Sie meint daß man die Kaiserin durch Berichte, welche theils ganz falsch und theils sehr übertrieben waren, zu einem irrigen Urtheile über ihn verleitet habe. Allerdings sei er durchaus nicht frei von Unrecht, aber über seine Ehrenhaftigkeit und Redlichkeit gebe es nur Eine Stimme. Man dürfe daher hoffen, daß wenn er fern von den Versuchungen dieses gefährlichen Landes und im Schooße seiner Familie lebe, er noch ein tüchtiger Mensch werden könne. Behandle man ihn hingegen mit all der Strenge, die er allerdings verdient habe, dann sei zu fürchten, daß er zu neuer Thorheit sich hinreißen lasse [659]).

Maria Theresia war recht unangenehm berührt durch das lebhafte Interesse, welches ihre Tochter für Esterházy an den Tag legte. Und wenn sie dasselbe mit der Härte verglich, mit welcher Marie Antoinette gegen Frau von Dubarry und deren ganzen Anhang verfuhr, so steigerte sich ihre Unzufriedenheit nur noch mehr [660]). „Du „verwendest Dich bei mir neuerdings“, antwortete sie der Königin, „für Esterházy. Je mehr er zögert, meine Befehle zu befolgen, desto „mehr verschlimmert er selbst seine Sache. Vor Allem muß er sich „unterwerfen, dann wird die Strafe nicht zu streng sein, aber einer „Zurechtweisung bedarf es. Ich kann es nicht unterlassen, Dir gegen„über diese allzugroße Protection eines jungen Mannes, der dreifach „und schwer gefehlt hat, im Vergleiche mit Deiner Strenge gegen die „Familie und die Anhänger jener Unglücklichen zu rügen. Doch ist „es das letzte Mal, daß wir von diesen beiden Menschen uns unter„halten, und ich wollte Dir das nur im Vorbeigehen sagen“ [661]).

Wir wissen nichts weiter über den Verlauf dieser Angelegenheit, aber wir kennen einige Zeilen, welche mehr als dritthalb Jahre später[662]) Maria Theresia an Seilern schrieb. „esterhasy solle hier duelirt „haben", so lauten sie, „und blessirt sein. weill das ein sehr schwäres „Verbrechen ist, so verwundere ich mich, das er nicht davon informirt „ist oder mir es nicht berichtet hat. das gehet noch ab zur hiesigen „ausgelassenheit." Die Auskunft, mit welcher Seilern diese Anfrage der Kaiserin beantwortet haben muß, ist jedoch gleichfalls nicht mehr auf uns gekommen.

Aus anderen ähnlichen Zuschriften der Kaiserin an Seilern läßt sich auch ersehen, daß es zu jener Zeit um die öffentliche Sicherheit in und um Wien recht übel bestellt gewesen sein muß. „an der mazrnstorffer*) „linie", schrieb sie ihm am 24. Juli 1776, „ist diser von 4 kerln „attaquirt worden. jetzund, wann es so hell ist; hat sein geld ge„geben. wäre doch zu suchen, solche nahende attaquen zu verhindern." „die bettlere", sagt sie ein andermal, „seind was gräuliches an allen „orth und enden" [663]). Zahlreiche Verordnungen gegen das Betteln, insbesondere von Kindern[664]), von Vagabunden[665]), von Handwerksburschen[666]) und von Invaliden[667]) ergingen. Und Rücksichten der öffentlichen Sicherheit waren es zunächst, welche die Kaiserin im März 1776 zur Eintheilung der Stadt Wien in zwölf Polizeibezirke veranlaßten. Vier derselben fielen auf die innere Stadt und acht auf die Vorstädte. Die Aufstellung eigener Bezirksaufseher und die Einführung einer neuen Polizeiwache wurden damit verbunden[668]), und alle diese Einrichtungen brachten bald die ersprießlichsten Wirkungen hervor.

Nicht ohne einen humoristischen Beigeschmack sind manchmal die Mittheilungen der Kaiserin an Kaunitz und an Seilern, wenn es um ihre eigene Person und um oft recht zudringliche Huldigungen sich handelte, die ihr noch in ihren späteren Lebensjahren dargebracht wurden. „die note ist so", schreibt sie einmal, „das es gutt wäre, „ein solchen menschen wegbringen, der ein naar ist. ich weis nichts

*) Matzleinsdorfer.

„von disen fenſter, wo als ein grace geweſen; dis iſt eine zu groſſe „licence poetique; niemahls hat man ſie 56 jahre vorgeſtelt“ [669]).

„ich glaube ſeinen nachforſchen und plagen ein ende zu machen“, ſo lautet ein anderes Billet der Kaiſerin an Kaunitz. „ich glaube das „der brieff von einen hiesigen studenten in der universitætt, ein „mährer, parfus genant, ſeye, der ſehr irrig in Kopff iſt; auch die „studenten ihme foppen. hoffrath martini und alle unsere hoffleüthe „kennen ihme, iſt blattermaſſig, tragt alſo die haar wie beſchrieben. „ſeith der faſten iſt er beſtändig in unserer capell, ſchaut beſtändig „hinauff in gebett, von st. Stephan auff dem chor gegenüber, habe „ihme anreden laſſen, das er nicht alzeit ſo ſchauen, ſondern betten; „ſagen laſſen, er thutt es aus purer lieb. weillen mein ſohnn gewuſt „von martini, das er ein armer lapp iſt, habe ihme 2 Dugaten „monatlich almosen geben. s'iſt der nembliche der bey hatzfeld die „leüt ſo betracht in aus und eingehen von der geſellſchafft, wo man „die histoire gemacht, das es ein polizey commissaire wäre. er „iſt heüt dem gantzen gottesdienſt in der hoffcapellen in der sacristey „gewesen, hat auch extravagancen im theatre ſchonn begangen; er „kunte alzeit in Verwahr gebracht werden, doch nicht übel zu tractirn, „dan mir doch zu vill iſt das beſtändige nachſchauen: glaube eine „ware nahrheit“ [670]).

Weit größere Beachtung ſchien die Sache zu verdienen, wenn es ſich nicht um die Darbringung unberufener und höchſt unwillkommener Huldigung, ſondern um das Gegentheil derſelben, um eine Bedrohung der Kaiſerin handelte, aber ihre tapfere und furchtloſe Geſinnung zeigte ſich da erſt recht. „er wird ersehen“, ſchrieb ſie am 1. Mai 1772 dem Grafen Seilern, „aus dem was der prelath ihme „melden wird, was ihme beunruhigt. ich habe ihme an ihme ver„wisen, damit das secretum heilig gehalten wird, indeme nicht in „der welt ſcheinen mögte, als wan es glaubte. wie vill ſolche Drohungen „ſeind mir ſchonn geſchehen; niemahls was daran gewesen in zeitten, „wo an meiner person mehr gelegen ware als jetzund. der mentſch „iſt gewis ein naar oder rasend; wan man ein ſolchen ſtreich führen „will, ſchreibt man es nicht und laſſet keine zeit zu Vorkehrungen.

„all das melde, damit man die sach nicht importanter ansieht als sie „ist und nur nichts transpirire. all übriges lasse ihme über, nie gahr „kein graues haar wegen disen bekomen werde. längst in der Hand „gottes in allen mich übergeben."

In ganz ähnlichem Sinne sprach die Kaiserin sich aus, als ihr wenige Monate vor ihrem Tode eine eigenthümliche Mittheilung des österreichischen Residenten in der Schweiz, Joseph von Nagel vorgelegt wurde. Eine anonyme Anzeige war ihm zugekommen, derzufolge zehn junge Schweizer aus wohlbekannten und bemittelten Familien sich verabredet haben sollten, zur Rettung ihres Vaterlandes aus der Gefahr, mit der es angeblich von Oesterreich bedroht werde, sich insgeheim nach Wien zu begeben und dort einen großen Streich zu vollführen. Der Denunziant sei einer der Verschwornen und er bedinge sich, nachdem er Alles werde entdeckt haben, seine Begnadigung und eine Summe von hunderttausend Gulden, welche inzwischen an einem passenden Orte hinterlegt werden solle.

Er halte zwar, fügte Kaunitz dieser Meldung hinzu, die vermeintliche Anzeige für nichts als für eine „bübische Geldschneiderei". Dennoch scheine ihm die Sache so wichtig, daß er die Kaiserin hievon allsogleich benachrichtigen und die Polizeibehörde zur Ergreifung aller nöthigen Vorsichtsmaßregeln auffordern zu sollen geglaubt habe[671]). „gahr nichts zu thun", antwortete jedoch Maria Theresia, „in denen „jahren, wo mehreres an mir gelegen, seind mehrere solche erkhlärungen, „die niemahls in nichts bestunden. man nicht genug still solche sachen „halten kann."

Plötzlich besann sich jedoch die Kaiserin eines Anderen. Es fuhr ihr durch den Sinn, das etwaige Attentat könnte nicht gegen sie, sondern gegen ihren Sohn Joseph geplant werden. Wenn wirklich Jemand an eine ernstliche Bedrohung der Schweiz durch Oesterreich glauben könne, so werde er wohl weit weniger ihr als dem Kaiser eine derartige Unternehmung zutrauen wollen.

„nachdeme die sache", fügte nun Maria Theresia ihren früheren Worten hinzu, „erst eingesehen, so sehe das wohl nicht mich, sondern

„villmehr Kayſers Majeſtät angehen müſte, mithin iſt alle Vorſicht „zu nehmen, indeme nur gahr zu leicht ein übler ſtreich alda kan „angebracht werden."

Ueberhaupt war Maria Thereſia weit eher von Ausländern als von Einheimiſchen auf Böſes gefaßt. Fremde, die von der Ferne her kamen und von dem öſterreichiſchen Adel, der jederzeit eine ſehr große Vorliebe für alles Ausländiſche an den Tag legte, oft in einer Weiſe gefeiert wurden, die derſelbe gegen noch ſo verdienſtvolle Einheimiſche, wenn ſie ſeinem engeren Kreiſe nicht angehörten, niemals beobachtete, begegneten faſt immer dem Mißtrauen der Kaiſerin, und ſie behauptete, dasſelbe ſei ſehr oft gerechtfertigt worden. Um auch in dieſer Beziehung eines ſpeziellen Falles Erwähnung zu thun, mag dasjenige hier Aufnahme finden, was Maria Thereſia am 16. September 1767 an Kaunitz ſchrieb.

„wegen der bertonano", ſo lauten ihre Worte, „habe alzeit ſie „und ihme vor avanturiers gehalten, und iſt mahoni allein ſchuld, „das man ſie hier nach hoff gelaſſen; all andere ſpanier hier wollten „ſie nicht kennen. auch er mahoni hat attestirt ihre famille zum „creutz *), welches ihr durch ihme fürſten nur alſo zugesagt worden „bey erſterer promotion und wan all ihre proben werden attestirt „ſein. er hat eben alſo camerherr werden wollen, iſt ihme auch „refusirt worden, mithin fallet jetzund alles hinweeg und haben nichts „mehr zu erwarten. alle frembde, die alſo herum reyſen und nicht „bekannt von famillen ſein, ſeind gemeiniglich avanturiers und ſehe „niemahls gern das man ſelbe ſo distinguire."

Am liebſten war es der Kaiſerin, wenn ſie ſolche verdächtige Fremde aus Wien und ganz Oeſterreich abſchaffen laſſen konnte. „all „ſolche avanturiers", ſchrieb ſie am 11. Februar 1773 an Seilern, „abzuweiſen; gahr nicht zu geſtatten, das ſolche charlattaneries pro„ducirn." Und als im Auguſt 1774 der päpſtliche Nuntius ſich über die ſchlechte Aufführung und die Schmähreden eines in Wien

*) Sternkreuzorden.

anwesenden neapolitanischen Geistlichen Namens Palermo beklagte[672]), da entschied Maria Theresia ungesäumt: „ist ganz bilig, das er gleich „abgeschafft wird, aber wohl auff einige Tage in ein Orth eingesperrt „werde mit wasser und brod".

Bei weitem der eigenthümlichste und merkwürdigste Fall, der während der ganzen polizeilichen Amtswirksamkeit des Grafen Seilern sich zutrug, war jedoch ohne Zweifel der mit Beaumarchais.

Am 20. August 1774 erschien ein Franzose, der sich de Ronac nannte, bei dem ersten Cabinetssecretär der Kaiserin, Cornelius Freiherrn von Neny. Er überreichte ihm ein an Maria Theresia gerichtetes Schreiben, in welchem er sie versicherte, er sei von dem äußersten Westen Europa's nach Wien geeilt, um ihr Dinge mitzutheilen, bei denen ihr Lebensglück, ihre Ruhe betheiligt seien und welche den tiefsten Grund ihres Herzens berührten. Keinen Augenblick möge sie zögern, ihn zu hören und ihm daher einen Mann ihres höchsten Vertrauens zu senden. Freilich werde er demselben die nur für sie allein bestimmten Geheimnisse nicht mittheilen, aber er werde ihm genug sagen, um von ihr eine geheime Audienz zu erhalten, von welcher weder ihre Minister noch der französische Botschafter Kenntniß erlangen dürften. Wolle sie hierauf eingehen, so möge sie ihrem Abgesandten ein Billet von ihrer Hand mitgeben, ungefähr des Wortlautes: Herr de Ronac kann sich ungescheut der Person mittheilen, welche ihm dieses Billet einhändigen wird; sie ist mit meinem Vertrauen beehrt[673]). Neny erstattete der Kaiserin über sein Gespräch mit Ronac schriftlichen Bericht. Was er ihr über ihn schrieb, und das ganze Auftreten des Fremden erregten die Neugier der Kaiserin. Allsogleich sandte sie den Auftrag an Neny, Ronac über die Hintertreppe zu ihr geleiten zu lassen. Aber bald besann sie sich eines Besseren; sie beschloß die ganze Angelegenheit in die Hände Seilerns zu legen, der ihr in früheren ähnlichen Fällen Beweise seines Tactes und seiner Verläßlichkeit gegeben[674]). Sie schrieb daher das von Ronac verlangte Billet[675]) und sandte es mit den folgenden Worten an Seilern: „er wird aus „der sache sehen, wo diser mentsch sich findet, wan er ihme mögte

„heüt noch ſehen zu reden. ich halte zwahr gahr nichts auff all „dise secreten, die gewis wider meurtre oder empoisonement ſein „werden, allein weillen es einen dritten, nicht mich angehet, will nichts „unterlaſſen, habe alſo das begerte Zettul beygelegt. iſt nicht nöthig, „wan er es nicht findet, das er ſeinen nahmen wiſſe, der ihme kunte „aufffehen verurſachen. ich habe nicht geglaubt, wem andern diſer „ſache zu chargirn, nachdeme ſo ville proben ſeiner einſicht und eyffer „habe als prudentz. wan er was weiß, mögte er es mir mündlich „oder ſchrifftlich erinern, um alle ſtund, wan er will. diſer briff iſt „mir durch neny geſchickt worden, deme aber nicht darzu brauchen „wollen, es aber weis".

Gleich nach Empfang dieſes Briefes ließ Seilern den Fremden zu ſich berufen, welcher — am 19. Auguſt zu Schiff in Wien eingetroffen — in dem Hauſe zu den drei Laufern auf dem Michaelerplatze Wohnung gemiethet hatte. Ronac theilte dem Grafen Seilern mit, er ſei von dem Könige von Frankreich mit einem von demſelben eigenhändig niedergeſchriebenen und ſehr wichtigen Auftrage nach England abgeſendet worden. Zu deſſen Vollführung habe er ſich auch nach Deutſchland begeben müſſen, wo er bei Nürnberg von Räubern angefallen wurde. Vom ſicheren Tode ſei er nur dadurch gerettet worden, daß der mörderiſche Stoß von der goldenen Kapſel abglitt, in welcher er die Ordre des Königs verwahre. Er zeigte auch dem Grafen Seilern dieſe Kapſel, fügte jedoch hinzu, er könne ſich für jetzt nicht noch weiter erklären. Die Mittheilung, welche er der Kaiſerin machen wolle, beziehe ſich auf deren Tochter, die Königin von Frankreich. Er bitte auch um baldigſte Audienz, denn nur kurze Zeit könne er in Wien ſich aufhalten, und er gedenke ſich vor Niemand, am allerwenigſten aber vor dem franzöſiſchen Botſchafter zu zeigen. Um raſcher an ſein Ziel, die erbetene Audienz bei der Kaiſerin zu gelangen, vertraute er dem Grafen Seilern die Handſchrift des Königs an, auf daß er ſie der Kaiſerin vorweiſe. Er machte ihn noch darauf aufmerkſam, daß er darin mit ſeinem wirklichen Namen Beaumarchais bezeichnet ſei, während er, um das Geheimniß beſſer zu wahren, unter dem Pſeudonym de [illegible]rac reiſe.

Seilern entgegnete, daß er schon binnen einer Stunde sich nach Schönbrunn verfügen werde, um der Kaiserin Bericht zu erstatten und sich ihre ferneren Befehle zu erbitten. Er stellte es Beaumarchais frei, sich gleichfalls dort einzufinden, um, wenn die Kaiserin ihn sehen wolle, gleich bei der Hand zu sein. Wirklich ließ ihn Maria Theresia augenblicklich vor; in Seilerns Gegenwart fand die Audienz statt. Beaumarchais erzählte der Kaiserin, er habe vor einiger Zeit in sichere Erfahrung gebracht, daß in London eine der bösartigsten Schmähschriften gegen Marie Antoinette vorbereitet werde. Durch Vermittlung seines Gönners, des Polizeiministers Sartine habe er von Ludwig XVI. den Auftrag erhalten, nach London zu gehen und um jeden Preis die Veröffentlichung jener Schmähschrift zu vereiteln. Er habe diesen Auftrag, so schwierig er auch war, glücklich vollzogen, da sei ihm plötzlich die Mittheilung geworden, ein Exemplar jenes Libells sei nicht wie die anderen verbrannt worden; es werde soeben nach Nürnberg gesendet, um dort neuerdings in Druck gelegt zu werden. Rasch entschlossen, habe er sich persönlich an die Verfolgung des Ueberbringers der Schmähschrift gemacht und ihn nahe vor Nürnberg auch wirklich erreicht. Nachdem er ihn überwältigt und sich des Libells zu bemächtigen gewußt, sei er plötzlich von Räubern überfallen, gefährlich verwundet und nur wie durch ein Wunder vor dem sicheren Tode gerettet worden. Nun sei er nach Wien geeilt, um in die Kaiserin zu dringen, Nachforschungen nach dem Libell anstellen und dasselbe nur ja gewiß unterdrücken zu lassen. Denn wenn es an die Oeffentlichkeit gelangen und dem ebenso mißtrauischen als sittenstrengen Könige von Frankreich vor die Augen kommen sollte, müßte dieß für dessen Gemalin unfehlbar die betrübtesten Folgen nach sich ziehen. Um ein so unermeßliches Unglück zu verhindern, schlage er der Kaiserin vor, das Pamphlet mit Hinweglassung der für die Königin verletzendsten Stellen in Wien neuerdings in Druck legen zu lassen. Denn nur dadurch werde es möglich, den König von dem geschehenen Vollzuge seines Auftrages zu überzeugen und ihm doch auch gleichzeitig die verläumderischen Behauptungen zu verschweigen, welche gegen seine Gemalin vorgebracht würden. Wie viel er auch dabei wage, so erbiete er sich doch, die Abänderung der Schmähschrift selbst zu besorgen, und er glaube nicht,

„arretirt hat ein frembden cavalier in schwartzen kleid mit einer „eingebundenen hand, der sontag 3 stund mit graff seilern bey mir „audientz gehabt. ich erinnere es ihme, wie die sache so public mit „allen umbständen werden kunte?"

Wer immer der Meinung sein mochte, daß dem Fremden durch ein so strenges Verfahren vielleicht doch Unrecht geschehe, dessen Besorgnisse wurden jedoch alsbald wieder zerstreut. Denn noch am 23 August, und ohne daß hiezu von Wien aus irgend eine Anregung gegeben worden wäre, trafen aus Nürnberg amtliche Mittheilungen ein, durch welche die Lügenhaftigkeit der Angaben Beaumarchais' über den räuberischen Ueberfall, den er daselbst erduldet haben sollte, in überzeugender Weise dargethan wurde. Dennoch ließ sich Kaunitz hiedurch wenigstens vor der Hand nicht zu noch weiter gehenden Schritten wider ihn hinreißen. Er gewährte vielmehr alsogleich das Begehren Beaumarchais, daß ihm ein Commissär zugesendet werde, welcher mit ihm seine Papiere durchgehen und Alles entgegennehmen könnte, was er zu seiner Rechtfertigung vorzubringen habe. Wohl auf Vorschlag [illegible] wurde [illegible] hiezu erkoren.

[illegible] welche Beaumarchais ihm machte, waren [illegible] das mißfällige Urtheil zu ändern, [illegible] und seine Absichten [illegible] daß ein Courier nach [illegible] von der Ankunft [illegible] von seinen Aussagen [illegible] gründen in Kenntniß zu [illegible] nicht hinter dem Berge, daß [illegible] halte, zu dessen [illegible] Frankreich nach England [illegible] Auftrag, von all diesen [illegible] dem Minister [illegible] [illegible]

welche Beaumarchais sich verwickelt habe, schreiten zu müssen glaubte. Je nachdem der König entscheide, werde man den Gefangenen entweder allsogleich freilassen oder ihn unter Bewachung nach Frankreich senden, oder endlich in Wien die Untersuchung gegen ihn fortsetzen [678]).

Aus einem vertraulichen Briefe der Kaiserin an Mercy, welchen der nach Paris abgehende Courier gleichfalls dorthin überbrachte, geht deutlich hervor, daß sie nichts weniger als einverstanden war mit dem gegen Beaumarchais beobachteten Verfahren. Auch sonst ist dieser Brief bemerkenswerth genug, um hier nicht mit Stillschweigen übergangen zu werden. „Ich kann Ihnen nicht leugnen", so lauten die Worte der Kaiserin, „ich hätte nicht geglaubt, daß der von Alters her „so tief eingewurzelte Haß gegen die Oesterreicher, gegen meine Person „und die arme unschuldige Königin in den Herzen der Franzosen noch „so unerschütterlich fortlebe. Darauf also laufen alle diese in solcher „Menge verschwendeten Schmeicheleien hinaus! Das ist die Liebe, die „man für meine Tochter hegt! Niemals ist irgend etwas Scheußlicheres „erschienen, und es erfüllt mich mit der tiefsten Verachtung für dieses „Volk ohne Religion, ohne Sitten und ohne Gefühl. Ich gehe nicht „in die Sache selbst ein; sie wird Ihnen nur allzu weitläufig mit„getheilt, aber ich bedauere, daß man diesen Mann verhaftete. Ich „war der Meinung, man solle ihn als einen elenden Betrüger be„handeln, ihn binnen zwei Stunden nicht nur von hier, sondern aus „allen meinen Ländern fortschicken, ihm gleichzeitig erklärend, daß man „sich von ihm nicht irre führen lasse und daß man aus Mitleid so „handle, indem man ihn nicht verderben wolle, wie er es verdient „hätte. Ich sehe von dieser schrecklichen Geschichte noch sehr viel Ver„druß vorher; manchmal ist es besser, im Dunklen zu bleiben, als „allzusehr aufgeklärt zu werden. Der unglückliche Name dieses Schurken „hat die Neugierde und Aufmerksamkeit des Fürsten Kaunitz erregt, „denn er hält ihn für denselben, der einen weltbekannten Prozeß mit „einem gewissen Goëzman führte, worüber die Schriften diesen Winter „hier mit Wonne gel[illegible] [illegible]hts dan[illegible]sehen, „denn diese [illegible]d [illegible]ich, „indem [illegible]nte

„arretirt hat ein frembden cavalier in schwartzen kleid mit einer „eingebundenen hand, der sontag 3 stund mit graff seilern bey mir „audientz gehabt. ich erinnere es ihme, wie die sache so public mit „allen umbständen werden kunte?"

Wer immer der Meinung sein mochte, daß dem Fremden durch ein so strenges Verfahren vielleicht doch Unrecht geschehe, dessen Besorgnisse wurden jedoch alsbald wieder zerstreut. Denn noch am 23. August, und ohne daß hiezu von Wien aus irgend eine Anregung gegeben worden wäre, trafen aus Nürnberg amtliche Mittheilungen ein, durch welche die Lügenhaftigkeit der Angaben Beaumarchais' über den räuberischen Ueberfall, den er daselbst erduldet haben sollte, in überzeugender Weise dargethan wurde. Dennoch ließ sich Kaunitz hiedurch wenigstens vor der Hand nicht zu noch weiter gehenden Schritten wider ihn hinreißen. Er gewährte vielmehr allsogleich das Begehren Beaumarchais', daß ihm ein Commissär zugesendet werde, welcher mit ihm seine Papiere durchgehen und Alles entgegennehmen könnte, was er zu seiner Rechtfertigung vorzubringen habe. Wohl auf Vorschlag Seilerns wurde Sonnenfels hiezu erkoren.

Die Mittheilungen, welche Beaumarchais ihm machte, waren jedoch in gar keiner Weise geeignet, das mißfällige Urtheil zu ändern, das man sich über ihn selbst, über sein Verfahren und seine Absichten in Wien gebildet hatte. Kaunitz setzte es durch, daß ein Courier nach Paris abgesendet wurde, um den Grafen Mercy von der Ankunft Beaumarchais' in Wien und seiner Verhaftung, von seinen Aussagen und den wider ihn obwaltenden Verdachtsgründen in Kenntniß zu setzen. Kaunitz hielt mit seiner Meinung nicht hinter dem Berge, daß er Beaumarchais für den Verfasser jenes Libells halte, zu dessen Unterdrückung er sich von dem Könige von Frankreich nach England habe absenden lassen. Mercy erhielt den Auftrag, von all diesen Umständen entweder dem Könige selbst oder dem Minister Sartine erschöpfende Mittheilung zu machen. Das Hauptgewicht sei darauf zu legen, daß man zur Verhaftung des räthselhaften Fremden nur im Interesse des Königs und in Folge der offenbaren Widersprüche, in

welche Beaumarchais sich verwickelt habe, schreiten zu müssen glaubte. Je nachdem der König entscheide, werde man den Gefangenen entweder allsogleich freilassen oder ihn unter Bewachung nach Frankreich senden, oder endlich in Wien die Untersuchung gegen ihn fortsetzen [678]).

Aus einem vertraulichen Briefe der Kaiserin an Mercy, welchen der nach Paris abgehende Courier gleichfalls dorthin überbrachte, geht deutlich hervor, daß sie nichts weniger als einverstanden war mit dem gegen Beaumarchais beobachteten Verfahren. Auch sonst ist dieser Brief bemerkenswerth genug, um hier nicht mit Stillschweigen übergangen zu werden. „Ich kann Ihnen nicht leugnen", so lauten die Worte der Kaiserin, „ich hätte nicht geglaubt, daß der von Alters her „so tief eingewurzelte Haß gegen die Oesterreicher, gegen meine Person „und die arme unschuldige Königin in den Herzen der Franzosen noch „so unerschütterlich fortlebe. Darauf also laufen alle diese in solcher „Menge verschwendeten Schmeicheleien hinaus! Das ist die Liebe, die „man für meine Tochter hegt! Niemals ist irgend etwas Scheußlicheres „erschienen, und es erfüllt mich mit der tiefsten Verachtung für dieses „Volk ohne Religion, ohne Sitten und ohne Gefühl. Ich gehe nicht „in die Sache selbst ein; sie wird Ihnen nur allzu weitläufig mit„getheilt, aber ich bedauere, daß man diesen Mann verhaftete. Ich „war der Meinung, man solle ihn als einen elenden Betrüger be„handeln, ihn binnen zwei Stunden nicht nur von hier, sondern aus „allen meinen Ländern fortschicken, ihm gleichzeitig erklärend, daß man „sich von ihm nicht irre führen lasse und daß man aus Mitleid so „handle, indem man ihn nicht verderben wolle, wie er es verdient „hätte. Ich sehe von dieser schrecklichen Geschichte noch sehr viel Ver„druß vorher; manchmal ist es besser, im Dunklen zu bleiben, als „allzusehr aufgeklärt zu werden. Der unglückliche Name dieses Schurken „hat die Neugierde und Aufmerksamkeit des Fürsten Kaunitz erregt, „denn er hält ihn für denselben, der einen weltbekannten Prozeß mit „einem gewissen Goëzman führte, worüber die Schriften diesen Winter „hier mit Wonne gelesen wurden. Ich habe nichts davon gesehen, „denn diese Dinge können mich nicht unterhalten und betrüben mich, „indem ich sehe, wie schlecht man seine Zeit und seine Talente

„anwendet, und daß die verehrungswürdigsten Dinge zum Gegenstande „des Spottes gemacht werden. Doch habe ich Sie jetzt genug gequält „mit diesem Erguſſe meiner Galle; ich gestehe daß ich darüber aufs „Aeußerste aufgebracht, und daß ich sehr neugierig bin, wie man das „Alles in Frankreich aufnehmen wird“ [679]).

Den Mittheilungen von dorther entgegensehend, war man in Wien getheilter Meinung über das Verfahren, das man in der Zwischenzeit gegen Beaumarchais beobachten solle. Kaunitz rieth dazu, ihn nach seinem eigenen Vorschlage unter guter Bewachung nach Frankreich zu senden. Man habe ihn ja doch nur in der Absicht verhaftet und halte ihn noch fortwährend fest, daß er dem Könige nicht entkomme. Am sichersten werde dieser Zweck wohl erreicht, wenn man ihn allsogleich der französischen Regierung überliefere.

Nach dem was Maria Theresia an Mercy geschrieben, sollte man glauben, daß dieser Vorschlag ihrer eigenen Ansicht am meisten zugesagt hätte. Dennoch kam es nicht zu dessen Annahme und Ausführung; Beaumarchais wurde vielmehr in seinem bisherigen Gewahrsam belassen, daselbst anständig behandelt, jedoch weder verhört noch über die Gründe aufgeklärt, um derentwillen er festgenommen worden war. Man meinte hiedurch dem Könige von Frankreich ganz unwiderleglich zu beweisen, daß man nur in seinem eigenen Interesse einen seiner Unterthanen verhaftet habe, und daß das fernere Verfahren ganz von seinem Ermessen abhängig sei.

Die Mittheilung des Letzteren wurde von Niemand mit größerer Sehnsucht erwartet als von Maria Theresia selbst. „Ich gestehe“, schrieb sie am 16. September an Kaunitz, „daß ich der Rückkehr des „Couriers mit Ungeduld harre.“ Schon am folgenden Tage traf derselbe ein, und er überbrachte die Berichte Mercy's über die Unterredung, die er in dieser Angelegenheit mit Sartine gehabt hatte. Wohl konnte auch dieser sich allen Mißtrauens gegen seinen Schützling nicht erwehren, aber er fühlte doch gleich, daß jede Anklage wider Beaumarchais auch zu einer solchen gegen ihn selbst würde. Darum nahm er auch dessen Partei, und schon nach wenig Tagen bat er im Namen des Königs

den Grafen Mercy, sich in Wien für unverzügliche Freilassung des Gefangenen zu verwenden. Seine Schriften möge man ihm übrigens nicht zurückgeben, sondern sie sicher nach Frankreich senden. Und der König selbst ließ der Kaiserin in lebhaftester Weise für ihre Absicht danken, ihn durch einstweilige Verhaftung eines Mannes, der unter offenbar verdächtigen Umständen bei ihr erschienen sei, vor einer etwaigen Treulosigkeit desselben zu bewahren [680]).

Für Maria Theresia lag natürlicher Weise gar kein Beweggrund vor, dem Begehren des Königs von Frankreich nicht allsogleich Folge zu leisten. Unverzüglich wurde Beaumarchais in Freiheit gesetzt, und um ihn schadlos zu halten für die ausgestandene Haft, gab man ihm ein Geschenk von tausend Dukaten. Die Kaiserin aber kündigte das, was aus Frankreich geschrieben worden war, und den in Folge dessen gefaßten Beschluß dem Grafen Seilern mit den Worten an: „der „courir ist zuruck und wird er, wie er es vermeint, von sartine „ganz portirt, also ehestens nach paris auff freyen fus geschickt werden; „auch kost es ein 1000 dug., welches doch nöthig finde. was mich „erfreüt, das sein auffsatz so vill beyfall gefunden, und das sartine, „von welchen wir so vill lehrnen solten, weniger als wir wissen, sehr „embarassirt ware. er wird die depeche sehen" [681]).

An Mercy schrieb sie zwei Tage später, Sartine habe in dieser Angelegenheit seinem sonst so sehr guten Rufe nur wenig entsprochen. Sie hoffe, daß Beaumarchais mit seinem unverdienten Geschenke Wien allsogleich verlasse [682]). Solches geschah denn auch wirklich; in dem Gemüthe der Kaiserin aber blieb sowohl die größte Mißachtung Beaumarchais', als der Verdacht zurück, daß er auch in späterer Zeit den Schmähschriften nicht fremd war, welche in Frankreich gegen die Königin erschienen [683]).

der Nachbarn und insbesondere Oesterreichs war. Einem solchen Feinde gegenüber meinte man an Verringerung der Kriegsmacht gar nicht denken zu dürfen, ja man hätte sie wohl sehr gern noch vermehrt. Konnte man dieß wegen Unzulänglichkeit der vorhandenen Geldmittel nicht thun, so sah man es wenigstens als ein unabweisliches Gebot der Nothwendigkeit an, sie in ungeschwächtem Stande zu erhalten und außerdem keine Kosten zu scheuen, sie so kriegstüchtig als nur immer möglich zu machen.

Zu den übergroßen Ausgaben für das Heer kamen auch noch diejenigen zur Bestreitung der Zinsen der Staatsschuld, zu denen von ungarischer Seite noch viel weniger als zur Militärcontribution, ja man kann vergleichsweise wohl sagen, fast gar nichts beigetragen wurde[684]). Allerdings war durch Josephs wahrhaft großartigen Entschluß, die ganze ihm von seinem Vater zugefallene und für die damalige Zeit gewiß sehr reiche Erbschaft dem Staate zu widmen, eine nicht unbeträchtliche Verringerung der Schuldensumme und eine Herabsetzung des Zinsfußes auf vier Procent möglich gemacht worden. Aber auch jetzt noch war die alljährliche Leistung des Staatsschatzes zur Bezahlung der Zinsen der öffentlichen Schuld eine ungemein drückende für ihn. Die ganze Lage brachte es mit sich, daß man unaufhörlich auf Mittel sann, dieses so überaus nachtheilige Verhältniß in einer dem Staate günstigen Weise zu verändern.

Der aufgeklärten Ansichten, denen hierüber Fürst Kaunitz in der Sitzung der Staatsconferenz vom 17. April 1766 Ausdruck verlieh, und der überzeugenden Beredsamkeit, mit der er gegen die andauernde Ueberbürdung der Unterthanen mit Steuern sich aussprach, ist bereits Erwähnung geschehen[685]). Aber es wurde auch angedeutet, daß zwar Jedermann die Richtigkeit der Anschauungen des Staatskanzlers zugab, daß aber Niemand Hand anlegen wollte zu einer wenigstens theilweisen Entlastung des Volkes. So schleppte der Schaden, den Jeder beklagte, aber Keiner heilen zu wollen schien, sich gleichmäßig fort. Das Gefühl der Unbehaglichkeit, mit dem man ihn ertrug, steigerte sich jedoch fortwährend, und es führte dazu, daß man nicht aufhörte, nach Mitteln sich umzusehen, dem Uebel zu steuern.

In hohem Grade bezeichnend ist es für die Gesinnungen, von denen Maria Theresia beseelt war, daß sie auf die Verringerung der für die Bewohner der österreichischen Länder allzu drückenden Abgaben in dem Augenblicke zurückkam, in welchem sie nach ihrer Genesung von der Blatternkrankheit im Sommer 1767 der Vorsehung durch ein gutes Werk ihren Dank darbringen wollte für ihre Rettung[486]).

Auch jetzt wieder war es Kaunitz, welchen die Kaiserin zuerst mit ihrer Absicht bekannt machte und den sie bat, die Sache reiflich zu überlegen und ihr dasjenige vorzuschlagen, was zur Verwirklichung ihres Vorsatzes geschehen könnte. Ihrem Auftrage nachkommend, erwiederte er, daß es nach seiner Meinung bei einem wohleingerichteten Steuerwesen vornehmlich auf vier Punkte ankomme. Die Abgaben sollten nur in einem den Kräften aller Staatsbürger, somit dem innerlichen Staatsvermögen angemessenen Verhältnisse, in gerechter Gleichheit, in der für die Steuerzahlenden wenigst drückenden Art und schließlich mit möglichst geringen Kosten eingehoben werden.

Diese allgemeinen Grundsätze auf Oesterreich anwendend, müsse man sich vor Allem klar darüber sein, daß an eine Erhöhung der Steuern ohne äußerste Gefährdung der Wohlfahrt der Bevölkerung, insbesondere des Bauernstandes unmöglich mehr gedacht werden könne. Eine beträchtliche Verminderung der Abgaben würde sich vielmehr als äußerst wünschenswerth darstellen. Ihr stehe jedoch der große Aufwand, der durch die Erhaltung des Heeres, durch die Verwaltung des Staates, durch die Bezahlung der Zinsen und die allmälige Tilgung seiner Schulden verursacht werde, aufs schrofffste entgegen. Da diese unabweislichen Ausgaben eine Schmälerung der Staatseinkünfte nicht zuließen, müsse ein Mittel gesucht werden, durch welches einerseits eine Verringerung des gegenwärtigen Staatseinkommens vermieden, andererseits aber doch auch dem Volke ausgiebige Erleichterung zu Theil würde.

Um über diesen scheinbaren Widerspruch hinwegzukommen, müsse man sich die Art und Weise ins Gedächtniß zurückrufen, in welcher die gegenwärtige übermäßige Belastung des Volkes allmälig zu Stande

der Nachbarn und insbesondere Oesterreichs war. Einem solchen Feinde gegenüber meinte man an Verringerung der Kriegsmacht gar nicht denken zu dürfen, ja man hätte sie wohl sehr gern noch vermehrt. Konnte man dieß wegen Unzulänglichkeit der vorhandenen Geldmittel nicht thun, so sah man es wenigstens als ein unabweisliches Gebot der Nothwendigkeit an, sie in ungeschwächtem Stande zu erhalten und außerdem keine Kosten zu scheuen, sie so kriegstüchtig als nur immer möglich zu machen.

Zu den übergroßen Ausgaben für das Heer kamen auch noch diejenigen zur Bestreitung der Zinsen der Staatsschuld, zu denen von ungarischer Seite noch viel weniger als zur Militärcontribution, ja man kann vergleichsweise wohl sagen, fast gar nichts beigetragen wurde[684]). Allerdings war durch Josephs wahrhaft großartigen Entschluß, die ganze ihm von seinem Vater zugefallene und für die damalige Zeit gewiß sehr reiche Erbschaft dem Staate zu widmen, eine nicht unbeträchtliche Verringerung der Schuldensumme und eine Herabsetzung des Zinsfußes auf vier Procent möglich gemacht worden. Aber auch jetzt noch war die alljährliche Leistung des Staatsschatzes zur Bezahlung der Zinsen der öffentlichen Schuld eine ungemein drückende für ihn. Die ganze Lage brachte es mit sich, daß man unaufhörlich auf Mittel sann, dieses so überaus nachtheilige Verhältniß in einer dem Staate günstigen Weise zu verändern.

Der aufgeklärten Ansichten, denen hierüber Fürst Kaunitz in der Sitzung der Staatsconferenz vom 17. April 1766 Ausdruck verlieh, und der überzeugenden Beredsamkeit, mit der er gegen die andauernde Ueberbürdung der Unterthanen mit Steuern sich aussprach, ist bereits Erwähnung geschehen[685]). Aber es wurde auch angedeutet, daß zwar Jedermann die Richtigkeit der Anschauungen des Staatskanzlers zugab, daß aber Niemand Hand anlegen wollte zu einer wenigstens theilweisen Entlastung des Volkes. So schleppte der Schaden, den Jeder beklagte, aber Keiner heilen zu wollen schien, sich gleichmäßig fort. Das Gefühl der Unbehaglichkeit, mit dem man ihn ertrug, steigerte sich jedoch fortwährend, und es führte dazu, daß man nicht aufhörte, nach Mitteln sich umzusehen, dem Uebel zu steuern.

In hohem Grade bezeichnend ist es für die Gesinnungen, von denen Maria Theresia beseelt war, daß sie auf die Verringerung der für die Bewohner der österreichischen Länder allzu drückenden Abgaben in dem Augenblicke zurückkam, in welchem sie nach ihrer Genesung von der Blatternkrankheit im Sommer 1767 der Vorsehung durch ein gutes Werk ihren Dank darbringen wollte für ihre Rettung [686]).

Auch jetzt wieder war es Kaunitz, welchen die Kaiserin zuerst mit ihrer Absicht bekannt machte und den sie bat, die Sache reiflich zu überlegen und ihr dasjenige vorzuschlagen, was zur Verwirklichung ihres Vorsatzes geschehen könnte. Ihrem Auftrage nachkommend, erwiederte er, daß es nach seiner Meinung bei einem wohleingerichteten Steuerwesen vornehmlich auf vier Punkte ankomme. Die Abgaben sollten nur in einem den Kräften aller Staatsbürger, somit dem innerlichen Staatsvermögen angemessenen Verhältnisse, in gerechter Gleichheit, in der für die Steuerzahlenden wenigst drückenden Art und schließlich mit möglichst geringen Kosten eingehoben werden.

Diese allgemeinen Grundsätze auf Oesterreich anwendend, müsse man sich vor Allem klar darüber sein, daß an eine Erhöhung der Steuern ohne äußerste Gefährdung der Wohlfahrt der Bevölkerung, insbesondere des Bauernstandes unmöglich mehr gedacht werden könne. Eine beträchtliche Verminderung der Abgaben würde sich vielmehr als äußerst wünschenswerth darstellen. Ihr stehe jedoch der große Aufwand, der durch die Erhaltung des Heeres, durch die Verwaltung des Staates, durch die Bezahlung der Zinsen und die allmälige Tilgung seiner Schulden verursacht werde, aufs schrofffste entgegen. Da diese unabweislichen Ausgaben eine Schmälerung der Staatseinkünfte nicht zuließen, müsse ein Mittel gesucht werden, durch welches einerseits eine Verringerung des gegenwärtigen Staatseinkommens vermieden, andererseits aber doch auch dem Volke ausgiebige Erleichterung zu Theil würde.

Um über diesen scheinbaren Widerspruch hinwegzukommen, müsse man sich die Art und Weise ins Gedächtniß zurückrufen, in welcher die gegenwärtige übermäßige Belastung des Volkes allmälig zu Stande

gekommen sei. So wie es durch die Unglücksfälle, die man im Kriege erlitten, und durch die hiedurch angehäufte Schuldenlast nothwendig wurde, habe man seine Zuflucht zu einem neuen Rettungsmittel genommen. Der unausweichliche Zwang, augenblicklich Rath zu schaffen, habe das Ministerium genöthigt, bei jeder Steuer fast auf nichts als auf die Raschheit und die Gewißheit ihres Erfolges zu sehen. So sei es gekommen, daß, indem man gezwungen war, dem Volke immer neue Abgaben gleichsam stückweise aufzuerlegen, beinahe jede einzeln und durch besonders hiezu bestimmte Personen, Administrationen und Cassen eingehoben und abgeführt werden mußte. Durch so verschiedene Arten der Auflagen, welche dem Vermögen der Unterthanen durch so viele und kostspielige Werkzeuge entnommen und durch so vielerlei und oft so seichte Canäle in den Staatsschatz geleitet würden, müsse die Bevölkerung nothwendiger Weise aufs schwerste belastet werden, ohne daß gleichzeitig dem Staate eine entsprechende Einnahme verschafft werde.

Außerdem habe der Drang der Umstände, unter denen jene Abgaben eingeführt wurden, fast niemals gestattet, mit der äußersten Genauigkeit, welche sonst am Platze gewesen wäre, zu untersuchen, ob diese oder jene Auflage der Landescultur, der Zunahme der Bevölkerung, dem Handel und der Industrie oder sonst beachtenswerthen Factoren mehr oder weniger nachtheilig, ob sie für die Armuth bedrückend, dem gerechten und gleichartigen Ausmaße entsprechend, mit einem Worte, ob sie einem wohleingerichteten und soliden Finanzwesen angemessen sei oder nicht? Vor Allem müsse daher diese Untersuchung jetzt, wo man Zeit und Ruhe dazu habe, nachträglich vorgenommen werden. Bei jeder einzelnen Auflage habe man zu erwägen, worin sie bestehe, welche Kategorie der Unterthanen ihr vorzugsweise unterliege, und wie viel sie abwerfe. Außerdem müsse man die Höhe ihrer Einhebungskosten und somit ihr Reinerträgniß berechnen und ihre Bestimmung prüfen. Sei man sich über diese fünf Punkte klar geworden, dann müsse man abwägen, welche dieser Steuern der durch die Gerechtigkeit geforderten gleichmäßigen Belastung der Unterthanen widerspreche und wie die Herstellung eines solchen Gleichgewichtes möglich sei. Man habe ferner zu prüfen, welche Auflage etwa besondere Nachtheile nach

sich ziehe und wie sie durch eine andere weniger schädliche ersetzt werden könne. Und schließlich sei zu ergründen, wie die verschiedenen, nach und nach eingeführten Abgaben, deren Einhebungsart eine gleichfalls ganz verschiedene und überaus kostspielige sei, vereinfacht werden und die hiedurch erzielten Ersparungen zu Gunsten des Steuerzahlers an seiner Abgabe nachgelassen werden könnten [687]).

Gewiß wird Niemand verkennen, daß die Vorschläge des Staatskanzlers wohl durchdacht waren, und daß ihre Durchführung ersprießliche Wirkungen hätte nach sich ziehen müssen. Aber das läßt sich doch auch gleichfalls nicht leugnen, daß die von ihm beantragte Prüfung der einzelnen Steuern, die Abwägung ihrer Vortheile und Nachtheile, die Verwirklichung des Gedankens ihrer Vereinfachung und der Verringerung der Einhebungskosten sehr lange Zeit in Anspruch genommen hätten, während doch das Bedürfniß nach Abhülfe als ein drängendes erschien. Dennoch trat vor der unüberwindlichen Schwierigkeit, das Erforderniß für den Staat zu beschränken, die wohlwollende Absicht der Kaiserin, die ihre Unterthanen zu Boden drückende Steuerlast zu erleichtern, wieder in den Hintergrund zurück. Es war fast nur mehr von Planen die Rede, in denen ausschließlich das fiscalische Interesse und nicht mehr das der Staatsbürger zur Geltung gelangte.

Wenn von den Maßregeln gesprochen wird, welche ergriffen wurden, um Ordnung in den österreichischen Staatshaushalt zu bringen, so muß bei weitem das größte Verdienst hievon dem Grafen Hatzfeldt zuerkannt werden. Seit er an der Spitze der Ministerial-Banco-Deputation stand, hatten sich die Verhältnisse daselbst fortwährend gebessert. Schon im Mai 1766 konnte der venetianische Botschafter Renier berichten, daß wenn man auf dem eingeschlagenen Wege beharre, man bei Aufrechthaltung des Friedens so günstige Finanzzustände herbeiführen werde, als sie in Oesterreich wohl seit unvordenklicher Zeit nicht bestanden hätten. Man sehe hieraus, wie viel ein Mann zu Wege bringen könne, wenn er bemüht sei, die größte Vollkommenheit in den von ihm ausgehenden Maßregeln zu erzielen, und daß die so oft behauptete Unmöglichkeit, den beabsichtigten Zweck zu erreichen,

Die Bank sollte in Wien ihren Standort haben und in Prag, Brünn, Linz, Graz und Triest Filialen besitzen, bei deren jeder eine Verwechslungscasse zu bestehen hätte. Die Bank leiht immer nur bares Geld und nie ihre Noten aus. Sie vermag dieß zu thun, da sie durch die zwangsweise Verwendung der Noten einen Theil derselben stets in Umlauf erhält und daher durchschnittlich vier Millionen ihres Barfondes zu freier Verfügung hat. Mit diesem Gelde leiht sie jedoch nicht bloß an Privatpersonen auf Wechsel, Waaren, Werthpapiere und sonstige Pfänder, sondern auch dem Staate und den Ständen, jedoch nie länger als auf sechs Monate und nur zu vier, dem Staate und den Ständen aber zu drei vom Hundert.

Um auch den Grundbesitzern zu helfen, sollte die Bank zwei Millionen Gulden auf lange Zeit aufnehmen und sie ebenfalls auf lange Frist, aber gegen sechsmonatliche Aufkündigung ausleihen. Außerdem hätte sie Anweisungen aus einer Provinz Oesterreichs nach der anderen auszustellen, und für Privatpersonen den Kauf und Verkauf von Staatspapieren so wie die Auszahlung der Zinsen der letzteren zu besorgen.

Den hauptsächlichsten Nutzen sollte die Bank nach Zinzendorfs Meinung dem Staate in Kriegszeiten gewähren. Vor Ausbruch eines Krieges habe sie ihren Barfond von sechs Millionen durch eine Anleihe im Betrage von drei Millionen zu vermehren. Dergestalt gegen die Rückströmung ihrer Noten gedeckt, vermöge sie dem Staate zehn Millionen in vierprocentigen Obligationen zu leihen, deren Nennwerth sich ebenfalls zwischen fünf und zwanzig und fünfhundert Gulden bewegen werde. Durch Börsespeculationen werde die Bank sowohl diese Obligationen als die vom Staate auszugebenden Zwangspapiere in Cours erhalten können. Eine solche Beihülfe würde jedoch dem Staate genügen, denn die gesammte Schuldenlast, welche Oesterreich in Folge des siebenjährigen Krieges aufhäufte, habe nicht mehr als 166 Millionen betragen. Hievon seien nur 48 Millionen, und somit etwa sieben Millionen des Jahres im Wege freiwilliger Darlehen eingegangen; Rest mußte mehr oder weniger zwangsweise eingebracht werden.

Die Bank hingegen werde durch Ankauf und Wiederausgabe zehn Millionen jährlich zu liefern im Stande sein.

Zu ihrem Gedeihen bedürfe die Bank vor Allem der Sicherheit, daß sie nicht vom Staate mißbraucht und nicht zur Ueberschreitung ihrer Statuten gezwungen werde. Diese Sicherheit könne nicht ausschließlich in den persönlichen Eigenschaften des jeweiligen Regenten und seiner Minister, sondern sie müsse in bleibenden Bürgschaften bestehen. Als solche hätten die völlige Unabhängigkeit der Bank vom Staate, ihre Gewährleistung durch die Stände aller österreichischen Erbländer mit Ausnahme Tirols und Vorderösterreichs, ihre Leitung durch eine Deputation der Stände, woher ihr Name, die „Länderbank" geschöpft war, die Revision ihrer Rechnungen durch ein Comité von Kaufleuten zu gelten. Alle Anlehen an den Staat aber sollten auf Fonde hypothezirt sein, welche unter ständischer Verwaltung stünden[693]).

Schon in den Monaten März und April 1767 waren Zinzendorfs Vorschläge von einer Commission, welche unter dem Vorsitze des Fürsten Starhemberg zehnmal zu Sitzungen zusammentrat, aufs eingehendste geprüft worden. Außer dem Präsidenten waren noch Blümegen, Hatzfeldt und Zinzendorf selbst, dann die Staatsräthe Borié, Binder und Stupan, der Cabinetssecretär Reny, der Hofrath beim Commerzienrathe, Johann Bernhard von Degelmann, und der Mitarbeiter an Zinzendorfs Projecten, der Hofcommissionsrath Thys dabei anwesend[691]). Insofern sich die Vorschläge auf die Börse bezogen, stimmten die Meisten ihnen bei und nur Einigen schien der mit ihr verbundene Zwang weder zweckmäßig noch gerecht. Anders stand es jedoch um das Project für die Bank. Hatzfeldt, Borié und Stupan waren gegen dasselbe, denn sie hielten ihre Einrichtungen für zu complicirt und die Vortheile für zu unsicher, die sich Zinzendorf von ihr versprach. Starhemberg und Binder aber, und Alles was mit Kaunitz zusammenhing, waren für Zinzendorf und für das von ihm entworfene Project. So stand die Sache, als die Kaiserin erkrankte; bald nach ihrer Wiedergenesung entbrannte von neuem der Kampf.

Es mag wohl zunächst dem Einflusse des Staatskanzlers zugeschrieben werden, wenn Maria Theresia in einer Sitzung, welche in den ersten Tagen des Monates August 1767 unter persönlicher Theilnahme der Kaiserin und des Kaisers, der Fürsten Kaunitz und Starhemberg, der Grafen Blümegen, Hatzfeldt und Zinzendorf, endlich der Staatsräthe Binder, Stupan und König stattfand, sich zu Gunsten der Vorschläge Zinzendorfs entschied. Schon am folgenden Tage erging die Einladung an die Stände, die ihnen zugemuthete Gewährleistung zu übernehmen. Zinzendorf sollte Präsident der neuen Bank werden und er erhielt bereits den Auftrag, für sie ein Amtslocal zu suchen und Vorschläge zur Anstellung der erforderlichen Beamten zu erstatten. Denn Niemand zweifelte daran, daß die Stände, welche sich so oft schon der Regierung willfährig erzeigt hatten, jetzt ein Gleiches thun würden [695]).

So zuversichtlich auch diese Erwartung gehegt wurde, so sollte sie sich jedoch keineswegs erfüllen. Als Zinzendorf am 20. August 1767 seine Ausführungsvorschläge erstattete und um Bestimmung des Tages bat, an welchem die neuen Bankstatuten feierlich verkündigt werden sollten, war die der Sache von Anfang an ungünstige Stimmung der Kaiserin wieder zum Durchbruche gekommen. Und auch Joseph, dem Projecte Zinzendorfs ebenfalls abgeneigt [696]), mag dem Befehle nicht fremd geblieben sein, der nun erging, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Es verlautete, mehrere Stände hätten sich gegen die Uebernahme der Bürgschaft erklärt und sich bei diesem Anlasse nicht gerade lobend ausgesprochen über die Minister der Kaiserin. Wahrscheinlicher ist es jedoch, daß Hatzfeldt, der eifrige und kenntnißreiche Widersacher der Projecte Zinzendorfs, von Joseph unterstützt, dieselben noch in der letzten Stunde zu Fall gebracht habe. Denn wie Kaunitz auf Zinzendorfs Seite, so stand der Kaiser auf derjenigen Hatzfeldts, von dessen geistiger Begabung und Tüchtigkeit er eine sehr hohe Meinung besaß. Und wo es leicht sein konnte, war Joseph bekanntlich nicht ungern dabei, dem Fürsten Kaunitz und seiner Partei entgegen zu handeln. Seinem Einflusse wird es daher zuzuschreiben sein, daß die Kaiserin am 21. October 1767 ein Handbillet an Starhemberg erließ,

in welchem sie unter allerlei Lobeserhebungen für die Freunde der Bank erklärte, das auf dieselbe bezügliche Project nicht genehmigen zu können; über die Börse möge weitere Berathung gepflogen werden. Und am 11. November wurde auch über sie die Entscheidung bis zur Beschlußfassung über das nächste Jahresbudget vertagt, da die beantragten Börseoperationen mit der Art der Verwendung der Amortisationsfonds im Zusammenhange stünden[697]). Gleichzeitig mit dieser Entscheidung schrieb Maria Theresia an Kaunitz, wohl zunächst in der Absicht, einer Verstimmung desselben über die Verwerfung der Anträge Zinzendorfs vorzubeugen. „bey meinen viellen hausunglücken", so lauten ihre Worte, „habe noch die betrübnus, aus dem protocol „zu sehen, das das finantzwesen gahr nicht in ordnung. es komt noch „darzu, das seith einiger zeith all unser innerliche sachen gahr nicht „an einander hangen, und wann es noch so länger also fortgehet, „unsere umbstände sehr übel werden. ich suche meine hillff bey ihme, „er kennt meine gedenckensarth und Vertrauen zu ihme. es kan auch „niemand besser als er das gantze übersehen und ein solides systeme „an die hand geben. ich erwarte nur allein von ihme, das er mir „mit seiner gewohnheit freymütig rathe und sage, wo es gefället ist, „wie zu hellffen, dan es wahrhafft an der zeit ist, wan nicht alles zu „grund gehen solle. Maria Theresia."

Die Kaiserin erreichte durch diese, für Kaunitz so schmeichelhaft klingenden Worte auch vollständig ihren Zweck. Nicht nur daß er keinerlei Mißmuth über das Scheitern der Vorschläge Zinzendorfs an den Tag legte; er erneuerte ihr vielmehr die schon so oft gegebenen Versicherungen seiner unverbrüchlichen Diensttreue und seiner Bereitwilligkeit, ihr durch Hinzufügung seiner Ansicht zu den ihm zukommenden Protokollen jederzeit und immer mit vollster Offenheit seine Meinung zu sagen. Doch könne er, fuhr Kaunitz fort, der Kaiserin nicht verhehlen, daß es ganz unmöglich sei, ein System auszudenken, von welchem man sich wahrhaft nützliche Folgen versprechen dürfe, wenn man nicht wisse, daß es nicht nur mit ihrer, sondern auch mit des Kaisers Ansicht übereinstimme. Darum müsse er davon Kenntniß erlangen, ob auch der Kaiser gleich seiner Mutter von der

Nothwendigkeit der Verbesserung des gegenwärtigen Finanzsystems überzeugt sei und ebenfalls wünsche, daß er hierüber ganz offen seine Anschauungen kund gebe[698]).

Maria Theresia antwortete hierauf dem Fürsten Kaunitz mit eigener Hand:

„der kayser hat mein erstes Zettul gesehen und damit verstanden „gewesen, und ist mit mir gantz einer meinung, das höchst an der zeit „ist, ein solides finantz systeme zu fassen, das jetzige nicht bestehen „kan. das niemand besser und zwar er fast allein im stande ist, in „grossen die sach zu übersehen und standhaffte principia zu verfassen, „die nachgehends des staatsraths bearbeitungen leicht und nutzbahr „machen werden. also sehe mit trost, das er nicht abwarten will, „allein die dortige protocolla einzusehen, sondern noch eher mit seinen „gewohnten eyffer, einsicht und freymüthigkeit, die so billig ihme unser „vertrauen zugezohen, uns seinen rath und meinung vorzulegen. er „kan versichert sein, das wir beede es mit ungedult erwarten, je mehr „uns an hertzen ist die jetzige situation."

Die Worte der Kaiserin an Kaunitz mochten wohl insofern der Wahrheit entsprechen, als sie behauptete, daß auch Joseph von der Nothwendigkeit der Aufstellung und Befolgung eines in jeder Beziehung entsprechenden Finanzsystems überzeugt sei. Aber in ihrem Bestreben, Kaunitz nur ja nicht zu verletzen, that sie wohl etwas zu viel, wenn sie Worte zu Papier brachte, welche so ausgelegt werden konnten, als ob auch der Kaiser die Entwerfung dieses neuen Systems von Niemand Anderem als von Kaunitz erwarte. Der Letztere, welcher sehr gut zwischen den Zeilen zu lesen verstand, fühlte das wirkliche Sachverhältniß alsogleich heraus, und er hütete sich wohl, Zeit und Mühe auf eine Arbeit zu verschwenden, von der er besorgen mußte, daß ihr kein günstiger Empfang zu Theil werden würde. So kam es daß Hatzfeldt allein Herr der Situation blieb, und am 6. Juni
[illegible]t er mit dem von ihm entworfenen Friedens und Kriegs-
[illegible]ne hervor. Vor Allem wies er nach, wie wenig noch fehle,

um in Friedenszeiten zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Staates das Gleichgewicht herzustellen. Was zunächst die Staatsschuld anging, so war dieselbe noch im Jahre 1767 auf 256 Millionen berechnet worden. Hievon entfielen 125 Millionen auf die Bancoschuld, vier Millionen auf die Schuld der ständischen Creditdeputation, dreißig Millionen auf die auswärtige und dreizehn Millionen auf die ungarische Schuld; auf ungefähr achtzig Millionen beliefen sich die ständischen, die Cameral- und die Kupferamts-Schulden[699]). Nach den Ausführungen Hatzfeldts erübrigten nach Bezahlung der Interessen noch etwas mehr als fünfviertel Millionen zur Amortisirung der Schuld. Eine Ergänzung dieser Summe um 358.000 Gulden stelle die Normalhöhe von fünfviertel Procent der Schuldenlast und die Möglichkeit ihrer Tilgung in $37^2/_3$ Jahren her; bei den Bankschulden bestehe bereits dieses günstige Verhältniß. Die Bank befriedige, obgleich sie hiezu nicht verpflichtet sei, die sich bei ihr meldenden Gläubiger auf Sicht. Sie gestatte die Umwechslung der Schuldtitel und gewähre auch sonst so große Erleichterungen, daß ihre Papiere sich eines Zutrauens und einer Vorliebe erfreuten wie kein anderes im In- und Auslande; ihre vierprocentigen Obligationen würden nur mit einem, wenngleich geringen Aufgelde gehandelt. Die ständischen Schulden befänden sich zwar nicht überall in einer gleich günstigen Lage, aber im Allgemeinen sei auch für ihre Amortisation gesorgt. Was zunächst zu geschehen habe, bestünde in der Obsorge, daß die der Amortisation gewidmeten Summen nicht ihrem Zwecke entzogen würden, und daß man in der Zinsenreduction oder der Conversion der Staatsschulden fortfahre, welche noch höher als zu vier Procent verzinslich oder die in nahen Fristen und hohen Beträgen rückzahlbar wären. Dieß solle vorzugsweise nicht durch Ankauf auf der Börse, sondern durch Aufkündigung der alten und durch Annahme neuer und billigerer Einlagen bei allen Staatsschuldencassen geschehen. Bei dem Banco sei zur Einlösung der Schuldtitel im Wege der Verlosung zu schreiten.

Auf die Deckung der Ausgaben für den Fall eines Krieges übergehend, legte auch Hatzfeldt, wie Zinzendorf es gethan hatte, seiner Berechnung den Betrag von fünf und vierzig Millionen als

denjenigen zu Grunde, welcher in dem kostspieligsten Jahre des siebenjährigen Krieges gebraucht worden war. Von dieser Summe meinte er acht und zwanzig Millionen durch Staatsmittel aufbringen zu können, während zehn Millionen durch Ausgabe von Papiergeld und sieben Millionen durch Zwangsanlehen beschafft werden müßten. Er hielt es für gerathen, mit der Ausgabe von Papiergeld, wenn auch in geringem Maße, schon in Friedenszeiten den Anfang zu machen, um ihm allmälig Eingang und Vertrauen zu verschaffen.

Nicht viel kürzere Zeit als ein Jahr hindurch wurde über diese Anträge Hatzfeldts sowohl im Staatsrathe als in außerordentlichen Commissionen verhandelt. Mit so großer Leidenschaftlichkeit wurden diese Berathungen von den beiden Hauptbetheiligten, den Grafen Hatzfeldt und Zinzendorf gepflogen, und so weit ging die persönliche Anfeindung zwischen ihnen, daß man zuletzt darauf verzichten mußte, Zinzendorf noch zu den Sitzungen zu berufen. Auch die Errichtung einer Börse und die Wirkungen, die man von ihr erwarten durfte, kamen hiebei neuerdings zur Sprache. Erst nach längerem Schwanken gelangte man zu einem Entschlusse. Den Ausschlag scheint ein anonymes Gutachten gegeben zu haben, welches vermuthlich von dem Commerzienhofrathe Friedrich von Eger herrührte. Darin war das Ueberschwängliche, Gewagte und Unnöthige des von dem Grafen Zinzendorf ausgearbeiteten Bankprojectes dargethan und der Plan Hatzfeldts als derjenige bezeichnet, welcher, an und für sich schon einfacher, auch den thatsächlich obwaltenden Verhältnissen besser entsprach. Am 5. Mai 1769 erfolgte die Entscheidung der Kaiserin. Eine Geldbörse sollte in Wien errichtet, doch dürften die Amortisationsfonde nicht zum Ankaufe von Staatspapieren, sondern nur zu deren Rückzahlung verwendet werden. Zu diesem Zwecke habe man die Aufkündigung der lästigeren Schulden fortzusetzen und neue Einlagen anzunehmen. Niemals sollten diese Amortisationsfonde eine andere als die ihrer eigentlichen Bestimmung entsprechende Verwendung erhalten. Beim Eintritte außerordentlicher Bedürfnisse, welche durch die gewöhnlichen Einnahmen nicht gedeckt werden könnten, seien neue Anlehen abzuschließen. Die Ausgabe von Papiergeld, und zwar Bancozetteln wurde genehmigt, doch durfte

sie bloß gegen bares Geld geschehen. Den Zetteln wurde der Cassencours eingeräumt; sie sollten bei allen Bankcassen gegen bares Geld umgewechselt werden. Alle Zahlungen an diesen Cassen hatten zur Hälfte in Bancozetteln zu geschehen, wenn diese Hälfte den Betrag des geringsten Bancozettels erreichte. Das für die Bankscheine eingehende Geld so wie die verfügbaren Gelder der Bank und des Kupferamtes sollten auf der Börse zur Aufrechthaltung des Courses der Staatspapiere verwendet werden.

Wie man sieht, hatten im Ganzen und Großen die Vorschläge Hatzfeldts Annahme gefunden, und nur hinsichtlich untergeordneter Punkte war man auf die Gedanken Zinzendorfs wieder zurückgekommen. Aber darum hatte doch Hatzfeldt noch keineswegs vollständig die Oberhand erlangt. Noch oftmals, bei jedem der Anträge, die er zur Ausführung seiner schon genehmigten Vorschläge erstattete, erneuerte sich der frühere Streit und wurde hiedurch die endgültige Entscheidung verzögert. So waren Borié und Gebler gegen den Ankauf der über Pari stehenden Papiere, und sie drangen vorzugsweise auf Verminderung der im Auslande zu ungünstigen Bedingungen aufgenommenen Anlehen. Gebler, und mit ihm der Commerzienhofrath, der damals unter dem Obersten Kanzler Grafen Rudolph Chotek stand, riethen dazu, daß die Börse so wie in Triest auch als Waarenbörse fungire und daß kein Zwang eintrete, gewisse Geschäfte ausschließlich auf der Börse zu machen. Binder hingegen, hinter welchem man wohl Kaunitz vermuthen darf, erklärte sich gegen jedes Staatspapiergeld und dessen zwangsweise Verwendung. Bedürfe man der Geldzeichen, so möge man deren Hinausgabe einer vom Staate unabhängigen Bank überlassen.

Am 15. Dezember 1770 fand neuerdings unter dem Vorsitze der Kaiserin eine Sitzung statt, bei welcher Hatzfeldt und Binder ihre Streitfrage durchfochten; die Entscheidung fiel jedoch zu Gunsten des Ersteren aus. „aprobire dises protocoll gantz", schrieb Maria Theresia auf dasselbe, „indeme selbst die unterschiedlichen Meinungen „angehört habe, die sich doch endlich durch die declaration des graffen

„Hatzfeldt geeiniget haben, daß wenn seine Pläne nicht zu Stande „kommen könnten, alsdann man auf den anderen Plan, von dem „binder gemeldet, zurücktreten könnte. es ist aber für jetzt keine „question von einem Kriegssystem, sondern sind nur die Banknoten „und die Börse zu aprobirn, wie es hier vorgeschlagen wird."

Diesem Entschlusse der Kaiserin zufolge wurde nun endlich, und zwar am 4. Jänner 1771 die förmliche Anordnung zur Hinausgabe von drei bis vier Millionen Bancozetteln getroffen. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß der Betrag, der hiefür einfließe, bar in den Cassen verwahrt und nur so weit zur Einlösung verzinslicher Bancopapiere verwendet werde, als die Bestreitung der Regie- und Manipulationskosten dieß fordere. Der Zwang hinsichtlich der Börsengeschäfte blieb auf Staatspapiere beschränkt, und selbst ihre Annahme an Zahlungsstatt wurde nicht als ein dem Börsenzwange unterliegendes Geschäft betrachtet [700]).

Nicht früher als am 1. August 1771 erschien endlich das kaiserliche Patent, außer von Maria Theresia auch noch von Hatzfeldt, der inzwischen zum Obersten Kanzler ernannt worden war, von seinem Nachfolger im Präsidium der Ministerial Bancodeputation, dem Grafen Leopold Kolowrat, und von dem damaligen Hofrathe Johann Friedrich von Pöhr unterzeichnet. Die Hinausgabe nicht von drei oder vier, sondern von zwölf Millionen Bancozetteln wurde der Bevölkerung als eine Maßregel verkündet, welche lediglich zu ihrem Vortheile und zu ihrer Bequemlichkeit getroffen worden sei. Denn mittelst der Bancozettel könne jede noch so hohe Summe aus einer Provinz in die andere mit Leichtigkeit und ohne Kosten versendet werden. Wer einen hohen Betrag in Silbergeld in seinem Hause nicht aufbewahren könne oder wolle, werde ihn sehr leicht in Bancozetteln irgendwo deponiren, und ebenso könnten beträchtliche Geldsummen auf Reisen bequem und unbemerkt mitgeführt werden. Sieben verschiedene Kategorien von Zetteln, zu 5, zu 10, zu 25, 50, 100, 500 und 1000 Gulden wurden hinausgegeben. So wie sie als bares Geld verabfolgt wurden, so mußten sie auch als solches bei allen öffentlichen Cassen angenommen

werden. Bei den von dem Wiener Stadtbanco administrirten Gefällen war die Zahlung mindestens zur Hälfte in Bancozetteln zu leisten; Privatpersonen wurden jedoch zu deren Annahme in keiner Weise verpflichtet. Die Umwechslung der Zettel in bares Geld konnte jederzeit sowohl in Wien als bei den Bancaladministrationen und Oberämtern in Prag, Brünn, Troppau, Linz, Graz, Klagenfurt, Laibach und Triest geschehen. Jeder öffentliche Beamte, der unter was immer für einem Vorwande die Annahme eines Bancozettels nach seinem vollen Werthe an Zahlungsstatt verweigerte, sollte allsogleich seines Dienstes verlustig werden. Auf die Nachahmung und Verfälschung der Bancozettel wurde die „unausbleibliche" Todesstrafe gesetzt, dem Angeber aber, selbst wenn er ein Mitschuldiger wäre, außer voller Straflosigkeit eine Belohnung von zehntausend Gulden versprochen.

Wenige Monate nachdem durch Erlassung des Patentes wegen Hinausgabe von Papiergeld die Finanzvorschläge Hatzfeldts den vollständigsten Sieg davon getragen hatten, ging jene große Veränderung in den obersten Staatsanstellungen vor sich, durch welche der Urheber jener Vorschläge gleichsam an die Spitze der inneren Verwaltung des Staates gelangte. Wohl zunächst um ihm Platz zu verschaffen, war Fürst Starhemberg zum Nachfolger Cobenzls als bevollmächtigter Minister in den Niederlanden ernannt worden. Die beiden Stellen, welche Hatzfeldt als Präsident der Hofkammer und der Ministerial-Bancodeputation innegehabt, erhielt der bisherige Vicekanzler Graf Leopold Kolowrat, welcher hiezu auch noch das Präsidium des Commerzienhofrathes übernahm. Bei den zwei ersteren Hofstellen wurde ihm Graf Eugen Wrbna, bei der letzteren aber Freiherr von Reischach als Vicepräsident beigegeben.

Daß die Auffassung, derzufolge Hatzfeldt sowohl seine persönlichen als sachlichen Erfolge nur durch die Unterstützung Josephs und im Gegensatze zu dem Fürsten Kaunitz und dessen Anhängern errang, die richtige ist, wird auch noch durch die nachfolgenden Ereignisse bewiesen, aber freilich neigte sich hiebei die Wagschale nicht allzeit zu

seinen Gunsten. Als er etwa drei Jahre später mit dem Antrage auf neue und tief eingreifende Personalveränderungen hervortrat, durch welche eine beträchtliche Anzahl höherer Beamter ihrer bisherigen Thätigkeit enthoben und durch Andere ersetzt werden sollte, da scheiterte dieses Begehren trotz der energischen Vertheidigung durch Joseph doch an dem Widerstande der Kaiserin und des Staatskanzlers. Denn Beide wollten, und zu nicht geringem Verdrusse des Kaisers, ein Verfahren gegen verdiente Staatsdiener nicht zugeben, das ihnen wie eine Undankbarkeit gegen sie erschien[701]).

Uebrigens muß bereitwillig anerkannt werden, daß die Erwartungen, welche Hatzfeldt selbst und seine Meinungsgenossen von seinen Finanzvorschlägen hegten, sich thatsächlich erfüllten. Der Voranschlag für das Jahr 1770 war noch mit einem Defizit von mehr als acht Millionen aufgestellt worden, denn die Rüstungen aus Anlaß des Krieges zwischen Rußland und der Türkei so wie der Ereignisse, denen man in Polen entgegensah, konnten nicht ohne beträchtliche Auslagen bewerkstelligt werden. Aber schon für das Jahr 1775 stellte der Voranschlag — wohl zum ersten Male seit dem Regierungsantritte der Kaiserin Maria Theresia — einen Ueberschuß von etwas mehr als einer halben Million Gulden in Aussicht. In den Schuldencassen des Staates befand sich ein unverwendeter Fond von mehr als drei Millionen, und es wurde der Antrag gestellt, unter einstweiliger Suspension der Aufkündigung der Passivcapitalien einen Staatsschatz von acht Millionen zu sammeln. Am 11. April 1776 wurde denn auch dieser Antrag, jedoch nur mit der ausdrücklichen Bemerkung genehmigt, daß die selbst vorgezeichnete Grenze durchaus nicht überschritten werden dürfe. Denn geschähe solches, dann verlöre der Staat die Zinsen, und die Circulation des Geldes würde leiden.

Schon sehr oft wurde die Erfahrung gemacht, daß die Voranschläge meistens viel günstiger lauten als sie hinterher in Wirklichkeit erscheinen. Bei dem Ergebnisse des Jahres 1775 traf dieß wohl gleichfalls, jedoch nur in geringem Maße zu; zwar nicht eine halbe, aber fast eine Viertelmillion wies der Rechnungsabschluß für

1775 als Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben aus. Allerdings zeigte der gleiche Abschluß für das folgende Jahr wieder ein Defizit von fast einer Million, aber fast fünf und zwanzig Millionen befanden sich in den öffentlichen Cassen. Der Umlauf an Banknoten war auf fast vier Millionen gestiegen, der Schuldenstand hatte sich um elf Millionen verringert und dem Heere konnten fast zwei und zwanzig Millionen zugewendet werden. Und noch günstiger war der Rechnungsabschluß für 1777, denn er stellte einer Einnahme von 140,141.000 Gulden eine Ausgabe von nur 137,492.000 Gulden gegenüber. Der wirkliche Ueberschuß hatte sich daher auf fast dritthalb Millionen Gulden belaufen [702]).

Für das folgende Jahr, 1778, erwartete man nach dem Staatsvoranschlage einen Ueberschuß von mehr als vier Millionen; der plötzlich ausbrechende baierische Erbfolgekrieg machte jedoch einen gewaltigen Strich durch diese Rechnung. Die Ausgaben des Staates, welche der Krieg verursachte, wurden auf etwa fünf und vierzig Millionen veranschlagt, wovon nicht ganz die Hälfte durch die laufenden Einnahmen bestritten werden konnte. Der Ausfall wurde theils durch eine Erhöhung der Abgaben und theils durch Anlehen gedeckt. So wurde im September 1778 eine zehnprocentige Steuererhöhung auf Alle beschlossen, welche innerhalb der österreichischen Länder Vermögen besäßen oder Pensionen vom Staate bezögen. Doch sollte dieser Aufschlag nur solche treffen, deren Einkommen mehr als tausend Gulden betrüge [703]).

Weit drückender war die Auflage, welche unter dem euphemistischen Namen eines freiwilligen Geschenkes im Dezember 1778 ausgeschrieben wurde, um den durch die Kriegskosten verursachten Ausfall in den Staatscassen zu decken. In erster Linie wurden ihr sowohl die geistlichen als die weltlichen Besitzer von Lehengütern und sonstigen Herrschaften unterworfen, deren Steuer um die Hälfte des bisher bezahlten Betrages erhöht wurde. Diejenigen, deren Vermögen in Werthpapieren, in Häusern oder in Gütern bestand, mit welchen keine Dominicalrechte verknüpft waren, hatten den fünften Theil ihrer bisherigen Abgabe

seinen Gunsten. Als er etwa drei Jahre später mit dem Antrage auf neue und tief eingreifende Personalveränderungen hervortrat, durch welche eine beträchtliche Anzahl höherer Beamter ihrer bisherigen Thätigkeit enthoben und durch Andere ersetzt werden sollte, da scheiterte dieses Begehren trotz der energischen Vertheidigung durch Joseph doch an dem Widerstande der Kaiserin und des Staatskanzlers. Denn Beide wollten, und zu nicht geringem Verdrusse des Kaisers, ein Verfahren gegen verdiente Staatsdiener nicht zugeben, das ihnen wie eine Undankbarkeit gegen sie erschien [701]).

Uebrigens muß bereitwillig anerkannt werden, daß die Erwartungen, welche Hatzfeldt selbst und seine Meinungsgenossen von seinen Finanzvorschlägen hegten, sich thatsächlich erfüllten. Der Voranschlag für das Jahr 1770 war noch mit einem Defizit von mehr als acht Millionen aufgestellt worden, denn die Rüstungen aus Anlaß des Krieges zwischen Rußland und der Türkei so wie der Ereignisse, denen man in Polen entgegensah, konnten nicht ohne beträchtliche Auslagen bewerkstelligt werden. Aber schon für das Jahr 1775 stellte der Voranschlag — wohl zum ersten Male seit dem Regierungsantritte der Kaiserin Maria Theresia — einen Ueberschuß von etwas mehr als einer halben Million Gulden in Aussicht. In den Schuldencassen des Staates befand sich ein unverwendeter Fond von mehr als drei Millionen, und es wurde der Antrag gestellt, unter einstweiliger Suspension der Aufkündigung der Passivcapitalien einen Staatsschatz von acht Millionen zu sammeln. Am 11. April 1776 wurde denn auch dieser Antrag, jedoch nur mit der ausdrücklichen Bemerkung genehmigt, daß die selbst vorgezeichnete Grenze durchaus nicht überschritten werden dürfe. Denn geschähe solches, dann verlöre der Staat die Zinsen, und die Circulation des Geldes würde leiden.

Schon sehr oft wurde die Erfahrung gemacht, daß die Voranschläge meistens viel günstiger lauten als sie hinterher in Wirklichkeit erscheinen. Bei dem Ergebnisse des Jahres 1775 traf dieß wohl gleichfalls, jedoch nur in geringem Maße zu; zwar nicht eine halbe, wohl aber fast eine Viertelmillion wies der Rechnungsabschluß für

1775 als Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben aus. Allerdings zeigte der gleiche Abschluß für das folgende Jahr wieder ein Defizit von fast einer Million, aber fast fünf und zwanzig Millionen befanden sich in den öffentlichen Cassen. Der Umlauf an Banknoten war auf fast vier Millionen gestiegen, der Schuldenstand hatte sich um elf Millionen verringert und dem Heere konnten fast zwei und zwanzig Millionen zugewendet werden. Und noch günstiger war der Rechnungsabschluß für 1777, denn er stellte einer Einnahme von 140,141.000 Gulden eine Ausgabe von nur 137,492.000 Gulden gegenüber. Der wirkliche Ueberschuß hatte sich daher auf fast dritthalb Millionen Gulden belaufen [702]).

Für das folgende Jahr, 1778, erwartete man nach dem Staatsvoranschlage einen Ueberschuß von mehr als vier Millionen; der plötzlich ausbrechende baierische Erbfolgekrieg machte jedoch einen gewaltigen Strich durch diese Rechnung. Die Ausgaben des Staates, welche der Krieg verursachte, wurden auf etwa fünf und vierzig Millionen veranschlagt, wovon nicht ganz die Hälfte durch die laufenden Einnahmen bestritten werden konnte. Der Ausfall wurde theils durch eine Erhöhung der Abgaben und theils durch Anlehen gedeckt. So wurde im September 1778 eine zehnprocentige Steuererhöhung auf Alle beschlossen, welche innerhalb der österreichischen Länder Vermögen besäßen oder Pensionen vom Staate bezögen. Doch sollte dieser Aufschlag nur solche treffen, deren Einkommen mehr als tausend Gulden betrüge [703]).

Weit drückender war die Auflage, welche unter dem euphemistischen Namen eines freiwilligen Geschenkes im Dezember 1778 ausgeschrieben wurde, um den durch die Kriegskosten verursachten Ausfall in den Staatscassen zu decken. In erster Linie wurden ihr sowohl die geistlichen als die weltlichen Besitzer von Lehengütern und sonstigen Herrschaften unterworfen, deren Steuer um die Hälfte des bisher bezahlten Betrages erhöht wurde. Diejenigen, deren Vermögen in Werthpapieren, in Häusern oder in Gütern bestand, mit welchen keine Dominicalrechte verknüpft waren, hatten den fünften Theil ihrer bisherigen Abgabe

als Zuschlag zu entrichten. Wer vom Staate zwischen hundert und tausend Gulden bezog, hatte fünf, wem mehr als tausend Gulden zufloß, zehn Procent zu bezahlen. Andere Kategorien der Bevölkerung, wie Advocaten, Aerzte, Kaufleute, Künstler hatten zehn Procent ihres Einkommens an die Staatscassen zu entrichten; von drei zu drei Monaten sollte der auf diesen Zeitraum entfallende Betrag der Steuererhöhung erlegt werden. Das ungefähre Erträgniß dieses freiwilligen Geschenkes meinte man auf sechzehn Millionen veranschlagen zu sollen [704]).

Einer der Beweggründe, durch welche man zur Ausschreibung dieser drückenden Auflage veranlaßt wurde, lag wohl auch in der Besorgniß, daß der Krieg noch im Jahre 1779 fortdauern werde. Hiezu kam es jedoch bekanntlich nicht; auch sonst mochte man binnen kurzem gewahr werden, daß der Zustand der Finanzen des Staates eine so außergewöhnliche Belastung der Unterthanen durchaus nicht nothwendig mache. Nachdem zwei Raten der Steuererhöhung pünktlich eingezahlt worden waren, wurden im Mai 1779 die beiden noch ausständigen Raten der Bevölkerung nachgesehen [705]). Ebenso wurde die Abschließung der Anlehen sistirt, die man in Italien und in den Niederlanden noch hatte zu Stande bringen wollen. Und die Bank, welche den Zinsfuß der von ihr ausgegebenen Werthpapiere, um das Herbeiströmen der Capitalien zu steigern, auf fünfthalb Procent erhöht hatte, setzte denselben wieder auf drei ein halb Procent herab [706]).

Wo von der Ordnung die Rede ist, welche während der zwei letzten Jahrzehnte der Regierung der Kaiserin Maria Theresia in dem österreichischen Staatshaushalte eingeführt wurde, muß auch der hervorragenden Verdienste Erwähnung geschehen, welche sich Zinzendorf als Präsident der Hofrechnungskammer um sie erwarb. Was man auch über die von ihm herrührenden Finanzplane sagen, und wie klug man vielleicht handeln mochte, indem man sie verwarf: das kann gewiß nicht bestritten werden, daß er es war, welcher Klarheit und Uebersichtlichkeit in das Staatsrechnungswesen brachte. Seit den ersten Tagen des Jahres 1762 stand er an der Spitze der damals neu gegründeten Rechnungskammer, und er blieb auf diesem Posten, bis

ihn, wie es scheint, die Meinungsverschiedenheiten mit Hatzfeldt aus demselben vertrieben. Von dem Augenblicke an, in welchem Graf Heinrich Auersperg zu seinem Nachfolger ernannt wurde, scheint Zinzendorf ohne amtliche Verwendung geblieben zu sein, bis ihn Maria Theresia, wie bereits gesagt wurde, wohl um einen dringenden Wunsch seines Gönners, des Fürsten Kaunitz zu erfüllen, als Staatsminister in inländischen Geschäften in den Staatsrath berief. Die Rechnungskammer wolle sie, fügte die Kaiserin der Ankündigung dieses Entschlusses hinzu, mit der Hofkammer vereinigen. Aber es kam nicht zur Ausführung dieses Vorsatzes; unter dem Präsidium des Grafen Franz Anton Khevenhüller, der binnen Kurzem auf Auersperg folgte, bestand die Rechnungskammer bis zum Tode der Kaiserin unverändert fort.

Wie in allen Zweigen der inneren Verwaltung, so kamen auch im Finanzwesen sehr häufig Angelegenheiten vor, welche ihrer Natur nach viel zu geringfügig sind, als daß hier auf sie zurückzugreifen wäre. Aber die von der Kaiserin selbst ausgehenden Bemerkungen und Entscheidungen über dieselben sind meistens so bezeichnend für sie, daß wenigstens einige hier werden anzuführen sein. So sei es gestattet, des Ansuchens des Vicepräsidenten der Hofkammer, Grafen Leopold Schlik, um Bezahlung einer von seinen Vorfahren auf ihn vererbten Forderung von neunzigtausend Gulden an den Staat Erwähnung zu thun. Sie war seiner Zeit richtig befunden und auf das im Jahre 1654 von der Reichsstadt Nürnberg zu entrichtende Römermonatscontingent angewiesen worden. Die Hofkammer rieth, den Grafen Schlik zu bedeuten, er möge sich an die Stadt Nürnberg um Befriedigung wenden. Dieselbe werde sie ihm dann entweder zu Theil werden lassen oder sich ausweisen, inwiefern sie sich hierüber schon mit dem kaiserlichen Staatsschatze ausgeglichen habe. In dem letzteren Falle aber werde man sich der Bezahlung dieser Schuld wohl kaum zu entziehen vermögen. Am füglichsten könnte sie durch Verleihung eines der in Ungarn von Zeit zu Zeit dem Fiscus anheimfallenden Güter an den Grafen Schlik geschehen. Maria Theresia aber erwiederte hierauf mit eigener Hand:

als Zuschlag zu entrichten. Wer vom Staate zwischen hundert und tausend Gulden bezog, hatte fünf, wem mehr als tausend Gulden zufloß, zehn Procent zu bezahlen. Andere Kategorien der Bevölkerung, wie Advocaten, Aerzte, Kaufleute, Künstler hatten zehn Procent ihres Einkommens an die Staatscassen zu entrichten; von drei zu drei Monaten sollte der auf diesen Zeitraum entfallende Betrag der Steuererhöhung erlegt werden. Das ungefähre Erträgniß dieses freiwilligen Geschenkes meinte man auf sechzehn Millionen veranschlagen zu sollen [704]).

Einer der Beweggründe, durch welche man zur Ausschreibung dieser drückenden Auflage veranlaßt wurde, lag wohl auch in der Besorgniß, daß der Krieg noch im Jahre 1779 fortdauern werde. Hiezu kam es jedoch bekanntlich nicht; auch sonst mochte man binnen kurzem gewahr werden, daß der Zustand der Finanzen des Staates eine so außergewöhnliche Belastung der Unterthanen durchaus nicht nothwendig mache. Nachdem zwei Raten der Steuererhöhung pünktlich eingezahlt worden waren, wurden im Mai 1779 die beiden noch ausständigen Raten der Bevölkerung nachgesehen [705]). Ebenso wurde die Abschließung der Anlehen sistirt, die man in Italien und in den Niederlanden noch hatte zu Stande bringen wollen. Und die Bank, welche den Zinsfuß der von ihr ausgegebenen Werthpapiere, um das Herbeiströmen der Capitalien zu steigern, auf fünfthalb Procent erhöht hatte, setzte denselben wieder auf drei ein halb Procent herab [706]).

Wo von der Ordnung die Rede ist, welche während der zwei letzten Jahrzehnte der Regierung der Kaiserin Maria Theresia in dem österreichischen Staatshaushalte eingeführt wurde, muß auch der hervorragenden Verdienste Erwähnung geschehen, welche sich Zinzendorf als Präsident der Hofrechnungskammer um sie erwarb. Was man auch über die von ihm herrührenden Finanzplane sagen, und wie klug man vielleicht handeln mochte, indem man sie verwarf: das kann gewiß nicht bestritten werden, daß er es war, welcher Klarheit und Uebersichtlichkeit in das Staatsrechnungswesen brachte. Seit den ersten Tagen des Jahres 1762 stand er an der Spitze der damals neu gegründeten Rechnungskammer, und er blieb auf diesem Posten, bis

ihn, wie es scheint, die Meinungsverschiedenheiten mit Hatzfeldt aus demselben vertrieben. Von dem Augenblicke an, in welchem Graf Heinrich Auersperg zu seinem Nachfolger ernannt wurde, scheint Zinzendorf ohne amtliche Verwendung geblieben zu sein, bis ihn Maria Theresia, wie bereits gesagt wurde, wohl um einen dringenden Wunsch seines Gönners, des Fürsten Kaunitz zu erfüllen, als Staatsminister in inländischen Geschäften in den Staatsrath berief. Die Rechnungskammer wolle sie, fügte die Kaiserin der Ankündigung dieses Entschlusses hinzu, mit der Hofkammer vereinigen. Aber es kam nicht zur Ausführung dieses Vorsatzes; unter dem Präsidium des Grafen Franz Anton Khevenhüller, der binnen Kurzem auf Auersperg folgte, bestand die Rechnungskammer bis zum Tode der Kaiserin unverändert fort.

Wie in allen Zweigen der inneren Verwaltung, so kamen auch im Finanzwesen sehr häufig Angelegenheiten vor, welche ihrer Natur nach viel zu geringfügig sind, als daß hier auf sie zurückzugreifen wäre. Aber die von der Kaiserin selbst ausgehenden Bemerkungen und Entscheidungen über dieselben sind meistens so bezeichnend für sie, daß wenigstens einige hier werden anzuführen sein. So sei es gestattet, des Ansuchens des Vicepräsidenten der Hofkammer, Grafen Leopold Schlik, um Bezahlung einer von seinen Vorfahren auf ihn vererbten Forderung von neunzigtausend Gulden an den Staat Erwähnung zu thun. Sie war seiner Zeit richtig befunden und auf das im Jahre 1654 von der Reichsstadt Nürnberg zu entrichtende Römermonatscontingent angewiesen worden. Die Hofkammer rieth, den Grafen Schlik zu bedeuten, er möge sich an die Stadt Nürnberg um Befriedigung wenden. Dieselbe werde sie ihm dann entweder zu Theil werden lassen oder sich ausweisen, inwiefern sie sich hierüber schon mit dem kaiserlichen Staatsschatze ausgeglichen habe. In dem letzteren Falle aber werde man sich der Bezahlung dieser Schuld wohl kaum zu entziehen vermögen. Am füglichsten könnte sie durch Verleihung eines der in Ungarn von Zeit zu Zeit dem Fiscus anheimfallenden Güter an den Grafen Schlik geschehen. Maria Theresia aber erwiederte hierauf mit eigener Hand:

„wan die ſchuld khlar iſt, ſo mus ſie wie all andere tractirt „werden; ich will aber keinesweegs eine ſolche anſehnliche summe „neüerdings erwecken. wan keine ſchulden, keine famille zu besorgen „hätte, ſo kunte ſolche generositætten begehen, alſo aber gedencke „keineswegs mich zu was anheiſchig zu machen, mehrers alſ bis jetzund „geſchehen. ſchlick hat ſchonn gnaden empfangen und kan noch weitere „verdienen und erwarten“ [707]).

Ein anderes Mal handelte es ſich um eine aus dem Teſtamente der Kaiſerin Anna, Gemalin des Kaiſers Mathias, herrührende Forderung des Wiener Bürgerſpitals an den Staatsſchatz. Die Hofkammer rieth zu definitiver Abweiſung, Maria Thereſia entgegnete jedoch: „weillen es umb eine cameralſchuld zu thun, trauete mich nicht, „ſo darüber zu passirn. es wäre alſo einer von der camer, buchhalterey „und einer der ſtifftungsbuchhalterey als Vertretter des ſpitahls mit „dem superintendenten und ſpittelmeiſter zusam zu tretten, welchen „alle originalien zu producirn, die camer in archiven beſſer nach„ſehen zu laſſen und mir ſodan alles vorzulegen.“

Fünfzehntes Capitel.

Der Handel.

Von ähnlichen Gesichtspunkten wie in den eigentlichen Finanzsachen ging Maria Theresia auch in den ihnen so nahe verwandten Handelsangelegenheiten aus. Den Wohlstand der Bevölkerung ihrer Länder zu fördern und dadurch das Einkommen des Staatsschatzes zu mehren und es gleichzeitig auf eine solide und verläßliche Basis zu stellen, hierauf war das Augenmerk der Kaiserin unabläßig gerichtet. Sie zog dabei ebenso den Handel zwischen den einzelnen Provinzen wie den nach dem Auslande in Betracht, und durch ausgiebige Förderung der Industrie suchte sie fortwährend neue, zur Steigerung des Verkehres dienende Handelsobjecte zu schaffen. Aber freilich läßt sich nicht bestreiten, daß ihre Maßregeln, im Ganzen und Großen betrachtet, auf diesem Gebiete von geringerem Erfolge begleitet waren als auf dem der Finanzen. Doch kann das Verschulden hievon nicht etwa in einem Mangel an gutem Willen von Seite der Kaiserin, sondern nur darin gesucht werden, daß eben das langjährige Zurückbleiben der österreichischen Länder in Allem, was den Handel und die Industrie anging, sich nicht so leicht und so rasch wieder gut machen ließ.

Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß man in den Zeiten der Kaiserin Maria Theresia für einen Zweig der inneren Verwaltung des Staates, dem man besondere Obsorge zuwenden wollte, nichts besseres thun zu können glaubte als eine eigene Behörde zu schaffen, welche mit der Leitung der hierauf bezüglichen Angelegenheiten betraut wurde. Solches geschah denn auch hinsichtlich der Geschäfte,

die den Aufschwung des Handels und der Industrie zum Gegenstande hatten. Im März 1762 errichtete Maria Theresia eine neue, ihr unmittelbar untergeordnete Hofstelle, den Hofcommerzienrath; Graf Franz Reinhold von Andler-Witten war dessen erster Präsident. Von ihm rührt ein im Juni 1765 erstatteter Bericht her, aus welchem dasjenige zu entnehmen ist, was während seiner etwas mehr als dreijährigen Amtswirksamkeit durch den Hofcommerzienrath gethan wurde [705]). Doch kann hier in die Aufzählung der Fabriken, welche nach seiner Behauptung während dieses Zeitraumes in den verschiedenen österreichischen Provinzen theils neu gegründet, theils beträchtlich erweitert wurden, unmöglich näher eingegangen werden. Aber die erreichten Ergebnisse durften immerhin befriedigende genannt werden, wie denn, um nur ein einziges Beispiel zu erwähnen, die Tuchfabrik zu Linz den für die damalige Zeit gewiß sehr ansehnlichen Jahresgewinn von 128.000 Gulden abwarf.

Was die Handelssachen anging, so richtete sich nach Andlers Versicherung das hauptsächlichste Bestreben des Hofcommerzienrathes auf die Zusammenfassung der bisher befolgten, ganz verschiedenen Grundsätze in ein einheitliches System. Könnten daher auch, so meinte er, die Früchte einer solchen Bemühung für den Moment noch nicht so in die Augen springend sein als etwa bei der Gründung einer neuen Fabrik, so würden sie sich doch im Laufe der Zeit als nicht minder heilbringend erweisen. Das Mehrerträgniß der Zölle, die Steigerung des küstenländischen Seehandels um mehr als eine Million, die Förderung der Thätigkeit der Handelsgesellschaften, die Vorkehrungen zur Erleichterung und Ausdehnung der Schifffahrt sowohl zur See als auf den größeren Flüssen wurden von ihm als Resultate betont, deren Erreichung wenigstens zum Theile das Verdienst des Hofcommerzienrathes sei. Und auch Maria Theresia zeigte sich geneigt, dieß anzukennen, indem sie ihm erwiederte: „Der unter seinem Präsidio „erfolgte gute Fortgang und die mehrfältige neue Erhebung des „Commercialis gereichet zu Meiner besonderen Zufriedenheit".

Durch die letztere ließ sich jedoch Maria Theresia nicht abhalten von einem Schritte, den sie im Interesse des Handels und der Industrie

für nothwendig hielt. Hatte sie noch vor drei Jahren die Gründung einer obersten Behörde zur Besorgung der hierauf bezüglichen Geschäfte als nützlich betrachtet, so wollte sie dieselbe jetzt freilich nicht schon wieder beseitigen, aber doch ihre Leitung nicht länger in einer anderen Hand als in derjenigen wissen, der die innere Verwaltung des Staates überhaupt anvertraut war. Denn so wie in verschiedenen Provinzen, insbesondere in Böhmen, so mochte auch im Centrum des Reiches der oftmalige Zwiespalt der Meinungen zwischen den Administrativ- und den Commerzbehörden sich vielfach als nachtheilig erweisen. Maria Theresia dachte daher einen Augenblick an eine Vereinigung des Hofcommerzienrathes mit der böhmischen und österreichischen Hofkanzlei [709]). Dann aber ließ sie den Ersteren zwar selbstständig fortbestehen und beraubte ihn auch nicht seines Vorrechtes, ihr unmittelbar untergeordnet zu sein. Aber seine Leitung legte sie in die Hand des Hauptes der Hofkanzlei, des Obersten Kanzlers Grafen Rudolph Chotek. Im Falle seiner Verhinderung hatte jedoch nicht etwa der Vicekanzler Freiherr von Bartenstein, sondern der erste Hofrath bei dem Commerzienrathe, Graf Johann Karl Lichnowsky bei Letzterem die Stelle des Präsidenten zu vertreten [710]).

Es zeigte sich übrigens gar bald, wie wenig durch diese Verfügungen in der Sache selbst, um die es sich handelte, noch geschehen war. Immer dringender machte das Bedürfniß nach ausgiebiger Förderung des Handels und der Industrie sich geltend, aber immer größer wurde dagegen auch, wie es scheint, die Verschiedenheit der Meinungen über den Weg, der eingeschlagen werden sollte zur Erreichung dieses Zieles. Schon ist jener denkwürdigen Sitzung vom 17. April 1766 Erwähnung geschehen, in welcher Fürst Kaunitz mit großer Beredsamkeit gegen die übertriebene Belastung der Unterthanen mit Steuern sich aussprach, und wenigstens dort Erleichterungen empfahl, wo der Handel und die Industrie durch diese Ueberbürdung mit Abgaben ernstlich gefährdet erschienen. Als einen großen Irrthum bezeichnete er es, Industrieproducte des Auslandes mit sehr hohen Zöllen zu belegen oder sogar ihre Einfuhr in das Inland in der Absicht ganz zu verbieten, in demselben eigene Fabriken für die

betreffenden Industriezweige zu errichten. Die Erfahrung habe gelehrt, daß jederzeit die Bevölkerung im Ganzen und Großen es sei, welche die Kosten verkehrter Maßregeln tragen müsse. Meistens schmuggle dann der sogenannte Industrielle die Waare dennoch aus dem Auslande ein und verkaufe sie als sein eigenes Erzeugniß um einen doppelten Preis [711]).

Wie in so sehr vielen Punkten des äußeren und des inneren Staatslebens, stoßen wir auch jetzt wieder auf jenen tief eingewurzelten Gegensatz der Meinungen zwischen Kaiser Joseph und Kaunitz, dem wir oft schon begegneten. Fast an dem Tage, an welchem Kaunitz mit so großer Lebhaftigkeit gegen die Einfuhrverbote auf fremde Waaren sich aussprach, wurden diejenigen, welche bereits bestanden, ihrem vollen Umfange nach von dem Kaiser bestätigt [712]). Hiemit wurden alle Beschwerden, die aus verschiedenen Provinzen gegen dieselben eingelangt waren, aufs schroffste zurückgewiesen. Und in der weitläufigen Denkschrift vom Mai 1768, in welcher Joseph seinem Bruder Leopold ein umfassendes Bild von dem damaligen Zustande der österreichischen Monarchie und von den Regierungsmaßregeln entwirft, die seit dem Tode ihres Vaters, des Kaisers Franz, somit seit etwa drei Jahren ergriffen worden waren, widmet er den Handelssachen einen eigenen Abschnitt. Von vorneherein behauptet er, daß nach dem erschöpfenden Kriege, welchen Oesterreich gegen Preußen geführt, ihm nur durch günstige Handelsverhältnisse oder durch vortheilhafte Entwicklung der Industrie und der Landescultur die nöthige Erholung zu Theil werden könne. Aber er fügt auch hinzu, daß der Handel während jenes Zeitraumes durchaus keinen Aufschwung genommen habe. Hieran sei wohl zunächst die ungünstige Lage Oesterreichs Schuld, und sie werde einen ausgedehnten und vortheilhaften Handel nach dem Auslande wohl niemals gestatten. Denn Oesterreich besitze ja nur ein kleines Stückchen der adriatischen Seeküste und sei sonst nirgends vom Meere bespült, seine besten Provinzen befänden sich vielmehr weit von demselben entfernt. Auch kein schiffbarer Fluß führe von ihnen nach dem Meere. Die Kosten des Transportes der Waaren auf der Achse nach der Seeküste seien daher entweder ein ganz unüber

windliches Hinderniß für den Handel, oder der zu erzielende Gewinn werde doch durch sie außerordentlich vermindert. In den Nachbarstaaten Oesterreichs würden die von ihrer Bevölkerung benöthigten Waaren entweder selbst erzeugt, oder leichter und billiger aus Frankreich und England als aus Oesterreich bezogen. Die Verträge mit der Türkei endlich hätten die Einfuhr der Waaren von dort nach Oesterreich so sehr begünstigt, daß dieselbe die Ausfuhr beträchtlich übersteige, und außerdem würde sie von den Seemächten mit Waaren reichlich versehen.

Was ferner die österreichischen Industrieproducte betreffe, so werde es ungemein schwer halten, es zu erreichen, daß sie an Güte und Billigkeit denjenigen fremder Länder nur gleichkämen. Jene hätten außerdem das Vorurtheil für sich und ihre Fabriken bestünden schon seit sehr langer Zeit, während man in Oesterreich erst mit ihrer Errichtung beginne. Durch die allzu hohen Steuern werde der Preis der Lebensmittel und hiedurch der Arbeitslohn erhöht, während die übergroße Anzahl der Feiertage — indem auch die längst abgeschafften noch fortwährend beobachtet würden — für Oesterreich, im Vergleiche mit Deutschland und der Schweiz, eine sehr weitgehende Benachtheiligung nach sich ziehe. Endlich fehle es sowohl dem Staate als den einzelnen Kaufleuten an den nöthigen Mitteln zur Durchführung großer Unternehmungen, welche besonders im Anfange meistens viel Aufwand verursachten.

Müsse er nun auch die Schwierigkeiten, welche aus den inneren und den äußeren Verhältnissen Oesterreichs hervorgiengen, fast als unüberwindliche ansehen, so habe man sich doch nicht von der Anwendung einiger Heilmittel abschrecken lassen. Wer Fabriken, insbesondere zur Verarbeitung von Baumwolle zu errichten gedachte, sei durch namhafte Begünstigungen, ja sogar durch Geldunterstützung hiezu aufgemuntert worden. Nicht unbedeutende Summen habe man verwendet, um geschickte Arbeiter aus dem Auslande nach Oesterreich zu ziehen. Vieles sei zur Förderung der Seidencultur, und nicht ganz ohne Erfolg geschehen. Um die Weberei und die Spinnerei weiter zu verbreiten,

habe man zur Theilnahme an ihr die Bevölkerung nicht nur aufgemuntert, sondern sogar verpflichtet. Die Anpflanzung von Färbestoffen sei versucht worden, und bei einigen, insbesondere bei Krapp, auch gelungen.

„Um endlich", fährt Joseph fort, „unseren Fabriken im Inlande „die größte Unterstützung zu gewähren, und um das einzige Mittel „zu ihrer Errichtung zu bieten, sind die Verbote, die man gegen die „Einfuhr all der fremden Waaren erließ, welche auch in Oesterreich „erzeugt werden, durchaus nothwendig gewesen. Denn es lohnt sich „wohl der Mühe, eher einen Stoff zu tragen oder sich irgend eines „Gegenstandes, selbst von geringerer Güte zu bedienen, wenn er im „Innern des Landes verfertigt wurde, als von einem besseren Gebrauch „zu machen, wenn er aus dem Auslande kommt. In Befolgung dieses „Grundsatzes hat man die Einfuhr der meisten Waaren aus Wolle, Garn, „Baumwolle, Seide und Metall verboten. Die Annahme dieses Prin„zipes erfolgte jedoch nicht ohne Kampf, denn Einige wollten darthun, „der rücksichtswürdigste Theil der Bevölkerung in einem Staate, der „Landmann verliere dabei. Denn indem wir uns gleichsam von all „unseren Nachbarn dadurch lossagten, daß wir ihren Waaren den „Eingang bei uns versperrten, veranlaßten wir sie, sich von anderwärts „her mit Getreide und sonstigen Bodenproducten zu versorgen, welche „von allen Handelsobjecten ohne Zweifel die wichtigsten für den Staat „sind; durch ihren Absatz wird ja der Steuerzahlende zur Entrichtung „seiner Abgaben befähigt, während durch die Einfuhrverbote Niemand „als der Industrielle gewinnt. Nachdem man jedoch in einer eigens „hiezu abgehaltenen Commission alle Gründe dafür und dagegen aufs „reiflichste erwogen, hat man gefunden, daß die Einfuhrverbote als „die einzigen Stützpunkte für die neu entstehenden Fabriken durchaus „nicht unvereinbar seien mit dem Absatze des Getreides. Die seit einigen „Jahren schon vorhandenen Verbote, bei deren Bestande der Preis „des Getreides sich gleichwohl beträchtlich erhöhte, beweisen deutlich, „daß es an Käufern nicht fehlt."

Neuerdings der Meinung Ausdruck verleihend, der Handel Oesterreichs nach dem Auslande werde nie ein besonders vortheilhafter sein,

kommt der Kaiser darauf zurück, daß man nichts Besseres thun könne, als den Bedarf der Bevölkerung nach Waaren im Staate selbst zu erzeugen und zu diesem Ende dem Fabriksweſen so viel Begünstigung als nur immer möglich zu Theil werden zu lassen. Die Summe, welche schon jetzt von Staatswegen hierauf ausgegeben werde, veranschlagt er auf jährlich 200.000 Gulden. In der Feststellung eines guten Zolltarifs endlich und in gewissenhafter Leitung der Zollämter erblickt er die wichtigsten Förderungsmittel für den Handel; auf sie war nach seiner Versicherung das Augenmerk der Regierung in ganz besonderem Maße gerichtet. Und das Bestreben, die Grundsätze einer gesunden Volkswirthschaft zur Geltung, und dem Staate wie der Bevölkerung die Früchte hievon zu Gute kommen zu lassen, mag auch jetzt wieder den Anstoß gegeben haben zur Errichtung einer neuen Behörde. Am letzten Dezember 1768 erließ Maria Theresia den Befehl zur Einsetzung einer sogenannten Staatswirthschaftsdeputation. Schon ihr Name deutete darauf hin, daß sie sich mit Allem zu beschäftigen hatte, was die national-ökonomischen Interessen des Staates betraf, und darunter stand natürlich der Handel in vorderster Reihe. Die neue Behörde, bei welcher Chotek gleichfalls den Vorsitz erhielt, sollte keine eigenen Räthe besitzen, sondern nach Verlangen des Präsidenten von der Hofkammer, der Ministerial-Bancodeputation, der Hofrechnungskammer, dem Commerzienrathe, dem Hofkriegsrathe, endlich von der ungarischen und der siebenbürgischen Hofkanzlei mit Beisitzern beschickt werden. Alles was die Förderung der Staatswirthschaft im ganzen Umkreise der Monarchie, Ungarn und Siebenbürgen mit eingeschlossen, betraf, hatte sie in den Kreis ihrer Berathungen zu ziehen[713]). Auch das Zollwesen gehörte selbstverständlich hiezu, und am 30. Juni 1769 fand die Sitzung des Staatsrathes statt, in welcher die leitenden Grundsätze für dasselbe festgestellt wurden. Ein einheitlicher Tarif sollte für das ganze Reich eingeführt werden; sowohl die Aus- als die Durchfuhr wollte man nur wenig, ja die letztere in vielen Fällen gar nicht besteuern. Was jedoch die Einfuhr betraf, so gedachte man von den Roh- und den Hülfsstoffen einen geringen, von den Luxuswaaren hingegen einen hohen Zoll zu verlangen. Alle zu jener Zeit in sehr großer Anzahl bestehenden Monopole wollte man aufheben. Ein

Handels- und Seerecht so wie ein Edict für den Verkehr zur See beab sichtigte man ausarbeiten zu lassen und praktische Kaufleute den Com merzdeputationen und Handelsgerichten beizugesellen[714]).

Man sieht wohl, daß wenn auch die Ansichten, welche im Staats rathe die Oberhand gewannen, im Ganzen und Großen der Auffassung Josephs nicht fernstanden, sie doch an die volle Strenge der letzteren keineswegs hinanreichten. Aber es scheint fast, als ob auch der Kaiser seine Meinung allmälig wieder etwas geändert habe, und zu milderen Anschauungen hinneigte. Darum wurden auch die lebhaften Beschwerden der Kaufleute über die allzugroße Freigebigkeit mit Ausfuhrverboten nicht ganz unberücksichtigt gelassen. Von Joseph selbst mag die Auf stellung von Grundsätzen ausgegangen sein, welche bei derlei Prohibitiv maßregeln künftighin beobachtet werden sollten. Sobald man die Ein fuhr einer Waare verbieten wolle, habe man genau zu untersuchen, ob sie im Inlande in hinlänglicher Menge und in einer Güte so wie zu einem Preise verfertigt werde, daß sie dem fremden Fabrikate wenigstens annähernd gleichkomme. Auch möge man erwägen, ob sie nicht vollständig entbehrt oder durch eine andere Waare in vollkommener Weise ersetzt werden könne. Außerdem müsse man sich klar werden, ob das Ausland, dessen Fabrikat mit dem Einfuhrverbote belegt werde, nicht durch den gleichen Vorgang gegen eine österreichische Waare dem Handel mehr Schaden verursachen könne, als demselben aus dem beabsichtigten Verbote Nutzen bevorstehe. Und endlich sei zu erwägen, ob der Fremde, welcher die österreichische Waare kaufe und dafür seine eigene einführe, nach dem Verbote der letzteren seinen Bedarf nicht anderswoher beziehen könne. Sei man des Ersteren sicher und habe man die beiden letzteren Gefahren nicht zu besorgen, dann könne man mit der Erlassung des Einfuhrverbotes vorgehen. Man werde den Nutzen daraus ziehen, daß die Bevölkerung trotz ihres Vorurtheils für die fremde, wenn auch schlechtere Waare den Gewinn, welchen bisher die Ausländer gemacht, den Einheimischen zuwenden müsse. Aus diesem Gesichtspunkte möge man jedoch nicht allein die neu zu er lassenden, sondern auch die schon bestehenden Einfuhrverbote beur theilen. Die letzteren wären daher einer aufmerksamen Prüfung zu

unterziehen und je nach deren Ergebnisse entweder beizubehalten oder zu ändern.

Indem Maria Theresia auf Antrieb ihres Sohnes diese Grundsätze als Richtschnur des künftighin zu beobachtenden Verfahrens vorzeichnete, hielt sie dieselben auch für geeignet, dahin zu führen, daß in den Einfuhrverboten, in denen man nach ihrer Ansicht wohl etwas zu weit gegangen war, in Zukunft das rechte Maß beobachtet werde[715]). Wenn aber der Commerzienrath nun den Auftrag empfing, über die Abänderung oder die Beibehaltung jedes einzelnen Einfuhrverbotes mit sämmtlichen Landesbehörden eine Verhandlung zu eröffnen, so kann man wohl denken, wie langwierig und zeitraubend ein solches Verfahren erschien. Trotz persönlichen Drängens der Kaiserin[716]) verging fast ein Jahr, bis endlich, und zwar im Mai 1773 der Commerzienrath ihr seine Vorschläge wegen Aufhebung oder Ermäßigung verschiedener Einfuhrverbote vorlegen konnte[717]). Auch jetzt wieder standen die beiden Parteien, und zwar bis in ihre äußersten Schattirungen einander gegenüber. Auf der einen Seite ging Graf Karl Zinzendorf, damals Hofrath beim Commerzienrathe, ein jüngerer Bruder des Präsidenten der Rechnungskammer, wohl am weitesten, indem er in einer eigenen Denkschrift die völlige Aufhebung aller Einfuhrverbote verlangte. An Stelle derselben gedachte er einen allgemeinen Eingangszoll von fünfzehn bis zwanzig Procent auf sämmtliche Waaren zu setzen, aber er fand mit solchen Vorschlägen nur sehr geringen Anklang bei seinen Collegen. Der von ihm aufgestellte Grundsatz, durch die Einfuhrverbote werde der Handel zerstört, der Kaufmannsstand zu Grunde gerichtet und alle Speculation vernichtet, während mäßige und sich gleichbleibende Tarifsätze nicht eben solche Nachtheile nach sich zögen, hatte von Seite des Commerzienrathes lebhafte Anfeindung zu erfahren, und ein großer Theil des Berichtes dieser Behörde an die Kaiserin ist nur der Bekämpfung der Anträge Zinzendorfs gewidmet.

Ein anderer, und zwar ein hochverdienter Staatsdiener, der Hofrath von Raab stand mit seinen Ansichten denjenigen Zinzendorfs am nächsten. Auch er versprach sich von Zöllen, welche je nach

„wan die schuld khlar ist, so mus sie wie all andere tractirt „werden; ich will aber keinesweegs eine solche ansehnliche summe „neüerdings erwecken. wan keine schulden, keine famille zu besorgen „hätte, so kunte solche generositætten begehen, also aber gedencke „keineswegs mich zu was anheischig zu machen, mehrers als bis jetzund „geschehen. schlick hat schonn gnaden empfangen und kan noch weitere „verdienen und erwarten“ [707]).

Ein anderes Mal handelte es sich um eine aus dem Testamente der Kaiserin Anna, Gemalin des Kaisers Mathias, herrührende Forderung des Wiener Bürgerspitals an den Staatsschatz. Die Hofkammer rieth zu definitiver Abweisung, Maria Theresia entgegnete jedoch: „weillen es umb eine cameralschuld zu thun, trauete mich nicht, „so darüber zu passirn. es wäre also einer von der camer, buchhalterey „und einer der stifftungsbuchhalterey als Vertretter des spitahls mit „dem superintendenten und spittelmeister zusam zu tretten, welchen „alle originalien zu producirn, die camer in archiven besser nach„sehen zu lassen und mir sodan alles vorzulegen.“

fuhrverbote doch nicht zum Stillstande gebracht. Allerdings werden wir gewahr, wie ihnen jetzt Joseph wieder mit der früheren Lebhaftigkeit das Wort spricht[718]), aber auch die freisinnigere Richtung wird nicht nur von Kaunitz fortan eifrig verfochten, sondern sie gewinnt an einem verhältnißmäßig noch jungen Manne, dem Grafen Philipp Cobenzl, einen neuen und beachtenswerthen Vertreter.

Im Jahre 1741 geboren, hatte Cobenzl seine ersten Schritte auf der amtlichen Laufbahn in den österreichischen Niederlanden zurückgelegt, und war dort rasch bis zur Stelle eines Staatsrathes gelangt. Im Jahre 1767 nach Wien übersiedelt, wurde er zuerst dem damaligen Präsidenten der Hofkammer und der Ministerial-Bancodeputation, Grafen Hatzfeldt zur Dienstleistung zugetheilt[719]). Nach einigen Jahren zum Hofrathe bei der letzteren Behörde und zum Director des Mauthdepartements ernannt, erhielt er im Jahre 1773 die Stelle eines Vicepräsidenten bei der Ministerial-Bancodeputation.

Wahrscheinlich ist es, daß Cobenzl diese rasche Beförderung wenigstens zum Theile der freundschaftlichen Verbindung seiner Familie mit Kaunitz verdankte. Aber nicht ganz ohne Einfluß hierauf mochte es auch sein, daß er in seinen volkswirthschaftlichen Anschauungen, und mit Arbeiten in diesem Fache beschäftigte er sich mit Vorliebe, denjenigen des Staatskanzlers sich anschloß. Auch Cobenzl trat nun für die Annahme freisinnigerer Grundsätze ein, und Maria Theresia selbst widmete, wie wir aus ihren eigenen Worten erfahren, seinen Bestrebungen wohlwollende Theilnahme. „vor allen wäre", schrieb sie im März 1774 an Kaunitz[720]), „cobenzel auffzumuntern, sich der „sache zu unterzihen." Und wie fast immer, so auch jetzt wieder ein schmeichelhaftes Wort für den Staatskanzler hinzufügend, fuhr sie fort: „bin jetzund noch ruhiger, weillen es fürsten aprobation hat".

Ebenso war es Kaunitz, welcher der Kaiserin in Folge ihrer Aufforderung den Entwurf der Entscheidung vorlegte, durch die eine Anzahl der drückendsten Einfuhrverbote aufgehoben werden sollte. „bin „obligirt", schrieb Maria Theresia eigenhändig auf des Staatskanzlers Bericht[721]), „finde es unverbesserlich wie gewöhnlich, was von ihme

„fürsten komt." Aber obgleich dieß schon im April 1774 geschah, erfolgte die wirkliche Aufhebung jener Einfuhrverbote doch erst im October. Im folgenden Jahre trat Cobenzl mit einem vollständigen Systeme hervor, welches freilich wieder auf die heftigsten Anfeindungen stieß; insbesondere wurde es von dem Präsidenten der Hofkammer, Grafen Kolowrat lebhaft bekämpft.

Cobenzls Anträge lassen sich dahin zusammenfassen, daß alle inneren Zölle mit Ausnahme der gegen Ungarn und gewisser Gebühren auf Wein und auf Vieh aufzuheben wären. Gleichzeitig sollten alle ständischen und Privatmauthen sowie eine lange Reihe von Localgebühren fallen. Eine große Anzahl von Einfuhrverboten wurde in zwanzigprocentige Zölle verwandelt, das Zollverfahren erleichtert und die Behandlung der Reisenden zu einer weit günstigeren und rücksichtsvolleren gemacht.

Die wichtigsten Einwendungen Kolowrats gegen diese Vorschläge bestanden in der Behauptung, der Ausfall für die Finanzen werde mehr als drei Millionen betragen, die Ausgabe für die Verwaltung hingegen eine beträchtliche Steigerung erfahren. Dennoch nahm der Staatsrath, und zwar einstimmig für die freisinnigere Anschauung Partei, und bereitwillig schloß sich auch Maria Theresia derselben an. Mit Freude sehe sie, so lautete ihre Entscheidung, endlich einmal das so lang schon gewünschte Werk glücklich zu Stande gebracht[722]).

Eine der wirkungsvollsten Maßregeln, dem Handel größeren Aufschwung zu verleihen, wurde zu allen Zeiten in der Anlegung befriedigender Communicationswege erblickt. Die Erbauung von Straßen und die Regulirung der schiffbaren Flüsse kamen hiebei für ein Binnenland wie Oesterreich fast ausschließlich in Betracht. Es kann nicht behauptet werden, daß in ersterer Beziehung gar nichts geschehen sei, und man darf, um nur einen einzigen Fall zu erwähnen, bloß auf die Carolinenstraße hinweisen, nach Karl VI. so benannt, zu deren Erbauung schon während der Regierung dieses Kaisers der Anfang gemacht worden war; sie sollte die Häfen an der Ostküste des adriatischen Meeres, Porto Ré, Buccari und Fiume mit Ungarn

verbinden und dadurch diesem Lande eine leichtere und raschere Ausfuhr nach der See öffnen. Maria Theresia ließ die Straße verbessern und in ihrem croatischen Theile vollenden. Außerdem trachtete sie durch Ansiedlungen die bisher menschenleeren Gegenden zu bevölkern, welche die Carolinenstraße durchzog, denn es war nothwendig, den Fuhrleuten Unterkunft und die Möglichkeit zu verschaffen, für sich selbst und ihre Zugthiere Nahrung zu finden, ja bei einem Unfalle die letzteren zu ersetzen[723]).

Auch auf anderen Punkten wurde ähnliche Fürsorge getroffen, aber freilich dem Bedürfniß manchmal, wie bereits gesagt wurde[724]), nur in recht ungenügendem Maße entsprochen. Nicht viel besser mag es auf dem Gebiete der Wasserbauten ausgesehen haben, doch wurden auch diese nicht völlig vernachlässigt. Was Oesterreichs Hauptstrom, die Donau betraf, so wurden schon seit 1762 Berathungen gepflogen, um sich über die Vorkehrungen zur Hinwegräumung der Hindernisse klar zu werden, welche sich der Schifffahrt auf dem die innere Stadt Wien berührenden Donaucanale entgegenstellten. Außerdem wollte man die nachtheiligen Windungen beseitigen, welche der große Strom einschlug, ihn in eine geradere Linie bringen, endlich die Ufer gegen das Einreißen des Wassers und die Ueberschwemmungen schützen. Der eigens aus Triest nach Wien berufene Ingenieur Fremaut legte zu diesem Ende einen Plan vor, dessen Durchführungskosten er auf 645.000 Gulden veranschlagte. Ungleich billiger wäre die Verwirklichung der Entwürfe des ungarischen Cameralingenieurs Hubert zu stehen gekommen, welcher nur 267.000 Gulden verlangte.

In den Jahren 1769 bis 1773 führte Hubert Schutzbauten für das Marchfeld und die an dem Donaucanale gelegenen Vorstädte Wiens aus; auch der sogenannte „große Sporn" bei Nußdorf, der hauptsächlich bezweckte, eine ausreichende Wassermenge in den Canal einströmen zu machen, rührte von ihm her. Man lobte an Hubert, daß seine Arbeiten, deren Kosten er im voraus auf fast 80.000 Gulden berechnet hatte, auf wenig mehr als auf 50.000 Gulden zu stehen kamen. Auch gegen die Richtigkeit des von ihm aufgestellten Systems,

demzufolge man dem Anprall des Wassers niemals offenen Widerstand leisten, sondern ihn zur Herbeiführung günstigerer Resultate dienstbar machen sollte, wurde keine Einwendung erhoben, sondern dasselbe vielmehr als zweckmäßig erkannt. Von einer eigens hiezu niedergesetzten Commission, welche aus dem General Spallart, dem Obersten Brequin, dem Abbé Marcy und dem Hofmathematicus Nagel bestand, wurde dieser, den Vorschlägen Huberts günstige Ausspruch gefällt. Nachdem ihnen auch der General Baron Bechard beigepflichtet hatte, genehmigte die Kaiserin die Uebertragung der projectirten Arbeiten an Hubert[725]), doch scheint er mit ihrer Durchführung niemals weit gekommen zu sein.

Bei diesem Anlasse wird wohl erwähnt werden dürfen, daß Maria Theresia auch auf Erleichterung der Schifffahrt auf den ungarischen Flüssen bedacht war; nach ihrer eigenen Versicherung hat sie namhafte Summen hierauf verwendet. Aber sie gab auch zu, daß diese Auslage aus Mangel eines systematischen Vorganges lange Zeit hindurch eine fruchtlose blieb. Solchem Uebel zu steuern, legte sie im März 1771 die Leitung der ganzen Angelegenheit in die Hände des Hofrathes von Raab[726]); der Ingenieur Hubert wurde ihm beigesellt. Raab sollte die verschiedenen Flüsse, und zwar nicht nur die Donau von Wien bis Semlin, sondern auch die übrigen, in Ungarn und dessen jetzigen Nebenländern befindlichen größeren Flüsse befahren und sich mit den betreffenden Comitatsbehörden und Militärcommanden über die Maßregeln verständigen, die zur Beseitigung der Hindernisse der Schifffahrt getroffen werden mußten; unter seiner Leitung sollte Hubert die erforderlichen Bauten ausführen.

Im Jahre 1773 ging Maria Theresia noch einen Schritt weiter. Unter der Oberaufsicht des durch seine Arbeiten auf dem Gebiete der Mechanik und der Hydraulik rühmlich bekannt gewordenen Exjesuiten Joseph Walcher errichtete sie eine eigene Navigationsdirection. Neue Ingenieure stellte sie bei ihr an; unablässig sollten sie die Donau von Passau bis Belgrad bereisen und die eingetretenen Veränderungen und Beschädigungen überwachen[727]). Und im Jahre 1779 wurde ein

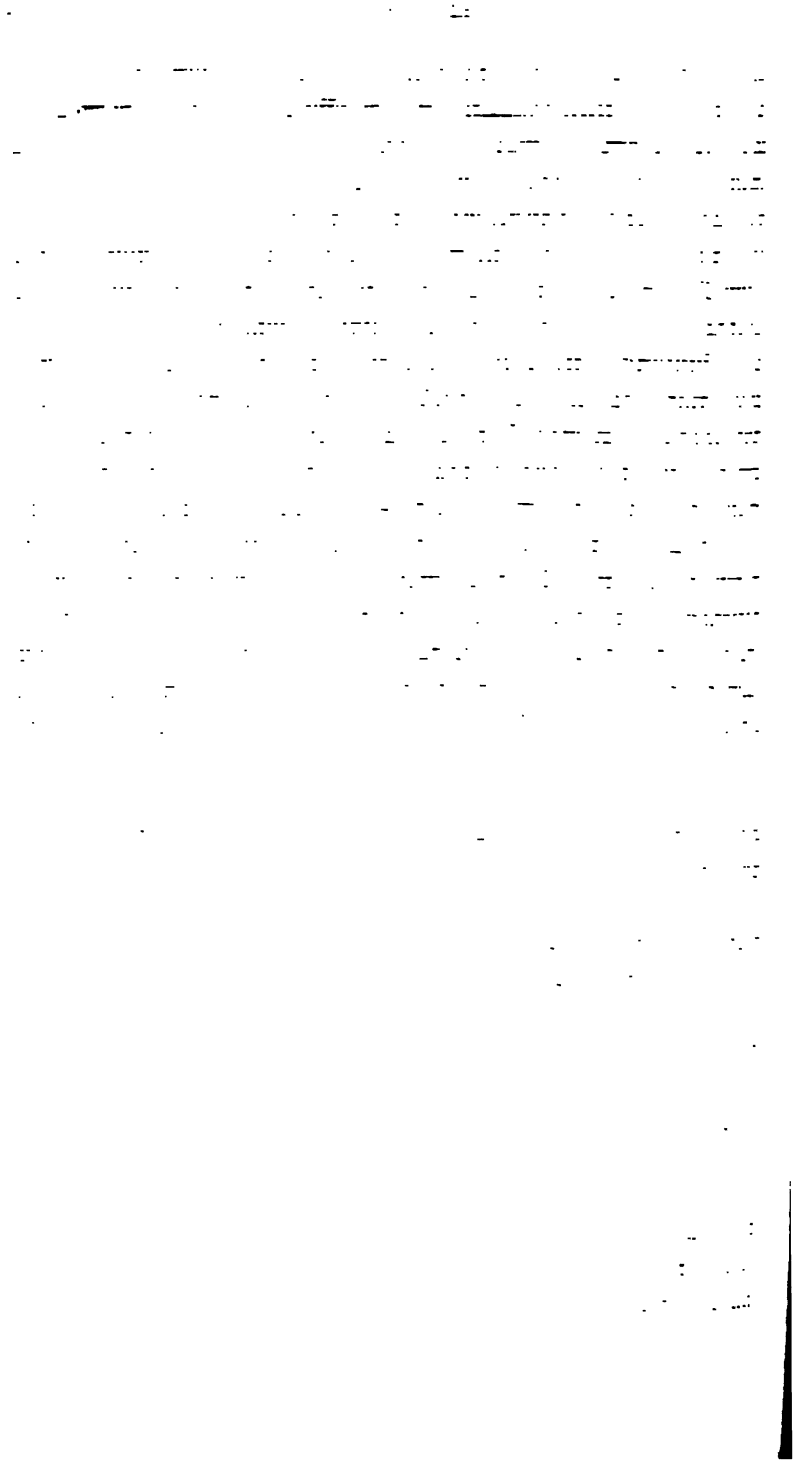
eigener Navigationsdirector für Ungarn sammt dem erforderlichen Personal aufgestellt, um die Hindernisse der Schifffahrt auf der Donau möglichst aus dem Wege zu räumen [728]).

Aber selbst wenn deren Beseitigung — und man war noch weit genug von der Erreichung dieses Zieles entfernt — wirklich gelungen wäre, so war damit für die Belebung der Schifffahrt und für den hiedurch herbeizuführenden Aufschwung des Handels noch nicht das Wichtigste gethan. Es fehlte an unternehmungslustigen und zugleich sachverständigen Leuten sowie an den beträchtlichen Summen, deren man zu glücklicher Durchführung weitaussehender und großartig angelegter Projecte ohne Zweifel bedurfte. Was der Einzelne nicht vermochte, trachtete man durch das vereinigte Wirken Mehrerer zu erreichen. Eifrigst bemühte man sich, eine Gesellschaft zusammen zu bringen, welche den Handel auf der Donau bis nach der Türkei, ja über das Schwarze Meer nach Asien hin betreibe. Und in der That hatten im September 1777 schon mehrere Capitalisten zur Gründung einer solchen Gesellschaft ansehnliche Geldsummen hinterlegt [729]).

Ehe dieselbe wirklich zu Stande kam, wurde durch einen Einzelnen, den überaus thätigen Banquier Freiherrn von Fries ein solcher Versuch gewagt. Er erklärte sich bereit, ein mit österreichischen Waaren beladenes Schiff auf seine Kosten und Gefahr nach der Türkei abzusenden, wenn ihm ein solches vom Staate zur Verfügung gestellt würde. Kaunitz bat die Kaiserin, hiezu leihweise das Schiff zu bestimmen, welches vor einigen Jahren erbaut worden sei, um sie selbst nach Ofen zu führen [730]). Maria Theresia aber antwortete hierauf:

„ich weis gahr nichts von einen schiff, das solle vorhanden sein; „obriststahlmeister wäre darumb zu befragen. habe kein bedenckhen, es „zu geben, dan mich wird keines mehr führen."

Das von dem Freiherrn von Fries unternommene Wagestück gelang wirklich. In Preßburg mit Roheisen und mit Waaren aus diesem Metalle, dann mit Tuch, Glas und Porzellan beladen, gelangte das Schiff glücklich auf türkisches Gebiet, ja mit Ueberwindung



„des commerce deren tyrcken", schrieb sie ihm einmal[733]), „habe „Gottmann sowohl als gaya, der hier ihre sachen sehr gutt tractirt, „dise auffsätze machen lassen; sie seind von der gröſten wichtigkeit, „dan in die länge, wan nicht bald einhalt geschihet, alles geld und „comerce an sich zihen und uns in die gröſte verlegenheit setzen „werden, wo gewis wird ein Krieg entstehen müssen. verlange also „seine meinung in diser häcklichen sache, wie sich zu verhalten, was „vor principia festzusetzen?" Und kaum ein paar Monate später[734]) bemerkte die Kaiserin neuerdings gegen Kaunitz: „es kommt jetzt zu offt, „das man bilig zu förchten hat, das endlich die summen so steigen „werden, das dem staat sehr verkleinerlich und hart fallen wird, indeme „in hungern selbe alles comerce an sich ziehen und nöthig wäre, „darüber, wo es noch an der Zeit, principia festzusetzen, die alle „weitere widrige folgen verhindern können."

Bei dieser Gesinnung der Kaiserin, welcher auch Kaunitz beistimmte, braucht wohl kaum angeführt zu werden, daß die österreichische Internuntiatur in Constantinopel durch eine lange Reihe von Jahren mit Aufträgen überhäuft wurde, die Pforte zu Zugeständnissen zu bewegen, die durch das Interesse des österreichischen Handels gefordert wurden. Aber es kann nicht gesagt werden, daß man mit solchen Schritten irgendwie glücklich gewesen wäre. In allen Punkten stieß man bei der Pforte nur auf beharrlichen Widerstand. Von dem freien Eintritte österreichischer Fahrzeuge auf türkisches Gebiet, von der Hinwegräumung der schwer zu besiegenden Hindernisse beim eisernen Thore, von der Freigebung der Schifffahrt auf dem Schwarzen Meere wollte sie nichts wissen. An ihr lag die Hauptschuld, wenn der Handel auf der Donau während der Regierung der Kaiserin Maria Theresia nicht jenen Aufschwung nahm, den man in Oesterreich aufs dringendste wünschte.

Von den Nebenflüssen der Donau waren es insbesondere die Save und die in sie einmündende Culpa, denen man in Wien am meisten Aufmerksamkeit schenkte. Nicht allein für Ungarn, sondern für Oesterreich selbst hoffte man aus der Schiffbarmachung dieser

zahlloser Hindernisse, welche die türkischen Behörden sowohl als die Schwierigkeiten der Schifffahrt ihm entgegenstellten, bis in das Schwarze Meer[731]). Aber der einmalige günstige Erfolg bot noch gar keine Bürgschaft, um Aehnliches dauernd unternehmen zu können. Hiezu wäre es nöthig gewesen, den österreichischen Handel nach der Türkei definitiv von den Fesseln zu befreien, in die er durch die Tractate mit der Pforte geschlagen war. Wie genau Maria Theresia persönlich diese Verhältnisse kannte und wie klar sie die Nachtheile beurtheilte, welche die in den Verträgen begründeten Hemmnisse des Handels der Oesterreicher nach der Türkei und vielleicht mehr noch die den Türken bei ihrem Handel nach und in Oesterreich zugestandenen Privilegien nach sich zogen, ist aus vielfachen Bemerkungen der Kaiserin deutlich zu ersehen. Im April 1764 trug Kaunitz ihr vor, daß einem handeltreibenden Türken wegen Abgang des nöthigen Freipasses zu Peterwardein ein Betrag von fast fünfhundert Thalern abgenommen worden sei. Obgleich dieses Verfahren den bestehenden Vorschriften entsprach, rieth Kaunitz doch zur Nachsicht, und zwar um so mehr, als hiedurch dem Pascha Mehmed von Belgrad eine besondere Berücksichtigung zu Theil werden würde[732]). Maria Theresia aber erwiederte hierauf mit eigener Hand:

„der tyrck nehmet nichts alß eine gefälligkeit, wohl aber alß eine „schuldigkeit oder sorge oder forcht an, mithin muß mit selben gantz „anders alß all andere nationen gehandelt werden. sie haben ohne „dem allen nutzen des comerce und gehen täglich weiter. in disen „fall will es noch erlauben; man kan aber nicht genug in allen „künftigen fällen genau auff die reguln, tarifen und dreyßigst halten, „welches nothwendig ist, penckler zu seiner direction sowohl alß daß er „es denen tyrcken, besonders achmet errinere, das künfftig er die „leüt mehr anhalten solle zur ordnung und in kein fall mehr ihnen „solle das wort sprechen."

Der Gedanke, daß fast aller Nutzen des Handels zwischen den Oesterreichern und den Türken den Letzteren zu Gute komme, kehrt auch in anderen Mittheilungen der Kaiserin an Kaunitz wieder. „wegen

„des commerce deren tyrcken", schrieb sie ihm einmal[733]), „habe „Gottmann sowohl als gaya, der hier ihre sachen sehr gutt tractirt, „dise auffsätze machen lassen; sie seind von der gröſten wichtigkeit, „dan in die länge, wan nicht bald einhalt geschihet, alles geld und „comerce an sich zihen und uns in die gröſte verlegenheit setzen „werden, wo gewis wird ein Krieg entstehen müssen. verlange also „seine meinung in diser häcklichen sache, wie sich zu verhalten, was „vor principia festzusetzen?" Und kaum ein paar Monate später[734]) bemerkte die Kaiserin neuerdings gegen Kaunitz: „es kommt jetzt zu offt, „das man bilig zu förchten hat, das endlich die summen so steigen „werden, das dem staat sehr-verkleinerlich und hart fallen wird, indeme „in hungern selbe alles comerce an sich ziehen und nöthig wäre, „darüber, wo es noch an der Zeit, principia festzusetzen, die alle „weitere widrige folgen verhindern können."

Bei dieser Gesinnung der Kaiserin, welcher auch Kaunitz beistimmte, braucht wohl kaum angeführt zu werden, daß die österreichische Internuntiatur in Constantinopel durch eine lange Reihe von Jahren mit Aufträgen überhäuft wurde, die Pforte zu Zugeständnissen zu bewegen, die durch das Interesse des österreichischen Handels gefordert wurden. Aber es kann nicht gesagt werden, daß man mit solchen Schritten irgendwie glücklich gewesen wäre. In allen Punkten stieß man bei der Pforte nur auf beharrlichen Widerstand. Von dem freien Eintritte österreichischer Fahrzeuge auf türkisches Gebiet, von der Hinwegräumung der schwer zu besiegenden Hindernisse beim eisernen Thore, von der Freigebung der Schifffahrt auf dem Schwarzen Meere wollte sie nichts wissen. An ihr lag die Hauptschuld, wenn der Handel auf der Donau während der Regierung der Kaiserin Maria Theresia nicht jenen Aufschwung nahm, den man in Oesterreich aufs dringendste wünschte.

Von den Nebenflüssen der Donau waren es insbesondere die Save und die in sie einmündende Culpa, denen man in Wien am meisten Aufmerksamkeit schenkte. Nicht allein für Ungarn, sondern für Oesterreich selbst hoffte man aus der Schiffbarmachung dieser

demzufolge man dem Anprall des Wassers niemals offenen Widerstand leisten, sondern ihn zur Herbeiführung günstigerer Resultate dienstbar machen sollte, wurde keine Einwendung erhoben, sondern dasselbe vielmehr als zweckmäßig erkannt. Von einer eigens hiezu niedergesetzten Commission, welche aus dem General Spallart, dem Obersten Brequin, dem Abbé Marcy und dem Hofmathematicus Nagel bestand, wurde dieser, den Vorschlägen Huberts günstige Ausspruch gefällt. Nachdem ihnen auch der General Baron Bechard beigepflichtet hatte, genehmigte die Kaiserin die Uebertragung der projectirten Arbeiten an Hubert [725]), doch scheint er mit ihrer Durchführung niemals weit gekommen zu sein.

Bei diesem Anlasse wird wohl erwähnt werden dürfen, daß Maria Theresia auch auf Erleichterung der Schifffahrt auf den ungarischen Flüssen bedacht war; nach ihrer eigenen Versicherung hat sie namhafte Summen hierauf verwendet. Aber sie gab auch zu, daß diese Auslage aus Mangel eines systematischen Vorganges lange Zeit hindurch eine fruchtlose blieb. Solchem Uebel zu steuern, legte sie im März 1771 die Leitung der ganzen Angelegenheit in die Hände des Hofrathes von Raab [726]); der Ingenieur Hubert wurde ihm beigesellt. Raab sollte die verschiedenen Flüsse, und zwar nicht nur die Donau von Wien bis Semlin, sondern auch die übrigen, in Ungarn und dessen jetzigen Nebenländern befindlichen größeren Flüsse befahren und sich mit den betreffenden Comitatsbehörden und Militärcommanden über die Maßregeln verständigen, die zur Beseitigung der Hindernisse der Schifffahrt getroffen werden mußten; unter seiner Leitung sollte Hubert die erforderlichen Bauten ausführen.

Im Jahre 1773 ging Maria Theresia noch einen Schritt weiter. Unter der Oberaufsicht des durch seine Arbeiten auf dem Gebiete der Mechanik und der Hydraulik rühmlich bekannt gewordenen Exjesuiten Joseph Walcher errichtete sie eine eigene Navigationsdirection. Neue Ingenieure stellte sie bei ihr an; unablässig sollten sie die Donau von Passau bis Belgrad bereisen und die eingetretenen Veränderungen und Beschädigungen überwachen [727]). Und im Jahre 1779 wurde ein

eigener Navigationsdirector für Ungarn sammt dem erforderlichen Personal aufgestellt, um die Hindernisse der Schifffahrt auf der Donau möglichst aus dem Wege zu räumen [728]).

Aber selbst wenn deren Beseitigung — und man war noch weit genug von der Erreichung dieses Zieles entfernt — wirklich gelungen wäre, so war damit für die Belebung der Schifffahrt und für den hiedurch herbeizuführenden Aufschwung des Handels noch nicht das Wichtigste gethan. Es fehlte an unternehmungslustigen und zugleich sachverständigen Leuten sowie an den beträchtlichen Summen, deren man zu glücklicher Durchführung weitaussehender und großartig angelegter Projecte ohne Zweifel bedurfte. Was der Einzelne nicht vermochte, trachtete man durch das vereinigte Wirken Mehrerer zu erreichen. Eifrigst bemühte man sich, eine Gesellschaft zusammen zu bringen, welche den Handel auf der Donau bis nach der Türkei, ja über das Schwarze Meer nach Asien hin betreibe. Und in der That hatten im September 1777 schon mehrere Capitalisten zur Gründung einer solchen Gesellschaft ansehnliche Geldsummen hinterlegt [729]).

Ehe dieselbe wirklich zu Stande kam, wurde durch einen Einzelnen, den überaus thätigen Banquier Freiherrn von Fries ein solcher Versuch gewagt. Er erklärte sich bereit, ein mit österreichischen Waaren beladenes Schiff auf seine Kosten und Gefahr nach der Türkei abzusenden, wenn ihm ein solches vom Staate zur Verfügung gestellt würde. Kaunitz bat die Kaiserin, hiezu leihweise das Schiff zu bestimmen, welches vor einigen Jahren erbaut worden sei, um sie selbst nach Ofen zu führen [730]). Maria Theresia aber antwortete hierauf:

„ich weis gahr nichts von einen schiff, das solle vorhanden sein; „obriststahlmeister wäre darumb zu befragen. habe kein bedenckhen, es „zu geben, dan mich wird keines mehr führen."

Das von dem Freiherrn von Fries unternommene Wagestück gelang wirklich. In Preßburg mit Roheisen und mit Waaren aus diesem Metalle, dann mit Tuch, Glas und Porzellan beladen, gelangte das Schiff glücklich auf türkisches Gebiet, ja mit Ueberwindung

zahlloser Hindernisse, welche die türkischen Behörden sowohl als die Schwierigkeiten der Schifffahrt ihm entgegenstellten, bis in das Schwarze Meer[731]). Aber der einmalige günstige Erfolg bot noch gar keine Bürgschaft, um Aehnliches dauernd unternehmen zu können. Hiezu wäre es nöthig gewesen, den österreichischen Handel nach der Türkei definitiv von den Fesseln zu befreien, in die er durch die Tractate mit der Pforte geschlagen war. Wie genau Maria Theresia persönlich diese Verhältnisse kannte und wie klar sie die Nachtheile beurtheilte, welche die in den Verträgen begründeten Hemmnisse des Handels der Oesterreicher nach der Türkei und vielleicht mehr noch die den Türken bei ihrem Handel nach und in Oesterreich zugestandenen Privilegien nach sich zogen, ist aus vielfachen Bemerkungen der Kaiserin deutlich zu ersehen. Im April 1764 trug Kaunitz ihr vor, daß einem handeltreibenden Türken wegen Abgang des nöthigen Freipasses zu Peterwardein ein Betrag von fast fünfhundert Thalern abgenommen worden sei. Obgleich dieses Verfahren den bestehenden Vorschriften entsprach, rieth Kaunitz doch zur Nachsicht, und zwar um so mehr, als hiedurch dem Pascha Mehmed von Belgrad eine besondere Berücksichtigung zu Theil werden würde[732]). Maria Theresia aber erwiederte hierauf mit eigener Hand:

„der tyrck nehmet nichts alß eine gefälligkeit, wohl aber alß eine „schuldigkeit oder sorge oder forcht an, mithin muß mit selben gantz „anders alß all andere nationen gehandelt werden. sie haben ohne„dem allen nutzen des comerce und gehen täglich weiter. in disen „fall will es noch erlauben; man kan aber nicht genug in allen „künftigen fällen genau auff die reguln, tarifen und dreyßigst halten, „welches nothwendig ist, penckler zu seiner direction sowohl alß daß er „es denen tyrcken, besonders achmet erinere, das künfftig er die „leüt mehr anhalten solle zur ordnung und in kein fall mehr ihnen „solle das wort sprechen."

Der Gedanke, daß fast aller Nutzen des Handels zwischen den Oesterreichern und den Türken den Letzteren zu Gute komme, kehrt auch in anderen Mittheilungen der Kaiserin an Kaunitz wieder. „wegen

„des commerce deren tyrcken", schrieb sie ihm einmal[733]), „habe „Gottmann sowohl als gaya, der hier ihre sachen sehr gutt tractirt, „dise auffsätze machen lassen; sie seind von der gröſten wichtigkeit, „dan in die länge, wan nicht bald einhalt geschihet, alles geld und „comerce an sich zihen und uns in die gröſte verlegenheit setzen „werden, wo gewis wird ein Krieg entstehen müssen. verlange also „seine meinung in diser häcklichen sache, wie sich zu verhalten, was „vor principia festzusetzen?" Und kaum ein paar Monate später[734]) bemerkte die Kaiserin neuerdings gegen Kaunitz: „es kommt jetzt zu offt, „das man bilig zu förchten hat, das endlich die summen so steigen „werden, das dem staat sehr-verkleinerlich und hart fallen wird, indeme „in hungern selbe alles comerce an sich ziehen und nöthig wäre, „darüber, wo es noch an der Zeit, principia festzusetzen, die alle „weitere widrige folgen verhindern können."

Bei dieser Gesinnung der Kaiserin, welcher auch Kaunitz beistimmte, braucht wohl kaum angeführt zu werden, daß die österreichische Internuntiatur in Constantinopel durch eine lange Reihe von Jahren mit Aufträgen überhäuft wurde, die Pforte zu Zugeständnissen zu bewegen, die durch das Interesse des österreichischen Handels gefordert wurden. Aber es kann nicht gesagt werden, daß man mit solchen Schritten irgendwie glücklich gewesen wäre. In allen Punkten stieß man bei der Pforte nur auf beharrlichen Widerstand. Von dem freien Eintritte österreichischer Fahrzeuge auf türkisches Gebiet, von der Hinwegräumung der schwer zu besiegenden Hindernisse beim eisernen Thore, von der Freigebung der Schifffahrt auf dem Schwarzen Meere wollte sie nichts wissen. An ihr lag die Hauptschuld, wenn der Handel auf der Donau während der Regierung der Kaiserin Maria Theresia nicht jenen Aufschwung nahm, den man in Oesterreich aufs dringendste wünschte.

Von den Nebenflüssen der Donau waren es insbesondere die Save und die in sie einmündende Culpa, denen man in Wien am meisten Aufmerksamkeit schenkte. Nicht allein für Ungarn, sondern für Oesterreich selbst hoffte man aus der Schiffbarmachung dieser

demzufolge man dem Anprall des Wassers niemals offenen Widerstand leisten, sondern ihn zur Herbeiführung günstigerer Resultate dienstbar machen sollte, wurde keine Einwendung erhoben, sondern dasselbe vielmehr als zweckmäßig erkannt. Von einer eigens hiezu niedergesetzten Commission, welche aus dem General Spallart, dem Obersten Brequin, dem Abbé Marcy und dem Hofmathematicus Nagel bestand, wurde dieser, den Vorschlägen Huberts günstige Ausspruch gefällt. Nachdem ihnen auch der General Baron Bechard beigepflichtet hatte, genehmigte die Kaiserin die Uebertragung der projectirten Arbeiten an Hubert[725]), doch scheint er mit ihrer Durchführung niemals weit gekommen zu sein.

Bei diesem Anlasse wird wohl erwähnt werden dürfen, daß Maria Theresia auch auf Erleichterung der Schifffahrt auf den ungarischen Flüssen bedacht war; nach ihrer eigenen Versicherung hat sie namhafte Summen hierauf verwendet. Aber sie gab auch zu, daß diese Auslage aus Mangel eines systematischen Vorganges lange Zeit hindurch eine fruchtlose blieb. Solchem Uebel zu steuern, legte sie im März 1771 die Leitung der ganzen Angelegenheit in die Hände des Hofrathes von Raab[726]); der Ingenieur Hubert wurde ihm beigesellt. Raab sollte die verschiedenen Flüsse, und zwar nicht nur die Donau von Wien bis Semlin, sondern auch die übrigen, in Ungarn und dessen jetzigen Nebenländern befindlichen größeren Flüsse befahren und sich mit den betreffenden Comitatsbehörden und Militärcommanden über die Maßregeln verständigen, die zur Beseitigung der Hindernisse der Schifffahrt getroffen werden mußten; unter seiner Leitung sollte Hubert die erforderlichen Bauten ausführen.

Im Jahre 1773 ging Maria Theresia noch einen Schritt weiter. Unter der Oberaufsicht des durch seine Arbeiten auf dem Gebiete der Mechanik und der Hydraulik rühmlich bekannt gewordenen Exjesuiten Joseph Walcher errichtete sie eine eigene Navigationsdirection. Neue Ingenieure stellte sie bei ihr an; unabläßig sollten sie die Donau von Passau bis Belgrad bereisen und die eingetretenen Veränderungen und Beschädigungen überwachen[727]). Und im Jahre 1779 wurde ein

schiff nach Wien kam, das in Croatien auf Kosten der Familie Batthyany erbaut und mit Waaren beladen worden war; allerdings waren die letzteren nicht so sehr croatischen als orientalischen Ursprunges. Durch die Ankunft dieses Schiffes wurde der Hoffnung, auf dem Wege, auf welchem es nach Wien gelangt war, künftighin einen directen Verkehr mit Fiume unterhalten zu können, neue Nahrung gegeben. Die Möglichkeit einer dauernden und ausgiebigen Benützung dieser Wasserstraße wurde jedoch von Anderen noch fortwährend bestritten oder wenigstens bezweifelt [736]). Und Einer aus ihnen legt es bei diesem Anlasse den Oesterreichern zur Last, daß sie mit ebenso großer Leichtigkeit neuen Projecten sich zuwendeten als sie dieselben nach den ersten Versuchen wieder aufgäben [737]). In dem eben besprochenen Falle scheint dieser Vorwurf wirklich nicht unbegründet gewesen zu sein.

Ohne Zweifel wurde Maria Theresia von dem, was ihr Joseph über den Zustand der adriatischen Seeplätze schrieb, recht peinlich berührt, denn mit gutem Gewissen konnte sie sich sagen, daß sie sich redlich bemüht habe, bessere Ergebnisse zu erzielen. Aber den tiefsten Eindruck mag doch sein Bericht über Triest auf sie hervorgebracht haben, denn diese Stadt und die Förderung ihres Handels waren ja seit Jahrzehnten der Gegenstand ihrer eifrigsten Fürsorge gewesen. Freilich hatte sie sich nie über den eigentlichen Werth der erreichten Resultate getäuscht, und noch in den letzten Tagen des Jahres 1761 sagte sie zu dem venetianischen Botschafter Erizzo, die Republik besitze leider keinen Anlaß, eifersüchtig zu sein auf den Handel von Triest, denn derselbe liege im bedauerlichsten Maße darnieder [738]). Wenn jedoch der gleiche Berichterstatter hinzufügt, man habe die beträchtlichen, für Triest aufgewendeten Kosten in Wien schon bereut, so mochte er sich mit dieser Voraussetzung wohl täuschen. Schon Erizzo's Nachfolger Renier behauptet, daß die Emporbringung von Triest der Lieblingsgedanke der österreichischen Staatsmänner sei [739]). Und die bald darauf eintretende Ermäßigung der Zölle für die aus Triest kommenden Waaren [740]) so wie eine Reihe anderer Maßregeln, die zu Gunsten des Handels dieser Stadt getroffen wurden, gaben ihm Recht. Die Kaiserin selbst war es, welche die letzteren zum Theile wenigstens

mit ihrem eigenen Gelde ins Werk setzte [741]). Derlei Opfern gegenüber konnte Maria Theresia für die nun auch von ihrem Sohne behauptete Fruchtlosigkeit derselben wohl nicht unempfindlich sein. „Mit groß-„mächtigen Unköſten" habe man Triest, so schrieb er ihr, zu dem gemacht, was es wirklich sei, während es, fährt er fort, „doch keinen „recht sicheren Hafen hat, mit Häusern besonders in der Neustadt „prangt, und kein rechtschaffener Handelsmann, der Wechsel annähme, „ja wenig Geld und ein purer elender Stichhandel vorhanden ist. „Viele, unter kaiserliche Flagge gestellte Schiffe", meint Joseph weiter, welche man in dem vor Zeiten in der Mode gewesenen Enthusiasmus erbaut, lägen jetzt verfaulend im Hafen und würden von der Bora vollends zerstört. Die Kaufleute besäßen zu wenig Geld und Credit, um selbst Waaren in der Fremde zu holen. Außerdem würden sie noch durch den Friedensbruch von Seite der Barbaresken und durch das thörichte Verbot, unter fremder Flagge zu segeln, am Auslaufen gehindert.

Zahlreich und tiefeingreifend sind die Vorschläge, mit denen Joseph sowohl in Bezug auf die Leitung der Handelsangelegenheiten im Allgemeinen als auf Triest und die übrigen küstenländischen Städte an seine Mutter herantritt. In ersterer Hinsicht drängt er zur Aufhebung des Commerzienhofrathes, dem er nur wenig Gutes nachzurühmen weiß, und welchen er für die Zukunft mit der Hofkanzlei vereinigt zu sehen wünscht. Was die Städte des Küstenlandes anging, so sollten nach seiner Meinung Carlopago und Zengg der Militärgrenze einverleibt werden, welche sie ja schon vollständig umgebe. Um ihnen aufzuhelfen, müßten, wenn gleich nicht Straßen, so doch Saumwege zu ihnen angelegt werden. Dem Handel von Zengg würde hiedurch gewiß einiger Aufschwung verliehen. Wollte sich die Kaiserin noch überdieß entschließen, protestantischen, griechischen und jüdischen Kaufleuten daselbst die Niederlassung zu gestatten, dann würde dieß nur günstige Wirkungen nach sich ziehen. Dem prächtigen Hafen von Porto Ré wäre große Sorgfalt zu widmen, Buccari und Fiume aber sollten mit Ungarn, letzteres jedoch nur unter der Bedingung vereinigt werden, daß sich daselbst eine Gesellschaft zu besserem Handelsbetriebe bilde.

Das Hauptaugenmerk aber sollte nach der Meinung des Kaisers fortwährend auf Triest gerichtet bleiben, da es ja der natürliche Handelsplatz für alle deutschösterreichischen Länder und wenigstens zum Theile auch für Ungarn sei. Durch Hinwegräumung aller Hindernisse und Aufhebung jeglicher Mauth auf der Save wäre der Handel nach Triest zu beleben und durch Ausführung zweckmäßiger Bauten daselbst die Schifffahrt zu sichern. Dringend empfiehlt der Kaiser die Verlängerung des kleinen Molo San Carlo und die Verwendung des ehemaligen Jesuitencollegiums als Caserne. Vor Allem aber möge man eine beträchtliche Geldsumme zur Unterstützung von Handelsunternehmungen widmen, weil es in Triest gar keinen Credit mehr gebe. Außerdem müsse man sich Frieden mit den Barbaresken verschaffen und mit Frankreich wegen des Bezuges von Tabakblättern, mit England wegen der Pottasche, mit Mailand und Mantua wegen des Salztransportes Verbindungen anknüpfen.

„Euer Majestät verzeihen", mit diesen drastischen Worten schließt Joseph den Bericht an seine Mutter, „die in der Eil zusammen„geschmierte Punkten. Euer Majestät können aus selben nichts anders „ersehen, als daß ich gesehen, gehört und gedacht habe; so sehe ich „es einmal ein. Euer Majestät und Ihren Rathgebern stehet es allein „zu, zu Formirung einer weiteren Ausarbeitung ein oder andern Punkt „gänzlichen zu verwerfen oder zu verändern. Mein Eifer wird nie „erkalten für das Vaterland und Euer Majestät Dienst, aber zu „großen Sachen zu gelangen, muß man wohl einsehen und recht „munter darein schneiden, sonst gehet es stuckweiß, wie wir es sehen, „gewiß nicht vor sich; zu viele Particularintereſſen verblenden die Best„denkenden."

Das „munter darein schneiden", welches Joseph so sehr anpries, war nun freilich, und insbesondere in ihren späteren Jahren die Sache der Kaiserin nicht. Aber sie mochte wohl, was den Commerzienhofrath anging, sich selbst zu der Meinung ihres Sohnes bekennen, daß diese Centralstelle weit weniger Dienste geleistet, als man von ihr erwartet, und es daher zweckmäßig sei, sie aufzuheben und die

Besorgung ihrer Geschäfte der Hofkanzlei anzuvertrauen; in den ersten Tagen des Jänner 1776 vollzog Maria Theresia diesen Entschluß. Hinsichtlich der übrigen Anträge des Kaisers war jedoch seine Mutter nicht ganz ohne Bedenken, unverzüglich und ohne noch nähere Prüfung an die Ausführung von Vorschlägen zu schreiten, welche ihr Joseph nach einem Aufenthalte von nur wenigen Tagen an Ort und Stelle erstattete. Zur Vornahme dieser Prüfung bedurfte sie eines Mannes, dessen Charakter, dessen Kenntnisse und Erfahrung ihn geeignet erscheinen ließen für die Erfüllung einer so schwierigen Aufgabe. Als solchen hatte der Kaiser schon im Jahre 1773 den Grafen Karl Zinzendorf bezeichnet; damals war ihm jedoch, wie wenigstens er selbst erzählt, in Folge von Hofcabalen Graf Adolph Wagensperg vorgezogen worden, den Zinzendorf einen verschuldeten, sittenlosen und wenig aufgeklärten Mann nennt[742]). Ihm folgte Franz Graf Lamberg, und Letzterer wurde im März 1776 in der Stellung eines Gouverneurs von Triest durch Zinzendorf ersetzt, der durch ausgebreitete Studien und weite Reisen besser als vielleicht irgend ein Anderer zu würdiger Ausfüllung jenes Postens vorbereitet zu sein schien.

Konnte Zinzendorfs Absendung nach Triest die Meinung erwecken, daß nun Ausgiebiges für die Entfaltung des Handels dieser Seestadt geschehen werde, so wurde eine solche Erwartung doch durch die Maßregeln, welche Maria Theresia gleichzeitig für Fiume traf, wieder geschwächt. Die Vereinigung dieses letzteren Hafens mit Ungarn und das überaus lebhafte Interesse, welches man dort für dessen Emporblühen zu zeigen begann, gaben Raum zu der Vermuthung, Fiume werde sich zu einer ebenbürtigen Rivalin Triests erheben und dessen Handel nicht wenig beeinträchtigen[743]). In dem scheelsüchtigen Venedig war man wenigstens dieser Meinung, und mit mißgünstigen Blicken überwachte man dort alle Schritte des neuen Gouverneurs von Triest.

„Rechtschaffenheit, Uneigennützigkeit und Unparteilichkeit", berichtet Zinzendorf über seine eigene Amtsthätigkeit, „sicherten dem Grafen „bald die Zuneigung des Triester Bürgers und Kaufmannes. Zwar

„war der Patrizier mit der Herstellung einer freien Concurrenz aller „Lebensmittel nicht allerdings zufrieden; die Voraussetzung aber, daß „Joseph II. dem Grafen nicht ungeneigt sei, flößte den Hofstellen „Achtung und Rücksicht für den neuen Gouverneur ein. Natürliche „Schüchternheit minderte seine Ungeduld, und dieses in Geschäften „wesentliche Ausharren machte sein Vorhaben gelingen, nach und nach „allen Monopolen, die dem Triester Handel und Waarenzug sowohl „als der Wohlfeilheit der Lebensmittel im Wege standen, ein Ende zu „machen. Es glückte dem Grafen, Ordnung in dem Triebe der „Geschäfte und nützlichen Wetteifer unter dem Triester Handelsstande „zu verbreiten. Seine Bemühungen befreiten die Nationalschifffahrt „von drückenden Auflagen in den französischen Seehäfen sowohl als „in dem sardinischen Seehafen Villafranca. Zu Ende jeden Jahres „übersendete der Graf an die böhmische und österreichische Hofkanzlei „einen umständlichen Bericht über die Verhandlungen des letzten Jahres „sowohl als über die merkwürdigsten Vorfälle des Triester Handels- „und Waarenzuges“ [744]).

Zu diesen gehören ohne Zweifel die Vorkehrungen, welche in jenen Tagen getroffen wurden, um eine directe Handelsverbindung zwischen Triest und Ostindien zu Stande zu bringen. Der Plan hiezu rührte von einem wohlhabenden Engländer Namens Wilhelm Bolts her, der sich durch seine Schriften über die ostindische Compagnie und durch zwölfjährige ausgezeichnete Dienstleistung in jenem Lande vortheilhaft bekannt gemacht hatte. Streitigkeiten mit Lord Clive, dem berühmten Generalgouverneur der britischen Besitzungen in Ostindien, hatten Bolts nach England zurückgeführt. Er näherte sich dort dem österreichischen Gesandten in London, Grafen Belgiojoso, und im October 1774 legte er ihm einen Plan zur Eröffnung einer directen Handelsschifffahrt zwischen Triest, Ostindien und China vor. Er machte sich anheischig, durch seine persönlichen Verbindungen mit verschiedenen indischen Fürsten Handelsverträge mit denselben zu Stande zu bringen, welche nicht nur der Ehre des Kaiserhofes entsprechend, sondern auch geeignet sein würden, die beabsichtigte Unternehmung auf eine sichere Grundlage zu stellen. In solcher Weise würde es gelingen,

jenen unmittelbaren Verkehr zu erneuern, der unter Karl VI. durch die Compagnie von Ostende mit so viel Vortheil betrieben worden, aber bald der Eifersucht Englands und Hollands zum Opfer gefallen war, während man jetzt von diesen Staaten nichts Aehnliches mehr zu befürchten habe. Bei dem sehr großen Nutzen, den er von einer solchen Unternehmung mit Zuversicht erwarte, wolle er sie auf seine eigenen Kosten und die ihm bekannter Personen ins Werk setzen. Er verlange daher von Oesterreich nichts als Beglaubigungsschreiben und Vollmachten an die indischen Fürsten zur Verhandlung und zum Abschlusse der beabsichtigten Tractate mit ihnen.

Dringend unterstützte Belgiojoso den ihm gemachten Antrag, und eifrig rieth er zur Annahme des Anerbietens, daß Bolts sich persönlich nach Wien begebe und dort insgeheim die noch nöthigen Verabredungen treffe [745]). Aeußerst verlockend war einerseits, und ganz ungefährlich erschien andererseits ein solcher Vorschlag; man zögerte daher auch nicht lang mit dessen Annahme. Im Mai 1775 kam Bolts, der unter dem Namen Lopez reiste und sich für einen portugiesischen Kaufmann ausgab, nach Wien. Er erklärte sich bereit, noch in demselben Jahre zwei Schiffe, und zwar an die Küste von Malabar zu entsenden, wo Jedermann der Handel ungehindert freistehe. Er wolle dorthin österreichische Waaren im Werthe von hunderttausend Gulden mitnehmen und zehn Jahre hindurch fortfahren, alljährlich ein Gleiches oder noch mehr zu thun. Und ebenso wolle er Waaren, deren Einfuhr in Oesterreich gestattet sei, aus Ostindien nach Triest bringen.

„Des Mannes äußerliches Wesen", mit diesen Worten schließt der Bericht über die geheime Zusammentretung mit Bolts, welchen Kaunitz am 14. Mai 1775 der Kaiserin vorlegte, „die Freimüthigkeit „seines Betragens, seine Einsicht, sein Eifer, der ihn nach Ostindien „treibt, um seine noch dort liegenden sechzigtausend Pfund Sterling „nach Europa zu übertragen, sein unschädlicher Antrag scheinen alles „Gute zu versprechen, und man wird dem Erfolge desto ruhiger nach„sehen können, als der Staat keinen Kreuzer risquiret."

Nachdem man die Zustimmung der Kaiserin erlangt hatte, ertheilte man — und zwar am 5. Juni 1775 — Bolts das Privilegium des directen Handels zwischen Oesterreich und Ostindien, und schritt an den Abschluß eines Vertrages mit ihm, kraft dessen ihm die Waaren, die er nach Indien mitnehmen wollte, jedoch nur gegen angemessene Cautionsleistung einstweilen vorschußweise verabfolgt werden sollten. Hierin lag jedoch auch die Veranlassung, daß die Ausführung der von Bolts beabsichtigten Unternehmung sich beträchtlich verzögerte. Um die Cautionssumme aufzubringen, die ihm selbst nicht zur Verfügung stand, begab Bolts sich nach Holland, aber er erzielte dort keinen glücklichen Erfolg. Er verfügte sich nun nach den österreichischen Niederlanden und trat mit dem großen Bankhause Proli in Antwerpen in Verbindung. Das Letztere machte sich anheischig, zur Betreibung des Handels nach Ostindien zwei neue Häuser, das eine in Triest, das andere in Brügge zu gründen. Als Gegenleistung für die Opfer, welche ihm dieß auferlege, bat es dringend, daß man von der geforderten Cautionsleistung wenigstens theilweise abstehe. „also verstanden", schrieb Maria Theresia auf den Bericht des Fürsten Kaunitz, welcher ihr zur Gewährung dieses Ansuchens rieth. Und als der Staatskanzler hinzufügte, es sei für ihn nicht ohne Bedenken, über Proli's fernere Begehren zuerst seine Meinung zu äußern und sie dadurch der Kritik der übrigen Hofstellen preiszugeben, antwortete ihm Maria Theresia gleichfalls mit eigener Hand: „dises ist ein neues merkmahl „seiner eyffrigen und reinen gedenckensarth".

Kaunitz erwähnt noch der Contracte, welche hinsichtlich des Verkaufes österreichischer Producte, insbesondere des Queckſilbers, mit verschiedenen Geschäftsleuten bestanden, während jetzt Proli dieses Verkaufsrecht für sich begehrte. Die Bestimmungen jener Verträge bezeichnet Kaunitz als ungünstig für den Staatsschatz; Maria Theresia aber entgegnete: „wo die contract gemacht worden, waren die umbstände „und die gantze sache sehr verwirrt. künfftig wurde nicht eher ent„schliessen, ob oder kein contract zu machen und mit wem, ehe nicht „des fürsten meinung darüber haben wurde. so lang sie aber noch „existirn, sie auff das genaueste zu observirn" [746]).

Es mag schließlich nicht unerzählt bleiben, daß Kaunitz der Kaiserin rieth, Proli zu seiner ferneren Aufmunterung den niederländischen Grafenstand, jedoch gegen Entrichtung der vorgeschriebenen Taxe zu verleihen. Dessen gleichzeitige und „sehnlichste" Bewerbung um das Ritterkreuz des Stephansordens sei jedoch vor der Hand noch ablehnend, aber mit dem Versprechen zu beantworten, nach wirklicher Errichtung der beiden Handelshäuser in Triest und in Brügge werde sie Gehör finden. Denn ihm jetzt schon diesen Orden zu Theil werden zu lassen, würde die Eifersucht des Freiherrn von Fries, des Generalpächters Greppi in Mailand und anderer reicher Handelsleute aufs Aeußerste steigern. Aber freilich wäre es vortheilhaft für den Staat, wenn auch den erwähnten Banquiers Hoffnung auf die gleiche Gnadenbezeigung, und zwar für den Fall gewährt würde, daß sie sich nicht auf ihre bisher erworbenen Verdienste beschränken, sondern ihnen neue und nicht geringere hinzufügen wollten.

„bin auch in disen punct gantz verstanden", antwortete Maria Theresia, „besonders wegen fries und greppi, die so vill zuspruch als „proli hätten."

Während Kaunitz in solcher Weise für die von Bolts und von Proli herrührenden Projecte lebhaft Partei nahm und auch die Kaiserin günstig für sie stimmte, nahm ihnen gegenüber Joseph eine ungleich skeptischere und zurückhaltendere Stellung ein. Ziemlich deutlichen Ausdruck verlieh er dieser Gesinnung, als Kaunitz zwei Denkschriften Proli's, welche sich nicht nur auf die beabsichtigte Expedition nach Ostindien bezogen, sondern auch noch Vorschläge zur Herbeiführung einer weit größeren Ausdehnung des österreichischen Handels enthielten, der Kaiserin mit der Bitte vorlegen wollte, sie möge die Leitung aller Handelsangelegenheiten von nun an ausschließlich ihrem Sohne übergeben. Ehe er dieß jedoch wirklich that, unterrichtete Kaunitz den Kaiser von seiner Absicht und den sonstigen Anträgen, die er bei diesem Anlasse an Maria Theresia zu richten gedachte [747]). Joseph antwortete ihm hierauf unverzüglich mit eigener Hand:

„Das vertrauen, so sie mir in dieser angelegenheit bezeigen, rühret „mein ohnedies voll hochschätzung und dankbarkeit gegen sie erfülltes

„hertz. ich hätte sowohl in re als in modo et forma meiner einsicht „und grundsätzen nach ein ohnendliches zu erinnern. wann ich den „vortrag nicht zu maculiren gescheuhet hätte, so wurde selbe zum „theil mit wenig worten von punct zu punct ad marginem bey„gesetzet haben. die etablirung des handelshaus zu Triest von Proli, „und zu bruge, so wie die beförderung des handels mit der Lombardie „durch den Mambrini scheinen mir vor jetzo die eintzigen thunlichen „und erwünschlichen handlungen zu sein. könte der frieden mit denen „barbaresquen durch die Pforten erhalten und auf einen soliden „fus beybehalten werden, so wäre es sehr erwünschlich. übrigens wird „freyheit, das wichtige wort, wann es in allen Stücken wohl be„nutzet und eingeführet wird werden, alle übrige vorschläge, wann sie „möglich und nutzbahr sein sollten, von selbsten geben."

„Joseph Corr."

Es schien eine Weile, als ob die geringe Meinung, welche Joseph von der projectirten Expedition hegte, bald gerechtfertigt werden sollte. Denn nicht wie Volts Anfangs geglaubt, noch im Laufe des Jahres 1775, sondern erst im März 1776 konnte sein in England ausgerüstetes Schiff, welchem er die Namen „Joseph und Theresia" beigelegt hatte, die Themse verlassen. Auf der Höhe von Lissabon verwechselte Volts die britische Flagge, unter der er von England abgesegelt war, gegen diejenige Oesterreichs. Meuterische Bewegungen unter der größtentheils aus Engländern bestehenden Bemannung waren die Folge davon. Nicht leicht vermochte man ihrer so wie der Hindernisse Meister zu werden, welche die portugiesische Regierung, von englischer Seite beeinflußt, der Fortsetzung der Seereise in den Weg legte[718]). Endlich gelang dieß; Volts verfügte sich jedoch zur Zeitersparung nicht nach Triest, sondern nach Livorno, wo er seine Ladung zu vervollständigen dachte.

Gleich nach Empfang der ersten Nachricht von dem Auslaufen des Schiffes aus der Themse trat Kaunitz mit Anträgen hervor, welche darauf abzielten, Volts die Erreichung seiner Absichten in Livorno möglichst zu erleichtern und ihn in den Stand zu setzen, diesen Hafen

baldigst wieder zu verlassen. Er bat daher die Kaiserin, sie möge ihren Sohn Leopold mit der obersten Leitung aller mit dieser Angelegenheit in Verbindung stehenden Geschäfte betrauen. Um dem Großherzoge bei Erfüllung dieser Aufgabe zur Seite zu stehen, wäre der Hofrath der Staatskanzlei, Peter Philipp von Herbert, dessen man sich bisher bei den Verhandlungen mit Bolts besonders bedient hatte, nach Livorno zu senden [749]).

Kaunitz schien keineswegs zu erwarten, daß gegen diesen Vorschlag irgendwelche Einwendung erhoben werden würde. Und sie ging auch nicht von Maria Theresia, sondern von Joseph aus, welchem die Kaiserin den Antrag des Staatskanzlers mittheilte. „Auf diese Nota", antwortete er ihr noch an demselben Tage, „meine allerunterthänigste „Meinung zu eröfnen, so glaubete, daß die Abschickung dieses Herberts, „den ich im geringsten nicht kenne, meinem Bruder ehender die Sache „erschweren als erleichtern wird. Ich erachte vielmehr mit dem ab„lauffenden Courier dem Großherzog alle die Schreiben, von welchen „man Meldung machet, an Chinesischen Kaiser und mehrere andere „zu überschicken, damit er selbe nur dem Bolts, wann die Sache zu „Stand kommt, überreiche. Ich kann von der einmal gehegten Meinung „nicht abgehen, daß ich aus dieser ganzen Sach nichts Gutes erwarte, „wohl aber vielleicht einen sehr für Ihrer Majestät Namen, Unter„schrift und Uniform verkleinerlichen Ausgang vorsehe und beförchte."

„Joseph Corr."

Es bedurfte nicht erst der Worte, mit denen Maria Theresia eine Abschrift dieser Zeilen ihres Sohnes dem Fürsten Kaunitz übersandte: „habe nicht umbsonst gezweyffelt in mein vorigen zettul, das „die abschickung nicht gefallen wird", um den Staatskanzler in tiefe Bestürzung zu versetzen. Ohne Aufschub entgegnete er der Kaiserin, er sei ungemein „betroffen", ja „untröstlich" über den erst jetzt zu seiner Kenntniß gelangenden Umstand, daß der Kaiser von der ganzen Unternehmung nichts Gutes erwarte, ja sogar einen die Unterschrift seiner Mutter compromittirenden Ausgang besorge. Unmöglich könne ein solcher Plan gelingen, wenn er schon im Beginne den Ansichten

und dem Willen des Kaisers nicht zusage. Nichts wäre ihm erwünschter, als das ganze Project rückgängig machen zu können. Aber er vermöge sich doch nicht darüber zu täuschen, daß dieß für Bolts und für Proli die empfindlichsten Verluste herbeiführen und auf die gesammte Handelswelt den widrigsten Eindruck hervorbringen würde. Wie aus dieser großen Verlegenheit ein Ausweg zu finden, übersteige seine Einsicht; er könne daher den zu fassenden Entschluß nur dem Ermessen der Kaiserin anheimstellen [750]).

„wegen des boltz thutt Kayser", antwortete hierauf Maria Theresia, „nicht desaprobirn das werck, welches gros wäre, wan „reuissirte. er hat aber kein vertrauen auf die person des boltz, „deme er suspect haltet; förcht man kunte umb geld komen und in „impegno ohne nutzen. aprobirt das alles in consequentz der schonn „expedirten schrifften an grosherzog auch dises geschickt werde. des „herbert abreyse vor jetzo findet er nicht thunlich, weillen mein sohne „dem 22. schonn von florentz abgehet."

Die beabsichtigte Sendung Herberts nach Livorno unterblieb also; dort traf aber Proli mit Bolts zusammen, und sie gingen gegenseitig neue Verbindlichkeiten ein. Ihr wichtigster Punkt bestand wohl darin, daß Bolts, der inzwischen zum kaiserlichen Oberstlieutenant ernannt worden war, sich anheischig machte, von dem Augenblicke seiner Ankunft in Indien noch wenigstens durch vierthalb Jahre ununterbrochen daselbst zu verweilen. Proli hingegen verpflichtete sich, mindestens noch drei mit Waaren beladene Schiffe dorthin abgehen zu lassen.

Die Zustandebringung dieser Verabredungen und die sonst noch zu treffenden Vorkehrungen nahmen so viel Zeit in Anspruch, daß Bolts, mit Beglaubigungsschreiben der Kaiserin Maria Theresia an den Kaiser von China und den Schah von Persien, dann mit solchen von Kaunitz an die kleineren indischen Fürsten versehen, erst am 24. September 1776 den Hafen von Livorno verließ und sich auf den Weg nach Ostindien begab. Der Werth der Ladung seines Schiffes wurde auf mehr als siebenmalhunderttausend Gulden veranschlagt. Hundertdreißig Mann, größtentheils Italiener [751]), und außerdem

noch fünf und zwanzig österreichische Soldaten hatte er an Bord. Um ihn noch ausreichender vor den Raubschiffen der Barbaresken zu schützen, gab ihm die toscanische Fregatte Etruria bis über Gibraltar hinaus das Geleit [752]).

Wer dem Erfolge der Expedition nach Ostindien mit einiger Spannung entgegensah, und unter ihnen stand wohl Kaunitz in vorderster Reihe, mochte es als eine Geduldprobe betrachten, daß man während des ganzen Jahres 1777 nur eine einzige Nachricht von Bolts erhielt. Und in nichts Anderem bestand sie als wieder in einer Klage, und zwar dießmal über die feindselige Behandlung, die er auf Madeira von Seite der portugiesischen Behörden erfuhr. Das hartnäckige Stillschweigen, welches Bolts seither beobachtete, beunruhigte diejenigen aufs höchste, welche an dem Gelingen seiner Unternehmung ein Interesse besaßen, und schon verkündigten dunkle Gerüchte das Scheitern des Schiffes. Da lief endlich, aber gleichfalls nicht unmittelbar von Bolts, bei Proli in Antwerpen die Meldung ein, Bolts sei am 5. September 1777 zu Surate in dem ostindischen Golfe von Cambay glücklich gelandet [753]).

War man einerseits im Hause Proli durch die Ankunft einer günstig lautenden Nachricht von dem schon verloren geglaubten Schiffe ungemein erfreut, so wurde man andererseits durch das fortwährende Schweigen, das Bolts beobachtete, mit Mißtrauen gegen ihn erfüllt. Beide Betrachtungen bestimmten Proli, sich rasch zur Ausrüstung eines neuen Schiffes und zu dessen Absendung nach Ostindien zu entschließen. Um Zeit zu ersparen, sollte das von ihm anzukaufende Schiff nicht aus einem der Häfen des adriatischen oder des mittelländischen Meeres, sondern von L'Orient an der Küste der Bretagne auslaufen. Allerdings wurde hiedurch die Beladung des Schiffes mit österreichischen Waaren unmöglich gemacht, aber Proli erklärte sich bereit, es bei seiner Rückkehr von Ostindien in dem Hafen von Triest landen zu lassen [754]).

Von der Ansicht ausgehend, daß es nothwendig sei, die Unternehmungslust Proli's zu ermuthigen, rieth Kaunitz der Kaiserin zur

Genehmigung seiner Anträge[755]). Unverzüglich geschah dieß[756]), und Proli schritt nun rasch an die Ausrüstung des zweiten Schiffes, das er „Fürst Kaunitz" nannte. Dessen wirkliche Absendung verzögerte sich jedoch länger als man geglaubt hatte, und noch ehe sie erfolgte, begann Proli schon die Verhandlung wegen Absendung eines dritten Schiffes, das nun von Triest auslaufen sollte.

Inzwischen hatte endlich Kaunitz, und zwar im Juni 1778 über Constantinopel den ersten directen Bericht von Bolts erhalten[757]). Darin wurde erzählt, daß das Schiff „Joseph und Theresia", nachdem es glücklich das Vorgebirge der guten Hoffnung umsegelt, im März 1777 an der Südostküste von Afrika, und zwar unter dem 26. Grade südlicher Breite in der Bai Delagoa an der Mündung des Maputaflusses[758]) gestrandet sei. Den durch diesen Unfall verursachten längeren Aufenthalt habe Bolts benützt, um mit den Fürsten der umliegenden Negervölker Verträge über Handelsverbindungen und Gebietsabtretungen zu schließen[759]). Ein günstigerer Punkt, sich den Bezug der dortigen Landesproducte zu sichern, einen Ruheplatz für die Schiffe zu besitzen und nach allen Richtungen Handel zu treiben, könne gar nicht gedacht werden, und keiner anderen europäischen Macht stehe das Recht zu, ihn der Kaiserin streitig zu machen. Um ihn auch für die Zukunft zu behaupten, habe er zehn Mann von der Equipage seines Schiffes unter dem Commando eines Deutschen, Namens Andreas Daniel Pollet, den er zum Residenten ernannte, zurückgelassen. Sie seien mit zehn Kanonen und mit sonstigen Waffen versehen worden und hätten den Auftrag erhalten, in dem Gebrauche der letzteren eine Anzahl anzuwerbender Neger zu unterweisen, um die an beiden Ufern des Flusses aus Stroh und Erde errichteten Wohnungen, aus denen die kleine Ansiedlung bestehe, so wie das aus Stein erbaute Waarenmagazin nöthigen Falles vertheidigen zu können.

In Surate seien ihm, fuhr Bolts fort, von englischer Seite alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt worden; gleichwohl habe er seine Ladung mit beträchtlichem Gewinn zu veräußern vermocht. Er gehe nun daran, zwei andere vortheilhaft gelegene Niederlassungen

Es mag schließlich nicht unerzählt bleiben, daß Kaunitz der Kaiserin rieth, Proli zu seiner ferneren Aufmunterung den niederländischen Grafenstand, jedoch gegen Entrichtung der vorgeschriebenen Taxe zu verleihen. Dessen gleichzeitige und „sehnlichste" Bewerbung um das Ritterkreuz des Stephansordens sei jedoch vor der Hand noch ablehnend, aber mit dem Versprechen zu beantworten, nach wirklicher Errichtung der beiden Handelshäuser in Triest und in Brügge werde sie Gehör finden. Denn ihm jetzt schon diesen Orden zu Theil werden zu lassen, würde die Eifersucht des Freiherrn von Fries, des Generalpächters Greppi in Mailand und anderer reicher Handelsleute aufs Aeußerste steigern. Aber freilich wäre es vortheilhaft für den Staat, wenn auch den erwähnten Banquiers Hoffnung auf die gleiche Gnadenbezeigung, und zwar für den Fall gewährt würde, daß sie sich nicht auf ihre bisher erworbenen Verdienste beschränken, sondern ihnen neue und nicht geringere hinzufügen wollten.

„bin auch in disen punct gantz verstanden", antwortete Maria Theresia, „besonders wegen fries und greppi, die so vill zuspruch als „proli hätten."

Während Kaunitz in solcher Weise für die von Bolts und von Proli herrührenden Projecte lebhaft Partei nahm und auch die Kaiserin günstig für sie stimmte, nahm ihnen gegenüber Joseph eine ungleich skeptischere und zurückhaltendere Stellung ein. Ziemlich deutlichen Ausdruck verlieh er dieser Gesinnung, als Kaunitz zwei Denkschriften Proli's, welche sich nicht nur auf die beabsichtigte Expedition nach Ostindien bezogen, sondern auch noch Vorschläge zur Herbeiführung einer weit größeren Ausdehnung des österreichischen Handels enthielten, der Kaiserin mit der Bitte vorlegen wollte, sie möge die Leitung aller Handelsangelegenheiten von nun an ausschließlich ihrem Sohne übergeben. Ehe er dieß jedoch wirklich that, unterrichtete Kaunitz den Kaiser von seiner Absicht und den sonstigen Anträgen, die er bei diesem Anlasse an Maria Theresia zu richten gedachte [747]). Joseph antwortete ihm hierauf unverzüglich mit eigener Hand:

„Das vertrauen, so sie mir in dieser angelegenheit bezeigen, rühret „mein ohnedies voll hochschätzung und dankbarkeit gegen sie erfülltes

Project von Seite des Kaisers. „Meines wenigstens Erachtens", schrieb er an seine Mutter, nachdem sie ihm dasselbe zur Beurtheilung mitgetheilt hatte, „sehe ich immer die Ostindische Handlung unter keinem „anderen Gesichtspunkte an als (wie) eine Particularspeculation, welche „bloß nach unseren Umständen mit einigem Nutzen kann geführt werden, „wenn sich der Staat selber im geringsten nicht annimmt, da sonsten, „wie leicht vorherzusehen seyn wird, selbe Eifersucht bey allen andern „handlenden Mächten erwecken, und wir keine Mittel in Handen haben „dürften, diesen Handel zu unterstützen."

„Die Vergleichung zwischen dem Dänischen und Schwedischen „Handel mit dem Unsrigen scheint mir in dem von einem wesentlichen „Unterschied, daß selbe beide ihrer Lage nach Seemächte sind, ihre „Länder ihnen alle zur See nöthigen Producte reichlich verschaffen, „sie hinlänglich mit Häfen versehen, auf der Ostsee und dem Baltischen „Meere, dann dem Botnischen Hafen einen beständigen Seehandel „und Verkehr ausüben, Matrosen schier so viel als Inwohner und „überdieß von beständigen Zeiten her eine Kriegsmarine haben und „unterhalten, welche sowohl in Kriegsschiffen als Fregatten bestehet „und ihren Handel unterstützen kann. Ihre übrige Schwäche, ihre „Unterwürfigkeit bald an Frankreich, bald an England hat gemacht, „daß sie beede bald von einer, bald von anderer Macht beschützt „und unterstützt worden sind, da beeden daran gelegen ist, daß sie „durch den Handel reicher und also weniger Subsidien von ihnen nöthig „gehabt haben."

„Wir haben nun nichts von allen diesem. Die Errichtung „einer Kriegsmarine, da sie nicht unserer Macht und den Feinden „abgemessen seyn könnte, wäre die unnützeste und vergebenste Ver„wendung. Ohne diesem wird man im Großen nie etwas richten, da „unsere Flaggen einem jeden Seeräuber ausgesetzt bliebe. Die etwaige „Vermehrung unsres Handels wäre anwiederum, theils wegen dem „Abbruch, so sie andern machte, noch mehrer aber aus Besorgniß der „uns dadurch verschaffenden größeren Geldmitteln nur ein Dorn in „Aller Augen."

„Im Niederlande sind die Tractaten, so uns die Hände binden,
„bekannt. In Triest und Fiume gibt die Lage und die umgebenden
„Länder, ja noch mehr unsre irrige Mauth- und Commercial-Gesetze
„die größte Hinderniß, da nebst diesen bekannter Maßen der Ost-
„indische Handel mit Gold und Silber hauptsächlich getrieben werden
„muß, das bey uns erzeugende aber selbst mit größerem Vortheil
„vermünzt und in die Levante verausgabt werden kann. Von übrigen
„Producten braucht Ostindien sehr wenig, und wären die Retourladungen
„eben so hart zu bestimmen, da die Gewürze von Holland, Frankreich
„und England allein bestritten, Salpeter unendlich kostbar und in
„dem Land allhier um die Hälfte wohlfeiler erzeugt, Cottonwaaren
„und Porcelaine verboten und also nur in Triest als eine Echelle
„zum weiteren Verkauf müßten erliegen bleiben und gewiß lang schliefen,
„da die andern hauptcommercirenden Staaten das Nämliche mit
„größerem Vortheil und wohlfeiler verkauften."

„Aus allen diesen Betrachtungen glaube ich die Hieherberufung
„des Proli zu Anhörung seiner Vorschläge wegen Errichtung einer
„Ostindischen Compagnie überflüssig, da deren Errichtung mir aus
„allen Betrachtungen gefährlich, kostspielig und unmöglich scheint. Ich
„begnügte mich, Flaggenpatente und die nöthige Schriften jedermännig-
„lich von meinen Unterthanen oder auch Fremden, wann sie nur zu
„einem Drittel mit Inländern associiret wären, zu ertheilen, ohne
„mich in das weitere Geschäft einzumengen oder einzulassen, und
„scheint mir überhaupt der jetzige Zeitpunkt, wo so viele Kaper beeder
„Nationen in den Meeren, England und seine Ostindische Compagnie
„durch die Einnahme von Pondichery so präponderant, der allerun-
„schicksamste, um dieses zu untersuchen. Dieses ist meine wenige
„Meinung, so ich Euer Majestät allerunterthänigst unterwerfe."

„Joseph Corr." [764]).

Es versteht sich von selbst, daß der Kaiser durch diese Aeußerung den Plan Proli's zur Gründung einer Ostindischen Handelsgesellschaft wenigstens für den Augenblick zerstörte. Vor der Hand war nicht weiter von ihm die Rede, und mit um so ungetheilterem Interesse

wandte die allgemeine Aufmerksamkeit der im Juli 1779 eintreffenden Nachricht sich zu, unter Führung eines Ungars Namens Bauer sei ein von Bolts abgesendetes Schiff, aus China kommend, in Livorno gelandet. Persönlich verfügte sich der Großherzog dorthin und besichtigte die sehr reiche Ladung, die aus Thee, aus Spezereiwaaren, aus Seide und aus prächtigen Stoffen bestand. Das Schiff brachte die Nachricht, Bolts habe, so wie zuerst an der Südostküste von Afrika, so später in Bengalen eine zweite Niederlassung gegründet. Er treibe dort gewinnreichen Handel, und binnen drei Monaten werde neuerdings ein von ihm abgesendetes Schiff nach Livorno gelangen. Lebhaft beglückwünschte der Großherzog seine Mutter zur Eröffnung dieses Verkehrs, von dem er sich die günstigsten Folgen versprach. Er fügte hinzu, daß die Kaufleute von Livorno seit dem Augenblicke, in welchem ihnen die glänzenden Vortheile eines directen Handels nach Ostindien und China so nah vor die Augen gerückt worden seien, nichts sehnlicher wünschten, als sich an der Gesellschaft betheiligen zu dürfen, von der sie voraussetzten, daß man sie jetzt in Oesterreich zu gründen beabsichtige. Dringend unterstützte der Großherzog dieses Begehren, und er bat seine Mutter um die Erlaubniß für die Kaufleute von Livorno, künftighin ihre Schiffe unter kaiserlicher Flagge nach Ostindien absenden zu dürfen. Schon jetzt wollten sie dieß mit dem so eben angelangten Schiffe thun[765]).

Es versteht sich gewisser Maßen von selbst, daß man in Oesterreich ein Verfahren nicht mit günstigen Blicken zu betrachten vermochte, durch welches die Vortheile des neu angeknüpften directen Handelsverkehrs mit Ostindien wohl Toscana und den benachbarten italienischen Staaten, nicht aber den österreichischen Ländern zugewendet wurden. Denn wenn die nach Ostindien abgehenden Schiffe nicht mit österreichischen Producten beladen und die von dort ankommenden Waaren nicht in Oesterreich gelandet und verkauft wurden, welcher Gewinn konnte denn Oesterreich und seiner Bevölkerung aus dieser Verbindung erwachsen? Da es jedoch nicht leicht ausführbar zu sein schien, das einmal in Livorno eingelaufene Schiff nach Triest kommen und dort seine Ladung verkaufen zu lassen, so stimmte man zu, daß letzteres

für dießmal noch in Livorno geschehe; auch könne das angekommene Schiff von dort nach Ostindien zurückgehen. Für die Zukunft aber müsse dieser Handelsverkehr von und nach Triest oder Fiume stattfinden. Sonst wäre er kein österreichischer mehr und könnte daher auch nicht länger unter österreichischer Flagge und mit österreichischen Patenten gepflogen werden [766]).

An diesen Grundsätzen hielt man denn auch Proli gegenüber fest, als er mit neuen Projecten zu künftiger Betreibung des Handels nach Ostindien hervortrat. Die von ihm erbetene Erlaubniß, im Frühjahre 1780 wieder zwei Schiffe unter kaiserlicher Flagge nach Ostindien absenden zu dürfen, wurde bereitwilligst ertheilt; doch müßten sie von Triest auslaufen und dorthin zurückkehren. Höchstens könne man so weit gehen, die Abreise eines der beiden Schiffe, wenn es aus wichtigen Ursachen wünschenswerth erschiene, von Livorno zu gestatten, aber auch dieses dürfe auf der Rückkehr nicht anderswo als in Triest einlaufen. Außerdem setzte Proli es durch, daß er zwar nicht die Ermächtigung zur Gründung einer förmlichen Ostindischen Handelscompagnie, wie er sie früher angesucht hatte, wohl aber die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft erhielt, der man die gleichen Zugeständnisse versprach, wie sie Bolts zu Theil geworden waren [767]). Und als Proli um die Erlaubniß bat, der Kaiserin persönlich seinen Dank darbringen und ihr gleichzeitig die beiden Chinesen vorstellen zu dürfen, welche mit dem von Bolts abgesendeten Schiffe in Livorno eingetroffen waren, antwortete Maria Theresia: „donerstag umb 12 uhr. mögte ihnen was schenken. was kan man „ihnen geben?" [768])

Proli's Anwesenheit in Wien war auch darauf berechnet, eine nähere Vereinbarung über die Bedingungen zu Stande zu bringen, unter denen das ihm gegebene, aber ganz allgemein lautende Versprechen zur Verwirklichung gelangen sollte. Die Vorschläge, welche Proli zu diesem Ende machte, betrachtete Kaunitz als vortheilhaft und nützlich, er rieth daher zu ihrer Annahme [769]); Joseph hingegen war einer anderen Ansicht. „Das quomodo des hier vorgeschlagenen und

„des neu rectificirten octroy", so ließ sich der Kaiser vernehmen, „gründet sich auf ein immer odioses, zwanzig Jahr lang dauerndes „Privilegium privativum. Es wirft übern Haufen unsere Haupt- „Mauth- und Fabrique-Sätze; es setzt den Bolts gänzlich auf die „Seite und begreift ihn nicht in selbem. Es verschafft uns endlich „nur 300.000 Gulden Ausfuhr; es schliesset von der Direction in „der Compagnie alle Fremde aus, und also vermuthlich die Herbey- „ziehung ihrer Gelder. Die Sicherheit für die Handlung gründet sich „auch auf das in weiten Feld annoch stehende Marine-Project des „Obrist Benjowsky. Aus allen diesem folget, daß wenn nicht Frey- „heit für Jedermann, die hauptsächliche Beyziehung und Beybehaltung „bey der Direction des Bolts, und dann Fremde und Ausländer zur „Einlage gereizt, und unsere Mauth-Principia wegen dem Ostindischen „Handel nicht abgeändert werden, ich diesen Vorschlag nicht für an- „nehmlich halte" [770]).

Durch die Worte „bin mit des kayſers meinung verstanden", schien auch Maria Theresia die Verwerfung des von Proli herrührenden Projectes zu besiegeln. Aber ein Mann wie Kaunitz ließ sich in dem, was er als gut und als segenbringend ansah für den Staat, so leicht nicht entmuthigen. Alle einzelnen Punkte der Entgegnung des Kaisers unterzog er einer eingehenden Widerlegung, und neuerdings rieth er dringend zur Annahme der Vorschläge Proli's [771]). Es gelang ihm jedoch nicht, den Widerstand des Kaisers zu überwinden. Und als er nach mehreren Monaten, in der zweiten Hälfte des September 1780 neuerdings auf die Sache zurückkam, antwortete ihm Maria Theresia die folgenden Worte:

„Nachdem Proli auch ohne Octroi ein Schiff nach China ab- „sandte, welches sogar von dort zurückkehrte, so kann er auch andere „unter den Begünstigungen der Flagge und der gebräuchlichen Schutz- „briefe dorthin abgehen lassen. Was das Octroi selbst betrifft, so „gedenke ich es nicht zuzugestehen, ehe ich Nachrichten von Bolts habe, „oder bis wenigstens die beiden Schiffe, von denen man behauptet, „daß sie sich auf der Rückreise befänden, wirklich eingetroffen sind, und

jetzt wieder einen eifrigen Lobredner, und auch Joſeph ſchien zu neuen Vereinbarungen mit ihm geneigt[777]). Aber die Darſtellung deſſen, was in dieſer Beziehung geſchah, der ferneren Unternehmungen des Oberſtlieutenants Bolts und ihres ſchließlichen Scheiterns würde den uns gezogenen Rahmen zu weit überſchreiten, als daß auf ſie hier noch eingegangen werden könnte.

Sechzehntes Capitel.

Lacy und das Kriegswesen.

Im Verlaufe dieser Darstellung ist schon erzählt worden, daß Maria Theresia nach dem Tode ihres Gemals die oberste Leitung des Kriegswesens in Josephs Hände legte[778]), und daß nach dem Hinscheiden Dauns Graf Moriz Lacy zum Präsidenten des Hofkriegsrathes ernannt wurde[779]). Aber die Kaiserin entschlug sich durch diese Verfügungen doch keineswegs allen Einflusses auf die militärischen Geschäfte; es kann im Gegentheile gesagt werden, daß in wichtigeren Dingen, und insbesondere wenn es sich um bedeutendere Personalfragen handelte, sie entweder selbst die Entscheidung traf oder doch ein sehr gewichtiges Wort in die Wagschale warf. Und bezeichnend für sie selbst ist die Richtschnur, die sie Lacy in dem Augenblicke seiner Berufung an die Spitze des Kriegswesens für das Verfahren gab, welches er in den auf die einzelnen Personen bezüglichen Angelegenheiten beobachten solle. „Sie dürfen", so schrieb sie ihm mit eigener Hand, „gar keine Empfehlung von Seite meiner Familie oder der „Hofleute annehmen. Erklären Sie ihnen nur deutlich, daß es Ihnen „von mir untersagt wurde und daß Sie ohne meine Bezeichnung „nichts annehmen oder vorschlagen dürfen. Wir müssen uns von „diesen Zudringlichkeiten befreien"[780]).

Daß Maria Theresia die von ihr niedergeschriebenen Worte auch zur Wahrheit machen wollte, geht aus ihrer eigenen Haltung deutlich hervor. Um dieß zu beweisen, möge hier ein Billet Aufnahme finden, das sie im Jänner 1773 an Lacy schrieb[781]). „zur cronwacht

„in presburg", so lautet es, „solle als lieutenant dequeboll [782]), wan „mich nicht irre, ein piemonteser ohne pension, deme schon aus- „geschlossen von der garde, weillen er wenig gedient hat und ein „frembder. dis kan nicht bleiben, weillen allda nur invalide vor dem „feind sollen placirt werden. mir ligt aber daran zu wissen, wer „ihme selben so recomendirt, daß er zur garde schonn und jetzt sogahr „zu presburg placirt hätte sollen werden. er ist ein sehr intriguanter „mentsch, bey hoff vill protection, darum ligt mir daran es zu „wissen."

Allerdings läßt sich nicht behaupten, daß Maria Theresia den Grundsätzen, die sie aufstellte, selbst immerdar unverbrüchlich treu blieb. So lebhaft war in ihr das Gefühl der Dankbarkeit für empfangene Dienste, daß sie demselben auch dort Einfluß einräumte auf ihre Entschlüsse, wo solches durchaus nicht im Interesse der Sache gelegen war. So ist bereits erwähnt worden, daß sie gleich nach dem Tode des Feldmarschalls Grafen Daun dessen damals noch nicht achtzehnjährigen Sohn zum Obersten und zum Inhaber des bisherigen Regimentes seines Vaters ernannte [783]). Und als die Nachrichten, die ihr auf ihren Befehl von Zeit zu Zeit über die Art und Weise vorgelegt wurden, in welcher der junge Daun den mit seinem neuen Amte verbundenen Pflichten nachkam, nichts weniger als günstig lauteten, antwortete Maria Theresia auf einen solchen Bericht Lacy's [784]): „wegen disen bin zwar nicht zufrieden, doch müssen wir beede, die „wir Daun so vill erkantlichkeit schuldig sind, nicht sobald nachlassen „und alles anwenden, umb aus ihme was heraus zu bringen; es „braucht geduld und zeit".

Uebrigens bedurfte es nicht immer so sehr hervorragender Dienste, wie Daun ihr geleistet, um der besonderen Begünstigung der Kaiserin sich zu erfreuen. Am häufigsten war es der persönliche Antheil, den sie an einzelnen Familien und insbesondere an Frauen in denselben nahm, der hiezu verhalf. „ich bin ihme recht obligirt", schrieb sie einmal an Lacy [785]), „das er wegen disen ritterstein [786]) ein orth gefunden, dan wegen seiner frau, eine tochter des alten general roth

„sorgen mus. nachdeme lerchenfeld alſ major nichts mehr alſ alſ anderter „obriſtleutnant thun wird, weillen doch ſeine mutter bey mir verdienſte „hat, wäre er als anderter obriſtleutnant zu laſſen bey dem regiment, „ritterſtein aber alſ würcklicher major zu nenen. lerchenfeld jetzige gage „mußte von dem militaire fond übertragen werden extra, doch wäre „das gantze noch Kayſer zur resolution vorzulegen. recomendire „auch noch die zwey canal, dem brady und osylüvan [787]) was vor „dise zu finden."

„Perlas war bei mir", ſo lautet ein anderes Billet der Kaiſerin „an Lacy [788]), „um mir zu erklären, daß ſein Sohn nicht mehr im „Stande ſei zu dienen. Er will ſeine Charge um 15.000 Gulden, „was ſie ihm ſelbſt gekoſtet, wieder verkaufen, oder auf Lebenszeit den „Gehalt, welchen ſein Sohn genießt, als Penſion beziehen. Sie wiſſen „daß der Alte, und noch mehr der Großvater ſich große Verdienſte „um mein Haus erwarben, weßhalb ich ihnen Gnaden zu erweiſen „gedenke, ſo oft ich nur kann, indem ich es ihnen ſogar ſchuldig bin, „wenn ſich eine Gelegenheit hiezu darbietet" [789]).

„mein armer reday", ſchrieb Maria Thereſia im September 1767 an Lacy [790]), „wünſchte noch ſterbend feldmarſchall leutnant mit 3000 f. „gehalt zu werden. weillen ſeine Seelle", fügte ſie mit einer Anſpielung auf deſſen proteſtantiſches Glaubensbekenntniß hinzu, „noch „nicht gewinnen können, wüntſchte wenigſt ihme ſeine hieſige Tage „noch vergnügt ſchlieſſen zu machen. mach er ein vortrag."

Die Reihe derartiger Beweiſe von Gnadenbezeigungen, welche die Kaiſerin aus Dankbarkeit oder aus ſonſtigen perſönlichen Rückſichten zu ſpenden nicht karg war, würde ſich mit Leichtigkeit noch ſehr weit verlängern laſſen; doch möge es an dem bereits Geſagten genügen. Aber als Zeichen, daß ſie nicht bloß zu gewähren, ſondern hie und da auch zurückzuweiſen verſtand, wird das Billet hier angeführt werden dürfen, das ſie an Lacy richtete, als er ſie von den Bemühungen des Oberſtlieutenants Freiherrn von Haugwitz unterrichtete, zum Oberſten ernannt zu werden [791]). „haugwitz hat nichts vor ſich als

„dem nahmen", antwortete ihm die Kaiserin, „seine famille, seine dienst „und capacitætt kenne ich nicht. wan er ihme nicht dazu findet, „so wäre es ihme gnädig abzuschlagen."

Es lag in der Natur der Sache, daß Beförderungsangelegenheiten einen derjenigen Theile des Militärwesens ausmachten, welche zwischen Maria Theresia und Lacy am häufigsten erörtert wurden. Vielfache Kenntniß der einzelnen Personen trat hiebei auf Seite der Kaiserin zu Tage. Als ihr Lacy im April 1766 vorschlug, den Oberstlieutenant Grafen Terzi und den Major Grafen Thurn in diesen Chargen zum Regimente Laudon zu versetzen, schrieb ihm Maria Theresia: „bin mit disen vorschlag verstanden, obwohlen terzi nicht „so gutt alß strasoldo kenne. allein was geglaubt habe, so lang „der feldmarschall*) gelebt, finde vor jetzund nicht mehr convenable, „weillen man gleich critisirte, das er nur seine creaturn avancirn „machte, so vill supernumerarij præterirte, mithin auch wegen „lichtenstein vor jetzo nichts zu thun wäre, auch nicht einmahl selben „vorzuschlagen. er verdient es auch nicht, dan seith das ihme geredet, „von ihme nicht vill lobwürdiges vernohmen."

Ohne Zweifel war es Fürst Karl Liechtenstein, dessen Maria Theresia mit diesen wenig schmeichelhaften Worten gedachte; er mochte sich durch Unbesonnenheit und Selbstüberschätzung ihr Mißfallen zugezogen haben, und längere Zeit hindurch stand er bei ihr keineswegs in Gunst[792]). Im September 1770 reichte er jedoch eine schriftliche Erklärung ein, in welcher er die Kaiserin flehentlich bat, ihm die von ihm begangenen Fehler zu verzeihen[793]). Und im Jänner 1771 scheint er diese Bitte mündlich, und zwar in einer Weise erneuert zu haben, über welche Maria Theresia große Freude an den Tag legte[794]). Im August 1772 verlieh sie ihm die Anwartschaft auf das Generalcommando in Wien, dann in Nieder- und Oberösterreich unter der ausdrücklichen Bedingung der Geheimhaltung, auf daß der Feldmarschall Graf Neipperg, dessen baldigen Tod man erwartete, durch eine solche

*) Daun.

Weitervergebung seines Postens nicht gekränkt werde. Lacy legte der Kaiserin die Danksagung Liechtensteins vor, welche in den überschwänglichsten Ausdrücken der Freude abgefaßt war. „Das ist sehr gut „geschrieben", antwortete hierauf Maria Theresia[795]; „ich erwarte, „daß er ebenso handeln wird. Dieser Posten ist der einzige, durch „den ihm irgend welche Hoffnung eröffnet wird; darum bedauere „ich, daß der alte Onkel*) nicht mehr lebt und meine gute Gräfin „Paar".**)

Zugleich mit seinem ersteren Antrage wegen der Grafen Terzi und Thurn schlug Lacy der Kaiserin vor, den Obristlieutenant Pracht, der schon einmal bei dem Regimente Daun gedient, neuerdings zu demselben zu versetzen. Maria Theresia aber erwiederte hierauf: „dises regiment, das sehr schönn ist, recomendire ihme besonders „alezeit wohl in obacht zu halten. der obriste oder general und major „seind schwach. pracht hat der feldmarschall niemahls gerne gehabt; „weillen er den huf sogahr zu sein regiment genohmen hätte, so glaube „das er ihme estimirt, mithin selben dahin zu geben oder Kopen „zeller." Und nachdem sie über noch andere Ernennungsvorschläge Lacy's sich ausgesprochen, fügte Maria Theresia am Schlusse hinzu: „all jenes, was ihme also particulariter erinere, seind nur meine „gedancken, gar keine resolution, gegen welche er kan und solle vor„stellen, wan er es nützlich findet, und nachgehends erst alles mit „kayser ausmachen. was thue, ist nur vor ihme, weillen er ehender „meine meinung wissen wollte".

Maria Theresia erwartete und verlangte übrigens von Lacy, daß er nicht nur ihr selbst, sondern auch dem Kaiser gegenüber seine eigenen Ansichten nicht im Stiche lasse, sondern sie muthvoll und rückhaltslos vertrete. Als es im Dezember 1770 um ein großes Avancement sich handelte und Lacy ihr mittheilte, was in dieser Beziehung zwischen

*) Der Feldmarschall Fürst Joseph Wenzel Liechtenstein.

**) Die Gräfin Josepha Paar, geborne Gräfin Oettingen, Obersthofmeisterin der Kaiserin, war die Tante der Gemalin des Fürsten Karl Liechtenstein.

dem Kaiser und ihm vorgefallen, und wie wenig glücklich er mit seinen Anträgen gewesen sei, antwortete sie ihm: „Auf Ihrem Platze ist die „Discretion nicht in der Ordnung. Sie müssen vorzugsweise diejenigen „Individuen vorschlagen und vorwärts bringen, die Sie für die Taug„lichsten halten, um dadurch jenen Wetteifer zu erwecken, der die Seele „dieses Standes ist. Vorrücken wie in der Schule, führt zu nichts „Gutem und Ehrenvollem“ [796]).

Gleich lebhaftes Interesse wie Allem, was sich auf die Beförderung der Offiziere bezog, widmete Maria Theresia auch den übrigen Angelegenheiten derselben, und ausnahmslos zeigte sich hiebei ihr feinfühlender Sinn und ihr edles, großmüthiges Herz. Als im Laufe des Jahres 1768 wider den ehemaligen Obersten Sprung vom Regimente Hadik ein Prozeß eingeleitet wurde, der nur sehr langsam vorwärts schritt, forderte die Kaiserin den Grafen Lacy zur Mittheilung der Ursachen dieser Verzögerung auf. Den Bericht aber, mit welchem er die verlangte Auskunft erstattete und sein Verfahren zu rechtfertigen suchte [797]), sandte sie ihm mit den Worten zurück: „ich weis das was „von ihme allein abhanget, nichts verschüttet wird, wohl aber was „besonders in die processsachen lauffet, man all zu vill denen forma„litæten und aufzügen platz gebet. die parteyen verschmachten indessen „und verzweyfeln, seind nachgehends öffters nicht mehr im stande, „dienste mehr zu leisten“.

Aus diesen Worten der Kaiserin konnte Lacy neuerdings entnehmen, wie viel ihr an baldigster Beendigung dieses Prozesses gelegen sei. Binnen kürzester Frist kam er daher ihr gegenüber auf die Sache zurück, und er deutete wohl an, daß deren Abschluß in ihrer eigenen Machtvollkommenheit liege [798]). Maria Theresia war jedoch einer anderen Meinung. „ich getraue mir nicht“, antwortete sie, „in diser „sache, die so lang dauert, einen spruch zu machen, lasse es dem hoff„kriegsrath über und seinen pflichten. die sach ist sehr schlecht tractirt „worden, illegale in villen stucken. sprung scheint mir kein andere „fäller begangen zu haben als nachläßigkeit, indolentz, zu weich, mithin „verdienete er nicht so lang ausser dienste gesetzt zu werden. kein

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Fast zwei Jahre später, im Jänner 1769 bot der Arader Festungsbau Anlaß zu einem neuen Conflicte, in welchen Harsch gleichfalls verwickelt war. Der dortige Festungscommandant Generalmajor Adolph von Phul führte Beschwerde über das ordnungswidrige und dem Dienste nachtheilige Benehmen der daselbst befindlichen Ingenieuroffiziere und insbesondere des Oberstlieutenants Steinmetz, welchem die Leitung der Bauten oblag. Auf die Meldung, die ihr Lacy hierüber erstattete[801]), antwortete ihm Maria Theresia:

„ich glaube alzeit steinmetz hieher zu beruffen, umb sich zu ver„antworten. ich überlasse ihme aber jenes vorzukehren, was er am „besten nach dem dienst finden wird."

Lacy nahm hieraus Anlaß, der Kaiserin Bericht über den ganzen Vorfall zu erstatten. Offenbar ging er von der Voraussetzung aus, der Gedanke, Steinmetz nach Wien kommen zu lassen, sei der Kaiserin von Harsch eingegeben worden. Derselbe besitze den Grundsatz, erklärte jetzt Lacy, die Dinge jederzeit so viel als nur immer möglich zu verwirren. Das Benehmen des Oberstlieutenants Steinmetz gegen den General Phul, sei es als Präsidenten der Arader Fortificationscommission, sei es als Festungscommandanten erscheine jedoch durchaus verwerflich; es widerspreche allen Regeln des Dienstes und der militärischen Disciplin, indem Steinmetz sich gegen den Respect, die Subordination und den rückhaltslosen Gehorsam versündigt habe, welchen jeder Untergebene seinem Vorgesetzten schulde. Allerdings fürchte er, daß ihm selbst eines Tages dasjenige mit Harsch begegnen werde, was jetzt Phul von Steinmetz widerfahren sei. Denn bei Allem, was der Hofkriegsrath im Genieweſen anordne, müsse man sich erst eines Prozesses mit dem Prodirector versehen. Gewiß mühe er sich ab, fuhr Lacy von sich selbst redend fort, und richte seine Gesundheit zu Grunde, um Tag und Nacht für den Dienst der Kaiserin zu arbeiten. Mit freudiger Bereitwilligkeit thue er dieß, aber es würde ihm schwer fallen, wenn er als Präsident des Hofkriegsrathes jeden Augenblick mit einem der Chefs der einzelnen Zweige des Kriegsweſens, der den

an ihn ergangenen Anordnungen nicht gehorchen wolle, sich in Streit verwickelt sehen müßte. Er bitte sie daher ein für alle Mal um Verfügungen, durch welche er hiegegen geschützt und einer Bürde enthoben würde, die ihm von Tag zu Tag unerträglicher werde.

„Recht unglücklich bin ich", entgegnete hierauf Maria Theresia, „mich so schlecht ausgedrückt zu haben. Lassen Sie Steinmetz kommen „oder nicht, Alles ist mir gleichgültig. Ich meinte hiedurch der „Commission Genugthuung widerfahren zu lassen und einen guten „Offizier zu retten; von Ihnen hängt es ja doch einzig und allein „ab, ihn hieher kommen oder dort bleiben zu lassen. Weder Harsch „noch irgend eine andere Mittheilung ist hiebei im Spiel. Erst „morgen wollte ich Neny von ihm*) sprechen, um ihn vorzubereiten „auf sein Schicksal und es ihm so erträglich zu machen als ich nur „immer kann. Denn er besitzt Schreiben von mir und meinem ver„storbenen anbetungswürdigen Herrn, die ihn unseres immerwährenden „Schutzes versichern; so liegt die Sache. Ich glaube nicht, daß er es „wagt, Einsprache dagegen zu erheben; in diesem Falle hätten Sie „nicht Ihre eigene Person, sondern diejenige in Betracht zu ziehen, „welche Sie vertreten. Da Sie meiner Gesinnung für Sie gewiß „sind, warum in üble Laune gerathen? Es geschieht deßhalb, weil „Sie mir nicht die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß ich Ihre „beste Freundin bin, und daß ich Ihnen keinen kräftigeren Beweis „hievon geben kann, als indem ich fortfahre, Ihnen zu sagen was „mir gefällt oder nicht, und Ihnen gegenüber pünktlich die Bedingung „zu erfüllen, Ihnen aufrichtig über Alles, was mir von Ihnen zu„kommen kann, meine Meinung zu erkennen zu geben" [802]).

Wer so genau wie Lacy mit der Denkungsweise der Kaiserin bekannt war, der konnte leicht die Größe des Opfers ermessen, welches ihm Maria Theresia zu bringen bereit war, indem sie einem so alten und erprobten Staatsdiener wie Harsch den so lange Zeit hindurch von ihm bekleideten Posten zu entziehen gedachte. Lacy beeilte sich

*) Dem Feldzeugmeister Grafen Harsch.

daher, noch an demselben Tage an die Kaiserin zu schreiben und sie zu versichern, daß er nicht den geringsten persönlichen Groll, weder gegen Harsch noch gegen Steinmetz hege. Nichts Anderes habe er gewollt, als dem ihr geleisteten Eide gemäß über das Beste ihres Dienstes und die Beobachtung der militärischen Vorschriften wachend, sie überzeugen, daß Steinmetz pflichtwidrig gehandelt habe und daher Strafe verdiene. Harsch aber solle nicht Mißbrauch treiben mit der Güte und dem Schutze der Kaiserin, um sich hieraus ein Bollwerk zu bilden, von welchem aus er die Anordnungen des Hofkriegsrathes, statt ihnen zu gehorchen, zu durchkreuzen und zu vereiteln vermöge. Er verlange daher auch nichts anderes als daß Steinmetz als ein seinen Vorgesetzten untergebener und gehorsamer Offizier genau seine Pflicht thue, und daß Harsch innerhalb der Grenzen gehalten werde, welche seine dienstliche Stellung ihm vorzeichne. Geschehe dieß wirklich, dann werde auch Alles in Ordnung und es durchaus nicht nothwendig sein, Harsch von seinem Posten zu entfernen.

Was ihn selbst angehe, fügte Lacy hinzu, so bestehe sein Ehrgeiz in nichts Anderem als in dem Bestreben, seine Pflicht in ihrer ganzen Strenge zu erfüllen und gar keine Privatrücksichten zu kennen, wenn es um das Beste des Dienstes sich handle. Er bitte die Kaiserin daher, von der Reinheit seiner Absichten und Handlungen so wie von seiner Anhänglichkeit an sie immerdar überzeugt sein zu wollen.

„Mir gegenüber brauchen Sie sich", antwortete unverzüglich Maria Theresia, „niemals über einen Mangel oder eine Nachlässigkeit „im Dienste zu erklären, aber man kann auch fehlen durch allzu viel „Eifer und Strenge in Erfüllung seiner Pflichten. Die Menschlichkeit „legt uns nicht geringe Nachgiebigkeit auf. Ich habe mich sehr wohl „bei dieser Handlungsweise befunden, denn alle Welt thut mehr aus „Neigung als aus bloßem Pflichtgefühl. Sind die Menschen zufrieden, „so leisten sie das Doppelte; handeln sie aus Furcht, dann thun sie „nichts als gerade nur ihre Pflicht. Verfahren Sie gegen Steinmetz „und Harsch nach den Regeln unseres Dienstes; ich mische mich nicht „mehr darein und bürge Ihnen dafür, daß man mir ihre Namen „nicht mehr aussprechen wird" [803]).

Es lag in der Stellung der Kaiserin, daß sie dieser Angelegenheit in ihrem weiteren Verlaufe doch nicht so fern bleiben konnte, als sie nach ihren eigenen Worten es wünschte. Was Steinmetz anging, so befahl sie Lacy, denselben als Genugthuung für die Fortificationscommission von Arad abzuberufen, wenn er ihn dann zur Verantwortung ziehen wolle; doch erklärte sie neuerdings, sie würde seinen Verlust bedauern, indem man nicht Viele dieser Art besitze[804]). Graf Harsch aber wurde zwar vor der Hand noch auf seinem Posten belassen, aber schon im Jahre 1770 verlor er denselben und der Feldmarschall-Lieutenant Graf Pellegrini wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

Man sieht wohl, daß Lacy von seiner eigenen Person und von seiner amtlichen Stellung eine sehr hohe Meinung besaß und daß nicht geringer Muth dazu gehörte, in der einen oder der anderen Richtung ihm entgegenzutreten. Denn allzu leicht glaubte er in einem Widerspruche, auch wenn sich derselbe ausschließlich auf dienstliche Angelegenheiten beschränkte, eine persönliche Beleidigung erblicken zu sollen, die seinen ganzen Unwillen wachrief. Unbedenklich legte er dann dem Verfahren seiner Gegner die verwerflichsten Motive zu Grunde, und wie eine persönliche Genugthuung verlangte er von der Kaiserin, daß jede Einrede verstumme und sein Wille allein zur Durchführung gelange.

Im Jänner 1769 geschah es, daß Rudolph Chotek als Oberster Kanzler Einwendungen erhob gegen die Art und Weise, in welcher Lacy das neu angenommene militärische Cantonirungssystem in Böhmen einführen wollte. Lacy behauptete jedoch, daß die Waffen, deren Chotek in diesem Streite sich bediente, ein deutlicher Beweis seien, wie er nichts so sehr anstrebe als das Scheitern eines Planes, dessen Verwirklichung allerdings weit weniger im Interesse einiger Besitzer sehr großer Güter in Böhmen als in demjenigen des Dienstes der Kaiserin gelegen sein möge. Nur sie selbst oder der Staatsrath könnten die Entscheidung fällen; den Behörden wäre sie dann einzig und allein zu pünktlicher Befolgung zu übersenden.

Eigenthümlich ist es zu sehen, wie Maria Theresia sich bemühte, Lacy zu beschwichtigen, ohne doch Chotek irgendwie Unrecht zu geben. „Ich habe Ihnen diesen Morgen", erwiederte sie dem Feldmarschall, „das Actenstück gesandt, das Sie von mir verlangten. Ueber Ihre „Vorstellung sage ich Ihnen offen meine Meinung, sie ist keine Ent„scheidung. Ich theile Ihnen nur mit, wie ich die Angelegenheiten „betrachte und wie ich nach meiner eigenen Erfahrung die Dinge scheitern „oder gelingen sah, indem man nur ein wenig den mit unserer mensch„lichen Natur einmal verbundenen Fehlern nachgab und der Eine die„jenigen des Andern zu ertragen sich bestrebte. Aber man muß nicht die „Menschen in Widerspruch gegen einander bringen; der Dienst allein ist „es, der darunter leidet. Sie, der Sie alle Eigenschaften besitzen, die „Dinge im Großen aufzufassen, halten Sie sich doch bei Bagatellen oder „Chicanen nicht auf. Arbeiten Sie im Großen, und lassen Sie sich „nicht in Anspruch nehmen durch die Kleinlichkeiten untergeordneter „Personen, welche auf die Länge den Geist darnieder drücken, ihn „erbittern und weniger geeignet machen für das Große. Ich kann „besser davon reden als eine Andere, indem ich dieß an mir selbst „erfuhr. Darum möchte ich Ihnen diesen Schmerz ersparen und es „verhindern, daß Sie ebenfalls zu dieser Erfahrung gelangen, um „mir Ihre Hülfe, deren ich so sehr bedarf, für die großen Dinge zu „bewahren. Zählen Sie doch darauf, daß ich auf Alles, was in den „verschiedenen Zweigen der Regierung auf diesen Punkt Einfluß nehmen „kann, ungemein aufmerksam, ja sogar eifersüchtig bin. Aus diesem „Grunde dringe ich so sehr auf das Militärreglement, auf die Canto„nirungen, weil dadurch die einzelne Einquartierung auf dem Lande „aufhören muß, und ebenso auf andere Punkte, welche alle darauf „abzielen, unser Militärwesen auf eine feste und solide Grundlage zu „stellen. Seine Basis jedoch muß die sein, daß es dazu vorhanden „ist, die Länder zu vertheidigen und zu bewahren, nicht aber sie aus„zuhungern oder ihnen auch nur unbequem zu werden; dieser Punkt „ist sogar sehr wichtig für die Disciplin. Alle Kleinigkeiten, Neben„wirthschaften, Jurisdictionen, wenn sie nicht persönlich sind, müssen „davon gänzlich getrennt werden. Schon im Jahre 1744 und auch „seither noch habe ich entschieden, daß in allen deutschen, ungarischen,

„avancement glaube nicht das er verdient, wohl aber a prima „novembris dises lauffenden jahrs die gantze gage. dis ist nur „meine particular meinung."

Ungünstiger noch stand es, wie es scheint, um einen Prozeß, der im Jahre 1772 gegen einen Cassier Namens Schröder anhängig gemacht worden war. „Endigen Sie diesen Prozeß", schrieb Maria Theresia im Jänner 1773 an Lacy; „ich gestehe, mir blutet das Herz, daß „man so viele Personen durch Angebereien so unglücklich macht. Das „Beste ist seine Jubilirung mit seinem ganzen Gehalte und tausend „Gulden für seine Reise und den Makel des Kerkers. Wer waren „denn seine Angeber? Ich weiß, daß Sie für Ihre eigene Person „nicht darüber hinweggehen konnten" [799]).

Wie tief verhaßt Alles, was Angeberei genannt werden konnte, der Kaiserin war, hat sie außer in diesem auch noch in anderen zahlreichen Fällen unwiderleglich bewiesen. Um nur noch einen einzigen zu erwähnen, sei hier einer Anklage gedacht, welche ein Major Namens Spatseck aus Anlaß des Festungsbaues in Arad gegen seine Oberen und insbesondere gegen den Feldzeugmeister Grafen Harsch als Prodirector des Ingenieurcorps und Fortificationswesens vorbrachte. Lacy, dem Grafen Harsch ohnedieß nicht gerade freundlich gesinnt, war der Meinung, er habe hiedurch nur seine Pflicht erfüllt. Maria Theresia aber bekannte sich zu einer anderen Ansicht. „In meinen „Augen ist Spatseck schuldig", antwortete sie, „indem er einerseits „seinem Vorgesetzten Geld anzubieten wagte und andererseits eine „Klage wider ihn vorbrachte. Ich bin immer für die Aufhellung der „Dinge, denn die Verläumdung ist heut zu Tage das Laster, welches „so sehr herrscht, daß jeder Chef dem ausgesetzt ist, sich in seinen „besten Maßregeln durchkreuzt zu sehen. Daher wäre ich dafür, es „sollten Harsch alle wider ihn erhobenen Beschwerdepunkte mitgetheilt „werden, auf daß er entweder verurtheilt oder freigesprochen werde, „denn die Sache im Zweifel zu lassen, heißt ihm noch größeres Unrecht „zufügen. Darin besteht jedoch das einzige Mittel, gut bedient zu „werden und sich die redlichen Leute zu erhalten" [800]).

Fast zwei Jahre später, im Jänner 1769 bot der Arader Festungsbau Anlaß zu einem neuen Conflicte, in welchen Harsch gleichfalls verwickelt war. Der dortige Festungscommandant Generalmajor Adolph von Phul führte Beschwerde über das ordnungswidrige und dem Dienste nachtheilige Benehmen der daselbst befindlichen Ingenieuroffiziere und insbesondere des Oberstlieutenants Steinmetz, welchem die Leitung der Bauten oblag. Auf die Meldung, die ihr Lacy hierüber erstattete[801]), antwortete ihm Maria Theresia:

„ich glaube alzeit steinmetz hieher zu beruffen, umb sich zu ver„antworten. ich überlasse ihme aber jenes vorzukehren, was er am „besten nach dem dienst finden wird."

Lacy nahm hieraus Anlaß, der Kaiserin Bericht über den ganzen Vorfall zu erstatten. Offenbar ging er von der Voraussetzung aus, der Gedanke, Steinmetz nach Wien kommen zu lassen, sei der Kaiserin von Harsch eingegeben worden. Derselbe besitze den Grundsatz, erklärte jetzt Lacy, die Dinge jederzeit so viel als nur immer möglich zu verwirren. Das Benehmen des Oberstlieutenants Steinmetz gegen den General Phul, sei es als Präsidenten der Arader Fortificationscommission, sei es als Festungscommandanten erscheine jedoch durchaus verwerflich; es widerspreche allen Regeln des Dienstes und der militärischen Disciplin, indem Steinmetz sich gegen den Respect, die Subordination und den rückhaltslosen Gehorsam versündigt habe, welchen jeder Untergebene seinem Vorgesetzten schulde. Allerdings fürchte er, daß ihm selbst eines Tages dasjenige mit Harsch begegnen werde, was jetzt Phul von Steinmetz widerfahren sei. Denn bei Allem, was der Hofkriegsrath im Genieweſen anordne, müsse man sich erst eines Prozesses mit dem Prodirector versehen. Gewiß mühe er sich ab, fuhr Lacy von sich selbst redend fort, und richte seine Gesundheit zu Grunde, um Tag und Nacht für den Dienst der Kaiserin zu arbeiten. Mit freudiger Bereitwilligkeit thue er dieß, aber es würde ihm schwer fallen, wenn er als Präsident des Hofkriegsrathes jeden Augenblick mit einem der Chefs der einzelnen Zweige des Kriegswesens, der den

„italienischen und niederländischen Festungen alle Gründe, Accidenzien, „Jurisdictionen, sie mögen den Commandanten, dem Fortifications„wesen, der Artillerie zugehören, aufgehoben sein sollen. Alle diese „Leute haben ihren Sold und sie sollen daher wie im Wirthshause „leben. Alle gesonderten Jurisdictionen verursachen nichts als Prozesse „und Feindseligkeiten; sie rauben die Zeit für wichtigere Dinge und „öffnen der Unordnung die Thüre. Ich bitte Sie um Nachsicht für „all diese Plage, ich wurde dreimal unterbrochen, und mein Kopf ist „nicht völlig beisammen" [805]).

Noch schärfer traten der herrische Eigenwille Lacy's und seine übertriebene Reizbarkeit, wenn irgend Jemand es wagte, gegen seine Anträge Widerspruch zu erheben, in einem Conflicte mit dem Grafen Leopold Kolowrat, Präsidenten der Hofkammer hervor. Schon im Jahre 1767 hatte Lacy zur Aufhebung des bisherigen Generalkriegscommissariates, zur Uebertragung seiner Geschäfte an den Hofkriegsrath und zur Einführung eines neuen militärischen Oekonomiesystems gerathen. Nicht ohne Widerspruch der Hofrechnungskammer war dieß geschehen, Maria Theresia aber stand mit ihrer Meinung ganz auf der Seite Lacy's, ja sie übertraf ihn sogar noch an Eifer für die Verwirklichung seiner Vorschläge. „nachdem ich", schrieb sie auf den Bericht Lacy's vom 17. Mai 1767, „überzeigt (bin) von der un„billigkeit und confusion des jetzigen systeme, herentgegen von der „activitætt und einsicht des Kriegspresident, so adoptire in allen „seine Vorschläge umb so mehr, weillen selber nur nach seiner methode „die zwey jahre 1768 und 1769 bis ende octobris also fortführen „will. findet man in diser zeit das was bessers vorzunehmen, so kan „es alzeit geschehen, umb so mehr alß durch dise neüe arth man sich „keineswegs entzihe der einsicht der rechnungscamer und Verechnung; „nur in der arth, selbe zu legen, und in der dependentz und ein„leitung deren individijs diferirt wird. wan die gantze monarchie „schonn nach dem neüen rechnungsnormale eingerichtet wäre, so hätte „mehrers bedencken, eine deren wichtigsten rubriquen zu excipirn. „nachdeme aber mehr zu wüntschen alß zu hoffen, das in disen zwey „Jahren all übrige eingerichtet seyn sollen, so kan umb so unbedencklicher

„dise zeit disen werck gelassen werden und dises als das letzte reservirt „werden. alles ligt an der zeit und ordnung und alles an der „anleitung und soutenirung dises wercks, welches allein durch kriegs„president kan ausgeführt werden."

Geht aus den vorstehenden Zeilen die Parteinahme der Kaiserin für die Anträge Lacy's unwiderleglich hervor, so kann die Wahrheit der Behauptung, daß sie ihn an Eifer für die Durchführung derselben noch übertraf, gleichfalls durch ihre eigenen Worte bewiesen werden. Lacy hatte ursprünglich gewünscht und Maria Theresia ihm darin beigepflichtet, daß das neue System schon mit dem ersten November 1767 ins Leben treten möge. Aber er verkannte doch auch die beträchtlichen Schwierigkeiten nicht, welche hiebei noch zu überwinden sein würden, und für so groß und beachtenswerth hielt er dieselben, daß er die Kaiserin um Gewährung eines Aufschubes bat. „man wird aus „disen punct überzeigend ersehen", antwortete hierauf Maria Theresia, „wie schlecht, mangelhaft das jetzige ist, welches man vor so nützlich „haltet. meine sorge ist nur, das man ihme selbst irr machen will „mit so villen einstreuungen und auffzügen, das er entlich die sachen „gehen lasset. Man muß in dem Getriebe der Chicanen alt geworden „seyn wie ich, um nicht den Muth zu verlieren oder sich zu ärgern. „Vor zwanzig Jahren hätte ich es gleichfalls nicht zu ertragen ver„mocht [806])."

Man sieht wohl, es war zunächst die Verstimmung der Kaiserin über die Mängel des bisher Bestehenden, wodurch sie veranlaßt wurde, das Neue mit so ungemein großem Eifer zu ergreifen. Dabei mag sie wohl allzu günstig über dasselbe geurtheilt und die Gebrechen, die ihm ebenfalls anklebten, zu wenig beachtet haben. Das wichtigste derselben bestand ohne Zweifel darin, daß die Kriegsbuchhalterei, welcher die Prüfung der Rechnungen aller dem Militärwesen angehörigen Corporationen und Personen oblag, nicht mehr der Rechnungskammer, sondern dem Hofkriegsrathe untergeordnet wurde. Der Letztere ward hiedurch so ziemlich zum Richter in eigener Sache, und so angenehm dieß auch für die Militärbehörden sein mochte, so verlor doch durch eine solche Einrichtung die censurirende Behörde alle Selbst-

ständigkeit und somit die von ihr vorgenommene Prüfung der Rechnungen sehr viel von ihrem Werthe. Die Finanzen des Staates hatten hievon eine recht empfindliche Rückwirkung zu erfahren, und nichts war daher natürlicher, als daß insbesondere die Hofkammer dem durch Lacy eingeführten System nichts weniger als geneigt war und sich mindestens jeder noch ferneren Ausdehnung desselben eifrigst widersetzte. Als endlich eine solche im Jahre 1773 durch Lacy wirklich versucht wurde, wagte es der Präsident der Hofkammer, Graf Leopold Kolowrat, das ganze System ein fehlerhaftes zu nennen. Dadurch versetzte er jedoch Lacy in heftigen Zorn, und in Worten voll persönlichen Ingrimms gegen Kolowrat machte er dieser Stimmung der Kaiserin gegenüber Luft. Seit mehr als dreißig Jahren genieße er das Glück, schrieb er ihr am 5. März 1773, ihr und dem Staate im Kriege und im Frieden, mit dem Degen und mit der Feder zu dienen. Sie wisse am besten, daß diese Dienste der bedeutsamsten Art gewesen, und daß er sich in dieser Beziehung auf das Urtheil der Freunde wie der Feinde des Staates berufen könne. Er wisse dagegen nichts von Kolowrats Verdiensten, und wenn derselbe der Kaiserin überhaupt Dienste geleistet habe, so vermöge er deren etwaige Wichtigkeit nicht zu beurtheilen. Darüber bestehe jedoch nicht der geringste Zweifel, daß Kolowrat eine weit kürzere Dienstzeit als er selbst, und was den Werth der geleisteten Dienste betreffe, wohl kaum die gleichen Urtheile über sie werde aufweisen können. Wie groß also auch das Unrecht Kolowrats sein möge, so wolle er ihm doch dasselbe um so eher verzeihen, als der Gegenstand, von welchem Kolowrat spreche, ihm vollständig fremd, und er ohne ein außerordentliches Wunder gar keine Kenntniß von ihm zu besitzen im Stande sei. Am schmerzlichsten müsse er jedoch, fuhr Lacy fort, es empfinden, sein Verfahren jetzt der demüthigenden Kritik eines Referenten ausgesetzt zu sehen, welcher unter dem Deckmantel der Unterschrift seines Chefs die Keckheit so weit treibe, die Dinge selbst vor den Augen der Kaiserin in einem zweideutigen Lichte erscheinen zu lassen. Wie so oft schon, so bat Lacy auch jetzt wieder die Kaiserin um ihre persönliche Entscheidung und um ihren Schutz gegen die Angriffe von Leuten, welche nicht von den gleichen Rücksichten für ihren Dienst, wie er selbst, ausgehen könnten.

Von der ausführlichen Antwort der Kaiserin wird wenigstens derjenige Theil hier Aufnahme finden müssen, der sich auf die Beschwerde Lacy's gegen Kolowrat bezog. „Lebhaft bedauere ich", entgegnete ihm Maria Theresia, „Ihnen durch die Mittheilung der „Schriften der Hofkammer, welche nach ihrer Einsicht ihre Meinung „zu sagen verpflichtet ist, Schmerz verursacht zu haben. Seitdem eine „Kammer und Finanzen existiren, waren die Buchhaltereien ein wesent„licher Theil der Finanzstelle. Einen allgemein angenommenen und „beobachteten Fuß zu ändern, ist eine große Unternehmung und hat „die Erfahrung und alle Beamten wider sich. Wenn Sie es nicht „wären, so hätte ich an eine solche Aenderung nie auch nur gedacht. „Kolowrat und alle seine Beamten sind daher sehr zu entschuldigen, „daß sie nicht zuzustimmen vermochten; sie müssen nach ihrer Ueber„zeugung sprechen. Keine Persönlichkeit kommt hiebei ins Spiel, man „greift Ihr Verfahren nicht an, Niemand denkt daran und ich würde „es nicht dulden. Aber man kämpft gegen den Umsturz des ganzen „bisher beobachteten Finanz- und Controlsystems. Und können Sie „das Leuten übel auslegen, welche von demselben durchdrungen und „durch dessen Aufrechthaltung während eines Jahrhunderts umsomehr „darin bestärkt sind, als die Lasten sich täglich vermehren? Ich bin „Ihnen dankbar dafür, daß Sie mir Ihren Kummer mittheilen, den „ich doppelt mit Ihnen empfinde, indem ich Ihre unglaublichen An„strengungen für meinen Dienst kenne und sie durch solche Einwendungen „noch steigern muß, aber mein Vertrauen ist Ihnen vollständig ge„widmet und nur mit meinen traurigen Lebenstagen wird es aufhören. „Dennoch kann ich Ihnen nicht dafür bürgen, daß Sie keinen Kampf „mehr mit anderen Staatsdienern zu bestehen haben werden; so lang „die Menschheit existiren wird, wird es auch Meinungsverschiedenheiten „geben; unsere Schwäche, unsere Böswilligkeit verursachen dieß. Eine „der großen Plagen und Anstrengungen derer, die an die Spitze „gestellt sind, besteht in der Aufgabe, sich nicht irre und auch nicht „schlaff machen zu lassen, sondern nach dem eigenen Gewissen und „ohne Parteilichkeit zu dem zu entschließen, wodurch man sowohl dem „Staate als dessen mehr als je darniedergedrücktem Oberhaupte Gutes „erweisen kann. Man muß mitwirken und ihm helfen, die Dinge

[illegible]

„Der Brief Panins an Galitzin", schrieb Maria Theresia etwa zwei Wochen später an Lacy, „den ich Ihnen heute Morgens „übersandte, ist nur für Sie, und um zu wissen was Sie davon „denken; Galitzin selbst ist es, der ihn Kaunitz anvertraute. Der „Kaiser drängt zu den militärischen Vorkehrungen, zu den Befehlen „für den Marsch der Regimenter; insbesondere treibt er zu dem aus „Italien und aus den Niederlanden am meisten. Ich dagegen glaube, „man könnte noch auf Nachrichten aus St. Petersburg, aus Berlin „und Constantinopel warten. In Bezug auf die Dislocation der „Truppen in Ungarn ziehe ich diejenige vor, welche uns am nächsten „gelegen ist, und durchaus nicht die zwischen der Theiß, wegen der „Krankheiten, der Ueberschwemmungen und des Mangels an Lebens„mitteln" [510]).

Gegen ihre sonstige Gewohnheit gab dießmal Maria Theresia ihrem Sohne wenigstens für den ersten Augenblick nicht nach. Am 24. Februar 1771 kündigte sie dieß dem Grafen Lacy mit den Worten an: „Sie werden den Auftrag zur Ertheilung der Befehle „an die Regimenter, aber nicht zu ihrem Marsche erhalten; Sie wissen „was ich hievon denke. Hier ist die Antwort, die man Galitzin geben „wird; ich habe sie genehmigt, weil sie nicht viel sagt, weil wir ihnen „schmeicheln wie sie es uns gethan, weil wir in ihren Gedanken ein„gehen, keine Vermittlung zu verlangen, indem ich immer gefürchtet „habe, man mögte an beeden seiten anstossen, kein danck davor haben, „wohl aber die guten Dienste wegen obrescof und andere in künftiger „negotiation. Ich hoffe daß Galitzin nichts verderben wird, unsere „guten Absichten geltend zu machen, und daß wir nur mit sehr großem „Bedauern andere Maßregeln ergreifen würden. Kommt es aber „einmal dazu, dann soll dieß auch nach Ihrer Meinung nur mit „äußerster Aufbietung unserer Kräfte geschehen. Wir denken gleichzeitig „Lobkowitz zurückkehren zu lassen. Vor der Hand scheint mir, diese „beiden Demonstrationen müssen Rußland von der Aufrichtigkeit unserer „Absichten überzeugen. Wenn es nach alledem im künftigen Feldzuge „die Dinge noch weiter treibt, wird es mit uns zu thun haben. Ich „hege kein Bedenken, daß Galitzin wisse, daß ich Ihnen all dieß mit-

„theilte, und daß er meine wahren Absichten kenne, welche Sie am „besten bei ihm zur Geltung bringen können, da Sie sein Freund „sind und gleichzeitig mein ganzes Vertrauen besitzen und wissen wie „ich denke. Nothwendig ist es, daß Galitzin hinsichtlich dessen, was „Sie ihm sagen werden, das unverbrüchlichste Geheimniß beobachte. „Ist er dessen nicht fähig, dann wäre es besser, ihm gar nichts zu „sagen" [811]).

Es war wirklich ein großer Beweis ihres Vertrauens, wenn Maria Theresia in solchem Sinne gegen Lacy sich aussprach. Denn so wie alle Welt, so wußte auch sie, daß Lacy's Sympathien in dem Kriege zwischen Rußland und der Türkei auf Seite der ersteren Macht standen. Schrieb man es ja doch seinen Rathschlägen zu, daß Joseph den von Kaunitz gestellten Antrag, Oesterreich solle Rußland, wenn dieser Staat sich nicht zum Frieden mit der Türkei bereit finden lasse, mit Krieg überziehen, trotz der Hinneigung seiner Mutter zu diesem Entschlusse zum Scheitern gebracht habe [812]).

Wichtiger noch als der Meinungsaustausch der Kaiserin mit Lacy über die Maßregeln Oesterreichs in Bezug auf den Krieg zwischen Rußland und der Türkei sind ihre beiderseitigen Aussprüche, insofern sie sich auf die Theilung Polens bezogen. „Die große Angelegenheit", schrieb ihm Maria Theresia am 20. Jänner 1772, „liegt mir gar „sehr am Herzen, insbesondere aber die Ehrlichkeit und die Recht- „schaffenheit unseres Vorganges, die sich mit der Habgier nicht „vereinigen lassen" [813]).

Bedeutungsvoller waren die Worte, welche Maria Theresia am 9. Februar 1772, also in dem Zeitpunkte an Lacy schrieb, in welchem die Nothwendigkeit einer Entscheidung immer näher an sie heranrückte. „Wenn der Kaiser", so lauten dieselben, „Sie morgen zu sich berufen „läßt, so geschieht dieß auf meine Anregung; es handelt sich darum, „sich deutlich zu erklären und eine Partei zu ergreifen. Es kostet mich „ein Opfer, mit den Uebrigen zu theilen; muß es aber einmal sein, „dann paßt dieß für uns nur in Polen. Die Moldau und die „Walachei, ungesund und zu Grunde gerichtet, wie sie sind, conveniren

„uns nicht. Auf Serbien aber und auf Bosnien können wir anders „nicht hoffen als indem wir mit Gewalt den Türken sie abnehmen. „Wir müßten also Krieg führen, und gegen wen? Gegen unseren „Verbündeten; daran ist nicht einmal zu denken" [814]).

Als endlich in dem Augenblicke, in welchem Kaunitz der Kaiserin die verschiedenen Abstufungen vorlegte, nach denen die von österreichischer Seite zu stellenden Forderungen einzurichten wären [815]), auch Lacy sich ihr gegenüber in höchst bemerkenswerther Weise über diese Vorschläge aussprach [816]), erwiederte ihm Maria Theresia gleichfalls mit eigener Hand: „Gestern werden Sie vom Kaiser die Befehle erhalten „haben, unseren Vormarsch zu pressiren. Gott gebe, daß uns das nicht „in einen wirklichen Krieg verwickle; ich selbst finde, daß wir unglück„licher Weise nicht mehr anders können. Ich empfehle Ihnen nur die „gute Mannszucht und daß man jenes Land, das unseren Antheil „bilden soll, nicht noch elender mache und die Conföderirten mit „Menschlichkeit und Schonung behandle. Man vertreibe sie nicht von „ihrem eigenen Herd, ihrem einzigen Asyl, ohne ihnen ein anderes zu „bieten" [817]). Als aber zuletzt der Entschluß zum Einmarsche in Polen zu wirklichem Vollzuge gelangte, da war auch Maria Theresia dafür, daß dieß, wenn es schon sein müsse, rasch und mit Entschiedenheit vor sich gehe. „wegen vorruckung deren troupen in pohlen", schrieb sie am 2. Mai 1772 an Lacy, „ist kein auffenthalt zu machen; je ehender „je besser, so vill wir können, ohne gefahr zu besetzen."

Die vertraulichen Aeußerungen der Kaiserin gegen Lacy gewinnen in den Fällen, in welchen, sei es zum Lobe oder zum Tadel, von Joseph die Rede ist, ein ganz besonderes Interesse. Lacy stand ja bei dem Kaiser, wie man weiß, in sehr hoher Gunst, und er darf wohl von Allen, mit denen Joseph verkehrte, derjenige genannt werden, der am meisten dessen Vertrauen genoß und den mächtigsten Einfluß auf ihn übte. Es gab also nicht leicht einen geeigneteren Mittelsmann als ihn, um in ausgleichendem und versöhnendem Sinne zu wirken bei den so häufigen Meinungsverschiedenheiten und Conflicten zwischen Mutter und Sohn. Wie tactvoll er in dieser Hinsicht sich zu benehmen verstand,

wird wohl dadurch am besten bewiesen, daß sowohl Maria Theresia als Joseph mit rückhaltloser Offenheit sich gegen ihn aussprachen; von jeder der beiden Parteien wurde er als ihr eigentlicher Vertrauensmann angesehen und behandelt.

Die am häufigsten wiederkehrenden, wenn auch bei weitem nicht die wichtigsten Anlässe zu derlei Differenzen zwischen der Kaiserin und ihrem Sohne lagen, insofern es den amtlichen Wirkungskreis Lacy's betraf, in Beförderungssachen. Maria Theresia war bekanntlich ebenso freigebig mit Versprechungen und deren Erfüllung, als Joseph mit abschlägigen Antworten. Die häufige Zurückweisung, welche ihr Fürwort erfuhr, konnte nicht anders als die Kaiserin verletzen, in deren Macht es ja gelegen gewesen wäre, einzig und allein nach ihrem eigenen Willen die Entscheidung zu treffen. Zu einem so auffallenden Schritte, der noch überdieß mit dem von ihr gefaßten und überall verkündigten Entschlusse, das Kriegswesen ganz in Josephs Hände zu legen, in grellem Widerspruche gestanden wäre, kam jedoch Maria Theresia nicht. Sie beschränkte sich somit auf Klagen, die sie Lacy gegenüber vorbrachte, und auf manchmal recht bitteren Tadel über Solche, denen Joseph aus eigenem Antriebe eine von seiner Mutter für unpassend oder unverdient gehaltene Beförderung zu Theil werden ließ.

„dis referat ist eben also", schrieb die Kaiserin einmal an Lacy, „ein so hergeloffenen mentschen major zu machen, wo kein lyzau oder „andern würdigen darzu bringen kunte; hoffe er nimbt diese conditions „nicht an. mit lauter solchen leüten redet der Kayser selbst, gehet mit „ihnen zu weit heraus; nachgehends müssen wir scheinen es zu ver„hindern" [518]). Und im April 1773 sprach sie über die militärische Thätigkeit des Kaisers in folgenden abgerissenen Worten ein recht ungünstiges Urtheil aus:

„habe a propos rompue schonn vill gehört. man überarbeitet „alles, man will nur von unten gehen, obristen, generals ersezen, „regimenter vergeben; weiter will man nichts; wegen dislocation gar „nicht daran gehen, obstinate wider die zwey regimenter in niderland: „communicirt wird mir nichts. laße er mir nichts nach von disen

„schönen aufsatz, ich werde es, so vill kan, soutenirn oder zur zeit „avertirn. dis zettel mögte wieder zuruck haben“ [819]).

Allerdings fehlt es auch nicht an ungleich milderen Aeußerungen der Kaiserin über ihren Sohn. Als derselbe im Jänner 1770 auf dem Punkte stand, sein einziges Töchterchen zu verlieren, schrieb Maria Theresia an Lacy: „Der arme Vater ist es, der seiner Tochter beisteht, „und selbst während der Nacht; ich bin für ihn gerade so beunruhigt „als für sie. Seine angebliche Gefühllosigkeit bestätigt sich bei dieser „Gelegenheit nicht; das Kind kennt mich kaum, ich kann ihm also „nicht zum Troste dienen. Mein Sohn liebt Alles, was einzig und „allein und ohne jede Theilung nur ihm angehört. In einer so „gerechten Sache wollte ich ihn nicht stören, und seit der jetzt gegebenen „Richtschnur halte ich mich, um die Dinge nicht zu verwirren, voll- „ständig von ihnen fern. Nur zweimal des Tages schleppe ich mein „schwer bedrücktes Herz und meine alten Gebeine dorthin. Predigen „Sie dem Kaiser, wenn Sie ihn sehen, sich zu schonen“ [820]).

„Ich bin zufriedener mit dem Kaiser“, so lautet ein Billet seiner Mutter an Lacy vom October 1771, „die Grundlage ist gut, aber „die Umgebungen sind schlecht; auch besitzt er zu wenig Fleiß und zu „unserem Unglücke zu viel Verstand“ [821]). „Er will undurchdringlich „sein“, sagt sie ein anderes Mal von Joseph, „und keine Schwäche „an den Tag legen, denn so nennt er das Gefühl und die Freund- „schaft“ [822]). Und als im Jahre 1772, wie es scheint, Joseph von einem Unfalle betroffen wurde, über dessen Natur wir nicht näher unterrichtet sind, schrieb Maria Theresia an Lacy: „Sie werden schon „das Ereigniß erfahren haben, welches gestern dem Kaiser widerfuhr; „das macht um so mehr zittern, als nichts dabei zu thun ist. Er „duldet tapfer und sieht sehr übel aus. Ich bete ihn an, obgleich er „mich quält“ [823]).

Auf das Verhältniß zwischen Maria Theresia und Joseph, und auf die Art, in der sie mit einander die Geschäfte verhandelten, wirft auch folgender, an und für sich ganz bedeutungsloser Vorfall ein

Loudon in dieser Verlegenheit der Kaiser um Rath [illegible] und kam schrieb man zunächst dessen unaufhörliches Drängen zum Einmarsche in Polen und zur Annahme der Anerbietungen der zwei anderen Theilungsmächte zu.

Wenn nun auch in dieser Beziehung die Stellung Loudons zu jener nicht der, in welcher der Feldmarschall zu Maria Theresia stand, so mannigfache Zeugnissen der Kaiser mit seiner Mutter in Kundgebungen der innigsten Anerkennung für ihn. Seinen Rath hoch zu schätzen, ihn öffentlich auszuzeichnen und ihm seiner Anhänglichkeit zu versichern. Als nach dem Kaiser im Sommer 1771 den Entwurf einer Antwort an den Prinzen Ludwig von Württemberg vorlegte, worin dessen Bitte um Aufnahme in den österreichischen Kriegsdienst [illegible] abschlägig beantwortet wurde, erwiederte ihm Joseph: „Warum Brüder ist nur nichts hinzuzufügen und Sie führen die Feder „so gut wie der Teufel". „Ich weiß daß die Langsamkeit meiner Feder einen so verdrießlichen und öfters [illegible] wie die Länge „der [illegible] Zeigen Sie mein Mitleiden in dieser Sache und ich werde „auch bemühen, Ihnen Ehre zu machen". So und ähnlich lauteten die kameradschaftlichen Anfänge mit denen Joseph zu oft wiederholten Malen seine innigen Wohlmeinungen zu äußern pflegte. Und so verfehlte im Februar 1773 der Kaiser nicht, Loudon eine Gelegenheit zu bieten, seine Officiere zu belohnen, der sich immer gern seinen in seiner Nähe mit Lob und Auszeichnung betheiligt hatte, antwortete Joseph: „Gnädigster Herr Bruder, der Ihnen nur treue Diener ist, ist etwas verlegen, „denn dem Einen sind wir gerne ungnädig".

Wahrlich, Niemand wußte sich mit Geschick dieser so und für sich so feine Verhältnisse meisterlich [illegible] Joseph und Loudon, und man muß sagen, daß man so sehr der Kaiser, als der Feldmarschall es war, der durch seinen feinen zu schmeichelnden Takt und seine Eifersucht auf Andere niemals den Kaiser [illegible] hat. Dennoch, daß der Kaiserin für seine treuen [illegible] Dienste, Dank eine außergewöhnlich rasche Beförderung [illegible] bewirkt, war es dem Kaiser [illegible] vollständig [illegible] und [illegible] Zurücksetzung. So

beschwerte er im November 1769 sich bitter darüber, daß dem Herzoge von Arenberg und dem neu ernannten Feldmarschall Prinzen von Baden-Durlach der Rang vor ihm eingeräumt wurde. Und außerdem erhob er lebhafte Klage, daß Laudon auf einem anderen Wege als durch ihn als Präsidenten des Hofkriegsrathes von seiner Ernennung zum commandirenden General in Mähren in Kenntniß gesetzt worden, und daß eine ähnliche dienstliche Mittheilung in gleicher Weise auch an Hadik ergangen sei.

„Ihre Majestät", erwiederte hierauf Joseph dem Grafen Lacy halb scherzhaft und halb im Ernste, „der ich Ihren Brief vorlegte, „will in Anerkennung Ihrer Talente und Ihrer Verdienste auf Ihre „Schmerzen eingehen und Ihnen den Feldmarschallsrang vom Tage „Ihrer Ernennung zu dem Posten eines Präsidenten des Hofkriegs- „rathes gewähren. Demzufolge wollen Sie Ihr Patent auswechseln „lassen, um es sogar früher als dasjenige Arenbergs und Durlachs „zu datiren, und wird künftighin keinem Ihrer Vorgänger mehr ein „früheres als das Ihrige verliehen werden. Was aber den kleinen „Krieg angeht, den Sie gegen uns wegen der an Laudon und an „Hadik geschriebenen Briefe führen, so kann ich Ihnen nichts anderes „antworten, als daß die Freundschaft dem Ehebunde gleicht. Es soll „darin keine Eifersucht geben, und eine völlige Beruhigung über die „gegenseitige Redlichkeit und Aufrichtigkeit hat ihre Grundlage zu „bilden. Glauben Sie daran, daß ich weniger gegen diese als gegen „eine blinde Zuneigung mich versündigen werde, und daß Sie, was „Sie sich auch einbilden mögen, meiner Freundschaft sicherer sein „können als irgend eine Frau es meines Herzens sein würde. Adieu; „verlangen Sie Beweise von mir und ich bin bereit, Ihnen bei jeder „Gelegenheit solche zu geben" [832]).

Joseph mag wohl, wie es scheint, nicht absichtslos den Ausdruck „Eifersucht" gewählt haben, denn es ist bekannt, wie schon während des siebenjährigen Krieges insbesondere Laudon der Gegenstand der steten Eifersucht Lacy's gewesen war. Wie tief hatte er sich doch beleidigt gefühlt, als Laudon, welcher später als er Generalmajor und

„theilte, und daß er meine wahren Absichten kenne, welche Sie am „besten bei ihm zur Geltung bringen können, da Sie sein Freund „sind und gleichzeitig mein ganzes Vertrauen besitzen und wissen wie „ich denke. Nothwendig ist es, daß Galitzin hinsichtlich dessen, was „Sie ihm sagen werden, das unverbrüchlichste Geheimniß beobachte. „Ist er dessen nicht fähig, dann wäre es besser, ihm gar nichts zu „sagen" [811]).

Es war wirklich ein großer Beweis ihres Vertrauens, wenn Maria Theresia in solchem Sinne gegen Lacy sich aussprach. Denn so wie alle Welt, so wußte auch sie, daß Lacy's Sympathien in dem Kriege zwischen Rußland und der Türkei auf Seite der ersteren Macht standen. Schrieb man es ja doch seinen Rathschlägen zu, daß Joseph den von Kaunitz gestellten Antrag, Oesterreich solle Rußland, wenn dieser Staat sich nicht zum Frieden mit der Türkei bereit finden lasse, mit Krieg überziehen, trotz der Hinneigung seiner Mutter zu diesem Entschlusse zum Scheitern gebracht habe [812]).

Wichtiger noch als der Meinungsaustausch der Kaiserin mit Lacy über die Maßregeln Oesterreichs in Bezug auf den Krieg zwischen Rußland und der Türkei sind ihre beiderseitigen Aussprüche, insofern sie sich auf die Theilung Polens bezogen. „Die große Angelegenheit", schrieb ihm Maria Theresia am 20. Jänner 1772, „liegt mir gar „sehr am Herzen, insbesondere aber die Ehrlichkeit und die Recht- „schaffenheit unseres Vorganges, die sich mit der Habgier nicht „vereinigen lassen" [813]).

Bedeutungsvoller waren die Worte, welche Maria Theresia am 9. Februar 1772, also in dem Zeitpunkte an Lacy schrieb, in welchem die Nothwendigkeit einer Entscheidung immer näher an sie heranrückte. „Wenn der Kaiser", so lauten dieselben, „Sie morgen zu sich berufen „läßt, so geschieht dieß auf meine Anregung; es handelt sich darum, „sich deutlich zu erklären und eine Partei zu ergreifen. Es kostet mich „ein Opfer, mit den Uebrigen zu theilen; muß es aber einmal sein, „dann paßt dieß für uns nur in Polen. Die Moldau und die „Walachei, ungesund und zu Grunde gerichtet, wie sie sind, conveniren

Es läßt sich wohl kein Beweis dafür beibringen, aber doch mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, daß Lacy wenigstens einen Theil seiner Abneigung gegen Laudon auch dem Kaiser einzuflößen verstand, während ihm dieß bei Maria Theresia niemals gelang und er es vielleicht auch, von der Fruchtlosigkeit einer solchen Bemühung von vorneherein überzeugt, gar nicht versuchte. Ihre Dankbarkeit nicht nur, auch ihr rein menschliches Interesse an Laudons Wohlergehen gab die Kaiserin wiederholt in unzweideutigster Weise kund. „wie betrübt in „der gesundheit sihet laudhon aus", schrieb sie am 5. Juni 1765 an Kaunitz, „hat mich recht betrübt." Und als sich Laudon gegen Ende des Jahres 1773 für eine Gnadenbezeigung bedankte, welche Maria Theresia seinem Neffen hatte zu Theil werden lassen, antwortete sie ihm mit eigener Hand: „ein halbe tutzend Loudhon wären mir nicht „zu vill; wan er noch einige hat, schicke er mir sie alle, ich sehe sie „alß wie Kinder an" [834]).

Diese letztere Kundgebung der Kaiserin mag auch darauf berechnet gewesen sein, einen erfreulichen und ermuthigenden Eindruck auf Laudon zu üben, der, schon an und für sich zum Trübsinn geneigt, allmälig einer immer tieferen Verstimmung sich hingegeben hatte. Die Hauptursache davon lag wohl darin, daß die Leitung des Kriegswesens sich immer mehr in den Händen seines Gegners Lacy concentrirte und dessen Einfluß auf den Kaiser von Tag zu Tag mächtiger, ja zuletzt ein fast unbeschränkter wurde. So kam es daß Laudon, welcher schon im Jahre 1763 auf dem Punkte gestanden war, den österreichischen Kriegsdienst mit dem sächsischen zu vertauschen [835]), sich zehn Jahre später neuerdings mit Austrittsgedanken trug, und mit der Behauptung, seine leidende Gesundheit gestatte ihm die Fortsetzung seines Dienstes nicht mehr, seine Entlassung begehrte. Als Lacy im Februar 1773 ein ihm hierüber von Laudon zugekommenes Schreiben der Kaiserin vorlegte [836]), antwortete sie: „ich bin obligirt wegen „Vertrauen; bin nicht verwundert, habe es mir alzeit eingebilt, doch „verdrüst und betrübt es mich". Etwa zwei Wochen später [837]) aber schrieb Maria Theresia an Lacy: „So eben geht Laudon von mir; „er verläßt das Gouvernement und bleibt in unserem Dienste. Der

... Militärakademien ... Die ganze Militärmacht ... zusammengefaßt worden, welches ... Heerwesen staatlich zu machen; die ... Macht zu sichern, militärische Abweichungen ... z. B. Grenzen als reaktivierenden Kontin... Armee zu dienen, und er selbst war ... mehr zu sehen. In der Wache vor der Kaiser... ... sah man in ihnen das Ansehen, in welchem ... werde auch von Allen, im meisten ... selbst ... man überall nur in Uniform sein. ... machen bis zum Feldmarschall ... wurden, ist gesteigert und dadurch der ... Kommenter oder in Offizier ... Kommenter Tapferkeit, oder endlich in ... Kontin... Österreichs und Deutschlands ... Heeren oder Corps, von denen der Sieg ... der Zweiter stehe. All die hervor... ... Kommenter gehören, eben von dem edlen ... Heerwesen der Ausgabe, der Soldaten, ... Kampfmittel nicht zum Opfer werden ... Mittel zu sparen ... Offiziere der ... Corps, wenn ... Kontin... Heeren ... Kommenter ... Heerwesen ... Heer ... Kaiser ... Heer ... Kontin... ... Heeren ... Kommenter

in der Minute abgefeuert werden könnten; diejenigen aus Eisen und aus Bronze seien eben so schön als ausgezeichnet im Gebrauche. Ein Geschütz für Kartätschen sei erfunden und vor dem Kaiser versucht worden; nichts könne der Kraft und der Vielfältigkeit seiner Schüsse widerstehen, ja es trage seine Kugeln sogar bis auf eine Entfernung von vierhundert Schritt. „Alles zusammengenommen", so schließt Renier diesen Theil seines Berichtes, „kann man das Militärwesen „als den Gegenstand des Lieblingsstudiums dieses Volkes bezeichnen, „und wehe den Mächten, denen die Wirkungen hievon fühlbar werden „sollten, denn aller Wahrscheinlichkeit nach würden sie für sie wahrhaft „tragische sein" [849]).

Mit größerer Nüchternheit urtheilte der Kaiser selbst über das, was während der Zeit, als Lacy dem Hofkriegsrathe vorstand, für die Armee geschehen war und auch nach dieser Epoche noch zu thun übrig blieb. „Die Armee Eurer Majestät", schreibt er an seine Mutter in einer vom Anfange des Jahres 1775 herrührenden Denkschrift, „hat seit dem letzten Kriege, in welchem man die Nothwendigkeit „ihrer Verbesserung am besten eingesehen hat, eine solch' veränderte „Gestalt in allen Theilen bekommen, daß nicht das geringste von der „alten Verfassung ihr übrig geblieben ist. Ihre Kleidung, ihre An„werbungsart, ihre Verpflegung, ihre Versorgung, ihr Dienst, ihre „Exercitien, ihre Lagerverhaltung, kurz Alles ist dergestalt umgegossen „worden, daß es mit dem vorigen gar nicht zu vergleichen ist. Diese „Veränderung hat bei der Infanterie schon anno 1766 ihren Anfang „zum Theile genommen, mit so gutem Erfolg, daß alle Offiziers ein„stimmig, sie möchten auch mit noch so viel alten Vorurtheilen ein„genommen sein, diese Verbesserung, besonders das neue Exercitium „für unaussprechlich besser als Alles, was vorhergegangen war, er„kennen, ja auch die Fremden, was das System und zum Theil die „Ausarbeitung unserer Infanterie betrifft, ihr die vollkommene Ge„rechtigkeit leisten. Bei der Cavallerie hat es wegen unterschiedlichen „Meinungen um viel später seinen Anfang genommen, und es ist „kaum drei Jahre, daß ein festes System und Exercitium für selbe „ist verfaßt und angenommen worden. Es ist also diese noch sehr

Feldmarschall-Lieutenant geworden war, vor ihm zum Feldzeugmeister ernannt wurde. Allerdings hatte er ihn seither durch seine eigene Erhebung zu der doppelten Würde eines Präsidenten des Hofkriegsrathes und eines Feldmarschalls wieder ziemlich weit überholt. Dadurch wurde jedoch das Gefühl des Neides, welches Lacy über den glänzenden Kriegsruhm Laudons empfand, nur wenig geschmälert. Wenn er dieser Scheelsucht auch jetzt nicht mehr so oft, als es während des Krieges geschehen war, Ausdruck verlieh, so mag die Ursache davon wohl in nichts Anderem gelegen haben, als daß Laudon, nachdem die ihm zu Theil gewordene Stelle eines Generalinspectors der Infanterie wahrscheinlich auf Lacy's Antrieb wieder aufgehoben worden war, sich auf sein Gut Beczwar in Böhmen begab und dort in stiller Zurückgezogenheit seine Tage verlebte. Ihr wurde er durch seine im November 1769 geschehene Ernennung zum commandirenden General in Mähren wieder entrissen.

Nachdem sich Laudon während des siebenjährigen Krieges durch viel glanzvollere Thaten, als Lacy für sich aufweisen konnte, ungleich berühmter gemacht hatte als dieser, so liegt die Versuchung nicht fern, Maria Theresia und Joseph darüber zu tadeln, daß sie nach dem Hinscheiden Dauns nicht Laudon, sondern Lacy an die Spitze des österreichischen Kriegswesens stellten. Und doch wäre ein solcher Vorwurf nichts weniger als begründet, denn darüber kann wohl nicht der geringste Zweifel obwalten, daß so wie Laudon als Feldherr unendlich viel höher als Lacy stand, dieser bei weitem mehr als Laudon die Eigenschaften besaß, deren der Leiter und Reorganisator des gesammten Heerwesens eines mächtigen Staates unerläßlich bedurfte. An kriegswissenschaftlicher so wie an allgemeiner Bildung war Lacy dem Feldzeugmeister Laudon gar sehr überlegen, und Letzterer klagte in seiner bewunderungswürdigen Bescheidenheit über nichts so sehr als über seinen Mangel an Kenntnissen[833]). Dieser unbestreitbaren Thatsache gegenüber kann die Bevorzugung Lacy's vor Laudon, als es um die Besetzung der Stelle eines Präsidenten des Hofkriegsrathes sich handelte, durchaus nicht als ein Act ungerechtfertigter Protection, sondern nur als eine zweckentsprechende Maßregel angesehen werden.

Es läßt sich wohl kein Beweis dafür beibringen, aber doch mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, daß Lacy wenigstens einen Theil seiner Abneigung gegen Laudon auch dem Kaiser einzuflößen verstand, während ihm dieß bei Maria Theresia niemals gelang und er es vielleicht auch, von der Fruchtlosigkeit einer solchen Bemühung von vorneherein überzeugt, gar nicht versuchte. Ihre Dankbarkeit nicht nur, auch ihr rein menschliches Interesse an Laudons Wohlergehen gab die Kaiserin wiederholt in unzweideutigster Weise kund. „wie betrübt in „der gesundheit sihet laudhon aus", schrieb sie am 5. Juni 1765 an Kaunitz, „hat mich recht betrübt." Und als sich Laudon gegen Ende des Jahres 1773 für eine Gnadenbezeigung bedankte, welche Maria Theresia seinem Neffen hatte zu Theil werden lassen, antwortete sie ihm mit eigener Hand: „ein halbe tutzend Loudhon wären mir nicht „zu vill; wan er noch einige hat, schicke er mir sie alle, ich sehe sie „alß wie Kinder an" [834]).

Diese letztere Kundgebung der Kaiserin mag auch darauf berechnet gewesen sein, einen erfreulichen und ermuthigenden Eindruck auf Laudon zu üben, der, schon an und für sich zum Trübsinn geneigt, allmälig einer immer tieferen Verstimmung sich hingegeben hatte. Die Hauptursache davon lag wohl darin, daß die Leitung des Kriegswesens sich immer mehr in den Händen seines Gegners Lacy concentrirte und dessen Einfluß auf den Kaiser von Tag zu Tag mächtiger, ja zuletzt ein fast unbeschränkter wurde. So kam es daß Laudon, welcher schon im Jahre 1763 auf dem Punkte gestanden war, den österreichischen Kriegsdienst mit dem sächsischen zu vertauschen [835]), sich zehn Jahre später neuerdings mit Austrittsgedanken trug, und mit der Behauptung, seine leidende Gesundheit gestatte ihm die Fortsetzung seines Dienstes nicht mehr, seine Entlassung begehrte. Als Lacy im Februar 1773 ein ihm hierüber von Laudon zugekommenes Schreiben der Kaiserin vorlegte [836]), antwortete sie: „ich bin obligirt wegen „Vertrauen; bin nicht verwundert, habe es mir alzeit eingebilt, doch „verdrüst und betrübt es mich". Etwa zwei Wochen später [837]) aber schrieb Maria Theresia an Lacy: „So eben geht Laudon von mir; „er verläßt das Gouvernement und bleibt in unserem Dienste. Der

„Kaiser kam mit ihm, um mich hievon im voraus in Kenntniß zu „setzen" [838]).

So geschah es auch wirklich. Laudon, dessen niemals kräftige Gesundheit in der That gelitten hatte [839]), legte das Generalcommando in Mähren nieder und zog sich neuerdings nach Beczwar zurück. Durch die Unruhen in Böhmen dieses Besitzes überdrüßig geworden, sah Laudon sich fruchtlos nach einem Käufer für sein Gut um. Maria Theresia, von diesem Wunsche Laudons unterrichtet, nahm ihm dasselbe unter Bedingungen ab, welche für Laudon sehr günstig waren. Auch noch überdieß von der Kaiserin reichlich beschenkt, siedelte er sich im November 1776 zu Hadersdorf unweit von Wien an.

Zu Lacy zurückkehrend, wird nach der ziemlich eingehenden Schilderung, welche seiner persönlichen Stellung zu Maria Theresia und zu Joseph hier zu Theil wurde, auch noch Einiges über die Grundsätze zu sagen sein, die er bei der von ihm unternommenen Reorganisirung des österreichischen Kriegswesens zur Geltung zu bringen suchte. Man kann dieselben in die wenigen Worte zusammenfassen, daß er sich bemühte, in Oesterreich das preußische System einzuführen, und daß ihm dieß auch so ziemlich gelang. Und er that hiedurch nichts Anderes, als daß er den Willen des Kaisers, und man kann wohl sagen, auch den der Kaiserin vollzog. Denn jederzeit hatte Joseph für die kriegerischen Eigenschaften König Friedrichs die höchste Bewunderung gehegt, und es wird wohl gestattet sein, als einen nicht gerade bedeutungsvollen, aber doch bezeichnenden Zug die Worte zu citiren, welche er im Juli 1767 an Lacy schrieb. „Ich bin Ihnen sehr verpflichtet", so lauten sie, „für den Plan und die Relation der Schlacht von „Zenta, die Sie mir geschickt haben. Jener Sultan war kein Friedrich, „und die Schlacht nicht schwer zu gewinnen" [840]).

Auch Maria Theresia war durch ihre tief eingewurzelte Abneigung gegen den König von Preußen durchaus nicht so verblendet, um nicht viele der von ihm getroffenen Einrichtungen, insbesondere im Kriegswesen als vortrefflich anzuerkennen. Als Lacy sie im März 1769 um die Erlaubniß bat, einen ehemaligen preußischen Artillerie-Offizier

als Oberlieutenant bei den Grenztruppen anstellen zu dürfen, antwortete sie ihm: „er Kriegspresident kennt an besten die qualitetten, welche „erforderlich sind. wan man also auf die religion und caracterre, „wie auch Sitten zählen kan, so estimire sehr dem preusischen dienst, „besonders was die officiers belangt“ [811]).

Einer der Hauptgrundsätze des preußischen Militärsystems bestand bekanntlich in der unabläßigen Uebung der Truppen in den Waffen; das Exerciren und Manövriren wurde dort ununterbrochen mit dem größten Eifer betrieben. Auch in Oesterreich ahmte man dieß nach, und schon zu wiederholten Malen ist der Lager Erwähnung geschehen, in denen, und zwar vorzugsweise in Böhmen und Mähren, in Niederösterreich und Ungarn die Truppen zusammengezogen wurden, um sich in größeren Massen zu üben [812]). Maria Theresia begriff wohl den Nutzen, welchen die Abhaltung solcher Lager für die Generale, die Offiziere und die Soldaten nach sich zog. Aber nichts war ihr weniger erwünscht, als daß Joseph dieselben allein und nicht von Lacy begleitet besuchte. Sie kannte die Tadelsucht ihres Sohnes und wußte, wie leicht er durch dieselbe die Herzen seiner treuesten Diener sich abwendig machte. „ich wüntschte“, schrieb sie am 23. April 1767 an Lacy, „daß weder laager noch reis vor sich gehete. ohne seiner finde „alles unnöthig, schier schädlich, und auff seine vollkommene herstellung, „das er solchen fatiguen resistirt, halte nichts darauff, besonders „weillen er sich so aushungert. wo kan er kräfften, gutte säffte her „nehmen? wir sind nicht in italien, in teutschland; ich bin recht bös „auf ihme.“

„Es würde mir Vergnügen gemacht haben“, so lautet eine spätere Mittheilung der Kaiserin an Lacy, „Ihnen die Cavallerie ganz zu „übertragen; ich habe dieß seit langer Zeit gewünscht und er*) hat „mir gar nichts davon gesagt. Jetzt bin ich vollkommen ruhig und „empfehle Ihnen diese Cavallerie sowie alles Uebrige; sie bedarf „Ihrer Leitung und Zuneigung. Wenn Sie dieses große Lager hinter

*) Joseph.

„Minkendorf*) billigen, bin ich damit zufrieden, wenn es nur Ihre „Idee ist und Sie nicht etwa nachgeben; aber schonen Sie in diesem „Lager nur Ihre Gesundheit. Ein mich sehr lebhaft berührendes „Vergnügen habe ich gehabt; ich unterhielt mich lange Zeit hindurch „von Ihnen mit einem alten Soldaten. Welche Freude bereitete mir „Alles was er sagte; welche Freude bereitet es, die Wahrheit ohne „Schminke zu vernehmen, insbesondere wenn es um Freunde sich handelt. „Er hat mich nichts Neues gelehrt, wohl aber in dem bestärkt, was „ich schon seit langer Zeit wußte. Er hat acht und dreißig Jahre „gedient, daher viel gesehen und besitzt ein richtiges Urtheil“ [843]).

Daß Maria Theresia gerade die Cavallerie in höherem Maße als die übrigen Waffengattungen einer Verbesserung bedürftig glaubte, geht auch aus anderen Aeußerungen der Kaiserin hervor. Im Mai 1769 [844]) meldete ihr Lacy, daß der Generalmajor Freiherr Maximilian Joseph Mittrowsky die ihm zugedachte Ernennung zum commandirenden General im Banat mit gleichzeitiger Beförderung zum Feldmarschall-Lieutenant voll Dankbarkeit annehme. Lacy schlug vor, ihm auch noch das erledigte Husarenregiment Ujhazy zuzuwenden, Maria Theresia aber antwortete hierauf: „ich kenne mitrofzgi nicht anderst „als von sehen; nachdeme er aber dem letzten Krieg nicht beygewohnt, „auch bei der cavallerie gedient, wo es sehr schläffrig alzeit zugegangen, „kan mir keine idée von ihme machen. mir ist genug, das er ihme „vorschlagt, mithin gantz verstanden bin wegen banat und wan es „nöthig avancement, welches zwar schon vill ist, wegen des regiment „aber kunte umbmöglich beystimmen. das wären ausserordentliche drey „gnaden, und wünschte selbes einen hungarn und zwar vetzey, der „doch den gantzen Krieg gedient, von gutten haus ist, nichts ver„derben wird“.

Die Absicht, welche dem Entschlusse zu Grunde lag, die Cavallerie der besonderen Leitung und Ueberwachung Lacy's anzuvertrauen, wurde auch rasch und vollständig erreicht. Schon ein Jahr nach der Durch-

*) Bei Laxenburg nächst Wien.

führung jener Maßregel konnte ein Augenzeuge berichten, das von Lacy entworfene Exercierreglement für die Cavallerie habe sich bei der praktischen Uebung vollständig bewährt. Beide Waffengattungen, die Reiterei wie das Fußvolk hätten durch ihre Fertigkeit die Kenner befriedigt, die Laien aber in Erstaunen versetzt[845]). Und allgemeine Bewunderung sei durch den rastlosen Eifer und das unermüdliche Interesse erregt worden, welches der Kaiser persönlich für diese Exercitien so wie für das Kriegswesen im Allgemeinen an den Tag gelegt habe[846]).

Auch ein anderer Augenzeuge, Prinz Albert von Sachsen rühmt die erfreulichen Ergebnisse des neuen, von Lacy herrührenden Systems für die österreichische Cavallerie[847]). Neben ihr und dem schon von Alters her als tüchtig bewährten Fußvolke war es die Artillerie, welche zu jener Zeit der österreichischen Armee zu ganz besonderer Zierde gereichte. Wie man weiß, gebührte das hauptsächlichste Verdienst hievon dem Fürsten Joseph Wenzel von Liechtenstein, der sehr lange Zeit hindurch an der Spitze des österreichischen Geschützwesens stand. Als er im Jahre 1772 starb, erhielt er in der Person des Fürsten Franz Ulrich Kinsky einen eines solchen Vorgängers nicht unwürdigen Nachfolger.

Den vereinten Bemühungen Josephs und Lacy's wird es zuzuschreiben sein, wenn schon im Juni 1768 der venetianische Botschafter Renier dem blühenden Zustande der österreichischen Armee das glänzendste Lob spenden konnte. Auf zweimalhunderttausend Mann schlägt er ihre Zahl an, und er behauptet, sie sei jeden Augenblick im Stande, in dieser Stärke wohl ausgerüstet in das Feld zu ziehen. Niemals habe das Haus Oesterreich sich im Besitze einer solchen Streitmacht befunden[848]). Etwa anderthalb Jahre später wiederholt Renier diese Behauptungen und fügt noch vieles hinzu, wodurch er die Bewaffnung, die Ausbildung und die Kriegstüchtigkeit der österreichischen Armee in das günstigste Licht stellt. Die ausgezeichneten Pflanzschulen zur Heranbildung wackerer Offiziere werden von ihm erwähnt, und nach seiner Behauptung kam es nicht selten vor, daß reiche und kinderlose Leute,

„Kaiser kam mit ihm, um mich hievon im voraus in Kenntniß zu „setzen" [838]).

So geschah es auch wirklich. Laudon, dessen niemals kräftige Gesundheit in der That gelitten hatte [839]), legte das Generalcommando in Mähren nieder und zog sich neuerdings nach Beczwar zurück. Durch die Unruhen in Böhmen dieses Besitzes überdrüßig geworden, sah Laudon sich fruchtlos nach einem Käufer für sein Gut um. Maria Theresia, von diesem Wunsche Laudons unterrichtet, nahm ihm dasselbe unter Bedingungen ab, welche für Laudon sehr günstig waren. Auch noch überdieß von der Kaiserin reichlich beschenkt, siedelte er sich im November 1776 zu Hadersdorf unweit von Wien an.

Zu Lacy zurückkehrend, wird nach der ziemlich eingehenden Schilderung, welche seiner persönlichen Stellung zu Maria Theresia und zu Joseph hier zu Theil wurde, auch noch Einiges über die Grundsätze zu sagen sein, die er bei der von ihm unternommenen Reorganisirung des österreichischen Kriegswesens zur Geltung zu bringen suchte. Man kann dieselben in die wenigen Worte zusammenfassen, daß er sich bemühte, in Oesterreich das preußische System einzuführen, und daß ihm dieß auch so ziemlich gelang. Und er that hiedurch nichts Anderes, als daß er den Willen des Kaisers, und man kann wohl sagen, auch den der Kaiserin vollzog. Denn jederzeit hatte Joseph für die kriegerischen Eigenschaften König Friedrichs die höchste Bewunderung gehegt, und es wird wohl gestattet sein, als einen nicht gerade bedeutungsvollen, aber doch bezeichnenden Zug die Worte zu citiren, welche er im Juli 1767 an Lacy schrieb. „Ich bin Ihnen sehr verpflichtet", so lauten sie, „für den Plan und die Relation der Schlacht von „Zenta, die Sie mir geschickt haben. Jener Sultan war kein Friedrich, „und die Schlacht nicht schwer zu gewinnen" [840]).

Auch Maria Theresia war durch ihre tief eingewurzelte Abneigung gegen den König von Preußen durchaus nicht so verblendet, um nicht viele der von ihm getroffenen Einrichtungen, insbesondere im Kriegswesen als vortrefflich anzuerkennen. Als Lacy sie im Mär[illegible] um die Erlaubniß bat, einen ehemaligen preußischen Artill[illegible]

als Oberlieutenant bei den Grenztruppen anstellen zu dürfen, antwortete sie ihm: „er Kriegspresident kennt an besten die qualitetten, welche „erforderlich sind. wan man also auf die religion und caracterre, „wie auch Sitten zählen kan, so estimire sehr dem preusischen dienst, „besonders was die officiers belangt“ [811]).

Einer der Hauptgrundsätze des preußischen Militärsystems bestand bekanntlich in der unabläßigen Uebung der Truppen in den Waffen; das Exerciren und Manövriren wurde dort ununterbrochen mit dem größten Eifer betrieben. Auch in Oesterreich ahmte man dieß nach, und schon zu wiederholten Malen ist der Lager Erwähnung geschehen, in denen, und zwar vorzugsweise in Böhmen und Mähren, in Niederösterreich und Ungarn die Truppen zusammengezogen wurden, um sich in größeren Massen zu üben [812]). Maria Theresia begriff wohl den Nutzen, welchen die Abhaltung solcher Lager für die Generale, die Offiziere und die Soldaten nach sich zog. Aber nichts war ihr weniger erwünscht, als daß Joseph dieselben allein und nicht von Lacy begleitet besuchte. Sie kannte die Tadelsucht ihres Sohnes und wußte, wie leicht er durch dieselbe die Herzen seiner treuesten Diener sich abwendig machte. „ich wüntschte“, schrieb sie am 23. April 1767 an Lacy, „daß weder laager noch reis vor sich gehete. ohne seiner finde „alles unnöthig, schier schädlich, und auff seine vollkommene herstellung, „das er solchen fatiguen resistirt, halte nichts darauff, besonders „weillen er sich so aushungert. wo kan er kräfften, gutte säffte her „nehmen? wir sind nicht in italien, in teutschland; ich bin recht bös „auf ihme.“

„Es würde mir Vergnügen gemacht haben“, so lautet eine spätere Mittheilung der Kaiserin an Lacy, „Ihnen die Cavallerie ganz zu „übertragen; ich habe dieß seit langer Zeit gewünscht und er*) hat „mir gar nichts davon gesagt. Jetzt bin ich vollkommen ruhig und „empfehle Ihnen diese Cavallerie sowie alles Uebrige; sie bedarf „Ihrer Leitung und Zuneigung. Wenn Sie dieses große Lager hinter

*) Joseph.

[illegible] mit [illegible] [illegible] [illegible]

in der Minute abgefeuert werden könnten; diejenigen aus Eisen und aus Bronze seien eben so schön als ausgezeichnet im Gebrauche. Ein Geschütz für Kartätschen sei erfunden und vor dem Kaiser versucht worden; nichts könne der Kraft und der Vielfältigkeit seiner Schüsse widerstehen, ja es trage seine Kugeln sogar bis auf eine Entfernung von vierhundert Schritt. „Alles zusammengenommen", so schließt Renier diesen Theil seines Berichtes, „kann man das Militärwesen „als den Gegenstand des Lieblingsstudiums dieses Volkes bezeichnen, „und wehe den Mächten, denen die Wirkungen hievon fühlbar werden „sollten, denn aller Wahrscheinlichkeit nach würden sie für sie wahrhaft „tragische sein" [849]).

Mit größerer Nüchternheit urtheilte der Kaiser selbst über das, was während der Zeit, als Lacy dem Hofkriegsrathe vorstand, für die Armee geschehen war und auch nach dieser Epoche noch zu thun übrig blieb. „Die Armee Eurer Majestät", schreibt er an seine Mutter in einer vom Anfange des Jahres 1775 herrührenden Denkschrift, „hat seit dem letzten Kriege, in welchem man die Nothwendigkeit „ihrer Verbesserung am besten eingesehen hat, eine solch' veränderte „Gestalt in allen Theilen bekommen, daß nicht das geringste von der „alten Verfassung ihr übrig geblieben ist. Ihre Kleidung, ihre An„werbungsart, ihre Verpflegung, ihre Versorgung, ihr Dienst, ihre „Exercitien, ihre Lagerverhaltung, kurz Alles ist dergestalt umgegossen „worden, daß es mit dem vorigen gar nicht zu vergleichen ist. Diese „Veränderung hat bei der Infanterie schon anno 1766 ihren Anfang „zum Theile genommen, mit so gutem Erfolg, daß alle Offiziers ein„stimmig, sie möchten auch mit noch so viel alten Vorurtheilen ein„genommen sein, diese Verbesserung, besonders das neue Exercitium „für unaussprechlich besser als Alles, was vorhergegangen war, er„kennen, ja auch die Fremden, was das System und zum Theil die „Ausarbeitung unserer Infanterie betrifft, ihr die vollkommene Ge„rechtigkeit leisten. Bei der Cavallerie hat es wegen unterschiedlichen „Meinungen um viel später seinen Anfang genommen, und es ist „kaum drei Jahre, daß ein festes System und Exercitium für selbe „ist verfaßt und angenommen worden. Es ist also diese noch sehr

ſtatt wie früher geiſtliche Corporationen, jetzt die Militär... mit anſehnlichen Vermächtniſſen bedachten. Die ganze ... gebung ſei in ein einziges Buch zuſammengefaßt worden, ... in Druck gelegt werde, um es Jedermann zugänglich ... Kaiſerin ſelbſt habe der Macht ſich begeben, willkü... von demſelben eintreten zu laſſen. Prinzen aus ... ſchätzten es ſich zur Ehre, in der Armee zu di... deren mehrere, das Gewehr im Arme, auf ... burg geſehen. Daraus zeige ſich am beſt... der Militärſtand ſtehe, und er werde ... aber vom Kaiſer ſelbſt geehrt, der ... Die Offiziere, vom Hauptmann ... würden mit Freigebigkeit beh... Verſuchungen möglichſt ber... von langer Dienſtzeit ode... Mitglieder der vornehm... verliehen. Jedes Regi... der Inhaber, der ... ragenden Männer. Ehrgeize beſeelt, der Güte ihre... tüchtigkeit ... Formen, di... Kaiſerin fü... ſie ſich in ... ertrügen lei... komme ihnen ... weder oder ... geſchehen were... Parade und ... mühe ... Armee ... ...

[redacted] 1773 waren die Anfragen [redacted]uftand immer häufiger und [redacted]atte sich zu jener Zeit zusehends [redacted]en Besorgniß erfüllte es sie, daß [redacted] nicht schonen wollte und seine [redacted]en fortsetzte, die sie früher so oft [redacted] sehr getröstet", schrieb sie ihm am [redacted]esser befinden, aber ich bin wahrhaft [redacted]acht Uhr schon bei der Arbeit sitzen, [redacted] wollen. In solcher Weise thun Sie [redacted]annes, der dem Staate und seinem [redacted] Freundes der Maria Theresia. An [redacted] als an der Beförderung, den Lagern, [redacted]enieweſen, jener Reise endlich die mich [redacted] als jemals beunruhigt, da ich dieses [redacted]nd meinen Sohn nicht von jenen festen [redacted] ich es wünschte" [852]).

[redacted] welche Maria Theresia hier anspielt, war die, [redacted] Zeit nach Südungarn und Siebenbürgen [redacted] auf Galizien ausdehnte. Zu den vielfachen [redacted] [redacted]ren der Kaiserin diese Reise ihres Sohnes [redacted] gehörte auch Lacy's Erkrankung, die bald [redacted] Charakter annahm. Freilich versäumte der [redacted] nicht, die Pflichten seines Amtes gewissenhaft [redacted] Freude", schrieb ihm Maria Theresia noch an [redacted] dem Joseph von Wien wirklich abgereist war, [redacted]b Ihre Schriftzüge gesehen, aber sie nur mit der [redacted]daß Sie sich keine Ruhe vergönnen, selbst während [redacted]i nehmen. Indem ich Ihnen jedoch predige, sende [redacted]e Papiere, die mir nach des Kaisers Abreise zukamen; [redacted]cht zum Staatsrathe. Ohne sich eingehender mit ihnen [redacted]en und noch weniger zu ärgern, werden Sie mir Ihre [redacted] darüber sagen." Und sie bittet ihn, sie jeden Morgen von [redacted]stande seiner Gesundheit unterrichten zu lassen [853]).

„weit zurück und muß man sich begnügen, wenn einstweilen sie sich „nur in etwas der so nöthigen und bei ihr desto beschwerlicheren „Ausarbeitung des Mannes und des Pferdes nähert. Deßgleichen ist „die Artillerie noch in vielen wesentlichen Stücken in ihrer Verfassung „unsicher und in ihren Sätzen zweifelhaft. Das Genieweſen, das „so sehr ist vernachlässigt worden, fängt jetzt kaum an, auf das Neue „sich wieder zu erheben, nur fehlt ihm noch ein Unendliches, um auf „den Grad zu gelangen, auf welchen andere europäische Mächte schon „gekommen sind."

Eine der Eigenthümlichkeiten der Kaiserin, durch welche ihr edler und wohlwollender Charakter in so schönem Lichte sich zeigte, bestand in ihrer steten Besorgniß für das Wohlergehen derjenigen, welche sie liebte oder denen sie nach ihrer Meinung zu Dank verpflichtet war. An Kaunitz, van Swieten und Anderen haben wir gesehen, mit welchem Eifer sie stets nach deren Gesundheitszustand frug, welch innigen Antheil sie in dem Falle einer Erkrankung an den Tag legte, und wie dringend sie jederzeit zur Vorsicht und zur Schonung rieth. Am häufigsten war dieß jedoch bei Lacy der Fall, da er nichts weniger als kräftig, sondern oft kränklich war und eine sehr schwankende Gesundheit besaß. Daher begegnen wir bei ihm fast unaufhörlichen Anfragen der Kaiserin nach seinem Befinden, und die Kundgebungen ihres lebhaften Antheils an demselben — deren einige bereits früher erwähnt wurden[850]) — sind mit stets wiederkehrenden Versicherungen ihres unbegrenzten Vertrauens zu ihm in ganz eigenthümlicher Weise vermengt.

„ich bin wohl sehr übel zufriden", antwortete sie ihm, als er ihr im Juli 1767 einen kleinen Unfall mittheilte, der ihm zugestoßen war[851]), „ich bin wohl sehr übel zufriden wegen dem „letzten zufahl; die aderlas mus nicht übergangen (werden) und keine „holtzvisitation in neü waldeck. verbiette ihme morgen in die Kirche, „wo es sehr menge leüt sein werden, zu kommen, wohl aber, wan er „dörffet oder will, abends in das apartement; an seiner conserva- „tion liegt mir mehr als an seiner auffwartung. bin sicher, das er „mehr aus mein augen wie andere unter meinen auff mich „und vor mich arbeitet."

In den erſten Monaten des Jahres 1773 waren die Anfragen der Kaiſerin nach Lacy's Geſundheitszuſtand immer häufiger und drängender geworden, denn derſelbe hatte ſich zu jener Zeit zuſehends verſchlimmert. Und mit der ernſteſten Beſorgniß erfüllte es ſie, daß Lacy trotz ſeines Unwohlſeins ſich nicht ſchonen wollte und ſeine Arbeiten mit derſelben Unermüdlichkeit fortſetzte, die ſie früher ſo oft an ihm gelobt hatte. „Ich bin ſehr getröſtet", ſchrieb ſie ihm am 23. April 1773, „daß Sie ſich beſſer befinden, aber ich bin wahrhaft „aufgebracht gegen Sie. Um acht Uhr ſchon bei der Arbeit ſitzen, „heißt ſich zu Grunde richten wollen. In ſolcher Weiſe thun Sie „nichts zur Erhaltung des Mannes, der dem Staate und ſeinem „Fürſten ſo nothwendig iſt, des Freundes der Maria Thereſia. An „ſeiner Erhaltung liegt mehr als an der Beförderung, den Lagern, „den Einrichtungen für das Genieweſen, jener Reiſe endlich die mich „nur zu ſehr und jetzt mehr als jemals beunruhigt, da ich dieſes „Uebel immer wiederkehren und meinen Sohn nicht von jenen feſten „Grundſätzen beſeelt ſehe, wie ich es wünſchte" [852]).

Die Reiſe, auf welche Maria Thereſia hier anſpielt, war die, welche Joſeph zu jener Zeit nach Südungarn und Siebenbürgen unternahm und ſpäter auf Galizien ausdehnte. Zu den vielfachen Gründen, in Anbetracht deren der Kaiſerin dieſe Reiſe ihres Sohnes geradezu verhaßt war, gehörte auch Lacy's Erkrankung, die bald wieder einen ernſteren Charakter annahm. Freilich verſäumte der Feldmarſchall auch jetzt nicht, die Pflichten ſeines Amtes gewiſſenhaft zu erfüllen. „Mit [illegible]", ſchrieb ihm Maria Thereſia noch an dem Tage, [illegible] Wien wirklich abgereiſt war, „mit [illegible] geſehen, aber ſie nur mit der [illegible]uhe vergönnen, ſelbſt während [illegible]ich Ihnen jedoch predige, ſende [illegible]ach des Kaiſers Abreiſe zukamen; [illegible] Ohne ſich eingehender mit ihnen [illegible]u ärgern, werden Sie mir Ihre [illegible]e bittet ihn, ſie jeden Morgen von [illegible]terrichten zu laſſen [853]).

„Ich hoffe", schrieb sie ihm kurz darauf, „täglich Nachrichten „von Ihrer Gesundheit zu empfangen, und wünsche, daß sie nur „gute sein mögen" [854]). Aber dieser Wunsch der Kaiserin ging keineswegs in Erfüllung. Die Krankheit Lacy's artete in förmliche Bluterbrechungen aus, und Maria Theresia hatte nur allzuviel Ursache, über die ungünstigen Mittheilungen zu klagen, die sie über sein Befinden erhielt; dringend erneuerte sie ihre Bitte an ihn, er möge sich schonen. „Das ist", schrieb sie ihm auch jetzt wieder, „der größte „Dienst, welchen Sie dem Staate, und der willkommenste, den Sie „Ihrer Freundin Maria Theresia zu erweisen vermögen" [855]).

Nur die Besorgniß, zu ermüden, hält uns ab, diese Kundgebungen der Kaiserin gegen Lacy noch weiter zu verfolgen. Bald zeigt sie sich unzufrieden mit seiner ärztlichen Behandlung [856]), und bald zweifelt sie wieder an der Wirkung der Heilmittel, die man ihm verabreicht [857]). So ging es mit wenig Abwechslung bis zur Rückkehr des Kaisers aus Galizien fort. Schon vor Monaten hatte Joseph an Lacy geschrieben, er solle eine Luftveränderung vornehmen, Bäder gebrauchen und sich nicht durch Aderlässe und Medicamente umbringen lassen [858]). Auf diesen Gedanken kam der Kaiser wieder zurück. Bei einem Besuche, den er in den letzten Tagen des September 1773 dem Feldmarschall machte, schlug er ihm vor, er möge sich für den bevorstehenden Winter nach Pisa begeben. Lacy erwiederte, ein ähnlicher Rath sei ihm schon von Vielen, insbesondere von seinen Aerzten ertheilt worden, doch hätte er es niemals gewagt, aus eigenem Antriebe um die Erlaubniß zu dessen Befolgung zu bitten. Da jedoch der Kaiser selbst ihm dieß vorschlage, so könne er nur gehorchen und seinen Befehl als eine besondere Gnadenbezeigung aufnehmen.

Auf die Nachricht, welche Lacy der Kaiserin von diesem Vorfalle gab, und auf seine Bitte um ihre Zustimmung zu einem solchen Entschlusse [859]) antwortete ihm Maria Theresia mit eigener Hand:

„Ich gestehe, ich bin aufs Aeußerste betroffen durch den Inhalt „Ihres Billets, indem ich befürchte, Sie fühlen sich wieder schlechter, „und dann billige ich Alles, was ich sonst weder rathen noch auch nur

„erträglich finden würde. Niemals habe ich eine gute Wirkung von „all diesen Reisen gesehen, und selbst die Sehnsucht nach einer solchen „ist schon ein großes Uebel. Das Beispiel von Koch, Tillier, Nugent „gibt hievon Zeugniß; schon diese innere Unruhe ist kein gering zu „achtendes Leiden. Ich gestehe, ich denke recht philosophisch über den „Gesundheitszustand, in dem ich mich befinde, und welchen Arzt ich „auch, so lang ich noch gesund war, etwa genommen hätte, er mag „mich nun heilen oder abthun, so wird der liebe Gott, wenn er mich „erhalten will, ihn erleuchten und seinen Arzneien Erfolg verleihen; „wenn aber nicht, so wird weder er noch ein anderer Arzt etwas „thun, weder die Luft von Italien noch irgend eine andere eine „Wirkung hervorbringen können. So denke ich und ich bin sehr ruhig „dabei, mag kommen, was da wolle. Aber es handelt sich um Ihre „Erhaltung und meine Philosophie erstreckt sich nicht so weit; ja ich „wäre sogar untröstlich, das zu verhindern, von dem Sie glauben, „daß es Ihnen nützt. Dem Kaiser weiß ich geringen Dank dafür, „daß er aus der Antipathie, oder vielmehr aus der langen Weile, die „ihn hier fortwährend quält, Ihnen diesen Gedanken eingab. Wie werden „alle Geschäfte besorgt werden? Dieses Werk, das Ihnen so viel Mühe „verursacht hat, wird zusammenstürzen. Soll ich auch dieses Unglück „noch überleben? Wie lang und wie traurig sind doch meine Tage! „Thun Sie das, wovon Sie finden, daß es Ihnen paßt; ich unter- „schreibe Alles, wenn Sie sich mir nur erhalten. Ich werde nichts „dergleichen thun von diesem Billet", so schloß Maria Theresia ihren Brief an Lacy, „und diesem grausamen Gedanken nur wenig wider- „sprechen" [860]).

Nicht leicht wird Jemand behaupten, Maria Theresia habe in den vorstehenden Zeilen nicht deutlich genug ihre Abneigung gegen Lacy's längere Entfernung von Wien zu erkennen gegeben, aber allerdings konnten sie sich auch als eine, wenngleich nur widerwillig ertheilte Zustimmung zu der beabsichtigten Reise auslegen lassen. Daß sich hierüber eine Meinungsverschiedenheit zwischen Maria Theresia und dem Kaiser erhob, ist aus den Worten ersichtlich, welche sie zwei Wochen später an Lacy richtete. „Wenn es Ihnen nicht unbequem

„ist", so lauten dieselben, „so möchte ich gerne das Billet zurück haben, „das Sie mir über Ihre Reise schrieben, und auf welches ich Ihnen „antwortete. Ich werde es Ihnen wieder zusenden, aber ich wünsche „es, um zu sehen, ob ich wirklich, ohne es überlesen zu haben, unglück „licher Weise Anlaß geben konnte, Sie glauben zu machen, daß ich „einverstanden war mit dieser Reise, die mir so viel Kummer ver„ursacht" [561]).

An dem Tage, an welchem Lacy diese Zeilen von der Kaiserin erhielt, dem 14. October 1773 nahm er Abschied von ihr und ihrem Sohne. Nur schwer konnte er die Rührung bemeistern, die er hiebei empfand, und wie tief dieses Gefühl war, zeigte er wohl dadurch am besten, daß er demselben schon von der ersten Poststation, von Purkersdorf aus in einem Briefe an Maria Theresia Ausdruck verlieh [562]). Unverzüglich antwortete sie ihm hierauf die folgenden Worte:

„Waren Sie beim Abschiede bewegt, so war ich es nicht minder, „und ich glaube, daß Sie unbestreitbare Kennzeichen davon sahen. Ich „gestehe, ich bin sehr ungehalten über Ihre Abreise, und das wird sich „nur ändern, wenn ich Sie wiedersehe. Wie konnten Sie mir so „wenig Gerechtigkeit widerfahren lassen, nach dem Billet, das ich Ihnen „zurücksende und worin klar gesagt ist, daß mir dieser Gedanke nicht „gefalle, mich einverstanden zu glauben? Ich bin ein wenig beruhigt, „seit ich es mehrmals wieder las; ich meinte gefaselt zu haben; Sie „werden es mit diesem hier empfangen als einen Beweis meiner „Dankbarkeit und unveränderlichen Freundschaft. Kommen Sie für „den 13. Mai*) mit einem Aussehen und einer Brust, wie ich sie „besitze, zurück, und Alles wird gut sein und ich werde an den Kummer „nicht mehr denken, den Ihre Abreise mir verursacht und Ihre Ab„wesenheit mir noch verursachen wird." „Denken Sie", fügte Maria Theresia am Schlusse ihres Briefes hinzu, „nicht viel über Ihre „Gesundheit nach und consultiren und nehmen Sie nicht diese elenden „französischen Aerzte" [563]).

*) Der Geburtstag der Kaiserin.

Nicht weniger herzlich als die Abschiedsworte der Kaiserin klangen diejenigen Josephs an Lacy. „Mit Vergnügen sehe ich an „dem Schmerze", schrieb ihm der Kaiser, „den wir wechselseitig em„pfanden, uns sogar nur für wenige Monate zu verlassen, daß wir „in Wahrheit der Eine für den Andern gemacht waren. Diese Wahr„heit ist so tief eingegraben in meinen Kopf und in mein Herz, daß „gar kein Gerede von der Welt mich davon jemals abweichen machen „wird" [864]).

In all den Briefen, welche in dieser Angelegenheit zwischen der Kaiserin, ihrem Sohne und Lacy gewechselt wurden, ist nicht die leiseste Andeutung zu entdecken, daß der Feldmarschall, der sich übrigens nicht nach Pisa, sondern nach dem mittägigen Frankreich begab, hiezu durch einen anderen Beweggrund als durch die Rücksicht auf seine tief erschütterte Gesundheit veranlaßt worden wäre. Aber damals erhoben sich Gerüchte, und selbst Personen, welche darauf Anspruch machen durften, als eingeweiht zu gelten, waren der Meinung, Lacy's plötzliche Entfernung von Wien sei dem Uebermaße an Macht und Einfluß zuzuschreiben, zu welchem er allmälig gelangt war. Man könne ihm, so ließen sie sich verlauten, den Besitz großer Talente, eines ganz unvergleichlichen Fleißes und tiefer Kenntnisse nicht absprechen. Sein despotisches Auftreten aber und sein Bestreben, sich zum Herrn und Meister aller Staatsgeschäfte zu machen, hätten schon recht üble Folgen nach sich gezogen und Manche genöthigt, sich im Interesse der Kaiserin und des Staates der Verwirklichung seiner Absichten zu widersetzen [865]).

Ein anderer Zeuge dagegen, der den Ereignissen nahe stand und auf unbedingte Glaubwürdigkeit Anspruch erheben kann, Prinz Albert von Sachsen erzählt, daß Kränkungen, welche Lacy von Seite des Kaisers erfahren, die eigentliche Ursache seines Rücktrittes gewesen seien [866]). Wenn dem wirklich so war, so muß man wenigstens zugeben, daß in den zahlreichen Briefen Josephs an Lacy nicht die leiseste Spur einer Mißstimmung gegen ihn entdeckt werden kann. Wetteifernd mit seiner Mutter gab auch er dem Feldmarschall das Mißbehagen kund, das er über die Gerüchte empfand, welche über die Ursachen

des Ausscheidens Lacy's aus seinem bisherigen Dienstverhältnisse verbreitet worden waren; ja der Kaiser ging ihn sogar um seine Mitwirkung an, dieselben verstummen zu machen. „Ich kann Ihnen „nicht bergen", schrieb er ihm, „wie sehr ich über den allgemeinen „Ruf betroffen bin, durch welchen man zum großen Nachtheil des „Dienstes und meiner Vergnügenheit in Ihrer Abreise hunderterley „falsche Wahne erdichtet und überhaupt vor gewiß ausgibt, als wenn „Sie das Präsidium und die Führung des Kriegsdepartements gänzlich „niedergelegt hätten. Ich habe Ihnen weitwendig mündlich und „schriftlich die Unmöglichkeit Ihres Verlustes vorgestellt; Sie werden „mich also sehr verbinden, wenn Sie, wie es Ihnen leicht möglich sein „wird, mündlich oder schriftlich dieses falsche Gerücht, so aus kleinen „Ursachen, die mir ganz unnatürlich scheinen, herstammt, widersagen „und öffentlich bezeigen werden, daß Sie zu einem Amte nicht zurück„kehren, sondern nur in selbigem verbleiben werden, wo Sie die er„spießlichsten Dienste dafür geleistet und sich mehr Vertrauen und „Ruhm erwarben, als durch mehrere Campagnen hätte geschehen „können. Ich erwarte von Ihrer Gedenkungsart und Freundschaft „die Erfüllung dieses meines sehnlichsten Wunsches" [867]).

Nicht mit Unrecht entgegnete Lacy, auch ihm seien jene weit verbreiteten Gerüchte zu Ohren gekommen, aber viel mehr als in seiner Macht liege es in derjenigen des Kaisers, etwas zu ihrer Widerlegung zu thun. Nur von Letzterem könnten Kundgebungen ausgehen, in jeder Beziehung geeignet, all die falschen Angaben über die Ursache seiner plötzlichen Abreise von Wien ein- für allemal als müßige Erfindungen erscheinen zu lassen [868]).

Wie dem übrigens auch sein mochte, nicht durch den hier angeführten Brief Josephs an Lacy allein, sondern auch durch all die übrigen zahlreichen Schreiben, welche in jenen Tagen von Seite des Kaisers an den Feldmarschall ergingen, wird es über allen Zweifel erhoben, wie schwer er die Gesellschaft und den Beistand des bewährten Freundes vermißte. „Der Hofkriegsrath", so schrieb er ihm einmal, „ist eine schwere Cavallerie geworden; man erträgt ihn, aber nur mit

„Mühe; es fehlt an Ihrem Kopfe und Ihrem Geiste, die Anregung „zu geben. Wenn er übrigens nur im Gleichgewichte bleibt und nicht „zu Boden fällt; ich verlange ja vor Ihrer Rückkunft nicht, daß er „tanzen solle" [869]). „Die Nachrichten über Ihren befriedigenden „Gesundheitszustand", heißt es in einem späteren Briefe Josephs an Lacy, „erfreuen alle diejenigen, welche Sie, und die gleichzeitig auch „das Staatswohl lieben. Urtheilen Sie nach meinem Enthusias„mus für das letztere, und nach der Eigenliebe, welche hievon fast „unzertrennlich ist, welche Freude es mir bereitet, daß ich Sie wohl „weiß." Adieu, so schließt Joseph diesen Brief, „auf Wiedersehen, „die Feder in der Hand, denn des Degens bin ich sicher" [870]). In einem dritten Briefe an Lacy sagt der Kaiser: „Ich spreche Ihnen nicht „vom Hofkriegsrathe, aber mit der größten Ungeduld erwarte ich „Ihre Rückkehr. Die Dinge schreiten nicht vorwärts, und ich bedarf „Ihrer ganz unerläßlich, um mich von all den Kowiziaden*) zu be„freien, die bis zum Erdrücken auf mir lasten. Nach Ihrer Rückkehr, „mein theurer Freund, werden all diese Sachen sich besser als zuvor „gestalten, glauben Sie es mir" [871]). Und als endlich im Dezember 1773 aus Montpellier, dem damaligen Aufenthaltsorte Lacy's, die unwillkommene Nachricht von einer leichten Verschlimmerung des Gesundheitszustandes des Feldmarschalls eingetroffen war, schrieb ihm Joseph: „Ich bin nicht zufrieden, daß Sie wieder eine Mahnung „an Ihr Blutbrechen gehabt haben, obgleich Ihre Mittheilungen und „die des Arztes ganz beruhigend lauten und es keine üble Folge nach „sich zog. Schonen Sie sich sehr und genießen Sie recht das gute „Clima, denn wir werden Ihrer gar sehr bedürfen, und Ihre Brust „soll Ihren Kopf nicht verhindern, wie immer für das Wohl des „Staates thätig zu sein". „Ich setze", so lauten die letzten Worte dieses Briefes, „mein trauriges Leben fort. An gehässigen Dingen „fehlt es mir nicht, ja sie scheinen sich sogar täglich zu mehren. „Kehren Sie zurück, mein theurer Marschall und Freund, und Sie „werden sie verringern" [872]).

*) Spöttische Anspielung auf den Feldzeugmeister Freiherrn von Siskovics, der damals provisorisch den Hofkriegsrath leitete.

Die Aufzählung ähnlicher Aeußerungen Josephs, aus denen seine ungetrübte Zuneigung zu Lacy und sein sehnliches Verlangen hervorgeht, ihn bald wieder zur Uebernahme der früheren Geschäfte nach Wien zurückkehren zu sehen, würde sich leicht noch sehr weit fortsetzen lassen. Von doppelter Wichtigkeit ist daher die Wahrnehmung, daß Maria Theresia in diesem Punkte nicht, wie es zu jener Zeit so häufig geschah, in einem Gegensatze zu ihrem Sohne sich befand, sondern daß sie mit ihm wetteiferte in Kundgebungen des Wohlwollens und des Vertrauens für Lacy. „Ich sage Ihnen nichts mehr", schrieb sie ihm am 20. Dezember 1773 mit eigener Hand, „über Ihre Reise, „die mir so leid that, und wie ich Sie täglich schwerer vermisse, da „ich Ihnen gegenüber nicht wie sonst mein Herz ausschütten und Sie „um Rath fragen kann." Und auf den zu jener Zeit ausgebrochenen Conflict zwischen Joseph und Kaunitz und das Entlassungsgesuch des Letzteren hindeutend, fuhr die Kaiserin fort: „Vor einigen Tagen „erhielt ich das beiliegende Billet, urtheilen Sie über meine Verlegen„heit. Ich verschob die Sache bis zum Frieden, indem ich durchaus „nichts von ihr wissen will. Man hat sich dem von beiden Seiten „gefügt, aber der Bruch ist nur verkleistert; die Dinge sind schon zu „weit gekommen. Durch wen könnte ich Kaunitz ersetzen? In meinem „Vertrauen vermöchte ich es durch Niemand, wohl aber wäre Starhem„berg der Passendste zum Kanzler; da er jedoch dem Kaiser verhaßt „ist, darf man ihn dem nicht aussetzen. Mercy wird es nicht annehmen, „und er ist für seine Gesundheit und Bequemlichkeit wenigstens ebenso „ängstlich besorgt als Kaunitz."

„Meine Lage", fuhr Maria Theresia nach einer kurzen Abschweifung fort, in welcher sie ihrer Freude Ausdruck verlieh, daß der Kaiser überall mit so viel Freundschaft und Hochachtung von Lacy sprach, „meine Lage hat sich um vieles verschlimmert; sie ist zu einem „Grade gediehen, daß sie auf die Länge unmöglich so bleiben kann. „In vierzehn Tagen sollen das Gouvernement von Galizien und die „hiesige Oberleitung Siebenbürgens, vielleicht auch des Banates und „von Triest vergeben werden. Glauben Sie nicht, daß das Billet sich „auf die Leitung Polens bezieht — diese ist schon versagt — sondern

„auf den ganzen übrigen Geschäftskreis des Fürsten Kaunitz. Ich „werde noch einen letzten Versuch machen, um den Kaiser zu regel„mäßiger Arbeit zu bewegen; er spricht immer und beklagt sich nur allzu „oft über seine kritische Lage und daß er die Stellung eines ersten „Ministers einnehmen möchte. Ich verlange nichts Besseres und würde „nur begehren, daß er selbst die Geschäfte in Ordnung bringe, wie und „mit wem er will. Wir werden dann sehen, was herauskommt; ich „meine nicht viel, aber ich würde es noch einmal versuchen. Dann bliebe „mir nichts, als mich freudigen Herzens Euch Beiden*) zuzugesellen, „wenn ich nicht meine Staaten liebte und es für meine Pflicht hielte, „eher Alles zu versuchen als zu diesem Entschlusse zu gelangen" [873]).

Noch viel bemerkenswerther ist ein Brief, welchen Maria Theresia etwa zwei Wochen später an Lacy schrieb. Auch jetzt wieder gedenkt sie vor Allem mit Freude des Vertrauens, das der Kaiser zu ihm hege, der Leere, welche seine Abwesenheit ihm verursache, und der Sehnsucht, mit der er seiner Rückkehr entgegensehe. Neuerdings auf ihre eigene Lage zurückkommend, nennt sie dieselbe eine der traurigsten, indem sie ihrer besten Handlanger beraubt sei. Die verschiedensten Dinge, insbesondere die beabsichtigte Reise des Kaisers nach Frankreich, mit der sie nichts weniger als einverstanden war, bringt sie zur Sprache. Um nichts beneide sie ihn dabei, so läßt Maria Theresia sich vernehmen, als daß er in Paris wahrscheinlich mit Lacy zusammentreffen werde. Den Plan, welchen Joseph für die Besorgung der Geschäfte während seiner Abwesenheit entwarf, nennt sie eine Curatel, unter die er sie stellen wolle. Dieselbe habe jedoch nichts Abschreckendes für sie, da sie ohnedieß nichts als ihren völligen Rücktritt wünsche und sie als allmälige Vorbereitung hiezu betrachte.

Auf die auswärtigen Verhältnisse übergehend, spricht Maria Theresia von der Beendigung des Feldzuges zwischen den Russen und den Türken, von dem Aufstande Pugatscheffs und von der Beunruhigung, in die man zu St. Petersburg hiedurch versetzt war. „Sie „werden schon", fuhr sie fort, „von dem Geschenke wissen, welches der

*) Dem zurücktretenden Kaunitz und Lacy.

„Günstling Orlow der Kaiserin am Katharinentage mit jenem großen „holländischen Diamanten zu machen gewagt hat, den sie sich schon „seit langer Zeit wünschte, der ihr jedoch zu theuer war. Er hatte die „Frechheit, ihn um 400.000 Rubel zu kaufen und ihr zu schenken. „Er wurde angenommen und nun macht man daraus einen Gegenstand „der Bewunderung und des Beifalls. Ich gestehe, meine erste Be„wegung war, den Brief unter den Tisch zu werfen, als ich ihn las, „indem ich unserer menschlichen Natur und der Schwäche unseres „Geschlechtes mich schämte. Sie werden spotten über meinen Stolz; „er hat mir jedoch während meiner Jugend wohl gedient, und jetzt, „den Fuß im Grabe, bin ich nur mehr empfänglich für das Wohlsein „meiner Freunde und treuen Diener, meiner Minister, ja selbst „Marthyrer, und für meine Dankbarkeit für sie."

„Alle Welt", und mit diesem Satze wollen wir unsere Mittheilungen aus dem Briefe der Kaiserin schließen, „alle Welt wünscht „den Frieden, aber Keiner will zuerst von ihm reden; ich fürchte, wir „werden ihn dieses Jahr noch nicht erhalten, und das ist umso übler. „Das arme Militär scheint mir wie verwaist; ich halte meine Pforte „verschlossen und keiner traut, um so schlechter. Trauen und Glauben „ist doch das einzige, was in der welt halt und vergnügt macht. „Ich gestehe, seit ich Galizien und Lodomerien besitze, schäme ich mich „meiner selbst" [871]).

Daß sie mit vollster Bestimmtheit auf Lacy's baldigste Rückkehr in seinen früheren Wirkungskreis zählten, gaben Maria Theresia und Joseph nicht nur ihm selbst, sondern auch all denen kund, mit denen sie hierüber nur immer zu sprechen vermochten. Hiedurch gelang es ihnen leicht, alle entgegengesetzten Gerüchte, so weit verbreitet sie auch waren, doch wieder zum Schweigen zu bringen [875]). Insbesondere der Kaiser schien unermüdlich in derlei Versicherungen, und wie sehr es ihm Ernst mit denselben war, bewies er Lacy gegenüber durch seinen steten Briefwechsel mit ihm über amtliche Dinge, unter denen Josephs Project, den gesammten Hofkriegsrath in dem bisherigen Gebäude der Jesuiten am Hofe unterzubringen, fast den vordersten Platz einnahm.

Die zahlreichen Anfragen, die hierüber an Lacy ergingen, lauteten jedoch alle nur in dem Sinne, als ob der Feldmarschall dort auch der Hausherr sein müßte, und durchaus kein Anderer als er als Chef des Hofkriegsrathes gedacht werden könnte[876]).

Um so unwillkommener war es für Joseph, aus Lacy's Antworten allmälig immer deutlicher dessen Abneigung vor dem Wiedereintritte in seine frühere Stellung gewahr werden zu müssen. Allerdings waren es nur Rücksichten auf seine geschwächte Gesundheit, welche Lacy hiefür anführte. Aus dem Eifer, mit dem Joseph schon die ersten Andeutungen des Feldmarschalls bekämpfte, läßt sich ersehen, wie verhaßt ihm der Gedanke war, denselben dauernd verlieren zu sollen. „Sie nennen „mir Leiden", schrieb er ihm am 4. März 1774, „die Sie für un„heilbar ansehen. Glücklicher Weise sind sie nicht gefährlich und können „höchstens dem Posten, den Sie bekleiden, nachtheilig sein. Aber über„lassen Sie mir, mein theurer Freund, die Sorge hierüber zu urtheilen, „und so schwach Ihre Augen immerhin sein können, so werden Sie „doch moralisch mit ihnen immer klarer als irgend ein Anderer sehen. „Das aber ist Alles, dessen ich zu meiner Unterstützung, zu meiner „Berathung und zu meiner Ausbildung bedarf. Wenn es Noth thut, „will ich an Ihrer Stelle lesen, und was das Gedächtniß angeht, so „werden wir gute Repertorien, Protokolle, Registraturen und Referenten „haben, welch letztere für uns die vorhergegangenen Acten prüfen wer„den; wir aber wollen gemeinschaftlich die Dinge beurtheilen. Das „ist aufrichtig mein Gedanke und mein Wunsch; Sie sind geboren „für diesen Platz und für mich geschaffen; weder für den Einen noch „für den Anderen vermag man Ihres Gleichen zu finden, ja soll man „einen solchen zu finden versuchen. Leben wir also, so lang wir „überhaupt noch auf dieser Erde zu verbleiben haben, mit einander, „um uns gegenseitig behülflich zu sein! Das ist meine Entscheidung, „welche mein Herz dictirt und meine Vernunft billigt; niemals habe „ich darin geschwankt und werde nie schwanken. Treffen wir somit, „von diesem Punkte ausgehend, alle nur immer möglichen Anstalten, „um dann die Dinge und die Arbeit unseren Kräften anzupassen; „lassen Sie mich dabei Ihr Gehülfe und Ihre Stütze sein. Sie

„würden unfähig sein, inmitten eines von Ihnen entworfenen und „geführten Angriffes gegen den Feind, in dem Augenblicke, in welchem „der Kampf am lebhaftesten entbrannt wäre, denselben im Stiche und „die Sache von Anderen durchführen zu lassen, welche weder um „Ihren Plan wüßten noch Ihre Talente besäßen. Genau so verhält „es sich auch mit all den schönen Einrichtungen, die Sie getroffen, „mit all der guten Ordnung, welche Sie eingeführt haben. Das „Ansehen, das Sie allein hiedurch unserer Armee, und in Folge dessen „auch der Monarchie gaben, woran ich für meinen Theil, obgleich ohne „Verdienst, ebenso wie an dem hiedurch erworbenen Rufe theilnahm, „Alles dieß fällt zu Boden, wenn Sie nicht fortfahren die Barke zu „steuern. Allzusehr lieben Sie den Staat, diejenigen, welche an dessen „Spitze sich befinden, und Ihren eigenen Ruf, um nicht zu fühlen, „daß Sie, so schwer und unangenehm es auch sein mag, auf Ihrem „Posten wenigstens lang genug ausharren müssen, bis die Dinge eine „sichere Grundlage gewonnen haben oder bis Sie im Stande gewesen „sind, irgend Jemand auszubilden, der an Ihre Stelle zu treten ver- „möchte. Das ist mein letztes Wort“ [877]).

Gewiß lautete die Sprache Josephs gegen Lacy entschieden und eindringlich genug, aber er erreichte darum doch nicht seinen Zweck. Auch daß Maria Theresia in wahrhaft herzgewinnender Weise an Lacy schrieb, konnte denselben nicht mehr abbringen von dem einmal gefaßten Vorsatze, dem Posten eines Präsidenten des Hofkriegsrathes definitiv zu entsagen. In dem Briefe, in welchem er der Kaiserin diesen Entschluß neuerdings und jetzt mit voller Bestimmtheit ankündigt, versichert er sie vorerst seiner tief empfundenen Dankbarkeit, und er erklärt ihr, daß er nie irgend einem anderen Monarchen als ihr und ihrem Sohne zu dienen vermöchte. Aber die Zeit des Dienens sei für ihn überhaupt vorüber. Allerdings habe die Enthaltung von der Arbeit und der Aufenthalt in dem milden Klima der Provence seine Gesundheit wesentlich gebessert. Aber der früheren Anstrengung fühle er sich keineswegs gewachsen; er hoffe daher, daß man ihn nicht mehr zu derselben verurtheilen werde. Er erinnere sie an das Wort, das sie ihm beim Abschiede gegeben, und bitte sie jetzt um dessen Erfüllung [878]).

Maria Theresia antwortete hierauf mit den folgenden, eigenhändig niedergeschriebenen Zeilen:

„Marschall Lacy! Weit mehr als die Monarchin ist es Ihre „Freundin, die sich bemüht, auf Ihre Gründe einzugehen, indem sie „Ihnen die Ruhe zugesteht, welche Sie von Seiner Majestät dem „Kaiser verlangten. Sie mußten unser Vertrauen zu Ihnen und „unsere Freundschaft für Sie gewahr werden; urtheilen Sie daher, „wie sehr wir davon ergriffen sind. Nur Ihre Erhaltung allein ist „es, die uns bestimmt, Ihnen diese Probe unserer Willfährigkeit zu „geben, indem wir Sie von jeder anstrengenden Arbeit entheben. Aber „dagegen dürfen auch Sie es nicht ablehnen, daß Ihre Person um so „mehr in Verbindung mit uns bleibe, indem wir Sie zu unserem „Staats- und Conferenzminister ernennen, ohne zu verlangen, daß „Sie die mit diesem Posten verbundenen Pflichten erfüllen. Wohl „aber müssen Sie sich für meinen theuren Sohn zu einer ruhmvollen „Gelegenheit, mir aber in meinen traurigen Tagen einen treuen und „anhänglichen Rathgeber erhalten. Unmöglich können Sie das zurück„weisen und ich rechne auf Ihre Gesinnung“ [879]).

Herzlicher noch sprach Maria Theresia in einem zweiten Briefe an Lacy sich aus. Nutzlos wäre es, schrieb sie ihm am 2. Mai 1774, ihm die Wirkung schildern zu wollen, die sein Brief auf sie hervorgebracht habe. Wenn sie die Zusage, die sie ihm beim Abschiede gegeben, sich seinen Rücktrittsprojecten nicht widersetzen zu wollen, insofern er deren Ausführung als unvermeidlich betrachte, jetzt erfülle, so geschehe dieß nur, weil sie seine Ruhe und Befriedigung ihrer eigenen vorziehe, aber sie fühle darum nicht minder den Verlust, welcher dem Staate und insbesondere ihrer Person durch diesen Rücktritt zugefügt werde.

„Seien Sie überzeugt“, sagte sie ihm, „daß ich noch schwerer „den Grafen Lacy als den Präsidenten des Hofkriegsrathes verliere. „Das ist aber schon das Schicksal meiner traurigen Tage, eine Ziel„scheibe der Widerwärtigkeiten zu sein. Nichts wird jedoch jemals meine „Gesinnungen für diejenigen ändern, die ich hochschätze und liebe“ [880]).

Und daß die Kaiserin Lacy's Rücktritt wirklich schmerzlich empfand, wird auch durch einen gleichzeitigen Brief derselben an Mercy bewiesen. „Ich bedauere", schrieb sie ihm, „den Verlust Lacy's, der trotz einiger „Fehler ungewöhnliche Eigenschaften besitzt" [881]).

Mit wo möglich noch wärmeren Worten als Maria Theresia beantwortete Joseph das Begehren Lacy's um seine Entlassung. „Der „Inhalt Ihres Briefes", so schrieb er ihm, „den ich durch den Monats- „courier empfing, war von einer Wichtigkeit, die verlangte, daß er „der Kaiserin vorgelegt werde. Sie allein ist es, welche hinsichtlich „Ihres Rücktrittes von der Leitung des Hofkriegsrathes meine Antwort „vorzeichnen kann und soll. Alle meine Waffen sind stumpf geworden; „meine Freundschaft, meine Gefühle für Sie, die Ueberzeugung von „dem Wohle des Staates sind fruchtlos ins Treffen geführt worden; „diesen schwachen Mitteln muß es daher versagt bleiben, neue Ueber- „zeugungsgründe ausfindig zu machen. Sie erklären sich in Anbetracht „Ihrer geschwächten Gesundheit durchaus unfähig, die Functionen des „Präsidenten des Hofkriegsrathes wieder zu übernehmen. Ihre Majestät, „welche Ihren Eifer kennt, muß Ihnen glauben, und ohne eine solche „physische Unmöglichkeit wäre es nicht denkbar, daß er sich so weit „geändert oder abgekühlt habe, daß Sie die großen Werke im Stiche „lassen, welche Sie nach jeder Richtung hin begannen und die Ihr „Rücktritt der Gefahr der Nichtvollendung preisgibt. Sie werden „daher aus ihrem hier beigeschlossenen Briefe ersehen, daß sie Ihre „Bitte, die ihr so unerwartet kam als diese Aenderung es für mich „selbst ist, gewährt. Und so schwer es mir fällt, mein Leben durch „die eigenthümlichsten Widerwärtigkeiten getrübt zu sehen, so beschränke „ich mich nichtsdestoweniger auf den Wunsch, daß wenn ich schon den „besten Kriegspräsidenten nicht haben kann, die Schonung und das „ruhige Leben mir noch lange Jahre einen nützlichen Freund erhalten „werden, welcher, indem er mir sein Leben darbietet, um mich eines „Tages bei der Erwerbung von Ruhm zu unterstützen, mir auch mit „seinen guten Rathschlägen und seinen Talenten zur Seite steht, um „solchen in den traurigen Tagen zu erlangen, die ich, darnieder gedrückt „von den Pflichten meiner Stellung, damit verbringe, für die allgemeine

„Wohlfahrt zu arbeiten. Dieß ist der Punkt, lieber Marschall, wo „ich Sie oft an Ihr mir gegebenes Wort erinnern werde, und das „ist Alles, was ich Ihnen zu sagen vermag, obgleich es weit hinter dem, „was ich fühle, zurückbleibt“ [882]).

Als Lacy's Rücktritt einmal entschieden war, wurde allsogleich an die Wahl eines Nachfolgers für ihn geschritten. Leicht erreichte es Joseph von seiner Mutter, daß der General der Cavallerie Andreas von Hadik, mit dessen vor wenig Monaten erfolgter Ernennung zum Gouverneur von Galizien der Kaiser bekanntlich nicht einverstanden gewesen war [883]), unter gleichzeitiger Beförderung zum Feldmarschall den erledigten Posten eines Präsidenten des Hofkriegsrathes erhielt. Aber Joseph traf diese Verfügung doch nicht ohne an Laudon zu schreiben und ihn zu versichern, man wäre zu keinem solchen Entschlusse gelangt, wenn nicht er selbst ein- für allemal jeder derartigen Amtsführung entsagt hätte [884]).

Bis zum Tode der Kaiserin und noch lang über denselben hinaus blieb Hadik ununterbrochen an der Spitze des Hofkriegsrathes. An Lacy aber erfüllte die traurige Vorhersagung der Kaiserin sich nicht, daß er, nachdem die ihm verliehene Stelle eines Staats- und Conferenzministers lediglich ein Ehrenamt sei, gleich so vielen anderen Männern, welche keine hervorragenden Posten mehr bekleideten, bald in Vergessenheit gerathen werde [885]). Daß er in der That, wie Maria Theresia ihn vor kurzem genannt hatte, ein Mann von ganz ungewöhnlichen Eigenschaften war, bewies er auch dadurch, daß er das ihm übertragene Ehrenamt alsbald in ein wirkliches umzugestalten verstand. Freilich wurde er hiebei durch die Kaiserin, die ihm zu jener Zeit als besondere Gunstbezeugung das bisher von ihm bewohnte Haus auf der Bastei schenkte [886]), und vielleicht mehr noch durch Joseph unterstützt, der ihn fortwährend versicherte, daß er sich seiner Rathschläge nimmermehr zu begeben gedenke. Unbegrenztes Vertrauen und ein unerschütterliches Freundschaftsverhältniß würden die beste Grundlage dafür bieten [887]).

Hadik in jeder Beziehung weit überlegen, war Lacy nach seiner Rückkehr nach Wien, wenn gleich nicht mehr Präsident des Hofkriegs-

rathes, doch nach wie vor der angesehenste und vertrauteste Rathgeber des Kaisers in allen militärischen Dingen. Dieselben wurden daher trotz seiner veränderten Stellung wenigstens in ihren wichtigsten Punkten zum großen Theile wieder von ihm geleitet, während er von dem ermüdenden und anstrengenden Detail der Geschäfte weit mehr als früher verschont blieb.

Wenn übrigens so eben erwähnt wurde, daß Hadik hinter seinem Vorgänger Lacy an geistiger Begabung zurückstand, so geschähe ihm doch Unrecht, wenn man etwa daraus schließen wollte, er sei seinem Amte nicht gewachsen gewesen, ja es habe ihm wohl gar an Eifer zur Erfüllung der mit demselben verbundenen Pflichten gefehlt. Im Gegentheile, wie ernst er es mit ihnen nahm, bewies er dadurch, daß er noch im Jahre 1774 mit einer umfangreichen Ausarbeitung über eine Reihe von Fragen hervortrat, welche auf Abänderungen in dem bisher beobachteten Militärsysteme sich bezogen.

Nicht weniger als sieben und zwanzig verschiedene Punkte umfaßten dieselben. Zuerst gaben Lacy und dann der Kaiser selbst sehr weitläufige Gutachten über sie ab. Alles zusammen sandte Joseph an Laudon, dem er sich seit Lacy's Rücktritt vom Präsidium des Hofkriegsrathes wieder mehr und mehr nähern zu wollen schien. „ich „kenne ihre fähigkeit", schrieb er ihm gleichzeitig mit eigener Hand, „und ihre einsicht sambt ihrer redlichkeit und hertzen, die ich liebe und „aufrichtig schätze. eilen sie nicht und benemen sie sich nicht die „nöhtige stunden zu ihrer mir so werthen gesundheit" [555]).

Nur insofern folgte Laudon nicht der Aufforderung des Kaisers, als er das ihm abverlangte Gutachten schon binnen wenig Wochen nach Wien sandte. In den wärmsten Ausdrücken dankte ihm Joseph für seine „so freymüthig, einsichtsvoll und redlich erstattete aüsserung". Und eigenhändig fügte er noch hinzu: „Ihre Mayestät die Kayserin, „der ich ihre so wohlbedachte meinung vorgeleget habe, ist ihnen auch „davor wahrlich verbunden. ich werde mir selbe gut zum nutzen „machen, und sobald als ein endlicher entschlus erfolget seyn wird, so „werde ich selben ihnen zu wissen machen. einstweilen leben sie wohl

„und sorgen sie für die erhaltung eines mans, dessen hertz von tapfer-
„keit und wahrer vaterlandsliebe allein angefüllet ist, und zweiflen sie
„nur nie an meiner wahren hochschätzung und sicheren freundschaft.
„ihr freund lebenslänglich Joseph“ [859]).

Der übergroße Umfang der ganzen Verhandlung macht es wohl unmöglich, sich mit ihr hier näher zu befassen. Nur über einige der wichtigsten Punkte, und insbesondere über den ersten aus ihnen, der in der Frage ausgedrückt war, ob es bei dem dermaligen Stande der Regimenter und Corps sein Verbleiben haben solle, kann nicht stillschweigend hinweggegangen werden und mag wenigstens der Meinung des Kaisers und derjenigen seiner Mutter Erwähnung geschehen.

Es ist eine Erscheinung, die insbesondere in der neuesten Zeit ebenso häufig als regelmäßig wiederkehrt, daß wer von vorneherein die Vermehrung der Kriegsmacht will, die Lage des Staates nach Außen hin als eine schwer bedrohte, und die von dorther zu besorgende Gefährdung als eine sehr ernstliche darstellt. Auch Joseph schlug diesen Weg ein, auf welchem er seither so viele Nachtreter fand, und insbesondere war es das unverhältnißmäßige Anwachsen der Macht Rußlands und Preußens so wie die Schwächung Polens und der Türkei, endlich der üble Zustand der militärischen Einrichtungen Frankreichs, worauf er den Antrag auf ansehnliche Vermehrung der österreichischen Armee stützte. Doch hätte solches nach der Meinung Lacy's nicht durch Schaffung neuer Regimenter, sondern durch Erhöhung des Mannschaftsstandes der schon vorhandenen zu geschehen, weil dieß die wohlfeilste und zugleich wirksamste Methode sei. Die Kosten dieser Vermehrung sollten durch Ersparungen so wie durch die Einkünfte der neu erworbenen polnischen Landestheile aufgebracht werden.

„Ihro Majestät dem Kayser bin ich sehr verbunden“, so ließ sich Maria Theresia über die ganze Verhandlung überhaupt und über den ersten Punkt derselben insbesondere vernehmen, „daß er diese Aus-
„arbeitungen veranlasset hat. In der That ist in unserem Militari
„schon viel Schönes und Großes geschehen. Wir müssen also suchen,

„das Werk vollkommen zu machen, und obzwar das Militare meine „Sache nicht ist, so will ich doch bei jeder Frage meine Meinung sagen."

„ad primum. Ich wünschte zum besten des armen Unterthanen, „daß wir unsere Armee ehender vermindern als vermehren könnten. „Da aber unser Nachbar so formidable ist, so bin ich dem Antrag „Ihro Majestät des Kayserś nicht entgegen und will mich einer „Truppenvermehrung gern fügen, wenn es nur ohne mehrere Be„drückung der Länder geschehen kann."

„Ich bin also mit der wohlfeilen Art, so Lacy und Ihro Majestät „der Kayser einrathen, ganz verstanden. Nur gebe ich zu bedenken, „daß die Infanterie-Recruten sich in wenig Wochen genug abrichten „lassen, um gegen den Feind gebraucht zu werden. Wir haben nach „den Schlachten bei Prag und Leuthen die Probe gemacht. Ich erkenne „gar wohl, daß es sich mit der Cavallerie ganz anders verhält, aber „eben deßwegen wäre ich der Meinung, daß unsere Truppenvermehrung „größten Theils in Cavallerie bestehen und mit der Infanterie ge„wartet werden solle. Die Conscription stellt uns sicher, geschwind „und hinlänglich Recruten zu bekommen. Ich bin daher auch der „Meinung, daß die Conscription verbessert und besonders darauf „gesehen werden sollte, Alles abzuschaffen, was zu unnützen und schäd„lichen Weitläufigkeiten, Neckereien und Plagen der Länder Anlaß gibt."

Mit dieser letzteren Betrachtung stand auch der neunte Punkt in einem gewissen Zusammenhange, der in der Frage Ausdruck gefunden hatte, was für eine Bequartierungsart eingeführt werden könnte? „Wenn wir was nützliches", so lauten die hierauf bezüglichen Bemerkungen der Kaiserin, „dauerhaftes und grosses machen wollen, so „müssen wir uns, so viel immer thunlich, an das wahr befundene „System des Haugwitz seel. festhalten, daß das Militare vom Civili „gänzlich abgesondert zu halten sei. Der Unterthan kann sich sonst „nimmer erholen noch dem Herrn recht nutzen. Ihm sollte der Soldat, „den er unterhalten muß, niemahlen zur Last, sondern zum Vortheil „sein. Dieser Satz sollte also das Fundament der ganzen Einquar„tierung sein, und ich halte die großen Kosten auf Einquartierungs-

„gebäude viel besser als auf Capitalfestungen angewendet. Die Länder „werden gern helfen, und es läßt sich viel thun, wenn man will. Der „Gedanke Ihro Majestät des Kayſers, mehrere Truppen in die großen „Städte zu verlegen, ist unvergleichlich und practisch, wenn das Obige „geschieht. Besonders sollte man in Galizien auf die sechs Kreisstädte, „und dann auch auf die Districtsstädte gedenken. Diese würden, wenn „man Alles zu Hülfe nimmt, bald emporkommen und die Kosten „reichlich einbringen. Ich erwarte hierüber die näheren Vorschläge „mit Verlangen."

Der letzte der von Hadik erörterten Punkte, dessen hier Erwähnung geschehen soll, bestand in der Frage, welche Angelegenheiten der Entscheidung des Hofkriegsrathes, ohne diejenige des Kaisers oder der Kaiserin einzuholen, überlassen werden könnten? Lebhaft sprach Joseph für Ausdehnung der Befugnisse des Hofkriegsrathes, ja sogar der Generalcommanden sich aus, wenn dieselben nur einmal mit tüchtigen Leuten besetzt wären. Aber freilich müßten die letzteren Militärbehörden besonders genau sein bei Führung ihrer Protokolle, und sie jederzeit dem Hofkriegsrathe zur Einsicht vorlegen. Und die Kaiserin erging sich hierüber in folgender charakteristischer Betrachtung:

„Bey uns ist der Hauptfehler, daß die oberen Stellen und „sogar wir selbst die Agenda der Untergebenen an sich ziehen. Diese „haben zu wenig Autorität, müssen immer anfragen, Befehl erwarten. „Ich habe dem Uebel viel nachgedacht, und es kommt daher, daß wir „noch keine Grundsätze noch rechte Instruction haben und daher Alles „arbitrarisch ist. Das Kriegsdepartement ist am meisten in Ordnung, „daher kann man auch einem jeden Theil mehr Gewalt einräumen. „Wir werden viele Zeit, Arbeit und Subalterne ersparen. Wollte „Gott, unsere Hof- und Länderstellen wären auch in den Umständen."

Joseph begnügte sich übrigens nicht mit der Erörterung der von Hadik gestellten Fragen; über dieselben hinaus brachte er bei diesem Anlasse eine Reihe von Punkten zur Sprache, die sich auf militärische Dinge bezogen. Der erste derselben bestand in dem Wunsche, all die Neuerungen und Quälereien abgestellt zu sehen, welche sich

auf die Kleidung und das Aeußere der Offiziere und der Soldaten bezogen. Lebhaft tadelt der Kaiser den Wetteifer, welcher in diesen an und für sich so unwesentlichen Dingen immer mehr überhandnehme und den zunächst Betheiligten zur Qual werde. Dem zu steuern, gebe es nur zwei Mittel. Man müsse „den falschen Begriff der „Schönheit in den soliden der Gutheit verwandeln", und außerdem den Inhabern und Commandanten begreiflich machen, es sei besser „nicht mit der äußerlichen Putzschönheit, wohl aber mit der Abrichtung, „Verläßlichkeit und dem guten Esprit, so wie auch mit der geringeren „Desertion ihres Regimentes zu prangen". Maria Theresia aber stimmte der Meinung ihres Sohnes mit den Worten bei: „freuet „mich unendlich, wie Ihro Maj. der Kayser wegen der übertriebenen „Putzelereyen gedenket. Saubrigkeit und Uniformitæt machen die „größte Schönheit des Militaris. Alles übrige, was dem Dienst nichts „nutzet, taugt nichts; wäre mit Ernst abzustellen".

Wichtiger noch war die zweite Frage, welche sich damit beschäftigte, wie dem Soldaten zur Erleichterung seiner Existenz noch andere Einnahmsquellen als sein überaus kärglicher und durchaus unzulänglicher Sold eröffnet werden könnten. Joseph rieth dazu, ihm um den gewöhnlichen Taglohn bei den öffentlichen Arbeiten Beschäftigung zu gewähren, und insbesondere den Verheirateten aus ihnen allerlei Dienstleistungen als Aufseher, Wegmacher und so weiter zu verleihen. Maria Theresia aber bemerkte hierüber: „Dem armen „Soldaten gönne ich allen Zufluß, wenn es nur nicht zum Nachtheil „des noch ärmeren Unterthanen geschiehet. Der Soldat muß keine „Noth leyden, wenn es auch dem Aerario mehrers kostet. Um so „mehr bin ich mit den Vorschlägen des Kayserς verstanden. Wann „einmal die Cantons recht eingerichtet sind, so wird es viel leichter „sein, dem Soldaten und seinem Weib Verdienst zu schaffen".

Von den übrigen Punkten, welche von dem Kaiser zur Sprache gebracht wurden, sei hier nur noch derjenige erwähnt, der sich auf die größere Schonung der Mannschaft und der Pferde bezog. „Alles „was Ihro Maj. der Kayser hier vorschlagen", so ließ sich Maria

Theresia hierüber vernehmen, „ist unverbesserlich. Besonders bin ich „wegen des übertriebenen Exercirens verstanden. Mir kommt vor, „das Militare macht sich mit dem Exerciren die größte Illusion. „Alles was nicht vor dem Feind zu brauchen ist, sollte man als eine „unnütze Plage abschaffen. Die große Accuratesse des Mannes ist „schön, aber wie ich mir vorstelle, unnutz. Gleich in den ersten „Monaten eines Krieges, wenn die Desertionen, Krankheiten u. s. w. „einreißen, bekommen die Regimenter eine andere Gestalt. Die Re„cruten können nicht so gut noch so geschwind im Krieg abgerichtet „werden, und die alte Mannschaft muß sich nach dem großen Haufen „richten, alsdann hören viele Künsteleyen von selbst auf. Niemand „kennt die Gebrechen besser als der Kayser; es kann also auch Niemand „besser als Ihro Majestät solche abstellen."

Auch hinsichtlich der sonstigen, hier nicht näher berührten Anträge Josephs erklärt Maria Theresia ihre völlige Uebereinstimmung mit den Anschauungen ihres Sohnes. „Was übrigens", so lauten ihre Worte, „Ihro Maj. der Kayser noch in Vorschlag bringen, sind „die stärksten Proben ihrer grossen Einsicht, Kenntniß und Fleisses. „Den guten Stand meines Militaris habe ich vor Allem Ihro Maj. „zu verdanken, und ich verspreche mir inner kurzem ein voll„kommenes Werk".

„In diesem Stück bin ich glücklich und vollkommen beruhigt. „Ich habe aber ein Anliegen, welches mir noch mehr auf dem Herzen „lieget. Was hülft die gute Verfassung des Militaris, wann das „Politicum und der Nahrungsstand der Länder schlecht bestellt ist. „Die Fehler kann Niemand leugnen, aber wie zu helffen sey, das „verdient unsre gröste Sorgfalt und Bemühen. Ich halte die Hülfe „vor ohnmöglich, wann wir die Deliberationen nach unserer Gewohn„heit durch alle Stellen laufen lassen, Berathschlagungen über Berath„schlagungen anstellen, niemal schlüssig werden oder immer änderen, „das Wichtige vernachlässigen und uns beim kleinen Detail auf„halten. Hieraus müssen unendliche Schreibereyen, vergebliche Kosten „und Mühe entstehen. Inzwischen gerathen die Länder immer mehr

„in Verfall, und wir ziehen nicht den Nutzen, den wir ziehen könnten. „Niemand kann es als der Kayser; wann man die Sache recht greift, „von oben anfangt und zusammenhangende Instructionen macht, so „kann was Schönes und Grosses zu Stande kommen. Ihro Maj. „der Kayser kann mir also keinen grösseren Gefallen erweisen, als wann „er diese Arbeit übernimmt. Er wird den Nutzen und die Ehre davon „ziehen, und ich erhalte noch vor meinem Ende eine vollkommene „Gemüthsruhe. Um keine Zeit zu verlieren, wäre ich der Meinung, „wir sollten entweder den Hofstellen oder den geschicktesten Räthen auf„tragen, Plane wegen der allgemeinen Verbesserung zu entwerfen. „Diese müßten bey Ihro Maj. des Kaysers Zurückkunft von ihren „dießjährigen Reisen fertig seyn, damit Ihro Majestät sodann nach „ihrer Einsicht das Beste wählen und anordnen könnten. Jedoch über„lasse Ihro Majestät dieses und alles Uebrige, wann Sie sich nur „mit diesem grossen Werk chargiren wollen" [890]).

Joseph verhielt sich zwar nicht ablehnend gegen dieses Begehren seiner Mutter, aber zu der von der Letzteren gewünschten umfassenden Reformarbeit kam es doch nicht. Denn das Jahr 1775 war noch nicht an sein Ende gelangt, als die aus jenen Worten der Kaiserin hervorleuchtende Uebereinstimmung der beiderseitigen Ansichten schon wieder einem ziemlich weitgehenden Zwiespalt zwischen Mutter und Sohn Platz gemacht hatte. Wie schon an früherer Stelle erwähnt worden, drang Joseph in den Weihnachtstagen des eben bezeichneten Jahres wiederholt und mit größter Entschiedenheit darauf, des Amtes eines Mitregenten enthoben zu werden [891]). Auch dießmal war es Lacy, und er empfing hiedurch wohl einen Beweis des höchsten Vertrauens der Kaiserin, den sie um Rath bat. So sehr er auch persönlich dem Kaiser ergeben war, trat doch jetzt Lacy entschieden auf die Seite seiner Mutter. Sie solle ihm antworten, schrieb er an sie, daß er Unmögliches von ihr begehre. Eine so unerwartete und befremdende Trennung würde eine öffentliche Rechtfertigung vor den Augen der Welt unerläßlich erscheinen lassen, und auf wessen Kosten müßte sie geschehen? Beide Theile würden gleichmäßig bloßgestellt werden. Und selbst wenn dem nicht so wäre, so würde doch ihre mütterliche Zärtlichkeit nicht

zulassen, daß sie einem seiner und ihrer so wenig würdigen Vorschlage ihre Zustimmung gebe. Sie möge hinzufügen, daß ein- für allemal Alles beendigt und vergessen sein möge, daß der Kaiser daran denken solle, wie eine Mutter, welche die Last einer mühevollen Regierung so viele Jahre hindurch getragen, wenigstens einiges Vertrauen von Seite ihres Sohnes und Mitregenten verdiene, und daß, wenn er sich wirklich für die Ruhe des Restes ihrer Lebenstage interessire und ihr offenkundige Beweise seiner wahren Anhänglichkeit geben wolle, dieß nur durch die Fortsetzung seines bisherigen Beistandes geschehen könne [892]).

Maria Theresia schrieb ganz so an Joseph wie ihr Lacy gerathen. Dem Feldmarschall aber theilte sie das Geschehene mit den folgenden Worten mit:

„Hier ist das Resultat eines zärtlichen Billets, welches ich „gestern Abends nach Ihren Rathschlägen schrieb. Nur wenig habe ich „erwiedert: daß ich an seine Worte mich halte, daß er Willen und „Stärke hat zu gehorsamen, und daß ich auf sein Herz baue, er „werde mir seinen Rath und seinen Beistand nicht verweigern.. Nun „aber werde ich nichts mehr sagen; doch sehe ich noch sehr viel Kummer „vorher" [893]).

Anmerkungen.

[1]) Randgloſſe zu dem Referate des Staatskanzlers vom 19. Jänner 1757.

[2]) Randgloſſe zu dem Referate des Staatskanzlers vom 28. März 1765.

[3]) Kaunitz an Albani. 1. April 1765.

[4]) Referat vom 9. Jänner 1773.

[5]) Referat vom 28. März 1773.

[6]) Arneth. Maria Thereſia. IV. 129. 518.

[7]) Valentini berichtet am 21. März 1750, Migazzi am 4. April und 2. Mai 1750, dann derſelbe aus Madrid am 19. Auguſt und 9. October 1754, endlich Criſtiani am 13. September 1754 und 30. Mai 1758.

[8]) Verzeichniß deren Cardinalen, welche die mehreſte Hoffnung zum Papſtum haben und dem Kayſ., auch Kayſ. und Kön. Hof folgender Ordnung nach am anſtändigſten wären, und zwar unter der einzigen Rubrik Gratiores. Beilage zu dem Referate des Staatskanzlers vom 23. Mai 1758.

[9]) Maria Thereſia an Clerici. 3. Juni 1758.

[10]) Maria Thereſia an Clerici. 31. Juli 1758.

[11]) Referat des Staatskanzlers vom 16. Sept. 1758.

[12]) Referat des Staatskanzlers vom 1. Oct. 1758.

[13]) Vortrag des Grafen Haugwitz vom 2. Jänner 1758. Archiv des Cultusminiſteriums.

[14]) Vortrag des Staatskanzlers vom 18. Jänner 1758.

[15]) So muß man wenigſtens, wie es ſcheint, ihren eigenhändig niedergeſchriebenen Beſcheid auf den eben citirten Vortrag des Staatskanzlers verſtehen: „placet nach diser nebenfolgenden note“.

[16]) Vortrag des Grafen Haugwitz vom 26. Jänner 1758. A. d. Cult.-M.

[17]) Albani. 23. Mai 1759. „ne premura, ne preghiera, ne rappresen-„tanza“. . . .

[18]) Vortrag des Staatskanzlers vom 26. Nov. 1759.

[19]) Kaunitz an Albani. 14. Febr. 1760.

[20]) Kaunitz an Albani. 14. Juli 1760.

[21]) „Non id passi sunt Augusti Majores Tui, nec si reviviscerent, pate„rentur, qui maximis opibus et potentia, rerumque praeclare gestarum gloria „quantumvis Illustres tamen ex Reverentia. . . .“

[22]) Zwei Referate des Staatskanzlers vom 20. März 1764.

[23]) „werde selbe verschieben, dan vor sonntag ohnedem selbe ihme nicht „gegeben hätte“.

[24]) Kaunitz an Albani. 29. März 1764. „Nell' udienza, ch' esso aveva „dimandata . . e che gli fù accordata li 25 del corrente, S. M. sensibilmente „commossa a vedersi rimproverata dal tenore di d^to Breve, e quasi presa di „mira per un affare, che fù trattato senza la di Lei saputa, d' accordo fra „tutti gli Ambasciatori degli Elettori, e di tre fra questi, che sono Eccle„siastici, in conformità ancora al concluso collegiale del 1745, che in Roma „non doveva essere ignoto, non ne ha dissimulato a Monsign. Borromeo il suo „rincrescimento, con spiegarlo con tutta l' ingenuità, come esso l' avrà già „partecipato alla sua Corte.“

[25]) Kaunitz an Albani. 30 April 1764. „Bramerei io stesso per l' onore „d' amendue le Corti, e per il bene della reciproca buona intelligenza di Esse, „che certe espressioni di d^to Breve fossero suscettibili d' una spiegazione che „mitigasse l' offesa.“

[26]) Kaunitz an Albani. 28. Mai 1764. „Si è presentato questo Sig. „Nunzio per dare una più congrua interpretazione alli termini duri dell' ultimo „Breve Pontificio, e della risposta di S. M. nell' udienza accordatagli per „questo oggetto ad istanza sua, Esso non ha motivo di dolersene. Tuttavia „il Breve, non essendosi a quello sostituito altro, che parlasse in termini più „convenienti al reciproco decoro, non è stato accettato, ed ora ne cessa „affatto l' argomento.“

[27]) Kaunitz an Albani. 11. April 1765.

[28]) Am 16. März 1766 legte Kaunitz der Kaiserin Albani's Bericht über das Begehren des Papstes vor, daß sein Nipote Don Abbondio Rezzonico, der inzwischen die sehr ansehnliche Würde eines Senatore di Roma erhalten habe, mit dem Orden des Goldenen Vließes geziert werde. Maria Theresia antwortete hierauf mit eigener Hand:

„der albani ist bekant. vor jetzo ist nichts zu thun, weillen keine promotion „vor heuer sein wird, und keineswegs sich so weit voraus zu engagirn wäre.“

Kaunitz an Albani. 17. März und 17. Nov. 1766.

[29]) Brunati an Kaunitz. 2. Sept. 1761.

„Persistendo più che mai questa Corte a sostenere li Gesuiti (forse sino „con credere di buona fede, che la chiesa sia in loro) va a disgustarsi quasi „tutte le Corone. Li Cardinali più dotti pensano diversamente, ma non sono „questi che governano, contandossi, e non pesandossi i voti.“

[30]) Brunati an Kaunitz. 13. April 1763. „Per la morte, due giorni „sono, del Cardinale Spinelli Napolitano, e Decano del S. Colleggio, vaca il „nono capello, e viene di mancare una delle più illuminate menti. Tutti quei „disordini di meno del presente governo, pare che si devino riconoscere dai „savj consilj del prelodato Porporato, li quali, seguitati in tutto, avvrebbero „riparato a molti inconvenienti. La Neutralità non lo ha salvato: non esser „qui coi Gesuiti, è l' istesso che essere contro di loro. Messo da suoi Nemici „in questo punto di vista nello spirito del Papa, nonostante che gli dovesse il „Pontificato, non era quasi più nè accetto, nè ascoltato."

[31]) Brunati. 10. Juli 1765.

„La persecuzione del partito dominante de' Gesuiti in questa Corte è „arrivata a un segno, che nissuno lor contrario è più sicuro, facendossi ogni „giorno perquisizioni, carcerazioni e sfratti, per i quali inonda Roma di libelli."

[32]) Brunati. 3. Jänner 1767.

[33]) Kaunitz an Albani. 5. Febr. 1767.

[34]) Die kaiserliche Verordnung in Kropatschek's Gesetzsammlung. V. 210.

[35]) „hier j'ai passé par deux reprises par la ville de Rome, et j'ai vu „le Vatican qui est superbe, et tous les beaux morceaux de la ville, sans „faire compliment au Pape, car le legat ayant elevé le soir d'auparavant, „comme nous l'avons proposé, quelque difficulté, nous avons dit que nous „etions resolue et que nous passerions. pourtant toute cela est très-choquant „pour le Pape, mais il le mérite, car lui et tous ses Cardinaux nous font tous „les jours de nouvelles impertinences."

[36]) Mit den Worten geschah dieß, welche Maria Theresia auf das Referat des Staatskanzlers vom 20. März 1768 schrieb: „placet, und solle dise wichtige „sache auch unter denen andern conferentz ministren circulirn."

[37]) Renier. 26. März 1768. „quantunque questa Imperatrice Regina „sia inclinatissima alle cose di religione, e che sia circondata non solo da „Gesuiti, ma anco da altri Ecclesiastici, i quali adoperano la solita arte di „chiamare cose di religione quelle che veramente e sostanzialmente non sono, „ma che tendono bensì all' oggetto predominante in essi, cioè quello di aut- „torità e di ricchezza, ciò non ostante a fronte di queste accortissime, e si „può dire continuate insinuazioni, l' Imperatrice Regina fornita di buon senso „e di solida religione e pietà cristiana disapprovò la condotta che tenne il „Pontefice con il Duca di Parma. . . ."

[38]) Auf das Referat des Staatskanzlers vom 24. März 1768 schrieb Maria Theresia eigenhändig: „mercy wäre wegen parma, welches mir an herzen „ligt, zu befragen, wo es dan sich accrochirt. . . ."

[39]) Kaunitz an Mercy. 24. März 1768.

[40]) Mercy. 24. April 1768.

[41]) Nachschrift Mercy's vom 24. April 1768.

[42]) Mercy. 30. Mai. „. . . qu'il n'y avoit pas de noblesse de s'em- „parer d'Avignon et de Benevent. . . ."

[43]) Kaunitz an Mercy. 27. Mai 1768.

[44]) Kaunitz an Mercy. 8. Aug. 1768.

[45]) Joseph an Kaunitz. Ganz eigenhändig. 11. Juli 1768. „Mon Prince, „S. M. a qui j'ai envoyé hier avec les depeches que vous m'aviés confié, un „postilion, vient de me le renvoyer et de me marquer les paroles suivantes: „„pour l'affaire de Modene non seulement que direct ni indirecte- „„ment j'y prendrai part, mais je serois faché que le Duc vou- „„droit profiter de ce moment d'aneantissement de la cour de „„Rome pour en tirer à soi un lambeau; cela marque peu de „„générosité, et je ne saurois jamais l'aprouver."

„vous pourés donc regler en consequence les reponses à faire au comte „de Firmian, l'intention de S. M. me paroissant entierement conforme a la „votre. adieu." „Joseph."

Hierauf beziehen sich auch die Referate des Staatskanzlers vom 16. Juli, dann vom 4. und 17. Sept. 1768.

[46]) Vom 28. Juli 1768.

[47]) Referate vom 11. und 15. Sept. 1768.

[48]) Denkschrift des Kaisers, für Leopold bestimmt, über den Zustand der österreichischen Monarchie. März 1768.

„Dejà depuis que les siecles sont plus eclairés, la Cour de Rome n'a „plus tant d'influence dans les ressorts politiques de l'Europe. Quelques Pontifes „sages et prudents surent néanmoins se ménager encore une certaine considé- „ration, en n'appuyant point sur des choses irraisonnables. Mais le Pape „d'apresent, qu'un Neveu sans expérience, et un Ministre violent dirigent, et „abusent de sa foiblesse, paroit vouloir tout gater, en voulant soutenir, conte „qui coute, l'ancienne autorité abusive dont deja tout le monde est revenu. „Pour la conservation d'un ordre religieux, proscrit par quatre grandes Puis- „sances, Rome se met dans le cas, au moment qu'elle ne peut pas plus l'em- „pecher, au lieu de le séculariser, comme ces Puissances le desirent, à les „engager peut-etre a s'en séparer entierement, et à la priver encore du peu „d'influence qu'elle y a; la liberté de l'Eglise Gallicane, que l'Espagne paroit „avoir envie d'imiter, y etant le premier pas. Dans les affaires des Dissidens „en Pologne, la Cour de Rome a envoyé un Nonce, qui, en conséquence de „ses instructions, ne fait qu'animer et echauffer les esprits d'un faux zele, qui, „sans porter remede au mal, rend malheureux quelques particuliers, et a fait „naitre l'idée de restreindre les droits tres-considerables et lucratifs pour la „Cour de Rome, que la Nonciature avoit dans ce païs-là."

„Avec les autres Puissances la Cour de Rome ne se comporte pas moins „desagreablement. Nous en avons fait l'experience dans l'etablissement de „l'Erbschafts Steuer chéz les Prêtres, dans la transportation que nous avions „projettée, de toutes les fetes venant dans la semaine, des jours ouvriers aux „dimanches, dans la distribution des revenus de la cassa salis en Boheme, dans „les affaires de la censure et de la chaire de théologie dans nos universités, „jusqu'à des dispenses de mariage même, nous y avons toujours trouvé un „esprit de chicane et d'incomplaisance presque insupportable. Jusqu'à cette heure

„nous avons encore toléré tout cela avec patience, mais non sans connoitre „que la methode la plus simple avec la Cour de Rome seroit de lui demander „d'abord, par obédience filiale, son consentement sur les arrangements qu'on „veut prendre, mais de l'assurer en meme tems que, si elle ne l'accorde point, „on croira avoir rempli ce qu'on doit, et qu'on ne s'arretera pas pour cela, „à faire exécuter ou mettre en usage ce qu'on aura trouvé convenable au „bien de l'Etat. La Cour de Rome est parvenue sous ce foible Regne à se „brouiller avec tous les Souverains sans en excepter un, mais surtout avec „ses voisins, à se rendre presque méprisable, et à nuire par là beaucoup à „la religion. Dans son interne le peuple est dans la plus grande misère, tout-à-„fait tombé, les finances entièrement décréditées et délabrées. Dans cet état „des choses toutes les Puissances, pour ne pas fair d'éclat, attendent presque „d'un commun accord la mort probablement peu éloignée de ce Saint-Père, „pour réparer ensuite par le choix qu'on fera d'un nouveau, tout ce qu'on „n'a point pu obtenir jusqu'à présent. La nomination des Cardinaux des „couronnes est actuellement en pourparler, et on se presse à les nommer pour „avoir autant de voix de plus dans le Conclave, dont on soit assuré. L'abo-„lition de l'ordre des Jésuites, que les Puissances, qui les ont expulsés, ont „tant a cœur qu'elles ont même voulu que nous fassions cause commune avec „Elle à la Cour de Rome, fera bien sûrement une des conditions sine qua „non à l'Election d'un nouveau Pape."

„Pour nous, nous n'avons point voulu nous en mèler ni pour ni contre, „n'ayant point de raisons suffisantes à vouloir leur destruction, ni trouvant „non plus leur existence si nécessaire pour les protéger."

[49]) Kaunitz an Brunati. 13. Febr. 1769.

[50]) 8. Febr. 1769.

[51]) „Ganganelli, minor conventuale da Urbino, di anni 64, dotato di „talento fratesco. Nelle controversie teologiche di questi tempi, per guada-„gnarsi ambi i Partiti, si è impegnato, e compromesso con tutti e due; sco-„pertasi la di lui doppiezza, è rimasto odioso all' uno e all' altro; tratto, che „unito a molti altri, ha finito di spargere sopra questo Cardinale una vernice „di discredito, dalla quale non si saprà purgare. Egli è in concetto di tutti, „per aderente alla Spagna, et alla Francia, e sarà fra finti zelanti."

[52]) „Il Sig. Brunati è un felice pittore nel chiar' oscuro, ed i suoi „ritratti convengono in sostanza tanto con quelli del fu Co. Cristiani e del „B[n] St. Odile, fatti nel 1758, che del Sig. Co. di Firmian nel 1766, omet-„tendo i Cardinali già morti, e aggiungendo i creati posteriormente."

[53]) Nicht ganz so wie in dem Referate des Fürsten Kaunitz vom 7. März wurde diese Angelegenheit von Sperges beurtheilt, der hierüber die folgenden Worte an den Staatskanzler schrieb:

„Questo segreto non parmi poter essere appoggiato a' Cardinali Milanesi, „che saranno troppo veri zelanti. Il Card[e] Roth non si renderà, come vien „supposto, a Roma, ed è disgustato della nostra Corte. Il Hutten non è, per „quanto io senta, uomo di talento e di maneggio, oltre ch' egli non ha nè „amicizia, nè conoscenze fra i Cardinali. Il giovane Card[e] Orsini per la sua

„età non può avere il necessario credito presso i zelanti, ch' io suppongo „sempre essere questa volta i più numerosi ed i più collegati. Il Migazzi „è sospettato essere parziale de' Gesuiti, e poco affezionato per i Francesi, „come troppo imbevuto del sistema antico. Ma egli si regola secondo il „proprio interesse, e questo ora per lui deve essere, se pure lo conosce, il „destruggere colla sua condotta la sinistra prevenzione de' suoi Sovrani, a' „quali dovrebbe al suo ritorno rendere conto d' ogni passo."

[54]) Renier 4. März 1769. „Nel mio antecendente . . . aveva significato „. . . . che questo Arcivescovo Card. Migazzi non sarebbe andato a Roma, e „che si teneva da varij giorni nella propria sua casa sotto il pretesto de suoi „malori. Dopo di aver Egli tentato tutte le vie, affine che si l' Imperatore „che l' Imperatrice gli presentassero o di andare a Roma o di restare in „Vienna, cosa che li due Monarchi non vollero fare, o vollero che Sua Emi- „nenza fosse in libertà intiera di agire come a Lui più piacesse, quando Esso „Cardinale seppe che il Vescovo di Spira non voleva avere il secreto della „Corte, si presentò Esso stesso a Sovrani e gli fece di bel nuovo la addotta „dimanda, cercando di attirarsi il precetto o affirmativo o negativo delle „Maestà Loro. L' Imperatore che è più preciso e più rissoluto, rispose al „predetto Sig. Cardinale le seguenti parole: Noi siamo indifferentissimi che „V. E. si porti, o non si porti a Roma all' elezione del nuovo Pontefice, „perchè siamo pure indifferenti sopra qualunque persona che possa essere „elevata al Papal sede. Sappiamo che le cose di Dogma devono esser credute, „e le crediamo. Se il nuovo Pontefice, qualunque sia egli per essere, vorrà „tentare di offendere li Nostri diritti, sapremo Noi sostenerceli, come lo „abbiamo fatto non solo nelle passate, ma nelle recentissime occasioni, che „devono essere ben note a lei, perciò gli replichiamo che ci è indifferente la „sua andata o la sua dimora."

„Tosto che S. E. intese tali precisissimi sentimenti usciti dalla voce „dell' Imperatore, e diretti alla sua stessa persona, sapendo lui che erano „giunti alla cognizione di molti di Vienna, prese la risoluzione di partire „volontariamente per Roma, ma prima di eseguire la detta partenza, dimandò „dalla Corte tre cose, l' una le istruzioni, la seconda il secreto e la terza „dinari, come un seguito delle due dimande antecedenti. Le due prime ricerche „gli furono apertamente negate, come affatto contrarie alle risposte dategli „in voce dalli due Sovrani. Rispetto poi alla terza che è il dinaro che Esso „chiese, benchè sia Egli stato proveduto da questa Imperatrice Regina di „Beneficij Ecclesiastici che giungono alla rilevante somma di cento mille fiorini „annui di rendita, può darsi che glielo promettino, e promesso, che l' abbiano „o in voce o molto più nello scritto, non è possibile che questi Monarchi „manchino alle fatte promesse."

Am 11. März meldet Renier, daß Migazzi den Gedanken, sich nach Rom zu begeben, wieder fallen gelassen habe.

[55]) Brunati schreibt über ihn: „Stoppani Milanese, creatura di Bene- „detto. XIV, di anni 74, ha il cuore di tutta Roma, per la sua capacità, „affabilità, buone maniere, et illibati costumi. Ha un bel teatro che promette

„ancora più di quello, ch' è; nelle brighe di questi tempi si è tenuto perfetta-
„mente neutrale, e si è sempre mostrato affezzionato al bene di questo Stato.
„Di un Cardinale di questo carattere, è facile che nel conclave se ne abbia
„ad aver molto conto, tanto più, che non ha Eredi, ne stretti Parenti. Egli
„gode la confidenza, e la protezione dell' Elettoral Casa di Baviera, e in
„quanto al suo modo di pensare verso l' augustissima Real Corte, si può
„rilevare dalle relazioni del fù Residente Barone di Ratgeb in tempo, che il
„detto Cardinale era Nunzio in Venezia, e della sua condotta nella Dieta
„dell' Elezione di Carlo VII. Imperatore. Parendo per altro dal presente suo
„contegno di essere il medesimo pieno di venerazione verso l' Aug^ma Real
„Casa, sembra che questi Ministri Borbonici leggano nella di lui fisionimia
„un certo contegno da diffidarsi, e che possa covare massime ben diverse da
„quelle delle loro Corti. Come pratico delle Corti estere, non riuscendo Papa,
„anderà forse in predicamento per segretario di Stato, e sarà fra veri zelanti".

[56]) Brunati ſagt von ihm: „Serbelloni creatura di Benedetto XIV., Mila-
„nese di anni 74, onorato Cavaliere, aperto e franco nel dire, e nel fare ciò
„che crede giusto, amico degli Albani, e confidente del Cardinale Stoppani.
„Forse gli farà eccezione al Papato l' essersi in più occasioni mostrato di
„spirito troppo vehemente, e di carattere inflessibile, che n' ammette tempera-
„menti, come l' essere soverchiamente interessato, e passare per trascurato negli
„obblighi del di lui Vescovato di Albano; non aderente a verun partito, si
„potrà numerare fra i veri zelanti".

[57]) Referat des Staatskanzlers vom 31. März 1769.

[58]) Eigenhändige Entſchließung der Kaiſerin auf den Vortrag des Staats-
kanzlers vom 31. März 1769.

„das beſte wäre eine gantz gleichförmige expedition wie an pozzobonelli
„noch zu verfertigen, dem nahmen in bianco zu laſſen, Kayſer ſamt rosenberg zu
„überlaſſen, welchen aus disen cardinællen er am tauglichſten darzu findete, das
„man auch eher ſicher wäre, das er es annehmete."

[59]) Die Angabe Theiners, Histoire du Pontificat de Clemens XIV, trad. par Paul de Geslin, I, 187, Maria Thereſia habe wegen Erkrankung Pozzobonelli's das Secretum auf den Cardinal Johann Franz Albani, Protector von Deutſchland übertragen, ſcheint mir auf einem Irrthume zu beruhen. Vor-
erſt war nicht Johann Franz, ſondern deſſen Oheim Alexander Albani Protector von Deutſchland, dem Letzteren aber wurde in Wien bekanntlich gar kein Ver-
trauen geſchenkt. So ſchrieb Fürſt Kaunitz am 1. April an ſeinen Sohn Ernſt:
„Da E. E. der Caractere des Card. Albani ohnehin bekannt iſt, ſo finde ich
„hierwegen nur ſo vieles beyzuſetzen nöthig, daß gedachter Cardinal wenig Ver-
„trauen bey unſern Hof habe, auch bey den Bourboniſchen Höfen in einem ſehr
„ſchlechten Credit ſtehe, woraus E. E. von ſelbſt erkennen werden, daß dero
„Betrag gegen denſelben zwar auf eine anſtändige, jedoch in der That ſelbſt
„keineswegs confidente und überhaupt ſolche Art einzurichten ſey, daß weder
„ernannten Cardinal eine Urſache zum Mißvergnügen, noch den Miniſtern der
„Bourboniſchen Höfe Gelegenheit zu einem auffſichtigen Argwohn gegeben werde,
„welches letztere auch die Urſache iſt, warum mehrerwehnten Cardinalen unſer

„ſogenanntes secretum, ungeachtet es an ſich betrachtet unbedenklich hätte geſchehen „können, nicht anvertraut worden." Daß aber mit Umgehung des Cardinals Alexander deſſen Neffe Johann Franz Albani, der mit dem Kaiſerhofe in gar keiner näheren Verbindung ſtand, deſſen Secretum erhalten hätte, iſt eben ſo wenig wahrſcheinlich, als ſich eine Spur hievon auffinden läßt.

[60]) Vortrag des Staatskanzlers vom 9. März 1769. „Zufolge der von „E. M. mir mündlich eröffneten allergnädigſten Willensmeinung habe ich an den „Cardinal Pozzobonelli, Erzbiſchof zu Mailand, ein nach ſelbiger eingerichtetes „Reſcript entwerfen laſſen, woraus er von den die Päpſtliche Wahl betreffenden „Allerhöchſten Geſinnungen und reineſten Abſichten ſeiner Souverainin, um deren „ungekünſtelte Erklärung es dermalen allein zu thun, und weder von einem „Secreto, noch andern geheimen Bearbeitungen die Frage iſt, genüglich kann „belehret und in den Stand geſetzet werden, davon den gehörigen Gebrauch zu „machen, wie denn zu hoffen iſt, daß der Eindruck von einer ſolchen im conclavi „vielleicht nicht erwarteten Sprache durch die Mitwirkung des großen Credits, „welchen der Cardinal Pozzobonelli in ſelbigem hat, und ſein beſcheidenes Betragen „bey den übrigen deſto wirkſamer ſeyn werde. In der Zuverſicht, daß der Inhalt „dieſes Schreibens E. M. allerhöchſter Geſinnung vollkommen gemäß ſeye, lege „ich dasſelbe zur allergnädigſten Unterſchrift hier in Unterthänigkeit bey."

Die Kaiſerin vollzog die Unterſchrift mit den beigefügten Worten: „placet, „und mögte eine abſchrifft davon haben".

[61]) Inſtruction für Pozzobonelli. 1. April 1769.

[62]) Brunati ſchreibt über ihn: „Sersale Napoletano, creatura di Bene- „detto XIV, di 67 anni, ecclesiastico d' illibatissimi costumi, di naturale dolce „et assai docile, che si lascia regolare, ma non dominare da Uomini li più „savj. Fù posto in discredito del Papa defonto dal fu Nunzio in Napoli Luca- „telli, perche non si opponeva, come Cardinale e come Arcivescovo di quella „Città direttamente a quella Corte in molte cose credute pregiudiziali a Roma, „e che cercasse più tosto di favorirla, cosi ancora per non essere amico de „Gesuiti. Viene decantato per uomo di mediocre talento, ma di un genio tale, „che saprebbe combinare l' interessi di Roma con quelli de Principi, e sarà „fra i veri zelanti".

[63]) Brunati ſchreibt von ihm: „Il Cardinale Negroni, Segretario de „Brevi, Romano di anni 59, fu Segretario di Stato interino per gli affari delle „R. Case di Borbon, conta per merito un naturale dolce, e placido; nelle „controversie de presenti tempi, abbenche fosse Cardinale Palatino, si è sempre „mantenuto indifferente; intrinseco del Cardinale de Rossi, si uniformerà proba- „bilmente in tutto ai di lui voleri".

[64]) Renier. 25. Febr. 1769. „ . . . oltre la naturale passata potenza di „questo ordine, che ha profonde radici qui in Vienna, vi è che tutti gli altri „ordini Regolari, i quali, si può dire fino a questi momenti, furono invidiosi „ed inimicissimi della somma fortuna, auttorità e potenza dell' ordine Gesui- „tico, cominciando Essi a temere che scossa una pietra da questo edificio, „potessero ancor successivamente rissentire danno, si unirono tutti assieme e „non cessano di spargere opportunemente discorsi, ed adoperare mezzi che

„allontanino questa Corte dalla tentazione di unirsi colle tre corone, affine „che non nasca per le ragioni adotte, l' abolizione sudetta".

[65]) Gleichfalls vom 1. April 1769.

[66]) Berichte Visconti's über seine Audienzen bei der Kaiserin am 16. März und 2. April 1769. Bei Theiner. I. 186. 187.

[67]) Renier. 11. März 1769.

[68]) Theiner. I. 187. 188.

[69]) Nach den Berichten des Cardinals Orsini bei Theiner. I. 204. 205.

[70]) Joseph an Maria Theresia. Rom, 29. März 1769. Ihr Briefwechsel. I. 252.

[71]) Bericht d'Aubeterre's an Choiseul vom 22. März 1769. Bei Theiner. I. 206—208.

[72]) Joseph an Maria Theresia. Rom, 18. März 1769. Ihr Briefwechsel. I. 243—245.

[73]) 29. März. I. 253. 254.

[74]) Berichte des Nuntius Visconti bei Theiner. I. 209—210.

[75]) 26. April 1769.

[76]) An den Grafen Kaunitz. 15. Mai 1769.

[77]) Referat vom 27. Juli 1769.

[78]) Ihr Briefwechsel. I. 273.

[79]) „Da quello stesso Sagro Conclave, che fù dalla Maestà Vostra „Cesarea della rispettabile Sua Presenza onorato, ha voluto l' eterno Pastore, „che la miserabile mia persona esca rivestita del carattere di Suo vicario. „R volgendosi di primo slancio a V. M. con questa lettera di nostra propria „mano, per darle parte di questo inaspettato avvenimento, le rendiamo vivis- „sime grazie della propensione verso di noi, dichiarata per mezzo de' Cardinali „Pozzobonelli, ed Alessandro Albani, e del Suo Ambasciatore Conte di „Kaunitz. Quindi prendiamo in queste nostre prime vicende giusto motivo di „sperare la valida protezzione della cattolica religione, ch' Ella riguarda „come la Eredità più preziosa, lasciatale da' suoi gloriosi Maggiori, e sulla „cui base è inalzato tutto l' edificio della luminosa sua vita. Roma stessa, che „in V. M. ha veduto il Maggiore Sovrano non amare altro corredo che delle „vere, e sode sue virtù, in cui pone la sua maggior grandezza, coi suoi „incessanti eloggj accresce le stesse nostre speranze, ed anche ei lusinga di „risentire il ritorno della rispettabilissima Sua persona in questa capitale, in „cui risuonano le voci del commune giubilo, tutto ch' Ella vi abbia osservato „rigorosamente il carattere d' incognito. Ci tenghiamo per tanto si certo della „valida protezzione, che avrà la cattolica fede, e questa Santa Romana Sede „nel generoso petto di V. M., che ringraziamo Iddio di averci dato per primo „Protettore della Sua chiesa un Prencipe Sovrano, veramente degno di „esserlo, e tale per la Sua Pietà, da potere raccommandarsi egualmente, che al „vigor del Suo braccio, alla efficacia delle Sue orazioni. In quelle, che offriremo

„noi di continuo, e specialmente dal Sagro Altare, al Divino Monarca, avrà „sempre particolar luogo la Sua Augusta Persona, e la Sua Inclita Casa, „afinche sopra di loro, e sopra i Popoli a Loro soggetti, si degni di versare „a larga mano le Sue Celesti Beneficenze, parte delle quali riconosciamo nel „felice sgravio di un secondo-genito nella Sua veramente illustre cognata, „siccome speriamo, che averrà della inoculazione del sempre illustre fratello, „che con tanto piacere vedessimo nel conclave.

„Per quello poi, che sarà in poter nostro, vogliamo, che V. M. si „aspetti sempre quelle maggiori, e più cordiali dimostrazioni del nostro „paterno affetto, che meritano le Sue virtù, e richiede la nostra stima, inco- „minciando a dargliene fra tanto impegno colla Apostolica nostra Benedizione, „siccome intendiamo di benedire gli Augusti fratelli e cognata di V. M. „Datum Romae apud Sanctum Petrum die vigesima Maij anno 1769, Pontifi- „catus Nostri Primo."

[80]) Der Brief des Kaiſers an den Papſt iſt abgedruckt in ſeinem Briefwechſel mit Maria Thereſia. I. 277. 278.

[81]) Maria Thereſia an Lacy. Ganz eigenhändig. Undatirt (Ende Mai 1769). Cab. Arch.

„j'ai fais copier en secret par mon pichler ces deux pieces pour vous „que vous tiendrois secrets; elles me sont venuts par l'Empereur. la reponse „en francois est encore unique et vous en conoiterois l'autheur. vous pouvez „garder ces deux pièces."

[82]) Die nachfolgende, wahrſcheinlich von Brunati verfaßte Charakteriſtik des Papſtes, welche in dem Berichte des Grafen Kaunitz vom 20. Mai 1769 enthalten iſt, wird nicht ohne Intereſſe geleſen werden. Sie lautet: „Ora passando „ad informare l'A. V. della Famiglia, e carattere del nuovo Pontifice, ho „l'onore di rassegnarle essere il medº nato in S. Arcangelo, piccolo paesetto „della diocesi di Rimini, in occasione che suo Padre, nativo di Santo Angelo „in Vado, ebbe colà la condotta di Medico. E assai mediocre la di lui estra- „zione, e di tutti i suoi Parenti, de quali ve ne sono alcuni in Roma, impie- „gati in mercenari mestieri, e fra li altri un sonatore di violino, il quale è „intervenuto a sonare in tutte le mie accademie di musica, e traeva dal Papa, „mentre era Cardinale, sei scudi al mese."

„L'età del nuovo Papa è di 64 anni, ma la sua complessione è delle „più robuste, non solo per natura, ma anche per temperanza, per l'uniformità „e semplicità del vitto, per l'esercizio continuamente praticato, e per la „tranquillità dell'animo. Egli colla sua dottrina, e col suo merito personale è „giunto ai più rilevanti posti della sua religione de Francescani minori conven- „tuali, in cui ha sofferto aspri, e lungi contrasti coi Cardⁱ Albani Annibale, „ed Alessandro Protettori del Collegio di S. Bonaventura, senzi essersi mai „più sinceramente riconcigliati. Avendo in più occasioni manifestato il suo „contragenio al Gesuitismo, fù per opera del Cardinale Spinelli, e del Cardi- „nale Erba promosso alla Porpora. Sul principio del suo Cardinalato fù molto „ben accolto dal defonto Pontefice, ma volendo poscia nelle controversie „teologiche seguite poco dopo tener l'equilibrio fra i due partiti, cadde in

„disgrazia, come suol' avvenire, e in discredito dell' uno, e dell' altro, fù „abbandonato da tutti, disistimato fin dagli stessi suoi promotori, e da propri „frati, fin anche a tacciarlo da Ignorante. E stato Egli però sempre accetto „alla Francia, e principalmente alla Spagna, con render loro importanti servigj „in tutti li affari trattati nelle congregazioni, nelle quali Egli interveniva; „alla morte del Cardinale Galli la Spagna gli affidò la ponenza della causa „del Beato Pallafox, credendo non poter trovar soggetto più idoneo da far „petto ai Gesuiti in un affare di tutto impegno per quel Monarca. Egli si è „sempre mostrato contrario al passato Governo, biasimando la nociva condotta „del Cardinale Torrigiani nelle brighe prese colle Corti Cattoliche, e fu Egli „l' unico, che si oppose all' estrazione del denaro fatta dal tesoro di Sisto V „in occasione di carestia e di altre emergenze. Il suo carattere è variamente „espresso dagli Osservatori. Alcuni lo credono di animo intraprendente, forte „nelle sue risoluzioni, pieno di artifizj frateschi, e portato alla prepotenza. „Altri poi, e questi sono i più, lo riguardano dotato di molta capacità, di „buona mente, e d' indole versatile, di maniere dolci, ed urbane, fecondo di „ripieghi, amante del travaglio, dell' applicazione, della fatica, ed il più adat- „tato nelle presenti circostanze a sostenere nella spinosa crisi il decoro del „sacerdozio, senza urto col Principato."

[83]) Kaunitz an die Kaiserin. Wien, 9. Oct. 1769. „Da der jetzige Pabst, „es sey aus Politik oder aus wahrer guter Gesinnung, alle auch geringste Ge- „legenheiten zu Hilfe nimmt, sich den Höfen und insonderheit E. M. gefällig „zu bezeigen, so hat er den von allerhöchstderoselben verlangten Ablaßbrief für die „hiesige Hofkapelle mit einem eigenhändigen Schreiben an E. M. begleitet. . . ."

[84]) „Depuis que les Papes ont commencé à se soustraire à la dépen- „dance des Empereurs, sous laquelle ils avoient vecu sans hésiter pendant „les sept premiers siècles de la chretienneté, et à s'arroger de l'autorité sur „toutes sortes d'objets étrangers à leur ministère spirituel, il s'est introduit „successivement tant d'abus ruineux à la société dans les Etats Chrétiens, „que les inconvéniens qui en ont résulté, étant devenu intolérables, les „Princes ont été obligés à la fin, non seulement de s'opposer à des attentats „ultérieurs, mais même à revendiquer leurs droits et à tacher de remettre „le clergé dans les justes bornes de ceux de son ministère. Dez que les „Princes l'entreprirent, la guerre s'alluma entre le sacerdoce et l'Empire; le „clergé voulut soutenir ses usurpations, les Princes user des droits insépa- „rables du Pouvoir suprême, et il résulta de ce conflit des dissensions „ouvertes, des guerres sanglantes, des scandales, des schismes, enfin les plus „grands malheurs pour la société et la religion même."

„Depuis lors les Princes eprouvent à chaque pas des difficultés sans „nombre de la part du sacerdoce accoutumé à voir plier aveuglément sous „leur joug tous les Souverains de la Chretienneté pendant plusieurs siècles „d'ignorance, de foiblesse et de superstition."

„Veut-on soutenir et faire observer les loix qui existent au sujet des „acquets de main morte, si contraire à l'équilibre de possession nécessaire au „maintien de la société?"

„Veut-on imposer les biens temporels des Ecclésiastiques, à l'égard „desquels, en droit et en raison, leur condition est égale à celle de tous les „autres sujets et citoyens de l'Etat?"

„Veut-on leur reprendre la part ou l'influence qu'ils ont usurpé ou scu „se procurer dans des tems de foiblesse et d'ignorance, sur des objets de „police ou autres purement civils, ou seulement en redresser les abus, comme „p. e. en mettant de justes bornes à l'influence qu'ils ont scu se procurer „dans la censure des livres, pour empecher qu'ils ne puissent continuer à „proscrire tous ceux qui peuvent éclairer, et favoriser et introduire tous ceux „qui contiennent des doctrines attentatoires à la Puissance souveraine, ainsi „qu'ils ont eu l'adresse de faire dans les siècles passés?"

„Veut-on employer les moyens nécessaires à la diminution du nombre „et des richesses excessives des Ecclesiastiques, ou seulement en arrêter les „progrès pour empecher au moins la ruine totale de la société civile, qui ne „saurait manquer d'en être la suite funeste, s'il n'est pas mis ordre à ces „enormes abus?"

„Veut-on rétablir la discipline et l'ordre parmi les Réguliers?"

„Le Prince en vertu de son droit de Protecteur veut-il mettre ordre à „des abus d'administration ou de mauvais emplois de Biens Ecclesiastiques „ou de fondations pieuses?"

„Veut-on, en diminuant le nombre excessif des fêtes, empêcher que le „Pape ne continue à ordonner à des sujets, qui ne sont pas les siens, de ne „pas travailler pendant . . . de l'année et de se mettre par conséquent dans „le cas de ne pas pouvoir soutenir la concurrence de main d'œuvre et „moyennant cela du prix de leur industrie vis-à-vis de tous les Acatholiques?"

„Veut-on s'opposer à ce que le clergé ne s'arroge le droit de se mêler „des mariages, qu'en tant qu'ils sont un sacrement, mais nullement quant à „tous les effets civils, ainsi que des successions et des testamens, comme il „arrive encore p. e. en Hongrie?"

„Veut-on abolir l'affreux tribunal de l'inquisition ou seulement en „borner et régler le pouvoir?"

„Enfin le Prince entreprend-il d'user des droits attachés à la Puissance „Souveraine sur choses quelconques relatives à des droits pretendus, soit „d'indépendance, soit d'autorité, que successivement s'est arrogé le clergé, „on entend incessamment crier de toutes parts à l'attentat, à l'injustice, à „l'impiété et au sacrilège; quelques étrangers que soient au ministère sacer- „dotal les choses dont il peut être question, on trouve tous les jours le Pape „et le clergé dans son chemin en tout ce qu'on ordonne de juste et de rai- „sonnable, et en tout ce que l'on veut empecher d'injuste et de deraisonnable, „l'aigreur augmente de momens en momens, et quoique dans ce siècle éclairé „il soit moins à craindre que ces dissentions degenereront comme par le „passé dans des guerres ouvertes de religion, il n'en est pas moins à appré- „hender, que si, et même très-promptement, on ne fait cesser une fois pour „toutes ces prétendus doutes et incertitudes sur les limites de la Souveraine „Puissance et l'autorité du clergé, sur lesquels se fondent toutes les disputes „et toutes les contradictions, il s'ensuivra au moins qu'il s'elevera des

„schismes, et que l'on verra peut-être dans peu des Roïaumes et nations entières „se separer totalement du siège de Rome, au plus grand détriment de la „catholicité."

„Ce sont ces considérations qui m'engagent à ne pas différer plus „longtemps de mettre sous les yeux de V. M. les sérieuses réflexions que „j'ai fait sur cette importante matière. Elle les trouvera très-humblement „ci-jointes, et je serai bien recompensé du travail immense qu'il m'a fallu „faire, pour reduire à si peu de chose une question, qui a été traitée jusqu'ici, „sans le succès désiré, dans des milliers de volumes par les plus habiles gens „de l'Europe, s'il a le bonheur de paroitre aux yeux eclairés de V. M. aussi „clair et aussi décisif qu'il paroit aux miens, ce que en chretien et en „citoyen pour le bien de la religion et de l'humanité je souhaite vivement et „avec la plus profonde soumission."

„Expédié le 10 février 1769."

[85]) Referat des Staatskanzlers vom 5. Nov. 1769.

[86]) Vom 2. Aug. 1769.

[87]) Referat vom 7. Oct. 1769.

[88]) Handbillet vom 31. Dez. 1768. A. d. Cult.-M.

[89]) Referate der Hofkanzlei vom 15. Dez. 1769 und 10. Febr. 1770. A. d. Cult.-M.

[90]) Referat vom 30. Mai 1770.

[91]) Referate der Hofkanzlei vom 27. Mai und 24. Juni. Resolutionen der Kaiserin vom 20. Juni. und 5. Sept. 1775. A. d. Cult.-M. Das Patent ist vom 15. Sept. 1775 datirt und im 7. Bande der Gesetzsammlung von Kropatschek, S. 357 abgedruckt.

[92]) Referat des Staatskanzlers vom 8. Juni 1775.

[93]) Referat der Hofkanzlei vom 9. Dez. 1775.

[94]) Referat vom 3. Jänner 1776. Cult.-M.

[95]) Resolution, herabgelangt am 25. Jänner 1776. Cult.-M.

[96]) Maria Theresia nach dem Erbfolgekriege. 56—60.

[97]) Der Vortrag der Hofkanzlei ist vom 19. März, die Resolution der Kaiserin vom 1. Juni 1770 datirt. Sie beginnt mit den Worten: „Es hat in „Ansehung der beyzubehaltenden Feyertägen lediglich bey der bisherigen Ausmessung „sein Verbleiben, und ist nur durch Meine geheime Hof- und Staatskanzley das „Ansuchen an den päbstlichen Stuhl zu machen, daß an denen dispensirten Feyer-„tägen die Schuldigkeit, Meß zu hören, in Meinen gesammten deutsch- und „hungarischen Landen gänzlich aufgehoben werden möge. . . ."

[98]) Mit Referat vom 14. Juli 1770.

[99]) Das Schreiben der Kaiserin ist vom 16. Juli 1770 datirt.

[100]) An Brunati. 23. Juli 1770.

[101]) Brunati. Rom, 8. Juli 1769. „Non posso esprimere all' A. V. la „massima consolazione del S^to Padre nel ricevere la lettera di S. M., avendola

„aperta, baciata, letta e riletta in mia presenza. Rilevò con giubilo l' espres-„sioni della M. S. tanto favorevoli verso la sua Persona, protestando di non „meritare, e temendo di non poter giammai corrispondere alla troppo vantag-„giosa opinione, che S. M. aveva concepita de deboli suoi talenti, ma che egli „bensì tutto confidava nella di lei protezione, usando altre espressione dell' „alta stima e vero ossequio verso la M. S., e concludendo,che a così preziosis-„simi caratteri si trovava in obbligo di dover avanzare i suoi ringraziamenti „di proprio pugno alla Maestà Sua."

[102]) Vom 21. Aug. 1770.

[103]) Brunati. Rom, 10. Nov. 1770.

[104]) Referat vom 26. Nov. 1770.

[105]) Clemens XIV. an Maria Thereſia. 14. Nov. 1770.

[106]) Ganz eigenhändig.

[107]) Referat vom 9. Jänner 1771.

[108]) Reſolution auf das Referat des Staatskanzlers vom 9. März 1771.

[109]) Mit Referat vom 4. Dez. 1771. A. d. Cult.-M.

[110]) Mit Referat vom 21. Dez. 1771. Cult.-M.

[111]) Sie fügte eigenhändig die Worte hinzu „oder öffentliche Schauſpiele" (Kropatſchek VI. 430) und „öffentliche Spaziergänge" (VI. 432).

[112]) Gutachten des Staatskanzlers vom 2. Juli 1770. Beilage zu ſeinem Vortrage an den Kaiſer vom 4. Juli 1770.

[113]) Die Reſolution vom 18. Aug. liegt bei dem Referate des Staats-kanzlers vom 19. Oct. 1770.

[114]) Das Patent vom 17. Oct. 1770 iſt abgedruckt bei Kropatſchek VI. 294—299.

[115]) Brunati an Kaunitz. 26. Dez. 1770.

„La vigilia di Natale ebbi un improvvisa chiamata dal Papa. Mi ci „portai immediatamente; S. S. m' accolse cogli atti della solita sua clemenza „e bontà, dicendomi senza preamboli, che atteso qualche equivoco insorto sù „varj correnti affari colla R. I. Corte, avrebbe desiderato di non servirsi più „del suo Nunzio, ma d' intendersela direttamente con V. A.; che a questo „fine m' avrebbe quanto prima incaricato d' umiliare all' A. V. una sua lettera „in forma di Breve, con cui voleva pregarla d' esserli il suo mediatore „appresso S. M. l'I. R. Apostolica; giacchè, non avendo elli altro più a cuore „che di compiacere inquanto li fosse possibile, l'Augustissima R. Corte, volea „in tutti gli affari aver unicamente la sua fiducia in V. A. . . ."

[116]) Brunati an Kaunitz. 20. Febr. 1771. „Il Papa mi fece chiamare „jeri sera, e mi consegnò l' annessa di lui lettera da ricapitare con tutta la „maggior premura a V. A., incaricandomi di raccomandare efficacemente „all' A. V. l'affare, di cui si tratta nella medesima, mentre la S. S., come si „espresse, riponeva tutta la sua fiducia e confidenza unicamente nella degnis-„sima Persona di V. A. Dopo molti elogj de' superior talenti, e somma „stima, che fà di V. A., passò a parlarmi dell' affare della riduzione delle

„feste. . . .“ Das Schreiben des Papſtes an Kaunitz iſt ebenfalls vom 20. Februar datirt; es muß alſo hierin, oder in der Datirung des Berichtes Brunati's ein Irrthum obwalten.

[117]) Ebenfalls vom 20. Febr. 1771.

[118]) Referat vom 23. Mai 1771.

[119]) „mon etoile n'est pas heureuse. depuis bien des mois je croyez „avoir trouvée le moment de vous ouvrir mon cœur plus qu'oprimée, et recevoir „des vos conseils, dont j'ai tant de besoing. dans le moment le plus interes- „sant nous sommes interompu; j'en suis au desespoir. je tacherois en atten- „dant de profiter, autant que cela est possible, dans ma plus que delicate „situation, de me decider plus sur mon propre sentimens. si je vous avois „plus souvent a porté de me decider, tout iroit, mais abbandonnée a moi „mème, je suis indecise, conoissant mon insufisance et rien qu'un vraie et „bonne volonté, mais qu'on peut troubler aisement, et que l'age, mes cha- „grins rendent chaque jours plus foible. j'ai besoing de vos conseils; je conte „la dessus et vous prie d'oublier toute cette petite contestation.“

[120]) Es iſt ebenfalls vom 23. Mai datirt; ſein Inhalt iſt bei Theiner, II. 12 ganz irrig wiedergegeben.

[121]) Vom 22. Nov. 1771 bei Theiner, II. 13.

[122]) 20. und 29. Febr. 1772. Letzteres bei Theiner, Clementis XIV epistolae et brevia S. 211 abgedruckt unter dem irrigen Datum vom 4. März 1772.

[123]) Theiner. II. 145.

[124]) Referat vom 3. Jänner 1772.

[125]) Gradenigo. 15. Aug. 1772.

„Questa Corte non vuole acquietarsi alle rappresentazioni del Pontefice, „e si vuole assolutamente fatto ad ogni costo il Cardinale, giacchè si è fatto „intendere a questo Mgr Nunzio (per altro con tutta dolcezza), che S. M. l'Impe- „ratore potrebbe devenire alla risoluzione di far ellegere un Patriarca separato „alla testa di tutti li Vescovi dell' Impero.“

[126]) 26. Dez. 1772. „E arrivata la nuova della nomina fatta in Cardi- „nale del Vescovo di Passavia, senza che questa Corte ne risenta una viva „riconoscenza al Pontefice, il quale perde con le proprie lentezze e difficoltà il „merito che egli potrebbe traere, prestandosi con prontezza a quelle cose che „presto o tardi devono già aver luogo.“

[127]) Kaunitz an Albani. 11. Juli 1763.

[128]) Handbillet der Kaiſerin an den Fürſten Kaunitz vom 2. April 1768.

„Mir iſt von Seiten der Böhmiſch-Oeſterreichiſchen Canzley mehrmalen die „Vorſtellung geſchehen, wienach auf das in Böheim beſtehende ſo heilſame Insti- „tutum der Cassa salis von Seiten der Congregationis de propaganda fide „großen Theils ſolche Anweiſungen erlaſſen würden, die der Abſicht des Instituti, „nämlich der Fortpflanz- und Emporbringung der heil. catholiſchen Religion ent- „weder nicht gemäß, oder wenigſtens auf die zu Erreichung dieſes Endzweckes am „meiſten nöthige Beſtreitungen nicht gerichtet wären. Um hierunter die angemeſſene

„Vorsehung für das künftige zu treffen, habe entschlossen, dem päbstlichen Hof die „Erklärung dahin machen zu lassen:

„Ich erkennete in voller Maas die durch Weyland Kayser Ferdinand II. an „den päbstlichen Stuhl übertragene Befugnus, mit den sogenannten Proventibus „Salis zu disponiren und solche anzuweisen. Ich wäre auch weit entfernt, dieser „Befugnus in geringsten zu nahe zu tretten. So wenig jedoch die eigentliche Absicht „des fromen Stifters dem päbstlichen Hofe unbekannt seyn könnte, eben so sehr „fände Ich Mich als eine christliche Königin von Böheim und Schutzfrau der „Religion im Gewissen verbunden, auf die genaueste Erfüllung vorerwehnter „Intention die eifrigste Sorgfalt zu verwenden, folglich dem Juri Supremae Advo„catiae und den hieraus unmittelbar flüssenden schweren Pflichten ein vollkommenes „Genügen zu leisten."

„Die Hauptabsicht der Fundation, und des zu desto gesicherterer Erfüllung „derselben an den päbstlichen Stuhl übertragenen Juris Assignandi sey ad con„firmandam, augendam et conservandam in Regno religionem „gerichtet. Wie diese Absicht am würksamsten und sichersten zu erreichen sey, müsse „natürlicher Weise Mir und dem Erzbischofen zu Prag weit zuverlässiger und „genauer, als der so weit entfernten Congregation de propaganda bekannt seyn. „Die Erfahrung bestättigte diese Wahrheit leyder nur allzusehr, indem Ich seit „verschiedenen Jahren nicht ohne äusserste Befremdung sehen muste, daß von er„nannter Congregation eben diejenigen Verwendungen, die von Mir und dem „Erzbischofen zu Prag für die dringendsten, und zu Erreichung der heil. Absicht der „Fundation nothwendigsten anerkannt und in Vorschlag gebracht wurden, nicht „assigniret, andere aber ganz überflüssige und unnöthige von den zu Rom befind„lichen Procuratoren verschiedener Böheimischen Klöster und Capiteln erschlichen, „folglich derselben ungleiche und nur auf ihr eigenes Interesse abzielende Insinua„tionen eines mehreren Glaubens, als Meine Vorstellungen selbst gewürdiget, ja „seit dem Jahre 1758 nicht einmal der uralten Gewohnheit gemäß über die preces „der Supplicanten die gutächtlichen Berichte des Erzbischofen zu Prag mehr ein„gehollet wurden."

„Ich hätte mich hierwegen schon zu verschiedenen Malen an den päbstlichen „Stuhl gewendet, aber anstatt einer zuversichtlich gehofften Abstellung dieses ordnungs„widrigen Fürgangs immerhin, und noch bey der lezten Assignation pro anno „1766 das grade Gegentheil erfahren müssen, da in solcher die allernothwendigsten „Assignationen bey Seite gelassen, und dafür andere ganz und gar unnöthige „7 Posten mit 14000 f. angewiesen worden wären."

„Da Mein zartes Gewissen und Meine so schuldige als eifrige Vorsorge „für das Beste der Religion keine weitere Nachsicht gegen ein Verfahren gestatteten, „das der eigentlichen Absicht der fromen Stiftung so sehr entgegengesetzt ist, so „wolte Ich Ihro päbstlichen Heiligkeit ein Mittel in Vorschlag bringen, welches „eines Theils die von Weil. Kaiser Ferdinand II. an den päbstlichen Stuhl über„tragenen Gerechtsame nicht im geringsten verletzen, anderen theils aber zugleich „allen Mißbrauch und Gefahr, den Endzweck der Fundation zu verfehlen, gänzlich „hindanhalten würde."

„Dieses Mittel bestünde hierinnen, daß Ich durch den Erzbischofen zu Prag „alljährlich eine Specification derjenigen Rubricken, welche zu Beförderung der

„Religion in dem Königreiche Böheim die dringlichsten und nothwendigsten, worauf „also die Proventus salis vorzüglich zu widmen wären, dergestalt entwerfen lassen „wolte, daß gedachte Specification jederzeit auf drey Rubricken mehr als die würk„liche Anweisung verlanget wird, gestellet, und sodann dem päbstl. Hofe ad eli„gendum, approbandum, disponendum et assignandum eingeschicket werden solte."

„Ich könnte Mir von der natürlichen Gemüths-Billigkeit, erhabenen Ein„sicht, und dem wahrhaft apostolischen Eifer Seiner päbstl. Heiligkeit für das Beste „der Religion nichts anders als alle Willfährigkeit zu Begnehmung dieses auf das „Seelen-Heil Meiner Unterthanen einzig und allein abzielenden Vorschlags ver„sprechen, und da Ich in dieser Hofnung die Auszahlung der pro anno 1766 sub„vel obreptitie erschlichenen Anweisungen annoch hätte zurückhalten lassen, so wolte „Ich für ebengedachtes, wie auch das 1767te Jahr die nach erwehntem Vorschlage „verfaßten Specificationen Sr päbstlichen Heiligkeit zu dem Ende vorlegen, damit „nach solchen von der Congregation de propaganda die gehörige Disposition und „Anweisung getrosen werden möchte. Solte dieser Vorschlag gegen alle zuversichtliche „Hofnung das Schicksal haben, den Beyfall und die Begnehmung Sr päbstl. Heilig„keit nicht zu finden und die Congregation mit Beseitigung der dringlichsten An„weisungen nur ganz überflüssige Posten zu assigniren fortfahren, so könte und „wolte Ich mit weiteren Vorstellungen Sr päbstlichen Heiligkeit nicht mehr be„schwerlich fallen, sondern Ich würde ein anderes ausgiebiges Gegenmittel zu „ergreifen nothgedrungen seyn, und von allen denjenigen Klostern, Capiteln und wem „immer sonst, welche ohne Mein und des Erzbischofen zu Prag Vorwissen durch „einseitige Vorstellungen ihrer Procuratoren zu Rom eine Anweisung erschleichen „werden, die Ich nach den Mir am besten bekannten Nothdürften in Ansehung „der Religion, der Gotteshaüßer und des Cleri für unnöthig und überflüssig an„sehen würde, in instanti das erste Mal die nämliche Summe, das zweytemal das „Duplum und das drittemal das Triplum ex alio titulo abfordern, durch Meinen „königlichen Fiscum unnachsichtlich eintreiben, und hiermit diejenigen Bedürf„nissen, welche von Mir zur Beförderung des Seelen Heils für die nothwendigsten „angesehen, von der Congregation aber übergangen würden, bestreiten lassen."

„In dieser Gleichförmigkeit also wird von Seiten Meiner Hof- und Staats„canzley durch den gewöhnlichen Weeg des Cardinal Albani dem römischen Hof „Meine Gesinnung bekannt zu machen seyn, allermassen auch der Böhm.-Oesterreich. „Canzley untereinstens mitgebe, die ungesaumte Verfassung der Specification pro „annis 1766 et 1767 auf die vorbemelte Art von dem Erzbischofen zu Prag zu „erfordern und Mir zur Einsicht vorzulegen, welche sodann dem päpstlichen Hofe „auch mitzutheilen seyn werden." „Maria Theresia."

[129]) Kaunitz an Albani. 21. April 1768.

[130]) An Albani. 25. Mai 1769.

[131]) An Albani. 1. Febr. 1770.

[132]) Referat vom 15. Juni 1770.

[133]) Referat vom 26. Aug. 1770.

[134]) Vom 11. Sept. 1762.

[135]) Theiner. I. 411.

136) Nicht von Agram, wie Theiner I. 412 irriger Weise anführt.

137) Referat vom 3. Juni 1768.

138) Kaunitz an Albani. 25. Aug. 1768.

139) Handbillet an Kaunitz. 4. Mai 1770.

140) Schreiben der Kaiserin an den Papst. 12. Mai 1770.

141) Referat des Staatskanzlers vom 6. Juli 1770.

142) Referat des Staatskanzlers vom 16. Oct. 1770.

143) Handbillet an Kaunitz. 4. Sept. 1770.

144) Maria Theresia an den Papst. 5. Nov. 1770.

145) Theiner irrt vollständig, wenn er I. 413 behauptet, der Papst habe erst nach geschehener Prüfung der von Maria Theresia übersendeten Verhandlungsacten sich von der Gerechtigkeit der Forderungen der Ruthenen überzeugt und sodann das Begehren der Kaiserin erfüllt. Daß er am 12. November, als er das Breve ausfertigte, das Schreiben der Kaiserin vom 5. (alias 6.) November noch nicht in Händen hatte, wird durch sein späteres Breve vom 24. November 1770 deutlich bewiesen. Der Papst machte sich im Gegentheile ein Verdienst daraus, das Schreiben der Kaiserin gar nicht abgewartet und schon vor dessen Ankunft in ihrem Sinne entschieden zu haben. Referat des Staatskanzlers vom 11. Dez. 1770.

146) Bericht des Nuntius Visconti über seine Audienz bei der Kaiserin am 17. Dez. 1770. Bei Theiner I. 413.

147) Maria Theresia an Clemens XIV. 6. Jänner 1771.

148) Vergl. Fiedler. Beiträge zur Geschichte der Union der Ruthenen in Nordungarn. Sitzungsberichte der kais. Akademie der Wissenschaften. Bd. XXXIX. S. 500.

149) Referat vom 22. Mai 1773.

150) 16. Oct. 1767. Bei Kropatschek. V. 223.

151) 23. Sept. 1768. Bei Kropatschek. V. 376.

152) 26. und 31. Aug. 1771. Kropatschek. VI. 368—374.

153) 31. Aug. 1771. Kropatschek. VI. 374—376.

154) 4. Sept. 1771. Kropatschek. VI. 377—381.

155) 20. März 1772. Kropatschek. VI. 450—453.

156) Z. B. die Instruction der Kaiserin für ihre Tochter Marie Antoinette. Ihr Briefwechsel. S. 6.

157) Brunati. 31. Oct. 1772. „... che senza il concorso di tutti i sovrani „cattolici non verrà mai all' atto della totale abolizione, prevedendo che la „sua bolla non sarebbe accettata in tutti i Regni. Questo sentimento è uni„forme a quello dei più savj di Roma, i quali non prevedono più d' una „notabile riforma d' essa compagnia."

158) König Karl III. an Maria Theresia. 5. März 1773.

„Depuis six années que pour des motifs très-averrés je dûs faire sortir „de tous mes Etats les Jésuites, j'ai toujours désiré que cet ordre ecclésias„tique, qui avoit dégénéré de sa première institution, pût être supprimé par

„une autorité légitime; sa conservation donnoit lieu à un esprit de parti „toujours préjudiciable à l'Eglise et à l'Etat. Le Pape présent, instruit des „maximes actuelles du corps des Jésuites, et plus capable d'en juger que „personne, assuroit à plusieurs reprises qu'il convenoit pour le bien de la „Religion et de l'Eglise de les supprimer. Ce témoignage si respectable et „plus seur qu'aucun autre en fait de ces matières, me confirmoit dans mon „opinion. Les Roi de France, de Naples et de Portugal pensoient de même; „nous desirames de pressentir V. M. dont le suffrage devroit être de la plus „grande conséquence à la Cour de Rome. Quelques démarches faites par nos „ambassadeurs à Vienne, celui de V. M. à Paris, à la suite des mêmes insi-„nuations de notre part, s'expliqua l'année 70 avec le Ministère de France et „avec le Comte de Fuentes, que Sa Cour ne s'opposeroit pas à ce que le „Pape jugera devoir faire quant à l'extinction de la compagnie, pourveu que „le Saint-Père en informe préalablement Sa susdite Cour. Nous communi-„quames au S. Père cette réponse du C. de Mercy. Il paroit que le Pape, „malgré tout cela, a employé depuis beaucoup de tems à examiner l'affaire, „et que, couvaincu de la nécessité et unanimité de la demande, il est déter-„miné à l'exécution. Mais comme il croit qu'elle demande à tous égards „secret, et que V. M. doit être préalablement informée de tout le détail, sur „lequel il espère pourtant que V. M. et l'Empereur ne trouveront rien qui „ne soit raisonnable et utile, le S. Père s'est adressé secrètement à moi pour „que je leur fasse parvenir la minute cy-jointe d'un projet de bref, avant que „de rien statuer. Je me charge volontiers de cette commission pour remplir „les idées du S. Père qui visent à conserver le secret par ce moyen, et à „marquer la déférence que le Pape entend démontrer vers Vos Majestés. „J'espère que leurs réponses seront satisfaisantes pour le S. Père, et qu'elles „concourront à nous tranquilliser touts, notre but étant d'éteindre, moyennant „la suppression de cet ordre, cette division d'opinions et de parti qui troublent „également la Religion et l'Etat.

„Notre fille de Toscane a fait une fausse couche, mais j'ai eu la con-„solation de la savoir bientôt mieux, au point qu'elle comptoit sortir le „lendemain de ses dernières lettres. L'autre de Naples avance heureusement „dans sa grossesse; que Dieu la conserve et V. M. à qui je renouvelle . . ."

159) Vom 27. März bis zum 3. April 1773.

160) Maria Thereſia an den König von Spanien. 4. April 1773.

„J'ai receu par la voye de Mercy la lettre de V. M. du 5 de Mars; „celle-ci lui reviendra par le même canal. V. M. me rappelle ce qu'en 1770 „l'Empereur et moi avons déclaré à Son Ministre Fuentes, et à celui de a „France au sujet des Jésuites. Rien n'étant arrivé depuis, qui auroit pu faire „changer nos sentiments d'alors, non obstant l'estime que j'ai toujours portée „à cette compagnie, qu'elle a mérité par son zèle et bonne conduite dans „mes Païs, nous ne mettrons aucun obstacle à leur suppression, le S. Père „la trouvant juste, convenable et utile pour l'union de notre sainte religion. „Il n'auroit pu mieux choisir que de nous communiquer ses intentions par „V. M., mon attachement et estime étant connus, que j'ai pour votre personne,

„étant charmée de pouvoir lui complaire dans une chose qui lui tient tant à „cœur. Sans vouloir l'arrêter, je dois pourtant lui confier que je ne saurois „accorder au Pape le droit de disposer des Biens et du Personnel de la „société. Nous n'admettrons jamais cette clause, et croyons être en droit de „demander que le Pape nous traite comme cela s'est fait en Espagne, „France etc., et change cet endroit de la bulle en conformité, comptant de „pourvoir à tous les individus qui resteront selon les intentions du Pape „d'Eglise de la société. Mais pour ne pas arrêter la publication de la Bulle, „si le Pape ne trouve pas à propos de la changer selon nos souhaits, nous „serons fachés de ne pouvoir admettre aucune disposition, contenue à cet „égard dans le projet de la Bulle, même si elle sera publiée. Souhaitant „d'épargner au Saint-Père et à nous ce désagrément, j'ai cru devoir entrer „dans ce détail vis-à-vis de V. M. pour pouvoir y remédier, ne souhaitant „que d'être comprise. De meme en ce qui s'est fait chès Elle, nous comptons „n'employer rien qu'au bien de notre sainte Religion et de l'Etat de tous „leurs biens. J'espère que V. M. sera contente de la façon que nous nous „expliquons, ne lui laissant rien à désirer. C'est dans cette confiance que je „Lui demande la continuation de Son amitié, et surtout pour nos chers enfants „de Naples et de Toscane, et, quoiqu'indignes, même pour ceux de Parme à „à son temps. . . ."

[161]) Mercy. 18. Mai 1773.

[162]) Mercy. 16. Juni 1773.

[163]) Kaunitz an Mercy. 1. Juli 1773.

[164]) Mercy. 17. Juli 1773.

[165]) Clemens XIV. an den König von Spanien. 8. Juli 1773.

[166]) Clemens XIV. an Maria Thereſia. Rom, . . . Juli 1773.

„L' ardente desiderio, che il Signore Iddio s' è degnato ispirarci per „la pace, unione e carità christiana, e per il bene della chiesa universale, ci „ha determinato, dopo fervorose orazioni, tempo, e maturo esame, a prendere „in quanto alla compagnia denominata di Gesù la risoluzione, che V. M. „Imperiale ha veduta, e gli fù anticipatamente communicata per mezzo del „nostro carissimo figlio il Rè cattolico delle Spagne. Penetrati dall' amore „veramente paterno, che professiamo alla Imperiale Persona di V. M., a „quella dell' Imperatore suo degnissimo figlio, ed a tutta l' augusta Casa, e „Famiglia di V. M., nel tempo stesso, che amiriamo le sue eroiche virtù, „abbiamo in esse una fiducia senza limiti per promettersi un apoggio, ed una „protezzione efficace, e poderosa, che faccia rispettare le determinazioni della „sede apostolica. E tanto distante il nostro animo dal volere nella più me„noma cosa sminuire, o turbare i Dritti legittimi, e l' autorità de' Sovrani, e „molto meno quella di V. M., quale riguardiamo come una difesa inespugna„bile della Nostra Santa Religione, che anzi crediamo di averne date pruove „fin dal principio del Nostro Pontificato del Nostro rispetto, e dell' esatezza, „con cui desideriamo seguitare sù questo punto l' esempio di Gesù Cristo, di „cui siamo vicario, e le pedate del Principe degli Apostoli, di cui siamo

„successore. Confidiamo, che V. M. I., persuasa dei sentimenti del nostro „cuore, e di quella fiducia che abbiamo nella notoria sua pietà, contribuirà „in tal guisa all' esecuzione delle nostre buone brame, ed intenzioni, che le „case, colleggj e beni della Compagnia saranno impiegati conforme V. M. I. „s' è degnata spiegare al medesimo Rè Cattolico, cioè, in beneficio della „Nostra Santa Religione, e dello Stato, unendo e combinando, come corri„sponde, questi importanti oggetti. Sù questa sicurezza ci siamo astenuti nella „Apostolica Nostra decisione dall' entrare in altra cosa, che nell' insinuare „l' obbligo di seguire li medesimi oggetti, a che ci è parso aggiungere ora, „che in quanto ad essi rispetto ai Dominj di V. M. I. risposiamo intieramente „sulla sua probità, e delicata coscienza, siccome sotto li 30 Marzo del 1772 „nel promovere Monsig^r Gerardi alla chiesa di Gand, fu imposta una pen„sione perpetua di cinque mille fiorini in soccorso delle Parocchie povere del „Brabante, ac in alia opera consimilia da erogarsi dalla di Lei somma Pietà, „accertandola, che per la di Lei prosperità, e quella di tutta la sua augusta „Famiglia continuaremo in nostri preghi all' Onnipotente, dandogli frattanto „con affetto cordialissimo e Paterno la Nostra Apostolica Benedizione."

[167]) Karl III. an Maria Thereſia. Eigenhändig. San Ildefonſo, 13. Aug. 1773. „Dès que je reçus la réponse de V. M. datée du 4 avril relative à l'extinc„tion de l'ordre des Jésuites, je chargeois mon ministre à Rome de représenter „au Saint-Père le seul obstacle que V. M. et l'Empereur trouvoient dans le „Projet du Bref. Je lui ordonnois de s'employer pour le vaincre d'une façon „entièrement satisfaisante. Il y a réussi, comme V. M. reconnaitra par la lettre „que le Pape Lui écrit, et par les exemplaires du Bref que je joins ici, et „que le Saint-Père a désiré de Lui faire parvenir par mon canal, en même „tems que sa lettre. Son intention étoit que je ne dus remettre la lettre, que „lorsque je recevrois le Bref qui m'est parvenu tout à l'heure. Mais ayant „reçu la première le 24 Juillet, et ne voulant pas que V. M. ignorat rien de „tout ce que je savois de cette affaire, je fis passer une copie de cette lettre „au Comte de Mercy, de qui V. M. en aura été informée. J'espère que V. M. „et l'Empereur seront satisfaits, et qu'Elle sera persuadée des sentiments „d'amitié et de l'estime inviolable avec laquelle. . . ."

[168]) Maria Thereſia an den Papſt. 1. Sept. 1773. „La venerata lettera „di V. S. dello scorso mese di Luglio mi è stata in questi giorni rimessa dal „Re Cattolico, e da essa ho riconosciuto con intima compiacenza la fiducia, „ch' Ella ripone nella mia dichiarazione, comunicata dallo stesso Rè alla S. V. „sulla mia adesione alle determinazioni, ch' Ella avesse stimate opportune o „necessarie rispetto alla compagnia denominata di Gesù. Tale mia dichiara„zione fù conforme ai sentimenti dell' animo mio, spiegati a V. S. quattro „anni sono, col rimettere allora alla di Lei saviezza la sorte della compagnia, „sulla certezza, ch' Essa non passerebbe ad alcuna determinazione senza assi„curare il bene della Religione e Santa Chiesa. Ho quindi il piacere di ricon„fermare alla S. V. questi miei sensi, e saranno corrispondenti le misure, che „prenderò in seguito delle di Lei determinazioni, con diriggerne l' esecuzione „appunto al bene della Religione e dello Stato, unendo e combinando, come

„Ella desidera nella venerata sua lettera, questi importanti oggetti. Prego il „Signore, che vi conceda la sua benedizione, e del rimanente piena di ricono„scenza verso V. S. per gli amorosi, e paterni suoi sentimenti a mio riguardo, „sono colla maggiore figliale riverenza . . . .“

169) Maria Thereſia an Neny. Eigenhändig. Im Beſitze eines Nachkommen Neny's, des Hauptmanns Freiherrn von Müller. Neny erhielt jedoch dieſen Brief nicht mehr in Brüſſel, ſondern in Paris, wohin er bereits abgereiſt war, in der Nacht vom 19. auf den 20. September 1773.

„Le sort des Jésuites est décidée aujourd'hui, je les plains bien, mais „il n'y a plus de remede, il faut en tirer le meilleur partis pour notre ste „religion et l'état“ . . . . „je ne saurois vous exprimer combien je suis afferrée „et occupée surtout dans cette malheureuse suppression; jamais je me suis „trouvée si abbandonnée. Kaunitz, blumegen, Krösel, Kolobrat sont absents; „je n'ais que le cardinal et wurm, et vous savez combien ce dernier quadre „peu avec ma façon de penser.“

170) Maria Thereſia an die Gräfin Enzenberg. Eigenhändig. Schönbrunn, 16. Oct. 1773. „pour les jesuites je suis desolée et au desespoir: toute ma vie „je les ais aimée et estimée et ne rien vue que d'edifiant d'eux, mais j'ai „abbandonnée entierement cette direction a une comition dont Krösel le „conseiller d'état est a la tete et d'autres encore. pour vous seule je dirois „que je crains pour eux; on trouve bien des vilainies pour l'argent qu'ils ont „détournée tant aux pais-bas qu'ici et en boeme surtout. les fonds qu'ils ont, „ne sufisent pas pour la moitié de leurs entretiens, et les finances ne peuvent „les prendre sur eux. l'idée de conserver 350 f. pour chaque individue „emploiez, et pour les autres 200 f, ne peut se soutenir. en vendant les remedes „et du vin, la maison de ste anne at gagné 3000 f par mois au detriment des „aubergiste et ciocolate macher, car il le vendoit, aussi des habits meme toute „faite au profess haus. si je pouvois couvrir tout cela, je serois charmée, mais „je crains bien d'autres choses viendrons encore. on parle de 40 millions „envoyez en anglettre, holande, leipzig depuis 1757.“

171) Gradenigo. 22. Aug. 1773.

172) Gradenigo. 4. Sept. 1773.

173) Dieſer Satz, welcher ſich in dem von Binder vorgelegten Entwurfe eines kaiſerlichen Handſchreibens nicht vorfindet, ſcheint auf Antrieb der Kaiſerin in dasſelbe aufgenommen worden zu ſein.

174) Gradenigo. 11. Sept. 1773.

175) Kaunitz an Albani. 12. Sept. 1773. „La soppressione della Com„pagnia in questa città è seguita con buon ordine, decenza e umanità.“

176) Binders Referat vom 13. Sept. 1773.

177) Das Commiſſionsprotokoll vom 30. September 1773 beſpricht „die „jüngſthin in Gratz als auch in Linz unter dem Volke geäußerte Unzufriedenheit „über die Aufhebung des Ordens“.

178) Kaunitz an Albani. 8. Sept. 1773.

179) Hrzan an Kaunitz. Rom, 23. Aug. 1773.

[180]) Am 16. Sept. 1773.

[181]) „l'Emp. veut que je vous envois ces reflexions qu'il m'at remis. „je crois nous devons encore garder le secret aux moins un mois; nos pre„cautions seront inutils; ils avoient deja assez de tems."

[182]) Vortrag des Fürsten Kaunitz vom 8. April 1773.

[183]) Handbillet der Kaiserin an Kreßl. 17. Mai 1773. Cab.-Arch.

[184]) Helfert. Die Gründung der österreichischen Volksschulen unter Maria Theresia. S. 239.

[185]) Diese Correspondenz der Kaiserin mit Greiner wurde veröffentlicht in den Sitzungsberichten der Akademie der Wissenschaften. Band XXX. S. 307—378.

[186]) Als Graf Wrbna am 18. September 1773 die Kaiserin um Anweisung von 3400 Gulden bat, um ein und dreißig Austretenden diesen Equipirungsbeitrag verabfolgen zu können, antwortete Maria Theresia mit eigener Hand: „die 3400 f. seind nicht genug; man soll, wie man in publico meldet, „umb 700.000 f. wein gefunden haben; die wären alsogleich zu verkauffen oder „mit weinhandlern, auch mit dem hoff selbst zu verstehen, sie bald weeg zu bringen, „die grosse ausgaben bestreitten zu können". Fin.-Min.

[187]) Gradenigo. 11. Sept. 1773. „Si pretende che li Gesuiti, i quali risie„dono sparsi per tutti li Stati appartenenti a questa Sovrana, montino al „numero di 5600, e secondo la voce publica si calcola che essi avessero in „tutti quattro millioni di rendita annuale che formarebbero un capitale di „quattro cento millioni di fiorini in circa." Die Angabe Gradenigo's über die Anzahl der Ordensmitglieder in Oesterreich stimmt auch so ziemlich mit der bei Buß, die Gesellschaft Jesu, S. 1297 enthaltenen Liste überein.

[188]) Kreßl's Gutachten vom 24. Febr. 1774 im Cabinetsarchive.

[189]) So wie diese, so befindet sich im Archive des Reichs-Finanzministeriums eine zweite Entscheidung der Kaiserin, letztere auf einen Vortrag des Grafen Leopold Kolowrat vom 7. März 1774. „dem pater novata zu tyrnau", so lauten ihre Worte, „stockblinden jesuiten habe schon in 9bre dopelte pension, nemblich „32 f. resolvirt, also selben es gleich auszahlen zu lassen. zu linz haben die ex„jesuiten nichts als die 100 f. vor ihre kleydung bekommen, nichts monathlich, „welches dan seith octobris, also 6 monath gleich auszuzahlen und künfftig alle „monath die ersten vier tage sollen ausbezahlt werden; mir von allen orthen es „wie die cassa extract vorlegen."

„Graff Kolobrat. er mögte ehesten dises heylsame werck thun, das alle „besoldungen und pensionen inclusive 600 f. monathlich bezahlt werden."

[190]) Protokoll der Sitzung der Hofkanzlei vom 2. Oct. 1773. Die Hofkanzlei berichtet: „Was aber die höheren Schulen betrifft, läßt sich nach der aller„höchsten Gesinnung denen gewesten Jesuiten kein Lehrstuhl der Moral oder „Ethicæ, der Theologiæ, der Historiæ Sacræ und der Metaphisic anvertrauen. „Die Gründe hierzu seind allzubekannt und die Umstände mit dem päpstlichen „Stuhle dermalen allzubedenklich, als daß man nur hieran gedenken sollte".

Die kaiserliche Entschließung beginnt mit den Worten: „Ich begnehmige „das eingerathene Provisorium, doch müssen bey Expedirung an die Länder-

„ſtellen diejenigen Lehrſtühle genau beſtimmt werden, welche den aus der Socie-
„tætt ausgetrettenen Individuis zu benehmen wären, als nemlich in der Philoſophie
„die Logik und Metaphyſik, dann die Ethik, in der Theologie die scholastico-
„dogmatica, die moralis, die Theologia polemica, welche ſo viel möglich mit
„der Historia Ecclesiastica von einem Lehrer dociret werden ſolle; die scriptura
„sacra, die eloquentia sacra, die griechiſch und hebräiſche Sprache, wobey auch
„vorzüglich noch darauf zu ſehen wäre, daß wo etwan außer den Univerſitäten
„noch das Jus canonicum von den Jeſuiten docirt worden, hierzu ebenfalls ein
„anderer Lehrer gewählet würde".

[191]) Archiv des Finanzminiſteriums.

[192]) Kaunitz an Albani. 7. Oct. 1773. „In tutti gli stati di S. M. procede
„la soppressione de' Gesuiti placidamente colla maggior decenza ed umanità."

[193]) Commiſſionsprotokoll vom 30. Sept. 1773. Siebenter Punkt.

[194]) Commiſſionsprotokoll vom 9. Oct. 1773. Erſter Punkt.

[195]) Commiſſionsprotokoll vom 14. Oct. 1773. Cab.-Arch.

[196]) Commiſſionsprotokoll vom 20. Oct. 1773.

[197]) Bericht Kolowrats vom 4. Nov. 1773. Cab.-Arch.

[198]) Commiſſionsprotokoll vom 14. Jänner 1774.

[199]) Das Commiſſionsprotokoll vom 14. Jänner 1774 und die hierauf erlaſſene Antwort der Kaiſerin liegen nur mehr in Abſchrift vor. Daher war es nicht möglich, die eigenthümliche Ortographie der Letzteren mit Genauigkeit wiederzugeben.

[200]) 4. Sept. 1775. Arch. des Fin.-Min.

[201]) Kaunitz an Brunati. 14. Febr. 1774.

[202]) Brunati. Rom, 2. März 1774.

[203]) Vom 17. März 1774.

[204]) An Brunati. 31. März 1774.

[205]) Brunati. 17. April 1774.

[206]) Maria Thereſia an den Papſt. 18. April 1774.

[207]) Clemens XIV. an Maria Thereſia. Rom, 21. Mai 1774. Abgedruckt bei Theiner. Clementis XIV Epistolæ. S. 307.

[208]) Mit Bericht vom 28. Sept. 1774.

[209]) Referat vom 19. Oct. 1774.

[210]) Inſtruction für Migazzi vom 20. Oct. 1774.

[211]) Sie lauteten für Jeden gleichmäßig: „Caro Ambasciatore! Siccome
„io non desidero se non l' elezione d' un veramente degno soggetto per Papa,
„cosi quando il Cardinale . . . vi avrà una speranza prossima, avvertirete i
„Cardinali del mio partito, che nel concorrervi mi faranno cosa grata. Iddio
„vi prosperi. Vienna, 30ª Ottobre 1774".

[212]) Nur ſo wird es ſich erklären laſſen, daß deren dreißig von der Kaiſerin unterſchrieben wurden.

[213]) Beilagen zu dem Referate des Staatskanzlers vom 3. Nov. 1774.

[214]) Am 23. Nov. 1774.

[215]) Referat vom 12. Dez. 1774.

[216]) Migazzi und Corsini an Kaunitz. 2. Dez. 1774.

[217]) Referat vom 20. Dez. 1774.

[218]) Am 28. Dez. 1774.

[219]) Corsini. 24. Dez. 1774.

[220]) „Braschi di Cesena, Stato Pontificio, di anni 57, nel Pontificato di „Clemente XIII quasi dal niente fù elevato alla Carica riguardevole di „Tesoriere, posto Cardinalizio: onde quantunque sia stato fatto Cardinale dal „Papa defonto, pure egli sarà addattissimo al Cardinal Rezzonico, che non „mancarà di considerarlo fra i Cardinali Papabili. I suoi costumi sono esatti, „il suo zelo pel retto, e per gl' interessi della Corte di Roma è eccessivo. Si „aggiunge, che ha maniere dure, e disgustevoli, ineguaglianza di umore, ed „accensioni di fantasia."

[221]) Migazzi an Kaunitz. Rom, 31. Dez. 1774.

[222]) Corsini. 28. Dez. 1774.

[223]) An Corsini. 9. Jänner 1775.

[224]) Kaunitz an Migazzi. 16. Jänner 1775.

[225]) Kaunitz an Migazzi und an Corsini. 23. Jänner. An Migazzi. 30. Jänner und 6. Febr. 1775.

[226]) An Kaunitz. 28. Jänner 1775.

[227]) An Kaunitz. 4. Febr. 1775.

[228]) Kaunitz an Migazzi. 13. Febr. 1775.

[229]) Contarini. 25. Febr. 1775. „La nuova dell' elezione del Pontefice „è giunta in Vienna Mercordi di sera, nell' ora appunto che tutto il mondo „nobile era raccolto alla Corte a cagione di uno di que' grandissimi balli, „che continuano di darsi dalla Imperatrice in questa stagione. Somma però „era la curiosità dell' universale per rillevare li primi passi esercitati dal „nuovo Papa, ma specialmente per indagare come ne venisse accolta la „nuova da questi Sovrani. Ma non ha tardata la Imperatrice di rivogliersi „alli Ministri forastieri cattolici, e con aria molto ilare disse, che dovevamo „tutti consolarsi, che fosse stato eletto il Papa, e caduta la scelta in un „soggetto che unisce in se tutte le difficilissime qualità che si esiggono nel „sommo suo Ministero, e nelle presenti circostanze de' tempi; che si lusin- „gava, che tali fossero li sentimenti anche degl' altri Principi Cattolici, e che „eguale fosse la estimazione che meritava, e ciò tutto per il maggior bene „della nostra Religione."

[230]) Referat des Staatskanzlers vom 29. Dez. 1774.

[231]) Referat des Staatskanzlers vom 25. April 1775. Vergl. Brunner: Die theologische Dienerschaft. S. 22.

[232]) Kaunitz an Maria Thereſia. Eigenhändig.

„Condamné, depuis plus d'un an, par des douleurs rhumatiques repan-„dues dans tout mon corps, à devoir passer dans mon lit presque toute la „matinée, pour r'avoir, tant bien que mal, l'usage de mes membres le reste „de la journée, il m'est impossible de pouvoir intervenir à la respectable „cérémonie du jeudi saint, à laquelle sans cela certainement je ne manquerois „pas. Je me flatte que V. M. en est persuadée, mais comme je sais en meme „tems qu'Elle est bien aise d'être assurée que Ses serviteurs ont rempli ce „devoir sacré de la Religion, je crois pouvoir prendre la liberté de lui „envoyer le certificat très-humblement cy-joint, par lequel Elle verra que j'y „ai satisfait complètement, quoique le billet, apparamment parce que c'est „ainsi l'usage, ne parle que de la confession. Je la supplie d'agréer cette „très-humble attention de ma part, et j'ai l'honneur de me mettre à Ses „pieds."

„Ce jeudi saint 31e mars 1774." „Kaunitz-Rittberg."

[233]) „vous me servez trop bien pour que je puisse douter que vous „n'en faite de meme a notre maitre comuns en faisant vos devoirs avec autant „de fidelité que d'attachement. j'avoue, j'aurois souhaitée pour ma consolation „dans cette grande journée, et pour le public, que votre santé aurois permis „d'y assister comme les autrez annez. je vous sais bon gré de m'avoir envoyé „le billiet, et j'espère, si nous existons encore l'année qui vient, nous nous y „retrouverons."

[234]) Referat des Staatskanzlers vom 29. März 1770.

[235]) Joſeph an Maria Thereſia. Rochefort, 19. Juni 1777. II. 140. 141.

[236]) Joſeph an Maria Thereſia. Juni 1777. II. 141. 142.

[237]) Maria Thereſia an Joſeph. 5. Juli 1777. II. 146. 147.

[238]) Joſeph an Maria Thereſia. Freiburg, 20. Juli 1777. II. 151. 152.

[239]) Maria Thereſia an Joſeph. Juli 1777. II. 157. 158.

[240]) Am 27. Oct. 1777.

[241]) Blümegens Referat vom 15. Oct. 1777. A. d. Cult.-M.

[242]) Kaunitz an Hrzan. 10. Nov. 1777.

[243]) Kaunitz an Hrzan. 29. Jänner 1778.

[244]) Hrzans Berichte vom 8. und 18. Juli 1778.

[245]) Van Swieten an Maria Thereſia. 11. Juli 1764. Dieſer Brief wurde mir mit vielen anderen Aufzeichnungen van Swietens von dem gegenwärtigen Beſitzer Major Freiherrn von Störck bereitwilligſt mitgetheilt. Er iſt abgedruckt bei Fournier, Van Swieten als Cenſor. S. 71. 72. Die eigenhändige Antwort der Kaiſerin lautet:

„je ne saurois aprouver cette conduite double, mais je sais que la cour „de Rome ait fait tout au monde pour le faire suprimer en empire. Le livre „de Kollar fais des tres-grands debats et jusqu'asteur on at put venir a bout „de faire delibrer la moindre chose, voulant toujours avant toute chose satis-„faction de ce qu'il at attaquée toute la nation. je ne voudrois pas qu'on

„continua de donner d'autre livres encore dehors; il y a encore un sur les „droits des églises, et deux curéz d'ici ayant été chez lui, il doit leurs avoir „parlée encore pire contre la nation. envoyez moi deux exemplaires de ces „derniers livres et faite en sorte qu'il n'en sortent plus d'autres sans les „mettre devant nos yeux, car asteur cela at irritée le clergé et les grands."

[246]) Fournier. Van Swieten als Censor. Sitzungsberichte der kais. Akademie der Wissenschaften. Bd. LXXXIV. Separatabdruck. S. 50.

[247]) Abgedruckt bei Fournier. S. 72. 73.

[248]) Fournier. 50. 51.

[249]) Hrzan. 26. Dez. Brunati. 26. und 29. Dez. 1778.

[250]) An Brunati. 18. Jänner 1779.

[251]) Brunati. 30. Jänner, 10., 13., 20., 27. Febr. 1779.

[252]) Referat vom 29. März 1779.

[253]) Maria Theresia und der Hofrath von Greiner. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften. XXX. S. 345.

[254]) Sitzungsberichte. XXX. S. 344.

[255]) Sitzungsberichte. XXX. S. 344.

[256]) Auf deren Vortrag vom 15. Febr. 1777.

[257]) Sie ist nur mehr in einer Abschrift in den Resolutionsbüchern der Hofkanzlei vorhanden.

[258]) Maria Theresia. IV. 117—124.

[259]) „mes espérances pour ma fille sont de beaucoup augmentée ce „matin, quoique nous avonts encore bien à surmonter, son état étant bien „dangereux. j'ai vue encore hier entre midi et 3 heure ce que l'art peut; „van suite avec les remedes qui lui at donnée, la fait revivre. toutes mes „bonnes symptomes qui faisoient mon esperances, étoient tombée; les forces „la voix, la respiration; je la croiois voir entrer à tout moment à l'agonie. „tout cela est revenut, grâce à Dieu." Cab.-Arch.

[260]) Fournier. S. 21.

[261]) Fournier. S. 23.

[262]) Fournier. S. 28—31.

[263]) „grace a dieu que vous est mieux, mais je vous ordonne serieuse- „ment de vous ménager et rester au logis et de vous torloter: vos jours me „sont trop pretieux et tout mon repos en depens et la conservation de toute „la famigle et du bien public." Im Besitze des Majors Baron Störck.

[264]) „je ne saurois assez vous marquer ma reconnoissance de m'in- „former vous même de l'état ou vous vous trouvez. vous conoissez mon cœur, „combien il est capable d'attachement; jugez, combien votre etat m'allarme, „et il n'y a que vous qui pouvez me r'assurer. j'espère en Dieu que votre „santé parfaite reviendra, mais il faut beaucoup de menagement. je vous prie, „ne negligez rien et meme l'application pouroit vous etre nuisible; pensez y „serieusement."

[265]) „voila ma situation journallière. vous est encore heureux, puisque „je reconois ce que vous faite; je n'ais pas cette douce consolation et doit „me sufire à moi-méme; c'est une mince consolation."

„on me mande de vienne que vous avez eut une forte grampe à la „jambe. je vous prie de me marquer la moindre circonstances de votre santé. „tout m'allarme; l'interest que j'en prens est trop juste pour ne le sentir avec „toute la vivacité." Im Beſitze des Majors Baron Störck.

[266]) Abgedruckt bei Fournier. S. 60.

[267]) Note sur la commission de la censure du 3 de novembre 1758. Im Beſitze des Majors Baron Störck. Vergl. Fournier, S. 32.

[268]) Fournier. 33.

[269]) Vergl. Fournier. 40. 41.

[270]) Van Swieten an Maria Thereſia. 10. März 1765. Im Beſitze des Freiherrn von Störck.

[271]) Abgedruckt bei Fournier. S. 43.

[272]) Van Swieten an Maria Thereſia. 10. März 1765. Im Beſitze des Freiherrn von Störck.

[273]) „je n'aime pas dans mon particulier tout ce qui est ironie; cela „ne corrige jamais, mais aigrit et je le tiens contre la charité du prochain „a quoi bon ce perte du tems pour ceux qui ecrivent et lisent? il y tant de „bonnes choses qui nous manquent, sur lesquelles on pouroit et se devroit „appliquer. le voisinage de bavierre m'est suspecte. notre langue n'est pas „susceptible de ces sortes de badineries legères. on pouroit bien se cacher „sous le voile que cela viens de bavierre et continuer les historiettes d'ici „que je ne saurois tolérer."

[274]) Kaunitz an Maria Thereſia. 31. Dez. 1759. Abgedruckt bei Fournier. S. 46.

[275]) Abgedruckt bei Fournier. S. 63. 71.

[276]) Van Swieten an Maria Thereſia. 1. März 1765. Im Beſitze des Baron Störck. „Après ce qui vient d'arriver, je puis pas me charger plus de „cette revision, sans m'exposer à la mauvaise humeur du Statthalter, et tous „les suites que la prudence et la tranquillité dictent d'eviter. Je supplie „V. M. de m'accorder cette demande et de donner cette commission de revoir „les ecrits periodiques à une autre personne."

[277]) „j'atens que vous me proposerois quelqu'un qui pouroit en être „chargé et que vous ne lui refuseroit point votre secours, voulant bien vous „soulager d'une partie de vos travaux."

[278]) Fournier. 57.

[279]) Abgedruckt bei Fournier. S. 59. 60.

[280]) Maria Thereſia. IV. 116—124.

[281]) Gutachten van Swietens vom 14. Aug. 1756. Abgedruckt bei Kink. Geſchichte der kaiſ. Univerſität in Wien. I. 487—489.

[282]) Van Swieten an die Kaiserin. 5. Nov. 1757. Abgedruckt bei Kink. I. 490.

[283]) Abgedruckt bei Kink. Statutenbuch der Universität. S. 567.

[284]) Van Swieten an Maria Theresia. 3. Nov. 1757.

[285]) Kink. I. 490—494.

[286]) Abgedruckt bei Kink. I. 495.

[287]) 26. April 1763. Im Besitze des Freiherrn von Störck.

[288]) „Il est tems que la société soit connue telle qu'elle est et qu'on „empeche le mal qu'elle fait. Les fondations pieuses sont detournez à d'autres „usages, quand ils en ont la direction. Les universités, où ils dominent, „tombent dans le néant. Les ordres de V. M. sont méprisés ouvertement et „impunément, et ceux qui doivent veiller à l'exécution, font rien, ferment les „yeux et sont quites pour une reprimande."

[289]) Note sur les privilèges de l'université et ce qui est passé depuis peu à cet égard. Im Besitze des Freiherrn von Störck. „. . . pendant qu'Elle „l'a tiré de l'estat languissant et presque anéanti où elle estoit, les Ministres „de S. M. tâchent de l'opprimer et de la rendre méprisable."

[290]) „Non obstant de si beaux succès, l'université a esté vexée par „des exactions arbitraires; on prend a tache de l'avilir, on meprise ses privi- „leges. Son unique esperance se fonde sur la protection puissante de S. M. „Alors elle fleurira sub Palladis ægide tuta."

„17. Febr. 1764." „van Swieten."

[291]) „j'ai ordonnée qu'on fasse un decret pour l'université, pas autant „pour ce cas que pour l'avenir. La première capture est nécessaire par la „régence, mais après avoir arrêtée les coupables, il faut les remettre en „24 heures à leurs juges compétents qui doivent repondre qu'ils n'echapent „et que justice soit rendue."

[292]) Am 1. Febr. 1764. A. d. Cult.-M.

[293]) Maria Theresia. IV. S. 118.

[294]) Hecker. Geschichte der neueren Heilkunde. Berlin, 1839. S. 376. Wunderlich, Geschichte der Medicin. Stuttgart, 1859. S. 180—181. Hirschel, Compendium der Geschichte der Medicin. Wien, 1862, S. 279.

[295]) Hecker. 360.

[296]) Hecker. 398. 399.

[297]) Wunderlich. 181—183. Hirschel. 280.

[298]) Wunderlich. 183. 184. Hirschel. 280.

[299]) Wunderlich. 184. 185. Hirschel. 281.

[300]) Einrichtung der medicinischen Facultät zu Wien. Wien, 1785.

[301]) Van Swieten an die Kaiserin. 12. Mai 1765. Im Besitze des Freiherrn von Störck.

[302]) Hecker. 428. 429.

[303]) Hecker. 445. 446.

[304]) Hecker. 450. Oeſterr. Biedermannschronik. 43.

[305]) Vom 26. Juli 1768. Im Beſitze des Freiherrn von Störck.

[306]) „logier vient de recevoir le decret de son congé sans aucune „pension. vous pouvez proposer un autre."

[307]) Der Univerſitätsgarten in Wien. Von Freiherrn von Jacquin. Wien, 1825. S. 17.

[308]) 3. Mai 1760. Im Beſitze des Freiherrn von Störck.

[309]) „outre tant d'autres obligations que je vous ais et le public d'ici, „je vous serai particulièrement obligée, si vous voulez encore mettre en train „cet ouvrage si nécessaire, sans perdre plus de tems. s'il faloit quelque chose „de plus ou du pere frantz, j'ai prevenut jean chotek sur tout cela pour vous „assister; vous n'avez qu'à vous y adresser."

[310]) 15. Juni 1772. „je pers van suite donc je suis inconsolable; il „meurs en philosophe chretien la mort d'un saint, grande consolation pour moi."

[311]) Marie Antoinette an Maria Thereſia. 13. Juni 1772. Ihr Briefwechſel. S. 61.

[312]) So lautet wenigſtens die Angabe des Wiener Diariums vom 20. Juni 1772.

[313]) Marie Antoinette an Maria Thereſia. 17. Juli 1772. S. 62.

[314]) Handbillet der Kaiſerin vom 29. Nov. 1766. Unterr.-Min.

[315]) Biographie der beiden Ritter von Riegger. Von Joſ. Wander von Grünwald, Prag und Wien, 1798. S. 14.

[316]) Reſolution der Kaiſerin über das Referat Choteks vom 1. April 1769. M. d. J. „Ich will den Riegger mit Beylaſſung der vollen 2000 f. des Lehr-„Amts bey der Savoyiſchen academie gänzlich entladen und hat derſelbe lediglich „die direction des Studii juridici in beyden academien beyzubehalten, auch denen „Examinibus et Exercitiis publicis et privatis beyzuwohnen. Er wird demnach „mit dem gedachten Riegger überlegen, und Mir ſodann die Anzeige nebſt dem „Vorſchlag heraufgeben, ob nicht durch zwey der tauglichſten Professorn die von „ihme Riegger bishero beſorgte Cathedræ mit deſſen guter Anleitung beſtritten, „und was denenſelben allenfalls zur Beſtallung ausgeworfen werden möge. Im „übrigen mag er zwar dem erwähnten Riegger von Zeit zu Zeit in wichtigern „Sachen, beſonders ſolchen, die in das Jus Ecclesiasticum einſchlagen, Referenda „zutheilen, doch aber trage Ich der Zeit noch Bedencken, denſelben mit einem „beſtändigen Referat zu beladen und ihm hierdurch die nöthige Zeit zur Voll-„endung der angefangenen, für den Staat ſo nuzlichen Arbeiten, beſonders der „Institutionum Juris ecclesiastici und des corporis Jurisprudentiæ ecclesiasticæ „regni hungariæ zu benehmen. Nach deren anhofenden baldigen Zuſtandbringung „werde Ich jedoch keinen Anſtand nehmen, demſelben auch in Anſehung dieſes „ſeines dienſteifrigen Begehrens zu willfahren."

[317]) Vortrag vom 2. Jänner 1777. Unterr.-Min.

[318]) Vortrag Choteks vom 1. April 1769. M. d. J.

[319]) Grünwald, Biographie der beiden Riegger. 1798. Rieggeriana. Wien, 1792.

[320]) Oesterr. Biedermannschronik. 51—53. De Luca, Das gelehrte Oesterreich. I. 113—119. Ueber den Verfasser dieses letzteren Buches, den Professor Ignaz de Luca mag bemerkt werden, daß er bei der Kaiserin durchaus nicht in Gnaden stand. Im Jahre 1780 befahl sie plötzlich seine Versetzung von Linz nach Graz, wogegen der Professor Buresch von Greiffenbach aus der letzteren Stadt nach Linz gehen sollte. Die Hofkanzlei erhob hiegegen mit Bericht vom 19. August 1780 berechtigte Einwendung, weil Buresch als hochverdienter Mann unmöglich um des Fehlers eines Anderen willen gestraft werden könne. Sie schlug vor, de Luca mit dem unverheirateten Professor Wüstenfeld in Innsbruck zu verwechseln, wodurch Letzterem kein Unrecht zugefügt, de Luca aber gleichwohl von Linz entfernt würde. Maria Theresia genehmigte diesen Antrag mit den eigenhändig niedergeschriebenen Worten: „placet; correth aber wohl anzubefehlen, auff dem de luca „wohl acht zu haben, das er nicht neüe unordnungen alda verursache; bey erster „gelegenheit es alsogleich hieher berichten". Unterr.-Min.

[321]) De Luca, Das gelehrte Oesterreich. II. 37.

[322]) Decret vom 11. Nov. 1774. Cult.-M.

[323]) Nach Rautenstrauchs Tode schrieb Gottfried van Swieten am 20. October 1785 über ihn an Kaiser Joseph II:

„Wenn man auf alles dasjenige zurücksieht, was der selige Abt von Braunau „geleistet hat, wenn man den Blick auf dasjenige richtet, was seine Kenntnisse, „sein aufgeklärter Eifer noch erwarten ließen, dann erkennt man wohl den Verlust, „welchen der Staat durch den Tod dieses Mannes erleidet. In vollem Maaße „aber erkennt man diesen Verlust erst dann, wenn man auf die Ersetzung bedacht „sein soll. Ohne seine gründliche Gelehrsamkeit und unermüdete Verwendung zu „erwähnen, zeichneten ihn vorzüglich aus: richtiger Verstand, gesunde Beurtheilung, „bescheidene, von Vorurtheil und Parteigeist freie Denkungs- und Menschen-„kenntniß." Unterr.-Min.

[324]) Sonnenfels in dem Bruchstücke seiner Selbstbiographie. Abgedruckt bei de Luca. II. 144—170.

[325]) Wahlberg, Die Reform der Rechtslehre an der Wiener Hochschule seit deren Umwandlung zu einer Staatsanstalt. S. 38. 39.

[326]) Maria Theresia. IV. S. 33.

[327]) Hock, Der österreichische Staatsrath. S. 43.

[328]) Handbillet an Hatzfeldt, von Kaunitz vorgelegt mit Referat vom 26. Febr. 1773.

[329]) Harrasowsky, Geschichte der Codification des österreichischen Civilrechtes. Wien, 1868. S. 40—42.

[330]) Vom 22. Nov. 1752. A. d. Ob. Gerichtsh.

[331]) Auf einen Bericht des Präsidenten der Obersten Justizstelle, Grafen Rudolph Korzensky, vom 3. Nov. 1754. A. d. Ob. Gerichtsh.

[332]) A. d. Ob. Gerichtsh.

333) Johann Leonhard von Pelser und Johann Georg Haan, Hofräthe am Obersten Gerichtshofe.

334) Karl Maria Graf Saurau und Johann Hüttner, Hofräthe am Obersten Gerichtshofe.

335) Graf Raimund Vilana-Perlas, geheimer Rath und Assessor am Obersten Gerichtshofe.

336) Dismas von Hoffer und Franz Anton von Nell, Hofräthe am Obersten Gerichtshofe.

337) Joseph Ferdinand Holger, Hofrath am Obersten Gerichtshofe.

338) Berichte der Obersten Justizstelle vom 1. März und 18. Jänner 1766. A. d. Ob. Gerichtsh.

339) Resolution auf den Bericht vom 13. Jänner 1767. A. d. Ob. Gerichtsh.

340) Franz Joseph von Heinke, Hofrath bei der Hofkanzlei. Er scheint jedoch bei derselben auch fortan geblieben und niemals wirklich zur Obersten Justizstelle versetzt worden zu sein.

341) Domin. S. 80.

342) Hock, Der österreichische Staatsrath. S. 42. 43.

343) Handbillet an Andlern. 27. Nov. 1762. A. d. Fin.-M.

344) Vortrag des Grafen Chotek vom 13. Juni 1767, bei Feil, Sonnenfels und Maria Theresia. S. 13. 14.

345) Vom 26. Juli 1767. Bei Feil. S. 14.

346) Bei Feil. 15.

347) Resolution vom 17. Nov. 1767. Bei Feil. S. 16.

348) Resolution vom 17. Nov. 1767. Bei Feil. S. 20.

349) Abgedruckt bei de Luca. II. 144—170.

350) 26. März 1769. Abgedruckt bei Kropatschek. IV. 415. 3. Nov. 1770. VI. 303.

351) 15. Juli 1769. V. 441.

352) 19. Aug. 1769. V. 443.

353) Handbillet vom 22. Juli und Resolution vom 13. Aug. 1769. Feil. S. 20. 21.

354) Abgedruckt bei Feil. S. 21. 22.

355) Feil. S. 22. 23.

356) Abgedruckt bei Feil. S. 24—33.

357) Grundsätze der Polizey. Dritte Auflage I. §. 349.

358) Martini, De jure civitatis. §. 156.

359) Martini, De jure civitatis. §. 158.

360) „Der Befund der medicinischen Facultæt bewegt Mich, diese Inter-„calar-Tortur gänzlich aufzuheben; ohne neüe Kundmachung jedoch muß diese „Abänderung lediglich den Ober-Gerichten zu ihrem Verhalt bedeutet werden."

„Maria Theresia."

[361]) „Die mehreren Anstände, die wegen der Tortur noch immer gereget „werden, erfordern allerdings diesen für den Staat so wichtigen Gegenstand einer „weitern Betrachtung noch zu unterziehen, damit Ich in Ansehung dieser Criminal-„Ausmessung fortan Mich beruhiget finden möge."

„Es ist daher von den Landesstellen in Böhmen und Mähren, dem J. Ö. „Gubernium und der hiesigen Regierung das Gutachten abzufordern, ob nicht „allenfalls die Tortur gänzlich aufzuheben, oder auf was für Species delicti sie „etwa zu beschränken, und was für anderweite Vorsehung in solchem Fall anzu-„ordnen und zu substituiren wäre?"

„Nach eingelangten Gutachten wird die Obriste Justizstelle auch ihres Orts „diese Deliberation vornehmen und Mir den Befund der Länder-Stellen mit „ihrer Gutmeinung vorlegen." „Maria Theresia."

[362]) Protokoll vom 23. September 1775. Just.-Min. „Præsentes: Graf Sinzendorff, von Hittner, von Pelser sen. Secr. von Hackher."

„Dem n. ö. Reg. Rath v. Sonnenfels wird erinneret, es seye das von „ihme bey Reg. über die Tortur geführte Votum separatum fast von Worth zu „Worth, wie er selbes bey Reg. schriftlich gegeben, zu ziech (Zürich?) gedruckt zur „censur gekommen. Ihre May. hätten dieses sehr befremdet und zu wissen ver-„langet, wie dieses geschehen seye. Er v. Sonnenfels solle also sagen, was ihme „von der Sache bekannt seye?"

„R.: er habe es nicht in Druck legen lassen; zum beweiß dessen dienete die „Vorrede, und daß das votum selbst ein und anderer orthen ganz unverständlich „seye, welches dadurch geschehen, daß jenes, was er in seinem schrifftlichen voto „als marginalien gesetzt, bei dem gedruckten in den context eingemischet worden, „wovon ein beyspiel pag. 22 zu ersehen wäre. Es seye auch wider seinen willen „in druck geleget worden; eben dahero habe er gleich bey Empfang des Schreibens, „mitelst welchen ihme die Exemplarien zugeschicket worden, Ihro M. sich zu Füssen „geworfen und vorgestellt, daß er daran keinen Theil habe. Ferners seye ihme sehr „unlieb, daß dieses sein votum in druck erschienen. es seye ihme fast ein gleiches „mit den Klozischen Briefen begegnet; er empfinde auch sehr schmerzlich, daß Ihro „M. jezo, weiß nicht auf welche Vorstellung die Sache ungnädig nehmeten, als „welches er über seine gleich bey empfang mündlich gethane Vorstellung nicht mehr „erwartet hätte. Er wisse auch nicht, wer es zum Druck beförderet habe, und „die Vorrede seye so grammaticalisch geschrieben, daß er dessen Verfasser nicht „errathen könne. Uebrigens seye wahr, daß der Druck seinem schrifftlichen voto „bis auf einige Kleinigkeiten gleichlautend seye, und daß er verschiedenen Per-„sohnen auf Verlangen sein schriftliches votum zu lesen gegeben, und einige das-„selbe längere Zeit bey sich behalten haben; bey dieser Gelegenheit müsse jemand „eine Abschrift davon genohmen haben. Endlich aber seye die Frage von der Tortur „eine quæstio juris, welche auf allen Kanzeln ventiliret wurde und wovon er „selbst ehemahlens als Professor die eben in seinem voto enthaltene general „grundsätze behandlet hätte. Er habe also sein votum gutten Freunden lesen zu „lassen um so minder bedencklich gefunden, weilen er selbes blos als eine theore-„tische Ausarbeithung, keineswegs aber als ein secretum consilii betrachtet. Wenn „er es als ein secretum consilii angesehen hätte, würde er es, so wie er andere

„Raths-Geheimnussen zu verschweigen gewohnt ist, verwahret haben. Am aller „mindesten aber habe er vorgesehen, daß jemand von seinem voto eine Abschrift „nehmen und diesen ganz unerwartheten Mißbrauch davon machen würde. End„lichen aber, gleichwie er nicht sein eigener Richter seyn könte, so wolle er auch „nunmehro nicht behaupten, daß er hierinfalls recht gethan habe. Betreffend aber „den seinem voto beygedruckten Anhang, so seye dieser schon vor einer zeit in „dem journal enciclop. in Vorschein gekommen, habe auch nicht ursach gehabt, „davon ein Geheimnuß zu machen. Zu deme komme die Frage von der Tortur „in seinem lehrbuch vor; er habe also diese Stelle, wenn er darauf gekommen, „nicht gänzlich übergehen können, sondern gemeldet, daß ihme davon zu schweigen „aufgetragen worden seye. Bey eben dieser Gelegenheit habe er im Collegio „erinnert, wie er bey Ihro Maj. sich verantworthet habe, und daß seine Verant„worthung in Gnaden aufgenohmen worden seye. Schlüßlichen hat er sich frey„müthig erbotten, das ihme von dem Verleger Heydegger zugekommene Schreiben „auszuhändigen."

„Bey der hierüber abgehaltenen Deliberation hat man erwogen, daß die „von dem v. Sonnenfels beschehene Mittheilung seines voti nicht aus übler „Absicht, wohl aber aus Uebereilung und Ruhmsucht herzurühren scheine. Ferners „daß kein indicium vorhanden seye, mitelst welchen jener, der den druck veran„lasset, entdecket werden könnte."

„Conclusum: Ihro May. nebst Vorstellung dessen einzurathen, daß dem „v. Sonnenfels ein Decret von hieraus zugefertiget werden könte folgenden In„halts: Ihro May. hätten mißfällig vernohmen, daß das von ihme über die „Tortur bey Reg. abgelegte, seiner eigenen Geständnus mehreren Personen mit „getheilte votum separatum in Druck erschienen; wolten zwar die von ihme „beschehene Mittheilung vor diesesmahl bloß als ein übereilt- und ruhmsichtiges „betragen ansehen; jedoch hätte derselbe die secreta consilii in hinkunft besser zu „verwahren, und bey schärfferer Anthung sich zu enthalten, sein votum anderen „lesen zu lassen."

363) Decret an Sonnenfels vom 9. Oct. 1775. Just.-M.

364) Protokoll der Sitzung vom 2. Dez. 1775. Beilage des Vortrages des Staatskanzlers vom 31. Dez. 1775.

365) Hock, Der österreichische Staatsrath. 42—47.

366) Hock. S. 304—323.

367) Handbillet vom 21. März 1774. Unterr.-Min.

368) Resolution über das Referat vom 29. Dez. 1775. Unterr.-Min.

369) Kink. I. 496.

370) Decrete vom 22. Aug. und 11. Sept. 1778. Bei Kink. II. 586.

371) Diese Vorstellung der Universität ist abgedruckt bei Kink. I. 2. 281—286.

372) Eigenhändige Resolution auf die Vorstellung des Erzbischofs, welche Blümegen der Kaiserin mit seinem Referate vom 13. Nov. 1778 neuerdings vorgelegt hatte. An Blümegen schrieb sie gleichfalls eigenhändig: „er wird ersehen, „was auff des cardinals note resolvirt, die er ihme zuschicken wird, und das

„diploma auffsetzen, ihme eher noch zu comuniciren." Unterr. Min. Die Formula pro Acatholicis observanda ist abgedruckt bei Kink. II. 587.

[373]) Herabgelangt am 6. Aug. 1773. Unterr.-Min.

[374]) Finanz-Ministerium.

[375]) Leithe, Die k. k. Universitätsbibliothek in Wien. 1877.

[376]) Referat der Studienhofcommission vom 14. Nov. 1780. Unterr.-Min.

[377]) Handbillet an Leopold Kolowrat. 10. Febr. 1774. Finanz-A.

„Ich bewillige dem Franz Eckel, Mitgliede des aufgelösten Jesuiten-Ordens, „statt der monath. 16 eine Pension von jährlich dreyhundert Gulden, welche Ihm „die Cammer anzuweisen haben wird, und habe zugleich beschlossen, die der Uni-„versität zugehörige Münz-Sammlung, weil sie verschiedenes enthält, das zu „mehrerer Zierde des Kais. Kabinetes genüzet werden könte, in dieses übersezen „zu lassen, daher auch das nöthige zu veranlassen seyn wird, so wie Ich unter-„einstens Meinen Obersten Hofmeister den Auftrag diesfalls mache."

„Maria Theresia."

[378]) Bergmann, Pflege der Numismatik in Oesterreich im achtzehnten Jahrhundert. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften. 1857. XXIV. S. 303—364. Kenner, J. H. v. Eckhel. Wien, 1871.

[379]) De Luca. I. 176—194.

[380]) Kreßls Vortrag vom 4. Mai 1774. Unterr.-Min.

[381]) Commissionsprotokoll vom 10. Nov. 1773.

[382]) Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften. XXX. 350.

[383]) Kelle, Die Jesuitengymnasien in Oesterreich. Prag, 1873. Ebner, Beleuchtung der Schrift des Herrn Dr. J. Kelle: Die Jesuitengymnasien. Linz, 1874, worauf Dr. Kelle unter dem früheren Titel seines Werkes im Jahre 1876 sowohl in Sybels historischer Zeitschrift, XXXV, 230—345, als selbstständig eine Gegenschrift herausgab. Hierauf bezieht sich auch das ältere Buch des Exjesuiten Ignaz Cornova: Die Jesuiten als Gymnasiallehrer. Prag, 1804.

[384]) Kelle. 79. 80.

[385]) Kelle. 80—82.

[386]) Resolution der Kaiserin auf das Referat des Staatskanzlers vom 3. Febr. 1764.

[387]) Johann Franz Michael von Kienmayer, Hofrath und Kanzleidirector beim Obersthofmarschallamte, hatte kraft dieser Stellung die Schuldensache der orientalischen Akademie und des P. Franz zu ordnen.

[388]) Resolution auf den Vortrag des Staatskanzlers vom 8. Oct. 1769. Abgedruckt bei Helfert: Die Gründung der österreichischen Volksschule. S. 194.

[389]) Helfert. 194. 195.

[390]) Vom 14. April 1775.

[391]) Helfert. 196—214.

[392]) Helfert. 233.

393) Helfert. 234. Unter dem „secretario“ ist ohne Zweifel der Hofsecretär in der Staatskanzlei, Johann Melchior Birkenstock zu verstehen, der nach dem außerösterreichischen Deutschland abgesendet worden war, um die dortigen Universitätseinrichtungen zu studiren und Männer ausfindig zu machen, welche zur Uebernahme von Lehrkanzeln und zur Verbesserung des Unterrichtswesens nach Oesterreich berufen werden könnten.

394) Helfert. 234.

395) Helfert. 237—241.

396) Helfert. 250. 251.

397) Helfert. 286.

398) Helfert. 297.

399) Helfert. 302. 303. Vergleiche hierüber auch die interessante Abhandlung in der Deutschen Vierteljahrschrift. 3. Heft. 1855. S. 63—108. Beiträge zur Geschichte des österreichischen Unterrichtswesens. S. 65—83.

400) Am 11. Oct. 1775.

401) „Ich finde nicht für gut einen von den beeden von der Studien-Com-„mission Mir vorgelegten Entwürfen des Martini und Kollar über die künftige „Einrichtung der unteren Lateinischen Schulen in Meinen Erblanden einzuführen.“

„Ich habe dahero den nebenfindigen — der practischen Ausübung mehr „angemessenen Plan von dem P. Gratiano, Rectore in der Savoyischen Academie „verfassen lassen, welchen ich hiemit in allen seinen Haupt-Grundsätzen vollständig „begnehmige, somit auch die Lehrer künftighin in denen drey ersten Schulen, wie „es der Entwurf mit sich bringet, nach denen Classen dergestalten angestellt wissen „will, daß Sie mit ihren Schülern fortrücken und nach vollendeter Grammatischer „Bahne wiederum von vorne anfangen, jene der zwey letztern Schulen aber oder „der humanität, da die Wichtigkeit der Gegenstände in diesen beeden Classen „schon eine besondere Verwendung erfordert, unverändert verbleiben sollen.“

„Der P. Gratian ist dahero dahin anzuweisen, daß er in Gemäßheit dieses „in allen Haupt-Grundsätzen von Mir begnehmigten Entwurfs dessen vollstän-„digere Ausarbeitung sogleich und dergestalten unternehme, auf daß mit der nach „seinem Vorschlag einzuführenden neuen Einrichtung in dem nächst eintrettenden „Schul-Jahr mit der ersten Class der Anfang unfehlbar gemachet, folglich hierzu „das behörige in der rechten Zeit vorbereittet, und in dieser Art nach und nach „bis zur Zustandebringung der ganzen Verbesserung fortgefahren werden möge.“

„Um solches mit der erforderlichen Ordnung und ferneren Verläßlichkeit „in der Ausübung bewürken zu können, benenne Ich den P. Gratian zum perpe-„tuirlichen Assessor der Studien-Hof-Commission, allwo ihme das Departement „in betref deren Gymnasien zum ordentlichen Referat zu übergeben ist. Bey „besagter Commission wird derselbe all dasjenige vorzutragen haben, was er zur „Anwendung und Ausübung seines in den Haupt-Grundsäzen durch Meine „Approbation schon ausser Anstand gesetzten Plans ferner an Handen zu geben „vermeinet, und die noch vollständigere Ausarbeitung betrifft, worüber Mir sodann „die Studien-Commission die abfassende Conclusa mittels der gewöhnlichen Proto-„collen vorzulegen hat. Da nun der P. Gratian zu dieser unternehmenden

„Ausarbeitung die ältere und neuere Schulbücher, oder allenfalls anderweite Er-
„forderniſſen nothwendig haben dörfte, ſo iſt von demſelben hierüber die Aeuße-
„rung anzuverlangen, und alles erforderliche ihme alſogleich zu verſchafen.

„Im übrigen ſind demſelben nachſtehende Erinnerungen, die als Beyſäze
„zu noch mehrerer Verbeßerung ſeines Plans allerdings andienen mögen, zu dem
„Ende insbeſondere mitzutheilen, damit er ſich bey der vollſtändigen Ausarbeitung
„darnach benehmen möge, und zwar:

„1° Hat er wegen Verbindung deren Normal- mit denen lateiniſchen
„Schulen, und wegen Uebertrettung aus denen erſteren in die letztere annoch eine
„bündige Vorſehung an Handen zu laſſen, maſſen die Abſicht dahin gehet, denen
„Jünglingen fürohin nicht den willkürlichen Eintritt in die Gymnasia zu geſtatten,
„ſondern die diesfällige Auswahl unter der Aufſicht der Schul-Direction und
„eines Ausſchuß der Lehrer zu trefen, auch dabey auf die von denen Candidaten
„erworbene Känntniße in den deutſchen Schulen ihre Fähigkeiten und Anlage an
„Geiſt und Körper, dann auf die Vermögens-Umſtände, Unterſtüzung oder Mitteln
„zur Fortſezung der Studien das Augenmerk zu richten."

„2° Da denen Schülern zu ihrem weitern Fortkommen in der Welt die
„deutſche Sprache und eine in ſolcher ächte Schreib-Art gemeiniglich eben ſo noth-
„wendig als die lateiniſche iſt, ſo hat er ſeinem Entwurf beyzuſetzen und die
„Lehrer dahin anzuweiſen, daß ſie ihre Jünglinge nicht nur zu einer guten leß-
„baren und correcten Handſchrift, ſondern auch wenigſt in den zwey leztern
„Classen zur Verfaßung deutſcher Aufſäzen in einer klaren, kurzen und nicht ganz
„gemeinen Schreibart durch öftere ſchriftliche Uebungen fleißig anhalten und
„darmit dieſelbe befähigen ſollen, nicht nur ihre eigene, ſondern auch fremde
„Gedanken geſchikt zu Papier zu bringen."

„3° Iſt dem Verzeichniß jener Gegenſtänden, die allgemein auf allen Gym-
„nasiis gelehret werden ſollen, die Hiſtorie Meines Erzhauſes beyzuſezen und nach
„denen Classen einzutheilen."

„4° Iſt in einem jeden Gymnasio die particular Geſchichte desjenigen
„Landes, in welchem das Gymnasium ſich befindet, zu lehren, um denen Schülern
„einen ächten Unterricht in der Hiſtorie ihres Vaterlandes zu geben, und endlichen

„5° Hätte er ſeine Gedanken über die tägliche und wochentliche Uebungen
„in den Schulen, über die feyerliche Prüfungen, Praemien, Attestaten, Ferien,
„Aufnahme in die höhere Classen, Disciplin und andere derley zur Schul-Ein-
„richtung gehörigen Nebendinge annoch zu eroefnen." „Maria Thereſia."

[402]) Sitzungsberichte der Akademie der Wiſſenſchaften. XXX. S. 354.

[403]) Unterr.-Min.

[404]) Nicolai, Reiſen. IV. 791.

[405]) Helfert. 196—198.

[406]) Helfert. 260—262.

[407]) Helfert. 251.

[408]) Helfert. 255.

[409]) Helfert. 232.

[410]) Abgedruckt in der Correspondenz der Kaiserin mit Greiner, S. 357, jedoch mit der irrigen Jahreszahl 1777, während nach der Vermuthung Helferts wohl 1774 die richtige ist. Auch in der sonstigen Auslegung dieser Zeilen stimme ich der Erklärung Helferts, S. 313 und 314, vollständig bei.

[411]) Helfert. 308–314.

[412]) Das Patent vom 6. Dezember 1774, welches die Schulordnung für die deutschen Normal-, Haupt- und Trivialschulen enthält, ist abgedruckt bei Kropatschek. VII. 116–137.

[413]) Helfert. 383—413.

[414]) Helfert. 561.

[415]) Helfert. 563.

[416]) Helfert. 515. 516.

[417]) Maria Theresia und Greiner. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften. XXX. S. 356. 357.

[418]) Helfert. 582.

[419]) Helfert. 603. 604.

[420]) Helfert. 604. 605.

[421]) Wilhelm Bauer, früher erster Lehrer und dann Director der Normalschule bei St. Anna.

[422]) Wilhelm Anton Gall, früher Katechet an der Normalschule zu St. Anna, im Jahre 1788 zum Bischofe von Linz ernannt, wo er 1807 starb.

[423]) Maria Theresia und Greiner. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften. XXX. S. 364.

[424]) Helfert. 611. 612.

[425]) Maria Theresia und Joseph. Ihr Briefwechsel. III. 349.

[426]) Vergleiche hierüber den interessanten Aufsatz von J. Feil in dem Jahrbuche für vaterländische Geschichte. Wien, 1861. S. 321—407.

[427]) Feil. 366. 367.

[428]) Kink. 510.

[429]) Feil. 374.

[430]) Abgedruckt bei Feil. 382.

[431]) Abgedruckt bei Feil. 385.

[432]) H. M. Richter, Geistesströmungen. Berlin, 1875. S. 194. 199.

[433]) Richter, Geistesströmungen. 214.

[434]) Richter. 142.

[435]) Richter. 145.

[436]) Wlassak, Chronik des Hofburgtheaters. Wien, 1876. S. 2—12.

[437]) Aufzeichnung des Kaisers Joseph. Von dem Fürsten Kaunitz eigenhändig mit Bleistift copirt.

„Pour les spectacles je ne puis que réitérer que je crois de toute „façon glorieux et convenable de dire: Que l'Etat les regardant comme des

„vétilles et les Souverains n'en faisant pas fête et ne les fréquentant que „comme un pis-aller, que l'on ne contribuera en aucune façon que par les „théâtres et agrémens déjà accordés aux entrepreneurs, joints aux obligations „qui y sont attachées, à tout spectacle qui subsistera dans cette capitale, „laissant aux entrepreneurs, à la noblesse et aux amateurs la pleine liberté „de tenir spectacle quelconque qui soit dans les bornes de la bonne police, „sans faire d'exception depuis Polichinel jusque aux pièces dramatiques des „Grecs, et la liberté de la langue comme de la musique, et qu'il sera égal „que Vestris se présente ou qu'un Marano? saute."

„Enfin, aucune gène; que la Police et les conditions qu'ont à cette heure „pour bien des bagatelles les entrepreneurs avec aucune rétribution quel- „conque, en acquit, ni privileges portant prejudice a quelque autre arrange- „ment, on gagne paix."

Maria Thereſia ſandte dieſes Billet ihres Sohnes dem Fürſten Kaunitz mit folgenden eigenhändig geſchriebenen Zeilen:

„vous me r'enverois tout de suite ce billiet; c'est une reponse a ma „demande pour le spectacle françois."

438) „je suis extremement combattu sur l'affaire du theatre; vous seul „pouvez m'en tirer. faite moi un article comme vous m'avez dit avant hier; „que l'octroi soit nulle, s'il ne tient toute la decence dans le spectacle et dans „les personnes y attachée, desquelles il doit me repondre. il y a encore un „autre point que vous seul pouvez me lever: c'est que vous me r'assurée de „ne point frequenter aucune de ces femmes et filles, de n'en voir jamais „chez eux."

„je suis sure de vous, mais cet exemple anime les autres, qui ne sont „pas si honet que vous. j'exige ce sacrifice de vous pour ma tranquilité et „que affliggio ne paroisse jamais comme directeur et n'aproche jamais l'Emp. „alors en tremblant je souscris au contract. . ."

439) „pour vous seule. on m'at montrée votre papier hier soir. on at „donnée une reponse ce matin que je n'ais pas vue; qu'on m'at dit de vous „charger de finir avec equité et agrement avec affliggio. tout ce qui en „arrivera, je ne voudrois pas que vous soyez a la tete des spectacles. un „honet homme d'ici je voudrois avoir qui pouroit me r'assurer sur cette mau- „vaise engence, mais jamais que cela passe sous votre nom ou celui de „staremberg; vos noms sont trop respectables et cheres pour les confondre avec „ce qu'il y a des plus vil dans la monarchie."

440) Maria Thereſia an Kaunitz. 18. April 1769.

„j'ai recue hier des lettres qu'affliggio doit partir incessamment pour „venise et meme peut-être aujourd'hui. je vous prie de l'empecher et vous „pouvez dire que c'est par mon ordre. dabord que l'Emp. en sera partis, il „peut y aller et rester tant qu'il veut, mais asteur je ne le trouve conve- „nable. je vous joins ce billiet pour sporck, en cas que vous ne voudrois lui „parler. j'aimerois mieux que cela fut secret et reste entre nous."

441) Vom 20. Juli 1770; wir beſitzen jedoch keine Antwort der Kaiſerin auf dieſe Eingabe.

[442]) Am 29. Aug. 1770. Theilweise abgedruckt bei Wlassak. 22. 23.

[443]) Kaunitz an Kohary. Austerlitz, 29. Aug. 1770. „C'est à vous de voir, „Monsieur le Comte, si vous croyez encore avoir besoin de mes avis, oui ou „non? Vous pouvez vous mettre tout à fait à l'aise là-dessus, mais je ne peux „pas m'empecher de vous déclarer

„1° que je ne laisserai point ignorer que je n'ai aucune part à cette „sottise, et

„2° que, si sous toute votre discretion, rien excepté, il se fait encore „la moindre chose essentielle sans ma participation, je ne me melerai plus „de rien du tout, et vous laisserai faire comme vous l'entendez. . . .“

[444]) Insbesondere die vom 7. und 21. Dez. 1770.

[445]) „ma negotiation at mal reussit, et je ne voudrois jamais passer avec „authorité sur tout ce qu'on m'at objectée. cela est allée au point de dire „qu'on ne saurait plus coment se presenter et parler devant le public, et que „des ce moment on ne mettera plus le pied au theatre, que je lui avois „abbandonné cette direction, qu'il crois meriter que je la lui laisse diriger „sans le vouloir confondre. enfin il at priée, parlé tres bien, avec force, sans „manquer au respect, mais j'avoue que je ne me suis pas attendue a tant de „resistance. nous nous sommes separez bons amis en apparence. j'avoue que „j'ai eut bien de la peine a ne marquer mon emotion; je reviendrais encore „un foi à la charge, mais je n'en espere rien de plus. je le fais seulement „pour ne pas ceder tout de suite. je conseille, si on veut et peut conserver „la comœdie, de pousser la souscription, car de ma part, si je ne peux le „faire en public, jamais je le ferois en cachette. j'ai prise deux temoins a „ma conversation, qui m'ont bien appuyé, mais tout etait inutil.“

[446]) „A Mme Dorcey, Comédienne à Nantes. 2 octobre 1771.“

„. . . si, comme il est vraisemblable, on rengage une trouppe pour „l'année 1773, je vous reverrai à Vienne avec plaisir.“

[447]) Denkschrift des Staatskanzlers vom 10. Febr. 1775.

[448]) Die Eingabe Schmutzers im Archive des Reichs-Finanzministeriums.

[449]) Handbillet der Kaiserin an den Commerzienhofrath Grafen Johann Karl Lichnowsky vom 8. Juni 1766. „Ich habe den anliegenden, mir von dem „Kupferstecher Schmuzer in betreff der Errichtung einer Werkschule eingereichten „Plan in allen seinen Theilen zu begnehmigen befunden, dahero dann von Seiten „des Commerzienrathes das diesfalls Nöthige zu veranstalten und in Zeit von „vier Wochen alles Erforderliche zu berichtigen ist.“ Fin.-Min.

[450]) Resolution der Kaiserin auf den Vortrag des Hofcommerzienrathes vom 15. April 1771. Fin.-Min.

[451]) Carl von Lützow, Geschichte der kais. kön. Akademie der bildenden Künste. Wien, 1877. S. 27—64.

[452]) „mechle vient de sortir de chez moi se remercier de ma gene- „rosité. vous me dirois ce qui en est, et si vous lui avez donné une somme „et quoi.“

[453]) Sitzungsberichte. XXX. S. 374. 375.

[454]) Das Haus der Fürsten Pio, Grafen von Carpi, führte den Beinamen di Savoia, weil Ludwig Herzog von Savoyen den Albrecht Pio zur Belohnung für die Dienste, welche er ihm gegen Francesco Sforza geleistet, sammt seinem Bruder Galeazzo und ihren Vettern Marco und Ludwig dem savoyischen Hause gleichsam aggregirte. Sie und ihre Nachkommen wurden jedoch hiedurch keineswegs Prinzen von Savoyen, und daraus erklärt sich der Irrthum, daß sogar Karajan in seiner Abhandlung: Aus Metastasio's Hofleben (Almanach der kais. Akademie der Wissenschaften, Jahrgang 1861) den kaiserlichen Hofmusikgrafen Fürsten Ludwig Pio di Savoia den Prinzen Ludwig Pius von Savoyen nennt.

[455]) Karajan. 96—101.

[456]) Wienerisches Diarium vom 26. Jänner 1765.

[457]) Karajan. 102. 103.

[458]) Karajan. 111.

[459]) Maria Theresia an Mercy. 11. Nov. 1774. II. 251.

[460]) Mercy an Maria Theresia. 15. Jänner 1775. II. 283. 284.

[461]) Maria Theresia an Mercy. 15. Nov. 1774. II. 253.

[462]) Maria Theresia an Mercy. 4. Febr. und 4. März 1775. II. 293. 305.

[463]) Wienerisches Diarium vom 7. Oct. 1775.

[464]) Marie Antoinette an Maria Theresia. Ihr Briefwechsel. 159—162.

[465]) Schmid, Anton, Ch. W. Ritter von Gluck. Leipzig, 1854.

[466]) Maria Theresia an Marie Antoinette. 29. Aug. 1773. S. 96.

[467]) Wienerisches Diarium vom 15. Sept. 1773.

[468]) Diese Uhr gelangte später in den Besitz der mit Mozart befreundeten Familie Strebl zu Mödling bei Wien, und sie war im Jahre 1856 in den Händen des Kunsthändlers Wagner zu Pest. Wurzbach. XIX. 252.

[469]) Lützow. 35.

[470]) VII. 1—35.

[471]) VII. 314—316.

[472]) Lacy an Joseph II. Cab.-Arch.

„ce 8 fevrier 1766."

„Votre très Sacrée Majesté Imple, en daignant jetter les yeux sur le „contenu de la note que je prens la très respectueuse liberté de mettre ci-„joint à Ses pieds, aura lieu de s'éclaircir sur toutes les raisons qui exigent „que Son Président de guerre soit en même tems un des membres ordinaires „de Son Conseil d'Etat, quels sont les avantages qui en résultent pour le „bien du service de Votre Majesté, et quels les inconvénients qui naitraient „du cas contraire au préjudice de Son Service."

Eigenhändige Antwort des Kaisers:

„J'ai lu vos raisons; il n'est pas temps d'en faire usage; je les gar-„derai pour l'occasion. notre sisteme est trop dechiré, il faut rapiester, n'ayant „point encore le courage ni les tailleurs pour le faire a neuf. plus de con-„fusion encore eclaircira les esprits; les accabler de desordres, les reduire à

„ne plus savoir que faire, corrige et convainque plus que tous les dilemmes „les mieux fait. voilà pour vous seul. adieu." „Joseph."

473) Denkſchrift Joſephs vom 18. Aug. 1766.

474) IV. 476.

475) Denkſchrift des Kaiſers vom 13. April 1771.

476) Joſeph an Leopold. 18. April 1771. I. 335.

477) Undatirte Denkſchrift Joſephs.

478) Maria Thereſia an Joſeph. Nov. 1771. I. 350–352.

479) Joſeph an Maria Thereſia. 27. Nov. 1771. I. 352–356.

480) Referat vom 10. Juli 1763.

481) Referat vom 23. Mai 1765.

482) So ſchrieb ſie auf Binders Referat vom 11. Jänner 1773: „habe es „alſo resolvirt und mit freüden ſeinen nahmen wider geſehen unterſchribner."

483) Philipp Cobenzl an Maria Thereſia. Mardi a 7 heures (9 Nov. 1779).

„Comme V. M. pourroit être inquiète sur la santé du Baron Binder. „j'aurai l'honneur de l'informer que je sors tout à l'heure de chez lui, et que „je lui ai trouvé assez bon visage; il est frais et tranquile et ne se plaint „d'aucune douleur ou autre ressentiment, de façon qu'il y a tout à espérer „que le facheux accident dhier n'aura point de mauvaises suites."

Antwort der Kaiſerin:

„je vous sais bien bon grée de cette attention; j'en sens tout le prix „qui rejailit sur votre caracterre et facon de penser aussi vis à vis de moi. „je veux esperer que le mal n'aura des suite, mais a son age a un corp usé „cela fais plus craindre. vous m'obligerois de me marquer à l'avenir les suites „et si on peut envoier directement à faire demander de ces nouvelles."

484) VII. 132.

485) Joſeph an Maria Thereſia. 7. Dez. 1771. I. 357. 358.

486) 22. Juni 1772. I. 370. 371.

487) 29. Oct. 1772. I. 383. Doch ſteht dort irriger Weiſe „Junon" ſtatt „la Lune."

488) II. 5.

489) Denkſchrift des Fürſten Kaunitz vom 14. April 1773.

490) Joſeph an Leopold. 22. April 1773. II. 67.

491) Joſeph II. an Kaunitz. 20. April 1773.

„Mon Prince, en vous renvoyant ici vos écrits, j'y joins, tout comme „vous l'avez desiré, fort en succinct les diverses reflexions qu'elles m'ont fait „faire. Croyez que j'ai été enchanté de lire ce grand et penible ouvrage, et „que je vous suis très-obligé de me l'avoir communiqué. Adieu; ne prenez „ces réflexions que comme des idées fugitives qui se présentent en lisant, et „que je n'ai pas eu le tems de bien macher." „Joseph Corr."

492) Undatirte Denkſchrift, etwa vom Dezember 1771.

[493]) Mit Referat vom 23. Juli 1773.

[494]) Hock. 35. 36.

[495]) VIII. 493. 495.

[496]) Dieſer Brief Joſephs an ſeine Mutter wurde zuerſt veröffentlicht von Karajan in dem Aufſatze: Maria Thereſia und Joſeph II. während der Mitregentſchaft. Almanach der kaiſ. Akademie der Wiſſenſchaften. 1865. S. 101—137. Er iſt außerdem abgedruckt in ihrem Briefwechſel. II. 23—27.

[497]) Maria Thereſia an Joſeph. II. 27—29.

[498]) VIII. 494.

[499]) Denkſchrift des Staatskanzlers vom 20. Febr. 1774.

[500]) Hock. 38.

[501]) Maria Thereſia an Joſeph. 12. März 1774. II. 32.

[502]) Hock. 40.

[503]) „Prince Kaunitz. comme chef du conseil d'etat vous donnerois „part au comte louis sinzendorfe que je lui accorde ce titre comme a rosemberg „et pergen, en quittant celui du president de la chambre des contes, que je „rennis a la chambre des finances comme aux pais bas. les bonnes services „que sinzendorfe m'at rendue, et son-zele meritent cette marque de mes „bontes, etant au reste tres delicate at accorder cette distinction. l'Emp. pensant „comme moi, je vous charge de le lui marquer.“ „Marie Therese.“

[504]) Hienach iſt die auf Zinzendorfs vermeintlichen Eintritt in den Staatsrath bezügliche, jedoch irrige Behauptung bei Hock S. 41 zu berichtigen. Zinzendorf begab ſich im Auguſt 1776 nach Südfrankreich, und kam erſt nach vier Jahren, am 29. Auguſt 1780 in dem traurigſten Geſundheitszuſtande wieder nach Wien. Am 16. September wurde er mit den Sterbſacramenten verſehen, am 20. September beſuchte ihn Maria Thereſia, und am 4. October 1780, etwa ſieben Wochen vor der Kaiſerin ſtarb er. Handſchriftliche Biographie im Beſitze des Deutſchen Ordens.

[505]) „Dieu vous le rend; vous m'avez rendue la vie, je ne saurois assez „vous en remercier. qu'elle diference de tout le reste; je vous conjure de me „conduire dans cette affaire pour l'avenir, car il faut le mettre a profit et j'ai „bien besoing de votre secours.“

[506]) „voila la copie de l'originale que je vais envoier tout de suite a „l'Emp. je ne vous l'ais comuniquée plutot, pour pouvoir dire que vous ne „l'ayez vue. je lui dirois que je vous envois la copie. je n'ais rien at ajouter, „j'ai tout dit. je n'ais pas besoing de vous animer a me conseiller et me con„soler; j'ai trop des preuves de votre attachement, de vos sentimens, je veux „bien ecouter vos conseils, car tout cela n'est qu'une ebauche mal rangée. „je me suis toujours si bien trouvée de vos conseils, que je m'y livre entiere„ment, et je vous auroit encore l'obligation, avec bien de la reconnoissance, „d'avoir consolidé le bien etre de ma famille comme celui de l'etat.“

[507]) „je viens d'achever votre grand ouvrage que je trouve tres bien, „et il at servit a me consoler un peu et me r'animer, quoique il faut beau„coup pour cela, je souhaite qu'il operre autant chez mon fils, mais pas a

„l'animer encore plus, mais a lui persuader la verité et le gout de suivre „plutot ces ancetres qu'un etranger tyran. je vous suis bien obligée de ce „grand ouvrage qui contient des grandes choses, il faut le relire; je souhaite „que mon fils le lit comme il faut, et s'en occupe; je le lui donerois que „demain ou meme plus tard, sans lui dire mon sentimens."

[508]) „j'espere votre santé est bonne; il me tarde de vous revoir; je „ne peux m'accoutumer du contraire."

[509]) „par reconaissance autant que par amitié votre conservation me „tiens bien a cœur. je suis charmée que votre petit sejour en campagne vous „at fait du bien; il m'at parue long."

„c'est un jour demain bien cher a mon cœur, mais aussi d'autant plus „sensible dans ces moments ci, plus qu'il etait brillant si devant. je serois en „ville depuis onze heure jusqu'a 5 heure, invisible pour les autres. je ne „verrois pas meme mes enfants, ainsi propre a vous recevoir, car je ne sau- „rois me refuser le plaisir de vous revoir."

[510]) Vom 28. April 1775.

[511]) „je suis bien contente de la fin et promptitude de la triste et „grande affaire qui m'at presque aneantis. Dieu en soit loué; elle est finis; „c'est un des plus grands services que le ministere du prince m'at rendue; „sans lui je ne sortois pas, avec lui j'espère tout et avec son secours."

(Copie von der Hand des Fürsten Kaunitz. 28. Febr. 1771.)

[512]) Kaunitz an Maria Thereſia. Eigenhändig. 13. Nov. 1772.

„A l'endroit marqué d'une croix rouge du Nachrichtzettel très-humble- „ment cy-joint, V. M. trouvera ce que c'est que mon Harras, dans l'occasion „qui s'en est présentée, m'at engagé à prendre la liberté de lui parler ce „matin V. M. peut en voire un echantillon par les Etalons et 12 Juments „qui se trouvent icy. Si tout le harras ensemble pouvoit convenir à V. M., „au lieu des 8m f. auxquels il est évalué, Elle m'en donnera ce qu'Elle „voudra, et tout ce qu'Elle fera, sera bien fait, ainsi que ce qu'Elle pourroit „trouver bon de ne point faire."

Antwort der Kaiſerin:

„je ne marchanderois pas avec mon fidel amis. vous me donnerois „pour les 8000 f. ce que vous voudrois, trop contente dans cette bagatelle „de vous faire voir mon ame reconnoissante, et mon cœur tout à vous. d'abord „qui s'agit de vous faire plaisir."

[513]) Dieſe beiden Taufnamen werden ihm in allen Stammbäumen, in der Geſchichte der k. k. Regimenter, bei Wißgrill V. 42 u. ſ. w. beigelegt. Kaunitz jedoch nennt ihn in ſeiner Eingabe an die Kaiſerin vom 27. Auguſt 1774, in welcher er ſich für ihn um das erledigte Regiment d'Aynſe bewirbt, „mon fils Maurice". Er ſcheint alſo auch dieſen letzteren Taufnamen beſeſſen zu haben und bei ihm in der Familie genannt worden zu ſein.

[514]) Er wurde im Jahre 1760 Hauptmann und Flügeladjutant, 1761 Major bei dem Infanterie-Regimente Leopold Daun, 1762 Oberſtlieutenant und Generaladjutant bei dem Feldmarſchall Grafen Daun, 1763 Oberſt.

515) „j'ai recue votre note en meme tems que la lettre de l'Emp. qui „s'exprime ainsi: (comme le regiment valons etoit vaquant, je lui ais reco„mandée d'arberg). voila ces propres paroles: quand au regiment vacant de „deynse, je ne puis cacher a V. M. que pour son service et pour le reg. je „croirois le general clerfit le plus propre. mais si elle veut mettre en balance „les longs et grands services que le prince Kaunitz lui a rendue, je dois con„venir que pour lui donner une marque de sa bienveillance, son fils, qui ne „manque pas de bonne volonté, pouroit peut etre lui paroitre le plus conve„nable, et j'ose meme, comme une faveur pour le pere, mettre de coté un „moment cette balance qui ne pese que les qualitez personelles, et lui „recomander Kaunitz pour le regiment. voila les propres mots de ma lettre. „vous me conoissez assez, que j'y souscris de grand cœur, et que la chose „est sure. pour la publier il faut attendre les ordres de l'Emp., auquel j'ai „envoyée ce matin votre note."

516) „dem gehalt von 4m f. bey der ſtattscanzley thue ich dem Sohne vor„behalten; anſtatt deren 2m f. ausſtafirsgeldern habe 10m f. angeſchafft und das „ſilber extra, welches vor dem hoff vor die geſandtſchafft erkauffen will. die „capellspesen extra, wie auch die brieff porti. glaubte alſo alles erſchöpfft zu „haben, was vor jezo geſchehen kunte."

517) Vortrag des Fürſten Kaunitz an die Kaiſerin vom 25. Dez. 1774.

„E. M. iſt meine Denkungsart und die lebhafteſte Dankbarkeit für jede „von Allerhöchſt Denenſelben herrührende Gnade aus langer Erfahrung ſo voll„kommen bekannt, daß mir verſprechen zu können glaube, daß Allerhöchſt dieſelben „von denen lebhafteſten Rührungen überzeugt zu ſeyn geruhen werden, welche mit „Worten auszudrücken nicht vermag, und dennoch auf das heftigſte empfunden „habe, als ich die allerhuldreicheſte Entſchlieſſungen auf den allerunterthänigſten „Vortrag erſehen habe, welchen meines Sohns Joſeph wegen an E. M. zu erlaſſen „die Freyheit genommen hatte. Ich erkenne daran meine groſſe Kaiſerin, welche „Niemanden als Sich Selbſt verglichen werden kann, und da, was ich in dieſem „Augenblicke empfinde, nicht auszudrücken vermag, So bleibt mir nichts anders „übrig als E. M. allerunterthänigſt zu bitten, von der lebhafteſten Dankbarkeit „allergnädigſt verſichert ſeyn zu wollen, mit welcher ich bis an mein Ende mich „zu bezeugen mir eifrigſt angelegen ſeyn laſſen werde."

518) Referat vom 17. Sept. 1777.

„j'apronve tout ce qui peut toucher le nom de Kauniez. si vons le „vonlez accepter, je vous l'offre de bon cœur."

519) „le nom de Kaunitz me porte partout bonheur et honneur."

520) „Quelle satisfaction, mon Prince, que d'être autorisé par Sa „Majesté L'Imperatrice de vous donner une nouvelle qui vous fera plaisir „par la marque non équivoque qu'elle vous donne du prix qu'elle sait metre „dans vos services. de ma part je me flatte, que vous me croirés assés „juste pour les avoir aprétiés, et assés clairvoyant, pour avoir admiré votre „discrétion. dans la promotion que S. M. a décidé de publier aujourd'hui des „chevaliers de Toison d'or, elle a bien voulue y comprendre votre fils Ernest. „je vous sais assés Philosophe pour faire peu de cas de vains titres ou hon-

„ne plus savoir que faire, corrige et convainque plus que tous les dilemmes „les mieux fait. voilà pour vous seul. adieu." „Joseph."

[473]) Denkſchrift Joſephs vom 18. Aug. 1766.

[474]) IV. 476.

[475]) Denkſchrift des Kaiſers vom 13. April 1771.

[476]) Joſeph an Leopold. 18. April 1771. I. 335.

[477]) Undatirte Denkſchrift Joſephs.

[478]) Maria Thereſia an Joſeph. Nov. 1771. I. 350–352.

[479]) Joſeph an Maria Thereſia. 27. Nov. 1771. I. 352–356.

[480]) Referat vom 10. Juli 1763.

[481]) Referat vom 23. Mai 1765.

[482]) So ſchrieb ſie auf Binders Referat vom 11. Jänner 1773: „habe es „alſo resolvirt und mit freüden ſeinen nahmen wider geſehen unterſchribner."

[483]) Philipp Cobenzl an Maria Thereſia. Mardi a 7 heures (9 Nov. 1779).

„Comme V. M. pourroit être inquiète sur la santé du Baron Binder. „j'aurai l'honneur de l'informer que je sors tout à l'heure de chez lui, et que „je lui ai trouvé assez bon visage; il est frais et tranquile et ne se plaint „d'aucune douleur ou autre ressentiment, de façon qu'il y a tout à espérer „que le facheux accident dhier n'aura point de mauvaises suites."

Antwort der Kaiſerin:

„je vous sais bien bon grée de cette attention; j'en sens tout le prix „qui rejailit sur votre caracterre et facon de penser aussi vis à vis de moi. „je veux esperer que le mal n'aura des suite, mais a son age a un corp usé „cela fais plus craindre. vous m'obligerois de me marquer à l'avenir les suites „et si on peut envoier directement à faire demander de ces nouvelles."

[484]) VII. 132.

[485]) Joſeph an Maria Thereſia. 7. Dez. 1771. I. 357. 358.

[486]) 22. Juni 1772. I. 370. 371.

[487]) 29. Oct. 1772. I. 383. Doch ſteht dort irriger Weiſe „Junon" ſtatt „la Lune."

[488]) II. 5.

[489]) Denkſchrift des Fürſten Kaunitz vom 14. April 1773.

[490]) Joſeph an Leopold. 22. April 1773. II. 67.

[491]) Joſeph II. an Kaunitz. 20. April 1773.

„Mon Prince. en vous renvoyant ici vos écrits, j'y joins, tout comme „vous l'avez desiré, fort en succinct les diverses reflexions qu'elles m'ont fait „faire. Croyez que j'ai été enchanté de lire ce grand et penible ouvrage, et „que je vous suis très-obligé de me l'avoir communiqué. Adieu; ne prenez „ces réflexions que comme des idées fugitives qui se présentent en lisant, et „que je n'ai pas eu le tems de bien macher." „Joseph Corr."

[492]) Undatirte Denkſchrift, etwa vom Dezember 1771.

[493]) Mit Referat vom 23. Juli 1773.

[494]) Hock. 35. 36.

[495]) VIII. 493. 495.

[496]) Dieser Brief Josephs an seine Mutter wurde zuerst veröffentlicht von Karajan in dem Aufsatze: Maria Theresia und Joseph II. während der Mitregentschaft. Almanach der kais. Akademie der Wissenschaften. 1865. S. 101—137. Er ist außerdem abgedruckt in ihrem Briefwechsel. II. 23—27.

[497]) Maria Theresia an Joseph. II. 27—29.

[498]) VIII. 494.

[499]) Denkschrift des Staatskanzlers vom 20. Febr. 1774.

[500]) Hock. 38.

[501]) Maria Theresia an Joseph. 12. März 1774. II. 32.

[502]) Hock. 40.

[503]) „Prince Kaunitz. comme chef du conseil d'etat vous donnerois „part au comte louis sinzendorfe que je lui accorde ce titre comme a rosemberg „et pergen, en quittant celui du president de la chambre des contes, que je „reunis a la chambre des finances comme aux pais bas. les bonnes services „que sinzendorfe m'at rendue, et son-zele meritent cette marque de mes „bontes, etant au reste tres delicate at accorder cette distinction. l'Emp. pensant „comme moi, je vous charge de le lui marquer." „Marie Therese."

[504]) Hienach ist die auf Zinzendorfs vermeintlichen Eintritt in den Staatsrath bezügliche, jedoch irrige Behauptung bei Hock S. 41 zu berichtigen. Zinzendorf begab sich im August 1776 nach Südfrankreich, und kam erst nach vier Jahren, am 29. August 1780 in dem traurigsten Gesundheitszustande wieder nach Wien. Am 16. September wurde er mit den Sterbsacramenten versehen, am 20. September besuchte ihn Maria Theresia, und am 4. October 1780, etwa sieben Wochen vor der Kaiserin starb er. Handschriftliche Biographie im Besitze des Deutschen Ordens.

[505]) „Dieu vous le rend; vous m'avez rendue la vie, je ne saurois assez „vous en remercier. qu'elle diference de tout le reste; je vous conjure de me „conduire dans cette affaire pour l'avenir, car il faut le mettre a profit et j'ai „bien besoing de votre secours."

[506]) „voila la copie de l'originale que je vais envoier tout de suite a „l'Emp. je ne vous l'ais comuniquée plutot, pour pouvoir dire que vous ne „l'ayez vue. je lui dirois que je vous envois la copie. je n'ais rien at ajouter, „j'ai tout dit. je n'ais pas besoing de vous animer a me conseiller et me con„soler; j'ai trop des preuves de votre attachement, de vos sentimens, je veux „bien ecouter vos conseils, car tout cela n'est qu'une ebauche mal rangée. „je me suis toujours si bien trouvée de vos conseils, que je m'y livre entiere„ment, et je vous auroit encore l'obligation, avec bien de la reconnoissance, „d'avoir consolidé le bien etre de ma famille comme celui de l'etat."

[507]) „je viens d'achever votre grand ouvrage que je trouve tres bien, „et il at servit a me consoler un peu et me r'animer, quoique il faut beau„coup pour cela, je souhaite qu'il operre autant chez mon fils, mais pas a

559) Contarini. 11. März 1775. „Quando meno si avrebbe dovuto sup„porre che nella Boemia, cioè dopo specialmente di aver sofferto le fata„lissime disavventure dell' anno decorso di carestie, e diminuzione di più di „un terzo di popolazione, ripullullasse e si estendesse in questi ultimi mesi „nella maggior parte di quel Regno l' antico veleno dell' eresia di Giovanni „Hus da Praga. Non bastò infatti per distruggere intieramente in quello stato „un morbo cosi orribile, nè la forza de' castighi nè l' autorità, nè molto la „paterna e religiosa cura de' Sovrani, il di cui esercizio non ha servito per il „passato, che a reprimere l' ingrandimento che in oggi si manifesta, a segno „per quello che si dice di aver ardito di far giungere le loro pretese di „libertà di esercizio con replicate e molte memorie alla Maestà della Impe„ratrice, e minacciando altrimenti emigrazioni e diffese. Si vogliono anche „successi dei fatti di ressistenza e di ammutinamento, specialmente nelle „parti limitrofe alla Slesia Prussiana, vantandosi forse costoro di prottezione e di „assistenza. Varie providenze però si rilasciarono dalla Corte, e di vario „genere in un tale emergente e fra le quali si conta quella di aver sollicitata „la spedizione in questi stessi giorni di una Pressidenza economica, civile e „politica per trattare in una Dieta gl' affari di quella Nazione, e specialmente „rispetto a pesi che nel sistema presente soffre il Popolo troppo oppresso, e „dipendente dalli Proprietarj de' Terreni e Feudatarj. Se il piano che si è „proposto la Corte, potrà aver effetto, e ridurre finalmente quel Regno sul „piede della umana distributiva, e della equità, il popolo stesso, e singolar„mente il villico nè sentirebbe il massimo buon effetto, e dovrebbe riconoscere „e rispettare la mano sovrana che lo solleva . . . .“

560) Contarini. 22. März 1775. „Vi sono dei soggetti, oltre quelli della „Polonia e della Moldavia, che occupano li gelosi riguardi di Casa d'Austria „sulle direzioni del Rè di Prussia, ma specialmente quello dell' assistenza „e protezione che concede alli sudditi Austriaci Boemi infettati dalla Eresia „. . . e di cui si aumentano pessimi li effetti. Saranno a quest' ora terminate „le case nella Slesia Prussiana, fabbricate per costoro, oltre di molte oltre „facilità che li eccitano alla emigrazione, la quale si impedisse, quanto si „può, con la forza d' un cordone di truppa che ne circonda quel confine.“

561) Pichler an Mercy.

„Vienne le 1 avril 1775.“

„(Révolte des paysans en Bohème.) Ce mal est devenu plus sérieux „qu'il n'avait d'abord paru. Quelques milliers s'étant au commencement refusés „aux corvées sous le faux prétexte que la Cour les en avait dispensés, mais „que les Seigneurs en empêchaient l'exécution, leur nombre fut bientôt „augmenté par le concours de tant de malheureux qui se trouvent dans ce „Royaume qui a infiniment souffert depuis plusieurs années par les calamités „de la guerre et de la disette. Ils commettent des exces énormes en pillant „les châteaux et autres édifices des Seigneurs, en maltraitant leurs officiers „d'économie, en enlevant et ruinant tout ce qui leur tombe entre les mains, „et en laissant leurs champs sans les ensemencer, et en forçant même les „autres à en faire autant, et comme les Hussites et autres sectaires, éparpillés „et cachés jusqu'ici dans le Royaume, se sont encore jettés dans les bandes

„des mutins, ils ont déjà saccagé quelques églises, brisé les autels et images „des Saints, enlevé les vases sacrés et jeté par terre les hosties. On fait „entrer plusieurs régiments en Bohème pour renforcer ceux qui y sont déjà, „et on espère d'éteindre bientôt ce feu de rébellion, cependant le dommage „causé par cette révolte est déjà assez considérable."

[562]) Contarini. 25. März 1775. „Ad onta delle prese misure sino ad „ora, e delle ulteriori diposizioni di questi Sovrani per rimettere li sudditi „della Boemia all' esercizio dei proprj doveri si rispetto alla Religione che „agl' altri uffizj di dipendenza, e subordinazione alli proprietarj di quelle „terre, si accrescono sempre più gl' effetti del popolare malcontentamento, „giunto in oggi a gradi assai riflessibili ed egualmente molesti. Da due con„secutivi corrieri si seppe in jeri, che ammutinati li villici di alcune di „quelle Provincie, ed allegando varj protesti per abandonare qualunque lavoro „delle campagne, si avviarono divisi in molte partite verso le città e le „piazze di quel Regno. Commisero costoro tutti gl' eccessi nel loro viaggio, „e gridando di pretendere che gli venga concessa la intiera loro indipendenza „da proprj particolari Patroni, tentarono di entrare in Konigsgratz ed in „Praga ed in molte altre piazze, nelli quali non essendo stati amessi, s' im„padronirono invece di una gran parte delli vasti e richi castelli de' principali „Signori della Boemia. Il numero dei malcontenti si estende all' universale „di tutti li villici, de' quali sino a quindici milla se ne contano uniti in una „sola partita. Se però la qualità di questa sorta di gente e la loro debolezza, „essendo affatto disarmati, potrebbe confortare questa Sovrana, che facili „avessero ad essere li mezzi onde por termine a questa molesta insorgenza, „alcune altre riflessioni angustiano l' animo delicato ed egregio dell' Impe„ratrice, e rendono incerti li effetti delle nuove e sollecite providenze che si „stabiliscono. E prima di tutto l' articolo della religione, di cui costoro si „servono per puro pretesto in tale incontro, rende più difficile la direzione „da prendersi in una popolare insurrezione. Le prottezioni forastieri, delle „quali si vantano, e le minaccie di emigrazione che a qualunque costo pro„testano in vista specialmente della deficienza di popolazione, che soffre quel „vasto Regno dopo li disastri dell' anno passato, fanno devenire oltre modo „preziosa la preservazione di qualunque numero di que' sudditi, ed impedi„scono con maggior ragione di agire con la forza militare contro de' sollevati. „Il partito de' Nobili e proprietarj de' terreni sostiene che la Corte non può „aderire alle pretese de' villici, senza di rinonziare agl' aggravj che in oggi „riscuote, e senza di esporsi all' estremo pericolo di vedere distrutti affatto „in quel Regno l' agricoltura ed il commercio. . . ."

[563]) Contarini. 1. April 1775. „Li torbidi della Boemia continuarono „di dare argomento di serio riflesso a questa Corte. Le providenze della „decorsa settimana consistettero nelle commissioni a tutta la truppa ch' esiste „in quel Regno, e che si conta oltre alli 40000 uomini, di ponersi in movi„mento contro de' sollevati, impediendo loro il progresso degli eccessi che „comettavano, tagliando le comunicazioni, li ponti su fiumi, e disperdendo „quanto fosse possibile li corpi uniti di costoro. A tale oggetto furono spediti

„in aggiunto quattro reggimenti di cavalleria, come la più efficace e oppor-„tuna in tali occasioni, giacchè la Infanteria riuscirà troppo tarda ed incapace „di prevenire le rapidissime marchie de' sollevati. Se però tali furono le „sollecite commissioni di questi Sovrani, e che si trovassero di già poste in „movimento in ogni parte di quel Regno tutte le forze militari, tali anche „erano le prescrizioni di non offendere li proprj sudditi, che si volevano „risparmiare, che inutili riuscivano li sforzi della truppa, non potendo usare „che le minaccie, senza di verificarne li effetti. Assicurati li ribelli della „estrema clemenza de' proprj Sovrani, ne abusavano sempre più, ed a segno „di commettere quasi impunemente le azioni le più crudeli ed empie contro „delle chiese, de' Benestanti e di tutti quelli che si opponevano. Varie rela-„zioni giunsero in questi giorni delle cose successe, e che rendono sicuri li „fatti che si descrivono con la stragge delle principali abitazioni, e sostanze „della maggior parte di questi Signori, proprietarj di vasti feudi e terreni „nella Boemia . . . Vedendo tuttavia la Corte che sarebbero sagrificati in „pochissimo tempo tutti gli effetti de' più ricchi privati, e che sempre più „diveniva difficile di ricondurre alla ubbidienza quelle popolazioni, ordinò „tosto che si trattassero come nemici, cercando di prendere e di uccidere, „quanto fosse stato possibile, li Capi de' Sollevati."

564) Contarini. 8. April. „Le giornaliere notizie che arrivano dalla „Boemia, assicurano che si vanno scemando quelle molestie, le quali però se „hanno meritato l' attività di moltissima truppa per impedirne li progressi, „esigeranno per lungo tempo l' attenzione e la forza del Sovrano per oppo-„nersi al rissorgimento. Per quanto si cercava dalla Corte di risparmiare il „sangue de' proprj sudditi, non è stato tuttavia possibile di ottenere la ubbi-„dienza senza il sacrifizio di una quantità de' sollevati, tanta era la ressis-„tenza loro ad onta degl' esempi che vedevano eseguirsi. . . ."

565) So hatte, um nur ein Beispiel zu erwähnen, das Judicium delegatum die beiden Vorsitzenden des sogenannten Nachoder Bauernguberniums, Anton Nywelt, Dorfrichter zu Hrdina, und Adam Koliska, Bauer zu Hawlowitz, zum Tode durch den Strang verurtheilt. Laut Erlaß vom 17. August 1775 wurde die Todesstrafe bei Nywelt außer der Amtsentsetzung in eine dreijährige Frohn arbeit zu Gunsten der Herrschaft Nachod, bei Koliska in zehnjährige Spinnhaus-haft verwandelt. Das Judicium delegatum erhielt einen strengen Verweis, daß es die bei Nywelt obwaltenden mildernden Umstände gar nicht in Betracht zog und die Todesstrafe wegen eines Verbrechens aussprach, auf welches dieselbe gar nicht gesetzt war. Die den anderen Mitschuldigen dictirten „Karbatstreiche" durften ebenfalls nicht verabfolgt werden. Min. d. Innern.

566) Vortrag des Grafen Leopold Kolowrat vom 5. Mai 1775. Fin.-Min.

567) Maria Theresia an Mercy. 4. Mai 1775. II. 329. 330.

568) Mercy an Maria Theresia. 18. Mai. II. 337. 338.

569) Sitzungsberichte. XXX. 338.

570) Maria Theresia an Mercy. 2. Juni 1775. II. 340. 341.

571) Contarini. 1. und 8. Juli 1775.

572) II. 71.

573) 9. Aug. 1775. II. 81. 82.

574) 6. Aug. 1775.

575) Referat des Fürsten Kaunitz vom 7. Aug. 1775.

576) Hock. 77.

577) Es ist abgedruckt bei Kropatschek, VII. 265—348, und füllt daselbst, da auch das Patent von 1738 neuerdings publicirt wurde, nicht weniger als 80 Seiten.

578) Maria Thersia an Joseph. II. 94. 95.

579) II. 95—98.

580) II. 99.

581) Joseph an Maria Thersia. 25. und 26. Dez. 1775. II. 100—102.

582) 30. Dez. 1775. II. 102.

583) Referat vom 12. Jänner 1776.

584) Joseph an Leopold. 29. März 1776. II. 108.

585) Hock. 78. 79.

586) Sitzungsberichte. XXX. 341.

587) Zuerst auf den Herrschaften Schurz und Schatzlar im Königgrätzer Kreise. Handbillet an Blümegen. 29. März 1776. Fin. Min.

588) Sitzungsberichte. XXX. 335.

589) Sitzungsberichte. XXX. 339.

590) Contarini. 2. Nov. 1776. „Nella mancanza di notizie esterne „riguardanti questa Corte, non lascia di essere interessante quella interna „ne' proprj Stati, e che rinova la dispiacenza a questi Sovrani di vedere „nella Boemia ripetersi anche in addesso gli effetti di malcontentamento de' „loro Sudditi. Quantunque non si dovesse temere dopo le nuove leggi favo- „revoli a Paesani le nuove loro pretese, ciò non ostante continuano li torbidi „e gli ammutinamenti in alcuni di que' circoli, sostenendosi di pretendere la „totale indipendenza de' Feudatarj, ma che l' universale cambiamento di sistema „nell' ordine municipale di quel Regno. Se nell' anno decorso riuscirono im- „barazzanti li popolari movimenti di quella Nazione, molto maggiormente „in adesso lo devono essere per questi Sovrani, dopo di avere esercitato „tutti li possibili mezzi per conciliare gli oggetti dell' interesse privato de' „Proprietarj, con li riguardi dell' umanità verso de Coloni loro vassalli. Con „tutto ciò la necessità di ressistere nel momento con la forza delle armi alla „violenza di una gran parte della Nazione, ne rende doloroso l' affetto „nell' animo di S. M. la Imperatrice egualmente che in quello di S. M. „l' Imperatore, convinto essendo più degli altri che quanto merita correzione „il modo esercitato da Sudditi, altretanto sarebbe utile agli oggetti di Stato „l' intiera oppressione feudale nella Boemia, dove se ne spingono li diritti „con troppo rigore dagli Investiti, e con consequenze gravose al Popolo che „vi è soggetto. Li delicati riguardi che meritano anche le numerose nobili „famiglie della Boemia, e che formano le principali di Vienna, sono li soli

„objetti che si oppongono al totale cambiamento di quel sistema. Ciò potrebbe „succedere in seguito di tempo, e con l' esempio che la stessa Corte esercita „ne' proprj beni allodiali in quel Regno, e nella Moravia, dove egualmente „si vuole ne' luoghi al Fisco libero il suddito da qualunque legge Feudale."

591) Contarini. 16. Nov. 1776. „Li torbidi della Boemia continuano a „molestare quel Regno, e a rendere vieppiù difficili li mezzi a questa Corte „di rimettere li proprj sudditi nella dovuta obbedienza. Successero varj nuovi „fatti, . . . e li pronostici che vengono fatti universalmente, sono sempre più „contrarj all' interesse economico de' principali Proprietarj di que' terreni. Il „peggiore effetto però che succede frattanto, egli è quello della emigrazione „de' Sudditi Austriaci che passano ne' Stati vicini alla Boemia, accolti essendo „ed impiegati sotto varj pretesti nelle dizioni forastiere. Non bastano sino ad „ora le precauzioni esercitate per impedire questo gravissimo danno a quel „Regno, non essendo possibile di addattare sufficienti opposizioni contro la „delusione de' villici, che si traffugano per le strade le meno pratticabili a „qualunque altro. Questo importante articolo, unito agli altri di inobbedienza „e di confusione in quelle Parti, impegnano questi Sovrani di sollecitarne le „ulteriori ed efficaci providenze."

592) Contarini. 21. Dez. 1776. „Gli interni affari della Boemia conti- „nuano ad occupare gravemente gli animi di questi Sovrani, che vorrebbero „conciliare quanto è possibile la tranquillità di que' Sudditi, con il contenta- „mento anche de' Nobili, a quali però si cerca di diminuire ogni giorno li „diritti Feudali, sollevando il Popolo dal peso di una dipendenza, che per „gli abusi era divenuta insoportabile. Ciò non ostante li modi di violenza „popolare, e di pericolosa condotta, che esercitano tuttavia li sudditi ad onta „delle providenze del proprio Sovrano, rendono sempre più imbarazzante la „scelta di quelle, che in oggi occorrono di esercitare a freno di maggiori „eccessi popolari, e di conforto ed assistenza alli sudditi Proprietarj. Tale è „lo stato delicatissimo di quelle Provincie, che ha meritato in questi giorni „li studj anche del Principe di Kaunitz, chiamato estraordinariamente al „particolare consiglio di Boemia, ed in cui hanno trovato utilissime in qualche „altra occasione le opinioni di un tanto Ministro. La prima operazione però, „che si può conoscere l' effetto de' suoi consigli, è stata quella di richiamare „subito li due Commissarij Plenipotentiarij, che da molti mesi agivano si in „Boemia, che in Moravia alla esecuzione de' nuovi patenti, e che conviene „supponere che questi due Generali abbiano prodotto piuttosto la occasione „di nuovi fermenti e di varie interpretazioni, per il modo con cui si sono „condotti. L' altra operazione che apparisce sino ad ora comandata, ella è „quella di un maggiore rinforzo di truppa si in Boemia, che in Moravia, e „da cui può lusingarsi questa Corte di impedire frattanto la continuazione „de' scandali che successero sino a questo giorno. . ."

593) „j'attens toujours votre secours dans les affaires de boeme et le „r'envois du protocol avec votre opinion. je vous envois cet ecrit pour vous „seul; personne ne l'at vue que blanc."

„vous le pouvez garder tant que vous le voulez."

[594]) „vous avez relevée mon cœur opprimée en me disant que votre „ouvrage pour la boeme est finis et que vous en parlerois a l'Emp. le tems „presse; faisant mauvais tems aujourd'hui, l'Emp. ne sortira pas; vous pouriez „le voir plutot."

[595]) Referat und Patentsentwurf vom 31. Jänner 1777.

[596]) Referat des Staatskanzlers vom 5. Febr. 1777.

[597]) Referat des Staatskanzlers vom 1. Febr. 1777.

[598]) „Mein fester Willen ist, bey dem kundgemachten Roboth-Regulativo zu bestehen," mit diesen Worten beginnt die Resolution der Kaiserin über das Sitzungsprotokoll vom 15. und 17. Febr. 1776.

[599]) Min. d. Innern.

[600]) „il est nécessaire, d'abord qu'on a commencé, de ne pas s'arreter „en chemin. vous aurez donc soin que tout cela se fasse." Min. d. Innern.

[601]) Vortrag der Hofkanzlei vom 20. Aug. 1763. Min. d. Innern.

[602]) Resolution vom 3. Sept. 1763. Min. d. Innern.

[603]) Eigenhändige Resolutionen der Kaiserin auf die Vorträge der Hofkanzlei vom 17. und 24. Sept. 1763. Min. d. Innern.

[604]) Eigenhändige Resolution der Kaiserin auf das Referat vom 16. Oct. 1766. Min. d. Innern.

[605]) Handbillet der Kaiserin an Rudolph Chotek vom 14. Juli 1769. Min. d. Innern.

[606]) Abgedruckt bei Kropatschek. IV. 174.

[607]) Kropatschek. VII. 204—212.

[608]) Handbillet an Rudolph Chotek. 27. Jänner 1765.

[609]) Im Besitze des Grafen Seilern. Schloß Leschna in Mähren.

[610]) Referat des Staatskanzlers vom 8. Juli 1773. „dificillement je „m'aviserois de desaprouver quelque chose qui vient de vous. nous en „sommes informez, mais ou prendre les fonds, qui vont au dela d'un million, „dans le temps presents. voila l'inconvenient et l'embarras, et personne d'en„tendue pour cette besoigne."

[611]) Resolution der Kaiserin auf Choteks Vortrag vom 29. März 1768. Min. d. Innern.

[612]) Oesterr. Biedermannschronik. S. 183. Vergl. auch Brunner, Mysterien der Aufklärung. S. 66.

[613]) Undatirt. Gleich allen übrigen hier noch citirten Briefen und Billeten der Kaiserin an Seilern im Besitze des Grafen Seilern auf Schloß Leschna in Mähren.

[614]) Dieß geht auch aus den Zeilen der Kaiserin an Seilern vom 14. Nov. 1779 hervor. Sie lauten:

„Der cardinal voller trost und Kolobrat melden mir, das die mir recht an „hertzen ligende affaire er so christlich als noble und einsehend geendigt. mir ist „nur leyd, das ich zu allen anlas gegeben."

[615]) 13. Nov. 1779.

„mir iſt wohl hertzlich leyd, wann aus meiner ſchuld zwey freünde beun-
„ruhigt, und wegen überlaſſung st. veit, was ihme alezeit preferenter gewuntſchen,
„diſe unruhe verurſacht. wie er ertag oder mittwoch bey mir ware, ſo habe
„geglaubt, er meldete mir positive, das es ihme nicht mehr convenirte wegen
„deren depenses zu enzerstorfe, er nur bedaurete, das er es nicht vor 2 jahren
„gewuſt hätte. ich habe ihme noch geantwort, mir wäre es leyd, indeme ich ihme
„gerne zum nachtbahren gehabt hätte; das jetzo cardinal ſprechen werde, oder die
„licitation, die nicht gerne ſehe, werde fort gehen laſſen. cardinal kame donerstag
„zu mir; ich meldete ihme, was vorhero angeſetzt, gab er mir zur antwort: ich
„habe nicht mich wollen in etwas einlaſſen, ehe nicht graff seilern ſich declarirt.
„weilen ſehe, das ich die licitation, die an freütag an raab ſchonn anbefohlen ware,
„nicht gern hätte, ſo wolte ihme raab ſchicken, umb ſich mit ihme zu verſtehen,
„welches bis abends geſchehen iſt. ich mus cardinal diſe zeugnus geben."

[616]) 16. Nov. 1779.

„je suis aussi edifiée de votre morale, que satisfaite de vos services.
„je vous envois ce souvenir que vous ne ferois voir ce mois ci, a cause des
„circonstances passés, qui sont tristes pour moi autant qu'ils sont glorieux
„pour vous. mais le mois qui vient je n'ais aucune dificulté, pouvant ajouter,
„das er es ſchonn vor einiger zeit von mir bekommen, et la porter comme une
„nipe non nouvelles, sans la montrer particulierement, mais ne la cacher non
„plus. je me fais gloire qu'on vois mon estime pour vous."

[617]) Sitzungsberichte. XXX. 352.

[618]) Sitzungsberichte. XXX. 343.

[619]) Renier. 5. März 1768. „Nel Sabbato della settimana scorsa due
„ore e mezza dopo la mezzanotte questa Capitale fù colpita da trè violenti
„scosse di terremoto, le quali spaventarono la maggior parte di questi abi-
„tanti, ed il giorno appresso si vidde ad improvisamente sgelarsi il grosso
„giaccio del Danubio, e dal repentino scioglimento nascere una elevazione di
„acque, specialmente nel Borgo chiamato Leopolstat, che impedì la comuni-
„cazione frà la Città ed il Borgo stesso, e che per il grande gonfiamento
„mise a pericolo moltissima quantità di persone, che in quelle case alloggia-
„vano. L' Imperatore personalmente concorse a suffragare quei spaventati e
„bisognosi uomini con denari e con provisioni, e si espose anco a non medico
„pericolo di sua persona nel voler passare il fiume in una piccola barchetta,
„perchè il ponte, che serve di communicazione tra il detto borgo, e la città,
„era caduto dall' immenso peso delle acque, e dalle immense moli di quel
„giaccio, che staccato correva con l' acque stesse. In ora però il fiume ritornò
„nell' ordinario suo movimento, e si è repristinata la communicazione. Un
„qualche piccolo danno in taluna delle case fece il sovradetto terremoto, ma
„per dir vero, prescindendo dalla gonfiezza del fiume, questa città non ricevette
„danno maggiore. Non così posso rifferire della città di Neustadt, trè poste
„da qui distante, ove il terremoto fù ancor più violento, in maniera che colà
„la maggior parte delle fabriche restarono molto pregiudicate, e specialmente
„un colleggio militare di giovani. . . Quell' edificio fù talmente pregiudicato

„dall' urto, cosicchè converrà che questa Sovrana esborsi molta quantità di „danaro per risarcirne i danni sofferti, e rimetterlo nello stato di prima."

[620]) Foscarini. 26. Juni 1779. „Un infortunio qui accaduto questa „mattina, produsse fatalissime consequenze, oltre l' universale spavento e „costernazione di tutti questi abitanti. Tre ore prima del mezzogiorno prese „fuoco ad un magazzino di polvere situato alle linee dalla parte del villaggio „di Nusdorf, pochi passi distante da alcuni dei sobborghi della Capitale. „Gran numero di case ivi adjacenti restarono rovesciute nel momento, e „rimasero miseramente maltrattate o morte le persone che in esse dimora„vano, e siccome in questo magazzino oltre la polvere vi esisteva pure riposta „una quantità di palle di diversi calibri colà trasportate in questi ultimi „giorni, cosi spinte dall' impeto della polvere, si sparsero per ogni parte, ed „aumentarono le disgrazie, ferindo pure molte persone. E nella città fù tale „il terribile scuotimento, che rimasero danneggiate quasi tutte le finestre delle „abitazioni. . ." 3. Juli. „Li danni prodotti dallo scoppio del Magazzino di „polvere, accaduto nel sabbato scorso, pare che non si verifichino di tutta „quella importanza che in quei primi istanti erasi generalmente creduta, com„putandosi a poco presso di due 'cento le case diroccate o maltrattate, e „meno di cento gl' infelici che perirono sul momento, oltre a buon numero „di feriti, che per ordine di S. M. l' Imperatore furono condotti in uno di „questi Ospitali. Tale doloroso avvenimento sarà facile che porti un salutare „regolamento, dicendosi che tutti li depositi di polveri, sparsi ne' varj con„torni di questa Capitale, saranno trasportati in altre lontane parti, onde „allontanare per sempre qualunque nuova occasione di simile disgrazia."

[621]) Contarini. 11. Nov. 1775. „La ricchezza de' doni, e li sommi „contrasegni di preferenza che S. M. l' Imperatrice ha esercitato in tutto il „tempo del loro soggiorno verso dell' Arciduchessa Beatrice ed Arciduca „Ferdinando, diedero occasione nella decorsa settimana all' Imperadore di „chiedere anch' egli dalla Madre qualche regallo, di cui tosto lasciatane „graziosamente la scielta, si decise sul momento stesso questo Sovrano per „ricercare il sollievo dalle rispettive gravezze trè Classi di questi sudditi, cioè „che pagano generalmente tutti li domestici che servono, e che consiste in due „fiorini e 24 carantani all' anno per testa, in quella de' questuanti tollerati, ed „è di 15 carantani, e l' altra de' Manovali e Facchini di 45 carantani. Appena „ottenuto il dono, se ne fece fare il biglietto e lo portò egli stesso, perchè „fosse registrato nel Protocollo delle esazioni di tali gravezze, dichiarondole per „sempre abolite, e perche se ne publicasse la grazia concessagli dalla Impe„ratrice. Le acclamazioni popolari furono universali e diretti a benedire egual„mente la providenza delli due Sovrani non chè ad amirare la qualità del „dono prescelto dal caritatevole animo di S. M. l' Imperatore."

[622]) Grabenigo. 17. Nov. 1770. „Sù i principj del Re di Prussia questa „Corte ha immaginato di nummerare le Case di questa Capitale, perche ab„biasi ad esercitare in seguito lo stesso metodo in tutti li Stati, con intenzione „di avere più sicuramente il numero della popolazione, e coll' idea che questa „popolazione stessa abbia a servire al Militare con più rigore e con quei

„metodi che si esercitano dal Rè di Prussia, e che sono abbastanza noti .... „Due Consiglieri di questa Reggenza, per ciò uniti a due uffiziali, si sono „presentati ad ogn' una di queste case per farvi sopraporre il respettivo numero, „e per prendere in nota con distinzione li dimoranti in ciascheduna casa: ma „una simile novità ha in si fatica maniera conturbato tutto questo pubblico, „che la prudenza del Governo ha dovuto contentarsi per ora della sola appli„cazione del numero, che sola ebbe luogo, e che tuttavia sussiste. Questo „Consiglio Aulico, e questi Stati ciò non ostante hanno fatto delle forti rappre„sentazioni, per le quali è incerto ancora se una tal massima avrà luogo, o se „essa sarà abbandonata. L' esser questa una operazione che fà conoscere „quanto sia a cuore dell' Imperatore specialmente l' articolo della Truppa, e „a qual grado Egli cerchi in tutti i modi di spingerla, mi persuade di „rassegnarla."

[623]) Gradenigo. 22. Febr. 1772. „Qui intanto tutto questo Publico è occu„pato in preghiere e in processioni per intercedere da Iddio Signore la dimi„nuzione di quelle malattie che fanno perire una quantità estraordinaria de' „uomini non solo nella Boemia, nella Moravia e nell' Austria, ma anco in „questa Capitale, dove il numero dei morti arriva all' estraordinaria summa „di 37 per giorno. Le malattie per altro non provengono che da una febbre „putrida e maligna."

[624]) Gradenigo. 23. Nov. 1771. „. . . anco questa Capitale ha di già „da molti mesi incominciato di sentirne le dolorose consequenze, non solo „per l' alterazione dei prezzi, ma per la mancanza della specie, a grado che „in questi giorni per ordine dell' Imperatore medesimo furono aperti in questa „Capitale tre Parti, nei quali si vende a sollevo del Popolo, che cominciava „a tumultuarsi, un Pane nuovamente immaginato in suffragio dell' ordinaria „specie che gia manca. Questo Pane è formato da due terzi di Segala e da „un terzo di Zucca ordinaria. . . . fù esaminato da Medici per ordine del „Governo, e essi l' hanno trovato buono e sanissimo, il che viene vieppiù „comprovato dal non rilevare alcun male effetto nella quantità estraordinaria „di Popolo che si nutrisce del Pane medesimo, e che vi concorre con tanta „affluenza, che si è dovuto triplicamente guarnire di guardie i posti medesimi „per impedire le consequenze di una folla continua ed estraordinaria."

[625]) Arch. d. Cult.-Min. Gradenigo berichtet hierüber am 29. Febr. 1772: „La carestia in cui siamo, ha indotto questa Corte a persuadere questo Arci„vescovo a dispensare per questo anno dai cibi Quadragesimali, come quelli „che producono una maggior consumazione dei generi che mancano. Fù „pubblicata per consequenza la dispensa che mette tutto il mondo nella libera „facoltà di mangiar grasso senza scrupulo, eccettuato nei giorni di Mercordi, „Venerdi e Sabbato."

[626]) Verordnungen vom 2. und 7. Dez. 1754. Kropatschek. II. 410—412.

[627]) Kropatschek. III. 172.

[628]) Kropatschek. III. 173.

[629]) Patent vom 5. Nov. 1766. Kropatschek. V. 138—157.

630) Contarini. 21. Oct. 1775. „Il loro castigo sarà ... la confiscazione „di tutti i beni loro, e riguardo alla pena afflittiva corporale saranno consi„derati come ladri." Am 31. März 1779 wurde das frühere Patent für Böhmen neuerdings publicirt. Kropatschek. VIII. 235.

631) Verordnung vom 3. Nov. 1779. Kropatschek. VIII. 391.

632) Vom 9. Jänner 1774.

633) Brunner, Mysterien der Aufklärung. S. 3.

634) Blümegens Vortrag vom 2. Juli 1776. Min. d. Innern.

635) Joseph II. an Maria Theresia. Ganz eigenhändig.

„pour ne pas cacher mon intime conviction a V. M. au sujet du raport „c'y joint, j'ai l'honneur de lui dire que tous les moyens qu'on employera pour „empecher et gener de pareilles societés, ne tourne qu'a les rendre plus „interessantes, et par leur inocence reconue de toutes les personnes sensées et „de monde, à ridiculiser les gouvernemens et ceux qui y mettent une certaine „importance par des prohibitions de choses qu'elles croyent mauvaises, unique„ment parce qu'ils les ignorent; ainsi je croirai tres-humblement de laisser la „tout ce raport sans resolution. mais si elle le jugeroit à propos, on pouroit „faire conaitre de bonne facon aux premieres personnes de Bruxelles que l'on „desireroit qu'ils ne s'amusassent pas de la maconnerie aussi publiquement, „mais qu'ils s'en cachassent mieux, afin que l'affaire ne fasse pas tant parler. „voila mon avis, il plaira à V. M. de décider ce qu'elle jugera le plus conve„nable. je suis à ses pieds." „Joseph Correg."

636) „essendosi unito anche la commissione della sicurtà e castità al „detto dicastero di rappresentazione. . ."

637) An Seilern. 6. Jänner 1777.

„man sagt das die offentlichen mentscher man nicht aufhaltet noch arretirt, „auch die Verdamung nach warberg wenigst ein oder 2 jahre sein solte."

638) An Seilern. 4. Febr. 1779.

„diese person ist bekant; wäre aufzuheben, nach warberg zu schicken. man „lasset mehr solches bekantes gezeig herum gehen."

639) „j'ai appris que palm doit avoir solicité une certaine weisin, chan„teuse du theatre allemand, de se donner a lui avec des promesses tres forte. „n'ayant put reussir, qu'il en at fait les meme a son maris, en lui promettant „de le placer pour le reste de ces jours. fait chercher cet homme, et sans y „compromettre, taché d'en savoir la verité, en lui promettant la protection. ce „seroit affreux de la part de palm, qui joue l'ippocrite, mais ce seroit aussi „affreux, si on le calomnioit ainsi."

640) Gräfin Marie Louise Starhemberg, geborne Gräfin Breuner.

641) Bericht des Residenten Nagel zu Basel an Kaunitz. 8. Sept. 1774.

642) Vortrag des Staatskanzlers vom 17. Sept. 1774.

643) Vortrag des Staatskanzlers vom 13. Oct. 1774.

644) Nagel an Kaunitz. Basel, 31. Dez. 1774.

645) Vortrag des Staatskanzlers vom 8. März 1775.

646) 1. Mai 1753. Kropatschek. II. 146 - 148.

647) 16. Jänner 1756. Kropatschek. III. 305—307.

648) 6. Febr. 1767. Kropatschek. V. 182.

649) 8. Mai 1762. Min. d. Innern.

650) Handbillet an Chotek vom 1. Aug. 1763. Min. d. Innern. „aller„massen Ich nach fünf Jahren die Tragung des Geschmucks vollkommen zu ver„bieten gemeynet bin."

651) Podewils an König Friedrich. 18. Jänner 1747. Sitzungsberichte. V. 493.

652) Edicte vom 14. Nov. 1744 und 12. Dez. 1752. Kropatschek I. 16 und 431.

653) Kropatschek. II. 32.

654) Kropatschek. III. 397. IV. 519. V. 445.

655) Vortrag vom 29. Jänner 1763. Min. d. Innern.

656) Mercy's Bericht vom 9. März 1774.

657) Vortrag vom 4. April 1774.

658) Maria Theresia an Marie Antoinette. 3. April 1774. 103.

659) Marie Antoinette an Maria Theresia. 14. Mai 1774. 106.

660) Maria Theresia an Mercy. 1. Juni 1774. II. 158.

661) Maria Theresia an Marie Antoinette. 30. Mai 1774. 114.

662) Am 10. Dez. 1776.

663) An Seilern. 17. Aug. 1771.

664) 31. Mai 1766. Kropatschek. V. 46.

665) 14. Juni 1766. Kropatschek. V. 60.

666) 30. Aug. 1755. Kropatschek. III. 222.

667) 4. April 1754. Kropatschek. II. 338.

668) Patent vom 2. März 1776. Kropatschek. VIII. 614 - 634.

669) 23. Aug. 1773.

670) 3. Mai 1772.

671) Vortrag vom 21. Sept. 1780.

672) Vortrag des Fürsten Kaunitz vom 21. Aug. 1774.

673) De Ronac an Maria Theresia. Wien, 20. Aug. 1774. Mitgetheilt in meiner Schrift: Beaumarchais und Sonnenfels. Wien, 1868. S. 76. 77.

674) Neny an Maria Theresia. Eigenhändig. 21. Aug. 1774.

„Un français nommé Raunac est venu chez moy, pour me faire con„naitre qu'il était de la dernière importance qu'il puisse etre admis sans delay „à une audience particulière chez V. M. Il m'a fait entendre qu'il avait une „lettre du Roy de France à Lui présenter, et une commission secrète à rem„plir, comme il en prevenait V. M. par le respectueux billet ci-joint."

„J'ai refusé d'abord de l'accepter, Lui conseillant de s'adresser au „Chancellier d'Etat; j'y ajoutai qu'en tout cas je ne pouvois me charger de „son billet, sans savoir au moins en gros de quoy il étoit question, mais il „me repondit que sa commission exigeait qu'il ne se produise qu'à V. M. „seule, et qu'il ne pouvait s'en ouvrir à personne, à moins qu'Elle ne l'or„donne, comme alors il pourrait s'en acquitter en confidence avec moy, sans „bruit et sans réserve."

„Je ne comprens rien, Sacrée Majesté, à cette avanture, mais ce „Raunac m'a paru homme de mise, et il a tant insisté sur ce que je pré„sente son billet à V. M., qu'à la fin j'ai craint de manquer en résistant „davantage. au reste cet homme vient actuellement d'Angleterre, à ce qu'il „dit; il paraît extrêmement pressé d'être instruit des instructions de V. M. „sur cette première démarche, et je lui ai fait espérer de lui faire parvenir „Ses ordres, si Elle daignait me les donner."

Maria Thereſia antwortete hierauf mit eigener Hand:

„si cet homme se trouve encore chez vous, vous le fairois conduire „tout de suite avec votre domestiques, par ou vous venez ordinairement. s'il „n'y est pas, je le ferois venir ce soir a 7 heure de meme."

„après y avoir pensée murement, il vaut mieux que je l'adresse à „seilern, qui en at eut tant des choses pareilles dans ces mains, et s'en est „toujours aquité avec decence et secret. je lui vais donc ecrire ce billet si„joint, et vous ne previendrois pas cet homme que c'est seilern; cela pourois „l'epouvanter."

Auf der Rückſeite des Briefes, den Neny an die Kaiſerin gerichtet, ſind die von ihrer Hand niedergeſchriebenen Worte zu leſen:

„renvoyez moi la lettre de ronac et mon billiet tout de suite; il y aura „de l'empoisonement ou meurtre donc il s'agira; j'avoue, sur ce point je ne „fais aucune cas".

675) Es lautete: „m^r de ronac peut s'expliquer librement avec la per„sonne qui lui remettra ce billiet; elle at toute ma confiance".

„Marie Therese."

676) Note des Grafen Seilern vom 23. Aug. 1774.

677) Seilern an Kaunitz. 23. Aug.

678) Kaunitz an Mercy. 28. Aug. 1774.

679) Maria Thereſia an Mercy. 28. Aug. II. 224. 225.

680) Mercy an Kaunitz. 11. Sept. 1774.

681) An Seilern. 18. Sept.

682) An Mercy. 20. Sept. II. 235.

683) An Mercy. 12. Febr. 1776. II. 422.

684) Im Jahre 1767 betrug die geſammte Staatsſchuld 256 Millionen, worunter die ungariſche Schuld mit 13 Millionen begriffen war. Protocollum commissionis de dato 25. 27. 30. März, 2. 4. 6. 8. 10. 11. 14. April 1767.

685) VII. 210.

[686]) Kaunitz an Maria Thereſia. 28. Juli 1767.

„Da E. M. unermüdete Sorgfalt für das Wohl und die Erleichterung der „mit ſo ſchweren und manigfaltigen Contributionslaſten gedrückten Unterthanen „jederzeit wahrhaft mütterlich beeifert war, vorzüglich aber bei gegenwärtigem glück„ſeligen Zeitpunkte, da die ewige Barmherzigkeit Allerhöchſtdieſelben uns wieder „geſchenket hat, hierauf gerichtet iſt, ſo ermangle ich nicht, zur pflichtſchuldigſten „Befolgung Dero Allergnädigſten Befehl hiemit den Anfang zu jenen unmaßgebigſten „Vorſchlägen . . . zu machen, mittelſt welcher meines . . Ermeſſens vorgemelte . . . „Abſicht nach und nach erreichet werden dörfte."

[687]) Vortrag des Fürſten Kaunitz vom 28. Juli 1767.

[688]) Renier. 3. Mai 1766. „. . . nelli passati giorni si affrancarono „altri dieci milioni di fiorini de' debiti, e come il banco di questa Città ac„quistò sommo credito, perchè anco nel mezzo alle urgentissime circostanze „dell' ultima guerra furono sempre puntualmente pagati da esso li censi di „quei Capitali, che ricevette, perciò mediante li buoni ordini introdotti dal „Conte d'Asfeld, varij privati di altre Nazioni, e particolarmente Olandesi „somministrano al giorno d' oggi quantità di denari, con il mezzo de' quali „intimarono o il ribasso di quei censi, volendoli ridurre per ora al quattro „per cento, affine che questa avvantaggiosa investita attiri l' oro forestiere nel „proprio dominio, egli servì anche all' oggetto sovradetto, cioè alla diminu„zione de' censi. . . Se in questo Impero le cose procederanno costantemente „con l'introdotto sistema ed ordine, esso ridurrà la sua economia, quando „non nascano nuove guerre, in una costituzione che da lunghissimi anni non „la fù mai. Ciò fà vedere quanto possa l'uomo quando riduce le cose ad una „perfezione di stabilimenti e di regole, e che talvolta l' idea dell' impossibi„lità del riordinamento, che fatalmente nasce in alcuni governi, non proviene „da una resistenza fisica che vi sia, ma o dal poco talento, o da inerzia, o „da privati rispetti di quelli, che sono alla direzione di quei medesimi Stati."

[689]) VII. 211.

[690]) In dem Schloſſe des dem deutſchen Ritterorden gehörigen Gutes Gumpoldskirchen bei Wien befindet ſich das Manuſcript einer von dem Grafen Karl Zinzendorf, jüngerem Bruder des Präſidenten der Hofrechnungskammer, Grafen Ludwig Zinzendorf herrührenden Biographie des Letzteren. Der Autor charakteriſirt ihn folgender Maßen: „Der äußern Geſtalt nach war der Graf von „einer langen anſehnlichen Statur, er hatte ein länglicht rundes Geſicht, große „hervorſtehende braune Augen, eine ſchöne Naſe und alle Geſichtszüge angenehm. „Von Temperament ein Colerico Sanguineus. In einem ſchönen Körper wohnte „eine edle Seele, ein rechtſchaffenes und menſchenfreundliches Herz. Ein thätiger „Geiſt, unermüdete Arbeitſamkeit, eine lebhafte Einbildungskraft, Scharfſinnigkeit „und forſchender Verſtand, der geometriſch dachte, ſeinen Gegenſtand im Ganzen ſo„wohl als in allen Theilen überſahe, ein glückliches Gedächtniß, eine einnehmende „Beredtſamkeit, eine große Fertigkeit, ſeine Begriffe mündlich und ſchriftlich auf „das umſtändlichſte an den Tag zu legen, alles dieſes waren Vorzüge unſeres „Grafen. Er lebte in ſeinen Geſchäften, vergaß alles andere darüber, behandelte „alle Gegenſtände des Finanz-, Kredits- und Staats Rechnungsweſen mit einem

„Geiſt der Ordnung, welchen er ſich nicht die Zeit nahm, ſeinen häuslichen „Geſchäften zu widmen. In ſeinem äußern Betragen fand man ein wenig Furcht„ſamkeit, und in ſeinen Privatangelegenheiten Unentſchloſſenheit, allein weder „Schwermuth noch Überdruß. Er war ein gütiger Herr, ein freundlicher Ehe„mann und Vater, ein vortreflicher Bruder, der Wolthäter aller ſeiner Geſchwiſter, „ein eifriger und warmer Patriot."

[691]) VI. 255. 256.

[692]) Zinzendorfs handſchriftliche Biographie.

[693]) Hock. 83. 84.

[694]) Protocollum commissionis (wie Note 684).

[695]) Hock. 85. Nach ſeiner Angabe fand dieſe Sitzung am 7., nach Zinzendorfs handſchriftlicher Biographie am 2. Aug. 1767 ſtatt.

[696]) Die handſchriftliche Biographie ſagt bei Erzählung dieſer Ereigniſſe von Zinzendorf: „Er hatte dabey ungemein vielen Verdrus, denn beyde Souverains „waren entgegen".

[697]) Hock. 85.

[698]) Kaunitz an Maria Thereſia. 11. Nov. 1767.

[699]) Protocollum commissionis (wie Note 684).

[700]) Nach Hock. 86—89.

[701]) Contarini. 19. Nov. 1774. „. . . contenendo anche la proposizione „di scansazioni sopra un numero infinito d' uomini, che popolano questo Mi„nistero, e tutti questi Ufficj, senza che vi si pensasse nell' indicato piano di „mantener loro nessun provedimento ed assegno per la loro naturale sussis„tenza, questo bastò, perchè la Imperatrice ed il Sig^re Principe di Kaunitz „non l' abbiano trovato conveniente da verificarsi. Sono tuttavia assicurato „che già due settimane sia stato riprodotto questo piano al consiglio mede„simo con alcune modificazioni sopra dell' articolo in questione, e quanto egli „sia stato giustificato dall' Imperatore, altrettanto lo trovò non adottabile la „Imperatrice, la quale differenza di opinione si dice che abbia prodotto „qualche disapore fra li due Sovrani, confermandolo anche l' Imperatore per „aversi sottratto nelle due seguenti sessioni dall' intervenirvi."

[702]) Hock. 89. 90.

[703]) Foscarini. 5. Sept. 1778.

[704]) Foscarini. 19. Dez. 1778. „. . . presento a V. E. il preciso tran„sunto delle varie classi d'imposte comandate da questa Corte per supplire „alli gravi dispendj prodotti dalla guerra presente, nè fù per me agevol cosa „il rintracciarne con esatezza il dettaglio, dopo che di tale decreto ne fù „sospesa la stampa, forse con il prudente riflesso di non rendere solenne una „operazione di tal natura, che ottiene egualmente il proposto effetto, ordinan„done, come di già si è fatto l'esecuzione a quelle stesse sopraintendenze, da „cui dipender ne deve il dovuto adempimento. In questa estraordinaria Im„posta denominata Dono gratuito, che dovrà incominciare col nuovo anno, „vengono compresi in primo luogo li possessori tanto Laici che Ecclesiastici

„di Feudi e Signorie, li quali saranno aggravati dalla metà di più di quelle „pagano in presente, cosicchè quelli che in addesso contribuiscono un cento, „dovranno esborsare un cento cinquanta. Quelli poi che possedono Fondi e „case non forniti di tali distinte prerogative, soggiacceranno nell' accresci„mento della quinta parte dell' aggravio che soffrono in adesso. Tutti li „Pensionati dalli fiorini 101 sino alli 999 saranno aggravati di un cinque per „cento, e quelli poi che oltrepassano li 1000 fiorini d' assegnamento, sottosta„ranno all' aggravio del dieci. Le altre classi poi di persone, come gli avvo„cati, medici, mercanti ed altri dovranno pagare alla publica cassa il dieci „per cento, calcolato sul totale de' loro proventi, e lo stesso pur anche „viene stabilito riguardo alle diverse categorie degli artisti. Tali essendo le „varie modificate proposizioni di questo Dono gratuito, credesi che il suo „totale per un conto di approssimazione possa giungere alla somma di 16 mil„lioni di fiorini."

[705]) Foscarini. 29. Mai 1779. „Cessato in ora il motivo di estraordi„narj dispendj, mercè la ristabilita tranquillità, ha voluto questa Sovrana „seguendo gl' impulsi dell' animo suo clementissimo, confortare l' universale „di questi sudditi, esentandoli dal restante esborso della nuova contribuzione „denominata Dono Gratuito, che doveva per intiero essere corrisposta al „termine di tre mesi in tre mesi, per il che avendosi da ognuno supplito per „la propria tangente alle due rate di già scadute, resteranno per ciò esenti „per l' avvenire dalla corrisponsione dell' altre due, che mancarebbero per „giungere al termine di quest' anno."

[706]) Foscarini. 19. Juni 1779. „Una delle cose sin' ora deliberate da „questo Dipartimento di Finanze, fù quella di sospendere tanto ne' Stati di „Fiandra che in quelli dell' Italia gl' imprestiti che per motivo della guerra „si erano colà aperti per conto della Corte, e da questa Banca non meno „che dalle altre di Boemia e di Ungheria, che avevano accresciuti li loro „interessi sino al quattro e mezzo per cento, onde rendere più affluente il „concorso del denaro, sono stati ribassati al tre e mezzo per cento."

[707]) A. d. Fin.-Min.

[708]) 17. Juni 1765. Fin. Min.

[709]) Handbillete an Rudolph Chotek und Andler vom 14. Mai 1765.

[710]) Handbillet an Rudolph Chotek vom 14. Juni 1765.

[711]) Renier. 26. April 1766.

[712]) Handbillet Josephs an Chotek vom 19. April 1766. Fin. Min. „Nach „dem Ich alles reifflich überleget, so bestätige hiermit ausdrücklich die bereits „ergangene Verbotsgesetze, welches auch denen Länderstellen bekannt zu machen ist. „Zugleich richte Meine Sorgfalt auf alle mögliche innländische Verbeßerungen. „Und da solches ohne vollständige Käntniß der Umstände nicht geschehen kan, so „habe beschloßen, einige dem Werck gewachsene in die Länder abzuschicken, und „durch diese alle Nachrichten in loco einziehen zu laßen, welche in alle Gegen„stände der Staatswirthschaft einschlagen. Es hat also die Hofkanzley und der

„Commercienrath mir ihr Gutachten baldmöglichst heraufzugeben, nach welchen „Maßregeln und durch wen diese Untersuchung vorzunehmen seye."

[713]) Kaiserliche Entschließung vom 31. Dez. 1768. In Zinzendorfs handschriftlicher Biographie.

[714]) Hock. 93.

[715]) Kaiserliche Entschließung auf den Vortrag des Grafen Kolowrat vom 22. Juni 1772. Fin. Min. „Ist sich gegenwärtig zu halten, daß die Verbott-An„ordnungen weder zu weit zu treiben, eben so wenig aber allgemein davon abzu„gehen seye. Die nebenfindige Anmerkungen können die Leitung geben, wie diese „Verbotte, die bisher vielleicht zu weit erstrecket worden, in dem rechten Maaß zu „bestimmen. Ich theile solche dem Commercienrath zu dem Ende mit, auf daß „selber nach diesen Grundsätzen alle dermalen einzuführen verbottene Waaren-Capi „mit Einvernehmung der betreffenden Länderstellen beurtheile, und sodann von „Zeit zu Zeit in Ansehung einer jeden Waarengattung die Wohlmeinung eröffnen, „ob und in wie weit das Verbott aufzuheben oder beyzubehalten seye? Bis dahin „ist von der bisherigen Beobachtung nicht abzugehen, folglich ist auch über die „ertheilenden Pässe meine Einwilligung ferners einzuholen."

[716]) Vortrag des Hofcommerzienrathes vom 5. Oct. 1772.

[717]) Protocollum über die außerordentliche Sitzungen des Commerzienrathes am 11. 12. 18. und 19. May 1773 wegen Aufhebung oder Mäßigung der Einfuhrsverbote fremder Waaren in die k. k. Erblande.

[718]) Denkschrift des Kaisers vom 11. Febr. 1774.

[719]) Erlaß an die Landesbehörden vom 14. Oct. 1774.

[720]) Referat des Staatskanzlers vom 30. März 1774.

[721]) Vom 7. April 1774.

[722]) Hock. 94.

[723]) Josephs Denkschrift für Leopold. 1768.

[724]) Seite 387.

[725]) Vortrag des Grafen Leopold Kolowrat vom 27. Juli 1776. Fin.-Min.

[726]) Handbillet an Rudolph Chotek. 13. März 1771.

[727]) Geusau, Geschichte der Stiftungen. 1803. S. 288.

[728]) Decret an die ungarische Hofkammer vom 25. Sept. 1779.

[729]) Foscarini. 13. Sept. 1777. „La continuata attenzione, che si presta „in Vienna per estendere quanto è possibile il commercio Austriaco, e per „tentare qualunque strada che possi accrescerlo in confronto delle altre „nazioni, rende in addesso la Corte assai persuasa di alcuni nuovi proggetti „che riguardano la navigazione del Danubio, e la introduzione di molti generi „si dell' Austria come molto più dell' Ungaria, in varie parti dell' Asia, nei „modi però, che possano dar concorrenza a quelli che colà giungono da varie „altre parti dell' Europa. Se tuttavia si riconoscono lusinghevoli questi vas„tissimi oggetti, non trascura questa Corte la riflessione degli impedimenti „fisici e morali che ci si oppongono, e se li primi potrebbero forse vincersi

„con grandi e dispendiose operazioni lungo il fiume stesso, le leggi però che „la Casa d' Austria si impose a se stessa con il trattato di commercio alla „pace di Passarowitz, confermato pienamente a quella di Belgrado, gli levano „l' arbitrio di uscire dal Danubio con le proprie imbarcazioni, senza di otten„nere un nuovo e non facile maneggio alla Porta Ottomana. Questa però si „pretende in oggi essere la intenzione della Corte di Vienna, la quale frat„tanto eccitta li principali Negozianti ne' suoi stati di concorrere uniti con li „proprj Capitali all' incaminamento di questa Navigazione sul Danubio da „lungo tempo, e nella massima parte negletta. Egli è certo che a quest' ora „alcuni Capitalisti hanno depositato in questa Publica Banca molte rilevanti „somme a titolo di società da formarsi, e dipendente da quelle leggi e pre„cetti che gli verranno addattate direttamente da questi Sovrani."

[730]) Referat vom 21. Juni 1777.

[731]) Contarini. 22. Sept. 1777.

[732]) Referat vom 10. April 1764.

[733]) Auf das Referat vom 20. Jänner 1765.

[734]) Referat vom 21. März 1765.

[735]) Joseph an Maria Thereſia. 17. Mai 1775.

[736]) Contarini. 22. Sept. 1777. „E giunto a Vienna in questa setti„mana un grosso vascello mercantile fabbricato in Croazia e appartenente „alla nobile famiglia Battiani, che si lusinga di ottenere per proprio conto „un diretto commercio con Fiume, e per la via della navigazione discendendo „e rimontando li tre fiumi sino al Danubio, e con maggiori facilità di quelle „che fino ad ora incontrarono quelli che ne hanno tentato un simile esperi„mento. Egli è vero che questo vascello è il maggiore che abbia rimontato „il Danubio, e il di cui carico è formato di merci più orientali che della „Nazione. Ma resterà sempre a vedersi se il proffitto regga al confronto del „sommo dispendio, e necessariamente deve soffrire la qualità e la lunghezza „di questo viaggio."

[737]) Voriger Bericht. „. . . accolgono volontieri tutte le occasioni di nuovi „progetti, ma con la stessa facilità ne abbandonano la continuazione dopo „averne esperimentato le prove."

[738]) Erizzo. 19. Dez. 1761. „Questa Corte è già pentita delle molte „spese sofferte per ridurre quel porto di Trieste commerciabile, e già da „molti se ne dispera, riconoscendosi senza Capitalisti e senza sufficienti pro„dotti e manifatture, onde sostenere li cambij, e quello inoltre che si rende „più riflessibile, mancante di soggetti capaci a produrre quei avvantaggiosi „cambiamenti, dei quali puo essere suscettibile. L' Imperatrice istessa, Sovrana „di una non commune capacità, ed attenta, per quanto le è possibile, a „migliorare le cose sue, non lasciando alcune volte di aprirsi, conviene dello „stato infelice del suo commercio in quel Porto. Essa mi onorò pure di „tenermene discorso con sensi conformi, soggiungendomi che disgraziatamente „per lei la Republica non haveva ragione d' esser gelosa di quel suo com„mercio."

[739]) Renier. 28. Dez. 1765.

[740]) Renier. 11. Jänner 1766.

[741]) Renier. 30. Juli 1768. „Li fatti bilancij dalli Direttori del com-„mercio di Trieste sostenuto in parte dalli danari della stessa Imperatrice „Regina, diedero a conoscere li riportati vantaggi di quelli che colà azzar-„darono li Capitali lor proprij, ed affine di attirare de' nuovi Mercanti Capi-„talisti, si fece con il mezzo della stampa publicarne i profitti. . .“

[742]) Zinzendorfs Selbstbiographie.

[743]) Contarini. 16. März 1776. „Li continuati pensieri che si donano „qui agl' argomenti di commercio ed alla scelta di soggetti, che più degl' altri „potessero rendersi utili a questo oggetto, producono sempre delli cambia-„menti di massime, di modalità e di persone nella lusinga di migliorare gli „effetti di vantaggio alla Nazione e all' Erario. Consequenza di ciò è anche „quella della mutazione del Governatore in Trieste, al quale carico è stato „destinato in addesso il Co. Zinzendorf, Comendatore Teutonico, e che partirà „fra poco, rilevando l' attuale Co. di Lamberg. Il soggetto che viene spedito, „ha viaggiato per dieci anni continui tutta l' Europa a spese di questa Corte, „e si pretende munito di tutte le grandi cognizioni che si esiggono nel vasto „dipartimento del commercio. Quanto tuttavia possa essere ripieno di istru-„zioni e di esperienza lo stesso soggetto, a cui è discesa la Imperatrice di „aumentare anche li stipendj, si può non ostante prevedere inutile la lusinga „di rendere florido quel Porto, a cui oltre le naturali e solide ressistenze vi „si aggiungono quelle delle novità addottate e favorevoli piuttosto al porto „di Fiume, per cui . . . è assai animata tutta la Nazione Ungharese, di ren-„derne meno difficili le communicazioni per approfittarsi utilmente di quella „porzione di Austriaco Litorale. Qualunque abbia ad essere il vantaggio della „Ungheria, certa cosa è che un massimo discapito dovrà sentire il porto di „Trieste, ne possono bastare le cognizioni e li talenti del nuovo Governatore „per impedirne le consequenze. Ciò prova in primo luogo la imperfezione „anche de' nuovi regolamenti, e fa supponere nello stesso tempo ragionevole „forse un qualche altro cambiamento dietro alli consigli dell' eletto Governa-„tore, e doppoche egli si troverà nell' esercizio del proprio carico.“

[744]) Zinzendorfs Selbstbiographie.

[745]) Belgiojoso an Kaunitz. London, 1. Nov. 1774.

[746]) Referat vom 26. März 1776.

[747]) Vortrag vom 22. März 1776.

[748]) Berichte des Geschäftsträgers von Lebzeltern in Lissabon vom April und Mai 1776.

[749]) Referat vom 25. März 1776.

[750]) Referat vom 26. März 1776.

[751]) Tagebuch der Reise des kais. kön. Schiffes Joseph und Theresia nach den neuen österreichischen Pflanzorten in Asia und Afrika. Von Nicolaus Fontana, gewesenen Schiffswundarzt, an Herrn Brambilla, Leibwundarzt Sr. Majestät des

Kaiſers, und Protochirurgus der k. Armeen. Aus der italiäniſchen Handſchrift überſetzt von Joſeph Eyerel. Deſſau und Leipzig, 1782.

[752]) Graf Karl Proli an Kaunitz, 18. Oct. 1776. Kaunitz an Maria Thereſia, 31. Oct. 1776.

[753]) Nach dem „Tagebuche" geſchah dieß am 6. Sept.

[754]) Proli an Kaunitz. Antwerpen, 10. Mai 1778.

[755]) Referat vom 30. Mai 1778.

[756]) Mit den Worten der Kaiſerin: „la chancellerie d'Autriche ne trouve „rien à ajouter, aprouve le tout".

[657]) Bolts an Kaunitz. Goga dans le golfe de Cambaye ce 28 octobre 1777.

[758]) Bolts nennt ihn Mafumo.

[759]) Die in engliſcher Sprache abgefaßten, auf Pergament geſchriebenen, mit Mohaar Capell, Rajah von Tembe, dann mit Chibanzaan Matola, Rajah von Mafumo abgeſchloſſenen und von dieſen Negerfürſten mit arabiſchen Schriftzeichen unterſchriebenen Verträge befinden ſich im Staatsarchive. Sie liegen bei dem Vortrage des Fürſten Kaunitz an die Kaiſerin vom 27. Nov. 1778.

[760]) Referat vom 27. Nov. 1778.

[761]) Referate des Staatskanzlers vom 10. März und 8. Mai 1779.

[762]) Referat des Staatskanzlers vom 1. Juni 1779.

[763]) Referate des Staatskanzlers vom 5. Aug. und 18. Nov. 1779.

[764]) Nota, die Proliſche Briefe und Vorſchläge betreffend. 20. Mai 1779.

[765]) Großherzog Leopold an Maria Thereſia. 3. und 15. Juli 1779.

[766]) Referat des Staatskanzlers vom 30. Aug. 1779.

[767]) Reſolution der Kaiſerin auf den Vortrag des Staatskanzlers vom 25. Sept. 1779. Und auf das den gleichen Gegenſtand betreffende Referat des Füſten Kaunitz vom 6. Jänner 1780 ſchrieb Maria Thereſia mit eigener Hand: „j'aprouve en tout la proposition du prince pour mettre en train cette affaire „(qui) si elle reuissit, auroit tant d'avantages qu'on vous devra encore. pourvue „que de la cour on ne pense a demander des avances ou en argent ou „mineraux".

[768]) Reſolution der Kaiſerin auf den Vortrag des Staatskanzlers vom 15. Febr. 1780.

[769]) Referat vom 15. April 1780.

[770]) Aufſatz des Kaiſers vom 18. April 1780.

[771]) Vortrag vom 22. April 1780.

[772]) „proli ayant expédié sans octroy un vaisseau a la chine qui en „est meme revenu, il peut également en expedier d'autres sous les avantages „du pavillon et les lettres de marques usitées. quant à l'octroy même, je „ne conte pas l'accorder jusqu'à ce que j'ai des nouvelles de bolts, ou qu'au „moins les deux battimens qu'on assure etre en route pour revenir, soient „arrivez, et qu'on aprene par eux quelque chose de plus positive des affaires „et du sejour de bolts."

[773]) Vortrag des Staatskanzlers vom 12. Oct. 1780.

[774]) Vortrag vom 22. Oct. 1780.

[775]) Note des däniſchen Geſandten Grafen Bachoff an Kaunitz. 6. Dez. 1779.

[776]) Antwort an Bachoff. 9. Dez. 1779.

[777]) Briefwechſel Joſephs mit Leopold. Bd. I.

[778]) VII. 185.

[779]) VII. 213.

[780]) „aucune recomendation de la part de ma famille ou des gens de „la cour vous devez accepter, en déclarant nettement, que vous avez la dé- „fense de moy, et que sans ma signature vous n'osez rien accepter ni pro- „poser; il faut vous delivrer de ces importunitez. . .“

[781]) 22. Jänner 1773. Cab.-Arch.

[782]) Lieutenant Baron d'Aiquebelle.

[783]) VII. 186.

[784]) Vom 11. Sept. 1767. Cab.-Arch.

[785]) Auf deſſen Bericht vom 17. Jänner 1768. Cab.-Arch.

[786]) Hauptmann von Ritterſtein vom Regimente Löwenſtein.

[787]) O'Sullivan.

[788]) Als Antwort auf deſſen Bericht vom 5. Jänner 1771.

[789]) „perlas at été chez moi, me déclarant que son fils n'étoit plus en „état de servir; il veut revendre sa charge pour 15000 f., ce qu'elle lui at „coutée, ou garder sa vie durante en pention les gages dont jouit son fils. „vous savez que le vieux, mais encore plus le grand-Père ont des grandes „merites devers ma maison, que je conte donc leurs faire des graces quand „je peux, le leurs devant meme, si c'étoit une occasion.“

[790]) Bericht Lacy's vom 16. Sept. Cab.-Arch.

[791]) Lacy an Maria Thereſia. 3. Dez. 1767. Cab.-Arch.

[792]) Wolf, Fürſtin Eleonore Liechtenſtein. S. 57.

[793]) „Wie ſehr mir die Allerhöchſte Ungnade ſeiner Majeſtät der Kayſerinn „zu gemüthe gehet und bis in das innerſte betrübet, bin nicht fähig genugſamben „auszudrücken. Nehme derohalben meine zuflucht zu E. E., Erſuchend mich ſeiner „Majeſtäten unterthänigſt zu füſſen zu legen und gehorſambſt bittend, meinen „begangenen fehler gnädigſt zu verzeihen, welcher zwar nicht ſo gros als man „Selben Seinen Majeſtäten hinterbracht, dennoch aber mich nicht entſchuldiget, „gefehlet zu haben, und umb Gnade zu bitten.“

„Mein ſeith 23 Jahren, ſo ich in Dienſten ſtehe, ſtäts gehabte Ehrliche „gedenckungsarth und in allen gelegenheiten gezeigtes wahres attachement vor „meine gnädigſte Souverainin iſt E. E. genugſamben bekannt, damit dieſelben ſich „ſelbſten vorſtellen können, wie ſehr mich die durch meinen fehler zugezogene Ungnad „ſchmertzet und mir es reprochire. derohalben nicht zu zweyffeln ſeyn wird, das „alles erdenckliche machen werde, umb in zukunfft mir der Gnade würdig zu „machen, dann anſonſten mir nicht möglichen wäre, lebenslanglich vor augen ſeiner

„Majeſtäten zu zeigen. Gewärtige alſo von E. E. mein lebenslängliche Glück oder „oder imerwehrendes Unglück." „Gehorſambſter diener
Carl fürſt zu Liechtenſtein."

[794]) Maria Thereſia an Lacy. Eigenhändig. s. d. 9. Jänner 1771.

„charles de la meilleure grace s'est soumis sans plus parler de papier „ou quitter. je vous avoue, cela me fait grand plaisir. j'en ais dabord donnée „part a l'Empereur a la comœdie; donnez en part au bon Patriarche de la „famille, le prince françois."

[795]) 23. Aug. 1772. „cela est très-bien écrit, j'espère qu'il agira de „même. ce poste est le seul ou il y a de l'espérance; pour cela je suis „fachée que le vieux oncle ne vit plus et ma bonne comtesse Paar."

[796]) 21. Dez. 1770. „la discretion dans votre place n'est pas en regle, „vous devez pousser et proposer les sujets de preference aux autres que vous „trouvez les plus capables et pour mettre l'emulation qui est l'ame du metier, „car avancer comme dans les écoles, ne fait ni bien ni honneur."

[797]) Vom 18. Dez. 1768. Cab.-Arch.

[798]) Lacy's Bericht vom 3. Jänner 1769. Cab.-Arch.

[799]) „finissez ce procès. j'avoue, le cœur me saigne qu'on rend tant „des personnes par des accusateurs si malheureux. le meilleur est sa jubilation „avec ces gages entierres et 1000 f. pour son voyage et squalorem carceris. „qui at dont etoit ces accusateurs? je sais que pour votre personne vous „n'avez put le dissimuler." Antwort der Kaiſerin auf Lacy's Bericht vom 22. Jänner 1773. Cab.-Arch.

[800]) „spatseck est coupable chez moi, ayant osée offrir de l'argent à „son chef et faire des accusation d'un autre coté. je suis toujours pour éclaicir „les choses, la calomnie étant asteur le vice qui regne au plus haut degré, „si bien que tout chef est bien exposée à se voir traversée dans ces meil-„leures operations. je croirois donc de comuniquer à harsch toutes les griefes „contre lui, de le condamner ou l'absoudre; restant en doute, c'est lui faire „plus de tord, et c'est le seul moyens d'etre servit bien et de conserver les „honnets gens." Antwort der Kaiſerin auf Lacy's Bericht vom 20. Mai 1767. Cab.-Arch.

[801]) Am 29. Jänner 1769. Cab.-Arch.

[802]) „je suis malheureuse de m'expliquer si mal. faite venir steinmetz „ou non, tout m'est indiférent. j'ai crut par là faire réparation à la commis-„sion et sauver un bon officier; il dépend donc de vous entierement de le „faire venir ou rester. harsch ni aucune autre information n'entre en rien; je „n'ais voulue parler à neny que demain de lui, pour le préparer à son sort „et le lui faire suporter le mieux que je puis, ayant des billiets de moi et „de feu mon adorable maitre, qui l'assurent de notre éternelle [illegible]: „voilà le cas."

„je n'espère pas qu'il s'en avise, alors vous devriez pa-
„personne, mais celle que vous représenté. etant sure de me
„pour vous, pourquoi prendre de l'humeur? c'est que vou

„justice que je suis votre meilleure amie, et que je ne peux pas vous donner „une marque plus réel que de continuer à vous dire ce qui me plaît ou non, „et de vous tenir exactement la condition de vous parler sincerement sur „tout ce qui peut me revenir de vous."

803) „vous n'avez jamais besoing de vous expliquer sur un manque „ou negligence dans le service vis-à-vis de moi, mais on peut manquer aussi „par trop de zele et rigeur en executant ces devoirs. l'humanité exige beau- „coup de condescendance; je me suis trouvée très-bien d'en agir ainsi, car „tout le monde at fait plus par affection que par le stricte devoir. si les gens „sont contents, ils font le double, s'ils craignent, ils ne font que leur stricte „devoir. faite de steinmetz et de harsch selon les regles de notre service, je „ne m'en mele plus et vous réponds qu'on ne me prononcera plus leurs noms."

804) Maria Thereſia an Lacy. Ganz eigenhändig. Undatirt.

„avant tout ordonnée d'abord le rappel de steinmetz pour satisfaction à „la commission, si vous trouvez après convenir ici de le faire responsable, „cela dépendra de vous. je dois vous parler avec cette sincérité et confiance „que je suis accoutumée et dont je me suis trouvée toujours si bien. je trouve „une grande animosité de part et d'autre et qui augmente toujours, puisqu'on „ne s'explique pas. je n'ais jamais scut que la comition etoit ordonnée de „conduire des ouvrages de la fortification, qui se font comme toujours par „l'ingénieur après les plans resolue. je l'ai crut uniquement pour éclaircir et „finir les demelez entre les vieux et les nouveaux entrepreneurs, et dans ce „cas ils ont tord de s'être ingéré dans la batie. la reponse est trop seche, „mais je conois steinmetz; il est comça et je serois pourtant fachée de le „perdre, n'en ayant pas trop de ce genre."

805) Lacy an Maria Thereſia. Ganz eigenhändig. 29. Jänner 1769.

„J'ai mille très-respectueuses graces à rendre à V. M de la bonté avec „laquelle Elle a daigné me communiquer les remarques et objections de la „chancellerie de Bohème contre l'ouvrage que V. M. m'avoit ordonné de faire „en faveur de l'introduction des cantons militaires."

„Je n'ai, à la vérité, encore faite que parcourir cette longue refutation „du Comte Choteck, mais je n'en ai pas moins vu assez distinctement que „les armes, dont il combat mon ouvrage, en tirant même personnellement sur „moi, sentent beaucoup moins les bonnes raisons qu'un envie décidée de faire „échouer un projet, qui à la vérité peut moins convenir à l'intérêt privé de „quelques particuliers, qui ont des terres considérables, qu'il ne conviendra au „service de V. M., et il se peut bien, que pour moi je me sois aussi mal „recommandé à M. le Chancellier, en m'addossant pour le bien du service de „V. M. le soin des affaires dont étoit chargé M. son frère."

„Enfin une affaire de cette importance pour le service de V. M., et si „peu à concillier avec la convenance des particuliers, ne peut être décidée que „par son autorité immédiate ou celle de Son conseil d'Etat, et ne doit être „envoyé aux autres dicastères que pour l'exécution."

„au reste j'aurai le bonheur de mettre à Ses pieds ma réponse dès „qu'elle sera prête, et elle ne sera rien moins que difficile.

„je ferai de même à l'egard de la notte du Maal Linden, en présentant „à V. M. mon petit avis là-dessus . . . .“

Eigenhändige Antwort der Kaiserin.

„je vous ai envoyée ce matin la pièce que vous m'avez demandée. je „vous dis claire mon sentiment sur votre representation, ce n'est pas une „décision. je vous dis seulement comme je regarde les affaires, et comme par „expérience j'ai vue reuissir les choses ou manquer en cédant un peu aux „défauts attachez à notre humanité, en se supportant les uns les autres, mais „il ne faut pas mettre les gens en contradiction ensemble; il n'y a que le „service qui en soufre. vous qui avez tout pour le grand, ne vous arretés „pas à la bagatelle ou chicanne, tranchés dans le grand et ne vous laissée „pas occuper des bagatelles des subalternes, qui à la long accablent et aigrissent „l'esprit et le rendent moins capable pour le grand. j'en peu mieux parler qu'une „autre, ajant faite cette expérience. je voudrois vous en epargner l'amertume „et eviter que vous n'y venez, pour me conserver votre secours dans le grand, „dont j'ai si grand besoing. Contez donc que je suis très-attentife et même „jalouse sur tout ce qui peut influer sur ce point dans les diférentes branches „du gouvernement. c'est la raison pourquoi je presse le reglement militaire, „les cantons, puisque de là die einzle einquartirung auff dem land doivent finir „etc. et encore d'autres points, qui tendent tous à mettre sur un pied ferme „et solide notre militaire, mais la base en doit etre qu'ils vivent pour défendre „et conserver les pais, mais pas à les aussaugen ou meme incomoder; ce „point est meme très-necessaire pour la discipline. Alle Kleinigkeiten, neben „wirthschafften, jurisdictionen, wan sie nicht persönlich sind, doivent en etre „separees entierement. je l'ais deja resolue l'année 1744 et encore depuis, das „in allen festungen, teütsch, ungarisch, italien, niederland alle gründe, accidenzien. „jurisdictionen, sie mögten denen comendanten, fortificatorio, artiglerie zugehören, „auffgehoben sein sollen. alle dise leüte haben ihren sold, wie in würthshaus leben „sollen. toutes ces jurisdictions particulières ne font que des procès, de l'ani„mosité, et perdre ce tems pour des affaires importantes, et ouvrir la porte „au desordre.“

„je vous demande indulgence pour toute cette seccatura; j'en étois „interompue 3 fois et ma tete n'est pas dans son assiete.“

[806]) „il faut etre viellit dans le metier de chicanne comme moy, pour „ne se decourager ou se facher. il y a 20 ans je ne l'aurois pas put le sup„porter non plus.“ Antwort auf Lacy's Bericht vom 25. April 1767, gleich den übrigen im Cab.-Arch.

[807]) Lacy an Maria Theresia. Ganz eigenhändig. 5. März 1773. Cab.-Arch.

„En remettant les incluses aux pieds de V. M., je ne saurais m'empecher „d'oser lui avouer avec autant de confiance que de profond respect, qu'il „n'a pu que m'être infiniment sensible de voir que le Comte de Kollowrat „par sa note ci-jointe, n'ait pas craint de donner à entendre à V. M., que les „arrangements que j'ai faits depuis que j'ai l'honneur d'être à la tête de Son „conseil de guerre, relativement à l'incorporation de Son commissariat, ne „sont point ce qu'il y a de mieux fait pour le bien de Son auguste service.

„Il y a actuellement trente années bien complettes que j'ai le bonheur de „servir V. M. et l'état, soit en guerre, soit en paix, soit l'épée, soit la plume „à la main. Elle sait mieux que personne, si les services que j'ai rendus dans „l'une et dans l'autre, ne sont pas des plus essentiels, et si je ne pourrais pas, „sur ce point, me rapporter aux suffrages même et des amis et des ennemis „de l'Etat. J'ignore les mérites de M. de Kollowrat, et s'il a rendu des „services à V. M., j'ignore encore de quelle importance ils peuvent être, mais „ce que je sais très-bien, c'est qu'il n'en saurait citer le même nombre d'années, „et je doute qu'il fut tenté, quant à leur qualité, de réclamer les mêmes „suffrages que moi. N'importe! et quelque puisse etre son tort, je n'en suis pas „moins prêt à le lui pardonner, avec la permission de V. M., d'autant plus „que l'objet dont il a traitté en cette occassion, est si étrange à ses connais„sances, qu'il ne saurait pas même en avoir la moindre sans un miracle extra„ordinaire. Mais ce qui m'a fait plus de peine et a dû me crever le cœur „surtout, c'est de voir aujourd'hui ma conduite exposée à la critique humil„liante d'un Référendaire, qui sous la signature de son chef ose hardiment „présenter les choses sous une face équivoque aux yeux même de V. M. „Qu'Elle me pardonne avec Sa bonté ordinaire cet épanchement naif, mais „respectueux de mon cœur sensible, auquel je ne pouvais refuser de se verser „à Ses pieds."

„Il ne me reste qu'une très-humble prière à faire encore à V. M: c'est „de daigner finir les choses par une souveraine décision de Sa part, de la „manière qu'Elle jugera le mieux convenir au bien de Son service, et d'y „ajouter pour moi la seule grace, de ne plus me mettre dans le cas de com„battre les sentimens de gens, qui ne peuvent avoir ni les mêmes vues que „moi, pour le bien de Son service, ni non plus la même sensibilité."

Eigenhändige Antwort der Kaiserin:

„les papiers que j'avois comuniquez à l'Emp., il les at envoyez circuler „au conseil d'état, sans que j'en ais scue quelque chose; les lui ayant re„demandé, voilà ce qui viens de m'envoier; je l'ais fais copier a la hate et „voila ce que j'ai ajoutée: über die haubt frage ersuche mich zu decidirn, welche „von beyden der Kayser die beste und nützlichste findet. j'avois envie de dire „autre chose, mais depuis quelque tems je suis fort sur mes gardes de dire „mon sentiment le premier pour cause."

„mais je suis bien fachée de vous avoir causée du chagrin par la „comunication des papiers de la chambre, qui doit selons leurs einsicht dire „leurs opinions. depuis qu'une chambre et des finances existent, les buchhaltereyen „etoient une partie essentiel de celle des finances. changer un pied generalle„ment adoptez et pratiquez, est une grande entreprise et trouve l'experience „et tout les emploiez contre. si ce n'etoit vous, jamais j'aurois seulement „pensée à ce changement. Kolobrat et tout ses emploiez sont donc très-excu„sables de n'avoir put y aquiescer. ils doivent parler selon leurs connaissances; „rien de personnel n'y entre; on n'attaque pas votre conduite; personne n'y „pense et je ne le suffrirois pas, mais on defens le r'enversement de tout le „systeme de finances et controle tenue jusqu'ici, et pouvez-vous trouver „mauvais à des gens imbue que de cela et confirmée par un usage d'une

„centaine d'années, d'autant plus que les charges augmentent journellement? „je vous suis obligée de m'avoir confié vos peines, que je sens doublement, „reconoissant vos fatigue incroiables pour mon service, et devant les augmenter „par des contradictions pareilles, ma confiance vous étant entierement due et „ne finira qu'avec mes tristes jours. mais je ne peux vous repondre de n'avoir „plus rien à combattre avec les gens en place; tant que l'humanité existera, „il y aura diférence des sentimens; c'est notre foiblesse, notre malice qui en „est cause. C'est un des grand ennuis et fatigue des chefs de ne se laisser „confondre ni morfondre, de choisir selon sa conscience et sans partialité „pour faire du bien et à l'état et à son plus qu'opprimé chef. il faut porter „et l'aider à pouvoir faire aller les choses communis viribus, autrement la chose „cloche dans les plus importantes parties. j'attens ce qu'on choisirat, et je me „flate que vous voudrois achever votre ouvrage, et ferme dans votre attache-„ment, duquel j'en ais tant des preuves, et sur lequel je conte, comme vous „pouvez conter sur ma reconnoissance et confiance."

[808]) VIII. 391. 605.

[809]) Maria Thereſia an Lacy. Eigenhändig. (s. d. 2. Febr. 1771.)

„vous pouvez remettre, si vous le voulez, cet ecrit à l'Emp. le raisonne-„ment est clair et fort et augmente encore plus mon eloignement à m'engager, „le trouvant impossible et nuisible; la monarchie seroit ébranlée, si non écrasée, „et l'Europe en feu."

[810]) 18. Febr. 1771. Cab.-Arch. „la lettre que je vous ai envoyée ce „matin de panin à gallizin, n'est que pour vous et pour savoir ce que vous „en pensez; c'est gallizin lui-même qui l'at confié a Kaunitz. l'Emp. presse „les arrangements militaires; les ordres pour la marche des regiments; surtout „de l'italie et des pais-bas il les presse les plus. je crois qu'on pourois attendre „les nouvelles de petersbourg, berlin et constantinople. la dislocation des „troupes en hongrie, je preferre celle qui reste plus vers ici et nullement celui „entre la teiss pour les maladies, inondations et rien pour vivre."

[811]) Maria Thereſia an Lacy. Eigenhändig. s. d. 24 Febr. 1771. Cab.-Arch.

„vous recevrois les ordres de comander les reg., mais pas leurs marche; „vous savez ce que j'en pense. voila la reponse qu'on donnera à galizin; je „l'ais approuvée parce qu'elle ne dit pas grande chose, que nous flatons comme „eux ont faite, que nous entrons dans leurs idée de n'exiger de médiation, „que j'ai toujours crains; man mögte an beeden ſeiten anſtoſſen, kein dank davor „haben, wohl aber les bonnes offices wegen obrescof und andere in künftiger „negotiation. j'espere que galizin ne gatera rien pour faire bien valoir nos „bonnes intentions, et que ce n'est qu'à notre grand regret que nous viendrons „à prendre des autres mesures. mais si cela est une fois, ce sera avec les „derniers efforts selon votre opinion. nous contons r'envoyer en meme tems „lobkowitz; dabord il me paroit que ces deux demonstrations doivent convaincre „la russie de nos sincères intentions. si après tout cela elle veut pousser encore „les choses plus loing la campagne qui vient, elle aura à faire avec nous. je „n'ais aucune dificulté que Galizin sait que je vous ais communiquée tout cela. „et qu'il sache mes vrais intentions, que vous pouriez mieux qu'un autre lui

„faire valoir, etant votre amis et ayant toute ma confiance et sachant comme „je pense. le secret inviolable est necessaire pour ici, que galizin tient sur ce „que vous lui dirois. s'il ne l'étoit capable, alors il vaudroit mieux de ne lui „dire rien."

[812]) Gradenigo. 9. Febr. 1771. „L' Imperatore nutrito dai timori e dalle „massime del Marescial Lacy, Presidente di guerra, ha sempre ostato sin' ora „alla risoluzione della Imperatrice Regina ed al consiglio del Principe di Kaunitz, „portato a dichiarare la guerra ai Russi, quando essi non vogliano prestarsi „alla Pace."

[813]) „la grande affaire me tient bien à cœur, mais sur tout l'honneteté „et droiture de nos procedez, qui ne combine avec l'envie d'avoir."

[814]) „si l'Emp. vous fait chercher demain, c'est sur mon insinuation; „il s'agit de s'expliquer clair et prendre un partis. il me coute de partager „avec les autres, mais s'il le faut deja, il n'y a qu'en pologne ou cela nous „conviens. la moldavie et valachie, malsains et ruiné comme ils sont, ne nous „convient. la servie et la bosnie, nous ne pouvons l'espérer autrement qu'en „le prenant par force aux turcs, ainsi un guerre, et à qui, a notre alliée; cela „n'est pas à imaginer seulement."

„seeger étant ici, il pourois peut-etre nous etre util de le questioner „sur le plus ou moins de ces frontierres. je vous prie de ne pas faire semblant „d'avoir lue la relation, ou que je vous ais prevenut en rien. elle suivra „demain avant 7 heure."

[815]) VIII. 380.

[816]) Lacy an Maria Thereſia. Eigenhändig. 28. April 1772. Cab.-Arch.

„Ci-joint retourne aux pieds de V. M. le papier que j'eus l'honneur de „recevoir hier matin de Ses mains. à mon retour chés moi j'y trouvai le „Bon Binder, venant de la part du P^ce^ Kaunitz, avec une carte à la main, „laquelle il compte envoyer incessamment par un courrier à Petersbourg. „Elle contient trois différentes propositions reculantes pour nous sur le partage „de la Pologne, pour en faire usage au cas que la Cour de Russie dût faire „difficulté de souscrire à la première proposition déjà faite de notre part à „ladite Cour et à celle de Berlin. Mon avis là-dessus a été, que s'il ne nous „importait pas absolument d'avoir dans ce partage une portion équivalente à „chacune de celles des deux autres Puissances, et qu'il nous suffit d'y avoir „seulement une part quelconque, je n'avais pour lors rien à dire aux nouvelles „propositions qu'on comptait leur faire. M. Binder dans la suite de notre „entretien m'a dit à peu près le contenu de la dépêche de Wanswieten; je ne „lui ai pas fait semblant d'en avoir connaissance; je l'avais cependant déjà „lu avant son arrivée. je lui ai seulement fait observer qu'il importe essen- „tiellement au Roy de Prusse non seulement de nous faire accroire que la „portion que nous avons demandée pour nous de la Pologne, est la plus forte „des trois, mais encore de l'exagérer le plus qu'il pourra, aux yeux de la „Russie, non que nous fussions effectivement les mieux partagés sur ce pied-là, „ni que le Roy de Prusse le croye ainsi, mais c'est qu'en nous faisant passer „pour tels dans l'esprit de la cour de Petersbourg, son but est de persuader

„presque pas, je ne peux donc lui servir de consolation. mon fils aime tout „ce qui lui appartient seul pour lui, sans partage. je ne l'ais voulu troubler „dans une chose si juste, et depuis la direction d'asteur je me suis éloignée „entièrement pour ne pas confondre les choses. je n'y traine que deux fois „par jour mon cœur opprimée et mes vieux osses. Prèchez à l'Emp., si vous „le voyez, de se ménager."

[821]) 1. Oct. 1771. Cab.-Arch. „je suis plus content de l'Emp., le fond „est bon, mais ces alentours sont mauvais, et il est trop peu appliquée et at „pour notre malheur trop de capacité".

[822]) 22. Dez. 1770. Cab.-Arch. „il veut être impénétrable, point de „faiblesse; c'est ainsi qu'il nomme le sentiment et l'amitié".

[823]) „vous saurois déjà l'accidens arrivé hier à l'Emp. cela fais fremir „d'autant plus, qu'il n'y a rien a faire. il soufre bravement et a très-mauvais „visage. je l'adore nonobstant qu'il me tourmante."

[824]) „ich bin erſtaunt über disen trait. je vous avoue, cela m'accable. „il m'en at parlé en me montrant le referat. je lui repond, je ne trouve pas „un grand merite que ried at donné a manger a la famille fürstemberg; ce „seroit a elle de le recompenser, ajant son poste en empire. il at mis toute „de suite la plume a la main et at ecrit comme de coutume sa resolution, „sans m'en parler ni me le faire voir. jugez combien je dois etre frapée de „cette citation, qui est d'autant plus choquante, que j'ai ajouté pendant qu'il „écrivoit: je ne veux pas mettre frain à votre générosité, et seroit fachée si „je lui faisoit tord. pas un mot de repons. vous ferois très-bien de faire une „nouvelle représentation, priant de me la comuniquer, ou comme vous vou- „drois. cela me rend plus que jamais circonspecte et douteuse."

[825]) Joſeph II. an Lacy. Eigenhändig. 17. Mai 1772. Cab.-Arch.

„Mon chere Marechall. la déraison prévaut. vous contremanderés les „officiers du General Staab, et le Royaume de la calotte comencera par un „Jésuite Géographe."

„vous ferés en outre coucher tout de suite deux patentes de Marechall „pour mon frère Ferdinand, et me les enverai demain à signer, S. M. vou- „lant après-demain les lui envoyer par un courier. o mundus, petrus currit, „sinamus eum currere; voilla une sentence de mes écoles; adieu."

„Joseph."

Gradenigo berichtet hierüber am 20. Juni 1772.

„Questa Corte pure prende misure eguali nella porzione che si è „ella destinata, e siccome in quella sua Truppa non vi è un Ufficiale In- „gegnere capace di levare il piano di quella parte che diverrà Austriaca, fù „spedito per questo sotto gli ordini del Sig. Generale Hadick il Matematico „Lisganich della Compagnia di Gesù con altri quattro padri Gesuiti, cinque „cadetti Ingegneri, tratti dalla Accademia Militare, ed un Uffiziale dello Stato „Maggiore. Da questo ordine si può dedurre la sicurezza del progetto."

[826]) 24. Nov. 1770. „pour écraser les Turcs en Europe et partager „leurs dépouilles."

827) Maria Thereſia an Lacy. 18. Jänner 1770. „. . . manquer en „quelque façon aux traités et à des gens qui seul dans l'europe les ont tenue „vis-à-vis de moi."

828) Joſeph II. an Lacy. Eigenhändig. 9. Febr. 1772.

„Mon chere Marechall. une reponse venue de Berlin m'engage a vous „faire cette question. que croyés-vous qui nous conviene le plus? de la mol„davie et Walachie, ou d'une portion en Pologne le long de nos frontières „en hongrie, qui equivale a la Pomerele, Prusse Polonoise et l'eveché de „Warmie, que le Roi de Prusse veut avoire. toujours notre lot sera mauvais. „mais nous ne pourrons avoir autre chose. si vous voulés penser là-dessus „et venir demain en négligé a 9 heure chés moi; nous en parlerons plus au „long. adieu; bon soir." „Joseph."

„ce 9 fevrier 1772."

829) 15. Jänner 1771. Cab. Arch. „il n'y a rien à ajouter à votre lettre „et vous menés la Plume aussi bien que l'Eppée. Adieu."

830) 2. März 1771. Cab. Arch. „je sais que la lenteur n'est pas le „défaut d'une ame aussi laborieuse et zélée que la vôtre."

831) 7. März 1771. „soyes mon maitre dans cet art et je tacherai de „vous faire honneur."

832) „Monsieur le Marechall. S. M. a qui j'ai présenté votre lettre. „reconaissant vos talens et vos merites, veut bien entrer en vos peines et vous „accorder le rang de Marechall du jour de votre nomination à la charge de „président de guerre. par conséquent vous voudrez bien faire changer votre „patente pour l'antidater à celle meme d'Aremberg et de Durlach, et dorena„vant n'en plus doner à quelconque de vos devanciers qui soit anterieur a „la votre. pour la petite guerre que vous nous faite au sujet des lettres écrites „à Laudhon et Hadig. je ne puis vous repondre autre chose que de ce que „l'amitié est comme le lien conjugall: il n'y faut point de jalousie. et une „tranquillité parfaite sur l'honneteté et sincerité reciproque en doit faire la „base. croyes que je manquerai moins à ceux-là qu'à l'aveugle penchant. et „que vous etes plus sure. quelque chose qu'il vous en puisse paroitre. de „mon amitié, qu'une femme le seroit de mon cœur. adieu; exigés-en des „preuves. et je suis pret à vous en doner en toutte occasion."

„Joseph Corr."

833) Vergl. hierüber die von Ebert herausgegebenen Briefe Gellerts — Leipzig 1828 — und deren Verwerthung in dem Buche von H. M. Richter: Geiſtesſtrömungen — Hamburg 1875 — S. 130.

834) Maria Thereſia an Laudon. 7. Dez. 1773. Im Beſitze des Freiherrn Ernſt von Laudon.

835) Die erſten ſehr intereſſanten Mittheilungen hierüber enthält das Werk des Freiherrn O'Byrn, Johann George Chevalier de Sacre. Dresden, 1876. S. 139—143.

836) 27. Febr. 1773. Cab. Arch.

837) 11. März 1773. Cab. Arch.

838) „laudhon sort de chez moi; il quitte le gouvernement, reste au „service. l'Emp. est venut avec lui pour m'informer et prevenir." Grabenigo aber berichtet hierüber am 13. März 1773: „Il sig. Generale Laudon, mal „contento delle forme che si tengono attualmente in questo servizio, aveva „dimandato in questi giorni col prettesto della propria salute la permissione „di dimettersi da ogni impiego e di ritirarsi dal servizio. La qualità della „perdita ha indotto Le Loro Maestà ad impiegare tutto il possibile per trat- „tenerlo, come è riuscito, e le qualità singolari di questo grande uomo mi „persuadono a rimarcarlo."

839) Maria Thereſia an Lacy. 15. Juli 1773. „j'ai vue laudhon, il m'at „fait peur, le trouvant si maigre; il dit d'avoir eut un mal de gorge."

840) Joſeph II. an Lacy. Eigenhändig. Cab.-Arch.

„je vous suis très-obligé, mon cher Marechall, pour le plan et la rela- „tion que vous m'avés envoyé de la bataille de Zenta. ce n'etoit pas un Fre- „dericque, ce Sultan, et elle n'etoit pas bien dificille à gagner".

„ce 5 Juilliet 1767." „Joseph."

841) 23. März 1769. Cab.-Arch.

842) VII. 219. 221. VIII. 180. 224.

843) „je vous suis obligée de la comunication. cela m'auroit fait „plaisir de vous avoir remis entierement la cavallerie, ce que je souhaitois „depuis longtems, et il m'en dit rien du tout. je suis asteur fort tranquille „et vous recommande cette cavallerie autant que le reste, elle at besoin de „votre direction et affection. Si vous aprouvez ce grand camp derier münchen- „dorfe, je suis contente, pourvue que c'est votre idée et que vous ne cedez „et vous pretez, seulement menagez dans ce camp votre santé. j'ai eu un „sensible plaisir; je me suis entretenue long tems de vous avec un vieux „soldat. tout ce qu'il m'a dite, quel plaisir d'entendre la vérité sans fard, sur- „tout si cela touche ces amis. il ne m'at rien apris de nouveau, mais bien „confirmée ce que je savois depuis longtems. il at servit 38 ans, ainsi il at „vue beaucoup et en juge bien."

„j'aurois souhaitée qu'à l'autre note il auroit mis un placet tout simple, „et souhaite qu'il tient exactement sa promesse."

844) 15. Mai 1769. Cab.-Arch.

845) Grabenigo. 31. Aug. 1771. „Il nuovo esercizio imaginato da questo „Presidente di guerra per la cavalleria, ha riuscito perfettamente ogni volta, „e la Truppa tanto a cavallo che a piedi ha corrisposto in modo che ha „contentato i conoscitori, e sorpreso quelli che non sono del mestiere."

846) Grabenigo. 8. Juni. „Questa Infanteria, accampata a Laxembourg, „ha terminato in jeri i di lui esercizj in faccia di questa Corte e di S. M. „l'Imperatore, il quale ha dimostrato sempre più in tutti li modi possibili „all' occasione i gradi del di lui interesse e passione per l'arte e per la „Truppa, con ammirazione e quasi sorpresa di questo Corpo Diplomatico e „di questa Nobiltà, che vi ha assistito ogni giorno."

„pour lui. On veut encore faire une tabelle pour l'avancement des généraux-„majors qui ne pouroient etre angeſtelt. on vient."

[853]) 6. Mai 1773. Cab.-Arch.

„avec joie j'ai vue vos caracterres, mais je les ais lue avec crainte, „que vous ne vous laissez aucun repos, meme en prenant medcine. en meme „tems que je vous preche, je vous envois ce cahier qu'il m'est revenut apres le „depart de l'Emp. et que je n'avois jamais vue devant; il n'apartenoit pas „au conseil d'etat. vous me dirois, sans vous en occuper ou encore moins ärgern, „ce que vous en pensez. je serois charmée qu'après les 10 heure le matin on „tient un billiet pret pour le camerbott, meme par renner, tirckheim, hauer „ou autre, qui vous voulez, qui me dit sincerement l'état de votre santé."

[854]) 9. Mai 1773. Cab.-Arch. „j'espère de savoir tout les jours de vos „nouvelles et souhaite de n'en recevoir que des bonnes."

[855]) Maria Thereſia an Lacy. Eigenhändig. Undatirt. Empfangen am 13. Mai 1773.

„ce billiet je l'ais trouvée dans mes papiers; il est encore du conseil „d'état. les nouvelles que j'ai eut tout les jours de vous, ne m'ont pas fait „beaucoup de plaisir. je vous prie de vous menager, c'est asteur le plus „grand service que vous pouvez rendre à l'état, et le plus agréable a votre „amie M. T. Mes enfants ici partagent bien ce sentimens avec moi. le prince „attens avec empressement l'instruction; il seroit bon que cela pris un fois „son train decidé. j'ai receu des nouvelles de bude de l'Emp., quelques „lignes, mais d'ayasas en at eut de Ketzkemet par une lettre particulière. ils „disent tous qu'ils se portent bien, mais soufrent du froid. Koch est content „sur le reg., mais je ne le suis pas de sa santé."

[856]) Lacy an Maria Thereſia. Neuwaldegg 28. Mai 1773. Eigenhändig.

„Pour l'état de ma santé, elle est toujours à peu près de même, et „aujourd'hui le crachement de sang est plus et plus fréquent. je crois que je „ferai mieux d'abandonner sérieusement les médicamens et de me tenir au „lait seul."

Antwort der Kaiſerin.

„je ne suis nullement contente de votre raport. j'étois tentée plusieurs „fois de vous envoier störck, mais je n'ose, ne sachant si vous le voulez voir „et coment. je me chargerois volontier de tout le blame, pourvue que vous „en soyez soulagée. j'avoue, je crois ces messieurs se trompent dans le prin-„cipe de votre mal."

[857]) „Dieu veuille que Franquet reuissit à tarir cette petite vaine qui „cause l'irritation. la poudre d'escargeau est une chose innocente, mais le „syrop, je ne le conois pas. je souhaite de bien bon cœur votre rétablissement."

[858]) Joſeph an Lacy. Undatirt. (reçu à Vienne le 24 may 1773). „changés „d'aire, allés prendre des eaus, et ne vous faite pas assassiner par des saignées „et des drogues."

[859]) Lacy an Maria Thereſia. Eigenhändig.

„Je ne sai coment S. M. l'Empereur est venu à savoir ma saignée „d'aujourd'hui, qui n'est qu'une saignée de précaution, mais ce monarque

„ayant daigné me venir voir, m'a d'abord en entrant proposé le voyage de „Pise. j'ai eu l'honneur de répondre à S. M., que ma santé n'etait pas actuel„lement en assés mauvais état pour avoir un besoin pressant de cette ressource, „mais qu'à la vérité j'avais pensé plus d'une fois qu'un climat doux me „ferait du bien, que j'avais consulté les médecins, et qu'ils étaient tous d'avis „que ce changement d'air ne pourrait que m'etre très-salutaire, mais que „néanmoins je n'avais jamais osé en faire la proposition, de crainte qu'elle „ne pût être indiscrette, et qu'elle ne soit hors de saison pour le service de „V. M., que d'ailleurs il n'était pas décidé que je ne pusse pas impunément „passer l'hyver ici, mais que, comme S. M. daignoit me proposer ce voyage, „je ne croyais pas pouvoir faire mieux que d'obeyr et de recevoir cet „ordre comme une grace spéciale de sa part; sur quoi ce monarque „m'a dit qu'il voulait en parler à V. M. j'ai répondu que je m'en remettais „avec soumission à ce qu'il jugerait à propos de faire, mais je n'ai eu „garde de songer ni à lui demander cette permission de m'ab„senter, **ni d'en dire un mot à V. M.**"

„Cependant si Elle aprouvait ce voyage comme l'Empereur, et qu'ainsi „je fusse sûr de pouvoir m'absenter avec le double agrément de V. M. et „de celui de ce monarque, j'en profiterai avec autant de reconnaissance que „de soumission, et tâcherai même de partir le plutot possible. mais dans ce „cas je ne pourrais me dispenser de supplier V. M. de vouloir bien joindre „à cette grâce celle d'accorder au Colonel Renner, qui est auprès de moi, la „permission de m'accompagner dans ce voyage. ce sera une nouvelle marque „de bonté qu'Elle m'accorderait, et un nouveau sujet de reconnoissance que „j'aurai à joindre à tant d'autres dont Elle a daigné me combler jusqu'ici et „que je n'oublierai de ma vie."

„au soir ce 29 7bre 1773." „Maurice Comte de Lacy."

860) Eigenhändige Antwort der Kaiserin.

„j'avoue, je suis extremement frapée du contenue de votre billiet par „la crainte que vous vous sentez plus mal, et alors j'aprouve tout ce que je „ne saurois ni conseiller ni trouver seulement tolerable. je n'ais jamais vue „un bon effet de tout ces voyages, et le désir même est deja un grand mal; „l'exemple de tillier, Koch, nieugeant en font foi; cette inquiétude intérieure „est un grand mal. j'avoue, je pense en philosophe sur la santé où je suis, „et quel médecin que j'aurois pris et choisit, etant en santé, me guerirat ou „achevera; si le bon Dieu veut me conserver, il éclairera et fera reuissir „les remedes, si non, ni lui ni un autre fairont rien, ni l'italie ni aucune „autre aire. voila comme je pense et suis très-tranquille, arrive ce qu'il „veut; mais il s'agit de vous conserver et ma philosophie ne s'étend pas si „loing; je serois meme inconsolable d'empecher ce que vous croyez vous „convenir. que je sais mauvais grée à l'Emp. par l'antipathie ou plutot „l'ennuis qui le tourmante toujours ici, de vous avoir fais venir cette idée! „coment se fairont toutes les affaires? cet ouvrage qui vous at tant coutée des „peines, croulera. dois-je encore survivre à ce revers? que mes jours sont „longs et tristes! faite ce que vous trouvez vous convenir, je souscris à tout,

„pourvu que vous vous conservez à moi. je ne ferois pas semblant de ce „billiet et contredirois un peu cette cruelle idée."

[861]) Maria Thereſia an Lacy. Eigenhändig.

„si cela ne vous incomode, je voudrois bien avoir le billiet que vous „m'avez ecrit sur votre voyage, ou je vous ai repondue. je vous le r'enver- „rois; je le souhaite pour voir si malheureusement, sans l'avoir relue, j'ai „donnée occasion à vous faire croire que j'étois d'accord sur ce voyage qui „me cause tant de chagrins."

(Von Lacy's Hand: empfangen den 14. October 1773.)

[862]) Lacy an Maria Thereſia. Eigenhändig. Purkersdorf, 14. October 1773.

„...j'ai mille très-humbles pardons à demander à V. M. de ne lui pas „avoir remis en main propre, pendant que j'étois à Ses pieds, les billets „qu'Elle a reçu de ma part par Madame de Vasques. le trouble où j'etais „dans un moment aussi accablant pour moi, que celui de rendre mes hom- „mages de congé, pour si longtems, à une Souveraine que j'ai servie et „adorée depuis trente ans, et que j'adorerai toute ma vie, ce trouble si „naturel et si legitime m'a tout fait oublier, et si V. M. avoit pu lire dans „mon âme, Elle y auroit vu des mouvemens bien différens de ma fisionomie „contrainte, et peut-être dignes de toutes les bontés et des grâces trop tou- „chantes dont Elle m'honnore dans les termes les plus flatteurs. Je La supplie „de croire que j'en sens vivement toute la force et toute la faveur, que je „ne parts qu'avec un cœur qui saigne de douleur et de reconnaissance, en „m'éloignant d'une Souveraine à qui ces sentimens sont si bien dûs dans „toute leur étendue, et qui, si je n'avais pas été de bonne foy persuadé sur „ce que S. M. l'Empereur vient me rapporter le lendemain de notre première „conversation de la part de V. M., qu'Elle agréait pleinement et sans réserve „une absence qui n'a que ma santé pour unique but, il ne me serait jamais „entré dans l'esprit de l'entreprendre. Voilà la pure et sincère vérité, sur „laquelle j'ose supplier V. M. de rendre justice à mon cœur, qui sera toujours „partout occupé de Ses boutés et de l'attachement pur et incorruptible, que „je lui ai voué jusqu'au dernier instant de ma vie."

[863]) „si vous etiez saisit en prenant congéz, je ne l'etois pas moins „et je crois que vous en avez vue des preuves incontestables. j'avoue que „je suis bien fachée de votre départ, et cela ne finira qu'en vous revoyant. „coment avez-vous put me rendre si peu de justice de croire que j'etois „d'accord, apres ce billiet que je vous renvois, qui parle claire que cette idée „n'etoit goutée de moi. je suis un peu r'assurée, l'ayant relue plusieurs fois; „je croiois d'avoir radotée. vous voudrois le recevoir avec celui-ci comme une „preuve de ma reconnaissance et amitié inaltérable. revenez pour le 13 de „may avec un visage, poitrine comme la mienne et tout sera bien et je ne „penserai plus aux peines que votre départ me cause, et que votre absence „me causera encore."

„votre amis bietrigſtein fais des grandes imprudences; il vend vos „chevaux, equipages, il congedie de vos domestiques, il jase et redouble mes „peines et les inconvenients de toute part. je conte lui parler clair un de ces

„jours, mais l'amendement n'est pas à espérer, la mauvaise coutume est trop „invétérée. le public est très-attentif à tout et tirre des conséquences très- „désagréables pour moi et l'état. pardonez moi cet envoi et ce sfogo de mon „cœur opprimée et de ma triste situation. le retour de cet homme sera bien „agreable pour moi. puisque j'aurois des vos nouvelles; je les souhaite bonnes. „cet envois est faite en secret, mercy et staremberg le savent seuls. croyez- „moi toujours votre bien affectionnée Marie Thérèse."

„broune est revenut, je lui trouve très-mauvais visage. ne pensez pas „beaucoup sur votre santé et ne consultez ni prenez de ces misérables „medecins de france."

[864]) Joseph II. an Lacy. Eigenhändig.

„Mon chere Marechall. j'ai eu le plaisir de voire par la peine que nous „avions mutuellement, à nous quitter, même pour quelques mois seulement, „que nous étions en vérité faits l'un pour l'autre. cette vérité est tellement „gravée dans mon esprit et dans mon cœur, qu'aucun raisonnement au monde „ne pourra m'en faire varier."

„je vous envoys cy-joint une petite instruction que j'ai vite fait coucher „pour celui que vous chargerés de l'usage du chifre. il y pourra voire tout „ce qu'il a à faire pour déchifrer et pour chifrer."

„adieu; je ne vous relancerai plus, quelque envie que j'en aurais. portés- „vous bien, pensés à moi et croyés-moi aussi désireux de votre retour que de „votre santé. je serai tousjours votre vrai ami Joseph."

„ce 14 8bre 1773."

[865]) Graf Patrik Neny an Mercy. „Bruxelles le 5 novembre 1773. . . „jusqu'ici nous ne savons que des choses assez générales sur l'affaire de M. le „maréchal de Lacy. J'ai observé depuis longtems, qu'il étoit parvenu à un „degré de pouvoir et d'autorité, qui n'admettait pas de choc, et c'est là le „principe de ce qui est arrivé. On ne peut sans injustice méconnaître en lui „de grands talens, une application incomparable et des connaissances profondes. „mais un sistème suivi de despotisme et une tendance bien développée à se „rendre le maître de toutes les affaires de la monarchie, avaient déjà produit „des innovations facheuses. Depuis trois ans nous étions ici dans le cas de „nous mettre continuellement sur la brèche pour le maintien du sistème de „notre gouvernement, et pour assurer les vrais intérêts de S. M; reste à voir „si nous serons desormais plus tranquilles à cet égard . . ."

[866]) Prinz Alberts Memoiren. Albertina.

„Il ne se passa au reste dans nos pays pendant ces deux années et „la suivante de remarquable qu'un evénement particulier, qui a fait grande „sensation à Vienne, et surtout dans le militaire autrichien. C'est celui de la „retraite du Maréchal Lacy, qui, ayant éprouvé quelques dégouts de „l'Empereur, résigna sa place de President du Conseil de guerre . . . . . La „connoissance de la supériorité des talens de ce Général, que l'Empereur avoit „été dans le cas de faire, et l'estime distinguée que la Souveraine lui accordoit. „non obstant qu'elle lui attribuoit en partie les principes de dureté que l'Em- „pereur avoit adopté, fit qu'ils furent extrêmement affectés de cette retraite.

„On craignoit même qu'il se laisseroit aller à écouter les propositions avan-„tageuses que l'on entendoit lui avoir été faites en cette occasion de la part „de la France. On employa donc tous les moyens possibles pour l'engager à „revenir, et il revint en effet, mais il ne reprit plus la présidence du conseil „de guerre, qui fut donnée an Maréchal de Hadick."

[867]) 4. Nov. 1773. Cab.-Arch.

[868]) Lacy an Joseph II. Undatirt. (Montpellier, 30. Nov. 1773. In Ziffern.)

„Je n'etais deja que trop informé, Sire, du bruit qui s'est répandu, et „des propos que l'on tient à l'occasion de mon voyage. Il parait que cela „est universel dans tous les états de V. M., et peut-être dans l'Europe en-„tière. Une femme de Paris, de la connaissance même de V. M. [c'est cette „Mad[e] Chauffrin*) qui fut, il y a quelques années à Vienne] a écrit à un de „ses amis ici, qu'on avait reçu la nouvelle que j'étais disgracié. J'ai vu cette „lettre, Sire, et j'en ai vu d'autres où l'on mande de l'armée, que l'on y en-„tend tenir à peu près le même langage avec toute sorte de raisonnemens et „de mauvais propos, tous contre moi, comme les apparences qui peuvent y „avoir donnée lieu. En effet mon départ précipité au milieu des réparations „qu'on voyait se faire dans mon logement, était propre à donner lieu au „public de former des conjectures à mes dépens; aussi n'en ai-je pas été sur-„pris. Mais V. M. voit que ce serait à moi comme seule partie souffrante, „de chercher à étouffer un bruit aussi disgracieux sur mon compte, et si je „ne l'ai pas fait, Sire, c'est que ma philosophie, fondée sur la netteté de ma „conscience, et sur la justice de V. M., m'a appris depuis longtems à mé-„priser les discours hazardés d'une multitude qui ne juge que par les événe-„ments des causes qu'elle ignore. C'est ensuite qu'il est au-dessus du pou-„voir d'un particulier, d'imposer silence à tout un public. Il n'y a, Sire, que „votre puissance souveraine qui puisse opérer cet effet, et c'était aussi pour „ne pas importuner indiscrètement les bontés de V. M., que je n'avais pas „cru oser y avoir recours. Mais sur ce qu'Elle daigne me marquer du dé-„plaisir qu'Elle ressent de tous ces mauvais propos, et de Ses grâcieux désirs „à y mettre fin, j'avoue que ce serait une nouvelle grâce qu'Elle me ferait, „que d'y employer un pouvoir que je n'ai point et qui ne réside qu'entre Ses „seules et augustes mains, si tant est qu'Elle juge digne de Sa bonté de „s'intéresser à ce point-là à une chose qui ne peut regarder que moi, car „V. M. ne saurait y avoir d'autres intérêts, Elle, à qui les raisonnemens „ignorans du vulgaire peuvent d'autant moins en imposer, que la verité lui „est connue, ainsi que ma façon de penser droite et pure, que je serai in-„capable de dissimuler jamais à V. M. Au reste je me remets de toute cette „affaire entièrement à ce que Sa très-haute sagacité jugera être ou ne pas „être convenable."

[869]) 28. Oct. 1773. „le conseill de guerre est devenue eine ſchwere „Cavallerie; l'on la porte, mais avec peine; votre tete et esprit manque à y

*) Geoffrin.

„doner l'impulsion; pourvue qu'il reste en equilibre et qu'il ne tombe pas, je „n'exigerai point qu'il danse avant votre retour."

[870]) 20. Nov. 1773. „les nouvelles de votre santé font plaisir à tous „ceux qui vous aiment et qui en même temps aiment le bien de l'état. jugés „par mon entousiasme pour son bien-être, et par l'amour-propre qui en est „presque inséparable, quelle joie que j'ai de vous savoire bien portant ..... „adieu; à revoir, la plume à la main, car je suis sure de l'Epée."

[871]) Undatirt. In Ziffern. „Je ne vous parle pas du conseil de guerre, „mais j'attends votre retour avec la plus grande impatience. les choses ne „vont pas et il vous faut nécessairement pour me délivrer de toutes les „Kowiziades qui me pèsent à mourir. A votre retour, mon cher ami, toutes „les choses s'arrangeront mieux qu'auparavant, croyés-le moi."

[872]) 10. Dez. 1773. „je ne suis pas content que vous ayés encore eu „un ressentiment de crachement de sang, quoique et vos nouvelles et celles du „Médecin soient entièrement rassurantes, et que cela n'a eu aucune mauvaise „suite. ménagés-vous bien et jouissés bien du bon climat, car nous aurons „grand besoin de vous, et que votre poitrine n'empeche pas votre tete à „travailler, comme tousjours, au bien de l'état .... je continue ma triste vie; „les odiosa ne me manquent pas, ils paroissent s'accroitre même à chaque „jour. revenés, mon chere Marechall et ami, et vous les diminuerés."

[873]) Maria Thereſia an Lacy. Eigenhändig.

„ce 20 Xbre (1773)."

„marechal lacy. vous (votre) lettre du 27 m'at fait plaisir et peine de „vous savoir encore incomodé et necessiteux de recourir a la faculté. votre „neveu qui at pris congé, m'assure que des lettres du 30 assurent votre par- „fait retablissement. personne ne le souhaite plus que moi, et si vous revenez „seulement gras et couleur des rose, je veux bien attendre la saison de spaa. „je ne vous dis plus rien sur le sujet de votre voyage qui m'at coutée cher, „et je m'en ressens tout les jours de plus, combien vous me manquez, quel- „qu'un où je puisse epancher mon cœur et demander conseil. j'ai recue ce „billiet il y a quelques jours; jugez de mon embaras. j'ai rejettée la chose „à la paix, voulant l'ignorer absolument. on s'est pretee des deux cotez, mais „n'est que platree; les choses sont venuts trop loing. par qui remplacer Kaunitz; „dans ma confiance personne, mais bien comme chancellier staremberg auroit „été le plus convenable, mais étant détesté par le maître, il ne faut l'exposer. „mercy ne l'acceptera pas, et il est aux moins si minutieux sur sa santé et „comodité comme Kaunitz. ce que vous me mandé sur les protocols qu'on „envois apres vous, je le trouve tres-naturel, et quelle depense que cela „entraine, s'il vous fixe dans votre poste et vous tient au faite, rien n'est de „trop. le public at extremement parlée sur votre départ; vous n'est pas un „personage indiferent; a cela s'est joints les dispositions dans votre maison: „on vous tenoit pour perdus; on comence asteur à penser autrement, la nomi- „nation de votre neveu, l'envois des papiers ont fait changer le tout. l'Emp. „parle partout avec une certaine considération et amitié de vous, et je le vois

„vraiement convaincu du besoing qu'il at de vous; je ne l'ai jamais trouvé „si bien sur ce point, mais je ne répond pas du retour; en attendant il ne „laisse rien désirer sur ce point."

„ma situation est de beaucoup empirée; elle est a un grade qu'elle „ne peut se soutenir ainsi. en 15 jours les gouvernement de galizie et la „direction ici de transylvanie, peut être du banat et de trieste seront donnée. „ne croyez pas que le billiet est sur la direction de la pologne; celle-ci est „déjà accordée, mais c'est sur tout le reste des departements de Kaunitz; je „vais tenter encore un derniere tentatife pour faire travailler l'Emp. en ordre; „il dit toujours et ne se plains que trop souvent de sa critique situation et „qu'il souhaiterois de faire le premier ministre. je ne demande pas mieux et „j'exigerois que lui-même range les affaires coment et avec qui il voudra; „nous verrons ce qui en résultera. je n'espere pas grande chose, mais je ten- „terois encore; il ne me reste que de me mettre et ranger alors avec vous „deux de bon coeur, si je n'aimois mes états et ne croiois de devoir tenter „tout avant que de prendre ce partis."

„on parle publiquement du voyage en France de l'Empereur; il en „avoit grand envie, il en at ecrit à Mercy; je ne sais ce qui en sera. j'avoue, „ce voyage est celui qui me déplait le plus."

„enfermée dans mon coing, je vois personne pour vous donner des „nouvelles. ma santé est meilleur que l'année passée, toute la famille se porte „de meme. j'attens a tout moment la delivrance de la grande-duchesse, et le „couple contant de presburg se portent aussi bien. voila tout mes nouvelles; „conoissant votre attachement, je vous le marque, en vous assurant toujours „de mon amitié, reconoissance et estime." „Marie Thérèse."

874) Maria Thereſia an Lacy.

„Vienne le 3 Janvier 1774."

„Marechal de Lacy.*) J'ai reçu par Pichler la lettre que vous m'avés „écrite le 30 de Nov. de l'année passée, et Je vous la renvoye avec toutes „les pièces qui en faisoient partie, pour vous tranquilliser entièrement sur „tous les cas qui pourroient en faire transpirer le secret; vous pouvez compter „qu'il vous sera gardé inviolablement. le meilleur seroit de bruler „le tout et toute ma correspondance, cela me mettera plus „a mon aise de parler clair et me deborder a mon vrais amis.**) „Au reste Je suis sensible, on ne sauroit plus, à cette nouvelle marque „de votre confiance, qui ne me fait que trop connoitre vos sentimens, dont „J'estime tant la droiture. Je serois seulement fachée si la correspondance „de l'Empereur, surtout en chiffres, vous donnoit trop d'occupation, quoi- „que Je suis bien aise de la confiance qu'il vous témoigne, et de l'embarras „qu'il fait paroitre, de remplir lui-meme le vuide que votre absence a laissé. „Je ne l'ai jamais trouvé si conséquent que dans Ses opérations relatives „à votre absence. Il ne veut se permettre aucun changement dans vos

*) Der erſte Theil dieſes Briefes iſt von Pichlers Hand.

**) Von der Kaiſerin eigenhändig eingeſchalteter Zuſatz.

„arrangemens, et comme (Je vous avoue) Je lui ai dernièrement proposé „par un trait de petite malice, de faire cesser une fois dans les rapports „du conseil de guerre ce loco Mülburg, il a reparti avec chaleur, que jus„qu'à votre retour il ne falloit toucher à rien de ce que vous aviés ordonné. „Vous sauriés bien imaginer, combien Je suis contente de ces sentiments „de mon fils, surtout parce que Je crois en pouvoir bien augurer pour „l'avenir, ce que Je souhaite vivement, aussi bien pour le bien de mon service „que pour votre satisfaction personnelle. Pour le présent Je n'exige de vous „que l'attention la plus scrupuleuse à tout ce qui concerne votre santé: ce „sera le service le plus important que vous sauriés me rendre dans ce „moment." *) „Marie Thérèse."

„au reste ma situation est des plus tristes en tout genre, étant isolée „de mes meilleurs handlanger. hadich restera contre l'opinion de l'Emp. en „galizzie, il vouloit l'avoir absolument ici, ce que je n'ais trouvé convenable. „wurm, qu'il vouloit avoir là, faira la besoigne ici ad interim, gardant sa „vice-présidence. l'Emp. compte partir d'ici la semaine de paques avec „nostiz, joseph coloredo, et cobenzel pour frybourg, nancy à paris; je ne „doute pas qu'il vous le marquera lui-même et qu'il vous citera a paris. „c'est sur ce point seul que je lui porte envie, et nullement sur les beautés „ou folie de cette capitale. je vous prie de n'en rien dire à personne, ni de „faire semblant que vous le savez de moi. l'Emp. fais consister la reuissite „de ce plan au grand secret, et il seroit capable de ne l'entreprendre, s'il „venoit d'éclater positivement sur le tems et la suite, car en général il n'en „at que trop parlé. c'est la nouvelle de la ville, et il at meme demandé a „rohan (j'avoue cela n'est pas conséquent) des conseils. vous avez vue le plan „que l'Emp. m'at laissée en partant, qui me mettoit en curatel, mais sou„haitant la retraite entière, cette curatelle n'at rien qui m'effarouche, au con„traire cela me mène tout doucement à cette but. je crois qu'on pourra „encore ranger quelque chose d'annalogue cet hyver, et peut-etre un change„ment au conseil d'état. les urbaires en boeme ne sont pas encore en train, „le gouverneur en transylvanie non plus, celui de trieste non plus; tout cela „doit etre l'ouvrage du carneval pour moi. comme calenberg sort de chez „mon fils, qui entreprendra ces voyages vers le 20 avril, comencant par les „pais-bas, je ne souhaite pas qu'ils se retrouvent, les deux frères, en chemins. „je voudrois le placer, calemberg, dans son métier; je n'ais pas trouvée de „plus convenable que de l'adjoindre au vieux leüzen **) ou en moravie, si „elrichshausen seroit placéz ailleurs, mais je crois le premier plus convenable. „j'en ais parlée à l'Emp.; à son ordinaire cela etoit rejetté entierement; je „ne conte pas demordre, si vous n'en est contraire. je suis obligée de le „placer couvenablement, l'ayant tirée de sa carrière qu'il at tant aimé; vous „me dirois donc sincerement ce que vous en pensez. en hongrie cela ne lui peut „convenir, ni aux pais bas."

*) Bis hieher von Pichlers Hand; die Unterschrift und alles Nachfolgende von derjenigen der Kaiserin.

**) Feldzeugmeister Freiherr von Lietzen.

„les russes ont finis la campagne en repassant le danube, prendre leurs „quartiers d'hyver. On at fait marcher à la plus grande hate 3 reg. de „pologne pour mettre ordre a une revolutions des cosaques a casan. il y en „a pres de 80m ensemble, qui pillent et devastent les contrées les plus voisins „et ont tuez plusieurs comandant et petites detachements des troupes. un „officier congédié est à leurs tete et se dit pierre 3. il n'y a que le manque „des troupes qui rendent ces incursions essentielles; on est fort allarmé à „petersbourg. vous saurois deja le présent que le favorit Orlow at osé faire à „l'Imp. le jour de st. catherine de ce grand diamant de hollande qu'elle „avoit souhaitée depuis longtems, mais lui eté trop cher. il at eut l'imper„tinence de l'acheter pour 400m rubles et le lui at presenté en don. on l'at „accepté et on en fait un sujet d'admiration et d'aprobation. j'avoue mon „premier mouvement m'at fais jetter la lettre sous la table en la lisant, ayant „honte de notre humanité et de la foiblesse de notre sexe. vous vous moquerois „dé ma fiereté; elle m'at bien servit dans ma jeunesse, et asteur, le pied dans „ma fosse, je ne suis susceptible que du bien-être et de ma reconnoissance „pour mes amis et mes fidels serviteurs, ministres ou même martyrs."

„je bavarde et vous prend des moments pretieux, mais ces moments „etoient pour moi, pour parler le thon du pais ou vous vous trouvez, délicieux; „gutt teütſch, vergnügte ſtunde."

„tout le monde souhaite la paix; personne ne veut parler le premier, „je crains que nous l'aurons pas encore cette année; tant pis. le pauvre mili„taire me parois comme orphelins; j'ai fermée ma porte et Keiner traut; tant „pis. trauen und glauben iſt doch das eintzige was in der welt haſt und vergnügt „macht. j'avoue, depuis que je possede galizien, ludomerien, j'ai honte de „moi-même."

„je vous envois des billiets de notre situation et vous en informerois „toujours en consequences des suites. le courier qui vous portera les papiers „immenses, vous pouvez le garder 8 ou 10 jours selon votre comodité; il „portera surement vos depeches a bruxelles et de là staremberg me les faira „avoir, il est pourtant entierement a votre disposition."

„après que eck at été nommé pour faire le voyage avec maximilien „selon votre choix, l'Emp. l'at changé tout d'un coup, en disant qu'il est trop „nécessaire pour l'arrangement de la milice en tyrol. entre nous, je ne crois „pas faisable cette idée du tout. l'Emp. veut mettre à sa place marliani; „j'avoue, ce n'est pas mon choix: cela reste encore indécis. pichler, à qui „j'ai fait copier deux billiets, vous les joindra; le mien n'est pas encore donnée „et ne le sera que quand je me resouderois sur les autres ouvrages. je „voudrois savoir de vos nouvelles de marseille, et aussi favorables que les „dernières de Montpellier. je vous recomande la moderation dans vos exer„cices et meme à la lecture ou expeditions. le grand point est votre santé; „a celui-ci tout le reste doit ceder, et le soing que vous en aurois, me con„vainccera de votre attachement. votre bien affnée Marie Thérèse."

875) Joſeph an Lacy. 18. Jänner 1774.

876) Joſeph an Lacy. 18., 22., 26. Jänner 1774.

877) Joſeph an Lacy. Eigenhändig. 4. März 1774. „. . . . . vous me „només des meaux que vous croyés incurable; heureusement qu'ils ne sont „pas dangereux et qu'ils ne peuvent etre que nuisible à la charge que vous „gerés. laissés moi le soin, mon chere ami, d'en juger, et tout faible que peu- „vent être vos yeux, vous en verrés moralement tousjours plus plus claire „qu'aucun autre. C'est tout ce qu'il me faut pour m'aider, pour me con- „seiller et pour me former. Je lirai pour vous, s'il le faut, et quant à la „mémoire, nous aurons des bons repertoirs, des protocolls, des Registratures, „des raporteurs qui auront foulliés dans les priora, et nous jugerons ensemble „les choses. voilla sincerement ma pensée et mon désir; vous êtes née pour „cette place et créé pour moi; ni pour l'une ni pour l'autre on peut trouver, „ni l'on doit même chercher à trouver un semblable. ainsi vivons, tant que „nous aurons à rester sur la terre, ensemble, à nous entre-aider mutuelle- „ment; voilla ma decision que mon cœur dicte et que ma raison aprouve. „je n'ai jamais varié et je ne varierai pas; en partant donc de ce point, pre- „nons alors tous les arrangemens possibles pour proportioner alors les choses „et l'ouvrage à nos forces; que je sois votre aide et votre soutien. vous seriés „incapable au milieu d'une attaque projetté et conduite par vous contre l'en- „nemi, au moment que l'afaire seroit le plus en train, de la quitter et de la „laisser achever par d'autres qui ne sauroient ni vos iddées, ni qui auroient „vos talens. Il en est de même dans tous les beaux arrangemens et dans tout „le bon ordre que vous avés établi, et le relief que vous avés seull par là „doné à notre armée et par conséquent à la monarchie, dont j'ai en mon „particulié participé, quoique sans mérite, de la réputation, tout tombe et „n'est pas encore assés consolidé, si vous ne continués à mener la barque. „vous aimés trop l'état, ceux qui sont à sa tête, et votre propre réputation. „pour ne pas sentir que vous devés, quelque difficille et désagréable que cela „puisse être, continuer dans cette carrière, et au moins assés de temps jus- „qu'à ce que les choses soient consolidés, ou que vous ayés formé quelqu'un „qui puisse vous remplacer; voilla mon dernier mot."

878) Lacy an Maria Thereſia. Paris, 17. April 1774.

879) Maria Thereſia an Lacy. Eigenhändig. Undatirt (1. Mai 1774).

„Marechal lacy. c'est votre amie plutot que la souvraine qui tache „d'entrer dans vos raisons en vous accordant le repos que vous venez de „demander a sa Majesté l'Emp. vous n'avez put ignorer notre confiance et „notre amitié pour vous; jugez combien nous en sommes affectez. il n'y a „que votre conservation seule qui nous determine à vous donner cette preuve „de notre complaisance, de vous dispenser de tout travail laborieux; mais „vous ne saurois refuser que votre personne nous soit d'autant plus attaché „en vous nomant notre ministre d'état et de conférence, sans exiger que vous „en remplissiez les charge, mais que vous vous conservez pour mon cher fils „à une occassion glorieuse, et à moi de tems en tems un fidel et attaché „conseiller dans mes tristes jours, auquel vous ne sauriez vous refuser. je „conte sur vos sentimens et suis votre affectionnée

Marie Thérèse."

880) Maria Thereſia an Lacy. Von Pichlers Hand, von der Kaiſerin unterzeichnet.

„Vienne le 2 may 1774."

„Marechal Comte de Lacy. Il seroit inutil de vous détailler l'effet que „votre lettre du 17 du passé a fait sur mon esprit; vous en sauriez mieux „juger par les sentimens que vous me connoissés à votre égard. Si je tiens „à la parole que je vous ai donnée à votre départ d'icy, de ne pas m'opposer „à votre projet de retraite, si vous en trouviés l'execution indispensable, ce „n'est que parce que Je prefere votre tranquillité et satisfaction à la mienne „propre, mais Je n'en sents pas moins la perte, que l'Etat et moi en parti- „culier fera par votre retraite. Soyés persuadé que Je regrette plus encore „le Comte de Lacy que le President de guerre. C'est déjà le destin de mes „tristes vieux jours, d'être en bute aux contre-tems, mais rien ne pourra jamais „me faire changer de sentimens pour ceux que J'estime et aime. Je n'entre „point dans ce que l'Empereur vous ecrira sur le parti que vous venés de „prendre, (vous trouverois aussi une lettre de moi qu'il at exigé)*), „et Je ne pretends pas même d'en être informée, mais J'espère que vous „rendrés toujours justice à ma façon de penser. Je suis charmée de tout ce „que vous me marqués sur l'accueil que ma fille vous a fait. Je ne me suis „jamais doutée qu'Elle partagera les sentiments qu'Elle me connoit pour vous, „(et que je nouris dans mes enfants). ils seront invariables, dans quel- „que situation que vous vous trouverés, et c'est à cet effet que Je vous „assure avec bien du plaisir de ma constante affection, non obstant votre „abandon." „Marie Thérèse."

881) Maria Thereſia an Mercy. 2. Mai 1774. II. 136.

882) Joſeph an Lacy. Eigenhändig.

„Le contenu de votre lettre que je viens de recevoire par le courier „mensuelle, mon chere Marechall, etoit d'une importance qui exigeoit d'etre „soumise aux yeux de Sa Majesté. C'est elle seule qui dans le point de „votre retraite de la direction du Conseill de guerre peut et doit guider „ma reponse. toutes mes armes sont emoussées; mon amitié, mes sentimens „à votre égard, la conviction du bien de l'état onts été employés en vain; „ce ne peut donc pas être à ces frêles moyens à idéer de nouveaux argu- „mens. vous vous declarés absolument incapable de reprendre, vue l'afoiblis- „sement de votre santé, les fonctions de Président du conseill de guerre. „Sa Majesté, qui conait votre zele, doit vous en croire, et sans une impossi- „bilité réellement physique il ne seroit pas possible qu'il se trouva changée „ou ralentie au point d'abandonner les grands ouvrages que vous avés „commencés en tout genre, et que votre retraite expose à l'abandon. vous „verrez donc par sa lettre cy-jointe, qu'elle vous accorde votre demande „aussi peu attendue que ce changement est pour moi, et autant de peine „qu'il me fait à me voir noircir ma vie par les plus singuliers guignons, je „me borne néamoins à souhaiter, desja que je n'ai plus le meilleur president

*) Die drei durchſchoſſenen Stellen ſind von der Kaiſerin eigenhändig eingeſchaltet.

„de guerre, qu'au moins le régime et la vie tranquille me conserve longues „années un ami utile, et qui, voulant bien m'ofrir sa vie pour m'aider dans „une journée à acquerir de la gloire, m'aide aussi de ses bons conseills et „de ses talens à en acquerir dans les tristes journées, qu'excédé de ma charge, „je passe a travailler pour le bien-être général. voilla, mon chere Marechall, „ou je vous sommerai souvent de votre parole, et c'est tout ce que je puis „vous en dire, quoique cella soit bien inférieur à ce que je sens. S. M. a „trouvé bon de faire venir dans quelque tems Hadig ici; il faudra tacher de „s'arranger comme on pourra."

„je ne vous envoys plus de protocolls; à quoi bon vous tourmenter de „leurs fatras?"

„votre voyage en Hollande et aux Pays-Bas ne soufre aucune dificulté."

„je souhaite que le séjour de Paris vous plaise; vous y plaisés fort, „à ce que m'écrit ma sœure. votre neveu Braun, le cadet, a été nomé collonell „en pied dans le Regiment de Stein où blonquet a quitté. adieu; ménagés „votre santé, et quoique votre retour ne soit plus si pressant ni si utile, „croyés qu'il ne m'en sera pas moins chère, étant sincerement de vos amis „et désireux de vous revoire."

„adieu, croyés-moi toujours votre affectioné ami

„ce 1 May 1774." Joseph."

„Je compte toujours sur vous pour les camps, et vous y trouverés „des chevaux."

[883]) VIII. 418. 419.

[884]) „Lieber Feldzeugmeister Laudon! Das billige Zutrauen, so Ich durch „so viele Proben in ihre persönliche Freundschaft und Einsicht habe, veranlasse: „mich Ihnen zu vertrauen und zu benachrichtigen, daß der Feldmarschall Lacy „wegen seiner geschwächten Gesundheit sich seit mehreren Monaten um die Ent- „hebung der Führung des Kriegs Præsidii sehnlichst und öftermalen gemeldet „hat; endlichen hat Ihro May. die Kayßerin ihme selbe anjetzo ertheilet. Diese „wichtige Veränderung wird Sie ohne Zweifel so wie mich verwundern, und da „die Besetzung dieses Departements keinen Verzug leidet, und Sie, so erwünschlich „als es gewesen wäre, einmal für allemal allen Dicasterialführungen entsaget „haben, so wuste ich keinen besseren Ihro May. vorzuschlagen als den General „Hadik, den Sie auch dazu begnehmiget und ihme davon einige vorläufige Nach- „richt zu geben geruhet hat. Sie kennen am besten die Nothwendigkeit und Wich- „tigkeit, unsere Armee in allen denjenigen Theilen, wo sie wahrlich noch zurück „ist, zu verbessern und sie dergestalten herzustellen, daß sie unseren mächtigen und „gefährlichen Nachbarn mit Vortheil Widerstand zu leisten im stande seye. Ich „verhoffe also und begehre aufrichtigst von Ihnen, die so billig das Vertrauen „des Gemeinen und Officiers sich zugezogen haben, daß Sie mir mit Rath und „That eifrigst an die Hand gehen, damit ein stabiles und solides System sowohl „in den Ländern bey denen Generalcommandis als bey der Hofstelle selbst fest „gesetzet werde, besonders aber auf die Formation der unterschiedlichen Truppen, „Manœuvrirungen, Abrichtung der Offiziers und Generals, so wie Meiner selbst „in das große, das Hauptabsehen einmal mit wahren Grundsätzen genommen und

„ausgeübet werde. Ich will Sie herzlich gerne mit den Commissariaticis, Oecono-
„micis und Montirungs Sachen nicht plagen. Da mir eigentlich nicht bekant ist
„die Zeit, wann General Hadik hier eintreffen und dieses neue Amt übernehmen
„werde, so kan Ich ihnen noch nicht die Zeit bestimmen, wann Ich Sie hieher
„wünschete zu diesen zwischen uns dreyen zu treffenden Berathungen. Da die
„laagers aber gegen Anfangs Augusti angehen und Sie einmal für allemal dazu
„eingeladen sind, so werde ich wohl im Julio ihre Gegenwart mir ausbitten.
„Leben Sie einstweilen wohl, und da die Sache nicht kund ist, so mögten Sie
„diese Nachricht noch vor sich behalten. Meine Freundschaft und Achtung für Sie
„ist aufrichtig und beständig."

„Wienn den 5. May 1774." „Joseph Corr."

Im Besitze des Freiherrn von Laudon.

[885]) Maria Theresia an Mercy. 30. Juni 1774. II. 189.

[886]) Grabenigo berichtet hierüber am 4. Juni 1774. „Fù creato da questa „Corte il Sig. Maresciallo Lacy Ministro di Stato e di Conferenza, e S. M. „l'Imperatrice scoprito avendo, che il Sig. Maresciallo stesso voleva far „l'acquisto di una Casa, che appartenendo a questa Corte, stava attualmente „in vendita per il valore di 100000 fiorini, gliela ha regalata. Da tutto questo „V. V. E. E. dedurranno il sommo caso che questi Sovrani fanno del soggetto, „non menocchè dei servizj che egli potrà prestar ancora allo Stato."

[887]) Joseph an Lacy. 31. Mai 1774. Cab.-Arch.

[888]) Joseph an Laudon. 26. Febr. 1775. Im Besitze des Freiherrn von Laudon.

[889]) Joseph an Laudon. 16. März 1775. Im Besitze des Freiherrn von Laudon.

[890]) Copie mit der Aufschrift: Observationes Augustissimæ. 3. Febr. 1775.

[891]) Seite 370—374.

[892]) Lacy an Maria Theresia.

„Je suis au desespoir des chagrins que je vois que V. M. continue „encore a recevoir. Il me semble que dans la réponse qu'il s'agit de faire „à l'Empereur, V. M. devrait lui dire tout uniment que ce qu'il demande, „est une chose absolument impossible, qu'une réparation aussi étrange et aussi „peu attendue exigerait indispensablement une justification publique devant „les yeux de tout l'univers, et au dépens duquel des deux? Ce serait com-„promettre également l'un et l'autre; d'ailleurs quand cela ne seroit pas, la „tendresse maternelle ne sauroit jamais consentir à une chose aussi peu digne „de touts deux. Ajoutez ensuite, que tout soit fini et oublié une fois pour „toutes, et qu'il pense qu'une mère qui a porté le poids d'une pénible régence „depuis tant d'années, mérite au moins quelque confiance de son corrégent „et de son fils, qu'enfin s'il voulait bien assés s'intéresser à la tranquilité du „reste de la vie de V. M., et lui donner des preuves manifestes de son vrai „attachement, c'etait de lui continuer les soins soulageans comme du passé. „Voilà, je pense à peu près, ce que V. M. pourrait répondre sur le billet qui „retourne ci-joint. Elle le dira beaucoup mieux que je ne l'ai griffoné ici, et

„si après cela on venait encore à insister sur la même chose, je croirois que „pour lors il n'y auroit plus d'autre parti à prendre que celui de ne plus „répondre, pour finir la correspondance, et laisser le reste au tems."

„Le 26 Xbre 1775."

[illegible] „voilà le résultat d'un billiet tendre que j'ai écrite hier soir selon „votre conseil, je n'ai répondue que peu des paroles que je me tiens à ces „paroles, [illegible] et sur son cœur, de ne „me refuser son conseil et secours, et asteur je ne dirois plus rien, mais je „prévois bien d'amertume."

„Vous m'enverrois par cet homme le billiet de votre conseil."

Reçu le 26 Xbre 1775.

Alphabetiſches Namen-Regiſter.

Achatſch, Hofkammerrath; 347.
Affliſio, Giuſeppe d'; 271—273, 585.
Aiguillon, Herzog von; 95.
Aiquebelle d', Baron, Lieutenant; 487.
Albani, Alexander, Cardinal; 4—6, 11, 12, 14—16, 32, 38, 39, 40, 41, 43, 48, 49, 63, 80, 81, 86, 101, 102, 126, 128, 132, 151, 548, 553, 555, 556, 563.
— Annibale, Cardinal; 556.
— Carlo; 5.
— Giovan Francesco, Cardinal; 41, 128, 130, 553, 554.
Althan, Michael Johann Graf; 399.
Alton d', Generalmajor; 376, 378, 380, 598.
Andlern, Graf; 202, 448.
Anduaga, ſpaniſcher Botſchaftsſecretär, 130.
Arberg d', General; 329.
Arco, Graf; 404, 405.
Arenberg, Herzog von; 511, 622.
Astorffer, Ferdinand; 277.
Attems, Karl Michael Graf, Erzbiſchof von Görz; 11, 12.
Aubeterre, Marquis d', franzöſiſcher Botſchafter; 39.
Auersperg, Heinrich Graf; 445.
Ayaſaſa d', Graf, General; 625.
Ayrenhoff, Cornelius von, Feldmarſchall-Lieutenant; 285.
Baden; 141.
Baden-Durlach, Prinz von, Feldmarſchall; 511, 622.
Bahrdt, Karl Friedrich; 232.
Baiern; 164, 165, 553, 574.
Baldwin, George; 478.
Banat, Temeswarer; 631.
Bartenſtein, Joh. Chriſtoph Freiherr von; 333, 399, 449.
Batthyany, Grafen; 465, 610.
Bauer, Wilhelm, Director; 258, 584.
— Schiffscapitän; 481.
Beaumarchais; 415—423, 604, 605.
Bechard, Freiherr von, General; 460.
Belgiojoſo, Graf; 469, 470.
Belletti, Kaufmann; 478.
Benedikt XIV., Papſt; 2—4, 6, 11, 18—20, 39, 51, 57, 61, 62, 131, 552—554.
Benjowsky, Oberſt; 483.
Bernhard, Johann Anton von; 218.
Bernis, Cardinal; 122, 123, 129.
Bertieri, Profeſſor; 193.
Bertonano; 414.
Beſſel, Gottfried; 284.
Binder, Chriſtian Freiherr von, Major, 301.
— Friedrich Freiherr von; 99, 193, 228, 262, 294, 301, 302, 305, 306, 310, 331, 332, 401, 433, 434, 439, 588, 592, 619, 620.

Binder, Johann Freiherr von; 301.
Birkenstock, Joh. Melchior; 281, 582.
Blanc, Franz Anton von, Amtsrath; 340, 347—349, 352, 366, 367.
Blümegen, Graf, oberster Kanzler; 55, 68, 69, 97, 105, 113, 138, 147, 154, 210, 213, 216, 219, 230, 233, 245, 246, 255, 265, 266, 294, 296, 301, 303, 309, 310, 317, 320, 336, 351, 402, 403, 433, 434, 568, 592.
Bodmann, Freiherr von, Domdechant; 50.
Böhmen; 79-82, 98, 116, 119, 123, 124, 253, 298, 337, 341-361, 363—369, 374-380, 382, 385, 394, 398, 449, 496, 514, 515, 550, 561—563, 593-599, 602, 603, 608, 632.
Bolts, Wilhelm; 469—478, 481-485, 612.
Borié, von, Staatsrath; 201, 202, 262, 297, 339, 347, 433, 439.
Borromeo, Vitaliano, Cardinal; 12, 13, 33, 128, 548.
Boschi, Cardinal; 38.
Bosichkovics, Basilius, Bischof von Swidnicz; 136, 137.
Bosnien; 619.
Bourguignon, von, Hofrath; 169, 197, 215.
Bradács, Johann, Bischof von Munkács; 86—88, 136, 137.
Brady, Offizier; 488.
Brambilla, Anton, Leibchirurg; 179.
Branciforte, Cardinal; 126.
Brequin, Oberst; 383—385, 460.
Breuner, Karl, Graf, Präsident; 197.
— Wenzel Graf; 385.
Browne, Oberst, Graf; 624, 628, 630, 636.
Brukenthal, Freiherr von; 99.
Brunati, Francesco, Archivar; 6, 14, 15, 30, 31, 63-65, 73, 121—123, 125, 131, 148, 151, 551.
Buffalini, Cardinal; 39.
Buresch, Professor; 577.
Büsching, Anton Friedrich; 232.
Callenberg, Graf; 632.
Canal, Grafen; 488.
Caracciolo, Cardinal; 126.
Caratto, Hermann, Oberstlieutenant; 430.
Casali, Cardinal; 126.
Castelli, Giuseppe, Cardinal; 33, 128.
Chenot, Arzt; 178, 179.
Chibanzaan Matola, Rajah von Mafumo; 612.
China, Kaiser von, 474, 475.
Choiseul, Herzog von; 21, 23, 24.
Chotek, Johann Graf; 399, 576, 615.
— Rudolph Graf, oberster Kanzler; 50, 51, 53, 57, 113, 186, 188, 203, 205—207, 300, 335, 336, 339, 342, 382, 385, 387, 388, 439, 449, 453, 496, 497, 592, 615.
Cigale, Abbé; 114.
Clary, Graf, Oberstjägermeister; 386.
Clemens XIII., Papst; 7, 9—30, 44-46, 80—82, 86, 91, 125, 126, 131, 149, 571, 548—551, 554, 556.
— XIV., Papst; 30, 31, 42—55, 62-67, 69, 73—75, 77—79, 81, 82, 86—88, 90—97, 100, 101, 112, 119, 121-125, 127, 131, 135, 551-556, 559—568, 571.
Clement, Oberlieutenant; 398.
Clerfayt, General; 329.
Clerici, Marchese, Wahlbotschafter; 8, 9.
Clive, Lord; 469.
Cobenzl, Philipp Graf, Hofrath; 441, 457, 458, 588, 632.
Collin, Mathäus; 178.
Colloredo, Hieronymus Graf, Erzbischof von Salzburg; 148.
— Joseph Graf 632.
— Karl Graf, Gesandter; 327.
Coreth, Joseph Graf, Vicepräsident; 577.
Corsini, Bartolomeo Fürst; 127, 128, 132, 133.
Cothmann, von, Hofrath; 303, 463.
Crantz, Heinrich; 179.

Cristiani, Beltrame Graf, Großkanzler von Mailand; 6, 7, 551.
Crivelli, Ignazio, Cardinal; 12.
Croatien; 465, 610.
Cronenfels, Franz Wenzel, von; 213.
Csernoevich, russischer Gardecapitän; 83, 84.

Dänemark, Christian VII., König von, 221, 478, 479, 484.
Daun, Leopold Graf, Feldmarschall; 294, 336, 486, 487, 489, 490, 512, 592.
— Graf, Oberst; 487.
Debiel, Pater; 161, 171.
Degelmann, Johann Bernhard von, Hofrath; 433.
Denis, Johann Michael; 285.
Deutschland; 141, 151, 152, 451.
Dietrichstein, Johann Karl Graf; 201, 255, 627.
Dorn, Johann Jakob von, Hofrath; 231.
Dubarry, Frau von; 410.
Durazzo, Jakob Graf; 270.
Durfort, Marquis, französischer Botschafter; 23.
Durini, Cardinal-Bischof von Pavia; 33.
Duval, Director des Münzcabinetes; 220.

Eck, Offizier; 633.
Eckhel, Joseph von; 219—221, 285, 581.
Eger, Friedrich von, Commerzienhofrath; 438.
Elisabeth, Erzherzogin; 258, 286, 384.
Elrichshausen, Freiherr von, Feldzeugmeister; 632.
England; 98, 110, 114—117, 141, 384, 416, 419, 420, 451, 467, 470, 473, 477, 479.
Enzenberg, Sophie Gräfin; 97, 98, 106, 182, 336.
Erba, Cardinal; 556.
Esterházy, Nikolaus Fürst; 289.
— Franz Graf, ungarischer Hofkanzler; 99, 408, 409.
Esterházy, Franz Graf; 270.
— Karl Graf, Bischof von Erlau; 86.
— Graf; 408—411.
— Gräfin; 401—404.
Eybel, Joseph Valentin; 187, 189, 190, 192, 193.

Felbiger, Johann Ignaz, Propst; 246—250, 253—260.
Felkel, Schullehrer; 247.
Ferdinand, Erzherzog; 24, 288, 291, 394, 509, 601, 621.
Festetics, Paul von, Hofrath; 302, 303, 305.
Firmian, Karl Graf; 51, 291.
— Leopold Graf, Cardinal; 78, 79, 147, 187, 550, 551, 561.
Fiume; 464, 466, 468, 482, 610, 611.
Frankreich; 7, 14, 19—27, 31, 35—37, 40—42, 91, 93—95, 121—123, 125—129, 132—134, 288, 324, 327, 384, 409, 421—425, 451, 467, 469, 479, 529, 537, 551, 557, 565, 566.
— Ludwig XV., König von; 19, 78, 92, 410, 565.
— Ludwig XVI., König von; 410, 416—423.
— Marie Antoinette, Königin von; 182, 288, 289, 332, 362, 409, 410, 416, 417, 421, 423.
Franquet, Arzt; 625.
Franz I., Kaiser; 271, 279, 289, 290, 292, 311, 312, 361, 406, 408, 426, 450, 486, 494, 614.
— Pater; 171, 181, 227, 576, 581.
Fremaut, Ingenieur; 459.
Freyßleben, Ferdinand, Archivar; 333.
Friedrich II., König von Preußen; 112, 113, 115, 124, 247, 248, 254, 255, 273, 295, 296, 359, 360, 425, 426, 514, 590, 594, 601, 619, 620, 622, 623.
Fries, Freiherr von; 461, 472.
Fröhlich, Erasmus, Jesuit; 285.

[illegible] Graf [illegible] Minister: 91 [illegible].
[illegible], Ludwig: [illegible].
[illegible], [illegible] Karl [illegible]: [illegible]

Gagern, [illegible] [illegible] Schlacht [illegible] [illegible] [illegible] [illegible].
Gallen, [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible].
Gal. Simon Leon: [illegible] [illegible].
Gall, Cardinal: [illegible].
Gassmann, Hermann: [illegible].
Gaßner, [illegible]: [illegible].
Gaßer, [illegible], Schäffer: [illegible].
Gaus, Regierungsrat: [illegible] [illegible].
Gegenbaur, Schäffer: [illegible].
Geiler, Julius Heinrich von Staufenau: [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible].
Geißen, Hubertus: [illegible].
Gerard, Cardinal Erzbischof von [illegible].
Gerard, Cardinal: [illegible].
Gisbert, Cardinal: [illegible].
Gisbert, Bischof: [illegible] [illegible].
Gisel, Cardinal: [illegible]—[illegible], [illegible].
Gisbert: [illegible].
Gisbert, Johann Cornelis: [illegible].
Gisbert: [illegible].
Gisbert, Franz Anton: [illegible], [illegible], [illegible],

Hoyer, von; 347—349, 352, 355, 356, 366, 376.
Hrzan, Franz Graf; 6, 74, 102, 137, 146, 148.
Hubert, Cameralingenieur; 459, 460.
Huf, Major; 490.
Hutten, von, Erzbischof von Speyer; 32, 151, 152.
Hüttner, Johann, Hofrath; 197, 578, 579.

Inneröſterreich; 337.
Jacquin, Nicolaus Joseph, Professor; 180, 181, 184, 265.
Jaus, Joseph, Professor; 179.
Joseph II., Kaiser; 8, 12—14, 25—29, 32—34, 37—44, 47, 67, 72, 76, 78, 90, 92, 97—99, 103, 123, 126—129, 135, 139—145, 171, 179, 190, 201, 206, 207, 212—215, 230, 231, 235—237, 255, 257, 259, 260, 263, 267, 271—276, 281, 282, 285, 286, 288, 292, 294—320, 325, 326, 329—331, 345, 346, 353—356, 361, 364—375, 379, 380, 392—395, 398, 399, 412—414, 426, 430, 434—436, 441, 442, 450—455, 457, 464—469, 472—475, 479, 480, 482—486, 488, 490, 491, 502—515, 517—543, 552, 553, 555, 556, 561, 565, 569, 584—592, 597, 600—603, 607, 617—638.
Josepha, Erzherzogin; 16, 158, 159, 286, 573.
Justi, Professor; 160, 161.

Kallinich; 84, 85.
Kaltner, Dionys; 153—155.
Kampmiller, Ignaz, Pater; 104.
Kärnten; 197, 337.
Karwinsky, von; 347.
Katona, Stephan; 285.
Kaunitz, Fürst, Staatskanzler; 4, 5, 10, 11, 13, 18—26, 30—35, 41, 44—50, 54—56, 62—67, 70—78, 81, 82, 84, 88, 90, 93, 95, 97, 101, 103, 109, 119—122, 126—130, 132—138, 146, 151, 152, 158, 166, 193, 194, 199, 200, 227, 228, 230—232, 247, 248, 270—282, 294, 295, 297, 301, 302, 305—311, 316—333, 336, 348—350, 353, 358, 367, 374, 375, 378—381, 387, 392, 399, 401—403, 405, 411—414, 418—422, 426—430, 433—436, 439, 441, 442, 445, 449, 450, 457, 458, 461—463, 470—478, 482—484, 502—504, 513, 520, 528, 529, 548, 568, 572, 585, 586, 588—592, 607, 618, 619, 630, 631.
Kaunitz, Dominik Andreas Graf, Botschafter; 328, 330, 590.
— Ernst Graf, Botschafter; 34—37, 41—43, 328, 331, 555, 591.
— Franz Wenzel, Graf; 328—330, 590, 591.
— Joseph, Graf; 278, 281, 328—330, 591.
— Gräfin; 324.
— Gräfin; 330.
Kerens, Bischof; 120, 121.
Keßler, Arzt; 302.
Keyserlingk, Graf; 85.
Khell, Joseph, Jesuit; 220.
Khevenhüller, Fürst, Oberſthofmeister; 405.
— Franz Anton Graf; 445.
— Franz Graf; 347.
— Johann Franz Graf, Bischof von Laibach; 12.
Kienmayer, Johann von, Hofrath; 228, 581.
Kindermann, Ferdinand, Dechant; 252.
Kinsky, Franz Ulrich Fürst; 517.
Klemm, Christian Gottlob; 268, 269.
Klenau, Graf; 342.
Koch, Freiherr von, Hofrath; 105.
— Freiherr von, General; 625, 626.
König, Freiherr von, Staatsrath; 202, 303, 434.
Kohary, Johann Graf; 273—276, 586.

Koliska, Adam, Bauer; 596.
Kollar, Franz Adam; 240, 264, 572, 582.
Kolowrat, Leopold Graf, Vicekanzler; 53, 97, 113, 219, 440, 441, 458, 498, 500, 501, 568, 592, 599, 616, 617.
Kopenzeller, Offizier; 490.
Kozian, Anton, Hofrath; 376, 377, 383.
Krain; 337.
Kreßl von Qualtenberg, Freiherr von, Staatsrath; 53, 57, 97, 98, 103, 104, 106, 109, 114, 212, 213, 221—223, 233, 234, 240—242, 249, 266, 301, 322, 349, 352, 367, 368, 568, 592.
Krufft, Andreas Adolph von, Hofrath; 151.
Künigl, Graf, Kreishauptmann; 398.

Lacy, Graf, Feldmarschall; 158, 294, 295, 321, 336, 486—538, 542, 543, 587, 613—638.
Lambeck, Georg, Prälat; 349, 350, 593.
Lamberg, Franz Graf; 468, 611.
Lanthieri, Johann Kaspar Graf; 386.
Laudon, Ernst Gideon Graf; 511—514, 535, 536, 622, 623, 636, 637.
— Freiherr; 513.
Laugier, Robert, Professor; 180, 576.
Lazansky, Graf; 342.
Leber, Ferdinand; 179.
Lerchenfeld, Graf; 488.
— Gräfin; 16.
Lessing; 267, 268.
Lichnowsky, Johann Karl Graf; 449.
Liechtenstein, Franz Fürst; 614.
— Joseph Wenzel Fürst; 490, 517, 614.
— Karl Fürst; 257—259, 489, 490, 613, 614.
Liesganig, Joseph, Jesuit; 508, 509, 621.
Lietzen, Friedrich Sigmund Freiherr von; Feldzeugmeister; 632.
Lippmann, Perlin; 200.
— Frau; 201.
Lischka, Joseph, Hofcommissionsrath; 113.
Lobkowitz, Fürst, Gesandter; 503, 618.
Locella, Ernst Freiherr von; 339, 340.
Löhr, Johann Friedrich von, Staatsrath; 212, 213, 305, 440, 592.
Lombardie; 110, 311, 333, 425, 444, 473, 503, 608.
Lo Presti, Freiherr; 269.
Lucatelli, Nuntius; 554.
Luca, de, Ignaz; 577.
Lützow, Offizier; 506.
Lynden, Graf, Feldmarschall; 616.

Magallon, spanisch. Geschäftsträger; 92.
Mahoni, Graf, spanischer Botschafter; 130, 414.
Mähren; 123, 124, 142, 253, 337, 346, 349, 350, 361, 364, 376—380, 394, 515, 602.
Mainz, Friedrich Karl von Erthal, Kurfürst von; 151, 152.
Mako, Paul, Pater; 265.
Mambrini; 473.
Mannagetta, Johann Joseph Freiherr von; 400.
Mannsfeld, Fürst; 342, 344, 345.
Marcy, Abbé; 279, 280, 383, 384, 460.
Marianne, Erzherzogin; 258, 384.
Marie Christine, Erzherzogin; 289, 631.
Marinoni, Hofastronom; 221.
Marliani, Offizier; 633.
Maron, Anton, Maler; 280.
Martinez, Marianne; 289.
Martini, Karl Anton von, Hofrath; 57, 104, 149, 169, 184, 189, 191—193, 200, 208, 209, 238—242, 249, 412, 582.
Marx, Gratian, Pater; 240—242, 246, 250, 582, 583.
Marxer, Weihbischof; 154, 155, 170.
Mastalier, Karl, Dichter; 285.
Maulpertsch, Anton, Maler; 291.
Maximilian, Erzherzog; 258, 633.
Mechel, Christian von, Galleriedirector; 281—283, 586.
Mehmed Pascha; 462.
Mehoffer, Ignaz, Schuldirector; 252.
Mellini, Mario, Cardinal; 3, 4.

Mercy, Graf, Botschafter; 49, 84, 85, 92, 93, 95, 332, 360—363, 409, 420—423, 528, 534, 549, 565, 567, 630, 631.
Messerschmidt, Franz Xaver, Bildhauer; 291, 292.
Meßmer, Joseph, Schuldirector; 245.
Metastasio, Pietro, Dichter; 285—287, 289.
Meusel, Johann Georg; 232.
Meytens, Martin von, Maler; 277—279, 292.
Migazzi, . Christoph Graf, Cardinal-Erzbischof; 6, 32, 36, 49, 55, 56, 68, 97, 99, 120—122, 126, 127, 129—135, 138, 147, 149, 153, 154, 167, 169, 187, 189, 203, 216, 254, 390, 395, 397, 552, 580, 581, 599, 600.
Mikassinovich; 84, 85.
Mittrowsky, Maximilian Joseph Freiherr von, General; 516.
Modena, Franz Herzog von; 24, 550.
— Beatrix Prinzessin von; 24, 288, 291, 394, 601.
Mohaar Capell, Rajah von Tembe; 612.
Moldau; 619, 622.
Montesquieu; 161.
Morzin, Graf; 289.
Mozart, Leopold, Kapellmeister; 290.
— Wolfgang; 290, 291.
Müller, Ignaz, Prälat; 104, 186, 254, 255.

Nagel, Joseph von, Resident; 413.
— Joseph, Director; 265, 460.
Nassau, Prinz von; 409.
Neapel; 19—27, 31, 35—37, 40—42, 91, 94, 121, 125—129, 132—134.
— Ferdinand, König von; 16, 92, 94, 565, 566.
Neapel, Karoline, Königin von; 16, 17, 94, 286, 565, 566.
Negrep, Johann, Director; 228.
Negroni, Andrea, Cardinal; 35, 126, 554.
Neipperg, Graf, Feldmarschall; 489, 490.
Nell, Franz Anton von, Hofrath; 197, 578.
Neny, Cornelius Freiherr von, Cabinetssecretär; 97, 98, 415, 416, 433, 494, 605, 614.
Neustadt-Wiener; 384, 600.
Niederlande; 98, 110, 111, 117, 118, 311, 384, 409, 425, 441, 444, 471, 480, 503, 608.
Niederösterreich; 246, 253, 337, 361, 382—385, 389, 391, 393—395, 515.
Nostitz, Graf; 407, 408, 632.
Novata, Jesuit; 569.
Noverre, Balletmeister; 273.
Nugent, Joseph Graf, General; 626.
Nywelt, Anton, Dorfrichter; 596.

Oberösterreich; 337, 361, 405.
Obrescow, russischer Resident; 503, 618.
Oddi, Monsignore; 13.
Orlow, Gregor, Graf; 530, 633.
Orsini, Cardinal; 38, 40, 128, 151.
Ostindien; 469—472, 475—484.
O'Sullivan, Offizier; 488.

Paar, Josepha Gräfin; 490, 614.
Pachta, Joseph Graf; 407.
Paglioni, Frau; 400.
Palermo, Geistlicher; 415.
Pallavicini, Cardinal; 43, 132, 133.
Palm, Graf; 401, 603.
Panin, Graf; 503, 618.
Parfus, Student; 412.
Parini, Giuseppe, Abbate; 291.
Parma; 17—27, 549.
— Amalie, Herzogin von; 22, 44, 63, 94, 286, 566.
— Ferdinand Herzog von; 17, 22, 44, 63, 94, 566.
— Philipp Herzog von; 17—24, 549.
Pellegrini, Graf, Feldmarschall-Lieutenant; 496.
Pelser, Johann Bernhard von, Hofrath; 197, 578, 579.

Penckler, Freiherr von; 462.
Pergen, Johann Anton Graf; 227—238, 244, 245, 249, 294, 321, 589, 592.
Perlas, Raimund Graf; 197, 488, 578, 613.
— Graf jun.; 488, 613.
Persien, Schah von; 475.
Petrasch, Freiherr von, General; 201, 263.
Pez, Bernhard; 284.
— Hieronymus; 284.
Phul, Adolph von, Generalmajor; 493.
Pichler, von, Cabinetssecretär; 556, 631, 633.
Pio, Ludwig Fürst; 285.
Pius VI., Papst; 126, 131—135, 137, 147, 150—152, 571.
Pöck, Professor; 160, 161.
Poggi, Frau; 400.
Pol, Pater; 161.
Polen; 124, 237, 311, 442, 502, 504, 505, 509, 510, 537, 550, 619, 620, 622.
Pollet, Andreas Daniel; 477.
Portugal; 14, 27, 91, 125—129, 133, 134, 473, 476.
— Joseph, König von; 92, 565.
— Marianne, Königin von; 3.
Pozzobonelli, Joseph, Erzbischof von Mailand; 32—37, 41, 43, 128, 553—555.
Pracht, Oberstlieutenant; 490.
Pray, Georg, Geschichtschreiber; 285.
Preußen; 7, 110, 115, 116, 141, 195, 232, 394, 425, 450, 509, 515, 537, 619, 622.
Proli, Banquier; 471—473, 475—478, 480, 482—484.
— Karl, Graf; 482, 612.
— Peter, Graf; 484.
Przichowsky, Anton Graf, Erzbischof; 190.
Pugatscheff; 529, 633.

Quirini, Cardinal; 7.

Raab, Franz Anton von, Hofrath; 376, 377, 379, 380, 382, 385, 455, 456, 460, 600.
Ramler, Karl Wilhelm; 232.
Rathgeb, Baron, Resident; 553.
Rautenstrauch, Franz Stephan, Abt; 190, 224, 266, 577.
Reischach, Freiherr von; 441, 592.
Reitzenstein, Gräfin; 404, 405.
Renner, Oberst, Adjutant; 625, 626.
Rezzonico, Abbondio; 14, 548.
— Johann, Cardinal; 128, 132.
— Karl, Cardinal; 27, 40, 42, 128, 132, 550, 571.
Rhedey, Feldmarschall-Lieutenant; 488.
Rheims, Erzbischof von, 78.
Ried, Freiherr von, Feldmarschall-Lieutenant; 508, 621.
Riedel, Friedrich Justus; 232.
Riegger, Joseph Anton von, 187—190, 192.
— Paul Joseph von, 57—62, 160, 161, 184—193, 223, 224, 268, 576.
Ritterstein, Offizier; 487, 488.
— Frau; 487.
Rodt von, Cardinal; 9, 32, 151.
Rohan, Ludwig von, französischer Botschafter; 632.
Roscio, Professor; 189.
Rosenberg, Franz Graf; 54, 295, 321, 553, 589.
Rosetti, Kaufmann; 478.
Rossi, Cardinal; 554.
Rußland; 83—85, 114—117, 442, 502—504, 509, 529, 537, 618—620, 633.
— Katharina II., Kaiserin von, 84, 442, 530, 633.

Sachsen; 141, 232, 327.
— Teschen, Albert Herzog von; 517, 525, 620, 629, 631.
Saint-Odile, Baron; 15, 151.
Salzburg, Hieronymus Graf Colloredo, Erzbischof von; 148.

Sartine, französischer Minister; 417, 419, 420, 422, 423.
Saurau, Graf; 161, 197, 578.
Schaerfer, Karl, Pater; 265.
Schetz, Pater; 163.
Schik, Kreishauptmann; 385.
Schlesien; 124, 252, 253, 339—342, 592.
Schlik, Leopold Graf; 445, 446.
Schmutzer, Jako, Kupferstecher; 278, 586.
Scholoboff, russischer Major; 84.
Schrattenbach, Graf, Statthalter; 161, 163, 167, 173, 174, 205, 389, 390, 574.
Schröder, Kassier; 492, 614.
Schrötter, Franz Ferdinand, Hofrath; 215, 332, 333.
Schwarzenberg, Joseph Adam Fürst; 386.
Fürst jun. 17.
Schweden; 478, 479.
Schweiz; 141, 401, 405, 413, 451.
Schulenburg, Graf; 401—404.
Schüppen, van, Akademiedirector; 277.
Seeger, Oberst; 619.
Seilern, Christian August Graf, Statthalter; 68, 139, 195, 205, 386, 389—391, 397, 400, 401, 404, 411, 412, 414—418, 420, 423, 599, 600, 605.
Selliers, Karl Joseph; 269.
Serbelloni, Fabrizio Graf, Cardinal; 33, 128, 553.
— Johann Graf, Feldmarschall; 33.
Serbien; 619.
Serfale, Antonio, Cardinal; 35, 126, 554.
Siebenbürgen; 98, 99, 304, 521, 631, 632.
Simen, Johann Peter, Domherr; 57, 60, 169, 171, 172.
Simone, Cardinal; 126.
Sinzendorff, Johann Wenzel Graf; 213, 579.
— Philipp Ludwig Graf; 255.
Siskovich, Freiherr von, Feldzeugmeister; 527, 630.
Sole, Anton Joseph a; 252.
Sonnenfels, Joseph von, Professor; 200—212, 219, 234, 268, 269, 273, 274, 277—279, 281, 389, 390, 426, 579, 580.
Spallart, General; 460.
Spanien; 14, 19—27, 31, 35—37, 40—42, 91, 92, 94, 95, 121, 125—129, 132—134, 550, 551, 557, 566.
— Karl III., König von; 19, 91—94, 96, 97, 101, 103, 566, 567.
Spatseck, Major; 492, 614.
Sperges, Joseph von, Hofrath; 31, 63, 188, 281, 333.
Spielmann, Anton, Hofrath; 332.
Spinelli, Cardinal; 15, 549, 556.
Spinola, Cardinal; 38.
Sporck, Graf, Hofmusikdirector; 272, 585.
Sprung, Oberst; 491, 492.
Stampach, Gra, 213.
Starhemberg, Georg Fürst; 272, 294, 297, 300, 301, 433, 434, 441, 528, 585, 630, 633.
— Gräfin; 401.
Stegner, Franz Paul von; 383, 384.
Steiermark; 116, 119, 361, 396.
Steinmetz, Oberstlieutenant; 493—496, 614, 615.
Sternberg, Adam Graf; 387, 388.
Stingel, Alberik, Prälat; 404.
Stock, Simon Ambros von, Domherr; 57, 60, 169, 171, 172.
Stoll, Maximilian, Arzt; 178.
Stoppani, Giovan Francesco, Cardinal; 33, 38, 128, 552.
Störck, Anton, Leibarzt; 177, 178, 218, 266, 625.
Straffoldo, Graf; 489.
Streeruwitz, Johann von, Gubernialrath; 347, 376.
Stupan, Staatsrath; 212, 230, 297, 301, 321, 433, 434.
Sulzer, Johann Georg; 232.
Swieten, Gerhard van, Leibarzt; 49, 149, 150, 157—184, 242, 277, 292, 390, 520, 573—576.
— Gottfried van, Gesandter; 49, 619, 620.

Terzi, Graf, Oberstlieutenant; 489, 490.
Theresia, Erzherzogin; 507, 620, 621.
Thun, Joseph Graf; 407, 408.
— Joseph Graf, Bischof von Gurk; 4.
Thürheim, Graf, Landeshauptmann; 109.
Thurn, Graf, Major; 489, 490.
Thys, Hofcommissionsrath; 433.
Tillier, Freiherr von General; 626.
Tillot, du, Marquis von Felino; 17.
Tirol; 337, 433.
Tooke; 478.
Torreggiani, Cardinal-Staatssecretär; 15, 20, 23, 27, 128, 132, 550, 557.
Torres, Emanuel Graf; 252.
Toscana, Leopold, Großherzog von; 5, 15—17, 26, 33, 37, 38, 94, 220, 295, 306, 308, 309, 369, 450, 474, 475, 481, 508, 556, 566.
— Louise, Großherzogin von; 404, 556, 565, 566, 631.
Trattner, Hofbuchdrucker; 265.
Trautson, Fürst, Oberstlhofmeister; 201, 592.
— Fürstin von; 201.
— Graf, Erzbischof; 160, 167.
Trauttmansdorff, Norbert Graf; 350.
Trier, Clemens von Sachsen, Kurfürst von; 151.
Triest; 465—473, 476—478, 480—482, 610, 611, 631, 632.
Troger, Paul, Maler; 277.
Türkei; 442, 451, 461—463, 473, 502—505, 509, 529, 537, 609, 610, 619, 621, 622.
Türckheim, Ludwig von, Hofrath; 625.

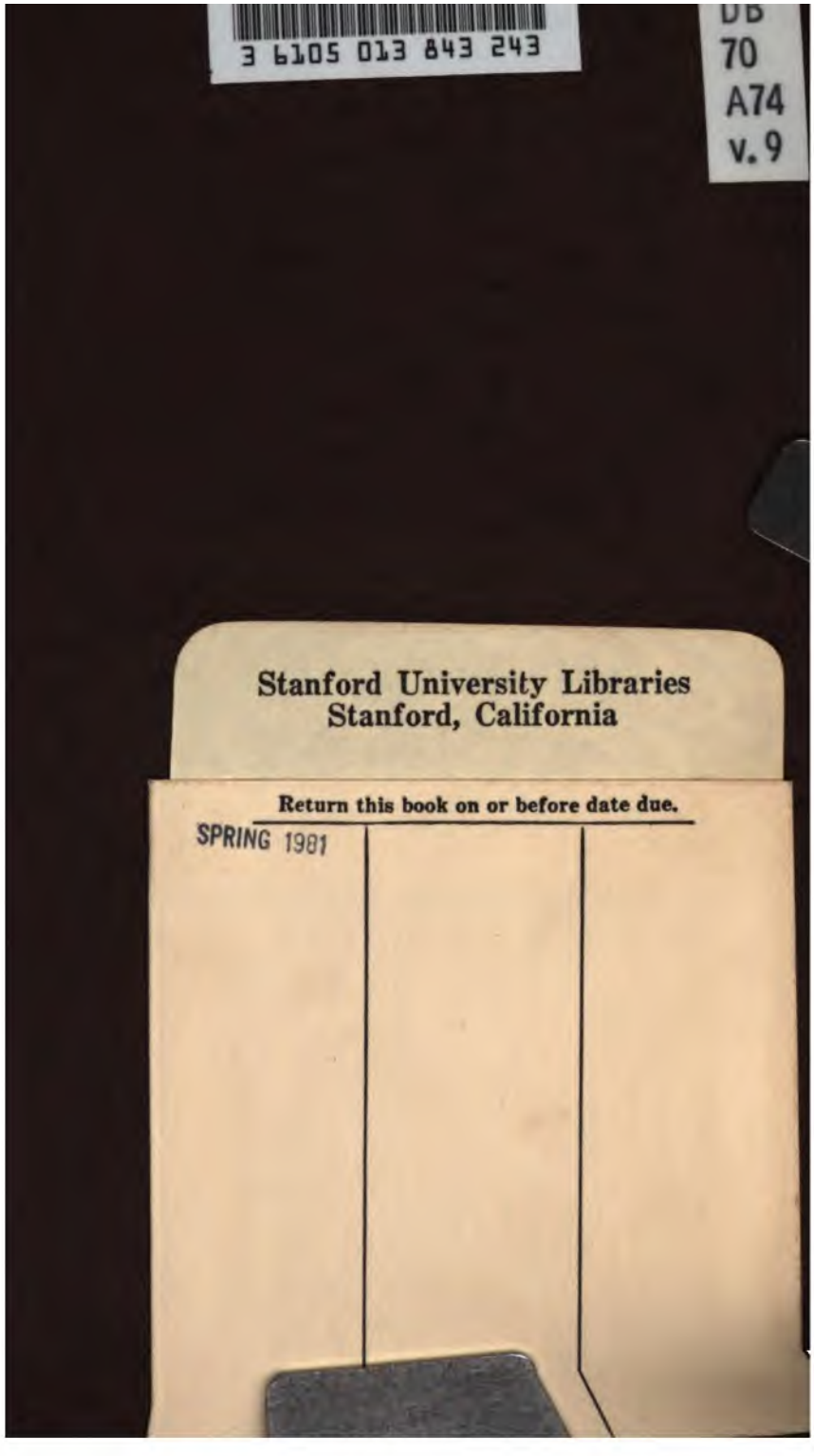
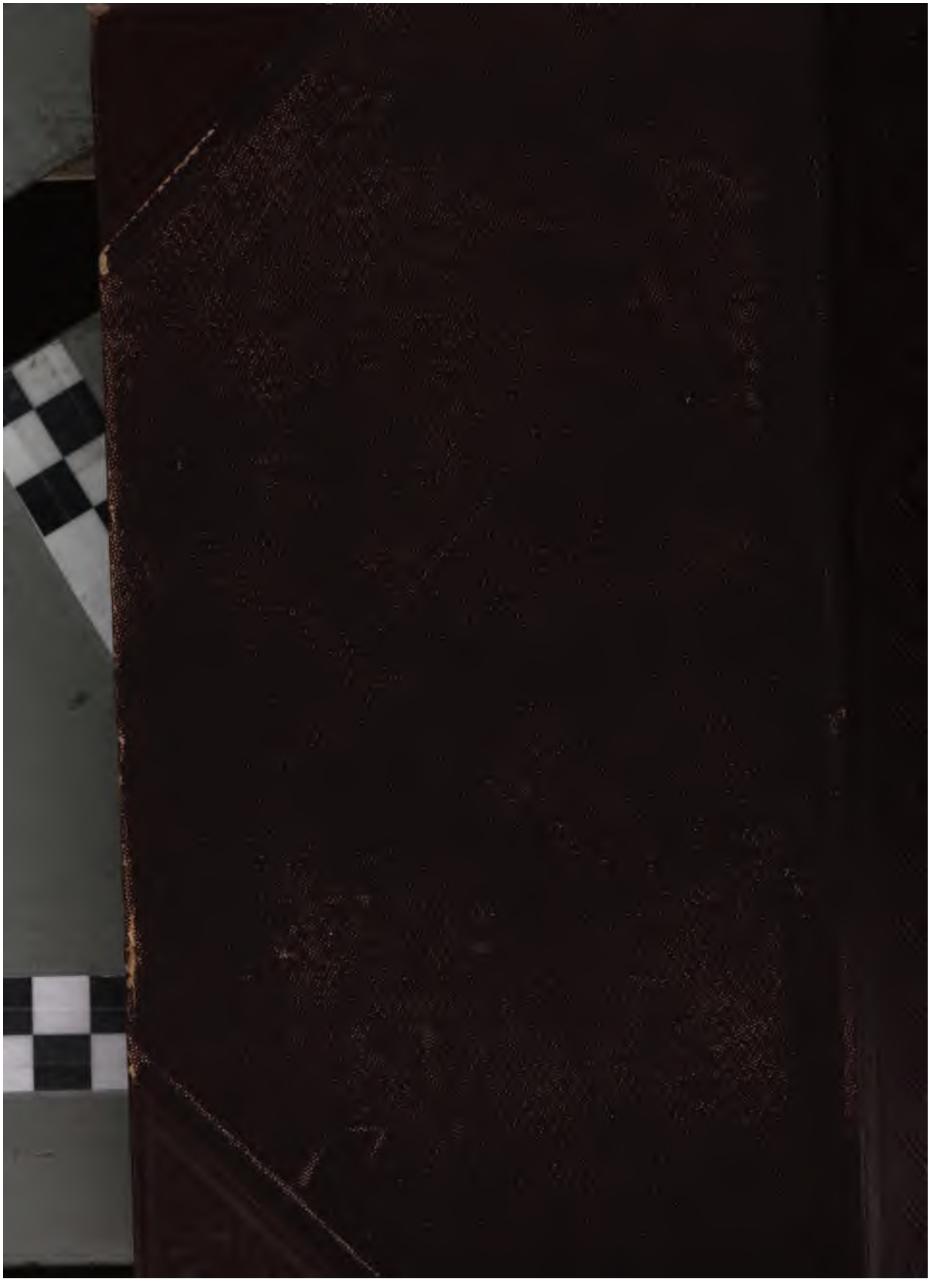
Ulfeld, Graf, Oberstlhofmeister; 10, 399.
Ungarn; 8—10, 83—87, 98, 110, 253, 265, 285, 303, 304, 339, 424—426, 458, 460, 461, 463, 467—469, 503, 515, 521, 558, 608—611.
Unterberger, Leopold, Hauptmann; 265.
— Michael, Maler; 277.

Valenti, Silvio, Cardinal; 3, 138.
Valentini, Antonio, Abbate; 6.
Valtravers; 478.
Vasquez, Gräfin, Oberstlhofmeisterin; 627.
Venedig; 465, 468, 610.
Veterani, Cardinal; 38.
Vetsey, General; 516.
Visconti, Nuntius; 36, 37, 40, 65—67, 73, 74, 77, 78, 81, 101, 126, 132, 133, 560, 561.
Vorderösterreich; 433.

Wagensperg, Graf; 468.
Walachei; 619, 622.
Walcher, Joseph; 460.
Wallenfeld von, Regierungsrath; 392.
Wallis, Olivier Graf, Generalmajor; 368, 376, 378, 380, 624.
Weiß; 401, 603.
— Sängerin; 401, 603.
Weiße, Christian Felix; 232.
Wieland, Christoph Martin; 232.
Wien; 600—602.
Wieschnik, Franz Graf; 172.
Wilczek, Johann Joseph Graf; 387.
Wolf, Johann Georg, Director; 243.
Wrbna, Eugen Graf, Vicepräsident der Hofkammer, 97, 99, 109, 441, 568, 592, 632.
— Rudolph Graf; 330.
Württemberg, Ludwig Prinz von; 510.
Wüstenfeld, Professor; 577.

Zencker, Johann Bernhard von, Hofrath; 53.
Zinzendorf, Karl Graf; 455, 468, 469, 478, 606, 611.
— Ludwig Graf; 321, 336, 430—435, 437—439, 444, 445, 455, 589, 592, 600, 607.
Zollikofer von Sonnenberg; 478.

Druck von Adolf Holzhausen in Wien
k. k. Universitäts-Buchdruckerei.


3 6105 013 843 243
DB
70
A74
v.9
Stanford University Libraries
Stanford, California
Return this book on or before date due.
SPRING 1981